

STATISTISCHES JAHRBUCH

Deutschland und Internationales

2014

Statistisches Bundesamt

Herausgeber | Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktionsleitung | Ilka Willand

Gestaltung | Statistisches Bundesamt

Internet | www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns | www.destatis.de/kontakt
Statistischer Informationsservice | Tel. +49 (0) 611 / 75 24 05

Erschienen im November 2014

Print

Preis | EUR 71,-
Bestellnummer | 1010110-14700-1
ISBN | 978-3-8246-1029-7

Download

Artikelnummer | 1010110-14700-4

Redaktionsschluss | 1. August 2014

Qualität | Sollte dem Statistischen Bundesamt nach Veröffentlichung dieser Ausgabe ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter www.destatis.de/jahrbuch

Archiv | Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch

Technische Herstellung | Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn, www.bonifatius.de

Vertriebspartner | IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
destatis@ibro.de
Telefon | +49 (0) 3 82 04 / 6 65 43
Telefax | +49 (0) 3 82 04 / 6 69 19

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute wird ein Buch daran gemessen, welchen Mehrwert es gegenüber digitalen Informationsangeboten hat. Im Hinblick auf Informationsgehalt und Nutzerfreundlichkeit braucht sich das Statistische Jahrbuch hinter keiner Website zu verstecken. Es bietet einen sorgfältig ausgesuchten und aufbereiteten Querschnitt unseres Datenangebotes, mit dem Sie sich ein objektives Bild von Themen machen können, die Wirtschaft, Politik und Medien beschäftigen.

Die Lebenserwartung von Mädchen liegt heute bei 83 Jahren und von Jungen bei 78 Jahren. Sie ist in den letzten 100 Jahren um mehr als 30 Jahre gestiegen, das entspricht einem ganzen Lebensabschnitt. In Deutschland waren 2012 rund 21 % der Bevölkerung 65 Jahre und älter. In Sachsen und Sachsen-Anhalt war dieser Anteil mit 25 % am höchsten und in Hamburg mit 19 % am niedrigsten.

Der Wert deutscher Exportgüter lag 2013 bei insgesamt 1 094 Milliarden Euro. Die wichtigsten Außenhandelspartner Deutschlands waren Frankreich (9 %), die Vereinigten Staaten (8 %) und das Vereinigte Königreich (7 %). Die Vereinigten Staaten waren mit einem Volumen von 88 Milliarden Euro der größte Abnehmer deutscher Exporte außerhalb der Eurozone.

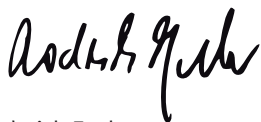
Der Anteil der Wohneigentümer war 2013 bei Alleinlebenden mit 25 % und bei Alleinerziehenden mit 20 % vergleichsweise gering, die meisten wohnten zur Miete. Paare wohnten – unabhängig ob mit (60 %) oder ohne Kinder (53 %) – häufiger in der eigenen Wohnung oder im eigenen Haus.

Im Juli 2014 gab es in 13 Branchen Mindestlöhne, sie variierten im früheren Bundesgebiet zwischen 8,00 Euro pro Stunde im Friseurhandwerk und 13,95 Euro im Baugewerbe. In den neuen Ländern war das Lohnniveau niedriger, hier bewegten sich die Mindestlöhne zwischen 7,50 Euro pro Stunde im Friseurhandwerk und 13,24 Euro im Bergbau.

Ob gedruckt oder digital: Der Weg zu unseren Zahlen ist einfach. Weiterführende Tabellen und Grafiken zu den Themen im Statistischen Jahrbuch finden Sie auf unserer Website und in unserer Datenbank GENESIS-Online.

Ich möchte mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die zu diesem Buch beigetragen haben und insbesondere bei den Organisationen, die uns ihre Zahlen zur Verfügung stellen.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes












Einführung

Statistisches Bundesamt | Informationsdienstleister für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, *Seite 7*








Statistisches Bundesamt | Informationsangebot, *Seite 8*

Statistisches Jahrbuch | Inhalt, Aufbau und Gebrauch, *Seite 9*










Gesellschaft und Staat

- 1  Geografie und Klima, *Seite 11*
- 2  Bevölkerung, Familien, Lebensformen, *Seite 23*
- 3  Bildung, *Seite 75*
- 4  Gesundheit, *Seite 115*
- 5  Wohnen, *Seite 147*
- 6  Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, *Seite 165*
- 7  Kultur, Medien, Freizeit, *Seite 189*
- 8  Soziales, *Seite 221*
- 9  Finanzen und Steuern, *Seite 251*
- 10  Wahlen, *Seite 285*
- 11  Justiz, *Seite 301*

Gesamtwirtschaft und Umwelt

- 12  Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, *Seite 317*
- 13  Arbeitsmarkt, *Seite 343*
- 14  Verdienste und Arbeitskosten, *Seite 371*
- 15  Preise, *Seite 387*
- 16  Außenhandel, *Seite 409*
- 17  Zahlungsbilanz, *Seite 427*
- 18  Umwelt, *Seite 439*

Wirtschaftsbereiche

- 19  Land- und Forstwirtschaft, *Seite 469*
- 20  Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick, *Seite 501*
- 21  Verarbeitendes Gewerbe, *Seite 531*
- 22  Energie, *Seite 549*
- 23  Bauen, *Seite 559*
- 24  Binnenhandel, *Seite 571*
- 25  Transport und Verkehr, *Seite 581*
- 26  Gastgewerbe und Tourismus, *Seite 603*
- 27  Weitere Dienstleistungen, *Seite 615*

Internationales

- A  *Seite 629*

Sachregister, *Seite 683*

Nur wer die Fakten kennt, kann mitreden. Der Weg zu diesen Fakten ist kurz. Er führt zum **Statistischen Bundesamt**.

Das Statistische Bundesamt stellt als zentraler Informationsdienstleister das umfangreichste Angebot an statistischen Daten für Deutschland bereit. Hauptverbreitungskanal ist das Internet. Unter www.destatis.de finden Sie das gesamte Veröffentlichungsprogramm einschließlich des Zugangs zu den statistischen Datenbanken. Neben elektronischen Veröffentlichungen gibt es auch noch ausgewählte gedruckte Veröffentlichungen zu übergreifenden oder spezifischen Themen. Auf der folgenden Seite beschreiben wir Ihnen das Informationsangebot detailliert. In einem Informationsservice stehen Fachleute Auskunftssuchenden beratend zur Seite. Eine umfassende Statistik-Spezialbibliothek ist für Interessierte geöffnet.

Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik sind die breite Öffentlichkeit, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände, die Medien sowie die Wissenschaft. Sie alle brauchen statistische Informationen, um Entscheidungen vorzubereiten und zu bewerten, um aufzuklären, Thesen und Analysen empirisch zu begründen oder zu erläutern. Die **demokratische Willensbildung** lebt von öffentlich zugänglichen, objektiven statistischen Daten über die Lage von Gesellschaft und Staat sowie Wirtschaft und Umwelt.

■ Aufgabe und Stellung

Das Statistische Bundesamt besteht seit 1950. Seine Grundlage ist das **Bundesstatistikgesetz** (BStatG). Danach hat die amtliche Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Die Ergebnisse dieser Statistiken bieten Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge. Sie werden nach den Prinzipien der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erarbeitet.

Bei der fachstatistischen Arbeit, der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung der Statistiken ist das Statistische Bundesamt unabhängig und nicht weisungsgebunden. Als **selbstständige Bundesoberbehörde** im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern untersteht es der **Dienstaufsicht** des **Bundesinnenministeriums**. Deshalb kann das Statistische Bundesamt wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Entscheidungen nur mit Zustimmung des Bundesinnenministeriums treffen. In fachlichen Fragen ist das Statistische Bundesamt der Fachaufsicht der verschiedenen Bundesministerien unterstellt: Für jede der insgesamt rund 390 Einzelstatistiken übt ein Bundesministerium die Fachaufsicht aus. Das heißt, es achtet darauf, dass die von der Europäischen Union oder vom Bund vorgeschriebenen Statistiken so durchgeführt werden, wie es die anordnende Rechtsgrundlage vorsieht.

■ Keine Statistik ohne Gesetz

So lautet vereinfacht das **Prinzip der Gesetzmäßigkeit** – eines von drei Grundprinzipien, die das System der amtlichen Statistik in Deutschland prägen. Für die statistische Praxis bedeutet dies, dass Rechtsnormen der Europäischen Union, des Bundes oder eines Landes alle wesentlichen Parameter einer Erhebung vorschreiben, insbesondere Merkmale,

Berichtskreis und Periodizität. Ob zu einem Thema eine neue Statistik durchgeführt wird, entscheiden in Deutschland also nicht die Statistikerinnen und Statistiker, sondern der demokratisch legitimierte Gesetzgeber. Nur kleinere Erhebungen kann das Statistische Bundesamt aus eigenem Entschluss durchführen, z. B. um neue wissenschaftliche Methoden zu testen. Das Anpassen des statistischen Programms an neue Informationsbedarfe braucht daher immer eine gewisse Zeit. Umgekehrt gilt: Wenn Daten erhoben werden, wurden Nutzen und Aufwand im Vorhinein gründlich abgewogen. Befragte können sicher sein, dass ihre Daten umfassend geschützt sind.

■ Statistik von Spezialistinnen und Spezialisten

Das **Prinzip der fachlichen Konzentration** stellt sicher, dass die statistischen Arbeiten in Deutschland grundsätzlich in Fachbehörden geschehen, nämlich den statistischen Ämtern. Nur in Ausnahmefällen führen andere Stellen Bundesstatistiken durch. So stellt die Deutsche Bundesbank Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken bereit und die Bundesagentur für Arbeit einige Arbeitsmarktstatistiken. Diese Stellen gewinnen die Statistiken in der Regel dadurch, dass sie Datenmaterial auswerten, das als Nebenprodukt ihrer Geschäftstätigkeit anfällt. Alle Tabellen im Statistischen Jahrbuch, deren Material nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder zuliefern, sind mit einer entsprechenden Quellenangabe versehen.

■ Statistik ist ein Gemeinschaftswerk

Das **Prinzip der regionalen Dezentralisierung** folgt aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Danach ist die Bundesstatistik ein Gemeinschaftswerk von Bund und Ländern. Die Statistischen Ämter der Länder sind – von Ausnahmen abgesehen – für die Durchführung der statistischen Erhebungen und die Aufbereitung bis zum Landesergebnis zuständig. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, die einzelnen Statistiken methodisch und technisch vorzubereiten, so dass bundeseinheitliche Ergebnisse entstehen. Darüber hinaus stellt es die Ergebnisse für Deutschland in sachlicher und regionaler Gliederung zusammen und veröffentlicht sie. Etwa 140 Bundesstatistiken bearbeitet das Bundesamt zentral. Das heißt, es erhebt zum Teil auch die Daten, so zum Beispiel zur Außenhandelsstatistik.

■ Web-Angebot

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell.

■ Online-Datenbanken

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem **GENESIS-Online** ein breites Themenspektrum fachlich tief gegliederter Ergebnisse der amtlichen Statistik. Der Tabellenabruf kann durch zeitliche, sachliche und gegebenenfalls regionale Auswahlmöglichkeiten dem individuellen Bedarf angepasst werden. Die Ergebnisse können Sie in verschiedenen Formaten abspeichern. Zur Visualisierung der Tabelleninhalte werden Diagramme und – bei regional gegliederten Tabellen – auch geografische Karten angeboten.

Sie interessieren sich nur für bestimmte Statistiken? Am Ende der einzelnen Jahrbuchkapitel finden Sie unter dem Stichwort „Mehr zum Thema“ genaue Informationen dazu, wie Sie Tabellen zu einem bestimmten Thema aus der Datenbank herausfiltern können.

Regional tiefer gegliederte Daten liefert Ihnen die Datenbank **GENESIS-Online Regional** unter www.regionalstatistik.de

Mit der **Tarifdatenbank** bieten wir Ihnen Informationen über die Tarifverdienste in einzelnen Branchen und Regionen sowie über wichtige tarifliche Regelungen (z. B. Arbeitszeit, Sonderzahlungen, Urlaubsdauer). Neue Tarifverträge sowie aktuelle Tarifinformationen werden laufend ergänzt. Alle Ergebnisse können Sie in verschiedene Formate exportieren und weiter verarbeiten.

Mit dem Zensus 2011 wurde zum Stichtag 9. Mai 2011 erstmals wieder im vereinten Deutschland eine Volkszählung und eine Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt. Die **Zensusdatenbank** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder präsentiert Ihnen detaillierte Ergebnisse zur Einwohnerzahl aller Gemeinden, Informationen aus der Gebäude- und Wohnungszählung und viele weitere Daten über die Bevölkerung Deutschlands. Die Zensusdatenbank bietet Ihnen zudem die Möglichkeit Ergebnisse dynamisch und individuell zu erstellen.

■ Publikationen

Das Statistische Bundesamt bringt eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus. Allesamt stehen sie Ihnen auf unserer Website gebührenfrei als PDF-Datei zur Verfügung. Die Bandbreite reicht von sachlich tiefgehenden Datensammlungen bis zu Broschüren, die wir für die breite Öffentlichkeit aufbereiten.

Unter „Mehr zum Thema“ weisen wir auf bestimmte Produktkategorien unseres Veröffentlichungsprogramms hin. Diese erläutern wir Ihnen hier:

In **Fachserien und Tabellenbänden** präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse einzelner Statistiken in Form sachlich tief gegliederter Tabellen. Die einzelnen Ausgaben stehen nicht nur als PDF-Dateien, sondern in der Regel auch im XLS-Format für Sie in unserem Internetangebot bereit.

Fachberichte enthalten umfassende Ergebnisse aus einer oder mehreren Statistiken. Im Unterschied zu den Fachserien sind die Ergebnisse textlich kommentiert und grafisch veranschaulicht.

Wirtschaft und Statistik ist die Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes. Fachbeiträge interner sowie externer Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Forschung leisten einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion um Methoden, Klassifikationen und andere grundlegende Fragen des statistischen Programms. Die Aufsätze umfassen Texte, Tabellen und Grafiken.

Statistik und Wissenschaft ist eine Buchreihe, die die intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik dokumentiert. Sie steht für Themen, die sich aus der Kooperation der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft ergeben. Auch wissenschaftlich herausragende Nachwuchsarbeiten finden in dieser Reihe ihren festen Platz. So werden immer wieder Arbeiten von Preisträgern des vom Statistischen Bundesamt ausgelobten „Gerhard-Fürst-Preis“ für Dissertationen und Diplom- bzw. Masterarbeiten veröffentlicht.

In unseren **Broschüren** bereiten wir ausgewählte Themen für die breite Öffentlichkeit auf. Unter dem Motto „Kennzahlen auf einen Blick“ stellen wir Ihnen Schlüsselindikatoren zu einem Thema in Form von kurzen Texten, kleinen Tabellen und anschaulichen Grafiken zusammen. Zu sogenannten Megathemen erscheint die Reihe „Im Blickpunkt“. Hier berichten wir Ihnen ausführlich, anschaulich und statistikübergreifend über Themen, die unsere Gesellschaft bewegen.

STATmagazin ist das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes. Es bietet aktuell aufbereitete Informationen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Sie erhalten statistisches Hintergrundwissen zu Themen, die im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen.

Gemeinschaftsveröffentlichungen sind Veröffentlichungen, die das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder gemeinsam herausgegeben. Sie enthalten regional tiefer aufgefücherte Informationen und können unter www.statistik-portal.de abgerufen werden.

■ Inhalt

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ist das **umfassendste statistische Nachschlagewerk** auf dem deutschen Markt. Es beschreibt sowohl das gesellschaftliche Leben als auch den Zustand von Staat, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland. Es enthält Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik – ergänzt um Statistiken anderer Institutionen – und gibt so einen verlässlichen Überblick über die Lage der Nation.

Neben Statistiken über Deutschland stellt das Jahrbuch im Anhang „Internationales“ wichtige statistische Kennzahlen für Staaten aus allen Teilen der Welt zusammen.

Unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes ist das Statistische Jahrbuch der Klassiker. Es erscheint seit nunmehr über sechs Jahrzehnten. Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe im Jahr 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch. Auch die Statistischen Jahrbücher der Deutschen Demokratischen Republik (1955 bis 1990) und das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (1880 bis 1941/42) sind dort elektronisch archiviert.

Die aktuelle Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs bieten wir Ihnen unter www.destatis.de/jahrbuch komplett und kapitelweise zum Download (PDF) an.

■ Aufbau

Das Jahrbuch ist thematisch aufgebaut und gliedert sich in 27 Kapitel. Die einzelnen Kapitel enthalten Informationen aus diversen Statistiken zum jeweils behandelten Thema sowie ggf. Querverweise auf thematisch benachbarte Kapitel.

Jedes Kapitel ist einheitlich in sechs Teile untergliedert:

1. Eine **erste Seite** führt Sie schlagzeilenartig in das jeweilige Thema ein.
2. Unter dem Titel **„Auf einen Blick“** finden Sie einen grafischen Einstieg in das Thema.
3. Der **Datenteil** ist der umfangreichste. Er entspricht dem klassischen Statistischen Jahrbuch. Neben Tabellen enthält er ergänzende Grafiken und erläuternde Anmerkungen.
4. Im Teil **„Methodik“** erläutern wir die den jeweiligen Statistiken zugrunde liegende Methodik näher.
5. Das **„Glossar“** erklärt die wichtigsten verwendeten Begriffe.
6. Die Rubrik **„Mehr zum Thema“** weist auf tiefer gehende Datenquellen und weitere Veröffentlichungen zur jeweiligen Thematik hin.

Ein Anhang mit dem Titel „Internationales“ rundet das Datenangebot ab. Auch hier bieten wir Ihnen einen schlagzeilenartigen und grafischen Einstieg. Dieser ist um eine Tabelle mit Schlüsselzahlen zu sämtlichen Staaten der Welt ergänzt.

■ Gebrauch

Gebietsstand

Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland beziehen sich die Angaben zu **Deutschland** im Jahrbuch auf den Gebietsstand ab 3.10.1990. Dies gilt auch für den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse für Zeiträume davor.

Aus Vergleichsgründen weisen einige Kapitel Daten für das „frühere Bundesgebiet“ und die „neuen Länder“ getrennt nach. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich Angaben zum **„früheren Bundesgebiet“** auf die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990. Ergebnisse zu den **„neuen Ländern“** beziehen sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Umfasst dies auch Daten für Berlin-Ost, so ist dies mit dem Zusatz „Neue Länder und Berlin-Ost“ gekennzeichnet.

Staaten, Staatsangehörigkeit

Die Gebietsbezeichnungen und Schreibweisen der Staatennamen in den Jahrbuch-Tabellen basieren auf dem „Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses Verzeichnis wird vom Auswärtigen Amt aktualisiert und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Die Form der Darstellung bedeutet keine Anerkennung des politischen Status eines Staates bzw. der Grenzen seines Gebietes.

Auf- und Ausgliederung bei Summen

Die Bezeichnung **„davon“** in einer Tabelle gibt an, dass die vorstehende Summe vollständig in Unterpositionen aufgegliedert ist. Zählt man diese Unterpositionen zusammen, addieren sie sich zu der Summe.

Die Bezeichnung **„darunter“** hingegen gibt an, dass nur Teilpositionen der Summe aufgelistet sind (Ausgliederung). Diese addieren sich nicht vollständig zur Summe.

Werden Merkmale angeführt, die nicht summierbar sind, ist dies durch die Bezeichnung **„und zwar“** gekennzeichnet.

Auf die Bezeichnungen „davon“ und „darunter“ wurde verzichtet, wenn unmissverständlich aus dem Zusammenhang hervorgeht, ob es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Plus- und Minuszeichen

Im Allgemeinen sind Pluszeichen (+) und Minuszeichen (–) in Tabellenvorspalten als Rechenvorschrift anzusehen, im Zahlenfeld hingegen als Vorzeichen. Treffen zwei Minuszeichen als Rechenvorschrift und als Vorzeichen aufeinander, errechnet sich das Ergebnis nach gängigen Rechenregeln durch Addition.

Auf- und Abrundungen

Generell ist in den Tabellen und Grafiken – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- bzw. abgerundet worden. Dadurch können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Erläuterungen und Fußnoten

Zusatzangaben, die sich auf die gesamte Tabelle beziehen, stehen als Anmerkung direkt unter der Tabelle. Angaben, die sich nur auf einzelne Merkmale bzw. Zahlenfelder der Tabelle beziehen, stehen als Fußnoten.

Quellen

Enthält ein Kapitel Ergebnisse aus mehreren internen Erhebungen, so ist die Erhebung in der Regel unter der jeweiligen Tabelle vermerkt. Daten, die nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder erarbeitet haben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Geheimhaltung

Wenn Einzelangaben nicht gemacht werden können, um die statistische Geheimhaltung zu wahren, ist dies ausdrücklich gekennzeichnet. Die Einzelangaben sind aber in den Zwischen- und Endsummen enthalten.

Aktualität

Die aktuellsten Angaben des Statistischen Jahrbuchs 2014 beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2013. Redaktionsschluss ist der 1. August 2014. Folglich ist die Aktualität des Jahrbuchs nicht mit der Aktualität der Tagespresse und der Online-Medien vergleichbar. Vielmehr ermöglicht das Jahrbuch, neues Datenmaterial in größere sachliche und zeitliche Zusammenhänge zu stellen und einen Gesamtüberblick über die Verhältnisse in Deutschland zu geben.

Qualität

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seine Daten in höchst möglicher Qualität. Fehler lassen sich aber nie ganz ausschließen. Sollte uns nach Veröffentlichung des Jahrbuchs ein Fehler bekannt werden, weist die Online-Version des Jahrbuchs explizit auf diesen hin. Er wird in dieser Version umgehend korrigiert.

Vorschläge und Bemerkungen

Für zukünftige Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs nimmt das Statistische Bundesamt Vorschläge und Bemerkungen gerne entgegen. Bitte richten Sie diese an das Statistische Bundesamt, Redaktion Jahrbuch, 65180 Wiesbaden. Oder nutzen Sie unser Kontaktformular im Internet unter www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent
‰	=	Promille
St	=	Stück
mm	=	Millimeter
cm	=	Zentimeter
m	=	Meter
m ²	=	Quadratmeter
m ³	=	Kubikmeter
km	=	Kilometer
km ²	=	Quadratkilometer
ha	=	Hektar
l	=	Liter
hl	=	Hektoliter
g	=	Gramm
kg	=	Kilogramm
dt	=	Dezitonne
t	=	Tonne
Pkm	=	Personenkilometer
tkm	=	Tonnenkilometer
MW	=	Megawatt (= 10 ⁶ Watt)
MWh	=	Megawattstunde (= 10 ⁶ Wattstunden)
GWh	=	Gigawattstunde (= 10 ⁹ Wattstunden)
TWh	=	Terawattstunde (= 10 ¹² Wattstunden)
TJ	=	Terajoule (= 10 ¹² Joule)
PJ	=	Petajoule (= 10 ¹⁵ Joule)
NN	=	Normalnull
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
cif	=	Kosten, Versicherungen und Fracht inbegriffen
fob	=	frei an Bord

Zeichenerklärung

0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
–	=	nichts vorhanden
...	=	Angabe fällt später an
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

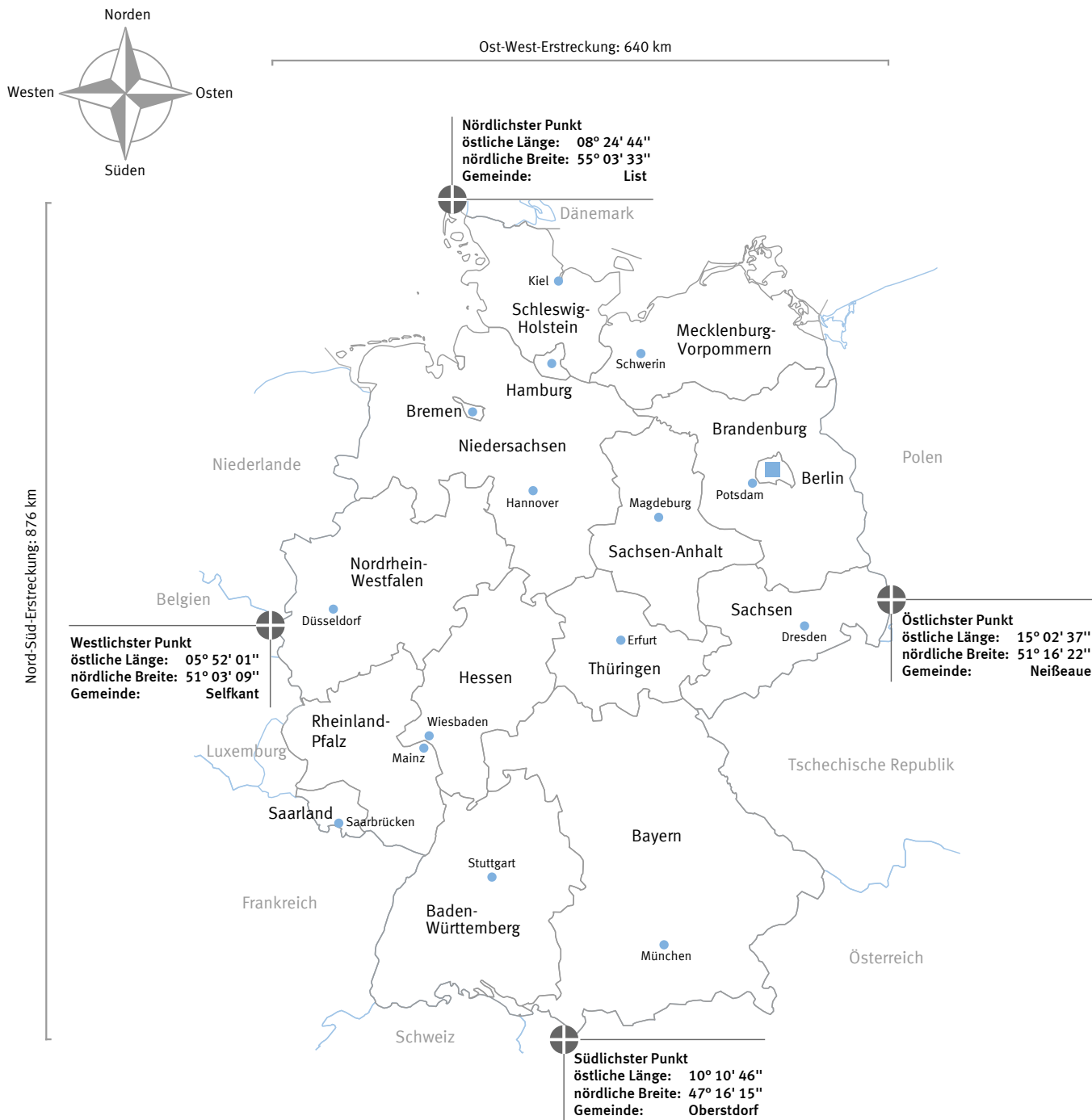


1 Geografie und Klima

Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund **357 000 km²** | **20 %** der Fläche nimmt **Bayern** ein, nur **1 % Bremen** | **14 %** sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche** | **15 Nationalparke** umfassen insgesamt eine Fläche von **10 377 km²** | Arkona 2013 mit den **meisten Sonnenstunden**, Kahler Asten mit den wenigsten

Seite	
13	Auf einen Blick
	Tabellen
14	Geografische Übersicht Länge der Grenzen Fläche
14	Ausgewählte Bodenerhebungen Berge Höchste natürliche Erhebungen der Länder Ausgewählte Ortshöhenlagen
15	Wasserwege Schiffbare Flüsse Schifffahrtskanäle
16	Infrastruktur Straßen des überörtlichen Verkehrs Flugplätze Schienennetz
16	Seen Natürliche Seen Stauseen
17	Ausgewählte Inseln Größte Inseln Touristisch bekannte, kleinere Inseln
18	Naturschutz und Erholungsfläche Nationalparke Naturschutzgebiete Naturparke
18	Klimatische Verhältnisse Sonnenscheindauer Temperaturen und Niederschläge
20	Methodik
21	Glossar
22	Mehr zum Thema

1.0 Auf einen Blick



Kartengrundlage © EuroGeographics

2014 - 01 - 0161

1 Geografie und Klima

1.1 Geografische Übersicht

1.1.1 Länge der Grenzen

Grenze zu ...	Länge in km	Grenze zu ...	Länge in km
Insgesamt	3 786	Polen	449
Österreich	817	Schweiz	316
Tschechische Republik	812	Belgien	157
Niederlande	576	Luxemburg	136
Frankreich	455	Dänemark	68

Stand: 2012.

Die **Grenzlänge zu Dänemark** berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die **Niederlande** beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die **Grenzlänge zur Schweiz** berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich zur Konstanzer Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die **Grenzlänge zu Österreich** wurde der Bodensee nicht berücksichtigt. Die Berechnung der Grenzlängen basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer). Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von Angaben der Nachbarstaaten abweichen.

1.1.2 Fläche und Bevölkerung 2012

Weitere Informationen zu Flächen siehe Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Bevölkerung ¹		
	km ²		km ²	% der Bodenfläche	1 000	je km ² der Bodenfläche	je km ² der SuV
Deutschland	357 169	48 225	13,5		80 524	225	1 670
Baden-Württemberg	35 751	5 101	14,3		10 569	296	2 072
Bayern	70 550	8 123	11,5		12 520	177	1 541
Berlin	892	625	70,1		3 375	3 784	5 400
Brandenburg	29 486	2 741	9,3		2 450	83	894
Bremen	419	235	56,1		655	1 563	2 787
Hamburg	755	452	59,8		1 734	2 297	3 836
Hessen	21 115	3 294	15,6		6 016	285	1 826
Mecklenburg-Vorpommern	23 210	1 868	8,0		1 600	69	857
Niedersachsen	47 614	6 554	13,8		7 779	163	1 187
Nordrhein-Westfalen	34 110	7 727	22,7		17 554	515	2 272
Rheinland-Pfalz	19 854	2 832	14,3		3 990	201	1 409
Saarland	2 570	535	20,8		994	387	1 858
Sachsen	18 420	2 346	12,7		4 050	220	1 726
Sachsen-Anhalt	20 451	2 239	10,9		2 259	110	1 009
Schleswig-Holstein	15 800	2 011	12,7		2 807	178	1 396
Thüringen	16 172	1 539	9,5		2 170	134	1 410

Ergebnisse der Flächenerhebung sowie der Bevölkerungsstatistik.

1 Stand: 31.12.2012. (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.1 Berge

	Höhe in m über NN	Gebirge bzw. Landschaft	Land
Hochgebirge (ab 1 500 m)			
Zugspitze	2 962	Wettersteingebirge	Bayern
Mittlere Höllental Spitze	2 743	Wettersteingebirge	Bayern
Watzmann	2 713	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochblassen	2 707	Wettersteingebirge	Bayern
Wetterwandeck	2 698	Wettersteingebirge	Bayern
Mädelegabel	2 645	Allgäuer Alpen	Bayern
Hochkalter	2 607	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Hochvogel	2 592	Allgäuer Alpen	Bayern
Östliche Karwendelspitze	2 537	Karwendelgebirge	Bayern
Hoher Göll	2 522	Berchtesgadener Alpen	Bayern
Mittelgebirge (bis 1 499 m)			
Feldberg	1 493	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Großer Arber	1 456	Bayerischer Wald	Bayern
Großer Rachel	1 452	Bayerischer Wald	Bayern
Belchen	1 414	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Dreissesselberg	1 332	Bayerischer Wald	Bayern
Schauinsland	1 284	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Fichtelberg	1 215	Westerzgebirge	Sachsen
Hornisgründe	1 163	Schwarzwald	Baden-Württemberg
Brocken	1 141	Oberharz	Sachsen-Anhalt
Einödrigel	1 121	Bayerischer Wald	Bayern

Auswahl an Bodenerhebungen der Bundesrepublik Deutschland. – Stand: 31.12.2012.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.2.2 Höchste natürliche Erhebungen der Länder

	Höhe in m über NN	Bezeichnung
Baden-Württemberg	1 493	Feldberg
Bayern	2 962	Zugspitze
Berlin	115	Müggelberge
Brandenburg	201	Heidehöhe
Bremen ¹	33	Erhebung am Friedehorstpark
Hamburg ²	116	Hasselbrack
Hessen	950	Wasserkuppe
Mecklenburg-Vorpommern	179	Helpter Berge
Niedersachsen	971	Wurmberg
Nordrhein-Westfalen	843	Langenberg
Rheinland-Pfalz	816	Erbeskopf
Saarland	695	Dollberg
Sachsen	1 215	Fichtelberg
Sachsen-Anhalt	1 141	Brocken
Schleswig-Holstein	167	Bungsberg
Thüringen	982	Großer Beerberg

Stand: 31.12.2012.

1 Quelle: GeoInformation Bremen.

2 Quelle: Landesbetrieb GeoInformation und Vermessung – Stadt Hamburg.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.3 Ausgewählte Ortshöhenlagen

	m		m
Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz	
Freiburg im Breisgau	278	Kaiserslautern	233
Heilbronn	157	Koblenz	65
Heidelberg	116	Ludwigshafen am Rhein	96
Karlsruhe	115	Mainz	86
Mannheim	95	Trier	136
Stuttgart	245	Worms	97
Bayern		Saarland	
Augsburg	489	Saarbrücken	230
Bad Tölz	670	St. Wendel	300
München	519	Merzig	175
Nürnberg	298	Neunkirchen	252
Regensburg	337	Homburg	231
Würzburg	177	Saarlouis	181
Berlin	35	Sachsen	
Brandenburg		Chemnitz	297
Cottbus	75	Dresden	113
Frankfurt/Oder	27	Görlitz	201
Neuruppin	44	Leipzig	113
Potsdam	34	Plauen	412
Brandenburg/Havel	35	Zwickau	262
Oranienburg	36	Sachsen-Anhalt	
Bremen	11	Dessau-Roßlau	63
Bremerhaven	2	Halberstadt	125
Hamburg	6	Halle/Saale	87
Hessen		Magdeburg	56
Darmstadt	144	Merseburg	88
Frankfurt am Main	100	Wittenberg, Lutherstadt	70
Hanau	106	Schleswig-Holstein	
Kassel	163	Elmshorn	3
Offenbach am Main	100	Flensburg	12
Wiesbaden	115	Kiel	3
Mecklenburg-Vorpommern		Lübeck	11
Greifswald	7	Neumünster	22
Güstrow	14	Norderstedt	35
Neubrandenburg	18	Thüringen	
Neustrelitz	75	Eisenach	215
Schwerin	45	Erfurt	194
Stralsund	9	Gera	205
Niedersachsen		Jena	155
Göttingen	149	Nordhausen	206
Hannover	55	Weimar	209
Oldenburg (Oldenburg)	5		
Osnabrück	64		
Salzgitter	92		
Wolfsburg	64		
Nordrhein-Westfalen			
Bochum	95		
Dortmund	76		
Düsseldorf	38		
Essen	67		
Köln	55		
Wuppertal	155		

Mittlere Höhenlage des Ortskerns über Normal-Null. – Stand: 31.12.2012.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.3 Wasserwege

1.3.1 Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands

	Insgesamt	Darunter schiffbar ¹
	Länge in km	
Rhein	865	695
Elbe	727 ²	727 ²
Donau	647	203
Main	527	387
Weser	452	430
Saale	413	124
Spree	382	.
Ems	371 ³	145
Neckar	367	203
Havel	334	. ⁴
Werra	292	83 ⁵
Leine	281	94 ⁵
Aller	260	112
Lahn	246	146 ⁵
Mosel	242	242
Fulda	218	109 ⁵
Ruhr	219	12 ⁵
Elde	208	180 ⁶

Flüsse ab 200 km Länge. – Stand: 2013.

1 Bundeswasserstraßen.

2 Bis Cuxhaven-Leuchtturm 725 km.

3 Bis zum Eintritt in den Dollart.

4 Aufgrund vielfacher schiffbarer Verzweigungen keine Angabe möglich.

5 Teilstrecken ohne gewerblichen Schiffsverkehr.

6 Elde-Müritz-Wasserweg.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

1.3.2 Schifffahrtskanäle

	Gesamt-länge in km	Eröffnung im Jahr	Verbindung
Mittellandkanal	325,3	1938	Bergeshövede – Anschluss EHK (Schleuse Hohenwarthe)
Dortmund-Ems-Kanal (benutzt streckenweise die Ems)	225,8	1899	Hafen Dortmund – Anschluss Unterems (bei Papenburg)
Main-Donau-Kanal	170,7	1992	Bamberg – Kelheim
Elbeseitenkanal (Nord-Süd-Kanal)	115,2	1976	Anschluss MLK – Anschluss Elbe, Artlenburg – Edesbüttel
Nord-Ostsee-Kanal	98,3	1895	Brunsbüttel – Kiel – Holtenau
Küstenkanal	69,5	1935	Dörpen (Ems) – Oldenburg (Oldenburg)
Oder-Spree-Kanal	64,7	1935	Westlicher Abschnitt rd. 24 km, östlicher Abschnitt rd. 41 km; Dahme – Eisenhüttenstadt
Elbe-Lübeck-Kanal	61,6	1900	Lauenburg/Elbe – Lübeck
Wesel-Datteln-Kanal	60,0	1929	Wesel – Datteln
Elbe-Havel-Kanal	55,2	1936	Niegrüpp (Elbe) – Anschluss UHW
Oder-Havel-Kanal	53,5	1914	Oranienburger Havel Schiffshebewerk Niederfinow
Datteln-Hamm-Kanal	47,1	1915	Datteln – Schmehausen, östlich Hamm
Rhein-Herne-Kanal	45,4	1914	Duisburg – Ruhrort – Henrichenburg
Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße	42,5	1926	Hohensaaten – Westoder bei km 2,75
Teltow-Kanal	38,4	1906	Abzweig Potsdam Havel – Einmündung SÖW; Potsdam – Babelsberg – Berlin-Grünau
Havelkanal	34,1	1952	Anschluss HOW – Anschluss UHW; Paretz (Havel) – Nieder Neudendorf

Schifffahrtskanäle ab 30 km Länge. – Stand: 2013.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt

1 Geografie und Klima

1.4 Infrastruktur

Weitere Informationen zur Infrastruktur siehe Kapitel „Transport und Verkehr“

1.4.1 Straßen des überörtlichen Verkehrs 2013

Deutschland ist auf **insgesamt 230 517 km** Straßen des sogenannten überörtlichen Verkehrs befahrbar.

Von diesen stehen dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung

- 12 879 km Bundesautobahnen,
- 39 604 km Bundesstraßen,
- 86 224 km Land(es)-, Staatsstraßen und
- 91 810 km Kreisstraßen.

50 882 km dieser Straßen führen als **Ortsdurchfahrten** durch bewohnte Regionen.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

1.4.2 Flugplätze 2013

Auf den **27 Flugplätzen** in Deutschland starteten rund **1,2 Millionen Flugzeuge**, einschl. Segel- und Ultraleichtflugzeugen.

Insgesamt wurden **181,4 Millionen Passagiere** und **4,3 Millionen Tonnen an Gütern** befördert.

Zu den **größten Flughäfen (gewerblicher Verkehr)** zählen

- Frankfurt am Main mit 233 000 Starts,
- München mit 184 000 Starts,
- Düsseldorf mit 103 000 Starts,
- Berlin-Tegel mit 84 000 Starts und
- Hamburg mit 65 000 Starts.

1.4.3 Schienennetz 2012

Für den Schienenverkehr stehen **insgesamt 41 427 km** ein- und mehrgleisige Schienen zur Verfügung.

Das Schienennetz teilt sich wie folgt auf:

- 37 941 km für den Eisenbahnverkehr,
- 2 434 km für Straßenbahnen und
- 1 052 km für Industrieanschlussbahnen.

1.5 Seen

1.5.1 Natürliche Seen

	Wasser- fläche in km ²	Tiefste Stelle in m	Seespiegel- höhe in m über NN	Lage
Bodensee	535,9 ¹	254	395	Baden-Württemberg/Bayern
Müritz	109,8	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Chiemsee	77,0	73	518	Bayern
Schweriner See	61,5	52	38	Mecklenburg-Vorpommern
Starnberger See	56,0	128	584	Bayern
Ammersee	46,2	81	533	Bayern
Plauer See	38,4	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Kummerower See	32,5	23	0,2	Mecklenburg-Vorpommern
Steinhuder Meer	29,1	3	37	Niedersachsen
Großer Plöner See	29,1	56	21	Schleswig-Holstein
Schaalsee	22,9	72	35	Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein
Selenter See	21,4	36	37	Schleswig-Holstein
Kölpinsee	20,3	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Tollensesee	17,9	31	15	Mecklenburg-Vorpommern
Walchensee	16,1	190	800	Bayern
Krakower See	15,1	28	48	Mecklenburg-Vorpommern
Dümmer	14,97	1	37	Niedersachsen
Malchiner See	14,0	10	0,6	Mecklenburg-Vorpommern
Schwieblochsee	13,27	7,3	40,8	Brandenburg
Großer Ratzeburger See	12,6	24	3	Schleswig-Holstein
Scharmützelsee	12,1	31,2	38,3	Brandenburg
Fleesensee	10,8	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Unterueckersee	10,31	18,7	17,4	Brandenburg
Parsteiner See	10,09	30,2	44,2	Brandenburg
Wittensee	9,9	21	4	Schleswig-Holstein
Tegernsee	8,8	73	726	Bayern
Ruppiner See	8,07	24,2	9	Brandenburg
Beetzsee	8,01	8,9	2,8	Brandenburg
Werbellinsee	7,95	55	19,6	Brandenburg
Schwielowsee	7,83	9,1	2,8	Brandenburg
Grimnitzsee	7,83	10,3	4,5	Brandenburg
Staffelsee	7,5	39	649	Bayern
Oberuckersee	6,81	28,5	9,7	Brandenburg
Waginger See	6,6	27	442	Bayern
Simssee	6,4	23	470	Bayern

Alle natürlichen Seen mit einer Spiegelfläche von über 6 km². – Aktualisierung der Seeflächen aufgrund Erfassung mittels Geoinformationssystemen.
– Stand: 30.4.2014.

1 Gesamtfläche einschl. 5,1 km² Inseln.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1 Geografie und Klima

1.5 Seen

1.5.2 Stauseen

	Stauraum bei Vollstau in Mill. m ³	Wasserfläche bei Vollstau in km ²	Gespeist von	Primäre Nutzung	Lage
Bleiloch	212,9	9,2	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saale-Orla-Kreis
Schwammenauel	202,6	7,8	Rur/Maas	Trinkwasserversorgung, Industrierwasserentnahme	Nordrhein-Westfalen, Aachen und Düren
Edersee	199,3	11,1	Eder-Fulda/Weser	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Hessen, Waldeck-Frankenberg
Hohenwarte	181,0	7,3	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saalfeld-Rudolstadt
Bigge	171,8	7,1	Bigge-Lenne-Ruhr/Rhein	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Nordrhein-Westfalen, Olpe
Forggensee ¹	166,0	15,3	Lech/Donau	Energiegewinnung, Hochwasserschutz	Bayern, Ostallgäu
Großer Brombachsee	143,7	8,6	Brombach-Rednitz-Regnitz-Main/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Bayern, Weißenburg-Gunzenhausen
Möhne	134,5	10,4	Möhne-Ruhr/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Soest
Rappbode	109,1	3,9	Rappbode-Bode-Saale/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen-Anhalt, Wernigerode
Schluchsee	108,0	5,1	Schwarza-Wutach/Rhein	Energiegewinnung, Erholung	Baden-Württemberg, Breisgau-Hochschwarzwald
Sylvensteinsee	92,6	6,0	Isar/Donau	Hochwasserschutz, Niedrigwasseraufhöhung	Bayern, Bad Tölz-Wolfratshausen
Große Dhünn	81,0	4,6	Dhünn/Rhein	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Rheinisch-Bergischer Kreis
Eibenstock	74,7	3,7	Zwickauer Mulde-Mulde/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen, Erzgebirgskreis

Talsperren mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Mill. m³ aufwärts, ohne Hochwasserrückhaltebecken und Speicherwerke. – Stand: 30.4.2014.

1 Der Forggensee hat nur zeitweise (sommerlicher Vollstau) Seencharakter.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1.6 Ausgewählte Inseln

1.6.1 Größte Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Rügen	930	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Usedom	373 ¹	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Greifswald
Fehmarn	185	Ostsee	Ostholstein
Sylt	102	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Föhr	82	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Nordstrand	48	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Pellworm	37	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Poel	34	Ostsee	Nordwestmecklenburg
Borkum	31	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Leer
Norderney	26	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Amrum	20	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Langeoog	20	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Ummanz	20	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Spiekeroog	18	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Hiddensee	17	Ostsee/Vorpommern	Vorpommern – Rügen
Juist	16	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich

Inseln ab einer Größe von über 15 km². – Stand: 31.12.2012.

1 Anteil der Bundesrepublik Deutschland; Gesamtfläche 445 km².

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.6.2 Touristisch bekannte, kleinere Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Baltrum	6,5	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Wangerooge	8,0	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Friesland
Reichenau (Bodensee)	4,4	Binnenlandgewässer/Bodanrück	Konstanz
Herreninsel (Chiemsee)	3,3	Binnenlandgewässer/Chiemgau	Rosenheim
Helgoland (mit Düne)	2,1	Nordsee	Pinneberg
Lindau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Lindau/Bodensee
Mainau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Konstanz
Fraueninsel (Chiemsee)	0,2	Binnenlandgewässer/Chiemgau	Rosenheim

Stand: 31.12.2012.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.7 Naturschutz und Erholungsfläche

Weitere Informationen zu Umweltschutz siehe Kapitel „Umwelt“

1.7.1 Nationalparke

	Fläche in km ²	Gründung	Bundesland
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer . . .	4 415	1985	Schleswig-Holstein
Niedersächsisches Wattenmeer	3 450	1986	Niedersachsen
Harz	2 47	2006	Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Vorpommersche Boddenlandschaft	805	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Müritz-Nationalpark	322	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Bayerischer Wald	242	1970	Bayern
Berchtesgaden	208	1978	Bayern

Nationalparke mit einer Fläche von mindestens 200 km². – Stand: 1.5.2014.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Die einzelnen Schutzflächen in den Tabellen 1.7.1 bis 1.7.3 können nicht summiert werden, da sie sich zum Teil überschneiden.

Nationalparke sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands. In Deutschland gibt es 15 Nationalparke. Ihre Fläche beträgt insgesamt 10 377 km².

1.7.2 Naturschutzgebiete

	Anzahl der Naturschutzgebiete	Gesamtfläche	
		km ²	% der Landesfläche
Nordrhein-Westfalen	3 086	2 637	7,7
Brandenburg	466	2 256	7,7
Niedersachsen	774	2 008	4,2
Bayern	589	1 606	2,3

Länder mit einer Gesamtfläche für Naturschutzgebiete von mindestens 1 000 km². – Stand: 31.12.2012.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

In Deutschland gibt es 8 589 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 13 414 km². Das sind 3,8% der Landesfläche.

1.7.3 Naturparke

	Fläche in km ²	Gründung	Land
Schwarzwald Mitte/Nord	3 740	2003	Baden-Württemberg
Südschwarzwald	3 700	2001	Baden-Württemberg
Altmühltal	2 966	1969	Bayern
Bayerischer Wald	2 783	1967	Bayern
Teutoburger Wald/ Eggegebirge	2 711	1965	Nordrhein-Westfalen
Fränkische Schweiz- Veldensteiner Forst	2 335	1968	Bayern
Bergstraße-Odenwald	2 238	1960	Hessen/Bayern
Bergisches Land	2 115	1973	Nordrhein-Westfalen
Thüringer Wald	2 082	2001	Thüringen
Hohes Venn (Nordeifel)	1 979	1960	Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz
Saar-Hunsrück	1 956	1980	Rheinland-Pfalz/Saarland

Naturparke mit einer Größe von mindestens 1 900 km². – Stand: 1.5.2014.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Naturparke sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

In Deutschland sind insgesamt 97 936 km² zur Erholung und für den Fremdenverkehr als Naturpark ausgewiesen. Davon stellen Bayern mit 22 445 km² und Nordrhein-Westfalen mit 12 967 km² flächenmäßig den größten Anteil.

1.8 Klimatische Verhältnisse

	Land	Sonnenstunden 2013
Stationen mit den meisten Sonnenstunden		
Arkona	Mecklenburg-Vorpommern	1 950,2
Greifswalder Die	Mecklenburg-Vorpommern	1 912,5
Barth	Mecklenburg-Vorpommern	1 861,2
Rostock-Warnemünde	Mecklenburg-Vorpommern	1 857,6
Zugs spitze	Bayern	1 821,1
Karlshagen	Mecklenburg-Vorpommern	1 803,8
Fehmarn	Schleswig-Holstein	1 791,8
Pelzerhaken	Schleswig-Holstein	1 777,8
Grambow-Schwennenz	Mecklenburg-Vorpommern	1 758,9
Grünow	Mecklenburg-Vorpommern	1 755,4

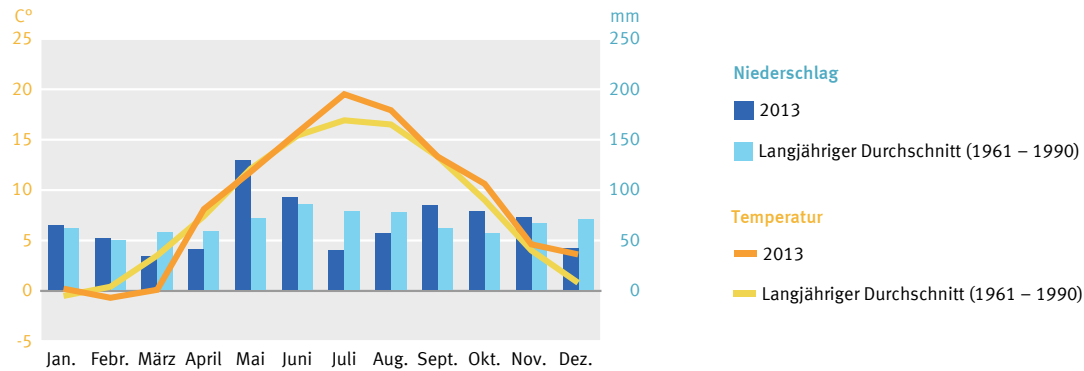
Summe der Sonnenscheinstunden im gesamten Jahr.

Quelle: Deutscher Wetterdienst

	Land	Sonnenstunden 2013
Stationen mit den wenigsten Sonnenstunden		
Hof	Bayern	1 313,7
Zinnwald-Georgenfeld	Sachsen	1 306,9
Brocken	Sachsen-Anhalt	1 294,0
Twistetal-Mühlhausen	Hessen	1 284,0
Carlsfeld	Sachsen	1 278,8
Kronach	Bayern	1 259,9
Schmücke	Thüringen	1 241,9
Braunlage	Niedersachsen	1 226,7
Neuhaus am Rennweg	Thüringen	1 226,0
Kahler Asten	Nordrhein-Westfalen	1 197,3

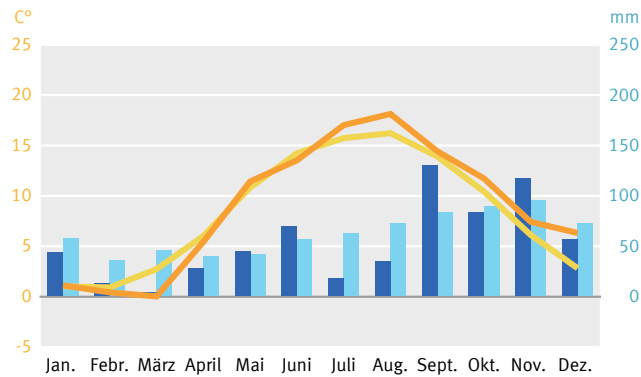
Temperaturen und Niederschläge 2013

Deutschland



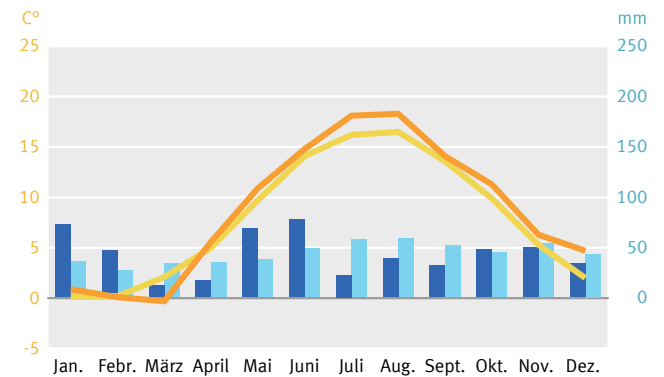
List auf Sylt

Lage 26 m ü. NN; N 55°01', O 08°41'



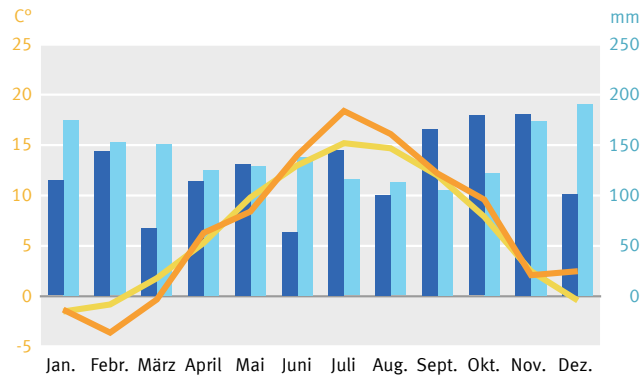
Kap Arkona (Rügen)

Lage 42 m ü. NN; N 54°68', O 13°43'



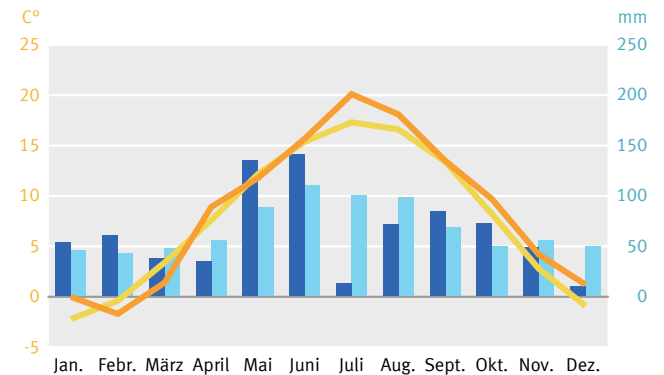
Freudenstadt

Lage 797m ü. NN; N 48°45', O 08°41'



München Flughafen

Lage 446 m ü. NN; N 48°35', O 11°81'



Quelle: Deutscher Wetterdienst

2014 - 01 - 0162

Methodik

Das Kapitel „Geografie und Klima“ präsentiert die wichtigsten Informationen rund um Deutschland als Land, geografisch und klimatisch. Ergänzt werden die Daten durch kleine Exkurse zur Infrastruktur. Verweise auf Kapitel mit detaillierten Informationen schaffen die Verbindung zu Statistiken im eigentlichen Sinne. Alle Daten basieren auf Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

■ Geografische Übersicht

Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Die **Gesamtfläche** Deutschlands beträgt rund 357 000 km². Wer die Bundesrepublik von Nord nach Süd durchqueren will, muss eine Distanz von 876 km überwinden, von Ost nach West dagegen 640 km.

Deutschland liegt im Herzen Europas und ist von neun **Nachbarstaaten** umgeben: Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik. Der Grenzverlauf umfasst insgesamt 3 786 km. Mit 817 km teilen sich Österreich und die Bundesrepublik Deutschland das längste Teilstück des Grenzverlaufs.

Die Berechnung der **Grenzlängen** basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Länder). Das Basis-DLM beschreibt die topografischen Objekte der Landschaft und das Relief der Erdoberfläche im Vektorformat. Der Erfassungsmaßstab beträgt 1:25 000 und enthält u. a. eine Objektart „Grenze“. Anhand dieser Informationen wird die Staatsgrenze Deutschlands vermessen. Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von den Angaben der Nachbarstaaten abweichen. Die Berechnung der Grenzlänge zu Dänemark berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die Niederlande beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die Grenzlänge zur Schweiz berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankeich-Schweiz bis einschließlich der Konstanzer Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die Grenzlänge zu Österreich wurde der Bodensee nicht berücksichtigt.

Die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** hat in den Jahren 2009 bis 2012 um durchschnittlich 74 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 18 „Umwelt“ (Tabelle 18.8.3) sowie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

■ Bodenerhebungen

Die Angaben basieren auf dem Datensatz „Geographische Namen GN250“. Dieser orientiert sich am Kartenmaßstab 1:250 000 und benutzt unter anderem das „Digitale Landschaftsmodell 1:250 000 (DLM 250)“ als grundlegende Quelle. Enthaltene geografische Namen sind z. B. Namen von Gemeinden, Gemeindeteilen, Landschaften, Verwaltungseinheiten und Bergen. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie erhebt die Daten.

■ Flüsse

Hydrografisch gehört der Süden der Bundesrepublik teilweise zum Einzugsgebiet der Donau, die in das Schwarze Meer mündet. Größere Teile des Ostholsteinischen Hügel- und Seenlandes sowie der Gebiete nördlich und nordöstlich der Mecklenburgischen Seenplatte zählen zum Wassereinzugsbereich der Ostsee. Alle übrigen Landschaften werden durch Rhein, Ems, Weser und Elbe zur Nordsee entwässert. Mit 865 km ist der Rhein Deutschlands längster Fluss und zugleich eine der am stärksten befahrenen Wasserstraßen Europas. Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands ab einer Länge von 200 km enthält Tabelle 1.3.1. Die Angaben basieren auf Daten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt.

■ Seen

Der flächengrößte und zugleich tiefste See Deutschlands ist der Bodensee, obgleich Teile davon in Österreich und in der Schweiz liegen. Die Müritz ist ein See innerhalb der Mecklenburgischen Seenplatte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist der größte See, der vollständig innerhalb Deutschlands liegt. Alle natürlichen Seen ab einer Spiegelfläche von über 6 km² zeigt Tabelle 1.5.1, alle Stauseen mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Millionen m³ enthält Tabelle 1.5.2. Die Daten stammen von der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

■ Inseln

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der Nordfriesischen Inseln und die Inselkette der Ostfriesischen Inseln. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die Brandungsdynamik aus Sandbänken entstanden. Rügen, Usedom, Fehmarn, Poel und Ummanz zählen zu den größten Inseln in der Ostsee. Sylt, Föhr und Nordstrand sind die größten deutschen Inseln in der Nordsee. Alle Inseln ab einer Spiegelfläche über 15 km² zeigt Tabelle 1.6.1.

Die „Klosterinsel“ Reichenau – seit 2000 Welterbestätte –, die „Blumeninsel“ Mainau und Lindau sind die größten und touristisch bekanntesten Inseln im Bodensee. Informationen über touristisch bekannte, kleinere Inseln enthält Tabelle 1.6.2. Die Daten erhebt das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Das deutsche Naturschutzgesetz (BNatSchG) unterscheidet zwischen **Schutzgebieten** unterschiedlicher Zielstellung und Schutzzwecken (z. B. Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparke, Naturparke). Darüber hinaus regeln EG-Richtlinien und internationale Verträge die Unterschutzstellung von ökologisch wertvollen Gebieten. Die für die verschiedenen Schutzgebiet-Kategorien gemeldeten Gebiete überschneiden sich daher in erheblichem Maße oder sind sogar deckungsgleich. Eine Addition der Flächen ist daher nicht sinnvoll. Eine Auswahl der Nationalparke, Naturschutzgebiete und Naturparke in Deutschland enthält Tabelle 1.7. Die Daten werden vom Bundesamt für Naturschutz erhoben.

■ Klimatische Verhältnisse

Für das Klima in Deutschland ist die Lage in der gemäßigten Zone mit häufigem Wetterwechsel bestimmend. Charakteristisch sind Winde aus vorwiegend westlichen Richtungen, die das ganze Jahr über feuchte Luftmassen vom Atlantik heranzuführen. Die Folge sind Niederschläge zu allen Jahreszeiten. Die jährlichen Niederschlagsmengen betragen im Norddeutschen Tiefland unter 500 bis 700 mm, in den Mittelgebirgen um 700 bis über 1 500 mm und in den Alpen bis über 2 000 mm. Vom Nordwesten nach Osten und Südosten fortschreitend, macht sich ein allmählicher Übergang vom mehr ozeanischen zum kontinentalen Klima bemerkbar. Dies sorgt für relativ milde Winter und nicht zu heiße Sommer. Gelegentlich wird die Westströmung jedoch durch zum Teil recht langlebige Hochdruckgebiete blockiert. Dann kann es zu sehr kalten Wintern kommen. Aber auch die Sommer können dann heiß und trocken werden.

Die Tagesschwankungen wie auch die jahreszeitlichen Temperaturunterschiede sind jedoch nirgendwo extrem. Die Durchschnittstemperaturen des Januar, des kältesten Monats im Jahr, liegen im Tiefland um + 1,5°C bis – 0,5°C. In den Gebirgen erreichen sie je nach Höhenlage bis unter – 6°C. Die mittleren Julitemperaturen betragen im Norddeutschen Tiefland + 17°C bis + 18°C, im Oberrheintalgraben bis zu + 20°C. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei + 9°C. Die Daten stellt der Deutsche Wetterdienst bereit.

Glossar

Insel | Sie ist eine in einem Meer oder Binnengewässer liegende, auch bei Flut über den Wasserspiegel hinausragende Landmasse, die vollständig von Wasser umgeben ist, aber nicht als Kontinent gilt.

Klima | Das Klima ist definiert als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren. Es wird repräsentiert durch die statistischen Gesamteigenschaften (Mittelwerte, Extremwerte, Häufigkeiten, Andauerwerte u. a.) über einen genügend langen Zeitraum. Im Allgemeinen wird ein Zeitraum von 30 Jahren zugrunde gelegt, die sogenannte Normalperiode. Es sind jedoch auch kürze Zeitabschnitte üblich.

Nationalparke | Das sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands.

Naturparke | Das sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

Naturschutzgebiete | Dies sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

Niederschlag | Unter dem Begriff „Niederschlag“ versteht man in der Meteorologie die Ausscheidung von Wasser aus der Atmosphäre im flüssigen und/oder festen Aggregatzustand, die man am Erdboden messen oder beobachten kann. Dabei wird unterschieden zwischen fallenden Niederschlägen (z. B. Regen), aufgewirbelten Niederschlägen (z. B. Schneetreiben), abgelagerten Niederschlägen (z. B. Schneedecke) und abgesetzten Niederschlägen (z. B. Reif). Fallende Niederschläge sind definiert als das Ausscheiden von Wasser aus Wolken, das den Erdboden in flüssiger (z. B. Regen) und/oder fester Form (z. B. Hagel) erreicht.

Schiffbarkeit | Sie ist dann gegeben, wenn auf einem Gewässer Schifffahrt betrieben werden kann, und zwar Güterschifffahrt, Personenschifffahrt und/oder Sportschifffahrt. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit, dort kleinere Sportboote gebrauchen zu können.

Schiffahrtskanal | Hierunter versteht man eine künstlich angelegte Wasserstraße als Verbindungsweg zwischen zwei natürlichen Gewässern.

Seen, natürliche | Ein See ist ein Stillgewässer mit oder ohne Zu- und Abfluss durch Fließgewässer. Er ist vollständig von einer Landfläche umgeben. Natürliche Seen entstehen auf natürliche Weise.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sonnenscheindauer | Als Sonnenscheindauer bezeichnet man die tatsächliche Dauer der direkten Sonneneinstrahlung an einem bestimmten Ort innerhalb eines definierten Zeitraums (Tag, Woche, Monat, Jahr). Die Sonnenscheindauer wird allgemein täglich gemessen und in zehntel Stunden angegeben. Die täglich festgestellte Sonnenscheindauer wird dann für größere Zeiträume aufsummiert.

Stauseen | Sie bilden sich durch künstlich aufgestautes Wasser. Stauseen werden aus zahlreichen Gründen errichtet, so z. B. als Trinkwasser- und Wasservorrat, zum Hochwasserschutz sowie zur Stromerzeugung.

Temperatur | Die Temperatur bezeichnet den messbaren Wärmezustand von Materie, eines Stoffes oder eines Stoffsystems. Der Wärmezustand wird durch die mittlere kinetische Energie der ungeordneten Bewegung der Teilchen bestimmt. Für die Temperatur werden meist folgende Einheiten verwendet: Kelvin, Grad Celsius oder Grad Fahrenheit. In der Meteorologie spielt die Lufttemperatur eine große Rolle. Sie wird daher weltweit regelmäßig unter genau definierten Bedingungen gemessen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, die Internet-adressen der jeweiligen Institutionen, die uns Daten zur Verfügung stellen. Ausführliche Informationen zu dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Geografie und Klima* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben auf Daten verschiedener Institutionen basieren.

Weitere Veröffentlichungen/Informationen zu den Themen

■ Ausgewählte Bodenerhebungen/Inseln

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie > www.bkg.bund.de

■ Wasserwege/Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur > www.bmvi.de,
Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt > www.wsv.de

■ Seen

Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) > www.lawa.de

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Bundesamt für Naturschutz > www.bfn.de

■ Klimatische Verhältnisse

Deutscher Wetterdienst, Monatlicher Witterungsbericht > www.dwd.de

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 65 (Bevölkerung, Fläche), +49 (0)6 11 / 75 86 60 (Flächenstatistik), +49 (0)6 11 / 75 48 52 (Verkehr).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



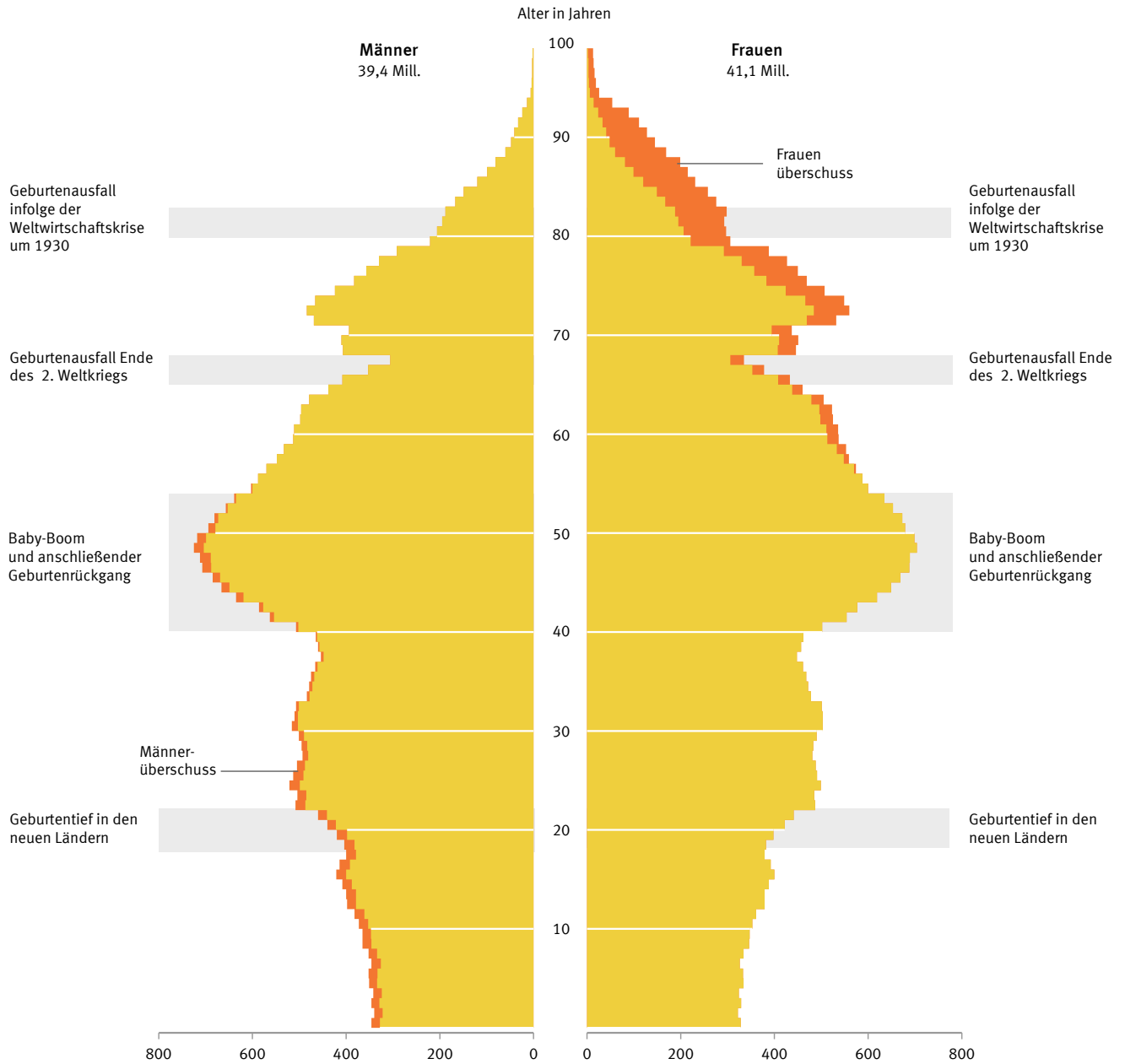
2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

80,5 Millionen Menschen lebten Ende 2012 in Deutschland, rund **77 %** davon in dicht und mittelstark besiedeltem Gebiet | **Frauen** bekamen ihr **erstes Kind** im Schnitt mit **29 Jahren** | **1,4 Kinder** brachte eine **Frau** durchschnittlich zur Welt | **3 900 Kinder** wurden 2012 **adoptiert** | 2013 wurde mehr als **jede dritte Ehe geschieden** | 2012 war jede **vierte** verstorbene Frau **90 Jahre** oder älter | **Zwei von fünf** Haushalten sind **Einpersonenhaushalte** | **Polen** war **Top-Herkunftsland** der Zugewanderten

<i>Seite</i>	
25	Auf einen Blick
	Tabellen
26	Bevölkerung Bevölkerungsstand und -entwicklung Verwaltungsgliederung Kreise und Gemeinden Grad der Verstädterung Die größten Städte Deutschlands Bevölkerung nach Altersgruppen, Ländern und Familienstand
33	Geborene und Gestorbene Entwicklung Nach Ländern Geburtenziffern Häufigste Vornamen Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern Gestorbene Säuglinge Sterbetafeln Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand Sterbeziffern
40	Migration Ausländische Bevölkerung Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft Asylbewerberinnen und Asylbewerber
44	Wanderungen Nach Bundesländern Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern Zwischen Deutschland und dem Ausland Top 10-Zielländer der Deutschen Top 10-Herkunftsländer der Ausländerinnen und Ausländer
49	Bevölkerungsvorausberechnung Entwicklung der Bevölkerung bis 2060 und der Privathaushalte bis 2030 Alten- und Jugendquotient
50	Familien, Kinder und Lebensformen Privathaushalte Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende Eheschließungen Durchschnittliches Heiratsalter Prozentuale Verteilung der Frauen nach Zahl der Kinder Gerichtliche Ehelösungen Geschiedene Ehen Scheidungsziffer Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften Minderjährige Kinder Kindertageseinrichtungen Kinder- und Elterngeld Adoptionen
64	Kirchen und Jüdische Gemeinden Evangelische und Katholische Kirche Kirchensteuer Jüdische Gemeinden
65	Methodik
68	Glossar
72	Mehr zum Thema

2.0 Auf einen Blick

Altersaufbau der Bevölkerung 2012
in 1 000 je Altersjahr



Stichtag: 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, auf Grundlage des Zensus 2011).

2014 - 01 - 0163

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.1 Bevölkerungsstand

	Fläche	Bevölkerung ¹			Einwohner/-innen je km ²	Ausländische Bevölkerung ²		
		insgesamt	männlich ²	weiblich ²		insgesamt	männlich	weiblich
	31.12.2012	km ²	1 000	%	Anzahl	1 000	%	
Deutschland	357 168	80 524	48,9	51,1	225	6 640	50,6	49,4
Baden-Württemberg	35 751	10 569	49,1	50,9	296	1 207	50,8	49,2
Bayern	70 550	12 520	49,1	50,9	177	1 129	50,8	49,2
Berlin	892	3 375	48,7	51,3	3 785	426	50,2	49,8
Brandenburg	29 486	2 450	49,2	50,8	83	49	50,7	49,3
Bremen	419	655	48,7	51,3	1 562	78	51,4	48,6
Hamburg	755	1 734	48,5	51,5	2 296	226	51,6	48,4
Hessen	21 115	6 016	48,9	51,1	285	709	49,8	50,2
Mecklenburg-Vorpommern	23 211	1 600	49,2	50,8	69	31	53,2	46,8
Niedersachsen	47 614	7 779	49,0	51,0	163	449	51,2	48,8
Nordrhein-Westfalen	34 110	17 554	48,7	51,3	515	1 675	50,3	49,7
Rheinland-Pfalz	19 854	3 990	49,0	51,0	201	290	50,0	50,0
Saarland	2 569	994	48,6	51,4	387	71	50,7	49,3
Sachsen	18 420	4 050	48,9	51,1	220	90	54,0	46,0
Sachsen-Anhalt	20 451	2 259	48,9	51,1	110	45	57,0	43,0
Schleswig-Holstein	15 800	2 807	48,7	51,3	178	126	48,8	51,2
Thüringen	16 172	2 170	49,2	50,8	134	39	53,5	46,5

1 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

	Bevölkerung	
	1 000	je km ²
1871 ¹	41 059	76
1880 ¹	45 234	84
1890 ¹	49 428	91
1900 ¹	56 367	104
1910 ¹	64 926	120
1925 ¹	62 411	133
1933 ¹	65 218	139
1939 ^{1 2}	69 314	147
1950 ³	69 346	–
1960	73 147	–
1970	78 069	–
1980	78 397	–
1990	79 753	223
1995	81 817	229
2000	82 260	230
2002	82 537	231
2003	82 532	231
2004	82 501	231
2005	82 438	231
2006	82 315	231
2007	82 218	230
2008	82 002	230
2009	81 802	229
2010	81 752	229
2011 ⁴	80 328	225
2012	80 524	225

1871 bis 1939 Reichsgebiet, ab 1950 Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 1871 bis 1910 im Dezember, 1925 und 1933 im Juni, 1939 im Mai, 1946 im Oktober, 1950 im September, 1926 bis 1932 und 1934 bis 1938 Jahresmitte; 1947 bis 1949 Jahresdurchschnitte, ab 1950 Jahresende. – Aus methodischen Gründen können für 1950 bis 1988 keine Angaben „zur Bevölkerung je km²“ nachgewiesen werden.

1 Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung.

2 Gebietsstand: 31.12.1937.

3 Ab 1950 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

4 Ab 2011 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2.1.3 Bevölkerungsentwicklung nach Gebieten

	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder ²	
	1 000	je km ²	1 000	je km ²
1950	50 958	202	18 388	171
1960	55 958	227	17 188	159
1970	61 001	245	17 068	158
1980	61 658	248	16 740	155
1990	63 726	256	16 028	148
1995	66 342	266	15 476	143
2000	67 140	270	15 119	140
2005	65 698	264	16 740	154
2006	65 667	264	16 648	153
2007	65 664	264	16 554	152
2008	65 541	264	16 461	152
2009	65 422	263	16 380	151
2010	65 426	263	16 326	150
2011 ³	64 429	259	15 899	146
2012	64 619	260	15 905	146

1 **Fortschreibungsergebnisse**; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, für 1970 bis 1986 auf der Basis der Volkszählung vom 27.5.1970 und ab 1987 auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987. Bis 2000 einschl. Berlin-West.

2 **Fortschreibungsergebnisse**; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, ab 1970 Ergebnisse der Volkszählung vom 1.1.1971 und ab 1980 auf der Basis der Volkszählung vom 31.12.1981. Die Ergebnisse ab 1990 basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990. Bis 2000 einschl. Berlin-Ost, ab 2001 einschl. Gesamtberlin.

3 Ab 2011 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.4 Bevölkerungsentwicklung nach Ländern

	1960 ¹	1970	1980	1990	2000	2005	2010	2011 ²	2012
1 000									
Deutschland	73 147	78 069	78 397	79 753	82 260	82 438	81 752	80 328	80 524
Baden-Württemberg	7 727	8 954	9 259	9 822	10 524	10 736	10 754	10 512	10 569
Bayern	9 495	10 561	10 928	11 449	12 230	12 469	12 539	12 443	12 520
Berlin	–	3 201	3 049	3 434	3 382	3 395	3 461	3 326	3 375
Brandenburg	–	2 657	2 660	2 578	2 602	2 559	2 503	2 453	2 450
Bremen	704	735	694	682	660	663	661	652	655
Hamburg	1 837	1 794	1 645	1 652	1 715	1 744	1 786	1 718	1 734
Hessen	4 783	5 425	5 601	5 763	6 068	6 092	6 067	5 994	6 016
Mecklenburg-Vorpommern	–	1 928	1 944	1 924	1 776	1 707	1 642	1 607	1 600
Niedersachsen	6 576	7 122	7 256	7 387	7 926	7 994	7 918	7 774	7 779
Nordrhein-Westfalen	15 852	17 005	17 058	17 350	18 010	18 058	17 845	17 545	17 554
Rheinland-Pfalz	3 411	3 659	3 642	3 764	4 035	4 059	4 004	3 990	3 990
Saarland	1 060	1 121	1 066	1 073	1 069	1 050	1 018	998	994
Sachsen	–	5 419	5 174	4 764	4 426	4 274	4 149	4 054	4 050
Sachsen-Anhalt	–	3 218	3 078	2 874	2 615	2 470	2 335	2 277	2 259
Schleswig-Holstein	2 309	2 511	2 611	2 626	2 790	2 833	2 834	2 802	2 807
Thüringen	–	2 759	2 730	2 611	2 431	2 335	2 235	2 182	2 170
%									
Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Baden-Württemberg	10,6	11,5	11,8	12,3	12,8	13,0	13,2	13,1	13,1
Bayern	13,0	13,5	13,9	14,4	14,9	15,1	15,3	15,5	15,5
Berlin	–	4,1	3,9	4,3	4,1	4,1	4,2	4,1	4,2
Brandenburg	–	3,4	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3,0
Bremen	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Hamburg	2,5	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,1	2,2
Hessen	6,5	6,9	7,1	7,2	7,4	7,4	7,4	7,5	7,5
Mecklenburg-Vorpommern	–	2,5	2,5	2,4	2,2	2,1	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,0	9,1	9,3	9,3	9,6	9,7	9,7	9,7	9,7
Nordrhein-Westfalen	21,7	21,8	21,8	21,8	21,9	21,9	21,8	21,8	21,8
Rheinland-Pfalz	4,7	4,7	4,6	4,7	4,9	4,9	4,9	5,0	5,0
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2
Sachsen	–	6,9	6,6	6,0	5,4	5,2	5,1	5,0	5,0
Sachsen-Anhalt	–	4,1	3,9	3,6	3,2	3,0	2,9	2,8	2,8
Schleswig-Holstein	3,2	3,2	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5
Thüringen	–	3,5	3,5	3,3	3,0	2,8	2,7	2,7	2,7

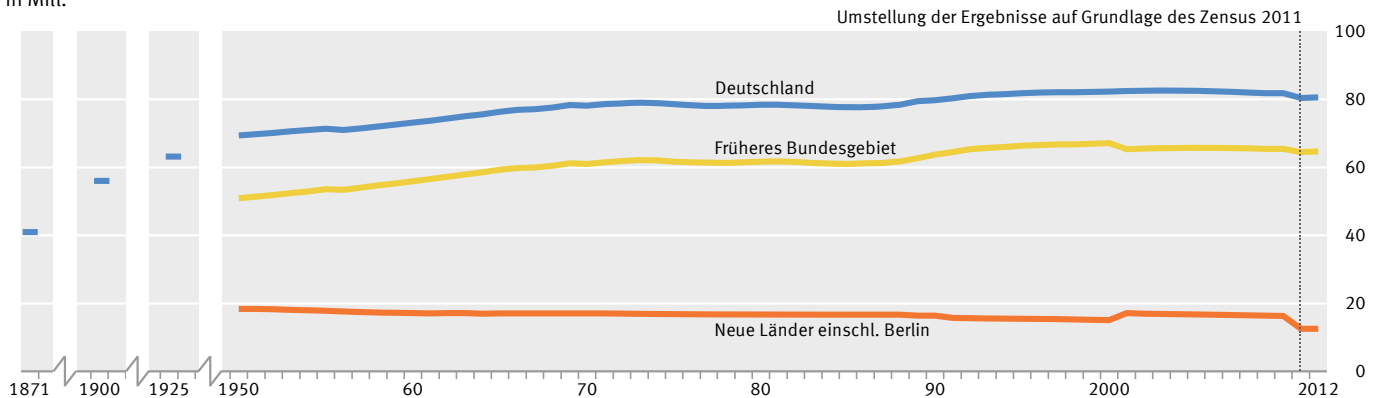
Stand: jeweils 31.12.

1 Ab 1960 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2 Ab 2011 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Bevölkerungsentwicklung

in Mill.



1871 bis 1939: Reichsgebiet. – Bevölkerung zur Jahresmitte.

1950 bis 2000: Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin-Ost. – Bevölkerung zum Jahresende.

2001 bis 2010: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin. – Bevölkerung zum Jahresende.

Seit 2011: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011. – Bevölkerung zum Jahresende.

2014 - 01 - 0164

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.5 Bevölkerungsstand und -veränderung nach Ländern

	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuss der		Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ¹		Bevölkerung am Jahresende			
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)			insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000			je 1 000 Einwohner/-innen	1 000	%			
2004	82 531,7	- 112,6	82,5	- 30,1	0	82 500,8	48,9	51,1	
2006	82 438,0	- 148,9	22,8	- 123,1	- 1	82 314,9	49,0	51,0	
2008	82 217,8	- 161,9	- 55,7 ¹³	- 215,5	- 3	82 002,4	49,0	51,0	
2010	81 802,3	- 180,8	127,9 ¹³	- 50,7	- 1	81 751,6	49,1	50,9	
2012 ¹²	80 327,9	- 196,0	368,9	195,8	2	80 523,7	48,9	51,1	
2012 nach Ländern									
Baden-Württemberg	10 512,4	- 11,1	65,8	56,7	5	10 569,1	49,1	50,9	
Bayern	12 443,4	- 18,4	91,6	76,2	6	12 519,6	49,1	50,9	
Berlin	3 326,0	2,5	41,3	49,2	15	3 375,2	48,7	51,3	
Brandenburg	2 453,2	- 9,9	5,7	- 3,7	- 2	2 449,5	49,2	50,8	
Bremen	652,2	- 1,8	4,1	2,6	4	654,8	48,7	51,3	
Hamburg	1 718,2	0,7	15,0	16,1	9	1 734,3	48,5	51,5	
Hessen	5 993,8	- 10,3	30,6	22,7	4	6 016,5	48,9	51,1	
Mecklenburg-Vorpommern	1 606,9	- 6,2	0,6	- 6,6	- 4	1 600,3	49,2	50,8	
Niedersachsen	7 774,3	- 25,6	28,7	4,7	1	7 779,0	49,0	51,0	
Nordrhein-Westfalen	17 544,9	- 48,0	53,5	9,4	1	17 554,3	48,7	51,3	
Rheinland-Pfalz	3 990,0	- 13,2	12,8	0,3	0	3 990,3	49,0	51,0	
Saarland	997,9	- 5,4	1,5	- 3,6	- 4	994,3	48,6	51,4	
Sachsen	4 054,2	- 16,6	11,7	- 4,0	- 1	4 050,2	48,9	51,1	
Sachsen-Anhalt	2 276,7	- 13,4	- 4,3	- 17,3	- 8	2 259,4	48,9	51,1	
Schleswig-Holstein	2 802,3	- 9,4	13,1	4,2	1	2 806,5	48,7	51,3	
Thüringen	2 181,6	- 9,8	- 1,7	- 11,1	- 5	2 170,5	49,2	50,8	

Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

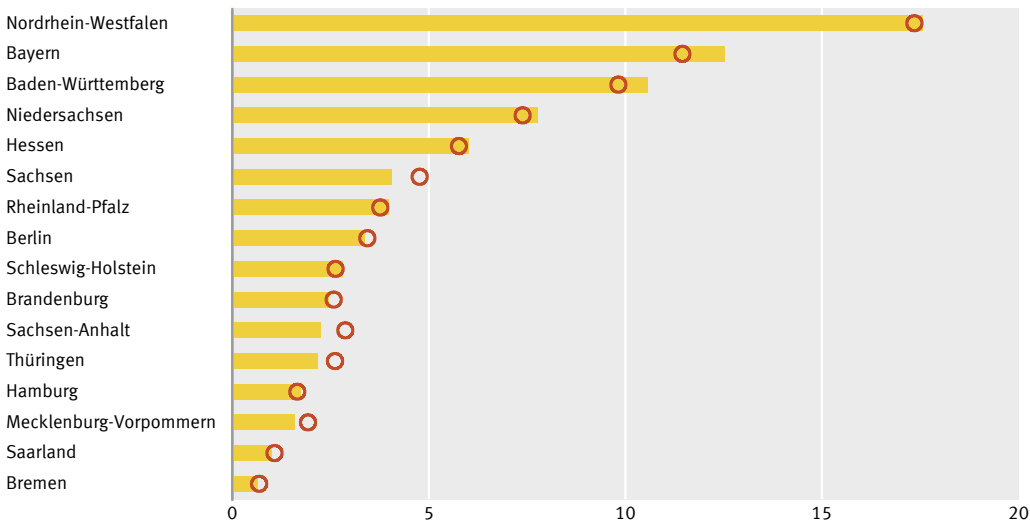
- 1 Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme ergibt sich aus dem Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen, dem Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge und aus bestandsrelevanten Korrekturen.
 2 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014, Untergliederung männlich/weiblich vorläufig.

- 3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Bevölkerung nach Ländern

in Mill.

■ 2012 ○ 1990



Stichtag: 31.12.

1990: Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. 1990 (neue Länder und Berlin-Ost).

2012: Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2014 - 01 - 0165

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.6 Verwaltungsgliederung Deutschlands 2013

	Regierungs- bezirke	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden ¹	Darunter Städte ²
			kreisfreie Städte	Landkreise		
Deutschland	19	402	107	295	11 161	2 064
Baden-Württemberg	4	44	9	35	1 101	312
Bayern	7	96	25	71	2 056	317
Berlin	–	1	1	–	1	1
Brandenburg	–	18	4	14	419	113
Bremen	–	2	2	–	2	2
Hamburg	–	1	1	–	1	1
Hessen	3	26	5	21	426	191
Mecklenburg-Vorpommern	–	8	2	6	780	84
Niedersachsen	–	46	8	38	1 002	161
Nordrhein-Westfalen	5	53	22	31	396	271
Rheinland-Pfalz	–	36	12	24	2 306	129
Saarland	–	6	–	6	52	17
Sachsen	–	13	3	10	438	171
Sachsen-Anhalt	–	14	3	11	222	105
Schleswig-Holstein	–	15	4	11	1 110	63
Thüringen	–	23	6	17	849	126
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	19	325	88	237	8 452	1 464
Neue Länder (ohne Berlin-Ost) ...	–	76	18	58	2 708	599
Berlin	–	1	1	–	1	1

Stand: 31.12.

1 Einschl. der bewohnten gemeindefreien Gebiete.

2 Einschl. kreisfreie Städte.

2.1.7 Kreise und Gemeinden

	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden
		kreisfreie Städte	Landkreise	
1990	543	117	426	16 128
1994	444	115	329	14 805
1998	440	117	323	14 197
2002	439	116	323	13 148
2006	439	116	323	12 312
2011	402	107	295	11 292
2012	402	107	295	11 220
2013	402	107	295	11 161

Stand: jeweils 31.12.

2.1.8 Stadt- und Landgliederung

	Bevölkerung		
	2000	2005	2012
	Anzahl		
Insgesamt	82 259 530	82 437 995	80 523 746
Städtisch	40 088 229	40 357 967	28 399 014
Halbstädtisch	29 381 482	29 470 645	33 450 802
Ländlich	12 789 819	12 609 383	18 673 930
	%		
Insgesamt	100	100	100
Städtisch	48,7	49,0	35,3
Halbstädtisch	35,7	35,8	41,5
Ländlich	15,6	15,3	23,2

Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2000): Für die Jahre 2000 und 2005 Stand: jeweils 31.12. – Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2011): Ab dem Jahr 2011 Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung). Ab dem Jahr 2012 Umstellung der Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Städtische (oder dicht besiedelte) Gebiete sind im Wesentlichen Gemeinden, die eine Bevölkerungsdichte von mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² aufweisen und die einzeln – oder als zusammenhängendes Gebiet benachbarter Gemeinden derselben Dichtekategorie – mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben.

Halbstädtische (oder mittelstark besiedelte) Gebiete sind Gemeinden, die jeweils eine Einwohnerdichte von 100 bis 500 Einwohnerinnen und Einwohnern je km² aufweisen, und die – wiederum ggf. im Zusammenhang mit benachbarten Gemeinden der gleichen Dichtekategorie – auf eine Einwohnerzahl von mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen.

Ländliche (oder dünn besiedelte) Gebiete sind Gemeinden, die eine Bevölkerungsdichte von weniger als 100 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² aufweisen.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2012

		Bevölkerung ¹				Fläche in km ²	Land
		insgesamt	männlich ²	weiblich ²	je km ²		
			%				
1	Berlin, Stadt	3 375 222	48,7	51,3	3 785	891,70	Berlin
2	Hamburg, Freie und Hansestadt	1 734 272	48,5	51,5	2 296	755,30	Hamburg
3	München, Landeshauptstadt	1 388 308	48,5	51,5	4 468	310,70	Bayern
4	Köln, Stadt	1 024 373	48,5	51,5	2 528	405,16	Nordrhein-Westfalen
5	Frankfurt am Main, Stadt	687 775	49,1	50,9	2 770	248,31	Hessen
6	Stuttgart, Landeshauptstadt	597 939	49,2	50,8	2 884	207,35	Baden-Württemberg
7	Düsseldorf, Stadt	593 682	48,1	51,9	2 731	217,41	Nordrhein-Westfalen
8	Dortmund, Stadt	572 087	48,7	51,3	2 038	280,71	Nordrhein-Westfalen
9	Essen, Stadt	566 862	47,9	52,1	2 695	210,30	Nordrhein-Westfalen
10	Bremen, Stadt	546 451	48,7	51,3	1 679	325,42	Bremen
11	Dresden, Stadt	525 105	49,2	50,8	1 599	328,31	Sachsen
12	Leipzig, Stadt	520 838	48,3	51,7	1 751	297,39	Sachsen
13	Hannover, Landeshauptstadt	514 137	48,2	51,8	2 518	204,15	Niedersachsen
14	Nürnberg	495 121	48,2	51,8	2 657	186,37	Bayern
15	Duisburg, Stadt	486 816	48,8	51,2	2 091	232,80	Nordrhein-Westfalen
16	Bochum, Stadt	362 213	48,1	51,9	2 487	145,66	Nordrhein-Westfalen
17	Wuppertal, Stadt	342 885	48,2	51,8	2 036	168,39	Nordrhein-Westfalen
18	Bielefeld, Stadt	328 314	48,2	51,8	1 268	258,82	Nordrhein-Westfalen
19	Bonn, Stadt	309 869	47,3	52,7	2 196	141,09	Nordrhein-Westfalen
20	Münster, Stadt	296 599	47,7	52,3	979	302,96	Nordrhein-Westfalen
21	Karlsruhe, Stadt	296 033	50,1	49,9	1 707	173,46	Baden-Württemberg
22	Mannheim, Universitätsstadt	294 627	49,1	50,9	2 032	144,96	Baden-Württemberg
23	Augsburg	272 699	48,4	51,6	1 857	146,84	Bayern
24	Wiesbaden, Landeshauptstadt	272 636	47,7	52,3	1 337	203,93	Hessen
25	Gelsenkirchen, Stadt	257 607	49,1	50,9	2 455	104,94	Nordrhein-Westfalen
26	Mönchengladbach, Stadt	255 087	48,6	51,4	1 497	170,45	Nordrhein-Westfalen
27	Braunschweig, Stadt	245 798	48,9	51,1	1 279	192,17	Niedersachsen
28	Chemnitz, Stadt	241 210	48,4	51,6	1 092	220,86	Sachsen
29	Aachen, Stadt	240 086	51,1	48,9	1 493	160,85	Nordrhein-Westfalen
30	Kiel, Landeshauptstadt	239 866	48,3	51,7	2 022	118,65	Schleswig-Holstein
31	Halle (Saale), Stadt	231 440	47,7	52,3	1 714	135,01	Sachsen-Anhalt
32	Magdeburg, Landeshauptstadt	229 924	48,6	51,4	1 144	201,00	Sachsen-Anhalt
33	Krefeld, Stadt	222 026	48,1	51,9	1 612	137,75	Nordrhein-Westfalen
34	Freiburg im Breisgau, Stadt	218 043	47,1	52,9	1 425	153,06	Baden-Württemberg
35	Lübeck, Hansestadt	211 713	47,6	52,4	988	214,21	Schleswig-Holstein
36	Oberhausen, Stadt	210 005	48,7	51,3	2 724	77,10	Nordrhein-Westfalen
37	Erfurt, Stadt	203 485	48,1	51,9	756	269,15	Thüringen
38	Rostock, Hansestadt	202 887	49,0	51,0	1 119	181,27	Mecklenburg-Vorpommern
39	Mainz, Stadt	202 756	48,2	51,8	2 074	97,74	Rheinland-Pfalz
40	Kassel, documenta-Stadt	192 874	48,3	51,7	1 806	106,78	Hessen
41	Hagen, Stadt der Fernuniversität	186 243	48,3	51,7	1 161	160,35	Nordrhein-Westfalen
42	Saarbrücken, Landeshauptstadt	176 996	48,8	51,2	1 059	167,09	Saarland
43	Hamm, Stadt	176 440	48,8	51,2	779	226,43	Nordrhein-Westfalen
44	Mülheim an der Ruhr, Stadt	166 654	47,6	52,4	1 826	91,28	Nordrhein-Westfalen
45	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	160 179	49,3	50,7	2 066	77,55	Rheinland-Pfalz
46	Leverkusen, Stadt	159 926	48,4	51,6	2 028	78,87	Nordrhein-Westfalen
47	Potsdam, Stadt	159 456	47,9	52,1	850	187,66	Brandenburg
48	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	158 658	47,4	52,6	1 541	102,99	Niedersachsen
49	Osnabrück, Stadt	155 625	47,7	52,3	1 299	119,80	Niedersachsen
50	Solingen, Klingenstadt	155 316	48,0	52,0	1 734	89,55	Nordrhein-Westfalen
51	Herne, Stadt	154 563	48,2	51,8	3 006	51,42	Nordrhein-Westfalen
52	Neuss, Stadt	151 486	48,2	51,8	1 522	99,53	Nordrhein-Westfalen
53	Heidelberg, Stadt	150 335	47,5	52,5	1 381	108,83	Baden-Württemberg
54	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	147 925	50,1	49,9	1 212	122,09	Hessen
55	Paderborn, Stadt	143 575	49,1	50,9	799	179,60	Nordrhein-Westfalen
56	Regensburg	138 296	47,6	52,4	1 714	80,70	Bayern
57	Ingolstadt	127 886	50,0	50,0	959	133,37	Bayern
58	Würzburg	124 577	46,9	53,1	1 422	87,63	Bayern
59	Wolfsburg, Stadt	121 758	49,1	50,9	597	204,05	Niedersachsen
60	Fürth	118 358	48,3	51,7	1 868	63,35	Bayern

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2012

	Bevölkerung ¹				Fläche in km ²	Land
	insgesamt	männlich ²	weiblich ²	je km ²		
		%				
61 Ulm, Universitätsstadt	117 977	48,8	51,2	994	118,69	Baden-Württemberg
62 Heilbronn, Stadt	117 531	49,3	50,7	1 177	99,88	Baden-Württemberg
63 Offenbach am Main, Stadt	116 945	49,2	50,8	2 605	44,89	Hessen
64 Göttingen, Stadt	116 650	48,2	51,8	998	116,89	Niedersachsen
65 Bottrop, Stadt	116 498	48,3	51,7	1 158	100,61	Nordrhein-Westfalen
66 Pforzheim, Stadt	116 425	48,6	51,4	1 188	98,00	Baden-Württemberg
67 Recklinghausen, Stadt	115 385	48,4	51,6	1 737	66,43	Nordrhein-Westfalen
68 Reutlingen, Stadt	110 681	48,6	51,4	1 271	87,06	Baden-Württemberg
69 Koblenz, Stadt	109 779	47,9	52,1	1 044	105,12	Rheinland-Pfalz
70 Remscheid, Stadt	109 352	48,7	51,3	1 467	74,52	Nordrhein-Westfalen
71 Bergisch Gladbach, Stadt	109 138	47,8	52,2	1 313	83,09	Nordrhein-Westfalen
72 Bremerhaven, Stadt	108 323	49,0	51,0	1 155	93,82	Bremen
73 Jena, Stadt	106 915	49,4	50,6	934	114,48	Thüringen
74 Trier, Stadt	106 544	47,9	52,1	910	117,13	Rheinland-Pfalz
75 Erlangen	105 412	49,1	51,0	1 370	76,95	Bayern
76 Moers, Stadt	103 504	48,3	51,7	1 529	67,68	Nordrhein-Westfalen

Städte mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr am 31.12. – Die Städtebezeichnungen richten sich nach der amtlichen Schreibweise der Gemeinden, wie sie die Statistischen Ämter der Länder vorgeben.

1 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2 Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2.1.10 Bevölkerung nach Altersgruppen

	1960	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2010	2011 ¹	2012 ¹
Anzahl										
Insgesamt	73 146 809	78 069 471	78 397 483	79 753 227	81 817 499	82 259 540	82 437 995	81 751 602	80 327 900	80 523 746
Alter von ... bis unter ... Jahren										
unter 1	1 226 255	1 015 658	859 531	911 442	766 004	766 554	685 987	678 233	654 374	674 396
1 – 6	5 614 730	6 089 568	3 974 333	4 432 548	4 219 148	3 951 030	3 660 158	3 421 388	3 363 813	3 372 936
6 – 15	8 903 050	10 968 346	9 439 911	7 593 513	8 253 333	8 059 658	7 303 727	6 841 580	6 723 059	6 602 115
15 – 18	2 752 605	3 205 352	4 057 829	2 406 208	2 664 020	2 722 944	2 907 532	2 399 688	2 355 206	2 406 103
18 – 21	3 614 380	3 211 025	3 925 930	3 066 450	2 575 222	2 852 894	2 867 917	2 727 805	2 535 483	2 466 812
21 – 25	4 955 972	3 833 050	4 801 025	5 214 968	3 917 576	3 680 851	3 914 148	4 008 892	3 935 557	3 903 641
25 – 40	14 536 724	16 655 053	15 836 647	18 905 576	20 378 855	18 855 926	16 546 395	14 759 996	14 377 041	14 507 789
40 – 60	18 811 081	17 523 879	20 328 474	20 959 571	21 833 979	21 957 504	24 012 033	25 420 290	24 991 015	24 929 005
60 – 65	4 261 871	4 787 899	3 009 768	4 350 811	4 476 912	5 718 165	4 670 024	4 649 437	4 809 258	4 969 874
65 und mehr	8 470 141	10 779 641	12 164 035	11 912 140	12 732 450	13 694 014	15 870 074	16 844 293	16 583 094	16 691 075
%										
unter 1	1,7	1,3	1,1	1,1	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
1 – 6	7,7	7,8	5,1	5,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,2	4,2
6 – 15	12,2	14,0	12,0	9,5	10,1	9,8	8,9	8,4	8,4	8,2
15 – 18	3,8	4,1	5,2	3,0	3,3	3,3	3,5	2,9	2,9	3,0
18 – 21	4,9	4,1	5,0	3,8	3,1	3,5	3,5	3,3	3,2	3,1
21 – 25	6,8	4,9	6,1	6,5	4,8	4,5	4,7	4,9	4,9	4,8
25 – 40	19,9	21,3	20,2	23,7	24,9	22,9	20,1	18,1	17,9	18,0
40 – 60	25,7	22,4	25,9	26,3	26,7	26,7	29,1	31,1	31,1	31,0
60 – 65	5,8	6,1	3,8	5,5	5,5	7,0	5,7	5,7	6,0	6,2
65 und mehr	11,6	13,8	15,5	14,9	15,6	16,6	19,3	20,6	20,6	20,7

Stand: jeweils 31.12. (Ergebnisse der Bevölkerungsforschreibung).

1 Vorläufige Altersgliederung auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.11 Bevölkerung nach Altersgruppen und Ländern 2012

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 6	6 – 15	15 – 18	18 – 25	25 – 40	40 – 60	60 – 65	65 und mehr
	1 000								
Deutschland	80 524	4 047	6 602	2 406	6 370	14 508	24 929	4 970	16 691
Baden-Württemberg	10 569	549	927	351	904	1 930	3 225	617	2 065
Bayern	12 520	639	1 055	396	1 039	2 326	3 862	739	2 465
Berlin	3 375	192	243	78	268	772	983	196	644
Brandenburg	2 450	117	178	53	143	404	831	167	556
Bremen	655	32	49	18	58	129	190	39	139
Hamburg	1 734	96	133	45	140	405	498	91	327
Hessen	6 016	311	504	186	477	1 106	1 863	370	1 200
Mecklenburg-Vorpommern	1 600	78	112	33	105	279	525	113	356
Niedersachsen	7 779	381	684	262	621	1 294	2 418	483	1 636
Nordrhein-Westfalen	17 554	874	1 495	568	1 442	3 085	5 462	1 050	3 579
Rheinland-Pfalz	3 990	192	329	128	330	672	1 263	258	817
Saarland	994	42	73	30	78	162	320	70	220
Sachsen	4 050	206	282	78	263	734	1 202	284	1 002
Sachsen-Anhalt	2 259	102	150	44	146	375	726	163	554
Schleswig-Holstein	2 807	136	241	92	216	451	876	175	620
Thüringen	2 170	103	148	44	140	381	687	157	509
	%								
Deutschland	100	5,0	8,2	3,0	7,9	18,0	31,0	6,2	20,7
Baden-Württemberg	100	5,2	8,8	3,3	8,6	18,3	30,5	5,8	19,5
Bayern	100	5,1	8,4	3,2	8,3	18,6	30,8	5,9	19,7
Berlin	100	5,7	7,2	2,3	7,9	22,9	29,1	5,8	19,1
Brandenburg	100	4,8	7,3	2,2	5,8	16,5	33,9	6,8	22,7
Bremen	100	4,8	7,5	2,8	8,9	19,8	29,0	6,0	21,3
Hamburg	100	5,5	7,6	2,6	8,1	23,4	28,7	5,2	18,9
Hessen	100	5,2	8,4	3,1	7,9	18,4	31,0	6,1	20,0
Mecklenburg-Vorpommern	100	4,8	7,0	2,0	6,6	17,5	32,8	7,0	22,3
Niedersachsen	100	4,9	8,8	3,4	8,0	16,6	31,1	6,2	21,0
Nordrhein-Westfalen	100	5,0	8,5	3,2	8,2	17,6	31,1	6,0	20,4
Rheinland-Pfalz	100	4,8	8,3	3,2	8,3	16,8	31,6	6,5	20,5
Saarland	100	4,2	7,3	3,0	7,9	16,3	32,2	7,1	22,1
Sachsen	100	5,1	7,0	1,9	6,5	18,1	29,7	7,0	24,7
Sachsen-Anhalt	100	4,5	6,6	2,0	6,4	16,6	32,1	7,2	24,5
Schleswig-Holstein	100	4,8	8,6	3,3	7,7	16,1	31,2	6,2	22,1
Thüringen	100	4,8	6,8	2,0	6,4	17,6	31,7	7,2	23,5

Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Zensusdaten mit dem Stand vom 10.4.2014.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.12 Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand zum 9.5.2011

	Ledig		Verheiratet		Verwitwet		Geschieden		Eingetragene Lebenspartnerschaft		Eingetragene Lebenspartner/-in verstorben		Eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben		Ohne Angabe	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1 000															
Insgesamt	17 290,4	14 748,7	18 337,5	18 332,4	1 020,4	4 713,0	2 437,6	3 240,1	40,6	27,7	1,0	0,4	3,2	2,3	15,3	9,2
	Alter von ... bis unter ... Jahren															
unter 15	5 544,4	5 259,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,8	0,8
15 – 20	2 055,5	1 949,5	0,9	6,7	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	-	-	0,0	0,0	0,7	0,4
20 – 25	2 403,5	2 198,6	56,0	164,4	0,0	0,3	2,2	7,1	0,7	0,5	0,0	0,0	0,1	0,1	1,3	0,7
25 – 30	2 022,5	1 643,6	402,0	710,4	0,3	2,1	26,2	57,4	2,4	1,9	0,0	0,0	0,5	0,3	2,0	0,9
30 – 35	1 398,7	987,6	909,2	1 239,6	1,2	6,0	69,6	128,4	4,2	3,6	0,1	0,0	0,5	0,4	1,9	1,0
35 – 40	926,3	607,1	1 301,7	1 522,4	3,2	14,1	139,7	216,1	4,6	3,7	0,1	0,0	0,5	0,4	1,9	1,0
40 – 45	929,3	584,4	1 960,7	2 106,5	8,1	31,8	301,9	412,7	6,9	4,7	0,1	0,0	0,6	0,4	1,9	1,1
45 – 50	756,3	454,5	2 310,4	2 370,9	18,7	70,3	452,6	550,7	6,8	4,6	0,1	0,0	0,5	0,3	1,7	1,0
50 – 55	474,9	285,8	2 167,0	2 196,2	28,8	125,9	436,5	480,7	4,7	3,1	0,1	0,0	0,3	0,2	1,3	0,8
55 – 60	288,1	181,1	1 986,5	1 984,0	44,5	198,1	345,8	384,7	3,1	2,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,8	0,5
60 – 65	170,2	108,1	1 811,8	1 709,9	65,6	291,3	248,1	292,7	2,5	1,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,6	0,3
65 – 70	120,2	85,3	1 600,5	1 442,6	101,1	413,6	174,7	231,2	2,5	1,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,2	0,2
70 – 75	114,1	108,7	1 808,0	1 517,5	180,6	768,7	142,8	218,4	1,5	0,6	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,1
75 – 80	52,9	91,2	1 112,8	811,9	185,4	836,7	62,1	116,2	0,5	0,3	0,0	0,0	0,0	-	0,1	0,1
80 – 85	23,7	92,3	631,6	398,1	197,9	883,7	25,4	74,9	0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	-	0,0	0,1
85 – 90	7,5	78,3	225,7	130,7	127,8	709,0	7,9	47,8	0,1	0,1	0,0	0,0	-	0,0	0,0	0,1
90 und mehr	2,2	33,3	52,5	20,4	57,3	361,3	2,2	20,9	0,0	0,0	-	0,0	-	-	0,0	0,1

Ergebnisse des Zensus 2011.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.1 Geborene und Gestorbene insgesamt

	Lebendgeborene		Totgeborene ¹²	Gestorbene ¹³			Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
	insgesamt	darunter nicht-ehehlich ¹¹		insgesamt	und zwar		
			im 1. Lebensjahr		in den ersten 7 Lebenstagen		
1950	1 116 701	117 934	24 857	748 329	67 175	.	+ 368 372
1960	1 261 614	95 321	19 814	876 721	44 105	24 900	+ 384 893
1970	1 047 737	75 802	10 853	975 664	23 547	15 958	+ 72 073
1980	865 789	102 921	4 954	952 371	10 779	5 582	- 86 582
1990	905 675	138 755	3 202	921 445	6 385	2 488	- 15 770
2000	766 999	179 574	3 084	838 797	3 362	1 594	- 71 798
2010	677 947	225 472	2 466	858 768	2 322	1 175	- 180 821
2011	662 685	224 744	2 387	852 328	2 408	1 250	- 189 643
2012	673 544	232 383	2 400	869 582	2 202	1 176	- 196 038
	2012 nach Ländern						
Baden-Württemberg	89 477	21 043	305	100 584	293	158	- 11 107
Bayern	107 039	29 058	303	125 448	284	154	- 18 409
Berlin	34 678	17 584	156	32 218	87	41	+ 2 460
Brandenburg	18 482	11 440	93	28 403	48	28	- 9 921
Bremen	5 639	2 144	18	7 487	24	18	- 1 848
Hamburg	17 706	6 709	59	17 012	62	31	+ 694
Hessen	51 607	13 979	198	61 857	157	75	- 10 250
Mecklenburg-Vorpommern	12 715	8 072	57	18 912	39	17	- 6 197
Niedersachsen	61 478	19 430	208	87 040	236	127	- 25 562
Nordrhein-Westfalen	145 755	41 656	551	193 707	552	327	- 47 952
Rheinland-Pfalz	31 169	8 623	115	44 404	130	67	- 13 235
Saarland	6 878	2 131	21	12 290	27	13	- 5 412
Sachsen	34 686	20 607	111	51 315	82	38	- 16 629
Sachsen-Anhalt	16 888	10 974	63	30 321	51	19	- 13 433
Schleswig-Holstein	22 005	8 360	88	31 443	74	42	- 9 438
Thüringen	17 342	10 573	54	27 141	56	21	- 9 799

1 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

2 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

3 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.2 Geborene und Gestorbene – Verhältniszahlen

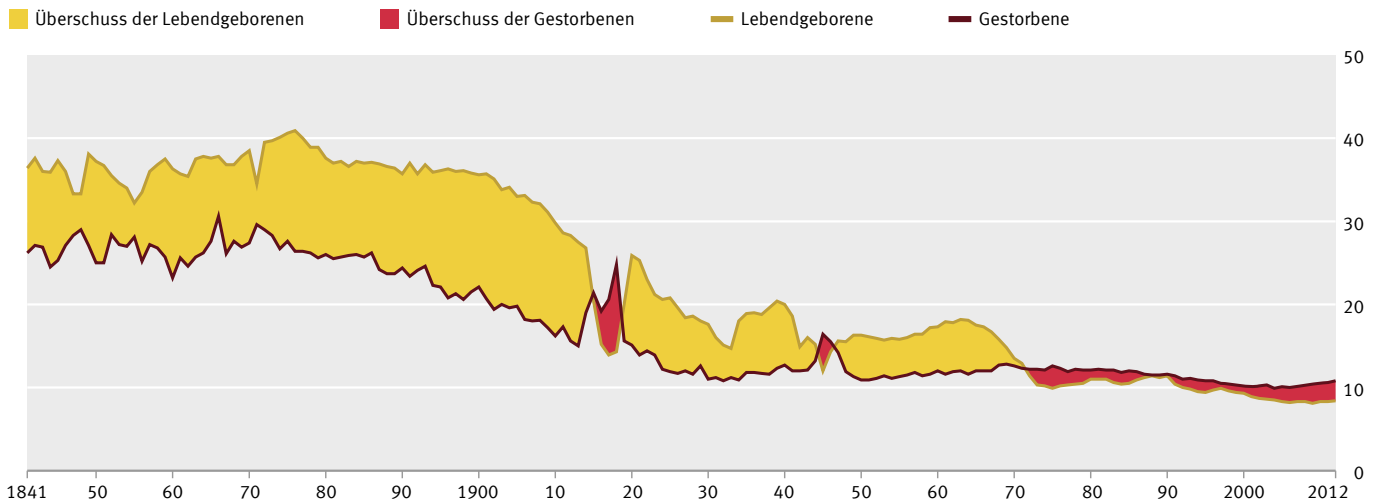
	Lebendgeborene je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁶	Gestorbene ¹ je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁶	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Nichtehelich Lebendgeborene ¹² je 1 000 Lebendgeborene	Gestorbene Säuglinge		Totgeborene ¹⁵ je 1 000 Lebend- und Totgeborene
					im 1. Lebensjahr ¹³	in den ersten 7 Lebenstagen ¹⁴	
1950	16,3	10,9	+ 5,4	105,6	60,2	.	21,8
1960	17,3	12,0	+ 5,3	75,6	35,0	19,7	15,5
1970	13,5	12,6	+ 0,9	72,3	22,5	15,2	10,3
1980	11,0	12,1	- 1,1	118,9	12,4	6,4	5,7
1990	11,4	11,6	- 0,2	153,2	7,1	2,7	3,5
2000	9,3	10,2	- 0,9	234,1	4,4	2,1	4,0
2010	8,3	10,5	- 2,2	332,6	3,4	1,7	3,6
2011	8,3	10,6	- 2,4	339,1	3,6	1,9	3,6
2012	8,4	10,8	- 2,4	345,0	3,3	1,7	3,6
2012 nach Ländern							
Baden-Württemberg	8,5	9,5	- 1,1	235,2	3,3	1,8	3,4
Bayern	8,6	10,0	- 1,5	271,5	2,6	1,4	2,8
Berlin	10,3	9,6	+ 0,7	507,1	2,5	1,2	4,5
Brandenburg	7,5	11,6	- 4,0	619,0	2,6	1,5	5,0
Bremen	8,6	11,4	- 2,8	380,2	4,3	3,2	3,2
Hamburg	10,2	9,8	+ 0,4	378,9	3,5	1,8	3,3
Hessen	8,6	10,3	- 1,7	270,9	3,0	1,5	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	11,8	- 3,9	634,8	3,1	1,3	4,5
Niedersachsen	7,9	11,2	- 3,3	316,0	3,8	2,1	3,4
Nordrhein-Westfalen	8,3	11,0	- 2,7	285,8	3,8	2,2	3,8
Rheinland-Pfalz	7,8	11,1	- 3,3	276,7	4,2	2,1	3,7
Saarland	6,9	12,3	- 5,4	309,8	3,9	1,9	3,0
Sachsen	8,5	12,6	- 4,1	594,1	2,4	1,1	3,2
Sachsen-Anhalt	7,4	13,3	- 5,9	649,8	3,0	1,1	3,7
Schleswig-Holstein	7,8	11,2	- 3,4	379,9	3,4	1,9	4,0
Thüringen	8,0	12,4	- 4,5	609,7	3,2	1,2	3,1

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.
 2 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.
 3 Ab 1960 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten.

4 Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.
 5 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/ Methodik“ am Ende dieses Kapitels.
 6 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

Lebendgeborene und Gestorbene

je 1 000 Einwohner/-innen



Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2014-01-0166

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.3 Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter sowie Geburtenziffern

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene 2012				Geburtenziffern		
	insgesamt	dar. mit ausländischer Staatsangehörigkeit	ehelich ²	nichtehelich ³	2012 (vor dem Zensus)	2011	
						vor dem Zensus	nach dem Zensus
	Anzahl				Lebendgeborene je 1 000 Frauen		
Insgesamt	673 544 ⁴	32 000	441 161	232 383 ⁴	46,2 ⁵	45,0 ⁵	45,9 ⁵
unter 15	52	3	-	52	.	.	.
15	253	40	1	252	0,6	0,7	0,7
16	797	90	14	783	2,0	2,1	2,1
17	1 818	195	50	1 768	4,7	4,7	4,8
18	3 294	368	242	3 052	8,5	8,6	8,9
19	5 973	597	965	5 008	14,6	15,3	15,6
20	9 204	886	2 324	6 880	21,6	21,2	21,8
21	11 976	1 059	3 755	8 221	26,8	27,3	27,9
22	15 697	1 255	5 711	9 986	31,8	32,4	33,4
23	18 710	1 357	8 105	10 605	37,9	38,8	40,1
24	23 363	1 660	11 814	11 549	45,7	46,7	48,3
25	27 678	1 633	14 974	12 704	55,1	56,6	58,2
26	33 059	1 845	19 372	13 687	66,3	66,1	67,1
27	36 334	1 964	22 670	13 664	74,8	74,7	75,4
28	40 723	1 974	26 925	13 798	83,9	83,8	84,4
29	44 226	2 087	30 360	13 866	90,1	90,9	91,3
30	49 427	2 165	34 848	14 579	98,0	95,9	96,6
31	50 623	1 978	36 744	13 879	100,3	98,3	100,2
32	49 793	1 952	36 418	13 375	97,8	96,9	98,6
33	45 069	1 686	33 654	11 415	93,0	90,8	92,3
34	41 191	1 484	30 775	10 416	86,1	84,5	85,8
35	36 655	1 303	27 427	9 228	77,2	75,8	77,1
36	31 652	1 087	23 686	7 966	67,6	65,8	67,0
37	25 248	950	18 920	6 328	55,4	54,1	55,0
38	20 330	747	15 094	5 236	43,8	41,9	42,5
39	15 758	546	11 655	4 103	33,6	32,0	32,7
40	12 593	378	9 099	3 494	24,5	23,2	23,7
41	8 901	265	6 407	2 494	15,7	15,3	15,7
42	5 761	206	4 012	1 749	9,8	9,1	9,2
43	3 473	101	2 403	1 070	5,5	5,2	5,3
44	1 901	56	1 314	587	2,9	2,7	2,8
unter 45	671 532	31 917	439 738	231 794	1 375,7 ⁶	1 361,1 ⁶	1 384,4 ⁶
45 und mehr	2 011	83	1 423	588	0,5	0,5	0,5

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z.B. 2012: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1997, 16 = 1996 usw.

2 Seit 1.7.1998 von miteinander verheirateten Eltern.

3 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

4 Einschl. ein Fall unbekannt.

5 Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer.

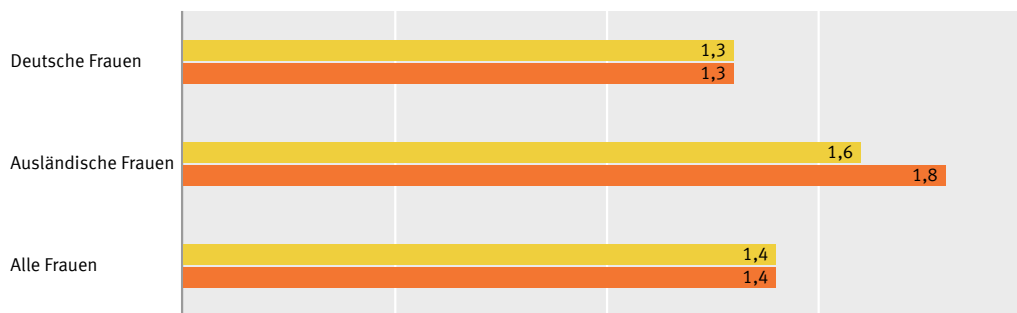
6 Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (= Zusammengefasste Geburtenziffer. - Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels).

Zusammengefasste Geburtenziffer 2011

Kinder je Frau

■ vor dem Zensus

■ nach dem Zensus



2014 - 01 - 0167

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.4 Lebendgeborene nach der Geburtenfolge 2012

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene				
	insgesamt	davon als ... Kind geboren			
		1.	2.	3.	4. oder weiteres
Anzahl					
Insgesamt	673 544 ²	332 847 ²	231 743	75 072	33 882
dar. Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit ..	32 000	14 392	10 081	4 439	3 088
unter 15	52	51	1	–	–
15	253	251	2	–	–
16	797	780	16	1	–
17	1 818	1 753	64	1	–
18	3 294	3 024	248	22	–
19	5 973	5 230	689	49	5
20	9 204	7 604	1 405	181	14
21	11 976	9 149	2 433	343	51
22	15 697	11 269	3 648	657	123
23	18 710	12 679	4 824	991	216
24	23 363	15 033	6 433	1 508	389
25	27 678	17 471	7 725	1 858	624
26	33 059	20 021	9 662	2 491	885
27	36 334	21 250	11 209	2 807	1 068
28	40 723	22 812	13 114	3 498	1 299
29	44 226	23 861	14 849	3 984	1 532
30	49 427	25 738	17 133	4 702	1 854
31	50 623	24 687	18 508	5 314	2 114
32	49 793	22 604	19 061	5 734	2 394
33	45 069	18 791	18 213	5 711	2 354
34	41 191	15 803	17 238	5 690	2 460
35	36 655	13 186	15 464	5 488	2 517
36	31 652	10 830	13 104	5 251	2 467
37	25 248	7 960	10 333	4 625	2 330
38	20 330	6 153	8 114	4 004	2 059
39	15 758	4 624	6 091	3 198	1 845
40	12 593	3 783	4 668	2 573	1 569
41	8 901	2 667	3 184	1 758	1 292
42	5 761	1 649	1 982	1 181	949
43	3 473	981	1 158	704	630
44	1 901	539	596	387	379
unter 45	671 532	332 233	231 169	74 711	33 419
45 und mehr	2 011	613	574	361	463

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2012: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1997, 16 = 1996 usw.
 2 Einschl. ein Fall unbekannt.

2.2.5 Die 10 häufigsten Vornamen Neugeborener

Diese Aufstellung zeigt die „Spitzenreiter“ der im jeweiligen Jahr am häufigsten vergebenen **Mädchen- und Jungennamen**. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) veröffentlicht diese jährlich. Weitere Informationen finden Sie unter www.gfds.de

	2013		2012	
	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen
1.	Sophie/Sofie	Maximilian	Sophie/Sofie	Luca/Luka
2.	Marie	Alexander	Marie	Maximilian
3.	Sophia/Sofia	Paul	Maria	Alexander
4.	Maria	Luca/Luka	Sophia/Sofia	Paul
5.	Mia	Ben	Mia	Ben
6.	Emma	Luis/Louis	Emma	Leon/Léon
7.	Hannah/Hanna	Elias	Hannah/Hanna	Lukas/Lucas
8.	Anna	Leon	Anna	Elias
9.	Emilia	Lukas/Lucas	Johanna	Luis/Louis
10.	Johanna	Noah	Luisa/Louisa	Jonas

Quelle: Gesellschaft für deutsche Sprache

2.2.6 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihrer lebend geborenen Kinder

	Durchschnittsalter in Jahren bei der Geburt des ... Kindes				
	insgesamt	1.	2.	3.	4. oder weiteren
2009	30,4	28,8	31,3	32,8	34,2
2010	30,5	28,9	31,4	32,8	34,2
2011	30,6	29,1	31,5	33,0	34,2
2012	30,7	29,2	31,6	33,0	34,2

Alter der Mutter nach der Geburtsjahrmethode – biologische Geburtenfolge.

2.2 Geborene und Gestorbene

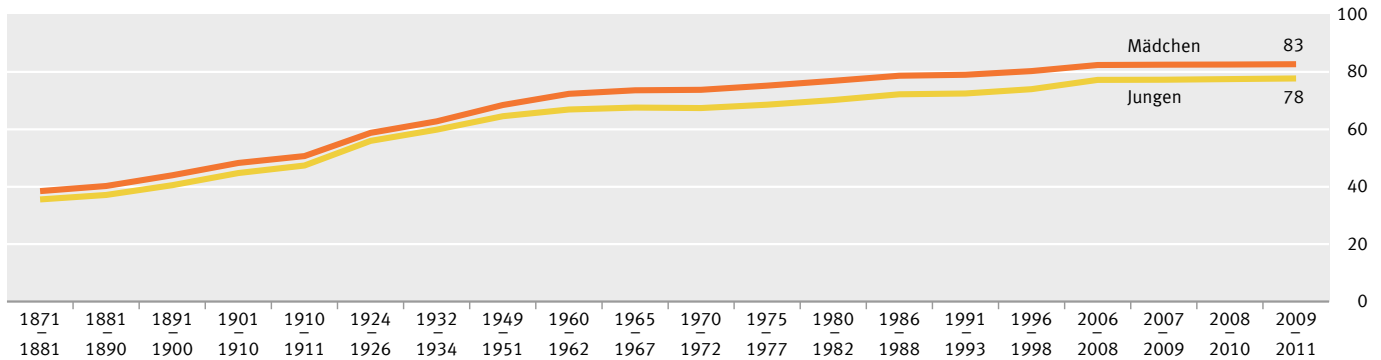
2.2.7 Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern

	Lebendgeborene							mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
	insgesamt	mit deutscher Staatsangehörigkeit					Anzahl		
		zusammen	und zwar						
			beide Eltern deutsch ¹	beide Eltern ausländisch ²	Vater deutsch/ Mutter ausländisch oder Mutter deutsch/ Vater ausländisch				
Anzahl	%	% der Lebendgeborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit			Anzahl	%			
1995	765 221	665 507	87,0	92,9	X	7,1	99 714	13,0	
2000	766 999	717 223	93,5	83,7	5,8	10,5	49 776	6,5	
2005	685 795	655 534	95,6	79,5	6,1	14,4	30 261	4,4	
2010	677 947	644 463	95,1	80,8	4,6	14,6	33 484	4,9	
2011	662 685	630 745	95,2	80,6	4,9	14,5	31 940	4,8	
2012	673 544	641 544	95,2	80,4	5,3	14,3	32 000	4,8	

1 Einschl. nicht verheirateter deutscher Mütter ohne Angabe zum Vater.

2 Kind hat die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz – Geburtsortprinzip (ius soli) – erworben, einschl. nicht verheirateter ausländischer Mütter ohne Angabe zum Vater („Optionskinder“).

Lebenserwartung bei Geburt in Altersjahren



Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluß noch nicht vor.

2014 - 01 - 0168

2.2.8 Gestorbene Säuglinge nach dem Alter

	2012			2002		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
nach dem Alter¹						
0 Tage ²	717	379	338	823	436	387
1 Tag	163	76	87	278	169	109
2 Tage	99	57	42	150	88	62
3 Tage	73	42	31	87	46	41
4 Tage	54	29	25	68	46	22
5 Tage	38	21	17	54	35	19
6 Tage	32	16	16	47	23	24
In den ersten 7 Lebenstagen	1 176	620	556	1 507	843	664
7 bis unter 28 Tage	301	187	114	471	239	232
0 bis unter 1 Monat	1 501	817	684	2 006	1 096	910
1 bis unter 12 Monate	701	390	311	1 030	574	456
Im 1. Lebensjahr	2 202	1 207	995	3 036	1 670	1 366
Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene³						
Insgesamt	3,3	3,5	3,0	4,2	4,5	3,9

1 Differenz zwischen Sterbetag und Geburtstag; z. B. 1 Tag = am Tag nach der Geburt gestorben.

2 Am Tag der Geburt gestorben.

3 Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vergangenen 12 Monaten.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.9 Sterbetafeln

Vollendetes Altersjahr ¹	Männlich						Weiblich					
	Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder		Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder	
	1910/11	2009/11	1949/51	2009/11	1952/53	2009/11	1910/11	2009/11	1949/51	2009/11	1952/53	2009/11
Von 100 000 Lebendgeborenen erreichen das Alter x (Absterbeordnung)												
0	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	81 855	99 613	93 823	99 600	94 018	99 691	84 695	99 685	95 091	99 667	95 383	99 762
2	79 211	99 581	93 433	99 567	93 529	99 657	82 070	99 658	94 749	99 642	94 965	99 731
5	77 213	99 535	92 880	99 522	93 066	99 606	80 077	99 621	94 270	99 604	94 573	99 692
10	75 984	99 489	92 444	99 476	92 693	99 567	78 816	99 579	93 937	99 562	94 259	99 656
15	75 189	99 435	92 097	99 423	92 368	99 508	77 930	99 536	93 701	99 519	94 067	99 605
20	73 832	99 261	91 466	99 250	91 779	99 319	76 659	99 449	93 295	99 434	93 657	99 503
25	72 130	98 994	90 531	98 995	90 913	98 995	75 043	99 341	92 711	99 326	93 108	99 388
30	70 425	98 695	89 518	98 704	90 133	98 656	73 115	99 216	92 039	99 204	92 484	99 246
35	68 545	98 336	88 428	98 348	89 299	98 274	71 020	99 044	91 221	99 033	91 691	99 069
40	66 227	97 854	87 102	97 880	88 130	97 716	68 659	98 784	90 225	98 778	90 636	98 792
45	63 238	97 078	85 342	97 156	86 511	96 677	66 187	98 336	88 901	98 337	89 310	98 309
50	59 349	95 691	82 648	95 872	84 065	94 853	63 231	97 538	86 991	97 549	87 380	97 455
55	54 290	93 280	78 562	93 594	80 012	91 893	59 350	96 220	84 225	96 224	84 674	96 184
60	47 736	89 568	72 852	90 042	74 222	87 621	54 016	94 268	80 166	94 241	80 818	94 389
65	39 527	84 297	64 999	84 851	66 146	82 018	46 484	91 333	73 875	91 270	75 032	91 702
70	29 905	77 011	54 394	77 610	55 013	74 644	36 448	87 223	63 994	87 137	65 615	87 788
75	19 328	66 916	40 700	67 603	41 107	64 205	24 517	80 970	49 605	80 950	51 639	81 350
80	9 711	52 456	25 106	53 238	24 748	53 238	12 981	70 098	31 787	70 258	33 234	69 768
85	3 297	34 397	11 321	35 051	10 592	31 441	4 794	52 558	15 225	52 872	15 750	51 394
90	679	16 530	3 175	16 985	2 781	14 174	1 126	29 340	4 815	29 634	4 796	27 796
Lebenserwartung in Jahren im Alter x												
0	47,41	77,72	64,56	77,97	65,06	76,64	50,68	82,73	68,48	82,77	69,07	82,58
1	56,86	77,02	67,80	77,28	68,18	75,88	58,78	81,99	71,01	82,04	71,40	81,78
2	57,74	76,04	67,08	76,31	67,54	74,90	59,64	81,01	70,26	81,06	70,71	80,80
5	56,21	73,08	64,47	73,34	64,87	71,94	58,10	78,04	67,61	78,09	68,00	77,84
10	52,08	68,11	59,76	68,38	60,12	66,97	53,99	73,07	62,84	73,13	63,22	72,86
15	47,60	63,15	54,98	63,41	55,32	62,00	49,58	68,10	57,99	68,16	58,34	67,90
20	43,43	58,25	50,34	58,52	50,66	57,12	45,35	63,16	53,24	63,21	53,59	62,97
25	39,39	53,40	45,83	53,66	46,12	52,29	41,28	58,22	48,55	58,28	48,89	58,04
30	35,29	48,56	41,32	48,81	41,50	47,47	37,30	53,29	43,89	53,35	44,20	53,11
35	31,18	43,72	36,80	43,98	36,86	42,64	33,32	48,38	39,26	48,43	39,56	48,20
40	27,18	38,93	32,32	39,18	32,31	37,87	29,38	43,50	34,67	43,55	34,99	43,33
45	23,35	34,22	27,93	34,45	27,87	33,25	25,39	38,69	30,14	38,74	30,47	38,53
50	19,71	29,67	23,75	29,87	23,60	28,83	21,45	33,98	25,75	34,03	26,09	33,85
55	16,30	25,37	19,85	25,53	19,66	24,68	17,68	29,41	21,50	29,46	21,84	29,26
60	13,18	21,31	16,20	21,44	15,99	20,75	14,17	24,96	17,46	25,02	17,75	24,76
65	10,38	17,48	12,84	17,59	12,62	16,99	11,03	20,68	13,72	20,75	13,91	20,41
70	7,90	13,89	9,84	13,98	9,65	13,41	8,35	16,53	10,42	16,61	10,52	16,20
75	5,84	10,58	7,28	10,66	7,04	10,16	6,19	12,60	7,68	12,67	7,65	12,27
80	4,25	7,77	5,24	7,82	5,03	7,44	4,52	9,13	5,57	9,19	5,48	8,86
85	3,13	5,52	3,72	5,56	3,58	5,22	3,36	6,29	4,02	6,33	3,90	6,08
90	2,30	3,84	2,66	3,89	2,60	3,61	2,49	4,25	2,89	4,29	2,74	4,08

Abgekürzte Form. – 1910/11 Reichsgebiet, jeweiliger Gebietsstand; 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Berlin (West) und das Saarland; 1952/53 Gebiet der ehem. DDR ohne Berlin (Ost); bis 1949/51 allgemeine Sterbetafeln; 2009/11 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Länder ohne Berlin-Ost.– Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Das Alter 0 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Geburt. Die anderen Altersangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt, an dem jemand genau x Jahre alt geworden ist.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.10 Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand sowie Sterbeziffern

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene 2012 ¹						Sterbeziffern 2011	
	insgesamt	dar. Ausländer/ -innen	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	vor dem Zensus ²	Zensus ³
	Anzahl						Gestorbene je 1 000 Personen neben- stehenden Alters und Geschlechts	
Männlich								
Insgesamt	416 423	13 429	45 851	244 666	86 399	39 507	10,2	10,4
dar. Ausländer	13 429	X	1 910	8 365	1 565	1 589	X	X
0 – 1	1 207	94	1 207	–	–	–	3,9	4,0
1 – 5	241	18	241	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	167	10	167	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	213	21	213	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	706	68	705	–	1	–	0,3	0,3
20 – 25	1 236	91	1 205	28	–	3	0,6	0,6
25 – 30	1 372	129	1 205	138	1	28	0,6	0,6
30 – 35	1 685	181	1 268	349	1	67	0,7	0,7
35 – 40	2 172	267	1 288	656	2	226	0,9	1,0
40 – 45	4 770	420	2 315	1 691	23	741	1,5	1,6
45 – 50	9 607	608	3 705	3 765	81	2 056	2,7	2,8
50 – 55	15 483	728	4 388	6 989	271	3 835	4,9	5,0
55 – 60	21 569	919	4 658	11 258	612	5 041	8,0	8,1
60 – 65	28 875	1 483	4 461	17 339	1 371	5 704	11,9	12,1
65 – 70	34 259	1 898	4 087	22 105	2 700	5 367	17,9	18,1
70 – 75	61 058	2 259	5 758	41 121	7 448	6 731	26,6	27,2
75 – 80	68 492	1 865	4 233	47 203	12 256	4 800	45,6	46,8
80 – 85	74 317	1 230	2 729	48 025	20 743	2 820	79,6	81,6
85 – 90	55 588	711	1 346	30 512	22 301	1 429	135,6	142,5
90 und mehr	33 406	429	672	13 487	18 588	659	247,5	262,2
Weiblich								
Insgesamt	453 159	8 393	39 770	104 686	272 305	36 398	10,7	10,8
dar. Ausländerinnen	8 393	X	946	3 068	3 480	899	X	X
0 – 1	995	69	995	–	–	–	3,2	3,3
1 – 5	183	10	183	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	130	14	130	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	113	14	113	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	314	34	312	1	1	–	0,2	0,2
20 – 25	460	45	423	31	1	5	0,2	0,2
25 – 30	564	52	441	109	1	13	0,2	0,3
30 – 35	766	74	432	262	6	66	0,3	0,4
35 – 40	1 177	159	454	549	13	161	0,5	0,5
40 – 45	2 633	233	779	1 329	69	456	0,9	0,9
45 – 50	5 283	261	1 172	2 777	172	1 162	1,6	1,6
50 – 55	8 365	363	1 249	4 695	582	1 839	2,7	2,7
55 – 60	11 216	548	1 373	6 400	1 189	2 254	4,1	4,2
60 – 65	15 572	851	1 377	8 655	2 774	2 766	6,3	6,4
65 – 70	19 394	852	1 346	10 050	4 898	3 100	9,3	9,3
70 – 75	37 960	969	2 448	17 580	13 456	4 476	14,3	14,6
75 – 80	53 017	999	3 323	18 588	26 581	4 525	27,0	27,5
80 – 85	79 673	947	5 646	17 507	51 693	4 827	54,6	55,0
85 – 90	105 808	1 045	8 895	11 944	79 554	5 415	108,6	109,8
90 und mehr	109 536	854	8 679	4 209	91 315	5 333	228,8	231,2

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2 Auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung vor dem Zensus 2011. – Jahresdurchschnitt.

3 Auf Basis der Bevölkerung des Zensusstichtages 9.5.2011.

2.3 Migration

2.3.1 Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2013

Die Zahl der im Ausländerzentralregister (AZR) geführten **Ausländerinnen und Ausländer** lag zum Zensusstichtag am 9. Mai 2011 deutlich höher als das Zensusergebnis. An dieser Abweichung wird sich kurzfristig nichts ändern, weil die Registrierung einer ausländischen Person im AZR in keinem Zusammenhang mit der Ausländerzahl im Zensus steht. Das Statistische Bundesamt und die Registerbehörde des AZR – das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – werden die Abweichungen zwischen beiden Datenquellen jedoch sorgfältig analysieren und, abhängig vom Analyseergebnis, weitere Schritte einleiten.

	Insgesamt		Männlich		Weiblich		Durchschnitts-		Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	alter	aufenthalts-	
							Jahre	dauer	
Insgesamt	7 633 628	100	3 958 619	100	3 675 009	100	39,6	18,3	5,8
Europa	6 051 796	79,3	3 145 468	79,5	2 906 328	79,1	40,8	20,2	5,7
davon:									
EU-Länder	3 366 504	44,1	1 815 148	45,9	1 551 356	42,2	41,1	18,3	10,4
Bulgarien	146 828	1,9	79 876	2,0	66 952	1,8	32,9	5,1	23,6
Frankreich	120 045	1,6	57 389	1,4	62 656	1,7	41,6	18,7	5,4
Griechenland	316 331	4,1	172 588	4,4	143 743	3,9	43,5	25,6	6,1
Italien	552 943	7,2	325 814	8,2	227 129	6,2	43,3	28,1	4,4
Kroatien	240 543	3,2	119 164	3,0	121 379	3,3	47,2	29,2	6,9
Niederlande	142 417	1,9	79 163	2,0	63 254	1,7	47,4	23,2	2,3
Österreich	178 768	2,3	93 414	2,4	85 354	2,3	50,0	28,4	1,4
Polen	609 855	8,0	323 543	8,2	286 312	7,8	37,4	8,9	14,6
Portugal	127 368	1,7	70 700	1,8	56 668	1,5	41,5	22,0	5,6
Rumänien	267 398	3,5	145 952	3,7	121 446	3,3	32,8	5,0	30,4
Slowakei	41 436	0,5	20 022	0,5	21 414	0,6	33,3	7,0	17,1
Slowenien	24 094	0,3	12 580	0,3	11 514	0,3	47,8	27,3	10,4
Spanien	135 539	1,8	69 235	1,7	66 304	1,8	42,0	22,6	12,7
Tschechische Republik	46 484	0,6	18 380	0,5	28 104	0,8	37,0	10,8	11,0
Ungarn	135 614	1,8	83 721	2,1	51 893	1,4	37,0	7,3	26,3
Vereinigtes Königreich	103 427	1,4	63 276	1,6	40 151	1,1	46,4	20,6	3,0
EU-Kandidatenländer	1 921 411	25,2	992 702	25,1	928 709	25,3	40,9	25,6	-1,3
Mazedonien ¹	77 764	1,0	40 307	1,0	37 457	1,0	36,6	18,8	6,6
Serbien ¹	205 043	2,7	102 895	2,6	102 148	2,8	38,0	20,9	1,2
Ehem. Serbien und Montenegro ¹	36 331	0,5	19 184	0,5	17 147	0,5	42,1	24,5	-9,1
Türkei	1 549 808	20,3	802 663	20,3	747 145	20,3	41,4	26,5	-1,6
EWR-Staaten²/Schweiz	45 383	0,6	20 055	0,5	25 328	0,7	48,9	23,3	1,2
Schweiz	38 841	0,5	17 042	0,4	21 799	0,6	49,7	24,0	0,9
Sonstiges Europa	718 498	9,4	317 563	8,0	400 935	10,9	38,5	14,1	4,9
Bosnien und Herzegowina	157 455	2,1	81 810	2,1	75 645	2,1	42,3	22,6	1,4
Kosovo ³	170 795	2,2	88 526	2,2	82 269	2,2	31,8	15,0	8,8
Russische Föderation	216 291	2,8	81 719	2,1	134 572	3,7	38,3	9,6	7,0
Ukraine	122 355	1,6	44 752	1,1	77 603	2,1	43,2	10,8	-0,8
Afrika	318 577	4,2	184 015	4,6	134 562	3,7	33,9	11,2	10,6
Marokko	65 440	0,9	35 447	0,9	29 993	0,8	38,9	16,5	2,9
Tunesien	26 030	0,3	17 248	0,4	8 782	0,2	36,6	13,5	6,4
Amerika	239 044	3,1	111 848	2,8	127 196	3,5	39,8	13,1	3,0
Brasilien	36 300	0,5	11 552	0,3	24 748	0,7	35,3	9,6	3,9
Vereinigte Staaten	107 755	1,4	60 443	1,5	47 312	1,3	44,0	16,5	2,6
Asien	957 950	12,5	478 392	12,1	479 558	13,0	34,1	10,2	6,8
Afghanistan	66 974	0,9	39 469	1,0	27 505	0,7	30,4	8,5	8,4
China	101 030	1,3	48 570	1,2	52 460	1,4	31,1	6,8	7,9
Irak	85 469	1,1	49 538	1,3	35 931	1,0	28,1	7,8	1,6
Iran	60 699	0,8	34 022	0,9	26 677	0,7	39,4	12,0	6,0
Kasachstan	47 023	0,6	21 397	0,5	25 626	0,7	41,1	11,2	-2,3
Thailand	58 638	0,8	7 712	0,2	50 926	1,4	40,4	13,6	1,0
Vietnam	83 292	1,1	38 884	1,0	44 408	1,2	36,6	15,2	0,4
Australien und Ozeanien	14 311	0,2	7 826	0,2	6 485	0,2	38,8	10,9	3,5
Staatenlos	13 218	0,2	7 865	0,2	5 353	0,1	40,4	23,1	-1,5
Ungeklärt und ohne Angabe	38 732	0,5	23 205	0,6	15 527	0,4	30,8	15,4	-8,9

Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. – Stand 31.12.

1 Ab 1.8.2006 werden neben der Staatsangehörigkeit des ehem. „Serbien und Montenegro“ auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten „Serbien“ und „Montenegro“ nachgewiesen.

2 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums.

3 Ab 1.5.2008 wird der Kosovo getrennt nachgewiesen. – Bürger/-innen des Kosovo können auch als „Altfälle“ in Serbien enthalten sein.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.2 Ausländische Bevölkerung in Deutschland am 9.5.2011

	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	6 180 013	100	3 095 990	100	3 084 023	100
Europa	4 970 233	80,4	2 502 495	80,8	2 467 738	80,0
davon:						
EU-Länder	2 488 035	40,3	1 275 655	41,2	1 212 380	39,3
Bulgarien	75 165	1,2	37 205	1,2	37 960	1,2
Frankreich	100 179	1,6	46 448	1,5	53 731	1,7
Griechenland	254 282	4,1	136 314	4,4	117 968	3,8
Italien	488 390	7,9	286 022	9,2	202 368	6,6
Kroatien	209 840	3,4	100 887	3,3	108 953	3,5
Niederlande	128 862	2,1	70 257	2,3	58 605	1,9
Österreich	164 246	2,7	84 953	2,7	79 293	2,6
Polen	382 391	6,2	175 418	5,7	206 973	6,7
Portugal	104 886	1,7	55 944	1,8	48 942	1,6
Rumänien	126 169	2,0	60 029	1,9	66 140	2,1
Slowakei	24 404	0,4	9 889	0,3	14 515	0,5
Slowenien	19 771	0,3	9 539	0,3	10 232	0,3
Spanien	94 905	1,5	46 645	1,5	48 260	1,6
Tschechische Republik	32 798	0,5	10 720	0,3	22 078	0,7
Ungarn	62 879	1,0	36 877	1,2	26 002	0,8
Vereinigtes Königreich	87 002	1,4	52 834	1,7	34 168	1,1
EU-Kandidatenländer	1 674 867	27,1	864 209	27,9	810 658	26,3
Mazedonien	59 483	1,0	31 013	1,0	28 470	0,9
Serbien	99 137	1,6	50 400	1,6	48 737	1,6
Türkei	1 505 305	24,4	777 056	25,1	728 249	23,6
EWR-Staaten¹/Schweiz	40 042	0,6	17 309	0,6	22 733	0,7
Schweiz	34 978	0,6	15 094	0,5	19 884	0,6
Sonstiges Europa	767 289	12,4	345 322	11,2	421 967	13,7
Bosnien und Herzegowina	140 103	2,3	71 348	2,3	68 755	2,2
Kosovo	84 384	1,4	43 578	1,4	40 806	1,3
Russische Föderation	174 023	2,8	64 838	2,1	109 185	3,5
Ukraine	112 983	1,8	41 909	1,4	71 074	2,3
Sonstiges Europa²	218 678	3,5	109 477	3,5	109 201	3,5
Afrika	235 256	3,8	129 416	4,2	105 840	3,4
Marokko	56 003	0,9	30 054	1,0	25 949	0,8
Tunesien	20 150	0,3	13 235	0,4	6 915	0,2
Amerika	186 092	3,0	83 342	2,7	102 750	3,3
Brasilien	28 594	0,5	7 362	0,2	21 232	0,7
Vereinigte Staaten	85 039	1,4	48 101	1,6	36 938	1,2
Asien	726 846	11,8	345 986	11,2	380 860	12,3
Afghanistan	47 058	0,8	25 399	0,8	21 659	0,7
China	66 756	1,1	31 329	1,0	35 427	1,1
Irak	72 466	1,2	42 417	1,4	30 049	1,0
Iran	43 456	0,7	24 099	0,8	19 357	0,6
Kasachstan	46 740	0,8	21 189	0,7	25 551	0,8
Thailand	52 356	0,8	6 326	0,2	46 030	1,5
Vietnam	73 735	1,2	33 589	1,1	40 146	1,3
Australien und Ozeanien	9 744	0,2	5 337	0,2	4 407	0,1
Staatenlos	11 298	0,2	6 794	0,2	4 504	0,1
Ungeklärt, ohne Angabe und sonstige Welt	40 544	0,7	22 620	0,7	17 924	0,6

Ergebnisse des Zensus 2011.

1 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums.

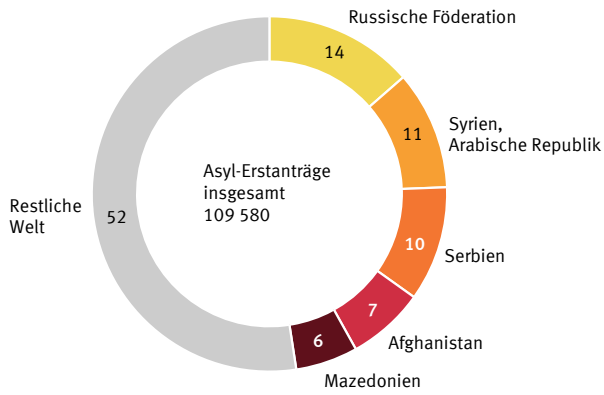
2 Enthält Personen mit Staatsangehörigkeiten der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens.

2.3 Migration

Asylbewerberinnen und -bewerber 2013

nach Haupt-Herkunftsländern, in %

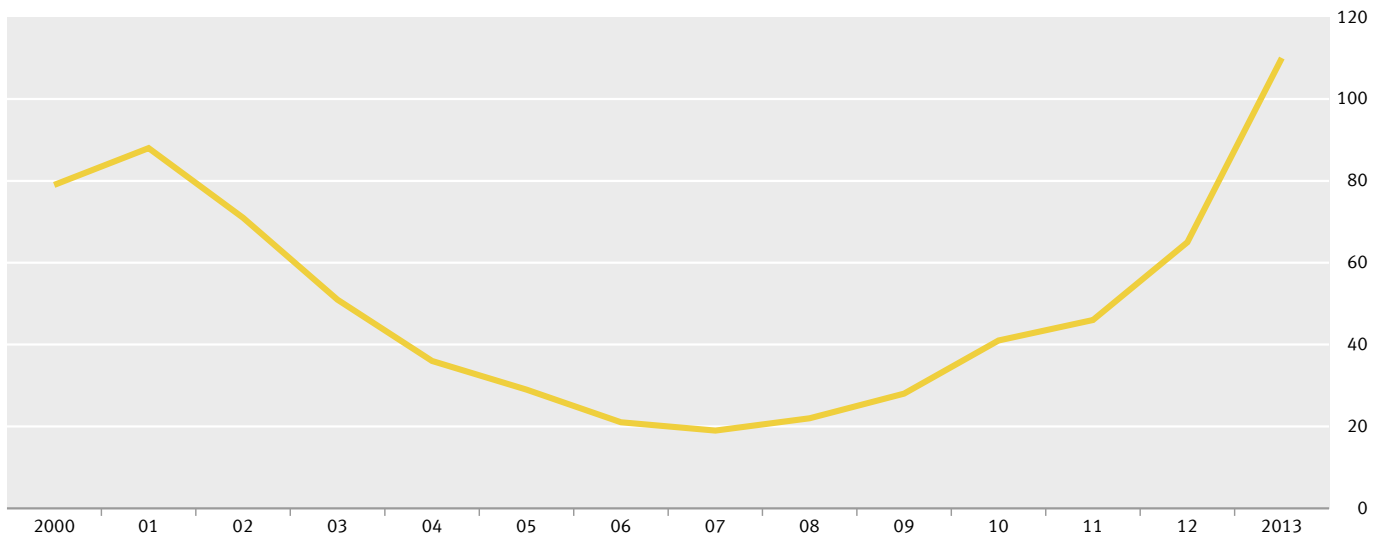
Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Soziales“



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Asyl-Erstanträge

in 1 000



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2014 - 01 - 0169

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.3 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 2012

	Insgesamt	Davon		
		durch Einbürgerung	durch Adoption ¹	Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Kinder ²
Anzahl				
Insgesamt	114 637	112 348	751	1 538
Männer	56 848	55 797	369	682
Frauen	57 789	56 551	382	856
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 5	2 102	1 663	322	117
5 – 15	12 873	12 378	280	215
15 – 25	32 168	31 810	149	209
25 – 45	53 096	52 621	0	475
45 – 65	12 279	11 876	0	403
65 und mehr	2 119	2 000	0	119
darunter nach Herkunftsgebiet bzw. ehemaliger Staatsangehörigkeit				
Afghanistan	2 721	2 717	4	0
Irak	3 513	3 510	3	0
Iran	2 464	2 463	1	0
Kasachstan	2 317	1 938	12	367
Marokko	2 854	2 852	2	0
Polen	4 532	4 496	24	12
Rumänien	2 383	2 343	18	22
Russische Föderation	4 211	3 167	115	929
Serbien, Montenegro, Kosovo	6 104	6 085	19	0
Türkei	33 266	33 246	20	0
Ukraine	3 832	3 691	40	101

1 Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Adoption erfolgt, wenn mindestens ein adoptierendes Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

2 Spätaussiedler/-innen sowie deren Ehegatten und Abkömmlinge im Sinne von §§ 4 und 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG).

2.4 Wanderungen

2.4.1 Wanderungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen 2012

	Über die Grenzen der Bundesländer								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	aus einem anderen Bundesland	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	in ein anderes Bundesland	insgesamt	aus den Wanderungen	
							über die Grenzen Deutschlands ¹	zwischen den Bundesländern	
Deutschland	2 177 858	1 080 936	1 096 922	1 808 913	711 991	1 096 922	368 945	368 945	X
Deutsche	1 061 760	115 028	946 732	1 079 964	133 232	946 732	- 18 204	- 18 204	X
Ausländer/-innen	1 116 098	965 908	150 190	728 949	578 759	150 190	387 149	387 149	X
Baden-Württemberg	315 181	191 048	124 133	249 375	127 122	122 253	65 806	63 926	1 880
Deutsche	122 120	19 788	102 332	125 123	24 229	100 894	- 3 003	- 4 441	1 438
Ausländer/-innen	193 061	171 260	21 801	124 252	102 893	21 359	68 809	68 367	442
Bayern	339 545	212 794	126 751	247 959	136 694	111 265	91 586	76 100	15 486
Deutsche	126 507	20 849	105 658	118 601	25 862	92 739	7 906	- 5 013	12 919
Ausländer/-innen	213 038	191 945	21 093	129 358	110 832	18 526	83 680	81 113	2 567
Berlin	164 577	77 104	87 473	123 253	47 914	75 339	41 324	29 190	12 134
Deutsche	85 217	8 731	76 486	74 334	8 941	65 393	10 883	- 210	11 093
Ausländer/-innen	79 360	68 373	10 987	48 919	38 973	9 946	30 441	29 400	1 041
Brandenburg	64 993	14 050	50 943	59 264	9 573	49 691	5 729	4 477	1 252
Deutsche	50 141	2 299	47 842	48 467	2 657	45 810	1 674	- 358	2 032
Ausländer/-innen	14 852	11 751	3 101	10 797	6 916	3 881	4 055	4 835	- 780
Bremen	34 404	11 602	22 802	30 301	7 121	23 180	4 103	4 481	- 378
Deutsche	20 754	1 049	19 705	21 429	1 119	20 310	- 675	- 70	- 605
Ausländer/-innen	13 650	10 553	3 097	8 872	6 002	2 870	4 778	4 551	227
Hamburg	94 346	32 412	61 934	79 335	20 979	58 356	15 011	11 433	3 578
Deutsche	57 514	3 636	53 878	55 230	3 960	51 270	2 284	- 324	2 608
Ausländer/-innen	36 832	28 776	8 056	24 105	17 019	7 086	12 727	11 757	970
Hessen	190 871	99 259	91 612	160 230	65 347	94 883	30 641	33 912	- 3 271
Deutsche	84 127	9 382	74 745	90 069	10 800	79 269	- 5 942	- 1 418	- 4 524
Ausländer/-innen	106 744	89 877	16 867	70 161	54 547	15 614	36 583	35 330	1 253
Mecklenburg-Vorpommern	34 690	9 757	24 933	35 305	6 009	29 296	- 615	3 748	- 4 363
Deutsche	24 704	1 193	23 511	27 783	1 433	26 350	- 3 079	- 240	- 2 839
Ausländer/-innen	9 986	8 564	1 422	7 522	4 576	2 946	2 464	3 988	- 1 524
Niedersachsen ¹²	219 311	99 001	120 310	190 658	71 481	119 177	28 653	27 520	1 133
Deutsche	116 808	9 692	107 116	113 487	9 053	104 434	3 321	639	2 682
Ausländer/-innen	102 503	89 309	13 194	77 171	62 428	14 743	25 332	26 881	- 1 549
Nordrhein-Westfalen	346 357	207 423	138 934	292 864	138 171	154 693	53 493	69 252	- 15 759
Deutsche	136 452	21 783	114 669	155 458	24 045	131 413	- 19 006	- 2 262	- 16 744
Ausländer/-innen	209 905	185 640	24 265	137 406	114 126	23 280	72 499	71 514	985
Rheinland-Pfalz	111 147	44 867	66 280	98 364	29 162	69 202	12 783	15 705	- 2 922
Deutsche	61 611	5 387	56 224	65 705	6 578	59 127	- 4 094	- 1 191	- 2 903
Ausländer/-innen	49 536	39 480	10 056	32 659	22 584	10 075	16 877	16 896	- 19
Saarland	21 838	10 365	11 473	20 290	6 707	13 583	1 548	3 658	- 2 110
Deutsche	11 152	1 687	9 465	13 095	1 854	11 241	- 1 943	- 167	- 1 776
Ausländer/-innen	10 686	8 678	2 008	7 195	4 853	2 342	3 491	3 825	- 334
Sachsen	77 519	26 043	51 476	65 791	17 465	48 326	11 728	8 578	3 150
Deutsche	50 490	3 202	47 288	47 468	4 487	42 981	3 022	- 1 285	4 307
Ausländer/-innen	27 029	22 841	4 188	18 323	12 978	5 345	8 706	9 863	- 1 157
Sachsen-Anhalt	40 608	11 257	29 351	44 863	7 192	37 671	- 4 255	4 065	- 8 320
Deutsche	28 285	1 248	27 037	35 727	1 850	33 877	- 7 442	- 602	- 6 840
Ausländer/-innen	12 323	10 009	2 314	9 136	5 342	3 794	3 187	4 667	- 1 480
Schleswig-Holstein	81 472	21 188	60 284	68 334	13 076	55 258	13 138	8 112	5 026
Deutsche	58 317	3 471	54 846	54 296	4 135	50 161	4 021	- 664	4 685
Ausländer/-innen	23 155	17 717	5 438	14 038	8 941	5 097	9 117	8 776	341
Thüringen	40 999	12 766	28 233	42 727	7 978	34 749	- 1 728	4 788	- 6 516
Deutsche	27 561	1 631	25 930	33 692	2 229	31 463	- 6 131	- 598	- 5 533
Ausländer/-innen	13 438	11 135	2 303	9 035	5 749	3 286	4 403	5 386	- 983

1 Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

2 Einschl. der Wanderungsbewegung von Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen der Gemeinde Friedland (Sekundärwanderungen).

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

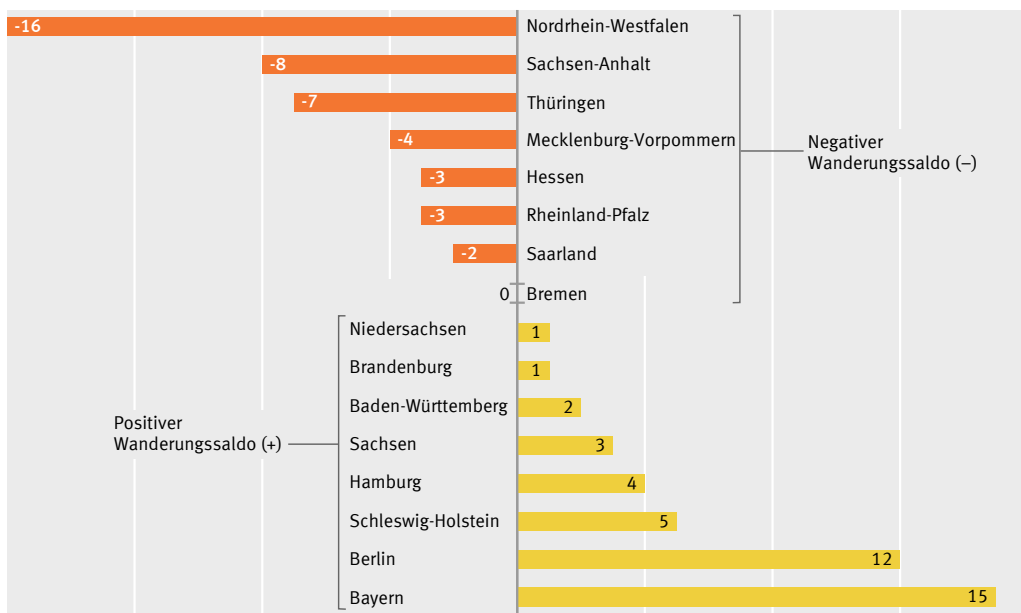
2.4 Wanderungen

2.4.2 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern sowie von und nach Berlin

	Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet			Fortzüge in das frühere Bundesgebiet			Wanderungssaldo gegenüber dem früheren Bundesgebiet		
	zusammen	nach Berlin	in die neuen Länder	zusammen	aus Berlin	aus den neuen Ländern	zusammen	für Berlin	für die neuen Länder
1991 – 2011	2 738 206	849 842	1 888 364	3 850 662	776 289	3 074 373	- 1 112 456	73 553	- 1 186 009
1991 – 1999	1 127 008	319 171	807 837	1 667 007	323 948	1 343 059	- 539 999	- 4 777	- 535 222
2000	135 517	43 301	92 216	204 283	36 116	168 167	- 68 766	7 185	- 75 951
2002	139 412	43 536	95 876	216 168	39 465	176 703	- 76 756	4 071	- 80 827
2003	137 517	40 482	97 035	195 216	39 829	155 387	- 57 699	653	- 58 352
2004	133 349	38 672	94 677	185 878	39 526	146 352	- 52 529	- 854	- 51 675
2005	127 996	39 784	88 212	175 088	37 900	137 188	- 47 092	1 884	- 48 976
2006	122 918	41 083	81 835	173 602	37 623	135 979	- 50 684	3 460	- 54 144
2007	127 336	44 008	83 328	176 116	37 983	138 133	- 48 780	6 025	- 54 805
2008	132 577	47 041	85 536	173 998	37 454	136 544	- 41 421	9 587	- 51 008
2009	137 908	49 766	88 142	156 416	35 955	120 461	- 18 508	13 811	- 32 319
2010	136 188	48 811	87 377	146 071	35 115	110 956	- 9 883	13 696	- 23 579
2011	141 732	49 853	91 879	150 617	37 152	113 465	- 8 885	12 701	- 21 586
2012	141 017	50 286	90 731	143 680	38 047	105 633	- 2 663	12 239	- 14 902

Wanderungssaldo der Bundesländer 2012

in 1 000



2014 - 01 - 0170

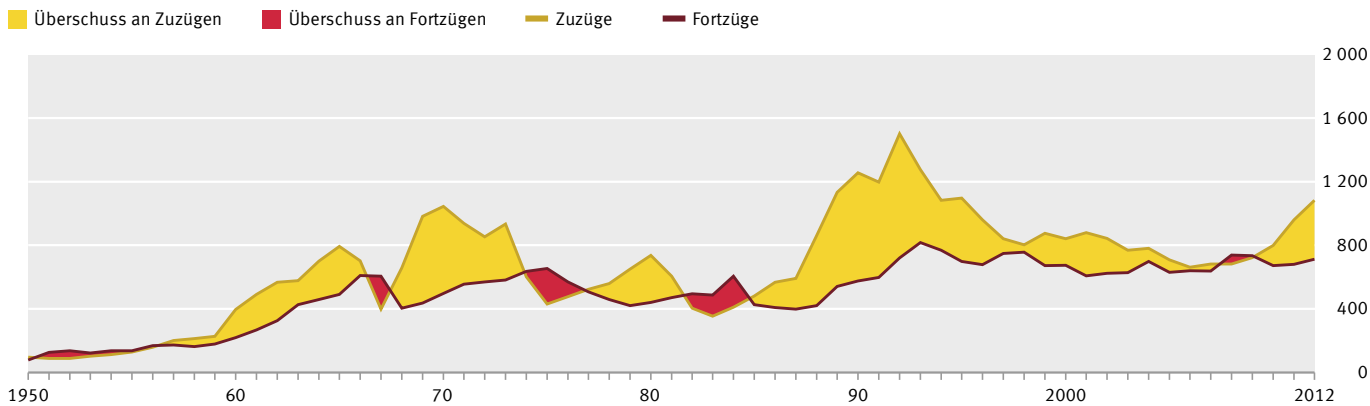
2.4 Wanderungen

2.4.3 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt ¹	darunter		insgesamt ¹	darunter	
		europäische Länder	außereuropäische Länder		europäische Länder	außereuropäische Länder
1 000						
2000	841,2	566,4	258,6	674,0	496,9	143,9
2002	842,5	567,0	260,8	623,3	454,1	139,8
2003	769,0	520,3	225,6	626,3	434,9	143,6
2004 ¹²	780,2	530,0	199,1	697,6	479,5	155,3
2005	707,4	510,4	175,6	628,4	437,4	147,0
2006	661,9	479,8	163,3	639,1	439,6	148,9
2007	680,8	501,4	167,0	636,9	458,9	150,6
2008 ¹³	682,1	495,0	178,9	737,9	547,5	181,5
2009 ¹³	721,0	515,9	196,2	733,8	541,2	182,8
2010 ¹³	798,3	585,1	205,8	670,6	493,3	169,5
2011	958,3	726,4	223,9	679,0	512,8	159,1
2012	1 080,9	838,0	236,7	712,0	544,8	160,2
je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁴						
2000	10,2	6,9	3,1	8,2	6,0	1,7
2002	10,2	6,9	3,2	7,6	5,5	1,7
2003	9,3	6,3	2,7	7,6	5,3	1,7
2004 ¹²	9,5	6,4	2,4	8,5	5,8	1,9
2005	8,6	6,2	2,1	7,6	5,3	1,8
2006	8,0	5,8	2,0	7,8	5,3	1,8
2007	8,3	6,1	2,0	7,7	5,6	1,8
2008 ¹³	8,3	6,0	2,2	9,0	6,7	2,2
2009 ¹³	8,8	6,3	2,4	9,0	6,6	2,2
2010 ¹³	9,8	7,2	2,5	8,2	6,0	2,1
2011	11,9	9,0	2,8	8,5	6,4	2,0
2012	13,4	10,4	2,9	8,8	6,8	2,0

1 Einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.
 2 Überhöhte Außenwanderungsdaten deutscher Personen aufgrund von Korrekturen im Land Hessen.
 3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.
 4 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland
in 1 000



1950 bis 1956: Ohne Saarland.
 Ab 1991: Deutschland. Zuvor früheres Bundesgebiet, einschl. Berlin-West sowie einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.
 Ab 2008: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

2014 - 01 - 0171

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.4 Wanderungen

2.4.4 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern 2012

	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
Insgesamt	1 080 936	115 028	965 908	711 991	133 232	578 759	+ 368 945	- 18 204	+ 387 149
Europa	838 002	72 590	765 412	544 800	86 288	458 512	+ 293 202	- 13 698	+ 306 900
EU-Länder	690 937	52 559	638 378	417 504	54 602	362 902	+ 273 433	- 2 043	+ 275 476
darunter:									
Belgien	5 568	1 969	3 599	4 191	2 031	2 160	+ 1 377	- 62	+ 1 439
Bulgarien	58 862	358	58 504	33 741	281	33 460	+ 25 121	+ 77	+ 25 044
Dänemark	3 443	853	2 590	2 928	1 126	1 802	+ 515	- 273	+ 788
Finnland	2 590	259	2 331	2 175	367	1 808	+ 415	- 108	+ 523
Frankreich	21 306	5 725	15 581	16 703	6 245	10 458	+ 4 603	- 520	+ 5 123
Griechenland	35 811	1 702	34 109	12 888	749	12 139	+ 22 923	+ 953	+ 21 970
Irland	2 954	857	2 097	1 887	749	1 138	+ 1 067	+ 108	+ 959
Italien	45 094	2 927	42 167	23 378	2 481	20 897	+ 21 716	+ 446	+ 21 270
Lettland	9 332	99	9 233	5 597	75	5 522	+ 3 735	+ 24	+ 3 711
Litauen	10 075	119	9 956	5 238	85	5 153	+ 4 837	+ 34	+ 4 803
Luxemburg	3 146	706	2 440	2 386	819	1 567	+ 760	- 113	+ 873
Niederlande	13 082	3 094	9 988	10 346	3 200	7 146	+ 2 736	- 106	+ 2 842
Österreich	18 508	6 915	11 593	19 999	11 022	8 977	- 1 491	- 4 107	+ 2 616
Polen	184 325	7 958	176 367	114 425	6 180	108 245	+ 69 900	+ 1 778	+ 68 122
Portugal	12 609	847	11 762	6 090	614	5 476	+ 6 519	+ 233	+ 6 286
Rumänien	116 964	810	116 154	71 152	682	70 470	+ 45 812	+ 128	+ 45 684
Schweden	4 090	977	3 113	4 034	1 750	2 284	+ 56	- 773	+ 829
Slowakei	13 745	152	13 593	8 633	173	8 460	+ 5 112	- 21	+ 5 133
Spanien	37 683	7 773	29 910	17 144	5 997	11 147	+ 20 539	+ 1 776	+ 18 763
Tschechische Republik	10 701	666	10 035	6 287	754	5 533	+ 4 414	- 88	+ 4 502
Ungarn	54 827	935	53 892	28 619	892	27 727	+ 26 208	+ 43	+ 26 165
Vereinigtes Königreich	18 593	6 432	12 161	15 506	7 802	7 704	+ 3 087	- 1 370	+ 4 457
Bosnien und Herzegowina	11 113	133	10 980	8 855	162	8 693	+ 2 258	- 29	+ 2 287
Kosovo	7 590	148	7 442	3 470	114	3 356	+ 4 120	+ 34	+ 4 086
Kroatien	12 944	336	12 608	11 881	368	11 513	+ 1 063	- 32	+ 1 095
Mazedonien	10 850	72	10 778	5 886	66	5 820	+ 4 964	+ 6	+ 4 958
Russische Föderation	20 714	2 974	17 740	11 316	2 361	8 955	+ 9 398	+ 613	+ 8 785
Schweiz	16 881	11 140	5 741	25 829	20 826	5 003	- 8 948	- 9 686	+ 738
Serbien	22 735	260	22 475	18 100	291	17 809	+ 4 635	- 31	+ 4 666
Türkei	28 641	3 227	25 414	32 788	5 459	27 329	- 4 147	- 2 232	- 1 915
Ukraine	7 774	545	7 229	3 755	303	3 452	+ 4 019	+ 242	+ 3 777
Übriges Europa	15 452	1 622	13 830	9 573	2 264	7 309	+ 5 879	- 642	+ 6 521
Außereuropa	236 651	41 398	195 253	160 188	45 942	114 246	+ 76 463	- 4 544	+ 81 007
Afrika	34 498	5 243	29 255	20 884	5 007	15 877	+ 13 614	+ 236	+ 13 378
Amerika	61 725	18 049	43 676	54 140	21 155	32 985	+ 7 585	- 3 106	+ 10 691
Brasilien	8 747	1 520	7 227	7 160	1 588	5 572	+ 1 587	- 68	+ 1 655
Kanada	5 419	1 980	3 439	5 364	2 692	2 672	+ 55	- 712	+ 767
Vereinigte Staaten	30 623	10 116	20 507	29 543	12 803	16 740	+ 1 080	- 2 687	+ 3 767
Übriges Amerika	16 936	4 433	12 503	12 073	4 072	8 001	+ 4 863	+ 361	+ 4 502
Asien	133 673	14 842	118 831	78 253	15 531	62 722	+ 55 420	- 689	+ 56 109
Afghanistan	8 471	244	8 227	1 948	203	1 745	+ 6 523	+ 41	+ 6 482
China ¹⁾	21 575	2 528	19 047	14 887	2 928	11 959	+ 6 688	- 400	+ 7 088
Indien	17 474	822	16 652	11 262	851	10 411	+ 6 212	- 29	+ 6 241
Irak	6 871	638	6 233	4 344	1 268	3 076	+ 2 527	- 630	+ 3 157
Übriges Asien	79 282	10 610	68 672	45 812	10 281	35 531	+ 33 470	+ 329	+ 33 141
Australien und Ozeanien	6 755	3 264	3 491	6 911	4 249	2 662	- 156	- 985	+ 829
Übrige ohne Angabe	6 283	1 040	5 243	7 003	1 002	6 001	- 720	+ 38	- 758

1 Ohne Taiwan.

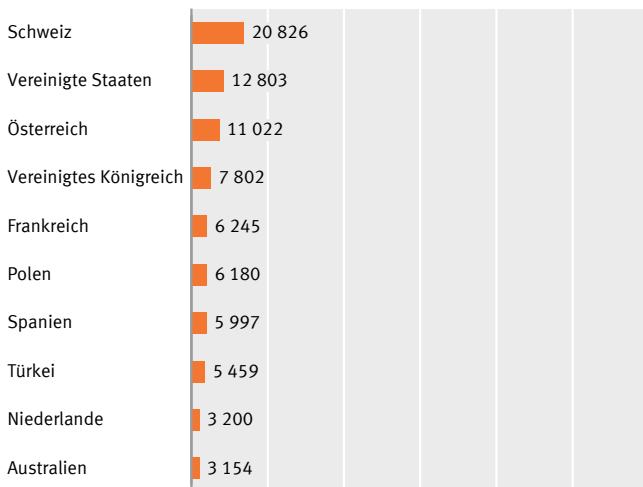
2.4 Wanderungen

2.4.5 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen und Geschlecht 2012

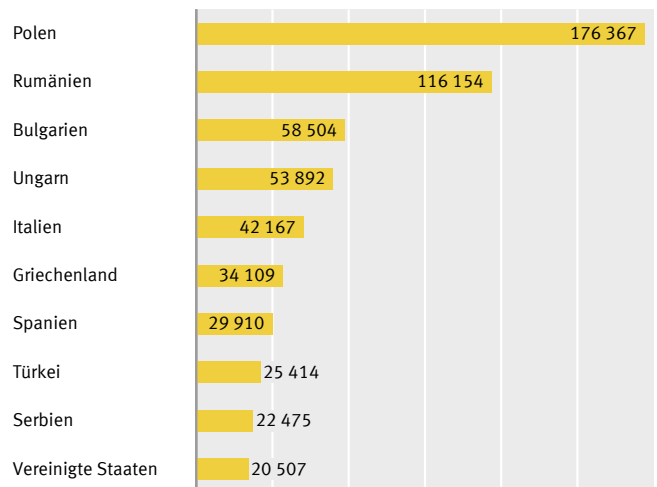
	Zuzüge			Fortzüge			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
Anzahl									
Insgesamt	1 080 936	115 028	965 908	711 991	133 232	578 759	368 945	- 18 204	387 149
Männlich	652 321	63 520	588 801	443 842	70 670	373 172	208 479	- 7 150	215 629
Weiblich	428 615	51 508	377 107	268 149	62 562	205 587	160 466	- 11 054	171 520
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	130 414	26 844	103 570	64 441	26 523	37 918	65 973	321	65 652
18 - 25	234 045	13 989	220 056	126 286	13 521	112 765	107 759	468	107 291
25 - 30	184 048	13 350	170 698	116 309	20 174	96 135	67 739	- 6 824	74 563
30 - 50	417 214	40 216	376 998	297 841	50 291	247 550	119 373	- 10 075	129 448
50 - 65	96 969	14 994	81 975	81 348	15 407	65 941	15 621	- 413	16 034
65 und mehr	18 246	5 635	12 611	25 766	7 316	18 450	- 7 520	- 1 681	- 5 839
je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁾									
Insgesamt	13,4	1,6	145,5	8,8	1,8	87,2	4,6	- 0,2	58,3
Männlich	16,6	1,8	175,2	11,3	2,0	111,0	5,3	- 0,2	64,2
Weiblich	10,4	1,4	115,0	6,5	1,7	62,7	3,9	- 0,3	52,3
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	10,0	2,2	133,2	4,9	2,2	48,8	5,1	0,0	84,5
18 - 25	36,7	2,5	326,1	19,8	2,4	167,1	16,9	0,1	159,0
25 - 30	37,3	3,1	271,7	23,6	4,7	153,0	13,7	- 1,6	118,7
30 - 50	18,6	2,0	136,5	13,3	2,6	89,6	5,3	- 0,5	46,9
50 - 65	5,7	0,9	71,4	4,8	1,0	57,5	0,9	0,0	14,0
65 und mehr	1,1	0,4	19,4	1,5	0,5	28,4	- 0,5	- 0,1	- 9,0

1 Bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner/-innen der gleichen Altersgruppe bzw. des gleichen Geschlechts (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

Top 10-Zielländer der ausgewanderten Deutschen 2012



Top 10-Herkunftsländer der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer 2012



2.5 Bevölkerungsvorausberechnung

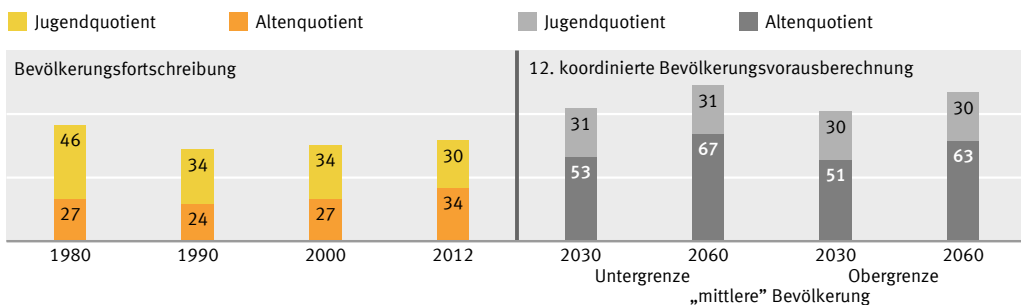
2.5.1 Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
		unter 15	15 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 65	65 – 80	80 und mehr
Variante 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) ¹										
1 000										
2020	79 914	10 010	3 614	8 549	10 114	9 728	13 352	5 893	12 646	6 008
2030	77 350	9 554	3 372	7 473	8 818	10 115	9 549	6 194	15 857	6 417
2040	73 829	8 508	3 283	7 188	7 751	8 840	9 967	4 583	15 600	8 109
2050	69 412	7 817	2 884	6 784	7 471	7 789	8 743	4 935	12 766	10 223
2060	64 651	7 430	2 655	6 059	7 070	7 518	7 731	4 213	12 925	9 050
2008 = 100										
2020	97,5	89,9	80,7	86,5	98,0	69,7	118,4	139,4	99,8	147,9
2030	94,3	85,8	75,3	75,6	85,5	72,5	84,7	146,5	125,2	158,0
2040	90,0	76,4	73,3	72,7	75,1	63,4	88,4	108,4	123,1	199,7
2050	84,6	70,2	64,4	68,6	72,4	55,8	77,5	116,7	100,8	251,7
2060	78,8	66,7	59,3	61,3	68,5	53,9	68,5	99,6	102,0	222,8
Variante 1-W2 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) ¹										
1 000										
2020	80 437	10 073	3 635	8 699	10 253	9 813	13 397	5 901	12 656	6 012
2030	79 025	9 808	3 421	7 776	9 281	10 433	9 734	6 241	15 902	6 429
2040	76 757	8 977	3 398	7 559	8 367	9 482	10 381	4 706	15 754	8 133
2050	73 608	8 403	3 077	7 306	8 154	8 583	9 475	5 185	13 134	10 291
2060	70 120	8 133	2 882	6 711	7 905	8 380	8 615	4 619	13 651	9 225
2008 = 100										
2020	98,1	90,4	81,1	88,0	99,4	70,4	118,8	139,5	99,9	148,0
2030	96,4	88,0	76,4	78,7	90,0	74,8	86,3	147,6	125,5	158,3
2040	93,6	80,6	75,9	76,5	81,1	68,0	92,0	111,3	124,4	200,3
2050	89,8	75,4	68,7	73,9	79,0	61,5	84,0	122,6	103,7	253,4
2060	85,5	73,0	64,3	67,9	76,6	60,1	76,4	109,2	107,8	227,1

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) annähernd konstant bei 1,4 (Kinder je Frau); Lebenserwartung im Jahr 2060 für neugeborene Jungen 85,0 Jahre bzw. für neugeborene Mädchen 89,2 Jahre; jährlicher Wanderungssaldo 100 000 ab 2014 (für Variante 1-W1, Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) bzw. 200 000 ab 2020 (für Variante 1-W2, Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Der **Jugendquotient** gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an. Der **Altenquotient** drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Die Annahmen der Varianten Untergrenze bzw. Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung beschreibt die Fußnote 1 der Tabelle 2.5.1.

2014 - 01 - 00173

2.5.2 Entwicklung der Privathaushalte bis 2030

	Insgesamt	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen			Durchschnittliche Haushaltsgröße
			2	3	4 und mehr	
1 000						
2015	40 700	16 687	14 419	4 765	4 828	1,99
2020	41 044	17 118	14 991	4 468	4 467	1,95
2025	41 144	17 486	15 337	4 143	4 177	1,91
2030	41 020	17 799	15 487	3 827	3 907	1,88
%						
2015	100	41,0	35,4	11,7	11,9	X
2020	100	41,7	36,5	10,9	10,9	X
2025	100	42,5	37,3	10,1	10,2	X
2030	100	43,4	37,8	9,3	9,5	X

Trendvariante. – Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

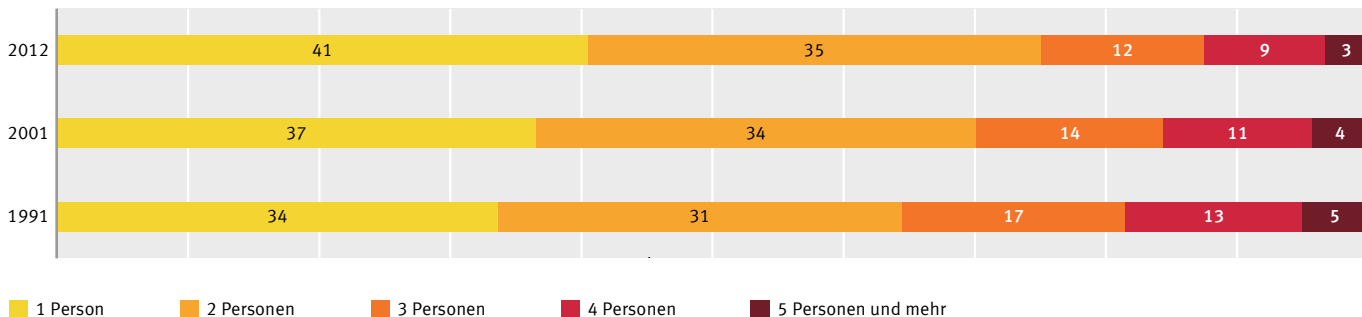
2.6.1 Privathaushalte nach Zahl der Personen, Ländern und Gemeindegrößenklassen

	Privathaushalte insgesamt		Einpersonenhaushalte	Mehrpersonen-	Haushaltsmitglieder	
	1 000	Veränderung gegen- über 1991 in %	% der Privathaushalte insgesamt	haushalte	insgesamt	je Haushalt
					1 000	Anzahl
April 1991	35 256	X	33,6	66,4	80 152	2,27
April 2001	38 456	9,1	36,6	63,4	82 575	2,15
2007 ¹⁾	39 722	12,7	38,7	61,3	82 375	2,07
2008	40 076	13,7	39,4	60,6	82 334	2,05
2010	40 301	14,3	40,2	59,8	81 779	2,03
2011	40 439	14,7	40,4	59,6	81 721	2,02
2012	40 656	15,3	40,5	59,5	81 872	2,01
2012 nach Ländern						
Deutschland	40 656	15,3	40,5	59,5	81 872	2,01
Baden-Württemberg	5 106	16,5	38,2	61,8	10 815	2,12
Bayern	6 161	23,3	40,3	59,7	12 712	2,06
Berlin	2 032	15,8	54,4	45,6	3 519	1,73
Brandenburg	1 262	21,5	37,4	62,6	2 488	1,97
Bremen	363	6,8	48,9	51,1	660	1,82
Hamburg	1 002	15,5	50,4	49,6	1 809	1,81
Hessen	2 998	16,8	39,7	60,3	6 134	2,05
Mecklenburg-Vorpommern	856	15,2	41,0	59,0	1 628	1,90
Niedersachsen	3 876	19,6	40,3	59,7	7 898	2,04
Nordrhein-Westfalen	8 672	12,2	39,1	60,9	17 771	2,05
Rheinland-Pfalz	1 894	16,9	35,7	64,3	3 996	2,11
Saarland	494	0,5	38,5	61,5	1 010	2,04
Sachsen	2 218	8,3	43,4	56,6	4 116	1,86
Sachsen-Anhalt	1 182	- 1,1	39,2	60,8	2 265	1,92
Schleswig-Holstein	1 414	19,4	39,0	61,0	2 855	2,02
Thüringen	1 127	6,9	39,0	61,0	2 196	1,95
2012 nach Gemeindegrößenklassen						
von ... bis unter ... Einwohner/-innen						
unter 5 000	5 402	- 5,5	30,9	69,1	12 042	2,23
5 000 – 20 000	9 987	28,4	34,6	65,4	21 332	2,14
20 000 – 100 000	11 050	23,4	39,0	61,0	22 504	2,04
100 000 und mehr	14 217	11,0	49,4	50,6	25 995	1,83

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Die mit der Einführung der gleitenden Berichtswoche verbundenen methodischen Änderungen ab 2005 haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien/Lebensformen geführt. Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Privathaushalte nach Haushaltsgröße
in %



2014 - 01 - 0174

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

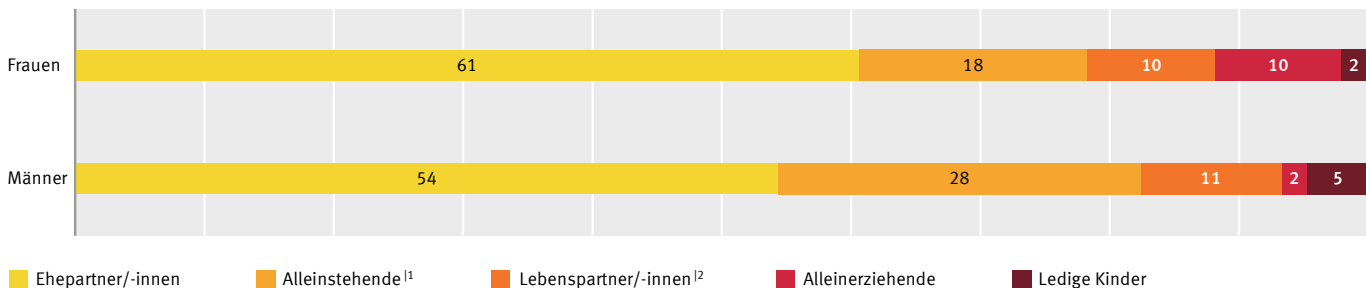
2.6.2 Privathaushalte nach Altersgruppen und Familienstand 2012

Alter von ... bis unter ... Jahren	Privathaushalte nach Familienstand						Darunter Einpersonenhaushalte nach Familienstand					
	insgesamt	ledig	verheiratet		geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet getrennt lebend		geschieden	verwitwet
			zusammen- lebend	getrennt lebend					geschieden	verwitwet		
1 000	% der Privathaushalte					1 000	% der Einpersonenhaushalte					
Insgesamt												
Insgesamt	40 656	29,3	43,5	3,5	11,5	12,2	16 472	49,3	5,9	18,1	26,7	
unter 25	2 042	95,4	3,6	0,7	0,3	–	1 385	99,2	0,6	–	–	
25 – 45	12 640	53,0	34,9	3,9	7,8	0,4	4 895	86,0	5,5	8,2	0,3	
45 – 65	14 668	17,5	54,2	4,6	18,6	5,1	4 645	41,0	10,4	37,5	11,1	
65 und mehr	11 306	6,1	46,5	2,1	8,3	36,9	5 547	11,2	3,9	15,2	69,7	
Haupteinkommensperson männlich												
unter 25	1 074	94,6	4,7	0,5	–	–	701	99,2	–	–	–	
25 – 45	8 594	48,8	43,2	2,8	5,0	0,2	3 126	85,2	6,2	8,4	–	
45 – 65	10 217	16,3	65,6	3,7	12,9	1,5	2 539	49,2	11,6	35,4	3,7	
65 und mehr	6 626	4,7	75,3	2,0	5,3	12,7	1 405	19,1	8,1	20,4	52,4	
Zusammen	26 511	27,1	58,3	2,9	7,9	3,8	7 771	62,8	7,8	18,6	10,8	
Haupteinkommensperson weiblich												
unter 25	968	96,3	2,4	0,9	–	–	684	99,2	–	–	–	
25 – 45	4 046	61,8	17,3	6,1	13,9	1,0	1 769	87,3	4,2	8,0	0,5	
45 – 65	4 451	20,3	28,2	6,7	31,6	13,2	2 106	31,1	8,9	40,0	20,0	
65 und mehr	4 680	8,1	5,8	2,3	12,6	71,2	4 142	8,6	2,5	13,4	75,5	
Zusammen	14 145	33,3	15,9	4,7	18,1	28,0	8 701	37,2	4,2	17,7	40,9	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.
– Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Frauen und Männer nach Lebensformen 2012

27- bis 59-jährige, in %



1 In Einpersonens- und Mehrpersonenhaushalten.

2 In nichtehelichen (gemischtgeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
 2.6.3 Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende

Der Begriff der Familie umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein-erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesem Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.

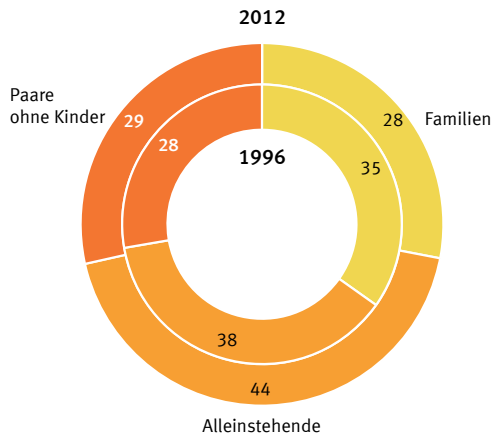
	Familien insgesamt	Davon				Paare ohne Kinder insgesamt	Davon			Alleinstehende	
		Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende		Ehepaare	Lebensgemeinschaften		insgesamt	darunter Frauen
			gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	nichteheliche Lebensgemeinschaften				gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	nichteheliche Lebensgemeinschaften		
1 000	% der Familien insgesamt				1 000	% der Paare ohne Kinder insgesamt			1 000	%	
Deutschland											
April 1996	13 155	79,1	/	3,8	17,0	10 510	87,4	0,3	12,3	14 219	60,6
April 2001	12 672	76,2	/	5,2	18,6	11 244	86,3	0,4	13,3	14 995	58,1
2007 ^{1,2}	12 283	72,3	/	6,2	21,4	11 516	85,2	0,6	14,3	16 470	54,5
2008	12 115	71,4	/	6,5	22,0	11 592	84,6	0,6	14,8	16 920	54,1
2010	11 774	70,6	/	6,8	22,5	11 698	84,2	0,5	15,3	17 442	53,4
2011	11 710	69,8	/	7,2	22,9	11 783	83,5	0,5	16,0	17 607	53,2
2012	11 617	69,4	0,1	7,4	23,2	11 840	83,9	0,6	15,5	18 032	52,9
Früheres Bundesgebiet¹											
April 1996	10 156	81,2	/	2,6	16,1	8 266	87,2	0,4	12,4	11 327	75,9
April 2001	9 953	78,8	/	3,7	17,4	8 855	86,3	0,3	13,4	11 679	60,3
2007 ^{1,2}	9 902	75,3	/	4,7	20,0	9 003	84,8	0,6	14,6	12 643	55,1
2008	9 789	74,3	/	4,9	20,7	9 046	84,3	0,6	15,1	13 045	54,6
2010	9 583	73,5	/	5,2	21,3	9 077	84,1	0,5	15,4	13 486	53,9
2011	9 560	72,7	/	5,5	21,8	9 151	83,4	0,6	16,0	13 598	53,6
2012	9 500	72,4	/	5,6	22,0	9 187	83,9	0,6	15,5	13 960	53,3
Neue Länder und Berlin											
April 1996	2 999	72,1	/	8,0	19,9	2 244	87,9	0,2	11,9	2 891	61,7
April 2001	2 719	66,6	/	10,4	23,0	2 388	86,4	0,4	13,2	3 316	57,4
2007 ^{1,2}	2 381	60,1	/	12,5	27,3	2 513	86,3	0,6	13,2	3 827	52,5
2008	2 326	59,4	/	13,2	27,4	2 546	85,7	0,5	13,7	3 875	52,3
2010	2 191	58,0	/	13,7	28,2	2 621	84,8	0,4	14,8	3 956	51,8
2011	2 150	57,0	/	15,1	27,9	2 632	83,7	0,5	15,8	4 009	52,0
2012	2 116	55,9	/	15,1	28,9	2 653	83,8	0,5	15,6	4 073	51,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Ohne Angaben für Berlin-West.

2 Die mit der Einführung der gleitenden Berichtswoche verbundenen methodischen Änderungen ab 2005 haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien/Lebensformen geführt.

Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende in %



2014 - 01 - 0176

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.4 Eheschließungen

	Eheschließungen	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen ¹
1950	750 452	11,0
1960	689 028	9,5
1970	575 233	7,4
1980	496 603	6,3
1990	516 388	6,5
2000	418 550	5,1
2010	382 047	4,7
2011	377 816	4,7
2012	387 423	4,8
2012 nach Ländern		
Baden-Württemberg	50 555	4,8
Bayern	61 768	4,9
Berlin	13 222	3,9
Brandenburg	12 505	5,1
Bremen	2 706	4,1
Hamburg	6 774	3,9
Hessen	27 721	4,6
Mecklenburg-Vorpommern	10 713	6,7
Niedersachsen	38 947	5,0
Nordrhein-Westfalen	81 759	4,6
Rheinland-Pfalz	20 242	5,1
Saarland	4 968	5,0
Sachsen	18 348	4,5
Sachsen-Anhalt	10 707	4,7
Schleswig-Holstein	16 383	5,8
Thüringen	10 105	4,6

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011.

2.6.5 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand sowie Heiratsziffern Lediger

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließende 2012					Heiratsziffern Lediger		
	insgesamt	darunter Ausländer/-innen	Familienstand vor der Eheschließung			2000	2011 ³	2012 ³
			ledig	verwitwet ¹	geschieden ²			
Anzahl	Eheschließende Ledige je 1 000 Ledige gleichen Alters							
Männer								
Insgesamt	387 423	27 619	287 897	6 310	93 216	X	X	X
dar. Ausländer	27 619	X	21 746	231	5 642	X	X	X
unter 20	776	226	774	-	2	1	0	0
20 – 25	23 850	4 249	23 699	-	151	19	10	10
25 – 30	83 368	7 371	81 708	13	1 647	50	37	37
30 – 35	93 464	6 610	87 474	48	5 942	57	54	54
35 – 40	54 365	3 866	44 668	105	9 592	38	39	40
40 – 45	40 318	2 151	24 791	255	15 272	22	21	21
45 – 50	33 357	1 246	13 488	500	19 369	14	13	14
50 – 55	24 468	770	6 253	694	17 521	10	10	10
55 – 60	15 242	489	2 893	901	11 448	6	8	8
60 und mehr	18 215	641	2 149	3 794	12 272	0	0	0
Frauen								
Insgesamt	387 423	33 120	289 167	4 026	94 230	X	X	X
dar. Ausländerinnen ..	33 120	X	24 458	562	8 100	X	X	X
unter 20	4 157	921	4 155	-	2	7	2	2
20 – 25	49 448	6 549	48 740	5	703	40	22	22
25 – 30	108 762	8 603	104 202	54	4 506	76	58	58
30 – 35	85 631	6 961	75 148	163	10 320	64	62	63
35 – 40	41 063	4 138	28 680	245	12 138	36	35	36
40 – 45	30 175	2 429	13 869	412	15 894	21	17	18
45 – 50	28 093	1 600	7 698	614	19 781	13	12	12
50 – 55	20 386	967	3 899	767	15 720	9	10	10
55 – 60	10 603	587	1 732	623	8 248	5	7	8
60 und mehr	9 105	365	1 044	1 143	6 918	0	0	0

1 Einschl. Personen, deren frühere(r) Ehegatte/-gattin für tot erklärt worden ist.

2 Einschl. „Frühere Ehe aufgehoben“.

3 Ergebnisse basieren nicht auf dem Zensus 2011.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.6 Durchschnittliches Heiratsalter

	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	Männer				Frauen			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
1985	29,8	26,6	56,9	38,9	26,7	24,1	48,3	35,6
1990	31,1	27,9	56,9	40,5	28,2	25,5	47,3	37,0
1995	33,2	29,7	59,3	43,0	30,3	27,3	48,9	39,3
2000	35,0	31,2	60,8	44,4	31,9	28,4	50,2	40,8
2005	36,5	32,6	61,3	45,8	33,3	29,6	50,9	42,4
2010	37,3	33,2	62,6	48,0	34,1	30,3	52,9	44,7
2012	37,7	33,5	63,3	48,9	34,6	30,7	53,9	45,6

2.6.7 Prozentuale Verteilung der Frauen nach Zahl der Kinder 2012

Geburtsjahrgänge (im Jahr 2012 erreichtes Alter von ... bis ... Jahren)	Frauen ohne Kind	Mütter	Mütter nach Zahl der Kinder			
			1 Kind	2 Kinder	3 Kinder	4 und mehr Kinder
			%			
1988 – 1992 (20 – 24)	92	8	80	17	/	/
1983 – 1987 (25 – 29)	72	28	64	29	6	2
1978 – 1982 (30 – 34)	46	54	49	39	10	3
1973 – 1977 (35 – 39)	28	72	36	46	13	5
1968 – 1972 (40 – 44)	22	78	32	47	15	6
1963 – 1967 (45 – 49)	20	80	31	48	15	6
1958 – 1962 (50 – 54)	18	82	29	49	16	6
1953 – 1957 (55 – 59)	16	84	30	48	15	6
1948 – 1952 (60 – 64)	14	86	32	47	16	6
1943 – 1947 (65 – 69)	12	88	30	46	17	7
1937 – 1942 (70 – 75)	11	89	26	42	20	12

Ergebnisse des Mikrozensus 2012. – Bevölkerung am Hauptwohnsitz. – Abweichungen von 100 % sind rundungsbedingt.

2.6.8 Gerichtliche Ehelösungen

Gerichtliche Ehelösungen umfassen Ehescheidungen und Fälle, bei denen die Ehe aufgehoben wurde.

Die **Nichtigkeit der Ehe** bezeichnet die Ungültigkeit einer Eheschließung. Wird eine Ehe für nichtig erklärt, ist in der Folge so zu verfahren, als ob diese Ehe niemals bestanden hätte.

Die **Aufhebung der Ehe** bezeichnet die gerichtlich verfügte Beendigung einer Ehe aufgrund fehlerhafter Eheschließung.

	Rechtskräftige Urteile auf Ehelösungen								Nichtigkeit der Ehe ¹⁷	Aufhebung der Ehe	Abweisung der Klage
	insgesamt	Ehescheidungen									
		zusammen	je 1 000		davon Entscheidung in der Ehesache						
			Einwohner/ -innen ¹¹	bestehende Ehen ¹²	nach BGB: Scheidung ...			aufgrund anderer Vor- schriften ¹⁶			
					vor einjähriger Trennung ¹³	nach einjähriger Trennung ¹⁴	nach dreijähriger Trennung ¹⁵				
1997	188 483	187 802	2,3	9,9	2 931	167 782	16 284	805	54	627	309
1998	192 954	192 416	2,4	10,2	2 976	171 133	17 358	949	50	488	289
1999	190 760	190 590	2,3	9,9	2 916	168 641	18 112	921	X	170	267
2000	194 630	194 408	2,4	10,1	3 527	171 668	18 316	897	X	222	254
2002	204 606	204 214	2,5	10,8	3 072	182 225	17 889	1 028	X	392	286
2003	214 274	213 975	2,6	11,4	3 950	186 618	22 169	1 238	X	299	322
2004	214 062	213 691	2,6	11,5	4 260	184 004	24 402	1 025	X	371	309
2005	202 072	201 693	2,5	10,9	4 013	172 308	24 320	1 052	X	379	323
2006	191 209	190 928	2,3	10,4	3 311	161 543	25 055	1 019	X	281	393
2007	187 321	187 072	2,3	10,3	2 971	157 537	25 556	1 008	X	249	350
2008	192 148	191 948	2,3	10,6	3 054	162 450	25 160	1 284	X	200	393
2009 ¹⁸	186 039	185 817	2,3	10,4	3 265	153 830	27 536	1 186	X	222	307
2010	187 248	187 027	2,3	10,6	3 093	151 108	31 589	1 237	X	221	338
2011	187 900	187 640	2,3	...	2 600	153 688	29 922	1 430	X	260	315
2012	179 348	179 147	2,2	...	2 314	147 910	27 664	1 259	X	201	300

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

2 Jeweils bezogen auf die verheirateten Frauen am Jahresanfang.

3 § 1565 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit § 1565 Abs. 2 BGB.

4 § 1565 Abs. 1 BGB.

5 § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB.

6 U. a. ausländische Vorschriften.

7 War bis 30.6.1998 im deutschen Rechtsbereich durch gerichtlichen Entscheid möglich, der vorherige Familienstand lebte wieder auf.

8 Bei einer Untererfassung in Bayern von schätzungsweise 1 900 Fällen.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.9 Geschiedene Ehen nach Ehedauer, Antragstellung und Kinderzahl 2012

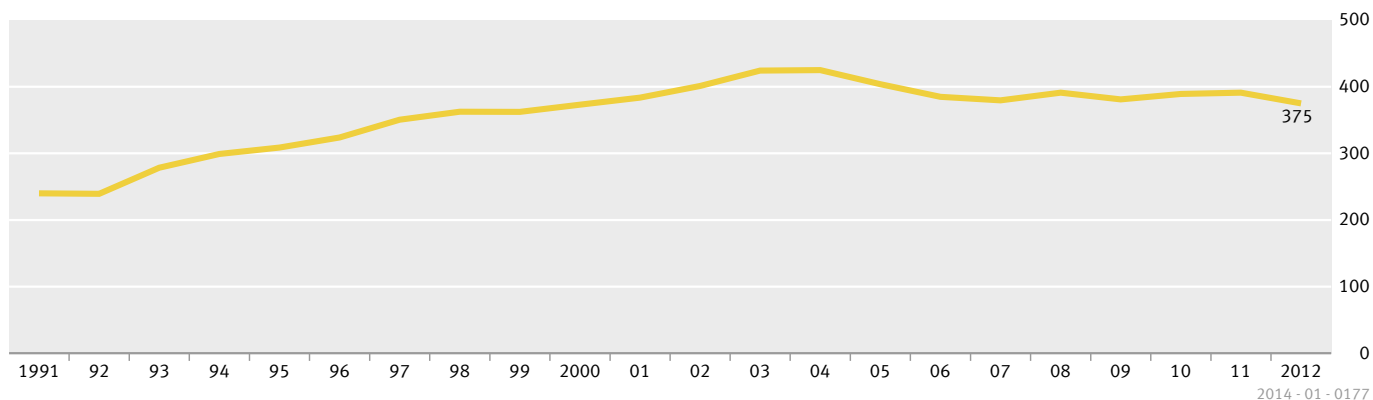
Ehedauer in Jahren ¹	Geschiedene Ehen					Davon			
	insgesamt	davon Antragsteller/-in			je 1 000 geschlossene Ehen	ohne	mit		
		Mann	Frau	beide			1	2	3 und mehr
						minderjährige(n) Kind(er/n) ²			
Insgesamt	179 147	71 011	94 155	13 981	374,9 ³	90 284	46 731	33 161	8 971
0	26	12	11	3	0,1	23	3	0	0
1	1 151	417	655	79	3,0	940	157	44	10
2	5 794	2 091	3 284	419	15,2	4 283	1 153	301	57
3	7 366	2 743	4 141	482	19,5	4 920	1 874	465	107
4	7 080	2 674	3 798	608	18,8	4 325	2 063	583	109
5	8 979	3 326	5 005	648	24,3	5 093	2 811	905	170
6	9 686	3 563	5 362	761	25,9	5 261	2 943	1 247	235
7	9 366	3 460	5 175	731	24,1	4 596	2 930	1 559	281
8	9 121	3 395	5 026	700	23,0	4 249	2 754	1 758	360
9	8 290	3 235	4 426	629	21,6	3 666	2 504	1 729	391
10	7 788	2 965	4 160	663	19,9	3 053	2 292	1 965	478
11	6 960	2 620	3 747	593	17,9	2 546	2 076	1 888	450
12	6 964	2 719	3 660	585	16,6	2 341	1 993	2 101	529
13	6 672	2 616	3 507	549	15,5	2 077	1 943	2 072	580
14	5 968	2 424	3 063	481	14,3	1 739	1 703	1 972	554
15	5 801	2 280	3 040	481	13,7	1 529	1 640	2 044	588
16 bis 20	25 620	10 594	12 921	2 105	58,5	6 801	7 386	8 646	2 787
21 bis 25	21 886	9 283	10 956	1 647	43,0	11 553	6 124	3 173	1 036
26 und mehr	24 629	10 594	12 218	1 817	48,3	21 289	2 382	709	249
nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ⁴ ..	154 841	61 853	80 608	12 380	382,8	76 797	40 283	29 563	8 198
Neue Länder	24 306	9 158	13 547	1 601	332,5	13 487	6 448	3 598	773

1 Ermittelt als Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2012: Ehedauer 0 = Eheschließung 2012, Ehedauer 1 = Eheschließung 2011 usw.
 2 Im Zeitpunkt der Urteilsverkündung.

3 Summe der 2012 geschiedenen Ehen, die eine Ehedauer von 0 bis 25 Jahren verzeichneten, bezogen auf jeweils 1 000 geschlossene Ehen gleicher Ehedauer.
 4 Einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2012 einen Wert von 375 bzw. 37 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2012 mehr als jede dritte Ehe im Laufe von 25 Jahren geschieden wurde.



2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.10 Ehescheidungen im Zeitvergleich

	Ehescheidungen		Durchschnittliches Alter Geschiedener ¹³		Durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung	Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer
	je 1 000 Einwohner/-innen ¹⁴	je 1 000 bestehende Ehen ¹²	Männer	Frauen		
Deutschland						
1991	1,7	7,1	39,1	36,2	11,7	240,1
1993	1,9	8,0	39,2	36,3	11,6	278,4
1995	2,1	8,7	39,5	36,8	12,1	308,6
1997	2,3	9,9	40,1	37,4	12,4	350,4
1999	2,3	9,9	40,9	38,2	12,8	362,1
2001	2,4	10,3	41,4	38,7	12,9	383,6
2003	2,6	11,4	42,0	39,3	13,1	424,1
2005	2,5	10,9	43,0	40,3	13,6	403,7
2007	2,3	10,3	43,7	40,9	13,9	379,4
2009 ¹⁴	2,3	10,4	44,5	41,7	14,3	380,9
2011	2,3	...	45,1	42,2	14,5	391,0
2012	2,2	...	45,5	42,5	14,6	374,9
Früheres Bundesgebiet¹⁵						
1991	2,0	8,3	39,3	36,4	11,9	302,3
1993	2,1	8,8	39,6	36,7	11,9	325,3
1995	2,2	9,2	39,8	37,0	12,2	340,5
1997	2,4	10,4	40,3	37,5	12,3	373,2
1999	2,4	10,2	41,0	38,2	12,5	375,6
2001	2,5	10,7	41,4	38,7	12,6	395,1
2003	2,7	11,8	41,9	39,2	12,8	436,1
2005	2,5	11,2	42,9	40,2	13,2	413,7
2007	2,3	10,6	43,6	40,8	13,6	389,5
2009 ¹⁴	2,3	10,7	44,4	41,6	14,0	389,9
2011	2,4	...	45,0	42,1	14,2	400,8
2012	2,3	...	45,4	42,4	14,4	382,8
Neue Länder und Berlin-Ost¹⁶						
1991	0,6	2,3	36,1	33,6	9,5	63,9
1993	1,2	4,8	36,1	33,5	9,9	140,7
1995	1,5	6,2	37,7	35,0	11,6	193,0
1997	1,9	7,8	39,2	36,6	13,0	257,1
1999	2,1	8,6	40,5	38,0	14,0	303,6
2001	2,1	8,9	41,5	39,0	14,7	331,8
2003	2,2	9,5	42,3	39,8	14,9	370,9
2005	2,1	9,1	43,4	40,9	15,6	355,8
2007	1,9	8,4	44,3	41,8	16,0	327,0
2009	2,0	8,6	45,1	42,5	16,1	334,8
2011	2,0	...	45,5	42,8	16,0	337,3
2012	1,9	...	45,8	43,1	16,0	332,5

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2012 einen Wert von 375 bzw. 37 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2012 mehr als jede dritte Ehe im Laufe von 25 Jahren geschieden wurde.

1 Ab 2011 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, für die Jahre zuvor Ergebnisse auf Grundlage früherer Zählungen.

2 Jeweils bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen (am Jahresanfang).

3 Bis 1981 nach Geburts-, ab 1982 nach Altersjahren.

4 Im Zusammenhang mit der vollständigen Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen zum 1.9.2009 im Zuge des FGG-Reformgesetzes und der Umstellung des Geschäftsstellenautomationssystems bei den meldenden Berichtsstellen ist in der Ehelösungsstatistik für das Jahr 2009 in Bayern von einer Untererfassung von schätzungsweise 1 900 Fällen auszugehen.

5 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

6 Ab 1995 ohne Berlin-Ost.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

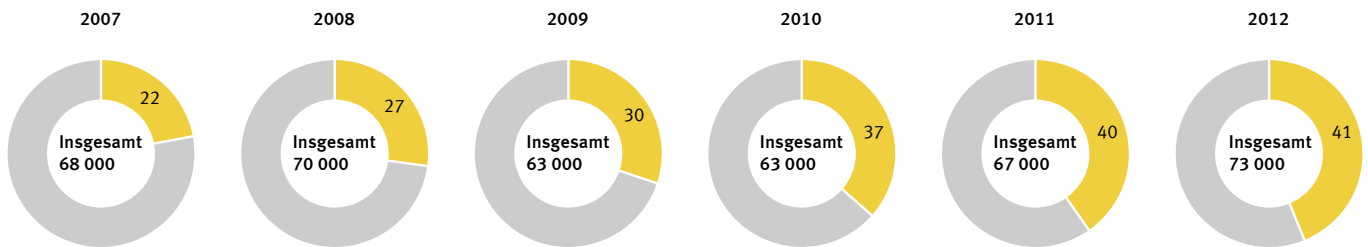
2.6.11 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften			Darunter eingetragene Lebenspartnerschaften		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	1 000	%		1 000	%	
April 1996 ...	38	60,5	39,5	-	-	-
April 1998 ...	44	56,8	43,2	-	-	-
Mai 2000 ...	47	57,4	42,6	-	-	-
April 2002 ...	53	58,5	41,5	-	-	-
März 2004 ...	56	53,6	46,4	-	-	-
2006	62	62,9	37,1	12	66,7	33,3
2008	70	65,7	33,3	19	73,7	26,3
2009	63	58,7	34,3	19	63,2	36,8
2010	63	57,1	42,9	23	56,5	43,5
2011	67	59,7	40,3	27	59,3	40,7
2012	73	57,4	42,6	32	56,1	43,9

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Beantwortung der Frage nach einem Lebenspartner/ einer Lebenspartnerin im Haushalt ist freiwillig. Die Angaben dürften daher als untere Grenze interpretiert werden. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

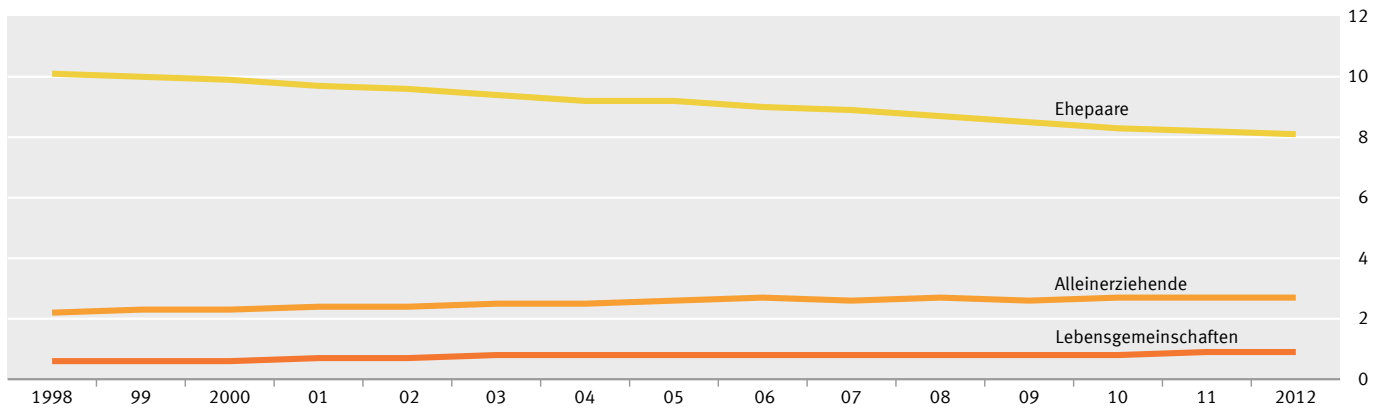
Eingetragene Lebenspartnerschaften

Anteil an allen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Familienformen
in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2014 - 01 - 0178

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.12 Familien nach Familienform und Zahl der Kinder in der Familie

	Familien mit ... Kind(ern) ohne Altersbegrenzung						Darunter Familien mit ... Kind(ern) unter 18 Jahren					Minderjährige Kinder	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	1	2	3	4 und mehr	zusammen	1	2	3	4 und mehr	1 000	je Familie
			% der Familien insgesamt						% der Familien mit minderjährigen Kindern				
1 000	%							1 000					
April 1996													
Insgesamt	13 155	-	50,6	37,1	9,4	2,9	9 429	40,0	44,0	12,2	3,8	15 604	1,65
davon:													
Ehepaare	10 408	-	45,8	40,5	10,6	3,2	7 673	35,4	47,0	13,4	4,2	13 096	1,71
Lebensgemeinschaften ..	511	-	65,8	26,0	6,1	2,2	452	63,3	27,7	6,6	2,4	650	1,44
Alleinerziehende	2 236	-	69,6	23,9	5,0	1,5	1 304	58,5	31,6	7,4	2,4	1 859	1,43
2012													
Insgesamt	11 617	- 11,7	52,6	35,9	8,9	2,5	8 061	53,5	36,0	8,4	2,1	12 896	1,60
davon:													
Ehepaare	8 058	- 22,6	45,7	40,6	10,6	3,0	5 699	47,2	40,5	9,8	2,5	9 607	1,69
Lebensgemeinschaften ..	861	68,5	65,6	27,4	5,6	1,5	755	67,6	26,3	5,0	1,2	1 058	1,40
Alleinerziehende	2 698	20,7	69,1	24,5	5,0	1,4	1 607	69,0	24,7	4,9	1,3	2 231	1,39

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2.6.13 Minderjährige Kinder nach Familienform

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder einschl. Berlin	
	2012	2001	2012	2001	2012	2001
1 000						
Insgesamt	12 896	15 090	10 727	12 271	2 169	2 819
davon:						
Ehepaare	9 607	12 153	8 372	10 258	1 235	1 895
Lebensgemeinschaften ..	1 058	821	660	468	398	352
Alleinerziehende	2 231	2 116	1 695	1 544	536	572
%						
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
davon:						
Ehepaare	74,5	80,5	78,0	83,6	56,9	67,2
Lebensgemeinschaften ..	8,2	5,4	6,2	3,8	18,3	12,5
Alleinerziehende	17,3	14,0	15,8	12,6	24,7	20,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2.6.14 Familien mit minderjährigen Kindern 2011

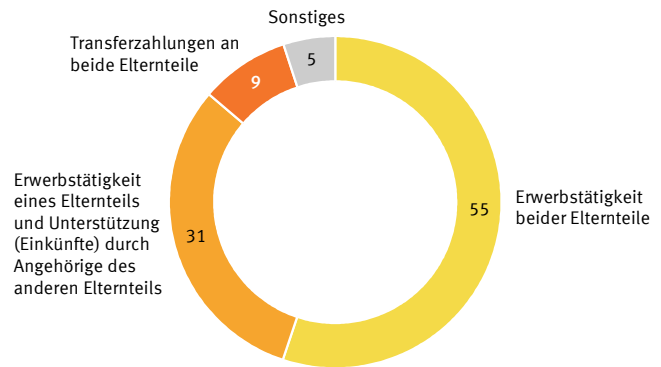
	Familien mit minderjährigen Kindern					
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
1 000						
Insgesamt	8 080	5 718	2 362	100	100	100
1 Kind	3 368	2 497	871	41,7	43,7	36,9
2 Kinder	3 446	2 456	990	42,7	43,0	41,9
3 Kinder und mehr	1 265	765	501	15,7	13,4	21,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen
 2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
 2.6.15 Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach Erwerbsbeteiligung der Eltern

	2012		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
	%		
Insgesamt	100	100	100
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	52,2	51,6	55,8
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	36,6	37,6	31,0
Kein Elternteil aktiv erwerbstätig	11,2	10,8	13,2
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	100	100	100
1 Elternteil vollzeittätig und 1 Elternteil teilzeittätig	74,2	79,7	45,8
Beide Elternteile vollzeittätig	22,7	17,1	50,9
Beide Elternteile teilzeittätig	3,2	3,1	3,3
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	100	100	100
Elternteil vollzeittätig	85,3	86,1	79,5
Elternteil teilzeittätig	14,7	13,9	20,5

Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 2012 in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.
 – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2014 - 01 - 0179

2.6.16 Kindertageseinrichtungen am 1.3.2013

	Tageseinrichtungen				Kinder in Tageseinrichtungen				Pädagogisches Personal (ohne Leitung und Verwaltung)			
	insgesamt		Veränderung gegenüber 2007		insgesamt		Veränderung gegenüber 2007		insgesamt		Veränderung gegenüber 2007	
	Anzahl	%	öffentliche Träger	freie Träger	Anzahl	%	öffentliche Träger	freie Träger	Anzahl	%	öffentliche Träger	freie Träger
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von ... bis unter ... Jahren												
0 – 3	1 725	116,2	18,6	81,4	32 073	119,3	21,6	78,4	9 336	165,8	21,2	78,8
2 – 8 (ohne Schulkinder)	20 499	- 19,1	31,6	68,4	1 025 607	- 25,4	33,0	67,0	151 415	- 4,4	32,0	68,0
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 686	18,9	46,6	53,4	263 225	45,9	54,5	45,5	21 855	43,6	49,7	50,3
mit Kindern aller Altersgruppen	26 574	36,8	32,8	67,2	1 892 260	34,1	34,9	65,1	289 747	68,0	33,5	66,5
davon Tageseinrichtungen mit:												
Alterseinheitlichen Gruppen	9 574	79,0	37,6	62,4	767 735	64,7	37,2	62,8	108 467	109,1	36,3	63,7
Altersgemischten Gruppen	6 200	18,8	27,2	72,8	321 833	21,3	34,1	65,9	54 247	45,8	31,5	68,5
Alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	10 800	22,0	31,8	68,2	802 692	18,1	33,0	67,0	127 033	52,3	32,0	68,0
Insgesamt	52 484	7,9	32,8	67,2	3 213 165	7,8	35,7	64,3	472 353	35,1	33,5	66,5
darunter:												
Tageseinrichtungen mit integrativer Betreuung	17 864	33,2	31,3	68,7	1 311 117	33,8	33,4	66,6	205 569	65,2	32,1	67,9
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	285	- 17,6	8,8	91,2	8 573	- 36,7	7,5	92,5	3 646	- 5,4	5,7	94,3
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	616	84,4	7,5	92,5	27 955	73,2	8,9	91,1	6 263	125,9	8,7	91,3
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 353	7,8	-	100	136 408	10,9	-	100	25 437	29,2	-	100

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

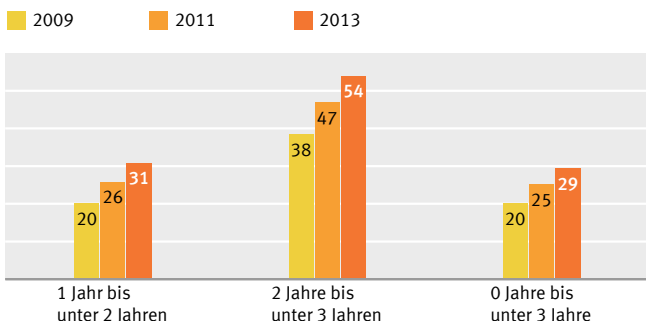
2.6.17 Kinder unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1.3.2013

	Kinder unter 6 Jahren		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	0 – 3			3 – 6		
			zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹	zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
Deutschland	2 536 473	12,4	596 289	29,3	15,8	1 940 184	93,6	39,3
Baden-Württemberg	335 727	6,5	67 948	24,9	8,3	267 779	95,1	17,7
Bayern	377 348	11,5	79 714	24,8	8,6	297 634	91,3	29,2
Berlin	132 802	21,0	43 890	43,7	29,9	88 912	93,9	60,2
Brandenburg	89 142	14,5	30 960	53,6	38,3	58 182	96,3	60,9
Bremen	18 374	19,3	3 776	23,2	12,5	14 598	90,2	30,2
Hamburg	61 613	32,3	19 337	38,4	21,5	42 276	88,7	41,5
Hessen	187 169	9,9	40 134	25,7	15,0	147 035	93,1	44,3
Mecklenburg-Vorpommern	59 012	13,1	21 251	54,5	39,7	37 761	96,0	64,8
Niedersachsen	231 669	14,8	46 134	24,4	8,5	185 535	93,6	21,6
Nordrhein-Westfalen	507 606	11,5	87 185	19,9	9,9	420 421	92,8	39,8
Rheinland-Pfalz	122 822	8,2	27 039	28,2	13,4	95 783	97,8	46,6
Saarland	25 819	2,6	5 181	24,6	17,0	20 638	96,0	39,2
Sachsen	148 201	20,0	49 527	47,2	38,4	98 674	95,8	78,1
Sachsen-Anhalt	79 302	6,5	29 577	57,7	38,8	49 725	95,5	65,1
Schleswig-Holstein	82 676	17,2	17 700	26,3	10,6	64 976	91,0	24,4
Thüringen	77 191	14,2	26 936	51,4	44,8	50 255	97,2	88,1

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

1 Anteil der durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag betreuten Kinder je 100 Kinder derselben Altersgruppe.

Betreuungsquoten von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung, in %



2014 - 01 - 0180

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

2.6.18 Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Betreuungsumfang am 1.3.2013

	Kinder in Tagesbetreuung		Davon mit einer vertraglich vereinbarten Betreuungszeit in Stunden pro Woche von					Durchgehend mehr als 7 Stunden pro Betreuungstag
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	bis zu 25 Stunden	mehr als 25 bis 35 Stunden	mehr als 36 bis unter 40 Stunden	mehr als 40 bis unter 45 Stunden	45 und mehr Stunden	
Insgesamt	3 332 738	9,5	23,5	36,9	2,5	9,9	27,2	39,1
und zwar:								
Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils ...	839 783	21,4	19,0	42,1	2,5	9,7	26,7	37,9
In der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen	514 586	14,0	18,1	44,2	2,2	9,2	26,3	36,7
	nach dem Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	18 120	3,9	28,4	23,3	2,7	13,5	32,2	53,3
1 – 2	206 373	121,3	20,9	23,4	2,7	14,9	38,0	59,1
2 – 3	371 796	77,4	20,6	29,4	2,8	12,9	34,1	50,9
3 – 6	1 940 184	0,2	16,2	40,6	2,7	10,6	29,9	41,9
6 – 11	775 301	1,2	42,5	35,5	1,7	5,5	14,7	21,6
11 – 14	20 964	4,0	69,7	23,5	1,2	1,5	4,0	7,9

Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege, die nicht zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder Ganztagschule besuchen, sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

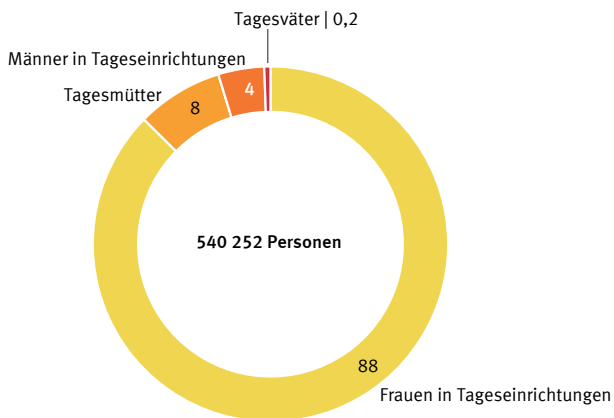
2.6.19 Pädagogisch tätige Personen in der Kindertagesbetreuung am 1.3. 2013

	Pädagogisch tätige Personen			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	insgesamt	Männer	Frauen	unter 25	25 – 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr
	Anzahl	%						
In Kindertageseinrichtungen ...	496 299	4,6	95,4	12,4	34,2	26,4	24,0	3,0
darunter:								
Erzieher/-innen	338 298	3,2	96,8	7,5	34,7	28,9	26,0	2,9
Kinderpfleger/-innen	57 462	1,6	98,4	14,7	36,8	21,9	23,3	3,3
In öffentlich geförderter Kindertagespflege	43 953	2,8	97,2	1,7	32,1	32,3	25,9	8,1
darunter:								
Erzieher/-innen	5 855	1,3	98,7	1,7	37,7	28,7	26,2	5,7
Kinderpfleger/-innen	2 112	0,8	99,2	5,9	44,6	22,5	20,0	7,0

Stand: 1.3.

Pädagogisch tätige Personen in Kindertagesbetreuung 2013

in %

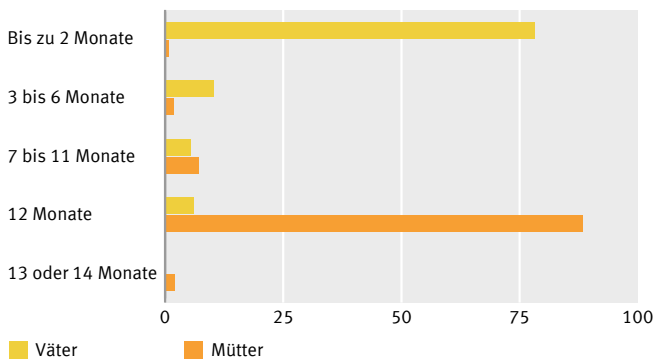


Stichtag: 1.3. – Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege.

Elterngeld nach Bezugsdauer 2012

in %

Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten in Anspruch genommen werden. Ein Elternteil kann höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Anspruch auf zwei weitere Monatsbeträge ergeben sich über die Partnermonate. Alleinerziehende können allein bis zu 14 Monate Elterngeld erhalten.



Gemeldete beendete Elterngeldbezüge für Geburten 2012.

2014 - 01 - 0181

2.6.20 Kindergeld

	Empfangsberechtigte ¹			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹						Ausgezählte Beträge	
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt ²	davon waren ... Kind(er)						
					1.	2.	3.	4.	5. und weitere		
	1 000	%		1 000	%						Mill. EUR
2012	8 802	87,30	12,70	14 503	60,34	29,40	7,63	1,85	0,78		33 373
2013	8 762	86,95	13,05	14 419	60,41	29,37	7,61	1,84	0,77		33 314

Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.

1 Stand: Dezember.

2 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.21 Elterngeld

	Im selben Jahr geborene Kinder				
	insgesamt ¹	deren ... Elterngeld bezogen hat ^{1,2}			
		Mutter		Vater	
	Anzahl	%	Anzahl	%	
2010	677 947	652 003	96,2	171 736	25,3
2011	662 685	632 317	95,4	180 967	27,3
2012	673 544	646 457	96,0	197 556	29,3
	2012 nach Ländern				
Baden-Württemberg	89 477	87 108	97,4	29 427	32,9
Bayern	107 039	104 457	97,6	40 776	38,1
Berlin	34 678	32 147	92,7	11 823	34,1
Brandenburg	18 482	17 872	96,7	5 886	31,8
Bremen	5 639	5 226	92,7	1 242	22,0
Hamburg	17 706	16 639	94,0	5 743	32,4
Hessen	51 607	49 416	95,8	14 793	28,7
Mecklenburg-Vorpommern ...	12 715	12 295	96,7	3 178	25,0
Niedersachsen	61 478	59 644	97,0	16 366	26,6
Nordrhein-Westfalen	145 755	137 464	94,3	31 171	21,4
Rheinland-Pfalz	31 169	29 515	94,7	7 512	24,1
Saarland	6 878	6 461	93,9	1 246	18,1
Sachsen	34 686	33 911	97,8	13 252	38,2
Sachsen-Anhalt	16 888	16 017	94,8	3 807	22,5
Schleswig-Holstein	22 005	21 211	96,4	5 342	24,3
Thüringen	17 342	17 074	98,5	5 992	34,6

Das **Elterngeld** soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Die Väter der im Jahr 2012 geborenen Kinder erhielten im ersten Monat der Bezugsdauer durchschnittlich 1 140 Euro Elterngeld, die Mütter 701 Euro.

Gemeldete beendete Elterngeldbezüge.

1 Quelle: Natürliche Bevölkerungsbewegung.

2 Einschl. Mehrlinge. Mehrlingsmeldungen im Sinne des Bundessozialgericht-Urteils sind in den Daten enthalten, werden aber nicht gesondert ausgewiesen.

2.6.22 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2012

Am Jahresende 2012 waren 959 Kinder und Jugendliche zur **Adoption** vorgemerkt. Dem gegenüber standen 5 671 Adoptionsbewerbungen.

	Adoptierte Kinder und Jugendliche							
	insgesamt		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
			verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ¹	Deutsche/ Nichtdeutsche ¹
	Anzahl	%						
Insgesamt	3 886	100	3,3	57,0	39,7	88,7	2,4	8,9
	im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	149	3,8	0,2	2,6	1,1	3,7	0,1	0,1
1 – 3	1 174	30,2	0,4	5,4	24,5	28,6	0,2	1,4
3 – 6	565	14,5	0,4	6,2	8,0	12,7	0,5	1,3
6 – 12	1 032	26,6	1,2	21,0	4,4	23,4	0,7	2,4
12 und mehr	966	24,9	1,2	21,9	1,8	20,4	0,9	3,6
	nach Staatsangehörigkeit							
Deutsche	3 085	79,4	1,7	48,6	29,0	75,3	1,1	2,9
Nichtdeutsche ¹	801	20,6	1,5	8,4	10,7	13,4	1,3	5,9
	nach Geschlecht							
Männlich	1 966	50,6	1,5	28,7	20,4	45,3	1,3	4,0
Weiblich	1 920	49,4	1,8	28,3	19,3	43,4	1,2	4,8

1 Einschl. Staatenloser.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.23 Adoptierte Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit 2012

	Adoptierte Kinder und Jugendliche			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				Darunter mit den Adoptiv- eltern nicht verwandt
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	
Insgesamt	3 886	1 966	1 920	1 323	565	1 032	966	1 543
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	352	179	173	128	108	84	32	280
Europa	3 449	1 756	1 693	1 207	472	933	837	1 296
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	103	57	46	37	37	25	4	84
EU-Länder	3 222	1 644	1 578	1 156	433	884	749	1 203
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt ...	27	17	10	10	11	6	–	24
Deutschland	3 085	1 571	1 514	1 100	416	855	714	1 128
Bulgarien	42	21	21	30	7	4	1	36
Italien	4	3	1	1	–	1	2	2
Polen	26	15	11	6	–	8	12	9
Rumänien	19	8	11	5	–	6	8	8
Sonstige EU-Länder	46	26	20	14	10	10	12	20
Bosnien und Herzegowina	5	2	3	1	1	2	1	.
Russische Föderation	121	65	56	31	26	25	39	60
Serbien	9	3	6	3	1	3	2	6
Türkei	26	14	12	10	4	3	9	13
Ukraine	40	18	22	1	5	7	27	1
Sonstige europäische Länder	26	10	16	5	2	9	10	9
Afrika	150	79	71	61	22	32	35	106
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	103	54	49	53	19	22	9	89
Äthiopien	61	31	30	33	8	14	6	57
Kamerun	11	4	7	2	–	4	5	4
Sonstige afrikanische Länder	78	44	34	26	14	14	24	45
Amerika	111	51	60	35	31	24	21	75
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	69	29	40	31	22	12	4	60
Brasilien	17	6	11	1	4	5	7	6
Chile	2	2	–	–	–	2	–	.
Kolumbien	25	13	12	8	9	5	3	21
Peru	3	1	2	–	1	2	–	1
Vereinigte Staaten	10	5	5	3	3	1	3	4
Sonstige amerikanische Länder	54	24	30	23	14	9	8	42
Asien	164	73	91	15	36	42	71	57
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	73	36	37	7	26	25	15	43
Armenien	4	2	2	–	1	1	2	1
Indien	12	1	11	1	9	2	–	10
Philippinen	14	3	11	–	1	6	7	–
Sri Lanka	2	2	–	1	–	1	–	.
Thailand	59	30	29	3	17	16	23	30
Vietnam	11	6	5	1	1	3	6	3
Sonstige asiatische Länder	62	29	33	9	7	13	33	10
Sonstige	12	7	5	5	4	1	2	9
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	4	3	1	–	4	–	–	4

2.7 Kirchen und Jüdische Gemeinden

2.7.1 Evangelische Kirche

	Kirchen- gemeinden	Theologen/ Theologinnen im aktiven Dienst	Kirchen- mitglieder	Äußerungen des kirchlichen Lebens						
				Taufen ¹	Konfirmierte	Trauungen	Bestattungen	Aufnahmen ²	Austritte	Gottesdienst- teilnehmende ³
	Anzahl		1 000	Anzahl						1 000
2009	15 281	21 509	24 195	178 801	231 841	50 402	298 822	56 325	148 450	910
2010	15 129	.	23 896	174 164	231 891	51 882	292 602	56 905	145 250	841
2011	15 007	.	23 620	174 196	238 487	48 398	283 101	53 303	141 497	852
2012	14 769	.	23 356	168 048	227 211	48 833	282 926	51 927	138 195	827

1 Kindertaufen ohne Taufen von Erwachsenen (Taufen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr).

2 Einschl. Übertritten, Wiederaufnahmen und Taufen von Erwachsenen.

3 Gottesdienste am Sonntag Invokavit einschl. Kindergottesdienste.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland

2.7.2 Katholische Kirche

	Pfarreien und sonstige Seel- sorgestellen	Katholiken ¹	Äußerungen des kirchlichen Lebens							Teilnehmer/ -innen am sonntäglichen Gottesdienst
			Taufen	Erst- kommunionen	Trauungen	Bestattungen	Eintritte	Wiederauf- nahmen	Austritte	
	Anzahl	1 000	Anzahl							1 000 ²
2009	12 000	24 909	178 953	234 881	48 714	255 825	3 997	8 636	123 571	3 249
2010	11 524	24 651	170 339	224 932	48 524	252 965	3 576	7 403	181 193	3 103
2011	11 398	24 473	169 599	210 608	46 021	247 762	3 217	7 163	126 488	3 011
2012	11 222	24 340	167 505	202 088	47 161	247 502	3 091	7 185	118 335	2 861

1 Katholikenzahl nach Angaben der Pfarreien und Bistümer.

2 Durchschnittszahlen.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.3 Kirchensteuer und Kirchgeld

	Evangelische Kirche			Katholische Kirche		
	insgesamt	Kirchensteuern		insgesamt	Kirchensteuern	
		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld
	1 000 EUR					
2009	4 359 942	4 330 502	29 439	4 909 842	4 903 081	6 761
2010	4 255 540	4 226 245	29 295	4 802 718	4 794 017	8 701
2011	4 379 657	4 350 281	29 376	4 924 611	4 917 887	6 724
2012	4 624 472	4 595 335	29 137	5 197 801	5 188 199	9 602
2013	4 842 393	4 812 717	29 676	5 460 209	5 450 133	10 075

1 Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter.

Quellen: Evangelische Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.4 Jüdische Gemeinden

	Mitglieder	Gemeinden	Rabbiner/ -innen	Synagogen	Betsäle	Ritualbäder	Gemeinde- bibliotheken
2009	104 241	108	50	95	33	34	92
2010	104 024	108	56	96	34	37	92
2011	102 797	108	67	98	32	36	99
2012	102 135	108	69	99	31	37	100
2013	101 338	108	70	99	31	38	100

Quellen: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Zentralrat der Juden in Deutschland

Methodik

■ Bevölkerung

Zum ständigen Arbeitsprogramm der **Bevölkerungsstatistik** gehören die Bevölkerungsfortschreibung sowie die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Scheidungen) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge innerhalb und über die Grenzen Deutschlands). Des Weiteren umfasst die Bevölkerungsstatistik auch analytische Berechnungen, z. B. über Sterblichkeit, Ehedauer, Heirats-, Scheidungs- und Geburtenhäufigkeit sowie Bevölkerungsvorausberechnungen.

Bevölkerungsstand und -entwicklung

Die Ergebnisse von Volkszählungen dienen u. a. als Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen. Insbesondere gilt dies für den Mikrozensus, einer jährlichen Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlsatz von 1 %.

Die Ergebnisse dieser Zählungen dienen ebenfalls als Ausgangsbasis für die Berechnung der laufenden Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen. Diese **Bevölkerungsfortschreibung** weist die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ihre Veränderungen nach. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG §5 Abs. 1). Die Bevölkerungsfortschreibung wird auf Gemeindeebene geführt. Sie basiert auf den Statistiken der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik. Ferner berücksichtigt sie Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen, Gebietsänderungen und – zum Nachweis des Familienstandes – die Ergebnisse der Statistiken der Eheschließungen und Ehescheidungen. Die nachgewiesenen Bevölkerungszahlen gehen von den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aus. **Die Ergebnisse des Zensus vom 9.5.2011 sind in den Fortschreibungszahlen ab dem 31.12.2011 berücksichtigt. Ziffernberechnungen mit durchschnittlicher Bevölkerung basieren für das Berichtsjahr 2011 auf dem Zensusstichtag 9.5.2011.**

Volkszählungen wurden im früheren Bundesgebiet 1950, 1956 (Gebäude- und Wohnungszählung), 1961, 1970 und 1987 durchgeführt. Auch in der ehemaligen DDR dienten die Ergebnisse von Volkszählungen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Diese Zählungen fanden hier 1950, 1964, 1970 und 1981 statt. Seit dem 3.10.1990 beruht die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf einem Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters Berlin-Biesdorf zum gleichen Stichtag. Mit dem Zensus 2011, als erste Zählung nach der Vereinigung Deutschlands, erhält die Bevölkerungsfortschreibung eine neue Basis.

Erfasst wird die Bevölkerung am Ort der alleinigen Wohnung bzw. – bei mehreren Wohnungen in Deutschland – am Ort der **Hauptwohnung**. Bis 1983 – vor Einführung neuer Meldegesetze in den Ländern – basierte die Bevölkerungsfortschreibung auf dem Konzept der **Wohnbevölkerung**. Die Wohnbevölkerung wurde berechnet, indem Personen mit mehreren Wohnungen der Gemeinde zugeordnet wurden, von der sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Seit 1984 zählen diese Personen zur Gemeinde der Hauptwohnung (siehe auch „Glossar“).

Fläche

Die Flächenangaben beziehen sich auf die Landfläche Deutschlands bis zur sogenannten Küstenlinie – der Grenze zwischen Meer und Festland bei einem mittleren Wasserstand – einschließlich der Binnengewässer (ohne den Bodensee). Die Angaben beruhen auf Unterlagen der Vermessungs- bzw. Katasterämter. Flächenänderungen ohne Grenzänderungen gehen auf Neuvermessungen zurück. Die Gebietsänderungen werden von den Statistischen Ämtern der Länder monatlich zu einem Stichtag im Gemeindeverzeichnis-Informationssystem (GV-ISys) eingepflegt. Danach werden die entsprechenden Ergebnisse für die Regionaleinheiten (Land, Regierungsbezirk, Region (nur in Baden-Württemberg), Kreis, Gemeindeverband, Gemeinde) der Homepage des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung gestellt (www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung > Gemeindeverzeichnis (GV-ISys)).

■ Verwaltungsgliederung

Deutschland ist in 16 Länder, 19 Regierungsbezirke, 402 Kreise (davon 107 kreisfreie Städte und 295 Landkreise) und 11 161 Gemeinden regional gegliedert (Stand: 31.12.2013). Als Gemeinden zählen auch die Stadtstaaten Berlin, Bremen (2 Gemeinden) und Hamburg sowie alle Städte (einschl. kreisfreie Städte) und bewohnten gemeindefreien Gebiete. Baden-Württemberg weist unterhalb der Regierungsbezirksebene die Ebene der „Regionen“ aus. Das sind die Gebiete der 12 Regionalverbände, die nach dem Regionalverbandsgesetz vom 26.7.1971 als Körperschaften des öffentlichen Rechts Träger der Regionalplanung gelten und bei der Landesplanung mitwirken. Die Tabelle in diesem Kapitel weist diese landesinterne Besonderheit nicht nach.

■ Geborene und Gestorbene

Die **Statistiken der Geburten und Sterbefälle** beruhen – ebenso wie die Statistik der Eheschließungen – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Geburten und Sterbefälle von Personen, die nicht zur Bevölkerung Deutschlands gehören, werden hier nicht nachgewiesen.

■ Migration

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ermöglicht durch einen erweiterten Fragenkatalog seit 2005 Angaben zu **Personen mit Migrationshintergrund**. Hierbei handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können – sei es als Kinder von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, als Kinder ausländischer Elternpaare (sogenannte „ius soli-Kinder“) oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen „vererben“. Bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern ist dies hingegen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der ersten bis dritten Migrantengeneration.

Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist zu unterscheiden zwischen Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne und im weiteren Sinne. Personen mit **Migrationshintergrund im engeren Sinne** sind Zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer sowie in Deutschland geborene Deutsche, die im selben Haushalt mit einem Elternteil leben, der zugewandert ist oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde. Personen mit **Migrationshintergrund im weiteren Sinne** umfassen auch in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht mehr mit ihren Eltern im selben Haushalt leben. Diese Unterscheidung ist erforderlich, da nur für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne für jedes Berichtsjahr Daten vorliegen. Bei der anderen Personengruppe ist ein Nachweis nur im Vierjahresrhythmus möglich. Dies hängt damit zusammen, dass nur alle vier Jahre Angaben zum Migrationsstatus der Eltern erhoben werden, die nicht im selben Haushalt leben. Für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne werden in jedem Jahr vergleichbare Daten vorliegen. Dies ermöglicht eine verzerrungsfreie Analyse der Änderungen im Zeitablauf. Die zweite Abgrenzung (Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne) schließt zusätzlich die „Menschen mit nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus“ ein. Deren Migrationshintergrund wird nur mit den Daten von 2005 und 2009 definierbar.

Methodik

Der Migrationsstatus einer Person wird aus seinen persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen seiner Eltern. Beim Nachweis des Migrationsstatus wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden.

Ausländische Bevölkerung

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31.12. eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Daten melden die einzelnen Ausländerbehörden an das AZR. Ausgewiesen werden die Ausländerinnen und Ausländer, die am Ende des Berichtsjahres in Deutschland ansässig sind, und zwar nach den Merkmalen Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Familienstand, Alter und Geschlecht. Die Zugänge in das Register schließen die in Deutschland geborenen ausländischen Kinder mit ein. Die Abgänge aus dem Register enthalten u. a. die Sterbefälle ausländischer Personen. Die Auswertungen des Zensus 2011 basieren auf der Bevölkerung zum Zensusstichtag 9.5.2011. Zur ausländischen Bevölkerung Deutschlands zählen hier alle Bewohnerinnen und Bewohner, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Angehörige ausländischer Streitkräfte sowie diplomatischer Vertretungen sowie deren Familienangehörige werden nicht erfasst.

Einbürgerungen

Rechtsgrundlage für die jährlichen Erhebungen einer **Bundesstatistik über die Einbürgerungen** ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) vom 15.7.1999, das am 1.1.2000 in Kraft getreten ist. Diese Bundesstatistik bezieht sich auf eingebürgerte ausländische Personen. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort gemäß § 4 Abs. 3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin bzw. eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Wanderungen

Die **Wanderungsstatistik** (räumliche Bevölkerungsbewegung) ermittelt die Zu- und Fortzüge bei einem Wechsel der alleinigen Wohnung bzw. der Hauptwohnung über Gemeindegrenzen. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (§ 4 BevStatG). Erhebungseinheit ist der Wanderungsfall, d. h. der Zu- oder Fortzug über die Gemeindegrenzen. Als Zu- bzw. Fortzug gilt der Bezug bzw. die Aufgabe der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung sowie die Änderung des Wohnungsstatus von Nebenwohnung in Hauptwohnung und umgekehrt. Grundlage der Wanderungsstatistik sind die An- und Abmeldescheine, die nach dem Melderecht bei einem Wohnungswechsel in der Meldebehörde auszufüllen sind. Anschließend übermitteln die Meldebehörden diese an die Statistischen Ämter der Länder (Sekundärstatistik). Statistisch nicht erfasst werden Umzüge innerhalb der Gemeinden, An- und Abmeldungen von Nebenwohnungen sowie Umzüge von Personen, die der Meldepflicht nicht unterliegen (Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und diplomatischen Vertretungen sowie deren Familienangehörige).

Die Wanderungsstatistik weist die **Wanderungsfälle**, nicht die wandernden Personen nach. Damit kann die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr etwas größer sein als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals umziehen kann.

Die **Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland** beziehen sich bis 1990 auf die Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebiets – ohne die Wanderungen mit der ehemaligen DDR. Ab 1991 beziehen sie sich auf die Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Das **Herkunfts-** bzw. **Zielgebiet** bezeichnet das Gebiet, in dem eine Person unmittelbar vor ihrem Zuzug nach Deutschland gewohnt hat bzw. wo sie von Deutschland aus fortgezogen ist.

Bevölkerungsvorausberechnung

Die 12. koordinierte **Bevölkerungsvorausberechnung** basiert auf der fortgeschriebenen Bevölkerung zum 31.12.2008. Sie stellt Ergebnisse bis zum Jahr 2060 zur Verfügung. In dieser Berechnung wurden unterschiedliche Annahmen vorgenommen: zur künftigen Entwicklung der Geburten (Fertilität), der Lebenserwartung (Mortalität) sowie des Wanderungssaldos über die Grenze Deutschlands (Migration). Tabelle 2.5.1 zeigt wesentliche Ergebnisse zweier Varianten dieser Berechnung („mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze bzw. „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze). Die ausführlichen Ergebnisse dieser Varianten und auch der weiteren gerechneten Varianten finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung. Auf Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung sowie der Ergebnisse des Mikrozensus zu Haushalten wird des Weiteren eine **Haushaltsvorausberechnung** durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Vorausberechnung der Zahl und Struktur der privaten Haushalte. Dazu werden Annahmen über die künftige Verteilung der Bevölkerung nach Privathaushalten unterschiedlicher Größe getroffen.

Familien, Kinder und Lebensformen

Die Angaben über **Haushalte und Familien** basieren auf den Ergebnissen des Mikrozensus. Das Mikrozensusgesetz 2005 stellte den Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche (bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche um. Die Ergebnisse ab 2005 liefern somit nicht mehr eine „Momentaufnahme“ einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben Aufschluss über die gesamte Entwicklung im Durchschnitt des Erhebungsjahres. Die methodischen Änderungen, die durch die gleitende Berichtswoche entstanden sind, haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte geführt, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien bzw. Lebensformen.

Die Statistik der **Eheschließungen** beruht – wie die Statistiken der Geburten und Sterbefälle – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Rechtliche Grundlage ist auch hier § 2 des Bevölkerungsstatistikgesetzes.

Für die Angaben zu **gerichtlichen Ehelösungen**, vor allem Ehescheidungen, werden die Meldungen zu rechtskräftigen Beschlüssen in Eheauflösungssachen ausgewertet, die die Familiengerichte seit In-Kraft-Treten des neuen Ehe- und Familienrechts am 1.7.1977 bei den Amtsgerichten abgeben müssen. Außerdem gilt die Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) vom 1.9.2009.

Kindertagesbetreuung

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie die Zahl der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe gilt in allen Erhebungen eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht (§ 102 SGB VIII). Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen fünf bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Methodik

Folgende Erhebungen werden in den amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken durchgeführt. Sie unterscheiden sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (ab 2015 alle zwei Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Alleinerziehende | Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Elternteile mit Lebenspartnerin bzw. -partner im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Alleinstehende | Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne ledige Kinder in einem Haushalt leben. Unbedeutend ist hierbei der Familienstand der alleinstehenden Person, die als ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Person in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten wohnen kann. Alleinstehende können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen teilen, z. B. in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig beziehungsweise seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, z. B. Onkel, Tante, Bruder, Schwester. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Altenquotient | Er drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Ausländische Bevölkerung | Dazu zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländerinnen und Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes oder des Zensusgesetzes 2011. Sie werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Asylsuchende | Ausländerinnen und Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG beantragt haben und über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

Bevölkerung | Dazu zählen alle gemeldeten Personen einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung.

Bevölkerungsentwicklung | Sie beschreibt die Entwicklung der Zahl und der Zusammensetzung der Bevölkerung für ein bestimmtes Gebiet und ihre Veränderung.

Bevölkerungsstand | Dieser umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Gebiet leben. Der Bevölkerungsstand wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt (siehe auch „Methodik“). Ferner wird die Zusammensetzung der Bevölkerung statistisch dargelegt.

Bevölkerungsveränderung | Sie stellt die Differenz zwischen dem Bevölkerungsstand am Ende und am Anfang eines Betrachtungszeitraums dar. Sie ergibt sich zum einen aus der Differenz zwischen Geburt und Sterbefällen und zum anderen aus der Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen über die Gebietsgrenze hinweg (siehe auch „Methodik“).

Bevölkerungsvorausberechnung | Diese liefert Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl und deren alters- und geschlechtsspezifische Struktur entwickeln würden, wenn die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Wanderungen eintreffen.

Ehelösungen (Scheidungen) | Hierzu zählt die Lösung der Ehe durch gerichtliches Urteil, also durch Ehescheidung oder Aufhebung der Ehe bzw. bis 30.6.1998 auch Nichtigkeit der Ehe (siehe Tabelle 2.6.8). Des Weiteren zählt dazu die Beendigung der Ehe durch Tod der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners (siehe Tabelle 2.2.10, Spalte „verheiratet“).

Eheschließungen | Hier werden die standesamtlichen Trauungen gezählt, auch die von Ausländerinnen und Ausländern. Eine Ausnahme bilden die Fälle, in denen beide Ehegatten zu den ausländischen Streitkräften gehören, die im früheren

Bundesgebiet stationiert sind, bzw. zu den ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen und ihren Familienangehörigen. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. So wurden dort alle standesamtlichen Trauungen gezählt, bei denen mindestens ein Ehepartner seinen ständigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR hatte.

Eingetragene Lebenspartnerschaften | Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) vom 16.2.2001 ermöglicht zwei Menschen gleichen Geschlechts ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Die Lebenspartner sind damit einander zur Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet.

Elterngeld | Es soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf zwei weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen aus Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag angerechnet. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro beträgt die Ersatzrate seit diesem Zeitpunkt 65 % statt bisher 67 %.

Familie | Abweichend von früheren Veröffentlichungen umfasst diese im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern bzw. Elternteile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben. Nicht zu den Familien zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende.

Familienstand | Die Bevölkerungsfortschreibung weist bis 2011 als Familienstand ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet nach. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden in der Bevölkerungsfortschreibung unter dem Familienstand ledig dargestellt, bis die Ergebnisse des Zensus 2011 in der Bevölkerungsfortschreibung verarbeitet wurden und im überarbeiteten Berichtssystem der Bevölkerungsstatistiken fortgeschrieben dargestellt werden können. Auch in der Eheschließungs- und

Sterbefallstatistik werden eingetragene Lebenspartnerschaften derzeit unter dem Familienstand ledig nachgewiesen. Der Mikrozensus unterscheidet darüber hinaus zwischen verheiratet zusammenlebend (Ehepaare) und verheiratet getrennt lebend. Verheiratet getrennt Lebende sind solche Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner sich zum Berichtszeitpunkt zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten hat und für den die befragte Ehepartnerin bzw. der befragte Ehepartner keine Auskünfte erteilt hat. Der Zensus 2011 weist als Familienstand ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet, eingetragene Lebenspartnerschaft, eingetragene Lebenspartnerin/-partner verstorben, eingetragene Lebenspartnerschaft aufgehoben und ohne Angabe nach. Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner vermisst wird, gelten als verheiratet. Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner für tot erklärt worden ist, gelten als verwitwet. Analog werden Personen, deren eingetragene Lebenspartnerin/-partner für tot erklärt worden ist, in der Kategorie „eingetragene Lebenspartner/-in verstorben“ gezählt.

Geborene | Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen bzw. – seit 1.7.1998 – zwischen Kind miteinander verheirateter Eltern und Kind nicht miteinander verheirateter Eltern richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Kind miteinander verheirateter Eltern gilt ein Kind dann, wenn es nach Eingehen einer Ehe oder bis zu 300 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod geboren wurde. Zuvor hatten Kinder auch dann als ehelich gegolten, wenn sie bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod oder gerichtliches Urteil geboren worden waren.

Geburtenhäufigkeit | Die allgemeine Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Die altersspezifische Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen der Mütter bestimmten Alters je 1 000 Frauen gleichen Alters. Tabelle 2.2.3 gibt die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, d. h. die zusammengefasste Geburtenziffer, an. Änderungen im Altersaufbau beeinflussen die zusammengefasste Geburtenziffer nicht. **Die für das Jahr 2012 zur Berechnung verwendeten Bevölkerungszahlen berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9.5.2011 noch nicht. Für 2011 werden Ergebnisse mit und ohne Berücksichtigung des Zensus nachgewiesen.**

Geburtenziffern | siehe Geburtenhäufigkeit.

Gestorbene | Nicht berücksichtigt werden Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Hauptwohnung | Gemäß § 12 Abs. 2 des am 12.3.1994 in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 11.3.1994 (BGBl. S. 529) ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Einwohnerin bzw. des Einwohners. Hauptwohnung einer verheirateten Einwohnerin bzw. eines verheirateten Einwohners, die oder der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung einer minderjährigen Einwohnerin bzw. eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. Hauptwohnung einer behinderten Person, die in einer Behinderteneinrichtung untergebracht ist, bleibt auf Antrag dieser Person bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ebenfalls die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Einwohnerin bzw. des Einwohners liegt.

Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts | Ab 2005 ermittelt der Mikrozensus eine Haupteinkommensbezieherin bzw. einen Haupteinkommensbezieher im Haushalt. Dies ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt. Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, ist gleichzeitig Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts, wenn sie sich als selbstständige Landwirtin bzw. als selbstständiger Landwirt in der

Haupttätigkeit (Vollzeit) eingestuft hat oder wenn kein Haushaltsmitglied Angaben zum persönlichen monatlichen Nettoeinkommen gemacht hat.

Haushalt | Als (Privat-)Haushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammenwohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet (Mehrpersonenhaushalte). Des Weiteren umfasst der Begriff Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieterin bzw. -mieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt der Anstaltsleiterin bzw. des -leiters). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Familien bzw. Lebensformen leben (z. B. ein Ehepaar ohne Kinder sowie eine alleinerziehende Mutter mit Kindern). Mehrfach gezählt werden Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Hauptsitz und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen). Haushalte werden üblicherweise nicht nach Haupt- und Nebenwohnsitz unterschieden, da sie an jedem Wohnsitz Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen. Stehen ökonomische Fragestellungen im Vordergrund (Einkommen und Verbrauch), betrachtet der Mikrozensus ausschließlich Haushalte am Hauptwohnsitz, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Die Zuordnung der Haushalte nach Haupt- und Nebenwohnsitz erfolgte im Mikrozensus bis einschließlich 2004 über den Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson. Ab 2005 ist die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher des Haushalts ausschlaggebend. Zu den Personen, die in Privathaushalten am Hauptwohnsitz (Nebenwohnsitz) leben, zählen entsprechend alle Haushaltsmitglieder mit Bezugsperson bzw. Haupteinkommensbezieherin oder Haupteinkommensbezieher des Haushalts am Ort der Hauptwohnung (Nebenwohnung). Insofern kann der persönliche Wohnsitz einzelner Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten vom Wohnsitz der Einheit „Haushalt“ abweichen.

Haushaltsnettoeinkommen | Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, z. B. Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützung, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, muss das Haushaltsnettoeinkommen in ein Raster vorgegebener Einkommensklassen einstufen. Ist die Haushaltsbezugsperson selbstständige Landwirtin bzw. selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit, sind keine Angaben zur Höhe des Haushaltseinkommens erforderlich.

Heiratshäufigkeit | Die Heiratsziffer der Ledigen drückt die eheschließenden Ledigen bestimmten Alters je 1 000 Ledige gleichen Alters aus. **Die für das Jahr 2012 zur Berechnung verwendeten Ledigenzahlen berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9.5.2011 noch nicht.**

Heiratsziffer | siehe Heiratshäufigkeit.

Jugendquotient | Er gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an.

Kinder | Das sind ledige Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt. Sie leben mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammen. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Kindergeld | Darunter fallen die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den – ab 1996 wirksamen – Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite

und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 betrug es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kinder- und Jugendhilfe | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aechtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie für junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um beurteilen zu können, wie sich die Bestimmungen des SGB VIII auswirken, werden mehrere Bundesstatistiken durchgeführt (§§ 98ff. SGB VIII). Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dieses Kapitel bildet die Angaben zur Kindertagesbetreuung ab. Bisher wurden in diesem Bereich vierjährlich Statistiken zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze erhoben. An ihre Stelle traten neue Erhebungen: Zum 15.3.2006 wurden erstmals Daten ermittelt zu den Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und – ab 2009 – „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken werden seitdem jährlich durchgeführt.

Kirchensteuer | Das Besteuerungsrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Weimarer Reichsverfassung). Die Religionsgesellschaften, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, sind danach berechtigt, nach landesrechtlichen Bestimmungen (Kirchensteuergesetze, Steuerordnungen) Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Die Kirchensteuer wird als Zuschlagsteuer in unterschiedlicher Höhe und nach unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen erhoben. Die finanziell größte Bedeutung hat die Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer. Sie beträgt 9 % bzw. 8 % der Einkommen- bzw. Lohnsteuerschuld. Alternativ oder ergänzend kann die Kirchensteuer als Zuschlag zur Vermögensteuer und zu den Grundsteuer-Messbeträgen erhoben werden sowie als Kirchgeld nach besonderen Tarifen. Die Kircheneinkommen- und Kirchenlohnsteuer wird nach einheitlichem Verfahren als Diözesan- oder Landeskirchensteuer erhoben. Für die übrigen Zuschlagsteuern und für das Kirchgeld gelten unterschiedliche landesrechtliche Regelungen. Die Finanzämter führen die Kirchenlohnsteuer und die Kircheneinkommensteuer gegen Erstattung der Verwaltungskosten an die zuständigen Kirchensteuergläubiger ab. Steuerpflichtig sind grundsätzlich alle getauften Kirchenmitglieder, die im Bereich einer steuerberechtigten Kirche oder Religionsgesellschaft ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Im Kirchenlohnsteuerabzugsverfahren wird die von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber einbehaltene Kirchenlohnsteuer unmittelbar zusammen mit der Lohnsteuer an das Betriebsstätten-Finanzamt der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers abgeführt.

Lebendgeborene | Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Die übrigen Kinder gelten als Totgeborene oder Fehlgeburten. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. Als Lebendgeborene wurden alle Kinder gezählt, bei denen nach dem vollständigen Verlassen des Mutterleibes – unabhängig von der Durchtrennung der Nabelschnur oder von der Ausstoßung der Plazenta – Herztätigkeit und Lungenatmung vorhanden waren.

Lebensformenkonzept | Seit 1996 stellt der Mikrozensus die Frage nach einer Lebenspartnerin bzw. einem Lebenspartner im Haushalt. Die Beantwortung ist freiwillig. Bis 2004 richtete sich die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in der ersten Person?“ an alle Haushaltsmitglieder, die nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandt oder verschwägert waren. Der Mikrozensus 2005 stellte die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in einer Person dieses Haushalts?“ erstmals allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartnerin bzw. Ehepartner im Haushalt. Damit können ab 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden. Bis 2004 konnte jeder Haushalt höchstens eine Lebensgemeinschaft angeben, da die Frage ausschließlich auf eine Lebenspartnerschaft mit der Bezugsperson des Haushalts abzielte. Die Frage nach der Lebenspartnerschaft im Haushalt ist bewusst neutral formuliert und lässt das Geschlecht der Befragten außer Betracht. Somit können auch gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebensgemeinschaft angeben. Dabei ist unerheblich, ob die Partnerschaft – nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 – als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde. Die seit 1996 erhobenen Informationen ermöglichen das sogenannte Lebensformenkonzept. Inhaltlich berücksichtigt es die traditionellen Lebensformen (Ehepaare) wie auch die „alternativen“ Lebensgemeinschaften. Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen nach dem Lebensformenkonzept ist die Bevölkerung in Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Lebensgemeinschaften | Zu den nichtehelichen (gemischt-geschlechtlichen) oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zählt im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft, bei der zwei gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebenspartner ohne Trauschein bzw. zwei gleichgeschlechtliche Partner mit Trauschein oder notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften. Bis einschließlich 2005 war es unerheblich, ob die Partnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) von 2001 als eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft registriert wurde. Ab 2006 erhebt der Mikrozensus auch eingetragene Lebenspartnerschaften (siehe hierzu auch „Lebensformenkonzept“).

Migrationshintergrund | Bei Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften | siehe Lebensgemeinschaften.

Paare | Hierzu zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Dazu gehören Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paare ohne Kinder | Hierzu zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im befragten Haushalt. Neben noch kinderlosen und dauerhaft kinderlosen Paaren fallen darunter auch Paare, deren Kinder die Herkunftsfamilie bereits verlassen haben, etwa um einen eigenen Hausstand zu gründen. Ferner zählen zu den Paaren ohne Kinder auch solche Paare, deren Kinder noch im gemeinsamen Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Religionszugehörigkeit | Die Angaben beziehen sich nicht auf die religiöse Überzeugung, sondern auf die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Säuglingssterblichkeit | Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf die Lebendgeborenen eines gleich langen Berichtszeitraums, soweit möglich unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den Monaten, in denen die gestorbenen Säuglinge geboren sind.

Scheidungen | siehe Ehelösungen.

Scheidungshäufigkeit | Anzahl der Ehescheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. je 10 000 bestehende Ehen im Berichtsjahr. Die ehedauerspezifische Scheidungsziffer wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossener Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer. Diese erreichte 2012 einen Wert von 375 bzw. 37 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2012 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde. Zur Berechnung der Ziffer wird die durchschnittliche Bevölkerung herangezogen. **Für 2011 wurde dazu der Zensusstichtag 9.5.2011 verwendet, ab 2012 die durchschnittliche Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.**

Scheidungsziffer | siehe Scheidungshäufigkeit.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | Deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige sowie deren Familienangehörige, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen ihre angestammte Heimat in den Staaten Ost- und Südosteuropas aufgegeben und ihren neuen Wohnsitz in Deutschland begründet haben.

Sterbetafel | Sie stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die nachgewiesene Lebenserwartung würde sich ergeben, wenn sich die Sterblichkeit in Zukunft nicht verändern würde. Die in der Tabelle nachgewiesenen Altersangaben beziehen sich auf Personen, die das angegebene Lebensjahr gerade vollendet haben. **Die für die Tafel 2009/2011 zur Berechnung verwendeten Angaben zum Bevölkerungsstand berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9.5.2011 noch nicht.**

Sterblichkeit | Die Sterbeziffern nach Alter und Geschlecht beschreiben die Gestorbenen bestimmten Alters und Geschlechts je 1 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts. Bei der „Standardisierten Sterbeziffer“ sind die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ausgeschaltet, da eine einheitliche Alters- und Geschlechtsgliederung zugrunde gelegt ist (hier von 1995). **Die für das Jahr 2012 zur Berechnung verwendeten Bevölkerungszahlen berücksichtigen das Ergebnis des Zensus vom 9.5.2011 noch nicht. Für 2011 werden Ergebnisse mit und ohne Berücksichtigung des Zensus nachgewiesen.**

Sterbeziffern | siehe Sterblichkeit.

Totgeborene | Hierzu zählen seit 1. 4. 1994 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 500 g beträgt. Zuvor waren seit 1.7.1979 ein Mindestgewicht von 1 000 g erforderlich und davor mindestens 35 cm Körperlänge. Von der Standesbeamtin bzw. dem Standesbeamten nicht registriert werden Fehlgeburten (seit 1.4.1994 weniger als 500 g Geburtsgewicht). Sie bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung unberücksichtigt.

Wanderungen | Die Wanderungen ergeben sich aus der Gesamtheit der Wanderungsfälle, d.h. der Zu- oder Fortzüge über die Gemeindegrenzen. Als Wanderungsfall im vorstehenden Sinne gilt also jedes Beziehen einer Wohnung als alleinige oder Hauptwohnung und jeder Auszug aus einer alleinigen oder Hauptwohnung (Wohnungswechsel). Auch die Umwandlung eines Nebenwohnsitzes in einen Hauptwohnsitz gilt als Wanderungsfall (Änderung des Wohnungsstatus). Unberücksichtigt bleiben die Umzüge innerhalb der Gemeinden (Ortsumzüge).

Wohnbevölkerung | Sie bildete bis Frühjahr 1983 die Basis für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft im früheren Bundesgebiet wurden der

Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Bei Personen, die weder berufstätig noch in der Ausbildung waren, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Zensus 2011 | Im Jahr 2011 beteiligte sich Deutschland erstmalig an einer EU-weiten Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung. Bei diesem Zensus wurden flächendeckend für ganz Deutschland demografische Basisdaten in der Form einer registergestützten Zählung mit ergänzender Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis erhoben. Im Gegensatz zu einer traditionellen Volkszählung mussten dementsprechend nicht mehr alle Bürgerinnen und Bürger befragt werden, vielmehr wurde – soweit möglich – auf Informationen aus bestehenden Verwaltungsregistern zurückgegriffen. Neben der Feststellung aktualisierter amtlicher Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen sowie der Erfassung zentraler demografischer Strukturmerkmale für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft wurde mit dem Zensus 2011 auch eine aktualisierte Grundlage für die laufende Fortschreibung der amtlichen Einwohnerzahl geschaffen. Bis zum nächsten Zensus (geplant für 2021), werden, auf der Grundlage der Basisdaten aus dem Zensus 2011, die Bevölkerungsbestände unter Berücksichtigung der seit dem Zählungstichtag (9.5.2011) beurkundeten Geburten und Sterbefälle sowie der Zu- und Fortzüge bundesweit sämtlicher Gemeinden fortgeschrieben. Erste ausgewählte Ergebnisse wurden am 31.5.2013 publiziert, detailliertere Ergebnisse am 10.4.2014.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden. www.zensus2011.de bietet Ihnen alle Ergebnisse sowie umfangreiche Informationen zur Methodik des Zensus 2011.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Bevölkerung, Familien, Lebensformen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 12, Daten zu *Familien, Kinder* unter Code 22521, 22541, 22911 und 22922

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bevölkerung

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.3 Bevölkerungsfortschreibung

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10 Aufnahme des Merkmals „Geburtsstaat“ in die Daten der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik 2008

Heft 5/11 Bevölkerungsentwicklung 2009

Broschüren

Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU (2011)

■ Zensus 2011

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/09 Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters für den Zensus 2011

Heft 4/11 Das Stichprobendesign der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011

Heft 8/11 Die Entwicklung des Fragebogens zur Haushaltsbefragung des Zensus 2011

Heft 6/12 Methoden der Mehrfachfallprüfung im Zensus 2011

Heft 10/12 Auswertung der Geburtsorte im Zensus 2011

Heft 11/12 Qualitätsaspekte des Anschriften- und Gebäuderegisters im Zensus 2011

Heft 11/12 Der Straßenthesaurus im Zensus 2011

Heft 11/12 Nutzung von Geoinformationssystemen im Anschriften- und Gebäuderegister für den Zensus 2011

Heft 12/12 Erhebung, Aufbereitung und Zusammenführung der Erwerbsregisterdaten im Zensus 2011

Heft 1/13 Der Referenzdatenbestand im Zensus 2011

Heft 3/13 Das Verfahren der Berufskodierung im Zensus 2011

Heft 7/13 GIS-gestützte Ermittlung der „EU-Orte“ im Rahmen des Zensus 2011 für die Datenlieferung an Eurostat

Statistik und Wissenschaft

Band 21 Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011 (2012)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Zensus Kompakt - Ergebnisse des Zensus 2011 (2014)

Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Familienstand und Religionszugehörigkeit (2013)

■ Geborene und Gestorbene

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Fachberichte

Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland 2012 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im November 2013)

Mehr zum Thema

Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/11 | Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit
- Heft 2/12 | Geburtenfolge und Geburtenabstand – neue Daten und Befunde
- Heft 9/12 | Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen
- Heft 12/12 | Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen 2011
- Heft 2/13 | Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus

Broschüren

- | Geburten in Deutschland (2012)

STATmagazin

- | Von niedrigen Geburtenzahlen und fehlenden Müttern

■ Migration

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 2 | Ausländische Bevölkerung
- Reihe 2.1 | Bevölkerung mit Migrationshintergrund
- Reihe 2.2 | Einbürgerungen

■ Wanderungen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.2 | Wanderungen

Wirtschaft und Statistik

- Heft 5/11 | Bevölkerungsentwicklung 2009

■ Bevölkerungsvorausberechnung

Wirtschaft und Statistik

- Heft 1/10 | Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung
- Heft 3/11 | Entwicklung der Privathaushalte bis 2030: Ende des ansteigenden Trends

■ Broschüren

- | Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2009)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Heft 1 | Demografischer Wandel in Deutschland
- Heft 2 | Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern (2011)
- Heft 3 | Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Heft 3 | Auswirkungen auf Schülerzahlen und Kindertagesbetreuung (2009)
- Heft 4 | Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl (2009)

■ Familien, Kinder und Lebensformen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.1 | Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 1.4 | Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen 2010 (Scheidungsstatistik)
- Reihe 3 | Haushalte und Familien

Fachberichte

- | Geburtstrends und Familiensituation in Deutschland 2012 (Begleitmaterial zur Pressekonferenz im November 2013)
- | Alleinerziehende in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2011
- | Wie leben Kinder in Deutschland?, Ergebnisse des Mikrozensus 2010

Fachberichte

Elterngeld regional: Geburten 2012
Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2013

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/11 | Ehescheidungen 2009
Heft 11/13 | Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung
Heft 12/13 | Vereinbarkeit von Familie und Beruf

STATmagazin

Alles beim Alten: Mütter stellen Erwerbstätigkeit hinten an (2010)
Paare in Deutschland: Gleich und gleich gesellt sich gern (2010)
Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen 2012
Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides (2013)

■ Themenübergreifend

Broschüren

Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen (2010)

Schriftenreihe

Band 12 | Regionale Standards, Ausgabe 2013

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 20 11 (Zensus 2011)
+49 (0)6 11 / 75 48 66 (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen),
+49 (0)6 11 / 75 48 65 (Gemeindeverzeichnis, Fortschreibung, Wanderungen, Migration, Wohnsituation),
+49 (0)6 11 / 75 81 67 (Kinder- und Jugendhilfe, Elterngeld, Betreuungsgeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Ihre Fragen speziell zum Zensus 2011 können Sie unter www.destatis.de/zensuskontakt direkt an uns richten.

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

3 Bildung

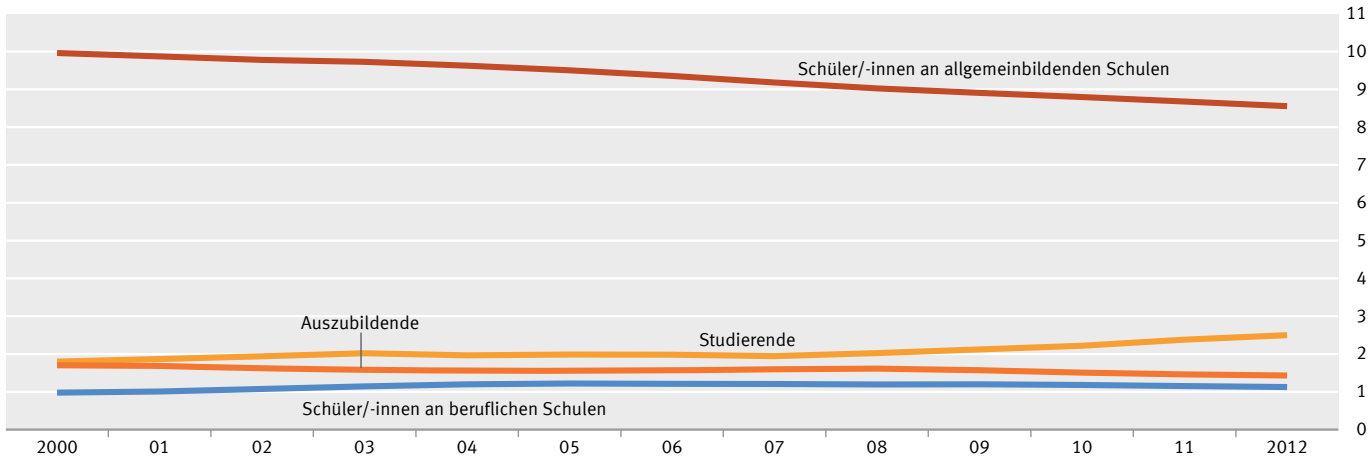


Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen in letzten zehn Jahren um **13 % zurückgegangen** | **Zwei von fünf** jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** haben **Abitur** | **Platz eins** der **Ausbildungsberufe** bei Männern belegte 2012 **Kfz-Mechatroniker**, bei Frauen **Medizinische Fachangestellte** | **Studienberechtigtenquote** stieg auf **58 %** | **Jede fünfte Professur** übte eine **Frau** aus, bei **C4-Professuren** war es jede **neunte** | Rund **7 %** des Bruttoinlandsproduktes waren **Bildungsausgaben**, rund **3 %** flossen in **Forschung und Entwicklung**

Seite	
77	Auf einen Blick
	Tabellen
78	Bildungsstand der Bevölkerung Allgemeiner Schulabschluss Beruflicher Bildungsabschluss Nach Migrationshintergrund Schulbesuch nach Bildungsabschluss der Eltern
82	Integrierte Ausbildungsberichterstattung Nach ausbildungsrelevanten Sektoren und Ländern
83	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Schularten Nach Ländern Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler Abschlüsse
89	Auszubildende Nach Berufsgruppen Nach Ländern
91	Hochschulen Hochschularten Nach Ländern Studierende Studienanfängerinnen und -anfänger Fächergruppen Prüfungen Personal
96	Weiterbildung Weiterbildungsangebot und Teilnahmequoten Berufliche Weiterbildung Teilnehmerinnen und Teilnehmer Prüfungen Volkshochschulen
98	Ausbildungsförderung Geförderte nach BAföG und AFBG Förderungsleistungen
99	Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ausgaben der Hochschulen Monetäre Kennzahlen
103	Forschungsausgaben und Forschungspersonal Nach durchführenden Bereichen Nach Sektoren Nach Ländern
106	Hochqualifizierte in Deutschland Erwerbstätige Promovierte Nach Altersklassen Nach Fächergruppen
107	Methodik
109	Glossar
112	Mehr zum Thema

Bildungsbeteiligung

in Mill.



Nationale Benchmarks 2006

Empfehlungen des Wissenschaftsrats, in %

● 2006 ● 2010 ● 2011 ● 2012 ● Benchmark

Studienberechtigtenquote (bereinigt) ¹ ²



Studienanfängerquote bereinigt ¹ ³ ⁴



Absolventenquote ¹



- 1 Anteil der Studienberechtigten, Studienanfänger/-innen oder Absolventinnen/Absolventen an der Bevölkerung des entsprechenden Alters. Es werden Quoten für einzelne Jahrgänge berechnet und anschließend aufsummiert (sog. "Quotensummenverfahren").
- 2 Bereinigte Studienberechtigte (ohne G8-Abgänger). Berlin: 2012 keine Trennung für G8 und G9 möglich.
- 3 Einschl. Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands und ohne Angabe.
- 4 Doppelter Abiturientenjahrgang in Hamburg (2010), Bayern und Niedersachsen (2011), Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen (2012). Berlin: Keine Trennung für G8 und G9 möglich. Aussetzung der Wehrpflicht zum 1.7.2011.

Benchmarks sind festgelegte Zielwerte, die in der Regel bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen.

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt also den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung.

Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs Studienanfängerin bzw. -anfänger ist, also im ersten Hochschulsemester steht. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen.

Nationale Benchmarks 2008

Ziele des Dresdner Bildungsgipfels, in %

● 2008 ● 2010 ● 2011 ● 2012 ● Benchmark

Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Abschluss



Anteil ausbildungsfähiger junger Erwachsener ohne Berufsabschluss



Bedingt durch die Umstellung der gymnasialen Schulausbildung von 13 auf 12 Jahre in einer Vielzahl von Bundesländern kommt es – zeitlich versetzt – zu sogenannten Doppelabiturientenjahrgängen, d.h. Abiturientenjahrgänge mit gleichzeitig Absolventen aus Klassenstufe 12 und 13 (G8-Effekt).

Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.1 Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluss 2012

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon										
		noch in schulischer Ausbildung		mit allgemeinem Schulabschluss							ohne allgemeinen Schulabschluss ²	
				zusammen		davon						
	1 000	%	1 000	%	Hauptschul- abschluss	Abschluss der poly- technischen Oberschule	Realschul- abschluss	Fachhoch- schul-/ Hochschul- reife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	1 000	%	
Insgesamt	71 421	2 657	3,7	65 799	92,1	38,6	7,5	24,0	29,6	0,2	2 700	3,8
15 – 25	9 012	2 615	29,0	6 062	67,3	21,8	–	37,9	40,1	0,2	323	3,6
25 – 35	9 992	38	0,4	9 599	96,1	20,5	–	33,1	46,2	0,2	338	3,4
35 – 45	11 014	/	/	10 549	95,8	24,7	9,4	28,9	36,8	0,2	445	4,0
45 – 55	13 432	/	/	12 896	96,0	31,0	14,5	24,7	29,6	0,2	506	3,8
55 – 65	10 704	/	/	10 267	95,9	42,8	14,6	18,0	24,4	0,2	412	3,8
65 und mehr	17 267	/	/	16 426	95,1	67,6	3,7	13,7	14,7	0,3	676	3,9
Männlich												
15 – 25	4 648	1 321	28,4	3 136	67,5	26,3	–	37,8	35,7	0,2	183	3,9
25 – 35	5 066	21	0,4	4 857	95,9	24,4	–	31,6	43,8	0,2	177	3,5
35 – 45	5 585	/	/	5 366	96,1	27,9	9,5	24,9	37,5	0,2	207	3,7
45 – 55	6 798	/	/	6 529	96,1	34,1	14,4	20,3	31,0	0,2	252	3,7
55 – 65	5 246	/	/	5 047	96,2	41,7	14,1	15,0	29,0	0,2	185	3,5
65 und mehr	7 507	/	/	7 191	95,8	62,8	3,8	11,6	21,5	0,2	269	3,6
Zusammen	34 849	1 343	3,9	32 127	92,2	38,5	7,6	21,7	32,0	0,2	1 273	3,7
Weiblich												
15 – 25	4 364	1 294	29,7	2 926	67,0	16,9	–	38,1	44,8	0,2	140	3,2
25 – 35	4 926	18	0,4	4 742	96,3	16,5	–	34,7	48,6	0,1	161	3,3
35 – 45	5 429	/	/	5 183	95,5	21,4	9,4	33,0	36,1	0,2	237	4,4
45 – 55	6 635	/	/	6 367	96,0	27,7	14,5	29,3	28,2	0,2	254	3,8
55 – 65	5 459	–	–	5 220	95,6	43,8	15,1	20,9	20,0	0,2	227	4,2
65 und mehr	9 760	/	/	9 235	94,6	71,4	3,6	15,4	9,4	0,3	407	4,2
Zusammen	36 572	1 314	3,6	33 672	92,1	38,7	7,5	26,3	27,3	0,2	1 426	3,9
darunter Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
15 – 25	12 871	771	6,0	10 383	80,7	38,3	0,8	25,3	35,1	0,3	1 670	13,0
25 – 35	2 270	759	33,4	1 374	60,5	29,8	–	34,1	35,9	/	128	5,6
35 – 45	2 526	11	0,4	2 305	91,2	29,5	–	26,3	44,0	0,3	199	7,9
45 – 55	2 588	/	/	2 262	87,4	36,3	0,8	27,5	35,1	0,3	315	12,2
55 – 65	2 219	/	/	1 901	85,7	39,0	1,8	25,6	33,1	0,5	311	14,0
65 und mehr	1 680	/	/	1 380	82,1	46,9	1,6	20,8	30,4	/	296	17,6
Zusammen	1 588	–	–	1 160	73,0	58,8	1,2	13,8	25,8	/	420	26,5
Männlich												
15 – 25	1 195	393	32,8	726	60,8	34,7	–	33,5	31,5	/	70	5,9
25 – 35	1 256	6	0,5	1 148	91,4	33,5	–	24,6	41,6	/	94	7,5
35 – 45	1 283	/	/	1 139	88,8	41,0	0,8	25,5	32,4	/	137	10,7
45 – 55	1 138	–	–	990	87,0	42,2	2,0	23,9	31,4	/	144	12,7
55 – 65	808	/	/	686	84,9	48,2	1,6	19,8	30,1	/	121	15,0
65 und mehr	763	–	–	573	75,0	57,6	1,2	12,2	28,6	/	188	24,6
Zusammen	6 443	399	6,2	5 262	81,7	41,5	0,9	23,9	33,4	0,4	755	11,7
Weiblich												
15 – 25	1 074	366	34,1	648	60,3	24,2	–	34,8	40,8	/	58	5,4
25 – 35	1 271	5	0,4	1 156	91,0	25,5	–	27,9	46,3	/	105	8,3
35 – 45	1 305	/	/	1 123	86,1	31,5	0,8	29,6	37,7	/	177	13,6
45 – 55	1 081	/	/	912	84,3	35,5	1,6	27,5	35,0	/	167	15,4
55 – 65	872	–	–	695	79,6	45,6	1,6	21,7	30,7	/	175	20,1
65 und mehr	825	–	–	587	71,2	60,0	1,2	15,4	23,0	/	233	28,2
Zusammen	6 428	373	5,8	5 121	79,7	35,1	0,8	26,8	36,9	0,3	915	14,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

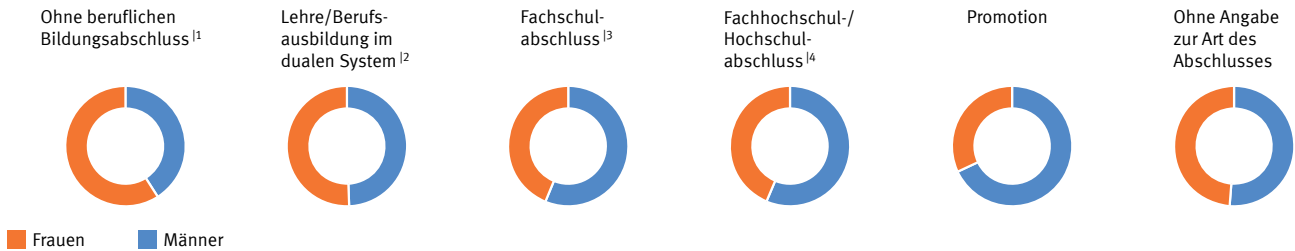
1 Einschl. 265 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Berufliche Bildungsabschlüsse nach Geschlecht 2012

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



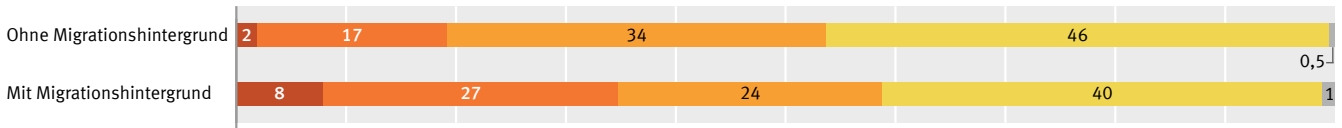
Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie 0,6 % mit Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

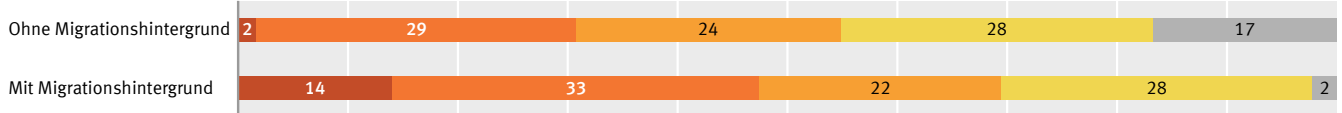
Bevölkerung nach Migrationshintergrund und allgemeinen Schulabschlüssen 2012

in %

25 – 35 Jahre

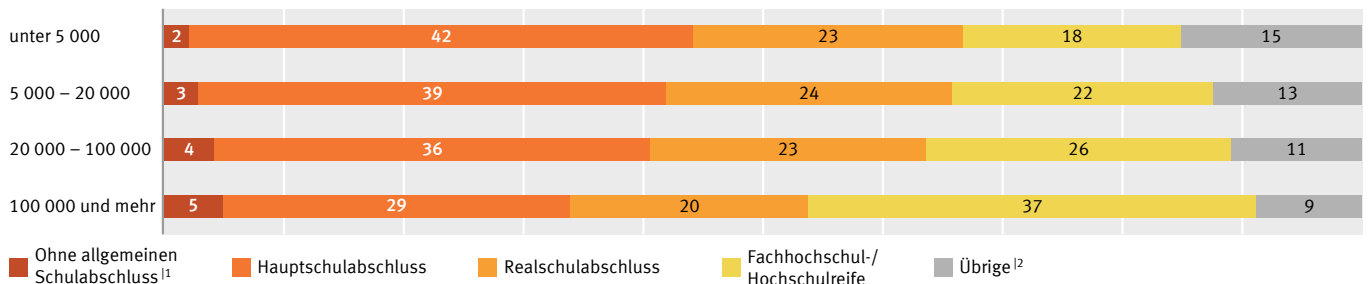


45 – 55 Jahre



Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen und allgemeinen Schulabschlüssen 2012

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.
- 2 Einschl. Personen, die noch in schulischer Ausbildung sind, Personen mit Abschluss der polytechnischen Oberschule, Personen, die keine Angabe zur Art des allgemeinen Schulabschlusses gemacht haben sowie Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulausbildung gemacht haben.

2014 - 01 - 0190

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.2 Bevölkerung nach beruflichem Bildungsabschluss 2012

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon									ohne beruflichen Bildungsabschluss ¹⁵	
		mit beruflichem Bildungsabschluss								ohne Angabe zur Art des Abschlusses		
		zusammen	davon									
			Lehre/ Berufs- ausbildung im dualen System ¹²	Fachschul- abschluss ¹³	Fachschul- abschluss in der ehe- maligen DDR	Fachhoch- schul- abschluss ¹⁴	Hochschul- abschluss	Promotion			1 000	%
	1 000	%									1 000	%
Insgesamt	71 421	51 931	72,7	68,7	10,3	1,6	7,1	10,7	1,5	0,2	19 082	26,7
15 – 25	9 012	2 210	24,5	84,5	8,0	–	3,0	4,1	/	0,3	6 784	75,3
25 – 35	9 992	7 918	79,2	63,3	10,8	–	8,8	15,7	1,1	0,3	2 049	20,5
35 – 45	11 014	9 259	84,1	64,8	11,0	0,8	8,3	13,0	1,9	0,2	1 724	15,7
45 – 55	13 432	11 424	85,0	67,4	11,5	1,8	7,4	10,0	1,6	0,3	1 961	14,6
55 – 65	10 704	8 941	83,5	68,3	9,9	2,4	7,0	10,7	1,6	0,2	1 719	16,1
65 und mehr	17 267	12 178	70,5	73,6	9,2	2,6	5,5	7,4	1,5	0,2	4 843	28,0
Männlich												
15 – 25	4 648	1 137	24,5	89,7	4,4	–	2,5	3,0	/	/	3 500	75,3
25 – 35	5 066	3 970	78,4	65,8	9,9	–	9,4	13,5	1,1	0,3	1 081	21,3
35 – 45	5 585	4 757	85,2	62,8	12,0	0,4	9,8	12,5	2,3	0,3	811	14,5
45 – 55	6 798	5 922	87,1	64,4	13,4	0,8	9,0	10,1	2,1	0,2	851	12,5
55 – 65	5 246	4 634	88,3	63,6	12,1	1,4	9,0	11,3	2,2	0,2	588	11,2
65 und mehr	7 507	6 449	85,9	65,7	12,8	2,1	8,1	8,8	2,2	0,2	989	13,2
Zusammen	34 849	26 869	77,1	65,6	11,9	1,0	8,7	10,6	2,0	0,2	7 819	22,4
Weiblich												
15 – 25	4 364	1 073	24,6	79,0	11,8	–	3,5	5,3	/	/	3 285	75,3
25 – 35	4 926	3 948	80,2	60,9	11,7	–	8,2	17,9	1,1	0,2	969	19,7
35 – 45	5 429	4 502	82,9	66,9	9,9	1,2	6,7	13,7	1,5	0,2	914	16,8
45 – 55	6 635	5 502	82,9	70,5	9,5	2,9	5,7	9,9	1,2	0,3	1 110	16,7
55 – 65	5 459	4 307	78,9	73,4	7,4	3,4	4,7	10,0	0,8	0,2	1 131	20,7
65 und mehr	9 760	5 729	58,7	82,5	5,0	3,1	2,6	5,8	0,7	0,3	3 854	39,5
Zusammen	36 572	25 062	68,5	72,0	8,6	2,2	5,3	10,7	1,0	0,2	11 263	30,8
darunter Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Insgesamt	12 871	6 653	51,7	65,1	9,1	0,2	6,8	16,7	1,7	0,4	6 141	47,7
15 – 25	2 270	369	16,3	83,0	5,8	–	3,0	7,5	/	/	1 890	83,2
25 – 35	2 526	1 580	62,6	61,7	8,2	–	6,9	21,6	1,2	0,4	930	36,8
35 – 45	2 588	1 585	61,2	64,4	9,1	/	6,4	17,7	2,0	0,3	987	38,1
45 – 55	2 219	1 344	60,6	65,7	10,1	/	6,8	15,3	1,6	0,4	863	38,9
55 – 65	1 680	988	58,8	64,6	10,5	/	8,1	14,1	2,0	/	684	40,7
65 und mehr	1 588	787	49,6	64,8	9,4	/	7,7	14,6	2,5	/	787	49,5
Männlich												
15 – 25	1 195	190	15,9	87,2	3,7	–	2,9	5,4	/	/	998	83,5
25 – 35	1 256	792	63,1	65,2	7,4	–	7,3	18,2	1,5	/	453	36,1
35 – 45	1 283	817	63,7	67,5	8,3	/	6,7	14,7	2,3	/	456	35,5
45 – 55	1 138	722	63,5	67,3	9,7	/	7,1	13,6	1,9	/	409	35,9
55 – 65	808	532	65,8	64,9	10,4	/	8,6	12,9	2,5	/	273	33,8
65 und mehr	763	458	60,0	63,7	10,0	/	8,8	13,5	3,1	/	299	39,2
Zusammen	6 443	3 512	54,5	67,1	8,7	0,2	7,3	14,3	2,1	0,4	2 887	44,8
Weiblich												
15 – 25	1 074	179	16,6	78,4	8,1	–	3,0	9,8	–	/	892	83,0
25 – 35	1 271	788	62,0	58,1	9,0	–	6,6	25,0	0,9	/	477	37,6
35 – 45	1 305	767	58,8	61,0	9,9	/	6,2	20,9	1,6	/	531	40,7
45 – 55	1 081	622	57,5	63,8	10,7	/	6,5	17,2	1,2	/	454	42,0
55 – 65	872	456	52,2	64,3	10,5	/	7,5	15,5	1,4	/	412	47,2
65 und mehr	825	329	39,9	66,4	8,5	/	6,3	16,0	1,7	/	487	59,1
Zusammen	6 428	3 141	48,9	62,9	9,7	0,2	6,4	19,3	1,3	0,4	3 253	50,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Einschl. 409 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie 440 000 Personen mit Anlernausbildung.

- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens.
- 4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.
- 5 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

3.2 Schulbesuch nach allgemeinem Schulabschluss der Eltern 2012

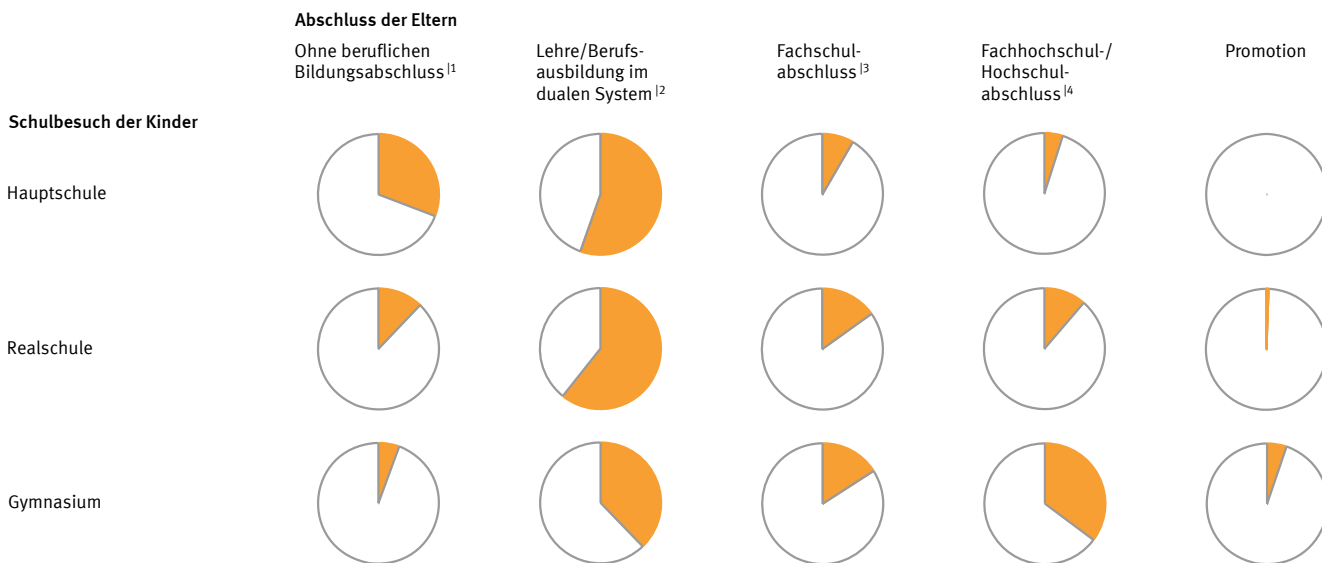
	Insgesamt ¹	Davon nach höchstem allgemeinem Schulabschluss der Eltern ²					ohne allgemeinen Schulabschluss ³
		mit allgemeinem Schulabschluss					
		Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
1 000	%						
Insgesamt	10 743	20,7	6,8	30,1	38,3	0,1	3,9
Grundschule	2 809	18,1	5,6	29,6	42,7	/	3,8
Hauptschule	561	44,5	2,8	28,2	13,0	/	11,2
Realschule	1 525	23,7	8,2	38,6	26,0	/	3,3
Gymnasium	2 651	7,8	5,1	24,1	61,3	/	1,4
Sonstige allgemeinbildende Schulen ⁴	1 280	24,0	9,5	29,6	30,3	/	6,2
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	70	37,2	/	31,1	15,9	/	9,8
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/ Hochschulreife führt	286	23,1	5,3	34,1	32,9	/	4,2
Berufsschule	1 254	32,0	9,7	33,6	20,6	/	3,9
Sonstige berufliche Schulen ⁵	308	31,7	10,1	29,7	23,0	/	5,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Einschl. 12 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben.
- 2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.
- 3 Einschl. Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch bzw. einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.
- 4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.
- 5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, einjährige Schule des Gesundheitswesens.

Schulbesuch nach höchstem beruflichem Bildungsabschluss der Eltern 2012

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

3.3 Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2012

	Insgesamt		Ausbildungsrelevante Sektoren							
			Berufsausbildung		Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)		Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Sekundarstufe II)		Studium	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anfänger/-innen										
Deutschland	1 990 857	726 560	36,5	259 727	13,0	505 935	25,4	498 636	25,0	
Baden-Württemberg	313 030	97 076	31,0	56 689	18,1	79 355	25,4	79 910	25,5	
Bayern	264 061	109 539	41,5	19 588	7,4	63 617	24,1	71 317	27,0	
Berlin	87 308	30 293	34,7	6 880	7,9	18 390	21,1	31 745	36,4	
Brandenburg	39 021	14 644	37,5	2 669	6,8	11 993	30,7	9 715	24,9	
Bremen	22 921	7 924	34,6	3 064	13,4	4 557	19,9	7 376	32,2	
Hamburg	51 643	18 913	36,6	4 831	9,4	11 190	21,7	16 709	32,4	
Hessen	151 978	52 345	34,4	17 448	11,5	42 559	28,0	39 626	26,1	
Mecklenburg-Vorpommern	25 058	10 770	43,0	1 965	7,8	5 753	23,0	6 571	26,2	
Niedersachsen	209 730	79 039	37,7	40 696	19,4	54 385	25,9	35 610	17,0	
Nordrhein-Westfalen	485 548	167 540	34,5	62 685	12,9	137 446	28,3	117 877	24,3	
Rheinland-Pfalz	97 564	37 892	38,8	14 937	15,3	21 799	22,3	22 936	23,5	
Saarland	25 951	8 341	32,1	3 967	15,3	7 854	30,3	5 789	22,3	
Sachsen	73 948	31 015	41,9	5 322	7,2	15 051	20,4	22 560	30,5	
Sachsen-Anhalt	39 943	18 027	45,1	4 282	10,7	7 516	18,8	10 118	25,3	
Schleswig-Holstein	64 757	27 029	41,7	11 724	18,1	16 048	24,8	9 956	15,4	
Thüringen	38 400	16 177	42,1	2 980	7,8	8 422	21,9	10 821	28,2	
Bildungsteilnehmer/-innen										
Deutschland	6 134 477	1 977 245	32,2	301 224	4,9	1 347 079	22,0	2 508 929	40,9	
Baden-Württemberg	855 592	261 365	30,5	70 137	8,2	190 873	22,3	333 217	38,9	
Bayern	841 992	319 459	37,9	24 121	2,9	165 648	19,7	332 764	39,5	
Berlin	295 791	78 360	26,5	7 055	2,4	50 156	17,0	160 220	54,2	
Brandenburg	127 171	42 819	33,7	2 681	2,1	29 640	23,3	52 031	40,9	
Bremen	71 942	21 286	29,6	3 595	5,0	12 278	17,1	34 783	48,3	
Hamburg	178 848	49 094	27,5	6 696	3,7	32 155	18,0	90 903	50,8	
Hessen	498 749	137 253	27,5	24 285	4,9	120 610	24,2	216 601	43,4	
Mecklenburg-Vorpommern	86 765	30 752	35,4	2 378	2,7	13 729	15,8	39 906	46,0	
Niedersachsen	555 092	204 291	36,8	41 892	7,5	138 312	24,9	170 597	30,7	
Nordrhein-Westfalen	1 565 288	453 796	29,0	68 766	4,4	398 114	25,4	644 612	41,2	
Rheinland-Pfalz	296 508	102 021	34,4	15 316	5,2	58 103	19,6	121 068	40,8	
Saarland	78 444	24 952	31,8	5 524	7,0	19 250	24,5	28 718	36,6	
Sachsen	246 006	85 813	34,9	5 620	2,3	37 036	15,1	117 537	47,8	
Sachsen-Anhalt	125 414	46 863	37,4	4 404	3,5	18 271	14,6	55 876	44,6	
Schleswig-Holstein	186 532	73 904	39,6	14 849	8,0	42 278	22,7	55 501	29,8	
Thüringen	124 343	45 217	36,4	3 905	3,1	20 626	16,6	54 595	43,9	
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen										
Deutschland	1 753 711	703 400	40,1	256 241	14,6	484 449	27,6	309 621	17,7	
Baden-Württemberg	316 965	109 830	34,7	61 572	19,4	96 851	30,6	48 711	15,4	
Bayern	232 545	107 977	46,4	15 204	6,5	61 334	26,4	48 030	20,7	
Berlin	68 433	26 147	38,2	5 215	7,6	18 889	27,6	18 182	26,6	
Brandenburg	38 053	16 771	44,1	2 779	7,3	12 117	31,8	6 386	16,8	
Bremen	18 517	6 447	34,8	2 515	13,6	4 908	26,5	4 647	25,1	
Hamburg	41 662	17 246	41,4	4 553	10,9	9 028	21,7	10 835	26,0	
Hessen	117 528	39 342	33,5	15 381	13,1	38 155	32,5	24 650	21,0	
Mecklenburg-Vorpommern	22 243	9 762	43,9	3 373	15,2	4 301	19,3	4 806	21,6	
Niedersachsen	172 930	64 876	37,5	37 403	21,6	49 036	28,4	21 615	12,5	
Nordrhein-Westfalen	417 362	161 180	38,6	63 652	15,3	128 543	30,8	63 987	15,3	
Rheinland-Pfalz	86 255	38 152	44,2	14 537	16,9	17 979	20,8	15 587	18,1	
Saarland	20 874	7 798	37,4	3 840	18,4	6 673	32,0	2 563	12,3	
Sachsen	62 242	29 914	48,1	4 941	7,9	11 001	17,7	16 386	26,3	
Sachsen-Anhalt	37 902	20 783	54,8	4 196	11,1	5 635	14,9	7 288	19,2	
Schleswig-Holstein	64 960	30 098	46,3	13 497	20,8	13 436	20,7	7 929	12,2	
Thüringen	35 243	17 078	48,5	3 583	10,2	6 563	18,6	8 019	22,8	

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Nach dem Verlassen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen wählen Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland unterschiedliche Wege, um den Einstieg ins Erwerbsleben zu finden.

Ein Weg ist die **Berufsausbildung** im dualen System oder in vollzeitschulischer Form.

Eine weitere Möglichkeit ist der Besuch von Bildungsangeboten, die die Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern (**Integration in Ausbildung**, z. B. Nachholen des Haupt- oder Realschulabschlusses, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen etc.).

Der **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** ist eine Fortsetzung der Schullaufbahn, um an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen das Abitur oder die Fachhochschulreife zu erlangen.

Für das **Studium** ist die Hochschulzugangsberechtigung Voraussetzung. Da es einen weiteren Weg der beruflichen Qualifizierung darstellt und viele Studienberechtigte sich zwischen Berufsausbildung und Studium entscheiden, wird das Studium zum Ausbildungs-geschehen gerechnet.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.1 Allgemeinbildende Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2012/13

	Insgesamt	Schulkindergärten und Vorklassen	Grundschulen	Hauptschulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen	Abend-schulen und Kollegs
Schulen										
Deutschland	34 239	1 363	15 971	4 462	1 828	3 258	2 525	3 122	1 390	320
Baden-Württemberg	5 542	434	2 490	907	–	582	503	455	103	68
Bayern	4 707	–	2 411	1 034	–	355	451	418	23	15
Berlin	1 386	–	423	453	–	86	63	116	219	26
Brandenburg	1 431	–	505	496	149	117	–	100	32	32
Bremen	247	1	100	–	26	16	–	49	49	6
Hamburg	713	221	221	5	43	42	–	78	95	8
Hessen	2 889	347	1 175	384	20	246	277	286	119	35
Mecklenburg-Vorpommern	708	–	322	–	189	96	–	73	24	4
Niedersachsen	4 005	289	1 781	488	216	334	498	294	96	9
Nordrhein-Westfalen	5 971	27	3 029	576	54	716	564	627	292	86
Rheinland-Pfalz	1 600	32	969	26	201	138	18	149	63	4
Saarland	389	12	162	1	112	38	3	35	22	4
Sachsen	1 493	–	831	–	336	158	–	153	5	10
Sachsen-Anhalt	938	–	544	–	172	118	–	83	13	8
Schleswig-Holstein	1 309	–	544	92	80	135	148	107	200	3
Thüringen	911	–	464	–	230	81	–	99	35	2
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte										
Deutschland	665 892	2 548	193 474	48 894	38 368	71 270	66 675	179 348	61 490	3 825
Baden-Württemberg	93 109	1 150	36 099 ²	16	–	13 112	15 420	24 405	2 804	103
Bayern	95 351	–	25 870	17 421	–	8 664	16 434	25 960	812	190
Berlin	26 303	–	6 816	3 939	–	1 896	488	5 926	6 850	388
Brandenburg	17 625	–	4 813	2 893	2 778	1 814	–	3 894	1 356	77
Bremen	5 410	1	1 610	–	374	322	–	1 460	1 559	84
Hamburg	14 793	543	4 193	32	221	1 071	–	3 815	4 829	89
Hessen	50 457	428 ³	13 832	3 512	184	5 787	4 811	15 671	5 862	370
Mecklenburg-Vorpommern ⁴	10 419	–	2 929	–	3 346	1 254	–	2 247	613	30
Niedersachsen	67 527	241	19 123	6 342	1 901	5 965	10 143	19 171	4 475	166
Nordrhein-Westfalen	157 939	181	40 839	14 177	719	19 548	17 922	42 126	20 568	1 859
Rheinland-Pfalz	35 883	4	10 665	228	7 904	3 006	500	10 111	3 374	91
Saarland	7 183	– ⁵	1 877	28	1 374	717	80	1 976	1 058	73
Sachsen	27 156	–	7 938	–	8 197	3 057	–	7 653	126	185
Sachsen-Anhalt	16 077	–	4 925	–	4 662	2 023	–	4 067	339	61
Schleswig-Holstein	23 270	–	7 063	306	1 381	1 445	877	6 179	5 989	30
Thüringen	17 390	–	4 882	–	5 327	1 589	–	4 687	876	29

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2 Einschl. Hauptschulen.

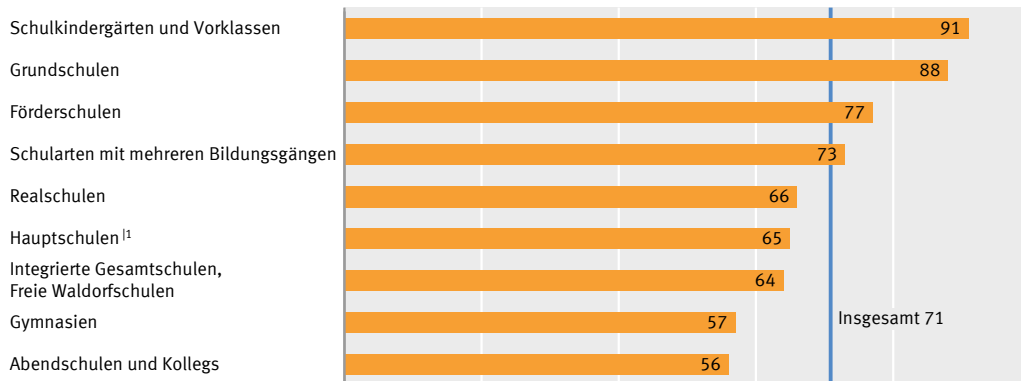
3 Vorklassen werden bei Grundschulen nachgewiesen.

4 Daten des Vorjahres.

5 Für Lehrkräfte kein Nachweis vorhanden.

Weibliche Lehrkräfte nach Schularten 2012/13

in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

2014 - 01 - 0192

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2012/13

	Insgesamt	Schulkindergärten und Vorklassen	Grundschulen	Hauptschulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen	Abend-schulen und Kollegs
Insgesamt										
Deutschland	8 556 879	27 876	2 746 379	705 214	433 637	355 139	1 080 598	2 387 590	763 556	56 890
Baden-Württemberg	1 172 028	8 376	365 456	141 882	–	52 475	244 103	318 354	36 273	5 109
Bayern	1 316 985	–	422 415	208 808	–	55 242	265 068	351 827	10 235	3 390
Berlin	323 724	–	102 936	46 864	–	10 265	5 565	75 668	77 989	4 437
Brandenburg	220 552	–	76 772	35 437	30 750	9 387	–	50 190	15 809	2 207
Bremen	65 716	3	20 826	–	5 018	1 228	–	19 856	17 652	1 133
Hamburg	183 144	7 699	52 664	282	2 369	5 533	–	53 245	59 550	1 802
Hessen	649 785	6 179	205 643	40 256	2 435	24 696	81 530	205 857	78 143	5 046
Mecklenburg-Vorpommern	134 876	–	49 088	–	39 642	8 655	–	29 686	7 306	499
Niedersachsen	884 781	3 311	289 846	66 544	23 262	33 294	160 100	248 432	58 106	1 886
Nordrhein-Westfalen	2 077 320	1 755	639 789	159 118	7 605	90 211	298 907	592 403	261 178	26 354
Rheinland-Pfalz	432 330	373	135 392	1 725	95 204	14 777	7 330	137 025	39 725	779
Saarland	94 352	180	30 038	267	19 635	3 714	1 266	26 445	12 240	567
Sachsen	330 516	–	124 235	–	94 536	18 948	–	88 818	1 494	2 485
Sachsen-Anhalt	179 625	–	65 798	–	47 385	11 663	–	50 141	3 985	653
Schleswig-Holstein	311 175	–	101 085	4 031	18 381	6 981	16 729	88 275	75 358	335
Thüringen	179 970	–	64 396	–	47 415	8 070	–	51 368	8 513	208
und zwar:										
Schülerinnen in %										
Deutschland	49,0	39,3	49,1	44,3	46,5	36,0	49,2	52,5	49,4	48,1
Baden-Württemberg	48,6	33,7	49,1	44,0	–	36,0	49,3	51,8	50,1	49,8
Bayern	48,9	–	49,4	44,9	–	37,2	50,6	51,3	50,5	51,4
Berlin	49,2	–	49,0	48,7	–	37,0	47,1	53,2	47,8	48,8
Brandenburg	49,0	–	48,9	48,9	44,9	37,6	–	54,1	49,1	44,0
Bremen	48,5	33,3	48,3	–	47,0	40,5	–	51,2	46,9	44,7
Hamburg	49,1	47,7	49,2	46,8	47,2	35,6	–	51,3	48,7	49,1
Hessen	49,1	40,1	49,1	43,7	47,0	36,1	48,4	52,6	48,7	46,2
Mecklenburg-Vorpommern	49,1	–	49,5	–	47,6	36,6	–	53,8	49,6	46,7
Niedersachsen	48,9	33,4	49,0	42,6	45,2	35,6	47,6	53,4	50,6	52,5
Nordrhein-Westfalen	49,2	40,8	49,1	42,4	43,8	34,5	48,8	53,1	50,4	48,1
Rheinland-Pfalz	49,1	26,8	48,4	42,9	45,3	36,1	65,7	53,2	48,4	45,1
Saarland	49,2	35,0	48,4	46,8	48,0	37,0	58,1	52,3	49,5	50,6
Sachsen	49,0	–	49,5	–	47,6	37,3	–	52,3	51,9	44,6
Sachsen-Anhalt	48,5	–	48,9	–	46,5	36,5	–	52,6	50,8	49,6
Schleswig-Holstein	48,9	–	48,4	41,1	45,6	36,6	48,7	52,3	48,1	54,3
Thüringen	49,1	–	49,1	–	47,1	36,8	–	52,9	48,8	39,4
Ausländer/-innen in %										
Deutschland	7,3	11,9	6,4	17,0	4,4	11,2	7,6	4,2	10,2	15,5
Baden-Württemberg	9,5	14,1	8,5	23,3	–	16,4	8,3	4,6	5,2	22,9
Bayern	6,8	–	6,2	14,7	–	9,5	4,9	3,9	3,8	18,6
Berlin	13,0	–	11,5	13,3	–	14,9	17,1	10,0	16,8	16,2
Brandenburg	1,3	–	1,3	1,4	2,0	0,5	–	1,0	1,0	3,0
Bremen	11,6	–	9,0	–	20,7	21,4	–	8,4	14,6	17,3
Hamburg	11,1	9,7	8,3	21,6	23,3	18,8	–	7,3	15,8	18,4
Hessen	10,1	11,8	7,2	21,4	12,6	16,0	14,4	7,0	13,1	19,8
Mecklenburg-Vorpommern	1,7	–	1,3	–	1,7	1,2	–	2,3	3,0	0,8
Niedersachsen	5,5	13,3	6,2	11,7	4,2	9,8	5,4	2,8	4,6	4,4
Nordrhein-Westfalen	8,8	9,7	7,6	20,4	5,5	14,6	9,1	4,3	11,9	16,0
Rheinland-Pfalz	5,4	5,1	5,2	15,0	8,6	7,6	2,7	3,1	5,2	3,0
Saarland	8,0	17,2	9,6	4,5	9,4	9,6	3,9	4,1	10,1	13,6
Sachsen	2,1	–	2,0	–	2,1	2,3	–	2,2	2,5	9,6
Sachsen-Anhalt	1,8	–	2,4	–	1,7	1,4	–	1,3	2,7	3,8
Schleswig-Holstein	3,2	–	3,1	11,2	5,1	5,1	4,4	2,0	3,5	3,6
Thüringen	1,4	–	1,5	–	1,5	0,8	–	1,4	1,7	–

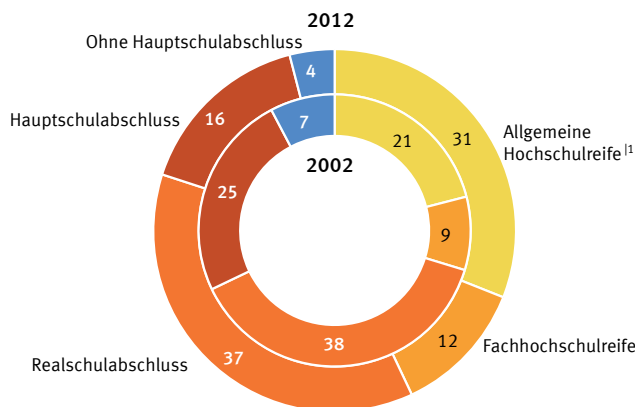
Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

¹ Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

3 Bildung
 3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen
 3.4.3 Erwerb von allgemeinbildenden Abschlüssen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

	2012		2011	
	Insgesamt	Weiblich	Insgesamt	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss	47 648	39,7	49 560	39,7
Förderschulen	26 953	39,3	28 719	39,4
Hauptschulen	11 031	39,8	11 533	39,4
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	9 664	40,5	9 308	41,1
Mit Hauptschulabschluss	189 292	34,8	201 916	41,4
Hauptschulen	91 833	42,1	103 373	42,6
Integrierte Gesamtschulen	17 752	44,6	18 112	44,3
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	47 913	40,1	47 175	40,4
Berufliche Schulen	31 794	38,7	33 256	37,7
Mit Realschulabschluss	432 032	39,4	429 376	49,4
Hauptschulen	39 260	46,8	41 235	46,9
Realschulen	189 647	50,5	190 053	50,4
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	115 620	48,7	108 470	48,6
Berufliche Schulen	87 505	48,8	89 618	49,8
Mit Fachhochschulreife	144 399	5,1	146 581	47,3
Allgemeinbildende Schulen	13 945	52,3	13 769	52,6
Berufliche Schulen	130 454	46,6	132 812	46,8
Mit allgemeiner Hochschulreife¹ ..	357 084	46,7	360 371	54,9
Allgemeinbildende Schulen	305 172	54,7	311 166	55,3
Berufliche Schulen	51 912	52,6	49 205	52,3

Absolventinnen und Absolventen sowie Abgängerinnen und Abgänger an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in %



1 Einschl. fachgebundener Hochschulreife.

2014 - 01 - 0193

Ergebnisse der Statistiken der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. – Allgemeinbildende Schulen einschl. Externe.

1 Einschl. fachgebundener Hochschulreife.

3.4.4 Altersverteilung der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen

	2012 im Alter von ... bis unter ... Jahren					2011 im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	unter 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr	ohne Angaben	unter 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr	ohne Angaben
	%									
Deutschland	23,0	31,9	21,7	6,5	0,2	29,3	25,6	32,5	12,3	0,2
Baden-Württemberg	22,5	27,4	41,0	7,8	1,3	34,3	22,1	28,0	14,2	1,3
Bayern	27,4	30,2	20,8	6,4	–	32,3	26,2	30,7	10,8	–
Berlin	19,7	34,6	22,1	6,3	–	16,9	28,7	37,0	17,5	–
Brandenburg	27,0	36,8	18,7	3,5	–	11,0	33,1	46,2	9,7	–
Bremen	9,8	25,8	33,5	10,2	–	28,5	23,5	25,5	22,4	–
Hamburg	16,5	42,1	19,0	3,5	–	37,0	26,0	23,3	13,6	0,0
Hessen	22,9	29,6	22,1	7,2	1,0	34,0	26,1	29,3	10,6	–
Mecklenburg-Vorpommern ...	27,1	40,6	11,1	2,5	–	8,3	40,4	47,7	3,6	–
Niedersachsen	20,0	29,8	23,9	7,3	–	33,5	23,2	30,3	12,9	–
Nordrhein-Westfalen	21,3	33,5	20,3	6,2	–	31,5	23,3	32,5	12,7	–
Rheinland-Pfalz	26,7	26,9	22,3	7,2	–	36,3	23,6	25,2	14,9	–
Saarland	19,7	25,1	28,6	10,3	0,0	34,2	22,8	30,0	13,0	–
Sachsen	24,9	35,9	22,5	6,9	–	12,6	34,4	45,8	7,2	–
Sachsen-Anhalt	25,2	36,0	22,4	5,6	–	8,7	36,3	49,3	5,6	–
Schleswig-Holstein	21,2	31,5	24,1	8,4	–	28,9	25,9	31,4	13,9	–
Thüringen	23,4	38,5	19,9	4,4	0,2	9,0	31,7	47,2	12,2	–

3 Bildung
3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.5 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Ländern im Schuljahr 2012/13

	Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf					
	insgesamt	Förderschüler	Integrations-schüler ¹	davon		
				Förderquote insgesamt	Förderschul-besuchsquote	Integrations-quote
Anzahl				%		
Deutschland	484 675	355 139	129 536	6,5	4,7	1,7
Baden-Württemberg	72 404	52 475	19 929	6,9	5,0	1,9
Bayern	73 428	55 242	18 186	6,2	4,6	1,5
Berlin	20 768	10 265	10 503	7,5	3,7	3,8
Brandenburg	16 188	9 387	6 801	8,3	4,8	3,4
Bremen	3 326	1 228	2 098	6,0	2,2	3,8
Hamburg	11 861	5 533	6 328	8,1	3,8	4,3
Hessen	30 973	24 696	6 277	5,6	4,5	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	12 680	8 655	4 025	10,5	7,2	3,3
Niedersachsen	33 294	33 294	-	5,0	4,3	-
Nordrhein-Westfalen	118 614	90 211	28 403	6,8	5,2	1,6
Rheinland-Pfalz	18 623	14 777	3 846	4,9	3,9	1,0
Saarland	3 714	3 714	-	4,5	4,5	-
Sachsen	25 665	18 948	6 717	8,5	6,3	2,2
Sachsen-Anhalt	15 374	11 663	3 711	9,4	7,1	2,3
Schleswig-Holstein	16 443	6 981	9 462	5,9	2,5	3,4
Thüringen	11 320	8 070	3 250	7,0	5,0	2,0

Von einem **sonderpädagogischen Förderbedarf** wird ausgegangen, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie für ein erfolgreiches schulisches Lernen auf eine sonderpädagogische Förderung angewiesen sind.

Integrationsschüler/-innen werden integrativ an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Förderschüler/-innen dagegen nehmen ausschließlich am Unterricht in Förderschulen teil.

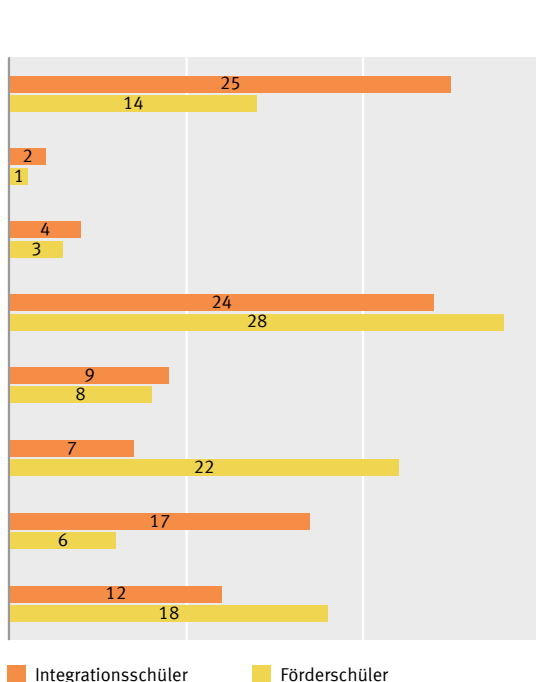
Die **Quoten** stellen die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf der ersten bis zehnten Klasse an allen Schülerinnen und Schülern dieser Klassenstufe dar.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden nach **Förderschwerpunkten** nachgewiesen. Bei mehreren Förderschwerpunkten ist derjenige maßgebend, der den größten zeitlichen Anteil bei der sonderpädagogischen Förderung ausmacht.

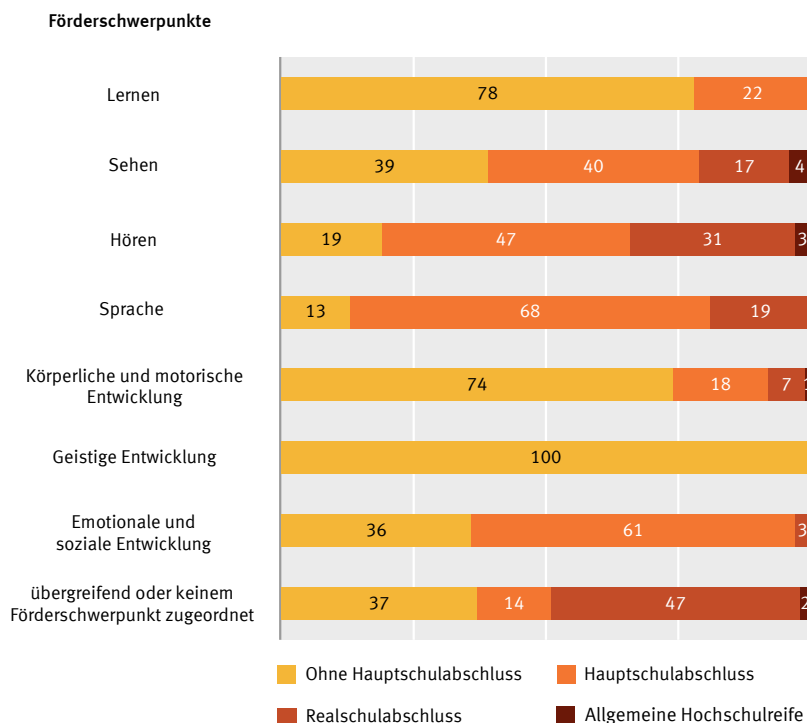
Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Ohne Niedersachsen und Saarland.

Einschulungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Schuljahr 2012/13
in %



Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen an Förderschulen 2012
nach Abschlussarten in %



Ergebnisse der Sonderauswertung für den Bildungsbericht 2014, Schulstatistik. – Nähere Informationen siehe "Wirtschaft und Statistik", 5/2013, S. 356ff.

2014 - 01 - 0195

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.6 Berufliche Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2012/13

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Schulen								
Deutschland	8 851	2 818	2 524	864	863	276	1 506	1 790
Baden-Württemberg	1 559	452	564	–	271	38	234	149
Bayern	1 027	227	317	98	–	71	314	464
Berlin	327	87	92	48	20	27	53	66
Brandenburg	158	37	42	26	17	–	36	32
Bremen	69	21	18	14	9	3	4	6
Hamburg	181	76	51	17	12	6	19	42
Hessen	590	205	123	92	50	–	120	132
Mecklenburg-Vorpommern ..	141	44	40	17	18	–	22	– ⁴
Niedersachsen	941	336	239	133	97	15	121	185 ⁵
Nordrhein-Westfalen	1 668	655	321	209	214	–	269	415
Rheinland-Pfalz	435	127	84	19	39	96	70	133
Saarland	185	88	39	35	9	–	14	33
Sachsen	676	261	206	59	46	–	104	– ⁴
Sachsen-Anhalt	310	66	146	41	8	–	49	54
Schleswig-Holstein	298	34	150	29	31	20	34	79
Thüringen	286	102	92	27	22	–	43	– ⁶
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Deutschland	122 883	54 992	33 631	7 532	14 312	1 529	10 887	15 682
Baden-Württemberg	22 060	6 774	9 104	–	4 739	176	1 267	1 282
Bayern	15 700	8 077	2 022	2 709	–	911	1 981	4 280
Berlin	4 633	1 944	1 397	315	297	114	566	970
Brandenburg	2 309	2309 ⁷	–	–	–	–	–	652
Bremen	1 194	674	289	70	97	2	62	–
Hamburg	2 749	1 545	563	90	194	8	349	–
Hessen	9 486	4 502	1 506	1 131	1 553	–	794	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 845	957	495	42	200	–	151	–
Niedersachsen	12 392	5 159	3 830	873	1 695	24	811	–
Nordrhein-Westfalen ⁸	26 359	11 813	8 053	1 244	2 709	–	2 540	5 600
Rheinland-Pfalz ⁸	5 887	2 441	1 812	–	770	249	615	1 678
Saarland	1 429	679	233	299	154	–	64	368
Sachsen	6 226	2 835	1 524	417	751	–	699	–
Sachsen-Anhalt	2 413	1 273	697	126	124	–	193	852
Schleswig-Holstein	4 293	2 234	944	53	687	45	330	–
Thüringen	3 908	1 776	1 162	163	342	–	465	–

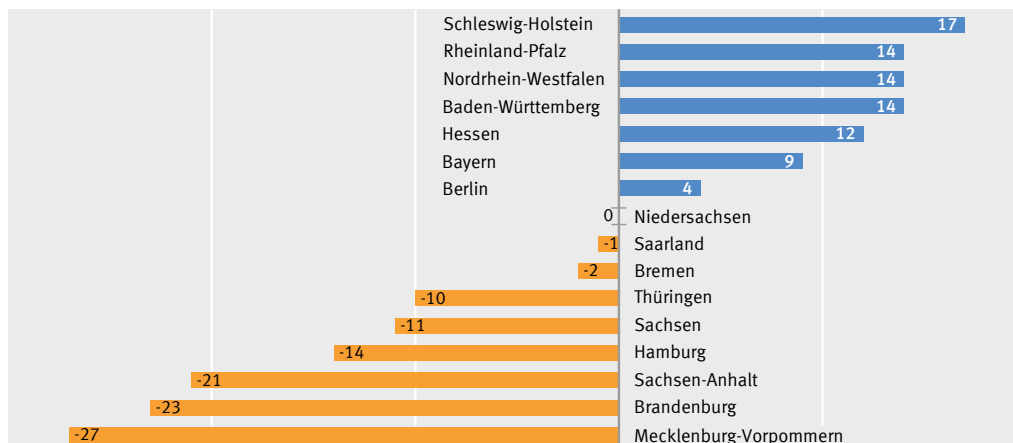
Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

- 1 Teilzeit-Berufsschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.
- 2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.
- 3 Einschl. Fachakademien in Bayern.
- 4 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen.

- 5 Ohne die Schüler/Schülerinnen der Gesundheitsdienstberufe, die den Berufsfachschulen und Fachschulen zugeordnet wurden.
- 6 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen und Fachschulen.
- 7 Einschl. Berufsfach-, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Fachschulen.
- 8 Die Verteilung der Lehrkräfte nach Schularten wurde geschätzt.

Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Veränderungsrate 2012 gegenüber 2002, in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

2014 - 01 - 0196

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.7 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2012/13

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Insgesamt								
Deutschland	2 557 398	1 596 271	437 375	134 151	172 879	23 196	193 526	148 558
Baden-Württemberg	404 006	201 969	119 028	–	59 535	2 380	21 094	17 143
Bayern	375 834	274 581	22 044	40 875	–	13 722	24 612	28 830
Berlin	89 228	52 405	17 383	4 767	3 272	1 318	10 083	5 856
Brandenburg	46 328	31 545	3 252	2 257	2 859	–	6 415	4 527
Bremen	26 183	19 197	3 504	1 385	1 162	95	840	892
Hamburg	57 066	41 790	6 898	1 093	2 350	93	4 842	4 048
Hessen	190 898	116 931	21 440	22 166	15 034	–	15 327	11 480
Mecklenburg-Vorpommern ..	35 762	24 183	6 798	468	1 994	–	2 319	–
Niedersachsen	277 999	168 353	51 222	19 997	23 541	316	14 570	11 290
Nordrhein-Westfalen	587 756	380 224	101 108	23 782	32 889	–	49 753	46 353
Rheinland-Pfalz	125 317	77 105	20 667	1 078	9 272	4 425	12 770	7 234
Saarland	35 324	21 756	3 238	6 142	1 567	–	2 621	2 955
Sachsen	105 106	57 846	23 572	5 200	6 171	–	12 317	–
Sachsen-Anhalt	50 774	33 356	10 183	1 986	1 317	–	3 932	2 422
Schleswig-Holstein	95 834	64 281	14 394	1 342	9 368	847	5 602	5 528
Thüringen	53 983	30 749	12 644	1 613	2 548	–	6 429	–
und zwar:								
Schülerinnen in %								
Deutschland	44,8	39,1	57,5	52,2	51,9	40,5	52,5	76,9
Baden-Württemberg	45,3	38,9	53,9	–	54,4	40,6	33,9	79,7
Bayern	43,4	39,3	74,7	53,1	–	39,6	46,8	79,5
Berlin	47,8	44,1	49,1	50,8	46,8	40,9	64,4	69,2
Brandenburg	45,2	36,3	66,8	48,9	52,0	–	73,8	76,1
Bremen	45,3	42,9	47,1	52,5	54,7	57,9	65,8	79,7
Hamburg	45,8	43,7	55,1	42,8	41,5	49,5	53,4	72,2
Hessen	44,0	39,7	57,1	46,3	45,9	–	52,7	75,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	46,3	38,6	72,7	40,4	45,2	–	51,4	–
Niedersachsen	45,0	38,6	60,2	49,3	51,2	60,8	49,8	76,5
Nordrhein-Westfalen	43,6	38,7	50,6	63,3	51,9	–	51,7	76,3
Rheinland-Pfalz	42,9	37,3	51,5	48,5	47,4	39,8	60,3	77,2
Saarland	43,9	39,1	52,7	47,4	59,0	–	54,8	80,5
Sachsen	50,7	37,7	76,7	48,6	52,3	–	61,9	–
Sachsen-Anhalt	48,0	36,0	78,0	49,5	57,4	–	68,6	73,5
Schleswig-Holstein	45,0	41,0	53,9	34,7	54,4	46,9	54,6	74,2
Thüringen	48,0	35,2	72,1	49,1	53,6	–	59,6	–
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen in %								
Deutschland	42,7	39,5	56,8	54,3	30,6	67,9	36,4	35,0
Baden-Württemberg	48,3	39,2	72,4	–	31,6	50,5	45,9	33,0
Bayern	45,6	42,3	57,0	50,2	–	71,6	50,2	43,9
Berlin	33,4	34,0	32,4	55,7	17,0	46,7	24,9	35,7
Brandenburg	43,5	45,0	61,3	59,6	25,4	–	29,3	34,1
Bremen	35,8	31,3	52,6	49,4	31,6	83,2	47,3	21,3
Hamburg	37,0	34,8	47,4	99,5	31,8	–	30,6	36,9
Hessen	33,8	30,7	41,7	53,4	26,8	–	24,7	34,4
Mecklenburg-Vorpommern ..	39,6	41,3	32,0	93,8	30,6	–	41,2	–
Niedersachsen	40,6	33,2	63,8	52,5	31,3	114,6	40,5	32,6
Nordrhein-Westfalen	44,1	43,7	50,1	59,3	31,6	–	36,1	30,2
Rheinland-Pfalz	39,2	34,6	64,6	–	24,4	66,5	30,6	37,7
Saarland	37,9	37,8	43,4	48,2	26,9	–	15,0	28,5
Sachsen	38,7	39,9	37,0	60,7	33,9	–	29,9	–
Sachsen-Anhalt	40,0	39,6	42,9	58,0	29,4	–	30,5	41,7
Schleswig-Holstein	49,4	47,9	62,3	93,7	35,2	86,3	40,4	38,4
Thüringen	40,8	40,5	44,3	73,2	29,2	–	32,2	–

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

1 Teilzeit-Berufsschulen (einschl. Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form sowie Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form).

2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.

3 Einschl. Fachakademien in Bayern.

3 Bildung

3.5 Auszubildende

3.5.1 Auszubildende nach ausgewählten Berufsgruppen 2012

Kenn- ziffer	Berufsgruppe	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge
		insgesamt	männlich	weiblich	zusammen
		Anzahl ¹	%		Anzahl ¹
	Insgesamt	1 429 977	61,0	39,0	549 003
	darunter:				
111	Landwirtschaft	9 510	89,5	10,5	4 110
121	Gartenbau	18 204	80,3	19,7	6 381
221	Kunststoff- und Kautschukherstellung und -verarbeitung	7 299	93,4	6,6	2 640
222	Farb- und Lacktechnik	6 891	87,2	12,8	2 658
223	Holzbe- und -verarbeitung	24 654	91,2	8,8	10 257
232	Technische Mediengestaltung	9 039	42,7	57,3	3 486
234	Drucktechnik und -weiterverarbeitung, Buchbinderei	4 281	81,6	18,4	1 551
242	Metallbearbeitung	25 242	95,6	4,4	8 826
244	Metallbau und Schweißtechnik	32 247	98,4	1,6	10 191
245	Feinwerk- und Werkzeugtechnik	22 182	94,5	5,5	6 840
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	56 877	94,4	5,6	18 924
252	Fahrzeug-, Luft-, Raumfahrt- und Schiffbautechnik	83 052	96,9	3,1	27 108
261	Mechatronik und Automatisierungstechnik	32 733	93,9	6,1	10 200
262	Energetechnik	55 326	97,4	2,6	17 679
263	Elektrotechnik	20 301	93,7	6,3	6 519
272	Technisches Zeichnen, Konstruktion und Modellbau	17 040	59,9	40,1	6 294
292	Lebensmittel- und Genussmittelherstellung	21 975	70,2	29,8	8 340
293	Speisenzubereitung	29 457	74,3	25,7	12 147
321	Hochbau	23 703	99,3	0,7	9 927
322	Tiefbau	7 887	99,2	0,8	3 531
332	Maler- und Lackierer-, Stuckateurarbeiten, Bauwerksabdichtung, Holz- und Bautenschutz	25 488	87,0	13,0	10 479
333	Aus- und Trockenbau, Isolierung, Zimmerei, Glaserei, Rolladen- und Jalousiebau	12 501	98,1	1,9	5 622
342	Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik	37 107	98,9	1,1	12 003
343	Ver- und Entsorgung	7 071	97,3	2,7	2 259
413	Chemie	12 645	64,7	35,3	4 209
431	Informatik	19 131	93,4	6,6	7 341
432	IT-Systemanalyse, IT-Anwendungsberatung und IT-Vertrieb	4 500	80,6	19,4	1 731
434	Softwareentwicklung und Programmierung	10 638	91,2	8,8	4 380
513	Lagerwirtschaft, Post und Zustellung, Güterumschlag	39 423	88,4	11,6	18 825
516	Kaufleute - Verkehr und Logistik	16 323	58,8	41,2	6 186
521	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	8 133	94,4	5,6	3 744
612	Handel	40 641	58,0	42,0	15 591
613	Immobilienwirtschaft und Facility-Management	7 167	37,5	62,5	2 871
621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	115 185	42,6	57,4	58 767
622	Verkauf von Bekleidung, Elektronik, Kraftfahrzeugen und Hartwaren	11 007	57,8	42,2	4 449
623	Verkauf von Lebensmitteln	24 444	9,0	91,0	9 321
624	Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- und Medizinbedarf	6 840	6,2	93,8	2 442
631	Tourismus und Sport	10 611	31,0	69,0	4 305
632	Hotellerie	24 831	27,4	72,6	10 350
633	Gastronomie	18 453	37,8	62,2	8 745
634	Veranstaltungsservice und -management	4 551	35,5	64,5	1 974
713	Unternehmensorganisation und -strategie	53 160	38,9	61,1	19 764
714	Büro und Sekretariat	85 359	25,2	74,8	32 730
721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	51 294	48,1	51,9	19 008
723	Steuerberatung	17 127	27,6	72,4	6 705
731	Rechtsberatung, -sprechung und -ordnung	15 525	4,8	95,2	5 682
732	Verwaltung	30 696	27,5	72,5	10 467
811	Arzt- und Praxishilfe	73 014	1,2	98,8	27 627
823	Körperpflege	28 398	10,4	89,6	12 267
825	Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik	16 803	35,6	64,4	5 643
832	Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	9 705	8,2	91,8	3 354
921	Werbung und Marketing	7 530	31,6	68,4	3 333
945	Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik	4 770	85,4	14,6	1 770

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Hinweis: Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3 Bildung

3.5 Auszubildende

3.5.2 Auszubildende nach Ländern 2013

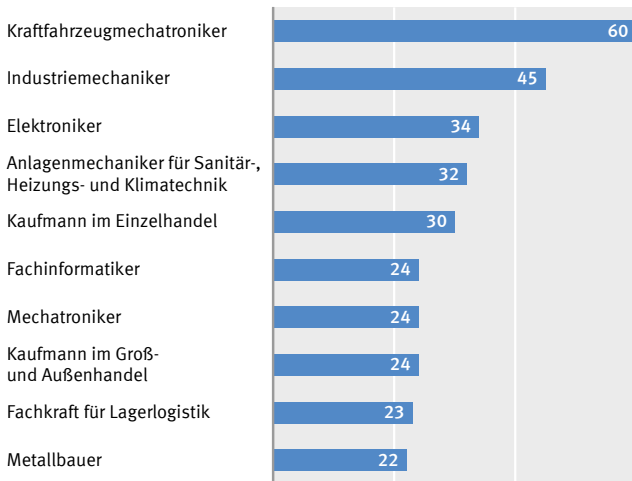
	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Anzahl	%		Anzahl	%
Deutschland	1 391 598	61,4	38,6	525 307	- 4,3
Baden-Württemberg	195 750	60,8	39,2	74 458	- 3,9
Bayern	246 221	60,8	39,2	92 852	- 3,0
Berlin	42 030	55,8	44,2	16 174	- 9,4
Brandenburg	27 338	65,0	35,0	10 279	- 9,4
Bremen	15 300	57,1	42,9	5 733	- 3,9
Hamburg	32 961	56,6	43,4	12 729	- 5,2
Hessen	100 545	61,1	38,9	37 736	- 5,0
Mecklenburg-Vorpommern	20 153	62,4	37,6	8 016	- 3,3
Niedersachsen	149 424	61,8	38,2	56 147	- 3,8
Nordrhein-Westfalen	317 970	62,1	37,9	120 255	- 3,0
Rheinland-Pfalz	70 489	63,0	37,0	26 495	- 5,4
Saarland	18 482	61,8	38,2	6 978	- 7,9
Sachsen	47 871	63,3	36,7	17 846	- 3,6
Sachsen-Anhalt	29 690	64,9	35,1	10 734	- 6,9
Schleswig-Holstein	50 466	60,6	39,4	18 722	- 7,7
Thüringen	26 908	65,4	34,6	10 153	- 7,1

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

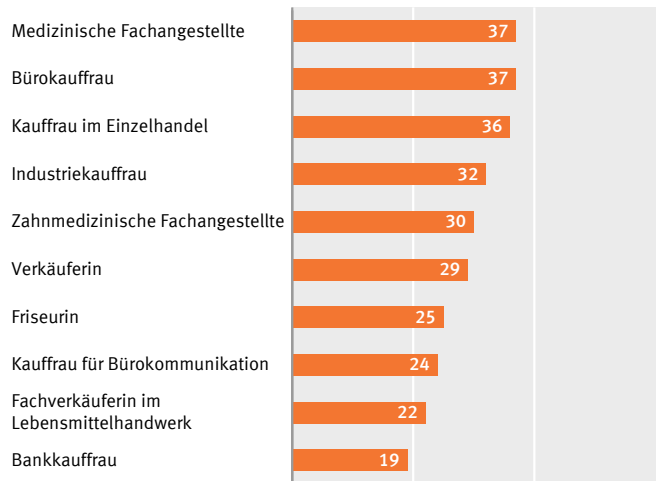
Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2012

in 1 000

Männer



Frauen



2014 - 01 - 0197

3.6 Hochschulen

3.6.1 Hochschulen, Studierende und Studienanfänger/-innen im Wintersemester 2013/14

	Insgesamt		Davon			
	Anzahl	%	Universitäten	Pädagogische, Theologische und Kunsthochschulen	Fachhochschulen	Verwaltungsfachhochschulen ¹
Hochschulen						
Deutschland	423	100	106	76	212	29
Baden-Württemberg	69	16,3	13	14	38	4
Bayern	48	11,3	12	11	24	1
Berlin	42	9,9	12	5	25	–
Brandenburg	12	2,8	3	1	6	2
Bremen	8	1,9	2	1	4	1
Hamburg	19	4,5	6	2	9	2
Hessen	33	7,8	7	9	14	3
Mecklenburg-Vorpommern	8	1,9	2	1	4	1
Niedersachsen	29	6,9	11	2	14	2
Nordrhein-Westfalen	71	16,8	16	14	37	4
Rheinland-Pfalz	19	4,5	6	2	8	3
Saarland	6	1,4	1	2	2	1
Sachsen	25	5,9	6	6	11	2
Sachsen-Anhalt	10	2,4	2	3	4	1
Schleswig-Holstein	13	3,1	3	2	7	1
Thüringen	11	2,6	4	1	5	1
Studierende						
Deutschland	2 613 168	100	1 670 244	62 645	847 233	33 046
Baden-Württemberg	347 207	13,3	176 210	29 496	136 541	4 960
Bayern	355 914	13,6	231 220	4 234	116 535	3 925
Berlin	164 728	6,3	109 854	5 164	49 257	453
Brandenburg	50 334	1,9	36 256	579	12 552	947
Bremen	34 594	1,3	19 794	900	13 564	336
Hamburg	94 655	3,6	53 383	2 142	38 475	655
Hessen	227 622	8,7	147 520	2 494	74 246	3 362
Mecklenburg-Vorpommern	39 270	1,5	25 867	541	12 445	417
Niedersachsen	177 349	6,8	119 480	2 466	54 319	1 084
Nordrhein-Westfalen	695 250	26,6	471 976	7 260	205 359	10 655
Rheinland-Pfalz	122 383	4,7	80 608	594	38 596	2 585
Saarland	28 844	1,1	17 800	848	9 762	434
Sachsen	111 536	4,3	78 010	2 883	29 684	959
Sachsen-Anhalt	55 362	2,1	33 815	1 266	19 967	314
Schleswig-Holstein	56 119	2,1	32 677	986	20 856	1 600
Thüringen	52 001	2,0	35 774	792	15 075	360
darunter Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester²						
Deutschland	437 455	100	255 898	9 144	163 444	8 969
Baden-Württemberg	66 019	15,1	31 895	4 377	28 750	997
Bayern	66 831	15,3	41 136	650	24 117	928
Berlin	23 615	5,4	14 605	805	8 035	170
Brandenburg	7 634	1,7	5 224	56	2 109	245
Bremen	5 956	1,4	2 913	123	2 832	88
Hamburg	13 705	3,1	7 957	242	5 308	198
Hessen	36 556	8,4	22 898	316	12 479	863
Mecklenburg-Vorpommern	6 040	1,4	3 485	98	2 333	124
Niedersachsen	32 208	7,4	20 854	368	10 630	356
Nordrhein-Westfalen	111 106	25,4	63 870	1 028	42 584	3 624
Rheinland-Pfalz	17 590	4,0	10 510	68	6 430	582
Saarland	5 195	1,2	2 735	107	2 215	138
Sachsen	18 133	4,1	11 544	470	5 856	263
Sachsen-Anhalt	8 703	2,0	5 251	183	3 211	58
Schleswig-Holstein	9 027	2,1	5 105	144	3 546	232
Thüringen	9 137	2,1	5 916	109	3 009	103

Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

1 Die FH Bund wird nur einmal gezählt und zwar für das Land Nordrhein-Westfalen.

2 Studierende, die zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Nähere Informationen hierzu siehe Erläuterungen bei Tabelle 3.6.2.

3.6 Hochschulen

3.6.2 Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Fachsemester des Wintersemesters 2013/14

	Insgesamt	Darunter weiblich	Deutsche	Darunter weiblich	Ausländer/-innen	Darunter weiblich	Studienanfänger/-innen im ersten Fachsemester	Darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	2 613 168	47,6	2 312 259	47,4	300 909	49,4	653 840	48,9
Sprach- und Kulturwissenschaften	489 266	70,4	438 893	70,1	50 373	73,1	124 148	72,4
Sport, Sportwissenschaft	28 023	38,6	26 926	38,8	1 097	32,9	6 109	42,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	798 861	51,5	719 598	50,8	79 263	58,3	197 354	53,3
Mathematik, Naturwissenschaften	471 087	36,8	418 276	36,4	52 811	40,3	125 704	38,5
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	146 989	65,0	132 520	66,0	14 469	56,0	25 591	67,7
Veterinärmedizin	8 109	84,3	7 549	85,6	560	67,3	1 255	84,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	50 001	53,9	45 224	54,0	4 777	52,5	14 533	54,2
Ingenieurwissenschaften	525 929	21,8	446 971	20,8	78 958	27,1	135 930	24,0
Kunst, Kunstwissenschaft	90 562	62,6	74 495	62,4	16 067	63,9	20 631	64,5
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	4 341	54,3	1 807	61,4	2 534	49,3	2 585	52,1

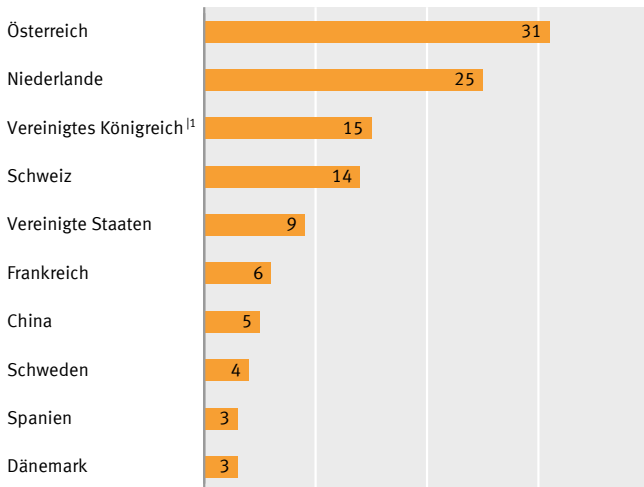
Bei Studienanfängerinnen und Studienanfänger wird zwischen Studierenden im ersten Hochschulsesemester und Studierenden im ersten Fachsemester unterschieden.

Studierende im **ersten Hochschulsesemester** sind zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Studierende, die bereits im Ausland studiert haben und sich zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden im ersten Hochschulsesemester nachgewiesen und – falls ihre Fachsemester im Ausland angerechnet werden – in einem höheren Fachsemester.

Studierende im **ersten Fachsemester** belegen zum ersten Mal ein Studienfach. Studierende, die das Studienfach gewechselt haben, sind z. B. im ersten Fachsemester des neuen Studienfachs, aber in einem höheren Hochschulsesemester.

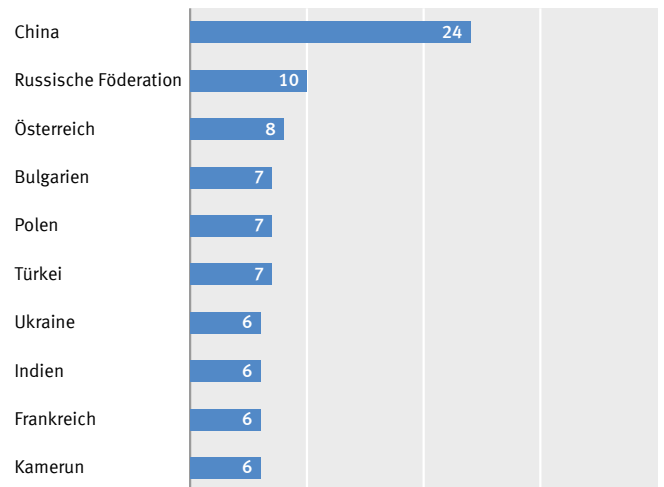
Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

Deutsche Studierende im Ausland 2011 in 1 000



1 Großbritannien und Nordirland.

Ausländische Studierende in Deutschland 2011/12 in 1 000



3.6 Hochschulen

3.6.3 Prüfungen an Hochschulen 2012

	Erworbene Abschlüsse		Davon					
	insgesamt	darunter von Frauen	universitärer Abschluss (ohne Lehramtsprüfungen) ¹	Promotionen	Lehramtsprüfungen ²	Fachhochschulabschluss ³	Bachelorabschluss	Masterabschluss
	Anzahl	%						
Insgesamt	413 338	50,7	19,4	6,5	9,4	6,2	44,3	14,2
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	73 570	76,1	20,1	3,9	32,9	0,4	33,1	9,5
Sport, Sportwissenschaft	5 456	42,2	27,5	2,4	34,3	–	28,6	7,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	133 380	53,3	15,5	2,6	1,5	10,7	53,8	15,9
Mathematik, Naturwissenschaften ..	70 343	40,5	18,3	12,4	11,0	1,8	41,2	15,3
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	24 982	65,1	46,5	29,4	1,1	2,0	15,0	5,9
Veterinärmedizin	1 470	84,5	64,8	33,5	–	–	–	1,8
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9 387	59,6	8,3	6,1	2,3	5,1	53,6	24,5
Ingenieurwissenschaften	77 775	22,5	14,9	3,7	0,6	10,2	53,1	17,5
Kunst, Kunstwissenschaft	16 945	65,8	32,2	1,5	11,2	5,8	38,0	11,1
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	30	23,3	–	100	–	–	–	–

Ergebnisse der Prüfungsstatistik. – Bezogen auf die erworbenen Abschlüsse im Wintersemester 2012/13 und im Sommersemester 2013.

1 Einschl. der Prüfungsgruppen „Künstlerischer Abschluss“ und „Sonstiger Abschluss“. Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Einschl. Lehramts-Bachelor und Lehramts-Master.

3 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

3.6.4 Nichtmonetäre Kennzahlen für Hochschulen 2012

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung. Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs sich im ersten Hochschulsesemester befindet. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen. Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

	Studienberechtigte		Studienanfänger/-innen ¹		Absolventen/Absolventinnen (Erststudium)		Studierende	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal ³	Betreuerrelation ⁴
	Anzahl	Quote ²	Anzahl	Quote ²	Anzahl	Quote ²			
Deutschland	500 957	58	495 088	55	309 621	31	2 499 409	154 187	16,2
Baden-Württemberg	97 225	79	67 349	53	48 711	37	333 217	24 878	13,4
Bayern	63 349	45	60 376	42	48 030	31	332 764	24 664	13,5
Berlin	21 852	72	18 636	53	18 182	34	160 220	9 611	16,7
Brandenburg	11 609	70	9 263	48	6 386	22	52 031	2 449	21,2
Bremen	5 010	73	4 098	55	4 647	51	34 783	1 654	21,0
Hamburg	10 679	62	9 651	50	10 835	40	90 903	5 326	17,1
Hessen	37 674	58	33 612	50	24 650	34	215 209	11 609	18,5
Mecklenburg-Vorpommern ..	4 816	44	4 774	35	4 806	23	39 906	3 328	12,0
Niedersachsen	49 315	55	39 899	44	21 615	24	169 626	11 422	14,9
Nordrhein-Westfalen	128 674	62	103 169	49	63 987	30	644 612	30 878	20,9
Rheinland-Pfalz	23 892	52	19 491	42	15 587	33	121 068	6 373	19,0
Saarland	6 291	58	5 121	46	2 563	22	28 262	2 229	12,7
Sachsen	11 783	43	11 472	36	16 386	31	112 724	7 732	14,6
Sachsen-Anhalt	5 714	37	6 447	34	7 288	26	55 876	4 117	13,6
Schleswig-Holstein	15 613	49	11 701	37	7 929	26	54 977	3 884	14,2
Thüringen	7 461	49	6 858	39	8 019	29	53 231	4 033	13,2

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.1 „Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung berechnet nach dem Quotensummenverfahren. Bevölkerung auf Basis früherer Zählungen (Ergebnisse basieren nicht auf dem Zensus 2011).

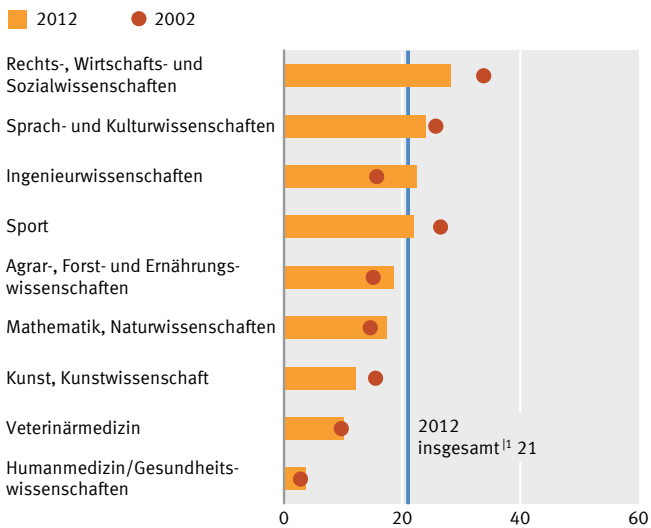
2 Nach Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung.

3 Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal). – Ein Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einer Vollzeitstellung/Vollzeitausbildung entspricht. Bei den Vollzeitäquivalenten wird die geleistete Arbeitszeit/Ausbildungszeit in Beziehung gesetzt zur Arbeitszeit/Ausbildungszeit, die einer Vollzeitstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

4 Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal.

3.6 Hochschulen

Betreuerrelation der Studierenden nach Fächergruppen
Verhältnis der Studierenden zum Personal in Vollzeitäquivalenten

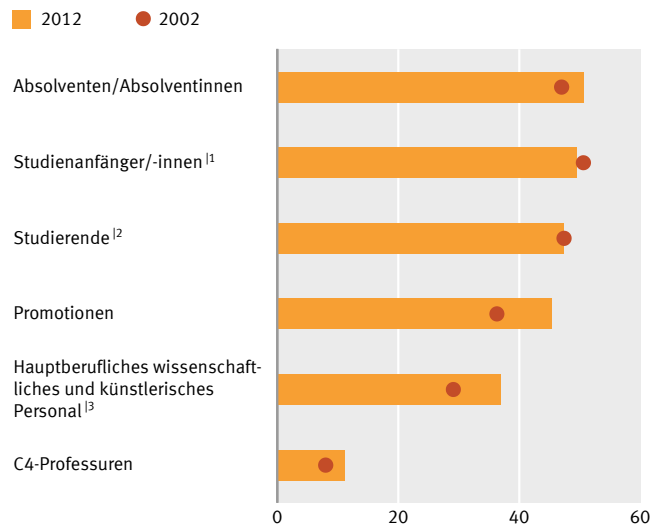


Studierende im Wintersemester.

1 Ohne Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken. Einschl. sonstige Fächer.

Frauenanteile

In verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn, in %



1 Studienanfänger (1. Hochschulsemester) im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester.

2 Studierende insgesamt im Wintersemester.

3 Personal nach der organisatorischen Zugehörigkeit am 1. Dezember ohne studentische Hilfskräfte.

2014 - 01 - 0199

3.6.5 Personal an Hochschulen 2012

	Insgesamt		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal ¹				Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal				
			zusammen		davon an			zusammen		davon an	
	Anzahl	%	Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³	Anzahl	%	Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³	
Deutschland	640 021	353 690	55,3	40,3	1,7	13,3	286 331	44,7	39,6	0,5	4,7
dar. hauptberuflich Tätige											
Baden-Württemberg . .	78 308	34 354	43,9	36,1	0,8	6,9	43 954	56,1	50,0	0,3	5,8
Bayern	76 206	34 249	44,9	39,1	0,7	5,2	41 957	55,1	48,8	0,4	5,9
Berlin	31 919	14 855	46,5	40,0	2,0	4,5	17 064	53,5	47,0	1,4	5,1
Brandenburg ⁴	6 593	3 849	58,4	41,8	1,2	15,3	2 744	41,6	25,5	1,4	14,7
Bremen	4 696	2 875	61,2	51,6	1,9	7,8	1 821	38,8	28,2	1,7	8,9
Hamburg	16 110	7 109	44,1	38,9	0,8	4,4	9 001	55,9	51,7	0,8	3,4
Hessen	38 404	16 462	42,9	36,8	0,3	5,7	21 942	57,1	49,8	0,3	7,0
Mecklenburg-Vorpommern	12 045	4 674	38,8	34,2	0,3	4,3	7 371	61,2	55,6	0,2	5,4
Niedersachsen	41 719	18 027	43,2	37,2	0,6	5,4	23 692	56,8	50,7	0,4	5,6
Nordrhein-Westfalen . .	100 991	46 048	45,6	37,5	0,7	7,5	54 943	54,4	48,6	0,6	5,2
Rheinland-Pfalz	20 195	8 651	42,8	34,5	-	8,3	11 544	57,2	50,0	-	7,2
Saarland	8 896	2 959	33,3	28,8	0,8	3,6	5 937	66,7	63,4	0,5	2,8
Sachsen	29 954	14 133	47,2	41,2	1,2	4,7	15 821	52,8	46,5	0,8	5,6
Sachsen-Anhalt	14 399	5 334	37,0	31,2	0,7	5,1	9 065	63,0	55,3	0,8	6,9
Schleswig-Holstein . . .	14 405	5 544	38,5	33,5	0,5	4,5	8 861	61,5	55,7	0,5	5,3
Thüringen	13 082	5 991	45,8	39,2	0,9	5,7	7 091	54,2	48,3	0,6	5,3

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen.

1 Ohne studentische Hilfskräfte.

2 Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

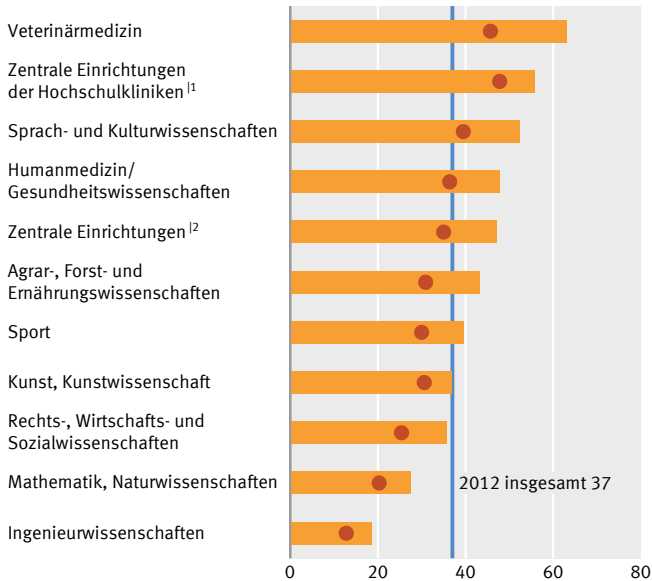
4 Einschl. Personal für die Aus- und Fortbildung für den mittleren, gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes Brandenburg.

	Personal		Davon							
			Professoren/Professorinnen		Dozenten/Dozentinnen und Assistenten/Assistentinnen		wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen		Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	225 114	37,1	43 862	20,4	3 618	35,8	167 722	40,7	9 912	49,2
Sprach- und Kulturwissenschaften	26 608	52,5	6 216	35,5	525	43,2	16 561	57,2	3 306	62,3
Sport, Sportwissenschaft	1 688	39,6	246	18,3	10	20,0	1 077	44,0	355	41,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	28 933	35,7	10 481	23,4	1 165	31,1	15 732	43,5	1 555	42,1
Mathematik, Naturwissenschaften	51 731	27,5	8 804	14,3	641	26,8	41 122	30,2	1 164	32,2
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	54 315	47,8	3 641	16,9	696	49,6	49 903	50,0	75	70,7
Veterinärmedizin
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	4 453	43,3	1 009	22,0	16	43,8	3 324	49,5	104	50,0
Ingenieurwissenschaften	36 218	18,6	9 071	10,0	329	15,8	25 895	21,3	923	28,6
Kunst, Kunstwissenschaft	6 803	36,8	3 583	29,5	118	45,8	2 092	48,7	1 010	37,3
Zentrale Einrichtungen (ohne klinikspezifische Einrichtungen)	12 020	47,2	614	23,8	41	39,0	10 023	46,7	1 342	61,8
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin)

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen. – Zuordnung des Personals nach fachlicher Zugehörigkeit.

Weibliches Personal nach Fächergruppen
Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, in %

■ 2012 ● 2002



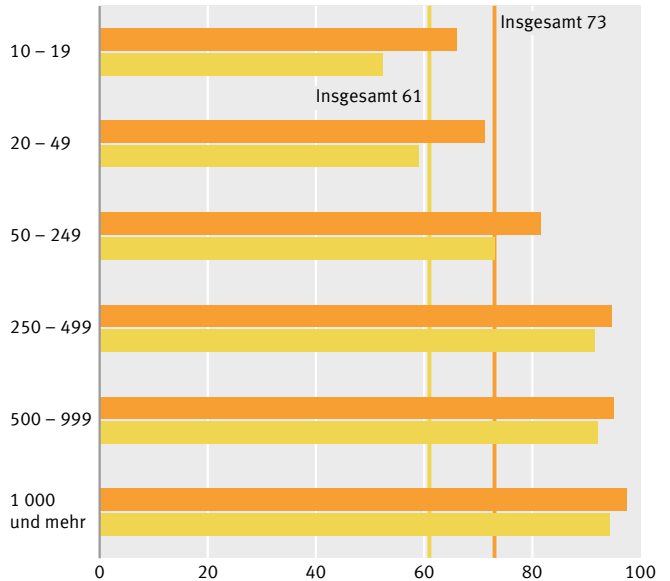
1 Nur Humanmedizin.
2 Ohne klinikspezifische Einrichtungen.

Unternehmen mit Weiterbildungsaktivitäten nach Beschäftigungsgrößenklassen 2010

Anteile an den Unternehmen insgesamt in %

■ Weiterbildung (Lehrveranstaltungen und/oder andere Formen) ■ Lehrveranstaltungen

von ... bis ... Beschäftigte



3.7 Weiterbildung

3.7.1 Berufliche Weiterbildung von Erwerbspersonen 2012

	Teilnehmer/-innen			
	insgesamt		männlich	weiblich
	1 000	%		
Deutschland	7 482	100	52,2	47,8
	nach Altersgruppen			
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 25	491	6,6	49,2	50,8
25 – 35	1 784	23,8	50,4	49,6
35 – 45	1 996	26,7	53,6	46,4
45 – 55	2 197	29,4	51,8	48,2
55 und mehr	1 013	13,5	55,0	45,0
	nach Bildungsabschluss			
	Allgemeine Schulausbildung			
Haupt- (Volks-)schulabschluss	972	13,0	67,2	32,8
Abschluss der Polytechnischen Oberschule	507	6,8	47,2	52,8
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	2 060	27,5	47,2	52,8
Fachhochschulreife	891	11,9	57,1	42,9
Hochschulreife	2 995	40,0	50,1	49,9
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	7	0,1	/	/
Ohne allgemeinen Schulabschluss ^{1 12}	49	0,7	56,4	43,6
	Berufliche Ausbildung			
Lehre/Berufsausbildung im dualen System ¹³	3 261	43,6	51,9	48,1
Fachschulabschluss ¹⁴	1 151	15,4	50,9	49,1
Fachschule der ehemaligen DDR	126	1,7	19,1	80,9
Fachhochschulabschluss ¹⁵	830	11,1	61,0	39,0
Hochschulabschluss	1 363	18,2	48,9	51,1
Promotion	278	3,7	63,6	36,4
Ohne Berufsausbildung ^{11 16}	472	6,3	53,6	46,4
	nach Stellung im Beruf			
Selbstständige	838	11,2	61,4	38,6
Mithelfende Familienangehörige	12	0,2	/	69,8
Beamte/Beamtinnen	771	10,3	54,1	45,9
Angestellte ¹⁷	4 981	66,6	45,7	54,3
Auszubildende	128	1,7	52,2	47,8
Arbeiter/-innen	737	9,9	84,1	15,9
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹¹	16	0,2	45,9	54,1
	nach Wirtschaftsbereichen			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	60	0,8	73,1	26,9
Produzierendes Gewerbe	1 585	21,2	79,4	20,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	780	10,4	55,6	44,4
Sonstige Dienstleistungen	5 041	67,4	42,9	57,1
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹¹	16	0,2	45,9	54,1

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Einschl. ohne Angabe.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie einer geringen Anzahl von Personen mit Anlernausbildung.

4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens.

5 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

7 Einschl. geringfügig Beschäftigte.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.2 Teilnahmen an Fortbildungs- und Meisterprüfungen 2012

	Teilnahmen				Darunter in							
	insgesamt	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung	Industrie und Handel				Handwerk			
					zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung	zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung
	Anzahl ¹	%			Anzahl ¹	%			Anzahl ¹	%		
Insgesamt	118 497	65,9	34,1	86,9	59 067	60,2	39,8	78,7	49 815	78,9	21,1	96,5
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen												
Fachkaufmann/-kauffrau	9 681	44,4	55,6	83,7	6 909	32,1	67,9	79,1	2 706	76,4	23,6	96,1
Fachwirt/-in	37 554	58,0	42,0	83,5	23 151	47,2	52,8	74,7	13 194	79,3	20,7	98,5
Fachkraft für Datenverarbeitung	2 184	62,1	37,9	95,2	627	95,2	4,8	90,4	1 557	48,7	51,3	97,3
Fremdsprachliche Fachkraft	3 114	19,4	80,7	71,0	3 114	19,4	80,7	71,0	-	-	-	-
Fachkraft für Schreibtechnik	606	31,2	68,8	83,7	606	31,2	68,8	83,7	-	-	-	-
Betriebswirt/-in	4 515	73,7	26,3	81,1	4 470	73,8	26,2	81,1	45	73,3	26,7	86,7
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	8 394	45,3	54,6	89,2	2 103	48,6	51,4	79,0	3 372	63,9	36,1	94,9
Zusammen	66 048	53,5	46,5	83,9	40 980	46,0	54,0	76,5	20 874	74,2	25,8	97,5
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen												
Industriemeister/-in	11 574	95,7	4,3	86,1	11 574	95,7	4,3	86,1	-	-	-	-
Fachmeister/-in	2 727	85,0	15,0	75,1	2 727	85,0	15,0	75,1	-	-	-	-
Handwerksmeister/-in	23 562	80,6	19,4	96,2	-	-	-	-	23 562	80,6	19,4	96,2
Sonstige Meisterprüfungen	2 610	72,8	27,1	80,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	8 742	89,8	10,2	89,2	3 786	88,2	11,8	83,0	4 914	91,1	9,0	93,8
Zusammen	49 215	85,7	14,3	90,6	18 087	92,5	7,5	83,8	28 476	82,4	17,6	95,8
Sonstige Fortbildungsprüfungen												
Fachhelfer im Gesundheitswesen ..	2 694	6,8	93,1	93,0	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Fortbildungsprüfungen ..	540	80,6	19,4	93,3	-	-	-	-	465	79,4	20,6	98,1
Zusammen	3 234	19,1	80,8	93,0	-	-	-	-	465	79,4	20,6	98,1

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet; der Insgesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3.7.3 Volkshochschulen 2012

	Volkshochschulen	Kursveranstaltungen				Einzelveranstaltungen			
		insgesamt		Belegungen ¹		insgesamt		Besucher/-innen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	924	572 599	100	6 279 535	100	93 145	100	2 355 270	100
Baden-Württemberg	172	116 759	20,4	1 233 823	19,6	19 015	20,4	486 911	20,7
Bayern	190	125 392	21,9	1 470 771	23,4	37 586	40,4	943 060	40,0
Berlin	12	18 329	3,2	217 771	3,5	762	0,8	12 607	0,5
Brandenburg	19	6 468	1,1	59 286	0,9	685	0,7	8 224	0,3
Bremen	2	4 379	0,8	51 883	0,8	913	1,0	18 290	0,8
Hamburg	1	7 216	1,3	90 353	1,4	81	0,1	1 051	0,0
Hessen	32	40 951	7,2	417 267	6,6	3 138	3,4	92 369	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	17	5 006	0,9	53 627	0,9	1 164	1,2	21 585	0,9
Niedersachsen	60	61 461	10,7	663 806	10,6	4 123	4,4	128 896	5,5
Nordrhein-Westfalen	132	95 076	16,6	1 067 183	17,0	13 546	14,5	343 881	14,6
Rheinland-Pfalz	70	28 094	4,9	297 424	4,7	3 943	4,2	114 793	4,9
Saarland	16	7 040	1,2	71 451	1,1	1 529	1,6	39 875	1,7
Sachsen	17	14 665	2,6	147 172	2,3	1 543	1,7	24 936	1,1
Sachsen-Anhalt	15	6 546	1,1	70 533	1,1	1 181	1,3	15 607	0,7
Schleswig-Holstein	146	26 147	4,6	273 550	4,4	2 832	3,0	79 981	3,4
Thüringen	23	9 070	1,6	93 635	1,5	1 104	1,2	23 204	1,0
nach Programmbereichen und Fachgebieten									
Politik, Gesellschaft, Umwelt	41 208	7,2	597 707	9,5	44 270	47,5	1 155 879	49,1
Kultur, Gestalten	92 815	16,2	938 425	14,9	20 726	22,3	808 119	34,3
Gesundheit	190 233	33,2	2 300 549	36,6	12 784	13,7	246 726	10,5
Arbeit, Beruf	63 163	11,0	570 004	9,1	5 378	5,8	54 873	2,3
Grundbildung, Schulabschlüsse	13 961	2,4	134 009	2,1	471	0,5	5 894	0,3
Sprachen	171 219	29,9	1 738 841	27,7	9 516	10,2	83 779	3,6

1 Mehrfachzählungen: Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin wird entsprechend der Zahl seiner/ihrer Belegungen gezählt.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

3.8 Ausbildungsförderung

3.8.1 Geförderte nach BAföG 2013

	Insgesamt	Schüler/-innen	Studierende
Anzahl			
Insgesamt	958 743	292 815	665 928
davon:			
Männlich	426 106	112 194	313 912
Weiblich	532 637	180 621	352 016
davon:			
Bei den Eltern wohnend	262 474	125 802	136 672
Nicht bei den Eltern wohnend ..	696 269	167 013	529 256
EUR			
Durchschnittliche monatliche Fördermittel pro Person	436	410	446

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).

Eine Förderung nach dem **BAföG** (Bundesausbildungsförderungsgesetz) wird für Studierende sowie für Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Klasse unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. auswärtige Unterbringung) sowie für Schülerinnen und Schüler an Abendschulen, Kollegs, Fach(ober-)schulen u. ä. gewährt.

Durch Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts wurden Nachzahlungen für die Kosten bei auswärtiger Unterbringung behinderter Auszubildender geleistet. Dies trug zum Teil zu einer wesentlichen Erhöhung des durchschnittlichen monatlichen Förderungsbetrages bei den Schülerinnen und Schülern bei.

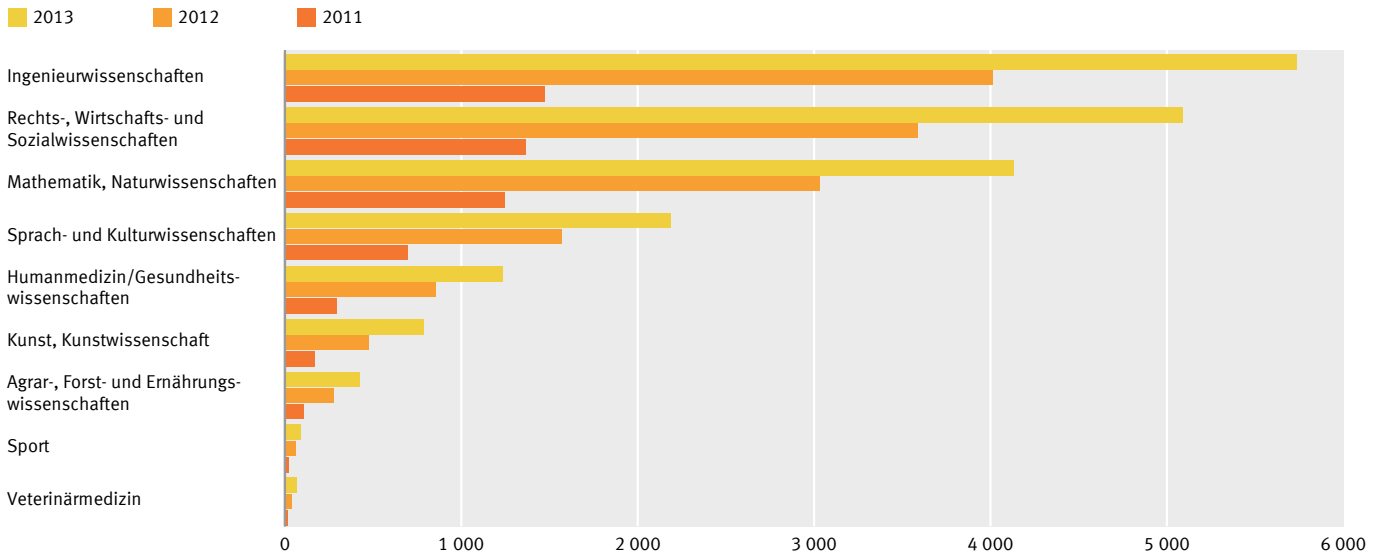
3.8.2 Geförderte nach AFBG

	Insgesamt	Davon	
		Vollzeitfälle	Teilzeitfälle
Geförderte			
2012	168 284	68 863	99 421
2013	171 396	72 242	99 154
Finanzieller Aufwand in Mill. EUR			
Bewilligung insgesamt			
2012	546	394	151
2013	576	416	160
davon (2013):			
Darlehen			
Bewilligung	390	279	111
In Anspruch genommen ..	310	223	87
Zuschuss	186	137	49

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).

Förderleistungen nach dem **AFBG** (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) können Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten, die eine Fortbildungsmaßnahme über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-/Gehilfenprüfung bzw. eines Berufsfachschulabschlusses anstreben (z. B. Handwerksmeister/-in, Fachwirt/-in). Die Maßnahme muss unterhalb der Hochschulebene durchgeführt werden.

Stipendiatinnen und Stipendiaten nach Fächergruppen



2014 - 01 - 0201

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.1 Ausgaben je Schülerin und Schüler für öffentliche Schulen nach Ländern

	Ausgaben je Schüler/-in							
	alle Schularten		allgemeinbildende Schulen		berufliche Schulen		dar. Berufsschulen im dualen System ¹	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	EUR							
Deutschland	6 000	5 800	6 500	6 400	4 100	4 000	2 600	2 500
Baden-Württemberg	6 000	5 900	6 400	6 300	4 700	4 700	2 700	2 600
Bayern	6 400	6 200	7 100	6 900	4 000	3 800	2 700	2 700
Berlin	7 200	6 900	7 900	7 600	4 500	4 400	2 900	2 800
Brandenburg	6 400	6 000	6 900	6 700	4 000	3 600	3 400	3 000
Bremen	6 100	6 000	7 100	7 000	3 600	3 600	2 400	2 400
Hamburg	7 200	6 800	8 100	7 600	4 800	4 700	3 200	3 200
Hessen	6 400	6 300	7 000	6 800	4 500	4 400	2 800	2 800
Mecklenburg-Vorpommern	6 000	5 800	6 900	6 900	3 300	3 100	2 400	2 200
Niedersachsen	5 600	5 600	6 200	6 100	3 900	3 900	2 300	2 300
Nordrhein-Westfalen	5 200	5 000	5 600	5 500	3 600	3 400	2 300	2 200
Rheinland-Pfalz	5 800	5 500	6 300	6 000	3 900	3 700	2 500	2 300
Saarland	5 400	5 400	6 100	6 200	3 400	3 400	2 300	2 300
Sachsen	6 900	7 000	7 600	7 900	4 700	4 500	3 000	3 000
Sachsen-Anhalt	7 400	7 100	8 400	8 300	4 200	3 700	2 900	2 400
Schleswig-Holstein	5 200	5 200	5 700	5 700	3 700	3 600	2 600	2 500
Thüringen	7 800	7 700	8 500	8 600	5 700	5 300	3 700	3 400

Einschl. Schulverwaltung.– Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Veröffentlichung „Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in“.

1 Teilzeitunterricht.

3.9.2 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Finanzierungsbetrachtung 2011

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben in Mrd. EUR						
		öffentlicher Bereich				privater Bereich	Ausland	insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	zusammen			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	18,4	90,4	21,2	130,0	23,7	0,6	154,3
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	12,4	83,0	19,9	115,2	18,1	0,6	133,9
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	0,0	5,5	6,9	12,3	3,0	0,0	15,3
A32	ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich	5,5	54,1	12,6	72,2	9,9	0,0	82,1
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	2,2	48,5	8,3	58,9	2,1	0,0	61,0
	Berufliche Bildungsgänge	1,1	5,3	1,9	8,3	0,2	0,0	8,5
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	2,2	0,3	0,2	2,7	7,6	0,0	10,3
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	6,8	21,6	0,2	28,6	5,2	0,6	34,3
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	3,4	7,6	0,0	11,0	1,9	0,6	13,4
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	0,1	1,8	0,2	2,1	0,0	0,0	2,2
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	5,6	0,0	5,6
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	6,0	7,4	1,3	14,7	0,0	0,0	14,7
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	3,7	2,5	4,6	10,8	10,7	0,0	21,5
A+B	Bildungsbudget insgesamt	22,1	92,9	25,8	140,7	34,4	0,6	175,7
C	Forschung und Entwicklung	11,8	10,4	0,2	22,3	50,0	3,2	75,5
C10	Wirtschaft	1,9	0,3	0,0	2,2	46,8	2,1	51,1
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	0,9	0,4	0,1	1,4	0,1	0,0	1,5
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	5,5	2,1	0,0	7,7	1,2	0,5	9,5
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	3,4	7,6	0,0	11,0	1,9	0,6	13,4
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	2,0	1,3	1,3	4,6	0,4	0,1	5,1
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	32,5	97,0	27,2	156,7	82,9	3,2	242,8
	Nachrichtlich:							
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamte/-innen des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	0,0	9,0	0,0	9,0	0,0	0,0	9,0
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamte/-innen des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik der Funktionen 118 und 138)	0,0	17,2	0,0	17,2	0,0	0,0	17,2

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/12“.

3 Bildung

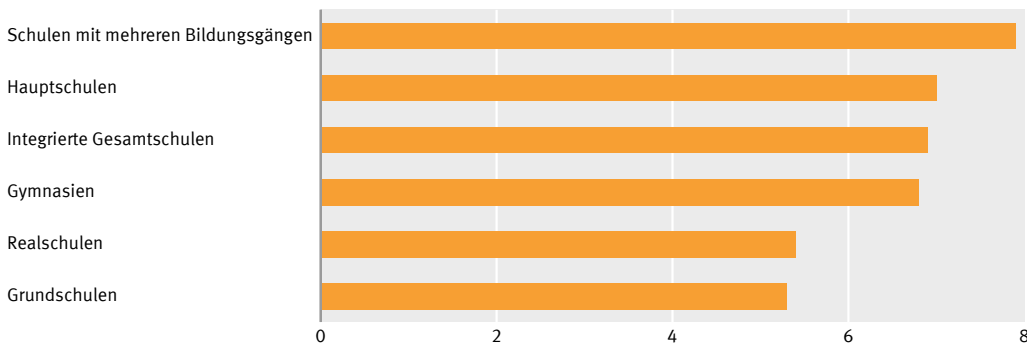
3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.3 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Durchführungsbetrachtung

Bereichskennung	Bereich	Ausgaben		Anteile am Bruttoinlandsprodukt	
		2012	2011	2012	2011
		Mrd. EUR		%	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	155,3	154,3	5,8	5,9
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	134,9	133,9	5,1	5,1
A31	ISCED 0 – Elementarbereich	/	15,3	/	0,6
A32	ISCED 1 – 4 – Schulen und schulnaher Bereich	/	82,1	/	3,1
	dar.: Allgemeinbildende Bildungsgänge	/	61,0	/	2,3
	Berufliche Bildungsgänge	/	8,5	/	0,3
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System	/	10,3	/	0,4
A33	ISCED 5/6 – Tertiärbereich	/	34,3	/	1,3
	dar.: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	/	13,4	/	0,5
A34	Sonstige (keiner ISCED-Stufe zugeordnet)	/	2,2	/	0,1
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	5,7	5,6	0,2	0,2
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	14,6	14,7	0,5	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	21,7	21,5	0,8	0,8
A+B	Bildungsbudget insgesamt	177,0	175,7	6,6	6,7
C	Forschung und Entwicklung	79,5	75,5	3,0	2,9
C10	Wirtschaft	53,8	51,1	2,0	2,0
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,6	1,5	0,1	0,1
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	9,9	9,5	0,4	0,4
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	14,3	13,4	0,5	0,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	5,1	5,1	0,2	0,2
A+B+C+D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	247,4	242,8	9,3	9,3

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/12“.

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2011 in 1 000 EUR



Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben.

2014 - 01 - 0202

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.4 Ausgaben der Hochschulen

	Insgesamt		Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben	
			zusammen		davon					
					Personalausgaben		übrige laufende Ausgaben			
	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	
Deutschland	44 878	2,8	40 220	4,0	25 405	5,1	14 816	2,1	4 656	- 6,3
Baden-Württemberg	6 775	1,4	6 082	5,1	3 885	4,8	2 197	5,8	692	- 22,9
Bayern	6 809	3,9	5 897	5,6	3 752	6,3	2 144	4,4	913	- 6,2
Berlin	2 897	3,0	2 720	5,5	1 691	6,0	1 029	4,6	177	- 24,5
Brandenburg	504	0,8	427	4,3	325	4,8	103	2,7	77	- 14,9
Bremen	437	- 1,2	403	0,5	277	2,1	126	- 2,8	34	- 17,9
Hamburg	1 545	0,6	1 469	3,7	855	2,8	614	5,1	76	- 37,1
Hessen	3 546	- 2,0	2 946	- 1,7	1 990	3,9	956	- 11,8	600	- 3,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 159	14,6	884	3,1	580	4,4	304	0,9	275	78,8
Niedersachsen	3 578	4,5	3 309	4,8	2 106	6,4	1 202	2,3	269	0,5
Nordrhein-Westfalen	9 337	3,6	8 524	3,2	5 077	5,6	3 447	- 0,1	812	7,6
Rheinland-Pfalz	1 610	4,8	1 537	5,7	964	6,7	573	4,1	73	- 10,7
Saarland	750	5,7	684	6,2	429	0,0	255	18,8	67	0,3
Sachsen	2 284	2,5	1 970	3,8	1 339	4,1	630	3,2	315	- 4,7
Sachsen-Anhalt	1 189	3,5	1 106	4,2	709	3,1	397	6,2	83	- 5,2
Schleswig-Holstein	1 446	1,2	1 342	4,4	776	5,1	567	3,4	104	- 27,6
Thüringen	1 011	0,3	919	1,7	648	2,3	271	0,2	92	- 12,1
	nach Hochschularten									
Universitäten	38 885	2,5	34 823	3,5	21 626	4,7	13 198	1,4	4 060	- 5,2
Universitäten, ohne medizinische Einrichtungen	18 535	2,2	16 293	3,5	11 258	4,3	5 035	1,8	2 242	- 6,2
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	20 350	2,7	18 530	3,4	10 368	5,2	8 163	1,2	1 818	- 3,8
Pädagogische Hochschulen	128	2,0	122	4,9	99	4,6	23	6,4	6	- 36,6
Theologische Hochschulen	38	1,3	37	2,1	26	4,8	11	- 4,0	1	- 18,0
Kunsthochschulen	605	1,9	558	3,2	408	3,5	151	2,2	47	- 10,8
Fachhochschulen	4 885	4,9	4 374	8,1	3 035	7,5	1 339	9,3	511	- 16,0
Verwaltungsfachhochschulen	337	11,2	306	6,4	211	6,5	95	6,0	31	100,2
	nach Fächergruppen									
Sprach- und Kulturwissenschaften	2 046	1,9	2 001	3,0	1 679	4,4	322	- 3,9	44	- 30,9
Sport, Sportwissenschaft	178	1,7	161	2,5	123	4,9	39	- 4,4	16	- 5,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	2 794	5,2	2 664	5,3	2 074	5,3	589	5,2	131	3,3
Mathematik, Naturwissenschaften	4 975	1,6	4 374	3,4	3 414	4,1	960	1,1	601	- 9,6
Humanmedizin, Gesundheitswissen- schaften (einschl. zentrale Einrich- tungen der Hochschulkliniken)	20 406	2,8	18 585	3,5	10 403	5,3	8 182	1,2	1 820	- 3,8
Veterinärmedizin	175	3,7	165	4,1	125	3,7	41	5,5	10	- 3,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissen- schaften	492	- 0,6	459	1,8	355	1,6	104	2,7	33	- 24,7
Ingenieurwissenschaften	4 021	1,9	3 591	3,7	2 942	3,9	649	2,8	431	- 10,9
Kunst, Kunstwissenschaft	720	1,5	666	3,7	527	4,1	139	2,4	54	- 19,2
Hochschule insgesamt, zentrale Einrich- tungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	9 071	3,7	7 555	5,7	3 763	6,9	3 791	4,4	1 516	- 5,2

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.5 Monetäre Kennzahlen für Hochschulen

	Laufende Grundmittel ¹						Drittmittel je Professor/-in ³		Drittmittel je wissenschaftlichem Personal ²	
	je Studierende(n)		je wissenschaftl. Personal ²		je Professor/-in ³		2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr				
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Deutschland (Hochschulen)	6 800	- 2,6	108 800	2,8	406 700	1,3	160 800	4,3	43 000	5,9
Deutschland (Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen)	5 800	- 2,9	118 200	2,4	354 300	1,5	131 100	5,5	43 800	6,4
Hochschulen insgesamt ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen nach Ländern										
Baden-Württemberg	6 400	- 0,1	104 300	5,2	325 000	3,2	135 800	8,0	43 600	10,2
Bayern	5 900	- 6,8	104 500	- 3,4	345 300	- 1,2	127 600	1,2	38 600	- 1,1
Berlin	5 100	- 3,9	109 400	- 0,8	294 700	- 2,7	154 400	1,0	57 300	3,0
Brandenburg	5 100	- 5,5	107 600	- 10,1	318 600	- 9,3	134 400	26,3	45 400	25,2
Bremen	5 900	- 1,2	123 600	- 0,2	324 300	2,7	195 800	5,1	74 600	2,1
Hamburg	5 900	- 0,4	122 500	0,5	368 600	0,4	114 800	10,0	38 200	10,1
Hessen	5 800	- 5,3	138 200	- 1,1	401 700	- 0,8	118 400	5,2	40 700	4,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 100	3,1	119 800	3,8	321 200	4,3	99 400	10,8	37 100	10,3
Niedersachsen	7 500	- 9,1	133 900	- 4,5	390 300	- 3,2	133 000	14,0	45 700	12,4
Nordrhein-Westfalen	4 800	- 2,9	124 400	12,5	381 300	4,9	136 200	1,9	44 400	9,3
Rheinland-Pfalz	5 300	3,4	120 400	2,6	337 300	7,3	72 300	- 0,9	25 800	- 5,3
Saarland	6 100	47,2	97 000	26,7	379 400	51,3	152 600	65,8	39 000	38,9
Sachsen	6 500	1,9	130 000	4,0	356 200	3,1	188 800	2,6	68 900	3,5
Sachsen-Anhalt	6 800	- 1,7	134 900	- 1,3	374 800	- 0,4	91 600	4,8	33 000	3,9
Schleswig-Holstein	5 100	- 0,5	118 800	0,5	316 100	2,3	86 100	- 6,6	32 400	- 8,2
Thüringen	7 300	- 1,8	125 600	- 2,0	363 000	- 1,4	116 700	15,9	40 400	15,3
Hochschulen nach Hochschularten										
Universitäten, ohne Medizinische Einrichtungen ⁴	6 600	- 2,6	129 000	3,3	513 500	2,2	232 300	5,7	58 400	6,9
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	31 700	2,5	81 600	4,1	1 064 600	- 2,8	534 000	- 2,4	40 900	4,5
Kunsthochschulen	14 300	2,6	107 400	3,5	234 500	3,3	14 200	5,6	6 500	5,8
Fachhochschulen	3 800	- 3,8	93 200	- 0,2	179 700	0,5	25 500	10,3	13 200	9,5
Hochschulen nach Fächerguppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	4 900	- 2,3	108 900	0,6	399 200	2,6	100 000	14,8	27 300	12,6
Sport, Sportwissenschaft	6 300	- 2,5	130 000	4,3	749 500	- 4,4	161 800	- 5,4	28 100	3,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	3 500	0,3	95 200	2,9	266 200	3,0	53 500	4,0	19 100	3,9
Mathematik, Naturwissenschaften	8 600	- 3,5	136 000	3,1	456 800	1,8	232 800	3,5	69 300	4,8
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften (einschl. zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	24 000	- 0,6	80 700	3,8	989 400	- 4,1	494 500	- 3,9	40 300	4,0
Veterinärmedizin	16 200	- 10,8	163 200	- 10,9	805 100	- 9,0	176 300	10,6	35 700	8,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	9 400	- 12,2	155 300	- 4,9	408 700	- 6,9	151 400	- 0,4	57 500	1,6
Ingenieurwissenschaften	6 400	- 4,7	132 500	5,8	348 500	2,5	179 800	6,7	68 400	10,1
Kunst, Kunstwissenschaft	9 000	1,2	104 100	1,0	242 300	1,2	22 100	4,0	9 500	3,8
Fächerguppen zusammen	6 800	- 2,6	108 800	2,8	406 700	1,3	160 800	4,3	43 000	5,9

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Laufende Ausgaben zuzüglich unterstellte Sozialbeiträge des verbeamteten Hochschulpersonals abzüglich der Einnahmen und Ausgaben für Mieten und Pachten.

2 Ohne Drittmittelpersonal.

3 Ohne drittmittelfinanzierte Professoren/Professorinnen.

4 Einschl. Pädagogische und Theologische Hochschulen.

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.1 Nach durchführenden Bereichen

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal			
	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ¹	
			2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	78 954	4,6	591 261	2,8	352 419	4,1
Öffentlicher Bereich und private Institutionen ohne Erwerbszweck	11 341	3,3	95 882	2,4	55 597	2,6
Bundes-, Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ² ³	1 280	6,1	12 115	-1,4	5 331	-0,5
Überwiegend öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen ³	10 060	3,0	83 767	2,9	50 266	2,9
Hochschulen ³	13 824	2,8	127 900	2,9	97 199	3,6
Unternehmensbereich	53790	5,3	367478	2,9	199623	4,7

1 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

2 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

3 Forschungsanteile.

3.10.2 Im öffentlichen Bereich und privaten Institutionen ohne Erwerbszweck

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal ¹			
	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ²	
			2012	Veränderung gegenüber Vorjahr	2012	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	11 341	3,3	95 882	2,4	55 597	2,6
nach Institutionen						
Bundesauftragseinrichtungen ³	1 047	8,1	9 315	0,3	3 948	0,7
Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ³ ⁴	233	-1,9	2 800	-6,8	1 383	-3,8
Helmholtz-Zentren ⁵	3 751	6,4	29 403	6,7	16 817	5,7
Max-Planck-Institute	1 656	3,5	12 733	0,8	7 396	8,9
Fraunhofer-Institute	1 889	3,0	15 319	3,3	10 080	-2,8
Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“) ⁵ ..	1 180	0,5	11 147	1,5	6 535	3,9
Sonstige Forschungseinrichtungen ³ ⁴ ..	1 177	-4,6	11 983	-0,3	8 259	0,2
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen ³ ⁴	407	1,2	3 183	-5,0	1 179	-3,6
nach Wissenschaftszweigen						
Naturwissenschaften	5 421	3,1	44 132	2,6	25 722	5,4
Ingenieurwissenschaften	2 816	-1,8	23 826	2,1	14 445	-4,2
Medizin	1 027	12,7	8 756	9,4	4 861	11,7
Agrarwissenschaften	615	7,1	5 823	-1,5	2 467	0,8
Sozial- und Geisteswissenschaften	1 463	7,1	13 345	-0,4	8 102	2,6

Ohne Hochschulen.

1 Auf Vollzeitbeschäftigung umgerechnet.

2 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

3 Forschungsanteile.

4 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

5 Institute, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.3 Unternehmensbereich 2012

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)			Forschungspersonal	
	insgesamt	davon		darunter finanziert von der Wirtschaft	insgesamt
		interne FuE- Aufwendungen	externe FuE- Aufwendungen außer- halb des Wirtschafts- sektors		
	Mill. EUR			%	Vollzeitäquivalent
Insgesamt	66 602	53 790	12 812	90,9	367 478
	nach Wirtschaftszweigen				
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	195	138	57	94,3	1 242
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	16	11	5	79,8	120
Verarbeitendes Gewerbe	57 615	46 333	11 282	92,8	304 442
H. v. Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken und Tabakerzeugnissen	341	315	26	96,5	2 644
H. v. Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen	133	122	11	91,5	1 629
H. v. Holzwaren, Papier, Pappe und Druckerzeugnissen	190	172	18	97,6	1 609
Kokerei und Mineralölverarbeitung	99	96	3	24,7	437
H. v. chemischen Erzeugnissen	3 976	3 496	480	95,4	23 920
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	5 767	4 092	1 675	97,5	20 567
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren sowie Glaswaren und Keramik	1 314	1 242	72	93,3	11 026
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metall- erzeugnissen	1 448	1 295	153	80,8	11 704
H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	8 163	7 392	771	95,0	58 050
H. v. elektrischen Ausrüstungen	1 908	1 732	176	93,8	16 343
Maschinenbau	5 807	5 183	624	94,8	41 333
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	23 491	17 361	6 130	95,1	93 519
Sonstiger Fahrzeugbau	3 696	2 683	1 013	68,7	13 913
Sonst. H. v. Waren, Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	1 284	1 154	130	93,8	7 749
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall- entsorgung	273	186	87	90,3	959
Baugewerbe/Bau	83	71	12	82,7	911
Information und Kommunikation	3 750	3 175	575	81,6	23 680
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	305	265	40	99,7	1 547
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	3 724	3 140	584	75,2	29 931
dar. Institutionen für Gemeinschaftsforschung	456	273	183	29,5	3 383
Restliche Abschnitte	641	471	170	74,6	4 646

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Quellen: Stifterverband Wissenschaftsstatistik und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2012

	Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen ¹	Wirtschaft		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
	Mill. EUR				% des Bruttoinlandsprodukts ²			
Deutschland³	78 954	11 341	13 824	53 790	2,96	0,43	0,52	2,02
Baden-Württemberg	20 325	1 582	2 211	16 532	5,14	0,40	0,56	4,18
Bayern	15 289	1 604	2 092	11 593	3,23	0,34	0,44	2,45
Berlin	3 777	1 356	944	1 476	3,59	1,29	0,90	1,40
Brandenburg	974	439	210	324	1,70	0,77	0,37	0,57
Bremen	754	262	209	283	2,71	0,94	0,75	1,02
Hamburg	2 196	453	499	1 244	2,31	0,48	0,53	1,31
Hessen	7 091	506	984	5 602	3,11	0,22	0,43	2,46
Mecklenburg-Vorpommern	768	267	247	255	2,10	0,73	0,67	0,70
Niedersachsen	6 742	883	1 204	4 655	2,88	0,38	0,51	1,99
Nordrhein-Westfalen	12 176	1 947	2 909	7 319	2,08	0,33	0,50	1,25
Rheinland-Pfalz	2 462	197	503	1 762	2,07	0,17	0,42	1,48
Saarland	469	136	155	178	1,47	0,43	0,49	0,56
Sachsen	2 826	791	774	1 262	2,91	0,81	0,80	1,30
Sachsen-Anhalt	751	261	257	232	1,43	0,50	0,49	0,44
Schleswig-Holstein	1 139	295	296	549	1,48	0,38	0,39	0,71
Thüringen	1 128	273	329	527	2,27	0,55	0,66	1,06

1 Interne FuE-Aufwendungen.

2 BIP für Deutschland; Stand Juni 2013.

3 Einschl. nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10.5 Personal für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2012

	Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
Deutschland¹	591 261	95 882	127 900	367 478
Baden-Württemberg	135 886	14 466	21 045	100 375
Bayern	112 976	12 720	18 922	81 334
Berlin	32 412	11 132	9 611	11 669
Brandenburg	9 515	3 860	2 333	3 323
Bremen	6 071	2 074	1 854	2 142
Hamburg	14 210	2 960	3 913	7 337
Hessen	49 091	4 214	8 067	36 811
Mecklenburg-Vorpommern	6 805	2 134	2 419	2 252
Niedersachsen	46 787	7 864	10 863	28 059
Nordrhein-Westfalen	96 191	16 184	25 005	55 002
Rheinland-Pfalz	19 298	1 961	4 634	12 704
Saarland	4 215	1 086	1 457	1 672
Sachsen	27 371	7 232	8 432	11 708
Sachsen-Anhalt	8 061	2 506	2 822	2 733
Schleswig-Holstein	10 495	2 564	3 060	4 870
Thüringen	11 425	2 473	3 463	5 489

1 Einschl. nicht zuzuordnendem Personal.

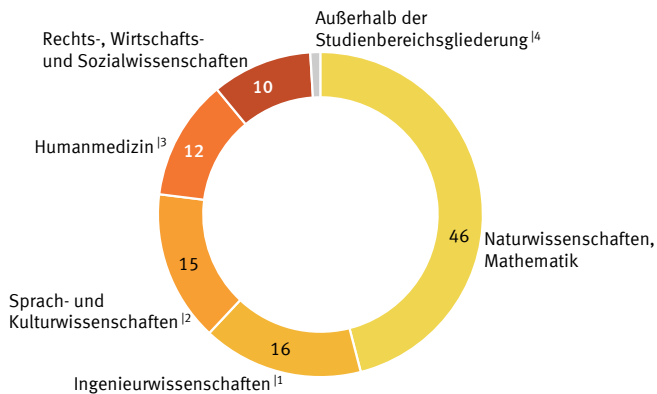
Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.11 Hochqualifizierte in Deutschland
3.11.1 Erwerbstätige Promovierte unter 65 Jahren 2011

	Insgesamt	Art der Tätigkeit		
		unbefristet	befristet	ohne Angaben
Insgesamt	533 800	459 000	44 300	30 500
Männer	367 500	326 500	25 600	15 400
Frauen	166 300	132 500	18 600	15 100
im Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 45	235 100	195 200	28 500	11 400
45 – 55	175 700	154 600	10 200	10 900
55 – 65	122 900	109 100	5 600	8 200
	Forscherinnen und Forscher			
Zusammen	99 300	79 400	17 500	2 400
Männer	75 900	64 200	10 400	1 300
Frauen	23 400	15 300	7 000	1 100
im Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 45	45 500	30 600	14 000	/
45 – 55	31 600	28 300	2 300	900
55 – 65	22 300	20 500	1 100	700
	Nicht-Forscherinnen und Forscher			
Zusammen	434 400	379 500	26 800	28 100
Männer	291 600	262 300	15 200	14 100
Frauen	142 800	117 300	11 600	14 000
im Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 45	189 700	164 600	14 500	10 600
45 – 55	144 100	126 300	7 800	10 000
55 – 65	100 600	88 600	4 500	7 500

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels. – Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundung der Zahlen.

Forscher/-innen 2011
nach Fächergruppen, in %



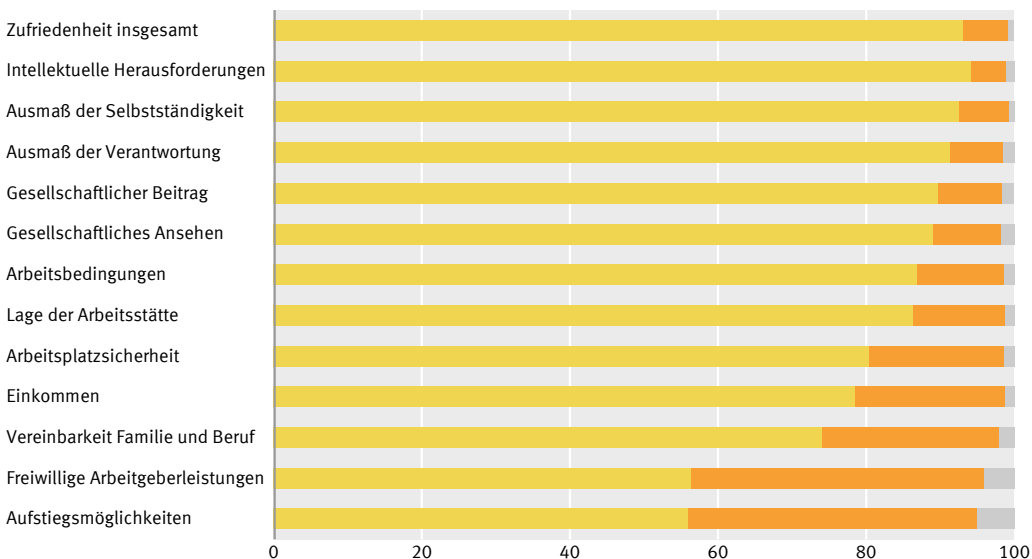
Ohne Personen, die keine Angaben zur Fächergruppe gemacht haben oder mit Studienfach "Außerhalb der Studienbereichsgliederung".

- 1 Einschl. Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin.
- 2 Einschl. Kunst/Kunstwissenschaften, Sport.
- 3 Einschl. Gesundheitswissenschaften.
- 4 Kein Nachweis, weil Ergebnis statistisch relativ unsicher.

2014 - 01 - 0203

Zufriedenheit der erwerbstätigen, promovierten Forscher/-innen mit beruflicher Tätigkeit 2011
in %

Zufriedenheit Unzufrieden Ohne Angabe



Im Alter unter 65 Jahren. – Nähere Informationen zur Erhebung siehe "Wirtschaft und Statistik", 1/2014, S. 52ff.

2014 - 01 - 0204

Methodik

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Die Daten zum Bildungsstand geben wichtige Aufschlüsse über die Qualifikation der Bevölkerung im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit und das Bildungs- bzw. Ausbildungspotenzial unserer Gesellschaft. Sie werden auf der Grundlage des **Mikrozensusgesetzes** 2005 gewonnen. Ca. 1 % der Bevölkerung, die nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren ausgewählt werden, geben Auskunft u. a. über Schulbesuch und Bildungsstand.

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) bildet das berufliche Ausbildungsgeschehen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen vollständig und systematisch ab. Hierzu wird neben der Schulstatistik auch auf die Hochschulstatistik, die Berufsbildungsstatistik, die Personalstatistik und die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) sowie dem Hessischen Statistischen Landesamt bearbeitet.

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die **Bundes-Schulstatistik** veröffentlicht Daten über Lehrende und Lernende an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Aufgrund der im Grundgesetz geregelten Kulturhoheit der Länder wird in jedem Land eine an der jeweiligen Bildungspolitik orientierte und damit länderspezifische Schulstatistik durchgeführt. Für Ländervergleiche sowie für Bundeszwecke hat die Ständige Konferenz der Kultusminister einheitliche Begriffe und Definitionen sowie ein einheitliches Mindesterhebungsprogramm vorgegeben.

■ Auszubildende

Die **Berufsbildungsstatistik** erhebt und analysiert Daten über Jugendliche im dualen System (praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische in Berufsschulen) sowie über das nicht schulische Ausbildungspersonal. Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsgesetz in der Fassung vom 5.2.2009. Die Angaben werden dabei von den zuständigen Stellen, z. B. Industrie- und Handelskammern, gemeldet (Sekundärstatistik). Neben den Berufen, die im dualen System ausgebildet werden, gibt es auch rein schulische Berufsausbildungen, insbesondere die meisten Gesundheitsdienstberufe. Angaben hierüber erhebt die **Schulstatistik**.

■ Hochschulen

Die **Studenten-, Prüfungs-, Personal-, Stellen-, Gasthörer- und Habilitationsstatistik** sind Totalerhebungen, die auf der Grundlage der zum 1.6.1992 in Kraft getretenen Neufassung des Hochschulstatistikgesetzes jährlich bzw. semesterweise durchgeführt werden. Die Daten entstammen den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen und Prüfungsämter (Sekundärstatistik) und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

Die endgültigen Ergebnisse liegen je nach Einzelstatistik etwa drei bis neun Monate nach Ende des Berichtszeitraumes bzw. -punktes vor, vorläufige Daten der Studenten- und Personalstatistik z. T. auch deutlich früher. Hochschulstatistische Informationen stehen seit Mitte der 1970er Jahre für das frühere Bundesgebiet und seit 1992 für Deutschland in differenzierter Form zur Verfügung und sind regional auf den Ebenen Bund, Länder und einzelne Hochschulen vergleichbar.

■ Deutsche Studierende im Ausland

Die Statistik Deutsche Studierende im Ausland stützt sich auf eine Reihe verschiedenartiger Quellen. Hierzu gehören Eurostat, die OECD, das UNESCO Institute for Statistics sowie die jährliche Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den mit der Bildungsstatistik befassten Institutionen ausgewählter Staaten. Diese Statistik dokumentiert die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufenthalten im Ausland.

■ Weiterbildung

Daten zur **betrieblichen Weiterbildung von Beschäftigten** werden im Rahmen der Europäischen Erhebung über die berufliche Weiterbildung in Unternehmen (CVTS - Continuing Vocational Training Survey) im Auftrag der Europäischen Kommission alle fünf Jahre erhoben.

Angaben zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen erhebt ebenfalls der **Mikrozensus**.

Aus der **Berufsbildungsstatistik** werden auch Zahlen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fortbildungsprüfungen der Wirtschaftsorganisationen übernommen, z. B. der Handwerkskammern.

Die **Volkshochschulstatistik** erhebt und veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung im Auftrag des Verbandes der Volkshochschulen. In der amtlichen Statistik gibt es keine vergleichbare Erhebung. Um das weite Spektrum, insbesondere der Erwachsenenbildung, wenigstens in Auszügen darstellen zu können, greift das Statistische Bundesamt auf die Volkshochschulstatistik zurück.

■ Ausbildungsförderung

Die Statistiken nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage der jeweiligen Leistungsgesetze jährlich durchgeführt werden. Die Angaben zum BAföG und AFBG werden der amtlichen Statistik von den Landesrechenzentren, die mit der Berechnung der Förderungsbeiträge beauftragt sind, als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt (Sekundärstatistik).

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Die Datenbasis für die **Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler** bilden die Jahresrechnungsstatistik der staatlichen Haushalte und die Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.

Die **Hochschulfinanzstatistik** liefert wichtige Informationen zur allgemeinen Bildungs- und Hochschulplanung in Bund und Ländern. Sie sind die Basis für eine Vielzahl von bildungs- und forschungspolitischen Entscheidungen. Die Statistik ist eine Totalerhebung, die jährlich bzw. vierteljährlich durchgeführt wird. Dabei sind alle Hochschulen und Hochschulkliniken bzw. die Stellen, die für diese Mittel bewirtschaften, auskunftspflichtig. Die Angaben für die Statistik entstammen weitestgehend den vorliegenden Verwaltungsdaten der Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Landesämtern erhoben. Rechtsgrundlagen sind das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) sowie das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG).

■ Deutschlandstipendium

Die Statistiken zum Deutschlandstipendium (Stipendien und Mittelgeber) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage des Stipendienprogramm-Gesetzes (StipG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) jährlich durchgeführt werden. Die Angaben stammen von den einzelnen Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

In der **Statistik über Forschung und Entwicklung (FuE)** werden auf Grundlage der Verordnung Nr. 753/2004 der Europäischen Kommission die Sektoren Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck (außeruniversitäre Einrichtungen), Hochschulen und Wirtschaft getrennt dargestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt die Daten für außeruniversitäre Einrichtungen durch eine Erhebung und berechnet die Ausgaben und das Personal für Hochschulen auf Grundlage der Hochschulstatistiken. Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH ermittelt die Daten zu FuE im Wirtschaftssektor durch eine Erhebung bei Unternehmen. Nach der Zusammenführung der Daten ergibt sich das Gesamtergebnis für alle Sektoren. Die jeweiligen Erhebungs- und Berechnungsverfahren entsprechen den methodischen Empfehlungen des Frascati-Handbuchs der OECD.

■ Karriereverläufe und internationale Mobilität von Hochqualifizierten

Die Erhebung der Daten wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert und nach § 7 Bundesstatistikgesetz auf freiwilliger Basis einmalig für das Berichtsjahr 2011 durchgeführt. Erhoben wurden Angaben von promovierten und nicht promovierten (Fach-) Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu den Karriereverläufen, zur internationalen Mobilität sowie zu Forschertätigkeiten.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abendgymnasien | Sie ermöglichen es befähigten Erwachsenen, in einem Zeitraum von in der Regel drei Jahren die allgemeine Hochschulreife zu erwerben. Für die Aufnahme muss eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens zweijährige geregelte Berufstätigkeit nachgewiesen werden. Die Bewerberin bzw. der Bewerber soll das 19. Lebensjahr im Schuljahr der Anmeldung vollendet haben. Die Schülerinnen und Schüler der Abendgymnasien müssen in der Regel während des Schulbesuchs – mit Ausnahme der Prüfungsphase – berufstätig sein.

Abendhauptschulen | Der Besuch der Abendhauptschule führt in einem einjährigen Ausbildungsgang (zwei Semester) zum Hauptschulabschluss. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen in der Regel die Vollzeitschulpflicht erfüllt haben und dürfen weder eine allgemeinbildende noch eine berufliche Vollzeitschule besuchen.

Abendrealschulen | Sie führen Erwachsene in Abendkursen (vier Semester) zum Realschulabschluss.

Ausgaben der Hochschulen | Diese umfassen neben der Lehre und Forschung auch die Krankenbehandlung. Sie sind nach Ländern, Hochschularten und Fächergruppen sowie nach den Ausgabearten Personalausgaben, übrige laufende Ausgaben und Investitionsausgaben dargestellt.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung | Hierbei handelt es sich um Ausgaben für systematische, schöpferische Arbeiten zur Erweiterung des Kenntnisstandes einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Ausgaben je Schülerin bzw. je Schüler | Sie sind ein Maß dafür, wie viel Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung jeder Schülerin bzw. jedes Schülers an öffentlichen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben. Sie sind nach Schularten, Ländern und Ausgabearten dargestellt.

Auszubildende | Hierzu zählen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bzw. in einer Regelung für Menschen mit Behinderungen durchlaufen. Dazu gehören auch Jugendliche, deren Ausbildung voll oder teilweise durch staatliche Programme finanziert wird. Nicht als Auszubildende gelten Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich in beruflichen Schulen erfolgt (z. B. Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen) oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst).

Benchmarks | Die nationalen Benchmarks verfolgen politische Ziele. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in seinen „Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems“ eine Studienberechtigtenquote von 50 %, eine Studienanfängerquote von 40 % und eine Absolventenquote von 35 %, gemessen am jeweiligen Altersjahrgang. Auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern 2008 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss von 8 % auf 4 % und die Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 % auf 8,5 % zu halbieren.

Berufsaufbauschulen | Das sind Schulen, die neben einer Berufsschule oder nach erfüllter Berufsschulpflicht von Jugendlichen besucht werden, die in einer Berufsausbildung stehen oder eine solche abgeschlossen haben. Diese Schulen vermitteln eine über das Ziel der Berufsschule hinausgehende allgemeine fachtheoretische Bildung und führen zu einem dem „Mittleren Schulabschluss“ gleichwertigen Bildungsstand (Fachschulreife). Der Bildungsgang umfasst in Vollzeitform mindestens ein Jahr, in Teilzeitform einen entsprechend längeren Zeitraum.

Berufsfachschulen | Das sind Schulen mit Vollzeitunterricht von mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer für deren Besuch keine Berufsausbildung oder berufliche Tätigkeit vorausgesetzt wird. Sie vermitteln allgemeine und fachliche Lerninhalte

und befähigen die Schülerin bzw. den Schüler den Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf (gemäß BBiG bzw. HwO) zu erlangen. Alternativ kann die Schülerin bzw. der Schüler einen Abschluss in einer Berufsausbildungsabschlus absolviert, der nur in Schulen erworben werden kann (außerhalb BBiG bzw. HwO).

Berufsgrundbildungsjahr | Das Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form hat die Aufgabe, allgemeine und – auf der Breite eines Berufsfeldes (z. B. Wirtschaft, Metall) – fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres kann auf die Berufsausbildung im dualen System angerechnet werden.

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen | Diese Schulen vermitteln eine allgemeine und fachtheoretische Bildung. Sie bauen auf einer der jeweiligen Ausbildungsrichtung entsprechenden Berufsausbildung oder Berufsausübung und einem mittleren Schulabschluss auf und verleihen nach bestandener Abschlussprüfung die fachgebundene Hochschulreife. Durch eine Ergänzungsprüfung in einer zweiten Fremdsprache kann die allgemeine Hochschulreife erworben werden. Die Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen umfassen mindestens zwei Schuljahre und werden als Vollzeitschulen geführt.

Teilzeit-Berufsschulen | Dies sind Einrichtungen im Rahmen der Schulpflichtregelungen, die von Jugendlichen besucht werden, die sich in der beruflichen Ausbildung befinden (Berufsschulen im dualen System), in einem Arbeitsverhältnis stehen oder beschäftigungslos sind. Sie haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Die Berufsschulen im dualen System werden in der Regel von Jugendlichen nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr oder bis zum Abschluss der praktischen Berufsausbildung besucht. Der Unterricht wird in der Regel als Teilzeitunterricht an zwei Tagen in der Woche oder als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten in Vollzeitform erteilt; er steht in enger Beziehung zur Ausbildung im Betrieb. Die kooperative Form des Berufsgrundbildungsjahres (duales System) wird entweder in Teilzeit- oder in Blockform geführt. Auf Bundesebene werden diese Schulen den Teilzeit-Berufsschulen zugeordnet.

Berufsvorbereitungsjahr | Dies ist ein besonderer einjähriger bzw. zweijähriger Bildungsgang. Hier werden Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vorbereitet. Der Unterricht erfolgt in Vollzeit- oder Teilzeitform.

Drittmittel | Zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre werden von öffentlichen und privaten Stellen zusätzlich zum regulären Haushalt (Grundausstattung) sogenannte Drittmittel eingeworben. Die Drittmittel je Professorin bzw. Professor geben an, wie viel Drittmittel je Professorin bzw. Professor eingeworben wurden. Beide Kennzahlen werden nach Ländern, nach Hochschularten und Fächergruppen dargestellt.

Fachakademien | Fachakademien sind berufliche Bildungseinrichtungen in Bayern, die den „Mittleren Schulabschluss“ voraussetzen und in der Regel im Anschluss an eine dem Ausbildungsziel dienende berufliche Ausbildung oder praktische Tätigkeit auf den Eintritt in eine angehobene Berufslaufbahn vorbereiten. Der Ausbildungsgang umfasst bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Jahre.

Fachgymnasien | Das sind berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch mindestens der „Mittlere Schulabschluss“ vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert in der Regel drei Jahre. Der Abschluss des Fachgymnasiums gilt als Zugangsberechtigung für ein Studium an Hochschulen.

Fachhochschulen | Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) bieten eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung in Studiengängen für Ingenieurinnen und Ingenieure und für andere Berufe, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Gestaltung und Informatik. Das Studium ist in der Regel kürzer als das an wissenschaftlichen Hochschulen.

Fachhochschulreife | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Fachoberschulen.

Fachoberschulen | Aufbauend auf dem „Mittleren Schulabschluss“ vermitteln diese Schulen allgemeine, fachtheoretische und fachpraktische Kenntnisse und Fähigkeiten. Sie führen zur Fachhochschulreife bzw. in drei Jahren auch zur allgemeinen Hochschulreife.

Fachschulen | Fachschulen sind Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung. Die Bildungsgänge in den Fachbereichen schließen an eine berufliche Erstausbildung und an Berufserfahrungen an. Sie führen in unterschiedlichen Organisationsformen des Unterrichts (Vollzeit- oder Teilzeitform) zu einem staatlichen postsekundären Berufsabschluss nach Landesrecht. Sie können darüber hinaus Ergänzungs-/Aufbaubildungsgänge sowie Maßnahmen der Anpassungsweiterbildung anbieten. Nach bestandener Prüfung ist mit dem Abschlusszeugnis die Berechtigung verbunden, die Berufsbezeichnung „Staatlich geprüfter.../Staatlich geprüfte...“ bzw. „Staatlich anerkannter.../Staatlich anerkannte...“ zu führen. Nach Maßgabe der Vereinbarung über den Erwerb der Fachhochschulreife in beruflichen Bildungsgängen kann zusätzlich die Fachhochschulreife erworben werden.

Förderschulen | Förderschulen haben in der Regel den gleichen Bildungsauftrag wie die übrigen allgemeinbildenden Schulen. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und emotional benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in allgemeinen Schulen unterrichtet werden können. Zu den Förderschulen zählen u. a. auch alle übrigen selbstständigen allgemeinbildenden Schularten für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung, wie z. B. Realförderschulen und Gymnasialförderschulen. Gleichfalls werden dieser Schulart alle Zweige und Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zugeordnet, die aus schulorganisatorischen Gründen mit Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen sowie mit Gymnasien verbunden sind.

Forscherin, Forscher | Im Gegensatz zum Forschungspersonal zählen zu den in der Erhebung zu Karriereverläufen und internationaler Mobilität von Hochqualifizierten erhobenen Forscherinnen und Forschern alle Fachleute, die im Bereich der Grundlagenforschung, im Bereich der experimentellen Entwicklung oder im Bereich der angewandten Forschung neue Erkenntnisse, Produkte, Verfahren, Methoden und Systeme konzipieren oder schaffen und/oder die betreffenden Projekte leiten. Dargestellt sind nur promovierte Forscherinnen und Forscher, die sich aufgrund der oben genannten Definition selbst den Forscherinnen bzw. Forschern zugeordnet haben.

Forschungspersonal | Dazu zählen alle direkt in Forschung und Entwicklung beschäftigten Arbeitskräfte, ungeachtet ihrer Position.

Freie Waldorfschulen | Dies sind private Ersatzschulen mit besonderer pädagogischer Prägung, die die Klassen 1 bis 12 bzw. 13 von Grund-, Haupt- und teilweise auch Förderschulen sowie Höheren Schulen als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

Grundschulen | Sie vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang in den Klassenstufen 1 bis 4. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe bzw. auf eine weiterführende Schule. In einigen Bundesländern umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. In der bundeseinheitlichen Statistik werden die 5. und 6. Klassenstufen an den Grundschulen der „Schulartunabhängigen Orientierungsstufe“ zugeordnet.

Gymnasien | Gymnasien sind weiterführende Schulen, die üblicherweise unmittelbar an die Grundschule oder die Orientierungsstufe anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen sechs bzw. sieben und neun Jahren. Das Abschlusszeugnis des Gymnasiums gilt als Zugangsberechtigung zum Studium an Hochschulen.

Hauptschulen | Hauptschulen vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereiten in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor.

Hauptschulabschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Hauptschulabschluss sind Schülerinnen und Schüler nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht von derzeit neun bis zehn Schuljahren der Hauptschulen, Förderschulen, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen.

Hochschulen | Dazu zählen alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Das Studium an Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Hochschulreife (Abitur) | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife sind insbesondere Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendgymnasien und Kollegs sowie der Fachgymnasien.

Integrierte Gesamtschulen | Das sind Einrichtungen mit integriertem Stufenaufbau, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer Schuleinheit zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen können organisatorisch mit Grundschulen (Grundstufe = Klassenstufe 1 – 4) und gymnasialen Oberstufen (Oberstufe = Einführungs- und Qualifikationsphasen 1 und 2) verbunden sein. Die Ergebnisse über die additiven und kooperativen Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Kollegs | Kollegs sind Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Für den Eintritt muss die Bewerberin bzw. der Bewerber – wie bei den Abendgymnasien – im Schuljahr der Anmeldung mindestens 19 Jahre alt werden. Zudem wird ebenfalls eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein gleichwertiger beruflicher Bildungsgang vorausgesetzt. Die Schulbesuchsdauer beträgt mit einsemestrigem Vorkurs in der Regel sechs Semester. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten dürfen während der Schulbesuchszeit keine beruflichen Tätigkeiten ausüben.

Kunsthochschulen | Dies sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Laufende Grundmittel | Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Die laufenden Grundmittel je Studierende(n) geben an, wie viel der Staat je Studierende(n) an die Hochschulen zahlen muss, damit die Hochschulen ihre Ausgaben decken. Wichtige monetäre Kennzahlen im Hochschulbereich sind die laufenden Grundmittel je Studierende(n) sowie die Drittmittel je Professorin bzw. Professor.

Lehrkräfte | Dazu zählen alle Personen, die ganz oder teilweise eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. eine Schule leiten. Damit Lehrkräfte, die an mehreren Schulen tätig sind, nicht mehrfach als Person gezählt werden, werden sie grundsätzlich an derjenigen Schule bzw. Schulart erfasst, an der sie überwiegend tätig sind. Lässt sich die überwiegende Tätigkeit nicht feststellen, wird ersatzweise der überwiegend erteilte Unterricht zugrunde gelegt. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind mit voller Regelpflichtstundenzahl beschäftigt. Teilzeitbeschäftigt sind Lehrkräfte, deren individuelle Pflichtstundenzahl aufgrund länderspezifischer Regelungen bis zu 50 % der Regelpflichtstunden ermäßigt worden ist. Stundenweise beschäftigte Lehrkräfte sind mit weniger als 50 % der Regelpflichtstunden einer vollbeschäftigten Lehrkraft tätig. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Referendarinnen und Referendare werden den stundenweise Beschäftigten zugeordnet, auch wenn sie mit mehr als 50 % der Regelpflichtstundenzahl unterrichten.

Pädagogische Hochschulen | Pädagogische Hochschulen sind überwiegend wissenschaftliche Hochschulen, z. T. mit Promotionsrecht. Sie bestehen nur noch in Baden-Württemberg als selbstständige Einrichtungen. In den übrigen Ländern sind sie in die Universitäten einbezogen und werden bei diesen nachgewiesen.

Personal an Hochschulen | Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen besteht aus den Professorinnen und Professoren, den Dozentinnen und Dozenten, den Assistentinnen und Assistenten, den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben. Zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören u. a. Gastprofessorinnen und -professoren, Emeriti (entpflichtete oder pensionierte Professorinnen und Professoren, die noch in Lehre oder Forschung tätig sind), Lehrbeauftragte und Wissenschaftliche Hilfskräfte.

Prüfungen an Hochschulen | Prüfungen (Abschlussprüfungen) an Hochschulen werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen sofern sie ein Studium beenden. Absolventinnen und Absolventen von universitären Studiengängen legen meist Diplom (U)- oder Staatsprüfungen (einschließlich Lehramtsprüfungen) ab. Promotionsprüfungen setzen in der Regel eine andere erste Abschlussprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluss sein.

Realschulen | Diese weiterführenden Schulen (Klassen 5 bzw. 7 bis 10) werden im Anschluss an die Grundschule oder die Orientierungsstufe besucht. Der „Mittlere Schulabschluss“ (Realschulabschluss) eröffnet u. a. den Zugang zu den Fachoberschulen; er wird deshalb auch als Fachoberschulreife bezeichnet. Außerdem besteht für Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit „Mittlerem Schulabschluss“ die Möglichkeit des Übergangs auf Gymnasien in Aufbauform.

Realschul- oder mittlerer Abschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Realschul- oder mittlerem Abschluss sind Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis einer Realschule, der Schularten mit mehreren Bildungsgängen, einer Realschulklasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als mittlerer Abschluss gilt insbesondere das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer integrierten Gesamtschule sowie das Abschlusszeugnis einer Berufsaufbau- oder zweijährigen Berufsfachschule.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen | Das sind weiterführende Schulen, die eine allgemeine Bildung vermitteln und die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung schaffen. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Die Schüler/-innen erwerben mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den mittleren Schulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen | Hierbei handelt es sich um schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

Schulen des Gesundheitswesens | Sie vermitteln die Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen/Entbindungspfleger, Masseure/Masseurinnen, Ergotherapeuten/-therapeutinnen, medizinische Bademeister/-innen u. a. m.). Die Aufnahmebedingungen sind je nach Berufswahl recht unterschiedlich. In der Regel erfolgt die Aufnahme in diese Einrichtungen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der Schulpflicht. Vorausgesetzt wird deshalb bei nahezu allen Berufen eine einschlägige Berufsausbildung oder der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt. Als Schulen des Gesundheitswesens zählen auch

die Pflegevorschulen, die in der Regel als freie Einrichtungen den Krankenanstalten sowie sozialpflegerischen oder sozialpädagogischen Einrichtungen angegliedert sind. Der Abschluss einer Pflegevorschule berechtigt im Allgemeinen zum Eintritt in eine Krankenpflegeschule, teilweise auch zum Eintritt in eine Fachschule für Sozialarbeit. Von ihrem Niveau her sind die zu freien Einrichtungen zählenden Pflegevorschulen denjenigen Berufsfachschulen gleichzusetzen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln. Die Pflegevorschulen gelten deshalb nicht als Ausbildungsstätten, die einen Ausbildungsabschluss vermitteln, sondern als berufsvorbereitende Einrichtungen.

Schulkindergärten | Diese sind überwiegend den Grund- oder Förderschulen angegliedert. Sie werden in der Regel von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern besucht und bereiten auf den Eintritt in diese Schulen vor.

Schulpflicht | Sie beträgt in nahezu allen Ländern zwölf Jahre. Sie gliedert sich in eine neunjährige, zum Teil auch zehnjährige Vollzeitschulpflicht und in eine dreijährige Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht (siehe Teilzeit-Berufsschulen)). Die Teilzeitschulpflicht kann auch durch den Besuch einer Vollzeitschule erfüllt werden.

Studienanfängerinnen und Studienanfänger | Das sind Studierende im 1. Hochschulsesemester (Erstimmatrikulierte, d. h. erstmals an einer Hochschule in Deutschland Immatrikulierte) oder im ersten Semester eines bestimmten Studienganges (1. Fachsemester).

Studierende | Das ist die Bezeichnung für in einem Fachstudium immatrikulierte/ eingeschriebene Personen, jedoch ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten sowie Gasthörerinnen und Gasthörer. In den Ergebnissen auch enthalten sind ab Wintersemester 1992/93 die Nebenhörerinnen und Nebenhörer, d. h. Studierende einer Hochschule, die gleichzeitig an einer anderen Hochschule eingeschrieben sind.

Theologische Hochschulen | Theologische Hochschulen sind kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen (ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten).

Universitäten | Dazu zählen die Technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den Pädagogischen- und Theologischen Hochschulen).

Verwaltungsfachhochschulen | An diesen verwaltungsinternen Fachhochschulen werden Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet.

Vorklassen | Vorklassen an Grund-, Förder- und Gesamtschulen werden von Kindern besucht, die schulfähig, jedoch noch nicht schulpflichtig sind.

Weiterbildung | Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenendkurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfasst.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Bildung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 21 und 91

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Fachberichte

Bildung in Deutschland
Bildungsstand der Bevölkerung

Wirtschaft und Statistik

Heft 6/10 Auswirkungen des Strukturwandels der Wirtschaft auf den Bildungsstand der Bevölkerung
Heft 11/11 Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Bildungsvorausberechnung – Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025 (2012)
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (2014)

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Fachberichte

Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2013)
Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger, Teilnehmer und Absolventen im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2012)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer (2012)

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen
Reihe 1.1 Private Schulen
Reihe 2 Berufliche Schulen

Fachberichte

Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2013)
Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2013)

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09 Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern
Heft 5/13 Sonderpädagogische Förderung in Deutschland – eine Analyse der Datenlage in der Schulstatistik

Broschüren

Schulen auf einen Blick (2014)

Mehr zum Thema

■ **Auszubildende**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 | Berufliche Bildung

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/11 | Die neue Berufsbildungsstatistik

Broschüren

| Berufsbildung auf einen Blick (2013)

Fachberichte

| Schnellmeldung Berufsbildungsstatistik (2013)

■ **Hochschulen**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.1 | Studierende an Hochschulen

Reihe 4.2 | Prüfungen an Hochschulen

Reihe 4.3.1 | Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.4 | Personal an Hochschulen

Fachberichte

| Hochschulstandort Deutschland (2009)
| Erfolgsquoten (2011)
| Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik (2013)
| Personal an Hochschulen (Vorbericht, 2013)
| Studierende an Hochschulen (Vorbericht, 2013)
| Promovierende in Deutschland (2010)
| Deutsche Studierende im Ausland
| Hochqualifizierte in Deutschland (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/08 | Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen
seit 2000

Heft 4/09 | Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen

Heft 6/10 | Einfluss doppelter Abiturjahrgänge auf die Entwicklung der Studienanfängerquote

Heft 6/12 | Promovierende in Deutschland

Heft 8/12 | Von der Hochschulreife zum Studienabschluss

Heft 1/14 | Erhebung zu Karriereverläufen und internationaler Mobilität von Hochqualifizierten

Statistik und Wissenschaft

Band 11 | Amtliche Statistik und Hochschulranking (2007)

Broschüren

| Hochschulen auf einen Blick (2013)

STATmagazin

| Neue Wege zum Studium (2009)
| Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber (2010)
| Bildung, Forschung, Innovation: Die Zukunftsfähigkeit der G20-Staaten (2010)

■ **Weiterbildung**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 | Berufliche Bildung

Mehr zum Thema

■ Weiterbildung

Fachberichte

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (2010)
Erhebung zu Weiterbildungseinrichtungen in Deutschland (2010)
Weiterbildung

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/13 | Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2010
Heft 12/13 | Gestaltung der beruflichen Weiterbildung in Unternehmen 2010

■ Ausbildungsförderung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.6 | Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium)
Reihe 7 | Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
Reihe 8 | Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.3.2 | Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen
Reihe 4.5 | Finanzen der Hochschulen

Fachberichte

Bildungsfinanzbericht (2013)
Bildungsausgaben (2014)
Bildungsausgaben je Schüler/-in (2011)
Finanzen der Schulen in freier Trägerschaft und Schulen des Gesundheitswesens (2009)
Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (2010)

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/08 | Bildungsausgaben in Deutschland
Heft 3/10 | Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget
Heft 11/13 | Über den ökonomischen Nutzen der Bildung – Ansätze zur Berechnung von Bildungsrenditen

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 3.6 | Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für
Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Fachberichte

Regionale Wissenschafts- und Technologieindikatoren – Ausgewählte Indikatoren 2005

■ Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/11 | Die Bildungspersonalrechnung
Heft 3/14 | Kommunales Bildungsmonitoring – Möglichkeiten und Perspektiven

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 28 57

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

4 Gesundheit



Durchschnittlicher Aufenthalt im Krankenhaus wird **immer kürzer** |
Psychische und Verhaltensstörungen durch **Alkohol** sind **zweithäufigster**
Grund für einen stationären **Krankenhausaufenthalt** | Mehr als **zwei**
Drittel aller **Pflegebedürftigen** werden **zu Hause** versorgt | **Durch-**
blutungsstörungen des Herzens häufigste **Todesursache** | Kranken-
hausentbindung per **Kaiserschnitt** heute **doppelt so häufig** wie vor
20 Jahren | Etwa **jeder achte Beschäftigte** ist im **Gesundheitswesen**
tätig | Gesundheitsausgaben 2012: **3 740 Euro** pro Kopf

<i>Seite</i>	
117	Auf einen Blick
	Tabellen
118	Gesundheitliche Lage Vollstationäre Patientinnen und Patienten Diagnosen und Operationen Schwerbehinderte Menschen Pflegebedürftige Schwangerschaftsabbrüche Sterbefälle
130	Gesundheitsversorgung Krankenhäuser Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen Gesundheitspersonal Pflegeeinrichtungen
137	Kosten im Gesundheitswesen Gesundheitsausgaben Kostenstruktur der Krankenhäuser
140	Methodik
142	Glossar
144	Mehr zum Thema

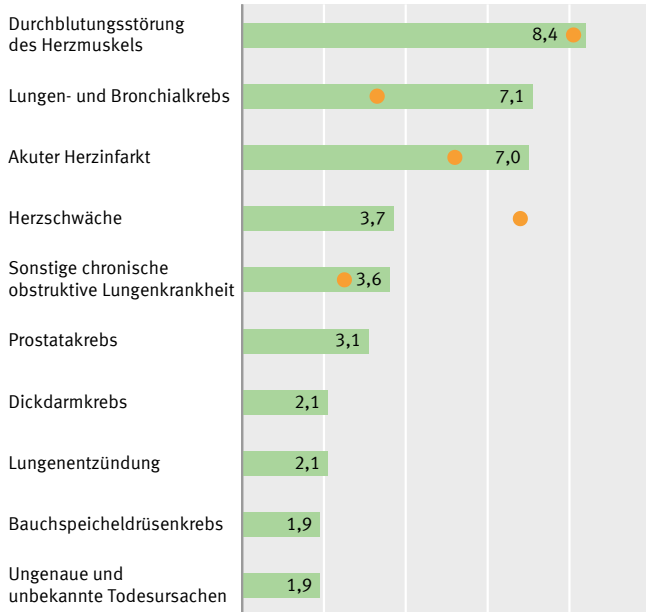
4.0 Auf einen Blick

Häufigste Todesursachen 2012

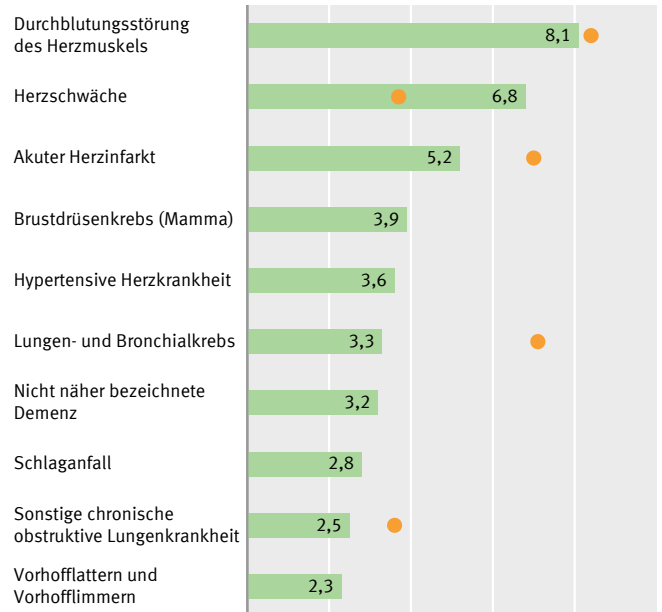
in %

● Vergleichswert des anderen Geschlechts

Männer

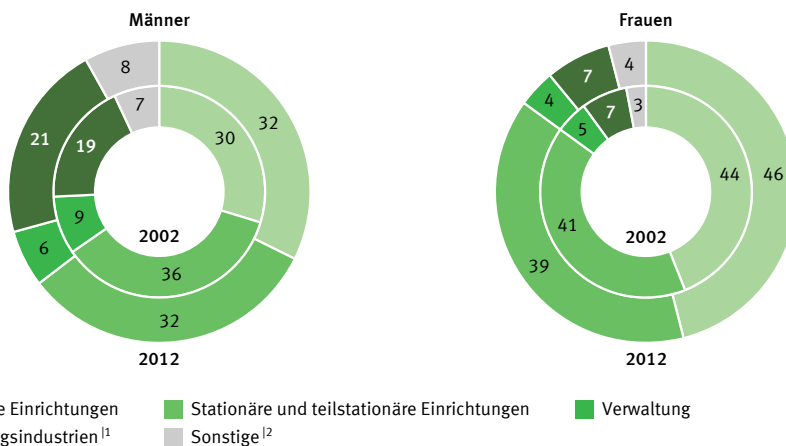


Frauen



Gesundheitspersonal nach Einrichtungen und Geschlecht

in %



1 Nähere Informationen hierzu siehe "Glossar" am Ende dieses Kapitels.
 2 Gesundheitsschutz, Rettungsdienste, sonstige Einrichtungen.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.1 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2012

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	19 082 321	9,2	21,9	25,8	35,6	7,5	47,3	52,7	7,6	1,5
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	18 475 489	6,8	22,5	26,5	36,5	7,7	47,2	52,8	7,8	1,5
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten ...	566 633	22,0	18,5	17,1	32,4	10,1	48,5	51,5	7,5	1,3
C00-D48	Neubildungen	1 842 469	1,7	9,4	35,1	48,8	4,9	50,4	49,6	8,1	- 0,7
C00-C97	Bösartige Neubildung(en) ...	1 481 514	1,5	6,4	34,0	52,9	5,3	54,7	45,3	8,7	- 0,7
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx ...	55 095	0,1	4,1	57,1	36,5	2,1	74,3	25,7	9,2	- 2,9
C15	des Ösophagus ...	28 750	-	1,7	42,3	52,7	3,3	79,7	20,3	9,3	2,7
C16	des Magens ...	48 160	-	4,6	32,6	56,5	6,3	63,0	37,0	9,8	- 0,6
C18	des Dickdarmes ...	82 690	0,1	2,8	25,4	63,0	8,8	53,6	46,4	11,8	- 3,5
C19-C21	des Rektums und des Anus ...	75 496	0,0	3,0	34,5	57,1	5,3	61,7	38,3	10,5	- 2,6
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge ...	26 732	1,2	2,2	29,6	63,2	3,9	70,1	29,9	8,2	1,1
C25	des Pankreas ...	45 753	0,0	2,0	30,9	61,5	5,6	51,9	48,1	10,2	3,8
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge ...	208 255	0,0	1,6	40,5	55,8	2,2	67,4	32,6	7,8	0,6
C43	Bösartiges Melanom der Haut ...	24 619	0,2	12,2	32,8	49,6	5,3	52,7	47,3	5,1	- 3,6
C50	der Brustdrüse (Mamma) ...	136 486	-	10,7	46,4	39,0	3,9	0,7	99,3	6,4	- 1,9
C53	der Cervix uteri ...	14 765	0,1	24,7	49,2	23,8	2,2	-	100	8,1	- 0,7
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez. ...	20 825	0,0	3,0	35,3	55,2	6,4	-	100	9,3	3,5
C61	der Prostata ...	76 344	0,0	0,1	25,9	69,1	4,8	100	-	7,7	- 9,5
C67	der Harnblase ...	97 289	0,1	1,5	23,6	65,5	9,3	76,8	23,2	6,8	- 0,3
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes ...	139 255	7,4	11,3	27,2	49,4	4,8	55,9	44,1	10,6	1,6
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems ...	131 465	6,9	11,5	19,1	46,6	16,0	42,4	57,6	6,9	2,1
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechsel- krankheiten ...	497 895	4,4	13,7	27,0	41,0	14,0	42,4	57,6	8,0	0,8
E10-E14	Diabetes mellitus ...	214 220	4,5	11,1	26,7	47,8	9,9	55,6	44,4	10,8	- 0,2
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen ...	1 219 754	4,1	44,7	34,3	13,9	2,9	53,4	46,6	20,1	2,3
F10	durch Alkohol ...	345 034	1,2	43,8	48,4	6,5	0,1	72,5	27,5	7,4	1,9
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen ...	96 279	0,5	80,4	15,7	3,0	0,4	71,9	28,1	11,8	0,3
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems ...	748 328	5,9	19,8	31,0	37,0	6,3	52,6	47,4	6,9	1,4
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhangs- gebilde ...	335 965	3,5	8,0	22,9	57,2	8,4	45,0	55,0	3,3	1,6
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes ...	153 966	10,3	22,0	34,4	30,3	3,0	46,4	53,6	4,4	0,6
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems ...	2 860 496	0,5	5,5	25,4	56,0	12,6	53,2	46,8	8,0	2,2
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten ...	665 654	0,0	3,1	31,9	57,8	7,2	66,6	33,4	6,1	0,8
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten ...	870 753	0,4	4,7	18,9	58,8	17,2	51,4	48,6	8,2	3,1
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten ...	360 961	0,2	3,5	21,6	57,8	17,0	50,7	49,3	12,1	0,7
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems ...	1 170 559	18,7	19,3	19,2	33,5	9,4	54,9	45,1	7,1	1,1
J09-J11	Grippe ...	4 764	45,2	24,2	14,4	13,3	2,9	52,4	47,6	4,6	- 52,2
J12-J18	Pneumonie ...	286 133	16,7	7,0	13,9	44,0	18,4	56,4	43,6	9,5	1,0
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems ...	1 855 222	4,6	21,6	30,3	35,9	7,6	51,0	49,0	6,3	1,7
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut ...	277 517	8,9	34,6	26,5	24,2	5,8	53,7	46,3	7,4	3,6
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes ...	1 768 145	1,8	16,3	37,9	40,1	3,8	43,5	56,5	7,8	0,9
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems ...	1 022 114	3,4	24,2	28,5	36,6	7,3	44,9	55,1	5,6	2,2
N00-N29	Krankheiten der Niere ...	401 630	3,3	22,8	31,1	35,3	7,5	56,4	43,6	6,2	3,9
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett ...	932 047	0,0	99,7	0,2	-	-	-	100	4,2	1,9
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben ...	178 125	100	0,0	0,0	0,0	-	54,6	45,4	9,3	1,8
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien ...	104 534	63,1	22,8	9,7	4,2	0,2	54,7	45,3	5,8	- 2,1
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Labor- befunde, die a.n.k. sind ...	899 288	9,8	24,1	24,1	33,4	8,6	46,3	53,7	4,1	8,3
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen ...	1 910 967	10,8	23,7	22,7	31,4	11,4	48,7	51,3	7,3	- 0,4
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheits- wesens führen ...	606 004	82,7	4,1	5,5	6,6	1,2	50,3	49,7	3,4	1,7
Z38	Gesunde Neugeborene ...	474 246	100	-	-	-	-	50,3	49,7	3,4	2,8

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Einschl. Sterbefälle und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.2 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten nach akuter Intoxikation (F10.0 Alkoholrausch)

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 – 80	80 – 90	90 und mehr
Insgesamt											
2000	54 041	62	9 514	6 906	12 220	13 075	6 979	3 939	1 097	221	28
2001	61 295	55	11 466	8 147	12 628	15 060	7 775	4 513	1 331	293	25
2002	63 124	38	12 807	8 316	12 356	15 209	7 995	4 800	1 303	278	20
2003	70 562	33	14 105	9 275	12 880	17 397	9 510	5 435	1 570	330	25
2004	81 212	23	16 423	11 040	13 444	19 991	11 236	6 586	1 991	442	34
2005	88 938	31	19 449	12 231	13 353	21 564	12 410	6 968	2 391	505	36
2006	87 535	18	19 423	12 768	12 283	20 730	12 960	6 447	2 390	478	38
2007	98 562	10	23 165	14 966	12 899	22 457	14 731	6 930	2 841	526	37
2008	109 283	21	25 709	16 976	13 805	24 368	17 097	7 437	3 209	620	41
2009	114 520	24	26 428	18 417	14 011	25 085	18 575	7 709	3 548	696	27
2010	115 436	21	25 995	19 074	13 876	24 742	19 383	7 719	3 857	723	46
2011	116 517	5	26 351	19 784	13 963	23 738	19 798	8 001	4 156	674	47
2012	121 595	56	26 673	20 843	14 749	24 008	21 504	8 833	4 137	733	59
Männlich											
2000	38 843	39	5 957	5 069	9 231	9 825	4 959	2 904	740	109	10
2001	43 977	36	7 149	5 957	9 515	11 261	5 633	3 349	921	140	14
2002	45 098	25	7 847	6 038	9 328	11 400	5 829	3 576	898	140	15
2003	50 396	25	8 847	6 593	9 681	13 018	6 947	4 016	1 080	174	14
2004	57 572	16	10 178	7 872	10 112	14 834	8 134	4 791	1 394	223	16
2005	62 895	21	12 079	8 601	10 055	16 028	9 133	4 992	1 670	295	21
2006	62 139	12	12 201	9 094	9 141	15 452	9 658	4 620	1 680	265	16
2007	69 171	9	14 356	10 525	9 681	16 486	10 852	4 961	1 988	296	17
2008	76 654	14	15 797	11 902	10 318	17 949	12 759	5 320	2 249	329	17
2009	80 455	17	16 489	12 782	10 435	18 486	13 805	5 573	2 460	395	13
2010	81 175	19	16 163	13 248	10 317	18 307	14 469	5 577	2 632	423	20
2011	81 775	4	16 253	13 747	10 362	17 434	14 928	5 793	2 838	388	28
2012	84 972	34	16 203	14 311	11 020	17 536	16 125	6 417	2 856	443	27
Weiblich											
2000	15 198	23	3 557	1 837	2 989	3 250	2 020	1 035	357	112	18
2001	17 315	19	4 315	2 189	3 113	3 799	2 142	1 164	410	153	11
2002	18 025	13	4 959	2 278	3 028	3 809	2 166	1 224	405	138	5
2003	20 166	8	5 258	2 682	3 199	4 379	2 563	1 419	490	156	11
2004	23 639	7	6 244	3 168	3 332	5 157	3 102	1 795	597	219	18
2005	26 041	10	7 369	3 630	3 297	5 536	3 277	1 976	721	210	15
2006	25 394	6	7 221	3 674	3 141	5 278	3 302	1 827	710	213	22
2007	29 390	1	8 808	4 441	3 218	5 971	3 879	1 969	853	230	20
2008	32 629	7	9 912	5 074	3 487	6 419	4 338	2 117	960	291	24
2009	34 065	7	9 939	5 635	3 576	6 599	4 770	2 136	1 088	301	14
2010	34 261	2	9 832	5 826	3 559	6 435	4 914	2 142	1 225	300	26
2011	34 742	1	10 098	6 037	3 601	6 304	4 870	2 208	1 318	286	19
2012	36 622	22	10 470	6 532	3 728	6 472	5 379	2 416	1 281	290	32

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Die akute Intoxikation (Alkoholrausch) entspricht der Pos.-Nr. F10.0 der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.3 Aus der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2012

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung Patienten gegenüber Vorjahr
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	1 648 952	5,4	15,1	43,7	33,2	2,6	45,8	54,2	25,1	2,2
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	1 537 892	4,7	15,7	44,8	32,3	2,6	45,7	54,3	25,4	2,9
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	4 738	6,0	14,4	39,4	35,1	5,2	52,1	47,9	24,3	- 3,8
C00-D48	Neubildungen	185 446	0,3	7,4	47,5	43,3	1,5	44,8	55,2	22,6	- 3,9
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	173 630	0,3	6,9	47,2	44,1	1,5	45,8	54,2	22,4	- 3,9
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	4 872	-	5,2	65,4	28,8	0,6	71,9	28,1	22,9	0,8
C15	des Ösophagus	1 886	-	2,3	56,0	41,1	0,6	80,6	19,4	22,2	- 1,4
C16	des Magens	4 923	-	4,5	38,8	53,7	3,0	57,8	42,2	22,2	1,8
C18	des Dickdarmes	11 963	-	3,1	32,7	58,0	6,2	48,9	51,1	22,1	- 6,0
C19-C21	des Rektums und des Anus	8 247	-	3,3	45,6	48,4	2,7	57,4	42,6	22,2	- 1,3
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	993	0,8	4,7	36,8	56,9	0,8	63,0	37,0	21,8	2,2
C25	des Pankreas	2 485	-	2,9	36,8	59,0	1,4	47,6	52,4	22,0	- 0,8
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	11 280	-	2,1	48,5	48,5	0,9	64,7	35,3	22,3	- 1,9
C43	Bösartiges Melanom der Haut	1 856	0,1	16,7	53,9	28,3	1,0	43,1	56,9	22,3	- 2,0
C50	der Brustdrüse (Mamma)	46 934	-	9,3	56,8	32,7	1,2	0,4	99,6	22,3	- 5,1
C53	der Cervix uteri	1 845	-	28,1	56,7	14,8	0,4	-	100	22,4	- 4,9
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	3 830	-	4,2	50,1	43,8	1,9	-	100	22,3	4,3
C61	der Prostata	28 896	-	0,1	39,9	59,8	0,2	100	-	22,1	- 8,5
C67	der Harnblase	6 070	0,0	1,9	36,5	59,4	2,2	74,2	25,8	22,1	0,2
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	9 616	2,3	16,4	47,7	32,8	0,9	51,9	48,1	22,9	- 2,3
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	6 034	69,6	10,5	13,8	5,3	0,7	48,8	51,2	21,5	- 5,3
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechsel- krankheiten	37 383	19,2	25,2	44,0	11,1	0,5	54,0	46,0	24,8	1,7
E10-E14	Diabetes mellitus	16 359	4,1	16,1	62,0	17,2	0,7	61,2	38,8	23,1	1,6
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	249 464	6,8	39,8	50,8	2,6	0,1	35,2	64,8	35,8	10,6
F10	durch Alkohol	18 470	-	38,3	58,6	3,2	0,0	71,6	28,4	79,0	3,5
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	2 840	0,1	81,7	17,0	1,2	-	70,0	30,0	87,3	9,7
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	48 063	4,2	22,0	43,9	28,4	1,5	50,3	49,7	30,1	5,6
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhangs- gebilde	788	18,3	17,0	45,8	16,2	2,7	48,5	51,5	23,3	- 3,8
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	4 740	5,1	18,7	68,4	6,9	0,7	54,0	46,0	27,9	16,1
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	242 786	0,1	5,5	39,6	50,1	4,6	63,4	36,6	24,7	2,3
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	90 230	0,0	4,4	45,1	47,8	2,7	74,0	26,0	21,1	0,8
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	13 210	0,5	10,1	46,6	37,1	5,6	63,2	36,8	22,0	3,3
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	92 918	0,1	5,2	33,8	54,5	6,4	56,3	43,7	30,0	3,8
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	67 491	39,0	10,3	31,7	17,9	1,0	52,9	47,1	23,2	5,2
J09-J11	Grippe	26	7,7	30,8	42,3	19,2	-	42,3	57,7	23,3	- 55,9
J12-J18	Pneumonie	3 215	4,0	10,1	34,8	44,0	7,1	53,7	46,3	21,9	- 0,3
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	18 845	2,4	20,5	46,4	27,4	3,3	46,4	53,6	22,3	3,8
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	18 363	39,9	20,5	33,6	5,7	0,3	46,3	53,6	23,7	8,2
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	526 648	0,4	11,5	49,9	36,4	1,8	42,2	57,8	22,1	1,9
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	4 389	2,7	20,7	44,7	28,2	3,7	38,9	61,1	22,3	5,1
N00-N29	Krankheiten der Niere	2 299	2,2	15,5	45,8	32,2	4,3	52,4	47,6	21,9	12,2
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	50	-	84,0	16,0	-	-	-	100	22,7	38,9
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	122	79,5	9,8	9,8	0,8	-	50,0	50,0	25,9	- 22,8
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4 279	36,6	31,2	25,9	6,0	0,4	45,4	54,6	25,3	3,6
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	16 941	13,5	28,4	26,3	24,6	7,2	33,3	66,7	21,8	10,4
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	101 322	0,7	10,0	26,8	51,1	11,5	40,7	59,3	24,2	0,0
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beein- flussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	106 402	14,6	7,9	28,6	46,1	2,9	46,5	53,5	21,3	- 6,7

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.4 Operationen und Prozeduren bei vollstationären Patientinnen und Patienten 2012

OPS	Prozedur ¹	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Männlich	Weiblich	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
			unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr			
			Anzahl	%							
	Insgesamt	50 958 292	3,2	2,4	15,7	28,8	43,3	6,6	50,6	49,4	3,3
1	Diagnostische Maßnahmen	9 915 372	4,4	2,7	12,8	28,8	45,1	6,3	52,7	47,3	1,5
3	Bildgebende Diagnostik	9 728 437	0,3	1,3	12,3	29,3	48,6	8,2	51,6	48,4	6,6
5	Operationen	15 714 665	0,4	2,9	23,0	31,8	37,4	4,6	47,0	53,0	2,2
5-01 – 5-05	Operationen am Nervensystem	717 252	0,7	1,8	18,5	37,6	38,8	2,6	50,4	49,6	2,1
5-06 – 5-07	Operationen an endokrinen Drüsen	186 882	0,1	0,6	24,7	49,9	24,2	0,5	29,0	71,0	-2,2
5-08 – 5-16	Operationen an den Augen	565 697	0,2	2,3	7,5	24,6	57,0	8,3	48,8	51,2	1,8
5-18 – 5-20	Operationen an den Ohren	152 983	1,0	32,0	22,2	23,7	19,0	2,1	56,7	43,3	0,6
5-21 – 5-22	Operationen an Nase und Nasennebenhöhlen	448 205	0,1	2,2	53,4	31,1	12,1	1,1	60,6	39,4	-0,3
5-23 – 5-28	Operationen an Mundhöhle und Gesicht	337 130	1,6	27,8	32,6	19,3	16,5	2,2	54,1	45,9	0,2
5-29 – 5-31	Operationen an Pharynx, Larynx und Trachea	118 027	0,3	1,2	11,6	41,0	43,5	2,4	65,8	34,2	0,0
5-32 – 5-34	Operationen an Lunge und Bronchus	160 704	0,7	1,1	12,9	35,6	47,2	2,4	63,4	36,6	4,8
5-35 – 5-37	Operationen am Herzen	386 291	1,5	0,9	3,3	22,0	64,5	7,9	65,3	34,6	3,3
5-38 – 5-39	Operationen an den Blutgefäßen	731 069	0,3	0,6	7,6	34,1	52,0	5,4	55,2	44,7	2,6
5-40 – 5-41	Operationen am hämatopoetischen und Lymphgefäßsystem	197 662	0,1	1,1	12,6	42,3	41,1	2,9	29,8	70,2	11,8
5-42 – 5-54	Operationen am Verdauungstrakt	2 377 122	0,8	1,6	16,3	31,9	43,0	6,3	52,3	47,7	2,1
5-55 – 5-59	Operationen an den Harnorganen	570 180	0,4	1,5	11,0	30,3	50,6	6,2	65,0	35,0	0,6
5-60 – 5-64	Operationen an den männlichen Geschlechtsorganen ..	221 224	1,8	13,3	12,3	22,2	46,8	3,6	99,6	/	-1,8
5-65 – 5-71	Operationen an den weiblichen Geschlechtsorganen	653 886	0,0	0,4	41,6	36,3	20,4	1,3	-	100	1,3
5-72 – 5-75	Geburtshilfliche Operationen ..	777 882	-	0,0	99,8	0,2	0,0	0,0	-	100	1,8
5-76 – 5-77	Operationen an Kiefer- und Gesichtsschädelknochen	78 247	0,2	3,1	50,7	25,3	18,2	2,5	59,9	40,1	3,0
5-78 – 5-86	Operationen an den Bewegungsorganen	4 452 756	0,1	2,4	19,2	37,4	36,8	4,3	46,1	53,9	1,8
5-87 – 5-88	Operationen an der Mamma	171 122	0,0	0,1	20,3	47,6	29,6	2,4	2,9	97,1	-7,8
5-89 – 5-92	Operationen an Haut und Unterhaut	1 201 677	0,6	3,8	19,1	27,0	40,7	8,9	55,4	44,6	2,1
5-93 – 5-99	Zusatzinformationen zu Operationen	1 208 667	0,3	2,3	15,9	35,3	42,2	4,0	54,3	45,7	9,0
6	Medikamente	289 828	3,4	2,8	11,3	37,1	43,5	1,9	56,9	43,1	1,9
8	Nichtoperative therapeutische Maßnahmen	13 434 626	3,4	2,6	9,9	27,4	48,6	8,2	54,5	45,5	2,8
9	Ergänzende Maßnahmen	1 866 654	34,9	1,7	29,7	8,8	18,9	5,9	35,7	64,3	8,2

Ergebnisse der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik). – Die Erhebung erstreckt sich auf alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG unterliegen.

1 Ohne Duplikate.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.5 Schwerbehinderte Menschen nach Art, Ursache und Grad der schwersten Behinderung am 31.12.2011

	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von						Veränderung gegenüber 2009 insgesamt
			50	60	70	80	90	100	
	Anzahl	%							
Insgesamt	7 289 173	100	31,4	16,1	11,1	12,0	5,1	24,3	2,6
nach der Art der schwersten Behinderung									
Körperliche Behinderungen									
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	64 332	0,9	18,6	11,7	14,4	15,1	9,2	30,9	- 6,5
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	976 663	13,4	33,6	20,4	14,0	11,5	5,7	14,8	- 2,0
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	867 029	11,9	46,1	20,3	12	8,6	3,9	9,1	- 2,1
Querschnittslähmung	16 911	0,2	1,1	1,1	1,7	4,4	2,4	89,2	0,7
Blindheit und Sehbehinderung	350 655	4,8	14,3	8,2	8,1	8,1	6,7	54,6	- 0,6
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹	283 355	3,9	28,4	17,2	14,9	13,4	6,7	19,5	3,7
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	179 391	2,5	38,7	21,7	8,9	12,8	3,9	14,0	0,3
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 806 355	24,8	32,1	17,1	10,9	13,4	5,3	21,2	3,5
Zusammen	4 544 691	62,3	33,4	17,8	11,7	11,6	5,3	20,1	0,6
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen									
Hirnorganische Anfälle	156 800	2,2	21,7	13,5	10,9	13,5	5,9	34,6	0,7
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen ..	500 000	6,9	13,4	8,9	9,3	13,7	6,8	47,9	5,1
Störungen der geistigen Entwicklung ²	311 948	4,3	11,1	5,5	6,5	15,2	3,2	58,5	4,5
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	440 454	6,0	48,4	17,3	10,5	10,3	2,7	10,7	15,4
Suchtkrankheiten	55 508	0,8	31,0	20,6	15,5	13,9	4,8	14,2	8,2
Zusammen	1 464 710	20,1	25,0	11,6	9,4	13,0	4,6	36,3	7,5
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen									
Zusammen	1 279 772	17,6	31,3	15,1	10,8	12,3	5,2	25,3	4,8
nach der Ursache der schwersten Behinderung									
Angeborene Behinderung	301 368	4,1	12,8	6,5	6,3	12,6	3,3	58,5	- 0,4
Allgemeine Krankheit ³	6 079 359	83,4	32,2	16,5	11,2	12,0	5,2	22,8	4,3
Arbeitsunfall ⁴ , Berufskrankheit	69 069	0,9	36,9	19,6	13,1	10,2	4,7	15,5	- 3,9
Verkehrsunfall	38 925	0,5	28,2	15,5	12,4	12,8	5,0	26,1	- 2,5
Häuslicher Unfall	7 332	0,1	37,6	15,9	10,2	9,8	3,7	22,7	- 3,8
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	25 175	0,3	34,2	15,7	11,8	10,3	4,5	23,4	- 7,2
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung ..	46 357	0,6	20,6	14,3	13,2	13,4	8,5	30,1	- 22,8
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	721 588	9,9	32,3	16,1	11,5	12,2	5,4	22,5	- 5,3

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

- 1 Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.
2 Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

- 3 Einschl. Impfschäden.
4 Einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.6 Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht am 31.12.2011

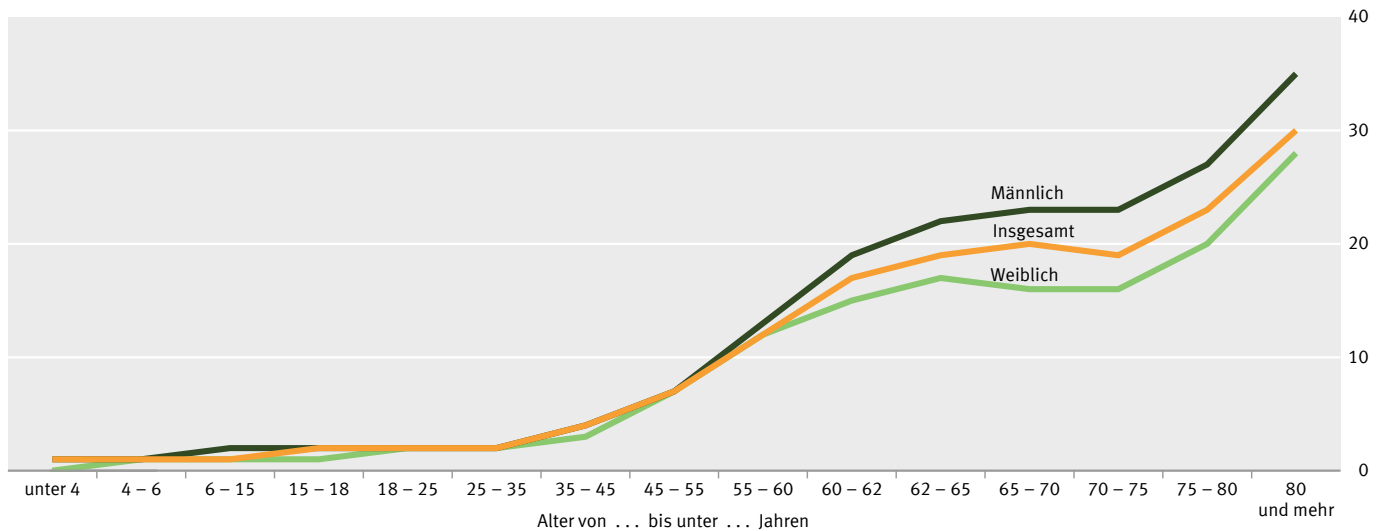
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹
Insgesamt	7 289 173	9	3 733 913	9	3 555 260	9
unter 4	14 194	1	7 937	1	6 257	0
4 – 6	14 376	1	8 334	1	6 042	1
6 – 15	97 988	1	59 208	2	38 780	1
15 – 18	38 696	2	22 833	2	15 863	1
18 – 25	123 983	2	71 949	2	52 034	2
25 – 35	223 679	2	125 244	2	98 435	2
35 – 45	390 234	4	203 633	4	186 601	3
45 – 55	916 329	7	473 124	7	443 205	7
55 – 60	688 194	12	360 297	13	327 897	12
60 – 62	354 317	17	190 880	19	163 437	15
62 – 65	536 489	19	300 923	22	235 566	17
65 – 70	793 048	20	452 191	23	340 857	16
70 – 75	968 104	19	540 139	23	427 965	16
75 – 80	791 280	23	400 949	27	390 331	20
80 und mehr	1 338 262	30	516 272	35	821 990	28

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

1 Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Bevölkerungsstand: 31.12.2011, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung, nicht zensusbasiert) in %.

Schwerbehindertenquote am 31.12.2011

Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



Bevölkerungsstand: 31.12.2011, Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung (nicht zensusbasiert).

2014 - 01 - 0209

4 Gesundheit
 4.1 Gesundheitliche Lage
 4.1.7 Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2011

Weitere Informationen zur Pflegeversicherung siehe Kapitel „Soziales“

	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt
	insgesamt	darunter weiblich	I	II	III I ¹		
	Anzahl	%					
Insgesamt	2 501 441	65,5	54,8	32,7	12,2	0,3	100
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 758 321	61,9	61,8	29,5	8,7	–	70,3
davon:							
Allein durch Angehörige ¹²	1 182 057	59,0	64,5	27,9	7,6	–	47,3
Zusammen mit/durch ambulante(n) Pflegedienste(n)	576 264	67,9	56,3	32,8	10,9	–	23,0
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen ..	743 120	74,0	38,1	40,3	20,4	1,1	29,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

1 Einschl. Härtefälle.

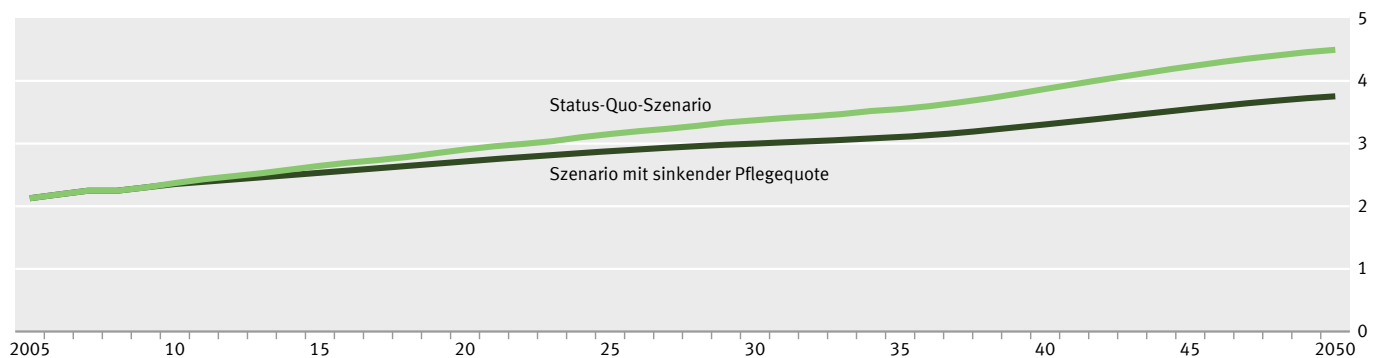
2 Entspricht den Empfängern/Empfängerinnen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfängern/Empfängerinnen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

4.1.8 Pflegebedürftige nach dem Alter 2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	vollstationär in Heimen					
	Anzahl				%		
Insgesamt	1 758 321	743 120	2 501 441	65,5	3,1	2,1	3,9
unter 15	67 594	140	67 734	39,8	0,6	0,7	0,5
15 – 60	234 444	34 228	268 672	46,7	0,5	0,6	0,5
60 – 65	66 984	18 777	85 761	47,7	1,8	1,9	1,6
65 – 70	88 192	26 312	114 504	48,8	2,8	3,0	2,7
70 – 75	180 531	58 451	238 982	52,9	4,8	4,8	4,7
75 – 80	248 762	88 296	337 058	60,5	9,8	8,9	10,5
80 – 85	338 705	146 113	484 818	68,7	20,5	16,6	22,9
85 – 90	326 791	195 210	522 001	78,2	38,0	28,6	41,9
90 und mehr ..	206 318	175 593	381 911	83,3	57,8	36,9	65,2

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

Pflegebedürftige bis 2050
 in Mill.



2014 - 01 - 0210

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.9 Schwangerschaftsabbrüche

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	%										
2011	108 867	100	0,3	3,4	6,3	24,9	23,1	20,1	14,4	6,9	0,6	0,0
2012	106 815	100	0,3	3,2	6,2	24,0	23,3	20,8	14,5	7,0	0,6	0,0
2013	102 802	100	0,3	3,2	5,8	23,1	23,7	21,2	15,0	6,9	0,7	0,0
2013												
Begründung des Abbruchs												
Medizinische Indikation	3 703	3,6	3,4	1,5	1,5	1,8	3,0	4,4	5,9	6,7	4,7	13,3
Kriminologische Indikation	20	0,0	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–	–
Beratungsregelung	99 079	96,4	96,3	98,4	98,5	98,2	97,0	95,6	94,1	93,3	95,3	86,7
Art des Eingriffs												
Curetage	9 144	8,9	9,6	10,1	11,1	9,2	8,6	8,6	8,5	8,3	11,2	6,7
Vakuumaspiration	72 417	70,4	73,3	74,4	73,7	72,3	70,0	69,0	68,6	69,4	69,8	86,7
Hysterotomie/Hysterektomie	29	0,0	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	–	–
Mifegyne	17 042	16,6	12,4	13,4	12,6	15,8	17,8	17,8	17,0	15,7	14,5	–
Medikamentös	3 622	3,5	4,7	1,9	2,4	2,6	3,0	3,8	5,0	5,9	4,2	–
Fetozid bei Mehrlings- schwangerschaften	73	0,1	–	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	–	6,7
Fetozid bei sonstigen Fällen	475	0,5	–	0,2	0,1	0,2	0,5	0,7	0,7	0,5	0,3	–
Vorangegangene Lebendgeborene												
Keine	40 506	39,4	100	99,2	85,2	61,8	38,1	21,8	14,1	12,3	11,1	6,7
1	26 718	26,0	–	0,8	13,2	26,4	31,1	28,8	25,5	23,6	22,0	33,3
2	23 711	23,1	–	–	1,5	9,4	21,9	32,4	37,8	39,9	39,3	6,7
3	8 260	8,0	–	–	0,1	1,9	6,6	11,8	15,0	16,4	17,7	26,7
4 und mehr	3 607	3,5	–	–	–	0,5	2,3	5,2	7,5	7,8	9,9	26,7
Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft von ... bis ... vollendete Wochen												
unter 5	7 357	7,2	4,3	5,7	5,1	6,4	7,2	7,8	7,7	8,4	11,5	20,0
5 – 6	30 405	29,6	25,5	25,4	25,4	28,1	29,7	30,8	31,3	31,8	31,2	26,7
7 – 8	36 702	35,7	35,1	35,9	37,2	36,4	35,7	35,3	35,0	34,4	35,4	26,7
9 – 11	25 538	24,8	32,9	32,2	31,5	27,8	25,0	22,7	21,2	20,0	18,3	20,0
12 – 21	2 238	2,2	2,2	0,6	0,8	0,9	1,7	2,6	3,9	4,8	3,3	6,7
22 und mehr	562	0,5	–	0,2	0,1	0,3	0,6	0,8	0,8	0,5	0,3	–

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

4.1.10 Schwangerschaftsabbrüche nach Land des Wohnsitzes der Frauen 2013

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren									
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 – 50	50 und mehr
	Anzahl	je 10 000 Frauen der gleichen Altersgruppe (Quote) ¹										
Insgesamt ohne Ausland	101 710	56	.	28	73	98	98	88	65	23	2	.
Baden-Württemberg	11 176	45	.	20	61	81	72	70	58	21	2	.
Bayern	11 886	41	.	23	48	67	68	66	53	19	2	.
Berlin	8 800	103	.	66	163	166	154	142	112	44	4	.
Brandenburg	3 464	69	.	44	96	122	139	122	81	25	2	.
Bremen	1 537	102	.	38	175	178	160	159	97	40	2	.
Hamburg	3 638	80	.	53	142	147	110	103	85	40	3	.
Hessen	8 224	59	.	30	76	106	106	89	70	26	3	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 831	87	.	42	106	145	177	139	95	30	1	.
Niedersachsen	8 166	47	.	24	59	89	87	74	53	19	2	.
Nordrhein-Westfalen	20 939	52	.	25	67	95	94	83	59	20	2	.
Rheinland-Pfalz	4 011	46	.	17	90	91	76	67	49	17	1	.
Saarland	1 168	54	.	28	61	99	107	83	65	17	2	.
Sachsen	5 506	67	.	42	91	97	114	104	86	31	2	.
Sachsen-Anhalt	3 633	81	.	47	106	136	159	134	89	31	2	.
Schleswig-Holstein	3 352	54	.	27	71	101	110	83	59	22	3	.
Thüringen	3 379	77	.	51	105	118	137	130	90	34	3	.
Ausland	1 092	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

1 Vorläufige Berechnung mit Bevölkerungsstand: 31.12.2012 (Ergebnisse basieren nicht auf dem Zensus 2011).

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.11 Gestorbene Säuglinge 2012

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
Anzahl ²												%	
A00–R99	Krankheiten insgesamt	2 149	1 179	970	374	335	241	218	184	112	380	305	– 7,9
A00–B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	25	14	11	–	–	1	3	2	3	11	5	4,2
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrankheiten	31	19	12	1	–	4	2	3	1	11	9	6,9
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	58	30	28	2	–	–	–	1	1	27	27	– 7,9
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	1 127	598	529	258	252	153	151	96	62	91	64	– 6,0
	darunter:												
P00–P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	273	145	128	111	91	23	30	7	3	4	4	2,2
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	391	196	195	103	123	49	44	22	14	22	14	– 10,7
P21	Asphyxie unter der Geburt	50	32	18	5	3	9	9	8	3	10	3	– 20,6
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	45	23	22	10	5	8	8	3	4	2	5	0,0
P35–P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	58	29	29	6	5	10	12	8	10	5	2	– 1,7
P50–P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	66	41	25	4	3	22	13	10	7	5	2	0,0
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	594	337	257	98	67	68	47	61	33	110	110	– 9,3
	darunter:												
Q00–Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	51	28	23	12	13	5	3	4	–	7	7	– 12,1
Q20–Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	204	113	91	12	3	19	14	29	14	53	60	– 13,2
Q30–Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	44	22	22	9	9	10	10	2	1	1	2	– 29,0
Q90–Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	109	61	48	19	17	12	8	10	7	20	16	– 1,8
R95	Plötzlicher Kindstod	131	78	53	–	–	1	3	5	3	72	47	– 10,9
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	53	28	25	5	3	–	–	3	2	20	20	– 29,3

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.12 Gestorbene Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene 2012

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
je 100 000 Lebendgeborene des jeweiligen Geschlechts ²												%	
A00–R99	Krankheiten insgesamt	319,1	341,1	295,8	108,2	102,2	69,7	66,5	53,2	34,2	109,9	93,0	– 9,4
A00–B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	3,7	4,1	3,4	–	–	0,3	0,9	0,6	0,9	3,2	1,5	2,5
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechsellkrankheiten	4,6	5,5	3,7	0,3	–	1,2	0,6	0,9	0,3	3,2	2,7	5,2
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	8,6	8,7	8,5	0,6	–	–	–	0,3	0,3	7,8	8,2	– 9,4
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	167,3	173,0	161,3	74,6	76,8	44,3	46,0	27,8	18,9	26,3	19,5	– 7,5
	darunter:												
P00–P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	40,5	42,0	39,0	32,1	27,8	6,7	9,1	2,0	0,9	1,2	1,2	0,6
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	58,1	56,7	59,5	29,8	37,5	14,2	13,4	6,4	4,3	6,4	4,3	– 12,2
P21	Asphyxie unter der Geburt	7,4	9,3	5,5	1,4	0,9	2,6	2,7	2,3	0,9	2,9	0,9	– 21,9
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	6,7	6,7	6,7	2,9	1,5	2,3	2,4	0,9	1,2	0,6	1,5	– 1,6
P35–P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	8,6	8,4	8,8	1,7	1,5	2,9	3,7	2,3	3,0	1,4	0,6	– 3,3
P50–P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	9,8	11,9	7,6	1,2	0,9	6,4	4,0	2,9	2,1	1,4	0,6	– 1,6
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	88,2	97,5	78,4	28,4	20,4	19,7	14,3	17,6	10,1	31,8	33,5	– 10,8
	darunter:												
Q00–Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	7,6	8,1	7,0	3,5	4,0	1,4	0,9	1,2	–	2,0	2,1	– 13,5
Q20–Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	30,3	32,7	27,8	3,5	0,9	5,5	4,3	8,4	4,3	15,3	18,3	– 14,6
Q30–Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	6,5	6,4	6,7	2,6	2,7	2,9	3,0	0,6	0,3	0,3	0,6	– 30,2
Q90–Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k.	16,2	17,6	14,6	5,5	5,2	3,5	2,4	2,9	2,1	5,8	4,9	– 3,4
R95	Plötzlicher Kindstod	19,4	22,6	16,2	–	–	0,3	0,9	1,4	0,9	20,8	14,3	– 12,3
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	7,9	8,1	7,6	1,4	0,9	–	–	0,9	0,6	5,8	6,1	– 30,5

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2012

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene						Veränderung gegenüber Vorjahr	
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
		Anzahl	je 100 000 Einwohner ¹²	unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65		65 und mehr
Männlich									
A00–T98	Todesursachen insgesamt	416 423	1 059,3	1 207	621	11 941	75 534	327 120	2,2
A00–B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	8 121	20,7	14	19	272	1 274	6 542	7,6
	darunter:								
A15–A19	Tuberkulose	187	0,5	–	–	10	44	133	14,0
B20–B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	334	0,8	–	–	94	191	49	– 11,6
C00–C97	Bösartige Neubildungen	120 080	305,5	7	136	1 887	27 389	90 661	0,3
	darunter:								
C15–C26	der Verdauungsorgane	38 859	98,8	1	4	494	9 123	29 237	0,9
C30–C39	der Atmungsorgane und sonstiger intrathorakaler Organe	31 260	79,5	2	2	229	8 545	22 482	– 0,1
C50	der Brustdrüse (Mamma)	150	0,4	–	–	6	33	111	– 5,7
C60–C63	der männlichen Genitalorgane	13 334	33,9	–	1	77	1 085	12 171	– 2,5
C81–C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	9 765	24,8	2	37	295	1 621	7 810	2,5
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	12 745	32,4	19	33	333	2 223	10 137	2,9
	darunter:								
E10–E14	Diabetes mellitus	10 077	25,6	–	2	138	1 489	8 448	1,6
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	12 186	31,0	–	1	735	2 728	8 722	10,8
	darunter:								
F10–F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	4 597	11,7	–	–	709	2 569	1 319	3,0
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	11 742	29,9	30	54	456	1 687	9 515	9,3
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	150 149	381,9	19	39	1 624	18 963	129 504	3,2
	darunter:								
I10–I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	10 778	27,4	1	–	68	952	9 757	8,0
I20–I25	Ischämische Herzkrankheiten	66 294	168,6	–	–	599	9 699	55 996	2,3
	darunter:								
I21–I22	Myokardinfarkt	30 894	78,6	–	–	480	6 506	23 908	0,5
I30–I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	35 770	91,0	13	27	516	3 899	31 315	5,9
I60–I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	23 286	59,2	2	8	194	2 287	20 795	1,1
I70–I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	8 433	21,5	1	1	88	995	7 348	– 0,5
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	32 229	82,0	11	17	242	3 167	28 792	0,6
	darunter:								
J09–J18	Grippe und Pneumonie	9 242	23,5	5	8	100	714	8 415	– 2,6
J45–J46	Asthma bronchiale	467	1,2	–	1	32	119	315	– 2,9
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	20 448	52,0	6	8	756	6 475	13 203	– 0,5
	darunter:								
K70–K77	Krankheiten der Leber	9 926	25,2	3	–	514	4 735	4 674	0,1
N00–N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	8 793	22,4	1	1	46	541	8 204	4,6
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	619	1,6	598	7	8	4	2	– 11,2
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	842	2,1	337	91	132	191	91	– 2,0
R00–R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	12 890	32,8	129	31	927	4 514	7 289	4,5
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	78	0,2	78	–	–	–	–	– 17,0
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	19 780	50,3	28	161	4 388	5 649	9 554	– 2,2
	darunter:								
V01–V99	Transportmittelunfälle	2 934	7,5	1	50	1 301	841	741	– 8,8
W00–W19	Stürze	4 689	11,9	–	10	145	699	3 835	5,5
X60–X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	7 287	18,5	–	11	2 057	2 723	2 496	– 4,7
X85–Y09	Tätlicher Angriff	204	0,5	12	22	77	65	28	– 12,1

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.13 Sterbefälle 2012

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene						Veränderung gegenüber Vorjahr	
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65		65 und mehr
Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen ²	Anzahl					%		
Weiblich									
A00–T98	Todesursachen insgesamt	453 159	1 102,5	995	426	5 914	40 436	405 388	1,9
A00–B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	10 232	24,9	11	18	120	734	9 349	12,0
	darunter:								
A15–A19	Tuberkulose	120	0,3	–	–	6	10	104	– 1,6
B20–B24	HIV-Krankheit (Humane Immundefizienz-Viruskrankheit)	76	0,2	–	–	24	43	9	– 10,6
C00–C97	Bösartige Neubildungen	101 531	247,0	15	82	2 170	20 878	78 386	– 0,3
	darunter:								
C15–C26	der Verdauungsorgane	31 259	76,1	2	4	335	4 704	26 214	– 1,4
C30–C39	der Atmungsorgane u. sonstiger intrathorakaler Organe	15 131	36,8	3	3	209	4 732	10 184	3,0
C50	der Brustdrüse (Mamma)	17 748	43,2	–	1	626	4 535	12 586	– 0,4
C51–C58	der weiblichen Genitalorgane	11 058	26,9	–	1	323	2 555	8 179	– 1,4
C81–C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	8 454	20,6	3	21	183	1 002	7 245	– 2,3
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	17 860	43,5	12	26	154	1 025	16 643	2,4
	darunter:								
E10–E14	Diabetes mellitus	13 978	34,0	–	2	54	569	13 353	2,5
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	18 704	45,5	–	1	207	748	17 748	16,1
	darunter:								
F10–F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	1 268	3,1	–	–	170	604	494	– 3,6
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	12 516	30,5	28	41	271	1 245	10 931	4,7
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	199 068	484,3	9	22	697	6 564	191 776	1,2
	darunter:								
I10–I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	25 212	61,3	1	–	22	409	24 780	6,8
I20–I25	Ischämische Herzkrankheiten	61 877	150,5	–	–	130	2 358	59 389	– 0,7
	darunter:								
I21–I22	Myokardinfarkt	24 531	59,7	–	–	102	1 605	22 824	– 0,1
I30–I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	57 361	139,6	8	17	188	1 388	55 760	2,4
I60–I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	35 639	86,7	–	3	168	1 361	34 107	– 1,1
I70–I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	10 426	25,4	–	–	41	368	10 017	0,4
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	28 225	68,7	8	16	135	1 843	26 223	0,8
	darunter:								
J09–J18	Grippe und Pneumonie	9 647	23,5	4	6	50	311	9 276	– 4,2
J45–J46	Asthma bronchiale	697	1,7	–	1	24	97	575	0,4
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	19 646	47,8	8	5	269	2 816	16 548	– 1,6
	darunter:								
K70–K77	Krankheiten der Leber	5 036	12,3	5	1	182	1 907	2 941	– 4,2
N00–N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	11 743	28,6	1	2	36	362	11 342	4,3
O00–O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	31	0,1	–	–	29	2	–	– 3,1
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	546	1,3	529	8	5	3	1	– 0,2
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	690	1,7	257	65	102	168	98	– 9,2
R00–R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	11 129	27,1	79	14	342	1 572	9 122	8,9
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	53	0,1	53	–	–	–	–	0,0
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	13 151	32,0	25	111	1 266	1 947	9 802	3,0
	darunter:								
V01–V99	Transportmittelunfälle	1 045	2,5	–	35	359	226	425	– 6,5
W00–W19	Stürze	5 551	13,5	1	6	36	239	5 269	5,2
X60–X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	2 603	6,3	–	9	583	961	1 050	4,2
X85–Y09	Tätlicher Angriff	199	0,5	9	16	69	38	67	0,0

Ergebnisse der Todesursachenstatistik. – Ohne Totgeborene und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.1 Ausgewählte Kennzahlen zu Krankenhäusern

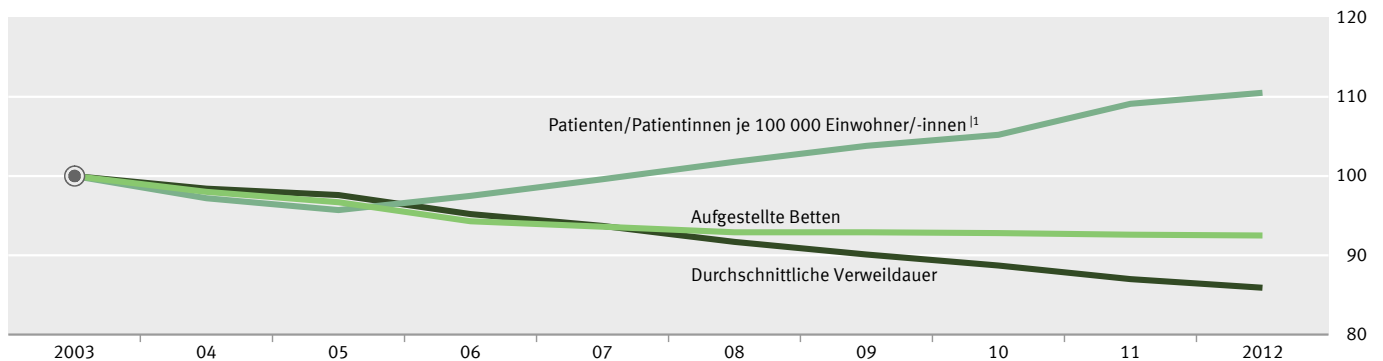
	Krankenhäuser		Aufgestellte Betten		Patienten/Patientinnen		Berechnungstage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	1 000	Tage	%	
2008	2 083	503 360	613	17 519 579	21 334	142 535	8,1	77,4	
2009	2 084	503 341	615	17 817 180	21 762	142 414	8,0	77,5	
2010	2 064	502 749	615	18 032 903	22 057	141 942	7,9	77,4	
2011	2 045	502 029	626	18 344 156	22 870	141 676	7,7	77,3	
2012	2 017	501 475	624	18 620 442	22 775	142 024	7,6	77,4	
2012 nach Ländern									
Baden-Württemberg	276	56 674	538	2 074 015	19 675	15 923	7,7	76,8	
Bayern	369	75 944	609	2 856 218	22 887	21 222	7,4	76,4	
Berlin	81	20 133	601	782 745	23 378	6 034	7,7	81,9	
Brandenburg	54	15 278	623	548 334	22 373	4 416	8,1	79,0	
Bremen	14	5 140	788	203 629	31 202	1 474	7,2	78,4	
Hamburg	51	12 128	703	470 915	27 288	3 739	7,9	84,2	
Hessen	172	36 229	603	1 318 641	21 961	10 179	7,7	76,8	
Mecklenburg-Vorpommern	38	10 385	648	408 442	25 477	2 957	7,2	77,8	
Niedersachsen	198	42 084	541	1 638 213	21 061	12 374	7,6	80,3	
Nordrhein-Westfalen	385	120 973	689	4 379 355	24 958	33 678	7,7	76,1	
Rheinland-Pfalz	91	25 377	636	908 228	22 765	6 801	7,5	73,2	
Saarland	21	6 464	649	268 867	26 996	2 057	7,7	87,0	
Sachsen	78	26 178	647	998 855	24 669	7 615	7,6	79,5	
Sachsen-Anhalt	49	16 294	719	602 741	26 587	4 493	7,5	75,3	
Schleswig-Holstein	95	15 969	569	587 710	20 958	4 531	7,7	77,5	
Thüringen	45	16 225	746	573 536	26 367	4 530	7,9	76,3	

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.
Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

Entwicklung zentraler Indikatoren der Krankenhäuser

2003 = 100



1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2014 - 01 - 0211

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

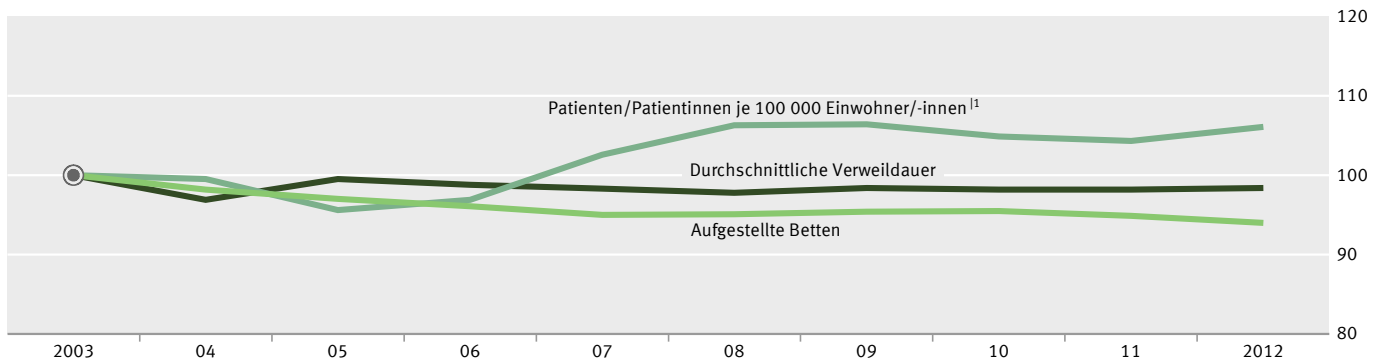
4.2.2 Vor-, nach- und teilstationäre Behandlungen in Krankenhäusern 2012

Bezeichnung der Fachabteilung	Kranken- häuser mit entsprechender Fachabteilung	Krankenhäuser mit						
		vorstationären Behandlungen		nachstationären Behandlungen		teilstationären Behandlungen		
		Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Berechnungs- tage
Anzahl								
Fachabteilungen insgesamt	X	X	4 092 333	X	988 307	X	734 263	6 344 780
davon:								
Allgemeine Fachabteilungen zusammen . .	X	X	4 031 754	X	976 040	X	567 369	2 134 849
davon:								
Augenheilkunde	148	144	84 364	111	35 369	9	12 002	12 254
Chirurgie	1 025	1 023	1 406 932	921	383 295	12	3 253	6 271
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	695	691	408 868	611	89 608	38	12 663	39 023
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	351	341	211 514	187	91 142	19	9 526	24 012
Haut- und Geschlechtskrankheiten	103	96	44 769	87	22 363	46	30 972	158 337
Herzchirurgie	60	58	7 214	51	4 593	5	169	170
Innere Medizin	1 117	1 098	935 454	950	140 055	268	353 864	1 152 244
Geriatric	186	118	4 032	92	549	133	32 704	393 469
Kinderchirurgie	75	74	26 682	70	13 588	9	1 393	1 590
Kinderheilkunde	337	326	114 440	307	41 627	78	60 239	128 853
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	93	91	21 646	65	24 427	7	912	928
Neurochirurgie	147	145	68 434	122	8 694	6	1 445	4 905
Neurologie	329	321	107 987	279	18 213	35	13 733	45 450
Nuklearmedizin	87	87	22 815	66	2 736	6	3 335	3 429
Orthopädie	271	268	263 315	201	27 648	8	5 030	24 238
Plastische Chirurgie	75	73	28 640	66	18 649	1	56	56
Strahlentherapie	115	107	16 673	92	7 744	16	10 562	55 160
Urologie	388	382	236 928	334	42 991	16	2 220	3 583
Sonstige Fachbereiche/Allgemein- betten	114	90	21 047	61	2 749	28	13 291	80 877
Psychiatrische Fachabteilungen zusammen	X	X	60 579	X	12 267	X	166 894	4 209 931
davon:								
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	152	53	2 940	27	308	151	20 396	697 956
Psychiatrie und Psychotherapie	416	246	35 196	154	9 258	402	133 427	3 224 185
Psychotherapeutische Medizin/ Psychosomatik	146	102	22 443	75	2 701	84	13 071	287 790

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

Entwicklung zentraler Indikatoren der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2003 = 100



1 Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen. Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2014 - 01 - 0212

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.3 Krankenhausentbindungen

	Entbundene Frauen				Im Krankenhaus geborene Kinder		
	insgesamt	darunter durch			insgesamt	davon	
		Kaiserschnitt	Zangengeburt	Vakuumentraktion (Saugglocke)		lebend geboren	tot geboren
Anzahl	%			Anzahl	%		
2008	662 783	30,2	0,7	4,8	674 751	99,7	0,3
2009	644 274	31,3	0,7	5,2	656 265	99,7	0,3
2010	656 390	31,9	0,6	5,3	668 950	99,7	0,3
2011	642 976	32,2	0,5	5,5	654 243	99,7	0,3
2012	653 215	31,9	0,5	5,7	665 780	99,7	0,3
2012 nach Ländern							
Baden-Württemberg	86 845	33,6	0,2	6,8	88 869	99,7	0,3
Bayern	104 483	32,4	0,3	6,4	106 456	99,8	0,2
Berlin	35 702	27,7	0,2	8,5	36 494	99,5	0,5
Brandenburg	14 407	26,1	0,5	4,4	14 596	99,7	0,3
Bremen	7 926	33,2	0,6	5,2	8 104	99,6	0,4
Hamburg	20 677	33,1	0,3	5,8	21 173	99,6	0,4
Hessen	48 448	34,6	0,5	5,3	49 390	99,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 438	29,0	0,7	3,7	12 628	99,6	0,4
Niedersachsen	57 218	32,0	0,4	5,2	58 183	99,8	0,2
Nordrhein-Westfalen	142 180	32,9	0,8	5,1	144 951	99,7	0,3
Rheinland-Pfalz	30 290	35,5	0,4	4,9	30 822	99,7	0,3
Saarland	7 321	37,2	1,0	7,0	7 458	99,8	0,2
Sachsen	33 932	23,7	0,6	4,6	34 500	99,7	0,3
Sachsen-Anhalt	16 246	29,7	0,4	3,5	16 509	99,7	0,3
Schleswig-Holstein	19 174	31,8	0,2	5,5	19 458	99,7	0,3
Thüringen	15 928	26,8	1,0	3,6	16 189	99,8	0,2

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4.2.4 Ausgewählte Kennzahlen zu Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Einrichtungen	Aufgestellte Betten		Patienten/ Patientinnen		Pflege tage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenaus- lastung
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/ -innen ¹	Anzahl	je 100 000 Einwohner/ -innen ¹	1 000	Tage	%	
2008	1 239	171 060	208	2 009 526	2 447	50 886	25,3	81,3
2009	1 240	171 489	209	2 005 491	2 449	51 126	25,5	81,7
2010	1 237	171 724	210	1 974 731	2 415	50 219	25,4	80,1
2011	1 233	170 544	209	1 926 055	2 355	48 981	25,4	78,7
2012	1 212	168 968	210	1 964 711	2 443	50 094	25,5	81,0
2012 nach Ländern								
Baden-Württemberg	204	26 248	249	304 283	2 887	7 513	24,7	78,2
Bayern	280	30 638	245	354 700	2 842	8 602	24,3	76,7
Brandenburg	29	5 377	219	67 309	2 746	1 804	26,8	91,7
Hessen	99	16 701	278	179 998	2 998	4 873	27,1	79,7
Mecklenburg-Vorpommern	60	10 435	651	130 056	8 112	3 088	23,7	80,8
Niedersachsen	127	17 745	228	221 946	2 853	5 365	24,2	82,6
Nordrhein-Westfalen	151	20 797	119	237 232	1 352	6 630	27,9	87,1
Rheinland-Pfalz	61	7 976	200	90 108	2 259	2 468	27,4	84,6
Saarland	18	2 931	294	28 634	2 875	853	29,8	79,5
Sachsen	51	9 018	223	101 816	2 515	2 703	26,5	81,9
Sachsen-Anhalt	20	3 580	158	43 309	1 910	1 074	24,8	82,0
Schleswig-Holstein	65	10 488	374	131 901	4 704	3 142	23,8	81,9
Thüringen	35	5 898	271	62 334	2 866	1 652	26,5	76,5
Stadtstaaten zusammen:								
Berlin, Bremen, Hamburg	12	1 136	20	11 090	194	326	29,4	78,4

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

¹ Bis 2010 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.

Ab 2011 berechnet mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.5 Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

	2000	2005	2010	2011	2012	2000	2005	2010	2011	2012
	1 000					%				
Beschäftigte insgesamt										
Insgesamt	4 205	4 504	4 975	5 060	5 155	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	40	39	36	37	37	0,9	0,9	0,7	0,7	0,7
Ambulante Einrichtungen	1 704	1 887	2 112	2 149	2 187	40,5	41,9	42,5	42,5	42,4
Arztpraxen	636	676	690	692	699	15,1	15,0	13,9	13,7	13,6
Zahnarztpraxen	318	341	352	356	362	7,6	7,6	7,1	7,0	7,0
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	244	314	411	424	438	5,8	7,0	8,3	8,4	8,5
Apotheken	202	218	229	231	228	4,8	4,8	4,6	4,6	4,4
Einzelhandel	84	88	111	115	116	2,0	2,0	2,2	2,3	2,3
Ambulante Pflege	187	214	280	291	302	4,4	4,8	5,6	5,7	5,9
Sonstige ambulante Einrichtungen	32	35	39	40	41	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 677	1 724	1 875	1 910	1 942	39,9	38,3	37,7	37,7	37,7
Krankenhäuser	1 102	1 064	1 114	1 130	1 148	26,2	23,6	22,4	22,3	22,3
Vorsorge-/Rehabilitations-einrichtungen	117	113	120	119	119	2,8	2,5	2,4	2,3	2,3
Stationäre/teilstationäre Pflege	458	546	641	661	675	10,9	12,1	12,9	13,1	13,1
Rettungsdienste	44	49	54	56	58	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Verwaltung	240	227	224	221	221	5,7	5,0	4,5	4,4	4,3
Sonstige Einrichtungen	92	128	164	168	173	2,2	2,8	3,3	3,3	3,4
Vorleistungsindustrien	410	450	510	519	538	9,7	10,0	10,2	10,3	10,4
Pharmazeutische Industrie	96	109	126	129	141	2,3	2,4	2,5	2,5	2,7
Medizintechnische/augenoptische Industrie	117	126	140	145	150	2,8	2,8	2,8	2,9	2,9
Großhandel/Handelsvermittlung	99	116	134	133	134	2,4	2,6	2,7	2,6	2,6
Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien	97	98	110	112	112	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2
darunter Frauen										
Insgesamt	3 148	3 391	3 764	3 840	3 909	100	100	100	100	100
Gesundheitsschutz	26	26	25	25	25	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Ambulante Einrichtungen	1 386	1 538	1 722	1 753	1 784	44,0	45,4	45,8	45,7	45,6
Arztpraxen	527	558	568	570	576	16,7	16,5	15,1	14,8	14,7
Zahnarztpraxen	263	284	294	297	303	8,4	8,4	7,8	7,7	7,7
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	189	242	322	333	344	6,0	7,1	8,6	8,7	8,8
Apotheken	172	186	194	195	192	5,5	5,5	5,1	5,1	4,9
Einzelhandel	52	54	71	74	75	1,7	1,6	1,9	1,9	1,9
Ambulante Pflege	160	188	245	255	265	5,1	5,5	6,5	6,6	6,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	23	26	29	29	30	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8
Stationäre/teilstationäre Einrichtungen	1 303	1 347	1 475	1 512	1 538	41,4	39,7	39,2	39,4	39,3
Krankenhäuser	827	797	840	858	872	26,3	23,5	22,3	22,4	22,3
Vorsorge-/Rehabilitations-einrichtungen	89	86	91	92	92	2,8	2,5	2,4	2,4	2,3
Stationäre/teilstationäre Pflege	387	464	544	562	573	12,3	13,7	14,4	14,6	14,7
Rettungsdienste	10	12	13	15	15	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
Verwaltung	146	140	143	141	142	4,7	4,1	3,8	3,7	3,6
Sonstige Einrichtungen	64	94	122	125	129	2,0	2,8	3,2	3,3	3,3
Vorleistungsindustrien	213	235	265	269	276	6,8	6,9	7,0	7,0	7,1
Pharmazeutische Industrie	45	52	62	63	69	1,4	1,5	1,6	1,6	1,8
Medizintechnische/augenoptische Industrie	54	58	62	63	66	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7
Großhandel/Handelsvermittlung	54	64	73	73	73	1,7	1,9	2,0	1,9	1,9
Medizinische/zahnmedizinische Laboratorien	60	61	68	69	69	1,9	1,8	1,8	1,8	1,8

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.6 Zugelassene Pflegeheime

	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
	Anzahl	%				Anzahl	%	EUR pro Person und Tag				
2001	9 165	90,9	35,9	56,0	8,2	674 292	96,2	39	52	66	19	475 368
2005	10 424	90,3	38,1	55,1	6,7	757 186	95,9	42	56	70	19	546 397
2007	11 029	89,9	39,2	55,1	5,8	799 059	95,8	43	57	71	20	573 545
2009 ^{1,2}	11 634	89,3	39,9	54,8	5,4	845 007	95,6	44,79	58,96	73,97	20,30	621 392
2011	12 354	86,7	40,5	54,4	5,1	875 549	94,9	45,03	59,57	74,92	20,69	661 179

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

1 Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.

2 Seit der Erhebung 2009 wird die Vergütung in vollen Cent erfasst und – nicht mehr wie zuvor – in gerundeten Beträgen.

4.2.7 Zugelassene ambulante Pflegedienste

	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar ¹			Personal insgesamt	
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege/ Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen		
	Anzahl	%			Anzahl	% der Pflegedienste insgesamt	%		Anzahl	
2001	10 594	51,9	46,2	1,9	10 463	98,8	96,7	68,7	49,8	189 567
2005	10 977	57,6	40,6	1,8	10 866	99,0	97,0	53,2	43,1	214 307
2007	11 529	59,9	38,5	1,7	11 431	99,1	97,2	60,2	44,6	236 162
2009	12 026	61,5	36,9	1,6	11 950	99,4	97,2	60,8	44,9	268 891
2011	12 349	62,9	35,7	1,4	12 238	99,1	97,2	61,6	41,7	290 714

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

1 Mehrfachnennungen möglich.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.8 Personal in Pflegeheimen 2011

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim						
	insgesamt	dar. weiblich	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%							
Insgesamt	661 179	85,0	65,7	4,1	3,7	17,2	2,4	5,4	1,5
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	148 568	83,8	96,0	1,2	0,5	0,2	0,0	1,8	0,2
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	34 622	87,5	96,9	0,9	1,0	0,6	0,0	0,2	0,4
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	55 449	90,1	92,0	1,6	0,6	0,3	0,0	5,0	0,5
Krankenpflegehelfer/-in	17 364	88,9	96,5	1,1	1,2	0,9	0,0	0,2	0,1
Gesundheits- und Kinder- krankenpfleger/-in	3 706	96,6	88,4	2,9	1,1	1,4	0,1	5,3	0,7
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 865	81,6	75,3	17,2	4,5	0,9	0,1	1,6	0,4
Heilerziehungspflegehelfer/-in	523	85,1	74,6	15,9	5,7	2,1	0,2	1,0	0,6
Heilpädagogin, Heilpädagogin	393	84,0	32,3	52,7	5,1	0,5	–	8,1	1,3
Ergotherapeut/-in	7 616	89,8	17,8	68,7	10,4	0,4	0,1	0,3	2,2
Physiotherapeut/-in (Kranken- gymnast/-in)	974	83,2	40,5	33,0	5,3	1,1	0,2	2,0	18,0
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 708	87,7	63,8	12,2	5,4	5,1	1,5	10,4	1,5
Sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Berufsabschluss	6 893	80,8	12,4	62,9	4,5	0,9	0,1	17,5	1,8
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 337	95,6	82,9	6,6	3,7	4,6	0,1	1,0	1,1
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	111	96,4	61,3	8,1	6,3	18,9	0,9	2,7	1,8
Abschluss einer pflegewissenschaftlichen Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität	2 870	69,3	32,5	7,8	0,9	0,8	0,2	54,5	3,3
Sonstiger pflegerischer Beruf	52 922	90,9	65,8	4,9	26,7	2,1	0,1	0,2	0,2
Fachhauswirtschafter/-in für ältere Menschen	2 206	91,6	11,6	1,3	0,7	83,8	0,6	1,3	0,7
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	30 682	87,8	8,1	0,7	0,5	87,8	1,3	0,8	0,7
Sonstiger Berufsabschluss	167 442	81,5	36,7	4,0	3,5	29,6	8,2	14,5	3,5
Ohne Berufsabschluss/nach in Ausbildung	120 928	84,1	65,0	2,3	1,0	27,3	1,4	1,4	1,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2011.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.9 Personal in Pflegediensten 2011

Berufsabschluss	Personal			Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	Veränderung 2011 gegenüber 2001	dar. weiblich	Pflegedienst- leitung	Grundpflege	hauswirtschaft- liche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%						
Insgesamt	290 714	53,4	87,6	5,7	70,4	13,1	4,9	5,9
Staatlich anerkannte/-r Alten- pfleger/-in	59 736	112,0	85,4	7,4	86,6	0,9	1,7	3,4
Staatlich anerkannte/-r Altenpflege- helfer/-in	11 895	169,2	89,9	1,3	90,9	5,5	0,5	1,8
Gesundheits- und Kranken- pfleger/-in	80 280	39,7	88,2	13,0	78,7	0,9	2,9	4,6
Krankenpflegehelfer/-in	13 038	36,3	89,1	0,4	89,7	7,8	0,8	1,4
Gesundheits- und Kinderkranken- pfleger/-in	7 685	68,1	97,6	10,9	79,0	1,1	2,4	6,6
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	1 222	119,8	80,9	1,4	78,2	9,0	2,2	9,2
Heilerziehungspflegehelfer/-in	244	- 4,3	80,7	-	81,6	7,4	1,6	9,4
Heilpädagogin, Heilpädagogin	95	- 16,7	85,3	-	73,7	3,2	9,5	13,7
Ergotherapeut/-in	453	135,9	88,1	0,2	57,0	6,6	1,5	34,7
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	236	X ¹	84,3	0,8	61,4	10,6	7,2	19,9
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 909	46,4	94,0	0,8	75,0	11,5	8,1	4,6
Sozialpädagogischer/sozialarbeits- rischer Berufsabschluss	1 447	- 0,3	82,2	2,4	34,6	7,9	26,9	28,2
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 571	- 28,5	97,5	0,6	71,7	21,3	1,1	5,3
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	126	- 16,6	98,4	2,4	45,2	43,7	2,4	6,3
Abschluss einer pflegewissenschaft- lichen Ausbildung an einer Fach- hochschule oder Universität	1 080	110,5	72,5	45,6	17,6	3,1	27,8	5,8
Sonstiger pflegerischer Beruf	23 457	25,0	91,1	0,3	80,1	13,3	0,9	5,4
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	860	- 30,5	98,0	0,3	28,8	66,0	1,4	3,4
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	6 332	53,7	95,8	0,2	23,3	71,8	1,3	3,4
Sonstiger Berufsabschluss	57 485	68,7	87,0	0,2	39,2	35,4	14,9	10,3
Ohne Berufsabschluss/nach in Ausbildung	19 563	3,4	80,3	0,0	60,7	27,3	2,6	9,4

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2011.

1 Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in) wurde bis 2005 unter „sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe“ erhoben.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.1 Gesundheitsausgaben im Zeitvergleich

Weitere Informationen zu Sozialversicherungen siehe Kapitel „Soziales“

	2000	2005	2010	2011	2012	2000	2005	2010	2011	2012
	Mill. EUR					%				
Ausgaben insgesamt	212 841	240 431	288 340	293 585	300 437	100	100	100	100	100
nach Ausgabenträgern										
Öffentliche Haushalte	13 614	13 583	14 220	13 956	14 429	6,4	5,6	4,9	4,8	4,8
Gesetzliche Krankenversicherung	123 914	135 877	165 835	168 483	172 408	58,2	56,5	57,5	57,4	57,4
Soziale Pflegeversicherung	16 706	17 888	21 535	21 960	22 985	7,8	7,4	7,5	7,5	7,7
Gesetzliche Rentenversicherung	3 528	3 596	4 051	4 119	4 261	1,7	1,5	1,4	1,4	1,4
Gesetzliche Unfallversicherung	3 687	3 998	4 613	4 761	4 899	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6
Private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	17 604	22 023	26 773	27 723	27 963	8,3	9,2	9,3	9,4	9,3
Arbeitgeber/-innen	8 688	10 230	12 278	12 622	12 884	4,1	4,3	4,3	4,3	4,3
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	25 099	33 238	39 034	39 962	40 606	11,8	13,8	13,5	13,6	13,5
nach Leistungsarten										
Prävention, Gesundheitsschutz	7 444	8 883	10 989	10 736	10 857	3,5	3,7	3,8	3,7	3,6
Ärztliche Leistungen	57 059	64 105	78 998	81 549	83 442	26,8	26,7	27,4	27,8	27,8
Grundleistungen	19 551	20 291	23 571	24 071	24 661	9,2	8,4	8,2	8,2	8,2
Sonderleistungen	26 790	31 423	40 341	41 816	42 820	12,6	13,1	14,0	14,2	14,3
Laborleistungen	5 348	5 970	7 130	7 392	7 513	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Strahlendiagnostische Leistungen	5 370	6 421	7 956	8 270	8 448	2,5	2,7	2,8	2,8	2,8
Pflegerische und therapeutische Leistungen	52 175	57 591	68 742	70 879	73 484	24,5	24,0	23,8	24,1	24,5
Pflegerische Leistungen	40 928	44 411	52 261	53 555	55 596	19,2	18,5	18,1	18,2	18,5
Therapeutische Leistungen	10 647	12 515	15 647	16 465	17 008	5,0	5,2	5,4	5,6	5,7
Mutterschaftsleistungen	600	665	834	858	881	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unterkunft und Verpflegung	16 400	17 668	20 232	20 845	21 471	7,7	7,3	7,0	7,1	7,1
Waren	56 716	65 976	79 215	79 299	80 454	26,6	27,4	27,5	27,0	26,8
Arzneimittel	31 520	39 327	46 346	45 332	45 713	14,8	16,4	16,1	15,4	15,2
Hilfsmittel	11 614	12 096	14 238	14 718	15 158	5,5	5,0	4,9	5,0	5,0
Zahnersatz	5 401	5 098	6 531	6 687	6 747	2,5	2,1	2,3	2,3	2,2
Sonstiger medizinischer Bedarf	8 180	9 455	12 100	12 561	12 835	3,8	3,9	4,2	4,3	4,3
Transporte	3 423	3 961	4 983	5 292	5 533	1,6	1,6	1,7	1,8	1,8
Verwaltungsleistungen	11 332	13 092	15 089	15 151	15 181	5,3	5,4	5,2	5,2	5,1
Laufende Gesundheitsausgaben	204 548	231 276	278 247	283 751	290 422	96,1	96,2	96,5	96,7	96,7
Investitionen	8 292	9 155	10 093	9 835	10 015	3,9	3,8	3,5	3,3	3,3
nach Einrichtungen										
Gesundheitsschutz	1 806	1 948	2 184	1 924	1 924	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6
Ambulante Einrichtungen	101 525	116 659	142 170	143 991	147 006	47,7	48,5	49,3	49,0	48,9
Arztpraxen	30 577	34 995	43 485	44 254	44 889	14,4	14,6	15,1	15,1	14,9
Zahnarztpraxen	14 658	15 123	17 764	18 164	18 699	6,9	6,3	6,2	6,2	6,2
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	5 805	7 022	9 140	9 608	9 927	2,7	2,9	3,2	3,3	3,3
Apotheken	28 575	35 552	40 906	39 807	40 047	13,4	14,8	14,2	13,6	13,3
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	14 884	15 338	18 988	19 555	20 070	7,0	6,4	6,6	6,7	6,7
Ambulante Pflege	5 788	7 135	10 042	10 594	11 326	2,7	3,0	3,5	3,6	3,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 237	1 495	1 845	2 009	2 049	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	78 443	87 326	104 098	107 456	110 291	36,9	36,3	36,1	36,6	36,7
Krankenhäuser	56 080	61 888	74 388	76 869	78 819	26,3	25,7	25,8	26,2	26,2
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	7 512	7 325	8 184	8 376	8 708	3,5	3,0	2,8	2,9	2,9
Stationäre und teilstationäre Pflege	14 851	18 113	21 525	22 210	22 764	7,0	7,5	7,5	7,6	7,6
Rettungsdienste	2 056	2 566	3 095	3 297	3 471	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2
Verwaltung	12 649	14 594	16 770	16 890	17 018	5,9	6,1	5,8	5,8	5,7
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7 435	7 264	8 437	8 555	8 981	3,5	3,0	2,9	2,9	3,0
Ausland	634	918	1 494	1 639	1 731	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6
Laufende Gesundheitsausgaben	204 548	231 276	278 247	283 751	290 422	96,1	96,2	96,5	96,7	96,7
Investitionen	8 292	9 155	10 093	9 835	10 015	3,9	3,8	3,5	3,3	3,3

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.2 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2012

	Insgesamt	Ausgabenträger							
		öffentliche Haushalte	gesetzliche Krankenversicherung	soziale Pflegeversicherung	gesetzliche Rentenversicherung	gesetzliche Unfallversicherung	private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	Arbeitgeber/-innen	private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck
	Mill. EUR	%							
Ausgaben insgesamt	300 437	4,8	57,4	7,7	1,4	1,6	9,3	4,3	13,5
	nach Leistungsarten								
Prävention, Gesundheitsschutz	10 857	19,1	44,3	3,1	1,8	10,6	1,6	8,4	11,1
Ärztliche Leistungen	83 442	0,7	67,8	–	0,9	1,2	14,7	6,9	7,7
Grundleistungen	24 661	0,4	73,6	–	0,1	1,3	11,2	6,9	6,5
Sonderleistungen	42 820	0,9	64,0	–	1,5	1,2	16,1	6,7	9,6
Laborleistungen	7 513	0,7	67,1	–	0,9	1,4	17,4	8,1	4,5
Strahlendiagnostische Leistungen	8 448	0,5	71,1	–	0,2	1,4	15,5	7,0	4,4
Pflegerische und therapeutische Leistungen	73 484	5,4	45,7	29,2	1,9	1,2	5,1	3,1	8,3
Pflegerische Leistungen	55 596	5,9	40,1	38,6	0,7	1,0	3,9	2,8	6,9
Therapeutische Leistungen	17 008	3,9	61,2	–	6,2	2,0	9,3	4,0	13,3
Mutterschaftsleistungen	881	0,6	93,9	–	–	–	3,1	1,7	0,7
Unterkunft und Verpflegung	21 471	6,0	46,0	–	5,7	1,1	6,0	4,1	31,0
Waren	80 454	0,5	66,0	0,5	0,2	0,8	7,8	3,7	20,5
Arzneimittel	45 713	0,5	72,2	–	0,2	0,5	6,9	4,0	15,8
Hilfsmittel	15 158	0,5	44,9	2,5	0,1	1,7	6,3	2,9	41,1
Zahnersatz	6 747	0,2	31,0	–	0,0	0,2	21,1	4,8	42,7
Sonstiger medizinischer Bedarf	12 835	0,7	87,4	–	0,6	1,3	5,7	3,1	1,2
Transporte	5 533	1,1	84,4	–	1,9	4,0	5,2	2,0	1,4
Verwaltungsleistungen	15 181	–	63,6	5,2	1,8	4,6	24,8	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	290 422	2,9	59,3	7,9	1,4	1,7	9,6	4,4	12,7
Investitionen	10 015	60,2	1,5	–	0,9	–	0,8	–	36,6
	nach Einrichtungen								
Gesundheitsschutz	1 924	100	–	–	–	–	–	–	–
Ambulante Einrichtungen	147 006	1,1	60,5	3,0	0,2	1,0	10,1	5,1	19,0
Arztpraxen	44 889	0,5	69,2	–	0,3	1,7	12,9	7,3	8,1
Zahnarztpraxen	18 699	0,3	55,6	–	0,0	0,2	16,7	7,8	19,4
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	9 927	2,8	57,1	–	1,1	2,5	12,3	2,5	21,7
Apotheken	40 047	0,4	67,6	–	0,0	0,4	7,2	4,1	20,2
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	20 070	0,4	48,8	1,3	0,0	1,3	8,2	3,3	36,7
Ambulante Pflege	11 326	5,9	34,9	36,5	–	0,4	1,4	2,1	18,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	2 049	7,1	49,6	–	0,9	–	–	0,1	42,4
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	110 291	4,2	61,5	10,3	3,1	1,1	7,6	4,0	8,1
Krankenhäuser	78 819	0,5	82,6	–	–	1,3	10,1	3,6	2,0
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	8 708	14,3	30,0	–	39,6	1,6	1,4	11,3	1,8
Stationäre und teilstationäre Pflege	22 764	13,0	0,3	50,1	–	0,5	1,6	2,6	31,9
Rettungsdienste	3 471	1,3	86,9	–	–	4,6	4,0	1,8	1,4
Verwaltung	17 018	–	58,7	6,6	2,1	10,4	22,2	–	–
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	8 981	2,7	14,2	67,6	1,0	1,9	2,7	9,7	0,2
Ausland	1 731	–	72,2	0,3	–	–	27,4	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	290 422	2,9	59,3	7,9	1,4	1,7	9,6	4,4	12,7
Investitionen	10 015	60,2	1,5	–	0,9	–	0,8	–	36,6

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.3 Kostenstruktur der Krankenhäuser

	Bruttogesamtkosten ¹	Kosten der Ausbildungsstätten	Aufwendungen für den Ausbildungsfonds ¹	Kosten der Krankenhäuser insgesamt	Darunter				Abzüge	Bereinigte Kosten ¹	
					Personalkosten			Sachkosten		zusammen	je Fall
					zusammen ²	ärztliches Personal	nicht-ärztliches Personal				
1 000 EUR ^{1,3}											EUR
2008	72 627 009	511 387	966 218	71 149 404	43 365 435	12 117 432	31 248 003	27 328 621	9 393 169	63 233 840	3 609
2009	77 090 332	540 170	1 018 837	75 531 324	45 819 800	13 048 421	32 771 379	29 253 995	9 900 567	67 189 765	3 771
2010	79 911 222	552 005	1 039 109	78 320 108	47 463 378	13 901 239	33 562 139	30 310 976	10 269 243	69 641 979	3 862
2011	83 415 795	581 880	1 076 525	81 757 390	49 485 917	14 729 248	34 756 669	31 647 443	10 774 653	72 641 142	3 960
2012	86 825 988	616 040	1 117 062	85 092 885	51 860 879	15 768 032	36 092 848	32 557 940	11 234 746	75 591 241	4 060
2012 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 895 855	66 879	168 079	10 660 896	6 700 527	1 965 844	4 734 683	3 868 156	1 874 278	9 021 576	4 350
Bayern	13 300 140	83 444	192 988	13 023 707	8 049 061	2 331 713	5 717 348	4 894 357	1 475 140	11 824 999	4 140
Berlin	4 059 254	29 032	38 420	3 991 802	2 253 484	742 522	1 510 962	1 701 940	604 777	3 454 476	4 413
Brandenburg	2 087 040	17 065	–	2 069 974	1 215 719	404 662	811 057	838 030	103 657	1 983 383	3 617
Bremen	979 437	7 749	10 421	961 267	546 325	175 417	370 908	401 244	52 858	926 578	4 550
Hamburg	2 711 794	24 938	6 376	2 680 481	1 460 054	497 778	962 276	1 179 928	490 089	2 221 705	4 718
Hessen	6 093 915	49 236	74 993	5 969 685	3 498 722	1 039 134	2 459 588	2 409 858	577 386	5 516 528	4 183
Mecklenburg-Vorpommern	1 780 173	8 238	–	1 771 935	1 056 972	344 769	712 203	697 282	241 569	1 538 604	3 767
Niedersachsen	7 618 021	52 455	145 596	7 419 970	4 581 877	1 363 019	3 218 858	2 785 780	1 151 818	6 466 203	3 947
Nordrhein-Westfalen	20 420 875	157 082	336 129	19 927 664	12 303 079	3 757 497	8 545 582	7 460 345	2 996 634	17 424 241	3 979
Rheinland-Pfalz	3 981 975	26 323	66 079	3 889 574	2 517 193	728 617	1 788 576	1 347 939	424 370	3 557 605	3 917
Saarland	1 270 979	15 315	21 891	1 233 773	775 458	222 630	552 828	451 389	126 526	1 144 453	4 257
Sachsen	4 012 454	25 486	–	3 986 968	2 315 048	736 612	1 578 436	1 652 925	265 968	3 746 486	3 751
Sachsen-Anhalt	2 442 753	15 083	–	2 427 669	1 503 556	476 364	1 027 192	912 744	219 201	2 223 552	3 689
Schleswig-Holstein	2 808 508	33 063	35 618	2 739 826	1 628 418	509 300	1 119 118	1 090 358	397 979	2 410 529	4 102
Thüringen	2 362 817	4 651	20 471	2 337 694	1 455 386	472 154	983 232	865 666	232 494	2 130 322	3 714

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Kostennachweis der Krankenhäuser.

1 Werte bereinigt um Fehlkodierungen beim Ausbildungsfonds seit 2007 in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

2 Einschl. der nicht zurechenbaren Personalkosten.

3 Es sind Rundungsdifferenzen in den Summen möglich, da diese auf Basis der absoluten Kostenangaben in EUR berechnet werden.

Methodik

Die gesundheitsbezogenen Statistiken und Rechensysteme sammeln und analysieren Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Deutschland, über Aspekte der gesundheitlichen Lage und der Gesundheitsversorgung sowie über die Ausgaben und Kosten im Gesundheitswesen. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie unter www.gbe-bund.de

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den Qualitätsberichten dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

■ Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Ergebnisse der **Krankenhausstatistik** bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots sowie über die Inanspruchnahme stationärer Gesundheitsleistungen. Sie dient damit auch der Wissenschaft und Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

Seit 1991 werden die Daten der Krankenhausstatistik auf einer bundeseinheitlichen **Rechtsgrundlage** erhoben, der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10.4.1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17.3.2009 (BGBl. I S. 534). Auskunftspflichtig sind Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Das Erhebungsprogramm ist in drei Bereiche untergliedert: Die **Grunddaten** der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen liefern Informationen über die sachliche und personelle Ausstattung sowie die Patientenbewegung in den Einrichtungen und ihren organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen). Die **Diagnosedaten** geben Aufschluss u. a. über die Art der Erkrankung und ausgewählte sozio-demografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Wohnort der Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. Die **Kostendaten** der Krankenhäuser stellen im Wesentlichen die Aufwendungen für Personal und Sachmittel dar.

Bei der Erhebung handelt es sich um eine jährliche schriftliche (postalische) Befragung mit Auskunftspflicht. Seit 2003 wird alternativ eine Softwareanwendung bereitgestellt, um Grund- und Kostendaten elektronisch zu erfassen. Diese ermöglicht das Einlesen und die Weiterverarbeitung von statistikrelevanten Daten aus den Datenverarbeitungssystemen der Krankenhäuser.

Die Befragten berichten bis zum 1.4. (Grund- und Diagnosedaten) bzw. 30.6. (Kostendaten) des dem Berichtsjahr folgenden Jahres. Vorläufige Ergebnisse stehen in der Regel Ende August bzw. Anfang November zur Verfügung, endgültige Ergebnisse etwa drei Monate später. Infolge mehrfacher Anpassungen der Rechtsgrundlage ist die zeitliche Vergleichbarkeit einzelner Ergebnisse eingeschränkt, da einzelne Merkmale nicht mehr, verändert oder neu erhoben werden. Ein zeitlicher Vergleich der Kostendaten ist auf die bereinigten Kosten beschränkt, da das Kostenermittlungsprinzip mehrfach wechselte. Die geänderte Erhebung der Ausbildungskosten ab 2007 schränkt die Vergleichbarkeit zusätzlich ein. Die seit 1991 bundeseinheitliche Rechtsgrundlage gewährleistet die räumliche Vergleichbarkeit innerhalb des Erhebungsgebietes. Auf internationaler Ebene gibt es derzeit keine einheitliche Rechtsgrundlage, sodass die Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Merkmalsdefinitionen und Erhebungsabgrenzungen stark eingeschränkt ist.

■ Diagnosen, Operationen und Prozeduren

Seit 2005 ergänzt die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (**DRG-Statistik**) die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Das auf Fallpauschalen basierende DRG-Vergütungssystem wurde bei der Novellierung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 eingeführt (DRG steht für „Diagnosis Related Groups“). Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die ihre Leistungen nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) unterliegen (ohne psychiatrische

Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist, wie auch die Diagnosestatistik, eine jährliche Vollerhebung. Diese Daten erheben nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sondern das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK). Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken. Das InEK stellt diese Datensätze wiederum dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung (**Sekundärstatistik**).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Diese umfassen auch die im Krankenhaus verstorbenen Patientinnen und Patienten, nicht jedoch vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette), unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Im Vordergrund stehen insbesondere Angaben zu Operationen und Behandlungsmaßnahmen, Art und Höhe der abgerechneten Entgelte sowie Haupt- und Nebendiagnosen. Die Fallpauschalen (DRGs) werden nach Hauptdiagnosegruppen, den sogenannten „Major Diagnostic Categories“ (MDCs), ausgewiesen. Dies sind Kategorien, die grundsätzlich auf einem Körpersystem oder einer Erkrankungsätiologie aufbauen, die mit einem speziellen medizinischen Fachgebiet verbunden sind.

■ Schwerbehinderte Menschen

Zweck der **Statistik der schwerbehinderten Menschen** ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungsstichtag ist der 31.12. Die **Rechtsgrundlage** ist § 131 des SGB IX.

Die Versorgungsämter liefern die Daten an die Statistischen Landesämter ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2011 wurden im September 2012 veröffentlicht.

Inhaltliche und formale Prüfungen in der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden insbesondere in den Statistischen Ämtern der Länder statt. Da die Landesämter auf Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter zurückgreifen, ist die Qualität auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob die gemeldete schwerbehinderte Person aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten in der Regel nur alle fünf Jahre, wenn die Person einen neuen Schwerbehindertenausweis beantragt. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen durch, um den Bestand zu aktualisieren.

Die Statistischen Ämter der Länder kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001 und von 4 % bzw. 30 000 Personen von 2011 zu 2009), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 91 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003), Hamburg (Rückgang von 4 % bzw. 5 700 Personen von 2009 im Vergleich zu 2007), Bayern (Rückgang von 3 % bzw. 35 000 Personen von 2011 im Vergleich zu 2009).

■ Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen, Personal

Ziel der **Pflegestatistik** ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungs-gesetzes benötigt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen die Pflegestatistik seit Dezember 1999 zweijährlich durch. Die **Rechtsgrundlage** für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistik-Verordnung. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen befragen die Statistischen Landesämter die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger organisatorisch bedingt der 31.12. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2011 wurden im Januar 2013 veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen kann mit Hilfe der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen sowie der Statistik über die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um knapp 2 % über der Zahl der Pflegebedürftigen, die in der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Unterschiede in der Methodik und mögliche Ursachen für die Abweichungen erklärt der Bericht „Pflegestatistik 2011 – Deutschlandergebnisse“. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort „Pflegestatistik“.

Das Statistische Bundesamt verwendet die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

■ Schwangerschaftsabbrüche

Die **Schwangerschaftsabbruchstatistik** gibt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Sie liefert damit wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Die Statistik wird in Deutschland vierteljährlich durchgeführt. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2975). Auskunftsspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber der Arztpraxen und die Leiterinnen und Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen. Ab 2010 ist die Dauer der abgebrochenen Schwangerschaften in vollendeten Wochen anzugeben.

■ Sterbefälle

Die **Todesursachenstatistik** ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.3.1980, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.7.2008 (BGBl. I S. 1290). Diese Statistik ermöglicht eine fundierte Todesursachenforschung, die die Einflussfaktoren der todesursachenspezifischen Sterblichkeit, ihre regionalen Besonderheiten und Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht. Aus den Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen und Strategien

abgeleitet, z. B. für die Gesundheitspolitik und die epidemiologische Forschung. Im Kern geht es um die Frage, durch welche präventiven und medizinisch-kurativen Maßnahmen die Lebenserwartung und -qualität der Bevölkerung erhöht werden kann.

Die **Todesursachenstatistik** ist eine Vollerhebung aller Todesfälle in Deutschland. Grundlage ist die von den Ärztinnen bzw. Ärzten ausgestellte Todesbescheinigung, auf der die Krankheiten aufgelistet sind, die zum Tode geführt haben. Es besteht darüber hinaus noch die Möglichkeit, Begleiterkrankungen zu vermerken, die nicht direkt mit dem Tod in Verbindung stehen. Dabei unterscheidet man zwischen denjenigen Krankheiten, die unmittelbar und mittelbar zum Tode geführt haben, einschließlich derjenigen Krankheit, welche alle anderen bedingt (sogenanntes „Grundleiden“). Nur dieses Grundleiden als Auslöser aller anderen Krankheiten fließt als Todesursache in die Todesursachenstatistik ein (sogenannte „monokausale Aufbereitung“). Ein einheitliches ausführliches Verzeichnis der Todesursachen existiert seit 1905, die ersten vorliegenden Aufzeichnungen stammen aus dem Jahre 1877.

Durch das einheitliche methodische Vorgehen (Vollerhebung, einheitliche Systematik der internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision – ICD-10) und die Kontinuität der Erhebung wird sichergestellt, dass diese Daten der wissenschaftlichen Forschung zuverlässig zur Verfügung stehen.

■ Ausgaben und Personal im Gesundheitswesen

Mit der **Gesundheitsausgabenrechnung** sowie der **Gesundheitspersonalrechnung** stehen zwei inhaltlich miteinander verzahnte gesundheitsbezogene Rechensysteme bereit, die eine tiefgehende Analyse des Gesundheitswesens aus unterschiedlichen Blickwinkeln ermöglichen. Methodischer Ausgangspunkt der zwei Rechenwerke ist die Abgrenzung des Gesundheitswesens nach dem „System of Health Accounts“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Zum Gesundheitswesen zählen nach dieser Abgrenzung sämtliche Institutionen und Personen, die zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen, sie erhalten, fördern und wiederherstellen. Die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung bilden den Kernbereich des Gesundheitswesens. Tätigkeiten aus den Bereichen Soziales und Umwelt fließen in die Rechensysteme ein, wenn sie primär auf die Bewältigung oder Linderung von Gesundheitsproblemen abzielen. Außen vor bleiben z. B. Altenwohnheime, Fitnesseinrichtungen oder Reformhäuser.

Bei beiden Rechensystemen handelt es sich um reine **Sekundärstatistiken**. Dies bedeutet, dass die im Gesundheitswesen bereits verfügbaren Datenquellen zu jeweils einem Gesamtsystem zusammengeführt werden. Dies beinhaltet keine eigenständigen Erhebungen im Sinne von Primärstatistiken.

Die **Gesundheitsausgabenrechnung** beschäftigt sich mit der Ermittlung der Ausgaben im Gesundheitswesen nach Leistungsarten, Einrichtungen sowie Ausgaben-trägern. Neben den gesamten Gesundheitsausgaben weist sie nachrichtlich einen erweiterten Leistungsbereich aus. Dieser umfasst Ausgaben für Forschung, Ausbildung, Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen und Einkommensleistungen. Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. Auf internationaler Ebene koordiniert die OECD die Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Die **Gesundheitspersonalrechnung** liefert detaillierte Angaben über die Anzahl und die Struktur der Beschäftigten im Gesundheitswesen zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres. Sie weist das Gesundheitspersonal nach Einrichtung, Beruf, Art der Beschäftigung, Geschlecht und Alter aus. Neben den Beschäftigten erfasst sie auch die sogenannten Vollzeitäquivalente. Vergleichbare Daten liegen ab dem Berichtsjahr 2000 vor.

Rechtsgrundlage für die Erfassung der Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie der Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung ist die Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Glossar

Ambulante Pflegedienste | Erfasst werden die ambulanten Pflegedienste, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Art der Behandlung | Niedergelassene Allgemein- oder Gebietsärztinnen bzw. -ärzte sowie das Personal in der Ambulanz eines Krankenhauses (Poliklinik) können eine **ambulante ärztliche Behandlung** vornehmen. Eine **stationäre Behandlung** liegt vor, sofern die Patientin oder der Patient mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus/eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung aufgenommen und dort gepflegt, ärztlich behandelt oder auf sonstige Art medizinisch oder pflegerisch betreut wurde. Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen lediglich eine Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet (z. B. Anstalten zur Unterbringung Gebrechlicher oder Erholungsbedürftiger, Altenheime, Pflegeheime).

Aufwendungen für den Ausbildungsfonds | Die in zahlreichen Bundesländern existierenden Ausbildungsfonds setzen sich zusammen aus Einzahlungen aller Krankenhäuser des jeweiligen Bundeslandes. Die in den Fonds angesammelten Mittel dienen der Finanzierung der Ausbildungsbudgets der Krankenhäuser. Die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds werden seit 2007 erhoben. Sie erhöhen sowohl die Brutto-Gesamtkosten als auch die bereinigten Kosten; deshalb ist ein Vergleich mit vorangegangenen Jahren nur eingeschränkt möglich.

Ausgabenträger | Sie umfassen sämtliche öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren (z. B. Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung).

Berechnungs-/Belegungstage, Pfl egetage | Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage im Krankenhaus bzw. der Pfl egetage in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entspricht der Summe der Patientinnen und Patienten, die an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24 Uhr vollstationär untergebracht sind (Summe der Mitternachtsbestände). Als Berechnungs-/Belegungstag bzw. Pfl egetag zählt der Aufnahmetag sowie jeder weitere Tag des Aufenthaltes ohne den Verlegungs- oder Entlassungstag aus der stationären Einrichtung. Wird eine Patientin oder ein Patient am gleichen Tag aufgenommen und entlassen (sogenannter „Stundenfall“), gilt dieser Tag als Aufnahmetag; somit verursacht ein Stundenfall einen Belegungstag.

Beschäftigte | Bei den Angaben handelt es sich um Beschäftigungsfälle, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt.

Einrichtungen, Klassifikation nach | Sie gibt Aufschluss über den Leistungserbringer. Beispielhafte Einrichtungen sind die ambulanten Einrichtungen, die u. a. die Arztpraxen und Apotheken enthalten oder die stationären Einrichtungen, die u. a. die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen gemeinsam umfassen.

Fallzahl | Die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ermitteln diese in ihren Grunddaten anhand des Patientenzu- und -abgangs. Zu unterscheiden ist zwischen einrichtungs- und fachabteilungsbezogener Fallzahl. Letztergenannte berücksichtigt (nur in Krankenhäusern) die internen Verlegungen. Die Ermittlung der Fallzahl beinhaltet auch die Sterbefälle, seit 2002 ebenso die Stundenfälle innerhalb eines Tages. Vergleiche mit früheren Jahren sind auf der Basis neu berechneter Fallzahlen möglich.

Die Formel für die **einrichtungsbezogene Fallzahl** lautet:

$$= \frac{\text{Patientenzugang}}{2} + \frac{\text{Patientenabgang}}{2}$$

$$= \frac{\text{Vollstationäre Aufnahmen}}{2} + \frac{\text{Vollstationäre Entlassungen} + \text{Sterbefälle}}{2}$$

Die Formel für die **fachabteilungsbezogene Fallzahl** berücksichtigt demgegenüber interne Verlegungen:

$$= \frac{\text{Vollst. Aufn. + Verlegungen aus anderen Abteilungen}}{2} + \frac{\text{Vollst. Entl. + Verlegungen in andere Abt. + Sterbefälle}}{2}$$

Grundleiden | In der Todesursachenstatistik ist das Grundleiden diejenige Erkrankung/Diagnose, die ursächlich für den Tod einer Person ist. Eine solche Krankheit kann zwar weitere, ebenfalls auf der Todesbescheinigung vermerkte Erkrankungen auslösen, das Grundleiden ist jedoch die für die Statistik entscheidende Erkrankung. Beispiel: Seit fünf Jahren ist eine Frau an Brustkrebs erkrankt. Aufgrund dieser Erkrankung haben sich Hirnmetastasen gebildet, die am Ende zu einer Hirnblutung geführt haben. Alle diese Diagnosen (Brustkrebs, Hirnmetastasen, Hirnblutung) würden auf einer Todesbescheinigung vermerkt sein. Für die Statistik relevant wäre nur der Brustkrebs, da dieser alle folgenden Erkrankungen ausgelöst hat. Da sie sich bisher nur auf das Grundleiden beschränkt, heißt die Todesursachenstatistik auch „monokausale Statistik“. Im Gegensatz dazu wird zukünftig die elektronische Kodierung der Todesursachen ermöglichen, alle auf der Todesbescheinigung vermerkten Erkrankungen statistisch auszuwerten („multi-kausale Todesursachenstatistik“).

Kosten der Krankenhäuser | Diese werden seit 2002 wieder nach dem Bruttoprinzip ermittelt (wie schon in den Jahren 1991 bis 1995). Dabei werden zunächst die gesamten Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres für Personal und Sachmittel auf Basis der Krankenhaus-Buchführungsverordnung erfasst und später bereinigt um die nichtstationären Kosten, z. B. für Ambulanzen sowie Forschung und Lehre.

Krankenhäuser | Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, in denen das Personal durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden feststellen, heilen oder lindern soll oder Geburtshilfe leistet. In Krankenhäusern erfolgt die Unterbringung und Verpflegung der zu versorgenden Personen.

Krankheiten, Abgrenzung der | Grundlage für die Abgrenzung der Krankheiten in der Krankenhausdiagnosestatistik und der Todesursachenstatistik ist die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD). Sie ist Teil der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Leistungsarten, Klassifikation nach | Sie ermöglicht die Unterteilung der Gesundheitsausgaben nach der Form der von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommenen Leistungen. Als Leistungsarten zählen z. B. die Prävention, ärztliche Leistungen, pflegerische und therapeutische Leistungen und Leistungen für Waren (u. a. Arznei- und Hilfsmittel, Zahnersatz).

Nutzungsgrad der Betten bzw. Bettenauslastung | Sie gibt die durchschnittliche Auslastung der Betten in vom Hundert an. Hierzu wird die tatsächliche mit der maximalen Bettenbelegung in Relation gesetzt. Die maximale Bettenkapazität ergibt sich aus dem Produkt der aufgestellten Betten und der Anzahl der Kalendertage im Berichtsjahr. Die tatsächliche Bettenbelegung entspricht der Summe der Berechnungs- und Belegungstage/der Pflgetage, da jede Patientin bzw. jeder Patient pro vollstationären Tag in der Einrichtung ein Bett belegt.

$$\text{Durchschnittliche Bettenauslastung} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Aufgestellte Betten} \times \text{Kalendertage}} \times 100$$

Pflegebedürftige | Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI). Statistisch erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als pflegebedürftige Person ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen).

Pflegeheime | Statistisch erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Schwerbehinderte Menschen | Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem SGB IX, z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

Verweildauer | Sie gibt die Zahl der Tage an, die eine Patientin oder ein Patient durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie ergibt sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen/Pflgetagen und der Fallzahl der jeweiligen Fachabteilung bzw. der Einrichtung.

$$\text{Durchschnittliche Verweildauer} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Patientinnen und Patienten (Fälle)}}$$

Vollzeitäquivalente (FTE = Full-Time Equivalents) | Sie geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einer vollzeitbeschäftigten Person, in den Grunddaten der Krankenhausstatistik als Vollkräfte bezeichnet.

Vorleistungsindustrie | In diesem Sektor werden Vorleistungen ausschließlich für das Gesundheitswesen produziert. Ihm gehören die pharmazeutische, die medizintechnische und die augenoptische Industrie, der Großhandel und die Handelsvermittlung sowie die medizinischen und zahnmedizinischen Laboratorien an.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | In diesen Einrichtungen wird der Gesundheitszustand der dort untergebrachten und verpflegten Patientinnen und Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan verbessert. Dies geschieht vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen. Den Patientinnen und Patienten wird bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte geholfen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Gesundheit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 23, Daten zur *Pflege (Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen)* unter Code 224

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gesundheitliche Lage

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 3 | Schwangerschaftsabbrüche
- Reihe 4 | Todesursachen in Deutschland
- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Fachserie 13 Sozialeleistungen

- Reihe 5 | Schwerbehinderte Menschen

Fachberichte

- Schwerbehinderte Menschen (2013)
- Fragen zur Gesundheit – Körpermaße der Bevölkerung – Mikrozensus 2009
- Fragen zur Gesundheit – Rauchgewohnheiten der Bevölkerung – Mikrozensus 2009
- Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen (2013)
- Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
 - Deutschlandergebnisse (2013)
 - Ländervergleich – Pflegebedürftige (2013)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/09 | Morbidität in den Arztpraxen
- Heft 2/10 | Schwerbehinderte Menschen 2007
- Heft 3/12 | Lebenslagen der behinderten Menschen, Ergebnis des Mikrozensus 2009

STATmagazin

- Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (2008)
- Nichtraucher auf dem Vormarsch – Gesundheitsschutz hat Vorrang (2010)
- Familienzuwachs: Mutter und Kind wohlauf? (2010)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Demografischer Wandel in Deutschland –
 - Heft 2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
 - Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich (2013)

■ Gesundheitsversorgung

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
- Reihe 7.3 | Gesundheitspersonal

Fachberichte

- Pflegestatistik 2011 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
 - Deutschlandergebnisse (2013)
 - Ländervergleich – ambulante Pflegedienste (2013)
 - Ländervergleich – Pflegeheime (2013)

Mehr zum Thema

■ Gesundheitsversorgung

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/10 | Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025
- Heft 4/11 | Krankenhäuser in Deutschland
- Heft 2/12 | 20 Jahre Krankenhausstatistik
- Heft 3/14 | Können Pflegekräfte aus dem Ausland den wachsenden Pflegebedarf decken?

STATmagazin

- | Krankenpflege – Berufsbelastung und Arbeitsbedingungen (2009)
- | Kaiserschnitt und Co: Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern (2010)

■ Kosten im Gesundheitswesen

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser
- Reihe 7.1 | Gesundheitsausgaben
- Reihe 7.2 | Krankheitskosten

Wirtschaft und Statistik

- Heft 7/11 | Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters?

STATmagazin

- | Männer und Frauen im Gesundheitswesen: Ein Kostenvergleich (2009)

■ Krankenversicherungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

- Reihe 1.1 | Angaben zur Krankenversicherung

■ Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/09 | Onlinerecherche von Gesundheitsdaten

Broschüren

- | Gesundheit auf einen Blick (2010)

■ Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes informiert über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden dabei tief gegliederte Datentabellen aus über 100 Datenquellen sowohl der amtlichen Statistik als auch einer Vielzahl anderer Institutionen. Aber auch Berichte und Analysen, insbesondere die Veröffentlichungen des Robert Koch-Instituts, sind dort bequem verfügbar. Weitere Informationen finden Sie unter www.gbe-bund.de

Im Rahmen der GBE des Bundes sind u. a. folgende Berichte erschienen:

- | Gesundheit und Krankheit im Alter (2009)
- | Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ (2011)

Themenhefte der Gesundheitsberichterstattung

- Heft 53 | Rückenschmerzen
- Heft 54 | Arthrose
- Heft 55 | Gastritis, Magen- und Zwölffingerdarmgeschwüre

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 89 51 (Krankenhausstatistik, Todesursachenstatistik),
+49 (0)6 11 / 75 81 54 (Schwangerschaftsabbruchstatistik, Mikrozensus – Fragen zur Gesundheit),
+49 (0)6 11 / 75 82 34 (Gesundheitsbezogene Rechensysteme),
+49 (0)6 11 / 75 81 21 (Gesundheitsberichterstattung),
+49 (0)6 11 / 75 89 56 (Pflege und behinderte Menschen),
+49 (0)6 11 / 75 89 55 (Krankenversicherung).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

5 Wohnen



Zensus 2011: rund **37 Millionen bewohnte Wohnungen** | und rund **43 m²** Wohnfläche je Person | **43 % der Haushalte** wohnten 2013 in den **eigenen vier Wänden** | Durchschnittlich **92 m²** Wohnfläche **je Haushalt** | Fast jeder **fünfte Haushalt** 2012 finanziell **stark** durch Wohnkosten **belastet** | 2012 bezogen in Deutschland **1,9%** der Privathaushalte **Wohngeld**

Seite

149 **Auf einen Blick**

Tabellen

150 **Wohnungen**

Nach Ländern | Nach Baujahr | Nach Wohnfläche | Nach Zahl der Räume | Art der Wohnungsnutzung | Wohnungsnutzung durch Haushalte | Leer stehende Wohnungen | Nach Eigentumsverhältnissen

152 **Wohngeld**

Nach Ländern | Nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung | Wohngeldausgaben

153 **Wohnsituation privater Haushalte**

Zur Miete/mietfrei | In Wohneigentum | Nach Haushaltstyp

155 **Belastungen durch die Wohnsituation**

Finanzielle Belastung durch Wohnkosten | Probleme im Wohnumfeld | Mängel in der Wohnung/dem Haus

156 **Wohnbedingungen**

Zugang zu Dienstleistungen

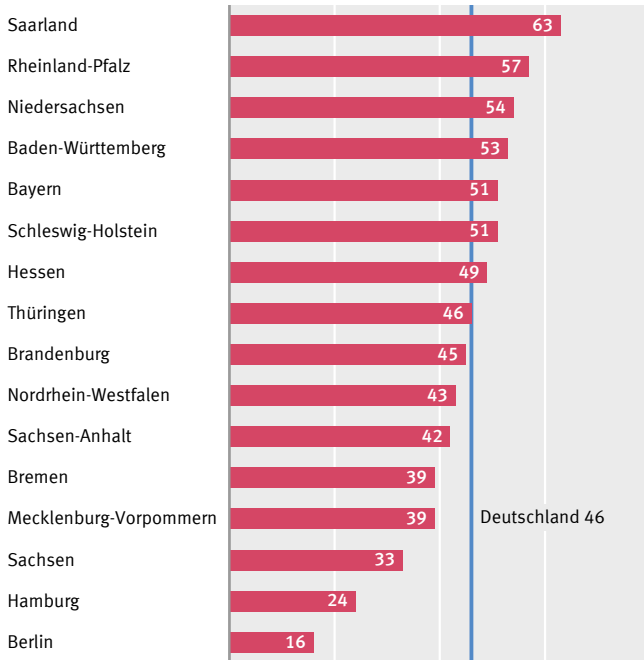
157 **Methodik**

159 **Glossar**

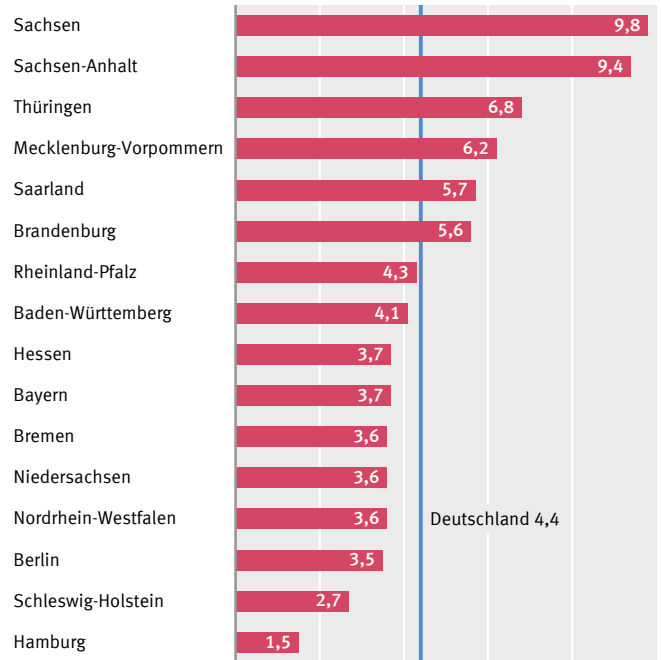
162 **Mehr zum Thema**

5.0 Auf einen Blick

Eigentümerquote 2011
in %



Leerstandsquote 2011
in %

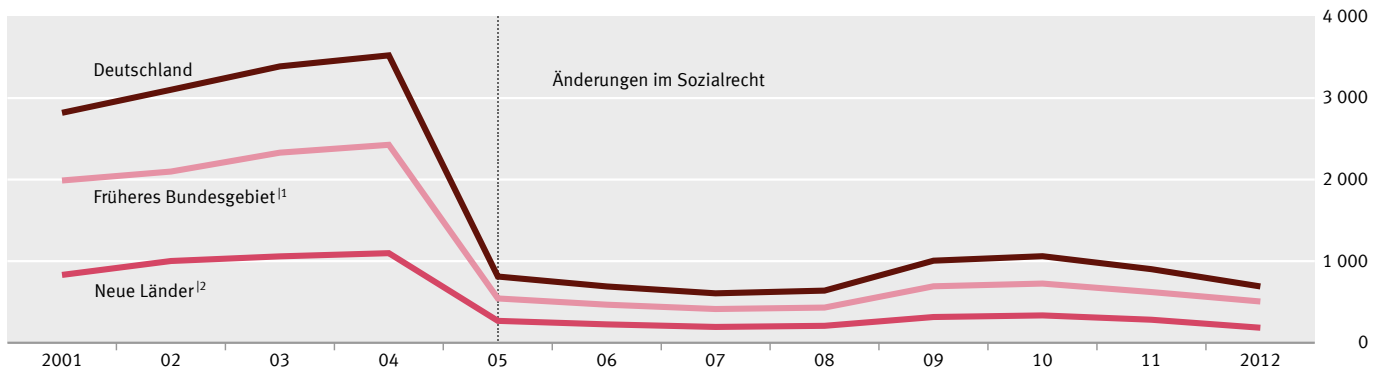


Ergebnisse des Zensus 2011. – Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime). Ohne Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen.

Ergebnisse des Zensus 2011. – Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime). Ohne Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen.

Haushalte mit Wohngeld
in 1 000

Infolge der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – „Hartz IV“) hat sich der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit der statistisch erfassten **Wohngeldhaushalte** zunächst deutlich reduziert. Für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II) entfiel ab diesem Zeitpunkt der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt. Außerdem entfiel der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.



Am Jahresende.

1 Bis 2001 einschl. Berlin-West, ab 2002 ohne Berlin.
2 Bis 2001 einschl. Berlin-Ost, ab 2002 einschl. Berlin.

2014 - 01 - 0214

5 Wohnen

5.1 Wohnungen

Weitere Informationen zu Wohnungen siehe Kapitel „Bauen“

5.1.1 Wohnungen 2011

	Wohnungen insgesamt ¹	Art der Wohnungsnutzung				Gebäudegröße		
		von Eigentü- mer/-in bewohnt	zu Wohnzwecken vermietet	Ferien- und Freizeitwohnung	Leer stehend	Gebäude mit ... Wohnung(en)		
						1	2	3 und mehr
Deutschland	38 768 370	16 905 980	19 943 660	216 404	1 702 326	11 992 019	6 068 452	20 707 899
Baden-Württemberg	4 779 647	2 433 830	2 122 192	30 835	192 790	1 392 646	985 922	2 401 079
Bayern	5 761 636	2 806 858	2 697 017	44 282	213 479	1 922 313	1 081 200	2 758 123
Berlin	1 820 975	273 425	1 481 560	2 490	63 500	156 537	33 324	1 631 114
Brandenburg	1 237 409	520 863	640 443	6 823	69 280	479 283	128 919	629 207
Bremen	333 766	126 115	195 369	339	11 943	90 260	26 709	216 797
Hamburg	876 334	207 331	655 066	666	13 271	141 935	38 502	695 897
Hessen	2 776 722	1 302 444	1 360 589	11 107	102 582	825 849	578 433	1 372 440
Mecklenburg-Vorpommern	848 267	303 730	483 913	8 958	51 666	273 007	73 631	501 629
Niedersachsen	3 648 892	1 890 500	1 586 290	42 930	129 172	1 575 499	632 959	1 440 434
Nordrhein-Westfalen	8 343 920	3 447 868	4 584 367	12 876	298 809	2 306 903	1 263 662	4 773 355
Rheinland-Pfalz	1 899 290	1 030 632	773 050	14 277	81 331	815 917	362 205	721 168
Saarland	482 887	286 250	168 324	1 086	27 227	205 096	126 780	151 011
Sachsen	2 235 977	668 190	1 342 047	6 193	219 547	469 451	257 973	1 508 553
Sachsen-Anhalt	1 246 580	475 841	651 104	2 698	116 937	394 245	140 922	711 413
Schleswig-Holstein	1 362 468	655 986	642 186	28 731	35 565	606 274	153 952	602 242
Thüringen	1 113 600	476 117	560 143	2 113	75 227	336 804	183 359	593 437
Baujahr								
von ... bis ... errichtet								
vor 1919	5 244 540	2 028 787	2 785 538	33 311	396 904	1 451 800	942 324	2 850 416
1919 – 1948	4 199 478	1 796 127	2 143 569	18 280	241 502	1 447 380	769 605	1 982 493
1949 – 1978	16 757 384	6 569 492	9 382 049	91 311	714 532	4 219 292	2 630 236	9 907 856
1979 – 1986	3 722 743	1 829 811	1 709 650	30 256	153 026	1 212 890	629 925	1 879 928
1987 – 1990	1 383 387	696 266	629 803	7 401	49 917	532 479	181 726	669 182
1991 – 1995	2 469 363	1 079 767	1 320 290	11 319	57 987	758 028	298 789	1 412 546
1996 – 2000	2 604 212	1 333 510	1 208 400	12 265	50 037	1 054 125	324 153	1 225 934
2001 – 2004	1 145 210	771 326	353 876	5 560	14 448	641 141	148 844	355 225
2005 – 2008	877 347	586 698	275 279	4 733	10 637	487 317	101 089	288 941
2009 und später	364 706	214 196	135 206	1 968	13 336	187 567	41 761	135 378
Wohnfläche								
von ... bis unter ... m ²								
unter 40	1 887 526	106 365	1 600 799	26 564	153 798	29 432	110 717	1 747 377
40 – 60	6 950 779	673 451	5 767 577	63 475	446 276	213 999	654 443	6 082 337
60 – 80	9 281 078	2 077 075	6 638 456	54 034	511 513	740 572	1 406 286	7 134 220
80 – 100	6 690 629	3 053 659	3 324 974	30 354	281 642	1 662 820	1 450 247	3 577 562
100 – 120	4 731 949	3 214 837	1 363 308	16 493	137 311	2 482 677	989 792	1 259 480
120 – 140	4 090 883	3 323 247	675 650	11 022	80 964	2 902 394	690 848	497 641
140 und mehr	5 135 526	4 457 346	572 896	14 462	90 822	3 960 125	766 119	409 282
Zahl der Räume (einschl. Küche)								
1	1 072 659	82 672	898 434	16 534	75 019	16 751	49 591	1 006 317
2	3 485 311	331 509	2 886 695	44 634	222 473	85 459	286 987	3 112 865
3	8 458 753	1 488 838	6 426 339	60 707	482 869	439 776	1 159 340	6 859 637
4	10 018 370	3 352 168	6 114 392	45 414	506 396	1 487 022	1 875 098	6 656 250
5	6 629 764	4 030 770	2 346 654	23 734	228 606	3 019 025	1 342 249	2 268 490
6	4 292 658	3 414 866	768 109	12 798	96 885	3 074 312	691 793	526 553
7 und mehr	4 810 855	4 205 157	503 037	12 583	90 078	3 869 674	663 394	277 787
	m²							
Durchschnittliche Wohnfläche								
je Wohnung	91,4	117,5	70,8	73,5	74,8	127,4	96,0	69,1
	Anzahl							
Durchschnittliche Raumzahl (einschl. Küche)								
je Wohnung	4,4	5,5	3,6	3,6	3,8	6,0	4,6	3,4

Ergebnisse des Zensus 2011.

1 In Wohngebäuden (ohne Wohnheime). Ohne Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie ohne gewerblich genutzte Wohnungen.

5 Wohnen

5.1 Wohnungen

5.1.2 Wohnungsnutzung durch Haushalte 2011

	Haushalte insgesamt ¹⁾	Haushaltsgröße					
		Haushalt mit ... Person(en)					
		1	2	3	4	5	6 und mehr
Art der Wohnungsnutzung							
Von Eigentümer/-in bewohnt ...	16 891 049	3 821 731	6 229 507	3 120 031	2 565 850	799 637	354 293
Zu Wohnzwecken vermietet ...	20 570 051	10 076 392	6 188 816	2 329 273	1 337 205	421 635	216 730
Wohnfläche							
von ... bis unter ... m ²							
unter 40	1 877 359	1 676 137	157 305	28 773	10 551	3 148	1 445
40 – 60	6 533 208	4 538 478	1 565 277	293 176	98 410	25 266	12 601
60 – 80	8 812 849	3 681 920	3 346 209	1 115 790	483 570	129 440	55 920
80 – 100	6 470 852	1 832 665	2 532 516	1 117 203	685 914	204 518	98 036
100 – 120	4 634 592	943 412	1 803 259	928 758	679 265	190 382	89 516
120 – 140	4 031 814	614 589	1 440 614	878 316	778 573	225 781	93 941
140 und mehr	5 100 426	610 922	1 573 143	1 087 288	1 166 772	442 737	219 564
Durchschnittliche Wohnfläche je Person ... m ²							
	42,7	69,6	47,5	36,0	30,4	25,8	20,1
Durchschnittliche Raumzahl (einschl. Küche) je Person ... Anzahl							
	2,1	3,5	2,3	1,7	1,4	1,2	1,0

Ergebnisse des Zensus 2011.

1 Ohne Haushalte in Ferien- und Freizeitwohnungen sowie ohne Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte.

5.1.3 Leer stehende Wohnungen 2011

	Leer stehende Wohnungen							
	insgesamt ¹⁾	Wohnfläche von ... bis unter ... m ²						
		unter 40	40 – 60	60 – 80	80 – 100	100 – 120	120 – 140	140 und mehr
Deutschland	1 702 326	153 798	446 276	511 513	281 642	137 311	80 964	90 822
Baden-Württemberg	192 790	16 006	41 864	56 137	38 386	18 693	10 445	11 259
Bayern	213 479	18 164	41 955	54 239	42 899	24 029	14 752	17 441
Berlin	63 500	9 575	16 577	19 126	10 269	3 791	1 831	2 331
Brandenburg	69 280	7 048	24 112	22 802	7 511	3 702	2 098	2 007
Bremen	11 943	1 220	3 427	3 592	1 806	849	515	534
Hamburg	13 271	1 799	4 290	3 277	1 713	868	506	818
Hessen	102 582	7 931	19 506	27 948	21 031	11 484	6 834	7 848
Mecklenburg-Vorpommern	51 666	5 549	16 930	18 388	4 896	2 875	1 589	1 439
Niedersachsen	129 172	8 811	27 263	39 048	23 716	12 435	8 159	9 740
Nordrhein-Westfalen	298 809	26 263	76 859	96 254	51 401	21 523	12 223	14 286
Rheinland-Pfalz	81 331	5 259	14 043	20 725	17 275	9 688	6 553	7 788
Saarland	27 227	1 490	4 193	7 124	5 946	3 248	2 442	2 784
Sachsen	219 547	22 870	79 471	72 507	25 745	9 781	4 705	4 468
Sachsen-Anhalt	116 937	10 845	43 049	36 499	13 512	6 347	3 614	3 071
Schleswig-Holstein	35 565	3 832	8 828	10 180	5 448	3 016	1 924	2 337
Thüringen	75 227	7 136	23 909	23 667	10 088	4 982	2 774	2 671
Baujahr								
von ... bis ... errichtet								
vor 1919	396 904	32 791	98 928	110 609	71 222	37 534	21 095	24 725
1919 – 1948	241 502	17 964	70 514	68 996	39 889	20 026	11 978	12 135
1949 – 1978	714 532	64 416	194 474	223 359	115 835	52 241	30 626	33 581
1979 – 1986	153 026	19 017	39 710	50 605	21 669	9 866	5 714	6 445
1987 – 1990	49 917	6 515	11 644	18 562	6 602	2 850	1 812	1 932
1991 – 1995	57 987	6 816	12 965	16 860	10 674	4 809	2 883	2 980
1996 – 2000	50 037	4 017	11 260	14 310	8 925	5 050	3 155	3 320
2001 – 2004	14 448	886	2 804	3 285	2 601	1 877	1 368	1 627
2005 – 2008	10 637	627	2 096	2 480	1 865	1 333	972	1 264
2009 und später	13 336	749	1 881	2 447	2 360	1 725	1 361	2 813
Eigentumsverhältnis des Gebäudes								
Gemeinschaft von Wohnungseigentümern ...	270 188	30 294	72 677	85 122	47 952	18 577	8 213	7 353
Privatperson	929 192	60 535	185 320	249 055	183 448	105 724	67 547	77 563
Öffentliches Unternehmen	213 208	32 233	82 365	69 271	19 075	5 635	2 227	2 402
Privatwirtschaftliches Unternehmen	178 705	20 092	57 040	66 411	23 121	6 041	2 637	3 363
Genossenschaft	111 033	10 644	48 874	41 654	8 046	1 334	340	(141)

Ergebnisse des Zensus 2011.

1 In Wohngebäuden (ohne Wohnheime).

5.2 Wohngeld

5.2.1 Wohngeldhaushalte nach Ländern am 31.12.2012

	Wohngeldhaushalte				Davon reine Wohngeldhaushalte		Davon wohngeldrechtliche Teilhaushalte	
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹	davon		insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹
			Mietzuschuss	Lastenzuschuss				
	1 000	%	1 000	%	1 000	%		
Deutschland	782,8	1,9	721,6	61,2	690,1	1,7	92,7	0,2
Baden-Württemberg	76,9	1,5	72,5	4,4	71,3	1,4	5,6	0,1
Bayern	69,0	1,1	64,7	4,3	61,7	1,0	7,3	0,1
Berlin	32,1	1,6	31,8	0,4	30,9	1,5	1,2	0,1
Brandenburg	32,4	2,6	29,2	3,1	29,9	2,4	2,5	0,2
Bremen	7,1	2,0	6,6	0,5	6,6	1,8	0,5	0,1
Hamburg	15,5	1,5	15,1	0,4	14,7	1,5	0,7	0,1
Hessen	40,4	1,3	37,7	2,7	37,3	1,2	3,1	0,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	37,3	4,4	34,0	3,3	30,6	3,6	6,7	0,8
Niedersachsen	81,8	2,1	71,6	10,2	66,5	1,7	15,3	0,4
Nordrhein-Westfalen	172,8	2,0	160,4	12,4	151,1	1,7	21,7	0,3
Rheinland-Pfalz	34,5	1,8	30,4	4,1	30,9	1,6	3,6	0,2
Saarland	5,7	1,1	4,8	0,9	5,1	1,0	0,6	0,1
Sachsen	74,3	3,4	69,4	5,0	65,9	3,0	8,4	0,4
Sachsen-Anhalt	32,8	2,8	30,0	2,7	27,5	2,3	5,3	0,4
Schleswig-Holstein	34,2	2,4	30,8	3,4	29,3	2,1	4,9	0,3
Thüringen	36,0	3,2	32,6	3,4	30,7	2,7	5,3	0,5
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ...	538,0	1,7	494,6	43,3	474,6	1,5	63,3	0,2
Neue Länder einschl. Berlin	244,9	2,8	227,0	17,9	215,5	2,5	29,4	0,3

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Bezugsberechtigt sind – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächere Haushalte, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter oder als Lastenzuschuss für selbst nutzende Eigentümerinnen und Eigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, deren monatlichem Gesamteinkommen sowie der zu berücksichtigenden Miete bzw. Belastung. Den größeren Teil der Wohnkosten müssen in jedem Fall Mieterinnen und Mieter bzw. Eigentümerinnen und Eigentümer selbst tragen.

Wohngeldhaushalte umfassen reine Wohngeldhaushalte und wohngeldrechtliche Teilhaushalte.

Reine Wohngeldhaushalte sind Haushalte, in denen alle Haushaltsmitglieder Wohngeld erhalten.

Der **wohngeldrechtliche Teilhaushalt** besteht aus der Anzahl derjenigen Mitglieder eines Mischhaushaltes, die beim Wohngeld zu berücksichtigen sind. In jedem Mischhaushalt gibt es mindestens eine Empfängerin oder einen Empfänger von Transferleistungen, die oder der nach den §§ 7 und 8 Absatz 1 WoGG vom Wohngeld ausgeschlossen ist und daher bei der Wohngeldermittlung nicht berücksichtigt wird. In jedem Mischhaushalt gibt es genau einen wohngeldrechtlichen Teilhaushalt.

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2012.

1 Zahl der Privathaushalte gemäß Mikrozensus 2011 (Jahresdurchschnitt), nicht zensusbasiert.

5.2.2 Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung am 31.12.2012

	Wohngeldhaushalte insgesamt	Davon reine Wohngeldhaushalte						Davon wohngeldrechtliche Teilhaushalte	
		insgesamt	Erwerbstätige		Arbeitslose	Nichterwerbstätige			
			Selbstständige	abhängig Beschäftigte		Pensionäre/ Pensionärinnen, Rentner/-innen	Studierende		Sonstige
		1 000	%		1 000				
Insgesamt	782,8	690,1	1,9	33,4	6,3	46,7	5,2	6,5	92,7
davon:									
Zahl der Personen im Haushalt									
1	449,7	385,4	0,5	6,0	3,0	41,8	3,2	1,4	64,3
2	107,3	85,7	0,3	5,4	1,0	3,7	1,1	0,8	21,6
3	58,9	54,2	0,3	4,8	0,7	0,6	0,5	1,0	4,6
4	81,4	80,1	0,4	8,0	0,9	0,4	0,2	1,7	1,3
5 und mehr	85,5	84,7	0,4	9,3	0,7	0,3	0,1	1,5	0,9

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2012.

5 Wohnen

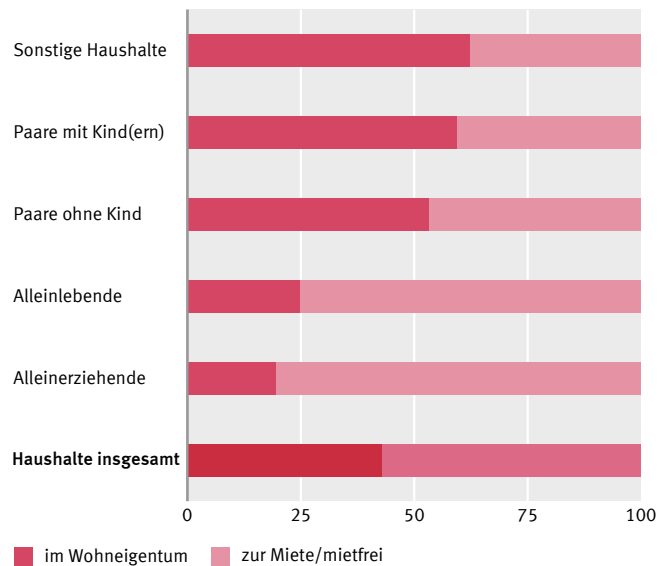
5.2 Wohngeld

5.2.3 Wohngeldausgaben nach Ländern 2012

	Wohngeldausgaben			
	insgesamt	Durchschnitt je Einwohner/-in	davon	
			Mietzuschuss	Lastenzuschuss
Mill. EUR	EUR	Mill. EUR		
Deutschland	1 184,7	15	1 070,1	114,6
Baden-Württemberg	112,1	11	103,5	8,6
Bayern	103,1	8	95,4	7,7
Berlin	47,3	14	46,8	0,5
Brandenburg	42,1	17	37,4	4,7
Bremen	11,2	17	10,0	1,2
Hamburg	23,5	14	22,7	0,8
Hessen	70,5	12	64,7	5,8
Mecklenburg-Vorpommern ..	50,3	31	45,2	5,1
Niedersachsen	133,2	17	112,0	21,2
Nordrhein-Westfalen	289,5	16	262,4	27,0
Rheinland-Pfalz	54,8	14	46,8	8,0
Saarland	10,8	11	8,8	2,0
Sachsen	96,9	24	88,4	8,5
Sachsen-Anhalt	42,7	19	39,3	3,4
Schleswig-Holstein	54,3	19	48,6	5,7
Thüringen	42,5	20	37,9	4,6
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet ...	863,0	13	774,9	88,0
Neue Länder einschl. Berlin	321,7	20	295,0	26,8

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2012. – Die Wohngeldausgaben können nicht nach reinen Wohngeldhaushalten und nach wohngeldrechtlichen Teilhaushalten unterschieden werden. Der Durchschnitt je Einwohner/-in bezieht sich auf die Bevölkerung im Jahresdurchschnitt 2012 (Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2012, Ergebnisse der Bevölkerungsforschung auf Grundlage des Zensus 2011).

Wohnsituation privater Haushalte nach dem Haushaltstyp am 1.1.2013 Anteil der Haushalte in %



Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

2014 - 01 - 0215

5.3 Wohnsituation privater Haushalte nach Haushaltstyp am 1.1.2013

5.3.1 Haushalte insgesamt

	Einheit	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
			Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
				Männer	Frauen			ohne Kinder	mit Kind(ern)	
Haushalte insgesamt	1 000	40 032	16 088	6 320	9 767	1 281	17 060	11 538	5 522	5 603
Einfamilienhaus	%	33,1	15,6	15,3	15,8	19,6	44,6	41,1	52,1	51,0
Zweifamilienhaus	%	11,1	8,8	8,4	9,1	9,3	12,8	12,5	13,2	13,0
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	%	53,9	73,0	73,2	72,9	68,6	41,1	44,9	33,2	34,2
sonstiges Gebäude	%	2,0	2,5	3,0	2,2	(2,4)	1,5	1,5	1,5	1,7
Gebäude mit Baujahr										
vor 1949	%	21,7	22,1	22,5	21,9	22,8	20,8	20,5	21,2	23,0
von 1949 – 1990	%	56,9	61,8	61,6	61,9	59,3	53,7	59,6	41,3	52,2
von 1991 – 2000	%	13,8	11,9	11,5	12,1	11,6	14,2	12,8	17,0	18,6
2001 oder später	%	7,6	4,3	4,4	4,1	6,3	11,4	7,0	20,5	6,1
Wohn- und Schlafräume je Haushalt	Anzahl	3,4	2,5	2,4	2,5	3,3	3,9	3,7	4,4	4,5
Einfamilienhaus	Anzahl	4,7	3,8	3,9	3,8	4,2	4,7	4,5	5,1	5,2
Zweifamilienhaus	Anzahl	3,7	2,9	2,9	2,9	3,4	3,9	3,6	4,3	4,6
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	2,6	2,2	2,1	2,2	2,9	3,1	2,9	3,5	3,3
sonstiges Gebäude	Anzahl	3,0	2,2	2,3	2,1	(3,3)	3,5	3,2	4,1	4,7
Wohnfläche je Haushalt	m²	91,9	67,1	65,9	67,8	81,5	107,4	100,9	121,1	118,4
Einfamilienhaus	m ²	128,5	104,9	106,1	104,1	114,4	132,3	126,3	142,4	140,4
Zweifamilienhaus	m ²	101,1	79,9	81,9	78,7	87,9	108,9	103,8	119,1	121,0
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	m ²	68,0	57,8	56,0	58,9	71,3	80,2	77,2	88,7	84,4
sonstiges Gebäude	m ²	81,3	58,6	59,9	57,4	(81,7)	101,1	93,5	116,2	124,9
Wohnfläche für Kinder insgesamt	m²	5,5	–	–	–	21,1	8,8	–	27,1	7,5
Einfamilienhaus	m ²	9,4	–	–	–	27,6	12,1	–	31,9	9,2
Zweifamilienhaus	m ²	6,4	–	–	–	22,5	9,1	–	27,1	8,2
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	m ²	2,9	–	–	–	19,1	5,1	–	19,6	4,6
sonstiges Gebäude	m ²	5,4	–	–	–	(18,2)	9,7	–	28,9	(12,9)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). – Die Ergebnisse der EVS 2013 basieren auf dem Mikrozensus 2012, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5. 2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

5 Wohnen

5.3 Wohnsituation privater Haushalte nach Haushaltstyp am 1.1.2013

5.3.2 Haushalte zur Miete/mietfrei

	Einheit	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
			Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
				Männer	Frauen			ohne Kinder	mit Kind(ern)	
Haushalte zusammen	1 000	22 827	12 082	4 780	7 301	1 030	7 610	5 372	2 238	2 106
Haushalte zusammen	%	57,0	75,1	75,6	74,8	80,4	44,6	46,6	40,5	37,6
Einfamilienhaus	%	8,3	5,4	5,5	5,3	8,1	11,7	9,4	17,1	13,4
Zweifamilienhaus	%	10,2	8,1	7,8	8,3	9,7	13,1	12,3	15,0	11,8
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	%	79,0	83,7	83,6	83,8	79,8	73,2	76,4	65,6	72,1
sonstiges Gebäude	%	2,5	2,8	3,1	2,6	(2,4)	2,1	2,0	(2,3)	(2,6)
Gebäude mit Baujahr										
vor 1949	%	22,3	22,4	22,7	22,2	22,4	21,8	20,7	24,5	23,4
von 1949 – 1990	%	61,6	63,1	63,5	62,8	63,2	59,3	61,4	54,3	60,5
von 1991 – 2000	%	11,7	10,9	10,2	11,4	10,7	12,9	12,1	14,6	12,5
2001 oder später	%	4,4	3,6	3,5	3,6	(3,7)	6,0	5,8	6,6	3,6
Wohn- und Schlafräume je Haushalt	Anzahl	2,7	2,2	2,1	2,2	3,0	3,2	2,9	3,6	3,5
Einfamilienhaus	Anzahl	3,7	2,8	2,7	2,9	3,6	4,2	3,8	4,6	4,6
Zweifamilienhaus	Anzahl	3,1	2,6	2,5	2,6	3,3	3,4	3,1	3,8	3,9
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	2,5	2,1	2,0	2,2	2,9	3,0	2,8	3,4	3,2
sonstiges Gebäude	Anzahl	2,5	1,9	1,9	1,9	(3,2)	3,2	2,9	(3,7)	(4,1)
Wohnfläche je Haushalt	m ²	69,4	57,4	55,6	58,6	73,8	82,8	78,1	94,0	87,5
Einfamilienhaus	m ²	99,9	75,6	72,6	77,6	94,5	111,4	103,5	121,8	121,2
Zweifamilienhaus	m ²	83,7	71,0	70,8	71,1	83,6	92,8	88,8	100,5	97,1
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	m ²	64,4	55,1	53,2	56,4	70,3	76,3	73,1	85,1	79,0
sonstiges Gebäude	m ²	67,9	51,6	50,0	52,8	(81,8)	87,9	82,9	(98,3)	(105,1)
Wohnfläche für Kinder insgesamt	m ²	3,5	–	–	–	19,7	6,3	–	21,4	5,6
Einfamilienhaus	m ²	8,5	–	–	–	24,5	12,7	–	29,3	10,1
Zweifamilienhaus	m ²	5,0	–	–	–	21,4	7,5	–	22,3	7,7
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	m ²	2,8	–	–	–	19,0	5,0	–	19,0	4,2
sonstiges Gebäude	m ²	4,3	–	–	–	(19,6)	(8,2)	–	(25,2)	(12,3)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). – Die Ergebnisse der EVS 2013 basieren auf dem Mikrozensus 2012, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5. 2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

5.3.3 Haushalte im Wohneigentum

	Einheit	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
			Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
				Männer	Frauen			ohne Kinder	mit Kind(ern)	
Haushalte zusammen	1 000	17 205	4 006	1 540	2 466	251	9 450	6 165	3 285	3 497
Haushalte zusammen	%	43,0	24,9	24,4	25,2	19,6	55,4	53,4	59,5	62,4
Einfamilienhaus	%	65,9	46,5	45,9	46,9	67,1	71,2	68,7	75,9	73,7
Zweifamilienhaus	%	12,3	11,0	10,5	11,3	(7,6)	12,5	12,8	12,0	13,7
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	%	20,6	40,8	41,0	40,6	22,9	15,3	17,5	11,1	11,4
sonstiges Gebäude	%	1,2	(1,7)	(2,7)	(1,2)	/	1,0	1,0	(1,0)	(1,2)
Gebäude mit Baujahr										
vor 1949	%	20,9	21,3	22,0	20,8	24,4	19,9	20,4	19,0	22,8
von 1949 – 1990	%	50,7	57,7	55,6	59,1	43,0	49,1	58,0	32,5	47,2
von 1991 – 2000	%	16,5	14,7	15,3	14,3	(15,4)	15,2	13,5	18,6	22,3
2001 oder später	%	11,9	6,3	7,1	5,8	(17,2)	15,7	8,1	30,0	7,7
Wohn- und Schlafräume je Haushalt	Anzahl	4,4	3,5	3,6	3,5	4,2	4,5	4,3	5,0	5,1
Einfamilienhaus	Anzahl	4,8	4,2	4,3	4,1	4,6	4,8	4,6	5,2	5,2
Zweifamilienhaus	Anzahl	4,3	3,6	3,8	3,5	(4,1)	4,3	4,0	4,7	5,0
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	3,2	2,7	2,7	2,7	3,3	3,5	3,3	3,9	4,0
sonstiges Gebäude	Anzahl	4,1	(3,4)	(3,6)	(3,1)	/	4,0	3,7	(4,6)	(5,6)
Wohnfläche je Haushalt	m ²	121,9	96,2	98,2	95,0	113,2	127,3	120,8	139,6	137,0
Einfamilienhaus	m ²	133,3	115,0	118,4	113,0	124,3	135,1	129,0	145,6	142,5
Zweifamilienhaus	m ²	120,2	99,8	107,5	95,3	(110,3)	122,5	116,3	135,0	133,4
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	m ²	86,4	73,9	73,4	74,3	85,1	95,4	92,7	103,2	104,7
sonstiges Gebäude	m ²	117,4	(92,7)	(96,3)	(87,6)	/	122,7	111,6	(143,2)	(151,4)
Wohnfläche für Kinder insgesamt	m ²	8,1	–	–	–	26,8	10,8	–	31,0	8,7
Einfamilienhaus	m ²	9,6	–	–	–	29,2	12,0	–	32,3	9,1
Zweifamilienhaus	m ²	8,0	–	–	–	(28,3)	10,4	–	31,2	8,5
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	m ²	3,3	–	–	–	20,7	5,5	–	21,9	6,1
sonstiges Gebäude	m ²	(8,5)	–	–	–	/	(12,2)	–	(34,5)	(13,7)

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). – Die Ergebnisse der EVS 2013 basieren auf dem Mikrozensus 2012, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5. 2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

5.4 Belastungen durch die Wohnsituation

5.4.1 Finanzielle Belastung durch Wohnkosten 2012

	Die Wohnkosten sind für den Haushalt ... ¹		
	eine große Belastung	eine gewisse Belastung	keine Belastung
	%		
Haushalte insgesamt	18,1	57,3	24,5
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	18,0	54,0	28,0
Alleinerziehende	33,7	49,7	(16,6)
2 Personen ohne Kind	13,6	59,3	27,0
2 Personen mit Kind(ern) ²	21,1	61,8	17,1
Sonstige Haushalte	21,8	62,0	16,2
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	16,0	59,2	24,8
Mieter/-innen	20,1	55,6	24,3
nach Besiedlungsdichte ³			
Hohe Besiedlungsdichte	16,9	54,9	28,2
Mittlere Besiedlungsdichte	18,2	58,3	23,5
Dünne Besiedlungsdichte	20,4	60,2	19,5

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

1 Selbsteinschätzung der Haushalte.

2 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammen leben.

3 Die Besiedlungsdichte nach der Klassifikation DEGURBA („Degree of urbanisation“) ist wie folgt definiert:

Hohe Besiedlungsdichte: Zusammenhängendes Gebiet aus benachbarten Bereichen von jeweils einem Quadratkilometer, mit einer Dichte von mindestens 1 500 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer und einer Mindesteinwohnerzahl von 50 000.

Mittlere Besiedlungsdichte: Gruppe von benachbarten Bereichen von jeweils einem Quadratkilometer, mit einer Dichte von mindestens 300 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer und einer Mindesteinwohnerzahl von 5 000.

Dünne Besiedlungsdichte: Bereiche außerhalb der städtischen Gebiete.

5.4.2 Probleme im Wohnumfeld 2012

	Es gibt Verschmutzung, Ruß u. a. Umweltbelastungen im Wohnumfeld ¹		Es gibt Kriminalität, Gewalt im Wohnumfeld ¹
	%		
Haushalte insgesamt	23,5		13,6
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	26,3		16,7
Alleinerziehende	29,1		(19,0)
2 Personen ohne Kind	20,4		10,5
2 Personen mit Kind(ern) ²	21,6		11,6
Sonstige Haushalte	22,3		(10,2)
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	18,6		8,2
Mieter/-innen	28,0		18,4
nach Besiedlungsdichte ³			
Hohe Besiedlungsdichte	31,9		22,0
Mittlere Besiedlungsdichte	19,8		9,3
Dünne Besiedlungsdichte	14,8		5,5

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

Fußnoten siehe Tabelle 5.4.1

5.4.3 Mängel in der Wohnung/dem Haus 2012

	Es gibt ... in der Wohnung/dem Haus, in der/dem der Haushalt lebt ¹		
	Feuchtigkeits-schäden	zu wenig Tageslicht	Lärmbelästigung
	%		
Haushalte insgesamt	13,3	4,6	27,7
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	14,1	6,1	31,0
Alleinerziehende	24,0	(9,1)	31,5
2 Personen ohne Kind	10,4	3,2	25,5
2 Personen mit Kind(ern) ²	14,2	(2,8)	24,2
Sonstige Haushalte	13,1	/	24,5
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	8,2	2,2	20,2
Mieter/-innen	18,0	6,7	34,5
nach Besiedlungsdichte ³			
Hohe Besiedlungsdichte	14,8	6,1	34,9
Mittlere Besiedlungsdichte	12,0	3,8	24,6
Dünne Besiedlungsdichte	13,0	(3,1)	19,9

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

Fußnoten siehe Tabelle 5.4.1

5.5 Wohnbedingungen

5.5.1 Zugang des Haushalts zu Dienstleistungen oder Einrichtungen

	Der Zugang zu Dienstleistungen oder Einrichtungen ist für den Haushalt ... ¹											
	Lebensmittel einkaufen		Bankgeschäfte erledigen		Postservice nutzen		Öffentlichen Nahverkehr nutzen		Medizinische Grundversorgung (Allgemein-/Hausarztbesuch)		Schule besuchen	
	leicht	schwierig	leicht	schwierig	leicht	schwierig	leicht	schwierig	leicht	schwierig	leicht	schwierig
	%											
	2012											
Haushalte insgesamt	89,4	10,6	87,3	12,7	78,3	21,7	79,2	20,8	87,3	12,7	87,9	12,1
nach Haushaltstyp												
Haushalte ohne Kind	89,1	10,9	87,1	12,9	77,8	22,2	81,0	19,0	87,3	12,7	87,8	12,2
Einpersonenhaushalte	88,9	11,1	86,2	13,8	78,2	21,8	84,5	15,5	87,3	12,7	88,5	11,5
2 Personen ohne Kind	89,5	10,5	88,3	11,7	77,6	22,4	78,0	22,0	87,8	12,2	87,7	12,3
3 und mehr Personen ohne Kind	88,2	(11,8)	87,1	(12,9)	75,1	24,9	70,3	29,7	84,0	(16,0)	85,1	(14,9)
Haushalte mit Kind(ern) ²	90,4	9,6	87,7	12,3	79,9	20,1	73,6	26,4	87,1	12,9	88,1	11,9
Alleinerziehende mit 1 Kind	88,1	(11,9)	84,6	(15,4)	81,0	(19,0)	82,6	(17,4)	87,5	(12,5)	90,1	(9,9)
mit 2 und mehr Kindern	87,6	/	85,7	/	75,7	(24,3)	76,0	(24,0)	83,7	(16,3)	87,2	/
2 Personen mit 1 Kind	91,7	(8,3)	87,5	12,5	79,1	20,9	73,9	26,1	88,6	11,4	87,3	12,7
mit 2 und mehr Kindern	91,1	8,9	89,5	10,5	82,0	18,0	72,1	27,9	87,4	12,6	89,3	10,7
3 und mehr Personen mit Kind(ern)	87,9	(12,1)	86,3	(13,7)	74,2	(25,8)	63,5	(36,5)	81,2	(18,8)	83,1	(16,9)
	2007											
Haushalte insgesamt	91,0	9,0	87,0	13,0	73,2	26,8	80,7	19,3	89,1	10,9	86,2	13,8
nach Haushaltstyp												
Haushalte ohne Kind	90,6	9,4	87,2	12,8	72,7	27,3	83,1	16,9	89,5	10,5	88,4	11,6
Einpersonenhaushalte	90,5	9,5	86,3	13,7	72,0	28,0	86,6	13,4	90,2	9,8	90,7	9,3
2 Personen ohne Kind	91,3	8,7	88,3	11,7	73,6	26,4	80,3	19,7	89,1	10,9	87,1	12,9
3 und mehr Personen ohne Kind	87,7	(12,3)	87,0	(13,0)	72,5	27,5	71,9	28,1	86,0	14,0	82,3	(17,7)
Haushalte mit Kind(ern) ²	92,0	8,0	86,5	13,5	74,8	25,2	74,2	25,8	88,1	11,9	83,3	16,7
Alleinerziehende mit 1 Kind	91,2	(8,8)	86,1	(13,9)	75,1	24,9	83,0	(17,0)	89,1	(10,9)	84,5	(15,5)
mit 2 und mehr Kindern	91,0	(9,0)	82,5	(17,5)	72,7	(27,3)	80,1	(19,9)	84,7	(15,3)	82,5	(17,5)
2 Personen mit 1 Kind	92,2	(7,8)	87,4	12,6	76,2	23,8	74,6	25,4	88,6	11,4	83,7	16,3
mit 2 und mehr Kindern	92,6	7,4	86,3	13,7	74,6	25,4	71,7	28,3	87,7	12,3	82,7	17,3
3 und mehr Personen mit Kind(ern)	89,9	(10,1)	87,4	(12,6)	71,6	(28,4)	67,8	32,2	90,1	(9,9)	83,4	(16,6)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012 und 2007.

1 Selbsteinschätzung der Haushalte.

2 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammen leben.

Methodik

■ Wohnungen

Die Statistiken des Wohnungswesens beschreiben quantitativ und qualitativ den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die **totalen Gebäude- und Wohnungszählungen** liefern hierzu wichtige Strukturdaten in tiefer regionaler Gliederung. Diese totalen Zählungen finden allerdings nur in längerfristigen Zeitabständen – seit 2011 alle 10 Jahre statt. Die letzte Gebäude- und Wohnungszählung wurde mit dem Stichtag 9.5.2011 im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt. Dort wurden alle Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen schriftlich zu folgenden Merkmalen befragt:

- Gebäude: Gebäudeart, Gebäudetyp, Baujahr, Zahl der Wohnungen im Gebäude, Heizungsart, Eigentumsverhältnis des Gebäudes.
- Wohnungen: Art der Wohnungsnutzung, Fläche, Raumzahl, Ausstattung, Eigentumsverhältnis der Wohnung.

Für die Zeit zwischen den Zählungen werden die Wohnungsbestände mit Hilfe der **Bautätigkeitsstatistik** fortgeschrieben. Damit auch in kürzeren Zeitabständen zuverlässige Daten zur Verfügung stehen – z. B. über das Mietengefüge, die Mietentwicklung und die Art der Unterbringung, u. a. in Abhängigkeit von der sozialen Struktur der Haushalte – wurden Haushalte in der Regel im Abstand von vier Jahren im **Mikrozensus** zu ihrer Wohnsituation befragt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete seit 1985 das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10.6.1985 (BGBl. I S. 955) in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14.6.1985 (BGBl. I S. 967). Die Erhebungen wurden auf der Basis einer 1%-Repräsentativ-Stichprobe durchgeführt (zuletzt 1985 und 1987). Das neue „Mikrozensusgesetz und das Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes“ vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1350) stellt die Erhebungen zur Wohnsituation der Haushalte auf eine neue Rechtsgrundlage. Seit 1998 fragt der Mikrozensus im Abstand von vier Jahren neben den Merkmalen der Grunderhebung auch nach der Wohnsituation der Haushalte, zuletzt im Jahr 2010. Erhebungsmerkmale sind:

- Art und Größe des Gebäudes mit Wohnraum; Baualtersgruppe; Fläche der gesamten Wohnung; Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter; Eigentumswohnung; Einzugsjahr des Haushalts; Ausstattung der Wohnung mit Heiz- und Warmwasserbereitungsanlagen nach einzelnen Energieträgersystemen
- bei Mietwohnungen: Höhe der monatlichen Miete sowie der anteiligen und sonstigen Betriebs- und Nebenkosten:

In der Ausgabe 2012 dieses Jahrbuchs wurden letztmalig Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010 veröffentlicht. In der vorliegenden Ausgabe finden Sie Ergebnisse aus der aktuellen Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ), die im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt wurde.

■ Wohngeld

Um die Auswirkungen und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (WoGG) beurteilen zu können, werden im Rahmen der amtlichen **Wohngeldstatistik** Erhebungen als Bundesstatistik durchgeführt. Es handelt sich dabei um Vollerhebungen, die Ergebnisse liefern über die Zahl und Struktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistik sind die §§ 34–36 WoGG. Die Wohngeldbehörden sind in diesen Erhebungen gemäß § 34 Abs. 2 WoGG zur Auskunft verpflichtet.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistik in der Regel rund neun Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Zum 1.1.2005 trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) in Kraft. Infolge dessen hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt der Wohngeldanspruch für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr in den jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, sodass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Infolge dieser Änderungen entfielen auch die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss: Seit dem 1.1.2005 zählen die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge nicht mehr zu den Wohngeldempfängerinnen und -empfängern.

Am 1.1.2009 sind mit der Wohngeldreform wesentliche Veränderungen in Kraft getreten. Vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise sind erstmals die Heizkosten in das Wohngeld einbezogen. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung wurden auf Neubauriveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10% erhöht. Außerdem wurden die Tabellenwerte der Wohngeldtabellen um 8% erhöht. Mit Hilfe dieser Wohngeldtabellen wird der jeweilige Wohngeldanspruch ermittelt. Dieser ist abhängig von den zu berücksichtigenden Haushaltsmitgliedern, deren monatlichen Gesamteinkommen und der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung.

Seit der Wohngeldreform sind wieder deutlich mehr Haushalte wohngeldberechtigt. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigen Einkommen sind daher nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Da die Energiekosten wieder gesunken sind, wurde ab 1.1.2011 aufgrund Artikel 22 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011 (BGBl. I Nr. 63/2010) der zum 1.1.2009 eingeführte Betrag für Heizkosten (sogenannte Heizkostenkomponente) bei der Ermittlung der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung im Wohngeld wieder gestrichen.

■ Wohnsituation

Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** liefert Ergebnisse zur Wohnsituation privater Haushalte. Sie ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Die EVS findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. An der Erhebung beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Zwischen der EVS und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung.

Die Ergebnisse der EVS 2013 basieren auf dem Mikrozensus 2012, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Der Nachweis in der Tabelle 5.3 zur Wohnsituation privater Haushalte basiert auf den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der EVS 2013.

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Die Belastungen privater Haushalte durch Wohnkosten, Probleme im Wohnumfeld sowie Wohnungsmängel erfragt die europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). In Deutschland heißt die Erhebung **LEBEN IN EUROPA**. Neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen), die sehr differenziert erfasst werden, sind weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen Thema der Befragung, z. B. Angaben zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007). In diesen Jahren wurde ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Anzahl der Räume | Alle Wohn-, Ess- und Schlafzimmer sowie andere separate Räume (z. B. bewohnbare Keller- und Bodenräume) von mindestens 6 m² Größe und abgeschlossene Küchen, unabhängig von deren Größe. Bad, Toilette, Flur und Wirtschaftsräume werden grundsätzlich nicht mitgezählt. Ein Wohnzimmer mit einer Essecke, Schlafnische oder Kochnische zählt als ein Raum. Dementsprechend bestehen Wohnungen, in denen es keine bauliche Trennung der einzelnen Wohnbereiche gibt (z. B. so genannte „Loftwohnungen“), aus nur einem Raum.

Art der Wohnungsnutzung | Sie beschreibt, ob und von wem die Wohnung genutzt wird:

- Von der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer bewohnt: Mindestens eine der Bewohnerinnen bzw. einer der Bewohner ist Eigentümerin bzw. Eigentümer der Wohnung
- Zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei): Keine der Bewohnerinnen bzw. Bewohner ist Eigentümerin bzw. Eigentümer der Wohnung, unabhängig davon, ob Miete gezahlt wird oder die Wohnung mietfrei überlassen ist
- Ferien- und Freizeitwohnung: Wohnung, in der Personen lediglich ihre Freizeit verbringen (z. B. am Wochenende, während des Urlaubs, der Ferien usw.). Sie kann von einer privaten Eigentümerin bzw. einem privaten Eigentümer selbst genutzt oder dauerhaft an eine dritte Person zur Freizeitnutzung vermietet (oder kostenlos überlassen) werden. Ferienwohnungen, die ständig gewerblich-hotelmäßig genutzt werden, gehören nicht dazu
- Leer stehend: Wohnung, die weder zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei) ist, noch von der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer selbst genutzt wird und auch keine Ferien- und Freizeitwohnung ist. Kann die Wohnung wegen Umbau/Modernisierung – bei Weiterbestehen des Mietverhältnisses – vorübergehend nicht genutzt werden, so gilt diese Wohnung nicht als leer stehend

Auf- und Abrundungen | Die maschinell erstellten Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Baujahr | Als Baujahr des Gebäudes gilt das Jahr der Bezugfertigstellung. Bei Gebäuden, die nur teilweise unbenutzbar geworden und wieder hergestellt sind, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung. Bei total zerstörten und wieder aufgebauten Gebäuden gilt das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr. Bei Um-, An- und Erweiterungsbauten am Gebäude selbst ist das ursprüngliche Baujahr maßgebend.

Besiedlungsdichte | Diese ist nach der Klassifikation DEGRUBA („Degree of urbanisation“) unterteilt in:

- Hohe Besiedlungsdichte: Zusammenhängendes Gebiet aus benachbarten Bereichen von jeweils einem Quadratkilometer, mit einer Dichte von mindestens 1 500 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer und einer Mindesteinwohnerzahl von 50 000
- Mittlere Besiedlungsdichte: Gruppe von benachbarten Bereichen von jeweils einem Quadratkilometer, mit einer Dichte von mindestens 300 Einwohnerinnen und Einwohnern je Quadratkilometer und einer Mindesteinwohnerzahl von 5 000
- Geringe Besiedlungsdichte: Bereiche außerhalb der städtischen Gebiete

Durchschnittliche Anzahl der Räume je Person | Verhältnis der Gesamtzahl der Räume aller Wohnungen in m² zur Gesamtzahl der Wohnungen. Mit berücksichtigt sind Nebenwohnsitzpersonen. Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Einheiten sind nicht berücksichtigt.

Durchschnittliche Anzahl der Räume je Wohnung | Verhältnis der Gesamtzahl der Räume der bewohnten Wohnungen zur Gesamtzahl der Personen in bewohnten Wohnungen. Mit berücksichtigt sind Nebenwohnsitzpersonen. Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen sind nicht berücksichtigt.

Durchschnittliche Wohnfläche je Person | Verhältnis der Gesamtwohnfläche der bewohnten Wohnungen in m² zur Gesamtzahl der Personen in bewohnten Wohnungen. Mit berücksichtigt sind Nebenwohnsitzpersonen. Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Einheiten sind nicht berücksichtigt.

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung | Verhältnis der Gesamtwohnfläche der Wohnungen in m² zur Gesamtzahl der Wohnungen. Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen sind nicht berücksichtigt.

Eigentümerhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Eigentümerhaushalt auch die Fälle von mietfrei wohnenden Haushalten.

Eigentumsverhältnis des Gebäudes | Als Eigentümerin oder Eigentümer eines Gebäudes gilt, wem das Eigentum an einem Gebäude rechtlich ganz oder teilweise zusteht.

Eigentümerquote | Anteil der von Eigentümerinnen bzw. Eigentümern bewohnten Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen in Prozent. Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen sind nicht berücksichtigt.

Haushalt | *GWZ 2011* | Ein privater Haushalt besteht aus mindestens einer Person. Zugrunde gelegt wird das „Konzept des gemeinsamen Wohnens“. Alle Personen, die unabhängig von ihrem Wohnstatus (Haupt-/Nebenwohnsitz) gemeinsam in einer Wohnung leben, gelten als Mitglieder desselben privaten Haushalts, sodass es genau einen privaten Haushalt je bewohnter Wohnung gibt. Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind hier nicht enthalten, sondern nur Personen, die eine eigene Haushaltsführung aufweisen.

EVS | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammen wohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. verpflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Obdachlose nehmen nicht an der Erhebung teil. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Einkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht bzw. in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen.

EU-SILC | Gemäß Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC ist ein Haushalt definiert als Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen. Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Nicht befragt werden Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.).

Haushaltstyp | *EVS* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder)

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren – auch Adoptiv- und Pflegekinder – der Haupteinkommenspersonen oder deren (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

Haushalte ohne abhängige Kinder

- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
- Ein Erwachsener unter 65 Jahren
- Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren und mehr
- Zwei Erwachsene, einer 65 Jahre und mehr
- Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
- Andere Haushalte ohne abhängige Kinder

Haushalte mit abhängigen Kindern

- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kind(ern)
- Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
- Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Leerstandsquote | Anteil der leer stehenden Wohnungen an allen bewohnten und leer stehenden Wohnungen in Prozent. Ferien- und Freizeitwohnungen, Diplomatwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte sowie gewerblich genutzte Wohnungen sind nicht berücksichtigt.

Mängel (in der Wohnung/dem Haus) | Diese umfassen ein undichtes Dach, feuchte Wände, Fußböden oder Fundamente, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, zu wenig Tageslicht in den Räumen, Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehr, Geschäfte, Industrie).

Miete | Die Nettokaltmiete (häufig auch Nettomiete, Grundmiete) bezeichnet den monatlichen Betrag, der mit der Vermieterin bzw. dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohnung zum Zeitpunkt der Zahlung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht. Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten (z. B. Beträge für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr) zusammen.

Mieterin bzw. Mieter | Wird einer Person gegen Entgelt mindestens ein Raum zur Nutzung überlassen, so ist sie Mieterin bzw. Mieter.

Mieterhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Mieterhaushalt auch die Fälle von Wohnen mit reduzierter Miete.

Wohnfläche | *EVS* | Hierunter ist die Summe der Grundflächen aller Räume einer Wohnung zu verstehen (einschließlich Flur, Korridor, Diele, Vorplatz, Badezimmer, Duschaum, Toilette, Speisekammer usw.) – unabhängig davon, ob es sich um eine von der Eigentümerin oder dem Eigentümer bzw. der Mieterin oder dem Mieter selbstgenutzte, untervermietete oder gewerblich genutzte Wohnung handelt. Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z. B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebauter Keller- und Bodenräume. Zur Ermittlung der Wohnfläche ist anzurechnen:

- voll: die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens zwei Metern
- zur Hälfte: die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens einem Meter, aber weniger als zwei Metern
- zu einem Viertel: die Flächen von Balkonen, Loggien, Dachgärten

GWZ 2011 | Grundfläche der gesamten Wohnung. Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z. B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebauter Keller- und Bodenräume.

Zur Ermittlung der Wohnfläche sind anzurechnen:

- voll: die Grundflächen von Räumen/Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens 2 Metern
- zur Hälfte: die Grundflächen von Räumen/Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens 1 Meter, aber weniger als 2 Metern; unbeheizbare Wintergärten, Schwimmbäder und ähnliche nach allen Seiten geschlossene Räume
- in der Regel zu einem Viertel, höchstens jedoch zur Hälfte: die Flächen von Balkonen, Loggien, Dachgärten, Terrassen

Wohngebäude (ohne Wohnheime) | Gebäude, die mindestens der Hälfte der Gesamtnutzfläche zu Wohnzwecken genutzt werden. Wohnheime sind hier nicht berücksichtigt.

Wohngeld | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Einen Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Mit der am 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind die Höchstbeträge für Miete und Belastung auf Neubaulniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % angehoben worden. Daneben wurden die Tabellenwerte um 8 % erhöht. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigem Einkommen sind durch diese Änderungen wieder wohngeldberechtigt und damit nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 1.1.2009 Personen für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Wohngeldhaushalte | Als Wohngeldhaushalte gelten Haushalte mit Wohngeldbezug, in denen alle Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt sind.

Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten | Seit 2005 gibt es neben den Wohngeldhaushalten die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte in Mischhaushalten. In diesen Haushalten ist lediglich ein Teil der Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt, da mindestens ein Haushaltsmitglied Transferleistungen, etwa Arbeitslosengeld II, bezieht und deshalb nicht selbst wohngeldberechtigt ist.

Wohnkosten | Es handelt sich hierbei um die monatlichen Wohnkosten des Haushalts. Bei Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. mietfrei wohnenden Haushalten zählen hierzu:

- Grundsteuer
- Laufende Kosten (z. B. Ausgaben für Gebäudeversicherung, Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Instandhaltungsrücklagen, Schornsteinfeger, bei Eigentumswohnungen regelmäßige Pauschalzahlungen wie Hausgeld oder Wohngeld, Ausgaben für Hausverwaltung, Aufzug)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl und sonstige Brennstoffe)

Bei Mieterinnen und Mietern zählen hierzu:

- Nettokaltmiete
- Betriebskosten (z. B. Ausgaben für Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Hausmeisterkosten, gemeinschaftliche Umlagen)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl, sonstige Brennstoffe, sofern nicht bereits in den Betriebskosten enthalten)

Der Haushalt beantwortet bei EU-SILC die Frage, wie stark die Belastung durch die monatlichen Wohnkosten für den Haushalt ist, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Wohnsituation | Bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden folgende Kriterien erfragt:

- Wohngebäude: Gebäude, die vorwiegend Wohnzwecken dienen; vereinzelt können sich in ihnen Anwaltskanzleien, Arztpraxen, Geschäfte oder Ähnliches befinden.
- Einfamilienhaus: Gebäude, welches als Wohnhaus für eine einzelne Familie dient. Dies kann ein freistehendes Einfamilienwohnhaus (auch mit Einliegerwohnung), eine Doppelhaushälfte oder ein Reihenhaus sein.
- Sonstige Gebäude (mit Wohnraum): Überwiegend für Nichtwohnzwecke, nämlich für gewerbliche, soziale, kulturelle oder Verwaltungszwecke bestimmte Gebäude mit mindestens einer Wohneinheit (z. B. Wohnungen in Geschäfts- und Bürogebäuden, Hausmeister- oder Verwalterwohnungen in Fabrik- oder Verwaltungsgebäuden, in Hotels, Krankenhäusern, Schulen).
- Wohnform: Unterscheidungskriterium ist, ob die Hauptwohnung als Eigentum oder zur Miete beziehungsweise mietfrei genutzt wird. Mietfrei bedeutet, dass an die Vermieterin beziehungsweise den Vermieter keine Zahlungen geleistet werden, bis auf eventuelle Nebenkosten (z. B. Strom, Wasser, Heizung, Müllabfuhr). Mietfrei trifft nicht zu, wenn die Miete für die Hauptwohnung von Dritten (z. B. Arbeitsagentur, Sozialamt, Eltern für ihre Kinder) gezahlt wird.
- Wohnfläche: Zur Wohnfläche zählen die Flächen von Wohn- und Schlafräumen (auch untervermieteten sowie außerhalb des Wohnungsabschlusses befindlichen Räumen, z. B. Mansarden, wenn zu Wohnzwecken genutzt), Küchen, Nebenräumen (Bad, Toilette, Flur usw.), Wohnräumen, die auch teilweise oder zeitlich begrenzt gewerblich genutzt werden (z. B. Praxis und Wartezimmer in Arzt- oder Rechtsanwaltswohnungen), Balkonen und Terrassen beziehungsweise Loggien (ein Viertel der Grundfläche zählt zur Wohnfläche). Unberücksichtigt sind Keller-, Boden- und Wirtschaftsräume, die nicht zu Wohnzwecken genutzt werden.
- Wohnfläche von Kindern: Flächen von Wohn- und Schlafräumen (s. o.), die ganz oder überwiegend von Kindern und Jugendlichen (bis unter 18 Jahren) genutzt werden.
- Anzahl der Räume: Alle Wohn- und Schlafräume einschließlich untervermieteter Räume (ohne Bad, Toilette, Flur und Küche). Unberücksichtigt sind dabei Keller-, Boden- und Wirtschaftsräume, die nicht zu Wohnzwecken genutzt werden sowie Räume unter 6 m².

Wohnung | Nach der GWZ 2011 sind dies nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende Räume, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. Wohnungen haben einen eigenen Eingang unmittelbar vom Freien, von einem Treppenhaus oder einem Vorraum. Zur Wohnung können aber auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende, zu Wohnzwecken ausgebaute Keller- oder Bodenräume (z. B. Mansarden) gehören.

Zugang des Haushalts zu Dienstleistungen oder Einrichtungen | In der Erhebung EU-SILC werden in jährlich wechselnden Modulen verschiedene Sondertatbestände erhoben, die von aktueller, sozialpolitischer Bedeutung sind. Im Sondermodul des Erhebungsjahres 2012 ging es dabei – wie bereits 2007 – um die Zugangsmöglichkeiten der Haushalte zu Dienstleistungen oder Einrichtungen. Erfragt wurde, wie leicht oder schwierig der Zugang der Haushalte zu Lebensmittelgeschäften, zu Banken und Postfilialen, zum öffentlichen Personennahverkehr, zur medizinischen Grundversorgung und zu Schulen war.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Wohnen (Gebäude und Wohnungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt Themen, Code 31, Daten zum *Wohngeld* unter Code 22

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wohnungen

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 3 Bestand an Wohnungen

Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

Heft 1 Bestand und Struktur der Wohneinheiten sowie Wohnsituation der Haushalte

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte

Sonderheft 1 Wohnverhältnisse privater Haushalte

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/09

Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008)

Heft 10/09

Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte (EVS 2008)

■ Wohngeld

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 4 Wohngeld

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/14

Wohngeld in Deutschland 2012

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11

Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte (LEBEN IN EUROPA 2009)

Heft 2/12

LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Heft 3/12

Wohngeld in Deutschland 2010

Heft 3/13

Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.

Heft 12/13

Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2012.

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachberichte

| Zuhause in Deutschland – Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte (2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/08 | Wohnsituation in Deutschland 2006

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 20 11 (Zensus, Gebäude- und Wohnungszählung),
+49 (0)6 11 / 75 88 80 (EU-SILC, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe),
+49 (0)6 11 / 75 23 36 (Mikrozensus-Zusatzerhebung)
+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Wohngeld).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Ihre Fragen speziell zum Zensus 2011 können Sie unter www.destatis.de/zensuskontakt direkt an uns richten.

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

Haushalte verfügten 2012 durchschnittlich über **3 133 Euro** monatlich | **Drei Viertel** (74 %) davon entfallen auf **Konsum** | **Rund sieben von zehn** Haushalten haben 2013 einen **Flachbildfernseher** | Pro Kopf werden jährlich **96 kg Gemüse** und **214 Eier** verbraucht | **Urlaubsreisen** 2012 für fast jeden vierten Haushalt **unerschwinglich** | Knapp jede **sechste Person** 2011 von **Armut** bedroht | 2013 rund **89 200** Verfahren für **Verbraucherinsolvenzen** eröffnet | **Junge Schuldner** haben überdurchschnittlich **hohe Verbindlichkeiten** bei Telefon- und Internetanbietern

Seite

167 **Auf einen Blick**

Tabellen

168 **Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben**
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte | Konsumausgaben privater Haushalte

172 **Ausstattung**
Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

174 **Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln**
Pflanzliche und tierische Erzeugnisse | Tiefkühlkost | Genussmittel

175 **Einschätzung der Lebenssituation**
Finanzielle Kapazitäten | Zurechtkommen mit dem Einkommen

176 **Armut**
Median-Äquivalenzeinkommen | Armutsgefährdungsquote | Schwellenwerte für Armutsgefährdung

178 **Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen**
Struktur überschuldeter Personen | Hauptauslöser der Überschuldung | Durchschnittliche Schulden | Verbraucherinsolvenzen nach Ländern

181 **Methodik**

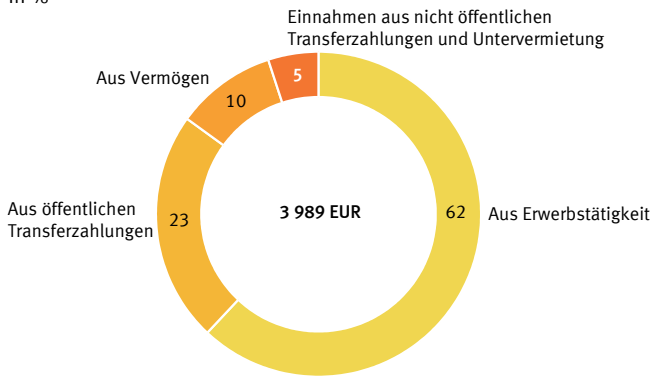
183 **Glossar**

186 **Mehr zum Thema**

6.0 Auf einen Blick

Haushaltsbruttoeinkommen 2012

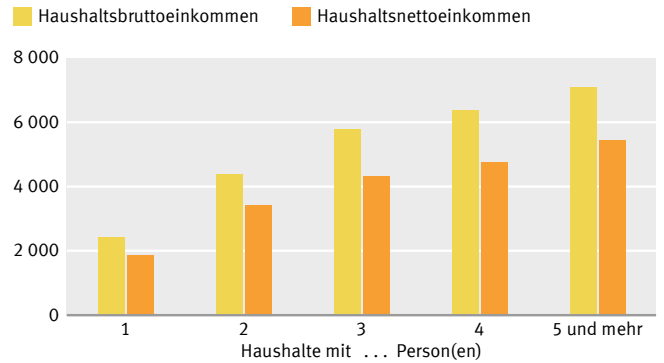
in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Einkommen nach der Haushaltsgröße 2012

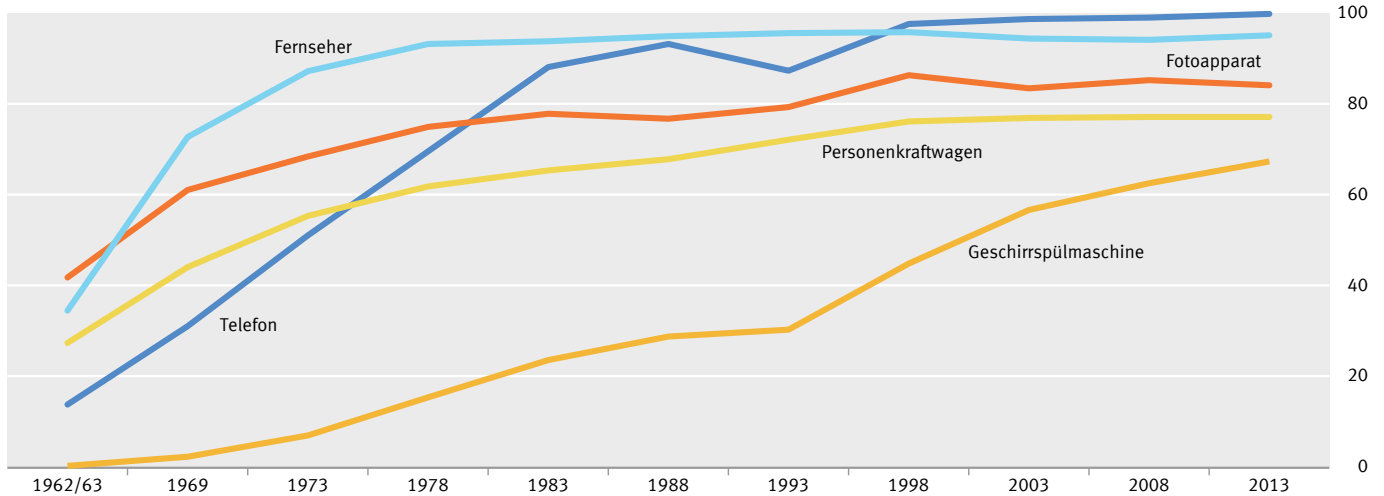
in EUR



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1.1. des jeweiligen Jahres

in %



Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

2014 - 01 - 0217

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.1 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Zeitvergleich

	2005	2006	2007 ¹⁾	2009	2010	2011	2012
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR							
Haushaltsbruttoeinkommen	3 496	3 489	3 584	3 711	3 758	3 871	3 989
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 087	2 062	2 147	2 198	2 274	2 381	2 462
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	16	20	19	19	19	20
Einnahmen aus Vermögen	334	337	364	373	363	385	403
dar. aus Vermietung und Verpachtung	59	58	60	66	68	66	65
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	869	872	864	924	904	884	896
darunter:							
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	446	448	451	471	473	472	476
(Brutto) Pensionen	113	123	126	128	119	117	128
Arbeitslosengeld I	39	31	23	20	19	16	17
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	42	47	47	51	48	50	50
Wohngeld	6	4	3	5	4	4	4
Kindergeld	76	75	73	78	81	79	79
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	186	203	189	198	199	202	209
darunter:							
Leistungen aus privaten Versicherungen	28	33	30	35	36	37	43
Unterstützung von privaten Haushalten	107	118	107	101	103	105	104
abzüglich:							
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	343	364	390	377	398	424
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	376	382	381	475	488	519	532
zuzüglich:							
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	—	—	—	25	27	31	34
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	—	—	—	2	2	2	2
Haushaltsnettoeinkommen	2 766	2 764	2 839	2 873	2 922	2 988	3 069
zuzüglich:							
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	27	34	34	25	30	32	30
Sonstige Einnahmen	23	29	27	27	29	31	34
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 816	2 826	2 900	2 925	2 981	3 052	3 133
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	782	909	988	949	813	830	867
Private Konsumausgaben	1 996	2 089	2 067	2 156	2 168	2 252	2 310
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	268	287	297	302	305	312	321
Bekleidung und Schuhe	95	93	94	98	100	104	106
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	662	684	693	724	738	775	796
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	125	129	119	116	118	125	128
Gesundheitspflege	83	83	82	91	91	93	96
Verkehr	270	321	291	326	305	319	329
Nachrichtenübermittlung	62	62	60	57	56	57	57
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	232	233	229	231	236	244	245
Bildungswesen	13	14	14	17	16	16	16
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	106	106	110	113	113	119	127
Andere Waren und Dienstleistungen	81	78	78	83	88	88	90
Andere Ausgaben	1 564	1 629	1 763	1 633	1 547	1 563	1 624
Sonstige Steuern	16	16	14	12	13	13	13
dar. Kfz-Steuer	12	12	12	11	11	11	10
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	7	7	7	8	8	8	8
Versicherungsbeiträge	120	122	124	85	86	90	96
darunter:							
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	—	—	—	13	13	14	15
Beiträge für Kfz-Versicherungen	35	35	35	32	30	32	34
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	141	145	148	135	158	156	151
Tilgung und Verzinsung von Krediten	241	251	259	256	256	274	295
darunter:							
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	80	80	81	78	79	80	77
Zinsen für Konsumentenkredite	7	7	8	9	10	8	8
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	171	178	116	135	78	132	123
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	830	876	1 060	1 001	948	890	938

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Im Jahr 2008 fand keine LWR-Erhebung statt.

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.2 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2012

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sons- tige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Haushaltsbruttoeinkommen	3 989	2 415	2 705	4 598	5 913	6 054	(2 436)	3 571	4 813	4 884	4 001	2 873	2 700	2 283
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 462	1 323	1 496	2 442	4 536	4 337	(1 915)	2 766	3 743	3 801	2 541	159	65	/
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	20	/	/	32	(37)	(29)	–	/	(28)	(24)	(24)	/	/	–
Einnahmen aus Vermögen	403	232	(172)	522	525	614	/	188	372	417	446	515	444	252
dar. aus Vermietung und Verpachtung	65	41	/	95	61	90	/	(26)	38	59	86	105	78	/
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	896	714	644	1 338	608	819	(264)	403	479	448	785	1 895	1 958	1 796
darunter:														
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	476	442	/	849	(31)	280	/	/	(56)	101	381	1 309	1 437	1 317
(Brutto) Pensionen	128	91	/	266	/	(88)	/	/	/	(21)	128	378	351	(308)
Arbeitslosengeld I	17	(13)	/	(21)	/	(22)	/	/	(16)	(16)	(34)	/	/	–
Arbeitslosengeld II (Hartz IV) und Sozialgeld	50	58	(199)	(24)	(50)	(49)	/	(56)	(68)	(65)	70	/	/	/
Wohngeld	4	(5)	/	/	(7)	/	–	/	(9)	(4)	/	/	/	/
Kindergeld	79	(4)	246	6	332	192	/	100	192	127	28	/	/	/
Einkommen aus nicht öffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	209	139	387	264	207	255	(188)	192	190	194	203	298	221	202
darunter:														
Leistungen aus privaten Versicherungen	43	24	(22)	60	50	67	/	(24)	37	48	51	54	39	(30)
Unterstützung von privaten Haushalten	104	75	328	95	136	129	(181)	153	134	120	86	84	51	(97)
abzüglich:														
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	424	252	201	447	715	686	(235)	425	621	651	433	65	54	(45)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	532	310	285	591	848	860	(367)	528	704	727	528	234	233	202
zuzüglich:														
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	34	16	/	36	67	59	/	(19)	52	57	39	–	/	–
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	2	(2)	–	4	/	(2)	–	/	/	/	(2)	8	6	(5)
Haushaltsnettoeinkommen	3 069	1 871	2 230	3 600	4 417	4 568	(1 835)	2 637	3 540	3 562	3 081	2 582	2 419	2 041
zuzüglich:														
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	30	18	(15)	37	46	42	/	21	36	34	29	(38)	(20)	/
Sonstige Einnahmen	34	22	27	36	50	51	(8)	39	43	42	36	22	14	9
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	3 133	1 911	2 272	3 673	4 513	4 660	(1 856)	2 697	3 619	3 638	3 146	2 642	2 453	2 067
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	867	527	(284)	1 270	908	1 142	/	828	774	739	1 214	866	717	(696)
Private Konsumausgaben	2 310	1 479	1 832	2 758	3 185	3 201	(1 392)	1 978	2 502	2 558	2 341	2 244	1 990	1 694
Andere Ausgaben	1 624	948	733	2 114	2 144	2 382	(807)	1 578	1 792	1 706	1 963	1 240	1 143	1 042
Sonstige Steuern	13	6	(5)	17	20	20	/	11	13	14	13	12	12	(7)
dar. Kfz-Steuer	10	5	(4)	13	17	16	/	(8)	12	12	11	11	8	(5)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	8	5	(5)	9	10	15	/	(6)	9	13	12	/	/	/
versicherungsbeiträge	96	56	63	115	140	149	(85)	79	113	114	97	80	73	53
darunter:														
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	15	9	(6)	22	17	21	/	8	13	14	17	23	17	(14)
Beiträge für Kfz-Versicherungen	34	19	(22)	40	46	59	/	27	38	39	35	28	28	(19)
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	151	106	91	201	150	196	(47)	63	121	164	176	139	159	236
dar. Geldspenden	10	7	(2)	13	13	9	/	6	7	8	11	10	12	17
Tilgung und Verzinsung von Krediten	295	120	190	367	650	372	/	252	494	350	334	129	101	(36)
darunter:														
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	77	34	(45)	73	201	105	/	83	150	100	61	31	25	/
Zinsen für Konsumentenkredite	8	5	(10)	9	14	13	/	9	12	12	7	4	4	/
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	123	(56)	/	166	(208)	(183)	/	(491)	(80)	100	138	(39)	(71)	/
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	938	599	367	1 240	966	1 446	(522)	676	962	950	1 193	841	727	674

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.3 Private Konsumausgaben 2012

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Private Konsumausgaben	2 310	1 479	1 832	2 758	3 185	3 201	(1 392)	1 978	2 502	2 558	2 341	2 244	1 990	1 694
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	321	180	284	382	479	484	(194)	276	357	367	319	293	268	222
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	281	156	259	327	439	425	(165)	244	320	321	273	255	239	204
Alkoholische Getränke, Tabakwaren u. Ä.	40	24	25	55	40	59	(29)	32	37	47	46	38	29	18
Bekleidung und Schuhe	106	61	97	117	174	159	(78)	96	139	131	100	80	66	42
Herrenbekleidung	22	10	(7)	29	30	40	(21)	20	26	27	23	18	13	(11)
Damenbekleidung	44	31	38	51	50	66	(34)	34	48	55	45	36	30	18
Bekleidung für Kinder (unter 14 Jahren)	7	1	16	2	36	5	/	10	21	7	2	2	1	/
Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	3	2	3	3	5	4	(1)	3	4	3	2	2	2	(1)
Sonstige Bekleidung und Zubehör	8	5	8	9	13	11	(7)	8	10	10	7	6	5	(4)
Schuhe und Schuhzubehör	21	12	24	21	39	31	(13)	20	29	27	18	14	12	(6)
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe	2	2	(1)	2	1	2	/	(1)	2	2	2	3	2	(2)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	796	595	686	906	988	1 023	(431)	637	815	835	817	801	788	734
Wohnungsmieten u. Ä.	631	481	546	706	792	800	(355)	516	655	665	640	635	619	563
Energie	155	109	133	186	178	213	(73)	113	145	162	167	158	159	160
Wohnungsinstandhaltung	10	5	(7)	14	18	11	/	8	14	9	11	9	10	(10)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	128	72	92	169	167	182	(119)	104	139	143	141	110	97	83
Möbel und Einrichtungsgegenstände	50	26	36	70	59	78	(75)	42	53	57	62	35	32	(20)
Teppiche und andere Bodenbeläge	4	2	/	5	5	5	/	(1)	3	5	3	(5)	(3)	/
Kühl- und Gefriermöbel	3	(1)	/	(4)	/	(4)	/	/	/	(2)	(3)	/	/	/
Sonstige größere Haushaltsgeräte	10	7	(11)	(12)	9	16	/	(9)	9	14	10	(9)	5	/
Kleine elektrische Haushaltsgeräte	3	2	(2)	4	5	5	/	(4)	4	4	3	3	2	(3)
Heimtextilien	11	6	8	15	14	12	(4)	8	13	12	11	9	9	(4)
Sonstige Gebrauchsgüter für die Haushaltsführung	25	13	16	33	37	34	(16)	22	29	27	28	21	19	10
Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	16	10	15	18	23	21	(7)	15	18	18	15	15	13	10
Dienstleistungen für die Haushaltsführung	7	5	/	9	11	7	/	(2)	6	6	7	9	11	(21)
Gesundheitspflege	96	62	42	140	95	117	(25)	51	71	84	107	137	126	128
Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	14	7	(9)	21	13	20	/	8	9	15	15	17	13	(24)
Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	24	18	11	34	21	29	(9)	18	18	20	27	30	33	38
Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	58	38	22	84	61	69	(8)	25	45	48	65	91	80	66
Verkehr	329	170	187	389	514	550	(172)	338	371	409	326	305	199	115
Kraftfahrzeuge	89	(34)	/	(111)	(151)	(170)	/	/	(89)	(115)	(91)	/	/	/
Kraft- und Fahrräder	7	(4)	/	(9)	(8)	(9)	/	/	(6)	(9)	(7)	/	/	/
Ersatzteile und Zubehör	12	4	(5)	15	21	19	/	12	14	15	12	7	7	(3)
Kraftstoffe und Schmiermittel	104	52	78	119	174	172	(67)	109	135	129	100	76	60	34
Wartung, Reparaturen an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	35	21	(15)	46	45	52	/	30	36	39	38	32	32	(19)
Garagen- und Stellplatzmieten	31	18	19	40	43	46	/	22	33	35	33	30	27	20
Sonstige Dienstleistungen	14	6	7	15	29	28	/	14	21	22	11	7	5	(2)
Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	37	31	35	35	42	53	(27)	40	37	46	33	30	29	27
Nachrichtenübermittlung	57	43	63	57	76	82	(53)	66	69	65	54	46	41	36
Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter	3	1	(3)	3	8	6	/	(5)	6	5	2	(2)	(1)	/
Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	54	41	60	55	68	75	(52)	62	63	61	51	44	40	36
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	245	150	171	318	340	309	(160)	186	265	263	253	270	218	157
Rundfunkempfangsgeräte u. Ä.	4	2	(3)	6	7	5	/	(3)	6	5	4	(3)	3	/
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	8	5	/	11	10	(12)	/	(8)	9	7	(13)	(8)	/	/
Foto-, Filmausrüstungen und optische Geräte	3	2	/	4	4	4	/	(3)	4	4	2	(2)	(1)	/
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	11	5	(8)	11	17	22	/	12	14	14	11	9	5	/
Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	7	5	7	6	11	10	(7)	9	9	8	6	4	3	(3)
Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping u. Ä.	14	3	(5)	33	18	8	/	6	12	7	31	24	1	/
Spielwaren und Hobbys	13	7	14	12	33	13	(3)	16	23	12	11	11	8	(7)
Blumen und Gärten	16	10	9	23	18	19	(6)	8	14	16	18	20	19	13
Haustiere	15	11	11	17	20	24	/	14	20	22	14	11	7	(3)
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	58	38	58	59	100	78	(39)	56	75	68	52	47	46	35
Bücher	12	9	10	10	19	16	/	11	15	14	10	10	8	7
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	16	12	30	22	26	(4)	10	17	21	24	28	28	34
Sonstige Verbrauchsgüter	5	3	7	4	10	7	(4)	5	7	6	4	4	3	3
Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1	(1)	/	2	(1)	(1)	-	/	(1)	(1)	(2)	(1)	(1)	/
Pauschalreisen	56	33	(22)	90	51	65	/	(27)	40	57	57	83	76	(37)

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

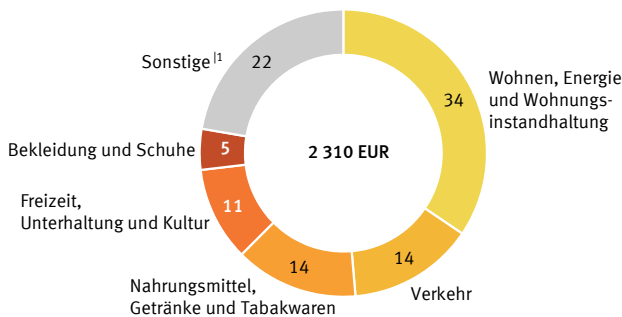
6.1.3 Private Konsumausgaben 2012

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Bildungswesen	16	6	(40)	4	59	24	/	36	35	20	7	(4)	3	/
Nachhilfeunterricht	1	/	/	/	(5)	(3)	/	–	(2)	(2)	/	/	/	–
Gebühren, Kinderbetreuung	15	6	(38)	4	(54)	22	/	36	33	17	7	(4)	3	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	127	77	93	170	172	152	(79)	106	141	141	127	122	112	78
Verpflegungsdienstleistungen	87	55	62	113	116	106	(65)	81	95	96	87	83	75	50
Beherbergungsdienstleistungen	40	22	(31)	57	56	46	/	25	45	45	40	39	37	(28)
Andere Waren und Dienstleistungen	90	62	76	106	122	118	(74)	82	101	100	90	76	72	97
Schmuck, Uhren	9	7	4	11	8	10	/	6	7	12	8	9	6	(6)
Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	8	5	6	10	13	11	(6)	8	9	11	8	7	6	5
Dienstleistungen für die Körperpflege	19	14	15	25	18	23	(12)	13	18	19	19	21	23	21
Körperpflegeartikel und -geräte	28	17	29	29	41	44	(18)	29	34	31	29	22	20	15
Sonstige Dienstleistungen	26	18	24	31	41	29	(31)	27	33	27	26	17	17	50

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

Private Konsumausgaben 2012

in %



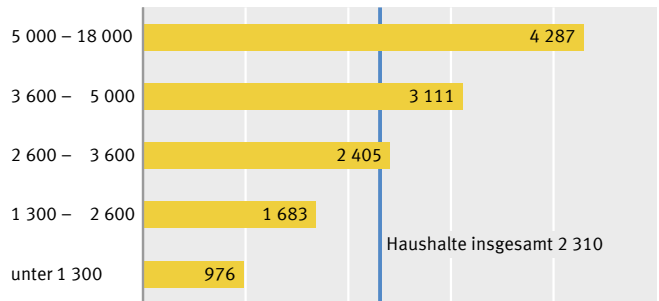
Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, Gesundheitspflege, andere Waren und Dienstleistungen, Nachrichtenübermittlung sowie Bildungswesen.

Private Konsumausgaben nach Nettoeinkommensklassen 2012

je Haushalt und Monat, in EUR

von ... bis unter ...



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2014 - 01 - 0218

6.2 Ausstattung

6.2.1 Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Gebrauchsgütern am 1.1.2013

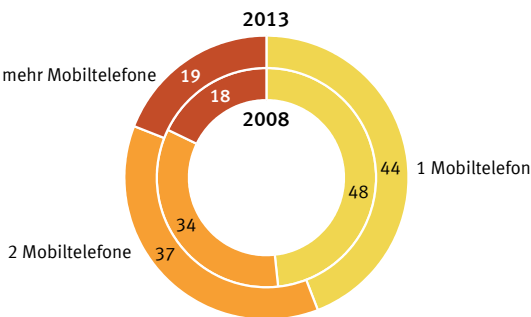
	Ausstattungsgrad	Ausstattungsbestand
	Anteil der Haushalte in %	Anzahl der Güter je 100 Haushalte
Fahrzeuge		
Personenkraftwagen	77,1	105,4
Motorrad (auch Mofa und Roller)	11,6	14,3
Fahrrad	80,2	178,1
Unterhaltungselektronik		
Fernseher	95,1	158,0
dar. Flachbildfernseher	67,1	93,2
Satelliten-TV-Anschluss	44,6	.
Kabel-TV-Anschluss	47,1	.
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	18,1	.
Pay-TV-Receiver	17,7	21,9
DVD-Player/-Recorder	70,8	90,0
Camcorder (Videokamera)	18,8	21,3
Fotoapparat	84,1	148,2
Fotoapparat analog	34,8	43,8
Fotoapparat digital	73,3	104,4
MP3-Player	45,3	73,4
CD-Player/-Recorder	84,9	202,5
Spielkonsole (auch tragbar)	27,8	47,5
Informations- und Kommunikationstechnik		
Personalcomputer (PC)	85,2	164,9
PC stationär	53,3	66,9
PC mobil (Laptop, Netbook, Tablet-PC)	65,2	98,1
PC-Drucker (auch im Kombigerät)	73,3	85,9
Internetanschluss (auch mobil)	80,2	.
Festnetztelefon	90,5	124,5
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	92,7	171,8
Faxgerät stationär (auch im Kombigerät)	23,8	24,4
Navigationsgerät	46,3	54,3
Haushalts- und sonstige Geräte		
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,7	121,9
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,5	56,1
Geschirrpülmaschine	67,3	68,6
Mikrowellengerät	71,1	73,3
Waschmaschine	94,5	97,2
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	39,1	39,4
Elektroherd (auch im Kombigerät)	94,0	98,4
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	24,6	28,3

Der **Ausstattungsgrad** beschreibt, wie viele Haushalte einen bestimmten Ausstattungsgegenstand besitzen. Ein Ausstattungsgrad von 80 % bei Fahrrädern bedeutet zum Beispiel, dass 80 von 100 Haushalten mindestens ein Fahrrad besitzen.

Der **Ausstattungsbestand** gibt an, wie viele Ausstattungsgegenstände in 100 Haushalten vorhanden sind. Zum Beispiel bedeutet ein Ausstattungsbestand von 178 bei Fahrrädern, dass einige Haushalte mehr als ein Fahrrad besitzen. Im Falle einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad.

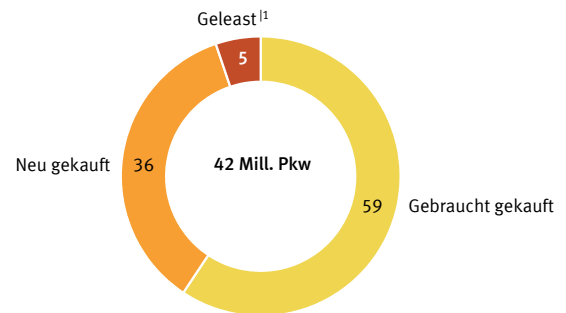
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Private Haushalte mit Mobiltelefon(en) am 1.1. in %



Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Pkw in privaten Haushalten am 1.1.2013 in %



Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

¹ Einschl. Firmenwagen, die auch privat genutzt werden dürfen. Keine Ratenkäufe.

2014 - 01 - 0219

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.2 Ausstattung

6.2.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Gebrauchsgütern nach dem Haushaltstyp am 1.1.2013

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
Anteil der Haushalte in %									
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	77,1	58,2	60,5	56,8	66,9	91,6	90,3	94,5	89,0
Motorrad (auch Mofa und Roller)	11,6	6,1	11,0	2,9	5,5	13,8	11,5	18,7	22,0
Fahrrad	80,2	69,3	72,7	67,1	89,1	86,5	82,6	94,5	90,1
Unterhaltungselektronik									
Fernseher	95,1	91,7	90,1	92,7	93,2	97,5	98,1	96,2	97,8
dar. Flachbildfernseher	67,1	53,8	56,0	52,3	58,1	76,8	77,4	75,5	78,2
Satelliten-TV-Anschluss	44,6	31,9	33,9	30,7	38,4	53,3	49,9	60,5	55,5
Kabel-TV-Anschluss	47,1	55,5	54,8	55,9	49,3	41,4	45,2	33,5	39,7
Antennen-TV-Anschluss (DVB-T)	18,1	17,7	19,5	16,5	16,7	18,5	18,2	19,0	18,3
Pay-TV-Receiver	17,7	12,2	14,3	10,9	13,3	21,5	22,3	19,8	22,6
DVD-Player/-Recorder	70,8	57,6	61,9	54,9	80,7	78,5	74,2	87,5	82,8
Camcorder (Videokamera)	18,8	8,3	13,1	5,3	17,5	26,2	18,9	41,5	26,4
Fotoapparat	84,1	72,0	72,5	71,6	85,9	92,3	90,0	97,1	93,1
Fotoapparat analog	34,8	31,6	31,7	31,5	25,8	36,8	40,0	30,2	39,7
Fotoapparat digital	73,3	56,7	59,5	54,9	79,7	83,9	78,5	95,0	87,3
MP3-Player	45,3	32,2	35,6	29,9	60,7	48,1	36,7	72,0	71,0
CD-Player/-Recorder	84,9	77,7	78,6	77,1	90,2	89,2	86,1	95,5	91,6
Spielkonsole (auch tragbar)	27,8	12,2	17,4	8,8	57,9	32,2	18,3	61,3	52,0
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	85,2	75,3	80,9	71,7	93,7	89,9	85,5	99,0	97,2
PC stationär	53,3	38,5	50,7	30,5	49,3	60,7	58,0	66,3	74,5
PC mobil (Laptop, Netbook, Tablet-PC)	65,2	52,6	55,3	50,8	73,7	69,7	62,0	85,9	86,0
PC-Drucker (auch im Kombigerät)	73,3	58,4	65,4	53,9	71,4	81,9	77,8	90,4	90,2
Internetanschluss (auch mobil)	80,2	68,3	73,9	64,7	89,2	85,8	80,3	97,3	95,5
Festnetztelefon	90,5	83,2	78,5	86,3	84,9	95,8	95,8	96,0	96,3
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	92,7	86,9	89,1	85,6	98,5	96,0	94,3	99,4	98,0
Faxgerät stationär (auch im Kombigerät)	23,8	15,5	19,8	12,6	15,4	29,4	28,7	30,9	32,4
Navigationsgerät	46,3	26,9	32,5	23,2	29,6	60,6	57,1	67,8	62,3
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,7	99,3	99,1	99,5	99,7	99,9	99,9	99,9	99,9
Gefrierschrank, Gefriertruhe	50,5	33,2	28,8	36,0	38,0	62,1	62,3	61,5	67,6
Geschirrspülmaschine	67,3	45,6	41,3	48,4	69,2	82,8	78,4	92,1	82,2
Mikrowellengerät	71,1	61,7	63,7	60,4	72,3	76,5	74,2	81,5	81,2
Waschmaschine	94,5	88,7	84,5	91,4	96,7	98,6	98,2	99,3	98,4
Wäschetrockner (auch im Kombigerät)	39,1	22,2	20,1	23,6	36,2	50,7	45,0	62,5	53,4
Elektroherd (auch im Kombigerät)	94,0	91,1	89,9	91,9	94,0	96,1	95,7	97,0	95,6
Heimtrainer (z. B. Ergometer, Laufband)	24,6	15,6	15,5	15,6	14,8	30,6	32,6	26,4	34,5

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

6.3 Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

6.3.1 Pflanzliche Erzeugnisse

	2000/01	2010/11	2011/12	2012/13 ¹
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Getreide einschl. Körnermais (in Mehlwert) ..	76,0	96,5	95,0	95,3
Weizen (in Mehlwert)	58,7	70,9	69,9	70,7
Roggen (in Mehlwert)	9,6	8,8	8,5	8,3
Erzeugnisse aus sonstigem Getreide ^{1,2}	7,7	16,8	16,6	16,4
Reis (als geschälter Reis)	3,7	5,4	5,3	5,5
Hülsenfrüchte	1,2	1,1	0,4	0,7
Kartoffeln (Frischgewicht)	70,0	56,8	64,5	55,1
Kartoffelstärke	0,8	6,1	4,5	7,5
Zucker (Weißzuckerwert)	35,3	33,2	32,0	32,7
Honig	1,1	1,1	1,0	1,0
Kakaomasse	2,6	3,2	3,8	3,8
Marktobstbau	75,2	68,8	68,8	97,8
Zitrusfrüchte (Frischgewicht) ^{1,3}	40,1	39,7	37,1	34,2
Schalenfrüchte ^{1,3}	3,9	4,4	4,2	4,3
Trockenobst ^{1,3}	1,4	1,5	1,4	1,4
Gemüse (Frischgewicht) ^{1,4,5}	94,0	94,4	96,4	96,3

Bevölkerung zum Stichtag 31.12. (Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.) – Teilweise revidierte Angaben.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Einschl. Glukose und Isoglukose auf Getreidegrundlage.
- 3 Ab 2009/10 Berechnungszeitraum Juli bis Juni.
- 4 Einschl. nicht abgesetzter Mengen.
- 5 Ab 2009/10 ohne Selbstversorger/-innen.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e. V., Bund Deutscher Champignon- und Kulturpilzanbauer e. V.

6.3.3 Tiefkühlkost

	2005	2011	2012	2013 ¹
	1 000 t			
Gemüse ^{1,2}	444,3	477,0	474,0	476,1
Obst und Fruchtsäfte	64,2	68,1	68,9	66,2
Kartoffelerzeugnisse	406,2	422,2	426,7	422,0
Fleisch einschl. Wild und Geflügel ^{1,2} ..	506,9	417,1	403,1	415,3
Fische und Fischerzeugnisse ^{1,2}	274,6	298,8	287,5	291,6
Milcherzeugnisse und Süßspeisen	10,1	10,5	10,5	10,4
Fertiggerichte ^{1,2}	570,0	632,2	642,7	642,9
Beilagen ^{1,3}	13,8	14,7	14,6	14,9
Backwaren einschl. Teige	534,5	680,3	685,2	715,4
	Mill. l			
Eiskrem ^{1,4}	535,4	626,1	632,7	365,0

Revidierte Angaben infolge veränderter Berichterstattung.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Eingeschränkte Vergleichbarkeit zu vorhergehenden Jahren; einschließlich Teilfertiggerichte.
- 3 Getreide- und Mehlerzeugnisse.
- 4 Ab 2013 nur Markeneis. Mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsches Tiefkühlinstitut e. V., Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V.

6.3.2 Tierische Erzeugnisse, Öle und Fette

	2001	2010	2011	2012
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Fleisch und Fleischerzeugnisse ¹	87,9	89,5	89,0	88,2
Rindfleisch, Kalbfleisch	9,9	12,8	13,2	12,9
Schweinefleisch	54,0	54,8	53,6	52,8
Schaf- und Ziegenfleisch	1,1	0,9	0,9	0,9
Pferdefleisch	0,1	0,0	0,0	0,0
Innereien	3,0	0,7	0,6	0,6
Geflügelfleisch	18,2	18,7	19,0	19,4
Sonstiges Fleisch (Wild, Kaninchen) ...	1,6	1,6	1,5	1,5
Fische und Fischerzeugnisse (Fanggewicht)	15,3	15,8	15,7	14,4
Frischmilcherzeugnisse ^{1,2}	81,7	101,3	84,6	83,3
dar. Magermilch und Buttermilcherzeugnisse	3,6	2,2	2,0	1,8
Sahne ^{1,3}	6,5	5,7	5,5	5,5
Kondensmilch (Produktgewicht) ^{1,4}	5,4	2,7	2,5	2,0
Käse einschl. Schmelzkäse (Produktgewicht)	21,5	23,2	23,8	23,7
dar. Frischkäse einschl. Speisequark ..	8,6	6,7	6,7	6,7
Butter (Produktgewicht)	6,7	5,7	6,1	6,1
Pflanzliche Fette (Reinfett)	16,9	15,1	14,9	14,9
darunter in Produktgewicht:				
Margarine	6,5	5,1	4,9	4,9
Speisefette	0,9	0,4	0,4	0,4
Speiseöle	11,3	11,2	11,2	11,1
	St je Einwohner/-in und Jahr			
Eier, auch verarbeitet	223,0	214,0	216,0	214,0

Bevölkerung zum Stichtag 30.6. (Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.) – Teilweise revidierte Angaben.

- 1 Schlachtgewicht (Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste).
- 2 Einschl. Sauermilch- und Milchlischgetränken sowie Eigenverbrauch und Direktverkauf der landwirtschaftlichen Betriebe.
- 3 Ohne Sauermilch-, Kefir-, Joghurt-, Milchlischerzeugnisse und Milchlischgetränke aus Sahne hergestellt.
- 4 Ab 2006 geänderte Berechnungsmethodik, Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quellen: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

6.3.4 Ausgewählte Genussmittel

	Einheit	2001	2005	2012	2013 ¹
		je Einwohner/-in ^{1,2} und Jahr			
Zigaretten	St	1 731	1 162	1 025	996
Zigarren/Zigarillos	St	31	49	47	44
Feinschnitt	g	168	403	335	319
Pfeifentabak	g	11	10	13	15
Bier ^{1,3}	l	118	111	101	99
Branntwein zu Trinkzwecken	l Alkohol	2,15	1,98	2,13	2,10
Schaumwein ^{1,4}	l	4,22	3,79	4,23	3,99
Trinkwein einschl. Schaumwein ^{1,5}	l	24,7	24,5	26,0	25,0

Dem Verbrauch liegen – mit Ausnahme von Trinkweinen – versteuerte Mengen zugrunde.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.
- 3 Ohne alkoholfreies Bier.
- 4 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Satz.
- 5 Für Wirtschaftsjahre (August des Vorjahres bis Juli des angegebenen Jahres); ohne Verarbeitungswein für Brennereien und Essigherstellung. – Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

6.4 Einschätzung der Lebenssituation

6.4.1 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Finanzielle Kapazitäten

Deprivation bezeichnet einen Zustand des unfreiwilligen Mangels oder der Benachteiligung in wesentlichen Bereichen des Lebens. Die aus LEBEN IN EUROPA ermittelten, nicht monetären (d. h. nicht in Euro messbaren) Deprivationsindikatoren stellen dar, wie die Haushalte ihre Situation in Bezug auf materielle und/oder soziale Entbehrung in verschiedenen Lebensbereichen selbst einschätzen.

	Der Haushalt hat die finanzielle Kapazität, um ...															
	sich jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise zu leisten				sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) zu leisten				unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten				die Wohnung angemessen zu heizen			
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
	2012		2011		2012		2011		2012		2011		2012		2011	
%																
Haushalte insgesamt	76,2	23,8	75,5	24,5	89,6	10,4	89,1	10,9	63,4	36,6	62,6	37,4	94,6	5,4	93,9	6,1
nach Haushaltstyp:																
Einpersonenhaushalte	68,6	31,4	68,1	31,9	83,7	16,3	83,4	16,6	52,3	47,7	52,0	48,0	92,5	7,5	91,4	8,6
Alleinerziehende	56,5	43,5	52,7	47,3	80,9	(19,1)	80,6	19,4	34,1	65,9	30,8	69,2	86,0	(14,0)	85,4	(14,6)
2 Personen ohne Kind	86,0	14,0	85,6	14,4	94,3	5,7	93,6	6,4	76,7	23,3	76,1	23,9	97,1	2,9	96,7	3,3
2 Personen mit Kind(ern) ¹	80,3	19,7	78,9	21,1	95,1	4,9	94,3	5,7	68,4	31,6	67,4	32,6	96,1	(3,9)	95,8	4,2
Sonstige Haushalte	79,1	20,9	79,5	20,5	94,6	(5,4)	94,0	(6,0)	73,5	26,5	71,6	28,4	96,6	(3,4)	97,0	(3,0)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012 und 2011. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.4.2 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Zurechtkommen mit dem Einkommen

	Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen ... zurecht											
	sehr schlecht		schlecht		relativ schlecht		relativ gut		gut		sehr gut	
	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011
	%											
Haushalte insgesamt	3,5	3,5	7,2	7,1	12,3	12,2	41,0	42,2	27,9	27,0	8,1	7,9
nach Haushaltstyp:												
Einpersonenhaushalte	5,3	5,1	10,5	10,0	14,8	14,7	37,7	39,4	24,6	23,9	7,1	6,9
Alleinerziehende	(10,7)	(9,2)	(12,5)	(14,9)	20,3	21,0	38,6	40,9	(15,0)	(12,4)	/	/
2 Personen ohne Kind	(1,4)	(1,5)	3,6	3,7	8,7	8,2	41,9	43,0	33,9	33,4	10,5	10,3
2 Personen mit Kind(ern) ¹	(2,0)	(2,6)	5,7	5,5	11,5	11,8	45,2	46,1	27,5	25,7	8,1	8,4
Sonstige Haushalte	/	/	(4,4)	(5,0)	(10,8)	(10,5)	47,1	46,5	29,3	29,6	(6,0)	(6,4)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012 und 2011. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.5 Armut

6.5.1 Median-Äquivalenzeinkommen

	Median des Äquivalenzeinkommens pro Monat			
	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung
	2011		2010	
Insgesamt	1 633	100	1 587	100
	männlich			
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 534	93,9	1 470	92,6
18 – 24	1 661	101,7	1 598	100,7
25 – 49	1 807	110,6	1 751	110,3
50 – 64	1 798	110,1	1 733	109,2
65 und mehr	1 516	92,8	1 511	95,2
	weiblich			
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 566	95,9	1 477	93,1
18 – 24	1 504	92,1	1 501	94,6
25 – 49	1 718	105,2	1 677	105,7
50 – 64	1 650	101,0	1 636	103,1
65 und mehr	1 445	88,5	1 431	90,2
	Personen in Haushalten mit Kind(ern) ¹			
Alleinerziehende	1 117	68,4	1 074	67,7
2 Erwachsene mit 1 Kind	1 827	111,9	1 774	111,8
mit 2 Kindern	1 696	103,9	1 635	103,0
mit 3 und mehr Kindern	1 458	89,3	1 320	83,2
	Höchster Schulabschluss (Personen ab 18 Jahren)			
Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I	1 310	80,2	1 293	81,5
Sekundarstufe II und Post-Sekundarstufe	1 607	98,4	1 576	99,3
Tertiärbereich	2 033	124,5	1 990	125,4
	Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)			
Erwerbstätig	1 864	114,2	1 834	115,6
Arbeitslos	786	48,1	790	49,8

Der **Median** ist der „mittlere Wert“ in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten. Das **Medianeinkommen** ist demnach der Einkommenswert, der die Menge aller Einkommen in genau zwei Hälften teilt: eine Hälfte, die über dem Medianeinkommen liegt, eine Hälfte, die darunter liegt.

Das **Äquivalenzeinkommen** ist ein personenbezogenes Nettoeinkommen, das der besseren Vergleichbarkeit von Einkommen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung dient. Es basiert auf der Annahme, dass das Haushaltseinkommen selbst kein ausreichender Indikator für den Lebensstandard ist, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum). Aus diesem Grund erhalten die einzelnen Mitglieder des Haushalts sogenannte Äquivalenzgewichte: Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird das Gewicht 1, Kindern unter 14 Jahren das Gewicht 0,3 und weiteren Personen ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 zugeordnet. Grundlage für die Gewichtung ist nach EU-Definition die modifizierte OECD-Skala. Das Konzept des Äquivalenzeinkommens dient der Berechnung der Armutgefährdung in der Bevölkerung.

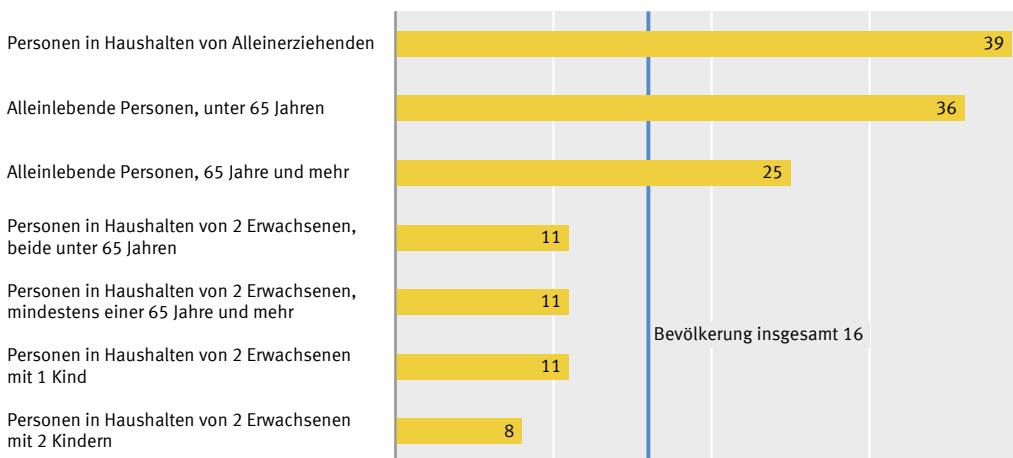
Ein Beispiel: Das Äquivalenzeinkommen in einem Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren läge bei einem verfügbaren Einkommen von 4 500 Euro monatlich bei 2 142,86 Euro (4 500/(1,0+0,5+0,3+0,3)). Eine alleinstehende Person mit einem verfügbaren Einkommen von 2 142,86 Euro würde demnach als diesem Haushalt gleichwertig eingestuft.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU SILC) 2012 und 2011.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers 2011

Anteil an Personen, in %



Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

2014 - 01 - 0220

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.5 Armut

6.5.2 Armutsgefährdungsquote

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	2011			2010		
Ausgewählte Schwellenwerte für Armutsgefährdung						
EUR/Jahr						
Alleinlebende	11 757	-	-	11 426	-	-
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	24 690	-	-	23 994	-	-
Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers						
%						
Insgesamt	16,1	14,9	17,2	15,8	14,9	16,8
im Alter von ... bis ... Jahren						
bis 17	15,2	14,8	15,7	15,8	14,6	16,8
18 – 24	20,7	18,1	23,5	19,0	16,2	21,8
25 – 49	14,4	13,2	15,6	14,6	14,2	14,9
50 – 64	18,6	18,1	19,2	18,5	18,5	18,6
65 und mehr	15,0	13,3	16,6	14,2	12,0	16,2
nach Haushaltstyp						
Alleinlebende	32,4	32,0	32,7	32,3	32,3	32,2
Alleinerziehende	38,8	-	-	37,1	-	-
2 Erwachsene mit 2 Kindern ¹	7,7	-	-	8,7	-	-
Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)						
Erwerbstätig	7,8	6,9	8,8	7,7	7,2	8,2
Arbeitslos	69,3	66,4	72,4	67,8	69,4	66,2
Im Ruhestand	15,1	14,5	15,6	14,0	13,0	15,0
Sonstig nicht erwerbstätig	26,6	28,5	25,7	26,2	30,6	24,0

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012 und 2011.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Allgemein bezeichnet **Armut** eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, wird hier – wie auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten – meist die „relative Armut“ bzw. Armutsgefährdung betrachtet.

Der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** ist der Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Diese liegt nach gemeinsamer Festlegung der EU-Mitgliedstaaten bei 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens. Liegt das Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Grenze, wird Armutsgefährdung angenommen.

Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung liegt, gemessen an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten.

6.5.3 Schwellenwert für Armutsgefährdung nach Ländern

	Einpersonenhaushalt		Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren	
	2012	2011	2012	2011
	EUR			
Deutschland	869	848	1 826	1 781
Baden-Württemberg	953	925	2 000	1 943
Bayern	942	914	1 977	1 919
Berlin	798	779	1 675	1 635
Brandenburg	802	794	1 684	1 668
Bremen	805	778	1 690	1 633
Hamburg	928	913	1 948	1 917
Hessen	922	897	1 936	1 884
Mecklenburg-Vorpommern	723	718	1 518	1 507
Niedersachsen	859	839	1 804	1 763
Nordrhein-Westfalen	853	833	1 791	1 749
Rheinland-Pfalz	894	868	1 877	1 823
Saarland	852	833	1 788	1 749
Sachsen	755	736	1 585	1 545
Sachsen-Anhalt	754	742	1 583	1 559
Schleswig-Holstein	904	881	1 898	1 851
Thüringen	771	759	1 618	1 594
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	899	877	1 888	1 841
Neue Länder einschl. Berlin	768	754	1 612	1 583

Ergebnisse des Mikrozensus. (Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.) – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.5.4 Armutsgefährdungsquote nach Ländern

	Nationalkonzept (gemessen am Bundesmedian)		Regionalkonzept (gemessen am Landes- bzw. regionalen Median)	
	2012	2011	2012	2011
	%			
Deutschland	15,2	15,1	X	X
Baden-Württemberg	11,1	11,2	14,7	14,7
Bayern	11,2	11,3	14,3	14,2
Berlin	21,2	21,1	15,2	15,5
Brandenburg	18,3	16,9	14,6	14,1
Bremen	23,1	22,3	18,4	17,0
Hamburg	14,8	14,7	17,7	18,0
Hessen	13,2	12,7	15,9	15,2
Mecklenburg-Vorpommern	22,9	22,2	13,5	13,9
Niedersachsen	16,0	15,7	15,4	15,2
Nordrhein-Westfalen	16,6	16,6	15,6	15,8
Rheinland-Pfalz	14,6	15,1	15,9	16,1
Saarland	15,8	15,6	14,7	14,8
Sachsen	18,9	19,6	12,1	12,7
Sachsen-Anhalt	20,9	20,5	14,0	14,2
Schleswig-Holstein	14,0	13,8	15,6	15,4
Thüringen	16,9	16,7	11,1	11,3
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin)	14,0	14,0	15,6	15,4
Neue Länder einschl. Berlin	19,7	19,5	13,2	13,5

Ergebnisse des Mikrozensus. (Die Daten basieren nicht auf dem Zensus 2011.) – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.6.1 Struktur überschuldeter Personen und Hauptauslöser der Überschuldung 2012

	Personen insgesamt		Hauptauslöser der Überschuldung					
	Anzahl	%	Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	unwirtschaftliche Haushaltsführung	gescheiterte Selbstständigkeit	sonstiges
Insgesamt	84 541	100	25,6	14,2	12,7	11,6	8,3	27,5
Überschuldete Personen								
nach Haushaltsgröße								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	38 989	46,1	26,1	14,3	17,3	9,8	7,8	25,0
2	21 020	24,9	23,4	14,8	11,4	12,0	9,5	29,0
3	12 354	14,6	26,1	16,3	7,3	13,6	7,7	29,1
4	7 602	9,0	26,4	11,7	5,9	14,3	9,5	32,3
5 und mehr	4 576	5,4	29,2	9,9	5,4	15,1	7,8	32,5
nach Haushaltstyp								
Alleinlebende Frau	14 387	17,0	22,3	17,7	16,0	9,9	6,2	28,0
Alleinerziehende Frau								
mit 1 Kind	6 780	8,0	24,1	24,6	8,0	12,6	4,2	26,5
mit 2 Kindern	3 430	4,1	22,4	33,3	4,9	11,8	3,6	24,0
mit 3 und mehr Kindern	1 603	1,9	22,4	33,8	4,1	13,1	2,2	24,3
Alleinlebender Mann	23 948	28,3	28,4	12,4	17,7	9,5	8,8	23,2
Alleinerziehender Mann								
mit 1 Kind	1 010	1,2	24,7	28,9	10,3	8,9	8,5	18,8
mit 2 Kindern	263	0,3	24,0	33,5	8,0	8,7	8,7	17,1
mit 3 und mehr Kindern	95	0,1	29,5	28,4	4,2	9,5	8,4	20,0
Paar								
ohne Kind	13 212	15,6	23,2	8,8	12,6	11,7	12,8	31,0
mit 1 Kind	7 591	9,0	28,0	8,2	7,5	14,1	9,5	32,7
mit 2 Kindern	5 560	6,6	27,9	7,1	6,0	14,4	10,6	34,2
mit 3 und mehr Kindern	3 479	4,1	30,6	6,5	5,2	15,1	8,4	34,3
Sonstige Lebensform	3 183	3,8	23,0	11,4	15,9	17,8	6,0	26,0
nach Geschlecht								
Weiblich	41 726	49,4	23,6	17,8	10,7	12,1	6,1	29,8
Männlich	42 815	50,6	27,6	10,8	14,6	11,0	10,5	25,5
nach Familienstand								
Ledig	35 014	41,4	30,4	5,9	14,7	14,8	6,0	28,2
Verheiratet ¹	20 813	24,6	25,9	5,3	9,6	12,2	12,3	34,7
Verheiratet, getrennt lebend	7 984	9,4	18,1	35,8	9,2	6,5	8,8	21,6
Verwitwet	2 997	3,5	9,3	36,9	11,6	7,4	6,1	28,6
Geschieden	17 733	21,0	22,0	27,8	14,0	7,4	8,4	20,6
nach Alter								
von ... bis unter ... Jahren								
unter 25	5 887	7,0	28,2	3,7	8,0	20,6	1,4	38,1
25 – 35	22 314	26,4	29,6	9,6	9,8	16,5	4,6	30,0
35 – 45	20 326	24,0	26,1	18,3	11,6	10,3	8,9	24,9
45 – 55	20 305	24,0	25,3	18,4	15,3	7,5	11,0	22,5
55 – 65	10 741	12,7	24,0	14,4	17,0	7,1	12,6	24,9
65 – 70	2 390	2,8	11,4	13,1	16,8	8,9	13,5	36,3
70 und mehr	2 578	3,0	3,6	14,1	13,9	11,9	9,1	47,3

Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.6.2 Durchschnittliche Schulden je Gläubigerart 2012

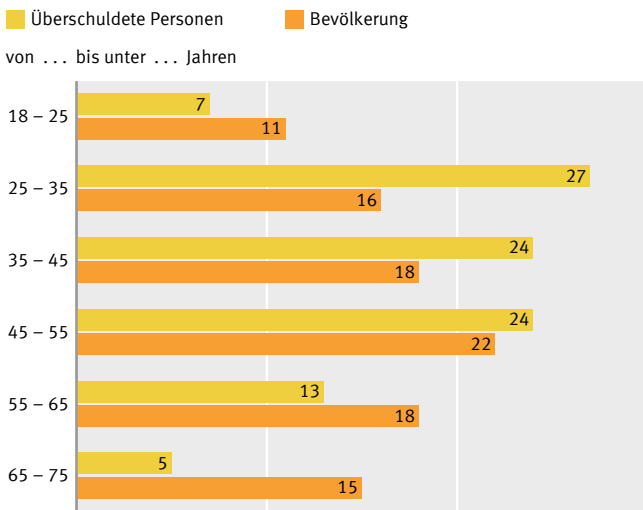
	Insgesamt	Durchschnittliche Schulden bei/aus								
		Kredit-instituten	Versand-häusern	öffentlichen Gläubigern	Inkasso-büros	Telefongesellschaften	Vermietern/Vermieterinnen	Unterhaltsverpflichtungen	Privatpersonen	anderen Gläubigern
EUR										
Überschuldete Personen										
Insgesamt	33 749	18 600	567	3 319	3 644	845	895	420	556	4 904
nach Haushaltsgröße										
Haushalte mit ... Person(en)										
1	28 369	14 228	446	2 897	3 345	825	850	539	575	4 664
2	40 309	23 821	607	3 875	4 019	765	876	305	590	5 451
3	33 323	19 655	666	2 483	3 671	935	931	319	546	4 118
4	41 419	22 739	720	5 316	3 959	903	998	295	479	6 009
5 und mehr	37 859	22 137	891	3 309	3 864	1 043	1 095	402	391	4 728
nach Haushaltstyp										
Alleinlebende Frau	26 645	14 813	599	2 142	3 411	674	864	86	537	3 519
Alleinerziehende Frau										
mit 1 Kind	24 684	13 836	628	1 854	2 738	952	985	42	337	3 313
mit 2 Kindern	27 625	15 986	804	1 735	3 205	1 041	1 104	35	353	3 362
mit 3 und mehr Kindern	26 668	13 401	1 182	1 577	3 812	1 288	1 374	41	245	3 749
Alleinlebender Mann	29 540	14 017	345	3 339	3 355	902	828	817	600	5 336
Alleinerziehender Mann										
mit 1 Kind	59 660	23 998	593	22 157	4 075	764	1 033	919	380	5 740
mit 2 Kindern	57 559	20 148	372	21 093	6 448	822	1 196	699	1 346	5 435
mit 3 und mehr Kindern	31 797	17 602	782	3 291	4 048	820	1 194	284	118	3 657
Paar										
ohne Kind	48 579	30 096	615	3 671	4 851	648	824	438	764	6 672
mit 1 Kind	35 494	21 622	602	2 310	3 923	871	873	411	550	4 333
mit 2 Kindern	41 980	25 265	655	3 153	3 881	839	911	343	494	6 440
mit 3 und mehr Kindern	39 942	23 733	881	3 538	3 999	1 010	1 078	346	447	4 909
Sonstige Lebensform	30 003	11 783	612	7 752	2 315	1 136	924	329	533	4 620
nach Geschlecht										
Weiblich	29 792	17 491	730	1 988	3 615	825	931	62	445	3 704
Männlich	37 605	19 680	407	4 617	3 671	864	860	768	664	6 074
nach Familienstand										
Ledig	17 895	6 730	450	2 197	2 338	1 054	892	398	313	3 524
Verheiratet ¹	49 009	31 118	673	3 343	4 862	660	837	304	662	6 550
Verheiratet, getrennt lebend	50 634	33 157	538	3 589	4 080	725	924	349	860	6 411
Verwitwet	39 252	24 986	694	2 586	4 710	449	723	74	629	4 402
Geschieden	38 610	19 710	663	5 511	4 415	769	985	688	763	5 105
nach Alter										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 25	7 416	1 422	387	665	1 179	1 409	549	33	92	1 680
25 – 35	16 803	6 584	520	1 787	2 210	1 176	916	239	230	3 142
35 – 45	34 883	19 325	603	2 963	3 748	899	1 035	710	562	5 037
45 – 55	44 783	25 932	613	4 664	4 702	623	965	640	729	5 913
55 – 65	52 303	31 805	613	5 535	5 147	423	807	201	916	6 856
65 – 70	58 906	35 713	585	4 681	5 351	285	645	132	973	/
70 und mehr	44 082	27 468	520	4 376	4 674	288	437	15	1 129	5 176

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

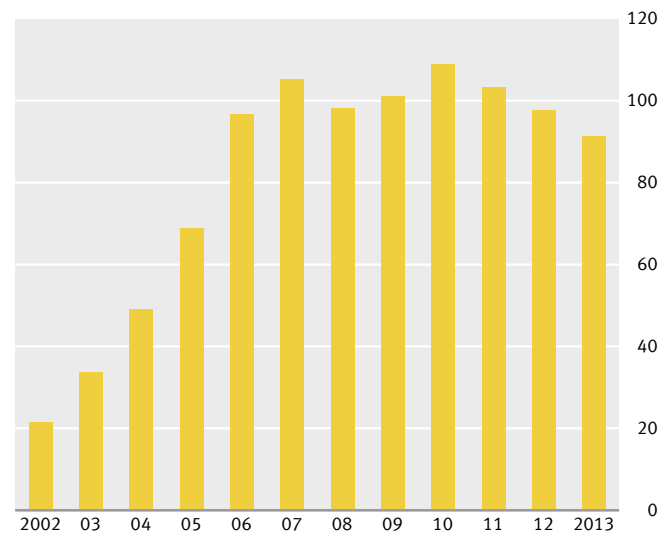
6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Überschuldete Personen nach Altersklassen 2012
im Vergleich zur entsprechenden Bevölkerung, in %



Ergebnisse der Überschuldungsstatistik und des Mikrozensus, dessen Daten nicht auf dem Zensus 2011 basieren.

Verbraucherinsolvenzen
in 1 000



Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

2014 - 01 - 0221

6.6.3 Verbraucherinsolvenzen nach Ländern 2013

	Insolvenzverfahren				Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt		
	Anzahl				%	1 000 EUR
Deutschland	89 207	342	1 651	91 200	-6,6	4 845 101
Baden-Württemberg	7 363	16	366	7 745	-9,0	452 153
Bayern	8 918	17	142	9 077	-8,3	523 752
Berlin	3 948	14	81	4 043	-9,7	212 024
Brandenburg	3 635	16	33	3 684	-5,0	164 050
Bremen	1 254	4	19	1 277	-9,9	64 523
Hamburg	2 498	8	10	2 516	-2,5	88 819
Hessen	5 315	13	130	5 458	-11,0	338 263
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 863	9	51	1 923	-9,0	73 364
Niedersachsen	12 429	69	229	12 727	-4,2	603 847
Nordrhein-Westfalen	23 245	106	353	23 704	-6,1	1 407 851
Rheinland-Pfalz	4 131	19	93	4 243	-6,1	247 391
Saarland	1 507	-	10	1 517	-6,3	76 272
Sachsen	3 913	25	15	3 953	-0,8	169 935
Sachsen-Anhalt	3 428	11	52	3 491	+4,6	155 406
Schleswig-Holstein	3 801	12	45	3 858	-7,6	178 157
Thüringen	1 959	3	22	1 984	-18,9	89 294

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Das **Verbraucherinsolvenzverfahren** ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse).

Ein Verfahren wird **mangels Masse** eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts die Gläubiger mittels eines **Schuldenbereinigungsplans** zufriedener zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Methodik

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Die privaten Haushalte erhalten ihre monatlichen Einkommen und Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen. Im Wesentlichen sind dies Erwerbstätigkeit, Vermögen sowie öffentliche und nicht öffentliche Transferzahlungen. Von ihren Einnahmen müssen die Haushalte vielfältige Ausgaben bestreiten. Neben den Konsumausgaben gehören dazu auch Steuern und Sozialabgaben, Ausgaben für Versicherungen und Vermögensbildung sowie Kreditrückzahlungen. Einen großen Teil der monatlichen Ausgaben privater Haushalte machen die Aufwendungen für Käufe von Waren und Dienstleistungen – die privaten Konsumausgaben – aus. Diese umfassen neben den Ausgaben für die Grundbedürfnisse Essen, Wohnung und Bekleidung auch die Aufwendungen für Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Ergebnisse zu Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte liegen aus unterschiedlichen Erhebungen vor: der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Laufenden Wirtschaftsrechnungen. Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Bei den **Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR)** werden seit dem Erhebungsjahr 2005 jährlich rund 8 000 Haushalte befragt. Diese Haushalte werden als Unterstichprobe aus den Haushalten der letzten EVS ausgewählt.

An beiden Erhebungen beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Für die LWR ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirte und Landwirtinnen sowie freiberuflich Tätige) nicht zulässig. In den EVS-Jahren 2008 und 2013 fanden keine LWR-Erhebungen statt. Zwischen der EVS, den LWR und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans von EVS und LWR herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung von EVS und LWR. Die Ergebnisse beider Erhebungen basieren auf einem Mikrozensus, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Die Angaben zu Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte einschließlich deren Konsumausgaben (Tabellen 6.1) resultieren aus den Ergebnissen des „Haushaltsbuches“ der LWR 2012.

■ Ausstattung

Die privaten Haushalte besitzen unterschiedliche Gebrauchsgüter. Die Palette reicht von Fahrzeugen über Geräte der Unterhaltungselektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zu Haushalts- und Sportgeräten. Die Ergebnisse werden dargestellt als **Ausstattungsgrad** (Anteil der Haushalte, die über das jeweilige Gut verfügen) und als **Ausstattungsbestand** (Anzahl des jeweiligen Gutes in 100 Haushalten). Die technologische Entwicklung beeinflusst die Auswahl der erfragten Güter. „Traditionelle“ Güter wie Pkw, Fernseher, Telefon und Waschmaschine werden bereits seit vielen Jahren erfasst. Einige Güter, z. B. MP3-Player und Navigationsgeräte, wurden in den letzten Jahren neu in die Abfrage bei den Haushalten aufgenommen. Bei anderen Gütern, wie Telefon, PC und Fotoapparat, erfolgte eine Differenzierung bei der Abfrage in stationäre und mobile bzw. analoge und digitale Geräte.

Die Daten über die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (Tabellen 6.2) stammen aus den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der EVS 2013.

■ Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

Den in Tabelle 6.3.2 dargestellten **Nahrungsmittelverbrauch** an ausgewählten tierischen Erzeugnissen, Ölen und Fetten ermittelt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung anhand der sogenannten Ernährungsbilanzen.

Tabelle 6.3.4 enthält, mit Ausnahme der Angaben für Wein, Ergebnisse der **Verbrauchssteuerstatistiken** über die versteuerten Mengen ausgewählter Genussmittel. Bei Tabakerzeugnissen und Bier fließen in die Berechnung des Verbrauchs auch solche Naturalien ein, die an die Beschäftigten der betreffenden Branchen steuerfrei gewährt wurden (Deputate, Haustunk). Der tatsächliche Verbrauch differiert von den versteuerten Mengen um die Veränderungen der Bestände beim Handel und auf dem Transport.

■ Einschätzung der Lebenssituation, Armut

Einkommen, Armut und finanzielle Kapazitäten werden in der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt. In Deutschland wird die Erhebung unter der Bezeichnung **LEBEN IN EUROPA** durchgeführt. Themen der Befragung sind neben den verschiedenen, sehr differenziert erfassten Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen) weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen, wie etwa zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für **LEBEN IN EUROPA** werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007), in denen ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert wurde, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von **LEBEN IN EUROPA** ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (**HAUSHALTE HEUTE**).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp. Die vorliegenden Ergebnisse aus EU-SILC basieren auf einem Mikrozensus, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Armut nach Ländern

Zur Berechnung der Armut nach Ländern wird der **Mikrozensus** herangezogen. Der Mikrozensus („kleine Volkszählung“) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik und dient dazu, die Lücke zwischen zwei Volkszählungen zu schließen. Die Erhebung basiert auf einer 1 %-Stichprobe der Bevölkerung Deutschlands und findet kontinuierlich über das Jahr verteilt statt. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung (siehe hierzu auch „Mikrozensus mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung“ in der „Methodik“ des Kapitels 13 „Arbeitsmarkt“).

Im Gegensatz zur deutschen EU-SILC-Erhebung, deren Ziel die präzise Ermittlung von nationalen Sozialindikatoren für das gesamte Bundesgebiet ist, erlaubt der Mikrozensus aufgrund seines großen Stichprobenumfangs auch für die Länder Analysen zur relativen Einkommensarmut in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Mit der Bereitstellung solcher Indikatoren aus dem Mikrozensus kann daher dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Indikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die **Armuts- und Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus** stehen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder auf dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung.

Wenngleich den Berechnungen zur Ermittlung von Armutsindikatoren aus beiden Erhebungen (EU-SILC, Mikrozensus) dieselben europäischen Definitionen zugrunde liegen, sind die in diesem Kapitel dargestellten Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus dennoch grundsätzlich **nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar**. Es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Erhebungen mit unterschiedlichen Erhebungszwecken, bei denen insbesondere die für die Armutsberechnungen bedeutsame Art der Einkommenserfassung völlig unterschiedlich ist. Nähere Informationen zur Einkommenserfassung im Mikrozensus und den daraus resultierenden Berechnungsmethoden bei der Ermittlung von Armutsgefährdung enthält das „Glossar“ dieses Kapitels.

Die Tabellen 6.5.3 und 6.5.4 zeigen Schwellenwerte für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquoten nach Ländern aus dem Mikrozensus. Tabelle 6.5.4 differenziert dabei zwischen dem National- und dem Regionalkonzept. Die Ergebnisse basieren auf einem Mikrozensus, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen. Nähere Informationen hierzu finden Sie ebenfalls im „Glossar“.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Die **Überschuldungsstatistik** ist eine freiwillige Erhebung, die auf den Angaben von Schuldnerberatungsstellen basiert. Die Erhebung hat die Aufgabe, Angaben über Personen bereitzustellen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden und deshalb die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die beratenen Personen müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind die Klientinnen und Klienten der Schuldnerberatungsstellen auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Für die Erhebung ausgewählt wurden die rund 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht einbezogen werden die privaten und kommerziellen Beratungsstellen. Im Beratungsjahr 2012 haben 238 Beratungsstellen an der freiwilligen Erhebung teilgenommen.

Die Überschuldungsstatistik liefert Angaben über die sozioökonomischen Strukturen der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen. Ferner erfasst sie Daten über die Art und Höhe des Einkommens und der Schulden sowie über die Auslöser der Überschuldung privater Personen.

Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der überschuldeten Personen in Deutschland lassen sich aus der Überschuldungsstatistik nicht ableiten.

Insolvenzstatistik

Das Insolvenzverfahren dient dazu, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Es wird im Wesentlichen zwischen Regelinsolvenzverfahren für Unternehmen sowie vereinfachten Verfahren für Verbraucherinnen und Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige mit überschaubaren Verhältnissen unterschieden. Das vorliegende Kapitel stellt lediglich Angaben zu den Verbraucherinsolvenzverfahren dar. Informationen zu den Unternehmensinsolvenzen sowie den übrigen Arten von Insolvenzverfahren finden Sie im Kapitel 20 „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

In Bezug auf Verbraucherinsolvenzverfahren erfasst die **Insolvenzstatistik** Merkmale wie die Anzahl der bei den Gerichten angemeldeten Verfahren und die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Neben den im vorliegenden Kapitel dargestellten Jahresergebnissen liegen auch monatliche Angaben vor. Die Statistik beruht auf den Angaben der Gerichte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Äquivalenzeinkommen | *EU-SILC* | Das Äquivalenzeinkommen ist eine fiktive Rechengröße. Sie wird verwendet, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Jeder einzelnen Person im Haushalt wird ein Äquivalenzeinkommen zugeordnet. Dazu wird das Haushaltseinkommen auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). EU-SILC verwendet als Gewichtungsskala die sogenannte „modifizierte OECD-Skala“, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltseinkommen, indem dieses durch die Summe der Gewichte dividiert wird. Es bildet die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

Mikrozensus | Um Indikatoren zur Armutsgefährdung (Äquivalenzeinkommen, Armutsgefährdungsschwelle und -quote) zu ermitteln, verwendet der Mikrozensus dieselben Definitionen wie EU-SILC. Auch hier wird das Median-Äquivalenzeinkommen berechnet, um die Armutsgefährdungsschwelle zu ermitteln. Zunächst wird jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen, indem man die Ober- und Untergrenze der Klasse, in der das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen liegt, durch die Summe der Bedarfsgewichte aller Haushaltsmitglieder („Äquivalenzgewicht“) teilt. Das personenbezogene Äquivalenzeinkommen liegt zwischen den so ermittelten Grenzen. Unter Annahme der Gleichverteilung innerhalb der Äquivalenzklassen werden die in eine Klasse fallenden Personen gleichmäßig zwischen den ermittelten Grenzen verteilt. Ihnen wird als Hilfwert ein spitzer Eurobetrag zugewiesen, über den dann der Median berechnet werden kann. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt, wie bei EU-SILC, bei 60 % des Medianwertes. Eine spezifische Armutsgefährdungsschwelle für jeden Haushaltstyp erhält man, indem man den Schwellenwert mit dem jeweiligen Äquivalenzgewicht des Haushalts multipliziert.

Armutsgefährdung | *EU-SILC* | Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, betrachtet man in Deutschland und der EU meist „relative Armut“. Danach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze (Schwellenwert) unterschreitet. Bei der Erhebung EU-SILC ist der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** definiert als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen, das unter diesem Schwellenwert liegt, gelten als armutsgefährdet. Das Äquivalenzeinkommen ist dabei ein aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen abgeleitetes Netto-Äquivalenzeinkommen. Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen geringer ist als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Sind staatliche Sozialleistungen im zugrunde liegenden Einkommen mit enthalten, so spricht man von der **Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers**, sonst von der Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers.

Mikrozensus | Der Mikrozensus ermittelt die Armutsgefährdungsquote über den Hilfwert der **Armutswahrscheinlichkeit**. Als „armutsgefährdet“ gelten alle Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in einer Einkommensklasse liegt, deren Obergrenze kleiner ist als die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle. Ihnen wird eine Armutswahrscheinlichkeit von „1“ zugewiesen. Als „nicht armutsgefährdet“ gelten dagegen alle Personen mit Klassenuntergrenzen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle (Armutswahrscheinlichkeit = 0). Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in der Einkommensklasse liegt, in die auch die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle fällt, können weder pauschal als „einkommensarm“ noch als „nicht einkommensarm“ klassifiziert werden. In diesen Fällen liegt die Armutswahrscheinlichkeit – je nach Abstand zu den Klassengrenzen – zwischen 0 und 1.

Armutsmessung, regionalisierte | Grundlage der Armutsmessung nach dem **Nationalkonzept** ist eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle für alle Länder, die 60 % des Bundesmedians entspricht. Der Bundesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Regionen (hier Länder) wider. Nach dem **Regionalkonzept** wird die Armutsgefährdung an einer landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle auf Basis des jeweiligen Landesmedian gemessen. Der Landesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im jeweiligen Land errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau innerhalb der Region (hier Land) wider.

Auf- und Abrundungen | Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | Diese werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Einnahmen aus der Rückgabe von Leergut und Flaschenpfand) addiert werden. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im verfügbaren Einkommen nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus Kreditaufnahme.

Ausstattungsbestand | Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Güter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 166 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Mobiltelefon besitzen. Bei einer Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch ermittelt sich der Ausstattungsbestand durch die Anzahl der in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgüter, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Ausstattungsgrad | Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 90 % Mobiltelefonen, dass 90 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch ermittelt sich der Ausstattungsgrad durch die Anzahl der Haushalte mit dem jeweiligen Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Auswahlgrundlage | Die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus sind Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung.

Deprivationsindikatoren, haushaltsbezogene nicht monetäre | Dies sind in EU-SILC subjektive, nicht monetär (d. h. in Euro) gemessene Indikatoren zur Abbildung materieller und/oder sozialer Entbehrung (Deprivation) der Privathaushalte in verschiedenen Lebensbereichen (z. B. „selbst eingeschätzte Wohnsituation des Haushalts“ und „selbst eingeschätzte finanzielle Situation des Haushalts“).

Einkommenserfassung | Die Einkommenserfassung im Mikrozensus erfolgt über sogenannte Klassen und unterscheidet sich hierin erheblich von der Einkommenserfassung in EU-SILC. Das persönliche Nettoeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder sowie die Summe sämtlicher Einkommen des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder (Haushaltsnettoeinkommen) werden im Mikrozensus durch Selbsteinstufung in 24 Einkommensklassen erhoben. Bei dieser Art der Erfassung berücksichtigen die Befragten vor allem umfangreichere und regelmäßig eingehende Einkommensbestandteile, während sie unregelmäßig eingehende und anteilmäßig geringe Einkommensbestandteile eher vernachlässigen. Diese Unterschätzung des Nettoeinkommens ist bei der Interpretation des Äquivalenzeinkommens und den weiteren, darauf basierenden Berechnungen zur Armutsgefährdung zu berücksichtigen. Das Verfahren zur Ermittlung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle muss daher diesen klassierten Einkommensdaten gerecht werden.

Erwerbsstatus | Die Zuweisung des Erwerbsstatus in EU-SILC erfolgt aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Es gilt der Erwerbsstatus, den die oder der Befragte überwiegend, das heißt über einen Zeitraum von insgesamt mehr als sechs Monaten im Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr) innehatte.

Die Unterteilung erfolgt in:

- Vollzeitbeschäftigt: Personen in Vollzeitbeschäftigung, in Altersteilzeit oder in betrieblicher Berufsausbildung
- Teilzeitbeschäftigt: Personen in Teilzeit einschließlich Personen in betrieblicher Berufsausbildung, sofern diese in Teilzeit ausgeübt wird
- Arbeitslos: Personen, die arbeitslos oder arbeitsuchend sind
- Ruhestand: Personen im Ruhestand (Rentnerinnen und Rentner bzw. Pensionärinnen und Pensionäre)
- Sonstig nicht erwerbstätig: Personen in Ausbildung (Schule, Studium), Hausfrauen oder -männer oder aus anderen Gründen Nichterwerbstätige

Haupteinkommensperson | Durch die Festlegung einer Haupteinkommensperson lassen sich Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, Familienstand, soziale Stellung) einheitlich gliedern. Als Haupteinkommensbezieherin bzw. -bezieher gilt grundsätzlich die Person (ab 18 Jahren) mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen.

Haushalt, Haushaltsgröße | *EVS/LWR* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammenwohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensanteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. gepflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Obdachlose nehmen nicht an der Erhebung teil. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Einkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht bzw. in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen. Für die LWR ist – im Gegensatz zur EVS – nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen (Gewerbetreibende und selbstständige Landwirte und Landwirtinnen sowie freiberuflich Tätige) nicht zulässig.

EU-SILC | Ein Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinstehenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen (Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC). Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.), werden nicht befragt.

Haushaltsbruttoeinkommen | *LWR* | Alle Einnahmen des Haushalts aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen. Die Erfassung der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie der öffentlichen Transferzahlungen erfolgt personenbezogen, d. h. für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, 13./14. Monatsgehalt und Urlaubsgeld. Das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Vermietung und Verpachtung sowie aus Vermögen werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. In die Einnahmen aus Vermögen wurde – internationalen Gepflogenheiten

folgend – eine sogenannte „unterstellte Eigentümermiete“ eingerechnet. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentümernettoeinkommen abgezogen. In Einzelfällen kann dies bei entsprechend hohen Aufwendungen einzelner Haushalte zur Nachweisung negativer Eigentümermietwerte bzw. Vermögenserinnahmen führen.

EU-SILC | Das Haushaltsbruttoeinkommen besteht aus den haushaltsbezogenen Komponenten des Bruttoeinkommens und der Summe der Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder.

Zum Haushaltsbruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen (z. B. Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung
- Regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen Privathaushalten (z. B. Unterhaltszahlungen)
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren

Zum Personenbruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (z. B. Firmenwagen)
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren)
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen
- Ausbildungsbezogene Leistungen

Haushaltsnettoeinkommen | *LWR* | Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zählen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen und seit dem 1.1.2009 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung. Zum Haushaltsbruttoeinkommen addiert werden seit dem 1.1.2009 die Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung bei freiwilliger und privater Krankenversicherung sowie Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung. Bis einschließlich 2007 errechnet sich das Haushaltsnettoeinkommen, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung) abgezogen werden.

EU-SILC | Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich aus dem gesamten Haushaltsbruttoeinkommen nach Abzug von regelmäßigen Vermögensteuern, regelmäßig geleisteten Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, Einkommensteuern und Sozialbeiträgen.

Haushaltstyp | *EVS/LWR* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder)

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren – auch Adoptiv- und Pflegekinder – der Haupteinkommenspersonen oder derer (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

- Haushalte ohne abhängige Kinder
- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
 - Ein Erwachsener unter 65 Jahren
 - Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren oder älter
 - Zwei Erwachsene, mindestens einer im Alter von 65 Jahren oder älter
 - Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
 - Andere Haushalte ohne abhängige Kinder
- Haushalte mit abhängigen Kindern
- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kindern
 - Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
 - Andere Haushalte mit abhängigen Kindern
- Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mangels Masse abgewiesen | Ein Verfahren wird mangels Masse eingestellt, wenn das Vermögen eines Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird. Die Verfahrenskostenstundung ist nur bei natürlichen Personen möglich.

Median | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte des Äquivalenzeinkommens).

Median-Äquivalenzeinkommen | In der Mitte liegender Wert in der aufsteigend sortierten Folge der Äquivalenzeinkommen.

Nahrungsverbrauch | Der Nahrungsverbrauch bezeichnet die insgesamt für den Verbrauch zur Verfügung stehende, nicht aber die tatsächlich verzehrte Menge.

Private Konsumausgaben | Den größten Teil ihres ausgabenfähigen Einkommens verwenden die privaten Haushalte für Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Die Ermittlung der privaten Konsumausgaben in den Wirtschaftsrechnungen erfolgt auf Grundlage des sogenannten Marktentnahmekonzepts. Das bedeutet, es werden ausschließlich die Ausgaben für Käufe von Waren und Dienstleistungen nachgewiesen, die am Markt realisiert werden (können). Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Sachleistungen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu Gunsten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb. Der private Konsum nach dem Marktentnahmekonzept umfasst auch die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den eigenen Garten und für die Kleintierhaltung (z. B. für den Kauf von Sämereien oder von Futter).

Bei im Haushalt selbst produzierten oder zubereiteten Gütern erscheint dem Marktentnahmekonzept zufolge nur der Wert der bezogenen Materialien, Substanzen, Zutaten usw. Nicht erfasst wird der Wertzuwachs durch die Be- oder Verarbeitung im Haushalt. Ebenfalls nicht erfasst werden Sachgeschenke anderer privater Haushalte. Eine Ausnahme bilden lediglich sogenannte Deputate (z. B. Bier für Brauereibeschäftigte, Energie/Brennstoffe für Beschäftigte im Bergbau und in Energieunternehmen). Diese Sachleistungen werden mit Durchschnittspreisen bewertet und den entsprechenden Ausgaben für den privaten Konsum hinzugerechnet. Güter, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an ihre Beschäftigten zu Vorzugspreisen abgeben, werden auch nur in dieser Höhe verbucht.

Die privaten Konsumausgaben enthalten keine Zahlung von direkten Steuern, Versicherungen, Übertragungen an andere private Haushalte oder Organisationen sowie die Tilgung und Verzinsung von Krediten. Das Gleiche gilt für die Käufe von Grundstücken und Gebäuden sowie für die Ausgaben zur Bildung von Geldvermögen.

Schulabschluss, höchster | Aktueller Bildungsstatus einer Person nach der Klassifikation ISCED („International Standard Classification of Education“). Die Unterteilung erfolgt in:

ISCED 0, 1 und 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I

- Stufe 0: Kindergarten
- Stufe 1 (Primarstufe): Grundschule
- Stufe 2 (Sekundarstufe I): Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5 – 10)

ISCED 3 und 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich

- Stufe 3 (Sekundarstufe II): Gymnasium (Klassen 11 – 13), Fachoberschule, Duale Berufsausbildung, Berufsfachschule
- Stufe 4 (Postsekundare, nicht-tertiäre Stufe): Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule

ISCED 5 und 6: Tertiärbereich

- Stufe 5 (Tertiärer Bereich, Phase 1): Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens
- Stufe 6 (Tertiärer Bereich, Phase 2): Promotion, Habilitation

Schuldenbereinigungsplan | Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Sozialtransfers | Laufende Transferleistungen, die während des Einkommensbezugszeitraums von staatlichen Einheiten oder von Organisationen ohne Erwerbszweck an private Haushalte gezahlt werden. Hierzu zählen beispielsweise Wohngeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld I, Umschulungszuschüsse, Leistungen für die Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II-Bezug oder bei bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kurzarbeitergeld, Vorruhestandsgeld, Rente, Pension, Pflegegeld.

Überschuldete Personen | Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor. Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Unerwartet anfallende Ausgaben | Unerwartet anfallende, hohe Ausgaben von mehreren hundert Euro, z. B. Anschaffungskosten für eine neue Waschmaschine oder Beerdigungskosten. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, ob solche Kosten aus eigenen Finanzmitteln bewältigt werden können, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Verbraucherinsolvenzverfahren | Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Ein Verfahren wird *mangels Masse* eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird.

Zurechtkommen mit dem Einkommen | Zurechtkommen des Haushalts mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen. Einbezogen sind die Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, wie gut bzw. schlecht er mit dem monatlichen Einkommen zurechtkommt, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Ausstattung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 63211 (EVS) und 63111 (LWR), Daten zu *Einnahmen und Ausgaben* unter Code 63121, Daten zu *Armut* unter Code 63400, Daten zu *Verbraucherinsolvenzen* unter Code 52411

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 1 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (LWR) |
| | | Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) |
| Heft 3 | | Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren |
| Heft 4 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte |
| Heft 5 | | Aufwendungen privater Haushalte für den privaten Konsum |

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|-----------|--|--|
| Heft 5/11 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (EVS 2008) |
|-----------|--|--|

■ Ausstattung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 2 | | Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (LWR) |
| Heft 1 | | Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (EVS) |

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|-----------|--|--|
| Heft 5/09 | | Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008) |
|-----------|--|--|

STATmagazin

- | | | |
|--|--|---|
| | | Auto, Spülmaschine, Flachbildfernseher: Standard oder Luxus? (EVS 2013) |
|--|--|---|

■ Einschätzung der Lebenssituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 3 | | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union |
|---------|--|---|

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|------------|--|--|
| Heft 5/11 | | Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte. LEBEN IN EUROPA 2009 |
| Heft 2/12 | | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen |
| Heft 3/13 | | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011. |
| Heft 12/13 | | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012. |

STATmagazin

- | | | |
|--|--|--|
| | | Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012) |
|--|--|--|

Datenreport 2013

- | | | |
|-------------|--|---|
| Kapitel 6.2 | | Einkommensungleichheit, Armut und materielle Entbehrung |
|-------------|--|---|

Mehr zum Thema

■ Armut

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

- Heft 8/09 | Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen
- Heft 11/09 | Die Längsschnittdaten von EU-SILC – Datenstruktur und Hochrechnungsverfahren
- Heft 4/10 | Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland
- Heft 12/10 | LEBEN IN EUROPA 2009 – Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
- Heft 2/12 | Generierung der Einkommensvariablen in der deutschen EU-SILC-Erhebung „LEBEN IN EUROPA“
- Heft 2/12 | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen
- Heft 3/13 | Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2011.
- Heft 12/13 | Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland und der Europäischen Union. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2012.

STATmagazin

| Senioren in Deutschland: Überwiegend vital und finanziell abgesichert (2012)

Datenreport 2013

Kapitel 6.2 | Einkommensungleichheit, Armut und materielle Entbehrung

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Im Internetauftritt des Arbeitskreises „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder sowie in tiefer regionaler Gliederung bereitgestellt. Sie sind unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download abrufbar.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1 | Insolvenzverfahren
Statistik zur Überschuldung privater Personen 2012 (Tabellenband)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/07 | Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006
- Heft 4/08 | Insolvenzen in Deutschland 2007
- Heft 11/08 | Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen
- Heft 11/13 | Überschuldungsstatistik 2012: die amtliche Statistik zur Situation überschuldeter Personen in Deutschland

STATmagazin

| Überschuldung – letzter Ausweg die Privatinsolvenz (2008)
| Überschuldung – mehr als ein gesellschaftliches Randphänomen (2014)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

- +49 (0)6 11 / 75 88 80 (Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen),
- +49 (0)6 11 / 75 89 53 (Armutsgefährdung nach Ländern),
- +49 (0)6 11 / 75 86 60 (Verbrauch an ausgewählten Nahrungsmitteln),
- +49 (0)6 11 / 75 45 92 (Verbraucherinsolvenzen),
- +49 (0)6 11 / 75 34 30 (Überschuldung privater Personen).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





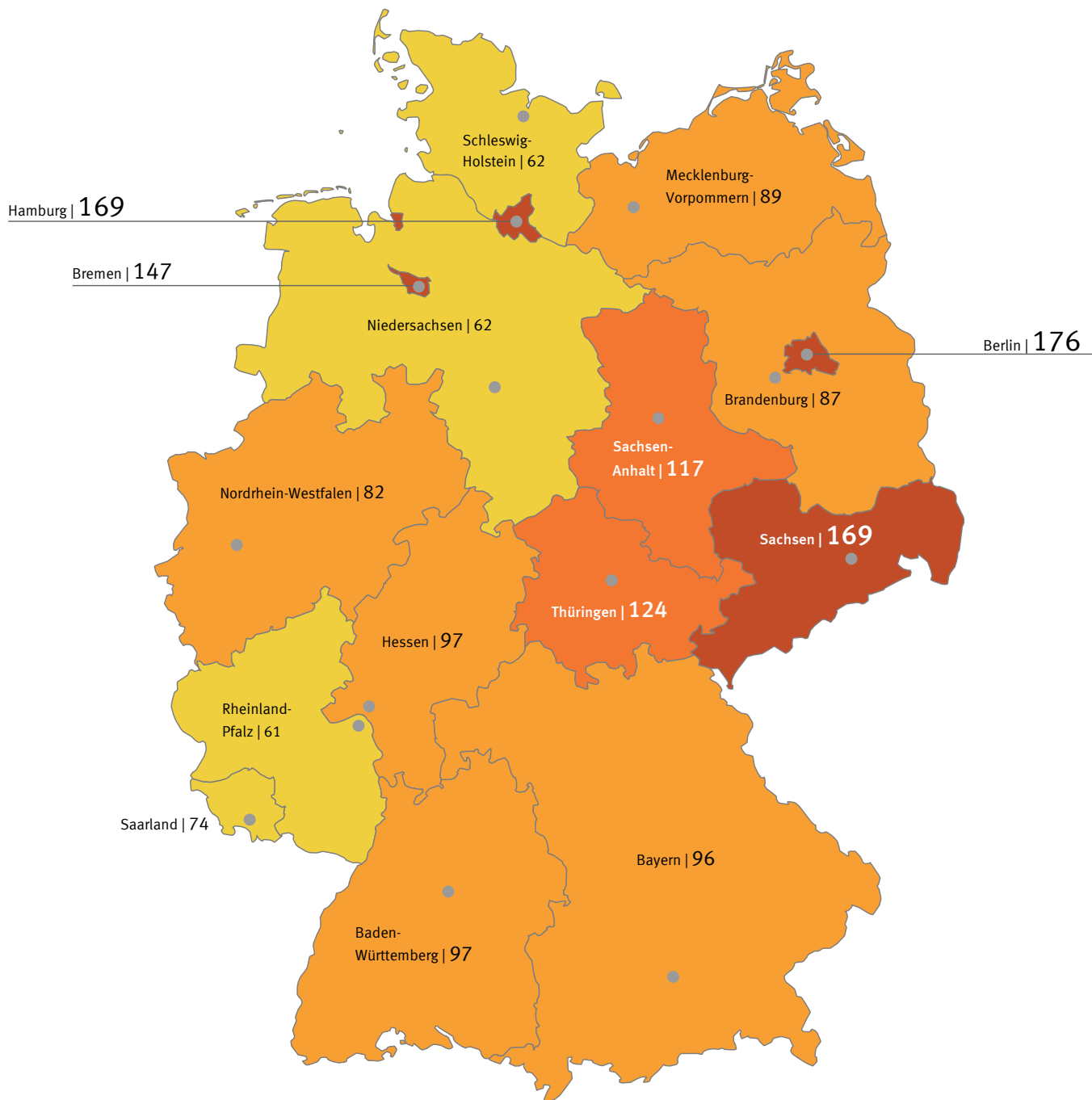
7 Kultur, Medien, Freizeit

323 Veranstaltungen wurden 2012 im Schnitt täglich an **Theatern** durchgeführt | In **929 Musikschulen** werden rund **1 Million Schülerinnen und Schüler** unterrichtet | Private Haushalte gaben 2012 im Schnitt **245 Euro** monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus | **46 %** der Online-Einkäuferinnen und -Einkäufer buchten 2013 ihre **Urlaubsunterkünfte** im **Internet** | Zuschauerinnen und Zuschauer **sehen** am Tag durchschnittlich **3 Stunden und 41 Minuten fern** | **44 000 Menschen** engagieren sich im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes | **Deutscher Fußballbund** hat **6,8 Millionen** Mitglieder

<i>Seite</i>	
191	Auf einen Blick
	Tabellen
192	Kulturstätten Museen Theater Buchproduktion Bibliotheken Staatliche Archive Musikschulen Deutscher Chorverband UNESCO-Welterbestätten Goethe-Institut
201	Kulturausgaben Nach Kulturbereichen Nach Körperschaften Nach Ländern Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit
202	Mediennutzung Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien Filmwirtschaft Fernsehen und Sendeformate Hörfunk- und Landesrundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandradio
207	Bürgerschaftliches Engagement Freiwilliges Engagement Gründe für freiwilliges Engagement Verbesserungsvorschläge Bundesfreiwilligendienst Stiftungen Seelsorge
209	Sport Deutscher Olympischer Sportbund Spitzenverbände und Mitgliedschaften Sportabzeichen Deutsche Sporthilfe Olympische Spiele Paralympische Spiele
214	Methodik
217	Glossar
219	Mehr zum Thema

Öffentliche Ausgaben der Länder (einschl. Gemeinden) für Kultur 2009
 Grundmittel, je Einwohner/-in

■ unter 75 EUR
 ■ 75 bis unter 100 EUR
 ■ 100 bis unter 125 EUR
 ■ 125 EUR und mehr



7.1 Kulturstätten

7.1.1 Museen und Ausstellungen – Träger, Museumsarten und Besuche

	Museen	Ausstellungen	Besuche	Museen	Ausstellungen	Besuche
	2012			2011		
	Anzahl		1 000	Anzahl		1 000
Insgesamt	4 848	8 940	112 808	4 835	9 180	109 582
Träger						
Staatliche Träger	411	799	26 660	408	811	25 125
Lokale Gebietskörperschaften	2 002	4 474	23 575	2 009	4 620	23 800
Andere Formen des öffentlichen Rechts	366	779	29 015	368	825	28 162
Vereine	1 307	1 738	13 248	1 320	1 812	12 647
Gesellschaften/Genossenschaften	215	375	11 538	204	365	11 678
Stiftungen des privaten Rechts	118	271	3 596	113	263	2 917
Privatpersonen	263	191	2 573	252	189	2 717
Mischformen, privat und öffentlich	166	313	2 602	161	295	2 535
Museumsarten						
Historische und archäologische Museen	370	492	19 743	360	511	18 876
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	699	959	11 279	694	983	11 369
Kunstmuseen	519	1 792	19 663	537	1 845	18 604
Naturkundliche Museen	225	360	8 018	214	375	7 902
Naturwissenschaftliche und technische Museen	566	735	17 859	572	768	16 790
Schloss- und Burgmuseen	237	237	13 659	235	213	13 411
Volks- und Heimatkundemuseen	2 127	4 035	15 130	2 123	4 158	15 408
Sonstige museale Einrichtungen	105	330	7 456	100	327	7 222

Alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten **musealen Einrichtungen** werden erfasst. Diese müssen über eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung verfügen. Weitere Informationen finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de

Ohne Museen, die keine Angaben über Besuche machen konnten bzw. geschlossen waren.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

7.1.2 Öffentliche Theater 2011/12

	Gemeinden mit Theatern	Theaterunternehmen		Veranstaltungen am Ort	Gastspiele nach außen	Plätze	Betriebszuschuss je Besuch in EUR
		insgesamt	Spielstätten				
Deutschland	129	143	839	67 204	7 759	269 228 ¹	112,67
Baden-Württemberg	15	14	103	8 209	1 006	34 013	113,92
Bayern	17	20	106	7 615	555	36 497	97,98
Berlin	1	10	38	4 449	400	18 346	110,39
Brandenburg	5	6	29	2 340	264	6 698	104,39
Bremen	2	2	14	1 545	43	3 305	123,07
Hamburg	1	3	10	1 792	87	4 457	98,26
Hessen	6	6	51	4 007	182	16 800	130,89
Mecklenburg-Vorpommern	9	6	49	2 503	325	12 779	89,98
Niedersachsen	9	9	56	5 394	621	20 596	105,89
Nordrhein-Westfalen	22	26	132	9 482	1 009	44 794	118,47
Rheinland-Pfalz	7	7	26	2 284	462	4 767	102,12
Saarland	1	1	5	537	32	2 360	124,20
Sachsen	12	15	81	7 479	1 123	28 261	125,54
Sachsen-Anhalt	8	8	64	4 367	1 008	11 384	117,27
Schleswig-Holstein	5	3	22	1 856	274	8 604	110,10
Thüringen	9	7	53	3 345	368	15 563	126,21

Weitere Informationen finden Sie unter www.buehnenverein.de

1 Aufgrund verschiedener Erhebungen, lassen sich die Länder nicht aufsummieren.

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.3 Besuchszahlen öffentlicher Theater 2011/12

	Besuche insgesamt	Opern und Ballette	Operetten, Musicals	Schauspiele	Kinder- und Jugendstücke	Konzerte	Sonstige Veranstaltungen
	1 000						
Deutschland	18 863	5 688	1 898	5 249	2 811	1 613	1 354
Baden-Württemberg	2 175	748	165	606	357	184	113
Bayern	2 629	894	215	918	315	170	117
Berlin	1 755	573	440	319	211	103	109
Brandenburg	442	39	43	112	86	49	99
Bremen	306	94	36	61	63	13	39
Hamburg	868	342	26	363	43	29	62
Hessen	1 284	469	121	376	156	104	58
Mecklenburg-Vorpommern	432	33	32	114	111	70	65
Niedersachsen	1 343	332	131	420	239	133	85
Nordrhein-Westfalen	3 061	1 006	191	893	462	236	204
Rheinland-Pfalz	614	197	60	180	101	38	39
Saarland	203	69	29	43	31	20	10
Sachsen	1 836	465	200	468	285	187	171
Sachsen-Anhalt	682	104	75	108	148	100	78
Schleswig-Holstein	511	126	55	155	91	62	20
Thüringen	724	198	79	113	110	115	87

Die **Besuchszahlen** umfassen die Besuche der eigenen und fremden Veranstaltungen am Ort, auch geschlossene Veranstaltungen.

Ohne Theater, die keine Angaben über Besuche machen konnten.

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1.4 Privattheater 2011/12

	Gemeinden mit Theater	Privattheater	Veranstaltungen	Besuche	Plätze
Deutschland	80	218	50 910	7 711	83 895
Baden-Württemberg	17	34	8 495	1 086	15 767
Bayern	16	35	5 996	741	10 855
Berlin	1	25	7 343	1 205	12 652
Brandenburg	2	5	999	74	633
Bremen	1	2	385	36	1 149
Hamburg	1	20	6 883	1 494	13 077
Hessen	4	15	3 101	495	4 291
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	339	27	214
Niedersachsen	5	11	1 795	193	2 138
Nordrhein-Westfalen	16	45	10 171	1 747	18 319
Rheinland-Pfalz	6	7	1 249	141	987
Saarland	1	1	256	20	159
Sachsen	3	9	2 694	340	1 348
Sachsen-Anhalt	1	1	187	17	90
Schleswig-Holstein	2	4	445	29	327
Thüringen	3	3	572	66	1 889

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.5 Buchproduktion nach Sachgruppen 2013

	Erstauflage			Übersetzungen ins Deutsche	Anteil an allen Übersetzungen
	insgesamt	darunter Taschenbücher	Anteil der Taschenbücher		
	Anzahl		%	Anzahl	%
Insgesamt ¹	81 919	10 978	13,4	10 731	100
Allgemeines, Informatik, Informations- wissenschaft	2 654	92	3,5	80	0,7
Philosophie und Psychologie	3 926	510	13,0	549	5,1
Religion	5 249	473	9,0	622	5,8
Sozialwissenschaften	15 479	1 070	6,9	470	4,4
Sprache	2 297	133	5,8	20	0,2
Naturwissenschaften und Mathematik	2 060	89	4,3	158	1,5
Technik, Medizin, angew. Wissenschaften	13 629	669	4,9	838	7,8
Künste und Unterhaltung	10 790	1 146	10,6	2 146	20,0
Literatur	30 728	6 873	22,4	6 164	57,4
Belletristik	15 610	5 442	34,9	4 048	37,7
Kinder- und Jugendliteratur	8 268	1 129	13,7	2 005	18,7
Schulbücher	4 522	101	2,2	10	0,1
Geschichte und Geografie	7 246	661	9,1	384	3,6

Nur im Buchhandel erhältliche Veröffentlichungen sind hier berücksichtigt. Informationen zur **Buchproduktion** finden Sie unter www.boersenverein.de

1 Die Summe der Sachgruppen ergibt nicht die Gesamtsumme (Doppelzählungen).

Quelle: Deutsche Nationalbibliographie, VLB 2012; Berechnungen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels

7.1.6 Bibliotheken

	Bibliotheken	Bestand ¹	Benutzer/ -innen	Entleihungen	Personal	Ausgaben	
						insgesamt	darunter für Erwerbung
	Anzahl	1 000			Anzahl	1 000 EUR	
Öffentliche Bibliotheken							
2011	8 131	124 128	7 898	380 469	11 817	904 216	100 181
2012	7 979	123 142	7 742	377 175	11 497	906 047	101 260
Wissenschaftliche Bibliotheken							
2011	250	239 162	2 836	91 557	11 505	890 841	298 612
2012	249	241 372	2 941	93 990	10 802	880 522	297 390
Wissenschaftliche Bibliotheken 2012 nach Arten							
Hoch-/Fachhochschul- bibliotheken	139	17 705	708	17 301	1 252	78 653	36 742
Nationalbibliotheken ²	5	46 701	162	4 014	1 226	142 484	34 544
Regionalbibliotheken	26	20 597	241	7 834	1 123	65 524	10 521
Universitätsbibliotheken	79	156 369	1 830	64 841	7 201	593 861	215 583

Die **Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS)** umfasst alle Bibliothekssparten. Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten. Weitere Informationen finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

1 Bei öffentlichen Bibliotheken: Medien, bei wissenschaftlichen Bibliotheken: Bände und Dissertationen.

2 Einschl. Zentraler Fachbibliotheken.

Quelle: Hochschulbibliothekszentrum

7.1 Kulturstätten

7.1.7 Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2013

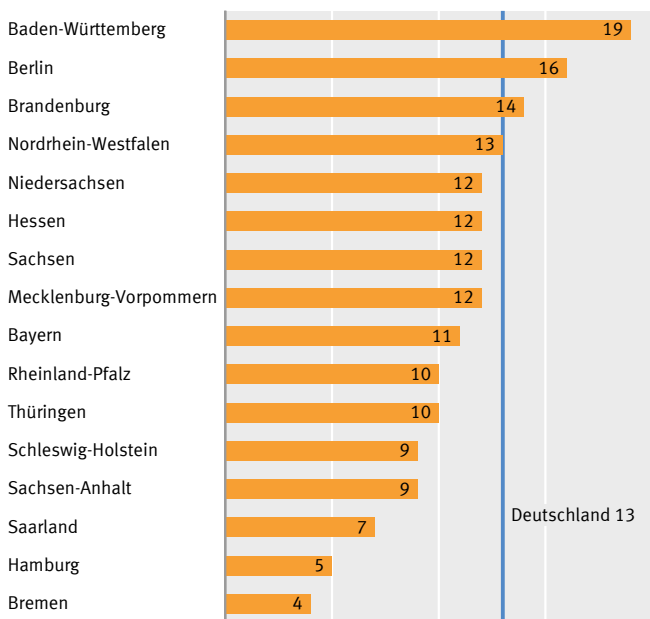
	Standorte	Benutzungstage	Personal	Archivalien	
				Zeitraum	Umfang
	Anzahl			Jahrhundert	lfd. Meter
Deutschland	73	199 196	2 295	7.-21.	1 727 193
Archive des Bundes					
Bundesarchiv	9	40 305	657	15.-21.	331 327
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	4 715	27	19.-21.	26 770
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ..	1	9 594	87	12.-21.	38 000
Zusammen	11	54 614	771	12.-21.	396 097
Archive der Länder					
Baden-Württemberg	7	12 954	184	9.-21.	147 339
Bayern	9	26 032	214	8.-21.	243 443
Berlin	1	13 445	67	13.-21.	49 300
Brandenburg	3	3 241	76	12.-21.	50 360
Bremen	1	6 720	21	12.-21.	12 600
Hamburg	1	8 779	58	12.-21.	38 825
Hessen	3	8 699	100	8.-21.	156 156
Mecklenburg-Vorpommern	2	2 940	37	12.-21.	33 170
Niedersachsen	7	14 760	163	9.-21.	96 798
Nordrhein-Westfalen	8	12 100	184	7.-21.	162 205
Rheinland-Pfalz	2	3 565	102	9.-21.	72 186
Saarland	1	1 197	12	12.-21.	14 870
Sachsen	6	15 624	109	10.-21.	103 485
Sachsen-Anhalt	4	4 578	75	10.-21.	48 892
Schleswig-Holstein	1	2 375	35	11.-21.	39 490
Thüringen	6	7 573	87	8.-21.	61 977
Zusammen	62	144 582	1 524	7.-21.	1 331 096

Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Quelle: Bundesarchiv

Musikschülerinnen und Musikschüler 2013

je 1 000 Einwohner/-innen



2014 - 01 - 0229

7.1 Kulturstätten

7.1.8 Musikschulen nach Trägerschaft und Finanzierung 2013

	Musikschulen				Finanzierung erfolgt durch			Ausgaben	
	insgesamt	davon in Trägerschaft			Unterrichts- gebühren	öffentliche Mittel	sonstige Einnahmen	insgesamt	darunter Personalkosten
		Kommune	eingetragener Verein	sonstige					
Anzahl	%				1 000 EUR			%	
Deutschland	929	63,9	34,0	2,0	428 704	443 808	26 078	918 702	89,6
Baden-Württemberg	218	61,5	37,2	1,4	105 020	92 959	4 752	203 472	90,5
Bayern	213	64,8	34,3	0,9	61 282	73 463	4 132	139 344	90,8
Berlin	12	100	0,0	0,0	18 373	16 031	246	33 725	95,5
Brandenburg	26	80,8	11,5	7,7	11 588	17 385	332	29 928	88,8
Bremen	2	100	0,0	0,0	1 231	2 145	63	3 352	81,5
Hamburg	2	50,0	50,0	0,0	3 721	7 781	38	11 540	92,1
Hessen	64	17,2	81,3	1,6	35 493	18 250	2 098	56 943	87,1
Mecklenburg-Vorpommern	19	78,9	21,1	0,0	6 751	12 919	347	20 102	85,0
Niedersachsen	74	44,6	52,7	2,7	36 138	32 390	2 291	71 780	89,5
Nordrhein-Westfalen	159	79,9	19,5	0,6	85 478	90 055	6 075	194 801	90,0
Rheinland-Pfalz	42	73,8	21,4	4,8	18 035	17 562	1 772	38 053	94,0
Saarland	7	71,4	28,6	0,0	2 574	2 416	117	5 135	91,0
Sachsen	24	62,5	33,3	4,2	16 100	25 004	2 270	44 082	82,2
Sachsen-Anhalt	21	95,2	4,8	0,0	5 882	15 829	309	22 044	85,9
Schleswig-Holstein	21	19,0	57,1	23,8	13 116	6 024	823	20 512	85,4
Thüringen	25	100	0,0	0,0	7 921	13 593	412	23 889	88,2

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7.1.9 Lehrende und Lernende in Musikschulen 2013

	Lehrkräfte ¹⁾	Schüler/ -innen	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
			insgesamt	unter 6	6 – 10	10 – 15	15 – 19
	Anzahl	%					
Deutschland	37 902	1 025 180	17,7	30,6	30,4	11,5	9,8
Baden-Württemberg	7 683	204 998	19,6	28,5	33,2	12,9	5,8
Bayern	4 864	140 755	16,4	31,6	31,5	11,3	9,2
Berlin	2 242	52 401	22,9	23,2	21,9	9,9	22,1
Brandenburg	1 374	34 968	20,9	23,7	29,3	14,9	11,2
Bremen	172	2 923	10,2	21,5	40,0	13,5	14,8
Hamburg	427	8 178	16,4	28,9	35,2	13,8	5,7
Hessen	2 732	72 316	18,3	27,6	29,9	11,3	12,9
Mecklenburg-Vorpommern	835	18 791	17,6	24,7	32,4	12,9	12,4
Niedersachsen	2 928	96 764	20,4	30,8	29,7	9,8	9,3
Nordrhein-Westfalen	7 541	228 694	13,8	39,5	27,6	9,8	9,3
Rheinland-Pfalz	1 756	41 668	19,7	24,2	32,1	12,9	11,1
Saarland	263	6 472	12,4	34,0	29,5	13,4	10,7
Sachsen	2 138	47 649	19,3	26,4	34,6	12,4	7,3
Sachsen-Anhalt	877	19 908	16,5	25,7	33,0	13,0	11,8
Schleswig-Holstein	1 083	26 252	16,2	23,7	30,6	13,2	16,3
Thüringen	987	22 443	15,8	26,4	34,5	12,8	10,5

1 Haupt- und nebenberuflich Beschäftigte.

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.1 Kulturstätten

7.1.10 Deutscher Chorverband 2013/14

	Chöre		Mitglieder	
	insgesamt		darunter Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre	
	Anzahl			%
Insgesamt	22 600	1 431 590	174 102	12,2
darunter:				
Badischer Chorverband	2 173	205 647	19 098	9,3
Chorverband Niedersachsen-Bremen ..	1 625	82 471	16 163	19,6
Chorverband Rheinland-Pfalz	1 741	123 363	14 789	12,0
Fränkischer Sängerbund	1 817	117 263	10 691	9,1
Hessischer Sängerbund	2 278	163 329	12 186	7,5
Chorverband Nordrhein-Westfalen ...	3 106	192 841	26 910	14,0
Mitteldeutscher Sängerbund	694	36 273	2 917	8,0
Schwäbischer Chorverband	3 127	190 299	25 404	13,3

Quelle: Deutscher Chorverband e.V.

7.1.11 Versicherte in der Künstlersozialkasse

	Anzahl der Versicherten				
	insgesamt	in den Kunstbereichen			
		Wort	Bildende Kunst	Musik	Darstellende Kunst
2010 ...	168 883	41 830	59 507	46 129	21 417
2011 ...	173 284	42 599	60 767	47 613	22 305
2012 ...	177 219	43 222	62 001	48 856	23 140
2013 ...	177 143	43 076	61 884	49 011	23 172

Quelle: Künstlersozialkasse

Die **Künstlersozialkasse** führt das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) durch, das 1983 in Kraft trat. Dieses bietet selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten sozialen Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Naturstätten 2013

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Integrität	Charakteristika	Beschreibung
Grube Messel	1995	Eine der weltweit ergiebigsten Fossilienlagerstätten	Fundstelle dokumentiert die Entwicklungsgeschichte der Erde vor 49 Millionen Jahren	Aufnahme durch die UNESCO in die Welterbeliste als erstes deutsches Naturdenkmal
Deutsches Wattenmeer	2009	Das Wattenmeer bietet Lebensraum für ca. 10 000 Tiere, Pflanzen und Kleinstlebewesen auf der weltweit größten zusammenhängenden Sand- und Schlickfläche	Das Wattenmeer entstand vor ca. 7 500 Jahren. Es ist mit rund 10 000 Quadratkilometern eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde	Das Wattenmeer wurde als grenzüberschreitende Weltnaturerbestätte in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Es umfasst Gebiete der Niederlande und Deutschlands: deutsche Nordseeküste (die Wattenmeer-Nationalparks Niedersachsen, Schleswig-Holsteins und Hamburgs (Erweiterung 2011)) sowie das niederländische Wattenmeer-Schutzgebiet
Alte Buchenwälder Deutschlands	2011	Wertvollste verbliebene Reste naturnaher Tiefland-Buchenwälder	Die fünf deutschen Buchenwaldgebiete wurden als serielle Erweiterung der Naturerbestätte „Buchenurwälder der Karpaten“ in die Welterbeliste aufgenommen. Sie repräsentieren die unterschiedlichen Formen, Standorte und biogeografische Geschichte der Buchenwälder in den gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel	Grumsiner Forst (Brandenburg), Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen), Nationalpark Jasmund und Serrahner Buchenwald im Müritzer-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern), Nationalpark Hainich (Thüringen)

Stand: März 2013.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1 Kulturstätten

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten 2013

In Deutschland werden 38 Denkmäler auf der **Welterbeliste der UNESCO** geführt. Sie stehen damit unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die 1972 von der UNESCO verabschiedete Konvention ist das international bedeutendste Instrument, um Kultur- und Naturstätten zu erhalten, die einen „außergewöhnlichen universellen Wert“ besitzen. Denkmäler werden nur dann in die Liste des Welterbes aufgenommen, wenn sie die in der Konvention festgelegten Kriterien der **Einzigartigkeit** und der **Authentizität** (bei Kulturstätten) bzw. der **Integrität** (bei Naturstätten) erfüllen und wenn ein überzeugender **Erhaltungsplan** vorliegt. Weitere Informationen finden Sie unter www.unesco.de

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Dom zu Aachen	1978	Sakrale Kulturschätze aus spätantiker, karolingischer, ottonischer und staufischer Zeit	Kaiser Karl der Große	790 bis 800	Klassische Antike, Gotik, byzantinische Architektur
Dom zu Speyer	1981	Dom als Hauptwerk romanischer Baukunst in Deutschland	Kaiser Konrad II., Heinrich IV.	1025 bis 1106	Romanische Architektur
Residenz Würzburg	1981	Deckenbild, Wandgemälde, Spiegelkabinett	L. von Hildebrandt, Robert de Cotte, G. Boffrand, B. Neumann, G.B. Tiepolo	1740 bis 1780	Synthese des europäischen Barock, Raumkunstwerk des Rokoko
Wieskirche	1983	Stuckverzierungen, Deckengemälde	D. Zimmermann, J.B. Zimmermann	1745 bis 1754	Bayerisches Rokoko
Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl	1984	Ornamente, Treppe	K. Schlaun, F. Cuvilliers, B. Neumann	1725 bis 1728	Rokoko, herausragende Schlossbaukunst
Dom und St. Michael zu Hildesheim	1985	Historische Ausstattungsstücke, Stuckreliefs	Bischof Bernward von Hildesheim	1010 bis 1022	Religiöse, mittelalterliche Kunst, ottonische u. romanische Kunst
Römerbauten, Dom und Liebfrauenkirche in Trier	1986	Aula Palatina, Kaiserthermen, Porta Nigra	Kaiser Augustus	16 v. Chr. bis ca. 380 n. Chr.	Römerbauten, christliche Nachfolgebauten
Altstadt von Lübeck	1987	Rathaus, Burgkloster, Koberg, Holstentor, Salzspeicher	Heinrich der Löwe	1143 bis 1159	Stadtarchitektur/hochgotische Strukturen des Stadtkerns aus dem 13. Jh.
Schlösser und Parks von Potsdam-Sanssouci	1990, 1999	Bildgalerie, Orangerie, Schloss Charlottenhof, romantische Parks, Schloss Cäcilienhof, russische Kolonie Alexandrowska	Georg Wenzelslaus von Knobelsdorff, Karl-Friedrich Schinkel	1730 bis 1916	Rokokostil, Klassizismus sowie Synthese der Kunstrichtungen des 18. Jh.
Kloster Lorsch	1991	Begräbnisplatz der ostkarolingischen Könige	Gaugraf Cancor	751 bis 768	Vorromanische, karolingische Baukunst
Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar	1992	47 Kirchen und Kapellen, Gildehäuser, historisches Rathaus, Bürgerhäuser mit kunstvoll beschnitztem Fachwerk	Kaiser Heinrich II.	10. Jh. bis 1988	Altstadtkern im romanischen Stil
Altstadt von Bamberg	1993	Domstift, Stadtensemble, u. a. »klein Venedig«, 1 000 Häuser stehen unter Denkmalschutz	Kaiser Heinrich II.	11. bis 18. Jh.	Mittelalterliche Kirchen, barocke Bürgerhäuser
Kloster Maulbronn	1993	Aufwendigster Speisesaal des 13. Jh., Brunnenhaus als Glanzstück der Maulbronner Klosterarchitektur	Zisterzienserorden	1147 gegründet	Oberrheinische Spätromanik, frühgotische Baukunst, Spätgotik
Quedlinburger Altstadt	1994	Stiftskirche Servatii, Fachwerkbau „Alte Klopstock“	Sachsenherzog Heinrich	10. Jh., 1330 verschmolzen Alt- und Neustadt	Romanik, Fachwerkhäuser aus sechs Jahrhunderten, Jugendstilbauten
Völklinger Eisenhütte	1994	Einzigartige industrielle Anlagen zur Veranschaulichung der Roheisenproduktion	Ingenieur Julius Buch	1873	Industrieanlagen aus dem 19. und 20. Jh.
Kölner Dom	1996	Reliquienschrein für Gebeine der Heiligen Drei Könige, Flügelaltäre, ottonisches Gerokreuz	Stephan Lochner schuf Altar der Stadtpatrone	1248 – 1880 einst das größte Gebäude der Welt	Gotische und neogotische Baukunst, Originalbaupläne blieben unverändert
Bauhausstätten in Weimar und Dessau	1996	Haus am Horn in Weimar, Dessauer Bauhaus, Meisterhäuser in Dessau	Walter Gropius, Hannes Meyer, Lazlo Moholy-Nagy, Wassily Kandinsky, Georg Muches	1919 – 1933	Weimarer Bauhaus-Architektur
Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg	1996	Geburts- und Sterbehäuser von Luther, Gedenkstätte als ältestes Geschichtsmuseum im deutschsprachigen Raum	Martin Luther, Philipp Melanchthon	16. Jh.	Spätgotik, Barock
Klassisches Weimar	1998	Goethes und Schillers Wohnhaus, Stadtschloss, Herzogin Anna Amalia Bibliothek	Herzog Karl August, Johann Wolfgang von Goethe	18. – 19. Jh.	Weimarer Klassik
Wartburg	1999	Lutherstube, Bergfried, romanischer Palas, Dürerschrank, Werke von L. Cranach d. Ä.	Graf Ludwig der Springer, Geschlecht der Ludowinger	11. Jh.	Romanik, Gotik, Renaissance und Historismus

7.1 Kulturstätten

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten 2013

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Museumsinsel in Berlin	1999	Pergamon-Museum, Altes und Neues Museum, Bode-Museum, Kunst von Antike bis 19. Jh.	König Friedrich Wilhelm III., König Friedrich Wilhelm IV., Karl Friedrich Schinkel, Friedrich August Stüler	1810 – 1930	Neu-Klassizismus, Renaissance, Barock
Gartenreich Dessau-Wörlitz	2000	Venustempel, Pantheon, Werke von Rubens, van Dyck, Gemälde der Dürerzeit, Werke von Lucas Cranach	Fürst Leopold III., Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Friedrich W. von Erdmannsdorff	1765 – 1800	Klassizismus, Rokoko, Neugotik
Klosterinsel Reichenau	2000	Marienmünster, ottonische Wandmalereien, Handschriften aus 9. – 11. Jh., 40 Codices der Reichenauer Malerschule	Bischof Pirmin, Abt Heito I.	724 – 11. Jh.	Frühmittelalterliche Architektur, Romanik
Industrielle Kulturlandschaft Zollverein in Essen	2001	Bergwerk über Jahrzehnte größte und modernste Steinkohleförderanlage der Welt	Architekten Fritz Schupp, Martin Kremmer	1847	Bauhausstil, Industriekomplex
Altstädte von Stralsund und Wismar	2002	Stralsund: gotisches Rathaus, mächtige Kirchbauten, Katherinenkloster; Wismar: klassizistisches Rathaus, typische Handelshäuser (»Alter Schwede«, »Dielenhaus«)	–	14. Jh.	Hansestädte aus der Blütezeit des Städtebundes mit mittelalterlichen Stadtkernen und zum Teil einzigartigen Sakralbauten
Oberes Mittelrheintal	2002	Enges Flusstal zwischen Bingen, Rudesheim und Koblenz, über dem bei St. Goarshausen die Loreley thront, im Wechselspiel von Natur und Mensch geformte Kulturlandschaft mit Weinterrassen und Burgen	–	–	Seit zwei Jahrtausenden einer der wichtigsten Verkehrswege für den kulturellen Austausch zwischen Mittelmeerregion und dem Norden Europas, Kulturlandschaft von großer Vielfalt und Schönheit
Rathaus und Rolandstatue in Bremen	2004	Rathaus als Saalgeschossbau und Fassade gehört zur eindrucksvollsten Schöpfung deutscher Renaissance, Rolandstatue ist die älteste noch am Platz erhaltene Statue in Deutschland	Lüder von Bentheim, Vredemann de Vries	15. – 17. Jh.	Gotik und Weser-Renaissance
Muskauer Park (Park Muzakowski)	2004	Das gemeinsame polnisch-deutsche Kulturerbe umfasst Schloss-, Bade- und Bergpark, Arboretum und Braunsdorfer Felder	Fürst Hermann von Pückler-Muskau	1815 – 1844	Durch Mittel der „Naturmalerei“ beeinflusste Landschaftsarchitektur
Obergermanisch-rätischer Limes	2005	Überreste antiker Grenzanlagen, u. a. Kastell Saalburg, Wachtürme, Erdwall, Graben und Holzpalisaden etc.	Römisches Imperium schuf in Süd- und Südwestdeutschland eine 550 km lange Militärgrenze von der Donau bis zum Rhein	100 – 160 n. Chr.	Römische Bauten und Grenzanlagen als technisches Bauwerk von z. T. hoher Ingenieurkunst
Altstadt von Regensburg mit Stadttamhof	2006	Patrizierhäuser, Geschlechtertürme, Dom, alte Steinbrücke, Minoriten- und Dominikanerkirche, größtes Ensemble und am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland	Patrizierfamilien	11. – 14. Jh.	Französische Kathedralgotik, mittelalterliche Glasmalerei, überragende Ingenieurleistung mit der steinernen Brücke über die Donau
Sechs Wohnsiedlungen der Berliner Moderne aus dem frühen 20. Jh.	2008	Gartenstadt Falkenberg (Treptow), Schillerpark-Siedlung (Wedding), Großsiedlung Britz (Neukölln), Wohnstadt Carl Legien (Prenzlauer Berg), Weiße Stadt (Reinickendorf), Großsiedlung Siemensstadt (Charlottenburg und Spandau)	Bruno Taut, Ludwig Lesser, Leberecht Migge und andere	1914 – 1934	Wendepunkt im Städtebau nach dem ersten Weltkrieg. Ästhetische Vorstellungen von Avantgarde aus Kunst und Kultur verbunden mit sozialen Ideen
Fagus-Werk in Alfeld	2011	Fabrikanlage, gilt als Ursprungswerk der modernen Industriearchitektur	Architekten Walter Gropius, Adolf Meyer; Peter Neufert (Erweiterung)	1911 – 1925, Erweiterung 1938	Moderne
Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen	2011	Grenzüberschreitendes archäologisches Erbe von 111 Pfahlbaufundstellen in sechs Alpenländern, davon 18 Fundstellen in Baden-Württemberg und Bayern, bedeutendste Funde sind älteste Textilien und Radfunde Europas aus der Zeit um 3000 v. Chr.	–	ab ca. 5000 v. Chr.	Erkenntnisse zu Handel und Mobilität in Siedelgemeinschaften der Jungsteinzeit wie der Metallzeiten
Markgräfliches Opernhaus Bayreuth	2012	Einzigartiges Monument der europäischen Fest- und Musikkultur des Barock	Theaterarchitekt Giuseppe Galli Bibiena	1746 – 1750	Barocke Theaterkultur
Bergpark Wilhelmshöhe	2013	Größter Bergpark Europas, u. a. mit Herkules, Wasserspielen, Schloss Wilhelmshöhe und seinen Sammlungen, Löwenburg	Landgrafen und Kurfürsten von Hessen-Kassel, Baumeister: v. a. Giovanni Francesco Guarniero	von 1696 bis ins 19. Jh.	Barockes Gesamtkunstwerk der Gartenarchitektur, Kunst- und Technikgeschichte, einzigartiges Beispiel für die Landschaftsarchitektur des Europäischen Absolutismus

Stand: Juni 2013.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1 Kulturstätten
7.1.14 Goethe-Institut 2013

Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

	Institute und Verbindungsbüros	Personal ¹	Kulturelle Programme	Programm zur Bildungskooperation Deutsch	Deutschkurse		
					insgesamt	Teilnehmende	Prüfungen ²
Insgesamt	162	2 237	5 478	2 712	24 400	266 265	245 955
Mitteleuropa	9	161	318	297	1 114	11 338	6 554
Nordafrika/Nahost	17	195	407	146	1 883	23 037	16 100
Nordamerika	11	102	517	151	1 005	8 928	4 263
Nordwesteuropa	9	94	379	196	729	6 662	3 700
Ostasien (mit China)	12	142	342	150	1 474	19 977	14 270
Osteuropa/Zentralasien	8	194	590	413	1 688	21 509	19 637
Region Deutschland	13	242	–	–	6 376	45 780	25 206
Subsahara-Afrika	13	148	481	129	637	11 468	12 126
Südamerika	13	224	445	142	2 210	24 431	6 997
Südostasien	11	142	371	177	996	19 554	40 498
Südostasien/Australien/Neuseeland ..	12	142	408	204	2 266	28 479	13 055
Südosteuropa	12	193	394	364	1 688	19 774	56 513
Südwesteuropa	22	258	826	343	2 334	25 328	27 036

1 in Beschäftigungsumfängen (ohne Zentrale).

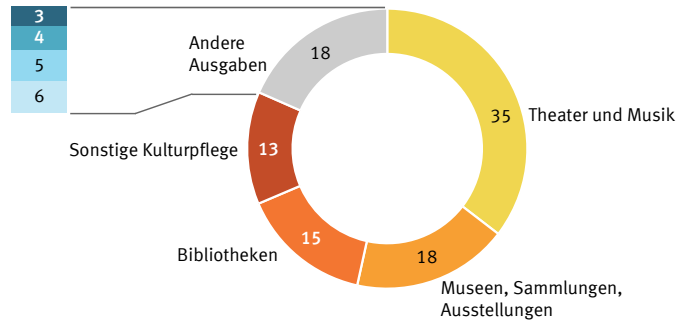
2 Teilnehmende der Sprachkurse und Prüfungen lassen sich nicht direkt aufeinander beziehen, da hier nicht einzelne Standorte, sondern Regionen verglichen werden. Prüfungen können auch abgelegt werden, ohne einen Sprachkurs beim Goethe-Institut zu besuchen. Z.B. können auch in der Schweiz, wo das Goethe-Institut keine Kurse anbietet, Prüfungen des Goethe-Instituts abgelegt werden (hier zur Region Deutschland gezählt). Gleichzeitig muss nicht jeder Kurs mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

Quelle: Goethe-Institut e.V.

Öffentliche Ausgaben für Kultur 2009

Grundmittel, in %

- 3 Kulturverwaltung
- 4 Kulturelle Angelegenheiten im Ausland
- 5 Kunsthochschulen
- 6 Denkmalschutz und -pflege



2014 - 01 - 0230

7.2 Kulturausgaben

7.2.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur nach Kulturbereichen, Körperschaften und Ländern 2009

Die Kulturausgaben werden nach dem **Grundmittelkonzept** berechnet. Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich.

	Kulturausgaben									
	je Einwohner/-in	insgesamt	davon für die Bereiche							
			Theater und Musik	Bibliotheken	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	Denkmal-schutz und Denkmal-pflege	Kulturelle An-gelegenheiten im Ausland	Kunsthoch-schulen	Sonstige Kulturpflege	Kultur-verwaltung
EUR	Mill. EUR	%								
Deutschland	111,48	9 127,3	35,4	15,1	18,0	5,5	4,1	5,4	13,0	3,4
nach Körperschaftsgruppen										
Bund	14,96	1 224,7	1,3	25,6	20,6	5,2	30,5	0,1	16,8	0,0
Länder	47,02	3 849,8	37,4	9,9	16,1	8,0	0,0	12,7	12,3	3,6
Gemeinden und Zweckverbände	49,50	4 052,8	44,0	16,9	19,1	3,3	-	-	12,5	4,3
nach Ländern (einschl. Gemeinden/Zweckverbänden)										
Baden-Württemberg	97,33	1 046,0	42,0	13,7	18,8	3,7	0,3	5,7	12,6	3,2
Bayern	95,51	1 194,3	38,7	14,4	20,5	5,5	0,0	5,7	8,5	6,7
Berlin	175,86	604,0	48,6	10,0	14,4	5,5	-1,0	12,1	9,2	1,1
Brandenburg ¹⁾	87,18	219,4	18,3	12,5	8,8	12,3	0,0	4,6	39,3	4,2
Bremen	147,44	97,4	49,0	11,5	17,4	0,2	0,0	12,9	9,2	-0,3
Hamburg	169,28	301,0	57,6	11,2	15,4	1,5	0,0	7,5	5,1	1,6
Hessen	97,02	588,2	38,7	13,9	15,2	2,4	0,0	3,2	16,6	10,1
Mecklenburg-Vorpommern	89,01	147,5	46,5	10,5	16,6	1,7	0,4	3,2	9,8	11,3
Niedersachsen	61,47	488,0	40,4	19,1	15,6	2,8	0,1	6,4	12,6	3,0
Nordrhein-Westfalen	81,61	1 460,5	42,8	14,1	18,2	5,3	0,0	6,5	13,1	0,2
Rheinland-Pfalz	60,61	243,6	35,8	17,8	21,4	11,9	0,0	-	12,4	0,7
Saarland	73,66	75,6	4,3	9,4	50,2	1,7	0,2	10,4	17,1	6,7
Sachsen	169,08	706,5	35,3	12,1	15,4	10,0	0,0	7,1	16,1	4,0
Sachsen-Anhalt	116,45	275,8	42,7	9,2	18,3	9,9	0,0	4,5	12,0	3,4
Schleswig-Holstein	61,75	174,8	42,5	19,8	15,8	3,8	0,9	6,5	10,1	0,7
Thüringen	124,13	280,2	40,9	9,0	17,8	11,1	0,0	3,7	3,0	14,5

1 Im Landeshaushalt Brandenburg werden unter „Sonstiger Kulturpflege“ auch Ausgaben der anderen Kultursparten veranschlagt.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht

7.2.2 Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

	2004	2006	2007	2009 ¹⁾	2010	2011	2012
EUR je Haushalt und Monat							
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	228	233	229	231	236	244	245
darunter:							
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	6	8	7	8	10	9	8
Foto-, Filmausrüstung und optische Geräte	4	3	3	3	3	3	3
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	13	13	14	14	15	12	11
Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	8	8	7	7	7	7	7
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	51	53	52	53	54	56	58
darunter:							
Besuch von Theater-, Musik-, Film-, Zirkus- u. ä. Veranstaltungen ...	8	8	8	8	8	9	9
Besuch von Museen, zoologischen und botanischen Gärten u. ä. ...	2	2	2	2	3	3	3
Bücher	12	13	12	12	11	12	12
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	22	22	21	21	22	22
%							
Anteil der privaten Konsumausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den gesamten privaten Konsumausgaben	11,5	11,1	11,1	10,7	10,9	10,8	10,6

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 2008 fand keine LWR-Erhebung statt.

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.3 Mediennutzung

Weitere Informationen zu IKT in Unternehmen siehe Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“

7.3.1 Ausstattung privater Haushalte mit Computer und Internetzugang 2013

	Haushalte	Haushalte mit Computer	Haushalte mit Internetzugang	Haushalte mit Breitbandanschluss (z.B. DSL)
	1 000	%		
Deutschland	40 111	83	82	78
Früheres Bundesgebiet ¹	31 511	84	83	80
Neue Länder einschl. Berlin	8 600	80	78	75
Haushalte mit ... und ohne Kind				
1 Person	16 106	71	70	65
2 Personen	13 236	84	82	79
3 und mehr Personen	3 550	99	99	98
Haushalte mit ... und mindestens einem Kind²				
1 Person	1 032	97	97	95
2 Personen	4 882	99	99	97
3 und mehr Personen	1 305	100	100	98
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR				
unter 1 300	10 560	68	67	62
1 300 – 2 000	9 668	76	75	72
2 000 – 3 200	10 668	90	89	86
3 200 und mehr	9 215	98	97	96

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Kind/er unter 16 Jahren.

Haushalte mit **Breitbandanschluss** nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

7.3.2 Private Internetnutzung von Personen

	2008	2010	2011	2012	2013
	%				
Insgesamt	71	75	76	80	81
Männlich	76	80	81	84	86
10 bis 15 Jahre	93	95	95	97	98
16 bis 24 Jahre	97	98	98	98	99
25 bis 44 Jahre	92	95	96	98	98
45 bis 64 Jahre	75	80	82	87	88
65 und mehr	32	42	43	47	52
Weiblich	66	71	72	76	77
10 bis 15 Jahre	93	96	96	97	98
16 bis 24 Jahre	96	98	99	99	99
25 bis 44 Jahre	90	95	96	98	98
45 bis 64 Jahre	67	71	75	82	84
65 und mehr	14	23	22	26	32
nach sozialer Stellung					
Erwerbstätige ¹	88	91	93	95	95
Arbeitslose	66	76	75	81	85
Schüler/-innen und Studierende	99	99	99	100	99
Rentner/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	35	42	42	47	51

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die im jeweiligen Jahr das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.

2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

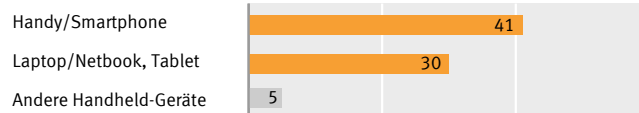
Internetnutzung ausserhalb des Hauses bzw. Arbeitsplatzes (mobile Internetnutzung) 2013

in %

Internetnutzung



Verwendete Geräte



2014 - 01 - 0231

7.3 Mediennutzung

7.3.3 Häufigkeit der Internetnutzung und Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2013

	Personen 1 000	Internetaktivitäten zu privaten Zwecken in den letzten drei Monaten						
		Senden oder Empfangen von E-Mails	Mitteilungen in soziale Netzwerke, Foren, Blogs oder Charträumen einstellen	Telefonieren/ Videotelefonate	Suche nach Informationen über Waren und Dienstleistungen	Nutzung von Reisedienstleistungen	Verkauf von Waren und Dienstleistungen	Online-Banking
Insgesamt	58 389	91	50	28	89	62	30	52
Männlich	30 173	91	49	31	90	61	33	54
10 bis 15 Jahre	2 279	65	60	40	59	10	(7)	/
16 bis 24 Jahre	4 091	93	90	49	88	47	26	39
25 bis 44 Jahre	10 209	95	59	32	95	67	44	73
45 bis 64 Jahre	10 044	90	31	23	92	68	34	55
65 und mehr	3 549	91	19	22	89	75	21	47
Weiblich	28 216	92	52	25	89	63	28	49
10 bis 15 Jahre	2 162	74	65	33	56	16	(6)	/
16 bis 24 Jahre	3 879	95	92	39	89	56	21	38
25 bis 44 Jahre	9 972	96	61	25	95	71	42	69
45 bis 64 Jahre	9 571	90	31	20	91	67	25	48
65 und mehr	2 632	89	20	20	82	63	16	35
nach sozialer Stellung								
Erwerbstätige ¹	36 426	94	50	27	94	69	36	62
Arbeitslose	2 360	86	59	22	87	46	32	45
Schüler/-innen und Studierende	4 290	96	91	51	87	54	24	38
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	10 872	90	30	22	88	64	25	45

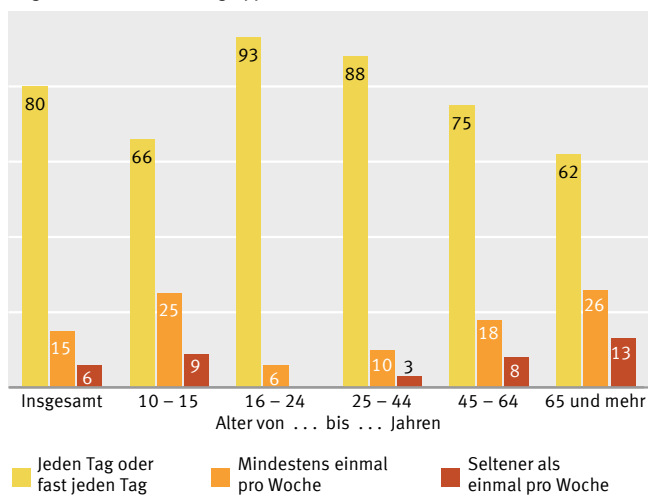
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

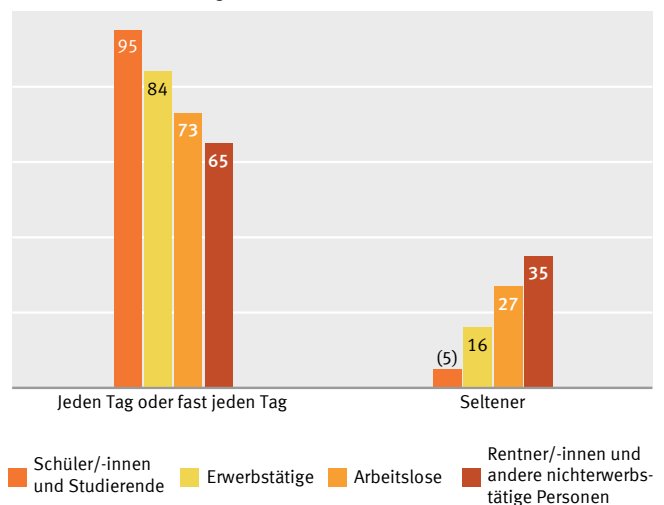
Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2013

in %

Insgesamt und nach Altersgruppen



Nach der sozialen Stellung



2014 - 01-0232

7.3 Mediennutzung

7.3.4 Private Einkäufe und Bestellungen über das Internet 2013

	Personen 1 000	Art der Waren und Dienstleistungen, die für den privaten Gebrauch in den letzten zwölf Monaten gekauft/bestellt wurden									
		Private Ge- brauchsgüter (z. B. Möbel, Spielzeug)	Filme, Musik	Bücher (auch elek- tronische), Zeitungen, Zeitschriften	Computer und Zubehör	Kleidung, Sportartikel	Elektronikar- tikel (einschl. Kameras)	Aktien, Versi- cherungen	Urlaubsunter- künfte (z. B. Zimmerreser- vierung in Hotels)	Andere Dienstleis- tungen für Urlaubsrei- sen (z. B. Fahrkarten)	Arzneimittel
	%										
Insgesamt	44 947	50	40	51	25	65	35	11	46	33	28
10 bis 15 Jahre	1 485	31	50	30	15	51	24	/	/	/	/
16 bis 24 Jahre	6 253	32	47	39	24	70	33	(4)	27	24	8
25 bis 44 Jahre	18 224	63	49	56	27	74	41	14	50	37	30
45 bis 64 Jahre	15 211	48	31	52	23	58	33	11	53	35	34
65 und älter	3 773	36	16	47	24	46	28	12	51	35	38
nach sozialer Stellung											
Erwerbstätige ¹	31 198	54	43	53	26	68	38	12	52	36	29
Arbeitslose	1 635	43	36	40	26	54	30	/	19	17	25
Schüler/-innen und Studierende	3 239	32	48	52	27	68	33	(5)	29	31	9
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	7 390	46	24	48	21	56	29	10	45	30	39

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen Wehrdienst oder Bundesfreiwilligendienst.
- 2 Hausfrau/-mann, Personen in Elternzeit, dauerhaft erwerbsunfähige Personen, sonstige nicht-erwerbstätige Personen.

7.3.5 Leinwände und Filmbesuche

Alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen **Filmwirtschaft** werden durch die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft erfasst und ausgewertet. Die Ergebnisse werden im Filmstatistischen Jahrbuch veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.spio.de und zur Filmförderungsanstalt (FFA) unter www.ffa.de

	Einheit	2011	2012	2013
Leinwände	Anzahl	4 640	4 617	4 610
Sitzplätze	Anzahl	791 983	787 064	781 146
Filmbesuche insgesamt	Mill.	129,6	135,1	129,7
Filmbesuche je Einwohner/-in	Anzahl	1,58	1,65	1,61
Durchschnittlicher Eintrittspreis	EUR	7,39	7,65	7,89
Bruttoeinnahmen	Mill. EUR	958,1	1 033,0	1 023,0
Filmabgabe	Mill. EUR	22,5	24,4	25,1
Nettoeinnahmen (einschl. Mehrwertsteuer)	Mill. EUR	935,6	1 008,6	997,9

Quelle: Filmförderungsanstalt

7.3.6 Filmproduktion

	2011	2012	2013
Spielfilme ¹ insgesamt	123	154	154
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	28	28	29
wertvoll	17	12	14
Dokumentarfilme	83	87	82
Deutsche Kurzfilme ² insgesamt	157	132	119
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	55	57	55
wertvoll	48	37	36
Deutsche Werbefilme ³	551	492	686

- 1 Abendfüllende Filme, einschl. deutsch/ausländischer Koproduktionen sowie Kinder- und Jugendfilme.
- 2 Kultur-, Dokumentar-, Spiel- und Wirtschaftsfilme, die der Filmbewertungsstelle Wiesbaden vorgelegt wurden.
- 3 Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) geprüfte Filme.

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.

7.3 Mediennutzung

7.3.7 ARD und Landesrundfunkanstalten nach Ressorts 2013

	BR	HR	MDR	NDR/RB	RBB	SR/SWR	WDR	ARD
	Sendezeit in %							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Politik und Gesellschaft ..	18,4	22,8	30,2	51,0	36,4	35,4	55,6	36,7
Kultur und Wissenschaft ..	15,9	8,9	13,2	14,3	9,9	16,7	7,6	12,4
Religion	2,1	0,8	1,0	0,2	1,0	0,5	0,5	0,8
Sport	5,2	1,7	2,4	1,7	1,6	3,0	1,1	2,4
Fernsehspiel	13,2	4,5	10,0	4,5	11,5	3,5	5,7	7,3
Spielfilme	9,1	8,2	13,1	4,9	7,4	5,3	3,5	7,1
Unterhaltung	6,2	22,9	10,6	12,4	9,7	15,9	11,0	12,7
Musik	1,1	0,0	0,3	0,5	0,3	1,1	1,5	0,7
Familie	16,9	15,9	15,2	8,3	13,6	12,1	4,6	12,0
Bildung und Beratung	11,9	12,6	0,5	0,1	3,5	2,7	7,6	5,4
Spot/Überleitung	0,0	1,9	3,5	2,2	5,0	3,8	1,2	2,5

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.8 ZDF nach Sendeformaten 2013

	Sendezeit in %	Weitere Informationen finden Sie unter www.zdf.de
Insgesamt	100	
Information	42,8	
Fiction (ohne Kinderprogramm)	33,2	
Unterhaltung	8,8	
Sport	5,1	
Kinderprogramm	5,6	
Präsentation	2,2	
Werbung	1,2	
Übertragungen	0,5	
Konzert- und Bühnendarbietung	0,3	
Sonstiges	0,3	

Quelle: Zweites Deutsches Fernsehen

7.3.9 Marktanteile der Fernsehsender 2013

	%	Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de
RTL	13,0	
ARD Dritte ¹	12,8	
ARD Das Erste	12,1	
ZDF	11,3	
SAT 1	8,2	
Pro Sieben	5,7	
VOX	5,6	
kabel eins	4,0	
RTL II	4,2	
SUPER RTL	1,9	
KiKa	1,2	
Phoenix	1,1	
3SAT	1,1	
n-tv	1,0	
arte	0,9	
ZDFneo	0,9	
sixx	0,7	
ZDFinfo	0,6	
TV Rest	13,7	

Marktanteile im Tagesdurchschnitt.

1 Weitere 37 Sender.

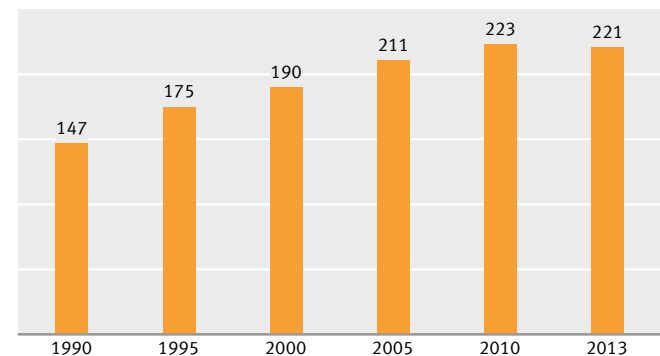
Quelle: AGF in Zusammenarbeit mit GfK, TV Scope

7.3.10 Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer nach Altersgruppe

	Zuschauer/-innen			Davon im Alter von ... bis ...
	insgesamt	3 – 13 Jahre	14 – 49 Jahre	
	Minuten			
1995 ...	175	95	156	225
1997 ...	183	95	164	236
1998 ...	188	99	166	245
1999 ...	185	97	164	241
2000 ...	190	97	169	247
2001 ...	192	98	170	250
2002 ...	201	97	177	263
2003 ...	203	94	182	262
2004 ...	210	93	185	274
2005 ...	211	91	185	277
2006 ...	212	90	184	278
2007 ...	208	87	178	275
2008 ...	207	86	178	273
2009 ...	212	88	182	279
2010 ...	223	93	192	290
2011 ...	225	93	192	293
2012 ...	222	90	187	291
2013 ...	221	89	182	291

Quelle: AGF in Zusammenarbeit mit GfK, TV Scope, ab 2001 Fernsehpanel D+EU

Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer in Minuten



Quelle: AgF/GfK-Fernsehforschung

2014 - 01 - 0233

7.3 Mediennutzung

7.3.11 Landesrundfunkanstalten 2013

Jede der Landesrundfunkanstalten bietet in ihrem Sendegebiet mehrere Hörfunkprogramme an. Weitere Informationen finden Sie unter www.ard.de

	Insgesamt	Musiksendungen				Wortsendungen				Werbefunk
		zusammen	Rock-/Popmusik	Unterhaltungsmusik	Klassik	zusammen	Information und Service	Kultur und Bildung	Unterhaltung	
	Stunden	%	% der Musiksendungen		%	% der Wortsendungen			%	
Insgesamt	517 432	55,9	47,0	32,4	20,5	43,2	68,4	17,0	14,6	0,8
Bayerischer Rundfunk	54 763	52,6	40,2	29,1	30,7	46,7	74,4	18,0	7,6	0,7
Hessischer Rundfunk	52 737	60,4	61,6	20,2	18,2	38,5	69,4	13,1	17,5	1,2
Mitteldeutscher Rundfunk	64 825	63,0	33,7	56,6	9,7	36,2	74,6	10,6	14,8	0,7
Norddeutscher Rundfunk	73 417	27,5	58,6	18,5	23,0	72,3	52,2	16,5	31,3	0,2
Radio Bremen	35 040	56,9	50,2	21,5	28,3	41,9	65,9	29,4	4,8	1,2
Rundfunk Berlin-Brandenburg ..	65 380	50,3	43,2	27,3	29,5	48,7	89,1	7,7	3,3	1,0
Saarländischer Rundfunk	35 136	81,9	53,5	23,2	23,3	16,8	74,7	25,0	0,3	1,2
Südwestfunk	81 319	65,5	52,9	37,8	9,3	33,7	68,7	13,8	17,5	0,8
Westdeutscher Rundfunk	54 816	60,0	35,3	36,6	28,0	39,2	62,4	35,0	2,7	0,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.12 Deutsche Welle und Deutschlandradio 2013

Deutschlandradio mit seinen Programmen Deutschlandfunk und Deutschlandradio Kultur sendet bundesweit. Die **Deutsche Welle** sendet Programme in fremden Sprachen sowohl in Europa als auch für das außereuropäische Ausland.

	Deutsche Welle ¹		Deutschlandradio			
	fremdsprachiges Programm		Deutschlandradio Kultur		Deutschlandfunk	
	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%
Insgesamt	6 955	100	9 299	100	9 299	100
Wortsendungen ...	6 851	98,5	7 144	76,8	8 251	88,7
Musiksendungen ..	104	1,5	2 155	23,2	1 048	11,3

1 Bundesrundfunkanstalt.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

Die Angaben in den Tabellen 7.4.1 bis 7.4.3 wurden dem Monitor Engagement, Ausgabe Nr. 2, Kurzbericht des 3. **Freiwilligensurveys** entnommen. Dieser bietet Ergebnisse zum freiwilligen Engagement der Bevölkerung Deutschlands. Zuletzt wurden deutschlandweit mehr als 20 000 Personen ab 14 Jahren befragt. Detaillierte Ergebnisse unter www.bmfsfj.de

7.4.1 Gründe für freiwilliges Engagement 2009

	Beweggrund trifft		
	voll und ganz zu	teilweise zu	überhaupt nicht zu
	%		
die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten	61	35	4
mit anderen Menschen zusammenkommen	61	34	5
wichtige Qualifikationen erwerben	27	37	36
Ansehen und Einfluss in meinem Lebensumfeld erwerben	12	42	46
beruflich vorankommen	10	19	21

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Funktion des Engagements als Kontaktbörse ist für junge Menschen besonders wichtig und inzwischen sogar bedeutsamer als die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten. Es zeichnen sich neue, interessenbezogene Gründe ab, ohne jedoch die sozialen Motive zu verdrängen. Vor allem für junge Menschen in Ausbildung und Arbeitslose ist das freiwillige Engagement auch eine Möglichkeit zur Qualifikation und wird auch als Sprungbrett in eine berufliche Tätigkeit angesehen.

7.4.2 Anforderungen an die Tätigkeiten von Freiwilligen 2009

	Anforderung ist		
	in starkem Maße gefordert	in gewissem Maße gefordert	nicht gefordert
	%		
mit Menschen gut umgehen können	67	29	4
hohe Einsatzbereitschaft	52	40	8
Ideenreichtum, Kreativität	45	42	13
Organisationstalent	37	48	15
gutes Zeitmanagement	36	43	21
Fachwissen	34	42	24
Belastbarkeit	32	50	18
Führungsqualitäten	26	41	33
Selbstlosigkeit	18	49	34
mit Behörden gut umgehen können	17	28	55

Zeitaufwendigste freiwillige Tätigkeiten.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Neben den Grundmotiven für das Engagement, sind auch die Erwartungen der Freiwilligen an ihre konkreten Tätigkeiten im Freiwilligensurvey von Relevanz. Ferner werden die Anforderungen erfragt, denen die Freiwilligen gerecht werden müssen. Anhand dieser Indikatoren wird deutlich, dass die meisten Menschen einen Mix an Bedürfnissen mit ihrem Engagement verbinden, der sich aus gesellschaftlichen, sozialen und persönlichen Motiven zusammensetzt.

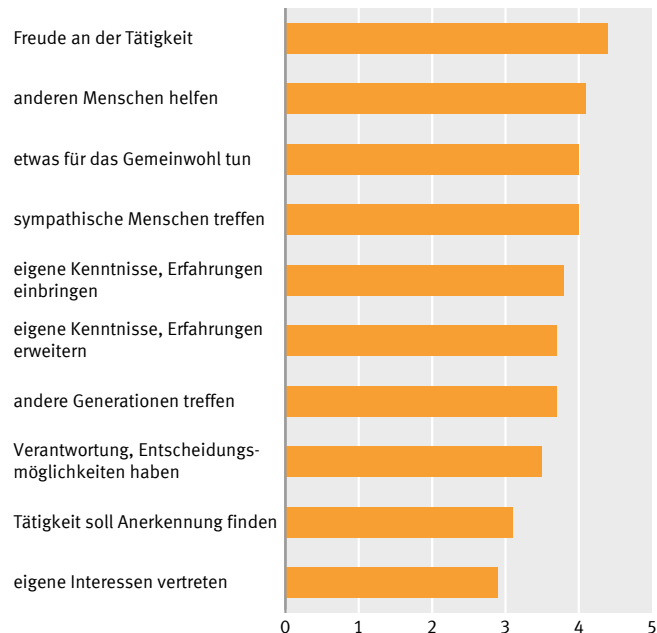
7.4.3 Verbesserungsvorschläge der Freiwilligen an Staat und Öffentlichkeit

	2009	1999
	%	
Informations- und Beratungsangebote über freiwilliges Engagement	55	56
steuerliche Absetzbarkeit der Unkosten	46	56
steuerliche Absetzbarkeit der Aufwandsentschädigungen	46	51
Anerkennung durch Berichte in Presse und Medien	46	47
Anerkennung freiwilliger Tätigkeiten als berufliches Praktikum	40	46
Absicherung durch Haftpflicht- und Unfallversicherung	41	44
öffentliche Anerkennung, z.B. durch Ehrungen	25	23

Zeitaufwendigste freiwillige Tätigkeiten.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Motivation für freiwillige Tätigkeiten 2009



Zeitaufwendigste freiwillige Tätigkeiten (Mittelwerte). – Einstufung des Beweggrundes von 1 (unwichtig) bis 4 (außerordentlich wichtig).

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

2014 - 01 - 0234

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.4 Bundesfreiwilligendienst – Freiwillige im Mai 2014

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren. 2010 wurden 78 387 Zivildienstleistende einberufen. 2009 waren es 90 514.

	Freiwillige		Davon		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	je 100 000 Einwohner/-innen ¹			unter 27		27 – 51		51 – 65		65 und mehr	
			Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
Deutschland	43 957	55	20 631	23 326	12 170	13 192	3 807	5 049	4 215	4 796	439	289
Baden-Württemberg	5 027	48	2 642	2 385	2 269	2 059	222	226	114	97	37	3
Bayern	3 208	26	1 585	1 623	1 354	1 382	141	160	70	71	20	10
Berlin	1 531	45	709	822	256	352	179	247	245	199	29	24
Brandenburg	2 400	98	1 084	1 316	174	151	423	519	445	608	42	38
Bremen	314	48	138	176	116	145	14	22	7	8	1	1
Hamburg	839	48	345	494	290	418	30	56	22	16	3	4
Hessen	1 878	31	910	968	735	796	101	115	62	51	12	6
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 876	117	1 030	846	213	199	333	302	468	332	16	13
Niedersachsen	3 535	45	1 703	1 832	1 375	1 538	169	161	130	122	29	11
Nordrhein-Westfalen	8 789	50	4 177	4 612	3 614	4 096	313	311	213	179	37	26
Rheinland-Pfalz	1 169	29	571	598	467	484	57	79	38	34	9	1
Saarland	365	37	144	221	120	181	10	25	9	13	5	2
Sachsen	5 479	135	2 305	3 174	394	444	782	1 276	1 036	1 383	93	71
Sachsen-Anhalt	3 085	137	1 249	1 836	122	148	457	778	634	880	36	30
Schleswig-Holstein	1 286	46	588	698	499	603	49	62	31	30	9	3
Thüringen	3 176	146	1 451	1 725	172	196	527	710	691	773	61	46

Freiwillige im Dienst. – Stand: 26.5.2014.

1 Eigene Berechnung; **Bevölkerungsstand: 31.12.2012 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011)**.

Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

7.4.5 Stiftungen 2013

Kernstück einer **Stiftung** ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt. Es ist dauerhaft der Realisierung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet. Stiftungsdichte und Errichtungsdichte beziehen sich jeweils auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die **Stiftungsdichte** entspricht der Bestandsdichte. Für die **Errichtungsdichte** werden die Stiftungsanerkennungen des jeweiligen Jahres in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt. Sie spiegelt die aktuelle Dynamik wider. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

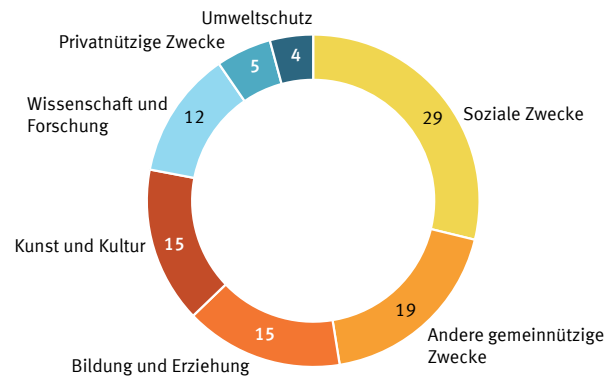
	Bestand	Errichtungen	Stiftungs-dichte ¹	Errichtungs-dichte ¹
Deutschland	20 150	638	25,0	0,79
Baden-Württemberg	3 038	108	28,7	1,02
Bayern	3 652	90	29,2	0,72
Berlin	819	38	24,3	1,13
Brandenburg	187	8	7,6	0,33
Bremen	326	10	49,8	1,53
Hamburg	1 301	35	75,0	2,02
Hessen	1 803	51	30,0	0,85
Mecklenburg-Vorpommern ..	158	1	9,9	0,06
Niedersachsen	2 104	56	27,0	0,72
Nordrhein-Westfalen	3 902	131	22,2	0,75
Rheinland-Pfalz	955	34	23,9	0,85
Saarland	171	7	17,2	0,70
Sachsen	466	28	11,5	0,69
Sachsen-Anhalt	264	7	11,7	0,31
Schleswig-Holstein	726	22	25,9	0,78
Thüringen	278	12	12,8	0,55

Verteilung nach dem Sitz der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts. – Ergebnisse einer Umfrage bei den Stiftungsaufsichtsbehörden 2014 und eigener Berechnungen.

1 Bezogen auf 100 000 Einwohner/-innen; **Bevölkerungsstand: 31.12.2012 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011)**.

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.

Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts 2014 nach Stiftungszweckhauptgruppen, in %



Gewichtete Verteilung nach Stiftungszweckhauptgruppen.

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen e.V., Stand: 28.4.2014

2014 - 01 - 0235

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.6 Seelsorge der evangelischen und katholischen Kirchen

	Beratungsstellen insgesamt	Anrufe bzw. Erstanfragen ¹				Beratung suchende Personen		Im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		zusammen	Telefon	E-Mail	Chat	männlich	weiblich	unter 20	20 – 30	30 – 45	45 – 65	65 und mehr
	Anzahl					%						
2008 ...	105	2 264 419	2 257 000	4 031	3 388	22	47	21	19	14	15	6
2009 ...	105	2 185 652	2 177 000	4 279	4 373	22	63	19	20	14	15	7
2010 ...	106	2 020 142	2 012 000	3 744	4 398	22	44	19	21	13	17	9
2011 ...	106	2 016 510	2 007 000	3 054	6 456	19	63	16	22	13	18	12
2012 ...	106	2 015 933	2 004 500	3 933 ³	7 501	24	47	16	8	{ 76 ⁴ }		
2013 ...	108	2 313 813	2 300 000	5 991 ³	7 822	27	45	15	8	{ 70 ⁴ }		6

1 Telefonanrufe generell und Erstanfragen per Telefon können leider nicht unterschieden werden. Bei E-Mail und Chat wurden nur die Erstanfragen aufgenommen.

2 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Geschlecht bzw. Alter ergibt die Summe der Prozente nicht 100.

3 Im Jahr 2012: Folgemails 16 392. Im Jahr 2013: Folgemails 15 315.

4 Wegen geänderter Altersklassifizierung nur als Summe verfügbar.

Quelle: Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e.V.

7.5 Sport

7.5.1 Landessportbünde und Mitgliedschaften 2013

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) wurde als Nachfolgeorganisation des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) gegründet. Die Angaben in den Tabellen 7.5.1 bis 7.5.3 beruhen auf Erhebungen des DOSB. Weitere Informationen finden Sie unter www.dosb.de

	Vereine	Aktive und passive Mitgliedschaften			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
	Anzahl	%						
Deutschland	90 784	23 782 375	60,0	40,0	23,3	18,6	13,7	44,3
Baden-Württemberg	11 440	3 741 187	60,0	40,0	23,2	18,5	13,0	45,4
Bayern	12 090	4 307 487	61,7	38,3	22,2	21,4	14,2	42,2
Berlin	2 112	602 316	63,5	36,5	21,9	19,5	17,1	41,6
Brandenburg	2 931	321 254	62,4	37,6	24,8	16,9	14,5	43,7
Bremen	423	165 300	61,6	38,4	24,1	16,3	13,5	46,0
Hamburg	797	569 418	58,9	41,1	19,2	15,9	19,0	45,9
Hessen	7 775	2 068 977	58,7	41,3	22,7	17,3	13,6	46,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 893	237 210	61,2	38,8	25,8	16,8	14,8	42,5
Niedersachsen	9 705	2 721 768	56,5	43,5	24,3	18,3	12,5	44,8
Nordrhein-Westfalen	19 430	5 096 635	60,8	39,2	24,7	18,3	13,2	43,8
Rheinland-Pfalz ¹	6 282	1 452 940	60,4	39,6	21,8	18,5	13,6	46,1
Saarland	2 170	387 086	60,1	39,9	19,6	18,7	14,0	47,7
Sachsen	4 510	605 078	60,1	39,9	24,7	16,0	15,8	43,6
Sachsen-Anhalt ¹	3 126	333 511	61,1	38,9	22,7	15,5	15,0	46,8
Schleswig-Holstein	2 641	805 574	55,6	44,4	26,7	18,3	12,0	43,1
Thüringen	3 459	366 634	62,8	37,2	22,0	16,6	15,8	45,6

1 Einschl. Mitgliedschaften von Verbänden mit besonderen Aufgaben.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.2 Spitzenverbände und Mitgliedschaften 2013

	Aktive und passive Mitgliedschaften ¹			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
	Anzahl	%					
Insgesamt	25 703 386	61,6	38,4	23,0	19,9	15,4	41,7
Fußball	6 822 233	84,1	15,9	25,0	29,3	21,7	24,0
Turnen	5 008 966	31,0	69,0	32,2	11,6	11,3	44,9
Tennis	1 472 197	60,1	39,9	16,9	17,8	10,8	54,5
Schützen	1 372 418	75,3	24,7	4,5	13,0	13,0	69,5
Alpenverein	965 615	59,6	40,4	10,9	14,1	18,3	56,7
Leichtathletik	853 076	49,5	50,5	31,3	18,0	10,0	40,7
Handball	803 373	62,5	37,5	28,4	29,6	13,7	28,3
Sportfischen	787 431	96,4	3,6	3,9	13,9	18,0	64,3
Reiten	708 890	24,1	75,9	22,8	26,4	16,0	34,9
Behindertensport	650 986	43,0	57,0	4,9	6,8	10,4	77,9
Golf	635 097	62,5	37,5	4,8	7,5	11,4	76,2
Tischtennis	598 714	79,0	21,0	17,4	22,5	15,9	44,1
Schwimmen	570 672	48,4	51,6	49,1	14,8	8,3	27,8
Ski	566 713	55,7	44,3	18,7	18,5	12,4	50,4
DLRG	553 989	53,8	46,2	40,6	21,8	11,3	26,3
Volleyball	451 717	48,1	51,9	13,9	28,1	20,1	38,0
Tanzen	221 722	31,9	68,1	25,6	17,0	11,1	46,2
Badminton	200 672	60,9	39,1	19,2	28,4	19,1	33,3
Basketball	192 012	72,9	27,1	29,4	36,6	17,3	16,7
Segeln	186 300	73,2	26,8	9,7	11,9	16,0	62,4
Karate	183 882	65,4	34,6	40,5	20,4	12,0	27,1
Judo	160 555	71,3	28,7	61,2	21,6	7,0	10,3
Radsport	137 424	78,1	21,9	11,4	15,8	15,9	56,9
Kanu	118 207	64,2	35,8	13,8	17,2	13,8	55,1
Motoryacht	109 800	72,8	27,2	4,8	7,8	10,6	76,8
Moderner Fünfkampf	103 931	37,5	62,5	27,2	10,3	12,5	50,0
Kegeln	102 730	74,1	25,9	4,7	13,8	14,9	66,6
Aero	101 128	91,0	9,0	2,7	12,3	20,3	64,6
Schach	90 676	92,6	7,4	19,3	17,3	11,8	51,5
Rudern	83 310	66,9	33,1	9,5	19,8	15,1	55,6
Hockey	77 412	60,5	39,5	43,6	24,4	10,8	21,2
Boxsport	69 759	82,5	17,5	17,9	41,5	19,5	21,1
Ringern	65 032	79,8	20,2	21,5	19,3	13,7	45,4
Sporttauchen	63 607	69,4	30,6	8,8	17,0	18,8	55,4
Taekwondo	55 662	63,9	36,1	54,2	25,2	9,6	11,1
Triathlon	52 092	70,9	29,1	9,6	14,4	27,7	48,3
American Football	50 162	64,2	35,8	24,7	48,8	17,7	8,8
Ju-Jitsu	49 168	69,2	30,8	37,7	27,4	16,0	19,0
Snowboard	39 480	55,6	44,4	19,0	18,3	12,7	50,0
Rollsport	34 063	55,3	44,7	32,6	24,7	18,2	24,5
Eisstockschießen	32 069	85,6	14,4	2,5	13,2	11,8	72,4
Billard	30 801	90,8	9,2	3,0	16,5	27,8	52,7
Eishockey	27 391	64,6	35,4	39,2	41,0	13,6	6,2
Fechten	25 583	62,7	37,3	43,5	22,8	11,5	22,3
Gewichtheben	24 302	73,6	26,4	7,4	26,1	21,4	45,1
Baseball/Softball	23 701	79,1	20,9	11,4	54,6	29,5	4,6
Motorsport	21 471	93,7	6,3	9,8	25,6	21,8	42,8
Kraftdreikampf	19 377	64,9	35,1	3,2	30,6	22,3	43,9
Eislaufen	19 135	22,4	77,6	58,3	19,7	7,9	14,2
Boccia, Boule	17 448	70,6	29,4	3,0	7,3	9,1	80,5
Sportakrobatik	15 851	30,8	69,2	47,0	18,8	8,6	25,6
Rugby	13 852	84,9	15,1	21,2	34,1	21,6	23,1
Squash	11 980	74,0	26,0	13,1	26,1	19,6	41,2
Dart	10 288	85,8	14,2	2,3	14,9	29,3	53,4

1 Einschl. Mitglieder, die nicht in den Zahlen der Landessportbünde enthalten sind. – Ranking der Spitzenverbände ab 10 000 Mitglieder.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.3 Deutsches Sportabzeichen

Landessportbund	2013			2012	
	Insgesamt	Jugend	Erwachsene	Insgesamt	Veränderung gegen- über Vorjahr insgesamt
	Anzahl				%
Deutschland	808 310	594 685	213 625	843 890	- 4,2
Baden-Württemberg ¹	83 314	56 321	26 993	92 512	- 9,9
Bayern	102 824	82 842	19 982	102 613	0,2
Berlin	19 478	15 879	3 599	30 689	- 36,5
Brandenburg	5 621	4 700	921	9 549	- 41,1
Bremen	2 896	1 778	1 118	3 501	- 17,3
Hamburg	3 703	1 862	1 841	4 536	- 18,4
Hessen	66 908	50 869	16 039	68 832	- 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 311	3 391	2 920	3 821	65,2
Niedersachsen	127 171	87 684	39 487	132 460	- 4,0
Nordrhein-Westfalen	223 076	162 367	60 709	225 113	- 0,9
Rheinland-Pfalz ²	53 533	40 280	13 253	52 599	1,8
Saarland	10 162	7 956	2 206	9 921	2,4
Sachsen	20 929	17 301	3 628	19 898	5,2
Sachsen-Anhalt	24 528	23 237	1 291	28 919	- 15,2
Schleswig-Holstein	25 376	15 071	10 305	25 505	- 0,5
Thüringen	20 152	16 022	4 130	24 085	- 16,3

Stand: 14.3.2014

1 Beinhaltet Baden Nord, Baden Süd und Württemberg.

2 Beinhaltet Pfalz, Rheinhessen und Rheinland.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.4 Förderleistung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

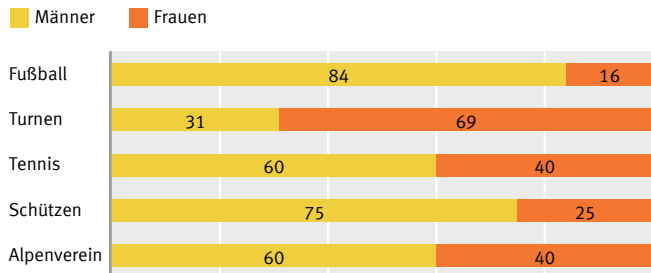
Die 1967 gegründete **Stiftung Deutsche Sporthilfe** unterstützt erfolgreich den Nachwuchs- und Spitzensport in Deutschland. Aktuell werden rund 3 800 Athleten aus fast allen olympischen Disziplinen, traditionsreichen nicht-olympischen Sportarten sowie dem Behinderten- und Gehörlosensport materiell und ideell unterstützt. Weitere Informationen finden Sie unter www.sporthilfe.de

	Geförderte Athleten/ Athletinnen	Verbandsspezifische Förderleistungen										
		insgesamt	Deutscher Leicht- athletik- verband	Deutscher Schwimm- verband	Deutscher Ruder- verband	Deutscher Fechter- Bund	Deutscher Ski- Verband	Bund Deutscher Radfahrer	Deutscher Kanu- Verband	Deutscher Turner- Bund	Deutscher Schützen- Bund	Deutscher Hockey- Bund
		Anzahl	1 000 EUR									
2010	3 660	10 013	518	674	680	345	749	413	552	279	396	496
2011	3 360	11 609	724	641	856	480	683	443	501	338	365	859
2012	3 523	11 749	696	652	939	380	682	478	591	409	466	638

Quelle: Stiftung Deutsche Sporthilfe

Vereinsmitglieder in ausgewählten Sportarten 2013

in %



Ranking nach Zahl der Mitglieder.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

2014 - 01 - 0236

7.5 Sport

7.5.5 Medaillenspiegel bei den Olympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
London 2012			
Insgesamt	11	19	14
Leichtathletik	1	4	3
Schwimmen	–	1	–
Turnen/RSG/Trampolin	–	3	–
Rudern	2	1	–
Judo	–	2	2
Radsport	1	3	1
Kanu	3	2	3
Fechten	–	1	1
Tischtennis	–	–	2
Reiten	2	1	1
Hockey	1	–	–
Mountainbike	–	1	–
Taekwondo	–	–	1
Beachvolleyball	1	–	–
Sotschi 2014			
Insgesamt	8	6	5
Rodeln	4	1	–
Skispringen	2	–	–
Ski Alpin	1	1	1
Nordische Kombination	1	1	1
Biathlon	–	2	–
Snowboard	–	1	1
Langlauf	–	–	1
Eiskunstlauf	–	–	1

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.6 Medaillenspiegel bei den Paralympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze
London 2012			
Insgesamt	18	26	22
Leichtathletik	5	3	10
Radsport	4	7	3
Schwimmen	2	7	3
Reiten	2	3	2
Tischtennis	2	1	1
Judo	2	–	1
Rollstuhlbasketball	1	–	–
Segeln	–	2	–
Schießen	–	1	1
Rudern	–	1	–
Rollstuhlfechten	–	1	–
Sitzvolleyball	–	–	1
Sotschi 2014			
Insgesamt	9	5	1
Ski Alpin	6	4	1
Biathlon	2	1	–
Langlauf	1	–	–

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

7.5 Sport

7.5.7 Olympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl	%		Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	110	35	31,8	26	10	10	6
Lillehammer 1994	112	33	29,5	24	9	7	8
Nagano 1998	125	47	37,6	29	12	9	8
Salt Lake City 2002	149	67	45,0	36	12	16	8
Turin 2006	153	61	39,9	29	11	12	6
Vancouver 2010	150	57	38,0	30	10	13	7
Sotschi 2014	153	77	50,3	19	8	6	5
Sommerspiele							
Barcelona 1992	489	164	33,5	82	33	21	28
Atlanta 1996	479	191	39,9	65	20	18	27
Sydney 2000	444	196	44,1	56	13	17	26
Athen 2004	449	195	43,4	49	13	16	20
Peking 2008	421	188	44,7	41	16	10	15
London 2012	391	176	45,0	44	11	19	14

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.8 Paralympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl	%		Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	38	.	.	38	12	17	9
Lillehammer 1994	43	.	.	64	25	21	18
Nagano 1998	41	8	19,5	44	14	17	13
Salt Lake City 2002	26	4	15,4	33	17	1	15
Turin 2006	35	5	14,3	18	8	5	5
Vancouver 2010	21	6	28,6	24	13	5	6
Sotschi 2014	13	6	46,2	15	9	5	1
Sommerspiele							
Barcelona 1992	237	.	.	171	61	51	59
Atlanta 1996	227	77	33,9	149	40	58	51
Sydney 2000	251	66	26,3	95	16	41	38
Athen 2004	210	69	32,9	78	19	28	31
Peking 2008	174	66	37,9	59	14	25	20
London 2012	150	61	40,7	66	18	26	22

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

Methodik

Dieses Kapitel präsentiert die wichtigsten Daten für den Bereich Kultur, Medien und Freizeit. Eine bundeseinheitliche Statistik zu diesem Themengebiet existiert bisher nicht. Um dennoch einen möglichst umfassenden Überblick zu geben, sind im Folgenden unterschiedliche Statistiken zusammengestellt. Sie stammen aus den Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

Für das Themengebiet Kultur sind Statistiken dargestellt, die den Kulturbereichen gemäß der europäischen Kulturdefinition zugeordnet werden. Zusätzlich werden in diesem Kapitel Informationen zu Sport, freiwilligem Engagement, Seelsorge und privater Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie veröffentlicht.

■ Kulturstätten

Museen

Die statistische Erhebung wird jährlich bei allen Museen in der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Museumsforschung durchgeführt. Die Erhebung ist freiwillig und umfasst u. a. Fragen zu den Besuchszahlen, Öffnungszeiten und Eintrittspreisen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de/ifm

Theater

Die Theaterstatistik wird jährlich vom Deutschen Bühnenverein, dem Bundesverband der Theater und Orchester, herausgegeben. Sie enthält Daten zu öffentlichen und privaten Theatern, Kulturorchestern und Festspielunternehmen in Deutschland sowie zu Theatern in Österreich und der Schweiz. Erfasst werden für jeden einzelnen Betrieb u. a. Angaben zu Veranstaltungen, Besucherinnen und Besuchern, Personal und Finanzen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.buehnenverein.de

Buchproduktion

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. gibt einen aktuellen und umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels (Kennzahlen, Daten zur Buchproduktion und -distribution). Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.boersenverein.de

Bibliotheken

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) ist die einzige, alle Bibliotheksparten umfassende und auf einheitlichen Definitionen basierende nationale Statistik für den Bereich der Bibliotheken. Für die Erstellung der DBS ist das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB) zuständig. Die Durchführung und Auswertung von Erhebungen sowie die Betreuung der Statistik verantwortet das Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen. Die DBS enthält Angaben der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland zu den Bereichen Ausstattung, Bestand, Entleihungen, Finanzen und Personal. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

Staatliche Archive

Die Angaben über die staatlichen Archive des Bundes und der Länder werden vom Bundesarchiv auf Grundlage einer Abfrage zusammengestellt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Musikschulen

Die Informationen hierzu beruhen auf Unterlagen des Verbandes Deutscher Musikschulen. Weitere Informationen finden Sie unter www.musikschulen.de

Deutscher Chorverband

Der Mitgliederbestand des Deutschen Chorverbandes e. V. wird jährlich bei allen zugehörigen Vereinen ermittelt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.deutscher-chorverband.de

Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Ihre Statistiken bieten u.a. Informationen zur Entwicklung der

Versichertenzahlen nach Berufsgruppen, Geschlecht, Alter und Einkommen sowie zur Entwicklung des Haushaltsvolumens und des Bundeszuschusses. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.kuenstlersozialkasse.de

UNESCO-Welterbestätten in Deutschland

1972 hat die UNESCO das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Welterbekonvention) verabschiedet. Demnach sollen die Verantwortung und der Schutz eines Kultur- oder Naturgutes mit universellem Wert nicht allein in der Hand des Staates liegen. Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, sich an diesen Aufgaben unterstützend zu beteiligen. Ein zwischenstaatlich eingerichtetes Komitee prüft jährlich, welche Kultur- oder Naturstätten neu in die Liste des „Welterbes“ aufgenommen werden. Dazu müssen die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Stätten die festgelegten Kriterien der „Einzigartigkeit“ und der „Authentizität“ (historische Echtheit) eines Kulturdenkmals oder der „Integrität“ einer Naturerbestätte erfüllen. Ebenso muss neben dem aktuellen „Erhaltungszustand“ auch ein Erhaltungsplan vorgelegt werden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.unesco.de

Goethe-Institut

Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Die vorliegenden Informationen stammen vom Goethe-Institut e.V. Die Zentrale in München berät, koordiniert und sichert die Qualität der Arbeit im Ausland. Hier werden alle Daten ausgewertet, die im weltweiten Netzwerk des Goethe-Instituts generiert werden. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

■ Kulturausgaben

Öffentliche Ausgaben für Kultur

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur werden nach dem „Grundmittelkonzept“ abgegrenzt. Bei den „Grundmitteln“ handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich, Krediten und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

Die Datenbasis für die Berechnung der Kulturausgaben bildet die Jahresrechnungstatistik der staatlichen Haushalte sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Informationen zur Methodik dieser Statistiken finden Sie im Kapitel „Finanzen und Steuern“ und in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Die Kennzahl „Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner“ gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Bundesland (einschließlich der Gemeinden/ Zweckverbände) aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung stellt.

Weitere Informationen zur Berechnung der öffentlichen Kulturausgaben enthält der „Kulturfinanzbericht“, eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, unter www.destatis.de/publikationen als Download abrufbar.

Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), einer jährlichen Erhebung im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Bei den LWR handelt es sich um eine Stichprobe, für die jährlich bundesweit 8 000 Haushalte freiwillig zu ihren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, ihren privaten Konsumausgaben, ihren Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden.

Methodik

Die LWR wurden am jeweils aktuellen Mikrozensus hochgerechnet, dem noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus zugrunde liegen.

Weitere Informationen zur Methodik der LWR-Erhebung finden Sie im Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“ und dem Qualitätsbericht (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Mediennutzung

Die Erhebung zur **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten** bildet die Basis für europaweit vergleichbare Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit IKT sowie zu Art und Umfang der Nutzung von Computer und Internet. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Ausstattung mit IKT und verschiedene Nutzungsaspekte des Internets bei den Haushaltsmitgliedern. Ergänzend werden soziodemografische Merkmale erfasst.

Hauptnutzer auf europäischer Ebene ist die Europäische Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft. Nationale Hauptnutzer sind die Bundesministerien und die amtliche Statistik.

Nationale Rechtsgrundlage ist das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG) vom 22.12.2005 (BGBl. I S. 3685). Europäische Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 (ABl. EU Nr. L 283 S. 31), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Die methodische Konzeption der IKT-Erhebung folgt den in der europäischen Rechtsgrundlage festgelegten methodischen Vorgaben. Allgemeines Ziel der Vorgaben ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Auskunftserteilung erfolgt bei der IKT-Erhebung schriftlich. Die Erhebung wird dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Befragten erhalten die Fragebogen auf postalischem Weg vom jeweiligen Statistischen Landesamt und füllen sie selbstständig aus. Jeder Haushalt füllt einen Haushaltsfragebogen und jedes Haushaltsmitglied im Alter ab 10 Jahren (Stichtag für das Erhebungsjahr 2013: 31.12.2012) einen Personenfragebogen aus. Die Befragung ist freiwillig.

Die Erhebung wird als repräsentative Quotenstichprobe mit bundesweit 12 000 Haushalten durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse des Erhebungsjahres 2013 werden auf Basis des Mikrozensus 2012 auf die Grundgesamtheiten von ca. 40,1 Millionen Haushalten und ca. 74,3 Millionen Personen ab 10 Jahren frei hochgerechnet und mittels einer nichtlinearen Regressionschätzung an die gemeinsame Randverteilung mehrerer Merkmale angepasst. Der Mikrozensus 2012 berücksichtigt noch nicht die aktuellen Fortschreibungsergebnisse des mit Stichtag 9.5.2011 durchgeführten Zensus.

Der Bezugszeitraum umfasst die letzten drei Monate (bei einigen Merkmalen die letzten zwölf Monate) vor der Erhebung. Der Erhebungszeitraum der IKT-Erhebung umfasst die Monate April und Mai des gleichen Jahres.

Weitere Informationen zur Methodik der IKT-Erhebung finden Sie in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Filmwirtschaft

Die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO) erfasst alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen Filmwirtschaft, wertet sie aus und stellt die Ergebnisse im Filmstatistischen Jahrbuch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Internet unter www.spio.de, ergänzende Angaben zur Filmförderungsanstalt (FFA) und zum Deutschen Filmförderfonds (DFFF) sind erhältlich unter www.ffa.de

Fernsehen

Auf ihren Internetseiten veröffentlicht die ARD Mediadaten und statistische Informationen über das Erste Deutsche Fernsehen, die Dritten Fernsehprogramme und die Partnerprogramme PHOENIX, Ki.KA, 3sat und ARTE. Die Programmstatistiken werden nach verschiedenen Kriterien systematisiert. Darüber hinaus stellt die ARD ihre Finanz- und Werbestatistik ins Netz. Auch das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) veröffentlicht seine Programm-, Finanz- und Unternehmensdaten im Netz. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de/intern bzw. www.zdf.de

Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AGF) ist der Zusammenschluss der Sender ARD, ProSiebenSat.1 Media AG, der Mediengruppe RTL Deutschland und ZDF zur gemeinsamen Durchführung und Weiterentwicklung der kontinuierlichen quantitativen Erfassung der Nutzung von Bewegtbildinhalten in Deutschland, einschließlich der Erhebung und Auswertung der Daten. Das AGF-Fernsehpanel umfasst 5 000 täglich berichtende Haushalte (Berichtsbasis Fernsehpanel D+EU), in denen fast 10 500 Personen leben. Damit wird die Fernsehnutzung von 72,2 Millionen Personen ab 3 Jahren bzw. 36,7 Millionen Fernsehhaushalten abgebildet (Stand 1.1.2014). Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de

Hörfunk

Die ARD veröffentlicht in ihrem Jahrbuch jährlich eine statistische Übersicht über die Hörfunkprogramme aller ARD-Rundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR, WDR und Deutsche Welle) und des Deutschlandradios. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de

■ Bürgerschaftliches Engagement

Freiwilligensurvey

Der Freiwilligensurvey ist eine umfragegestützte Untersuchung zum Engagement der deutschen Wohnbevölkerung. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Der umfassende Survey wird seit 1999 im fünfjährigen Rhythmus durchgeführt. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de

Stiftungen

Die Informationen über deutsche Stiftungen aller Rechtsformen werden in der umfassenden „Datenbank Deutscher Stiftungen“ erfasst. Diese Datenbank des Bundesverbands Deutscher Stiftungen – der Dachverband der Stiftungen – ermöglicht Analysen, Studien und Trendaussagen über das Stiftungswesen in Deutschland. Neben der eigenen Recherche, ist die Beantwortung eines umfangreichen Fragebogens Grundlage der Daten. Da die Beantwortung der Fragen freiwillig ist, sind die Informationen über die einzelnen Stiftungen unterschiedlich umfangreich. Seit 1991 werden Daten zu Stiftungen systematisch erfasst. Ende 2013 existierten 20 150 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Einen Überblick geben die aktuellen Publikationen „Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen“ und „Verzeichnis Deutscher Stiftungen“, die im Oktober 2014 erschienen sind.

Die individuelle Gestaltungsfreiheit für Stiftungen in Deutschland äußert sich in einer Vielfalt an Formen, Typen und einer großen Heterogenität, so dass dieses Segment nur unzureichend statistisch erfasst werden kann. Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit liegen in den Bereichen Soziales, Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie im Umweltschutz. Für die Abbildung der Stiftungstätigkeit wurden in Anlehnung an die §§ 52-54 AO, 42 Bereiche definiert, die zu 7 Hauptgruppen zusammengefasst wurden. Neben den oben genannten sind dies die „Anderen gemeinnützigen Zwecke“ und die „Privatnützigen Zwecke“. Rund zwei Drittel der Stiftungen geben mehr als einen Einzelzweck an, etwa die Hälfte ist in mehreren Schwerpunktbereichen tätig. Die Nennung von mehreren Einzelzwecken innerhalb einer Hauptgruppe führt zur einmaligen Zählung in dieser Hauptgruppe. Dies gleicht die unterschiedliche Zahl der Einzelzwecke in den Hauptgruppen aus, sodass Letztere gleichbehandelt werden. Die Nennung von mehreren Zwecken, die in verschiedenen Hauptgruppen liegen, führt zu gleichverteilten Anteilen. Ein Beispiel: Eine Stiftung gibt Medizin, Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständnis an. Es werden 0,5 für Wissenschaft und Forschung (Medizin) und

Methodik

0,5 für andere gemeinnützige Zwecke (Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständnis) gezählt.

Stiftungen finden sich in Deutschland flächendeckend, doch gibt es erkennbare regionale Konzentrationen. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

Telefonseelsorge

Die Telefonseelsorge ist eine bundesweite Organisation. Umfassend ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielseitigen Lebens- und Berufskompetenzen stehen Ratsuchenden in 106 Telefonseelsorgestellen vor Ort zur Verfügung. Träger sind die Evangelische Kirche (www.ekd.de; www.diakonie.de) und die Katholische Kirche (www.dbk.de). Seit 1997 besteht eine Partnerschaft zwischen der Telefonseelsorge in Deutschland und der Deutschen TelekomAG, die sämtliche Gebühren für die unter den Sonderrufnummern geführten Gespräche trägt. Weitere Informationen finden Sie unter www.telefonseelsorge.de

■ Sport

Die Angaben zum Sport beruhen auf Erhebungen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und der Deutschen Sporthilfe. Daten über Förderleistungen der Deutschen Sporthilfe für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sowie Angaben über die Teilnahme und Medaillengewinne bei Olympischen Spielen stellen den Bereich des Leistungs- bzw. Spitzensports dar. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de und www.sporthilfe.de

Olympische Spiele

Die Olympischen Spiele sind Wettkämpfe zwischen Athletinnen und Athleten in Einzel- oder Mannschaftswettbewerben, nicht zwischen Ländern. Die teilnehmenden Aktiven werden von ihren Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) ausgewählt. In Deutschland übernimmt der Deutsche Olympische Sportbund seit 2006 diese Funktion. Die Meldungen der Aktiven werden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) entgegengenommen. Die Wettkämpfe finden unter der fachlichen Leitung der jeweiligen internationalen Fachverbände statt. Die Olympischen Spiele bestehen aus den Spielen der Olympiade und den Olympischen Winterspielen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Paralympische Spiele

Das Internationale Paralympic Komitee (IPC) wurde 1989 gegründet und ist eine der größten Sportorganisationen der Welt. Es repräsentiert eine große Zahl der Aktiven mit Behinderung und sorgt für vergleichbare Bedingungen des Leistungssports der Behinderten und Nicht-Behinderten. Eine Vereinbarung zwischen dem IOC und dem IPC garantiert seit 2001 die Durchführung der Paralympics. Sie sichert ferner, dass die Paralympics seit 2008 kurz nach den Olympischen Spielen und in den gleichen Wettkampfstätten und Einrichtungen wie die Olympischen Spiele stattfinden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Glossar

Bibliotheken | Die Bibliothek ist eine Einrichtung in öffentlicher, privater oder kirchlicher Trägerschaft, die unter archivarischen, ökonomischen und synoptischen Gesichtspunkten publizierte Informationen für die Benutzerinnen und Benutzer sammelt, ordnet und verfügbar macht. Die Palette der Dienstleistungen reicht vom Buch in gedruckter oder digitalisierter Form über Zeitungen, Zeitschriften, Tonträger und Bildmaterial bis hin zum Internetzugang für Online-Recherchen. Indem sie ihre Bestände zur Verfügung stellen und archivieren, dienen Bibliotheken der Versorgung der breiten Öffentlichkeit (öffentliche Bibliotheken) und der Forschung (wissenschaftliche Bibliotheken) mit Literatur und Informationen.

Breitbandanschluss | Haushalte mit Breitbandanschluss nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrates, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgelundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Buchproduktion | Daten zur Buchproduktion (Titelproduktion) werden anhand der im „Wöchentlichen Verzeichnis der Deutschen Bibliographie“ angezeigten Titel erstellt. Dabei werden nur Veröffentlichungen berücksichtigt, die im Buchhandel erhältlich sind.

Bürgerschaftliches Engagement | Als „Bürgerschaftliches Engagement“ gilt nach Definition des Deutschen Bundestages eine Tätigkeit, die freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet und gemeinwohlorientiert ist. Das Engagement findet im öffentlichen Bereich statt und wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.

Bundesfreiwilligendienst | Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren.

Computer | Der Begriff „Computer“ umfasst sowohl stationäre Computer (PC) als auch mobile Computer (z. B. Laptop/Notebook, Netbook, Tablet).

DOSB | Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) ist die regierungsunabhängige Dachorganisation des deutschen Sports. Er wurde am 20.5.2006 durch den Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Landessportbünde, olympische und nicht-olympische Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderen Aufgaben (z.B. der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband) sowie IOC- und persönliche Mitglieder. Er umfasst Breitensport bis Spitzensport und ist die größte Personenvereinigung Deutschlands.

Goethe-Institut | Das Goethe-Institut ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland und pflegt die internationale kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus vermittelt es ein umfassendes Deutschlandbild durch Information über das kulturelle, gesellschaftliche und politische Leben. Bildungsangebote ermöglichen Mobilität in einer weltweiten Lerngemeinschaft. Mit einem Netzwerk aus Goethe-Instituten, Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlernzentren nimmt das Goethe-Institut seit über sechzig Jahren weltweit zentrale Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wahr.

Haushalte | Als Haushalt gilt jede Gesamtheit von Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften und in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendlerinnen und -pendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und im

Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende, Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Nicht zum Haushalt gehören Untermieterinnen und Untermieter, Gäste sowie Hausangestellte.

Haushaltstyp | Die Haushalte werden unterschieden durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren mit zusätzlich mindestens einem Kind (Person unter 16 Jahren) oder ohne Kind.

Internetzugang/-nutzung | In der Erhebung „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ (IKT-Erhebung) werden als Haushalte mit Internetzugang alle Haushalte erfasst, die einen Internetzugang zu Hause besitzen – unabhängig davon, ob dieser tatsächlich genutzt wird. Die Internetnutzung von Personen ist dagegen nicht ortsgelunden und umfasst auch die Nutzung außerhalb von zu Hause (z. B. Arbeitsplatz, Schule/Universität, Flughafen, Hotel).

Kauf/Bestellungen von Waren oder Dienstleistungen über das Internet | Unter Kauf oder Bestellungen über das Internet wird der Erwerb von Waren und Dienstleistungen auf elektronischem Weg über das Internet verstanden (z. B. über die Webseite der Verkäuferin bzw. des Verkäufers oder über einen Web-/Onlineshop). Nicht erforderlich ist hierbei die Bezahlung oder die Auslieferung der Ware bzw. Dienstleistung auf elektronischem Weg.

Künstlersozialkasse | In Deutschland besteht ein umfassender Sozialversicherungsschutz für Künstlerinnen und Künstler. Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Selbstständig erwerbstätige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten werden seit 1983 als Pflichtversicherte über die Künstlersozialkasse in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einbezogen.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Es errechnet sich aus den im Laufe des Vorjahres erzielten Bruttoeinkünften aller Haushaltsmitglieder abzüglich Steuern und Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und gesetzlichen Rentenversicherung geteilt durch 12.

Museen | Die Museumsstatistik erfasst alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten musealen Einrichtungen (Museen, Museumseinrichtungen bzw. -komplexe, Ausstellungshäuser), bei denen eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden ist.

Musikschulen | Musikschulen sind Einrichtungen, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Musik und ergänzenden Fächern einen speziellen Fachunterricht erteilen. Damit soll eine Teilnahme am Laien- und Liebhabermusizieren angeregt und ermöglicht werden.

Rundfunk | Das Rundfunksystem in Deutschland hat eine duale Struktur, bestehend aus öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Programmanbietern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk umfasst die Hörfunk-, Fernseh- und Telemedienangebote von ARD, ZDF, Deutschlandradio sowie die Deutsche Welle.

Die in der ARD vereinten neun Landesrundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR und WDR) produzieren für ein oder mehrere Bundesländer regional ausgerichtete Hörfunk- und Fernsehangebote sowie gemeinsam das nationale Erste Deutsche Fernsehen.

Das ZDF ist im Unterschied zur ARD zentral organisiert. Als nationaler Fernsehsender aller deutschen Bundesländer veranstaltet es ein bundesweit einheitliches Vollprogramm. Auch das von ARD und ZDF gemeinsam veranstaltete Deutschlandradio bietet ein Programm für ganz Deutschland an.

Zum Gesamtangebot von ARD und ZDF gehören außerdem der Ereignis- und Dokumentationskanal PHOENIX, der Kinderkanal Ki.KA sowie die Partnerprogramme 3sat und ARTE. Zusätzlich sind ARD und ZDF mit der Verbreitung von jeweils drei ausschließlich digital verbreiteten Spartenkanälen beauftragt.

Die Deutsche Welle (DW) ist der Auslandssender der Bundesrepublik Deutschland. Sie verbreitet weltweit multimediale Angebote in Deutsch und in 29 weiteren Sprachen. Die DW ist Mitglied der ARD.

Staatliche Archive des Bundes und der Länder | Die staatlichen Archive des Bundes (Bundesarchiv, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz) und der Länder verwalten die Unterlagen von Verfassungsorganen, Behörden, Gerichten, Streitkräften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder und können diese Überlieferung durch Unterlagen privater Herkunft ergänzen.

Stiftung | Die Stiftung steht als Oberbegriff für eine Institution, die im privaten, öffentlichen und kirchlichen Recht verankert und ausgestaltet ist und in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert sein kann. Kernstück der Stiftung ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt und das dauerhaft der Verwirklichung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet ist. Was die Ausgestaltung der Stiftungszwecke und die historische Ausprägung der Stiftung betrifft, weist das deutsche Stiftungswesen eine komplexe Vielfalt auf. Noch heute sind Stiftungen aus dem 10. Jahrhundert aktiv. Der Prototyp der Stiftung ist die rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

Theater | Die Theaterstatistik enthält Angaben über die öffentlich getragenen Theaterunternehmen (Stadttheater, Staatstheater und Landes Bühnen), die ortsfesten Privattheater, die in Theater integrierten Kulturorchester, die selbstständigen Kulturorchester mit eigenem Etat und zu Festspielunternehmen.

UNESCO-Welterbestätten | Die Welterbestätten der UNESCO stehen unter dem besonderen Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes folgt strengen Kriterien, die in der 1972 von der UNESCO verabschiedeten Konvention festgelegt sind. Die UNESCO-Welterbestätten in Deutschland umfassen u. a. Baudenkmäler, Städtensembles und Kulturlandschaften.

Sporthilfe, Deutsche | Diese Stiftung hat ihren Tätigkeitsschwerpunkt in der Förderung sportlicher Eliten. Einnahmen, die durch Spenden, Events, Vermarktung, Erlöse aus der Lotterie „GlücksSpirale“ und den Sport-Briefmarken erzielt werden, dienen Förderkonzepten für junge Talente und Top-Athletinnen und -Athleten sowie der Zukunftssicherung deutscher Spitzensportlerinnen und Spitzensportler.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Kultur, Medien, Freizeit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 216 und 913, Daten zur *Informations- und Kommunikationstechnologie* unter Code 63931

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Kulturausgaben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturfinanzbericht 2012

■ Mediennutzung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 4 | Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Fachberichte

| Informationsgesellschaft in Deutschland (erschieden 2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/08 | Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten
 Heft 6/09 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 3/10 | Einkäufe privater Haushalte über das Internet, E-Commerce im Jahr 2009
 Heft 8/11 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 5/12 | Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 1/14 | Mobile Internetnutzung in Deutschland und Europa 2012

STATmagazin

| Online-Shopping liegt im Trend (2009)

■ Themenübergreifend

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturindikatoren auf einen Blick 2008

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 21 77 (Kultur), +49 (0)6 11 / 75 88 80 (Informations- und Kommunikationstechnologie in privaten Haushalten).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



8 Soziales



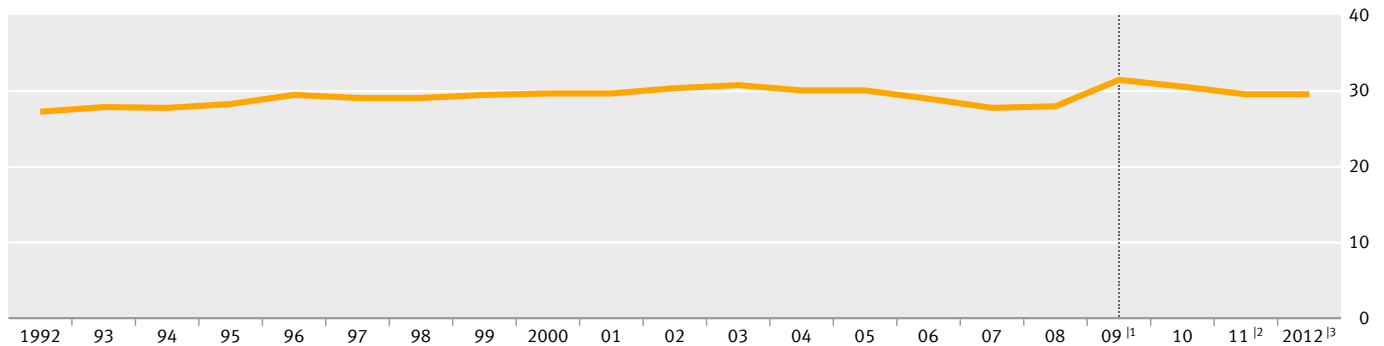
Rund jede **elfte Person** Ende 2012 auf **Mindestsicherungsleistungen** angewiesen | **Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung 2012 für rund **900 000 Personen** | Staat gab 2012 netto je Einwohnerin bzw. je Einwohner **298 Euro Sozialhilfe aus** | **106 600 Gefährdungseinschätzungen** für Minderjährige im Jahr 2012 | Ausgaben der öffentlichen Hand für Kinder- und Jugendhilfe stiegen 2012 auf **32,2 Milliarden Euro** | 2012 begannen rund **15 500** junge Menschen eine **Vollzeitpflege in einer anderen Familie**

<i>Seite</i>	
223	Auf einen Blick
	Tabellen
224	Sozialbudget nach Institutionen Sozialversicherungssysteme Sondersysteme Systeme des öffentlichen Dienstes Arbeitgebersysteme Entschädigungssysteme Förder- und Fürsorgesysteme
225	Sozialversicherungen Gesetzliche Rentenversicherung Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge Gesetzliche Krankenversicherung Soziale Pflegeversicherung Arbeitslosenversicherung Gesetzliche Unfallversicherung
229	Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- und Witwergeld, Waisengeld Durchschnittliche Versorgungsbezüge Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt
230	Sozialleistungen Mindestsicherungsquote nach Ländern Hilfe zum Lebensunterhalt Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII Ausgaben der Sozialhilfe Grundsicherung für Arbeit- suchende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Kriegsopferfürsorge Hilfen zur Erziehung Sozialpädagogische Familienhilfe Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung Gefährdungs- einschätzung Vorläufige Schutzmaßnahmen Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe
239	Methodik
242	Glossar
248	Mehr zum Thema

8.0 Auf einen Blick

Sozialleistungsquote

in %



Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. – Stand: Mai 2013.

1 Der Anstieg 2009 ist in erster Linie Folge der durch die Finanzmarktkrise gesunkenen Wirtschaftskraft, verbunden mit höheren Ausgaben im Bereich des SGB II und des SGB III. Dazu kommt die erstmalige Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung ab 2009. Deshalb sind die Quoten vor und ab 2009 nicht miteinander vergleichbar.

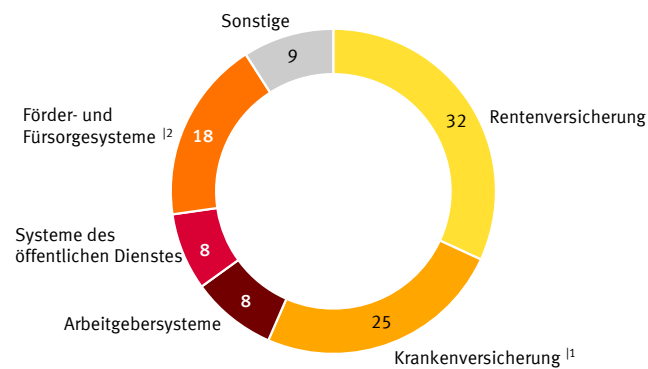
2 Vorläufiges Ergebnis

3 Geschätztes Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sozialbudget 2012

Leistungen nach Institutionen, in %



Sozialbudget einschl. Beiträge des Staates, ohne Verrechnungen. – Berechnungsstand: Mai 2013, geschätzt.

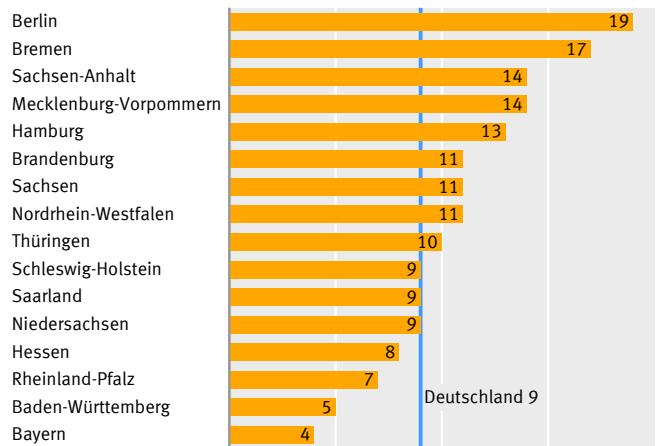
1 Einschl. private Krankenversicherung.

2 Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Familienleistungsausgleich, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe etc.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Mindestsicherungsquote 2012

in %



Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. – **Bevölkerungsstand: 31.12.2012 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).** Die Mindestsicherungsquote stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, z. B. Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende, an der Gesamtbevölkerung dar.

2014-01-0238

8.1 Sozialbudget nach Institutionen 2012

	Leistungen						Finanzierung							
	insgesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs- und sonstige Ausgaben	Verrechnungen	insgesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrechnungen	
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Beiträge des Staates				der Versicherten	der Arbeitgeber/-innen					Beiträge des Staates
									tatsächlich	unterstellt				
	Mill. EUR													
Sozialleistungen insgesamt ¹	782 439	472 625	279 083	-	30 732	-	844 063	252 269	198 303	86 713	-	293 240	13 538	-
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates	814 683	472 625	279 083	32 244	30 732	-	876 307	252 269	198 303	86 713	32 244	293 240	13 538	-
Sozialversicherungssysteme														
Rentenversicherung	260 364	235 177	4 364	16 595	3 701	527	265 873	87 034	88 684	-	6 752	82 759	528	116
Krankenversicherung	183 954	8 091	163 319	1 702	9 730	1 113	192 490	93 775	58 503	-	23 981	15 392	528	311
Pflegeversicherung	22 890	-	20 915	888	1 078	9	22 994	13 491	8 166	-	1 244	-	93	-
Unfallversicherung	12 196	6 283	3 070	231	2 487	126	13 214	1 550	10 451	-	43	777	375	19
Arbeitslosenversicherung	32 082	14 139	2 909	6 683	3 895	4 457	34 852	13 168	13 848	-	224	7 245	368	-
Sondersysteme														
Alterssicherung der Landwirte	2 875	2 771	25	3	63	13	2 875	640	-	-	-	2 233	1	-
Versorgungswerke	4 515	4 137	-	-	378	-	13 909	7 203	735	-	-	-	5 971	-
Private Altersvorsorge	200	200	-	-	-	-	13 335	10 282	-	-	-	3 053	-	-
Private Krankenversicherung	18 020	801	16 121	-	1 098	-	19 642	17 642	2 000	-	-	-	-	-
Private Pflegeversicherung	822	-	673	27	122	-	2 000	1 600	400	-	-	-	-	-
Systeme des öffentlichen Dienstes														
Pensionen	46 376	46 105	-	-	271	-	47 792	251	-	15 345	-	29 387	1 110	1 699
Familienzuschläge	3 147	3 116	-	-	31	-	3 147	-	-	-	-	2 419	670	58
Beihilfen	13 240	5	13 103	-	132	-	13 368	-	-	10 253	-	2 589	274	252
Arbeitgebersysteme														
Entgeltfortzahlung	33 456	33 456	-	-	-	-	33 456	-	-	33 456	-	-	-	-
Betriebliche Altersversorgung	23 830	23 830	-	-	-	-	35 294	4 404	3 860	27 030	-	-	-	-
Zusatzversorgung	11 230	10 207	-	-	1 023	-	16 590	1 227	11 657	-	-	505	3 200	-
Sonstige Arbeitgeberleistungen	629	-	629	-	-	-	629	-	-	629	-	-	-	-
Entschädigungssysteme														
Soziale Entschädigung	1 683	1 149	344	-	91	100	1 683	-	-	-	-	1 683	-	-
Lastenausgleich	26	20	0	-	2	3	26	-	-	-	-	26	0	-
Wiedergutmachung	881	826	5	-	50	-	881	-	-	-	-	881	-	-
Sonstige Entschädigungen	291	34	247	-	10	-	291	-	-	-	-	291	-	-
Förder- und Fürsorgesysteme														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich	41 998	41 732	-	-	266	-	41 998	-	-	-	-	41 998	-	-
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 976	4 970	-	-	6	-	4 976	-	-	-	-	4 976	-	-
Grundsicherung für Arbeitssuchende	40 214	17 722	13 292	4 983	4 217	-	40 214	-	-	-	-	36 392	-	3 822
Arbeitslosenhilfe/sonst. Arbeitsförderung	573	17	542	4	10	-	572	-	-	-	-	79	417	77
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	2 529	2 404	-	-	125	-	2 529	-	-	-	-	2 525	4	-
Sozialhilfe	27 865	15 433	9 953	1 128	1 351	-	27 865	-	-	-	-	27 862	-	3
Kinder- und Jugendhilfe	28 885	-	28 389	-	496	-	28 885	-	-	-	-	28 885	-	-
Wohngeld	1 282	-	1 183	-	98	-	1 282	-	-	-	-	1 282	-	-

Berechnungsstand: Mai 2013, geschätzt.

1 Konsolidiert um Beiträge des Staates für Empfänger/-innen sozialer Leistungen und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2 Sozialversicherungen

8.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung – Renten der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2013

	Renten insgesamt ¹	Renten an Versicherte							Renten an Hinterbliebene	
		zusammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zusammen	darunter Witwen- und Witwerrenten
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		
		1 000	%			1 000	%		1 000	%
Insgesamt	24 967	19 295	1 679	50,7	49,3	17 615	44,3	55,7	5 672	93,9
Allgemeine Rentenversicherung	23 929	18 665	1 614	49,4	50,6	17 051	43,1	56,9	5 264	93,7
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 037	629	65	85,2	14,8	564	80,0	20,0	408	97,4

1 Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.2 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge

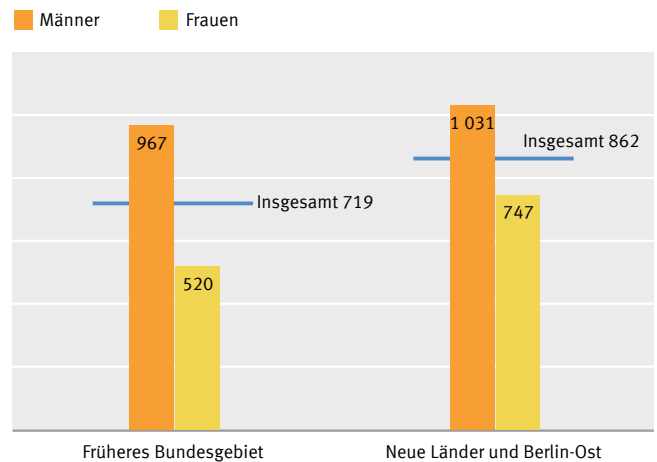
	Allgemeine Rentenversicherung		Knappschaftliche Rentenversicherung ¹	
	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente
	EUR			
Früheres Bundesgebiet				
Insgesamt				
2011	703	519	1 191	745
2012	718	527	1 204	756
2013	719	526	1 196	753
Männer				
2011	953	234	1 250	328
2012	969	238	1 264	333
2013	967	239	1 257	337
Frauen				
2011	504	549	726	750
2012	517	559	742	761
2013	520	559	742	759
Neue Länder und Berlin-Ost				
Insgesamt				
2011	822	525	1 020	654
2012	838	535	1 038	667
2013	862	550	1 066	687
Männer				
2011	997	282	1 147	342
2012	1 010	290	1 163	349
2013	1 031	302	1 189	364
Frauen				
2011	705	576	766	670
2012	722	588	788	683
2013	747	604	818	704

Stichtag: 1.7. – Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

1 Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge 2013 in EUR



Allgemeine Rentenversicherung. – Versichertenrente.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2014 - 01 - 0239

8.2 Sozialversicherungen

8.2.3 Gesetzliche Rentenversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2012

	Einnahmen			Ausgaben			Vermögen ¹³	
	insgesamt	darunter		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen			sonstige Ausgaben ¹²
		Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln		zusammen	darunter ausgezahlte Renten ¹¹		
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	Mill. EUR		
Insgesamt	282 963	68,4	25,1	268 923	255 979	91,4	12 945	35 574
davon:								
Allgemeine Rentenversicherung	268 068	72,0	24,4	254 028	241 651	91,3	12 377	34 790
Knappschaftliche Rentenversicherung ...	14 895	5,4	37,4	14 895	14 328	92,4	568	784

1 Rentenleistung an Versicherte, Witwer/Witwen (einschl. Witwer-/Witwenabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

2 Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

3 Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzahlungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.4 Gesetzliche Krankenversicherung – Kassen und Versicherte

Weitere Informationen zu Gesundheitsausgaben und Krankenversicherungsschutz siehe Kapitel „Gesundheit“

	Kassen ¹¹	Versicherte ¹²			Darunter					
		insgesamt	männlich	weiblich	pflichtversichert ¹³		freiwillig versichert		Rentner/-innen	
					1 000	%	1 000	%	1 000	%
		2010	160	69 803	47,0	53,0	30 065	43,1	4 461	6,4
2011	153	69 637	47,1	52,9	29 878	42,9	4 919	7,1	16 806	24,1
2012	144	69 704	47,1	52,9	30 112	43,2	5 172	7,4	16 765	24,1
2013	134	69 861	47,2	52,8	30 458	43,6	5 306	7,6	16 671	23,9
davon (2013):										
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	11	24 283	47,9	52,1	10 536	43,4	1 050	4,3	6 669	27,5
Betriebskrankenkassen (BKK)	109	11 625	49,6	50,4	5 254	45,2	1 085	9,3	2 107	18,1
Innungskrankenkassen (IKK)	6	5 449	52,7	47,3	2 844	52,2	331	6,1	836	15,3
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	1	744	53,6	46,4	191	25,7	34	4,5	316	42,5
Knappschaft-Bahn-See (KBS)	1	1 741	48,4	51,6	505	29,0	82	4,7	840	48,3
Ersatzkassen (EK)	6	26 020	44,1	55,9	11 128	42,8	2 725	10,5	5 903	22,7

Durchschnitt errechnet aus zwölf Monatswerten.

1 Anzahl der Kassen am Jahresende.

2 Versicherte = Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige zusammen.

3 Pflichtmitglieder einschl. Studierende, ohne Rentner/-innen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.5 Gesetzliche Krankenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen ¹¹	Ausgaben					Sonstige Ausgaben ¹⁴	Leistungen je versicherte Person	
		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					
	Behandlungen durch Ärzte/Ärztinnen ¹²			Krankenhausbehandlung	Arzneimittel ¹³	Krankengeld			
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	EUR					
2010	175 322	175 993	164 964	20,7	35,5	26,6	4,7	31 586	2 363
2011	183 466	179 608	168 742	20,7	35,8	25,7	5,1	32 516	2 423
2012	189 658	184 249	173 152	21,3	35,6	25,3	5,3	32 764	2 484
2013 ¹⁵	195 625	194 446	182 845	18,9	35,1	24,8	5,3	40 535	2 617
davon (2013) ¹⁵ :									
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	74 092	73 115	68 942	18,1	37,9	24,5	4,1	14 771	2 839
Betriebskrankenkassen (BKK)	28 862	28 669	26 966	19,8	33,1	23,9	7,0	6 075	2 320
Innungskrankenkassen (IKK)	13 180	13 117	12 364	18,8	34,2	24,4	7,3	2 648	2 269
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK)	2 416	2 446	2 231	17,4	39,1	25,4	0,1	614	3 000
Knappschaft Bahn-See (KBS)	6 621	6 593	6 274	14,5	34,7	21,1	3,8	1 944	3 603
Ersatzkassen (EK)	70 455	70 507	66 068	19,9	33,1	26,0	5,9	14 483	2 539

1 Ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

2 Einschl. Zahnärzte/-ärztinnen.

3 Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

4 Einschl. Verwaltungskosten.

5 Vorläufiges Ergebnis.

8 Soziales
 8.2 Sozialversicherungen
 8.2.6 Soziale Pflegeversicherung

Weitere Informationen zu Pflege siehe Kapitel „Gesundheit“

	Versicherte zum 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende	Einnahmen		Ausgaben					sonstige Ausgaben ¹²	
			insgesamt	darunter Beitrags-einnahmen	insgesamt	Leistungs-ausgaben	davon				
							Pflegegeld	Pflegesach-leistung	stationäre Pflege ¹¹		übrige Leistungs-ausgaben
1 000	Mill. EUR				%			Mill. EUR			
2010	69 793	2 288	21 784	21 641	21 448	20 429	22,9	14,2	52,8	10,1	1 020
2011	69 684	2 315	22 243	22 129	21 930	20 893	22,7	14,3	52,8	10,2	1 037
2012	69 770	2 397	23 045	22 918	22 941	21 854	23,2	14,2	52,1	10,4	1 087
2013	69 950	2 480	24 955	24 863	24 329	23 173	24,5	14,5	50,1	10,9	1 156

1 Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.

2 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.7 Arbeitslosenversicherung – Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III

	Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld (SGB III)	Davon bei					
		Arbeitslosigkeit			Weiterbildung		
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1 000	%			1 000	%		
2010 ..	1 085	1 024	57,6	42,4	61	58,9	41,1
2011 ..	886	829	54,6	45,4	57	56,0	44,0
2012 ..	900	849	55,1	44,9	51	52,8	47,2
2013 ..	975	915	56,4	43,6	60	52,4	47,6

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen **Arbeitslosengeld** als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtversichert hatte.

8.2.8 Arbeitslosenversicherung – Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter

	Kurzarbeiter/-innen		
	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%	
2010	503	79,2	20,8
2011	148	80,4	19,6
2012	112	83,2	16,8
2013	124	83,2	16,8

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter sind beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. In Deutschland handelt es sich dabei um eine Leistung der Arbeitslosenversicherung an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unterschieden wird zwischen der „konjunkturellen Kurzarbeit“, dem „Transferkurzarbeitergeld“ und dem „Saison-Kurzarbeitergeld“.

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.2.9 Arbeitslosenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen		Ausgaben			
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	davon		
				Leistungen der aktiven Arbeitsförderung ¹¹	Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts ¹² ³	sonstige Ausgaben ¹⁴
Mrd. EUR	%	Mrd. EUR				
2010	37	61	45	15	23	7
2011	38	68	38	11	19	7
2012	37	71	35	9	19	7
2013	33	85	33	9	16	7

1 Darunter Leistungen zur Förderung der Teilhabe (schwer-)behinderter Menschen am Arbeitsleben, Eingliederungstitel etc.

2 Bei Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin, einschl. Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbetrag.

3 Darunter Arbeitslosen- und Insolvenzgeld.

4 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

8.2 Sozialversicherungen

8.2.10 Gesetzliche Unfallversicherung – Versicherte und Rentenbestand

	Versicherte	Rentenbestand am Jahresende			
		insgesamt	darunter		
			Renten an Verletzte und Erkrankte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten
1 000	Anzahl	%			
2010	61 880	964 793	86,2	12,3	1,5
2011	62 293	950 928	86,2	12,3	1,5
2012	62 380	933 198	86,3	12,2	1,4
davon (2012):					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	48 914	753 457	85,6	12,9	1,5
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	3 371	94 931	89,5	9,3	1,2
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ¹	10 095	84 810	88,8	9,9	1,3

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn-Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.11 Gesetzliche Unfallversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen

	Einnahmen		Ausgaben						sonstige Ausgaben ^{1,2}	Vermögen am Jahresende
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					
					Renten	Heilbehandlung ¹	Verletztengeld	Unfallverhütung		
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%					Mill. EUR		
2010	14 498	82,2	14 401	10 472	54,0	28,9	5,9	9,3	3 929	18 547
2011	14 362	85,9	14 323	10 590	52,8	29,7	6,0	9,5	3 733	19 109
2012	14 605	87,1	14 564	10 723	52,3	29,8	5,9	10,0	3 841	19 542

Ohne Schülerunfallversicherung.

¹ Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

² Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.3 Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

8.3.1 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und durchschnittliche Versorgungsbezüge

	Versorgungsempfänger/-innen am 1.1.2013				Versorgungsbezüge ¹ im Januar 2013		
	insgesamt	von Ruhegehalt	von Witwen-/Witwergeld	von Waisengeld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
	Anzahl				EUR		
Bundesbereich	634 348	453 892	171 128	9 328	2 240	1 270	360
Bund	177 415	130 061	44 286	3 068	2 820	1 650	380
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	86 821	61 073	23 875	1 873	2 850	1 640	360
Berufssoldaten/-soldatinnen	90 594	68 988	20 411	1 195	2 800	1 660	400
Bundeseisenbahnvermögen	173 759	104 282	66 851	2 626	2 060	1 140	400
Post ²	276 590	214 441	58 610	3 539	1 970	1 120	310
Rechtlich selbstständige Einrichtungen ³	6 584	5 108	1 381	95	2 760	1 640	390
Landesbereich	765 178	597 366	153 213	14 599	2 860	1 670	370
Schuldienst	387 716	326 325	55 127	6 264	2 890	1 790	380
Vollzugsdienst	149 443	107 303	38 839	3 301	2 320	1 310	310
Übrige Bereiche	228 019	163 738	59 247	5 034	3 160	1 800	400
Kommunaler Bereich	114 144	79 814	32 007	2 323	2 790	1 620	370
Sozialversicherung ⁴	20 760	15 183	5 162	415	2 710	1 630	360
Insgesamt	1 534 430	1 146 255	361 510	26 665	2 610	1 470	370
nachrichtlich: Versorgung nach Kap. I des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes ⁵							
Insgesamt	14 349	530	13 182	637	1 140	1 010	540
nachrichtlich: Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Insgesamt	23 855	16 697	6 794	364	2 750	1 500	380

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik. – Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz sowie Versorgung nach Artikel G131 des Grundgesetzes.

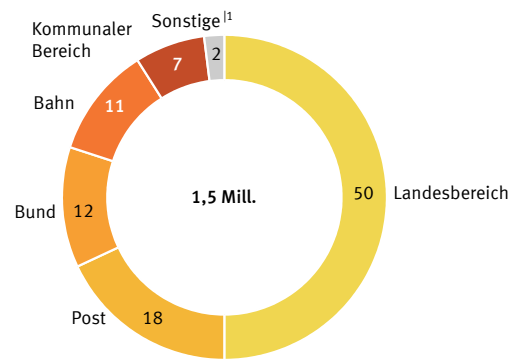
- 1 Bruttodurchschnittsbezüge.
- 2 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank.
- 3 Ohne Forschungseinrichtungen.
- 4 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.
- 5 Nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene Bedienstete mit Beamtenversorgung des Deutschen Reiches.

8.3.2 Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt im öffentlichen Dienst

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	2000		2005		2012	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	66 229	100	45 348	100	57 005	100
Dienstunfähigkeit	40 847	61,7	13 028	28,7	10 592	18,6
Erreichen einer Altersgrenze	21 578	32,6	28 680	63,2	43 195	75,8
Besondere Altersgrenze	6 554	9,9	5 680	12,5	7 784	13,7
Antragsaltersgrenze wegen Schwerbehinderung	3 069	4,6	2 379	5,2	4 396	7,7
Allgemeine Antragsaltersgrenze	7 681	11,6	6 757	14,9	15 094	26,5
Regelaltersgrenze	4 274	6,5	13 864	30,6	15 921	27,9
Vorruhestandsregelung	3 247	4,9	2 518	5,6	2 534	4,4
Sonstige Gründe	557	0,8	1 122	2,5	684	1,2

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1.1.2013 nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz, in %



Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

- 1 Rechtlich selbstständige Einrichtungen unter Bundesaufsicht und Sozialversicherung.

8.4 Sozialleistungen

8.4.1 Mindestsicherungsquote nach Ländern

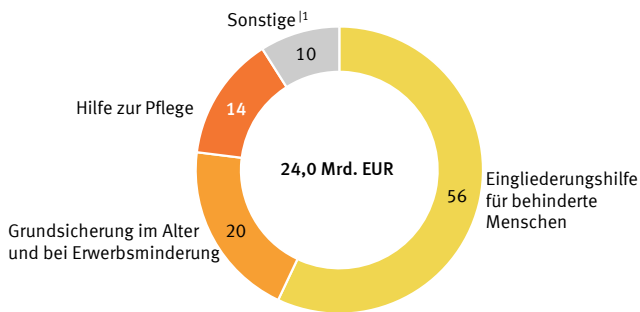
	2006 ¹	2007 ^{1 3}	2008 ¹	2009 ^{1 3}	2010 ¹	2011 ^{2 3}	2012 ²
	%						
Deutschland	10,1	9,8	9,3	9,5	9,2	9,0	9,0
Baden-Württemberg	5,7	5,4	5,1	5,4	5,2	5,0	5,0
Bayern	5,3	5,0	4,7	4,9	4,6	4,4	4,4
Berlin	20,0	19,9	19,3	19,5	19,2	19,9	19,5
Brandenburg	14,6	13,9	13,1	12,7	12,0	11,7	11,5
Bremen	17,5	17,0	16,3	16,7	16,8	16,7	16,7
Hamburg	13,8	13,6	13,1	13,3	13,0	13,2	13,1
Hessen	9,0	8,8	8,5	8,7	8,4	8,3	8,3
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	16,8	15,5	15,0	14,4	14,0	13,7
Niedersachsen	10,3	10,0	9,6	9,6	9,3	9,1	9,0
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,7	10,3	10,7	10,7	10,6	10,7
Rheinland-Pfalz	7,5	7,2	7,0	7,2	6,9	6,7	6,6
Saarland	9,8	9,6	9,1	9,4	9,2	9,0	9,1
Sachsen	14,1	13,6	12,7	12,6	11,9	11,4	11,0
Sachsen-Anhalt	16,7	16,3	15,4	15,1	14,4	14,2	14,0
Schleswig-Holstein	10,4	10,1	9,7	9,7	9,5	9,5	9,5
Thüringen	12,7	12,2	11,1	11,1	10,4	9,8	9,6
nachrichtlich:							
Früheres Bundesgebiet	8,6	8,4	8,0	8,2	8,1	7,9	7,9
Neue Länder einschl. Berlin	16,0	15,5	14,6	14,5	13,9	13,6	13,4

Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Zu diesen Leistungen zählen **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen, Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen, **Arbeitslosengeld II/Sozialgeld** nach dem SGB II, Regelleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** sowie laufende Leistungen der **Kriegsopferfürsorge** nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

- 1 Bevölkerungszahl (2006 – 2010): 31.12. des jeweiligen Jahres auf Grundlage früherer Zählungen (Volkszählung 1987 im ehemaligen Bundesgebiet und Registerzählung 1990 in der ehemaligen DDR).
- 2 Bevölkerungszahl (ab 2011): 31.12. des jeweiligen Jahres auf Grundlage des Zensus 2011. Die Ergebnisse von 2006 bis 2010 sind nur eingeschränkt mit den Ergebnissen ab 2011 vergleichbar.
- 3 Da die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben wird, enthalten die Mindestsicherungsquoten 2007, 2009 und 2011 jeweils das Ergebnis des Vorjahres.

Nettoausgaben Sozialhilfe 2012
nach Hilfearten in %



Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung sowie Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.

2014 - 01 - 0241

8 Soziales

8.4 Sozialleistungen

8.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2012

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	343	179	163
unter 15	24	13	11
15 – 65	242	140	102
65 und mehr	77	27	50
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	4,3	4,6	4,0
unter 15	2,2	2,3	2,1
15 – 65	4,5	5,2	3,9
65 und mehr	4,6	3,8	5,2
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
unter 15	18	9	9
15 – 65	92	48	44
65 und mehr	2	1	1
Zusammen	113	58	54
In Einrichtungen ²			
unter 15	5	3	2
15 – 65	150	92	58
65 und mehr	75	26	49
Zusammen	230	121	109

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. – Empfänger/-innen am 31.12.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; **Bevölkerungsstand: 31.12.2012 (Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).**
 2 Als Einrichtung zählen z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime.

8.4.4 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII 2012

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt ¹	1 341	686	655
Hilfen zur Gesundheit	29	13	16
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	821	488	333
Hilfe zur Pflege ¹¹	439	151	288
Sonstige Hilfen ¹²	94	53	41
je 1 000 Einwohner/-innen¹³			
Insgesamt ¹	16,7	17,5	15,9
Hilfen zur Gesundheit	0,4	0,3	0,4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	10,2	12,4	8,1
Hilfe zur Pflege ¹¹	5,5	3,8	7,0
Sonstige Hilfen ¹²	1,2	1,3	1,0
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	22	10	12
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	377	220	158
Hilfe zur Pflege ¹¹	128	50	77
Sonstige Hilfen ¹²	77	41	36
Zusammen¹	583	311	272
In Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	8	4	4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	529	320	209
Hilfe zur Pflege ¹¹	317	102	215
Sonstige Hilfen ¹²	19	13	5
Zusammen¹	858	432	426

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII (im Laufe des Berichtsjahres).

- 1 Mehrfachzählungen sind ausgeschlossen soweit aus den Meldungen erkennbar.
 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
 3 Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung; **Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2012 (Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).**

8.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2012

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	900	416	484
18 – 65	435	245	190
65 und mehr	465	171	294
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	13,3	12,7	13,9
18 – 65	8,6	9,6	7,5
65 und mehr	27,8	23,9	30,8
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
18 – 65	305	167	138
65 und mehr	400	148	252
Zusammen	705	315	390
In Einrichtungen			
18 – 65	130	78	52
65 und mehr	65	23	42
Zusammen	195	100	94

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

- 1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; **Bevölkerungsstand: 31.12.2012 (Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Stand: 10.4.2014).**

8.4.5 Ausgaben der Sozialhilfe 2012

Weitere Informationen zu Pflege und Behinderung siehe Kapitel „Gesundheit“

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen ¹	In Einrichtungen ¹
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	26 235	7 864	17 725
davon:			
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 265	671	594
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4 934	3 670	1 265
Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII	20 036	.	.
davon:			
Hilfen zur Gesundheit	93	60	33
Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung	646	.	.
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	15 129	2 358	12 771
Hilfe zur Pflege	3 720	874	2 846
Sonstige Hilfen ¹²	448	229	218
darunter:			
Nettoausgaben	23 957	7 527	15 699
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ¹³	298	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

- 1 Ohne Hilfen zur Gesundheit und Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung.
 2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.
 3 **Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2012 (Vorläufige Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).**

8 Soziales
 8.4 Sozialleistungen
 8.4.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Leistungsberechtigte

Eine **Bedarfsgemeinschaft** bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Sie umfasst mindestens eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person. Dies sind Empfängerinnen und Empfänger von **Arbeitslosengeld II**. Das **Sozialgeld** ist eine Geldleistung an nicht erwerbsfähige leistungsberechtigte Angehörige bzw. Partnerinnen und Partner in dieser Bedarfsgemeinschaft, sofern diese keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben.

	Bedarfsgemeinschaften	Leistungsberechtigte nach dem SGB II	Darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte			
			insgesamt	zusammen	Männer	Frauen
					Anzahl	%
2007	3 726 096	7 241 452	5 277 639	49,3	50,7	
2008	3 577 711	6 909 198	5 011 542	48,6	51,4	
2009	3 559 819	6 726 892	4 909 122	49,0	51,0	
2010	3 583 614	6 713 082	4 894 265	49,2	50,8	
2011	3 422 686	6 353 700	4 615 520	48,9	51,1	
2012	3 325 171	6 142 988	4 443 094	48,5	51,5	
2013	3 323 832	6 126 322	4 423 731	48,5	51,5	

Jahresdurchschnitte. – Werte können aufgrund einer Datenrevision von anderweitig veröffentlichten Werten abweichen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.8 Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen am 31.12.2012
 Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%		
Insgesamt	165 244	100	100	100
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 7	21 216	12,8	11,0	15,6
7 – 11	11 174	6,8	5,8	8,2
11 – 15	10 680	6,5	5,6	7,8
15 – 18	8 002	4,8	4,6	5,2
18 – 21	11 849	7,2	8,5	5,2
21 – 25	15 353	9,3	10,6	7,3
25 – 30	21 212	12,8	14,6	10,2
30 – 40	31 567	19,1	20,2	17,4
40 – 50	18 602	11,3	11,3	11,2
50 – 60	9 248	5,6	5,1	6,4
60 – 65	2 428	1,5	1,2	1,9
65 und mehr	3 913	2,4	1,6	3,5
Staatsangehörigkeit				
Afrika	21 104	12,8	14,5	10,2
Amerika	470	0,3	0,3	0,3
Asien	74 655	45,2	48,7	39,9
Europa	59 718	36,1	30,9	44,1
Übrige Staaten, staatenlos	1 176	0,7	0,7	0,8
Unbekannt	8 121	4,9	5,0	4,8

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen.

8.4.7 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) – Zahlungsansprüche

	Zahlungsansprüche aller Bedarfsgemeinschaften	Darunter für		Durchschnittlicher monatlicher Zahlungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft
		Arbeitslosengeld II (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	Sozialgeld (ohne Leistungen für Unterkunft und Heizung)	
	1 000 EUR			EUR
2007	36 594 183	15 294 996	680 610	818
2008	35 312 025	14 496 858	660 776	823
2009	36 324 664	14 665 708	777 551	850
2010	36 357 819	14 660 045	666 110	845
2011	33 213 671	13 742 121	531 763	809
2012	32 799 842	13 569 553	531 984	822
2013	33 675 960	13 848 047	577 257	844

Jahressummen. – Werte können aufgrund einer Datenrevision von anderweitig veröffentlichten Werten abweichen.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.9 Ausgaben für Asylbewerberleistungen 2012

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
	Mill. EUR		
Bruttoausgaben	1 096,2	700,8	395,4
davon:			
Regelleistungen	805,8	514,0	291,8
Besondere Leistungen ¹	290,4	186,7	103,7
Nettoausgaben	1 072,9	682,0	390,8
	EUR		
Nettoausgaben je Einwohner/-in ²	13,34	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen.

1 U. a. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.

2 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2012 auf Grundlage des Zensus 2011.

8.4 Sozialleistungen

8.4.10 Kriegsopterfürsorge

	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen
Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12. ¹											
2008	46 256	966	–	17 867	970	2 078	76	3 976	–	–	20 323
2010	42 204	491	–	15 277	795	1 581	249	4 583	–	–	19 025
2012	34 406	493	–	12 552	748	1 229	243	3 709	–	–	15 294
Empfänger/-innen einmaliger Leistungen bis zum 31.12. (im Laufe des Jahres) ¹											
2008	27 563	215	850	1 984	354	13 586	68	1 610	6 300	461	2 135
2010	19 232	383	864	870	405	7 154	200	1 048	3 402	592	3 397
2012	14 198	413	669	792	362	4 493	179	851	2 654	588	3 151
Ausgaben in 1 000 EUR ²											
2008	472 010	6 039	272	279 561	2 467	4 129	366	19 871	7 828	1 575	149 902
2010	478 252	6 904	346	226 700	2 479	3 684	4 623	21 960	4 153	2 062	202 866
2012	430 959	7 151	215	200 844	1 764	3 401	3 117	18 066	2 898	1 926	190 901

Ergebnisse der Statistik der Kriegsopterfürsorge. – Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland. – Ab 2010 einschl. der Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG) und dem Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (VwRehaG). Außerdem sind ab 2010 bei den einzelnen Leistungsarten nur Leistungen im Inland dargestellt. Daher ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt.

1 Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Den Ausgaben stehen 2008 Einnahmen in Höhe von 144 Mill. Euro gegenüber, 2010 von 134 Mill. Euro und 2012 von 113 Mill. Euro.

8 Soziales
 8.4 Sozialeleistungen
 8.4.11 Hilfen zur Erziehung 2012

Weitere Informationen zu Kinderbetreuung, Kinder- und Elterngeld sowie Adoptionen siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Personen insgesamt im Alter von ... bis unter ... Jahren						
				unter 6	6 – 9	9 – 12	12 – 15	15 – 18	18 und mehr	
	Anzahl	%								
Ambulante Hilfen										
Flexible Hilfen gemäß § 27 SGB VIII ¹										
Begonnene Hilfen	29 228	54,9	45,1	28,9	16,3	16,5	17,5	14,5	6,2	
Beendete Hilfen	27 914	54,8	45,2	23,4	13,7	16,5	18,3	17,7	10,5	
Hilfen am 31.12.	38 456	57,2	42,8	23,0	16,3	19,6	18,6	14,9	7,6	
Erziehungsberatung										
Begonnene Hilfen	307 470	53,7	46,3	24,6	19,3	18,3	17,4	13,6	6,8	
Beendete Hilfen	310 661	53,8	46,2	21,4	18,6	18,9	17,8	14,9	8,4	
Hilfen am 31.12.	137 441	54,2	45,8	21,0	19,6	20,4	18,0	13,6	7,4	
Soziale Gruppenarbeit										
Begonnene Hilfen	7 653	73,7	26,3	–	20,4	27,6	23,9	17,3	10,9	
Beendete Hilfen	7 535	73,9	26,1	–	8,0	25,0	29,0	24,1	13,8	
Hilfen am 31.12.	8 550	69,4	30,6	–	16,7	36,1	30,0	13,0	4,1	
Erziehungsbeistand										
Begonnene Hilfen	20 003	58,5	41,5	3,0	4,4	11,4	29,5	36,5	15,2	
Beendete Hilfen	18 636	58,8	41,2	2,5	3,4	7,9	21,5	38,9	25,8	
Hilfen am 31.12.	22 550	61,1	38,9	2,8	4,4	11,2	27,1	38,0	16,5	
Betreuungshelfer/-innen										
Begonnene Hilfen	6 083	64,7	35,3	–	3,4	6,1	15,0	34,4	41,1	
Beendete Hilfen	6 207	64,7	35,3	–	1,5	4,6	11,1	30,7	52,1	
Hilfen am 31.12.	5 277	64,8	35,2	–	3,2	8,5	17,6	34,0	36,6	
Stationäre/teilstationäre Hilfen										
Erziehung in einer Tagesgruppe										
Begonnene Hilfen	8 574	73,9	26,1	4,6	37,8	38,1	16,7	2,9	–	
Beendete Hilfen	8 667	72,8	27,2	4,1	11,6	41,0	32,1	11,2	–	
Hilfen am 31.12.	17 086	74,4	25,6	2,9	22,1	44,6	24,1	6,4	–	
Vollzeitpflege in einer anderen Familie										
Begonnene Hilfen	15 534	50,4	49,6	51,1	12,8	10,6	11,1	10,6	3,8	
Beendete Hilfen	14 094	49,7	50,3	28,4	11,8	9,7	11,6	15,5	23,0	
Hilfen am 31.12.	64 851	50,9	49,1	26,0	17,4	17,5	17,7	15,9	5,5	
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform										
Begonnene Hilfen	36 048	53,3	46,7	8,8	7,8	10,9	24,3	38,6	9,6	
Beendete Hilfen	33 648	53,4	46,6	5,2	4,0	6,9	17,2	35,9	30,7	
Hilfen am 31.12.	66 711	56,5	43,5	5,4	8,0	13,5	22,9	36,2	14,1	
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung										
Begonnene Hilfen	3 004	57,5	42,5	–	–	4,4	15,7	46,5	33,4	
Beendete Hilfen	2 842	55,9	44,1	–	–	2,0	9,9	32,4	55,6	
Hilfen am 31.12.	3 378	61,3	38,7	–	–	2,8	14,3	43,7	39,1	

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. stationärer Hilfen gemäß § 27 SGB VIII. – Zu den flexiblen Hilfen gemäß § 27 Absatz 2 SGB VIII gehören Hilfen, die keine Verbindung zu den Hilfearten der §§ 28 bis 35 SGB VIII aufweisen. Diese Hilfen sollen eine besonders individuelle Ausgestaltung und Kombination unterschiedlichster Unterstützungskomponenten gewährleisten, um so einem besonderen erzieherischen Bedarf gerecht zu werden.

8.4 Sozialleistungen

8.4.12 Sozialpädagogische Familienhilfe 2012

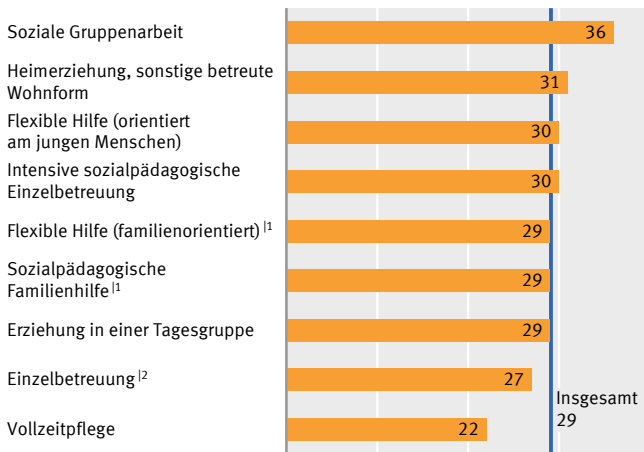
	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	durchschnittliche Dauer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Monate
Familien insgesamt	44 630	64,2	65 642	67,8	40 849	16
davon mit:						
1 Kind	22 219	65,6	30 165	69,2	19 340	14
2 Kindern	12 310	60,4	18 302	64,2	11 625	16
3 Kindern	6 315	63,3	10 158	66,3	6 027	18
4 und mehr Kindern	3 786	69,4	7 017	73,0	3 857	20
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	83 172	64,5	129 943	68,2	X	X
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	42 983	64,1	63 530	67,7	39 569	16
davon:						
Eltern leben zusammen	14 206	50,7	21 471	54,9	12 678	16
Elternteil lebt alleine	22 217	74,4	32 741	77,4	20 741	16
Elternteil lebt mit neuem Partner/neuer Partnerin zusammen	6 560	58,2	9 318	63,4	6 150	15
in einer Verwandtenfamilie	828	71,3	1 052	74,7	706	15
in einer nicht verwandten Familie	476	66,2	584	68,5	355	12

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

Begonnene erzieherische Hilfen für unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund 2012

Anteil an allen unter 18-Jährigen mit begonnenen erzieherischen Hilfen, in %

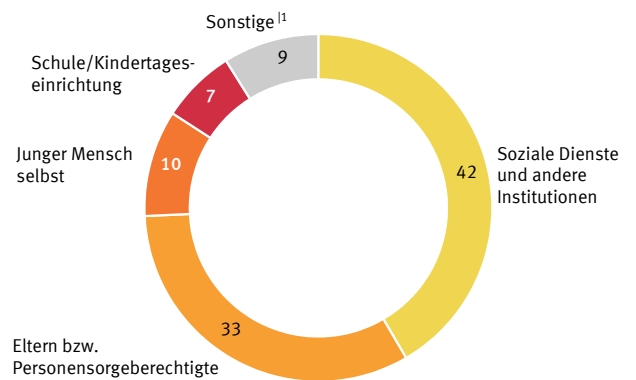


Ohne Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII.

- 1 Anteil der betreuten Familien.
- 2 Unterstützung durch Erziehungsbeistände und Betreuungshelfer/-innen.

Begonnene Hilfen zur Erziehung junger Menschen 2012

nach anregenden Institutionen oder Personen, in %



Ohne Erziehungsberatungen gemäß § 28 SGB VIII.

- 1 Z. B. Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei, Arzt/Ärztin, Klinik, Gesundheitsamt, ehemalige Klienten/Klientinnen oder Bekannte.

2014 - 01 - 0242

8.4 Sozialleistungen

8.4.13 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung 2012

	Begonnene Hilfen			Hilfen am 31.12.			Beendete Hilfen		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	22 511	68,3	31,7	46 992	70,4	29,6	18 066	66,7	33,3
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	1 270	71,7	28,3	1 354	70,2	29,8	353	71,7	28,3
6 – 9	5 198	74,0	26,0	6 103	75,8	24,2	1 781	75,9	24,1
9 – 12	7 443	69,0	31,0	15 720	69,4	30,6	4 988	67,0	33,0
12 – 15	4 019	73,6	26,4	11 919	74,9	25,1	4 686	68,5	31,5
15 – 18	2 479	57,2	42,8	6 579	70,4	29,6	2 840	68,2	31,8
18 und mehr	2 102	52,8	47,2	5 317	56,9	43,1	3 418	56,9	43,1

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII.

8.4.14 Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1 SGB VIII 2012

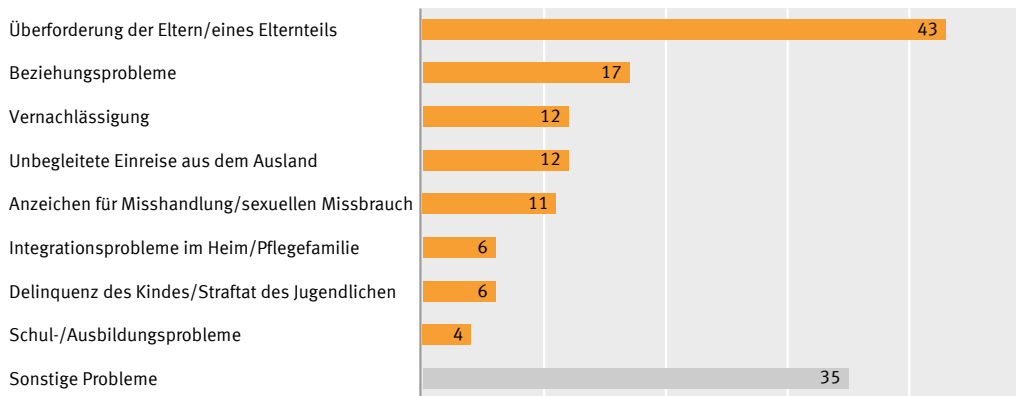
	Verfahren insgesamt	Davon nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung			
		akute Kindeswohlgefährdung	latente Kindeswohlgefährdung	keine Kindeswohlgefährdung aber Hilfebedarf	keine Kindeswohlgefährdung und kein (weiterer) Hilfebedarf
	Anzahl	%			
Insgesamt	106 623	15,8	20,1	31,8	32,3
Alter von ... bis unter ... Jahren					
unter 3	26 400	15,5	17,6	31,8	35,2
3 – 6	21 778	13,1	19,3	31,6	36,0
6 – 9	18 030	14,4	21,3	31,9	32,4
9 – 12	15 209	15,2	21,7	32,4	30,8
12 – 15	14 466	18,4	22,1	32,0	27,5
15 – 18	10 740	22,1	20,8	30,6	26,4

Eine **Kindeswohlgefährdung** liegt vor, wenn als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung eine Situation zu bejahen ist, in der eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes/Jugendlichen bereits eingetreten ist oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist und diese Situation von den Sorgeberechtigten nicht abgewendet wird oder werden kann.

Kann die Frage nach der gegenwärtig tatsächlich bestehenden Gefahr nicht eindeutig beantwortet werden, besteht aber der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung bzw. kann eine Kindeswohlgefährdung nicht ausgeschlossen werden, ist von einer „latenten Kindeswohlgefährdung“ auszugehen.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Anlässe für vorläufige Schutzmaßnahmen 2012 in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. Für jedes Kind oder jede(n) Jugendliche(n) konnten bis zu zwei Anlässe der Maßnahme angegeben werden.

2014 - 01 - 0243

8.4 Sozialleistungen

8.4.15 Vorläufige Schutzmaßnahmen 2012

	Insgesamt		Inobhutnahme			Herausnahme
	Anzahl	%	zusammen	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	4 030	10,0	3 768	–	9,4	262
3 – 6	2 553	6,3	2 400	–	6,0	153
6 – 9	2 476	6,2	2 351	0,2	5,7	125
9 – 12	3 004	7,5	2 920	0,8	6,5	84
12 – 14	5 164	12,8	5 096	2,8	9,8	68
14 – 16	10 789	26,8	10 691	7,7	18,9	98
16 – 18	12 211	30,4	12 139	11,3	18,9	72
Insgesamt	40 227	100	39 365	22,8	75,1	862
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	29 470	73,3	28 726	15,0	56,4	744
Nicht deutsch	10 757	26,7	10 639	7,8	18,7	118
	Männlich					
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	2 160	5,4	2 019	–	5,0	141
3 – 6	1 413	3,5	1 325	–	3,3	88
6 – 9	1 292	3,2	1 227	0,1	3,0	65
9 – 12	1 611	4,0	1 568	0,3	3,6	43
12 – 14	2 128	5,3	2 105	0,8	4,4	23
14 – 16	4 636	11,5	4 598	2,9	8,5	38
16 – 18	6 925	17,2	6 904	6,0	11,2	21
Zusammen	20 165	50,1	19 746	10,1	39,0	419
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	13 355	33,2	12 985	5,2	27,1	370
Nicht deutsch	6 810	16,9	6 761	4,9	11,9	49
	Weiblich					
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	1 870	4,6	1 749	–	4,3	121
3 – 6	1 140	2,8	1 075	–	2,7	65
6 – 9	1 184	2,9	1 124	0,1	2,7	60
9 – 12	1 393	3,5	1 352	0,4	2,9	41
12 – 14	3 036	7,5	2 991	2,0	5,4	45
14 – 16	6 153	15,3	6 093	4,8	10,3	60
16 – 18	5 286	13,1	5 235	5,3	7,7	51
Zusammen	20 062	49,9	19 619	12,7	36,1	443
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	16 115	40,1	15 741	9,8	29,3	374
Nicht deutsch	3 947	9,8	3 878	2,9	6,8	69

Eine vorläufige Schutzmaßnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einer akuten, sie gefährdenden Situation. Minderjährige werden auf eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder von Erzieherinnen und Erziehern) in Obhut genommen und – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung untergebracht, etwa in einem Heim.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4 Sozialleistungen

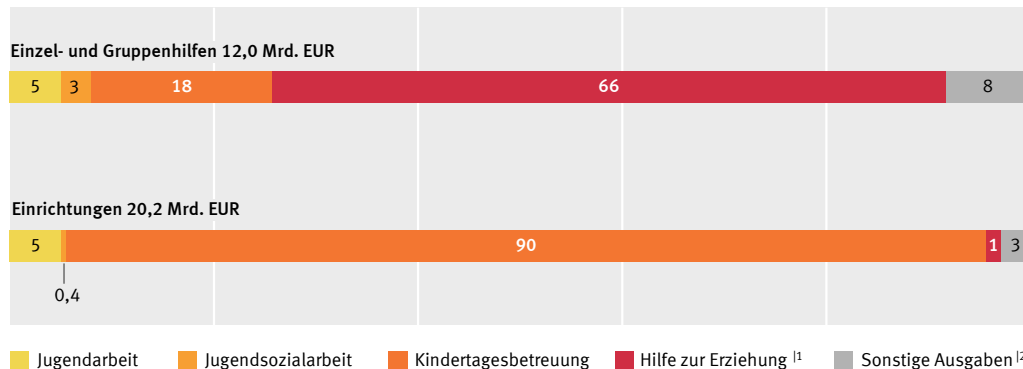
8.4.16 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2012

	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	1 000 EUR		
Jugendarbeit	1 625 803	597 362	1 028 441
Jugendsozialarbeit	438 927	358 565	80 361
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	537 762	491 765	45 997
dar. Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	237 151	234 289	2 862
Kindertagesbetreuung	20 358 564	2 121 587	18 236 976
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	8 204 275	7 919 977	284 298
Mitarbeiterfortbildung	21 752	10 009	11 743
Sonstige Aufgaben	854 416	505 781	348 636
Ausgaben zusammen	32 041 499	12 005 047	20 036 452
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	190 405	-	190 405
Ausgaben insgesamt	32 231 903	12 005 047	20 226 857
davon:			
Öffentliche Träger	20 357 748	11 078 853	9 278 896
Förderung von freien Trägern	11 874 155	926 194	10 947 961
Einnahmen insgesamt	2 444 504	822 948	1 621 556
Reine Ausgaben insgesamt	29 787 399	11 182 099	18 605 300

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2012

in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

- 1 Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche.
- 2 Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern), Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

2014 - 01 - 0244

Methodik

■ Sozialbudget nach Institutionen

Um einen Gesamtüberblick zu vermitteln, zeigt die Tabelle 8.1 dieses Kapitels die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen sowie nach Leistungs- und Finanzierungsarten. Detaillierte Informationen aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken der **Sozialleistungen** runden das Kapitel ab. Da die Zahlen des Sozialbudgets zum Teil definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind, besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 9 dieses Jahrbuchs. Die Definitionen zum Sozialbudget, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2013.

Das „Glossar“ enthält Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt bereinigt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe um Leistungen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Dieses Kapitel enthält – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie Ministerien und der Bundesagentur für Arbeit. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialleistungen in Deutschland zu geben. Daten, die nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Im Folgenden werden die Methodiken der Erhebungen dargestellt, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchführen. Es handelt sich bei diesen Bundesstatistiken um dezentrale Statistiken. Dies bedeutet, dass das Statistische Bundesamt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept entwickelt und Organisation sowie EDV-Technik vorbereitet. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen stellt das Statistische Bundesamt die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlicht diese. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität. Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 „Sozialleistungen“ (siehe hierzu „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels). Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Die **Versorgungsempfängerstatistik** liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar. Anspruch auf eine Leistung nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht haben Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, die wegen des Erreichens einer Altersgrenze, aus Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind (Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt).

Leistungsberechtigt sind des Weiteren Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten oder von verstorbenen Pensionärinnen und Pensionären (Empfängerinnen und Empfänger von Witwen- und Witwengeld, Waisengeld). Die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Beschäftigten des Deutschen Reiches regelt sich nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G131), soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht.

Der *öffentliche Dienst* wird in der Versorgungsempfängerstatistik in den vier Ebenen Bundesbereich, Landesbereich, kommunaler Bereich und Sozialversicherung (einschl. Bundesagentur für Arbeit) dargestellt.

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Versorgungsrechts. Sie bildet zusammen mit der Personalstandstatistik die Basis für Berechnungen über die Höhe der bestehenden Versorgungsansparungen und der zukünftigen Versorgungsausgaben. Sie wird für die Ermittlung der Zuweisungssätze zum Versorgungsfonds des Bundes verwendet und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Sozialleistungen

Sozialhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden in der amtlichen **Sozialhilfestatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Vollerhebungen liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken in der Regel rund zehn bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht. Das Berichtssystem der Sozialhilfestatistik hat sich mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend geändert. Es gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempfängerinnen und Kurzzeitempfänger) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und Hilfen in anderen Lebenslagen; bis Ende 2004

Methodik

wurden diese Leistungen als „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.

- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Asylbewerberleistungsstatistik

Um die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beurteilen sowie das Gesetz fortentwickeln zu können, werden auch in der amtlichen **Asylbewerberleistungsstatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Bei diesen Erhebungen handelt es sich um Vollerhebungen. Sie liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die Stellen, die für die Durchführung des AsylbLG zuständig sind.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken veröffentlicht das Statistische Bundesamt in der Regel rund sieben Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfasst die amtliche Asylbewerberleistungsstatistik die folgenden Erhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr und zum 31.12.
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der **Kriegsopferfürsorgestatistik** ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Die Statistik der Kriegsopferfürsorge wird als zweijährliche Vollerhebung durchgeführt. Die Rechtsgrundlage bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten erheben die Statistischen Landesämter bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2012 lagen im Oktober 2013 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfeängerinnen und Hilfeempfänger sowie über die finanziellen Aufwendungen, die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbunden sind.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe gemäß § 102 SGB VIII eine Auskunftspflicht, die nach Erhebungen differenziert ist.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfassen die amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stich-tage unterscheiden:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle vier Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind, z. B. über die Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die sogenannte **Grundsicherung für Arbeitsuchende** ersetzt. Diese ist im SGB II geregelt.

Die Grundsicherungsstatistik wird gemäß § 53 SGB II von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt und berichtet über Leistungsansprüche hilfebedürftiger Personen, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Dabei wird zwischen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unterschieden. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erhalten Arbeitslosengeld II, die nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten Sozialgeld.

Die Bedarfsgemeinschaft ist ein rechtliches Konstrukt, welches alle Personen einschließt, die dem Grunde nach leistungsberechtigt sind; sie besteht aus mindestens einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die jeweilige Wohngemeinschaft kann noch weitere Personen außerhalb des SGB II umfassen.

Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger. Dabei wird – unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen – vorhandenes Einkommen und Vermögen der Personen angerechnet.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst

- den Regelbedarf und Mehrbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts (Arbeitslosengeld II/Sozialgeld),

Methodik

- Leistungen für Unterkunft und Heizung,
- Beiträge zur Sozialversicherung und
- sonstige Leistungen.

Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Sie ergänzt die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III, hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Die „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ zählt alle Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld zu den Beziehenden und Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen.

Glossar

Altersgrenze | Die *Altersgrenze der Beamtenversorgung des Bundes* ist der gesetzlich bestimmte Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Die allgemeine Antragsaltersgrenze liegt für Personen, die vor 1947 geboren wurden bei 65 Jahren. Beginnend mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze ab dem 1.1.2012 bis zum Jahr 2031 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Im Falle einer Schwerbehinderung ist ab dem 60. bzw. 62. Lebensjahr ein Antrag auf den vorgezogenen Ruhestand möglich.

Alterssicherung der Landwirte (AdL, Sozialbudget) | Dieses berufsspezifisch ausgerichtete Sondersystem der Alterssicherung soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck gewährt die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau als Träger der AdL insbesondere Altersrenten, Renten wegen Erwerbsminderung und/oder Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten grundsätzlich die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden. Beitragspflichtig sind selbstständig tätige Land- und Forstwirte sowie mitarbeitende Familienangehörige und ab 1995 die Ehegatten. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt der landwirtschaftliche Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Einheitsbeitrags. Befreiung von der Versicherungspflicht ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere Landwirtinnen und Landwirte erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Arbeitslosengeld | Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosengeld als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird auf Antrag bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Arbeitslosengeld als Lohnersatzleistung wird Arbeitslosen anstelle des ausfallenden Arbeitsentgeltes gezahlt. Der Leistungsanspruch beträgt 60 % bzw. 67 % des zuletzt erhaltenen pauschalierten Nettoarbeitsentgeltes. Die Anspruchsdauer beträgt mindestens 180 Kalendertage, bei älteren Arbeitslosen kann sie bis zu 720 Kalendertage betragen. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war, sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

Arbeitslosenversicherung (Sozialbudget) | Die Leistungen daraus können je nach Art der Leistung unterschiedliche Personengruppen in Anspruch nehmen. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung sind für alle Personengruppen zugänglich. Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) sind an besondere Voraussetzungen geknüpft, insbesondere die Zugehörigkeit zur Versicherungsgemeinschaft (in den letzten zwei Jahren mindestens zwölf Monate).

Asylbewerberleistungen | Diese Leistungen werden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gewährt, das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Die Leistungsberechtigten erhalten Regelleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts). Diese werden entweder in Form von Grundleistungen gewährt (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Daneben erhalten die Asyl-

bewerberinnen und Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution „Sozialhilfe“ ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Ausbildungs- und Aufstiegsförderung (Sozialbudget) | Das *Bundesausbildungsförderungsgesetz* (BAFöG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Freibeträge und Bedarfsätze erfolgte durch das 23. BAFöG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2010/11 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstfördersatz für Studierende beträgt 670 Euro monatlich. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn der auszubildenden Person bzw. ihren unterhaltsverpflichteten Eltern oder ihrer Ehegattin bzw. Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen. Einkommen und Vermögen der auszubildenden Person sowie das Einkommen der Eltern und der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Lebenspartners sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im *Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz* (AFBG) geregelt. Mit dem AFBG werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen finanziell unterstützt. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Gefördert werden sowohl Voll- wie auch Teilzeitmaßnahmen. Die Förderung selbst besteht aus Zuschüssen und zinsgünstigen Darlehensanteilen. Die Bedarfs- und Freibeträge des AFBG wurden zuletzt im Zuge des 23. BaföG-ÄndG deutlich erhöht. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

Beihilfen (Sozialbudget) | Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstanfällen.

Betriebliche Altersvorsorge (Sozialbudget) | Hierbei handelt es sich klassischerweise um eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber direkt erfolgen – über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse – oder über externe Versorgungsträger erbracht werden (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Bundesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen des Bundes, Deutsche Bundesbank, Bundeseseisenbahnvermögen und Versorgungsempfänger/-innen des Bundespensionservice für Post und Telekommunikation, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht des Bundes, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Dienstunfähigkeit | Sie liegt vor, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, eine Richterin oder ein Richter sowie eine Berufssoldatin oder ein Berufssoldat aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen. **Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform** | Rechtlich selbstständige Körperschaften, Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen, die unter der Auf-

sicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen einschließlich Zweckverbände aber ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit.

Elterngeld (Sozialbudget) | Es dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig zwischen 65 % und 67 % des maßgeblichen Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro je Lebensmonat. Für Eltern mit einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von mehr als 1 200 Euro vor der Geburt sinkt die Ersatzrate bis auf 65 %. Für Eltern mit einem durchschnittlichen Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro je Lebensmonat. Bei Mehrlingsgeburten wird ein Mehrlingszuschlag gewährt. Familien mit mehreren kleinen Kindern können einen Geschwisterbonus erhalten. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam grundsätzlich zwölf Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für die Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens 2 Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf 2 weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen beim Arbeitslosengeld II, bei der Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag berücksichtigt. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro).

Entgeltfortzahlung (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge (Sozialbudget) | Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Gesetzliche Krankenversicherung (Sozialbudget) | *Pflichtmitglieder* der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze liegt. Des Weiteren zählen dazu Auszubildende, Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieherinnen und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenantrags mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirtinnen und Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteilerinnen und Altenteiler sowie Künstlerinnen und Künstler und Publizistinnen und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Voraussetzungen

eine nachrangige Versicherungspflicht für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben.

Beiträge aus Arbeitsentgelt bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden – mit Ausnahme des mitgliederbezogenen Beitragsatzanteils in Höhe von 0,9 % – je zur Hälfte von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bzw. von den pflichtversicherten Rentnerinnen und Rentnern und den zuständigen Rentenversicherungsträgern getragen.

Die *freiwillige Mitgliedschaft* in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Beitragsfrei familienversichert sind die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen. Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 395 Euro monatlich regelmäßig nicht übersteigt, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 450 Euro monatlich.

Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt. In Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld gezahlt – als Ersatz für Verdienstaufschlag für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung (Sozialbudget) | Versicherungspflichtig sind alle Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung beschäftigt sind. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Gruppen von Selbstständigen (z. B. selbstständig tätige Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher, Handwerkerinnen und Handwerker, Hebammen und Entbindungspfleger). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern bzw. durch eine Versicherungspflicht auf Antrag versicherungspflichtig zu werden. Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte von der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer und der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod der bzw. des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod der oder des Versicherten sind den Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe. Das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung (Sozialbudget) | Versichert sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Auszubildende. Eine Ausnahme bilden Beamtinnen und Beamte. Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirtinnen und Landwirte), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung, z. B. für Unternehmerinnen und Unternehmer, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Ver-

letztengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten). Die Beiträge für die Versicherten trägt allein die Unternehmerin bzw. der Unternehmer.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialbudget) | Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und die mit diesen in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zur Verfügung stellt.

Das Arbeitslosengeld II (ALG II) sichert den Lebensunterhalt erwerbsfähiger Personen, soweit sie hilfebedürftig sind. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht durch Einkommen oder Vermögen sichern kann. Anspruch auf Arbeitslosengeld II können daher auch Personen haben, die mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen. Sozialgeld erhalten hilfebedürftige nicht erwerbsfähige Personen, die mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Innerhalb der Bedarfsgemeinschaft ist wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | Die Leistung wurde durch das Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt, das zum 1.1.2003 in Kraft getreten ist. Mit der Reform der Sozialhilfe, die zum 1.1.2005 in Kraft getreten ist, wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort „Sozialhilfe“ im „Glossar“ sowie zur „Sozialhilfestatistik“ in der „Methodik“). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen mit Erreichen der Altersgrenze gem. § 41 SGB XII sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wird – wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt – angerechnet, z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie Partnerinnen und Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Der Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte „verschämte Armut“ verhindern. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Kinder- und Jugendhilfe (Sozialbudget) | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um die Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII beurteilen zu können, werden gemäß §§ 98f. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von den in Kindertageseinrichtungen geförderten Kinder über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein

wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII). Sie reichen von Erziehungsberatung, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelferinnen und Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik am umfangreichsten. Hierzu werden die Erhebungsmerkmale jährlich erhoben, die seit 2007 für alle Hilfearten gleich sind. Auch die Erhebungen zu *Adoptionen, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen* sowie *Sorgerechtsentziehungen* werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst. Seit dem 1.1.2012 findet ergänzend die Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII statt. Die statistischen Erhebungen zu ausgewählten, mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 SGB VIII) wurden für das Jahr 2012 ausgesetzt. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15.3.2006 Daten zu den neuen Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und ab 2009 „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“ erhoben. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken finden seitdem jährlich statt. Vierjährlich erfasst – zuletzt am 31.12.2010 – werden die *übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe*, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter. Die Erhebungen hierzu liefern Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen.

Die *Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe* werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst. Sie geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch „Methodik“).

Kindergeld und Familienleistungsausgleich (Sozialbudget) | Sie zeigen die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Auf diese Weise ist die gebotene Steuerfreistellung in jedem Fall gewährleistet. Soweit das Kindergeld dazu nicht erforderlich ist, dient es der Förderung der Familien, und zwar vornehmlich der Familien mit geringem Einkommen. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kommunaler Bereich | Behörden, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Gemeinden, Gemeindeverbände, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Gemeinden einschl. Zweckverbände.

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter | Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls

mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben (§§ 95 ff. SGB III).

Landesbereich | Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen der Länder, sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht der Länder, ohne Sozialversicherungsträger.

Lastenausgleich (Sozialbudget) | Er umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit ergeben haben: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparer Schäden und Schäden in der ehemaligen DDR. Der Ausgleich wurde gewährt als Leistung mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratsentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistung ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen). Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet. Infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – Lastenausgleich von den Lastenausgleichsempfängerinnen und -empfängern oder ihren Erben zurück.

Mindestsicherungsquote | Sie stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann. Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“),
- Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen,
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII ohne einmalige Leistungen,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- Laufende Leistungen der Kriegspferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Pensionen (Sozialbudget) | Das sind Ruhegehälter sowie Witwen-, Witwer- und Waisengelder, die Gebietskörperschaften, ihre Wirtschaftsunternehmen und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften zahlen. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfängerinnen und Empfänger einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Pflegeversicherung (Sozialbudget) | Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflegestufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegesachleistungen, bei ambulanter Pflege hat die bzw. der Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegesachleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege

gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996. Sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber je zur Hälfte finanziert (außer Sachsen). Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages kompensiert (außer Sachsen).

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten angestoßen – insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen.

Seit dem 1.7.2008 betrug der Beitragssatz 1,95 % (für Kinderlose 2,2 %). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt sowie die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige.

Seit dem 1.1.2013 beträgt der Beitragssatz 2,05 % (für Kinderlose 2,3 %). Mit Einführung des Pflege-Neuausrichtungsgesetzes zum 1.1.2013 haben Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz erstmals Anspruch auf Regelleistungen der Pflegeversicherung (sog. Pflegestufe „0“) bzw. auf verbesserte Leistungen nach § 123 SGB XI (Pflegestufe I und II).

Private Altersvorsorge (Sozialbudget) | Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte sowie Beamtinnen und Beamte und Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen. In den begünstigten Personenkreis aufgenommen wurden 2008 auch Bezieherinnen und Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist gestiegen von 1 % in 2002/03 (über 2 % in 2004/05 und 3 % in 2006/07) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4 % des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Private Krankenversicherung (Sozialbudget) | Ab dem Jahr 2009 ist die Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung im Sozialbudget erforderlich. Dies ist eine Folge der im Rahmen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2007 ab dem 1.1.2009 für den Bereich der privaten Krankenversicherung eingeführten Krankenversicherungspflicht und – im Zusammenhang damit – der Einführung eines Basistarifs mit Kontrahierungszwang und Beitragsbegrenzung. Die Änderung erfolgt gemäß den europäischen Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)). Sie entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Mit dem Sozialbudget 2010 wurde daher die private Krankenversicherung als neue Institution aufgenommen.

Ruhegehalt | Bezüge pensionierter Beamtinnen und Beamter, Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten.

Sonstige Arbeitgeberleistungen (Sozialbudget) | Beihilfen im Krankheitsfall, freiwillige Familienzulagen und Wohnungsbeihilfen der privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Sonstige Entschädigungen (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre

Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedlerinnen und Aussiedler) und dem Allgemeinen Kriegsfolgesgesetz.

Soziales Entschädigungsrecht (Sozialbudget) | Es umfasst Leistungen für Kriegsoffer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzelleistungen zusammen (Geld- und Sachleistungen). Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinischen Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt vom Einkommen der Berechtigten ab – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die Kriegsofferfürsorge mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig.

Sozialhilfe (Sozialbudget) | Sie schützt als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Das SGB XII „Sozialhilfe“ unterscheidet im Einzelnen folgende Leistungen:

- 3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
- 4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46b),
- 5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
- 6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
- 7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
- 8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
- 9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Zu weitreichenden Änderungen für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhalten seit 2005 bisherige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne) – sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind – sowie deren Familienangehörige. Deshalb wurden erwerbsfähige hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (insbesondere Einkommen und Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum

vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerberinnen und Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Sozialversicherung | Umfasst die Bundesagentur für Arbeit, die gesetzliche Krankenversicherung, Unfallversicherung, die Rentenversicherung und rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform nach SGB unter Aufsicht des Bundes und der Länder und die Knappschaftsversicherung.

Steuerliche Leistungen (Sozialbudget) | Darunter werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst: sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen. Entsprechend europäischer Konvention und Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)) fließen die steuerlichen Leistungen nicht mehr in die Berechnung der Sozialleistungsquote mit ein und werden nur noch nachrichtlich ausgewiesen.

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen | Dies betrifft Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt (Bundespräsident, Bundeskanzlerin bzw. Bundeskanzler, Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) sowie Angestellte bzw. Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund einer Dienstordnung beschäftigt waren, und ihre Hinterbliebenen.

Versorgungsbezüge | Es wird der Bruttobetrag der laufenden Versorgungsbezüge für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen. Enthalten sind das Ruhegehalt der ehemaligen Bediensteten, das Witwen- und Witwergeld und das Waisengeld. Einmalige Zahlungen und Übergangsgelder sind nicht enthalten.

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger | *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht* sind pensionierte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten und Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfänger. *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger* nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes sind nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene ehemalige Bedienstete sowie ihre Hinterbliebenen.

Versorgungswerke (Sozialbudget) | Sie basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerversaffung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Architektinnen und Architekten. Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Vorruhestand | Ausscheiden aus dem Dienst vor einer gesetzlichen Altersgrenze aufgrund einer speziellen gesetzlichen Regelung.

Waisengeld | Bezüge hinterbliebener Kinder von verstorbenen Ruhegehaltempfängerinnen und Ruhegehaltempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wiedergutmachung (Sozialbudget) | Sie enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Witwen- und Witwergeld | Bezüge hinterbliebener Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltempfängerinnen und Ruhegehaltempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wohngeld (Sozialbudget) | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Eigentümerinnen oder Eigentümer von Wohnraum, den sie selbst nutzen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Einen Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 2011 Personen auch für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Zusatzversorgung (Sozialbudget) | Dies ist die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte öffentlicher Arbeitgeber. Die Personen sind z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Soziales* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 22, bzw. zur Kinder- und Jugendhilfe unter Code 225, Daten zum *Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes* unter Code 742

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Sozialbudget nach Institutionen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Statistik (www.bmas.de)

■ Sozialversicherungen

Fachberichte

Staatliche Förderung der Riesterreute 2009

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6.1 Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 Entwicklung im Bereich der Beamtenversorgung

■ Sozialleistungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 1 Angaben zur Krankenversicherung (Ergebnisse des Mikrozensus)

Reihe 2 Sozialhilfe

Reihe 6 Jugendhilfe

Reihe 7 Leistungen an Asylbewerber

Fachberichte

Elterngeld regional: Geburten 2011
Einnahmen und Ausgaben der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft 2010
Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2012
Kriegsopferfürsorge 2012
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 2010
Hilfe zur Pflege 2011

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/10 Erzieherische Hilfe im Jahr 2008

Heft 9/10 Erzieherische Hilfe, Migrationshintergrund und Transferleistungsbezug im Jahr 2008

Heft 11/10 Ausgaben der öffentlichen Hand für Kindertagesbetreuung

Heft 3/12 Das neue Bundeskinderschutzgesetz und dessen Umsetzung in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

Heft 6/14 Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2012

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010
Kindertagesbetreuung regional 2012

Im Internetauftritt des Arbeitskreises „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie stehen unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download zur Verfügung. Dort ist auch der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2010“ erhältlich, der eine Gesamtschau über die Transferleistungen der staatlichen Mindestsicherungssysteme bietet.

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 89 56 (Sozialbudget, Sozialversicherungen, Kriegsopferfürsorge),
+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Sozialberichterstattung),
+49 (0)6 11 / 75 81 67 (Kinder- und Jugendhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss),
+49 (0)6 11 / 75 43 16 (Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





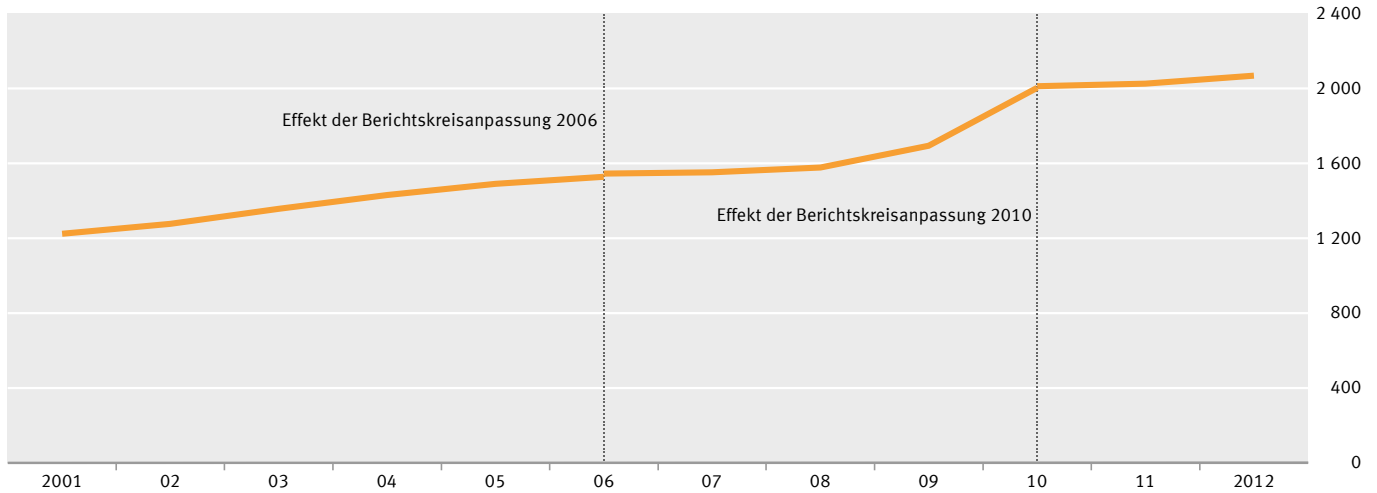
9 Finanzen und Steuern

Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts 2013 auf **9,4 Milliarden Euro** verringert | **Verschuldung** Deutschlands 2012 auf **2 068 Milliarden Euro** angestiegen | **15 000** Einkommensteuerpflichtige hatten 2010 Einkünfte von **1 Million Euro und mehr** | **501 Unternehmen** waren 2012 **Umsatzmilliardäre** | 2013 pro Kopf rund **99 Liter Bier** und **996 Zigaretten** abgesetzt

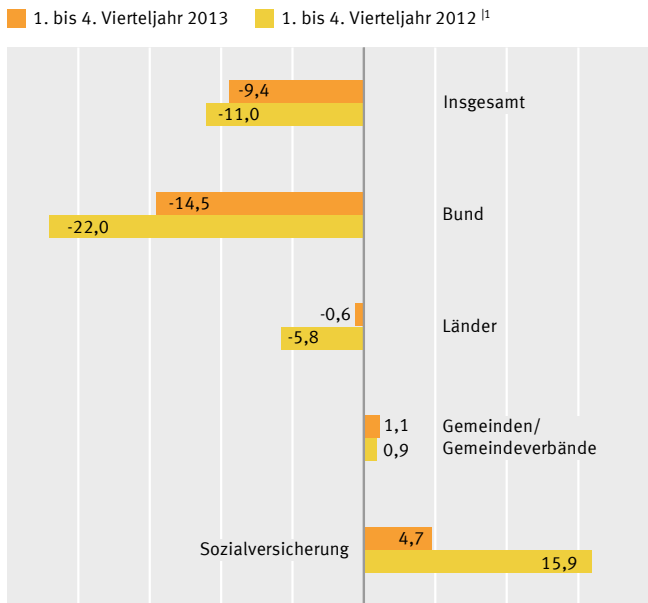
<i>Seite</i>	
253	Auf einen Blick
	Tabellen
254	Öffentliche Finanzen Entwicklung der öffentlichen Finanzen Länderfinanzausgleich Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen Nettoausgaben Personalausgaben Investitionsausgaben Schulden und Finanzvermögen Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
268	Steuern Steueraufkommen nach Steuerarten Lohn- und Einkommensteuer Körperschaftsteuer Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb Gewerbesteuer Erbschaft- und Schenkungsteuer Umsatz- steuer Verbrauchsteuern
278	Methodik
280	Glossar
283	Mehr zum Thema

9.0 Auf einen Blick

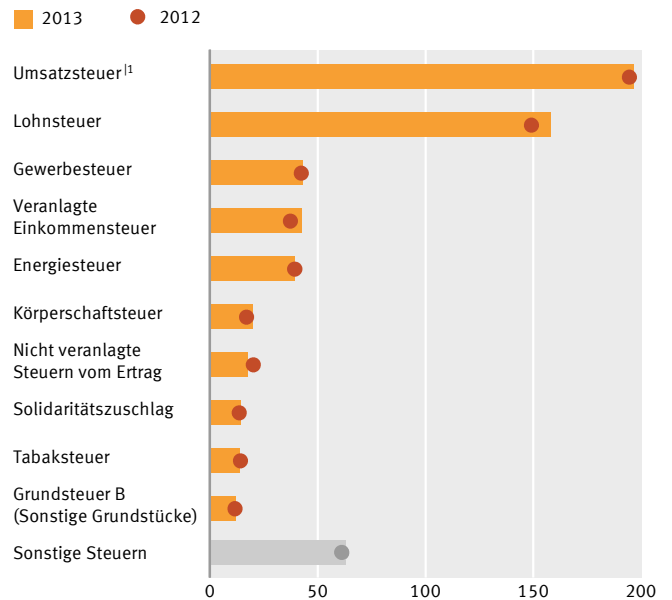
Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



Finanzierungssalden der Körperschaften des öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



Steueraufkommen nach ausgewählten Steuerarten
in Mrd. EUR



1 Revidiertes Ergebnis.

Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im Jahr 2012 und 2013 nach Steuerarten vor der Verteilung.
1 Einschl. Einfuhrumsatzsteuer. 2014 - 01 - 0246

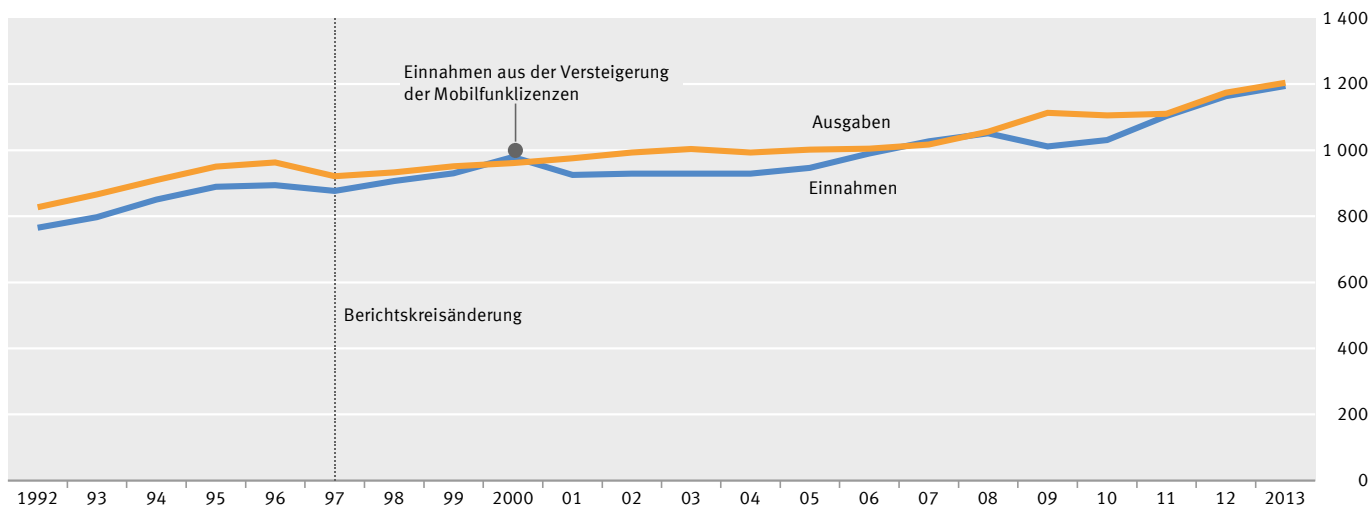
9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.1 Ausgaben, Einnahmen, Finanzierungssaldo und Schulden

	2000	2005	2010 ¹⁾	2011	2012	2013
	Mill. EUR					
Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts²⁾	960 788	1 022 244	1 105 876	1 110 165	1 174 449	1 204 222
darunter:						
Bund	265 508	281 483	333 062	324 852	357 503	349 441
Länder	250 791	259 968	287 269	295 907	321 459	329 880
Gemeinden/Gemeindeverbände	146 074	153 183	182 267	184 878	196 864	204 715
Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts²⁾	979 322	946 460	1 030 908	1 103 862	1 163 357	1 194 776
darunter:						
Bund	292 433	250 043	288 698	307 144	335 455	334 893
Länder	240 376	237 235	266 782	286 486	315 642	329 238
Gemeinden/Gemeindeverbände	148 009	150 945	175 392	183 908	197 770	205 768
Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts³⁾	467 413	452 380	530 673	573 372	600 214	619 515
darunter:						
Bund	198 790	190 176	225 811	247 984	256 303	259 866
Länder	189 493	180 457	210 052	224 291	236 344	244 206
Gemeinden/Gemeindeverbände	57 297	60 036	70 442	76 633	81 251	84 342
Finanzierungssaldo	18 552	- 55 787	- 74 989	- 6 418	- 11 031	- 9 386
darunter:						
Bund	26 943	- 31 402	- 44 323	- 17 667	- 22 004	- 14 504
Länder	- 10 375	- 22 728	- 20 560	- 9 558	- 5 787	- 610
Gemeinden/Gemeindeverbände	1 934	- 2 237	- 6 875	- 970	- 906	1 053
Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts⁴⁾	1 210 918	1 489 853	2 011 677	2 025 438	2 068 289	.
darunter:						
Bund	774 834	903 282	1 287 460	1 279 583	1 287 517	.
Länder	338 073	471 339	600 110	615 399	644 929	.
Gemeinden/Gemeindeverbände	98 011	115 232	123 569	129 633	135 178	.
Sozialversicherung	539	823	665	.

- 1 Für die Schuldenstatistik ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.
- 2 Von 2000 bis 2011 Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik, ab 2012 vierteljährliche Kassenergebnisse mit erweitertem Berichtskreis. Um Zahlungen zwischen den Einheiten bereinigt. 2000 einschl. einmaliger Versteigerungserlöse des Bundes aus den Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro.
- 3 Kassenmäßige Steuereinnahmen, nach der Steuerverteilung. – Ab 1994 Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder beim Bund abgesetzt und bei den Ländern entsprechend zugesetzt.
- 4 Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



Ab 2012 vierteljährliche Kassenergebnisse.

2014 - 01 - 0247

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.2 Länderfinanzausgleich

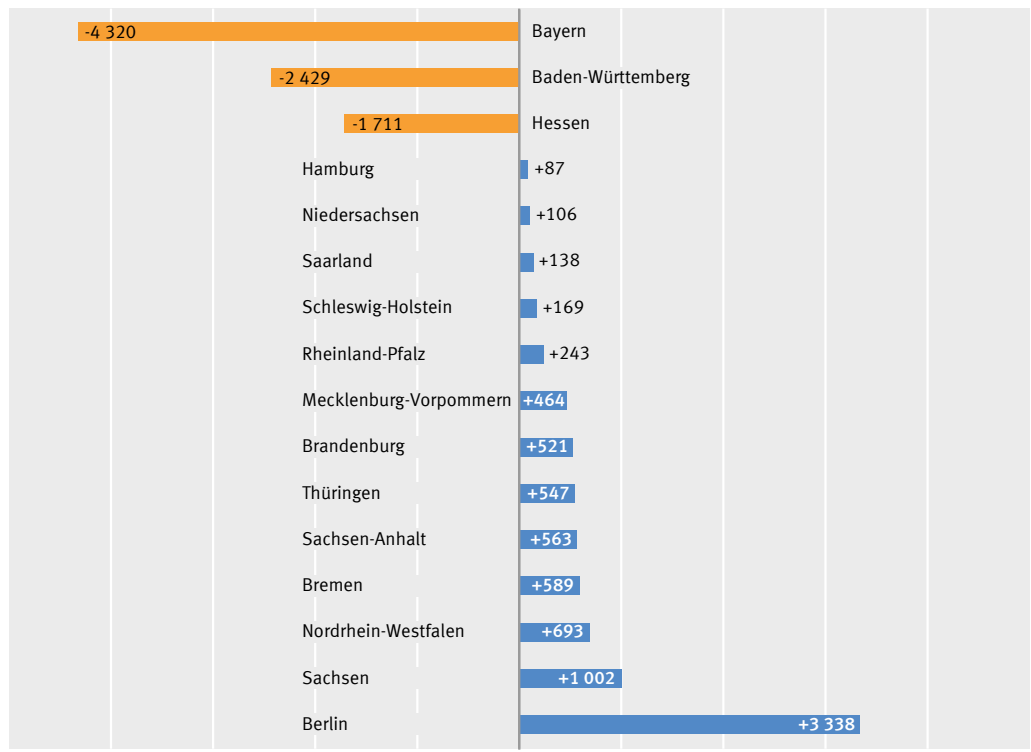
	2000	2005	2010	2012	2013 ¹
	Mill. EUR				
Baden-Württemberg	- 1 957	- 2 235	- 1 709	- 2 765	- 2 429
Bayern	- 1 884	- 2 234	- 3 511	- 3 797	- 4 320
Berlin	+ 2 812	+ 2 456	+ 2 900	+ 3 224	+ 3 338
Brandenburg	+ 644	+ 588	+ 401	+ 543	+ 521
Bremen	+ 442	+ 366	+ 445	+ 521	+ 589
Hamburg	- 556	- 383	- 66	- 25	+ 87
Hessen	- 2 734	- 1 606	- 1 752	- 1 304	- 1 711
Mecklenburg-Vorpommern	+ 500	+ 434	+ 399	+ 453	+ 464
Niedersachsen	+ 568	+ 363	+ 259	+ 178	+ 106
Nordrhein-Westfalen	- 1 141	- 490	+ 354	+ 435	+ 693
Rheinland-Pfalz	+ 392	+ 294	+ 267	+ 256	+ 243
Saarland	+ 167	+ 113	+ 89	+ 94	+ 138
Sachsen	+ 1 182	+ 1 020	+ 854	+ 961	+ 1 002
Sachsen-Anhalt	+ 711	+ 587	+ 497	+ 550	+ 563
Schleswig-Holstein	+ 185	+ 146	+ 101	+ 134	+ 169
Thüringen	+ 670	+ 581	+ 472	+ 542	+ 547

Damit die Länder die ihnen durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen können, müssen sie frei und unabhängig über ausreichende Finanzmittel verfügen. Der **Länderfinanzausgleich**, als eine von vier Stufen des grundgesetzlich geregelten bundesstaatlichen Finanzausgleichs, dient der Verringerung der Finanzkraftunterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern mit dem Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+).
 1 Vorläufiges Ergebnis.
 Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Länderfinanzausgleich 2013
 in Mill. EUR

■ Ausgleichspflichtig (-), Geberländer ■ Ausgleichsberechtigt (+), Nehmerländer



Vorläufiges Ergebnis.
 Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2014 - 01 - 0248

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Die kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnisse). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die EU-Anteile.

9.2.1 Kassenergebnisse nach Körperschaftsgruppen

	Insgesamt		Veränderung 2013 gegen- über Vorjahr	Davon				
	2012	2013		Bund	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR				
Ausgaben								
Personalausgaben	235 977	243 217	3,1	43 547	–	126 345	54 622	18 704
Laufender Sachaufwand	308 878	321 421	4,1	27 821	–	40 501	46 245	206 855
Zinsausgaben	69 037	66 582	–3,6	41 972	–	20 397	4 077	137
an öffentlichen Bereich	730	621	–15,0	26	–	461	134	–
an andere Bereiche	68 307	65 962	–3,4	41 946	–	19 936	3 944	137
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	985 731	1 022 637	3,7	233 335	30 116	136 204	113 760	509 222
an öffentlichen Bereich	513 334	532 705	3,8	178 424	–	101 796	49 677	202 809
an andere Bereiche	472 397	489 931	3,7	54 911	30 116	34 408	64 083	306 413
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	516 220	539 989	4,6	33 630	–	33 189	41 708	202 710
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 083 402	1 113 868	2,8	313 044	30 116	290 257	176 996	532 207
Baumaßnahmen	30 064	30 773	2,4	6 800	–	6 958	16 827	189
Erwerb von Sachvermögen	12 530	12 420	–0,9	2 009	–	4 340	5 243	830
Vermögensübertragungen	41 042	41 899	2,1	16 144	–	22 631	2 977	147
an öffentlichen Bereich	19 917	19 802	–0,6	5 507	–	13 268	1 024	3
an andere Bereiche	21 125	22 097	4,6	10 637	–	9 363	1 953	144
Darlehen	10 809	8 870	–17,9	2 047	–	5 706	1 115	3
an öffentlichen Bereich	1 360	1 257	–7,6	0	–	1 166	91	–
an andere Bereiche	9 449	7 613	–19,4	2 047	–	4 539	1 024	3
Erwerb von Beteiligungen	15 944	15 097	–5,3	9 403	–	3 478	1 906	309
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 619	1 682	3,9	21	–	1 398	264	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	20 962	20 387	–2,7	26	–	4 887	611	3
Ausgaben der Kapitalrechnung	91 047	90 354	–0,8	36 397	–	39 623	27 719	1 475
Bereinigte Ausgaben	1 174 449	1 204 222	2,5	349 441	30 116	329 880	204 715	533 682
Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1 022 011	1 051 874	2,9	288 102	31 198	224 969	76 764	430 841
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	19 732	20 826	5,5	2 787	–	7 288	10 549	202
Zinseinnahmen	20 709	17 032	–17,8	10 706	–	4 307	908	1 110
vom öffentlichen Bereich	821	781	–4,9	103	–	584	90	4
von anderen Bereichen	19 888	16 251	–18,3	10 603	–	3 723	819	1 107
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	536 750	561 424	4,6	43 780	–1 082	92 260	119 896	306 570
vom öffentlichen Bereich	510 911	532 885	4,3	36 289	–	82 484	110 357	303 754
von anderen Bereichen	25 839	28 539	10,5	7 490	–1 082	9 776	9 539	2 816
Sonstige laufende Einnahmen	55 296	58 048	5,0	13 177	–	18 322	24 370	2 178
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	516 220	539 989	4,6	33 630	–	33 189	41 708	202 710
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 138 277	1 169 215	2,7	324 922	30 116	313 957	190 779	538 191
Veräußerung von Vermögen	12 662	13 792	8,9	7 837	–	1 237	4 600	119
Vermögensübertragungen	22 890	22 632	–1,1	366	–	12 607	9 655	3
vom öffentlichen Bereich	17 910	17 471	–2,4	5	–	9 621	7 842	3
von anderen Bereichen	4 980	5 160	3,6	361	–	2 986	1 813	–
Darlehensrückflüsse	9 493	8 213	–13,5	1 794	–	5 188	1 168	63
vom öffentlichen Bereich	2 127	1 706	–19,8	477	–	1 138	91	–
von anderen Bereichen	7 366	6 507	–11,7	1 317	–	4 050	1 077	63
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	997	1 312	31,6	–	–	1 135	177	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	20 962	20 387	–2,7	26	–	4 887	611	3
Einnahmen der Kapitalrechnung	25 079	25 561	1,9	9 972	–	15 281	14 989	181
Bereinigte Einnahmen	1 163 357	1 194 776	2,7	334 893	30 116	329 238	205 768	538 373
Finanzierungssaldo	–11 031	–9 386	X	–14 504	0	–610	1 053	4 674

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.2 Kassenergebnisse nach Ländern 2013

	Insgesamt	Länder	Gemeinden/ Gemeindeverbände
	Mill. EUR		
Bereinigte Ausgaben			
Deutschland ¹	457 424	329 880	204 715
Baden-Württemberg	61 151	44 318	31 157
Bayern	70 102	47 404	33 115
Berlin	23 749	23 749	–
Brandenburg	13 935	10 837	6 593
Bremen	5 312	5 312	–
Hamburg	15 137	15 137	–
Hessen	37 950	24 201	18 659
Mecklenburg-Vorpommern . .	9 055	7 263	3 999
Niedersachsen	39 774	28 038	19 219
Nordrhein-Westfalen	101 433	65 344	52 289
Rheinland-Pfalz	21 527	16 022	9 726
Saarland	5 713	4 124	2 297
Sachsen	22 220	16 921	10 181
Sachsen-Anhalt	12 557	10 135	5 261
Schleswig-Holstein	14 717	10 251	7 167
Thüringen	11 420	9 107	5 018
Bereinigte Einnahmen			
Deutschland ¹	457 835	329 238	205 768
Baden-Württemberg	60 635	43 500	31 460
Bayern	73 635	49 676	34 376
Berlin	24 530	24 530	–
Brandenburg	14 899	11 666	6 728
Bremen	4 780	4 780	–
Hamburg	13 791	13 791	–
Hessen	36 127	23 481	17 556
Mecklenburg-Vorpommern . .	9 483	7 682	4 007
Niedersachsen	40 163	27 781	19 864
Nordrhein-Westfalen	99 104	63 100	52 204
Rheinland-Pfalz	20 645	15 399	9 466
Saarland	4 935	3 664	1 978
Sachsen	23 377	17 743	10 515
Sachsen-Anhalt	12 930	10 370	5 399
Schleswig-Holstein	14 706	10 347	7 060
Thüringen	11 923	9 538	5 090
Finanzierungssaldo			
Deutschland ¹	444	– 610	1 053
Baden-Württemberg	– 497	– 799	303
Bayern	3 531	2 270	1 261
Berlin	782	782	–
Brandenburg	964	829	135
Bremen	– 532	– 532	–
Hamburg	– 1 331	– 1 331	–
Hessen	– 1 826	– 724	– 1 102
Mecklenburg-Vorpommern . .	427	419	8
Niedersachsen	388	– 257	646
Nordrhein-Westfalen	– 2 329	– 2 244	– 86
Rheinland-Pfalz	– 882	– 622	– 260
Saarland	– 779	– 460	– 319
Sachsen	1 160	826	334
Sachsen-Anhalt	373	236	138
Schleswig-Holstein	– 11	96	– 107
Thüringen	504	432	72

1 Einschl. gemeinsamer Extrahaushalte.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Die rechnungsmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den abgeschlossenen Jahresrechnungen des öffentlichen Gesamthaushalts.

9.3.1 Ausgaben und Einnahmen nach Körperschaftsgruppen und Arten

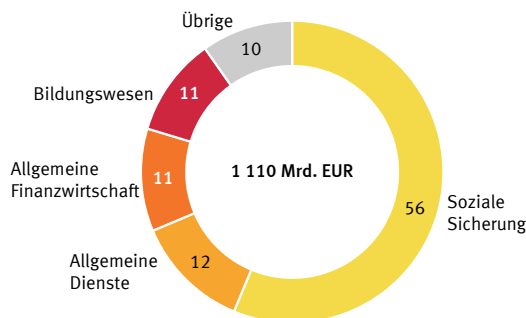
	Insgesamt			Davon					
	2010	2011	Veränderung 2011 gegen- über Vorjahr	Bund	Sonder- vermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände einschl. Zweck- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Ausgaben									
Personalausgaben	207 860	211 423	1,7	27 856	13 505	–	105 600	47 312	17 149
Laufender Sachaufwand	276 003	280 318	1,6	21 840	262	–	26 254	41 338	190 624
Zinsausgaben	58 073	57 197	–1,5	31 846	1 331	–	19 503	4 332	185
an öffentlichen Bereich	233	219	–6,0	–	3	–	114	103	–
an andere Bereiche	57 840	56 978	–1,5	31 846	1 328	–	19 389	4 230	185
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	779 168	775 316	–0,5	217 339	1 690	23 348	115 704	104 558	312 676
an öffentlichen Bereich	289 846	290 759	0,3	161 577	114	–	70 247	43 494	15 326
an andere Bereiche	489 322	484 557	–1,0	55 762	1 575	23 348	45 457	61 064	297 350
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	294 370	292 893	–0,5	–	–	–	7 279	38 275	9 997
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 026 733	1 031 361	0,5	298 881	16 788	23 348	259 783	159 266	510 637
Baumaßnahmen	31 506	30 690	–2,6	5 813	868	–	5 643	18 233	134
Erwerb von Sachvermögen	8 768	8 331	–5,0	1 255	271	–	1 908	4 482	416
Vermögensübertragungen	50 209	49 557	–1,3	15 290	5 949	–	24 856	3 461	2
an öffentlichen Bereich	24 731	24 998	1,1	5 243	5 027	–	13 765	963	–
an andere Bereiche	25 478	24 558	–3,6	10 047	921	–	11 091	2 498	2
Darlehen	5 191	5 593	7,7	2 825	31	–	1 960	775	2
an öffentlichen Bereich	116	150	29,3	1	–	–	80	69	–
an andere Bereiche	5 075	5 443	7,3	2 825	31	–	1 880	706	2
Erwerb von Beteiligungen	6 444	8 291	28,7	788	5 057	–	751	1 694	1
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 276	1 298	1,7	–	–	–	1 058	240	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	24 251	24 956	2,9	–	–	–	52	768	–
Ausgaben der Kapitalrechnung	79 143	78 804	–0,4	25 971	12 174	–	36 124	28 118	554
Bereinigte Ausgaben	1 105 876	1 110 165	0,4	324 852	28 962	23 348	295 907	187 384	511 192
Einnahmen									
Steuern und steuerähnliche Abgaben	926 096	984 633	6,3	276 681	1 121	24 499	203 139	69 732	409 461
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	18 687	20 599	10,2	4 971	1 118	–	4 696	9 761	53
Zinseinnahmen	4 175	4 329	3,7	483	675	–	912	1 158	1 101
vom öffentlichen Bereich	177	178	0,6	70	12	–	66	31	–
von anderen Bereichen	3 998	4 150	3,8	413	664	–	846	1 127	1 101
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen	318 007	316 583	–0,4	10 365	16 806	–1 151	58 284	106 759	125 522
vom öffentlichen Bereich	294 193	292 715	–0,5	7 426	12 655	–	51 975	98 454	122 205
von anderen Bereichen	23 814	23 868	0,2	2 939	4 150	–1 151	6 308	8 305	3 316
Sonstige laufende Einnahmen	36 404	37 001	1,6	8 259	507	–	7 927	19 810	498
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	294 370	292 893	–0,5	–	–	–	7 279	38 275	9 997
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 008 999	1 070 252	6,1	300 759	20 226	23 348	267 679	168 944	526 638
Veräußerung von Vermögen	13 219	23 465	77,5	3 307	14 594	–	770	4 601	194
Vermögensübertragungen	26 361	27 280	3,5	390	19	–	14 369	12 503	–
vom öffentlichen Bereich	22 163	22 023	–0,6	–	10	–	11 419	10 594	–
von anderen Bereichen	4 198	5 258	25,3	390	9	–	2 950	1 909	–
Darlehensrückflüsse	5 127	5 806	13,2	2 688	27	–	2 020	1 019	52
vom öffentlichen Bereich	635	919	44,7	713	–	–	151	55	–
von anderen Bereichen	4 492	4 887	8,8	1 976	27	–	1 869	964	52
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	1 454	2 014	38,5	–	–	–	1 701	313	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	24 251	24 956	2,9	–	–	–	52	768	–
Einnahmen der Kapitalrechnung	21 909	33 610	53,4	6 385	14 640	–	18 807	17 668	246
Bereinigte Einnahmen	1 030 908	1 103 862	7,1	307 144	34 866	23 348	286 486	186 612	526 884
Finanzierungssaldo	– 74 989	– 6 418	X	– 17 667	5 904	0	– 9 558	– 771	15 674
Besondere Finanzierungsvorgänge									
darunter:									
Schuldentilgung am Kreditmarkt	352 003	369 750	5,0	259 984	13 062	–	87 452	9 252	–
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	415 957	394 217	–5,2	277 327	10 053	–	97 792	9 046	–

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.2 Nettoausgaben nach Körperschaftsgruppen und Aufgabenbereichen

	Insgesamt			Davon					
	2010	2011	Veränderung 2011 gegenüber Vorjahr	Bund	Sondervermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. Zweckverbände	Sozialversicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Politische Führung und zentrale Verwaltung	34 283	35 600	3,8	4 714	746	-	9 349	20 791	-
Auswärtige Angelegenheiten	26 240	26 454	0,8	8 551	54	17 815	34	-	-
Verteidigung	27 346	27 095	-0,9	27 008	87	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	25 287	25 952	2,6	3 343	30	-	14 619	7 960	-
dar. Polizei/Bundespolizei	16 117	16 477	2,2	3 059	17	-	13 352	49	-
Rechtsschutz	11 842	12 014	1,5	384	4	-	11 626	-	-
Finanzverwaltung	10 223	10 003	-2,2	2 639	10	-	6 056	1 298	-
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	60 195	61 063	1,4	4	1 980	-	47 689	11 390	-
Hochschulen	24 078	25 612	6,4	3 195	632	-	21 785	-	-
Förderung von Schülern/Schülerinnen, Studierenden u. dgl.	5 722	6 100	6,6	2 221	121	-	2 102	1 656	-
Sonstiges Bildungswesen	1 946	2 057	5,7	605	18	-	946	487	-
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	12 913	13 427	4,0	9 561	544	-	2 978	344	-
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	9 294	9 306	0,1	488	42	-	3 964	4 812	-
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	626 162	624 915	-0,2	148 466	533	-	27 786	50 658	397 471
dar.: Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	509 424	508 910	-0,1	108 580	-	-	2 859	-	397 471
Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	34 318	37 527	9,4	6 864	10	-	10 400	20 253	-
dar. Sozialhilfe und soziale Einrichtungen	25 297	28 739	13,6	643	10	-	8 857	19 229	-
Jugendhilfe einschl. Einrichtungen	28 075	29 347	4,5	321	510	-	8 097	20 419	-
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	16 548	15 137	-8,5	1 335	437	-	5 971	7 394	-
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	20 642	19 792	-4,1	1 259	103	-	2 743	15 686	-
dar. Kommunale Gemeinschaftsdienste	12 419	12 212	-1,7	-2	-	-	356	11 857	-
dar.: Abwasserbeseitigung	4 295	4 337	1,0	-	-	-	194	4 143	-
Abfallbeseitigung	3 772	3 731	-1,1	-	-	-	53	3 678	-
Straßenreinigung	888	900	1,4	-	-	-	2	897	-
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10 300	10 255	-0,4	914	60	5 533	3 255	492	-
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	17 163	19 196	11,8	4 735	6 442	-	6 006	2 013	-
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	20 351	20 475	0,6	11 670	-5 718	-	5 236	9 287	-
dar.: Straßen	19 760	19 547	-1,1	7 450	406	-	3 876	7 814	-
dar.: Bundesautobahnen	3 777	3 861	2,2	3 580	226	-	56	-	-
Bundes- und Landesstraßen	4 924	4 435	-9,9	2 456	168	-	1 561	249	-
Kreisstraßen	1 101	1 174	6,6	-	-	-	152	1 021	-
Gemeindestraßen	8 444	8 647	2,4	1 389	11	-	885	6 363	-
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	2 612	2 867	9,8	348	10	-	1 035	1 473	-
Wirtschaftsunternehmen	15 226	15 637	2,7	10 966	-1 995	-	1 936	4 730	-
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 435	8 179	-13,3	4 910	88	-	1 444	1 737	-
Allgemeine Finanzwirtschaft	120 681	121 897	1,0	69 675	12 067	-	62 399	-23 756	1 512

Nettoaussgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2011 nach Aufgabenbereichen in %



Nettoaussgaben zeigen die Ausgaben, die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzieren sind.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.3 Nettoausgaben nach Aufgabenbereichen 2011

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	Wirtschaftsförderung	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Wirtschaftsunternehmen	Allgemeine Finanzwirtschaft
Mill. EUR										
Insgesamt	1 110 165	137 118	117 564	624 915	15 137	19 792	29 451	20 475	23 816	121 897
Bund	316 643	46 639	16 075	148 466	1 335	1 259	5 649	11 670	15 876	69 675
Sondervermögen des Bundes ..	16 286	931	3 337	533	437	103	6 502	- 5 718	- 1 907	12 067
EU-Anteile	23 348	17 815	-	-	-	-	5 533	-	-	-
Sozialversicherung	398 983	-	-	397 471	-	-	-	-	-	1 512
Länder ¹	354 905	71 733	98 153	78 445	13 365	18 429	11 767	14 523	9 847	38 643
Baden-Württemberg	47 321	7 755	13 368	6 876	2 000	2 929	1 171	2 014	1 978	9 230
Bayern	58 647	9 781	16 038	9 873	2 175	3 383	2 026	2 644	2 532	10 195
Berlin	14 578	3 611	5 005	5 127	641	802	188	386	330	- 1 513
Brandenburg	9 246	2 766	2 299	2 981	443	512	856	579	163	- 1 351
Bremen	3 252	632	924	940	113	47	89	55	291	161
Hamburg	10 279	1 997	2 697	2 235	329	203	134	215	204	2 265
Hessen	31 315	5 978	7 824	6 208	1 066	1 571	918	1 054	677	6 019
Mecklenburg-Vorpommern ...	5 685	1 643	1 826	1 992	342	352	447	334	144	- 1 395
Niedersachsen	32 900	6 197	8 840	7 098	1 175	1 293	1 046	1 231	1 087	4 932
Nordrhein-Westfalen	79 697	16 457	20 519	18 201	2 549	4 309	1 544	2 790	798	12 528
Rheinland-Pfalz	17 498	3 563	4 666	3 562	631	450	542	954	312	2 817
Saarland	4 196	973	1 009	820	138	81	110	195	30	841
Sachsen	12 474	3 871	5 086	4 680	535	883	1 026	880	451	- 4 938
Sachsen-Anhalt	8 354	2 206	2 689	2 712	418	514	620	311	368	- 1 484
Schleswig-Holstein	11 620	2 374	2 736	2 631	439	554	327	458	266	1 834
Thüringen	7 842	1 929	2 626	2 508	371	547	721	421	216	- 1 497

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.3.4 Personalausgaben nach Aufgabenbereichen 2011

Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	Wirtschaftsförderung	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Wirtschaftsunternehmen	Allgemeine Finanzwirtschaft
Mill. EUR										
Insgesamt	211 423	63 217	48 754	26 749	3 339	4 718	1 744	2 795	2 566	57 541
Bund	27 856	17 877	546	214	292	-	91	1 044	-	7 791
Sondervermögen des Bundes ..	13 505	-	-	-	-	-	-	-	1 738	11 767
EU-Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherung	17 149	-	-	15 822	-	-	-	-	-	1 327
Länder ¹	152 913	45 340	48 207	10 713	3 047	4 718	1 653	1 751	828	36 656
Baden-Württemberg	21 734	5 227	7 362	1 457	323	949	270	206	153	5 788
Bayern	25 245	6 534	8 546	1 358	415	939	440	394	140	6 478
Berlin	7 587	2 466	2 800	359	213	69	14	28	3	1 636
Brandenburg	3 946	1 561	1 166	563	149	140	64	48	10	243
Bremen	1 397	444	366	77	24	12	1	17	5	452
Hamburg	3 533	1 327	802	45	56	12	26	7	16	1 241
Hessen	11 948	3 648	3 330	981	197	360	86	156	76	3 112
Mecklenburg-Vorpommern ...	2 624	1 078	844	202	102	94	37	76	4	188
Niedersachsen	14 160	3 832	4 317	1 124	286	377	122	288	181	3 632
Nordrhein-Westfalen	32 413	9 747	9 532	2 072	604	811	154	266	49	9 178
Rheinland-Pfalz	7 802	2 226	2 418	647	172	193	143	46	20	1 937
Saarland	1 958	621	473	117	20	29	11	10	52	627
Sachsen	6 127	2 398	2 145	676	126	249	92	95	25	321
Sachsen-Anhalt	3 898	1 484	1 363	395	116	178	77	21	5	258
Schleswig-Holstein	4 876	1 418	1 421	338	105	136	37	35	49	1 336
Thüringen	3 665	1 330	1 323	302	137	170	77	58	39	229

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.5 Investitionsausgaben nach Arten 2011

	Insgesamt	Darunter					
		Baumaßnahmen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen	Darlehen an andere Bereiche	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche
Mill. EUR							
Insgesamt	76 235	30 690	3 095	5 236	8 291	5 443	23 479
Bund	20 027	5 813	490	764	788	2 825	9 346
Sondervermögen des Bundes ..	6 948	868	–	271	5 057	31	723
Sozialversicherung	554	134	93	322	1	2	2
Länder ¹	48 706	23 876	2 512	3 878	2 445	2 586	13 408
Baden-Württemberg	6 702	3 624	575	482	165	293	1 563
Bayern	11 095	6 371	706	831	948	326	1 913
Berlin	1 515	359	23	132	21	238	741
Brandenburg	1 830	710	39	108	30	80	864
Bremen	291	41	1	28	0	1	221
Hamburg	879	318	44	74	0	20	423
Hessen	4 056	2 321	233	264	183	233	822
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 395	668	25	186	5	68	443
Niedersachsen	3 996	1 582	164	322	591	120	1 217
Nordrhein-Westfalen	6 319	2 437	295	680	213	721	1 972
Rheinland-Pfalz	1 838	932	145	179	76	62	443
Saarland	529	179	16	24	85	53	173
Sachsen	3 562	2 045	44	225	61	207	981
Sachsen-Anhalt	1 670	735	58	121	7	23	726
Schleswig-Holstein	1 378	761	55	124	46	57	336
Thüringen	1 651	793	89	99	14	84	571

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.1 Entwicklung des Schuldenstandes des öffentlichen Gesamthaushalts

	Schuldenstand		Veränderung des Schuldenstandes gegenüber Vorjahr		Als Schuldenstand gilt die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich. Zu den Schulden beim nicht öffentlichen Bereich zählen: – Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich, – Wertpapiersschulden, – Kredite beim nicht öffentlichen Bereich.
	insgesamt	je Einwohner/-in ¹	absolut	Veränderungsrate	
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	%	
31.12.2007	1 552 371	18 871	7 008	0,5	
31.12.2008	1 577 881	19 213	25 510	1,6	
31.12.2009	1 694 368	20 698	116 487	7,4	
31.12.2010 ² ..	2 011 677	24 607	317 309	18,7	
31.12.2011	2 025 438	25 244	13 761	0,7	
31.12.2012	2 068 289	25 725	42 851	2,1	

Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

1 Ab 2011 Einwohner in Euro berechnet mit den Ergebnissen auf Grundlage des Zensus 2011 jeweils zum 30.6.

2 Ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie der Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

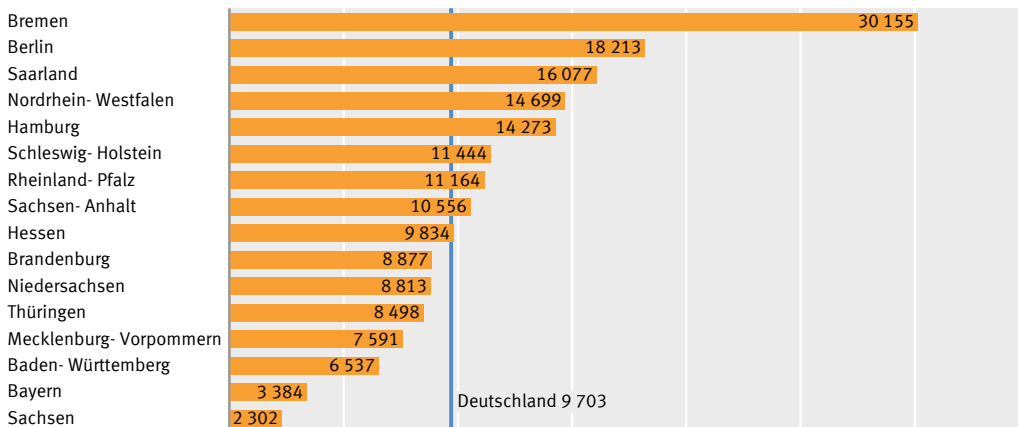
9.4.2 Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts nach Körperschaftsgruppen am 31.12.2012

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Schulden beim nicht öffentlichen Bereich	2 068 289	1 287 517	644 929	539 730	105 199	135 178	665
Kassenkredite	68 065	14 338	6 304	5 838	466	47 419	4
bei Kreditinstituten	59 581	6 433	5 950	5 484	466	47 194	4
beim sonstigen inländischen Bereich	8 217	7 641	354	354	–	222	0
beim sonstigen ausländischen Bereich	267	264	–	–	–	4	–
Wertpapiersschulden	1 558 648	1 176 599	381 826	320 694	61 132	223	–
Geldmarktpapiere	77 091	57 947	19 144	19 144	–	–	–
Kapitalmarktpapiere	1 481 557	1 118 652	362 682	301 550	61 132	223	–
Kredite	441 576	96 580	256 799	213 197	43 602	87 535	661
bei Kreditinstituten	288 255	50 564	150 114	125 332	24 783	86 916	661
beim sonstigen inländischen Bereich	128 853	22 512	105 724	87 279	18 444	617	0
beim sonstigen ausländischen Bereich	24 469	23 505	961	586	375	3	–
Schulden beim öffentlichen Bereich	46 147	3 039	28 313	24 993	3 320	6 933	7 862
Kassenkredite	11 508	864	1 970	1 058	912	1 059	7 615
beim Bund	1	–	0	0	–	0	–
bei Ländern	1 661	–	1 616	1 057	560	45	–
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	180	–	8	–	8	172	–
bei Zweckverbänden und dgl.	30	–	–	–	–	30	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	7 650	58	0	0	0	11	7 581
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	1 722	610	345	1	345	733	33
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	264	195	0	0	–	68	1
Kredite	34 639	2 175	26 343	23 935	2 408	5 874	247
beim Bund	9 485	1 245	7 949	6 971	978	292	–
bei Ländern	10 421	–	9 040	7 995	1 045	1 382	0
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	2 233	–	36	36	–	2 197	–
bei Zweckverbänden und dgl.	111	–	2	2	–	109	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	319	8	130	125	6	7	173
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	5 500	105	4 891	4 885	7	504	–
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	6 570	818	4 296	3 922	374	1 383	73
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	1 978	0	925	859	66	956	96
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	177	–	12	3	10	102	63
Restkaufgelder	412	–	121	121	–	291	–
Finanzierungsleasing	1 390	0	792	736	56	564	33
ÖPP-Projekte nach ESVG¹⁾	5 327	–	2 491	2 226	265	2 836	–
Bürgschaften	612 091	443 456	140 352	112 339	28 013	28 253	30

1 Bei ÖPP-Projekten nach ESVG handelt es sich um Projekte, bei denen der öffentliche Partner das Baurisiko oder der private Partner nur das Baurisiko und kein weiteres Risiko (Ausfallrisiko oder Nachfragerisiko) trägt. Nachgewiesen wird der Bauwert entsprechend dem Baufortschritt der Investitionsmaßnahmen aus den ÖPP-Projekten abzüglich der bis zum Ende des Berichtsjahres geleisteten Zahlungen an die Auftragnehmer.

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2012

je Einwohner/-in, in EUR



Schulden beim nicht öffentlichen Bereich. – Stichtag: 31.12.

2014 - 01 - 0250

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.3 Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2012

	Insgesamt	Davon		Schulden beim öffent- lichen Bereich	Kreditähnliche Rechts- geschäfte	Bürgschaften	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich je Ein- wohner/-in ¹
		Wertpapier- schulden und Kredite beim nicht öffentlichen Bereich	Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich				
Mill. EUR							EUR
Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen							
Deutschland	780 107	726 384	53 723	35 246	1 882	168 605	9 703
Baden-Württemberg	68 905	68 724	181	3 557	153	43 683	6 537
Bayern	42 220	41 946	274	1 837	95	11 771	3 384
Berlin	60 925	60 888	37	1 231	17	8 776	18 213
Brandenburg	21 752	20 983	769	213	35	1 769	8 877
Bremen	19 664	19 339	325	1 727	-	1 865	30 155
Hamburg	24 611	24 507	103	363	49	17 372	14 273
Hessen	59 036	51 546	7 490	1 976	242	5 289	9 834
Mecklenburg-Vorpommern ..	12 167	11 372	795	542	137	1 654	7 591
Niedersachsen	68 604	64 158	4 447	2 081	248	11 864	8 813
Nordrhein-Westfalen	257 868	229 477	28 392	10 117	224	40 707	14 699
Rheinland-Pfalz	44 536	37 929	6 607	5 403	124	2 471	11 164
Saarland	16 008	14 007	2 001	568	9	2 245	16 077
Sachsen	9 316	9 222	95	4 182	62	5 080	2 302
Sachsen-Anhalt	23 924	22 899	1 026	128	152	3 064	10 556
Schleswig-Holstein	32 088	31 073	1 014	848	53	9 226	11 444
Thüringen	18 483	18 315	168	474	281	1 770	8 498
Länder							
Deutschland	644 929	638 626	6 304	28 313	925	140 352	8 022
Baden-Württemberg	62 034	62 019	14	2 814	63	37 445	5 885
Bayern	27 737	27 737	-	1 508	0	8 678	2 223
Berlin	60 925	60 888	37	1 231	17	8 776	18 213
Brandenburg	19 587	19 587	-	118	0	1 253	7 994
Bremen	19 664	19 339	325	1 727	-	1 865	30 155
Hamburg	24 611	24 507	103	363	49	17 372	14 273
Hessen	40 334	40 332	2	539	32	1 075	6 719
Mecklenburg-Vorpommern ..	10 223	10 058	165	8	114	1 228	6 378
Niedersachsen	55 621	55 621	-	1 569	148	9 804	7 145
Nordrhein-Westfalen	208 257	203 449	4 808	8 498	5	33 173	11 871
Rheinland-Pfalz	32 958	32 336	622	5 041	118	980	8 262
Saarland	12 901	12 773	128	490	1	1 860	12 957
Sachsen	4 969	4 969	0	3 639	25	3 757	1 228
Sachsen-Anhalt	20 607	20 607	-	28	146	2 742	9 092
Schleswig-Holstein	28 227	28 128	99	361	23	8 804	10 067
Thüringen	16 274	16 274	-	381	183	1 540	7 482
Gemeinden/Gemeindeverbände							
Deutschland	135 178	87 758	47 419	6 933	956	28 253	1 810
Baden-Württemberg	6 871	6 705	166	743	90	6 238	652
Bayern	14 483	14 209	274	329	95	3 093	1 161
Brandenburg	2 165	1 396	769	95	35	516	884
Hessen	18 702	11 214	7 488	1 438	210	4 213	3 115
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 944	1 314	630	534	23	426	1 213
Niedersachsen	12 983	8 537	4 447	512	100	2 060	1 668
Nordrhein-Westfalen	49 612	26 028	23 584	1 619	219	7 534	2 828
Rheinland-Pfalz	11 578	5 592	5 985	362	6	1 491	2 902
Saarland	3 107	1 234	1 872	78	8	385	3 120
Sachsen	4 347	4 252	95	543	37	1 323	1 074
Sachsen-Anhalt	3 317	2 291	1 026	100	6	322	1 463
Schleswig-Holstein	3 861	2 945	916	486	29	422	1 377
Thüringen	2 209	2 041	168	93	98	230	1 016

1 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit den Ergebnissen auf Grundlage des Zensus 2011 jeweils zum 30.6.

9.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.4 Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31.12.2012

	Insgesamt	Bund	Länder			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
Mill. EUR							
Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich ¹	556 606	234 029	152 979	138 775	14 204	62 319	107 280
Bargeld und Einlagen	172 425	30 562	31 573	30 231	1 342	34 967	75 324
Bargeld	364	1	144	130	14	202	18
Sichteinlagen	94 090	29 935	22 246	21 580	666	17 685	24 223
Sonstige Einlagen	77 972	626	9 183	8 521	663	17 080	51 082
Wertpapiere	162 888	108 007	33 401	32 710	691	3 881	17 599
Geldmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	5 996	17	223	190	33	284	5 473
Kapitalmarktpapiere mit Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	156 892	107 991	33 178	32 520	658	3 597	12 126
Ausleihungen	141 950	72 134	64 670	57 556	7 114	3 713	1 433
Ursprungslaufzeit bis zu 1 Jahr	57 261	30 312	26 806	25 552	1 254	45	98
Ursprungslaufzeit mehr als 1 Jahr	84 689	41 822	37 864	32 004	5 860	3 668	1 335
Sonstige Forderungen ²	79 342	23 325	23 336	18 278	5 058	19 758	12 923

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

9.4.5 Finanzvermögen der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2012

	Insgesamt ¹	Bargeld und Einlagen	Wertpapiere		Ausleihungen		Sonstige Forderungen ²	Finanzvermögen beim nicht öffent- lichen Bereich je Einwohner/-in ³
			Ursprungslaufzeit		bis 1 Jahr	über 1 Jahr		
			bis 1 Jahr	über 1 Jahr				
Mill. EUR								
Deutschland	215 298	66 539	506	36 775	26 851	41 532	43 093	2 674
Baden-Württemberg	31 469	23 884	119	3 476	4	420	3 566	2 977
Bayern	22 038	10 656	65	1 611	1	4 257	5 448	1 760
Berlin	7 568	651	27	199	405	5 275	1 011	2 242
Brandenburg	6 193	1 887	3	418	0	3 018	867	2 528
Bremen	1 868	62	5	–	849	520	432	2 853
Hamburg	4 768	629	–	460	0	64	3 615	2 749
Hessen	10 704	4 112	26	1 310	253	1 201	3 801	1 779
Mecklenburg-Vorpommern	3 787	1 429	0	49	0	1 678	631	2 366
Niedersachsen	7 547	3 167	6	286	1	1 469	2 619	970
Nordrhein-Westfalen	91 641	9 029	146	27 895	25 331	20 685	8 554	5 220
Rheinland-Pfalz	8 924	1 939	49	140	1	1 718	5 077	2 236
Saarland	901	228	–	–	1	199	474	907
Sachsen	9 343	4 593	6	710	5	565	3 465	2 307
Sachsen-Anhalt	2 781	1 417	–	189	1	68	1 106	1 231
Schleswig-Holstein	2 987	1 619	52	16	0	316	983	1 064
Thüringen	2 779	1 239	1	17	0	77	1 444	1 280

Einschl. Extrahaushalte.

1 Ohne Anteilsrechte.

2 Einschl. sonstige Forderungen beim öffentlichen Bereich.

3 „Je Einwohner/-in“ berechnet mit den Ergebnissen auf Grundlage des Zensus 2011 jeweils zum 31.12.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2011

Die Jahresabschlussstatistik liefert mit den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts (Tab. 9.3). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der öffentlichen Finanzen.

	Insgesamt	Grundstücks- und Wohnungswesen	Wasser-versorgung	Abwasser-entsorgung	Energie-versorgung	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	15 127	1 842	1 783	1 395	1 451	1 194
Beschäftigte	1 903 759	56 836	35 765	30 173	121 551	115 608
dar. weiblich	922 770	28 356	10 044	6 759	31 677	39 442
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	988 121	123 447	40 842	64 858	82 004	208 056
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 885	109	639	1 019	1 085	234
Sachanlagen	481 985	116 516	37 721	62 146	49 131	29 497
Finanzanlagen	500 252	6 822	2 482	1 694	31 788	178 325
Umlaufvermögen	903 360	19 772	5 333	4 080	41 630	258 760
Vorräte zusammen	21 869	10 235	184	216	2 170	1 510
Forderungen	651 535	4 850	3 735	2 391	31 151	117 668
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	546 070	686	2 227	997	13 835	102 868
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrichtungsträger	13 086	583	374	820	601	1 247
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	229 957	4 686	1 415	1 473	8 309	139 581
Sonstige Aktiva	50 697	2 860	82	175	691	9 012
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	373 709	53 847	16 119	18 125	45 037	36 560
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	119 343	13 704	5 980	4 406	12 766	22 606
Rücklagen	254 928	43 409	9 782	13 230	30 051	16 690
Gewinn/Verlust	- 563	- 3 265	358	489	2 220	- 2 735
Empfangene Ertragszuschüsse	22 398	99	5 788	10 022	4 274	937
Rückstellungen	175 016	7 041	1 640	2 242	24 629	21 747
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	25 874	722	407	551	4 199	3 208
Sonstige Rückstellungen	146 208	6 081	1 176	1 548	19 857	18 503
Verbindlichkeiten	1 261 619	79 880	18 868	32 634	47 602	387 888
Sonstige Passiva	109 435	5 211	3 843	6 090	2 783	28 695
Bilanzsumme	1 942 179	146 079	46 258	69 112	124 326	475 827
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	381 952	22 367	9 424	9 055	147 862	16 693
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	25 597	3 459	483	660	305	3 295
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 5 082	- 193	- 15	4	41	- 4 925
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 389	113	140	105	409	51
Sonstige betriebliche Erträge	56 424	2 553	721	715	6 059	10 895
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	20 126	379	65	69	33	6 800
Betriebsertrag ¹⁾	437 505	24 847	10 271	9 879	154 370	22 714
Materialaufwand	225 054	10 210	4 170	2 977	127 085	3 777
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	142 994	2 688	2 398	732	108 417	1 570
Personalaufwand	101 361	2 627	1 771	1 500	7 827	9 545
Löhne und Gehälter	71 530	2 072	1 391	1 138	6 000	3 945
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	29 831	555	379	362	1 828	5 599
Abschreibungen	29 918	4 277	1 854	2 478	4 083	933
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	29 348	4 114	1 834	2 463	3 985	916
Betriebsaufwand ²⁾	421 608	20 156	9 036	8 258	148 823	22 060
Betriebsfremde Erträge	57 562	654	324	112	3 285	20 183
Betriebsfremde Aufwendungen	64 971	2 967	792	1 284	3 288	30 480
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	17 895	19	13	13	473	12 060
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8 488	2 378	768	449	5 545	- 9 644
Außerordentliches Ergebnis	- 2 530	- 120	- 8	5	- 74	- 607
Steueraufwand	3 559	375	131	37	1 146	46
Erträge aus Verlustübernahmen	13 648	116	23	19	586	10 143
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	12 866	1 678	355	35	5 176	73
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag	3 181	320	297	401	- 264	- 226

Fußnoten siehe nächste Seite.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2011

	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung	Gesundheitswesen	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	Landverkehr und Transport in Rohrleitungen	Übrige
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	1 045	834	560	512	502	4 009
Beschäftigte	29 026	650 728	59 052	17 710	155 926	631 384
dar. weiblich	13 080	461 346	10 234	8 439	26 180	287 213
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	127 874	44 415	13 040	5 394	29 918	248 274
Immaterielle Vermögensgegenstände	198	350	73	11	129	2 038
Sachanlagen	4 720	42 809	10 043	4 418	24 714	100 271
Finanzanlagen	122 956	1 256	2 925	964	5 075	145 966
Umlaufvermögen	25 236	17 243	6 007	949	7 855	516 496
Vorräte zusammen	335	1 500	217	13	935	4 554
Forderungen	16 680	11 211	2 482	641	6 049	454 677
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	432	6 381	604	69	725	417 245
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrichtungsträger	388	3 464	1 018	265	333	3 993
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	8 221	4 532	3 307	295	871	57 265
Sonstige Aktiva	604	1 900	360	81	69	34 862
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	83 250	12 881	4 812	2 658	12 242	88 177
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	16 805	4 056	1 311	715	5 997	30 999
Rücklagen	60 984	10 224	2 799	2 393	7 436	57 931
Gewinn/Verlust	5 461	- 1 399	702	- 450	- 1 191	- 753
Empfangene Ertragszuschüsse	56	117	165	116	372	452
Rückstellungen	10 412	6 680	7 292	276	6 157	86 899
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	5 044	1 396	389	23	2 083	7 852
Sonstige Rückstellungen	4 513	5 176	6 793	216	3 953	78 392
Verbindlichkeiten	59 048	14 446	6 161	2 542	14 197	598 354
Sonstige Passiva	948	29 434	977	832	4 873	25 750
Bilanzsumme	153 713	63 558	19 408	6 424	37 842	799 632
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	4 619	42 274	10 812	966	25 024	92 857
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	242	2 526	2 053	123	4 262	8 189
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 14	33	8	- 1	- 11	- 11
Andere aktivierte Eigenleistungen	22	10	8	2	121	1 407
Sonstige betriebliche Erträge	3 510	10 071	931	413	3 094	17 461
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	140	3 425	125	236	652	8 202
Betriebsertrag¹	8 140	54 176	11 759	1 381	28 229	111 739
Materialaufwand	3 041	14 206	5 646	627	15 465	37 851
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1 741	9 798	782	210	3 269	11 390
Personalaufwand	1 655	29 575	2 593	508	7 701	36 059
Löhne und Gehälter	1 341	23 829	2 026	400	6 166	23 221
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	314	5 746	567	108	1 535	12 838
Abschreibungen	317	3 145	1 051	230	2 255	9 296
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	290	3 102	1 049	226	2 229	9 141
Betriebsaufwand²	7 752	53 970	10 990	1 747	28 680	110 136
Betriebsfremde Erträge	9 231	182	250	179	699	22 462
Betriebsfremde Aufwendungen	6 511	349	360	103	630	18 208
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2 956	11	5	11	5	2 328
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3 109	39	659	- 291	- 381	5 857
Außerordentliches Ergebnis	- 330	- 130	- 125	7	15	- 1 161
Steueraufwand	638	67	145	25	- 246	1 195
Erträge aus Verlustübernahmen	225	22	15	168	1 500	831
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	978	24	72	13	1 411	3 051
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag	1 388	- 161	332	- 154	- 32	1 281

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.6 Kassenmäßige Steuereinnahmen – Steueraufkommen nach Steuerarten

	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR				%			
Insgesamt	530 587	573 351	600 046	619 708	100	100	100	100
Gemeinschaftsteuern (netto) nach Art. 106 Abs. 3 GG	372 857	403 567	426 190	442 752	70,3	70,4	71,0	71,4
Lohnsteuer ¹	127 904	139 749	149 065	158 198	24,1	24,4	24,8	25,5
Veranlagte Einkommensteuer ²	31 179	31 996	37 262	42 280	5,9	5,6	6,2	6,8
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	12 982	18 136	20 059	17 259	2,4	3,2	3,3	2,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	8 709	8 020	8 234	8 664	1,6	1,4	1,4	1,4
Körperschaftsteuer ²	12 041	15 634	16 934	19 508	2,3	2,7	2,8	3,1
Umsatzsteuer	136 459	138 957	142 439	148 315	25,7	24,2	23,7	23,9
Einfuhrumsatzsteuer	43 582	51 076	52 196	48 528	8,2	8,9	8,7	7,8
Bundessteuern³	93 426	99 134	99 794	100 454	17,6	17,3	16,6	16,2
Versicherungsteuer	10 284	10 754	11 138	11 553	1,9	1,9	1,9	1,9
Tabaksteuer	13 492	14 414	14 143	13 820	2,5	2,5	2,4	2,2
Kaffeesteuer	1 002	1 028	1 054	1 021	0,2	0,2	0,2	0,2
Branntweinsteuer	1 990	2 149	2 121	2 102	0,4	0,4	0,4	0,3
Alcopopsteuer	2	2	2	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Schaumweinsteuer	422	454	450	434	0,1	0,1	0,1	0,1
Zwischenerzeugnissteuer	22	16	14	14	0,0	0,0	0,0	0,0
Stromsteuer	6 171	7 247	6 973	7 009	1,2	1,3	1,2	1,1
Energiesteuer	39 838	40 036	39 305	39 364	7,5	7,0	6,6	6,4
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	8 488	8 422	8 443	8 490	1,6	1,5	1,4	1,4
Luftverkehrssteuer	–	905	948	978	–	0,2	0,2	0,2
Kernbrennstoffsteuer	–	922	1 577	1 285	–	0,2	0,3	0,2
Solidaritätszuschlag	11 713	12 781	13 624	14 378	2,2	2,2	2,3	2,3
Pauschalierte Eingangsabgaben	2	3	2	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Bundessteuern	0	0	0	0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landessteuern³	12 146	13 095	14 201	15 723	2,3	2,3	2,4	2,5
Vermögensteuer	–1	–4	–1	–1	X	X	X	X
Erbschaftsteuer	4 404	4 246	4 305	4 633	0,8	0,7	0,7	0,7
Grunderwerbsteuer	5 290	6 366	7 389	8 394	1,0	1,1	1,2	1,4
Kraftfahrzeugsteuer ⁴	–	–	–	–	–	–	–	–
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 412	1 420	1 432	1 635	0,3	0,2	0,2	0,3
Feuerschutzsteuer	326	365	380	392	0,1	0,1	0,1	0,1
Biersteuer	712	702	697	669	0,1	0,1	0,1	0,1
Zölle	4 378	4 571	4 462	4 231	0,8	0,8	0,7	0,7
Gemeindesteuern⁵	47 780	52 984	55 398	56 549	9,0	9,2	9,2	9,1
Grundsteuer A	361	368	375	385	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundsteuer B	10 954	11 306	11 642	11 992	2,1	2,0	1,9	1,9
Gewerbesteuer (brutto)	35 711	40 424	42 345	43 027	6,7	7,1	7,1	6,9
Sonstige Steuern der Gemeinden	754	886	1 037	1 145	0,1	0,2	0,2	0,2

Vor der Verteilung.

1 Nach Abzug von Kindergeld (Familienkassen- und steuerliches Kindergeld), ausschl. Pauschsteuer Mini-Jobs und Altersvorsorge.

2 Nach Abzug von Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt).

3 Ohne den gemeindlichen Bereich der Stadtstaaten.

4 Ab 1.7.2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

5 Einschl. des gemeindlichen Bereichs der Stadtstaaten, ohne steuerähnliche Einnahmen.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.1 Besteuerungsgrundlagen der Einkommensteuer

	2009	2008	Veränderung 2009 gegen- über Vorjahr
	Mrd. EUR		%
Einkünfte aus:			
Land- und Forstwirtschaft ¹	7,9	8,9	- 11,3
+ Gewerbebetrieb ¹	101,0	118,0	- 14,4
+ selbstständiger Arbeit ¹	68,8	69,6	- 1,0
+ nichtselbstständiger Arbeit ²	812,5	811,9	0,1
+ Kapitalvermögen ^{1,2}	11,9	35,9	- 66,8
+ Vermietung und Verpachtung ^{1,2}	14,5	12,0	20,7
+ Sonstige ^{1,2}	43,7	41,8	4,6
= Summe der Einkünfte	1 060,4	1 098,1	- 3,4
- Altersentlastungsbetrag	4,1	4,3	- 3,4
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	1,1	1,1	- 2,0
= Gesamtbetrag der Einkünfte	1 054,8	1 092,3	- 3,4
- Verlustabzug	5,4	6,1	- 11,7
- Sonderausgaben	121,8	120,0	1,5
- außergewöhnliche Belastungen	10,9	10,4	4,7
- Altersvorsorgebeiträge	4,1	3,6	13,7
- Steuerbegünstigungen	0,4	0,4	- 1,2
= Einkommen	912,2	951,8	- 4,2
- Kinderfreibetrag	13,6	19,1	- 29,0
= zu versteuerndes Einkommen	898,4	932,4	- 3,7
= tarifliche Einkommensteuer	187,4	203,3	- 7,8
- Steuerermäßigungen	9,1	10,3	- 11,8
+ hinzuzurechnende Steuer nach § 32d EStG	4,9	-	-
+ hinzuzurechnendes Kindergeld	4,6	6,0	- 23,5
= festzusetzende Einkommensteuer	187,7	199,1	- 5,7

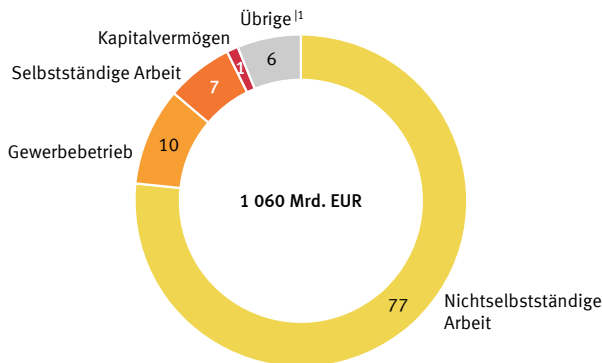
1 Gewinneinkünfte.
2 Überschusseinkünfte.

Die **Einkommensteuer** wird auf das Einkommen von natürlichen Personen erhoben. Bei bestimmten Einkünften wird die Einkommensteuer bei der Einkommensentstehung durch Steuerabzug (z. B. Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag) erhoben. Rechtsgrundlage ist das Einkommensteuergesetz (EStG).

Die **Lohnsteuer** ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, also keine Steuer eigener Art. Sie wird bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben.

Einkunftsarten 2009

Anteil an den Einkünften insgesamt, in %



1 Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft sowie Sonstiges.

2014 - 01 - 0251

9.9 Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2009

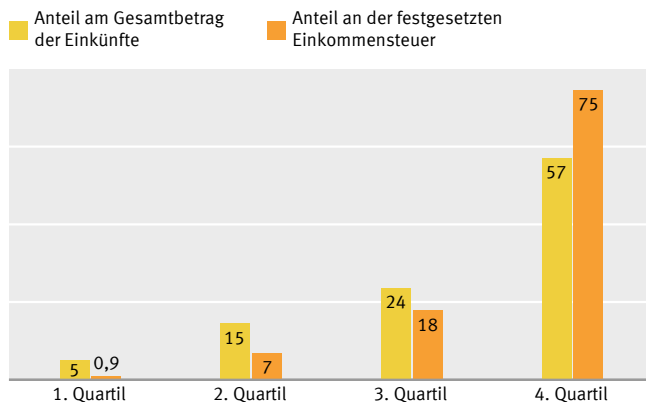
Personengesellschaften und Gemeinschaften sind selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsabschnitt	Einkünfte aus Gewerbebetrieb ¹²						Summe der Einkünfte ¹³		Anzahl der Beteiligten
		insgesamt		davon				Anzahl	1 000 EUR	
		Anzahl	1 000 EUR	Negative Einkünfte		Positive Einkünfte				
				Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	
A–N, P–S	Wirtschaftsabschnitte insgesamt	489 681	74 693 145	146 076	– 26 758 209	343 605	101 451 354	489 681	76 211 723	3 049 839
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	6 119	253 213	1 674	– 77 363	4 445	330 576	6 119	275 375	21 733
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 124	1 391 840	285	– 49 864	839	1 441 704	1 124	1 391 924	4 617
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 978	18 089 929	10 736	– 7 060 006	34 242	25 149 935	44 978	18 817 014	158 478
D	Energieversorgung	44 657	770 948	24 796	– 1 570 223	19 861	2 341 171	44 657	776 883	290 224
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	1 656	425 745	429	– 127 085	1 227	552 830	1 656	427 053	5 598
F	Baugewerbe	39 180	3 700 022	6 296	– 650 632	32 884	4 350 654	39 180	3 704 494	103 676
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	91 132	16 095 761	23 380	– 2 221 031	67 752	18 316 792	91 132	16 106 697	242 294
H	Verkehr und Lagerei	15 772	1 693 039	3 646	– 1 370 182	12 126	3 063 221	15 772	1 694 219	484 311
I	Gastgewerbe	25 640	648 357	7 461	– 434 945	18 179	1 083 302	25 640	654 305	77 761
J	Information und Kommunikation	21 888	2 958 026	6 582	– 1 996 010	15 306	4 954 035	21 888	2 979 113	102 575
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	20 296	8 161 610	6 570	– 4 758 496	13 726	12 920 105	20 296	8 508 323	779 752
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	80 996	9 724 813	26 383	– 3 749 687	54 613	13 474 500	80 996	9 868 857	338 047
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	25 175	5 627 962	7 028	– 1 067 754	18 147	6 695 716	25 175	5 704 741	88 185
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	22 778	1 986 970	6 370	– 688 229	16 408	2 675 199	22 778	1 998 371	158 996
P	Erziehung und Unterricht	2 752	46 835	860	– 55 546	1 892	102 381	2 752	48 596	7 698
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	6 089	1 336 678	1 871	– 133 304	4 218	1 469 982	6 089	1 443 011	29 278
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	15 557	302 933	5 108	– 199 901	10 449	502 834	15 557	307 754	68 491
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	22 346	1 478 255	6 105	– 547 259	16 241	2 025 514	22 346	1 485 351	82 985
	Nicht zuordenbar	1 546	209	496	– 693	1 050	902	1 546	19 642	5 140

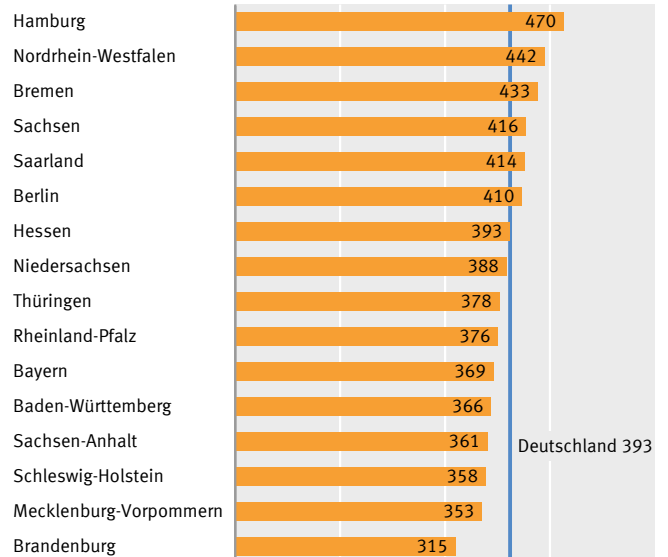
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.
 2 Einschl. Einkommen der Organgesellschaften.
 3 Bei Einkünften aus Gewerbebetrieb, die zwischen – 5 000 und 5 000 Euro liegen, ist die Angabe des Wirtschaftszweiges nicht zwingend erforderlich.

Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2009 nach Einkunftshöhe der Steuerpflichtigen in Quartilen, in %

Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (4. Quartil 2009) erzielten 56,9 % der Einkünfte und zahlten 74,5 % der gesamten festgesetzten Einkommensteuer. Die 25 % der Steuerpflichtigen mit den niedrigsten Einkünften (1. Quartil) vereinigten 5,0 % der Einkünfte auf sich und trugen 0,9 % zur festgesetzten Einkommensteuer bei.



Durchschnittliche Hebesätze der Gewerbesteuer 2012 in %



2014 - 01 - 0252

9.10 Gewerbesteuer 2007

Die Gewerbesteuer ist eine von den Gemeinden erhobene Realsteuer, der inländische Gewerbebetriebe unterliegen. Die Höhe richtet sich nach dem Gewerbebeitrag und dem örtlichen Hebesatz.

	Steuerpflichtige		Gewinn		Verlust		Abgerundeter Gewerbebeitrag ¹	Steuermessbetrag ¹	
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR			%
nach der Höhe des abgerundeten Gewerbebeitrags									
Insgesamt	2 975 021	100	2 266 607	275 791 819	708 414	- 98 613 369	197 273 233	10 884 778	100
mit Steuermessbetrag von 0									
mit negativem Gewerbebeitrag	749 685	25,2	81 697	15 810 908	667 988	- 72 509 953	- 63 201 524	-	-
ohne Gewerbebeitrag	416 111	14,0	395 235	15 228 940	20 876	- 1 991 536	-	-	-
mit positivem Gewerbebeitrag	575 588	19,3	567 422	8 477 720	8 166	- 254 125	6 889 956	-	-
Zusammen	1 741 384	58,5	1 044 354	39 517 569	697 030	- 74 755 614	- 56 311 568	-	-
mit positivem Steuermessbetrag									
Gewerbebeitrag von ... bis unter ... EUR									
unter 4 000	53 451	1,8	49 938	334 535	3 513	- 38 314	87 357	4 370	0,0
4 000 – 12 100	57 593	1,9	55 900	807 150	1 693	- 29 336	435 136	20 751	0,2
12 100 – 24 100	44 861	1,5	43 923	1 028 928	938	- 44 703	783 845	38 650	0,4
24 100 – 48 100	514 831	17,3	513 567	18 401 635	1 264	- 195 967	17 757 196	133 776	1,2
48 100 – 72 100	220 613	7,4	220 100	13 383 120	513	- 74 018	12 895 018	203 065	1,9
72 100 – 125 000	168 512	5,7	167 901	16 319 276	611	- 131 360	15 624 132	438 642	4,0
125 000 – 250 000	91 266	3,1	90 721	17 119 424	545	- 155 781	15 586 104	621 125	5,7
250 000 – 500 000	39 539	1,3	39 073	15 299 140	466	- 295 133	13 631 370	629 326	5,8
500 000 – 2 500 000	33 129	1,1	32 233	36 979 036	896	- 1 577 404	34 147 071	1 672 696	15,4
2 500 000 – 5 000 000	4 764	0,2	4 453	16 814 753	311	- 1 056 781	16 601 393	825 252	7,6
5 000 000 und mehr	5 078	0,2	4 444	99 787 254	634	- 20 258 958	126 036 180	6 297 125	57,9
Zusammen	1 233 637	41,5	1 222 253	236 274 250	11 384	- 23 857 755	253 584 801	10 884 778	100
nach Rechtsformgruppen									
Einzelgewerbetreibende	1 705 552	57,3	1 388 658	53 543 004	316 894	- 3 821 956	48 992 779	870 680	8,0
Personengesellschaften u. Ä.	358 357	12,0	264 548	93 630 737	93 809	- 21 690 566	52 301 758	3 098 603	28,5
Kapitalgesellschaften ²	853 758	28,7	575 289	121 001 004	278 469	- 70 086 794	89 413 543	6 498 175	59,7
Übrige juristische Personen	57 354	1,9	38 112	7 617 074	19 242	- 3 014 053	6 565 152	417 319	3,8
nach Wirtschaftsabschnitten³									
A Land- und Forstwirtschaft	47 769	1,6	37 163	1 940 103	10 606	- 332 371	1 393 260	43 452	0,4
B Fischerei und Fischzucht	496	0,0	342	17 457	154	- 3 722	5 814	390	0,0
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	3 470	0,1	2 628	4 040 175	842	- 3 278 116	- 1 426 146	89 808	0,8
D Verarbeitendes Gewerbe	290 743	9,8	230 535	73 514 964	60 208	- 22 669 929	64 803 105	3 594 471	33,0
E Energie- und Wasserversorgung	45 544	1,5	21 450	10 840 097	24 094	- 2 648 166	7 244 997	438 954	4,0
F Baugewerbe	337 066	11,3	279 926	13 497 859	57 140	- 2 264 070	10 441 480	324 722	3,0
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	706 795	23,8	528 714	46 929 319	178 081	- 8 309 740	37 485 263	1 718 663	15,8
H Gastgewerbe	189 357	6,4	144 489	4 924 275	44 868	- 1 155 499	3 690 577	86 351	0,8
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122 867	4,1	100 822	10 048 054	22 045	- 9 782 273	4 412 001	356 677	3,3
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	121 038	4,1	106 339	26 079 088	14 699	- 6 006 370	22 057 578	1 113 983	10,2
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.	772 300	26,0	566 931	71 613 010	205 369	- 36 151 898	40 262 270	2 754 011	25,3
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
M Erziehung und Unterricht	11 522	0,4	7 929	302 575	3 593	- 80 075	188 445	8 053	0,1
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	27 829	0,9	18 546	1 043 670	9 283	- 540 216	419 571	33 762	0,3
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	298 225	10,0	220 793	11 001 173	77 432	- 5 390 924	6 295 019	321 481	3,0

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Anzahl der Fälle = Steuerpflichtige aus Spalte 1.

2 Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

3 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

9.11 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die **Erbschaftsteuer** wird als Erbanfallsteuer erhoben. Sie knüpft an den Erwerb der einzelnen Erbin bzw. des einzelnen Erben oder der sonstigen Erwerberin bzw. des sonstigen Erwerbers an. Schenkungsteuerpflichtig ist jede freigebige Zuwendung unter Lebenden, sofern die Schenkenden oder die Beschenkten Inländerinnen oder Inländer sind.

9.11.1 Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2012

Reinnachlass von ... bis unter ... EUR ¹	Nachlass- gegenstände insgesamt	Vermögensarten ²				Nachlassver- bindlichkeiten	Reinnachlass
		land- und forstwirt- schaftliches Vermögen	Grund- vermögen	Betriebs- vermögen	übriges Vermögen		
Anzahl³							
Insgesamt	57 512	7 411	35 142	3 821	56 307	57 094	57 922
unter 5 000 ...	1 391	161	538	95	1 266	1 629	1 801
5 000 – 10 000 ...	323	30	116	8	305	298	323
10 000 – 50 000 ...	7 284	564	2 274	67	6 975	7 149	7 284
50 000 – 100 000 ...	9 782	889	4 328	128	9 492	9 659	9 782
100 000 – 200 000 ...	12 406	1 504	7 369	289	12 172	12 255	12 406
200 000 – 300 000 ...	6 609	911	4 490	269	6 531	6 531	6 609
300 000 – 500 000 ...	7 522	1 262	5 693	560	7 452	7 447	7 522
500 000 – 2,5 Mill. ...	11 154	1 917	9 445	1 915	11 082	11 091	11 154
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	683	117	581	278	677	679	683
5 Mill. und mehr ...	358	56	308	212	355	356	358
1 000 EUR							
Insgesamt	31 718 759	284 949	10 146 651	3 452 503	17 834 656	6 441 869	25 276 890
unter 5 000 ...	830 449	4 585	175 273	427 403	223 188	900 029	- 69 580
5 000 – 10 000 ...	25 079	457	12 247	97	12 277	22 623	2 456
10 000 – 50 000 ...	527 742	6 154	161 978	3 409	356 201	286 862	240 880
50 000 – 100 000 ...	1 103 480	10 759	386 819	6 941	698 961	380 438	723 042
100 000 – 200 000 ...	2 308 621	28 016	867 959	20 661	1 391 985	514 474	1 794 147
200 000 – 300 000 ...	1 987 199	27 526	751 031	17 428	1 191 215	368 253	1 618 946
300 000 – 500 000 ...	3 499 686	50 850	1 348 528	67 728	2 032 580	549 963	2 949 724
500 000 – 2,5 Mill. ...	12 238 959	128 163	4 734 714	617 657	6 758 426	1 838 352	10 400 607
2,5 Mill. – 5 Mill. ...	2 724 020	12 954	775 305	341 581	1 594 180	436 401	2 287 619
5 Mill. und mehr ...	6 473 524	15 486	932 797	1 949 598	3 575 642	1 144 474	5 329 049

- 1 Ausgenommen sind Fälle ohne Nachlassgegenstände und Nachlassverbindlichkeiten (sonstige Ererbe, z. B. Vermächtnisse).
- 2 Die summierte Anzahl der Fälle der Vermögensarten kann größer sein als die Anzahl der Fälle beim Gesamtwert der Nachlassgegenstände.
- 3 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.11.2 Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Ererbe 2012

Steuerpflichtige Ererbe ¹	Wert des anteiligen Reinerwerbs durch Erbfall ²	Wert der sonstigen Ererbe	Wert der Ererbe vor Abzug ^{2 3}	Wert der Ererbe nach Abzug ^{2 3}	Gesamtwert der Vorererbe	Freibetrag § 16 ErbStG	Steuerpflichtiger Ererbe	Tatsächlich festgesetzte Steuer
Anzahl⁴								
Insgesamt	X	X	127 901	127 529	17 975	128 204	128 230	125 067
Ererbe von Todes wegen ...	95 603	25 801	104 654	104 645	8 115	104 910	104 936	103 974
Schenkungen	X	X	23 247	22 884	9 860	23 294	23 294	21 093
1 000 EUR								
Insgesamt	X	X	51 317 935	25 585 478	10 983 632	9 456 678	27 361 347	4 184 224
Ererbe von Todes wegen ...	21 150 406	4 245 327	25 367 657	21 307 043	1 818 994	6 570 105	16 701 755	3 586 528
Schenkungen	X	X	25 950 278	4 278 435	9 164 638	2 886 573	10 659 591	597 696

- 1 Fälle mit steuerpflichtigem Ererbe > 0.
- 2 Ererbe von Todes wegen: Nachweis nur für maschinell gelieferte Fälle.
- 3 Vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen nach § 13 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuer-gesetz (ErbStG), Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG, Steuerbefreiung nach § 13c ErbStG, Zugewinnausgleichsforderungen nach § 5 ErbStG, Freibetrag nach § 17 ErbStG, Summe der abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsaufgaben sowie abzugsfähigen Ererbe nebenkosten und DBA-Vermögen (Doppelbesteuerungsabkommen).
- 4 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.12 Umsatzsteuer – Veranlagungen 2009

Die **Umsatzsteuer**, auch Mehrwertsteuer genannt, besteuert den Austausch von Lieferungen und Leistungen (= Umsatz). Sie zählt zu den indirekten Steuern, da Steuerschuldner (= Unternehmen) und wirtschaftlich Belastete (= Leistungsempfänger/-innen) nicht identisch sind. Seit dem 1.1.2007 beträgt der Steuersatz in Deutschland 19 %, der ermäßigte Steuersatz 7 %. Letzterer wird u. a. auf Lebensmittel, Zeitschriften und Bücher sowie künstlerische Leistungen angewandt.

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Inneregemeinschaftliche Erwerbe		Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge ²	Abziehbare Vorsteuerbeträge ³	Verbleibende Umsatzsteuer/Überschuss
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%			
Insgesamt⁴	5 866 232	100	5 061 000	100	393 840	100	796 060	651 837	144 222
unter 17 501	2 362 033	40,3	10 638	0,2	621	0,2	2 605	4 569	- 1 964
17 501 – 50 000	1 106 732	18,9	34 635	0,7	294	0,1	5 879	3 573	2 306
50 000 – 100 000	705 480	12,0	50 416	1,0	469	0,1	8 488	4 769	3 718
100 000 – 250 000	737 159	12,6	117 041	2,3	1 561	0,4	19 426	11 279	8 148
250 000 – 500 000	374 549	6,4	132 213	2,6	2 331	0,6	21 432	13 222	8 210
500 000 – 1 Mill.	245 201	4,2	172 197	3,4	3 845	1,0	27 974	17 620	10 354
1 Mill. – 2 Mill.	149 746	2,6	209 693	4,1	6 011	1,5	34 651	23 069	11 582
2 Mill. – 5 Mill.	103 380	1,8	319 155	6,3	12 833	3,3	52 327	37 281	15 045
5 Mill. – 10 Mill.	38 352	0,7	266 974	5,3	14 889	3,8	41 708	30 976	10 732
10 Mill. – 25 Mill.	24 561	0,4	377 590	7,5	27 115	6,9	58 472	45 772	12 700
25 Mill. – 50 Mill.	9 094	0,2	316 040	6,2	26 684	6,8	47 252	38 290	8 961
50 Mill. – 100 Mill.	4 941	0,1	341 412	6,7	32 585	8,3	49 597	41 590	8 006
100 Mill. – 250 Mill.	3 029	0,1	460 008	9,1	45 775	11,6	66 178	57 672	8 506
250 Mill. und mehr	1 975	0,0	2 252 989	44,5	218 827	55,6	360 071	322 153	37 919

1 Umsätze der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

2 Umsatzsteuer insgesamt für alle steuerpflichtigen Umsätze.

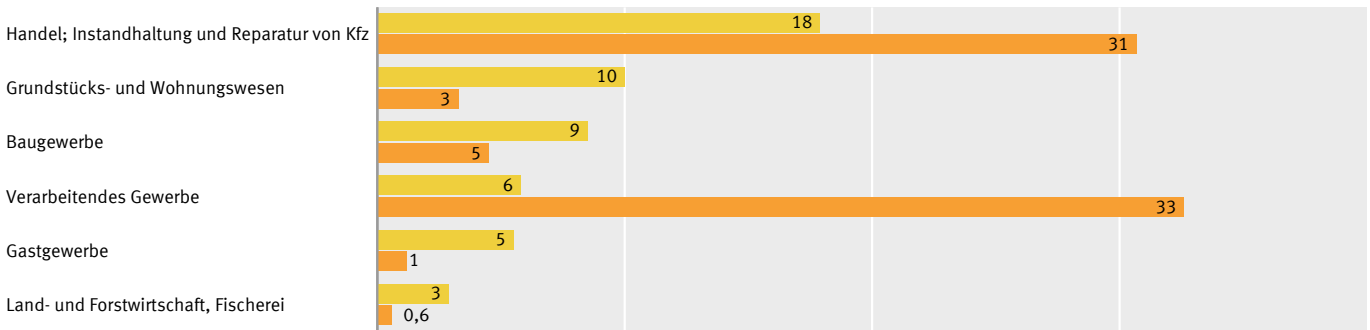
3 Einschl. Vorsteuerberichtigungsbeiträge.

4 Einschl. 7 650 Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis in Höhe von insgesamt – 771 Mill. Euro.

Umsatzsteuer – Veranlagungen 2009

Steuerpflichtige sowie Lieferungen und Leistungen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹, in %

■ Steuerpflichtige ■ Lieferungen und Leistungen



1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). – Einschl. Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen

9.13.2 Umsatzsteuerpflichtige, Umsätze und Umsatzsteuer

Nr. der Klassifikation ¹⁾		Steuerpflichtige ²⁾	Steuerbarer Umsatz		Umsatzsteuer		
			Lieferungen und Leistungen ³⁾	innergemeinschaftliche Erwerbe	vor Abzug der Vorsteuerbeträge	abziehbare Vorsteuerbeträge	Umsatzsteuer-vorauszahlung ⁴⁾
			Anzahl	Mill. EUR			
	2009	3 135 542	4 897 938	382 392	782 073	636 771	145 699
	2010	3 165 286	5 240 997	449 972	842 546	704 234	138 801
	2011	3 215 095	5 687 179	513 263	925 789	786 744	139 566
	2012	3 250 319	5 752 249	524 684	938 810	797 362	142 437
2012 nach Wirtschaftsabschnitten							
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁵⁾	92 160	39 831	1 174	4 238	4 511	- 267
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 016	23 364	698	4 631	3 549	1 082
C	Verarbeitendes Gewerbe	240 621	2 027 218	274 539	283 979	283 577	726
D	Energieversorgung	70 345	325 945	2 321	95 046	84 282	10 762
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11 581	45 615	1 730	7 435	6 329	1 105
F	Baugewerbe	361 630	250 343	3 031	44 205	30 237	13 968
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	634 803	1 825 774	218 945	302 978	261 834	41 796
H	Verkehr und Lagerei	109 328	207 647	2 729	31 608	25 982	5 636
I	Gastgewerbe	224 309	68 794	380	10 166	6 172	3 995
J	Information und Kommunikation	124 510	193 147	6 122	37 621	23 691	13 920
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ⁶⁾	25 527	73 391	1 644	17 960	12 590	5 373
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	291 935	135 658	1 181	18 410	10 016	8 394
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	473 549	220 531	6 128	40 847	21 921	18 928
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	176 064	135 395	2 546	24 080	13 383	10 702
P	Erziehung und Unterricht	44 515	9 957	92	1 221	522	700
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	48 603	86 691	376	2 254	1 502	751
R	Kultur, Unterhaltung und Erholung	100 160	34 105	227	4 286	2 698	1 587
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	218 663	48 842	820	7 844	4 564	3 281

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.
 2 Voranmeldungspflichtige mit Jahresumsätzen über 17 500 Euro.
 3 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

4 Negativer Vorauszahlungsbetrag (-) bedeutet Überschuss zugunsten der Steuerpflichtigen.
 5 Ohne land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, für die eine Umsatzsteuer-Zahllast nicht entsteht.
 6 Ohne steuerfreie Umsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen.

9.14 Ausgewählte Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken

Weitere Informationen zum Verbrauch ausgewählter Genussmittel siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr		Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
		2013	2012				%	2013	
Energieerzeugnisse					Bier				
Absatz ausgewählter Energieerzeugnisse ¹⁾					Braustätten				
Kraftstoffe:					Bierabsatz ⁵⁾				
Benzin ²⁾					Insgesamt				
Gasöle (Dieselkraftstoff) ³⁾					Versteuert				
Flüssiggase					Steuerfrei				
					darunter:				
Heizstoffe:					in andere EU-Länder				
Heizöl leicht					in Drittländer				
Heizöl schwer									
Flüssiggase					Branntwein ⁶⁾				
					2012/13 2011/12 %				
Tabak					Betriebsjahr (1.10. – 30.9.)				
Versteuerung von Tabakwaren ⁴⁾					Erzeugung insgesamt				
Versteuerte Mengen:					Brennereien insgesamt				
Zigaretten					Schwein ⁷⁾				
Zigarillos, Zigarren					Versteuerte Menge insgesamt ...				
Feinschnitt									
Pfeifentabak									

2013 vorläufiges Ergebnis.
 1 Netto, d. h. nach Abzug von Steuererstattungen und -vergütungen.
 2 Ohne Flugbenzin.
 3 Und ihnen im Siedeverhalten entsprechende Energieerzeugnisse.
 4 Berechnet aus den gegen Entgelt ausgelieferten Tabaksteuerzeichen (Nettowerte; Rücknahme von Steuerzeichen berücksichtigt).

5 Ohne alkoholfreies Bier und ohne Malztrunk.
 6 Quelle: Bundesmonopolverwaltung für Branntwein.
 7 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Steuersatz.

Methodik

■ Öffentliche Finanzen

Die Daten der **Finanzstatistiken zum öffentlichen Gesamthaushalt** bieten ein umfassendes, detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Sie zeigen, welche Einnahmen den Einheiten des öffentlichen Gesamthaushalts zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert werden konnten und in welchem Umfang zurückgegriffen werden musste auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder auf Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen). Künftige Belastungen der Einheiten des öffentlichen Gesamthaushalts aus aufgenommenen Fremdmitteln ergeben sich aus dem Stand der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich. Die Ergebnisse der Finanzstatistiken sind eine bedeutende Informationsquelle zur Kennzeichnung der Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Für Analysen und Vergleiche auf nationaler Ebene liefern die Finanzstatistiken relevante Informationen über die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und den Schuldenstand. Für die Abbildung des Staates in den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind sie eine bedeutende Basisstatistik. Mit der Statistik der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts stehen wichtige Informationen über die Höhe und Struktur der öffentlichen Verschuldung bereit. Eine herausragende Bedeutung erwächst der Schuldenberichterstattung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst Kernhaushalte und Extrahaushalte. Die Erfassung der **öffentlichen Finanzen der Kernhaushalte** der Gebietskörperschaften erfolgt in Verbindung mit der Haushaltsaufstellung, dem Haushaltsvollzug und der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte. Fortschreitende Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und die Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen beeinträchtigen die Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen werden daher neben den Kernhaushalten auch die **Finanzen der Extrahaushalte** berücksichtigt. Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Der Prozess der Einbeziehung der Extrahaushalte in den öffentlichen Gesamthaushalt ist in den verschiedenen finanzstatistischen Erhebungen unterschiedlich weit vorangeschritten.

Die Ergebnisse der vierteljährlichen **Kassenstatistik** (Tabelle 9.2.1), der aktuellsten Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen, basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnissen). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des aktuellen Berichtsjahres. Insbesondere durch die Erweiterung des Berichtskreises um die Extrahaushalte ist der Vergleich mit den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts beeinträchtigt.

Die **Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts** weisen die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf der Grundlage der abgeschlossenen Jahresrechnungen (Rechnungsergebnisse) aus (Tabelle 9.3.1). Sie umfassen im Berichtsjahr 2011 den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile der Europäischen Union, die Länder, Sondervermögen der Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung. Für die Darstellung einzelner Aufgabenbereiche (Tabellen 9.3.2 und 9.3.3) werden die Nettoausgaben ausgewiesen. Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Haushaltsebene finanzierten Ausgaben (Finanzierungs- oder Belastungsprinzip).

Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt grundsätzlich nach der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte. In der vierteljährlichen **Kassenstatistik** werden die Ausgaben und Einnahmen nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert. In den detaillierten Rechnungsergebnissen sind die öffentlichen Ausgaben nach finanz- und gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten und nach Aufgabenbereichen gegliedert. Bei den Ausgabe- und Einnahmearten wird unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten

unterschieden zwischen laufender Rechnung, Kapitalrechnung und besonderen Finanzierungsvorgängen (periodenübergreifenden Transaktionen). Die Zahlungen der Kern- und Extrahaushalte untereinander werden bei der Zusammenfassung zu Körperschaftsgruppen bzw. zum öffentlichen Gesamthaushalt zur Vermeidung von Doppelzählungen bereinigt. Die Ausgabe- und Einnahmesummen der einzelnen Haushaltsebenen lassen sich deshalb nicht zum Gesamtergebnis addieren. Die Finanzen der Stadtstaaten sind in der finanzstatistischen Darstellung grundsätzlich den Länderhaushalten zugerechnet.

In der jährlichen **Schulden- und Finanzvermögenstatistik** sind bereits ab dem Berichtsjahr 2010 mit den Kern- und Extrahaushalten alle Einheiten des Staalsektors einbezogen. Damit ist neben den bereits in den Vorjahren erhobenen Kernhaushalten Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände auch der Kernhaushalt der Sozialversicherung Bestandteil der Erhebung. Alle Extrahaushalte der vier Kernhaushalte komplettieren den Berichtskreis der Schulden- und Finanzvermögenstatistik.

Die Ergebnisse der **Schuldenstatistik** sind nach Körperschaftsgruppen, Schuldarten sowie den jeweiligen Gläubigern differenziert darstellbar. Aus der Summe der Schulden aller Körperschaftsgruppen beim nicht öffentlichen Bereich resultiert der nationale Schuldenstand (Tabelle 9.4.2). Für eine vergleichende Analyse der Verschuldung der Länder (Tabelle 9.4.3) sollten sowohl die Verschuldung der Länder als auch die der kommunalen Ebene – aufgrund unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade – herangezogen werden (siehe hierzu Abbildung „Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2012“). Bedingt durch die Ausweitung des Berichtskreises und einer gleichzeitigen Anpassung der Erhebungsinhalte an die Anforderungen des ESGV 95 im Berichtsjahr 2010, ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen (Tabelle 9.4.1) nur eingeschränkt aussagefähig.

Die **Finanzvermögenstatistik** des öffentlichen Gesamthaushalts erhebt das Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts. Die Erhebungseinheiten sind die staatlichen (Bund, Länder) und kommunalen Haushalte (Gemeinden, Gemeindeverbände), die Träger der Sozialversicherung und die Bundesagentur für Arbeit sowie alle Extrahaushalte (öffentlich bestimmte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staalsektors). Nachgewiesen wird nur das Finanzvermögen beim nicht öffentlichen Bereich; dieses wird untergliedert in Bargeld und Einlagen, Wertpapiere, Ausleihungen und Sonstige Forderungen (Tabellen 9.4.4 und 9.4.5).

Die **Jahresabschlussstatistik** liefert mit den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen die Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen der öffentlichen Haushalte (Tabellen 9.5.1 und 9.5.2). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der Finanzen des öffentlichen Bereichs und sichern so das statistische Gesamtbild aller öffentlichen Finanzen. Erhoben werden Angaben der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagennachweises.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Steuern

Bei den Steuerstatistiken ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Nachweisen über die **kassenmäßigen Steuereinnahmen**, den in jährlichen und mehrjährigen Zeitabständen erfolgenden **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** (Voranmeldungen und Veranlagungen) und den laufenden Angaben über die **Verbrauchssteuern**.

Rechtsgrundlage der Steuerstatistiken ist das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG, Art. 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11.11.1995, BGBl. I S. 1250) in seiner jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565) in seiner jeweils geltenden Fassung.

Methodik

Die **Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen** (Tabelle 9.6) bildet die vierteljährlich und jährlich bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten ab. Neben dem Steueraufkommen sind auch die Steueranteile enthalten, die nach den Verteilungsvorgängen den Gebietskörperschaften verbleiben, sowie die Finanzanteile für die Europäische Union.

Die kommunalen Körperschaften bestimmen autonom **Hebesätze** (Abbildung S. 272). Sie dienen der Festsetzung der Steuern, die die Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (**Grundsteuer A**), für sonstige Grundstücke (**Grundsteuer B**) bzw. als Gewerbetreibende (**Gewerbesteuer**) zu entrichten haben. Daher ist das Istaufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer durch den Einfluss der Hebesätze als bundesweiter Vergleichsmaßstab ungeeignet. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte Realsteuervergleich ermöglicht eine Vergleichbarkeit (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen).

Die **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** werden jährlich bzw. in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Sie betreffen die Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik, die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, die Gewerbesteuerstatistik und die Umsatzsteuerstatistiken (Voranmeldungen und Veranlagungen). Grundlage für die Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen sind die aus dem Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben. Daher kann von einer sehr hohen Genauigkeit dieser Statistiken ausgegangen werden. Die Aktualität ist jedoch eingeschränkt. Gründe hierfür sind die lange Veranlagungsdauer, die anspruchsvolle Aufbereitung und die großen Datenmengen. Aufgrund periodenfremder Erstattungen oder Vorauszahlungen weicht das Steueraufkommen, das in den Erhebungen über die Steuerbemessungsgrundlagen nachgewiesen wird, von den auf das Kalenderjahr bezogenen kassenmäßigen Steuereinnahmen (Tabelle 9.6) ab.

Die **Einkommensteuerstatistik** (Tabellen 9.7.1 bis 9.7.3) enthält die Steuerpflichtigen mit Angaben über die Einkünfte, das Einkommen, die Einkommensteuer sowie Steuervergünstigungen der natürlichen Personen. Dazu zählen auch die Einkommensverhältnisse ausgewählter freier Berufe. Das Wohnsitzfinanzamt verschlüsselt die Art der freiberuflichen Tätigkeit anhand der von den Steuerpflichtigen gemachten Angaben zum ausgeübten Beruf. Über die Einkommensteuerstatistik sind auch Angaben über die **Personengesellschaften und Gemeinschaften** (Tabelle 9.9) möglich, für die eine besondere Feststellung der Einkünfte erfolgt. Mit entsprechenden Angaben gehen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen in die **Körperschaftsteuerstatistik** (Tabelle 9.8) ein.

Die **Gewerbesteuerstatistik** (Tabelle 9.10) weist die Bemessungsgrundlagen für den Gewerbeertrag nach. Aus diesen Bemessungsgrundlagen leitet sich der Steuermessbetrag ab. Die Erhebung der Gewerbesteuer mittels Hebesatz durch die Gemeinden bildet die Gewerbesteuerstatistik nicht ab. Angaben zu den Gewerbesteuerhebesätzen liegen jedoch im Rahmen des Realsteuervergleichs vor oder können der Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ entnommen werden.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik** (Tabellen 9.11.1 und 9.11.2) gibt einen Überblick über alle steuerpflichtigen Ererbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde.

In der **Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)** werden die Unternehmen erfasst, die zur Abgabe einer Umsatzsteuererklärung verpflichtet sind (Tabelle 9.12). Somit werden auch – im Gegensatz zur Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) – Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro abgebildet. Aufgrund der geltenden Abgabefristen für die Umsatzsteuererklärung, liegen die Daten der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) im Vergleich zu den Daten der Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen) erst später vor. Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Ererbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und verbleibende Umsatzsteuer, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig, in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform.

Die **Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)** bildet die Angaben der Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro ab, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind (Tabellen 9.13.1 und 9.13.2). Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Ererbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und Umsatzsteuer-Vorauszahlung, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig (Tabelle 9.13.2), in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform (Tabelle 9.13.1).

Aus den **Verbrauchssteuerstatistiken** (Tabelle 9.14) gehen unter anderem die Verbrauchssteuer-Belastung und die versteuerten Mengen bestimmter Genussmittel (Bier, Schaumwein, Branntwein, Tabakwaren) sowie von Energieerzeugnissen hervor. Die Steuer bemisst sich bei den Tabakwaren nach Menge und Kleinverkaufspreis, bei den übrigen verbrauchssteuerpflichtigen Waren nach der abgesetzten Menge der Erzeugnisse. Die Periodizität ist bei den einzelnen Verbrauchssteuerstatistiken unterschiedlich, aber in allen Fällen sind Jahresangaben verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ausgaben/Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts | Sie sind nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert, in den Rechnungsergebnissen zusätzlich nach Aufgabenbereichen. Die Gliederung basiert auf der Systematik der kameralen staatlichen und kommunalen Haushalte.

Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung | Summe der Ausgaben und Einnahmen, die im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie des Betriebs von Einrichtungen und Anstalten meistens regelmäßig anfallen (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben und -einnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Gebühreinnahmen, Steuern), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen der Kapitalrechnung | Summe der Ausgaben und Einnahmen, die der Finanzierung von eigenen Investitionen und denen anderer Träger dienen (Baumaßnahmen, Erwerb und Veräußerung von Sachvermögen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen, Darlehensgewährungen und -rückflüsse), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen | Summe der Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Besondere Finanzierungsvorgänge | Nicht saldenrelevante Ausgaben und Einnahmen.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anlagenachweis | Ausgewählte Angaben aus den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Inhaltlich entsprechen diese Positionen der Mindestgliederung, die durch HGB, Eigenbetriebsrecht und weitere spezialrechtliche Vorschriften (z. B. Krankenhausbuchführungsverordnung) vorgegeben ist.

Braustätte | Wird durch die Herstellungsgeräte und die sie umschließenden Räume gebildet und somit nicht als wirtschaftliche, sondern als technische und räumliche Betriebseinheit verstanden. Dargestellt werden die tatsächlich betriebenen Braustätten, die auch als Herstellungs-, Brauereibetrieb oder Brauerei bezeichnet werden.

Bundessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 GG dem Bund zusteht. Die Bundessteuern umfassen z. B. die Verbrauchsteuern ohne Biersteuer (u. a. Energie-, Strom-, Tabak-, Kaffee-, Schaumweinsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer (seit 1.7.2009, davor Landessteuer) und die Versicherungssteuer.

Einkommen | Gesamtbetrag der Einkünfte abzüglich Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Altersvorsorgebeiträge, Steuerbegünstigungen für Wohnzwecke und Verlustabzug.

Erbanfall | Mit dem Tode (Erbfall) einer Person (Erblasserin bzw. Erblasser) geht deren Vermögen (Nachlass oder Erbschaft) als Ganzes auf eine oder mehrere Personen (Erbeninnen und Erben) über (§ 1922 BGB).

Erbschaftsteuer bzw. Schenkungsteuer | Der Steuer unterliegen die Erwerbe von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen sowie das Vermögen bestimmter Stiftungen in Zeitabständen von 30 Jahren (§ 1 ErbStG).

Erwerbe vor/nach Abzug | Erwerbe vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen, Steuerbegünstigungen und Freibeträgen (außer persönlicher Freibetrag nach § 16 ErbStG) usw.

Eventualverbindlichkeiten | Darunter fallen Bürgschaften und Gewährleistungen der öffentlichen Haushalte, die lediglich die übernommenen Haftungssummen enthalten. Obligatorisch kraft Gesetz übertragene Bürgschaften bleiben unberücksichtigt.

Extrahaushalte | Alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Finanzierungssaldo | Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistik ist der Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen. Dieser weicht von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Finanzierungssaldo des Staates aufgrund methodischer Unterschiede ab.

Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts | Nachgewiesen wird das Finanzvermögen entsprechend dem Schuldnerprinzip beim nicht öffentlichen Bereich. Dazu zählen Wertpapiere und Ausleihungen jeweils bei Kreditinstituten, beim sonstigen inländischen Bereich oder beim sonstigen ausländischen Bereich sowie Bargeld und Einlagen und alle sonstigen Forderungen.

Freiberuflich Tätige | Einkommensteuerpflichtige Personen mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Berufsgruppen.

Gemeindesteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 GG den Gemeinden/Gemeindeverbänden zusteht. Dazu gehören die sogenannten Realsteuern (Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer) sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

Gemeinschaftsteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht. Sie umfassen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Abgeltungsteuer und Körperschaftsteuer (sie bilden zusammen die Steuern vom Einkommen) sowie Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Gesamtbetrag der Einkünfte | Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert u. a. um den Altersentlastungsbetrag und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. In der Körperschaftsteuer ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der Einkünfte vermindert um den Freibetrag für Land- und Forstwirten bzw. -wirte und abziehbare Spenden und Beiträge sowie im Falle der Organschaft korrigiert um das dem Organträger zuzurechnende Einkommen der Organgesellschaft.

Gesellschafter/Beteiligter | Eine Personengesellschaft/Gemeinschaft entsteht, wenn sich mindestens zwei natürliche und/oder juristische Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes zusammenschließen. Die natürlichen und/oder juristischen Personen werden als Gesellschafter oder Mitunternehmer bezeichnet. Der Begriff „Beteiligter“ ist diesen Begriffen gleichzusetzen. Im Gegensatz zur Kapitalgesellschaft haften die Gesellschafter einer Personengesellschaft unbeschränkt, das heißt sowohl mit dem Gesellschaftsvermögen als auch mit ihrem Privatvermögen soweit nicht einzelne Gesellschafter mit ihrer Haftung beschränkt sind (z. B. Kommanditisten einer KG).

Gewerbebetrieb | Das ist eine selbstständige nachhaltige Betätigung, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt (§ 15 EStG). Die Betätigung darf weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbstständige Arbeit anzusehen sein. Ein Gewerbebetrieb liegt auch dann vor, wenn die Gewinnerzielungsabsicht nur ein Nebenzweck ist und seine Voraussetzungen im Übrigen gegeben sind.

Gewerbeertrag | Gewinn aus Gewerbebetrieb, modifiziert um eine Reihe von Hinzurechnungen und Kürzungen gemäß Gewerbesteuergesetz.

Gewinnfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Haushaltstechnische Verrechnungen | Interne Verrechnungen, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzählungen eliminiert werden.

Hebesatz | Von der Gemeinde für das jeweilige Kalenderjahr festgesetzter Prozentsatz, der auf die Messbeträge der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) angewandt wird (sog. Hebesatzanspannung) und der für die einzelnen Realsteuerarten in aller Regel unterschiedlich hoch ist.

Innergemeinschaftliche Erwerbe | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Ein innergemeinschaftlicher Erwerb liegt vor, wenn die Lieferung aus dem Gemeinschaftsgebiet der EU erfolgt. Die Lieferung muss von einem Unternehmer durch sein Unternehmen gegen Entgelt erfolgen. Die erworbene Lieferung unterliegt dann der Umsatzsteuer. Der innergemeinschaftliche Erwerb ist in § 1a UStG geregelt.

Kassenkredite (bzw. Kassenverstärkungskredite) | Kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen.

Kernhaushalte | Haushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung (in der jährlichen Schulden- und Finanzvermögenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 in der vierteljährlichen Kassenstatistik und vierteljährlichen Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2011).

Körperschaftsteuer | Eine besondere Art der Einkommensteuer für juristische Personen (insbesondere Kapitalgesellschaften, z. B. AG und GmbH), andere Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Besteuerungsgrundlage ist das Einkommen, das die Körperschaft innerhalb des Kalenderjahres bezogen hat.

Körperschaftsteuerpflichtige | Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen nach den §§ 1 und 2 KStG.

Landessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 2 GG den Ländern zusteht. Die Landessteuern umfassen die Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Rennwett- und Lotterie-, Feuerschutz- und Biersteuer.

Lieferungen und Leistungen (Umsätze) | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Umsätze im Sinne der Umsatzsteuerstatistiken (Vor Anmeldungen und Veranlagungen) sind Lieferungen, sonstige Leistungen (Ausgangsumsätze) und der Eigenverbrauch der Unternehmen, abgekürzt „Lieferungen und Leistungen“.

Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer | Im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG ist Mitunternehmerin bzw. Mitunternehmer, wer als zivilrechtliche Gesellschafterin bzw. als zivilrechtlicher Gesellschafter einer Personengesellschaft unternehmerisches Risiko trägt und unternehmerische Initiative entfalten kann.

Nachlassgegenstände | Das Guthaben/Vermögen, das die Erblasserin oder der Erblasser hinterlässt. Nachlassgegenstände sind land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen sowie das übrige Vermögen (z. B. Kapitalforderungen, Wertpapiere, Bankguthaben, Versicherungen, Renten, Bargeld, Hausrat usw.).

Nachlassverbindlichkeiten | Erwerbslasten, die den Erwerb aus der Sicht der steuerpflichtigen Person schmälern. Dies sind z. B. Hypotheken, Steuerschulden, Verbindlichkeiten, Erbfallkosten und Schulden, die mit dem erworbenen Vermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Negative Einkünfte | Einkünfte, die kleiner als Null sind.

Nettoausgaben | Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzierenden Ausgaben (Belastungsprinzip).

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen | Sie entstehen durch Aufgabenauslagerungen, Neugründung oder Beteiligungserwerb. Es sind Einheiten, deren Eigner mehrheitlich – unmittelbar oder mittelbar – die Kernhaushalte (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherung) sind.

Öffentlicher Gesamthaushalt | Er umfasst

- in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts den Bund, Sondervermögen des Bundes, die Länder, Sondervermögen der Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in der Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung.

Personengesellschaften/Gemeinschaften | Gesellschaften/Gemeinschaften, die selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten sind. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Positive Einkünfte | Einkünfte, die größer bzw. gleich Null sind.

Reinerwerb | Anteiliger Reinnachlass je Erwerberin bzw. Erwerber.

Reinnachlass | Nachlassgegenstände abzüglich Nachlassverbindlichkeiten.

Schulden beim nicht öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- bei Kreditinstituten,
- beim sonstigen inländischen Bereich sowie
- beim sonstigen ausländischen Bereich.

Der ausgewiesene **nationale Schuldenstand** entspricht ab dem Berichtsjahr 2010 der Summe der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich des öffentlichen Gesamthaushalts. Bis zum Berichtsjahr 2009 basierte der nationale Schuldenstand auf den Kreditmarktschulden einschließlich der Kassenkredite. Aufgrund dieser methodischen Umstellung und der Berichtskreiserweiterung zum Berichtsjahr 2010 ist ein Vergleich des Schuldenstandes zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Schulden beim öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- beim Bund,
- bei Ländern,
- bei Gemeinden/Gemeindeverbänden,
- bei Zweckverbänden,
- bei der Sozialversicherung,
- bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie
- bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen.

Zu beachten ist, dass die Schulden beim öffentlichen Bereich unkonsolidiert ausgewiesen werden.

Summe der Einkünfte | Bei Personengesellschaften und Gemeinschaften ist dies die Addition aus den Einkunftsarten: Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, Selbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, Sonstige Einkünfte. In der Einkommensteuerstatistik werden zudem die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit berücksichtigt.

Sondervermögen des Bundes | Rechtlich unselbstständige abgesonderte Teile des Bundesvermögens, die der Erfüllung einzelner, abgegrenzter Aufgaben dienen und getrennt vom übrigen Vermögen zu verwalten sind. Sie werden in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts und in der Schuldenstatistik als Extrahaushalte nachgewiesen.

Sonstiger Erwerb | Erwerb durch Vermächtnisse, Verträge zugunsten Dritter, geltend gemachte Pflichtteilsansprüche usw.

Steuerbarer Umsatz | Gem. § 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umfasst der steuerbare Umsatz

- die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,
- die Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittlandgebiet in das Inland (= Einfuhrumsatzsteuer, nicht Bestandteil der Umsatzsteuerstatistiken) und
- die innergemeinschaftlichen Erwerbe im Inland gegen Entgelt.

Steuermessbetrag nach dem Gewerbeertrag | Abgerundeter Gewerbeertrag, nach Anwendung einer bundeseinheitlichen sogenannten Steuermesszahl von 5 %. Bei natürlichen Personen/Personengesellschaften gilt vorab ein Freibetrag von 24 500 Euro und der Steuermessbetrag ist bis zu einem Gewerbeertrag von 48 000 Euro zwischen 1 und 4 % gestaffelt. Für bestimmte Körperschaften gilt ein Freibetrag von 3 900 Euro.

Steuerpflichtiger Erwerb | Gemäß § 10 ErbStG die Bereicherung der Erwerberin oder des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist.

Umsatzsteuerpflichtige | Im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG ist ein Unternehmer umsatzsteuerpflichtig, wenn er eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Das Unternehmen umfasst die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit des Unternehmers. Gewerblich oder beruflich ist jede nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Gewinnabsicht fehlt oder eine Personenvereinigung nur ihren Mitgliedern gegenüber tätig wird. Der Kreis der in der Umsatzsteuerstatistik (Vorankündigungen) erfassten Steuerpflichtigen umfasst die Unternehmen, die im Statistikjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben, mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro. Nicht erfasst sind Jahreszahler (Unternehmer, die keine Voranmeldung, sondern nur eine jährliche Umsatzsteuererklärung abgeben müssen) und Kleinunternehmer (mit jährlichen Umsätzen unter 17 501 Euro). Die Abbildung der Unternehmen, die im Statistikjahr nach § 2 Abs. 1 UStG eine Umsatzsteuererklärung abgegeben haben (darunter fallen auch die Unternehmen mit Umsätzen unter 17 501 Euro), erfolgt in der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen).

Unbeschränkte/beschränkte Steuerpflicht | Unbeschränkt steuerpflichtig sind Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben bzw. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihren Sitz im Inland haben. Der Steuer unterliegen in diesem Fall sowohl das inländische als auch das ausländische Einkommen oder Vermögen. Beschränkte Steuerpflicht liegt vor, wenn der gewöhnliche Aufenthalt und der Wohnsitz der/des Steuerpflichtigen (bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer auch der Erblasserin bzw. des Erblassers oder der Schenkerin bzw. des Schenkers) bzw. der Sitz einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse nicht im Inland liegen. Zu versteuern ist hier nur das inländische Einkommen oder Vermögen. Zusammenveranlagte Ehegatten gelten als Steuerpflichtiger.

Verlustfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit negativen Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Vorerwerb | Dem Erbfall vorangegangene Schenkung von der Erblasserin oder dem Erblasser an die Erwerberin oder den Erwerber.

Wirtschaftszweig | Die Wirtschaftszweigklassifikation dient der Zuordnung der Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit. Grundsätzlich wird ein Unternehmen einem einzigen Wirtschaftszweig zugeordnet. Maßgebend für die Zuordnung ist dabei die Haupttätigkeit des Unternehmens. Mit dem Berichtsjahr 2009 erfolgte in den Steuerstatistiken der Umstieg von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Zu versteuerndes Einkommen | In der Körperschaftsteuerstatistik das Einkommen im Sinne des § 8 Abs. 1 KStG, vermindert um die Freibeträge der §§ 24 und 25 KStG. In der Einkommensteuerstatistik wird das Einkommen um Kinderfreibeträge und den Härteausgleich gem. § 46 Abs. 3 EStG, § 70 EStDV gemindert.

Zweckverband | Zusammenschluss von Gemeinden/Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben. Kann seinerseits als Träger, z. B. eines Eigenbetriebs, auftreten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Finanzen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 71, Daten zu *Steuern* unter Code 73

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Öffentliche Finanzen

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.1	Rechnungsergebnisse der öffentlichen Haushalte
Reihe 3.3	Rechnungsergebnisse der kommunalen Kern- und Extrahaushalte
Reihe 3.3.1	Rechnungsergebnisse der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände
Reihe 5	Schulden der öffentlichen Haushalte
Reihe 5.1	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11	Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 7/11	Die gesetzliche Sozialversicherung in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 11/11	Integration in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 4/12	Ausgewählte Struktur- und Bilanzmerkmale öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 9/13	Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2012
Heft 12/13	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2012
Heft 5/13	Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2013

■ Steuern

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 4	Steuerhaushalt
Reihe 7.1	Lohn- und Einkommensteuer
Reihe 7.1.1	Jährliche Einkommensteuer
Reihe 7.2	Körperschaftsteuer
Reihe 8.1	Umsatzsteuer (Vorankündigungen)
Reihe 8.2	Umsatzsteuer (Veranlagungen)
Reihe 9.1	Tabaksteuer
Reihe 9.2	Biersteuer
Reihe 9.3	Energiesteuer
Reihe 9.5	Schaumweinsteuer
Reihe 9.6	Luftverkehrssteuer
Reihe 9.7	Stromsteuer
Reihe 10.1	Realsteuervergleich
Reihe 10.2	Gewerbesteuer

Fachberichte

Jährliche Körperschaftsteuerstatistik (2009)
Staatliche Förderung der Riesterrente (2009)
Statistik der Personengesellschaften und Gemeinschaften (2009)
Erbschaft- und Schenkungsteuer (2012)
Verbrauchssteuern (2000 – 2013)
Branntweinsteuer (2013)

Mehr zum Thema

■ Steuern

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10	Statistische Auswertung der Riester-Förderung
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/10	Jährliche Körperschaftsteuerstatistik – Methodik und erste Ergebnisse
Heft 4/11	Die neue Umsatzsteuerstatistik nach Veranlagungen
Heft 11/11	Politikberatung durch Mikrosimulationen – Berechnungen für die Gemeindefinanzkommission
Heft 8/12	Weiterentwicklung der Gewerbesteuerstatistik
Heft 8/13	Analyse der Umsatzsteuerstatistik auf Basis der Veranlagungen 2008
Heft 10/13	Umsätze und ihre Besteuerung
Heft 10/13	Das Taxpayer-Panel 2001 – 2008

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Hebesätze der Realsteuern

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 42 10 (Ausgaben und Einnahmen),

+49 (0)6 11 / 75 48 39 (Schulden),

+49 (0)6 11 / 75 48 39 (Finanzvermögen),

+49 (0)6 11 / 75 26 85 (öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen),

+49 (0)6 11 / 75 43 15 (Steuern).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

10 Wahlen



In **18. Legislaturperiode** regiert eine **Koalition** aus **CDU/CSU** und **SPD** | Zusammen hatte sie **504 von insgesamt 631 Sitzen** im Bundestag | An Wahl zum 18. Deutschen Bundestag nahmen **71,5 %** der Wahlberechtigten teil | Im **Europäischen Parlament** ist Deutschland mit **96 Sitzen** vertreten | Stärkste deutsche Fraktion ist derzeit die **CDU/CSU** mit **34 Sitzen** | **48 %** der deutschen Wahlberechtigten **beteiligten** sich 2014 an Wahl zum Europäischen Parlament

Seite

287 **Auf einen Blick**

Tabellen

288 **Wahl zum Deutschen Bundestag**

Sitzverteilung im Deutschen Bundestag | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

292 **Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland**

Deutsche Sitze im Europäischen Parlament | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

293 **Landtagswahlen**

Sitzverteilung in den Länderparlamenten | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

294 **Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmenzahl der Länder im Bundesrat**

295 **Methodik**

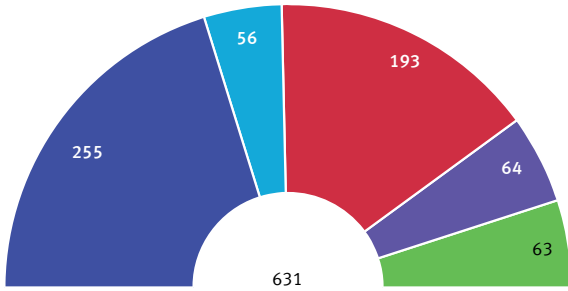
296 **Glossar**

298 **Mehr zum Thema**

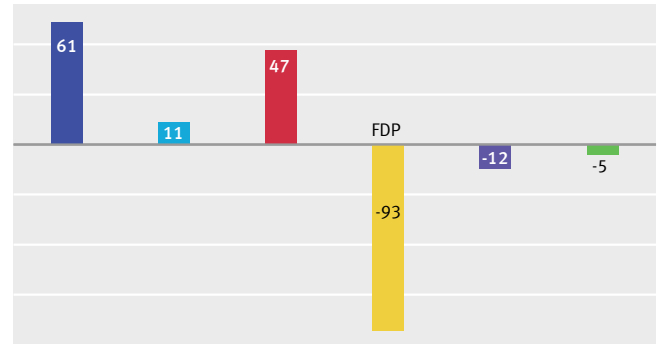
10.0 Auf einen Blick

■ CDU ■ CSU ■ SPD ■ DIE LINKE ■ GRÜNE

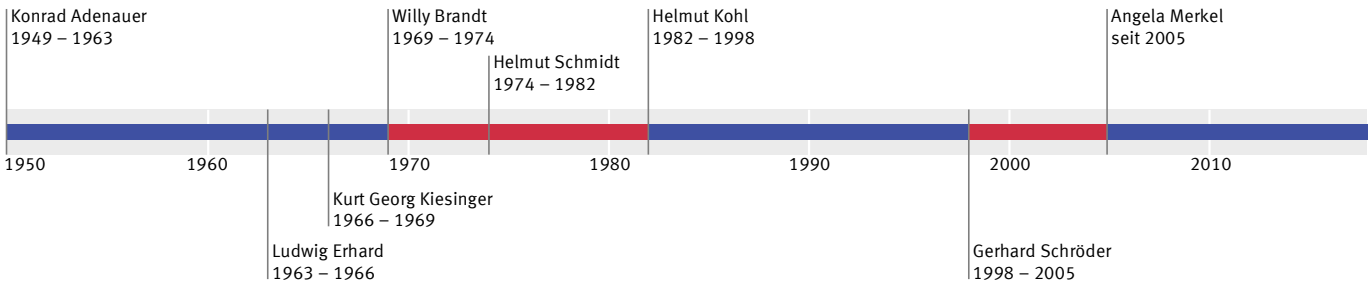
Sitzverteilung im 18. Deutschen Bundestag, Wahl am 22.9.2013



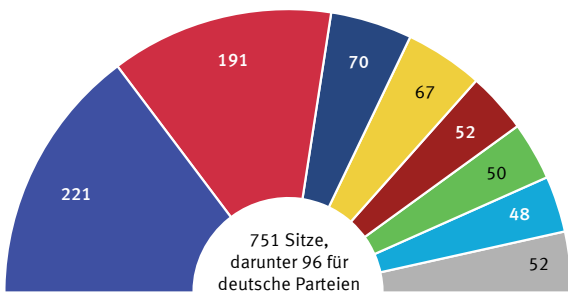
Gewinne und Verluste von Sitzen gegenüber der letzten Wahl



Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



Sitzverteilung im Europäischen Parlament, Wahl am 25.5.2014
Sitze der Fraktionen insgesamt und der deutschen Parteien



Fraktion

- EVP
- S&D
- EKR
- ALDE
- GUE/NGL
- Grüne/EFA
- EFDD
- Fraktionslose

Sitze (darunter Sitze für deutsche Parteien)

- 221 (29 CDU, 5 CSU)
- 191 (27 SPD)
- 70 (7 AfD, 1 FAMILIE)
- 67 (3 FDP, 1 FREIE WÄHLER)
- 52 (7 DIE LINKE, 1 Tierschutzpartei)
- 50 (11 GRÜNE, 1 PIRATEN, 1 ÖDP)
- 48 (Ohne Beteiligung einer deutschen Partei)
- 52 (1 Die PARTEI, 1 NPD)

2014 - 01 - 0258

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.1 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

	Sitze insgesamt	Davon entfielen auf					
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU
Bundestagswahl am 22.9.2013							
Deutschland	631	255	193	–	64	63	56
dar. Frauen	229	63	81	–	36	35	14
Baden-Württemberg	78	43	20	–	5	10	–
Bayern	91	–	22	–	4	9	56
Berlin	27	9	8	–	6	4	–
Brandenburg	20	9	5	–	5	1	–
Bremen	6	2	2	–	1	1	–
Hamburg	13	5	5	–	1	2	–
Hessen	45	21	16	–	3	5	–
Mecklenburg-Vorpommern ...	13	6	3	–	3	1	–
Niedersachsen	66	31	25	–	4	6	–
Nordrhein-Westfalen	138	63	52	–	10	13	–
Rheinland-Pfalz	31	16	10	–	2	3	–
Saarland	9	4	3	–	1	1	–
Sachsen	33	17	6	–	8	2	–
Sachsen-Anhalt	19	9	4	–	5	1	–
Schleswig-Holstein	24	11	9	–	1	3	–
Thüringen	18	9	3	–	5	1	–
Bundestagswahl am 27.9.2009							
Deutschland	622 ¹	194	146	93	76	68	45
dar. Frauen	204	42	56	23	40	37	6
Baden-Württemberg	84	37	15	15	6	11	–
Bayern	91	–	16	14	6	10	45
Berlin	23	6	5	3	5	4	–
Brandenburg	19	5	5	2	6	1	–
Bremen	6	1	2	1	1	1	–
Hamburg	13	4	4	2	1	2	–
Hessen	45	15	12	8	4	6	–
Mecklenburg-Vorpommern ...	14	6	2	1	4	1	–
Niedersachsen	62	21	19	9	6	7	–
Nordrhein-Westfalen	129	45	39	20	11	14	–
Rheinland-Pfalz	32	13	8	5	3	3	–
Saarland	10	4	2	1	2	1	–
Sachsen	35	16	5	4	8	2	–
Sachsen-Anhalt	17	5	3	2	6	1	–
Schleswig-Holstein	24	9	6	4	2	3	–
Thüringen	18	7	3	2	5	1	–

1 Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU: 1 in Schleswig-Holstein, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 4 in Sachsen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 10 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland sowie 3 für die CSU in Bayern.

10 Wahlen

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE ¹	GRÜNE	Sonstige
	1 000	%						
Bundestagswahl am 22.9.2013								
Deutschland	61 946,9	71,5	41,5 ¹	25,7	4,8	8,6	8,4	10,9
Baden-Württemberg	7 689,9	74,3	45,7	20,6	6,2	4,8	11,0	11,7
Bayern	9 472,7	70,0	49,3	20,0	5,1	3,8	8,4	13,5
Berlin	2 505,7	72,5	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Brandenburg	2 065,9	68,4	34,8	23,1	2,5	22,4	4,7	12,4
Bremen	483,8	68,8	29,3	35,6	3,4	10,1	12,1	9,5
Hamburg	1 281,9	70,3	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
Hessen	4 413,3	73,2	39,2	28,8	5,6	6,0	9,9	10,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 350,7	65,3	42,5	17,8	2,2	21,5	4,3	11,6
Niedersachsen	6 117,5	73,4	41,1	33,1	4,2	5,0	8,8	7,8
Nordrhein-Westfalen	13 253,6	72,5	39,8	31,9	5,2	6,1	8,0	9,0
Rheinland-Pfalz	3 092,4	72,8	43,3	27,5	5,5	5,4	7,6	10,6
Saarland	796,1	72,5	37,8	31,0	3,8	10,0	5,7	11,7
Sachsen	3 406,4	69,5	42,6	14,6	3,1	20,0	4,9	14,8
Sachsen-Anhalt	1 930,9	62,1	41,2	18,2	2,6	23,9	4,0	10,0
Schleswig-Holstein	2 251,8	73,1	39,2	31,5	5,6	5,2	9,4	9,0
Thüringen	1 834,3	68,2	38,8	16,1	2,6	23,4	4,9	14,2
Bundestagswahl am 27.9.2009								
Deutschland	62 168,5	70,8	33,8 ¹²	23,0	14,6	11,9	10,7	6,0
Baden-Württemberg	7 633,8	72,4	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
Bayern	9 382,6	71,6	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
Berlin	2 471,7	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
Brandenburg	2 128,7	67,0	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4
Bremen	488,0	70,3	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5
Hamburg	1 256,6	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
Hessen	4 398,9	73,8	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 400,3	63,0	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9
Niedersachsen	6 112,1	73,3	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9
Nordrhein-Westfalen	13 288,3	71,4	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1	5,0
Rheinland-Pfalz	3 103,9	72,0	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
Saarland	808,6	73,7	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
Sachsen	3 518,2	65,0	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
Sachsen-Anhalt	2 028,6	60,5	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2
Schleswig-Holstein	2 234,7	73,6	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2
Thüringen	1 913,6	65,2	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7

1 CDU: 34,1%, CSU: 7,4%.

2 CDU: 27,3%, CSU: 6,5%.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte 1 000	Wahl- beteiligung ¹ %	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
			1 000	1 000	%	%	%	%	%	%	%
Bundestagswahl am 22.9.2013											
Insgesamt											
Insgesamt	61 947	72,4	44 310	43 727	34,1	25,7	4,8	8,6	8,4	7,4	10,9
18 – 25	5 380	61,8	3 234	3 203	25,1	24,5	4,9	7,4	11,9	6,5	19,7
25 – 35	8 696	63,9	5 427	5 373	29,6	21,9	4,7	8,6	10,7	6,9	17,5
35 – 45	8 699	70,7	6 129	6 071	32,9	21,7	4,9	8,0	11,2	7,5	13,7
45 – 60	17 841	75,2	13 323	13 177	31,4	26,3	4,4	9,8	10,4	6,9	10,9
60 – 70	8 504	79,8	6 461	6 377	35,1	28,4	4,9	10,1	5,8	8,0	7,8
70 und mehr	12 827	74,8	9 736	9 526	43,6	28,3	5,2	6,7	3,3	8,3	4,6
Männer											
18 – 25	2 731	61,6	1 657	1 642	23,4	25,2	5,7	7,3	8,7	6,3	23,3
25 – 35	4 408	63,0	2 711	2 684	27,6	22,1	5,4	8,7	8,6	6,8	20,8
35 – 45	4 395	69,6	3 041	3 014	31,0	22,1	5,6	8,3	9,5	7,4	16,2
45 – 60	8 933	74,7	6 647	6 580	29,6	27,2	5,0	10,1	9,0	6,8	12,3
60 – 70	4 108	79,9	3 133	3 095	31,7	29,7	5,6	11,1	5,3	7,5	9,1
70 und mehr	5 284	79,9	4 290	4 210	39,9	29,8	5,9	7,7	3,0	8,0	5,7
Zusammen	29 859	72,7	21 479	21 225	31,4	26,6	5,5	9,1	7,3	7,2	13,0
Frauen											
18 – 25	2 649	62,0	1 577	1 561	27,0	23,8	4,0	7,5	15,3	6,7	15,8
25 – 35	4 288	64,9	2 717	2 690	31,7	21,8	4,1	8,5	12,8	7,0	14,2
35 – 45	4 304	71,8	3 088	3 057	34,9	21,4	4,1	7,8	12,9	7,7	11,2
45 – 60	8 908	75,7	6 676	6 597	33,2	25,3	3,7	9,4	11,8	6,9	9,6
60 – 70	4 396	79,7	3 328	3 281	38,3	27,2	4,2	9,0	6,3	8,4	6,5
70 und mehr	7 542	71,3	5 446	5 315	46,5	27,1	4,6	5,9	3,6	8,6	3,8
Zusammen	32 088	72,1	22 831	22 502	36,7	25,0	4,1	8,1	9,6	7,6	9,0

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahlscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.4 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

	Bevölkerung am 31.12.2012 ¹	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige
Anzahl			%						
Bundestagswahl am 22.9.2013									
Berlin	3 545 685	2 505 718	72,5	28,5	24,6	3,6	18,5	12,3	12,6
Hamburg	1 814 597	1 281 918	70,3	32,1	32,4	4,8	8,8	12,7	9,2
München	1 401 719	917 148	71,2	37,8	23,9	7,7	4,6	14,1	11,9
Köln	1 027 081	722 435	72,5	33,0	29,8	6,0	8,1	14,1	9,0
Frankfurt am Main	702 792	414 972	70,7	33,7	26,6	7,0	8,5	14,4	9,8
Stuttgart	620 101	374 255	76,7	38,3	21,9	7,5	6,4	15,8	10,0
Düsseldorf	596 411	415 139	73,3	38,8	28,2	7,6	7,0	9,6	8,8
Dortmund	581 616	420 647	68,1	29,0	39,5	4,0	7,8	9,6	10,1
Essen	574 441	428 928	71,3	32,9	37,3	4,6	7,1	8,2	9,9
Bremen	550 406	400 633	69,9	29,1	34,9	3,5	10,3	12,8	9,4
Leipzig	542 525	430 321	67,9	34,6	18,7	3,0	21,9	9,2	12,6
Dresden	536 844	430 136	74,1	38,6	14,9	3,1	18,7	9,1	15,5
Hannover	530 137	374 279	72,4	31,6	35,1	4,5	7,2	13,9	7,7
Nürnberg	515 315	348 914	66,9	37,1	27,7	4,9	6,6	10,9	12,8
Duisburg	487 337	337 326	67,4	28,4	40,9	3,1	8,3	6,1	13,1
Bochum	373 499	279 860	72,3	29,8	39,7	3,6	8,0	9,2	9,7
Wuppertal	349 770	246 429	69,6	33,9	32,1	5,8	8,3	9,9	10,1
Bonn	330 245	226 487	77,3	36,3	25,9	8,3	6,3	13,7	9,5
Bielefeld	324 447	238 358	72,5	35,2	32,7	4,0	8,5	11,6	8,1
Mannheim	318 002	198 525	69,4	35,1	27,5	5,5	7,5	11,1	13,3
Karlsruhe	301 397	205 735	72,9	37,5	22,7	6,0	6,0	15,0	12,7
Münster	294 932	227 762	79,1	37,8	27,2	6,8	6,3	15,2	6,8
Wiesbaden	280 554	189 698	69,8	38,7	27,8	6,8	5,9	11,7	9,1
Augsburg	269 875	187 230	63,7	42,8	22,6	4,6	5,8	11,0	13,3
Aachen	261 762	179 933	74,7	36,6	27,3	6,3	7,7	13,1	9,0
Mönchengladbach	257 449	192 676	66,2	43,7	28,1	5,9	6,4	6,2	9,7
Gelsenkirchen	256 227	181 476	65,3	27,7	44,0	3,0	7,6	5,5	12,2
Braunschweig	252 527	193 799	74,2	34,0	33,6	4,4	6,7	12,4	9,0

Gemeinden mit 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsforschreibung (Ergebnisse basieren nicht auf dem Zensus 2011).

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.1 Deutsche Sitze im Europäischen Parlament

	Sitze insgesamt	Verteilung auf die Parteien						
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Europawahl am 25.5.2014								
Deutschland	96	29	27	11	3	7	5	14 ¹¹
dar. Frauen	35	5	13	6	1	4	2	4 ¹²
Europawahl am 7.6.2009								
Deutschland	99	34	23	14	12	8	8	-
dar. Frauen	37	8	10	7	5	4	3	-

1 AfD 7 Sitze, je 1 Sitz FREIE WÄHLER, Tierschutzpartei, FAMILIE, PIRATEN, ÖDP, NPD und Die Partei.

2 AfD 2 Sitze, je 1 Sitz FREIE WÄHLER und PIRATEN.

10.2.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern am 25.5.2014

	Wahlberechtigte	Wähler/-innen bzw. Wahl- beteiligung	Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			ungültig	gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Anzahl											
Deutschland	61 998 824	29 843 798	488 706	29 355 092	8 812 653	8 003 628	3 139 274	986 841	2 168 455	1 567 448	4 676 793
Baden-Württemberg	7 713 126	4 015 264	89 490	3 925 774	1 542 244	902 720	517 842	161 669	142 360	-	658 939
Bayern	9 503 690	3 886 041	14 589	3 871 452	-	779 399	466 916	118 364	113 914	1 567 448	825 411
Berlin	2 519 758	1 177 832	18 166	1 159 666	232 274	278 694	220 998	31 953	188 344	-	207 403
Brandenburg	2 060 156	961 109	26 563	934 546	233 468	251 482	57 057	20 051	183 727	-	188 761
Bremen	483 728	195 029	1 466	193 563	43 353	66 536	33 997	6 301	18 499	-	24 877
Hamburg	1 283 323	558 277	5 406	552 871	135 780	186 638	95 169	20 513	47 630	-	67 141
Hessen	4 422 994	1 867 868	24 314	1 843 554	564 294	558 541	238 657	74 773	103 573	-	303 716
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 344 770	629 039	21 086	607 953	210 268	129 112	30 780	11 464	119 198	-	107 131
Niedersachsen	6 126 291	3 006 852	28 617	2 978 235	1 174 739	967 811	324 221	75 347	118 385	-	317 732
Nordrhein-Westfalen	13 265 031	6 941 739	95 723	6 846 016	2 439 979	2 307 234	688 410	274 991	322 197	-	813 205
Rheinland-Pfalz	3 093 894	1 763 166	41 702	1 721 464	661 339	529 232	139 047	63 988	62 977	-	264 881
Saarland	793 193	429 269	13 695	415 574	145 182	143 009	24 762	9 281	27 630	-	65 710
Sachsen	3 392 983	1 669 244	47 487	1 621 757	559 899	252 388	97 256	41 589	296 853	-	373 772
Sachsen-Anhalt	1 916 865	824 614	26 609	798 005	245 010	173 082	38 485	21 007	174 103	-	146 318
Schleswig-Holstein	2 257 089	978 082	7 697	970 385	334 121	309 934	120 245	36 394	43 302	-	126 389
Thüringen	1 821 933	940 373	26 096	914 277	290 703	167 816	45 432	19 156	205 763	-	185 407
%											
Deutschland	X	48,1	1,6	98,4	30,0	27,3	10,7	3,4	7,4	5,3	15,9
Baden-Württemberg	X	52,1	2,2	97,8	39,3	23,0	13,2	4,1	3,6	-	16,8
Bayern	X	40,9	0,4	99,6	-	20,1	12,1	3,1	2,9	40,5	21,3
Berlin	X	46,7	1,5	98,5	20,0	24,0	19,1	2,8	16,2	-	17,9
Brandenburg	X	46,7	2,8	97,2	25,0	26,9	6,1	2,1	19,7	-	20,2
Bremen	X	40,3	0,8	99,2	22,4	34,4	17,6	3,3	9,6	-	12,9
Hamburg	X	43,5	1,0	99,0	24,6	33,8	17,2	3,7	8,6	-	12,1
Hessen	X	42,2	1,3	98,7	30,6	30,3	12,9	4,1	5,6	-	16,5
Mecklenburg-Vorpommern ...	X	46,8	3,4	96,6	34,6	21,2	5,1	1,9	19,6	-	17,6
Niedersachsen	X	49,1	1,0	99,0	39,4	32,5	10,9	2,5	4,0	-	10,7
Nordrhein-Westfalen	X	52,3	1,4	98,6	35,6	33,7	10,1	4,0	4,7	-	11,9
Rheinland-Pfalz	X	57,0	2,4	97,6	38,4	30,7	8,1	3,7	3,7	-	15,4
Saarland	X	54,1	3,2	96,8	34,9	34,4	6,0	2,2	6,6	-	15,8
Sachsen	X	49,2	2,8	97,2	34,5	15,6	6,0	2,6	18,3	-	23,0
Sachsen-Anhalt	X	43,0	3,2	96,8	30,7	21,7	4,8	2,6	21,8	-	18,3
Schleswig-Holstein	X	43,3	0,8	99,2	34,4	31,9	12,4	3,8	4,5	-	13,0
Thüringen	X	51,6	2,8	97,2	31,8	18,4	5,0	2,1	22,5	-	20,3

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung ¹	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
			1 000	%	1 000	%					
Europawahl am 7.6.2009²											
Insgesamt											
Insgesamt	62 222	44,0	26 924	26 333	30,7	20,8	12,1	11,0	7,5	7,2	10,8
18 – 25	5 708	32,1	1 762	1 736	23,2	21,0	16,5	11,7	6,2	5,2	16,2
25 – 35	8 284	32,5	2 602	2 566	25,0	17,8	16,6	14,4	5,7	6,0	14,4
35 – 45	10 596	40,5	4 203	4 138	26,0	17,9	18,4	13,2	6,1	5,6	12,8
45 – 60	17 064	45,4	7 634	7 481	26,1	20,3	15,8	11,5	9,2	6,0	11,1
60 und mehr	20 570	52,5	10 722	10 413	38,4	23,0	5,2	8,7	7,4	9,4	7,9
Männer											
18 – 25	2 899	32,3	904	890	23,6	20,5	13,4	13,0	6,3	5,3	17,8
25 – 35	4 193	32,2	1 310	1 292	24,8	16,6	14,5	16,5	6,2	6,0	15,5
35 – 45	5 355	39,8	2 094	2 060	25,6	17,3	16,1	15,1	7,0	6,0	12,9
45 – 60	8 520	44,9	3 780	3 700	25,1	20,7	14,1	12,4	10,6	6,0	11,1
60 und mehr	8 925	55,6	4 933	4 787	36,2	23,5	4,7	9,3	9,1	9,3	8,0
Zusammen	29 892	44,2	13 022	12 729	29,2	20,8	10,9	12,1	8,7	7,2	11,1
Frauen											
18 – 25	2 809	31,8	858	846	22,7	21,6	19,7	10,2	6,0	5,1	14,6
25 – 35	4 091	32,9	1 291	1 273	25,2	19,0	18,8	12,4	5,2	6,0	13,4
35 – 45	5 241	41,1	2 109	2 078	26,4	18,4	20,7	11,3	5,3	5,2	12,6
45 – 60	8 545	45,9	3 854	3 781	27,0	20,0	17,4	10,6	7,8	6,0	11,2
60 und mehr	11 645	50,2	5 789	5 626	40,3	22,5	5,6	8,2	6,0	9,4	7,9
Zusammen	32 330	43,8	13 902	13 604	32,0	20,8	13,3	9,9	6,3	7,2	10,5

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

- 1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.
- 2 Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 2014 lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

10.3 Landtagswahlen

10.3.1 Sitzverteilung in den Länderparlamenten

	Datum der Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
Baden-Württemberg	27.3.2011	138	60	35	7	–	36	–
Bayern	15.9.2013	180	101	42	–	–	18	19 ²
Berlin	18.9.2011	149	39	47	–	19	29	15 ³
Brandenburg	27.9.2009	88	19	31	7	26	5	–
Bremen	22.5.2011	83	20	36	–	5	21	1 ⁴
Hamburg	20.2.2011 ⁵	121	28	62	9	8	14	–
Hessen	22.9.2013	110	47	37	6	6	14	–
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ⁶	71	18	27	–	14	7	5 ⁷
Niedersachsen	20.1.2013	137	54	49	14	–	20	–
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	237	67	99	22	–	29	20 ³
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	101	41	42	–	–	18	–
Saarland	25.3.2012	51	19	17	–	9	2	4 ³
Sachsen	30.8.2009	132	58	14	14	29	9	8 ⁷
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	105	41	26	–	29	9	–
Schleswig-Holstein	6.5.2012	69	22	22	6	–	10	9 ⁸
Thüringen	30.8.2009	88	30	18	7	27	6	–

Stand nach dem Ergebnis der letzten Wahl.

- 1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).
- 2 FW FREIE WÄHLER Bayern e. V. (FW FREIE WÄHLER).
- 3 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN).
- 4 Bürger in Wut (BIW).

- 5 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.
- 6 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.
- 7 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).
- 8 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) 6 Sitze und Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 3 Sitze.

10.3 Landtagswahlen

10.3.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

	Datum der Landtagswahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
				1 000	%				
Baden-Württemberg	27.3.2011	7 622,9	66,3	39,0	23,1	5,3	2,8	24,2	5,6
Bayern	15.9.2013	9 442,0	63,6	47,7	20,6	3,3	2,1	8,6	17,7
Berlin	18.9.2011	2 469,7	60,2	23,3	28,3	1,8	11,7	17,6	17,2
Brandenburg	27.9.2009	2 126,4	67,0	19,8	33,0	7,2	27,2	5,7	7,1
Bremen	22.5.2011	494,2	55,5	20,4	38,6	2,4	5,6	22,5	10,6
Hamburg	20.2.2011 ²	1 254,6	57,3	21,9	48,4	6,7	6,4	11,2	5,5
Hessen	22.9.2013	4 392,2	73,2	38,3	30,7	5,0	5,2	11,1	9,6
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ³	1 373,9	51,5	23,0	35,6	2,8	18,4	8,7	11,5
Niedersachsen	20.1.2013	6 097,7	59,4	36,0	32,6	9,9	3,1	13,7	4,6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	13 262,0	59,6	26,3	39,1	8,6	2,5	11,3	12,1
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	3 088,2	61,8	35,2	35,7	4,2	3,0	15,4	6,4
Saarland	25.3.2012	797,5	61,6	35,2	30,6	1,2	16,1	5,0	11,8
Sachsen	30.8.2009	3 510,3	52,2	40,2	10,4	10,0	20,6	6,4	12,4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	1 988,2	51,2	32,5	21,5	3,8	23,7	7,1	11,4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	2 239,6	60,2	30,8	30,4	8,2	2,3	13,2	15,2
Thüringen	30.8.2009	1 910,1	56,2	31,2	18,5	7,6	27,4	6,2	9,0

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

2 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

3 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

10.4 Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmzahl der Länder im Bundesrat

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit der Bundes- kanzlerin, des Ministerpräsi- denten ¹	Parteizugehörigkeit der Minister/-innen ²						Stimmzahl im Bundesrat
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ³	Sonstige	
Bundesregierung	22.9.2013	CDU	9	6	-	-	-	-	X
Baden-Württemberg	27.3.2011	GRÜNE	-	7	-	-	5	-	6
Bayern	15.9.2013	CSU	11	-	-	-	-	-	5
Berlin	18.9.2011	SPD	3	3	-	-	-	2 ⁴	4
Brandenburg	27.9.2009	SPD	-	4	-	4	-	1 ⁴	4
Bremen	22.5.2011	SPD	-	3	-	-	3	-	3
Hamburg	20.2.2011 ⁵	SPD	-	8	-	-	-	2 ⁴	3
Hessen	22.9.2013	CDU	8	-	-	-	2	-	5
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ⁶	SPD	3	5	-	-	-	-	3
Niedersachsen	20.1.2013	SPD	-	5	-	-	4	-	6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	SPD	-	9	-	-	3	-	6
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	SPD	-	5	-	-	3	-	4
Saarland	25.3.2012	CDU	3	3	-	-	-	-	3
Sachsen	30.8.2009	CDU	5	-	2	-	-	2 ⁴	4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	CDU	4	4	-	-	-	-	4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	SPD	-	3	-	-	2	2 ⁷	4
Thüringen	30.8.2009	CDU	4	4	-	-	-	1 ⁴	4

1 Bzw. der Ministerpräsidentin. – In Berlin: Regierender Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Hamburg: Erster Bürgermeister.

2 In Berlin, Bremen und Hamburg: Senatoren bzw. Senatorinnen.

3 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

4 Parteilos.

5 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

6 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

7 Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 1 Ministerin, Parteilos 1 Ministerin.

Methodik

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Ausübung des Wahlrechts, mit der Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in der Europäischen Union sowie in Bund, Land und Gemeinde entscheiden.

■ Wahl zum Deutschen Bundestag, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsgrundlage der Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG vom 21.5.1999 (BGBl. I S. 1023)), geändert durch Art. 1a des Gesetzes vom 27.4.2013 (BGBl. I S. 962). Für die Europa- und Bundestagswahlen sind danach allgemeine und repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen.

Die **allgemeine Wahlstatistik** dient der Information der Öffentlichkeit über das Wahlergebnis. Sie erfasst alle Wahlberechtigten, die Wählerinnen und Wähler, ungültige Stimmen sowie die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge in regionaler Gliederung durch eine Vollerhebung. Die Wählerverzeichnisse und die abgegebenen Stimmzettel dienen hier als Grundlage. Nach der Feststellung durch die Wahlvorstände und Wahlausschüsse wird die Statistik in Form des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses in der Wahlnacht bekannt gegeben. Das endgültige amtliche Wahlergebnis liegt etwa zwei bis drei Wochen nach dem Wahltag vor. Auf Bundes- und Landesebene ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit gegeben. Die repräsentative Wahlstatistik ergänzt die Ergebnisse.

Die **repräsentative Wahlstatistik** ermöglicht eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, der altersspezifischen Unterschiede und der Struktur der Wählerinnen und Wähler sowie Nichtwählerinnen und -wähler. Der Bundeswahlleiter trifft, im Einvernehmen mit den Landeswahlleiterinnen und Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder, eine Auswahl der Stichprobenwahlbezirke. Dies erfolgt nach dem Zufallsprinzip auf der Basis mathematischer Grundsätze unter strikter Wahrung des Wahlgeheimnisses. Auf der Grundlage von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck werden Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler erfasst. Die gewonnene Stichprobe ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Vor der Neuregelung durch das Wahlstatistikgesetz 2002 wurde die repräsentative Wahlstatistik für Bundestagswahlen seit 1953 nach dem Bundeswahlgesetz durchgeführt und für die Europawahlen seit 1979 nach dem Europawahlgesetz. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ist – bis auf die Bundestagswahlen 1994 und 1998 – gegeben. Mit Änderung des Gesetzes am 27.4.2013 wurde die Anzahl der Geburtsjahresgruppen für die Stimmabgabe von fünf auf sechs erhöht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

HINWEIS:

Die Reihenfolge der Parteien für die Bundestagswahlen in den Tabellen orientiert sich an dem Ergebnis der Zweitstimmen der jeweils letzten Bundestagswahl, für die Europawahlen an dem Ergebnis der jeweils letzten Europawahl.

Die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Europawahl 2014 konnten nicht mehr in dieser Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs berücksichtigt werden. Aktuelle Informationen und Ergebnisse finden Sie unter www.bundeswahlleiter.de

Abgeordnete | Die von den Wahlberechtigten ins Parlament gewählten Personen. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Zum Abgeordneten ist wählbar, wer am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher (bzw. bei Europawahlen Unionsbürger/-in) ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Näheres regelt das Grundgesetz (Artikel 38) sowie das Bundes- bzw. Europawahlgesetz.

Seit der Bundestagswahl 2002 ist die gesetzliche Zahl der Abgeordneten auf 598 festgelegt. Bei der Europawahl 2014 waren 96 Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Wählbar waren sowohl Deutsche als auch – unter bestimmten Voraussetzungen – Bürgerinnen und Bürger der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in Deutschland.

Bundesrat | Die Länder wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.

Deutscher Bundestag | Er ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Als zentrales Verfassungsorgan im politischen System Deutschlands hat er eine Vielzahl von Funktionen. An erster Stelle steht die Gesetzgebungsfunktion. Dies bedeutet, der Bundestag schafft das Bundesrecht und ändert die Verfassung. Hierbei bedarf es in gesetzlich bestimmten Fällen der Mitwirkung des Bundesrates, der jedoch keine zweite Parlamentskammer ist. Auch entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zu internationalen Verträgen mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt. Im Rahmen seiner Kreativitätsfunktion wählt er etwa die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler und wirkt bei der Wahl der Bundespräsidentin bzw. des Bundespräsidenten, der Bundesrichtern und anderer wichtiger Bundesorgane mit. Der Bundestag übt die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Exekutive des Bundes aus. Ferner kontrolliert er den Einsatz der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag wird für vier Jahre gewählt (Wahlperiode), zuletzt am 22.9.2013.

Europäisches Parlament | Es ist das einzige, direkt vom Volk der Mitgliedstaaten legitimierte Organ der Europäischen Union (EU). Durch die Europawahl als demokratischer Akt können die Bürgerinnen und Bürger somit unmittelbar Einfluss auf die Unionspolitik nehmen. Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, neben dem Ministerrat als Staatenkammer. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem für fünf Jahre gewählt. Die letzte Direktwahl der insgesamt 751 Abgeordneten zum Europäischen Parlament fand in den 28 Mitgliedstaaten der EU vom 22. bis 25.5.2014 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland war der 25.5.2014. Ein einheitliches Wahlgesetz auf EU-Ebene besteht nicht. Die Abgeordneten werden daher nach den verschiedenen nationalen Verfahren gewählt. Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Turnus die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Landtag | Sie sind die Volksvertretungen der einzelnen Bundesländer Deutschlands. In den Landtagswahlen wird ihre Zusammensetzung festgelegt. Je nach Bundesland dauert die Legislaturperiode vier bzw. fünf Jahre. Die Stadtstaaten verwenden eigene Bezeichnungen: In Berlin heißt der Landtag „Abgeordnetenhaus“, in Bremen und Hamburg „Bürgerschaft“. Hauptaufgaben der Landesparlamente sind die Kontrolle der Landesregierung, der Erlass von Gesetzen sowie die Gestaltung und Freigabe des Landeshaushaltes.

Parteien | Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Verfassungswidrig sind solche Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Das Bundesverfassungsgericht kann diese Parteien in einem besonderen Verfahren verbieten. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Rechtsgrundlage | *Bundestagswahl* | Einzelheiten der Wahl, darunter auch die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.7.1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 3.5.2013 (BGBl. I S. 1084), und die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.4.2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 13.5.2013 (BGBl. I S. 1255).

Europawahl | In allen Mitgliedstaaten gelten grundlegende gemeinsame Vorschriften des Europarechts: Artikel 14 des Vertrages über die Europäische Union und Artikel 223 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassungen ABl 2012 Nr. C326/13 und C326/47), der Direktwahlakt in der Fassung vom 20.9.1976 (BGBl. 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25.6.2002 und 23.9.2002 (BGBl. 2003 II S. 810, 2004 II S. 520), sowie die Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 (ABl. L 329 vom 30.12.1993, S. 34-38), geändert durch Artikel 1 der Richtlinie 2013/1/EU des Rates vom 20.12.2012 (ABl. L 26 vom 26.1.2013, S. 27-29) zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürgerinnen und -bürger.

Vorbehaltlich dieser Regelungen bestimmt sich das Wahlrecht in jedem Mitgliedstaat nach den innerstaatlichen Bestimmungen. Maßgebend in der Bundesrepublik Deutschland ist das Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.3.1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel I des Gesetzes vom 7.10.2013 (BGBl. I S. 3749), mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz und die Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.5.1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 16.12.2013 (BGBl. I S. 4335).

Sitzverteilung | *Bundestagswahl* | Für die Sitzverteilung wurde erstmals 2013 ein neues zweistufiges Sitzverteilungsverfahren eingesetzt. In der ersten Stufe werden in einem ersten Schritt für jedes Land anhand der dortigen deutschen Bevölkerung Sitzkontingente ermittelt. Hierbei ist die Bedingung einzuhalten, dass insgesamt 598 Sitze zu vergeben sind. Im zweiten Schritt erfolgt sodann eine vorläufige Verteilung der ermittelten Sitzkontingente im jeweiligen Land auf die Parteien anhand der Zahl der Zweitstimmen pro Partei. Als Ergebnis der ersten Stufe wird für jede Partei das Maximum aus den nach Sitzkontingenten errechneten Sitzen und den Wahlkreissitzen gebildet. Diese Sitzzahl stellt die auf Bundesebene garantierte Mindestsitzzahl der jeweiligen Partei dar, darunter möglicherweise auch Überhangmandate.

In der zweiten Stufe werden die jeder Partei nach dem Anteil ihrer Zweitstimmen zustehenden Sitze auf Bundesebene ermittelt. Da hierbei die Bedingung gilt, dass die in der ersten Stufe jeweils garantierte Mindestsitzzahl zu erreichen ist, muss in der Regel die Gesamtsitzzahl von 598 erhöht werden. Alsdann erfolgt die Verteilung der so ermittelten Sitze der Parteien auf ihre Landeslisten wiederum nach dem Anteil ihrer Zweitstimmen unter der Bedingung, dass ihre errungenen Direktmandate garantiert sind.

Seit der Bundestagswahl 2009 wurde das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers zur Berechnung eingesetzt. Durch die Sperrklausel sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

Europawahl | Bei der Verteilung der Sitze zur Europawahl 2014 wurden erstmalig alle Wahlvorschläge berücksichtigt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Anwendung einer Sperrklausel bei Europawahlen für nichtig erklärt. Zunächst werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen desselben Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder gelten dabei als verbunden und werden bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt, sofern der Wahlvorschlagsberechtigte die Listenverbindung nicht ausdrücklich ausschließen wollte. Die zu vergebenden Mandate wurden, wie auch erstmalig bei der Europawahl 2009, nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers zugeteilt. Hierzu werden die Stimmenanzahlen der einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Zuteilungsdivisor geteilt. Der Divisor wird dabei im Wege des sogenannten iterativen Verfahrens so bestimmt, dass die Summe der Sitzzahlen mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie nach Standardrundung der sich ergebenden Quotienten auf sie entfallen.

Verhältnswahl | *Bundestagswahl* | Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer – mit der Personenwahl verbundenen – Verhältniswahl. Seit 1953 hat jede Wählerin bzw. jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der sogenannten Erststimme kann die Wählerin oder der Wähler nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten im Wahlkreis seines ersten Wohnsitzes wählen, mit der sogenannten Zweitstimme die Landesliste einer Partei.

Europawahl | Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Die Listenwahlvorschläge können für ein Bundesland aufgestellt werden oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Von den insgesamt 25 zur Wahl zugelassenen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der Europawahl 2014 nahmen 2 mit einer Liste oder mehreren Listen für ein Land an der Wahl teil, 23 mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder.

Wahlberechtigte | *Bundestagswahl* | Wahlberechtigt und wählbar sind nur Deutsche. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Deutsche wahlberechtigt, die im Ausland wohnen. Das Wahl- und Wählbarkeitsalter liegt seit dem 1.1.1975 einheitlich bei 18 Lebensjahren.

Europawahl | Alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, sind wahlberechtigt. Auch Deutsche, die außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union leben, sind unter bestimmten Voraussetzungen wahlberechtigt. Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union können unter bestimmten Voraussetzungen an der Wahl in ihrem Wohnsitzland Deutschland teilnehmen.

Wahlkreise | Das Wahlgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist für Bundestagswahlen in Wahlkreise eingeteilt. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wahlkreise gesetzlich auf 299 festgelegt.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Die Ergebnisse – auch aus früheren Bundestags-, Europa- bzw. Landtagswahlen stehen zum Download über die Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Wahlen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 14

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wahl zum Deutschen Bundestag

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009
	Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag Vergleichszahlen früherer Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 2013

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/13	Grundlagen und Daten der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013
Heft 12/13	Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22.9.2013

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Mehr zum Thema

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2009
	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014
Heft 1	Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse (erscheint voraussichtlich Ende 2014)
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2014

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/14	Europawahl 2014
Heft 7/14	Achte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 63

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/DE/Service/Kontakt/Bundeswahlleiter/Kontakt.html

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





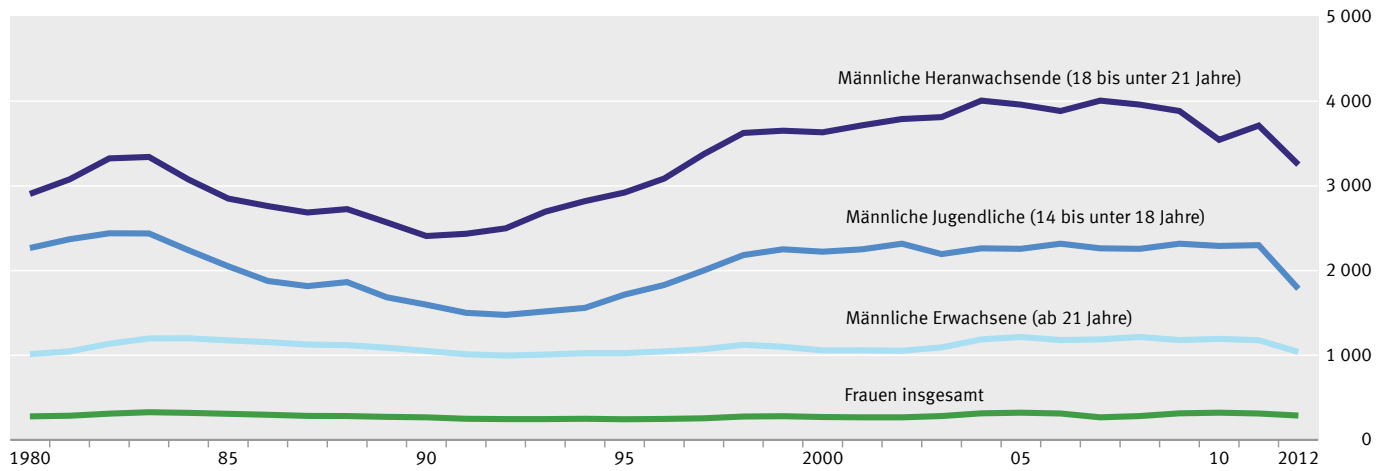
11 Justiz

2012 Anträge für rund **1,2 Millionen Zivilprozesse** neu bei Amtsgerichten eingereicht | **Einstellungsquote** staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren betrug **63 %** | In gerichtlichen Strafverfahren wurden rund **774 000** Personen **verurteilt** | **560 000** Verurteilte erhielten eine **Geldstrafe**, **122 000** eine **Freiheitsstrafe**, **15 000** eine **Jugendstrafe** | **69 %** der verhängten Freiheits- und Jugendstrafen wurden **zur Bewährung ausgesetzt** | Ende März 2013 saßen knapp **56 000 Strafgefangene** im Justizvollzug ein

<i>Seite</i>	
303	Auf einen Blick
	Tabellen
304	Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften Bundesverfassungsgericht Zivilgerichte Familiengerichte Bundespatentgerichte Staatsanwaltschaften Strafgerichte Fachgerichte
308	Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung Straftaten Abgeurteilte und Verurteilte Angewandtes Strafrecht Entziehung der Fahrerlaubnis Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr
312	Justizvollzug Belegung und Belegungsfähigkeit in den Justizvollzugseinrichtungen Strafgefangene
313	Methodik
314	Glossar
315	Mehr zum Thema

Verurteilte Deutsche

je 100 000 Personen der gleichen Bevölkerungsgruppe ab 14 Jahren, ohne Straßenverkehrsdelikte



Früheres Bundesgebiet, seit 1995 einschl. Gesamt-Berlin; seit 2007 Deutschland. – Ohne Straßenverkehrsdelikte.

2014 - 01 - 0263

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.1 Bundesverfassungsgericht

	2011	2012	2013
Neuzugänge	6 208	5 947	6 686
Erledigte Verfahren	6 066	5 605	6 521
Verfassungsbeschwerden	5 914	5 462	6 369
Normenkontrollverfahren	23	37	19
Andere Verfahren	129	106	133
Erledigt durch			
Senatsentscheidungen	34	41	33
Kammerentscheidungen	5 699	5 258	6 084
darunter:			
Nichtannahme	5 616	5 158	6 007
Stattgabe	76	90	72
Andere Erledigungsart	333	306	404

Quelle: Bundesverfassungsgericht

Mit **Verfassungsbeschwerden** können Bürgerinnen und Bürger eine Verletzung ihrer Grundrechte geltend machen; in **Normenkontrollverfahren** wird in der Regel auf Antrag von Gerichten die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüft.

Entscheidungen, ob ein Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sind den **Senaten** vorbehalten. Die **Kammern** befinden vor allem darüber, ob eine Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung angenommen wird.

11.1.2 Zivilgerichte

	2010	2011	2012
Erstinstanzliche Verfahren			
Amtsgerichte¹			
Neuzugänge	1 213 093	1 199 758	1 150 663
Erledigte Verfahren	1 217 563	1 209 201	1 165 234
davon:			
Nachbarschaftssachen	8 831	8 707	8 269
Verkehrsunfallsachen	128 084	131 163	130 775
Wohnungsmietsachen	273 265	275 199	273 782
Kaufsachen	140 049	138 749	147 411
Andere Sachgebiete	667 334	655 383	604 997
Landgerichte			
Neuzugänge	372 150	372 605	355 623
Erledigte Verfahren	369 089	370 603	356 445
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	28 744	28 770	28 577
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	46 904	45 722	42 282
Verkehrsunfallsachen	20 046	20 417	20 786
Kaufsachen	26 626	25 493	25 060
Andere Sachgebiete	246 769	250 201	239 740
Rechtsmittelverfahren			
Landgerichte			
Neuzugänge	60 179	59 677	57 482
Erledigte Verfahren	58 705	60 047	58 241
davon:			
Nachbarschaftssachen	1 087	1 042	1 026
Verkehrsunfallsachen	9 958	10 014	10 123
Wohnungsmietsachen	11 097	11 416	11 344
Kaufsachen	3 819	3 868	3 727
Andere Sachgebiete	32 744	33 707	32 021
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	53 042	52 877	52 560
Erledigte Verfahren	51 892	52 318	50 868
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	4 348	4 391	4 401
Verkehrsunfallsachen	3 112	3 148	3 041
Kaufsachen	3 561	3 716	3 624
Andere Sachgebiete	40 871	41 063	39 802
Bundesgerichtshof²			
Neuzugänge	5 707	5 917	6 449
Erledigte Verfahren	5 745	5 989	6 012
dar. Revisionen	3 392	3 416	3 591

1 Ohne Mahnsachen und ohne freiwillige Gerichtsbarkeit.

2 Einschl. Familiensachen.

11.1.3 Familiengerichte

	2010	2011	2012
Amtsgerichte			
Neuzugänge	692 298	668 247	655 486
Erledigte Verfahren	648 498	688 993	675 432
davon:			
Scheidungsverfahren	217 513	215 820	205 891
Andere Eheverfahren	748	735	597
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	20 686	23 103	22 640
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	409 551	449 335	446 304
Oberlandesgerichte			
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen			
Neuzugänge	26 878	32 426	30 178
Erledigte Verfahren	26 178	31 018	31 275

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.4 Bundespatentgericht

	2011	2012	2013
Juristischer Beschwerdesenat			
Neuzugänge	19	51	54
Erledigungen	44	60	89
Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat			
Neuzugänge	54	81	103
Erledigungen	83	67	90
Technische Beschwerdesenate			
Neuzugänge	455	672	601
Erledigungen	953	880	842
Marken-Beschwerdesenate			
Neuzugänge	1 328	1 333	990
Erledigungen	1 155	1 362	1 210
Nichtigkeitssenate			
Neuzugänge	608	500	501
Erledigungen			
vor rechtskräftiger Entscheidung ..	140	128	147
durch Urteil (BPatG und BGH)	483	385	390

Für technische Erfindungen, die neu und gewerblich nutzbar sind, kann beim Patent- und Markenamt ein **Patent**, bei „erfinderischen Schritten“ die Registrierung eines **Gebrauchsmusters** beantragt werden. **Marken** sind rechtlich geschützte Zeichen für spezifische Waren oder Dienstleistungen.

Der **Juristische Beschwerdesenat** entscheidet z.B. über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts nach dem Geschmacksmustergesetz.

Der **Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden in Gebrauchsmuster- und Topografieschutzsachen.

Der **Technische Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts auf Patenterteilung/Nichterteilung.

Der **Marken-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts in Markensachen.

Der **Nichtigkeitssenat** entscheidet über Klagen gegen Entscheidungen, mit denen Patente/Schutz- erklärungen für nichtig erklärt worden sind.

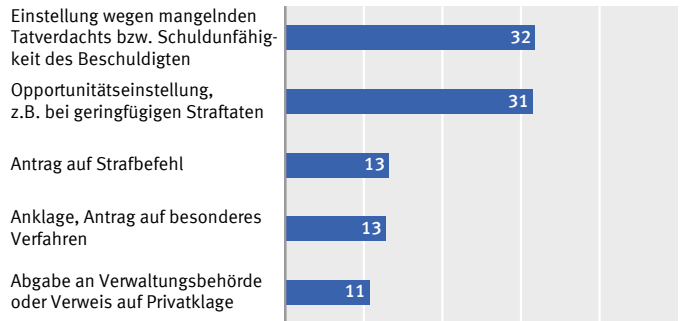
11.1.5 Staatsanwaltschaften

	2010	2011	2012
Staatsanwaltschaften beim Landgericht¹			
Neuzugänge	4 610 969	4 587 467	4 564 814
Erledigte Verfahren	4 602 685	4 609 786	4 556 600
Einleitende Stelle			
Polizeibehörde	3 708 128	3 736 580	3 710 390
Staats- bzw. Anwaltschaft	731 349	711 640	691 993
Steuer- bzw. Zollfahndungsstelle	111 784	112 963	109 625
Verwaltungsbehörde	51 424	48 603	44 592
Art der Strafsache			
Vorsätzliche Körperverletzung	434 113	430 628	434 583
Diebstahl (einschl. Unterschlagung) ..	670 079	678 888	663 825
Betrug (einschl. Untreue)	888 008	899 753	894 125
Straßenverkehrsdelikte	812 925	836 907	808 240
Betäubungsmitteldelikte	254 604	259 014	258 440
Sonstige Straftaten	1 542 956	1 504 596	1 497 387

1 Einschl. Amtsanwaltschaften.

Von der Staatsanwaltschaft erledigte Ermittlungsverfahren 2012

in %



Ohne durch Abgabe, Verbindung mit einer anderen Sache, vorläufige Einstellung oder „anderweitig“ erledigte Verfahren.

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.6 Strafgerichte

	2010	2011	2012
Erstinstanzliche Verfahren ¹			
Amtsgerichte ²			
Neuzugänge	776 447	770 532	727 112
Erledigte Strafverfahren	790 085	772 867	736 029
dar. Straftaten im Straßenverkehr	138 094	134 093	127 367
Art der Einleitung			
Anklage	582 548	570 811	542 991
Einspruch gegen einen Strafbefehl	162 702	159 646	154 814
Andere Einleitungsart	44 835	42 410	38 224
Art der Erledigung			
Urteil	355 702	343 684	324 600
Einstellung gemäß § 153a StPO	61 760	59 191	57 655
Einstellung gemäß § 47 JGG	45 219	42 593	39 147
Einstellung aus anderen Gründen	94 400	92 576	90 118
Zurücknahme der Klage/Anklage, des Antrags/Einspruchs	54 304	53 437	51 453
Verbindung mit einer anderen Sache	104 218	106 761	98 296
Andere Erledigungsart	74 482	74 625	74 760
Landgerichte			
Neuzugänge	14 071	14 139	13 890
Erledigte Strafverfahren	13 956	13 867	13 625
dar. eingeleitet durch Anklage	11 892	11 849	11 635
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	17	28	25
Erledigte Strafverfahren	12	28	14
dar. eingeleitet durch Anklage	10	26	13
Rechtsmittelverfahren ¹			
Landgerichte			
Neuzugänge	51 879	51 371	48 861
Erledigte Berufungen	52 004	51 527	49 595
dar. Straftaten im Straßenverkehr	8 065	7 719	7 450
Berufung wurde eingelegt durch			
den/die Beschuldigte(n)	47 536	47 020	45 226
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	149	152	192
zuungunsten des/der Beschuldigten	11 142	11 182	11 102
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	378	391	379
Art der Erledigung			
Urteil	26 085	26 092	24 799
Einstellung gemäß § 153a StPO	2 315	2 214	2 198
Einstellung aus anderen Gründen	2 615	2 435	2 459
Zurücknahme der Berufung	18 408	18 202	17 434
Andere Erledigungsart	2 581	2 584	2 705
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	6 009	6 137	5 948
Erledigte Revisionen	6 070	6 168	5 910
Revision wurde eingelegt durch			
den/die Beschuldigte(n)	5 864	5 981	5 733
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	5	7	8
zuungunsten des/der Beschuldigten	191	170	157
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	36	33	44
Bundesgerichtshof			
Neuzugänge	3 530	3 406	3 479
Erledigte Verfahren	3 583	3 387	3 365
dar. Revisionen	3 157	2 905	2 968

1 Ohne Bußgeldverfahren.

2 Ohne Strafbefehlsverfahren, die ohne Einspruch rechtskräftig geworden sind.

11.1 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.1.7 Fachgerichte

	2010	2011	2012		2010	2011	2012
Arbeitsgerichtsbarkeit				Verwaltungsgerichtsbarkeit			
Arbeitsgerichte				Erstinstanzliche Hauptverfahren			
Neuzugänge	409 649	404 434	403 550	Neuzugänge	123 864	119 531	132 789
Erledigte Klagen	439 847	406 073	400 998	Erledigte Verfahren	124 397	124 204	133 421
darunter:				Gegenstand des Verfahrens			
Klagen von Arbeitnehmern/-nehmerinnen ¹	433 416	399 678	377 365	Polizei-, Ordnungs-, Wohnrecht	15 805	15 743	14 836
Klagen von Arbeitgeber/-geberinnen ²	6 224	6 277	23 572	Asylrecht	13 602	17 858	19 505
Gegenstand der Klage ³				Abgabenrecht	18 764	16 238	16 666
Arbeitsentgelt	184 084	179 913	169 720	Recht des öffentlichen Dienstes	13 881	12 628	12 002
Bestandsstreitigkeiten	232 629	204 181	211 640	Sonstige Sachen	62 345	61 737	70 412
Tarifliche Einstufungen	3 165	3 240	4 411	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	135 441	127 752	124 255	Urteil	32 528	34 155	33 551
Art der Erledigung				Beschluss	74 241	72 937	70 749
Streitiges Urteil	33 869	31 439	29 646	Andere Erledigungsart	17 628	17 112	29 121
Sonstiges Urteil	42 961	38 425	34 881	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Vergleich	247 531	230 333	234 920	Neuzugänge	826	952	975
Andere Erledigungsart	115 486	105 876	101 551	Erledigte Verfahren	906	899	969
Landesarbeitsgerichte				Rechtsmittelverfahren			
Neuzugänge	19 863	19 132	19 035	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Erledigte Berufungen	19 023	19 488	19 104	Neuzugänge	14 988	16 272	14 442
Bundesarbeitsgericht				Erledigte Verfahren	15 243	16 242	15 423
Neuzugänge	2 471	3 421	4 081	Art des Verfahrens			
Erledigte Verfahren	2 634	2 832	4 304	Berufungen	3 563	3 875	3 571
darunter:				Anträge auf Zulassung der Berufung	11 485	12 165	11 671
Revisionen	982	801	968	Beschwerden und Prozesskostenhilfeanträge	195	202	181
Nichtzulassungsbeschwerden	1 404	1 808	3 069	Bundesverwaltungsgericht, Revisionssenate			
Sozialgerichtsbarkeit				Neuzugänge	1 463	1 493	1 353
Sozialgerichte				Erledigte Verfahren	1 456	1 535	1 304
Neuzugänge	422 214	413 821	395 566	Finanzgerichtsbarkeit			
Erledigte Klagen	394 013	413 118	399 479	Finanzgerichte			
Gegenstand der Klage				Neuzugänge	42 776	39 949	38 840
Rentenversicherung	70 581	77 123	71 032	Erledigte Klagen	45 566	43 746	42 509
Angelegenheit nach dem SGB II	153 703	165 677	157 021	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	169 729	170 318	171 426	Urteil bzw. Vorbescheid	10 284	10 080	10 204
Art der Erledigung				Beschluss	14 910	14 757	13 910
Erledigungserklärung	61 631	64 859	66 509	Zurücknahme der Klage	16 209	14 914	14 255
Gerichtlicher Vergleich	40 949	43 516	42 133	Andere Erledigungsart	4 163	3 995	4 140
Übereinstimmende Erledigungserklärung	37 324	39 330	39 131	Bundesfinanzhof			
Anerkenntnis	60 094	62 759	60 379	Neuzugänge	3 175	3 000	3 016
Zurücknahme	158 792	166 986	157 203	Erledigte Verfahren	3 438	3 004	2 962
Andere Erledigungsart	35 223	35 668	34 124	Art der Entscheidung			
Landessozialgerichte				Rechtsmittel war erfolglos	2 280	1 954	2 051
Neuzugänge	26 453	27 608	27 827	Verworfen als unzulässig	796	708	786
Erledigte Berufungen	25 434	26 327	27 138	Zurückgewiesen als unbegründet	1 484	1 246	1 265
Gegenstand				Rechtsmittel war erfolgreich	607	562	479
Rentenversicherung	7 666	8 186	7 931	Zurückgewiesen an Vorinstanz	206	224	153
Angelegenheit nach dem SGB II	3 451	3 985	4 601	Eigene Sachentscheidung getroffen	401	338	326
Sonstige Sachen	14 317	14 156	14 606	Rücknahme	551	488	432
Bundessozialgericht							
Neuzugänge	2 457	2 627	2 698				
Erledigte Verfahren	2 496	2 613	2 689				
Art des Verfahrens							
Revisionen	569	608	470				
Nichtzulassungsbeschwerden	1 927	2 005	2 219				

1 Einschl. der von Gewerkschaften und Betriebsräten eingereichten Klagen.

2 Und deren Organisationen.

3 Mehrere Gegenstände in einem Verfahren sind mehrfach gezählt.

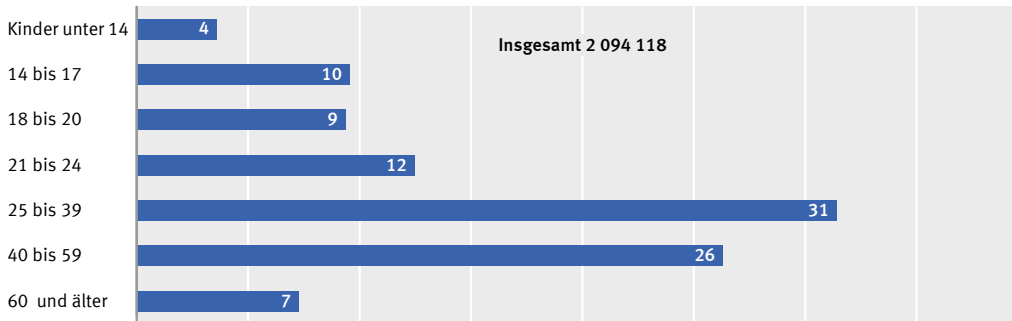
11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.2.1 Straftaten und polizeilich ermittelte Tatverdächtige

	Bekanntgewordene	Aufgeklärte	Aufklärungsquote	Strafmündige Tatverdächtige (ab 14 Jahren)							
				insgesamt			Deutsche		Ausländer/-innen		
	Straftaten			zusammen	männlich	weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	Anteil an Tatverdächtigen insgesamt
	Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%		
2010	5 933 278	3 322 320	56	2 060 843	75	25	1 603 821	26	457 022	23	22
2011	5 990 679	3 276 153	55	2 027 243	75	25	1 556 275	26	470 968	23	23
2012	5 997 040	3 259 822	54	2 018 669	75	25	1 528 110	26	490 559	23	24
darunter (2012):											
Mord und Totschlag (Versuch und Vollendung; 211–213, 216)	2 126	2 038	96	2 571	87	13	1 822	15	749	9	29
Gefährliche und schwere Körperverletzung (224, 226, 231)	136 077	110 824	81	140 125	85	15	105 322	16	34 803	14	25
Gegen die sexuelle Selbstbestimmung (174-184b)	45 824	36 001	79	30 577	95	5	24 941	5	5 636	8	18
darunter:											
Sexueller Missbrauch von Kindern (176, 176a, 176b)	12 623	10 686	85	8 365	96	4	7 421	4	944	4	11
Vergewaltigung und sexuelle Nötigung (177, Abs. 2, 3 und 4, 178)	8 031	6 482	81	6 690	99	1	4 725	1	1 965	1	29
Sonstige sexuelle Nötigung (177 Abs. 1 und 5)	4 971	3 970	80	3 959	98	2	2 995	2	964	1	24
Schwerer und einfacher Diebstahl (242–244a, 247, 248a–c)	2 379 725	665 730	28	447 710	70	30	327 822	31	119 888	28	27
darunter:											
Diebstahl von Kraftwagen (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	37 238	9 942	27	10 377	93	7	7 131	9	3 246	4	31
Diebstahl von Fahrrädern (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	326 159	31 583	10	24 375	92	8	19 306	9	5 069	5	21
Taschendiebstahl	117 277	6 169	5	5 294	67	33	1 847	24	3 447	38	65
Schwerer Einbruchdiebstahl in Geldinstitute	1 304	503	39	330	92	8	183	4	147	12	45
Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräume	98 516	19 530	20	16 226	93	7	12 323	8	3 903	5	24
Wohnungseinbruchdiebstahl (244 Abs. 1 Nr. 3)	144 117	22 688	16	17 384	86	14	12 357	14	5 027	13	29
Ladendiebstahl	361 759	333 584	92	242 494	61	39	172 421	41	70 073	36	29
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (249–252, 255, 316a)	48 711	24 832	51	30 415	91	9	21 045	10	9 370	8	31
Gegen die Umwelt (324–330a)	12 749	7 866	62	9 560	89	11	7 887	12	1 673	7	18
Rauschgiftdelikte nach dem BtMG	237 150	223 938	94	197 271	88	12	157 379	13	39 892	7	20

Ohne Vergehen im Straßenverkehr. – In Klammern §§ des Strafgesetzbuches.
 Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Polizeilich ermittelte Tatverdächtige nach Altersgruppen 2012
 in %

In Altersjahren von ... bis ...



Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

2014 - 01 - 0265

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

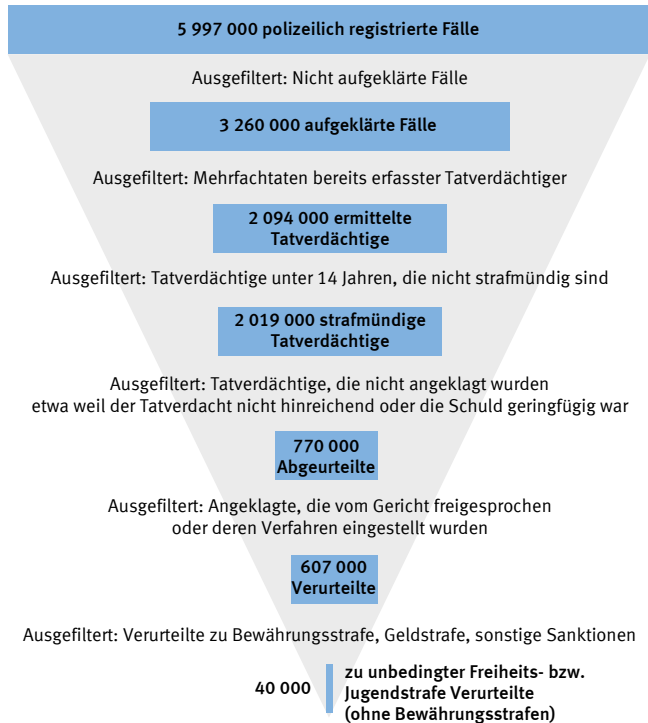
11.2.2 Abgeurteilte und Verurteilte

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus den Personen, gegen die andere Entscheidungen (u. a. Freispruch) getroffen worden sind.

	Abgeurteilte	Verurteilte										
		insgesamt	Deutsche						Ausländer/-innen ¹			
			zusammen			Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene	zusammen		Jugendliche	Heranwachsende
Anzahl	je 100 000 Strafmündige ²	% ³			Anzahl	% ³						
Früheres Bundesgebiet³												
1980	928 906	732 481	648 899	1 352	12	14	74	83 582	6	9	85	
1990	878 305	692 363	569 323	1 141	5	10	86	123 040	7	9	84	
2000	908 261	732 733	550 890	1 055	7	10	83	181 843	6	10	84	
Deutschland												
2009	1 056 809	844 520	675 205	1 036	7	11	82	169 315	6	8	86	
2010	1 018 006	813 266	643 599	988	7	10	83	169 667	6	8	86	
2011	1 003 458	807 815	630 240	969	7	10	83	177 575	5	8	87	
2012	960 225	773 901	596 959	918	6	10	84	176 942	5	7	88	
davon:												
Männer . .	774 068	625 576	478 800	1 515	6	10	84	146 776	5	7	88	
Frauen . .	186 157	148 325	118 159	353	6	8	86	30 166	5	7	88	

1 Einschl. Staatenloser sowie Verurteilter, die den Stationierungsstreitkräften angehören.
 2 Ab 14 Jahren.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Ausfilterung im Strafverfahren 2012



Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik),
 Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik)

2014 - 01 - 0266

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

11.2.3 Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte

	Insgesamt		Verurteilt zu							Strafarrest	Geldstrafe ¹⁾
			Freiheitsstrafe								
	Anzahl	%	zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	bis einschl. 9 Monate	mehr als ... bis einschließlich ...			lebenslange		
						9 Monate – 1 Jahr	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre		5 – 15 Jahre	
2010											
Heranwachsende	27 015	1 369	86	929	200	186	43	9	2	4	25 642
Erwachsene	677 787	128 348	71	79 461	16 805	21 866	8 483	1 598	135	13	549 426
2011											
Heranwachsende	25 578	1 234	87	813	188	189	35	9	–	2	24 342
Erwachsene	680 062	125 116	70	76 604	16 643	21 784	8 377	1 614	94	10	554 936
2012											
Heranwachsende	23 098	1 030	86	701	148	139	34	8	–	3	22 065
Erwachsene	659 108	120 779	70	73 191	16 275	21 441	8 140	1 637	95	17	538 312

1) Soweit nicht neben oder in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe verhängt.

11.2.4 Nach Jugendstrafrecht Verurteilte

	Insgesamt		Verurteilt zu							Erziehungsmaßnahmen		
			Jugendstrafe				Zuchtmitteln					
	Anzahl	%	zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	6 Monate (Mindeststrafe) bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	zusammen	Jugend-arrest	Auferlegung besonderer Pflichten	Ver-warnung nach § 14 JGG	zusammen	darunter Erteilung von Weisungen
2010												
Jugendliche	55 388	5 801	66	3 168	2 633	63 462	11 280	34 866	17 316	18 293	18 098	
Heranwachsende	53 076	11 440	61	5 447	5 993	54 800	8 612	31 852	14 336	13 890	13 826	
2011												
Jugendliche	51 325	5 411	65	2 977	2 434	57 994	10 509	31 468	16 017	17 972	17 826	
Heranwachsende	50 850	10 757	60	5 122	5 635	52 130	8 565	29 827	13 738	14 065	14 011	
2012												
Jugendliche	44 984	4 761	64	2 534	2 227	49 978	8 914	27 013	14 051	16 563	16 428	
Heranwachsende	46 711	10 042	58	4 697	5 345	47 227	7 556	27 237	12 434	13 560	13 486	

Eine Jugendstrafe, einzelne Zuchtmittel bzw. Erziehungsmaßnahmen können nebeneinander angeordnet sein. Die Werte können nicht zum „Insgesamt“ addiert werden.

11.2.5 Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbote

	Entziehung der Fahrerlaubnis				Fahrverbote				
	insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer		insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer von		
			bis einschl. 6 Monate	von mehr als 6 Monaten			1 Monat	mehr als ... bis einschl. ... Monaten	
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	1 – 2	2 – 3
2009								111 276	14
2010	102 278	13	21 523	80 755	28 162	7	11 062	5 323	11 777
2011	101 044	13	20 313	80 731	28 361	7	11 247	5 494	11 620
2012	99 126	13	19 871	79 255	27 307	7	11 049	5 071	11 187
davon (2012):									
Jugendliche	912	X	403	509	879	X	404	166	309
Heranwachsende	6 843	3	2 760	4 083	2 312	4	989	475	848
Erwachsene	91 371	13	16 708	74 663	24 116	7	9 656	4 430	10 030

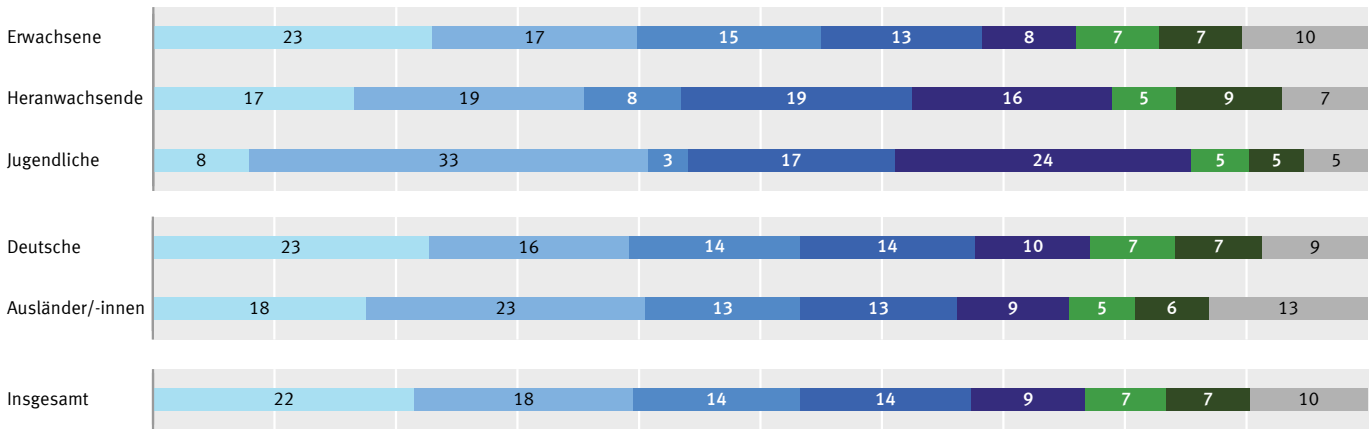
Auch soweit die schwerste der Aburteilung zugrunde liegende Straftat kein Straßenverkehrsdelikt war.

11.2 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
 11.2.6 Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

	Verurteilte			Verstöße gegen das Strafgesetzbuch (§§ des StGB)					Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz
	insgesamt	davon mit Vergehen		unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (142)	fahrlässige Tötung i. V. m. Verkehrsunfall (222)	fahrlässige Körperverletzung i. V. m. Verkehrsunfall (229) ¹	Volltrunkenheit i. V. m. Verkehrsunfall (323a) ²	Gefährdung des Straßenverkehrs (315b-c, 316)	
		ohne Trunkenheit	in Trunkenheit						
Anzahl	%			Anzahl					
Früheres Bundesgebiet³									
1980	329 300	46	54	43 338	3 113	64 981	2 611	155 139	60 118
1990	258 681	40	60	41 219	1 698	39 971	2 089	139 324	34 380
2000	209 894	45	55	31 610	1 229	21 967	1 038	108 280	45 770
Deutschland									
2010	174 558	47	53	31 101	714	13 480	289	85 125	43 849
2011	172 201	48	52	31 557	642	13 211	263	82 356	44 172
2012	166 688	49	51	31 200	644	12 356	251	79 102	43 135
davon (2012):									
Jugendliche	3 554	81	19	331	2	125	2	642	2 452
Heranwachsende	11 560	53	47	2 646	87	1 274	13	4 900	2 640
Erwachsene	151 574	48	52	28 223	555	10 957	236	73 560	38 043

1 Bis 1997: § 230 StGB.
 2 Bis einschl. 1980 § 330a StGB – Vollrausch in Verbindung mit Verkehrsunfall.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Verurteilte nach Deliktgruppen 2012
 in %



2014 - 01 - 0267

11.3 Justizvollzug

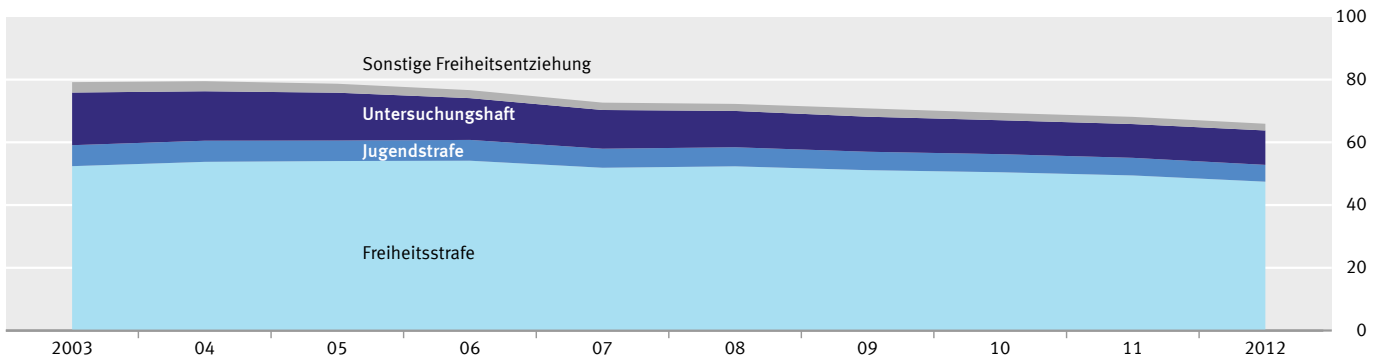
11.3.1 Belegungsfähigkeit und Belegung der Justizvollzugseinrichtungen am 30.11.2012

	Anstalten	Belegungsfähigkeit			Belegung ¹⁾					
		insgesamt	davon für		insgesamt	davon in		insgesamt	davon in	
			Einzel-	gemeinsame		Einzel-	gemeinsamer		Einzel-	gemeinsamer
			Unterbringung			Unterbringung			Unterbringung	
Anzahl							% der Belegungsfähigkeit			
Deutschland	186	77 578	54 871	22 707	65 889	46 376	19 513	85	85	86
Baden-Württemberg	19	7 811	4 804	3 007	6 722	3 989	2 733	86	83	91
Bayern	36	12 107	8 007	4 100	11 743	6 852	4 891	97	86	119
Berlin	8	4 710	3 813	897	4 140	3 516	624	88	92	70
Brandenburg	6	2 117	1 517	600	1 334	1 183	151	63	78	25
Bremen	1	748	623	125	560	508	52	75	82	42
Hamburg	6	2 403	2 165	238	1 626	1 508	118	68	70	50
Hessen	16	6 029	4 319	1 710	4 993	3 981	1 012	83	92	59
Mecklenburg-Vorpommern	5	1 522	1 091	431	1 292	883	409	85	81	95
Niedersachsen	12	6 571	4 824	1 747	5 060	4 194	866	77	87	50
Nordrhein-Westfalen	38	19 241	12 915	6 326	16 213	11 145	5 068	84	86	80
Rheinland-Pfalz	10	3 466	3 134	332	2 987	2 336	651	86	75	196
Saarland	2	973	907	66	829	731	98	85	81	148
Sachsen	10	3 731	2 516	1 215	3 405	2 100	1 305	91	83	107
Sachsen-Anhalt	5	2 466	1 802	664	1 939	1 479	460	79	82	69
Schleswig-Holstein	6	1 645	1 470	175	1 325	1 164	161	81	79	92
Thüringen	6	2 038	964	1 074	1 721	807	914	84	84	85

1 Ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber/-innen).

Gefangene und Verwahrte nach Art des Vollzugs

in 1 000



Stichtag: jeweils 30.11.

2014 - 01 - 0268

11.3.2 Strafgefangene am 31.3.2013

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Jugendstrafe			Freiheitsstrafe mehr als ... bis einschließlich ...					
		bis unter 1 Jahr	1 - 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	bis einschl. 9 Monate	9 Monate - 1 Jahr	1 - 2 Jahre	2 - 5 Jahre	5 - 15 Jahre	lebenslange
Anzahl										
Insgesamt	56 149	1 267	2 018	2 233	18 744	4 540	9 110	11 858	4 385	1 994
14 - 18	518	153	198	167	-	-	-	-	-	-
18 - 21	2 748	513	989	1 048	62	10	54	68	4	-
21 - 25	6 878	574	822	1 007	1 737	442	952	1 150	186	8
25 - 30	10 923	23	8	10	4 467	1 162	2 183	2 393	598	79
30 - 40	16 674	4	1	1	6 559	1 650	3 183	3 607	1 246	423
40 und mehr	18 408	-	-	-	5 919	1 276	2 738	4 640	2 351	1 484
%										
Männeranteil	94	94	97	98	92	94	95	95	96	94
Frauenanteil	6	6	3	2	8	6	5	5	4	6

Methodik

Die Justizgeschäftsstatistiken liefern verfahrensbezogene Informationen zu Geschäftsanfall und Geschäftserledigung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Strafverfolgungsstatistik berichtet über Abgeurteilte und Verurteilte, die Strafvollzugsstatistik über Gefangene. Die Erhebungen in der Justiz werden als koordinierte Länderstatistiken auf der Grundlage bundeseinheitlicher Verwaltungsanordnungen geführt. Das Statistische Bundesamt bereitet sie zum Bundesergebnis auf. Dabei liegen aus der Strafverfolgungsstatistik erst seit 2007 flächendeckende Angaben für Deutschland vor. Soweit in diesem Kapitel Zeitreihen zur Strafverfolgungsstatistik präsentiert werden, beziehen sich die Ergebnisse bis 2006 auf das frühere Bundesgebiet.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die verfahrensbezogenen Justizstatistiken über **Geschäftsanfall** und **Geschäftserledigung** bei Gerichten und Staatsanwaltschaften dienen in erster Linie der Kapazitätsmessung bei den Justizorganen. Dazu führen die Statistischen Ämter der Länder bei den Zivil-, Familien-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichten sowie bei den Staatsanwaltschaften der Länder Verfahrenserhebungen durch. Diese ermöglichen differenzierte Ergebnisse zu Neuzugängen und erledigten Verfahren in den jeweiligen Gerichtszweigen und Instanzen. Die Geschäftsstatistiken über das Bundesverfassungsgericht sowie über die anderen Bundesgerichte, die nicht die Statistischen Ämter der Länder erstellen, ergänzen die Ergebnisse dieser Justizstatistiken.

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Die personenbezogenen **Statistiken der Strafrechtspflege** dienen der Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen und der Messung der gerichtlich registrierten Kriminalität. Um ein vollständigeres Bild über Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität entwerfen zu können, werden zusätzlich Ergebnisse der sogenannten Polizeilichen Kriminalstatistik herangezogen. Diese führen die Kriminalämter des Bundes und der Länder durch.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik informiert über die bekanntgewordenen und die aufgeklärten Straftaten (mit Ausnahme der Staatsschutzdelikte und der Vergehen im Straßenverkehr) sowie über die polizeilich ermittelten **Tatverdächtigen**.

Die Strafverfolgungsstatistik weist die **Abgeurteilten** (Angeklagten) und **Verurteilten** nach. Erwachsene (21 Jahre und mehr) werden nach allgemeinem Strafrecht, Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) nach Jugendstrafrecht behandelt. Bei Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) kann – je nach Grad der sittlichen Reife der Angeklagten – entweder allgemeines oder Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen.

Große Differenzen ergeben sich zwischen den Zahlen für die bekannt gewordenen bzw. aufgeklärten **Straftaten** sowie für die Tatverdächtigen aus der polizeilichen Kriminalstatistik und die Verurteilten aus der Strafverfolgungsstatistik. Der Grund hierfür ist vor allem, dass nicht alle bekannt gewordenen Straftaten aufgeklärt werden. Ferner wird nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen Anklage erhoben und nicht jedes Strafverfahren endet mit einer Verurteilung, sondern auch mit einer anderen Entscheidung.

■ Justizvollzug

Die **Strafvollzugsstatistik** gibt Auskunft über die Justizvollzugsanstalten, deren Belegkapazität und tatsächliche Belegung in ausgewählten Kalendermonaten (Gefangenenbestand nach Vollzugsarten) sowie die Zu- und Abgänge während des Berichtsmonats (Gefangenenbewegung). Demografische Merkmale, d. h. Alter und Familienstand, sowie kriminologische Merkmale, wie Straftat, Art und Höhe der Strafe oder Vorstrafen, erfasst die Statistik nur für die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten am Stichtag 31.3.

Glossar

Abgeurteilte | In der Terminologie der Strafverfolgungsstatistik sind Abgeurteilte Personen, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens rechtskräftig abgeschlossen worden sind – durch Urteil oder Einstellungsbeschluss. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten sowie aus Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden (u. a. Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens). Bei der Aburteilung von Straftaten, die in Tateinheit oder in Tatmehrheit begangen wurden, ist nur die Straftat statistisch erfasst, die nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Werden mehrere Straftaten derselben Person in verschiedenen Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Aufgeklärte Straftat | Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik gilt eine Straftat dann als aufgeklärt, wenn nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis eine mindestens namentlich bekannte oder auf frischer Tat ergriffene tatverdächtige Person festgestellt worden ist.

Berufung | Sie richtet sich gegen die tatsächliche Würdigung eines Falles.

Beschwerde | Sie ist das Rechtsmittel gegen eine gerichtliche Entscheidung, die kein Urteil ist.

Einsitzende in Justizvollzugsanstalten | Dazu zählen alle Gefangenen und Verurteilten, die sich zu einem bestimmten Stichtag in einer Einrichtung des Justizvollzugs befinden. Die Justizvollzugsstatistik erfasst die Strafgefangenen (Vollzug von Freiheits- und Jugendstrafe), die Sicherungsverwahrten sowie die Einsitzenden in Untersuchungs-, Abschiebehaft und sonstiger Freiheitsentziehung getrennt.

Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre) | Begeht eine Person eine Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerpflichten, sieht das Strafgesetzbuch die Entziehung der Fahrerlaubnis vor. Die Fahrerlaubnis kann auch entzogen bzw. die Erteilung einer (neuen) Fahrerlaubnis untersagt werden, wenn eine Verurteilung der Person wegen Schuldunfähigkeit nicht möglich ist.

Fahrverbot | Bei einer Verurteilung wegen einer Straftat kann ein Fahrverbot für ein bis drei Monate erteilt werden, wenn die Person die Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerpflichten begangen hat. Bei bestimmten Verkehrsstraftaten ist ein Fahrverbot in der Regel anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.

Maßnahmen | Im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes handelt es sich hierbei um Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln. Diese können nebeneinander angeordnet werden.

Ordentliche Gerichtsbarkeit | Dazu zählen die Zivil-, Familien- und Straferichte, deren erste Instanz die Amtsgerichte darstellen. Die übergeordneten Landgerichte bzw. Oberlandesgerichte können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in erster Instanz urteilen. Ansonsten haben sie die Funktion der Rechtsmittelinstanz. Die Landgerichte entscheiden über Berufungen/Beschwerden, die Oberlandesgerichte über Berufungen/Beschwerden und Revisionen.

Revision | Sie richtet sich gegen die rechtliche Würdigung eines Falles.

Tatverdächtige | Jede Person ist tatverdächtig, die aufgrund des polizeilichen Ermittlungsergebnisses zumindest hinreichend verdächtig ist, eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben.

Verurteilte | Das sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht eine Freiheitsstrafe, Strafhaft und/oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe und/oder Maßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden kann eine Person nur dann, wenn sie zum Zeitpunkt der Tat strafmündig war, d. h. 14 Jahre und mehr (§ 19 StGB).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Justiz (Rechtspflege)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 24

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 2.1	Zivilgerichte
Reihe 2.2	Familiengerichte
Reihe 2.3	Strafgerichte
Reihe 2.4	Verwaltungsgerichte
Reihe 2.5	Finanzgerichte
Reihe 2.6	Staatsanwaltschaften
Reihe 2.7	Sozialgerichte
Reihe 2.8	Arbeitsgerichte

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3	Strafverfolgung
---------	-----------------

■ Justizvollzug

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 4.1	Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen
-----------	--

■ Themenübergreifend

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 1	Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege
---------	---

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/10	Kriminalität und Sicherheitsempfinden
-----------	---------------------------------------

Broschüren

	Justiz auf einen Blick (2011)
--	-------------------------------

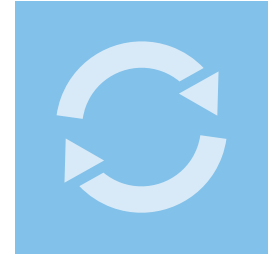
Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 41 14

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Deutsche Wirtschaft 2013 nur moderat gewachsen | **Bruttoinlandsprodukt** stieg auf 2 738 Milliarden | **Leichter** Finanzierungsüberschuss im Staatssektor | Fast **70 %** der **Wertschöpfung** entstand in **Dienstleistungsbereichen** | **Inländischer Konsum** stützt Konjunktur | **Unternehmens- und Vermögenseinkommen** legten **stärker** zu als **Arbeitnehmerentgelte**

Seite

319 Auf einen Blick**Tabellen****320 Inlandsproduktsberechnung (Stand: Mai 2014)**

Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen | Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen | Erwerbstätigkeit, Arbeitsstunden | Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen | Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbe-
reichen | Verwendung des Bruttoinlandsprodukts | Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwen-
dungszwecken | Bruttoinvestitionen

327 Vermögensrechnung (Stand: Mai 2014)

Kapitalproduktivität, Kapitalintensität | Anlagevermögen nach Vermögensarten

329 Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Stand: Mai 2014)

Hauptaggregate der Sektoren | Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften | Produk-
tionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben | Einnahmen und Ausgaben sowie
Finanzierungssaldo des Staates | Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte | Einnahmen und
Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

334 Güterbilanzen zu Herstellungspreisen (Stand: Mai 2014)

Inländische Produktion und Importe | Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

336 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte (Stand: Mai 2014)**336 VGR der Länder (Stand: August 2013/Februar 2014)**

Bruttoinlandsprodukt nach Ländern

337 Methodik**339 Glossar****342 Mehr zum Thema**

12.0 Auf einen Blick

Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts 2013
in Mrd. EUR

Entstehung		=	Verwendung		=	Verteilung		
Bruttowertschöpfung	2 453,9		Konsumausgaben	2 104,5		Volkseinkommen	2 127,9	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	19,1		Private Konsumausgaben	1 573,1		Arbeitnehmerentgelt	1 416,7	
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	626,5		Konsumausgaben des Staates	531,4		Unternehmens- und Vermögenseinkommen	711,3	
Baugewerbe	114,8							
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	355,2		+			+		
Information und Kommunikation	96,2					Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat	277,0	
Finanz- und Versicherungsdienstleister	99,7		Bruttoinvestitionen	465,3				
Grundstücks- und Wohnungswesen	299,2		Bruttoanlageinvestitionen	471,4		+		
Unternehmensdienstleister	280,1		Vorratsveränderungen	-6,1			Abschreibungen	408,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	450,6					+		
Sonstige Dienstleister	112,6		+			-		
			Außenbeitrag	167,8			Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt	76,2
			Exporte	1 387,2				
Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	283,8		Importe	1 219,4				

Bruttoinlandsprodukt 2 737,6

2014 - 01 - 0273

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR								
Früheres Bundesgebiet												
1989	90,4	3,9	1 200,7	19 346	1 211,1	19 514	938,7	15 125	639,9	68,2	521,8	1 641
1990	95,1	5,3	1 306,7	20 658	1 317,9	20 836	1 017,9	16 092	690,0	67,8	562,5	1 717
1991	100	5,1	1 415,8	22 096	1 417,8	22 128	1 089,0	16 996	747,4	68,6	609,2	1 822
Deutschland												
1991	84,2	-	1 534,6	19 186	1 541,6	19 274	1 217,2	15 218	861,2	70,8	707,6	1 675
1992	85,8	1,9	1 648,4	20 453	1 653,5	20 517	1 298,4	16 111	933,2	71,9	766,1	1 846
1993	85,0	-1,0	1 696,9	20 903	1 698,8	20 927	1 316,8	16 221	954,7	72,5	785,8	1 925
1994	87,1	2,5	1 782,2	21 888	1 771,6	21 759	1 370,5	16 832	978,6	71,4	797,6	1 961
1995	88,5	1,7	1 848,5	22 636	1 832,6	22 441	1 423,9	17 437	1 012,8	71,1	821,5	2 018
1996	89,2	0,8	1 875,0	22 895	1 863,0	22 748	1 444,7	17 640	1 021,0	70,7	829,1	2 042
1997	90,8	1,7	1 912,6	23 310	1 896,9	23 119	1 465,7	17 863	1 024,1	69,9	826,8	2 043
1998	92,5	1,9	1 959,7	23 890	1 937,7	23 622	1 492,2	18 191	1 044,9	70,0	842,8	2 060
1999	94,2	1,9	2 000,2	24 367	1 976,2	24 074	1 507,6	18 366	1 071,3	71,1	866,8	2 086
2000	97,1	3,1	2 047,5	24 912	2 025,9	24 649	1 540,9	18 749	1 111,2	72,1	894,7	2 114
2001	98,5	1,5	2 101,9	25 527	2 078,1	25 239	1 577,1	19 153	1 131,9	71,8	913,7	2 156
2002	98,6	0,0	2 132,2	25 850	2 103,5	25 503	1 591,4	19 293	1 138,8	71,6	920,3	2 187
2003	98,2	-0,4	2 147,5	26 024	2 129,4	25 804	1 608,5	19 492	1 141,6	71,0	920,2	2 211
2004	99,3	1,2	2 195,7	26 614	2 214,5	26 842	1 686,8	20 446	1 145,4	67,9	924,7	2 223
2005	100	0,7	2 224,4	26 974	2 249,6	27 280	1 713,7	20 781	1 137,6	66,4	922,1	2 230
2006	103,7	3,7	2 313,9	28 093	2 361,0	28 665	1 808,7	21 960	1 156,1	63,9	935,0	2 248
2007	107,1	3,3	2 428,5	29 521	2 470,3	30 030	1 877,3	22 821	1 187,1	63,2	965,9	2 281
2008	108,3	1,1	2 473,8	30 124	2 502,6	30 475	1 890,7	23 024	1 229,7	65,0	1 002,6	2 333
2009	102,7	-5,1	2 374,2	28 998	2 433,5	29 722	1 813,1	22 145	1 233,3	68,0	1 003,8	2 333
2010	106,8	4,0	2 495,0	30 517	2 549,4	31 183	1 922,2	23 511	1 270,4	66,1	1 033,2	2 387
2011	110,4	3,3	2 609,9	31 914	2 668,9	32 636	2 012,0	24 603	1 325,9	65,9	1 081,7	2 466
2012	111,1	0,7	2 666,4	32 550	2 730,1	33 327	2 054,3	25 077	1 377,6	67,1	1 126,6	2 538
2013	111,6	0,4	2 737,6	33 343	2 813,8	34 271	2 127,9	25 917	1 416,7	66,6	1 161,2	2 593

Die Ergebnisse von 1925 bis erste Angabe 1970, von zweite Angabe 1970 bis 1991 sowie die Angaben für Deutschland sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll vergleichbar.

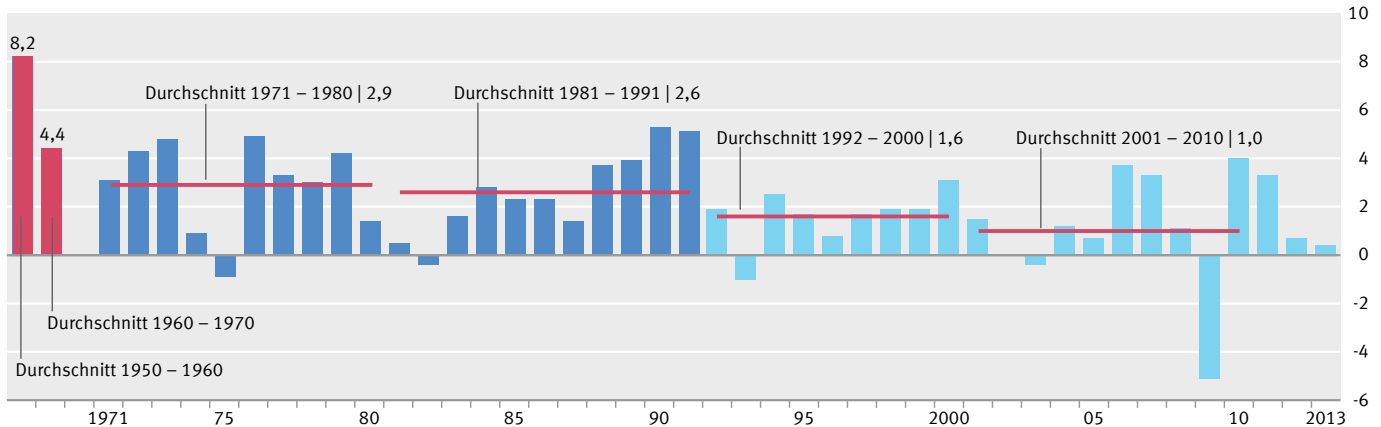
1 Preisbereinigte Ergebnisse bis erste Angabe 1970 in Preisen von 1991 (jeweils in Mrd. EUR); preisbereinigte Ergebnisse ab zweite Angabe 1970 in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex (1991 = 100 bzw. 2005 = 100).

2 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

3 Für den Zeitraum 1925 bis 1938 auf das frühere Bundesgebiet umgerechnete Ergebnisse des Statistischen Reichsamtes in Mrd. RM bzw. Reichsmark.

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr, in %



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2011 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

2014 - 01 - 0274

12.2 Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen

	2010	2011	2012	2013
in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR				
Wertschöpfung und Inlandsprodukt				
Bruttowertschöpfung	2 235,2	2 334,9	2 386,8	2 453,9
+ Nettogütersteuern	259,8	275,0	279,6	283,8
Gütersteuern	265,8	281,5	285,6	289,9
abzügl.: Gütersubventionen	5,9	6,5	6,0	6,1
= Bruttoinlandsprodukt	2 495,0	2 609,9	2 666,4	2 737,6
- Abschreibungen	380,2	391,1	402,1	408,9
= Nettoinlandsprodukt	2 114,8	2 218,8	2 264,3	2 328,7
Nettoproduktionsabgaben ¹	247,1	266,4	274,5	277,7
Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 268,6	1 324,0	1 375,9	1 414,8
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	599,1	628,3	613,9	636,3
Nationaleinkommen und Volkseinkommen				
Bruttoinlandsprodukt	2 495,0	2 609,9	2 666,4	2 737,6
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	199,9	207,1	206,6	206,4
- Primäreinkommen an die übrige Welt	145,5	148,1	142,9	130,2
= Bruttonationaleinkommen	2 549,4	2 668,9	2 730,1	2 813,8
- Abschreibungen	380,2	391,1	402,1	408,9
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 169,2	2 277,9	2 328,0	2 404,9
- Produktions- und Importabgaben ²	275,8	293,0	298,3	302,3
+ Subventionen ³	28,8	27,2	24,6	25,3
= Volkseinkommen	1 922,2	2 012,0	2 054,3	2 127,9
Arbeitnehmerentgelt (Inländer/-innen)	1 270,4	1 325,9	1 377,6	1 416,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	651,8	686,1	676,6	711,3
Nationaleinkommen und verfügbares Einkommen				
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 169,2	2 277,9	2 328,0	2 404,9
+ Laufende Transfers aus der übrigen Welt	13,6	15,1	14,7	16,9
- Laufende Transfers an die übrige Welt	48,8	46,6	48,4	56,8
= Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft	2 134,1	2 246,4	2 294,3	2 365,0

1 Produktions- und Importabgaben abzügl. Subventionen.

2 Vom Staat empfangen.

3 Vom Staat geleistet.

12.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

	2010	2011	2012	2013
Durchschnitt in 1 000				
Bevölkerung	81 757	81 779	81 917	82 104
- Nichterwerbspersonen	38 264	38 176	38 056	38 051
= Erwerbspersonen	43 493	43 603	43 861	44 053
- Erwerbslose ¹	2 946	2 502	2 316	2 270
= Erwerbstätige (Inländer/-innen)	40 547	41 101	41 545	41 783
- Selbstständige ^{1,2}	4 476	4 548	4 548	4 469
= Arbeitnehmer (Inländer/-innen)	36 071	36 553	36 997	37 314
+ Pendlersaldo	40	51	63	64
= Arbeitnehmer/-innen im Inland	36 111	36 604	37 060	37 378
+ Selbstständige ^{1,2}	4 476	4 548	4 548	4 469
= Erwerbstätige im Inland	40 587	41 152	41 608	41 847
Mill. Stunden				
Geleistete Arbeitsstunden im Inland ^{1,3}				
der Erwerbstätigen	57 004	57 835	57 973	58 052
der Arbeitnehmer/-innen	47 713	48 483	48 779	49 059

1 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

2 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

3 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA).

12.4 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

	2010	2011	2012	2013
Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet) ¹	4,0	3,3	0,7	0,4
Erwerbsquote (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung)	53,2	53,3	53,5	53,7
Erwerbslosenquote (Erwerbslose in % der Erwerbspersonen)	6,8	5,7	5,3	5,2
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je erwerbstätige Person in EUR	61 473	63 421	64 084	65 419
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in EUR	43,8	45,1	46,0	47,2
Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je erwerbstätige Person) ¹¹	3,5	1,9	-0,4	-0,1
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ¹¹	1,8	1,8	0,5	0,3
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 928	3 014	3 094	3 154
Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	26,6	27,3	28,2	28,8
Lohnstückkosten (Personenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-innen in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	-1,1	1,0	3,1	2,1
Lohnstückkosten (Stundenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	-1,5	0,9	2,8	1,9
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 380	2 458	2 529	2 584
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat (ohne marginal Beschäftigte) ¹²	2 790	2 865	2 934	2 991
Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	21,6	22,3	23,1	23,6
Lohnquote (unbereinigt; Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens)	66,1	65,9	67,1	66,6
Lohnquote (bereinigt) ¹³	67,5	67,3	68,4	67,7
Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in % des Volkseinkommens je erwerbstätige Person)	74,3	74,1	75,3	74,5
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte) ¹⁴	10,9	10,4	10,3	10,0
Staatsquote (Ausgaben des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	47,9	45,2	44,7	44,5
Defizitquote (Finanzierungssaldo des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	-4,2	-0,8	0,1	0,2

Die **Defizitquote** wird definiert als negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Die **Sparquote** wird definiert als Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil (Ausgabenkonzept) in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Die **Arbeitsproduktivität** wird berechnet als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde.

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

2 Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“).

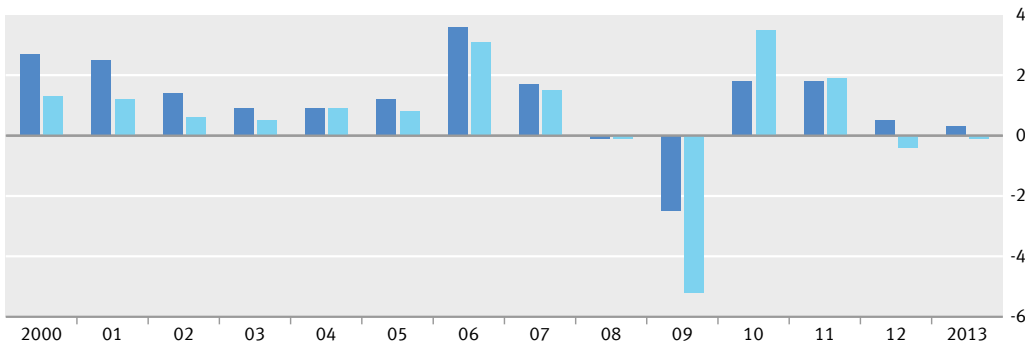
3 Arbeitseinkommensquote multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr, hier 1991.

4 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Arbeitsproduktivität in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %

■ Je Stunde ■ Je Kopf



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person bzw. je geleistete Erwerbstätigenstunde.

2014 - 01 - 0275

12.5 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd. EUR			% der Bruttowertschöpfung insgesamt		
Alle Wirtschaftsbereiche	2 334,9	2 386,8	2 453,9	100	100	100
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18,5	20,0	19,1	0,8	0,8	0,8
Produzierendes Gewerbe	717,0	728,3	741,2	30,7	30,5	30,2
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	607,8	616,9	626,5	26,0	25,8	25,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	5,6	5,8	...	0,2	0,2	...
Verarbeitendes Gewerbe	529,8	534,4	535,5	22,7	22,4	21,8
Energieversorgung	45,8	49,4	...	2,0	2,1	...
Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	26,6	27,4	...	1,1	1,1	...
Baugewerbe	109,2	111,3	114,8	4,7	4,7	4,7
Dienstleistungsbereiche	1 599,5	1 638,6	1 693,6	68,5	68,7	69,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	339,1	347,5	355,2	14,5	14,6	14,5
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz	210,7	215,7	219,2	9,0	9,0	8,9
Verkehr und Lagerei	89,4	90,9	93,1	3,8	3,8	3,8
Gastgewerbe	39,0	40,9	42,9	1,7	1,7	1,7
Information und Kommunikation	94,7	96,0	96,2	4,1	4,0	3,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	101,5	94,4	99,7	4,3	4,0	4,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	283,2	289,3	299,2	12,1	12,1	12,2
Unternehmensdienstleister	253,9	264,5	280,1	10,9	11,1	11,4
Freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleister ..	138,3	144,9	...	5,9	6,1	...
Sonstige Unternehmensdienstleister	115,7	119,7	...	5,0	5,0	...
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit ...	421,9	438,1	450,6	18,1	18,4	18,4
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung ..	142,6	145,7	...	6,1	6,1	...
Erziehung und Unterricht	106,0	108,8	...	4,5	4,6	...
Gesundheits- und Sozialwesen	173,3	183,6	...	7,4	7,7	...
Sonstige Dienstleister	105,3	108,7	112,6	4,5	4,6	4,6
Kunst, Unterhaltung und Erholung	33,3	34,9	...	1,4	1,5	...
Sonstige Dienstleister a. n. g.	64,7	66,3	...	2,8	2,8	...
Häusliche Dienste	7,2	7,5	...	0,3	0,3	...

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Wirtschaftsstruktur in Deutschland in %



Gemessen als Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt.

2014 - 01 - 0276

12.6 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	1 997,9	2 048,2	2 104,5	3,9	2,5	2,7
Private Konsumausgaben	1 498,4	1 533,9	1 573,1	4,4	2,4	2,6
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	1 456,3	1 490,5	1 526,4	4,3	2,3	2,4
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	42,1	43,4	46,7	7,1	3,1	7,8
Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	531,4	2,5	3,0	3,3
Bruttoinvestitionen	476,3	460,3	465,3	10,1	- 3,4	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	473,2	470,6	471,4	8,8	- 0,6	0,2
Ausrüstungen	181,2	175,0	170,9	6,2	- 3,4	- 2,4
Bauten	263,3	266,1	270,6	11,1	1,1	1,7
Sonstige Anlagen ¹	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	3,2	- 10,3	- 6,1	X	X	X
Inländische Verwendung	2 474,3	2 508,5	2 569,8	5,1	1,4	2,4
Außenbeitrag	135,7	157,9	167,8	X	X	X
Exporte	1 321,4	1 381,0	1 387,2	11,2	4,5	0,4
abzüglich: Importe	1 185,8	1 223,1	1 219,4	13,1	3,1	- 0,3
Bruttoinlandsprodukt	2 609,9	2 666,4	2 737,6	4,6	2,2	2,7

1 Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

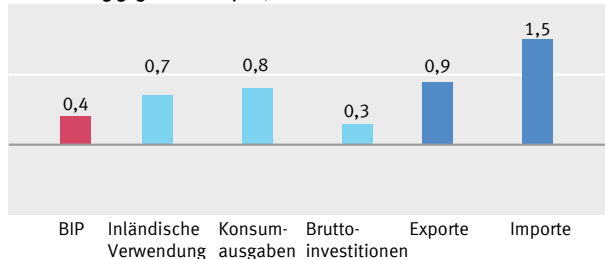
12.7 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet)

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Index 2005 = 100			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	107,1	107,9	108,8	2,0	0,8	0,8
Private Konsumausgaben	105,7	106,5	107,5	2,3	0,8	0,9
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	105,5	106,3	107,2	2,3	0,8	0,8
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	113,7	114,6	119,7	3,0	0,9	4,4
Konsumausgaben des Staates	111,3	112,3	112,8	1,0	1,0	0,4
Bruttoinvestitionen	117,6	111,8	112,1	6,4	- 4,9	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	114,6	112,2	111,3	6,9	- 2,1	- 0,8
Ausrüstungen	114,2	109,6	106,9	5,8	- 4,0	- 2,4
Bauten	112,3	110,8	110,6	7,8	- 1,4	- 0,2
Sonstige Anlagen ¹	129,7	134,1	138,1	5,1	3,4	3,0
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	X	X	X	X	X	X
Inländische Verwendung	108,9	108,6	109,3	2,8	- 0,3	0,7
Außenbeitrag	X	X	X	X	X	X
Exporte	136,0	140,3	141,6	8,0	3,2	0,9
abzüglich: Importe	135,8	137,8	139,9	7,4	1,4	1,5
Bruttoinlandsprodukt	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4

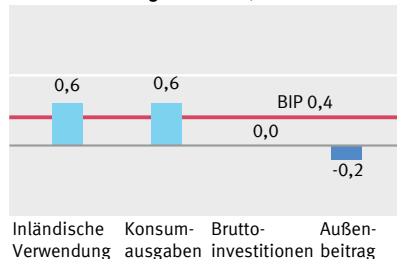
1 Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2013
Preisbereinigt

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Wachstumsbeiträge zum BIP ¹, in %-Punkten



Der **Wachstumsbeitrag** ist definiert als rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

1 Die Wachstumsbeiträge sind - abgesehen von Rundungsdifferenzen - jeweils additiv: Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen ergeben die inländische Verwendung, welche wiederum zusammen mit dem Außenbeitrag das BIP ergibt.

12.8 Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken in jeweiligen Preisen

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd. EUR			% der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland insgesamt		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	162,9	170,0	178,7	11,5	11,7	12,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	45,8	47,1	47,3	3,2	3,2	3,2
Bekleidung und Schuhe	69,1	71,2	73,4	4,9	4,9	4,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	343,3	351,7	362,0	24,2	24,2	24,3
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Aus- rüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	89,0	91,1	92,0	6,3	6,3	6,2
Gesundheitspflege	72,6	75,4	75,4	5,1	5,2	5,1
Verkehr	197,7	198,9	198,8	13,9	13,7	13,4
Nachrichtenübermittlung	37,3	38,5	39,5	2,6	2,7	2,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	127,8	130,3	133,0	9,0	9,0	8,9
Bildungswesen	14,2	14,4	15,1	1,0	1,0	1,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	82,6	85,8	88,7	5,8	5,9	6,0
Andere Waren und Dienstleistungen	178,4	177,5	184,2	12,6	12,2	12,4
Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland	1 420,6	1 452,0	1 488,1	100	100	100
Konsumausgaben der Inländer/-innen in der übrigen Welt	62,0	66,1	66,7	X	X	X
abzügl. Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland	26,2	27,6	28,5	X	X	X
Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte	1 456,3	1 490,5	1 526,4	X	X	X

12.9 Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bruttoinvestitionen insgesamt	476,3	460,3	465,3	10,1	- 3,4	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	473,2	470,6	471,4	8,8	- 0,6	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	181,2	175,0	170,9	6,2	- 3,4	- 2,4
Maschinen und Geräte ¹	127,4	128,3	...	10,7	0,7	...
Fahrzeuge	53,8	46,8	...	- 3,0	- 13,1	...
Staat	6,9	7,5	7,8	5,7	9,6	3,7
Übrige Sektoren	174,3	167,5	163,1	6,3	- 3,9	- 2,6
Bauinvestitionen	263,3	266,1	270,6	11,1	1,1	1,7
Wohnbauten	149,3	154,7	158,5	12,0	3,6	2,4
Staat	0,8	0,8	0,8	36,4	4,0	2,6
Übrige Sektoren	148,5	153,9	157,7	11,9	3,6	2,4
Nichtwohnbauten	114,1	111,4	112,1	9,8	- 2,3	0,6
Hochbau (Nichtwohngebäude)	74,7	72,9	73,1	10,4	- 2,4	0,2
Tiefbau (sonstige Bauten)	39,4	38,5	39,0	8,9	- 2,1	1,2
Staat	33,9	31,1	32,5	4,2	- 8,3	4,4
Übrige Sektoren	80,2	80,4	79,6	12,4	0,2	- 0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1
Nutztiere und Nutzpflanzungen	- 0,1	- 0,1	...	X	X	X
Immaterielle Anlageinvestitionen ²	28,7	29,4	...	4,5	2,6	...
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	3,2	- 10,3	- 6,1	X	X	X

1 Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Leder-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagszeugnisse.

2 Einschl. Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

12.10 Kapitalproduktivität, Kapitalintensität

	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoanlagevermögen ¹	Erwerbstätige	Kapitalproduktivität ²	Kapitalintensität ³
	preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100		Messzahl 2005 = 100	Index 2005 = 100	
1991	84,2	72,4	99,3	116,3	72,9
1992	85,8	74,8	98,0	114,7	76,4
1993	85,0	77,0	96,7	110,4	79,6
1994	87,1	79,2	96,6	109,9	82,0
1995	88,5	81,4	97,0	108,7	83,9
1996	89,2	83,5	96,9	106,8	86,2
1997	90,8	85,6	96,8	106,1	88,5
1998	92,5	87,7	97,9	105,4	89,6
1999	94,2	89,9	99,3	104,7	90,5
2000	97,1	92,2	101,0	105,3	91,2
2001	98,5	94,2	101,3	104,7	92,9
2002	98,6	95,8	100,7	102,9	95,1
2003	98,2	97,3	99,9	100,9	97,4
2004	99,3	98,7	100,1	100,7	98,5
2005	100	100	100	100	100
2006	103,7	101,5	100,6	102,1	101,0
2007	107,1	103,2	102,3	103,8	101,0
2008	108,3	104,8	103,5	103,3	101,2
2009	102,7	105,8	103,6	97,0	102,2
2010	106,8	107,0	104,1	99,8	102,8
2011	110,4	108,3	105,6	101,9	102,6
2012	111,1	109,5	106,8	101,4	102,6
2013	111,6	110,7	107,4	100,8	103,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1992	1,9	3,3	- 1,4	- 1,3	4,7
1993	- 1,0	2,9	- 1,3	- 3,8	4,2
1994	2,5	2,9	- 0,1	- 0,4	3,0
1995	1,7	2,8	0,4	- 1,1	2,4
1996	0,8	2,6	- 0,1	- 1,8	2,7
1997	1,7	2,5	- 0,1	- 0,7	2,6
1998	1,9	2,5	1,1	- 0,6	1,3
1999	1,9	2,5	1,5	- 0,6	1,0
2000	3,1	2,5	1,7	0,6	0,8
2001	1,5	2,2	0,3	- 0,6	1,9
2002	0,0	1,7	- 0,6	- 1,7	2,3
2003	- 0,4	1,6	- 0,9	- 1,9	2,5
2004	1,2	1,4	0,3	- 0,3	1,1
2005	0,7	1,4	- 0,1	- 0,7	1,5
2006	3,7	1,5	0,6	2,1	1,0
2007	3,3	1,6	1,7	1,6	- 0,1
2008	1,1	1,6	1,2	- 0,5	0,3
2009	- 5,1	1,0	0,1	- 6,1	1,0
2010	4,0	1,1	0,5	2,8	0,6
2011	3,3	1,2	1,4	2,1	- 0,2
2012	0,7	1,2	1,1	- 0,5	0,0
2013	0,4	1,0	0,6	- 0,6	0,5

Unter **Kapitalintensität** versteht man das Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Unter **Kapitalproduktivität** versteht man das Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

1 Bestand am Jahresende.

2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100.

3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

12.11 Anlagevermögen nach Vermögensarten

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. EUR									
Brutto									
Sachanlagen	11 267,5	11 652,6	12 412,4	12 968,5	13 243,0	13 541,9	14 066,9	14 552,1	14 946,8
Nutztiere und Nutzpflanzungen	9,9	10,2	10,6	11,1	11,0	/	/	/	/
Ausrüstungen	1 925,3	1 971,5	2 035,9	2 106,0	2 122,2	2 149,8	2 190,7	2 229,1	2 245,9
Maschinen und Geräte ¹	1 494,4	1 511,8	1 541,1	1 585,6	1 594,6	1 605,4	1 623,8	1 653,3	1 665,8
Fahrzeuge	430,9	459,7	494,8	520,3	527,5	544,4	566,9	575,8	580,1
Bauten ²	9 332,4	9 670,9	10 365,9	10 851,5	11 109,9	11 380,7	11 863,4	12 309,0	12 687,1
Wohnbauten	5 220,3	5 428,0	5 846,9	6 122,4	6 281,1	6 464,3	6 761,1	7 049,2	7 301,9
Nichtwohnbauten	4 112,0	4 242,9	4 519,0	4 729,1	4 828,8	4 916,5	5 102,3	5 259,9	5 379,2
Immaterielle Anlagegüter	112,7	114,6	117,0	121,6	126,6	131,0	134,7	138,0	141,0
Alle Anlagegüter	11 380,2	11 767,2	12 529,4	13 090,1	13 369,7	13 672,9	14 201,5	14 690,1	15 087,8
Netto									
Sachanlagen	6 834,3	7 044,7	7 490,9	7 801,0	7 917,6	8 060,9	8 351,7	8 609,5	8 815,7
Nutztiere und Nutzpflanzungen	7,8	7,9	8,3	8,7	8,5	/	/	/	/
Ausrüstungen	974,5	1 005,5	1 051,2	1 096,9	1 093,4	1 104,9	1 128,7	1 145,8	1 151,4
Maschinen und Geräte ¹	736,3	748,1	770,9	801,9	799,5	801,1	812,0	828,0	835,7
Fahrzeuge	238,2	257,5	280,3	295,0	293,8	303,8	316,7	317,8	315,8
Bauten ²	5 852,0	6 031,2	6 431,4	6 695,4	6 815,8	6 947,1	7 212,9	7 452,5	7 653,1
Wohnbauten	3 467,4	3 587,9	3 845,3	4 004,6	4 084,9	4 182,1	4 355,5	4 522,1	4 665,0
Nichtwohnbauten	2 384,7	2 443,3	2 586,1	2 690,9	2 730,9	2 765,0	2 857,4	2 930,4	2 988,1
Immaterielle Anlagegüter	58,2	59,7	61,5	64,2	66,3	67,9	69,6	71,3	72,9
Alle Anlagegüter	6 892,5	7 104,4	7 552,4	7 865,2	7 983,9	8 128,8	8 421,4	8 680,8	8 888,6
Preisbereinigt, Kettenindex (2005 = 100)									
Brutto									
Sachanlagen	100	101,5	103,1	104,7	105,7	106,9	108,1	109,3	110,4
Nutztiere und Nutzpflanzungen	100	99,4	95,3	97,0	91,0	/	/	/	/
Ausrüstungen	100	101,9	104,6	107,4	107,5	108,2	108,8	109,5	109,8
Maschinen und Geräte ¹	100	101,1	102,9	105,2	105,1	105,1	105,1	105,7	105,9
Fahrzeuge	100	104,9	110,3	114,7	115,7	118,8	121,4	122,2	122,7
Bauten ²	100	101,4	102,8	104,1	105,3	106,6	107,9	109,3	110,6
Wohnbauten	100	101,8	103,6	105,3	106,8	108,5	110,3	112,2	114,0
Nichtwohnbauten	100	100,9	101,8	102,7	103,4	104,2	104,9	105,6	106,3
Immaterielle Anlagegüter	100	105,1	111,2	118,1	123,6	128,5	133,4	138,1	142,7
Alle Anlagegüter	100	101,5	103,2	104,8	105,8	107,0	108,3	109,5	110,7
Netto									
Sachanlagen	100	101,2	102,4	103,6	104,0	104,7	105,6	106,4	107,2
Nutztiere und Nutzpflanzungen	100	99,4	94,0	95,9	88,4	/	/	/	/
Ausrüstungen	100	102,8	107,0	110,9	110,0	110,5	111,4	111,8	112,3
Maschinen und Geräte ¹	100	101,7	105,0	108,7	107,7	107,3	107,7	108,5	109,5
Fahrzeuge	100	106,3	113,1	117,8	117,0	120,3	122,8	122,1	120,9
Bauten ²	100	100,9	101,7	102,5	103,1	103,8	104,7	105,5	106,4
Wohnbauten	100	101,3	102,6	103,7	104,6	105,7	107,0	108,4	109,7
Nichtwohnbauten	100	100,2	100,4	100,7	100,9	101,1	101,3	101,4	101,7
Immaterielle Anlagegüter	100	106,0	113,3	120,8	125,3	129,1	133,8	138,4	143,2
Alle Anlagegüter	100	101,2	102,5	103,8	104,2	104,9	105,8	106,6	107,4

Bestand am Jahresende

- 1 Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik-, Eisenwaren u. a.
- 2 Einschl. kumulierter Grundstücksübertragungskosten für un bebauten Grund und Boden.

12.12 Hauptaggregate der Sektoren 2013

	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
	Mrd. EUR					
Produktionswert	5 140,9	3 613,9	239,9	387,4	899,8	-
dar. FISIM ¹	86,9	-	86,9	-	-	-
- Vorleistungen	2 687,1	2 089,9	146,9	134,2	316,1	-
dar. FISIM ¹	53,1	17,3	6,7	3,6	25,4	-
= Bruttowertschöpfung	2 453,9	1 523,9	93,0	253,2	583,7	-
- Abschreibungen	408,9	224,3	8,7	47,0	128,9	-
= Nettowertschöpfung ¹²	2 045,0	1 299,7	84,3	206,2	454,8	- 167,8
- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 414,8	929,4	66,4	208,2	210,8	11,2
- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	18,6	8,2	0,9	0,1	9,5	-
+ Empfangene sonstige Subventionen	24,7	23,0	-	0,2	1,5	-
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	636,3	385,1	17,0	- 1,9	236,1	- 179,1
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 416,7	-	-	-	1 416,7	9,3
- Geleistete Subventionen	25,3	-	-	25,3	-	5,5
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	302,3	-	-	302,3	-	6,2
- Geleistete Vermögenseinkommen	806,7	404,4	300,0	56,8	45,5	189,7
+ Empfangene Vermögenseinkommen	881,7	146,1	294,5	20,4	420,6	114,7
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 404,9	126,9	11,5	238,8	2 027,8	- 244,0
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	326,5	63,9	6,5	-	256,2	7,4
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	333,6	-	-	333,6	-	0,3
- Geleistete Sozialbeiträge	549,5	-	-	-	549,5	3,1
+ Empfangene Sozialbeiträge	550,4	22,0	68,4	459,4	0,6	2,1
- Geleistete monetäre Sozialleistungen	495,9	16,1	39,0	440,3	0,6	0,4
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	489,5	-	-	-	489,5	6,8
- Geleistete sonstige laufende Transfers	213,5	16,2	60,8	65,9	70,5	6,0
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	171,9	17,4	60,9	17,4	76,2	47,5
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 365,0	70,0	34,6	543,0	1 717,4	- 204,1
- Konsumausgaben	2 104,5	-	-	531,4	1 573,1	-
dar. FISIM ¹	37,8	-	-	3,6	34,1	-
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 5,7	- 24,1	-	29,8	-
= Sparen	260,5	64,3	10,5	11,6	174,1	- 204,1
- Geleistete Vermögenstransfers	32,1	1,5	2,0	22,3	6,4	3,9
+ Empfangene Vermögenstransfers	32,7	13,7	-	10,5	8,6	3,3
- Bruttoinvestitionen	465,3	245,3	8,3	43,0	168,7	-
+ Abschreibungen	408,9	224,3	8,7	47,0	128,9	-
- Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern ..	-	0,5	-	- 1,4	0,9	-
= Finanzierungssaldo	204,7	55,0	9,0	5,2	135,5	- 204,7

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

2 Für den Sektor „übrige Welt“ Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt.

12.13 Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften

	2010	2011	2012	2013
	Mrd. EUR			
Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 257,7	1 323,8	1 343,6	1 383,9
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	885,7	929,6	968,5	995,8
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 17,8	– 15,1	– 12,6	– 13,9
= Betriebsüberschuss	389,8	409,3	387,7	402,1
+ Empfangene Vermögenseinkommen	465,8	465,5	469,9	440,7
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	332,4	338,3	325,7	299,6
= Unternehmensgewinne	523,2	536,5	532,0	543,2
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	373,2	393,9	402,4	401,3
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	3,3	2,5	7,4	3,6
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	146,6	140,1	122,2	138,3
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 168,5	1 236,6	1 264,0	1 299,7
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	823,0	865,9	903,3	929,4
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 18,2	– 16,1	– 13,6	– 14,9
= Betriebsüberschuss	363,6	386,8	374,3	385,1
+ Empfangene Vermögenseinkommen	151,9	133,8	145,8	146,1
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	66,4	64,8	59,8	56,1
= Unternehmensgewinne	449,1	455,7	460,2	475,2
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	313,0	338,6	346,7	345,2
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	2,4	1,1	5,4	3,2
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	133,7	116,0	108,2	126,9
Finanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	89,2	87,2	79,7	84,3
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	62,6	63,7	65,2	66,4
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	0,4	1,0	1,1	0,9
= Betriebsüberschuss	26,2	22,5	13,4	17,0
+ Empfangene Vermögenseinkommen	313,9	331,7	324,2	294,5
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	266,0	273,4	265,8	243,5
= Unternehmensgewinne	74,1	80,8	71,8	68,0
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	60,2	55,3	55,7	56,1
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	1,0	1,4	2,0	0,4
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	12,9	24,1	14,0	11,5

12.14 Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben

	Staat insgesamt			Gebietskörperschaften			Sozialversicherung		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd. EUR								
Marktproduktion	14,8	15,9	17,8	14,8	15,9	17,8	–	–	–
+ Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	351,5	361,4	369,7	322,6	331,9	339,2	28,9	29,5	30,5
= Produktionswert	366,3	377,4	387,4	337,4	347,8	357,0	28,9	29,5	30,5
– Vorleistungen	126,5	130,9	134,2	117,4	121,7	124,6	9,1	9,2	9,6
= Bruttowertschöpfung	239,8	246,4	253,2	220,1	226,2	232,4	19,8	20,3	20,9
– Abschreibungen	44,5	46,0	47,0	43,6	45,0	46,0	1,0	1,0	1,0
= Nettowertschöpfung	195,3	200,4	206,2	176,5	181,1	186,4	18,8	19,3	19,9
– Arbeitnehmerentgelt	199,5	203,8	208,2	180,6	184,5	188,3	18,8	19,3	19,9
– Sonstige Nettoproduktionsabgaben ²	– 0,3	– 0,2	– 0,1	– 0,3	– 0,2	– 0,1	0,0	0,0	0,0
= Betriebsüberschuss ³	– 3,8	– 3,2	– 1,9	– 3,8	– 3,2	– 1,9	–	–	–
Sonstige Nichtmarktproduktion	350,6	360,6	368,8	321,7	331,1	338,4	28,9	29,5	30,5
– Verkäufe aus Nichtmarktproduktion	58,5	59,4	61,8	57,5	57,6	59,8	1,0	1,8	2,0
+ Soziale Sachleistungen	207,5	213,1	224,3	26,4	27,7	29,1	181,1	185,4	195,2
= Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	531,4	290,7	301,2	307,7	208,9	213,2	223,7

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen.

3 Aus Marktproduktion.

12.15 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen	1 157,2	1 193,8	1 224,1	6,2	3,2	2,5
Verkäufe	74,2	76,1	80,4	3,7	2,5	5,6
Marktproduktion (ohne Gütersteuern)	14,8	15,9	17,8	7,6	7,6	11,5
Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	59,4	60,2	62,6	2,8	1,3	4,0
Sonstige Subventionen	0,4	0,3	0,2	- 37,1	- 28,2	- 39,3
Vermögenseinkommen	25,8	22,8	20,4	35,6	- 11,5	- 10,6
Zinsen	15,4	15,5	13,0	X	X	X
Nettopachten u. Ä.	1,1	1,1	1,0	X	X	X
Ausschüttungen	9,3	6,2	6,5	X	X	X
Steuern ²	592,8	617,7	635,9	7,8	4,2	2,9
Produktions- und Importabgaben	293,0	298,3	302,3	6,2	1,8	1,3
Gütersteuern	275,2	279,3	283,7	5,8	1,5	1,6
Sonstige Produktionsabgaben	17,7	19,0	18,6	12,6	7,4	- 2,2
Einkommen- und Vermögensteuern	299,8	319,4	333,6	9,4	6,5	4,4
Sozialbeiträge	437,0	448,9	459,4	3,7	2,7	2,3
Tatsächliche Sozialbeiträge	409,4	421,3	431,7	4,0	2,9	2,5
Unterstellte Sozialbeiträge	27,6	27,6	27,7	- 0,3	0,0	0,5
Sonstige laufende Transfers	16,6	17,4	17,4	- 5,2	4,9	- 0,1
Schadenversicherungsleistungen	0,2	0,2	0,2	X	X	X
Laufende Transfers innerhalb des Staatesektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	1,4	1,7	1,5	X	X	X
Übrige laufende Transfers	15,0	15,5	15,7	- 0,1	3,1	1,6
Vermögenstransfers	10,4	10,5	10,5	4,3	1,1	- 0,3
Vermögenswirksame Steuern	4,3	4,3	4,6	- 3,6	1,4	7,7
Investitionszuschüsse	3,6	3,4	3,6	4,7	- 6,2	6,6
Sonstige Vermögenstransfers	2,6	2,8	2,3	X	X	X
- Ausgaben	1 178,7	1 191,5	1 218,9	- 1,3	1,1	2,3
Vorleistungen	126,5	130,9	134,2	4,0	3,5	2,5
Arbeitnehmerentgelt	199,5	203,8	208,2	1,9	2,2	2,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	X	X	X
Vermögenseinkommen	65,7	63,8	56,8	3,5	- 2,8	- 11,0
Subventionen ³	27,2	24,6	25,3	- 5,7	- 9,3	2,8
Gütersubventionen	6,5	6,0	6,1	10,0	- 7,4	1,8
Sonstige Subventionen	20,7	18,6	19,2	- 9,7	- 9,9	3,2
Monetäre Sozialleistungen	425,8	430,3	440,3	- 1,0	1,1	2,3
Soziale Sachleistungen	207,5	213,1	224,3	2,2	2,7	5,3
Sonstige laufende Transfers	53,8	57,1	65,9	0,4	6,2	15,4
Nettoprämien für Schadenversicherungen	0,2	0,2	0,2	X	X	X
Laufende Transfers innerhalb des Staatesektors	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	4,5	4,3	6,3	- 4,6	- 4,2	44,5
Übrige laufende Transfers	49,1	52,5	59,4	0,9	7,1	13,1
Vermögenstransfers	30,6	27,8	22,3	- 50,5	- 9,2	- 19,9
Investitionszuschüsse	22,6	20,7	19,9	1,0	- 8,4	- 4,1
Sonstige Vermögenstransfers	8,0	7,1	2,4	- 79,8	- 11,5	- 66,3
Bruttoinvestitionen	43,6	41,4	43,0	4,9	- 5,2	4,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	X	X	X
= Finanzierungssaldo	- 21,5	2,3	5,2	X	X	X
nachrichtlich:						
Konsumausgaben	499,6	514,4	531,4	2,5	3,0	3,3
Konsumausgaben für den Individualverbrauch	319,6	328,1	342,8	2,2	2,7	4,5
Konsumausgaben für den Kollektivverbrauch	179,9	186,2	188,5	3,2	3,5	1,2

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Ohne Steuern inländischer Sektoren an die EU.

3 Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.

12.16 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

	2010	2011	2012	2013
	Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	213,6	222,9	229,4	236,1
- Saldo der geleisteten und empfangenen betrieblich bedingten Zinsen, geleistete Pachten	36,2	37,3	34,8	33,2
= Unternehmensgewinne	177,4	185,6	194,6	202,9
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 270,4	1 325,9	1 377,6	1 416,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 033,2	1 081,7	1 126,6	1 161,2
Nettolöhne und -gehälter	290,6	288,0	291,7	297,7
Abzüge der Arbeitnehmer/-innen	179,7	189,8	196,6	200,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	237,1	244,3	251,0	255,5
+ Empfangene Vermögenseinkommen	385,0	412,9	412,1	415,8
Übrige Zinsen, Pachteinkommen	63,6	65,9	62,7	60,3
Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	271,3	294,8	296,8	302,1
Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen ..	50,1	52,2	52,7	53,5
- Geleistete übrige Zinsen	8,5	8,8	8,1	7,6
= Primäreinkommen	1 824,3	1 915,6	1 976,2	2 027,8
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	477,2	473,5	479,0	489,5
Geldleistungen der Sozialversicherung	290,6	288,0	291,7	297,7
Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen ...	50,1	51,2	52,4	53,1
Sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber/-innen ...	57,2	57,9	60,1	62,2
Sonstige soziale Geldleistungen	79,4	76,4	74,8	76,5
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	70,9	71,7	74,7	76,8
Schadenversicherungsleistungen	45,6	46,8	48,5	49,0
Sozialbeiträge ¹	0,6	0,6	0,6	0,6
Übrige laufende Transfers	24,7	24,3	25,7	27,2
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	215,5	226,5	242,2	256,2
Einkommensteuer	208,3	219,2	234,9	248,8
Sonstige direkte Steuern und Abgaben	7,2	7,2	7,3	7,3
- Geleistete Sozialbeiträge	507,5	525,0	538,7	549,5
Tatsächliche Sozialbeiträge	476,9	494,9	508,6	519,3
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	206,6	214,1	220,9	225,2
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer/-innen	179,7	189,8	196,6	200,8
Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nichterwerbstätigen	90,7	90,9	91,0	93,2
Unterstellte Sozialbeiträge	30,5	30,1	30,1	30,2
- Geleistete monetäre Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,6
- Geleistete sonstige laufende Transfers	68,0	67,3	68,6	70,5
Nettoprämien für Schadenversicherungen	47,5	48,8	50,3	50,8
Übrige laufende Transfers	20,5	18,4	18,3	19,7
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 580,8	1 641,5	1 679,9	1 717,4
- Private Konsumausgaben	1 435,1	1 498,4	1 533,9	1 573,1
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	29,1	30,5	30,5	29,8
= Sparen	174,9	173,6	176,5	174,1
nachrichtlich:				
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 580,8	1 641,5	1 679,9	1 717,4
+ Soziale Sachtransfers	312,9	319,6	328,1	342,8
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	1 893,7	1 961,2	2 008,0	2 060,3
- Individualkonsum	1 748,0	1 818,0	1 862,0	1 915,9
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	29,1	30,5	30,5	29,8
= Sparen	174,9	173,6	176,5	174,1

Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

1 Unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie für Beihilfen, Unterstützungen u. Ä., welche private Organisationen ohne Erwerbszweck von privaten Haushalten empfangen.

12.17 Einnahmen und Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen aus der übrigen Welt . . .	1 547,8	1 605,8	1 614,4	10,1	3,8	0,5
Experte	1 321,4	1 381,0	1 387,2	11,2	4,5	0,4
Waren	1 126,7	1 172,6	1 170,0	12,2	4,1	- 0,2
Dienstleistungen	194,7	208,4	217,2	5,7	7,0	4,2
dar. FISIM ¹	6,9	6,0	5,3	6,5	- 12,4	- 12,1
Primäreinkommen	207,1	206,6	206,4	3,6	- 0,3	- 0,1
Arbeitnehmerentgelt	10,6	10,9	11,2	7,8	2,8	3,1
Vermögenseinkommen	190,9	190,2	189,7	3,5	- 0,4	- 0,2
Subventionen	5,7	5,6	5,5	0,0	- 1,9	- 1,8
Laufende Transfers	15,1	14,7	16,9	11,0	- 3,0	15,1
Vermögenstransfers	4,1	3,5	3,9	2,8	- 13,9	11,3
Ausgaben an die übrige Welt	1 388,6	1 419,8	1 409,7	11,3	2,3	- 0,7
Importe	1 185,8	1 223,1	1 219,4	13,1	3,1	- 0,3
Waren	973,0	994,4	981,9	14,8	2,2	- 1,3
Dienstleistungen	212,8	228,8	237,5	6,0	7,5	3,8
dar. FISIM ¹	4,1	4,3	4,3	20,2	5,4	- 1,4
Primäreinkommen	148,1	142,9	130,2	1,8	- 3,5	- 8,9
Arbeitnehmerentgelt	8,7	9,2	9,3	7,8	5,2	2,0
Vermögenseinkommen	133,1	127,4	114,7	1,1	- 4,3	- 10,0
Produktions- und Import- abgaben	6,3	6,3	6,2	9,6	0,8	- 3,0
Laufende Transfers	46,6	48,4	56,8	- 4,4	3,8	17,5
Vermögenstransfers	8,1	5,4	3,3	X	X	X
Finanzierungssaldo	159,2	186,0	204,7	X	X	X
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	135,7	157,9	167,8	X	X	X
Waren	153,7	178,2	188,1	X	X	X
Dienstleistungen	- 18,1	- 20,3	- 20,2	X	X	X
Primäreinkommen (Saldo)	59,0	63,7	76,2	X	X	X
Laufende Transfers (Saldo)	- 31,5	- 33,7	- 40,0	X	X	X
Vermögenstransfers (Saldo)	- 4,0	- 1,9	0,6	X	X	X

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

12.18 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Inländische Produktion und Importe 2011

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern					
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹⁾	private Konsumausgaben im Inland	Konsumausgaben des Staates	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR									
Alle Gütergruppen	4 984,0	1 126,2	6 110,2	2 581,3	1 304,7	493,4	433,1	1 297,7	6 110,2
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ...	49,4	29,5	78,9	52,3	17,3	0,0	- 0,1	9,3	78,9
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	12,3	102,3	114,6	102,8	2,0	0,1	0,1	9,5	114,6
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	165,9	48,6	214,5	47,0	118,8	0,3	0,0	48,4	214,5
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	22,9	50,6	73,5	9,9	33,6	0,0	0,2	29,7	73,5
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	82,9	22,6	105,5	64,8	9,0	0,0	4,6	27,1	105,5
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	68,4	43,4	111,9	68,1	25,0	0,1	0,0	18,6	111,9
Chemische Erzeugnisse	125,7	78,0	203,8	92,6	10,6	0,1	0,0	100,5	203,8
Pharmazeutische Erzeugnisse	32,2	42,7	74,9	1,6	9,9	12,3	0,0	51,2	74,9
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	112,5	37,3	149,9	89,6	9,0	0,0	1,1	50,2	149,9
Metalle und Metallerzeugnisse	233,6	95,0	328,6	206,6	4,2	0,0	14,8	102,9	328,6
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	65,2	96,1	161,3	42,1	14,2	0,4	21,4	83,3	161,3
Elektrische Ausrüstungen	95,7	45,7	141,4	56,6	8,7	0,0	11,9	64,3	141,4
Maschinen	217,5	74,6	292,1	76,9	1,9	0,0	51,6	161,6	292,1
Fahrzeuge	324,6	124,1	448,7	117,6	57,9	0,1	44,7	228,3	448,7
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	93,7	32,3	126,0	43,0	25,5	0,5	25,5	31,5	126,0
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung ...	115,3	54,2	169,5	77,6	37,7	0,2	0,0	53,9	169,5
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	52,8	9,0	61,8	24,4	29,6	0,5	0,0	7,4	61,8
Bauarbeiten	264,3	0,2	264,5	81,7	5,1	0,0	177,1	0,5	264,5
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	782,6	43,8	826,4	386,5	289,0	16,3	20,5	114,1	826,4
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen ...	206,0	23,4	229,4	121,0	56,4	0,0	26,4	25,7	229,4
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	1 091,7	71,7	1 163,4	710,0	343,2	1,9	31,0	77,5	1 163,4
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	768,7	1,0	769,8	108,4	196,2	460,8	2,3	2,1	769,8
%									
Alle Gütergruppen	81,6	18,4	100	42,2	21,4	8,1	7,1	21,2	100
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei ...	62,6	37,4	100	66,3	21,9	0,0	- 0,1	11,8	100
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	10,7	89,3	100	89,8	1,7	0,1	0,1	8,3	100
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	77,3	22,7	100	21,9	55,4	0,1	0,0	22,5	100
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	31,1	68,9	100	13,5	45,7	0,0	0,3	40,5	100
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	78,6	21,4	100	61,4	8,5	0,0	4,4	25,7	100
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	61,2	38,8	100	60,9	22,4	0,1	0,0	16,7	100
Chemische Erzeugnisse	61,7	38,3	100	45,4	5,2	0,0	0,0	49,3	100
Pharmazeutische Erzeugnisse	43,0	57,0	100	2,1	13,2	16,4	0,0	68,3	100
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	75,1	24,9	100	59,8	6,0	0,0	0,7	33,5	100
Metalle und Metallerzeugnisse	71,1	28,9	100	62,9	1,3	0,0	4,5	31,3	100
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	40,4	59,6	100	26,1	8,8	0,2	13,3	51,6	100
Elektrische Ausrüstungen	67,7	32,3	100	40,0	6,1	0,0	8,4	45,5	100
Maschinen	74,5	25,5	100	26,3	0,7	0,0	17,7	55,3	100
Fahrzeuge	72,3	27,7	100	26,2	12,9	0,0	10,0	50,9	100
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	74,4	25,6	100	34,1	20,3	0,4	20,2	25,0	100
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung ...	68,0	32,0	100	45,8	22,3	0,1	0,0	31,8	100
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	85,5	14,5	100	39,5	47,8	0,8	0,0	11,9	100
Bauarbeiten	99,9	0,1	100	30,9	1,9	0,0	67,0	0,2	100
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	94,7	5,3	100	46,8	35,0	2,0	2,5	13,8	100
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen ...	89,8	10,2	100	52,8	24,6	0,0	11,5	11,2	100
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	93,8	6,2	100	61,0	29,5	0,2	2,7	6,7	100
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	99,9	0,1	100	14,1	25,5	59,9	0,3	0,3	100

Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA), Ausgabe 2008.

1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

12.19 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) 2011

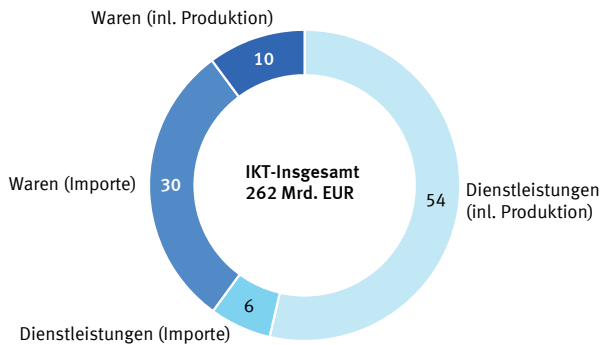
	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern				
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	Konsumausgaben im Inland	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR								
Volkswirtschaft insgesamt	4 984,0	1 126,2	6 110,2	2 581,3	1 798,1	433,1	1 297,7	6 110,2
1.–7. IKT-Gütergruppen insgesamt	167,1	94,8	262,0	111,6	43,5	38,9	67,9	262,0
1.–4. IKT-Waren	26,7	78,1	104,7	31,0	9,3	14,8	49,7	104,7
1. Computer und Zubehör	3,2	21,4	24,7	1,7	2,2	8,8	12,0	24,7
2. Telekommunikationsgeräte und -einrichtungen	4,1	14,2	18,3	4,2	1,1	3,4	9,6	18,3
3. Unterhaltungselektronik	3,0	11,1	14,1	1,8	5,4	1,6	5,2	14,1
4. Sonstige Informations- und Kommunikationstechnik	16,3	31,4	47,7	23,3	0,7	1,0	22,7	47,7
5.–7. IKT-Dienstleistungen	140,5	16,8	157,2	80,7	34,2	24,1	18,2	157,2
5. Software	61,8	12,2	74,0	37,7	2,1	19,5	14,6	74,0
6. Telekommunikationsdienstleistungen	55,4	3,9	59,3	28,6	27,9	0,0	2,8	59,3
7. Sonstige IKT-Dienstleistungen	23,3	0,7	24,0	14,3	4,2	4,6	0,8	24,0
%								
Anteil der IKT-Gütergruppen zur Volkswirtschaft insgesamt	3,4	8,4	4,3	4,3	2,4	9,0	5,2	4,3

Zusammengefasste IKT-Gütergruppen auf Basis der detaillierten IKT-Güterliste der OECD 2008.

1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

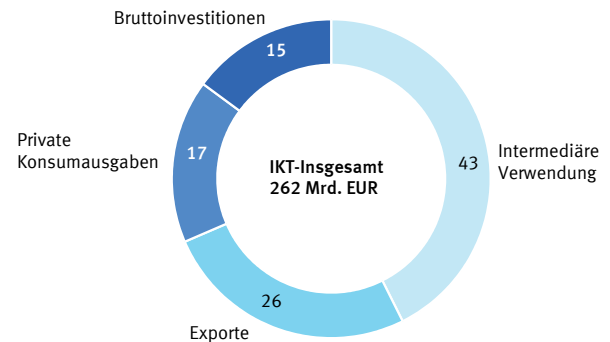
Aufkommensstruktur der IKT 2011

in %



Verwendungsstruktur der IKT 2011

in %



2014 - 01 - 0278

12.20 Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Exporte

	Einheit	2008	2009	2010
Exporte	Mrd. Euro	1 191,2	1 008,1	1 188,6
Exportinduzierte Importe	Mrd. Euro	485,5	408,6	515,9
Importe	in % der Exporte	40,8	40,5	43,4
Exportinduziertes BIP	Mrd. Euro	705,7	599,5	672,7
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	in % des BIP	28,5	25,2	27,0
Exportabhängige Erwerbstätige	in Millionen	10,3	9,7	9,9
	Anteil ¹ in %	25,5	24,1	24,5
nachrichtlich:				
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. Euro	2 473,8	2 374,2	2 495,0
Erwerbstätige	in Millionen	40,3	40,4	40,6

1 Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt.

Die **exportinduzierten Importe** sind Waren ausländischen Ursprungs, zur Lohnveredelung importierte Waren sowie bei der inländischen Produktion für den Export eingesetzte importierte Vorleistungen (Waren und Dienstleistungen).

Das **exportinduzierte Bruttoinlandsprodukt** umfasst das Bruttoinlandsprodukt, das bei der inländischen Produktion von Exportgütern direkt oder bei der Produktion von Vorleistungsgütern für die Exportgüterproduktion im Inland entstanden ist.

Die **exportabhängigen Erwerbstätigen** umfassen neben den Erwerbstätigen die direkt in der Exportgüterproduktion arbeiten, auch die Erwerbstätigen, die Vorleistungsgüter für die Exportgüterproduktion im Inland produzieren.

Der **Importanteil** ist der Anteil ausländischer Wertschöpfung an den Gütern für die letzte Verwendung (Konsum, Investitionen und Exporte).

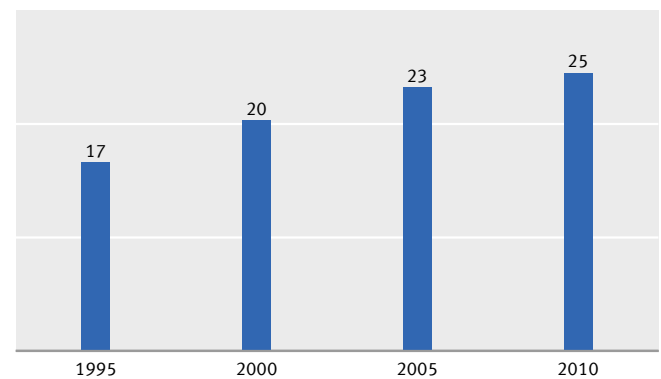
12.21 Bruttoinlandsprodukt nach Ländern 2013

	In jeweiligen Preisen		
	Wert	Anteil an Deutschland	je Einwohner/-in
	Mrd EUR	%	EUR
Deutschland	2 737,6	100	33 355
Baden-Württemberg	407,2	14,9	37 472
Bayern	488,0	17,8	38 429
Berlin	109,2	4,0	30 642
Brandenburg	59,1	2,2	23 751
Bremen	28,6	1,0	43 085
Hamburg	97,7	3,6	53 611
Hessen	235,7	8,6	38 490
Mecklenburg-Vorpommern ..	37,1	1,4	22 817
Niedersachsen	239,0	8,7	30 149
Nordrhein-Westfalen	599,8	21,9	33 621
Rheinland-Pfalz	121,6	4,4	30 420
Saarland	32,1	1,2	31 834
Sachsen	99,9	3,6	24 226
Sachsen-Anhalt	53,0	1,9	23 196
Schleswig-Holstein	78,7	2,9	27 684
Thüringen	51,0	1,9	23 168
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet			
ohne Berlin	2 328,3	85,0	35 391
einschl Berlin	2 437,5	89,0	35 147
Neue Länder			
ohne Berlin	300,1	11,0	23 585
einschl Berlin	409,3	15,0	25 129

Berechnungsstand: August 2013/Februar 2014.

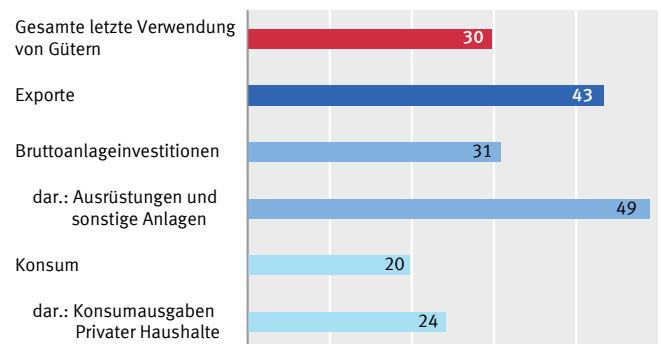
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Exportabhängigkeitsquote der Erwerbstätigen in %



Exportabhängige Erwerbstätige in % aller Erwerbstätigen im Inland

Importanteil der letzten Verwendung von Gütern 2010



Einbezogen sind direkt für die letzte Verwendung importierte Güter und bei der inländischen Produktion eingesetzte importierte Vorleistungen.

2014 - 01 - 0279

Methodik

■ Zweck und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland zu geben. Dabei werden alle Wirtschaftseinheiten (Personen, Institutionen) mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsablaufs wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgängen (produzieren, verteilen, konsumieren, investieren, finanzieren) einbezogen. Die Wirtschaftseinheiten und ihre Tätigkeiten werden zu großen Gruppen (Wirtschaftsbereiche, Sektoren) zusammengefasst.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei ihren Arbeiten und Entscheidungen. Die Ergebnisse werden in der gesamten EU in gleicher Weise berechnet, basierend auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). So ist sichergestellt, dass europaweit vergleichbare harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen. Innerhalb der EU dienen die Angaben zum Bruttonationaleinkommen (BNE) beispielsweise zur Berechnung der Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die EU.

Zur Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaftseinheiten gerechnet, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Wirtschaftsgebiet haben (Inlandskonzept). Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft sein (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland). Die Region außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebiets wird nicht als Ausland bezeichnet, sondern als „übrige Welt“. Die Staatsangehörigkeit ist im Allgemeinen für die Abgrenzung ohne Bedeutung. Ebenso ist es unerheblich, welche Rechtsform die Wirtschaftseinheiten haben.

Die deutschen VGR bestehen aus der Inlandsproduktsberechnung, der Input-Output-Rechnung, der Vermögensrechnung, der Erwerbstätigenrechnung, der Arbeitsvolumenrechnung und der Finanzierungsrechnung.

Die **Inlandsproduktsberechnung** ist vor allem auf die zahlenmäßige Darstellung von Marktvorgängen ausgerichtet. Berechnet und veröffentlicht werden vierteljährliche und jährliche Angaben zur Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BIP) in jeweiligen Preisen sowie preisbereinigt. Ebenfalls werden Ergebnisse für die Produktionsfaktoren nachgewiesen, z. B. Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbspersonen (**Erwerbstätigenrechnung**) und zum Anlagevermögen bzw. Kapitalstock (**Vermögensrechnung**). Die ermittelten Größen – allen voran das BIP – sind wichtige Daten für die laufende Wirtschaftsbeobachtung sowie für die Beurteilung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Die Tabellen der **Input-Output-Rechnung (IOR)** geben einen detaillierten und tief gegliederten Einblick in die Güterströme und Produktionsverflechtungen in der Volkswirtschaft und mit der übrigen Welt. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Strukturuntersuchungen der Wirtschaft sowie für Analysen der direkten und indirekten Auswirkungen von Nachfrage-, Preis- und Lohnänderungen auf die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Bereiche. Darüber hinaus sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Modell- und Simulationsrechnungen sowie Prognosen. Die Input-Output-Rechnung ist ein integraler Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dies bedeutet, dass ihre Eckdaten vollständig mit den Ergebnissen der Inlandsproduktsberechnung abgestimmt sind. Als Darstellungseinheiten werden in den Input-Output-Tabellen nach produktionsrelevanten Merkmalen abgegrenzte „homogene Produktionseinheiten“ verwendet. Sie werden zu Produktionsbereichen zusammengefasst, die jeweils ausschließlich und vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

■ Berechnungsmethode

Für die Berechnung der Ergebnisse der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Revisionszeitpunkt vorliegen. Zusätzlich werden weitere Datenquellen

ausgewertet wie administrative Daten (z. B. Finanz- und Steuerstatistiken, Daten der Bundesagentur für Arbeit), Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen (z. B. Lufthansa, Telekom, Kreditinstitute), Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), Mikrozensus) sowie Informationen von Verbänden. Hinzu kommen Expertenschätzungen und Fortschreibungen von Zeitreihen.

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird durch zwei Ansätze berechnet: den Entstehungs- und den Verwendungsansatz. Zwischen den beiden daraus resultierenden Rechenergebnissen findet anschließend eine Abstimmung statt, die zum Veröffentlichungsergebnis des BIP und seiner Aggregate führt.

Auf der **Entstehungsseite** (Produktionsansatz) wird die wirtschaftliche Leistung aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt, basierend auf allen zum Zeitpunkt der Berechnung verfügbaren Produktionsstatistiken (z. B. Kostenstrukturerhebung, Monaterhebung im Einzelhandel). Ausgehend von den Produktionswerten der Wirtschaftseinheiten wird durch Abzug der Vorleistungen (intermediärer Verbrauch) die Bruttowertschöpfung errechnet, die die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche misst und die zentrale Kennzahl der Entstehungsrechnung ist. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich dann das BIP, indem – als Bewertungskorrektur beim Übergang von Herstellungspreisen zu Marktpreisen – die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Auf der **Verwendungsseite** (Ausgabenansatz) wird die wirtschaftliche Leistung mit Hilfe der Verwendung von inländischen Waren und Dienstleistungen ermittelt: Sie können im Inland konsumiert oder investiert oder ins Ausland exportiert werden. Zu bestimmen sind daher private und staatliche Konsumausgaben, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe), aus deren Summe sich das BIP des Verwendungsansatzes ergibt. In die verwendungsseitige Rechnung werden insbesondere Daten des Einzelhandels, der Investitionserhebung und der Außenhandelsstatistik mit einbezogen.

Die wirtschaftliche Leistung kann im Wirtschaftskreislauf als dritte Möglichkeit mit Hilfe der **Verteilungsrechnung** ermittelt werden, d. h. anhand der im Produktionsprozess entstandenen Einkommen. In Deutschland ist allerdings bis jetzt eine eigenständige Berechnung über die Verteilungsseite nicht möglich, da keine ausreichenden Basisdaten über die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorliegen.

Die **Preisbereinigung** erfolgt in den deutschen VGR seit der großen Revision 2005 entsprechend internationaler Konventionen und verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Anders als bei der früheren Festpreisbasis wird dabei nicht für die gesamte Zeitreihe ein festes Jahr verwendet, sondern jeweils das Vorjahr als Basisjahr (also z. B. die jahresdurchschnittlichen Preise von 2010 für Ergebnisse von 2011). Dadurch werden bei der Vorjahrespreismethode immer aktuelle Preisrelationen berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten genauer macht (insbesondere das Wachstum des BIP). Durch Verkettung („Chain-linking“) werden für jedes Merkmal vergleichbare Zeitreihen gebildet.

■ Struktur der Darstellung

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Form eines geschlossenen **Kontensystems** mit doppelter Verbuchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Sie werden in einer Reihe von **Tabellen** dargestellt, die das Kontensystem ergänzen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teils tiefer untergliedert, teils nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst, teils in sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. preisbereinigte Angaben, Angaben je Einwohnerin und Einwohner).

Als kleinste **Darstellungseinheit** dienen Institutionen, die entweder selbst bilanzieren oder bei denen es aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht möglich

Methodik

wäre, eine vollständige Rechnungsführung zu erstellen. Die Zusammenfassung der kleinsten Darstellungseinheiten zu Gruppen richtet sich in erster Linie nach der Art und Kombination der in ihnen vereinigten Tätigkeiten, ihrer Stellung zum Markt und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. In den VGR werden die folgenden **Sektoren** unterschieden:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Kapital- und Personengesellschaften wie AGs, GmbHs, OHGs und KGs; rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Krankenhäuser und Pflegeheime),
- Finanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Banken, Versicherungen),
- Staat (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung),
- Private Haushalte (als Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch als Produzentinnen und Produzenten, z. B. selbstständige Landwirtinnen und Landwirte oder Versicherungsvertreterinnen und Versicherungsvertreter, Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer, Händlerinnen und Händler, Gastwirtinnen und Gastwirte, „Freiberuflerinnen und Freiberufler“),
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine).

Die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben, wird als „übrige Welt“ bezeichnet (siehe auch Abschnitt „Zweck und Abgrenzung der VGR“).

■ Aktualität und Genauigkeit

Das **Jahresergebnis** des Bruttoinlandsprodukts und seiner wichtigsten Komponenten wird in Deutschland bereits sehr früh veröffentlicht, nämlich ca. 15 Tage nach Ende der Berichtsperiode, also Mitte Januar, in einer Pressekonferenz. Alle Veröffentlichungstermine der deutschen VGR werden etwa ein Jahr im Voraus festgelegt und publiziert.

Die aktuellen Ergebnisse der VGR werden zu jedem dieser Veröffentlichungstermine überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Diese **Revisionen** finden in der laufenden Rechnung kontinuierlich statt, um aktuelle Informationen in das Zahlenwerk einzubeziehen, die von den bisherigen Datengrundlagen signifikant abweichen. Jeweils im August geschieht dies für die zurückliegenden vier Jahre. Darüber hinaus findet alle fünf bis zehn Jahre eine sogenannte umfassende Revision statt, bei der neue Methoden, neue Basisstatistiken etc. in die VGR eingearbeitet werden. Bei diesen sogenannten großen Revisionen werden die gesamten Zeitreihen – aktuell bis 1991 zurück – überarbeitet und bei Bedarf revidiert.

Die Ergebnisse der nächsten umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden im September 2014 veröffentlicht.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Abschreibungen | Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Das Risiko für Verluste durch versicherbare Schadensfälle ist dabei mit eingeschlossen. Abschreibungen werden sowohl auf Sachanlagen als auch auf immaterielles Anlagevermögen berechnet, wie Suchbohrungen oder Computerprogramme, jedoch nicht auf Tiere. Abschreibungen auf Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden sind in den Abschreibungen auf Bauten enthalten. Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu Wiederbeschaffungspreisen (jeweiligen Preisen) bewertet. Sie ermöglichen den Übergang vom Brutto- zum Nettokonzep bei Wertschöpfung, Inlandsprodukt und Betriebsüberschuss.

Anlagevermögen | Alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter: Ausrüstungen, Wohnbauten, Nichtwohnbauten und Sonstige Anlagen. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe einer Kumulationsmethode, ausgehend von den Bruttoanlageinvestitionen und Angaben über die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegütergruppen. Bei der Anwendung des Bruttokonzep (Bruttoanlagevermögen) werden die Anlagen mit ihrem Neuwert – ohne Berücksichtigung der Wertminderung – dargestellt, während beim Nettokonzep (Nettoanlagevermögen) die seit dem Investitionszeitpunkt aufgelaufenen Abschreibungen abgezogen sind.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen und eine Vergütung erhalten (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Sozialdienstleistende, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten oder Volontärinnen und Volontäre). Auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie geringfügig Beschäftigte zählen dazu.

Arbeitnehmerentgelt | Von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern geleistete Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Dazu gehören neben den tatsächlichen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und an private Sozialschutzsysteme auch unterstellte Sozialbeiträge, die den Gegenwert der sozialen Leistungen darstellen, die direkt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt werden.

Arbeitseinkommensquote | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person.

Arbeitsproduktivität | In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde. Diese Definition für Arbeitsproduktivität kann jedoch nur als grobes Orientierungsmittel dienen, da bei dieser Berechnung der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird – ohne Berücksichtigung des Kapitals und der unternehmerischen Leistung.

Außenbeitrag | Saldo zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Er wird auch als Exportüberschuss bezeichnet, da Deutschland traditionell mehr exportiert als importiert, der Saldo folglich in der Regel positiv ist.

Betriebsüberschuss | Selbstständigeneinkommen, das sich nach Abzug des Arbeitnehmerentgelts von der Nettowertschöpfung ergibt. Dabei sind ein kalkulatorischer Unternehmerlohn sowie das Entgelt für das eingesetzte eigene und fremde Sach- und Geldkapital der jeweiligen Wirtschaftseinheit eingeschlossen.

Bruttoanlageinvestitionen | Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbst erstellten Anlagen) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land, wobei sich letztere in der Volkswirtschaft weitgehend saldieren. Als Anlagen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Ausgenommen sind zum einen nur militärisch nutzbare Anlagen

und Güter, die in die Konsumausgaben des Staates eingehen, zum anderen geringwertige Güter, vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden (z. B. kleinere Werkzeuge, Reifen, Büromittel). Größere Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen, sind dagegen Bestandteile der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden untergliedert in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten) und sonstige Anlagen (größtenteils bestehend aus Computersoftware und Urheberrechten).

Bruttoinlandsprodukt | Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung einer Volkswirtschaft in einer Periode. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum und ist damit die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bei der Berechnung und Darstellung des Bruttoinlandsprodukts wird zwischen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung unterschieden.

Bruttolöhne und -gehälter | Alle Löhne und Gehälter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus ihrem Arbeits- oder Dienstverhältnis zufließen. Dazu gehören auch die Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber nicht die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Bruttonationaleinkommen | Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Primäreinkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, und zuzüglich der Primäreinkommen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Zu den Primäreinkommen zählen neben den Arbeitseinkommen von Pendlerinnen und Pendlern vor allem Zinsen und andere grenzüberschreitende Vermögens-einkommen sowie Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen an die bzw. von der EU. Es handelt sich in erster Linie um einen Einkommensindikator.

Bruttowertschöpfung | Produktionswert abzüglich Vorleistungen für einzelne Wirtschaftsbereiche; umfasst also nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, da die von anderen Wirtschaftseinheiten produzierten Vorprodukte abgezogen werden. Die Bruttowertschöpfung ist bewertet zu Herstellungspreisen, d. h. ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen. Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzuzufügen.

Defizitquote | Negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Entstehungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her berechnet und dargestellt wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt sich dabei als Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Erwerbslose | Alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aber für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und aktiv nach einer Arbeit suchen (Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO).

Erwerbslosenquote | Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Erwerbslose und Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.

Erwerbsquote | Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

Erwerbstätige | Alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit.

Exporte | Alle Verkäufe von Waren und Dienstleistungen an Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Finanzierungssaldo des Staates | Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, so ist der Finanzierungssaldo negativ und man spricht von einem Staatsdefizit. Bei einem positiven Finanzierungssaldo spricht man dagegen von einem Staatsüberschuss.

FISIM | Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, ins Deutsche übersetzt „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Dies umfasst die modellhaft ermittelten indirekten Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkt erzielten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen.

Güterbilanz | In der Input-Output-Tabelle nachgewiesene Güterströme, gegliedert nach zusammengefassten Gütergruppen. Die Güterbilanz zeigt das Aufkommen von Waren und Dienstleistungen aus inländischer Produktion und aus Importen sowie die Verwendung der Waren und Dienstleistungen nach Verwendungskategorien. Für jede Gütergruppe entspricht das gesamte Güteraufkommen der gesamten Güterverwendung.

Gütersteuern | Alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Dazu zählen Mehrwertsteuer, Importabgaben (Zölle und Importsteuern), sonstige Gütersteuern (z. B. Verbrauchsteuern, Vergnügungssteuern, Versicherungsteuer).

Gütersubventionen | Alle Subventionen, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Dazu gehören Importsubventionen und sonstige Gütersubventionen.

Herstellungspreis | Betrag, den Produzenten je Einheit produzierter Waren und Dienstleistungen von Käufern erhalten – ohne die zu zahlenden Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer) und zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen. Handelsspannen werden als Dienstleistungen des Handels nachgewiesen.

Importe | Alle Käufe von Waren und Dienstleistungen bei Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben inländischer Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt. Die eingeführten Waren werden in der Güterbilanz zudem zum Grenzwert (cif – cost, insurance, freight) dargestellt.

Input-Output-Tabelle | Zeigt, wie sich die inländische Produktion und die Importe nach Gütergruppen zusammensetzen und wie diese Güter verwendet werden. Dabei wird zwischen der intermediären Verwendung der einzelnen Produktionsbereiche (Verbrauch von Vorleistungsgütern) und der letzten Verwendung (Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen, Exporte) unterschieden. Außerdem beschreibt sie, welche intermediären Inputs (Vorleistungen) und Primärinputs (Wertschöpfungskomponenten) bei der inländischen Produktion von Waren und Dienstleistungen eingesetzt werden.

Intermediäre Verwendung | Verbrauch von Vorleistungen.

Kapitalintensität | Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, berechnet als Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

Kapitalproduktivität | Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

Kettenindex | Zeitliche Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes, die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein jährlich wechselndes Wägungsschema

haben. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (zurzeit 2005 = 100), was aber nicht zu verwechseln ist mit dem Preisbasisjahr bei der früheren Festpreisrechnung.

Konsumausgaben der privaten Haushalte | Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u. a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, z. B. der Eigenkonsum der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Naturalentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck | Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, d. h. Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter abzüglich selbsterstellter Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben des Staates | Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben im Inland | In der Güterbilanz nachgewiesene Konsumausgaben, bei denen – anders als in der Inlandsproduktsberechnung – auch die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland einbezogen und die Konsumausgaben der inländischen Wirtschaftseinheiten in der übrigen Welt ausgeschlossen werden.

Laufende Transfers | Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen sowie sonstige laufende Transfers.

Lohnquote (bereinigt) | Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person) multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr.

Lohnquote (unbereinigt) | Arbeitnehmerentgelt in Prozent des Volkseinkommens.

Lohnstückkosten | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Personenkonzept) bzw. je Erwerbstätigenstunde (Stundenkonzept).

Nettogütersteuern | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

Nettoinlandsprodukt | Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen.

Nettonationaleinkommen | Zu Marktpreisen: Bruttonationaleinkommen abzüglich Abschreibungen. Zu Faktorkosten: Abzüglich des Saldos aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen; wird als Volkseinkommen bezeichnet.

Nettowertschöpfung | Bruttowertschöpfung abzüglich Abschreibungen.

Nettozugang an Wertsachen | Käufe abzüglich Verkäufe von Goldbarren und nichtumlauffähigen Goldmünzen sowie Schmuck, Edelsteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten zum Zweck der Werterhaltung. Wird nur zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen veröffentlicht.

Nichterwerbspersonen | Bevölkerungsgruppe, die weder als Erwerbstätige noch als arbeitsuchende Erwerbslose aktiv am Erwerbsleben beteiligt ist und damit nicht zu den Erwerbspersonen zählt.

Pendlersaldo | Übergangssposition vom Inländerkonzept (Wohnortprinzip) zum Inlandskonzept (Arbeitsortprinzip), bei der zu den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Pendlerinnen und Pendler hinzugezählt („einpendeln“) beziehungsweise davon abgezogen werden („auspendeln“).

Private Konsumausgaben | Summe aus Konsumausgaben der privaten Haushalte und Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktions- und Importabgaben | Indirekte Steuern, die sich aus den Gütersteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern) und sonstigen Produktionsabgaben (z. B. Grundsteuer) zusammensetzen.

Produktionswert | Wert der von inländischen Wirtschaftseinheiten getätigten Verkäufe von Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus eigener Produktion an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, ohne Gütersteuern, aber zuzüglich der produzierten und noch nicht verkauften Waren sowie bei Unternehmen auch zuzüglich der selbst erstellten Anlagen. Der Produktionswert der sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen der Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, werden stattdessen durch Addition der Aufwandsposten (z. B. Arbeitnehmerentgelt, Vorleistungen, Abschreibungen) dieser Institutionen ermittelt.

Sachanlagen | Materielle Anlagegüter (im Gegensatz zu den immateriellen Anlagegütern). Dazu zählen Wohnbauten, Nichtwohnbauten, Ausrüstungen und Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Sektoren in den VGR | Gesamte Volkswirtschaft, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, übrige Welt.

Sonstige Anlagen | Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter (Computersoftware, Urheberrechte, Ausgaben für Suchbohrungen) sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Sparquote | Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach dem Ausgabenkonzept zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, in Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Staat | Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatsquote | Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt.

Subventionen | Laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Übrige Welt | Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen | Summe aus Unternehmensgewinnen – inklusive eines kalkulatorischen Unternehmerlohns – und den per Saldo von privaten Haushalten empfangenen und vom Staat geleisteten Vermögenseinkommen. Ergibt zusammen mit dem Arbeitnehmerentgelt das Volkseinkommen.

Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft | Volkseinkommen erhöht um die Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen sowie um die empfangenen laufenden Transfers aus der übrigen Welt und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers an die übrige Welt.

Verteilungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung anhand der im Wirtschaftsprozess entstandenen

Einkommen berechnet und dargestellt wird. Allerdings ist in Deutschland bisher keine eigenständige, komplette Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf diesem Wege möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur lückenhafte statistische Basisdaten vorliegen, sodass diese Größen als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet werden.

Verwendungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Ausgabenseite her berechnet und dargestellt wird. Sie zeigt, wie die Güter aus der Inlandsproduktion und den Importen verwendet werden, wobei der Vorleistungsverbrauch bereits abgezogen ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird dabei ermittelt aus den privaten Konsumausgaben, den Konsumausgaben des Staates, den Bruttoanlageinvestitionen, den Vorratsveränderungen und dem Nettozugang an Wertsachen sowie dem Außenbeitrag.

Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten) | Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländischen Haushalten letztlich zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Das Volkseinkommen ist eine häufig genutzte Größe der Verteilungsrechnung.

Vorleistungen | Wert der Güter (Waren und Dienstleistungen), die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen (in- und ausländischen) Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt haben. Die Vorleistungen umfassen neben Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, Transportkosten, Post- und Telekommunikationsgebühren, Anwaltskosten, gewerbliche Mieten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. Die Vorleistungen schließen nicht die eingesetzte Handelsware ein.

Vorratsveränderungen | Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet und anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet werden. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die durch reine Preisverschiebungen der Buchwerte während der Lagerzeit entstehen. Zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen wird der Nettozugang an Wertsachen veröffentlicht.

Wachstumsbeitrag | Rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

Wirtschaftswachstum | Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 81

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Inlandsproduktsberechnung

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.1	Inlandsproduktsberechnung – Erste Jahresergebnisse
Reihe 1.2	Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse
Reihe 1.3	Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1
Reihe 1.4	Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
Reihe 1.5	Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/11	Revision der Bauinvestitionen 1991 bis 2010
Heft 10/12	Einkommensverteilung als Baustein der Wohlfahrtsmessung
Heft 11/12	Revision der Anlagevermögensrechnung für den Zeitraum 1991 bis 2012
Heft 8/13	Revidierte Konzepte für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Heft 1/14	Bruttoinlandsprodukt 2013

■ Güterbilanz

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 2	Input-Output-Rechnung
---------	-----------------------

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 26 26

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



13 Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbstätigen erreicht 2013 mit **41,8 Millionen** im Jahresdurchschnitt **höchsten Stand** | Mit **5,3 % niedrigste Erwerbslosenquote** seit 1991, Jugendliche profitieren hiervon nicht | Anteil der **Erwerbstätigen** in der **Land-/Forstwirtschaft und Fischerei** hat sich seit 1991 **halbiert** | Rund 3/4 aller Erwerbstätigen sind im Dienstleistungsbereich tätig | Im **öffentlichen Dienst**: mehr Personal für Kindertagesbetreuung und an Hochschulen 2013

Seite

345 **Auf einen Blick**

Tabellen

346 **Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung**
Entwicklung im Zeitverlauf | Nach Ländern | Überwiegender Lebensunterhalt

349 **Erwerbstätige und Erwerbslose**
Nach Wirtschaftsabschnitten | Nach Ländern | Nach Alter | Geleistete Arbeitsstunden | Nach Erwerbsform |
Atypisch Beschäftigte | Erwerbstätigenquote | Erwerbslosenquote

356 **Personal des öffentlichen Dienstes**
Nach Arbeitgebern | Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte | Nach Besoldungs- und Entgeltgruppen |
Nach Aufgabenbereichen

358 **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**
Nach Ländern | Nach Wirtschaftszweigen | Nach ausgewählten Personengruppen | Nach Berufshaupt-
gruppen und ausgewählten Berufsgruppen

361 **Arbeitslose**
Nach ausgewählten Personengruppen | Ländern | Arbeitslosenquote | Gemeldete Arbeitsstellen

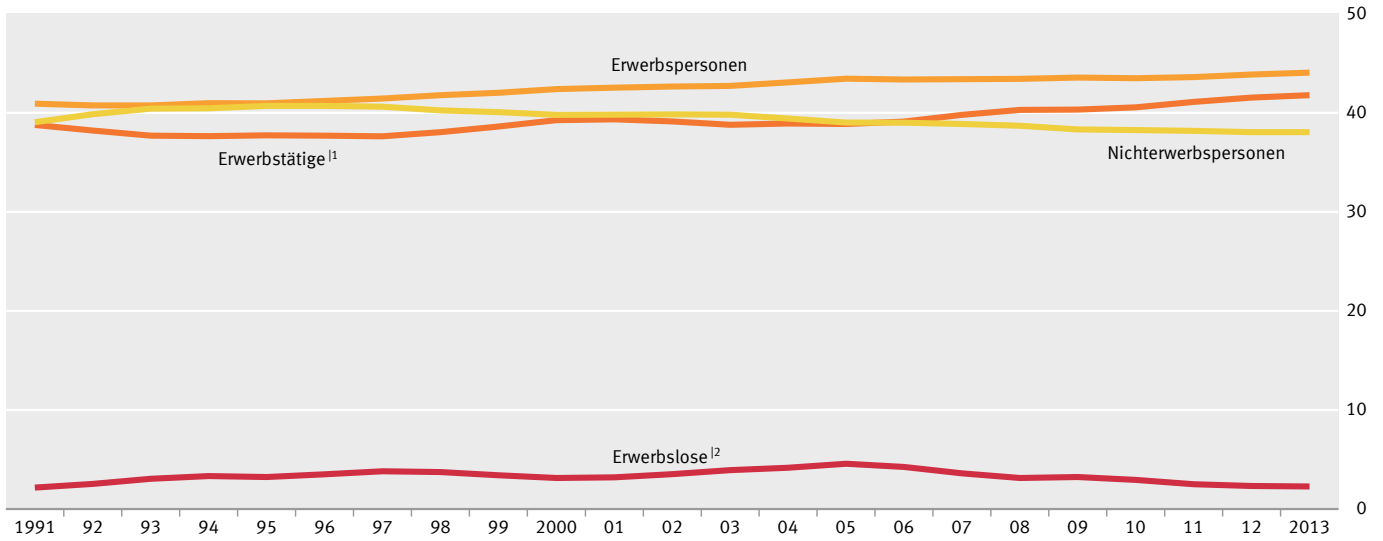
363 **Methodik**

367 **Glossar**

369 **Mehr zum Thema**

Erwerbsbeteiligung

in Mill.

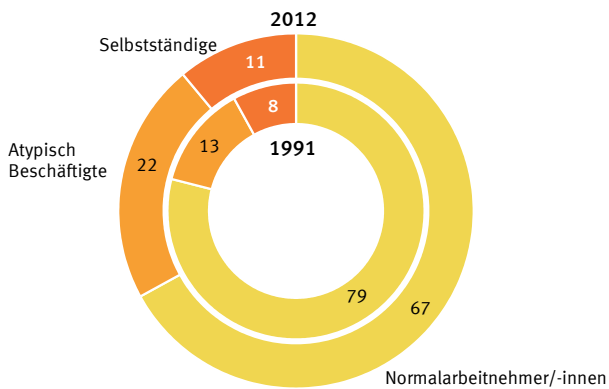


Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

- 1 Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).
- 2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung.

Erwerbstätige nach Erwerbsform

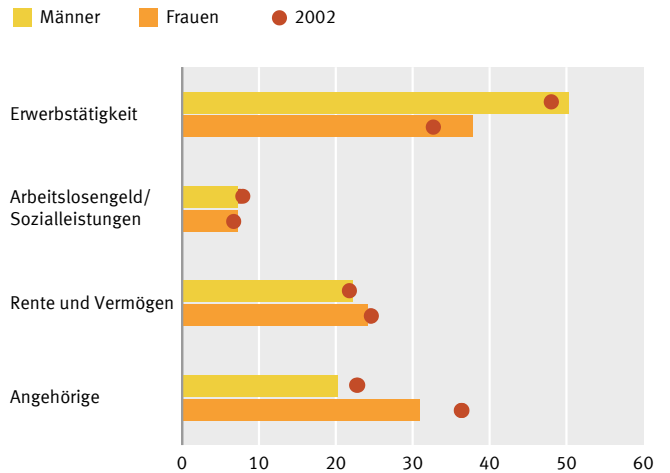
in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2012

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2014 - 01 - 0282

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

13.1.1 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

	Bevölkerung ¹	Erwerbs- personen ² ³	Davon			
			Erwerbslose ³	Erwerbstätige ¹ ²		
				zusammen	davon	
1 000				Arbeitnehmer/ -innen ¹ ²	Selbstständige ¹ ² ⁴	%
Früheres Bundesgebiet						
1970	60 651	26 798	103	26 695	83,7	16,3
1971	61 302	26 943	132	26 811	84,7	15,3
1972	61 672	27 131	177	26 954	85,3	14,7
1973	61 976	27 479	208	27 271	85,8	14,2
1974	62 054	27 358	346	27 012	86,2	13,8
1975	61 829	26 947	613	26 334	86,3	13,7
1976	61 531	26 861	634	26 227	86,9	13,1
1977	61 400	26 884	600	26 284	87,5	12,5
1978	61 327	27 109	566	26 543	87,8	12,2
1979	61 359	27 533	484	27 049	88,3	11,7
1980	61 566	27 978	483	27 495	88,5	11,5
1981	61 682	28 329	798	27 531	88,7	11,3
1982	61 638	28 634	1 302	27 332	88,7	11,3
1983	61 423	28 934	1 850	27 084	88,7	11,3
1984	61 175	29 251	1 930	27 321	88,8	11,2
1985	61 024	29 683	1 976	27 707	89,0	11,0
1986	61 066	30 044	1 807	28 237	89,1	10,9
1987	61 077	30 391	1 759	28 632	89,3	10,7
1988	61 450	30 795	1 760	29 035	89,5	10,5
1989	62 063	31 170	1 595	29 575	89,6	10,4
1990	63 254	31 829	1 423	30 406	89,8	10,2
1991	64 074	32 279	1 266	31 013	89,9	10,1
Deutschland						
1991	79 984	40 932	2 159	38 773	90,8	9,2
1992	80 594	40 740	2 534	38 206	90,5	9,5
1993	81 179	40 752	3 057	37 695	90,3	9,7
1994	81 422	40 972	3 323	37 649	90,0	10,0
1995	81 661	40 957	3 228	37 729	89,9	10,1
1996	81 896	41 198	3 505	37 693	89,7	10,3
1997	82 052	41 438	3 808	37 630	89,6	10,4
1998	82 029	41 788	3 732	38 056	89,6	10,4
1999	82 087	42 020	3 403	38 617	89,7	10,3
2000	82 188	42 394	3 137	39 257	89,8	10,2
2001	82 340	42 536	3 193	39 343	89,8	10,2
2002	82 482	42 648	3 523	39 125	89,6	10,4
2003	82 520	42 711	3 918	38 793	89,4	10,6
2004	82 501	43 075	4 160	38 915	89,1	10,9
2005	82 464	43 441	4 571	38 870	88,6	11,4
2006	82 366	43 361	4 245	39 116	88,6	11,4
2007	82 263	43 392	3 601	39 791	88,7	11,3
2008	82 120	43 433	3 136	40 297	88,9	11,1
2009	81 875	43 552	3 228	40 324	88,9	11,1
2010	81 757	43 493	2 946	40 547	89,0	11,0
2011	81 779	43 603	2 502	41 101	88,9	11,1
2012	81 917	43 861	2 316	41 545	89,1	10,9
2013	82 104	44 053	2 270	41 783	89,3	10,7

Zu den **Erwerbspersonen** zählen die Erwerbslosen und Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept).

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Zu den **Erwerbslosen** zählen Personen, die nicht erwerbstätig sind, für die Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen und aktiv danach suchen.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik auf Grundlage früherer Zählungen, Jahresdurchschnitte.

2 Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept (Wohnort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2014. Ab 2010 vorläufiges Ergebnis.

3 Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der ILO. – Angaben vor 1991 basieren auf einer Schätzung unter Einbezug verschiedener Quellen. Zwischen 1991 und 2004 geschätzte Jahresdurchschnittswerte auf Basis des Mikrozensus. Ab 2005 Jahresdurchschnittswerte aus dem unterjährig erhobenen Mikrozensus. Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

4 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

13 Arbeitsmarkt

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

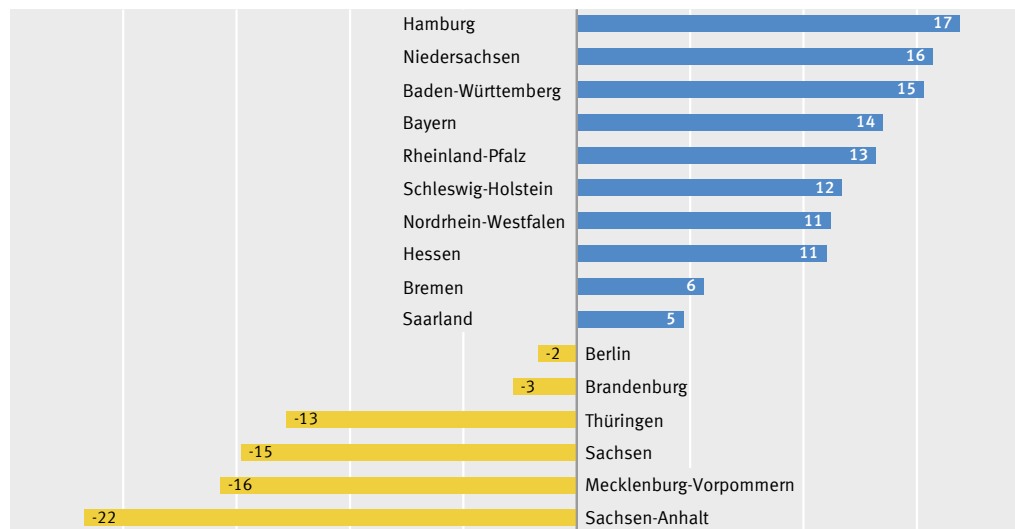
13.1.2 Erwerbsbeteiligung nach Ländern 2012

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen	Davon		Nichterwerbspersonen
			Erwerbstätige	Erwerbslose	
	1 000				
Deutschland	81 913	42 477	40 161	2 317	39 436
Baden-Württemberg	10 810	5 762	5 568	194	5 048
Bayern	12 630	6 820	6 606	214	5 809
Berlin	3 521	1 858	1 661	197	1 663
Brandenburg	2 492	1 347	1 234	112	1 146
Bremen	661	325	303	22	336
Hamburg	1 805	964	913	52	841
Hessen	6 105	3 176	3 026	150	2 928
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 631	856	764	93	774
Niedersachsen	7 917	4 020	3 820	200	3 897
Nordrhein-Westfalen	17 843	8 844	8 322	522	8 999
Rheinland-Pfalz	3 998	2 053	1 970	83	1 945
Saarland	1 014	502	469	32	512
Sachsen	4 130	2 117	1 944	174	2 012
Sachsen-Anhalt	2 302	1 196	1 082	113	1 107
Schleswig-Holstein	2 840	1 453	1 379	73	1 387
Thüringen	2 214	1 184	1 098	86	1 031

Ergebnisse des Mikrozensus. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

Erwerbstätige nach Ländern 2012

Veränderung gegenüber 1991, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2014 - 01 - 0283

13 Arbeitsmarkt
 13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung
 13.1.3 Erwerbsbeteiligung und überwiegender Lebensunterhalt 2012

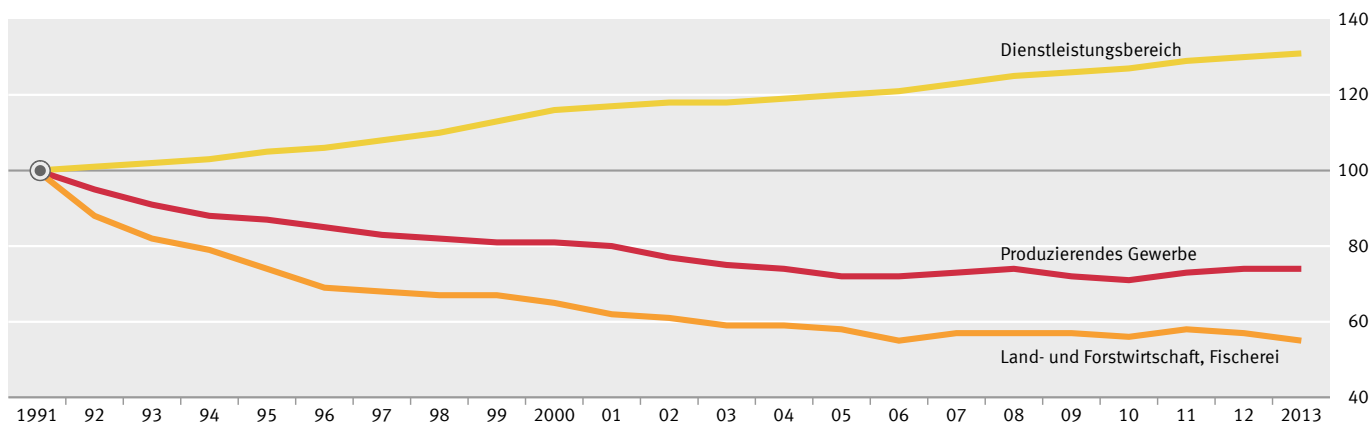
Weitere Informationen zu Arbeitslosengeld und sonstigen Sozialleistungen siehe Kapitel „Soziales“

	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbs-/Berufstätigkeit		Arbeitslosengeld I, II und sonstige Sozialleistungen ¹		Rente und Vermögen		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Bevölkerung	81 913	100	35 986	43,9	5 908	7,2	18 996	23,2	21 023	25,7
Männer	40 230	100	20 234	50,3	2 911	7,2	8 942	22,2	8 143	20,2
Frauen	41 683	100	15 752	37,8	2 998	7,2	10 055	24,1	12 879	30,9
Erwerbspersonen	42 477	100	35 941	84,6	2 812	6,6	1 052	2,5	2 672	6,3
Männer	22 970	100	20 214	88,0	1 501	6,5	590	2,6	666	2,9
Frauen	19 507	100	15 728	80,6	1 311	6,7	462	2,4	2 006	10,3
davon:										
Erwerbstätige	40 161	100	35 923	89,4	1 066	2,7	980	2,4	2 191	5,5
Männer	21 670	100	20 202	93,2	458	2,1	549	2,5	461	2,1
Frauen	18 490	100	15 721	85,0	608	3,3	431	2,3	1 730	9,4
Erwerbslose	2 317	100	X	X	1 746	75,4	72	3,1	481	20,8
Männer	1 300	100	X	X	1 043	80,2	42	3,2	204	15,7
Frauen	1 016	100	X	X	703	69,1	31	3,0	276	27,2
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	8 558	100	7 208	84,2	978	11,4	194	2,3	177	2,1
Männer	4 564	100	3 885	85,1	507	11,1	103	2,3	68	1,5
Frauen	3 994	100	3 323	83,2	470	11,8	91	2,3	109	2,7
Nichterwerbspersonen	39 436	100	X	X	3 097	7,9	17 945	45,5	18 350	46,5
Männer	17 259	100	X	X	1 410	8,2	8 351	48,4	7 478	43,3
Frauen	22 177	100	X	X	1 687	7,6	9 593	43,3	10 873	49,0
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	7 733	100	X	X	807	10,4	4 387	56,7	2 533	32,8
Männer	3 451	100	X	X	375	10,9	1 854	53,7	1 220	35,4
Frauen	4 282	100	X	X	433	10,1	2 533	59,2	1 313	30,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

1 Sonstige Sozialleistungen sind u. a. Sozialgeld, Sozialhilfe, Elterngeld/Erziehungsgeld, Pflegeversicherung, BAföG.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
 1991 = 100



Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

2014 - 01 - 0284

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.1 Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010 ¹²	2013 ¹²	Veränderung 2013 gegenüber 1991
		Durchschnitt in 1 000						
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	38 712	37 802	39 382	38 976	40 587	41 847	8,1
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 167	864	754	676	655	645	- 44,7
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 969	12 202	11 302	10 071	9 962	10 333	- 26,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	317	195	130	92	76
C	Verarbeitendes Gewerbe	10 088	8 042	7 741	7 167	7 029	7 296	- 27,7
D	Energieversorgung	382	337	267	250	254
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	233	252	244	232	232
F	Baugewerbe	2 949	3 376	2 920	2 330	2 371	2 478	- 16,0
G-T	Dienstleistungsbereiche	23 576	24 736	27 326	28 229	29 970	30 869	30,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 532	5 614	5 928	5 719	5 732	5 796	4,8
H	Verkehr und Lagerei	2 116	1 897	1 883	1 889	1 967	2 039	- 3,6
I	Gastgewerbe	1 011	1 122	1 369	1 512	1 676	1 754	73,5
J	Information und Kommunikation	1 047	1 034	1 167	1 236	1 198	1 245	18,9
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 208	1 263	1 284	1 257	1 210	1 190	- 1,5
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	243	317	425	436	442	450	85,2
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 213	1 464	1 903	2 126	2 410
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 254	1 388	1 932	2 191	2 747
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 132	3 037	2 925	2 763	2 737
P	Erziehung und Unterricht	1 870	2 018	2 175	2 307	2 502
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 721	3 131	3 568	3 889	4 320
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	390	431	529	587	632
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 222	1 302	1 415	1 481	1 515
T	Häusliche Dienste	617	718	823	836	882
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	35 148	33 996	35 387	34 559	36 111	37 378	6,3
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	501	338	326	300	312	337	- 32,7
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 386	11 529	10 595	9 319	9 224	9 564	- 28,6
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	313	191	127	91	75
C	Verarbeitendes Gewerbe	9 783	7 726	7 453	6 871	6 762	7 033	- 28,1
D	Energieversorgung	382	337	267	250	254
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	229	247	239	226	225
F	Baugewerbe	2 679	3 028	2 509	1 881	1 908	1 981	- 26,1
G-T	Dienstleistungsbereiche	21 261	22 129	24 466	24 940	26 575	27 477	29,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 847	4 875	5 205	4 979	5 058	5 136	6,0
H	Verkehr und Lagerei	2 010	1 777	1 748	1 757	1 845	1 923	- 4,3
I	Gastgewerbe	721	817	1 063	1 219	1 374	1 468	103,6
J	Information und Kommunikation	987	948	1 047	1 056	1 015	1 069	8,3
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 100	1 147	1 150	1 098	1 057	1 046	- 4,9
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	205	272	371	385	375	387	88,8
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	979	1 165	1 536	1 635	1 823
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 059	1 196	1 736	1 973	2 496
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 132	3 037	2 925	2 763	2 737
P	Erziehung und Unterricht	1 803	1 933	2 065	2 153	2 338
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 504	2 858	3 239	3 479	3 884
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	314	334	406	434	451
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	983	1 052	1 152	1 173	1 240
T	Häusliche Dienste	617	718	823	836	882

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2014.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.2 Geleistete Arbeitsstunden im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010 ¹²	2013 ¹²	Veränderung 2013 gegenüber 1991
		Durchschnitt in Mill. Stunden						
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	60 082	57 781	57 922	55 775	57 004	58 052	- 3,4
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 279	1 829	1 502	1 236	1 158	1 100	- 51,7
B-F	Produzierendes Gewerbe	21 533	19 160	17 313	15 235	14 892	15 408	- 28,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	457	306	224	160	121
C	Verarbeitendes Gewerbe	15 144	12 335	11 518	10 543	10 074	10 486	- 30,8
D	Energieversorgung	599	529	407	375	375
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	361	397	360	343	355
F	Baugewerbe	4 972	5 595	4 804	3 815	3 967	4 101	- 17,5
G-T	Dienstleistungsbereiche	36 270	36 792	39 107	39 304	40 953	41 543	14,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	8 535	8 450	8 544	8 045	7 959	7 949	- 6,9
H	Verkehr und Lagerei	3 523	3 092	2 937	2 834	2 904	2 970	- 15,7
I	Gastgewerbe	1 765	1 998	2 225	2 206	2 322	2 353	33,3
J	Information und Kommunikation	1 562	1 534	1 697	1 804	1 807	1 838	17,7
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	2 059	2 026	2 061	1 973	1 846	1 797	- 12,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	383	450	542	523	550	545	42,3
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 961	2 308	2 871	3 186	3 673
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 971	2 098	2 654	2 837	3 486
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 670	4 478	4 317	4 056	3 893
P	Erziehung und Unterricht	2 656	2 795	2 936	3 063	3 225
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 164	4 520	4 993	5 383	5 856
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	635	683	800	840	921
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 954	1 920	2 033	2 065	2 017
T	Häusliche Dienste	431	440	498	488	492
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	51 768	48 879	48 650	46 325	47 713	49 059	- 5,2
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	698	526	486	425	441	475	- 31,9
B-F	Produzierendes Gewerbe	20 195	17 617	15 644	13 557	13 241	13 726	- 32,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	447	296	204	146	118
C	Verarbeitendes Gewerbe	14 451	11 610	10 848	9 893	9 480	9 915	- 31,4
D	Energieversorgung	599	529	407	375	375
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	348	384	347	329	340
F	Baugewerbe	4 349	4 797	3 840	2 814	2 928	3 008	- 30,8
G-T	Dienstleistungsbereiche	30 875	30 736	32 519	32 343	34 031	34 858	12,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	6 938	6 723	6 814	6 384	6 471	6 540	- 5,7
H	Verkehr und Lagerei	3 262	2 793	2 602	2 526	2 623	2 708	- 17,0
I	Gastgewerbe	1 129	1 164	1 367	1 455	1 574	1 663	47,3
J	Information und Kommunikation	1 421	1 345	1 435	1 435	1 427	1 491	4,9
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 806	1 747	1 748	1 615	1 507	1 487	- 17,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	298	348	420	420	417	425	42,6
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 418	1 632	2 045	2 159	2 474
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 467	1 611	2 165	2 340	2 983
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 670	4 478	4 317	4 056	3 893
P	Erziehung und Unterricht	2 495	2 651	2 763	2 847	3 005
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 656	3 915	4 297	4 570	5 022
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	465	481	539	549	588
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 420	1 406	1 509	1 499	1 556
T	Häusliche Dienste	431	440	498	488	492

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2014.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.3 Erwerbstätige im Inland und geleistete Arbeitsstunden nach Ländern 2013

	Erwerbstätige				Geleistete Arbeitsstunden			
	insgesamt	Wirtschaftsbereich			insgesamt	Wirtschaftsbereich		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich
	Durchschnitt in 1 000	%			Durchschnitt in Mill. Stunden	%		
Erwerbstätige								
Deutschland	41 841,0	1,5	24,7	73,8	58 071,8	1,9	26,5	71,6
Baden-Württemberg	5 863,0	1,3	31,3	67,5	8 060,1	1,6	33,3	65,1
Bayern	7 018,4	2,0	27,7	70,3	9 739,7	2,7	29,4	68,0
Berlin	1 787,9	0,0	12,2	87,7	2 579,3	0,0	13,2	86,8
Brandenburg	1 070,5	2,9	22,9	74,2	1 580,9	3,2	24,7	72,1
Bremen	417,0	0,1	19,1	80,8	568,1	0,1	20,5	79,4
Hamburg	1 178,7	0,2	12,6	87,2	1 684,3	0,2	13,3	86,5
Hessen	3 246,1	0,9	21,7	77,4	4 511,0	1,1	23,3	75,5
Mecklenburg-Vorpommern	718,8	3,2	19,4	77,4	1 059,0	3,6	20,8	75,6
Niedersachsen	3 846,9	2,7	24,1	73,3	5 275,6	3,3	26,3	70,4
Nordrhein-Westfalen	8 929,2	0,9	23,3	75,8	12 021,0	1,0	25,4	73,5
Rheinland-Pfalz	1 923,8	2,2	26,1	71,7	2 592,5	2,7	28,4	68,9
Saarland	510,0	0,5	28,0	71,5	687,0	0,6	30,0	69,4
Sachsen	1 988,1	1,5	26,9	71,6	2 895,2	1,7	28,9	69,5
Sachsen-Anhalt	998,9	2,2	26,4	71,5	1 469,1	2,4	28,4	69,2
Schleswig-Holstein	1 313,5	2,8	19,8	77,4	1 814,8	3,5	21,9	74,7
Thüringen	1 030,1	2,3	30,1	67,6	1 534,4	2,6	31,9	65,5
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	34 246,7	1,5	25,2	73,3	46 954,1	1,9	27,1	71,0
Neue Länder einschl. Berlin	7 594,3	1,7	22,6	75,7	11 117,8	1,9	24,2	73,9
darunter Arbeitnehmer/-innen								
Deutschland	37 358,0	0,9	25,6	73,5	49 046,6	1,0	28,0	71,1
Baden-Württemberg	5 273,0	0,6	32,7	66,7	6 875,0	0,6	35,5	63,9
Bayern	6 190,9	0,6	29,1	70,3	8 062,6	0,6	31,6	67,8
Berlin	1 544,1	0,0	12,5	87,5	2 105,3	0,0	13,5	86,5
Brandenburg	935,8	2,9	22,7	74,4	1 305,8	3,2	24,4	72,4
Bremen	381,4	0,1	20,1	79,8	498,1	0,1	22,0	77,9
Hamburg	1 052,1	0,1	13,2	86,7	1 434,8	0,1	14,0	85,9
Hessen	2 903,3	0,5	22,3	77,2	3 823,1	0,5	24,2	75,3
Mecklenburg-Vorpommern	645,2	3,0	19,4	77,6	907,5	3,4	20,8	75,8
Niedersachsen	3 445,5	1,5	25,3	73,2	4 468,2	1,6	28,3	70,1
Nordrhein-Westfalen	8 067,2	0,6	24,1	75,3	10 292,1	0,6	26,8	72,6
Rheinland-Pfalz	1 716,9	1,3	27,3	71,4	2 172,8	1,3	30,4	68,3
Saarland	467,2	0,3	29,1	70,6	600,9	0,3	31,8	68,0
Sachsen	1 759,2	1,4	26,9	71,7	2 428,2	1,6	28,9	69,5
Sachsen-Anhalt	907,1	2,0	26,2	71,7	1 279,9	2,3	28,3	69,4
Schleswig-Holstein	1 153,5	1,5	20,3	78,2	1 492,4	1,7	22,7	75,6
Thüringen	915,6	2,0	30,5	67,5	1 299,8	2,3	32,4	65,3
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	30 651,0	0,7	26,2	73,0	39 720,1	0,8	28,8	70,5
Neue Länder einschl. Berlin	6 707,0	1,6	22,7	75,7	9 326,6	1,8	24,4	73,7

Jahresdurchschnitt 2013; Stand: Februar 2014. – Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose
13.2.4 Erwerbstätige nach Erwerbsform

	Insgesamt			Selbstständige		Abhängig Beschäftigte				
	1 000	zusammen	darunter ohne Beschäftigte	1 000	zusammen	davon				
						Normalarbeitnehmer/-innen	atypisch Beschäftigte			
							zu-sammen ¹	darunter ²		
		%			befristet	Teilzeit	geringfügig	Zeitarbeit		
2000	33 530	3 418	49,6	29 862	23 850	6 012	2 265	3 944	1 749	-
Männer	18 862	2 465	46,2	16 354	14 785	1 569	1 201	390	254	-
Frauen	14 667	952	58,6	13 507	9 065	4 442	1 063	3 554	1 495	-
2005	33 116	3 795	55,6	28 992	22 138	6 854	2 498	4 673	2 416	-
Männer	18 159	2 641	51,7	15 463	13 615	1 848	1 327	591	448	-
Frauen	14 956	1 154	64,4	13 529	8 523	5 006	1 171	4 082	1 968	-
2006	33 879	3 832	55,5	29 747	22 173	7 574	2 725	4 861	2 661	563
Männer	18 515	2 650	51,5	15 815	13 560	2 255	1 444	646	569	376
Frauen	15 364	1 181	64,7	13 932	8 613	5 319	1 281	4 216	2 092	187
2007	34 480	3 838	55,0	30 338	22 554	7 785	2 752	4 946	2 766	616
Männer	18 822	2 643	50,3	16 133	13 806	2 327	1 435	654	592	410
Frauen	15 657	1 196	65,5	14 205	8 747	5 458	1 317	4 292	2 174	206
2008	34 910	3 820	55,1	30 825	22 981	7 845	2 827	4 920	2 578	636
Männer	19 008	2 622	50,3	16 345	13 985	2 360	1 442	650	569	440
Frauen	15 902	1 198	65,4	14 481	8 996	5 485	1 385	4 270	2 009	196
2009	34 802	3 877	55,1	30 755	23 057	7 699	2 734	4 915	2 574	560
Männer	18 783	2 659	50,6	16 098	13 869	2 229	1 340	651	590	375
Frauen	16 020	1 218	64,9	14 658	9 188	5 469	1 394	4 264	1 984	185
2010	35 145	3 917	55,4	31 076	23 131	7 945	2 858	4 942	2 517	743
Männer	18 918	2 669	50,8	16 223	13 821	2 402	1 411	670	575	504
Frauen	16 227	1 248	65,1	14 853	9 309	5 543	1 447	4 272	1 942	238
2011	35 935	4 018	56,1	31 765	23 728	8 037	2 905	5 044	2 672	778
Männer	19 318	2 732	51,3	16 559	14 125	2 434	1 442	711	595	520
Frauen	16 617	1 286	66,3	15 206	9 603	5 604	1 463	4 332	2 078	258
2012 ³	36 276	4 013	56,0	32 124	24 232	7 891	2 735	5 017	2 548	745
Männer	19 514	2 735	51,2	16 751	14 346	2 405	1 374	726	571	515
Frauen	16 762	1 278	66,4	15 372	9 886	5 486	1 362	4 291	1 977	230

Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer sind Personen mit einem Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird und die direkt in dem Unternehmen arbeiten, mit dem ein Arbeitsvertrag besteht.

Atypisch Beschäftigte sind Personen, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, d. h. Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige oder befristete Beschäftigung oder ein Zeitarbeitsverhältnis.

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne Wehr-/Zivil- oder Freiwilligendienstleistende. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswuche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

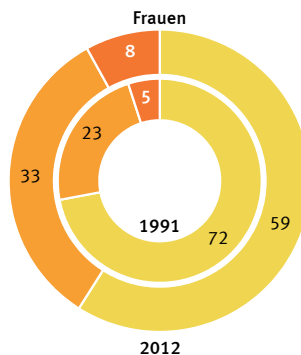
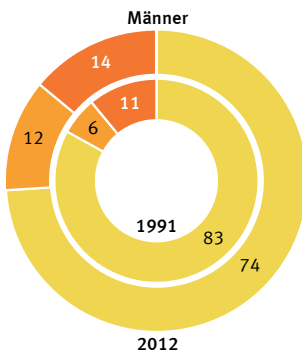
1 Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen.

2 Überschneidungen möglich.

3 Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne freiwillig Wehrdienstleistende und Freiwilligendienstleistende. Zeitreihenvergleiche nur eingeschränkt möglich.

Erwerbstätige nach Erwerbsform und Geschlecht in %

■ Normalarbeitnehmer/-innen ■ Atypisch Beschäftigte ■ Selbstständige



Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2014 - 01 - 0285

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.5 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2012		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	36 604	20 680	15 924	36 566	20 135	16 432	38 938	21 048	17 891	40 161	21 670	18 490
dar. 15 – 65	36 231	20 439	15 793	36 047	19 806	16 240	38 270	20 637	17 633	39 334	21 149	18 185
15 – 20	1 381	799	582	1 266	728	537	1 162	664	499	1 065	595	470
20 – 25	2 946	1 602	1 344	2 916	1 545	1 371	3 127	1 643	1 484	3 125	1 654	1 471
25 – 30	3 601	1 963	1 638	3 348	1 808	1 541	3 743	1 975	1 768	3 868	2 043	1 825
30 – 35	5 170	2 932	2 238	3 854	2 192	1 661	3 841	2 111	1 730	4 100	2 238	1 862
35 – 40	5 539	3 159	2 380	5 288	2 959	2 330	4 181	2 286	1 895	3 953	2 158	1 795
40 – 45	5 047	2 769	2 279	5 835	3 174	2 662	5 804	3 131	2 674	5 387	2 892	2 495
45 – 50	4 593	2 497	2 095	4 896	2 595	2 301	5 746	3 060	2 686	5 958	3 167	2 791
50 – 55	3 663	2 074	1 589	4 202	2 222	1 980	4 908	2 568	2 341	5 324	2 828	2 495
55 – 60	3 105	1 826	1 280	3 039	1 707	1 332	3 904	2 106	1 798	4 205	2 221	1 983
60 – 65	1 186	818	368	1 402	877	526	1 854	1 094	759	2 351	1 352	999
65 und mehr	372	241	131	520	328	191	668	411	258	826	521	305
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	29 140	16 593	12 547	29 380	16 310	13 070	31 221	16 952	14 269	32 377	17 531	14 846
Neue Länder einschl. Berlin ..	7 463	4 087	3 377	7 187	3 825	3 362	7 718	4 095	3 622	7 783	4 139	3 644
%												
Insgesamt	52,6	61,5	44,3	51,5	58,4	45,0	54,8	60,9	49,1	56,2	62,2	50,6
dar. 15 – 65	65,4	72,8	57,7	65,4	71,2	59,5	71,0	75,9	66,0	72,6	77,4	67,8
15 – 20	29,7	33,4	25,7	25,7	28,6	22,7	27,3	30,0	24,3	25,8	28,0	23,5
20 – 25	66,1	69,4	62,6	59,3	61,2	57,4	63,6	65,4	61,8	63,9	65,5	62,2
25 – 30	75,6	81,0	70,1	69,7	74,0	65,2	75,4	78,5	72,3	77,4	80,5	74,1
30 – 35	80,1	89,3	70,5	75,7	84,6	66,4	79,8	86,8	72,6	82,1	88,5	75,5
35 – 40	81,2	90,0	71,8	79,3	87,2	71,2	81,7	88,6	74,8	83,3	90,1	76,5
40 – 45	81,8	89,1	74,5	80,9	86,5	75,1	84,7	89,6	79,6	85,9	90,7	81,0
45 – 50	80,3	87,6	73,1	79,8	84,7	74,8	84,0	88,1	79,6	85,6	89,5	81,4
50 – 55	74,1	83,4	64,6	75,2	80,8	69,7	80,2	84,5	76,0	82,3	86,7	77,8
55 – 60	56,5	66,0	46,8	63,3	71,3	55,3	71,3	77,7	65,0	74,6	80,3	69,2
60 – 65	19,9	27,8	12,2	28,1	35,8	20,7	40,8	48,9	32,9	46,4	54,5	38,5
65 und mehr	2,6	4,3	1,5	3,3	5,0	2,1	3,9	5,6	2,6	4,8	6,9	3,1
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	53,4	63,0	44,5	52,5	60,1	45,3	55,3	61,7	49,2	56,8	63,1	50,9
Neue Länder einschl. Berlin ..	49,6	56,3	43,4	47,8	52,2	43,7	53,0	57,6	48,7	53,9	58,5	49,4

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.6 Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2012		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	3 127	1 691	1 435	4 583	2 574	2 009	2 948	1 698	1 250	2 317	1 300	1 016
dar. 15 – 65	3 124	1 689	1 434	4 578	2 572	2 007	2 944	1 695	1 249	2 309	1 297	1 013
15 – 20	111	60	52	218	120	98	139	78	61	107	60	47
20 – 25	274	167	106	529	316	213	322	191	130	263	156	107
25 – 30	266	157	109	479	285	194	343	211	132	270	156	114
30 – 35	364	188	175	458	262	196	307	178	129	239	139	100
35 – 40	408	210	199	547	304	243	304	176	128	224	122	102
40 – 45	371	195	176	628	333	295	353	200	154	250	135	115
45 – 50	365	188	177	544	296	247	363	198	165	272	144	128
50 – 55	344	173	171	527	284	243	334	184	149	271	146	124
55 – 60	524	276	247	475	254	221	324	181	143	250	137	113
60 – 65	97	75	22	173	117	57	156	99	57	163	100	62
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	1 702	977	724	2 900	1 646	1 254	1 977	1 144	832	1 542	875	667
Neue Länder einschl. Berlin ..	1 425	714	711	1 683	929	754	972	554	418	774	425	350
%												
Insgesamt	7,9	7,6	8,3	11,1	11,3	10,9	7,0	7,5	6,5	5,5	5,7	5,2
dar. 15 – 65	7,9	7,6	8,3	11,3	11,5	11,0	7,1	7,6	6,6	5,5	5,8	5,3
15 – 20	7,4	6,9	8,1	14,7	14,2	15,4	10,7	10,5	10,9	9,1	9,2	9,1
20 – 25	8,5	9,5	7,3	15,4	17,0	13,4	9,3	10,4	8,1	7,8	8,6	6,8
25 – 30	6,9	7,4	6,2	12,5	13,6	11,2	8,4	9,7	6,9	6,5	7,1	5,9
30 – 35	6,6	6,0	7,3	10,6	10,7	10,6	7,4	7,8	7,0	5,5	5,8	5,1
35 – 40	6,9	6,2	7,7	9,4	9,3	9,5	6,8	7,2	6,3	5,4	5,4	5,4
40 – 45	6,8	6,6	7,2	9,7	9,5	10,0	5,7	6,0	5,4	4,4	4,5	4,4
45 – 50	7,4	7,0	7,8	10,0	10,3	9,7	5,9	6,1	5,8	4,4	4,4	4,4
50 – 55	8,6	7,7	9,7	11,1	11,3	10,9	6,4	6,7	6,0	4,8	4,9	4,8
55 – 60	14,4	13,1	16,2	13,5	13,0	14,2	7,7	7,9	7,4	5,6	5,8	5,4
60 – 65	7,5	8,4	5,6	11,0	11,7	9,7	7,8	8,3	7,0	6,5	6,9	5,9
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	0,9	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	5,5	5,6	5,5	9,0	9,2	8,8	6,0	6,3	5,5	4,5	4,8	4,3
Neue Länder einschl. Berlin ..	16,0	14,9	17,4	19,0	19,5	18,3	11,2	11,9	10,3	9,0	9,3	8,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren. – Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.7 Entwicklung der Erwerbslosen und Erwerbslosenquoten

	Erwerbslose			Erwerbslosenquoten ¹		
	und zwar im Alter von ... bis ... Jahre			und zwar von Personen im Alter von ... bis ... Jahre		
	15 – 74	15 – 24	25 – 74	15 – 74	15 – 24	25 – 74
	1 000			%		
1991	2 173	347	1 827	5,5	5,8	5,5
Männer	1 011	171	840	4,5	5,4	4,3
Frauen	1 163	176	987	7,0	6,2	7,1
1995	3 234	413	2 821	8,3	8,9	8,2
Männer	1 603	231	1 372	7,2	9,3	6,9
Frauen	1 631	182	1 449	9,7	8,5	9,9
2000	3 178	399	2 779	8,0	8,7	7,9
Männer	1 720	241	1 479	7,7	9,8	7,5
Frauen	1 458	157	1 300	8,4	7,5	8,5
2005	4 653	753	3 900	11,3	15,6	10,7
Männer	2 620	440	2 180	11,6	16,9	10,9
Frauen	2 033	313	1 720	11,0	14,1	10,5
2010	2 946	460	2 486	7,1	9,9	6,7
Männer	1 696	268	1 428	7,5	10,9	7,1
Frauen	1 250	191	1 058	6,6	8,8	6,3
2011	2 501	407	2 094	5,9	8,6	5,6
Männer	1 407	235	1 172	6,2	9,3	5,8
Frauen	1 095	172	922	5,6	7,8	5,4
2012	2 316	370	1 946	5,5	8,1	5,2
Männer	1 299	216	1 083	5,7	8,8	5,3
Frauen	1 017	154	864	5,2	7,3	5,0
2013 ²	2 270	356	1 914	5,3	7,9	5,0
Männer	1 294	207	1 086	5,6	8,6	5,3
Frauen	976	149	827	5,0	7,1	4,7

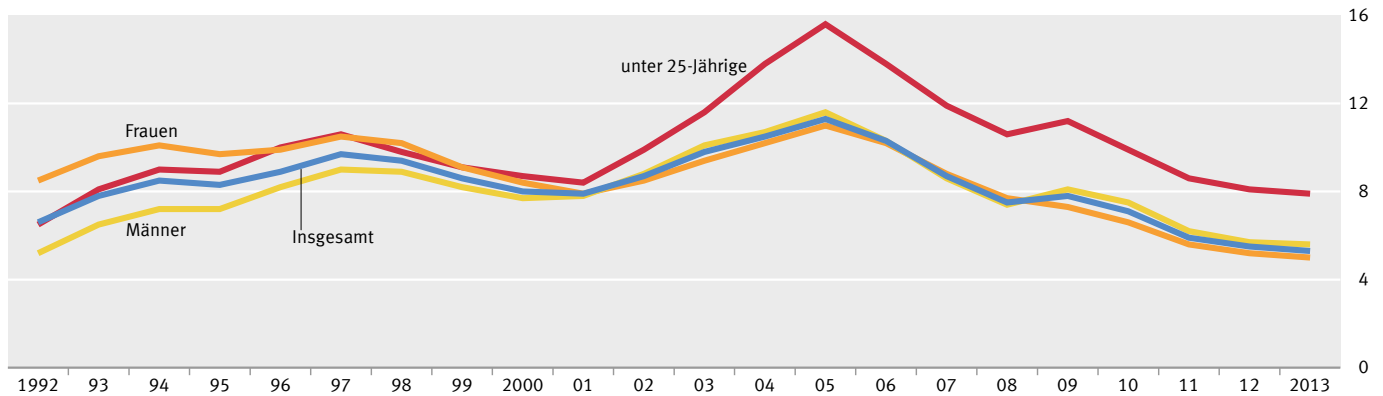
Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen nach europäischer Abgrenzung (Personen in Privathaushalten).

2 Vorläufiges Ergebnis.

Erwerbslosenquoten nach Personenkreisen

in %



Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

2014 - 01 - 0286

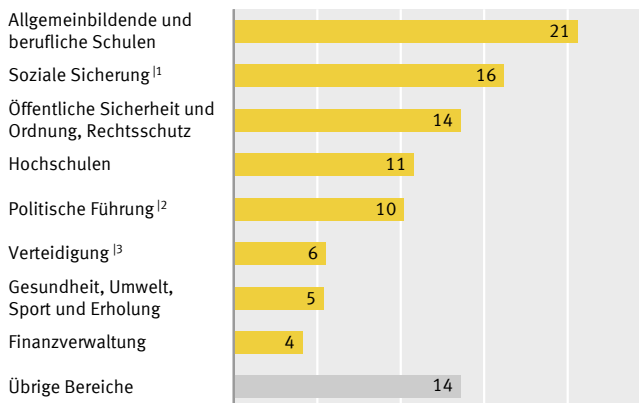
13.3 Personal des öffentlichen Dienstes
13.3.1 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

	Insgesamt	Davon			
		Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung ¹
	1 000				
Insgesamt					
2000	4 908,9	597,7	2 390,7	1 572,0	348,6
2005	4 599,4	560,9	2 298,1	1 373,0	367,4
2010	4 586,1	530,3	2 317,8	1 355,2	382,8
2013	4 635,2	503,9	2 353,7	1 406,4	371,3
Vollzeitbeschäftigte					
2000	3 697,0	555,2	1 804,8	1 066,0	271,1
2005	3 237,7	496,0	1 610,4	871,5	259,9
2010	3 106,7	461,2	1 567,5	819,6	258,4
2013	3 143,6	442,0	1 598,1	856,3	247,2
Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	1 153,6	33,1	564,1	485,6	70,8
2005	1 135,3	34,9	575,5	439,6	85,3
2010	1 189,5	38,5	609,8	444,8	96,3
2013	1 309,1	42,9	667,3	493,0	105,9
Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	58,2	9,4	21,7	20,5	6,6
2005	226,4	30,0	112,2	61,9	22,2
2010	290,0	30,6	140,5	90,9	28,1
2013	182,6	19,1	88,2	57,0	18,2

Ergebnisse der Personalstandstatistik. – Stichtag 30.6.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2013
in %



Ergebnisse der Personalstandstatistik.

- 1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.
- 2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.
- 3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne freiwillig Wehrdienstleistende.

2014 - 01 - 0287

13.3.2 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Besoldungs- und Entgeltgruppen am 30.6.2013

Einstufungen	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 635,2	100	503,9	100	2 353,7	100	1 406,4	100	371,3	100
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen	1 868,6	40,3	354,5	70,3	1 293,8	55,0	186,5	13,3	33,9	9,1
Besoldungsordnung B	11,0	0,2	3,1	0,6	4,2	0,2	3,6	0,3	0,1	0,0
Besoldungsordnung R	28,0	0,6	0,5	0,1	27,5	1,2	-	-	-	-
Besoldungsordnung C, W	36,7	0,8	0,3	0,1	36,4	1,5	-	-	0,0	0,0
Besoldungsordnung A	1 690,2	36,5	345,4	68,5	1 135,4	48,2	176,2	12,5	33,2	8,9
davon:										
A16 – A13	529,6	11,4	41,8	8,3	448,5	19,1	34,4	2,4	4,9	1,3
A12 – A9	819,4	17,7	115,7	23,0	573,2	24,4	103,4	7,4	27,2	7,3
A8 – A5	320,7	6,9	169,0	33,5	112,2	4,8	38,4	2,7	1,1	0,3
A4 – A2	20,4	0,4	18,9	3,8	1,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
In Ausbildung	102,7	2,2	5,2	1,0	90,2	3,8	6,7	0,5	0,5	0,1
Arbeitnehmer/-innen	2 766,6	59,7	149,4	29,7	1 059,9	45,0	1 219,9	86,7	337,4	90,9
E15Ü – E13 TVöD/TV-L ¹²	328,2	7,1	11,0	2,2	264,1	11,2	40,4	2,9	12,7	3,4
E12 – E9 TVöD/TV-L	758,1	16,4	29,4	5,8	299,7	12,7	289,7	20,6	139,3	37,5
E8 – E5 TVöD/TV-L	1 158,0	25,0	75,3	14,9	351,4	14,9	608,0	43,2	123,3	33,2
E4 – E1 TVöD/TV-L	300,1	6,5	20,4	4,0	60,2	2,6	207,4	14,8	12,1	3,3
Sonstige ¹³	123,8	2,7	5,4	1,1	44,3	1,9	35,8	2,5	38,3	10,3
In Ausbildung	98,4	2,1	8,1	1,6	40,2	1,7	38,5	2,7	11,7	3,1

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

- 1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.
- 2 Einschl. außertarifliche Angestellte.
- 3 Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD/TV-L zugeordnet wurden und einzelvertragliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Dienstordnungsangestellte (Angestellte in der Sozialversicherung, die aufgrund einer Dienstordnung ein Gehalt nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten).

Bei Beamtinnen und Beamten ist das Grundgehalt der Hauptbestandteil der Dienstbezüge. Es bestimmt sich nach der **Besoldungsgruppe** des verliehenen Amtes. Die Besoldungsordnungen A und B regeln die Besoldung für den Beamten- und Soldatenbereich, die Besoldungsordnungen W und C die der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Die Besoldungsordnung R regelt die Besoldung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruht überwiegend auf den **Entgeltgruppen** (E1 bis E15 Ü) des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) und des Tarifvertrags der Länder (TV-L).

13.3 Personal des öffentlichen Dienstes

13.3.3 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2013

Aufgabenbereich (Haushaltssystematik 2012)	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 635,2	100	503,9	100	2 353,7	100	1 406,4	100	371,3	100
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	474,1	10,2	42,5	8,4	131,4	5,6	300,2	21,3	–	–
Verteidigung	252,8	5,5	252,8	50,2	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	451,7	9,7	48,8	9,7	281,3	12,0	121,6	8,6	–	–
dar. Polizei	310,7	6,7	44,5	8,8	266,3	11,3	–	–	–	–
Rechtsschutz	178,9	3,9	4,8	1,0	174,1	7,4	–	–	–	–
Finanzverwaltung	188,9	4,1	42,8	8,5	145,6	6,2	0,6	–	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1 602,9	34,6	16,1	3,2	1 406,7	59,8	180,1	12,8	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	956,9	20,6	–	–	849,3	36,1	107,6	7,6	–	–
Hochschulen	502,4	10,8	0,4	0,1	502,0	21,3	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	749,7	16,2	3,9	0,8	30,6	1,3	344,0	24,5	371,3	100
dar. Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII	188,5	4,1	–	–	8,0	0,3	180,5	12,8	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	249,4	5,4	7,7	1,5	51,7	2,2	190,1	13,5	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	139,7	3,0	–	–	24,7	1,0	115,1	8,2	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	133,6	2,9	–	–	16,4	0,7	117,3	8,3	–	–
Sonstiges	353,1	7,6	84,5	16,8	116,1	4,9	152,5	10,8	–	–
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	147,1	7,9	21,4	6,0	58,5	4,5	67,2	36,0	–	–
Verteidigung	195,9	10,5	195,9	55,3	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	325,7	17,4	38,9	11,0	238,6	18,4	48,2	25,8	–	–
dar. Polizei	265,4	14,2	36,7	10,3	228,7	17,7	–	–	–	–
Rechtsschutz	116,8	6,3	2,7	0,8	114,1	8,8	–	–	–	–
Finanzverwaltung	155,8	8,3	36,3	10,2	119,5	9,2	–	–	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	736,9	39,4	3,4	1,0	720,0	55,7	13,4	7,2	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	655,7	35,1	–	–	645,4	49,9	10,3	5,5	–	–
Hochschulen	57,2	3,1	0,3	0,1	56,9	4,4	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	73,5	3,9	1,2	0,3	7,3	0,6	31,1	16,7	33,9	100
dar. Kindertagesbetreuung	1,4	0,1	–	–	0,1	–	1,3	0,7	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	16,0	0,9	1,6	0,4	8,1	0,6	6,3	3,4	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	1,4	0,1	–	–	0,3	–	1,1	0,6	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	19,3	1,0	–	–	7,0	0,5	12,3	6,6	–	–
Sonstiges	81,7	4,4	53,0	14,9	20,7	1,6	8,0	4,3	–	–
Zusammen	1 868,6	100	354,5	100	1 293,8	100	186,5	100	33,9	100
Arbeitnehmer/-innen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	327,0	11,8	21,1	14,1	72,9	6,9	233,0	19,1	–	–
Verteidigung	56,9	2,1	56,9	38,1	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	126,1	4,6	9,9	6,6	42,7	4,0	73,4	6,0	–	–
dar. Polizei	45,4	1,6	7,8	5,2	37,6	3,5	–	–	–	–
Rechtsschutz	62,1	2,2	2,1	1,4	60,0	5,7	–	–	–	–
Finanzverwaltung	33,1	1,2	6,4	4,3	26,2	2,5	0,5	–	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	866,0	31,3	12,7	8,5	686,6	64,8	166,6	13,7	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	301,2	10,9	–	–	203,9	19,2	97,3	8,0	–	–
Hochschulen	445,1	16,1	0,1	0,1	445,0	42,0	–	–	–	–
Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	676,2	24,4	2,6	1,8	23,2	2,2	312,9	25,7	337,4	100
dar. Kindertagesbetreuung	187,1	6,8	–	–	7,9	0,7	179,1	14,7	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	233,4	8,4	6,1	4,1	43,6	4,1	183,8	15,1	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	138,3	5,0	–	–	24,3	2,3	114,0	9,3	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	114,4	4,1	–	–	9,3	0,9	105,0	8,6	–	–
Sonstiges	271,4	9,8	31,5	21,1	95,4	9,0	144,5	11,8	–	–
Zusammen	2 766,6	100	149,4	100	1 059,9	100	1 219,9	100	337,4	100

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. Auswärtige Angelegenheiten.

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.1 Am Arbeitsort nach Ländern am 30.6.2013

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Darunter Ausländer/-innen			Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	darunter aus		insgesamt	darunter Frauen
					EU-Mitgliedstaaten	sonstigen europäischen Staaten		
1 000	%		1 000	%		1 000	%	
Deutschland	29 269	53,8	46,2	2 386	50,0	34,1	4 819	64,9
Baden-Württemberg	4 134	55,0	45,0	40	47,8	32,9	684	66,5
Bayern	4 913	54,4	45,6	81	40,1	32,3	743	68,4
Berlin	1 221	48,7	51,3	147	50,9	31,5	148	54,7
Brandenburg	772	51,5	48,5	22	37,5	40,5	98	56,1
Bremen	299	56,3	43,7	528	43,8	41,4	45	60,6
Hamburg	870	53,5	46,5	262	47,0	33,3	103	60,5
Hessen	2 292	54,6	45,4	98	53,1	31,6	367	65,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	533	48,2	51,8	497	54,2	34,3	65	54,4
Niedersachsen	2 634	54,8	45,2	492	54,6	31,1	504	66,6
Nordrhein-Westfalen	6 108	55,3	44,7	33	70,9	18,1	1 227	65,7
Rheinland-Pfalz	1 281	53,8	46,2	107	41,8	35,5	254	66,7
Saarland	363	55,9	44,1	21	62,9	20,0	69	66,4
Sachsen	1 465	50,7	49,3	9	62,2	17,0	170	57,9
Sachsen-Anhalt	754	50,3	49,7	26	55,8	18,7	84	59,2
Schleswig-Holstein	868	52,3	47,7	12	52,8	23,0	174	63,2
Thüringen	760	51,5	48,5	13	55,6	20,9	82	58,4

Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.4.2 Am Arbeitsort nach wirtschaftlicher Gliederung am 30.6.2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%	
	Insgesamt	29 269	46,2	8,2
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	236	32,3	17,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	82	11,0	6,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 537	25,3	8,1
D	Energieversorgung	236	25,8	2,4
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	230	18,6	5,6
F	Baugewerbe	1 672	13,1	9,1
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 169	51,9	7,0
H	Verkehr und Lagerei	1 514	24,9	10,4
I	Gastgewerbe	922	56,7	25,7
J	Information und Kommunikation	907	34,8	6,6
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 004	56,1	2,9
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	229	51,2	5,2
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister ..	1 849	51,9	6,0
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	2 001	42,2	17,6
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1 681	63,0	2,1
P	Erziehung und Unterricht	1 125	69,5	5,8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 762	80,4	5,1
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	249	52,7	11,5
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	789	68,3	7,1
T	Häusliche Dienste	43	86,7	24,6
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	22	38,3	19,2
	Keine Zuordnung möglich	11	39,4	9,0

Vorläufiges Ergebnis.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.3 Am Arbeitsort nach ausgewählten Personengruppen

	Insgesamt	Männer ¹	Frauen ¹	Deutsche	Ausländer/ -innen ^{1 12}	Vollzeit- beschäftigte ^{1 13}	Teilzeit- beschäftigte ^{1 13}
	1 000						
1992	29 325	16 795	12 530	–	–	–	–
1993	28 596	16 285	12 311	–	–	25 454	3 142
1994	28 238	15 969	12 269	–	–	24 890	3 348
1995	28 118	15 877	12 241	–	–	24 659	3 459
1996	27 739	15 591	12 148	25 619	2 120	24 165	3 574
1997	27 280	15 325	11 955	25 236	2 044	23 660	3 620
1998	27 208	15 261	11 947	25 178	2 030	23 423	3 785
1999	27 483	15 423	12 059	25 558	1 913	23 801	3 678
2000	27 826	15 544	12 282	25 862	1 956	23 890	3 929
2001	27 817	15 445	12 373	25 809	1 981	23 689	4 120
2002	27 571	15 179	12 392	25 611	1 949	23 308	4 255
2003	26 955	14 773	12 181	25 081	1 860	22 658	4 288
2004	26 524	14 541	11 983	24 719	1 797	22 202	4 311
2005	26 178	14 286	11 892	24 423	1 749	21 802	4 365
2006	26 354	14 424	11 931	24 564	1 782	21 815	4 530
2007	26 855	14 770	12 085	25 011	1 838	22 070	4 773
2008	27 458	15 064	12 394	25 551	1 901	22 443	5 003
2009	27 380	14 829	12 551	25 496	1 879	22 165	5 202
2010	27 710	14 976	12 735	25 778	1 925	22 306	5 389
2011	28 381	15 356	13 026	26 310	2 061	22 683	5 670
2012	28 921	15 626	13 295	26 677	2 233	–	–
2013	29 269	15 756	13 513	26 873	2 386	21 762	7 496

Vorläufiges Ergebnis. – Stand: jeweils 30.6.

1 Die Merkmale „Geschlecht“ und „Staatsangehörigkeit“ sowie „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung“ (ab 2006) enthalten nicht die Fälle „Ohne Angabe“.

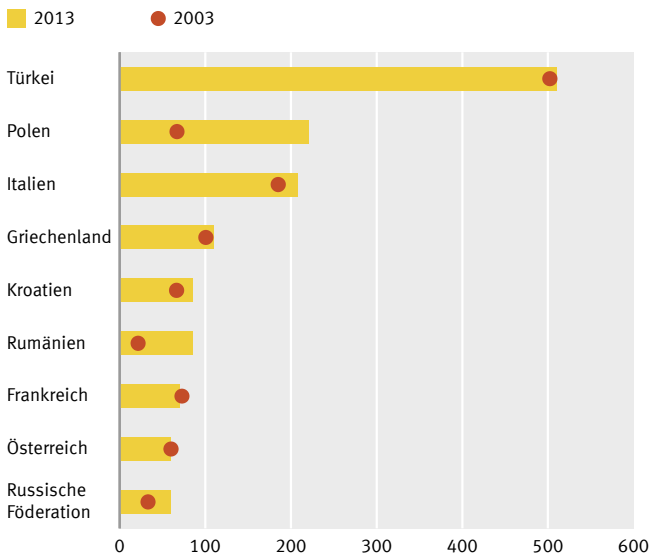
2 Ab 2003 Niveausenkung der Ausländerzahl infolge korrigierter Methodik.

3 Wegen Umstellung im Erhebungsverfahren erfolgte 2012 keine Berichterstattung, 2013 ist nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten jeweils am 30.6.

in 1 000



Vorläufiges Ergebnis. – Stand jeweils 30.06.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2014 - 01 - 0288

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.4 Am Arbeitsort nach Berufshauptgruppen und ausgewählten Berufsgruppen am 30.6.2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Ausgeübte Tätigkeit	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen	Nr. der Klassifikation ¹⁾	Ausgeübte Tätigkeit	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%				1 000	%	
	Insgesamt	29 268,9	46,2	8,2	53	Schutz-, Sicherheits-, Überwachungsberufe	301,0	27,8	7,2
11	Land-, Tier-, Forstwirtschaftsberufe	213,3	26,5	17,8	531	Obj., Pers., Brandschutz, Arbeitssicherh.	283,2	26,7	7,5
111	Landwirtschaft	125,0	22,4	25,2	533	Gewerbe, Gesundheitsaufsicht, Desinfektion	11,7	48,2	3,3
12	Gartenbauberufe, Floristik	242,5	31,5	10,5	54	Reinigungsberufe	746,1	77,5	25,3
121	Gartenbau	208,3	20,9	11,9	61	Einkauf-, Vertriebs- und Handelsberufe	882,4	36,8	4,4
21	Rohstoffgewinnung, Glas-, Keramikverarbeitung	131,4	10,9	10,4	611	Einkauf und Vertrieb	661,6	33,9	4,5
211	Berg-, Tagebau und Sprengtechnik	33,8	6,8	10,4	612	Handel	162,0	42,6	4,5
22	Kunststoff- und Holzherst., -verarbeitung	511,4	14,4	11,2	62	Verkaufsberufe	1 966,1	73,6	7,6
221	Kunststoff, Kautschukherstell., -verarbeitung	223,9	24,4	15,7	621	Verkauf (ohne Produktspezialisierung)	1 153,4	72,2	7,9
23	Papier-, Druckberufe, tech. Mediengestalt.	266,6	33,9	8,3	622	Verkauf Bekleid., Elektro, Kfz, Hartwaren	388,8	60,0	6,7
232	Technische Mediengestaltung	101,2	48,8	5,3	623	Verkauf von Lebensmitteln	315,7	88,8	7,7
24	Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbau	1 304,2	8,2	11,8	63	Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	663,0	68,6	20,4
241	Metallerzeugung	100,6	5,5	18,6	631	Tourismus und Sport	77,4	74,7	6,5
242	Metallbearbeitung	636,7	12,1	13,3	632	Hotellerie	153,9	78,2	17,6
25	Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	1 660,8	8,9	8,3	633	Gastronomie	408,7	64,4	24,9
251	Maschinenbau- und Betriebstechnik	1 166,9	11,1	9,1	71	Berufe Unternehmensführung, -organisation	3 895,1	64,7	4,4
26	Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	968,4	10,3	5,8	711	Geschäftsführung und Vorstand	176,1	20,3	6,1
262	Energietechnik	431,8	3,4	4,9	713	Unternehmensorganisation und -strategie	1 446,3	48,4	4,2
263	Elektrotechnik	448,8	17,8	7,0	714	Büro und Sekretariat	2 062,9	79,7	4,4
27	Techn. Entwickl., Konstr., Produktionssteuer.	968,1	19,6	6,0	72	Finanzdienstl. Rechnungsw., Steuerberatung	1 367,0	61,3	2,9
271	Technische Forschung und Entwicklung	217,9	11,6	7,9	721	Versicherungs- und Finanzdienstleistungen	779,3	55,8	2,6
272	Techn. Zeichnen, Konstruktion, Modellbau	222,6	32,6	3,6	722	Rechnungswesen, Controlling und Revision	425,8	65,7	3,5
28	Textil- und Lederberufe	123,5	55,8	13,3	723	Steuerberatung	161,9	76,6	2,4
281	Textiltechnik und -produktion	40,7	37,3	15,2	73	Berufe in Recht und Verwaltung	955,5	75,2	2,0
282	Textilverarbeitung	61,8	72,7	13,0	731	Rechtsberatung, -sprechung und -ordnung	164,1	74,9	2,9
29	Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	760,1	42,5	21,6	732	Verwaltung	738,4	75,2	1,8
291	Getränkeherstellung	14,1	8,0	5,3	733	Medien-Dokumentations-Informationsdienst	53,1	75,3	3,0
292	Lebensmittel- u. Genussmittelherstellung	298,0	30,1	18,3	81	Medizinische Gesundheitsberufe	2 205,3	83,3	4,8
293	Speisenzubereitung	448,0	51,9	24,3	811	Arzt- und Praxishilfe	574,0	98,5	4,4
31	Bauplanung, Architektur, Vermessungsberufe	224,8	25,4	3,9	813	Gesundh., Krankenpf., Rettungsd., Geburtsh.	944,0	81,6	4,7
311	Bauplanung u. -überwachung, Architektur	190,3	25,0	4,3	814	Human- und Zahnmedizin	222,0	51,3	10,2
32	Hoch- und Tiefbauberufe	536,9	1,4	14,1	817	Nicht ärztliche Therapie und Heilkunde	201,8	81,0	2,6
321	Hochbau	407,1	1,3	15,9	818	Pharmazie	129,5	84,9	3,0
33	(Innen-) Ausbauberufe	360,1	3,0	10,2	82	Nichtmed. Gesundheit, Körperpfl., Medizintech.	764,4	82,2	7,0
331	Bodenverlegung	47,2	0,9	13,1	821	Altenpflege	455,2	85,6	7,0
332	Maler-, Stuckat., Bauwerksabd., Bautenschutz	170,4	4,6	9,9	822	Ernährungs-, Gesundheitsberatung, Wellness	13,1	77,0	3,2
333	Aus-, Trockenbau. Iso. Zimmer. Glas. Roll.bau	142,5	1,9	9,7	823	Körperpflege	171,0	92,6	10,4
34	Gebäude- u. versorgungstechnische Berufe	650,4	4,1	6,1	825	Medizin-, Orthopädie- und Rehatechnik	116,9	58,4	3,0
341	Gebäudetechnik	267,3	7,0	5,9	83	Erziehung, soz., hauswirt. Berufe, Theologie	1 334,5	84,6	4,3
342	Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik	222,9	0,7	5,2	831	Erziehung, Sozialarb., Heilerziehungspfl.	1 116,6	84,2	3,0
343	Ver- und Entsorgung	160,1	3,8	7,6	832	Hauswirtschaft und Verbraucherberatung	180,4	94,2	11,9
41	Mathematik-Biologie-Chemie-, Physikberufe	388,8	35,4	7,7	833	Theologie und Gemeindegarbeit	37,5	52,4	7,1
412	Biologie	42,0	67,0	7,1	84	Lehrende und auszubildende Berufe	576,8	55,2	7,5
413	Chemie	296,1	32,9	7,6	841	Lehrtätigkeit an allgemeinbild. Schulen	193,5	73,3	4,6
414	Physik	41,0	19,4	9,1	843	Lehr-, Forschungstätigkeit an Hochschulen	185,4	42,5	13,8
42	Geologie-, Geografie-, Umweltschutzberufe	36,6	26,5	3,4	844	Lehrtätigk. außerschul. Bildungseinricht.	58,4	55,1	7,0
422	Umweltschutztechnik	15,0	16,6	1,5	91	Geistes-Gesellschafts-Wirtschaftswissen	67,0	60,4	5,9
43	Informatik- und andere IKT-Berufe	634,2	15,8	6,5	912	Geisteswissenschaften	7,7	48,8	6,4
431	Informatik	201,1	17,8	5,8	914	Wirtschaftswissenschaften	9,2	45,2	5,9
434	Softwareentwicklung und Programmierung	156,0	12,6	8,8	92	Werbung, Marketing, kaufm., red. Medienberufe	494,6	51,1	5,5
51	Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführ.)	1 716,7	29,0	12,8	921	Werbung und Marketing	364,4	53,9	6,2
513	Lagerwirt., Post, Zustellung, Güterumschlag	1 385,3	27,8	13,9	924	Redaktion und Journalismus	76,9	49,6	3,9
516	Kaufleute – Verkehr und Logistik	169,6	36,3	7,1	93	Produktdesign, Kunsthandwerk	61,1	48,1	6,1
52	Führer von Fahrzeug- und Transportgeräten	1 008,1	4,4	9,6	94	Darstellende, unterhaltende Berufe	112,7	34,8	13,4
521	Fahrzeugführung im Straßenverkehr	821,3	4,9	9,7	1	Angehörige der regulären Streitkräfte	2,0	44,1	13,8
522	Fahrzeugführung im Eisenbahnverkehr	26,5	3,3	3,5		keine Zuordnung möglich	167,6	72,7	12,6
525	Bau- und Transportgeräteführung	140,4	1,4	9,6					

1 Klassifikation der Berufe (KldB 2010).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – Vorläufiges Ergebnis.

13.5 Arbeitslose

13.5.1 Nach ausgewählten Personengruppen

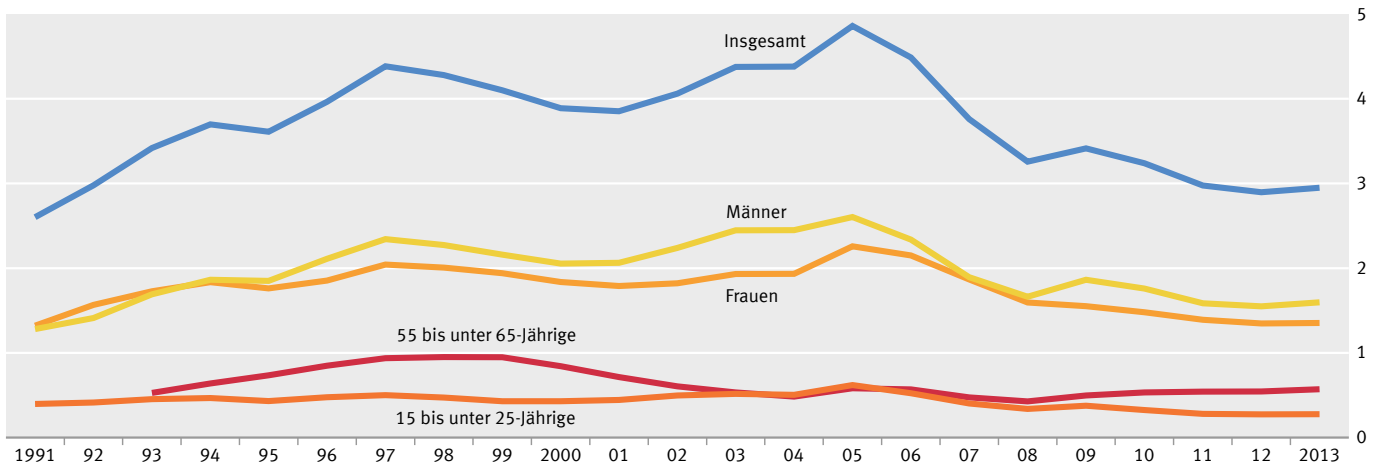
	Arbeitslose insgesamt	Und zwar						
		Frauen	im Alter von ... bis unter ... Jahren			Langzeit-arbeitslose ¹	Ausländer/-innen	Schwerbehinderte
			15 – 20	15 – 25	55 – 65			
Deutschland								
1991	2 602 203	1 321 649	95 800	395 739	–	–	221 884	–
1995	3 611 921	1 761 311	95 222	431 103	734 754	–	436 261	–
2000	3 889 695	1 836 317	101 342	428 510	842 115	1 454 189	465 660	184 097
2005	4 860 909	2 257 639	124 055	620 132	581 702	1 588 089	672 801	180 907
2010	3 238 421	1 478 749	55 268	325 378	532 004	1 130 446	500 831	175 357
2011	2 975 836	1 389 908	47 748	278 886	542 584	1 055 353	470 218	180 315
2012	2 896 985	1 346 676	46 693	274 035	544 484	1 031 722	474 283	176 040
2013	2 950 250	1 353 194	46 518	276 262	570 727	1 050 435	504 440	178 631
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin								
1991	1 596 457	753 491	51 579	230 959	–	–	191 064	–
1995	2 427 083	1 043 519	72 317	306 526	553 789	–	392 779	–
2000	2 380 987	1 068 861	63 864	257 016	558 901	936 570	401 916	140 463
2005	3 246 755	1 499 568	85 497	411 707	398 208	990 280	582 519	135 396
2010	2 227 090	1 022 118	40 751	223 232	354 105	775 552	428 618	129 226
2011	2 026 087	955 538	35 371	190 624	360 154	729 158	398 234	133 162
2012	1 999 837	939 224	34 882	193 155	363 852	707 612	404 024	130 540
2013	2 080 270	962 571	35 308	203 221	385 426	739 996	432 557	133 845
Neue Länder einschl. Berlin								
1991	1 005 745	568 157	44 221	164 780	–	–	30 820	–
1995	1 184 838	717 792	22 904	124 577	180 965	–	43 482	–
2000	1 508 707	767 457	37 478	171 494	283 215	517 620	63 744	43 634
2005	1 614 154	758 071	38 559	208 425	183 495	597 809	90 283	45 511
2010	1 011 331	456 631	14 517	102 147	177 900	354 894	72 213	46 131
2011	949 749	434 370	12 377	88 262	182 429	326 195	71 984	47 153
2012	897 148	407 453	11 811	80 880	180 633	324 110	70 260	45 500
2013	869 980	390 623	11 210	73 041	185 301	310 439	71 883	44 787

Jahresdurchschnitte. – Ab 2005 Änderung der Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II).

1 Ein Jahr und länger arbeitslos.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen in Mill.



Jahresdurchschnitte. – Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ist im Wesentlichen durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geprägt („Hartz IV-Effekt“).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2014-01-0289

13 Arbeitsmarkt

13.5 Arbeitslose

13.5.2 Nach Ländern 2013

	Registrierte Arbeitslose			Arbeitslosenquoten ¹			Gemeldete Arbeitsstellen ²
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
	Anzahl			%			Anzahl
Deutschland	2 950 250	1 597 056	1 353 194	6,9	7,0	6,7	434 353
Baden-Württemberg	233 945	122 634	111 312	4,1	4,0	4,1	63 506
Bayern	264 523	141 033	123 490	3,8	3,9	3,8	64 412
Berlin	210 083	118 017	92 067	11,7	12,5	10,9	17 997
Brandenburg	132 328	73 199	59 129	9,9	10,4	9,3	10 937
Bremen	37 197	20 403	16 794	11,1	11,4	10,7	4 331
Hamburg	71 557	39 539	32 018	7,4	7,9	6,9	14 127
Hessen	185 607	99 134	86 473	5,8	5,9	5,8	32 338
Mecklenburg-Vorpommern ..	98 950	55 688	43 262	11,7	12,6	10,7	9 292
Niedersachsen	269 201	143 682	125 519	6,6	6,6	6,6	43 836
Nordrhein-Westfalen	762 756	412 888	349 868	8,3	8,4	8,2	86 416
Rheinland-Pfalz	116 353	62 314	54 039	5,5	5,5	5,4	20 154
Saarland	37 383	20 267	17 115	7,3	7,4	7,3	5 854
Sachsen	200 628	109 683	90 946	9,4	9,8	9,1	18 249
Sachsen-Anhalt	132 133	71 391	60 742	11,2	11,4	10,9	10 806
Schleswig-Holstein	101 749	55 805	45 943	6,9	7,2	6,6	15 028
Thüringen	95 858	51 381	44 477	8,2	8,3	8,2	14 141

Jahresdurchschnitt.

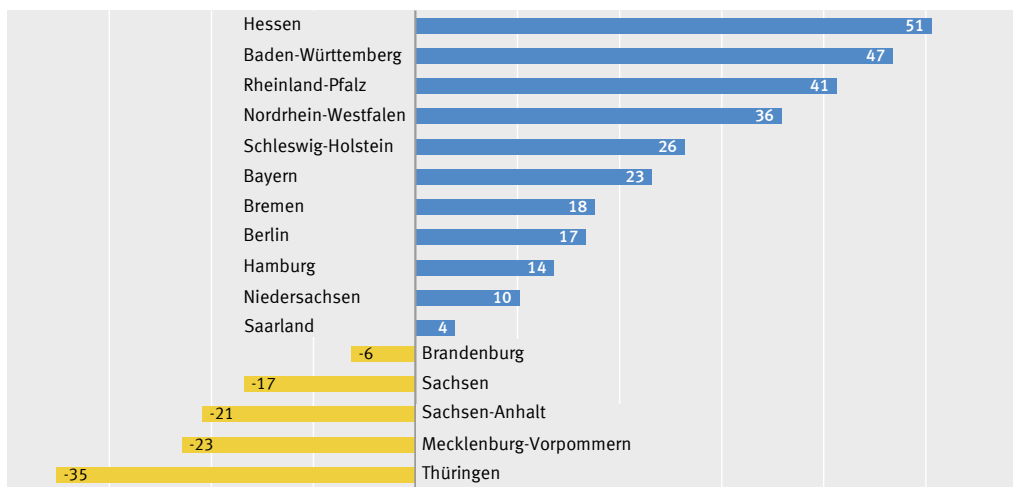
1 Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Die Angaben für Deutschland enthalten auch alle Arbeitsstellen, die der BA gemeldet sind, deren Arbeitsort jedoch im Ausland liegt. Somit ergibt die Summe aller Bundesländer nicht die Zahl für Deutschland.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach Ländern 2013

Veränderung gegenüber 1991, in %



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2014 - 01 - 0290

Methodik

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung/Erwerbstätige und Erwerbslose

Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Durchschnitt einer bestimmten Periode wird zum einen für Zwecke der laufenden nationalen – und international vergleichbaren – Arbeitsmarktbeobachtung benötigt, zum anderen als Bezugszahl für weitere Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig monatliche, vierteljährliche und jährliche Durchschnittszahlen der Erwerbstätigen für Deutschland. Daneben publiziert der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) jährliche und vierteljährliche Durchschnittszahlen zur Erwerbstätigkeit für Länder sowie jährliche Zahlen für Kreise, die auf die Eckzahlen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes abgestimmt sind.

Gesamtwirtschaftliche Monatsdaten zur Erwerbstätigkeit nach dem Inländerkonzept als Ursprungswerte und saisonbereinigte Werte werden seit 2005 gemeinsam mit saisonbereinigten Erwerbslosenzahlen und -quoten publiziert. Monatliche Erwerbstätigenzahlen nach dem Inlandskonzept werden ebenfalls veröffentlicht. Die Erwerbslosenzahlen erhebt der Mikrozensus (siehe hierzu auch den Abschnitt „Arbeitskräfteerhebung im Mikrozensus“).

Zu den Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben – unabhängig vom Umfang oder Ertrag dieser Tätigkeit. Hierbei liegt das Personenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst werden. Grundlage für die Definition bilden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), die im Einklang stehen mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG). Ergebnisse nach der ILO-Definition sind aufgrund ihrer großen Verbreitung und ihrer Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten geeignet.

Je nach Verwendungszweck wird die Zahl der Erwerbstätigen für Deutschland insgesamt und gegliedert nach Stellung im Beruf nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept) oder nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) dargestellt. Beide Konzepte unterscheiden sich durch den Pendler saldo.

Die Erwerbstätigen nach wirtschaftsfachlicher Gliederung weisen die VGR stets nach dem Inlandskonzept nach. Sie gehören zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in einer bestimmten Berichtsperiode wird aus unterschiedlichen amtlichen und externen erwerbsstatistischen Quellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft (z. B. kurzfristige, mittelfristige und langfristige Erhebungen für einzelne Wirtschaftsbereiche) oder um Stichprobenerhebungen mit unterschiedlicher Periodizität (z. B. Mikrozensus). Daneben zählen insbesondere die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte sowie die Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst zu wichtigen Quellen. Insgesamt fließen zurzeit rund 60 erwerbsstatistische Quellen in die Experten- und ökonomischen Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung der VGR des Bundes ein. Alle Quellen werden laufend beobachtet und analysiert. Zudem erfolgen laufend Konsistenzprüfungen mit anderen Aggregaten der VGR und der arbeitsmarktstatistischen Berichterstattung.

Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft des früheren Bundesgebiets sind ab 1950 verfügbar. Für sechs zusammengefasste Wirtschaftsabschnitte liegen Daten ab 1970 vor. Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab 1991 für 64 Wirtschaftsabteilungen verfügbar.

Gesamtwirtschaftliche monatliche Erwerbstätigenzahlen werden bereits 30 Tage nach Monatsende veröffentlicht. Erste Quartalsergebnisse für die Gesamtwirtschaft liegen mit Veröffentlichung des dritten Monatsergebnisses eines Quartals vor, d. h. ebenfalls nach rund 30 Tagen. Ausführliche Quartalsergebnisse werden 45 bis 50 Tage nach Quartalsende publiziert. Diese sind gegliedert nach Stellung im Beruf (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und zehn zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008). Erste vorläufige Jahresdaten werden wenige Tage nach Jahresablauf veröffentlicht.

Da die Ausgangsdaten, die für die Erwerbstätigenrechnung der VGR benötigt werden, nur sukzessive im Zeitverlauf anfallen und kurzfristig verfügbare Ergebnisse teilweise später korrigiert werden, steigen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsdaten – und damit der Genauigkeitsgrad – mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur jeweiligen Berichtsperiode. Es ist daher notwendig, die Daten in mehreren Zeitabständen den jeweils aktuellen Erkenntnissen anzupassen. Mehrjährige Beobachtungen zeigen, dass die ersten vorläufigen Ergebnisse (Bundesrechnung) von den endgültigen Zahlen zur Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte nach oben oder unten abweichen. Letzte endgültige Zahlen werden in der Regel rund drei Jahre nach Jahresende publiziert.

Beim Vergleich mit anderen Statistiken ist zu berücksichtigen, dass es sich um zeitraumbezogene Ergebnisse handelt (Monats-, Quartals-, Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte) und nicht um Stichtagsergebnisse oder Ergebnisse, die auf eine Berichtswoche bezogen sind. Indem sie umfangreiche erwerbsstatistische Informationen und aufwendige Kontrollverfahren einbezieht, gilt die Erwerbstätigenzahl der VGR als umfassendster und – vom Verlauf her – als sicherster Indikator für die Bestimmung der Gesamterwerbstätigkeit.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Mikrozensus mit integrierter Arbeitskräfteerhebung

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Seit 1957 – und für die neuen Länder seit 1991 – liefert er entsprechende statistische Informationen.

Bis 2004 bezogen sich die Fragen des Mikrozensus auf die Verhältnisse in einer einzigen Berichtswoche im Frühjahr. Seit 2005 wird der Mikrozensus als kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Bei dieser Erhebungsform verteilt sich das gesamte Befragungsvolumen auf alle Wochen des Jahres, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Bei einer gleichmäßigen Verteilung ist es damit grundsätzlich möglich, neben Jahres- auch unterjährige Ergebnisse bereitzustellen.

Der Mikrozensus ist eine unverzichtbare Datenquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft und die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Indem er sozioökonomische Eck- und Strukturdaten laufend bereitstellt, schließt er die Datenlücke zwischen den Bevölkerungszensens. Dabei ist er als Mehrzweckstichprobe konzipiert, die zahlreiche unterschiedliche Erhebungsteile als Ersatz für Einzelerhebungen umfasst. Für viele kleinere Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- oder Kontrollinstrument.

Die **Arbeitskräfteerhebung** (Labour Force Survey, LFS) ist seit 1968 Teil des Mikrozensus. Sie wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in harmonisierter Form durchgeführt. Der Europäischen Kommission dient der LFS als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit dem LFS gemessen.

Der Stichprobenumfang des Mikrozensus beträgt in der Regel 1 % der Bevölkerung. Im Jahr 2012 wurde die Erhebung in etwa 337 600 Haushalten mit rund 688 900 Personen durchgeführt. Die Befragung erfolgt dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder mit Hilfe von Interviewerinnen und Interviewern. Diesen stehen Laptops (CAPI) zur Verfügung. Die Befragten haben auch die Möglichkeit, den Fragebogen selbst auszufüllen. Die meisten Erhebungsmerkmale unterliegen der Auskunftspflicht.

Die Stichproben wurden als Zufallsstichproben aus der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. dem Bevölkerungsregister „Statistik“ (neue Länder) auf Vorrat gezogen. Ihre Aktualisierung erfolgt jährlich anhand der Bautätigkeitsstatistik. Auswahlseinheiten sind Flächen (sogenannte „Auswahlbezirke“) mit durchschnittlich neun Wohnungen (Flächenstichprobe). In den Auswahlbezirken werden alle Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz erfasst. Für eine hohe Genauigkeit der Ergebnisse wird die Auswahlgrundlage vor Stichprobenziehung nach Gebäudegrößenklassen und Regionaleinheiten mit durchschnittlich 350 000 Einwohnerinnen und Einwohnern geschichtet. Jährlich wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Auswahlbezirke ausgetauscht, d. h. die Haushalte in den Auswahlbezirken verbleiben bis zu vier Jahre in der Stichprobe („partielle Rotation“).

Die zweistufige Hochrechnung verfolgt das Ziel, zufallsbedingte und systematische Fehler zu reduzieren. Zunächst wird eine Kompensation der bekannten ausgefallenen Haushalte vorgenommen. Anschließend erfolgt eine gebundene Hochrechnung an Eckzahlen aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung.

Aufgrund der Auskunftspflicht liegt die Ausfallquote der Haushalte („Unit-Nonresponse“) im Mikrozensus auf Jahresebene nur bei ca. 5 %. Hierbei handelt es sich überwiegend um nicht erreichbare Personen. Die Quote der Nichtbeantwortung einer Frage bzw. eines Merkmals („Item-Nonresponse“) liegt in den meisten Fällen für wichtige Merkmale deutlich unter 10 %. In Einzelfällen – insbesondere bei sensiblen Merkmalen mit freiwilliger Auskunftserteilung – kann sie aber deutlich höher liegen.

Bei den Ergebnissen des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 – d. h. weniger als 50 Fälle in der Stichprobe – geht der einfache relative Standardfehler über 15 % hinaus. Solche Ergebnisse sollten wegen ihres geringen Aussagewertes für Vergleiche nicht herangezogen werden. Besetzungszahlen unter 5 000 werden deshalb bei Veröffentlichungen durch einen Schrägstrich (/) ersetzt.

Der Mikrozensus liefert Informationen über die Erwerbsbeteiligung, den erlernten und ausgeübten Beruf sowie weitere arbeitsplatz- und betriebsbezogene Merkmale. Daten u. a. zur Bevölkerungsstruktur (Demografie), dem Haushalts- und Familienzusammenhang sowie über die Bildung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Merkmale der LFS, zu denen auch die zur Erwerbsbeteiligung gehören, werden für die EU-Mitgliedstaaten und eine Reihe weiterer Länder harmonisiert erhoben. Dies bedeutet, die Erhebungen sind europaweit vergleichbar.

Der Erwerbsstatus wird nach dem **Labour-Force-Konzept** erfasst. Dieses hat die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) entwickelt. In der EU wurde dieses Konzept konkretisiert. Das Konzept stellt die internationale Vergleichbarkeit der Merkmale sicher. Danach wird jeder Person der Bevölkerung ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben: Eine Person ist entweder erwerbstätig oder erwerbslos. Andernfalls zählt sie als Nichterwerbsperson. In die **nationale Berichterstattung** fließen die Erwerbslosenzahlen und -quoten ein, die auf Basis des Mikrozensus bestimmt wurden.

Die weitergehenden Strukturmerkmale des Mikrozensus und darauf basierende Analysen finden Eingang in Hauspublikationen wie den Datenreport (gemeinsam herausgegeben mit „GESIS“ und „WZB“), die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und das Online-Magazin „STATmagazin“. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt und ausführliche methodische

Erläuterungen finden sich in der Fachserie 1, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“ sowie in Reihe 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“.

Erwerbstätigenzahlen aus der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und aus dem Mikrozensus unterscheiden sich, obwohl beide im Einklang mit dem Labour-Force-Konzept ermittelt werden. Dies ist vor allem auf die methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen:

Der *Mikrozensus* ist als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet, dem Stichprobenzufallsfehler. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe allerdings bei der Zahl der Erwerbstätigen vergleichsweise gering.

Das *Labour-Force-Konzept* zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltsbefragungen z. T. nicht vollständig, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

Die *Erwerbstätigenrechnung* greift dagegen im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur „Gerüfungigen Beschäftigung“ zurück. Sie zielt generell darauf ab, ein möglichst umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit aus ökonomischer Sicht zu erlangen.

Die unterschiedlichen methodischen Ansätze implizieren unterschiedliche Anwendungsgebiete beider Erhebungen. Für die Betrachtung konjunktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen der Erwerbstätigkeit wird die Zahl aus der Erwerbstätigenrechnung herangezogen. Die Arbeitskräfteerhebung bzw. der Mikrozensus werden dagegen meist verwendet für europäische Vergleiche sowie für differenziertere Analysen von Teilpopulationen.

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Die Personalstandstatistik erhebt Daten zum Personal der öffentlichen Arbeitgeber. Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

Die Personalstandstatistik liefert Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit der jeweiligen Einrichtung stehen. Die öffentlichen Arbeitgeber umfassen den öffentlichen Dienst und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Zum öffentlichen Dienst gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundes-eisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Die Personalstandstatistik ist Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Die Ergebnisse sind ferner Grundlage für Benchmarking, insbesondere im kommunalen Bereich. Sie werden von Ländern und Gemeinden genutzt, um Rationalisierungspotenziale zu erkennen. Die Personalstandstatistik bildet die Basis für Berechnungen im Zusammenhang mit künftigen Versorgungsausgaben und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder. Darüber hinaus fließen ihre Ergebnisse in die Erwerbstätigenrechnung und die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit ein.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die **Beschäftigungsstatistik** der Bundesagentur für Arbeit (BA) beruht auf dem „Gemeinsamen Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“. Dieses wurde mit Wirkung vom 1.1.1973 im früheren Bundesgebiet eingeführt, nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Eine vollständige Überarbeitung und Neugestaltung des Verfahrens erfolgte zum 1.1.1999. Dieses Verfahren verlangt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einheitliche Meldungen an die Sozialversicherungsträger über demografische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände. Die maschinelle Verarbeitung der anfallenden Betriebsmeldungen ermöglicht sowohl Auswertungen zur kurzfristigen, laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung als auch weitergehende Strukturanalysen und -vergleiche in größeren Zeitabständen.

Vierteljährliche Bestandsergebnisse zum Quartalsende für das frühere Bundesgebiet liegen seit dem Stichtag 30.6.1974 vor, für die neuen Länder und Berlin-Ost – von gewissen Einschränkungen der Merkmalsgliederungen abgesehen – seit dem 31.3.1992.

Die Daten werden in einem mehrstufigen Verwaltungsverfahren erhoben. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber übermitteln ihre Meldungen in der Regel an die zuständigen Krankenkassen. Diese prüfen die Meldungen auf formale und inhaltliche Richtigkeit und nehmen – falls erforderlich – Korrekturen vor. Die von den Krankenkassen geprüften Daten werden an die Datenstellen der Rentenversicherung weitergeleitet.

Nach einer weiteren Prüfung werden die Daten, die für die Arbeitsverwaltung relevant sind, an die BA übermittelt. Diese führt für jede versicherte Person unter ihrer Versicherungsnummer ein Versichertenkonto, auf dem alle eingehenden Meldungen in der Reihenfolge des Wirksamkeitsdatums gespeichert werden. Diese Versichertendatei („Register“) bildet die Grundlage stichtagsbezogener Auszahlungen für statistische Zwecke.

Der Beschäftigtenbestand wird vierteljährlich durch eine automatisierte Auswertung der Versichertenkonten durchgeführt, jeweils sechs Monate nach dem Berichtstichtag (jeweils letzter Tag eines Quartals). Die Wartezeit von sechs Monaten zwischen Berichtstichtag und Auszahlungszeitpunkt ist ein Kompromiss zwischen größtmöglicher Aktualität der Ergebnisse und möglichst vollständiger Erfassung aller für den Berichtstichtag relevanten Meldungen. Erfahrungsgemäß liegen der BA nach sechs Monaten etwa 95 % der Meldungen vor.

Die BA stellt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder über eine online zugängliche Datenbank das Datenmaterial zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt nutzt die Daten insbesondere für Auswertungen im Rahmen des erwerbsstatistischen Berichtssystems. Die Statistischen Ämter der Länder nutzen sie für vertiefte Regionalanalysen.

Als Registerauswertung ermöglicht die Beschäftigungsstatistik gegenüber den Stichprobenerhebungen eine weitaus tiefere Differenzierung in den Merkmalskombinationen, vor allem nach Regionen und wirtschaftlichem Schwerpunkt der Betriebe.

Bezogen auf die Zahl aller Erwerbstätigen laut ETR stellen die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Anteil von knapp 68 %. Berücksichtigt man zusätzlich die geringfügig entlohnten Beschäftigten, für die auch Sozialabgaben geleistet werden, erhöht sich dieser Anteil auf rund 80 %.

Abweichungen zu Ergebnissen anderer erwerbsstatistischer Quellen (z. B. dem Mikrozensus) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden. Diese betreffen u. a. den Berichtszeitraum (Stichtag, Zeitraum, Berichtswoche), den Berichtsweg (Betriebsmeldung, Selbstauskünfte von Haushalten) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (Arbeitsort, Wohnort).

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse sind bei der Bundesagentur für Arbeit erhältlich. Entsprechende Informationen im Internetangebot der BA finden Sie unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

Die **Statistik der geringfügigen Beschäftigung** umfasst zum einen die geringfügig entlohnte Beschäftigung. Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Bis zum 31.12.2012 betrug die Geringfügigkeitsgrenze 400 Euro, seit dem 1.1.2013 liegt sie bei 450 Euro (Minijobs). Eine Zeitgrenze (vormals weniger als 15 Stunden in der Woche) gibt es nicht mehr. Zum anderen zählt die kurzfristige Beschäftigung mit weniger als 50 Arbeitstagen pro Kalenderjahr zur geringfügigen Beschäftigung.

Die Grundlage der Statistik der geringfügigen Beschäftigung bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit dem 1.4.1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Eine weitere Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung durch die Hartz-Gesetze erfolgte am 1.4.2003. Danach ist neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird. Der Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung bleibt für Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei, wenn die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag entrichtet und die Einkünfte der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers zusammen monatlich 450 Euro (bis 31.12.2012: 400 Euro) nicht übersteigen.

Die statistischen Informationen werden nur noch an eine zentrale Stelle entrichtet, die „Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft“ in Essen.

Auf der Basis der Meldungen über geringfügig Beschäftigte kann jeweils für das Quartalsende nach einer Wartezeit von wenigstens sechs Monaten eine zuverlässige Statistik erstellt werden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen Ergebnisse zu „geringfügig entlohnten Beschäftigten“ (ausschließlich und im Nebenjob). Daten zur „kurzfristigen Beschäftigung“ werden nicht aufbereitet. Quartalsauswertungen zur geringfügig entlohnten Beschäftigung stehen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ab 30.6.1999 zur Verfügung.

■ Arbeitslose, Arbeitsuchende und gemeldete Stellen

Datengrundlage für die Erstellung der **Statistik über Arbeitslose und Arbeitsuchende** sind die Meldungen der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger). Diese Statistik ist damit eine Vollerhebung und umfasst alle bei den zuständigen Trägern gemeldeten Personen.

Grundlage für die **Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen** sind die bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern in gemeinsamer Einrichtung zur Vermittlung gemeldeten Stellenangebote.

Ergebnisse über Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und gemeldete Stellen/Arbeitsstellen sind für das frühere Bundesgebiet ab 1950 verfügbar. Für die neuen Länder liegen vergleichbare Ergebnisse ab 1991 vor.

Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft durch folgende verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist:

Methodik

Bei den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden bei der Darstellung von Ergebnissen ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) abgegrenzt. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 als rückgerechnete Ergebnisse zur Verfügung und werden im Folgenden entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus haben sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit der Einführung des SGB II ab dem 1.1.2005 in Deutschland geändert. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt.

Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik wurde die BA im SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Weitere Definitionen und Abgrenzungen hinsichtlich der dargestellten Personengruppen, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ausgewiesenen Größen sind im Sozialgesetzbuch (SGB III und IV) festgelegt.

Die Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich daher ab Januar 2005 aus dem IT-Fachverfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – aus ergänzenden Schätzungen. Ab Berichtsmont Januar 2007 werden diese Daten integriert verarbeitet (vorher additiv).

Außerdem wurde der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA ab 2005 auf die Monatsmitte gelegt. Bis dahin wurden statistische Erhebungen jeweils am Monatsende durchgeführt. Damit kann in der Regel schon am Ende des Berichtsmontats über den Arbeitsmarkt berichtet werden. Zudem passen Monatsmittezahlen besser zu den Monatsdurchschnittswerten der Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes nach dem Konzept der ILO.

Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung veröffentlicht die BA monatlich u. a. die Zahl der registrierten Arbeitslosen, Arbeitslosenquoten und gemeldete Arbeitsstellen nach ausgewählten Merkmalen sowie die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter.

In der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen erfasst die BA die Zahl der Stellenangebote, die ihr von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zur Vermittlung gemeldet wurden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestimmt durch die Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Betrieben das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Seit 2006 erfolgt die Befragung quartalsweise und die Ergebnisse fließen u. a. in die EU-Statistik für offene Stellen ein.

Nach den Ergebnissen dieser Betriebsbefragung erfasst die BA mit den ihr gemeldeten Arbeitsstellen rund die Hälfte des gesamten Stellenangebots. Insofern hat die BA-Monatsstatistik der gemeldeten Arbeitsstellen zwar ihre Bedeutung als Konjunkturindikator, ist aber zur Feststellung des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft nur begrenzt geeignet.

Die monatliche Arbeitsmarktberichterstattung über die Bestandsergebnisse der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten sowie deren Veränderung sind von höchstem politischem und öffentlichem Interesse. Diese hochaktuellen Arbeitsmarktdaten werden – gemeinsam mit den Erwerbstätigen- und Erwerbslosendaten des Statistischen Bundesamtes – als wichtigste Indikatoren für die Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herangezogen. Allerdings eignen sich die Daten der BA nur für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung. Wegen der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken ist ihre Aussagekraft für internationale Vergleiche stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund werden für zwischenstaatliche Vergleiche die Daten der Erwerbslosen nach der ILO-Definition aus dem Mikrozensus bzw. der Arbeitskräftestichprobe in der Europäischen Union verwendet.

Ausführliche methodische Hinweise können Sie den Monats-, Methoden- und Qualitätsberichten der BA entnehmen.

Diese sowie weitere statistische Informationen finden Sie im Internetangebot der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Glossar

Abhängig Beschäftigte/abhängig Erwerbstätige/Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die ihre Haupttätigkeit auf vertraglicher Basis für eine Arbeitgeberin bzw. einen Arbeitgeber in einem abhängigen Arbeitsverhältnis ausüben und hierfür eine Vergütung erhalten. Nicht von Bedeutung dabei ist der zeitliche Umfang der ausgeübten Tätigkeit oder ob aus dieser der überwiegende Lebensunterhalt bestritten werden kann.

Altersteilzeit | Sie ermöglicht älteren Beschäftigten eine frühere Beendigung des aktiven Berufslebens (Blockmodell) oder einen gleitenden Übergang in den Ruhestand (Teilzeitmodell). Während der Gesamtlaufzeit der Altersteilzeit wird die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduziert. Die Personalstandstatistik weist alle Altersteilzeitbeschäftigten als Teilzeitbeschäftigte nach – unabhängig davon, welches Modell gewählt wurde und in welcher Phase sie sich befinden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Personen in beruflicher Ausbildung einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre, Führungskräfte und Hauspersonal. Ebenfalls den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugeordnet werden geringfügig entlohnte Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte einschließlich Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende sowie – nach Aussetzung der Wehrpflicht – Personen im freiwilligen Wehrdienst und Freiwilligendienst sowie Anteilseignerinnen und Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, wenn sie in diesen Gesellschaften arbeiten. Auch dazu zählen Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie Personen in Beschäftigungsprogrammen, z. B. von den Arbeitsagenturen geförderte Beschäftigungen wie „Ein-Euro-Jobs“. Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, gelten ebenfalls als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. Urlaub, Krankheit, Streik, Elternurlaub, Altersteilzeit in Freistellungsphase usw.).
Personalstandstatistik | Das sind Beschäftigte in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. Hierunter fallen Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Dienstordnungsangestellte. Beamtinnen und Beamte sind nicht enthalten.

Arbeitslose | Als Arbeitslose nach § 16 SGB III zählen Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen,
- den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit oder des Jobcenters zur Verfügung stehen, also arbeitsfähig und -bereit sind,
- in der Bundesrepublik Deutschland wohnen,
- nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben,
- sich persönlich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben.

Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a (1) SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.

Arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer | Nichtdeutsche Arbeitslose, die eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden unter „keine Angabe“ ausgewiesen.

Arbeitslose Schwerbehinderte | Schwerbehinderte im Sinne des § 2 (2) SGB IX sind Personen, die über einen Grad der Behinderung von wenigstens 50 verfügen. Den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX nicht erlangen oder nicht behalten können.

Arbeitslosenquote | Sie zeigt die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige

plus Arbeitslose) in Beziehung setzt. Der Kreis der Erwerbstätigen als ein Teil der Bezugsgröße kann unterschiedlich abgegrenzt werden:

- Alle zivilen Erwerbstätigen: Sie ergeben sich aus der Summe der abhängigen Erwerbstätigen (ohne Soldatinnen und Soldaten) sowie der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.
- Alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen: Sie ergeben sich aus der Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildende), der geringfügig Beschäftigten, der Beamtinnen und Beamten (ohne Soldatinnen und Soldaten), der Personen in Arbeitsgelegenheiten und der auspendelnden Grenzarbeiterinnen und Grenzarbeiter. Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition (seit 1950).

Aufgabenbereich | Die Untergliederung erfolgt in Abstimmung mit der Finanzstatistik auf der Grundlage des geltenden staatlichen Funktionenplans bzw. des kommunalen Gliederungsplans oder Produktrahmens. Die Zusammenfassung der staatlichen und kommunalen Aufgabenbereiche wird entsprechend dem Schlüssel der Finanzstatistik vorgenommen.

Auszubildende | Das sind Personen in anerkannten Ausbildungsberufen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre).

Beamtinnen und Beamte | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschließlich der Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter und der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst), Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten. Nach den Definitionen, die in der Erwerbstätigenrechnung der VGR verwendet werden, werden – anders als im Mikrozensus und in der Personalstandstatistik – auch die Zivildienstleistenden den Beamtinnen und Beamten zugeordnet.

Personalstandstatistik | Bedienstete, die durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind, einschließlich der Beamtinnen und Beamten in Ausbildung und der Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt.

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) | Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Bundesbereich | Personal des Bundes sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Bundes stehen, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit (Öffentlicher Dienst im Bundesbereich).

Einstufung | Die Beschäftigten sind bei den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen nachgewiesen, die für die Auszahlung der Bezüge zum Zeitpunkt des Berichtsstichtags maßgeblich waren.

Erwerbstätigenquote | Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der selben Altersgruppe.

Erwerbslose | Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige.

Erwerbslosenquote | Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen.

Erwerbstätige | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum mindestens eine Stunde gegen Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. In der *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* werden je nach Verwendungszweck die Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept) oder mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) dargestellt.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle effektiv geleisteten Arbeitsstunden von erwerbstätigen Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von deren Wohnort. Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bereit. Zur Berechnung der durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Arbeitszeit werden kalendermäßige Vorgaben, tarifliche Vorgaben (wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub), konjunkturelle Einflüsse (Kurzarbeit, bezahlte Überstunden, Arbeitszeitkontensalden), Krankenstand, Ausfälle durch Schlechtwetter und Arbeitskampf sowie Teilzeitbeschäftigung (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) berücksichtigt. Als Quellen werden neben den Geschäftsstatistiken der BA Statistiken des Statistischen Bundesamtes, das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Krankenstandstatistik des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und eigene Erhebungen des IAB verwendet.

Gemeldete Arbeitsstellen | Sozialversicherungspflichtige, geringfügige oder sonstige Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Tagen, die den Arbeitsagenturen und den gemeinsamen Einrichtungen (§ 44b SGB II) zur Besetzung gemeldet wurden. Da keine generelle Meldepflicht besteht, handelt es sich nur um einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.

Geringfügige Beschäftigung | Es werden zwei Arten von geringfügigen Beschäftigungen im Bereich der Beschäftigungsstatistik unterschieden:

- Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet. Die Geringfügigkeitsgrenze betrug 400 Euro bis einschließlich 31.12.2012. Ab dem 1.1.2013 liegt die Grenze bei 450 Euro. Diese Beschäftigung kann ausschließlich oder als Nebenjob zu einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden.
- Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die innerhalb eines Kalenderjahres auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist.

Kommunaler Bereich | Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Kommunen stehen (Öffentlicher Dienst im kommunalen Bereich).

Landesbereich | Personal der Länder sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Länder stehen, ohne Sozialversicherungsträger (Öffentlicher Dienst im Landesbereich).

Langzeitarbeitslose | Alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und mehr bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern arbeitslos gemeldet waren.

Mithelfende Familienangehörige | Familienangehörige, die in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb mithelfen, der von einem

Familienmitglied als Selbstständige bzw. als Selbstständiger geleitet wird. Sie erhalten hierfür keinen Lohn bzw. kein Gehalt. Für sie werden keine Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.

Nichterwerbspersonen | Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Öffentlicher Dienst | Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundeseisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Personal im öffentlichen Dienst | Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich des Personals in Ausbildung. Nicht enthalten sind geringfügig Beschäftigte, Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II („Ein-Euro-Jobs“) sowie Freiwilligendienste.

Richterinnen und Richter | Berufsrichterinnen bzw. -richter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes.

Selbstständige | Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümerinnen und Eigentümer oder Pächterinnen und Pächter leiten (einschließlich selbstständiger Handwerkerinnen und Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeisterinnen und Zwischenmeister. Zu den Selbstständigen zählen auch von den Arbeitsagenturen geförderte Selbstständige, z. B Empfängerinnen und Empfänger von Einstiegsgeld und Gründungszuschuss.

Soldatinnen und Soldaten | Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten. Wehrdienstleistende sind nicht enthalten.

Sozialversicherung | Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit. In Anlehnung an die Finanzstatistik und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dieser Bereich gesondert dargestellt, obwohl es sich um Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform handelt, die unter der Rechtsaufsicht von Bund und Ländern stehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung SGB III zu zahlen sind. Dazu gehören auch insbesondere Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikantinnen und Praktikanten, Werkstudentinnen und Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden.

Teilzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person beträgt (einschließlich aller Beschäftigten in Altersteilzeit, unabhängig vom gewählten Modell).

Vollzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl beträgt (bei Lehrkräften entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden). Nicht enthalten sind Beschäftigte in Altersteilzeit, auch wenn sie sich in der Arbeitsphase des Blockmodells befinden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zum *Arbeitsmarkt* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 13, Daten zum *Personal des öffentlichen Dienstes* unter Code 74

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung / Erwerbstätige und Erwerbslose

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.1 | Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Reihe 4.1.2 | Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/13 | Vereinbarkeit von Familie und Beruf

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6 | Personal des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/11 | Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte / Arbeitslose / Arbeitsstellen

Bundesagentur für Arbeit – Statistik (www.statistik.arbeitsagentur.de)

■ Themenübergreifend

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.2 | Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse

Reihe 1.4 | Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse

Reihe 1.5 | Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/13 | Wer sind die ausschließlich geringfügig Beschäftigten? Eine Analyse nach sozialer Lebenslage

Heft 7/13 | Selbstständigkeit in Deutschland

Broschüren

| Qualität der Arbeit (2012)

| Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt (2012)

■ STATmagazin

| Stabile Entwicklung in unsicheren Zeiten (2013)

| Kind und Beruf: Nicht alle Mütter wollen beides (2013)

| Jobs ohne Befristung: Für viele Jungakademiker nur ein Traum (2013)

| Berufspendler: Infrastruktur wichtiger als Benzinpreis (2014)

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 68

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



14 Verdienste und Arbeitskosten

Vollzeitbeschäftigte verdienen durchschnittlich knapp über **45 500 Euro** brutto im Jahr | **Stundenverdienste** im **früheren Bundesgebiet** gut **ein Drittel höher** als in **neuen Ländern** | Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer **in leitender Stellung** verdienen gut **drei Mal so viel** wie **Ungelernte** | Eine **Stunde Arbeit kostet** in Deutschland durchschnittlich **31,50 Euro** | **Tarifverdienste** stiegen 2013 deutlich **stärker** als tatsächlich gezahlte **Verdienste** | In **dreizehn Branchen** existiert gesetzlicher **Mindestlohn**

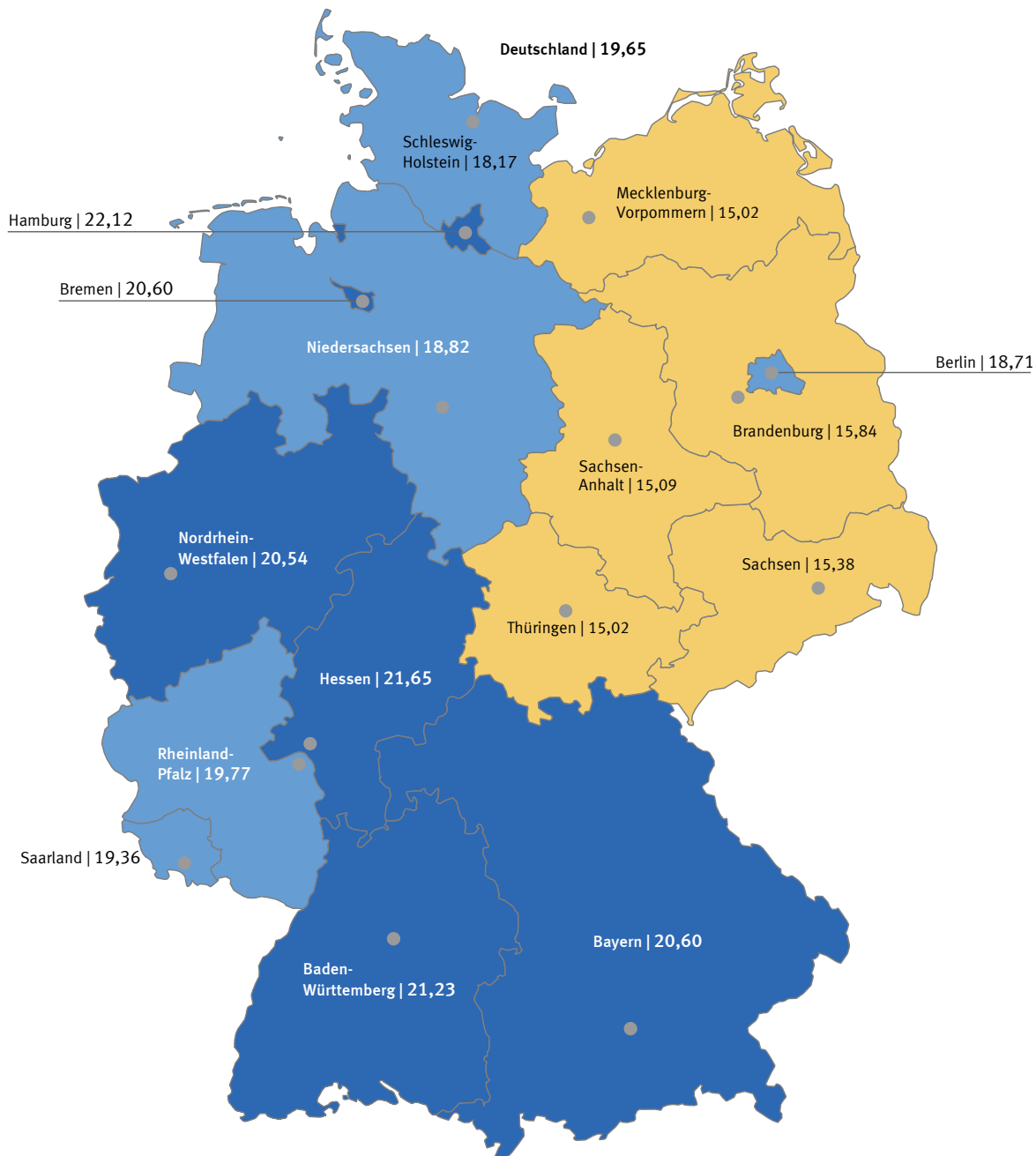
<i>Seite</i>	
373	Auf einen Blick
	Tabellen
374	Bruttoverdienste Nach Wirtschaftszweigen Nach Geschlecht Nach Beschäftigungsart Nach Betriebsgrößenklassen Nominallohnindex
378	Tarifverdienste und Mindestlöhne Index der tariflichen Monatsverdienste Mindestlöhne
380	Verdienste im öffentlichen Dienst Besoldung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten Tarifverdienst der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen
381	Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde Nach Wirtschaftszweigen
382	Methodik
384	Glossar
385	Mehr zum Thema

14.0 Auf einen Blick

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste 2013

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (einschl. Beamtinnen und Beamte) im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich, in EUR

■ unter 18
 ■ 18 bis unter 20
 ■ 20 und mehr



14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.1 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst		
			insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	Sonderzahlungen
			Stunden	EUR					
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	39,1	22,34	20,31	3 794	3 449	45 523	41 390	4 133
B-N	Privatwirtschaft ²	38,9	22,74	20,35	3 841	3 437	46 087	41 243	4 844
B-F	Produzierendes Gewerbe	38,5	23,70	21,19	3 963	3 543	47 559	42 520	5 039
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,5	25,33	22,51	4 454	3 957	53 446	47 490	5 956
C	Verarbeitendes Gewerbe	38,4	24,72	21,95	4 120	3 658	49 440	43 901	5 539
D	Energieversorgung	38,5	31,16	26,95	5 216	4 512	62 589	54 143	8 446
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,5	18,85	17,44	3 317	3 068	39 801	36 821	2 979
F	Baugewerbe	38,7	18,07	16,97	3 037	2 852	36 438	34 220	2 218
G-S	Dienstleistungsbereich	39,4	21,55	19,80	3 693	3 393	44 314	40 718	3 595
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	39,3	21,80	19,53	3 719	3 331	44 624	39 974	4 649
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,3	20,76	18,70	3 542	3 190	42 501	38 274	4 227
H	Verkehr und Lagerei	40,4	17,73	16,41	3 114	2 883	37 364	34 592	2 772
I	Gastgewerbe	39,5	12,27	11,73	2 107	2 015	25 286	24 176	/
J	Information und Kommunikation	39,1	30,01	26,49	5 104	4 506	61 250	54 067	7 183
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,7	32,54	27,15	5 473	4 567	65 675	54 799	10 876
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	38,7	25,20	21,97	4 233	3 691	50 802	44 290	(6 511)
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,2	27,24	24,20	4 637	4 119	55 647	49 423	6 225
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,6	14,07	13,38	2 358	2 242	28 297	26 903	1 394
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	39,7	21,18	20,20	3 654	3 485	43 853	41 823	2 030
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	39,9	20,17	19,43	3 499	3 371	41 987	40 447	1 540
P	Erziehung und Unterricht	39,9	23,97	23,21	4 157	4 026	49 881	48 316	1 565
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	39,5	21,13	19,88	3 623	3 409	43 480	40 910	2 571
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,4	21,53	19,89	3 689	3 408	44 266	40 891	3 375
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,2	20,01	18,52	3 407	3 153	40 884	37 830	3 054

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

Reallohnindex

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in %



Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

2014 - 01 - 0296

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.2 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin			Neue Länder		
		Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen		
		Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst
		EUR		%	EUR		%	EUR		%
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	3 645	3 007	82,5	3 783	3 089	81,7	2 740	2 605	95,1
B-N	Privatwirtschaft ^{1,2}	3 611	2 898	80,3	3 770	3 026	80,3	2 574	2 217	86,1
B-F	Produzierendes Gewerbe	3 660	2 953	80,7	3 829	3 113	81,3	2 609	2 223	85,2
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 975	3 750	94,3	4 077	3 799	93,2	3 521	3 657	103,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 825	2 927	76,5	3 979	3 095	77,8	2 685	2 110	78,6
D	Energieversorgung	4 684	3 851	82,2	4 775	3 941	82,5	4 024	3 501	87,0
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	3 071	3 048	99,3	3 191	3 187	99,9	2 613	2 784	106,5
F	Baugewerbe	2 859	2 749	96,2	3 020	2 855	94,5	2 264	2 378	105,0
G-S	Dienstleistungsbereich	3 632	3 020	83,2	3 747	3 083	82,3	2 854	2 707	94,8
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	3 551	2 869	80,8	3 698	2 983	80,7	2 528	2 213	87,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 439	2 688	78,2	3 566	2 798	78,5	2 426	1 983	81,7
H	Verkehr und Lagerei	2 899	2 805	96,8	3 006	2 865	95,3	2 380	2 558	107,5
I	Gastgewerbe	2 194	1 830	83,4	2 272	1 919	84,5	1 793	1 531	85,4
J	Information und Kommunikation	4 840	3 614	74,7	4 926	3 709	75,3	3 788	2 815	74,3
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	5 156	3 729	72,3	5 207	3 776	72,5	4 154	3 307	79,6
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	4 031	3 217	79,8	4 353	3 357	77,1	2 851	2 788	97,8
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	4 665	3 267	70,0	4 780	3 383	70,8	3 639	2 477	68,1
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 276	2 152	94,6	2 361	2 234	94,6	1 885	1 778	94,3
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	3 794	3 167	83,5	3 844	3 186	82,9	3 467	3 084	89,0
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 473	3 176	91,5	3 495	3 162	90,5	3 332	3 223	96,7
P	Erziehung und Unterricht	4 330	3 765	87,0	4 360	3 755	86,1	4 092	3 811	93,1
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 204	2 992	71,2	4 276	3 032	70,9	3 753	2 794	74,5
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	3 940	2 633	66,8	4 152	2 692	64,8	3 023	2 442	80,8
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 637	2 720	74,8	3 785	2 823	74,6	2 635	2 107	80,0

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.3 Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Beschäftigungsart und Leistungsgruppen 2013

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Analyse Zwecken in verschiedene Leistungsgruppen eingestuft. Zur Leistungsgruppe 1 zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnissen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende Fachkenntnisse erfordern. In der Regel ist hierzu ein Hochschulstudium erforderlich. In die Leistungsgruppe 2 werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. In der Regel erfordert dies eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Die Leistungsgruppe 3 enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fach Tätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist. Die Leistungsgruppe 4 umfasst „Angeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber Fertigkeiten für spezielle, branchenbündene Aufgaben erforderlich sind. In der Leistungsgruppe 5 werden „Ungeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammengefasst, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Geschlecht Leistungsgruppen	Deutschland					Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin					Neue Länder								
	bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit		Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		
	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	
Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR	Stunden	EUR
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)																			
Insgesamt ...	35,7	21,54	19,65	3 343	3 050	35,5	22,47	20,42	3 465	3 149	37,0	16,25	15,30	2 616	2 463				
Männer ...	38,3	23,47	21,23	3 909	3 536	38,3	24,50	22,08	4 072	3 670	38,9	16,86	15,80	2 847	2 669				
Frauen ...	32,3	18,60	17,25	2 614	2 424	31,8	19,23	17,77	2 660	2 459	35,1	15,51	14,69	2 364	2 239				
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen																			
Insgesamt ...	39,1	22,34	20,31	3 794	3 449	39,0	23,31	21,11	3 951	3 577	39,5	16,67	15,67	2 862	2 691				
1	39,6	41,51	36,26	7 136	6 232	39,5	42,68	37,07	7 331	6 368	39,8	32,38	29,87	5 596	5 162				
2	39,2	26,40	23,97	4 492	4 078	39,1	27,21	24,62	4 622	4 183	39,5	20,76	19,41	3 563	3 332				
3	39,0	18,30	16,92	3 101	2 867	38,9	19,16	17,65	3 237	2 982	39,5	14,06	13,32	2 415	2 288				
4	39,1	15,04	13,99	2 554	2 376	39,0	15,66	14,52	2 653	2 460	39,6	11,61	11,05	1 998	1 902				
5	38,5	12,76	12,01	2 134	2 008	38,5	13,07	12,28	2 183	2 051	38,8	10,47	9,99	1 766	1 685				
Männer ...	39,2	23,69	21,41	4 033	3 645	39,1	24,73	22,27	4 203	3 783	39,6	16,99	15,92	2 924	2 740				
1	39,5	44,09	38,10	7 574	6 546	39,5	45,10	38,80	7 742	6 661	39,8	34,69	31,61	6 001	5 467				
2	39,2	27,82	25,10	4 735	4 272	39,1	28,59	25,73	4 860	4 374	39,6	21,27	19,72	3 655	3 389				
3	39,1	19,02	17,57	3 229	2 982	39,0	19,95	18,36	3 379	3 109	39,6	14,16	13,43	2 436	2 311				
4	39,3	15,63	14,52	2 669	2 481	39,2	16,25	15,05	2 769	2 565	39,8	11,96	11,40	2 071	1 973				
5	38,7	13,09	12,35	2 203	2 079	38,7	13,38	12,61	2 251	2 121	38,8	10,87	10,39	1 832	1 752				
Frauen ...	38,9	19,26	17,80	3 253	3 007	38,8	19,92	18,34	3 356	3 089	39,4	16,09	15,23	2 753	2 605				
1	39,6	33,00	30,16	5 682	5 193	39,6	34,01	30,88	5 855	5 316	39,7	27,96	26,55	4 824	4 580				
2	39,1	23,37	21,56	3 971	3 663	39,0	24,03	22,07	4 077	3 745	39,5	20,07	18,99	3 440	3 255				
3	38,8	16,80	15,57	2 834	2 627	38,7	17,45	16,12	2 934	2 711	39,4	13,88	13,11	2 376	2 245				
4	38,5	13,42	12,51	2 243	2 091	38,3	13,98	13,00	2 329	2 165	39,1	10,83	10,27	1 838	1 744				
5	38,1	12,15	11,37	2 010	1 881	38,0	12,49	11,67	2 060	1 925	38,8	9,82	9,34	1 658	1 577				
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)																			
Insgesamt ...	25,0	17,54	16,37	1 905	1 779	24,3	18,16	16,91	1 920	1 787	29,0	14,41	13,68	1 817	1 725				
1	25,2	30,74	28,88	3 368	3 164	24,9	31,18	29,20	3 375	3 161	27,5	27,79	26,66	3 316	3 182				
2	26,1	23,21	21,65	2 637	2 459	25,5	23,81	22,15	2 641	2 457	30,8	19,48	18,49	2 608	2 475				
3	25,1	16,96	15,73	1 853	1 719	24,3	17,62	16,29	1 863	1 722	29,5	14,02	13,24	1 799	1 698				
4	25,0	12,90	12,11	1 399	1 313	24,3	13,40	12,55	1 413	1 323	28,4	10,75	10,24	1 326	1 263				
5	23,1	11,02	10,46	1 105	1 049	22,6	11,30	10,71	1 111	1 053	26,7	9,17	8,83	1 062	1 022				
Männer ...	25,8	18,25	17,03	2 045	1 907	25,3	19,00	17,67	2 091	1 945	28,5	14,28	13,59	1 766	1 681				
1	24,8	33,17	30,81	3 575	3 320	24,8	33,62	31,14	3 629	3 361	24,5	29,75	28,31	3 169	3 016				
2	27,4	25,05	23,11	2 978	2 748	27,2	25,71	23,65	3 034	2 792	29,0	20,08	19,06	2 529	2 400				
3	26,7	17,48	16,19	2 030	1 880	26,2	18,33	16,92	2 087	1 927	29,5	13,48	12,76	1 725	1 633				
4	26,2	12,53	11,86	1 428	1 351	25,5	12,99	12,27	1 440	1 359	29,5	10,72	10,25	1 374	1 314				
5	23,5	10,38	9,97	1 059	1 017	23,0	10,58	10,17	1 056	1 015	27,2	9,14	8,77	1 078	1 035				
Frauen ...	24,9	17,41	16,26	1 881	1 756	24,2	18,01	16,77	1 890	1 760	29,1	14,43	13,69	1 826	1 733				
1	25,4	29,78	28,11	3 284	3 100	24,9	30,19	28,42	3 272	3 080	28,7	27,11	26,09	3 375	3 249				
2	26,0	22,92	21,42	2 586	2 416	25,3	23,50	21,91	2 581	2 406	31,1	19,40	18,41	2 619	2 485				
3	25,0	16,90	15,68	1 834	1 701	24,1	17,53	16,21	1 839	1 701	29,5	14,08	13,29	1 807	1 705				
4	24,7	12,99	12,17	1 393	1 306	24,0	13,49	12,61	1 408	1 316	28,1	10,76	10,24	1 315	1 251				
5	23,0	11,21	10,60	1 118	1 058	22,5	11,51	10,86	1 126	1 063	26,5	9,18	8,85	1 057	1 019				
nachrichtlich: Geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen																			
Insgesamt ...	-	-	-	297	-	-	-	-	304	-	-	-	-	233	-				
Männer ...	-	-	-	292	-	-	-	-	297	-	-	-	-	248	-				
Frauen ...	-	-	-	300	-	-	-	-	308	-	-	-	-	223	-				

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.4 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Betriebsgrößenklassen bzw. -eigenschaften 2013

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin		Neue Länder	
	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen
	EUR					
Betriebe insgesamt	3 794	3 449	3 951	3 577	2 862	2 691
nach Betriebsgrößenklassen						
mit ... bis ... Arbeitnehmer/-innen						
bis zu 49	3 131	2 898	3 291	3 036	2 405	2 271
50 – 99	3 390	3 093	3 567	3 243	2 548	2 379
100 – 249	3 611	3 275	3 793	3 426	2 631	2 461
250 – 499	4 097	3 655	4 245	3 773	3 083	2 844
500 – 999	4 448	3 951	4 553	4 030	3 510	3 235
1 000 und mehr	5 171	4 476	5 225	4 515	4 144	3 723
nach Betriebseigenschaften						
Mit Handwerkseigenschaft	2 960	2 779	3 136	2 933	2 216	2 129
Ohne Handwerkseigenschaft	3 896	3 531	4 045	3 651	2 972	2 786

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14.1.5 Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex)

Nr. der Klassifi- kation ¹	Wirtschaftsgliederung	Nominallohnindex							
		2010 = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
		2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	100	103,3	105,9	107,4	2,7	3,3	2,5	1,4
B-N	Privatwirtschaft ²	100	103,8	106,4	107,6	3,2	3,8	(2,5)	1,1
B-F	Produzierendes Gewerbe	100	104,8	108,1	109,9	4,2	4,8	(3,1)	1,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100	104,2	107,2	110,4	2,7	4,2	(2,9)	3,0
C	Verarbeitendes Gewerbe	100	105,0	108,4	110,4	4,8	5,0	(3,2)	1,8
D	Energieversorgung	100	102,7	105,6	106,2	1,0	2,7	(2,8)	0,6
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	100	103,0	105,5	106,9	1,4	3,0	(2,4)	1,3
F	Baugewerbe	100	103,8	107,4	108,1	0,9	3,8	(3,5)	0,7
G-S	Dienstleistungsbereich	100	102,4	104,7	106,0	1,8	2,4	(2,2)	1,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	100	102,7	106,1	105,7	2,1	2,7	(3,3)	-0,4
H	Verkehr und Lagerei	100	101,8	104,0	105,0	0,5	1,8	(2,2)	1,0
I	Gastgewerbe	100	102,5	104,9	104,7	1,4	2,5	(2,3)	-0,2
J	Information und Kommunikation	100	102,8	102,9	102,7	2,9	2,8	(0,1)	-0,2
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	100	103,1	105,5	108,2	4,1	3,1	(2,3)	2,6
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	100	102,6	104,1	108,9	2,0	2,6	(1,5)	4,6
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	100	103,4	101,9	101,8	2,2	3,4	(- 1,5)	-0,1
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	100	103,9	105,5	108,9	2,7	3,9	(1,5)	3,2
O	Öffentliche Verwaltung; Verteidigung; Sozialversicherung	100	102,2	105,0	107,0	0,9	2,2	(2,7)	1,9
P	Erziehung und Unterricht	100	100,9	103,5	105,8	0,8	0,9	(2,6)	2,2
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	100	102,4	105,9	108,4	1,5	2,4	(3,4)	2,4
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	100	101,8	97,4	98,5	1,7	1,8	(- 4,3)	1,1
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	100	102,5	105,2	105,7	1,9	2,5	(2,6)	0,5

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

14.2.1 Index der tariflichen Monatsverdienste

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Ohne Sonderzahlungen				Mit Sonderzahlungen			
		2010=100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %		2010 = 100		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
		2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
A-S	Gesamtwirtschaft	104,5	107,1	3,0	2,5	104,4	106,9	2,7	2,4
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	104,5	107,1	3,0	2,5	104,4	106,9	2,7	2,4
B-N	Privatwirtschaft ²	104,9	107,6	2,8	2,6	104,5	107,1	2,8	2,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	105,3	108,3	3,1	2,8	104,6	107,5	3,1	2,8
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	104,5	107,1	2,5	2,5	104,3	107,3	2,1	2,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	104,6	107,3	2,1	2,6	103,0	106,8	1,2	3,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	105,5	108,6	3,2	2,9	104,6	107,6	3,2	2,9
	darunter:								
	Chemische Industrie	106,2	108,7	3,2	2,4	104,9	107,1	3,2	2,1
	Metallgewerbe	105,6	108,8	3,4	3,0	104,6	107,7	3,5	3,0
D	Energieversorgung	105,0	107,7	2,5	2,6	104,2	107,0	2,6	2,7
E	Wasserversorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	104,3	107,0	3,2	2,6	104,8	107,4	2,8	2,5
F	Baugewerbe	104,4	107,2	2,4	2,7	104,5	107,1	2,5	2,5
G-S	Dienstleistungsbereich	104,2	106,7	2,9	2,4	104,3	106,7	2,5	2,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	105,0	107,4	2,6	2,3	104,7	107,2	2,7	2,4
H	Verkehr und Lagerei	104,2	106,5	3,0	2,2	104,3	106,5	3,0	2,1
I	Gastgewerbe	103,7	105,6	1,8	1,8	103,6	105,4	1,8	1,7
J	Information und Kommunikation	103,9	106,2	2,2	2,2	103,8	106,3	1,8	2,4
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	103,3	106,1	1,8	2,7	103,6	105,9	2,3	2,2
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	104,5	107,9	1,5	3,3	104,6	108,0	1,4	3,3
M	Erbringung von freiberuflichen, wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen	104,9	107,6	3,1	2,6	104,9	107,5	2,7	2,5
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	105,6	107,2	2,1	1,5	105,5	107,1	1,9	1,5
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	104,3	106,8	3,3	2,4	104,6	106,8	2,6	2,1
P	Erziehung und Unterricht	103,8	106,0	2,6	2,1	103,9	106,1	2,2	2,1
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	104,1	107,1	3,1	2,9	104,4	107,1	2,6	2,6
R	Kunst, Unterhaltung, Erholung	103,8	106,3	2,8	2,4	104,1	106,5	2,2	2,3
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	104,0	106,8	2,9	2,7	104,4	106,9	2,6	2,4

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

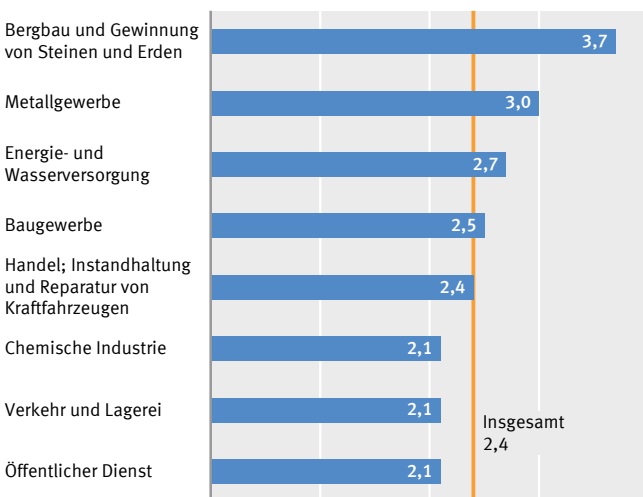
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

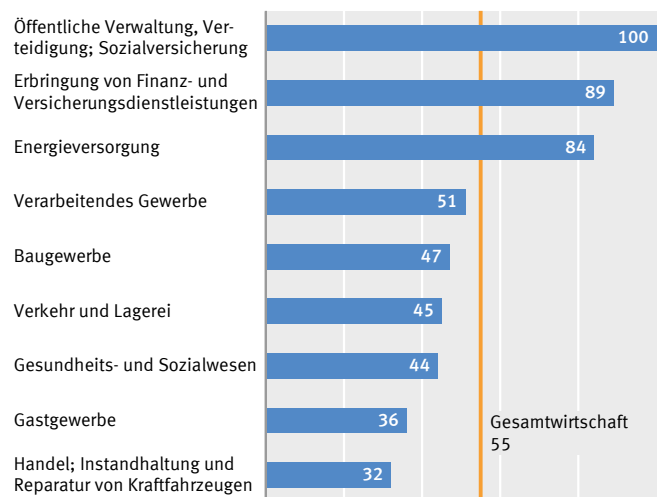
Index der tariflichen Monatsverdienste mit Sonderzahlungen 2013

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Tarifbindung nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ausgewählten Wirtschaftszweigen 2010

in %

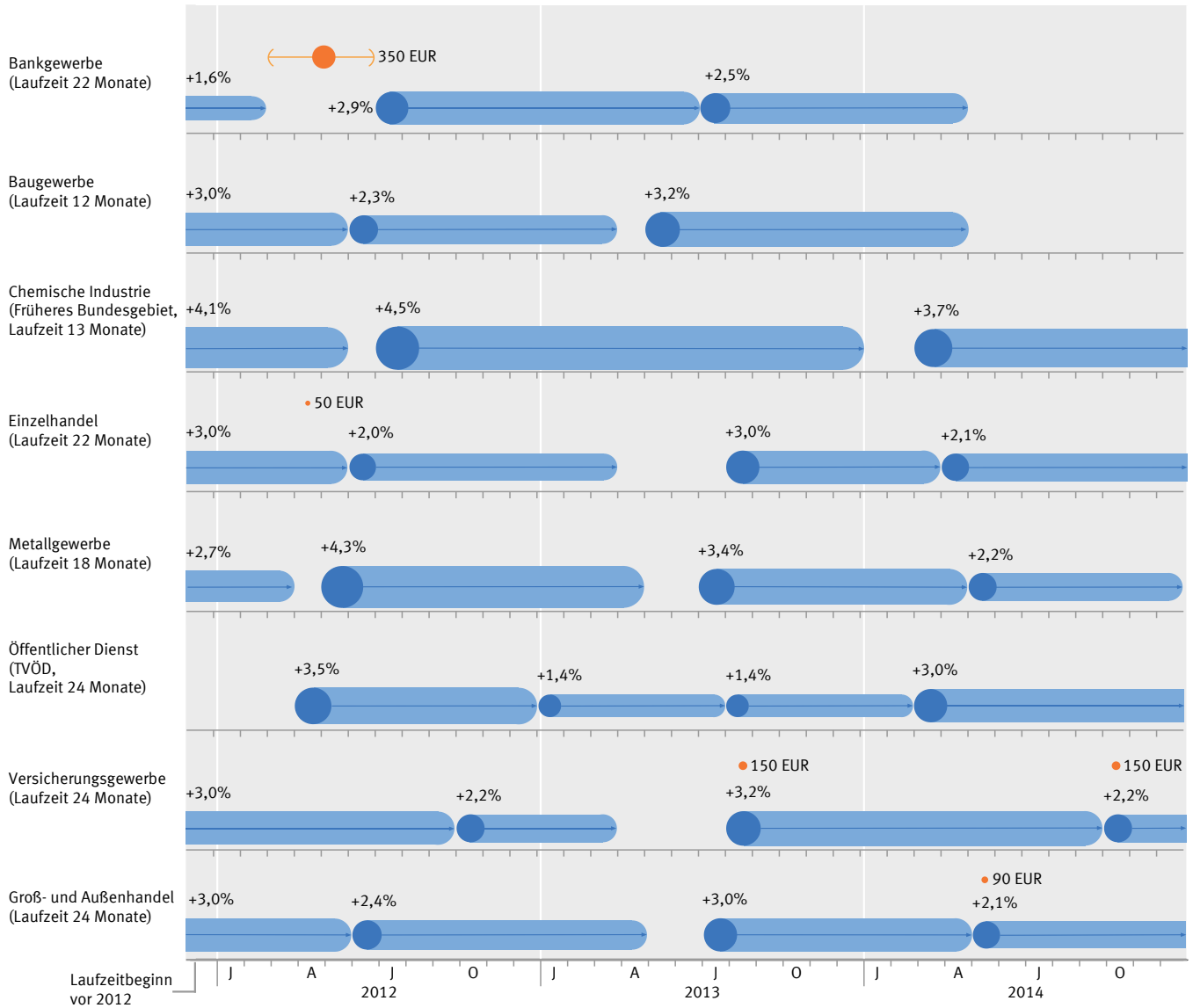


Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2010. – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben.

2014 - 01 - 0298

Laufzeiten, Tarifierhöhungen sowie Einmalzahlungen ausgewählter Tarifabschlüsse

- Tarifierhöhungen
- Einmalzahlung
- ▬ Laufzeit des Tarifabschlusses
- ↔ Auszahlungszeitraum



2014 - 01 - 0297

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

14.2.2 Mindestlöhne in Deutschland am 1.7.2014

	Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	Neue Länder	Bislang gab es in Deutschland nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen. Ab dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland grundsätzlich ein gesetzlicher Mindestlohn. Die derzeit geltenden Mindestlöhne für einzelne Branchen können über den 1. Januar 2015 hinaus noch maximal zwei Jahre gültig bleiben. Am 1.7.2014 galten in 13 Branchen Mindestlöhne.
	EUR je Stunde		
Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit)	8,50 ¹	7,86 ²	
Aus- und Weiterbildung (pädagogische Mitarbeiter/-innen)	13,00	11,65	
Baugewerbe			
Werker/-innen, Maschinenwerker/-innen	11,10	10,50	
Fachwerker/-innen, Maschinisten/Maschinistinnen, Kraftfahrer/-innen	13,95 (Berlin: 13,80)	10,50	
Bergbauspezialarbeiten			
Werker/-innen, Hauer/-innen	11,92	11,92	
Hauer/-innen, Facharbeiter/-innen mit Spezialkenntnissen	13,24	13,24	
Dachdeckerhandwerk	11,55	11,55	
Elektrohandwerk	10,00 ¹	9,10 ²	
Friseurhandwerk	8,00 ¹	7,50 ²	
Gebäudereinigung			
Lohngruppe 1 ³	9,31	7,96	
Lohngruppe 6 ⁴	12,33	10,31	
Maler- und Lackiererhandwerk			
ungelernte Arbeitnehmer/-innen	9,90	9,90	
gelernte Arbeitnehmer/-innen, Gesellen/Gesellinnen	12,50 (Berlin: 12,30)	10,50	
Pflegebranche	9,00	8,00	
Schornsteinfegerhandwerk	12,78	12,78	
Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk	11,25	10,66	
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	8,25 ¹	7,50 ²	

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Einschl. der Angaben für Berlin.

3 Lohngruppe 1: Innen- und Unterhaltsreinigungsarbeiten; Reinigung und Pflege von maschinellen Einrichtungen und Beseitigung von Produktionsrückständen; Reinigung von Verkehrs- und Freiflächen einschl. Winterdienst.

4 Lohngruppe 6: Glas- und Fassadenreinigungsarbeiten, Pflege und Reinigung von Verkehrs- sowie Außenbeleuchtungsanlagen.

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst ab 2014

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.1 Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten

Besoldungs- gruppe lediger Beamter/ Beamtinnen	Stufe 1	Stufe 4	Stufe 6	Stufe 8
	EUR			
A 2	1 932,21	2 052,58	2 121,07	2 189,53
A 3	2 006,20	2 133,21	2 206,09	2 278,98
A 4	2 048,19	2 199,47	2 285,62	2 368,45
A 5	2 063,62	2 238,13	2 345,27	2 450,18
A 6	2 107,80	2 326,48	2 450,18	2 576,09
A 7	2 212,73	2 467,85	2 652,30	2 791,45
A 8	2 340,84	2 662,24	2 864,33	3 031,12
A 9	2 526,38	2 872,07	3 090,96	3 272,98
A 10	2 704,19	3 147,83	3 433,40	3 667,75
A 11	3 090,96	3 612,00	3 850,90	4 089,81
A 12	3 313,95	3 932,80	4 217,21	4 503,90
A 13	3 886,16	4 465,22	4 732,57	4 996,49
A 14	3 996,52	4 745,07	5 089,78	5 434,49
A 15	4 885,01	5 453,83	5 796,26	6 136,40
A 16	5 388,97	6 046,54	6 442,45	6 836,07

Zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen erhalten verheiratete Beamtinnen und Beamte einen **monatlichen Familienzuschlag** von 123,96 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 130,18 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 111,29 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 346,75 Euro. Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes.

Stand: 1.3.2014.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst ab 2014

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.2 Tarifverdienst der Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 3	Stufe 5	Stufe 6 ¹
	EUR			
1	–	1 659,47	1 726,39	1 809,48
2	1 819,86	2 063,37	2 247,99	2 380,73
3	1 965,29	2 224,95	2 386,51	2 449,97
4	1 996,43	2 340,33	2 501,90	2 549,20
5	2 095,67	2 421,12	2 611,53	2 669,24
6	2 183,38	2 524,97	2 709,63	2 784,64
7	2 224,95	2 605,75	2 807,71	2 888,50
8	2 370,34	2 732,71	2 951,96	3 024,67
9 ¹²	2 526,14	2 928,89	3 601,58	3 839,29
9a ¹²	2 526,14	2 836,57	3 304,40	–
9b ¹²	2 526,14	2 928,89	3 601,58	–
10	2 848,09	3 387,62	4 077,03	4 184,00
11	2 951,96	3 506,48	4 380,13	4 617,86
12	3 055,83	3 863,07	4 813,99	5 051,72
13	3 407,83	3 981,95	4 920,95	5 146,81
14	3 696,66	4 338,52	5 241,91	5 539,05
15	4 081,78	4 695,13	5 741,12	6 038,28

Stand: 1.3.2014.

- Für den Bund gilt Stufe 6 nur für die Entgeltgruppen 1 bis 8. Für die Entgeltgruppen 10 bis 15 ist Stufe 5 die höchste Entwicklungsstufe.
- Entgeltgruppe 9 gilt nur für Beschäftigte der Kommunen, Entgeltgruppen 9a und 9b gelten nur für Beschäftigte des Bundes.

14.4 Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	2000	2005	2010	2011	2012	2013
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	25,00	27,00	29,00	29,80	30,80	31,50
B-N	Privatwirtschaft ²	24,90	27,10	29,20	30,10	31,10	31,70
B-F	Produzierendes Gewerbe	26,50	29,30	32,00	33,20	34,10	34,90
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	30,80	32,50	38,50	40,90	43,10	44,80
C	Verarbeitendes Gewerbe	27,50	30,20	33,00	34,30	35,20	36,20
D	Energieversorgung	36,00	41,40	44,10	45,50	47,20	49,00
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	23,30	25,30	26,50	27,30	28,20	28,80
F	Baugewerbe	20,10	21,60	23,50	24,00	24,70	24,60
G-S	Dienstleistungsbereich	24,10	25,90	27,50	28,30	29,20	29,90
G-N	Marktbestimmende Dienstleistungen	23,30	25,30	26,80	27,50	28,50	29,00
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	20,40	22,90	24,10	24,80	25,90	26,40
H	Verkehr und Lagerei	22,10	23,40	24,50	24,40	25,00	25,20
I	Gastgewerbe	13,00	13,90	14,30	14,70	15,10	15,30
J	Information und Kommunikation	32,40	36,20	39,80	41,00	43,00	43,40
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33,20	38,20	43,60	44,90	46,30	47,50
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27,10	28,60	30,00	31,00	31,70	32,00
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	29,10	31,90	34,90	36,00	36,90	37,60
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	15,10	15,10	16,40	16,90	17,70	18,30
O-S	Nicht marktbestimmende Dienstleistungen	25,20	26,70	28,60	29,30	30,10	31,10
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	24,90	28,00	31,20	32,20	33,30	34,60
P	Erziehung und Unterricht	32,30	32,10	32,80	33,30	34,00	34,80
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	22,40	23,30	24,60	25,20	25,80	26,80
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	24,60	24,00	26,90	27,30	28,70	29,80
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	22,10	22,80	24,20	25,00	25,90	26,60

Jahresschätzung Arbeitskosten.

- Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmende Dienstleistungen.

Verdienste sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stellen sie **Kosten** dar und sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um auch diese Kostenseite abzubilden, gibt es neben den Verdienstatistiken auch EU-weit vereinheitlichte Arbeitskostenstatistiken, die sowohl die Verdienste als auch die Lohnnebenkosten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erfassen. So lässt sich feststellen, welche Kosten Arbeitgeberin und Arbeitgeber für eine geleistete Arbeitsstunde entstehen. Im Jahr 2013 kostete eine Stunde Arbeit in Deutschland durchschnittlich 31,50 Euro. In der Energieversorgung verzeichneten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit 49,00 Euro die höchsten, im Gastgewerbe mit 15,30 Euro die niedrigsten Arbeitskosten.

Methodik

Die Daten über Verdienste und Arbeitskosten erlauben Einblicke in die Kostensituation der Wirtschaft und ihre Veränderung. Damit bilden sie eine wichtige Informationsgrundlage, z. B. für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik.

Die amtliche Statistik über Verdienste und Arbeitskosten umfasst im Wesentlichen

- die Vierteljährliche Verdiensterhebung über Verdienste und Arbeitszeiten, Statistiken über Tarifverdienste (halbjährlich) sowie Dienstbezüge (jährlich),
- in mehrjährigen Abständen erstellte Statistiken über die Verdienststrukturen sowie die Arbeitskosten (Bruttoverdienste sowie Lohnnebenkosten).

■ Bruttoverdienste

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Die **Vierteljährliche Verdiensterhebung** beruht auf dem Verdienststatistikgesetz, das zum 1.1.2007 in Kraft getreten ist. Sie ersetzt seitdem die „Laufende Verdiensterhebung“. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst vierteljährlich Angaben zur Berechnung der bezahlten Arbeitsstunden sowie Bruttostunden-, Bruttomonats- und Bruttogehältern der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Merkmale werden zudem nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Betriebsgrößenklassen untergliedert dargestellt.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist eine Stichprobenerhebung. Die Stichprobe umfasst eine Auswahl von 40 500 Betrieben. Die Ergebnisse beziehen sich auf das produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) erstreckt sich die Erhebung auf die Abschnitte B bis S. In den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ wird aufgrund der Nutzung von Verwaltungsdaten fast komplett auf eine Erhebung verzichtet. Nur in den Bereichen P 85.5 „Sonstiger Unterricht“ und P 85.6 „Erbringung von Dienstleistungen für den Unterricht“ werden Betriebe befragt.

Grundsätzlich umfasst die Erhebung Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfasst die Erhebung in den Wirtschaftszweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“, „Bauinstallation“ und „sonstiges Ausbaugewerbe“, „Einzelhandel“, „Gastgewerbe“, „Grundstücks- und Wohnungswesen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, „Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“. Ein Betrieb im Sinne dieser Erhebung ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Die Verdiensterhebung enthält alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stichprobenbetriebe. Eine Ausnahme bilden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, ehrenamtlich Tätige, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Im Gegensatz zu den Tarifverdiensten umfassen die Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste auch die Verdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nicht tarifgebundenen Betrieben und von außertariflich bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie spiegeln somit die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste wider.

Nicht nur die Erhöhung oder Senkung von Verdiensten, sondern auch die Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur beeinflussen die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Um die Verdienstenwicklung unter Ausschluss dieser Strukturveränderungen darzustellen, werden Indizes nach der Formel von „Laspeyres“ errechnet – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur.

Die Verdienststrukturerhebung und die Vierteljährliche Verdiensterhebung verwenden für gleiche Merkmale gleiche Abgrenzungen. Im Unterschied zur Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfasst die Verdienststrukturerhebung weitere Merkmale und auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Der Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten informiert über die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste und tariflichen Arbeitszeiten für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der privaten Haushalte.

In den Index der Tarifverdienste fließen rund 600 ausgewählte Tarifverträge und Besoldungsordnungen aus dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern ein. Die zur Berechnung des Tarifverdienstindex herangezogenen Tarifverträge und Besoldungsordnungen umfassen in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig mindestens 75 % der tarifgebundenen Beschäftigten sowie der nach Besoldungsordnung entlohnten Beamten. Die übrigen Tarifbeschäftigten werden proportional auf die ausgesuchten Tarifverträge verteilt.

Seit der Umstellung des Tarifindex auf Basis 2010 = 100 werden sowohl Tarifindizes ohne Sonderzahlungen als auch mit Sonderzahlungen berechnet. Die Tarifindizes ohne Sonderzahlungen messen die Entwicklung der tariflichen Grundvergütung, d. h. der Tarifverdienste und Besoldungsordnungen, die dauerhaft und regelmäßig zu zahlen sind. In die Tarifindizes mit Sonderzahlungen fließen dagegen auch tariflich festgelegte Einmalzahlungen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld und/oder zur betrieblichen Altersversorgung mit ein.

Die Basisdaten für die Gewichtung des Tarifindex werden aus der Verdienststrukturerhebung (VSE) gewonnen. Die VSE wird im Abstand von vier Jahren bei rund 34 000 Betrieben für etwa 1,9 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgeführt. Die VSE erfasst keine Gebietskörperschaften. Die Angaben hierzu werden aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet. Dem Bereich Landwirtschaft liegt die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft zu Grunde, die parallel zur VSE durchgeführt wird. Im Tarifindex werden die Verdienstveränderungen der einzelnen Tarifverträge gemäß dem Anteil der Beschäftigten in einem Wirtschaftszweig an der Gesamtzahl der Beschäftigten in allen erfassten Wirtschaftszweigen berücksichtigt.

Der Tarifindex berechnet sich als sogenannter Laspeyres-Index mit festem Basisjahr. Dies bedeutet, dass sich die Indexwerte auf die Beschäftigtenstrukturen des jeweils aktuell gültigen Basisjahres beziehen. Der Tarifindex umfasst voll- und teilzeit sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamte.

Mindestlöhne

In Deutschland gilt ab dem 1.1.2015 ein gesetzlicher **Mindestlohn** in Höhe von 8,50 Euro. Die derzeit gültigen Mindestlöhne für einzelne Branchen bleiben aber weiterhin gültig. Die hier aufgeführten Mindestlöhne basieren auf dem Tarifvertragsgesetz (TVG), dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) sowie dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Auf Antrag der Tarifvertragsparteien kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Mindestlohn für bestimmte Branchen als allgemeinverbindlich erklären. Er gilt dann für alle Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer in dieser Branche. Ausführliche Informationen sowie die aktuellen Mindestlöhne in Deutschland und Europa finden Sie unter www.destatis.de

Zahlen und Fakten > Verdienste und Arbeitskosten > Mindestlöhne

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Die monatlichen Dienstbezüge, die in der Tabelle 14.3.1 nachgewiesen sind, beziehen sich auf die folgenden Besoldungsgruppen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten nach der „Besoldungsordnung A“:

A16: Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, A15: Regierungsdirektor/-in, A14: Oberregierungsrat/-rätin, A13: Regierungsrat/-rätin, A12: Amtsrat/-rätin, A11: Amtmann/Amtfrau, A10: Oberinspektor/-in, A9: Inspektor/-in, A8: Hauptsekretär/-in, Hauptwerkmeister/-in, A7: Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in, A6: Sekretär/-in, Werkmeister/-in, A5: Assistent/-in, A4: Amtsmeister/-in, A3: Hauptamtsgehilfe/-gehilfin, A2: Oberamtsgehilfe/-gehilfin.

Verheiratete Beamtinnen und Beamte erhalten zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen einen monatlichen Familienzuschlag von 123,96 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 130,18 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 111,29 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 346,75 Euro (Stand: 1.3.2014). Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte.

Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes. Weitere Informationen finden Sie in der Veröffentlichung „Verdienste im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden“.

■ Jahresschätzung der Arbeitskosten

Die Berechnung der Jahresschätzung der Arbeitskosten basiert auf dem Niveau der Arbeitskosten je geleistete Stunde der Arbeitskostenerhebung, die alle vier Jahre stattfindet. Die Fortschätzung des Niveaus für Zwischenjahre erfolgt anhand der jährlichen Veränderungsrate des Arbeitskostenindex. Revisionen des Arbeitskostenindex können die Ergebnisse der Jahresschätzung der Arbeitskosten vom aktuellen Rand bis zu jenem Jahr verändern, das auf das Berichtsjahr der letzten Arbeitskostenerhebung folgt. Die hier veröffentlichten Ergebnisse der Jahresschätzung beruhen auf dem Rechenstand des Arbeitskostenindex vom vierten Quartal 2012.

Arbeitskostenindex

Der **Vierteljährliche Arbeitskostenindex** basiert auf der Größe „Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde“. Er gibt an, wie sich die gesamten Arbeitskosten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt haben. Der Index ermöglicht es, die Arbeitskostenentwicklung in die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten zu unterteilen: nämlich in die Entwicklung der Kosten für Bruttoverdienste sowie der Lohnnebenkosten. Die aktuellen Ergebnisse des Arbeitskostenindex werden zu jedem Veröffentlichungstermin überprüft. Neue Informationen werden eingearbeitet und die Ergebnisse bei Bedarf entsprechend revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Die „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ erfasst Angaben für folgende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- Den größten Teil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne die unten aufgeführten Sozialversicherungspflichtigen),
- Geringfügig und kurzfristig Beschäftigte,
- Nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, die zumindest teilweise erfolgsunabhängige Verdienstbestandteile erhalten,
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und im Inland arbeiten,
- Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Saisonarbeitskräfte sowie Aushilfskräfte, die als abhängig Beschäftigte eine bezahlte Leistung erbringen,
- Beamtinnen und Beamte in den Wirtschaftsbereichen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und „Erziehung und Unterricht“.

Nicht einbezogen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Beamtinnen und Beamte außerhalb der oben aufgeführten Wirtschaftsbereiche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Inland haben und im Ausland arbeiten, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Personen, die keinen Verdienst für ihre Leistung erhalten, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

Die „Verdienststrukturerhebung“ erfasst zusätzlich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

Arbeitskosten | Sie umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten in Form von Geld- und Sachleistungen, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Arbeitsvolumen | Dieses umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige innerhalb Deutschlands eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, z. B. wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit.

Arbeitszeit | Als bezahlte Arbeitszeit gelten die im Berichtszeitraum bezahlten geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden. Die bezahlten geleisteten Stunden sind in der Regel die „hinter der Stechuhr“ verbrachten Zeiten, d. h. innerhalb der Arbeitsstätten bzw. auf der Arbeitsstelle, abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie der Mittagszeit. Bezahlte Ausfallstunden umfassen z. B. bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, durch Arbeitszeitflexibilisierung im Berichtszeitraum abgefeierte und bezahlte Stunden, die entweder im vorangegangenen Zeitraum bereits vorgearbeitet wurden oder im Folgezeitraum noch zu leisten sind, bezahlte Arbeitspausen sowie bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen, z. B. Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u. Ä.

Bruttoverdienst | Er umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrichtlinien zuzüglich

- sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen),
- steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit,
- steuerfreier Beiträge der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Entgeltumwandlung (z. B. an Pensionskassen oder -fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG),
- steuerfreie Essenszuschüsse und
- pauschale Lohnsteuer nach §§ 40, 40a, 40b EStG, sofern sie von der Arbeitgeberin bzw. vom Arbeitgeber getragen wird.

Geleistete Arbeitsstunden | Die geleisteten Arbeitsstunden, die in die Berechnung der durchschnittlichen Jahresangaben der Arbeitskosten einfließen, beziehen sich auf den Teil des Arbeitsvolumens, der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tatsächlich geleistet wird.

Leistungsgruppen | Diese werden für Analysezwecke gebildet. Sie stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach der Qualifikation dar: Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu gehören z. B. angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind auch alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel erwerben die Personen ihre Fachkenntnisse in einem Hochschulstudium.

In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vieltätigen Tätigkeiten. Hierfür benötigen sie in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Sie führen die Tätigkeiten überwiegend selbstständig aus. In die Gruppe gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Meisterinnen und Meister).

Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung.

Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegender einfachen Tätigkeiten. Für die Ausführung der Tätigkeiten ist zwar keine berufliche Ausbildung erforderlich, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben die Arbeitskräfte in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren.

Die **Leistungsgruppe 5** fasst „Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammen. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten benötigen sie keine berufliche Ausbildung. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen innerhalb von maximal drei Monaten vermittelt werden.

Mindestlohn, gesetzlicher | Am 1.7.2014 galten Mindestlöhne für das Bauhauptgewerbe, das Maler- und Lackiererhandwerk, das Elektrohandwerk, das Dachdeckerhandwerk, die Bergbauspezialarbeiten, das Friseurhandwerk, die Gebäudereinigung, die Pflegebranche, für pädagogisches Personal in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, das Schornsteinfegerhandwerk, das Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk und die Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft. Zudem galt in der Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit) eine Lohnuntergrenze. In Deutschland gilt ab dem 1.1.2015 ein gesetzlicher Mindestlohn. Die derzeit gültigen Mindestlöhne für einzelne Branchen bleiben weiterhin gültig.

Nominallohnindex | Dieser Index umfasst die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen von Vollzeit-, Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Der Nominallohnindex wird als sogenannter Laspeyres-Kettenindex berechnet, d. h. die Struktur der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dem jeweiligen Vorjahr entnommen.

Sonderzahlungen | Sie entsprechen den „sonstigen Bezügen“ gemäß den Lohnsteuerrichtlinien. Dies sind unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen, wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge, Vergütungen für Erfindungen oder der steuerliche Wert (geldwerte Vorteil) von Aktienoptionen.

Vollzeiteinheiten | Dazu zählen alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Verdienste und Arbeitskosten* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 62

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bruttoverdienste

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 1	Verdienste in der Landwirtschaft
Reihe 2.1	Arbeitnehmerverdienste – vierteljährliche Ergebnisse
Reihe 2.2	Index der Arbeitnehmerverdienste
Reihe 2.3	Arbeitnehmerverdienste – Jahresergebnisse
Reihe 2.4	Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste – Lange Reihen

Fachberichte

Reallohnindex und Index der Bruttomonatsverdienste (einschl. Sonderzahlungen) Verdienstindizes für Erbbauzinsberechnungen
--

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10	Vier Jahre Neukonzeption der Verdienstatistik. Ein Fazit aus Sicht der Vierteljährlichen Verdiensterhebung
Heft 1/11	Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen
Heft 7/12	Vierteljährliche Verdiensterhebung: Einführung der rollierenden Stichprobe
Heft 2/13	Verdienststrukturerhebung 2010
Heft 8/13	Vierteljährliche Verdiensterhebung: neue Nutzer, neue Indizes, die neuesten Ergebnisse

STATmagazin

Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich (2013)

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 4	Tarifverdienste
Reihe 4.3	Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Fachberichte

Tarifbindung in Deutschland 2010

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/09	Tarifverdienste online
Heft 4/12	Bilanz der Tarifrunde 2011: Höhere Tarifabschlüsse, weniger Einmalzahlungen
Heft 4/13	Bilanz der Tarifrunde 2012: Höhere Tarifabschlüsse, Regelungen zur Zeitarbeit
Heft 10/13	Neuberechnung des Index der Tarifverdienste verbessert Kohärenz der Verdienstatistiken

Unter www.destatis.de/tarifdatenbank hat das Statistische Bundesamt eine Tarifdatenbank eingerichtet. Sie wird laufend um neue Tarifverträge und aktuelle Tarifinformationen ergänzt.

Mehr zum Thema

■ **Tarifverdienste und Mindestlöhne**

Zurzeit sind Tarifinformationen zu folgenden Branchen abrufbar:

- Bankgewerbe
- Baugewerbe
- Chemische Industrie
- Einzelhandel
- Gesundheitswesen
- Metall- und Elektroindustrie
- Öffentlicher Dienst der Länder
- Versicherungsgewerbe

■ **Verdienste im öffentlichen Dienst**

Fachberichte

- Verdienste im öffentlichen Dienst für Beamte und Tarifbeschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden

■ **Arbeitskosten**

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich
- Heft 1 Bundesergebnisse 2008
- Heft 2 Früheres Bundesgebiet 2008
- Heft 3 Neue Länder 2008

Fachberichte

- Aufwendungen und Anwartschaften betrieblicher Altersversorgung 2008

Wirtschaft und Statistik

- Heft 9/10 Arbeitskostenerhebung 2008

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Reihe 2.5 Nettoverdienste (Modellrechnung)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 35 41

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



15 Preise

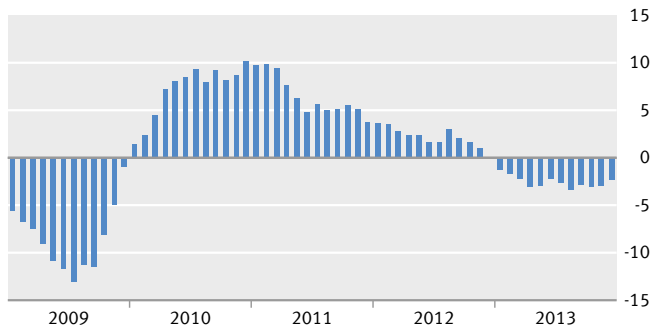
2013 in vielen Bereichen durch **nachlassenden Preisdruck** gekennzeichnet | **Einfuhrpreise** im Jahresdurchschnitt 2013 um **2,6 % unter denen von 2012** | **Erzeugerpreise** gewerblicher Produkte mit einem **Rückgang von 0,1 %** geringfügig niedriger als im Vorjahr | Im **Großhandel** um **0,6 % niedrigere** Preise als 2012 | **Verbraucherpreise** erhöhten sich 2013 gegenüber 2012 mit **+ 1,5 %** wesentlich moderater als in den Vorjahren

<i>Seite</i>	
389	Auf einen Blick
	Tabellen
390	Energiepreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
391	Nahrungsmittelpreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
392	Einfuhrpreise Einfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
393	Ausfuhrpreise Ausfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
394	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . der Produkte des Holzeinschlags Holzprodukte zur Energieerzeugung
395	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie
396	Erzeugerpreise für Dienstleistungen Verkehr und Lagerei Information und Kommunikation Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen
397	Großhandelsverkaufspreise Index der Großhandelsverkaufspreise Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren . . . mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik . . . mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör Sonstiger Großhandel Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt
398	Bau- und Immobilienpreise Baukostenindizes Baupreisindizes Preisindex für Bauland Häuserpreisindex
399	Kaufwerte für baureifes Land Kauffälle Veräußerte Fläche Durchschnittlicher Kaufwert
400	Verbraucherpreise Verbraucherpreisindex Verbrauchsgüter Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer Langlebige Gebrauchsgüter Dienstleistungen Nettokaltmiete
401	Methodik
404	Glossar
405	Mehr zum Thema

15.0 Auf einen Blick

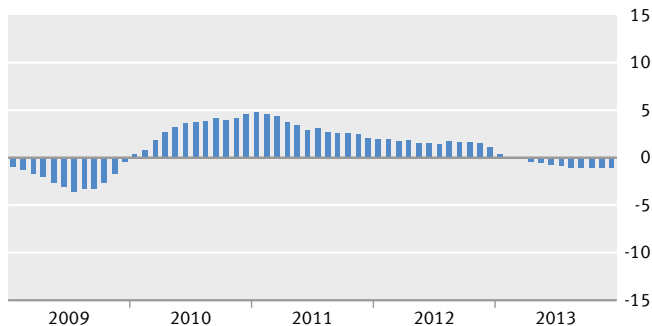
Index der Einfuhrpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



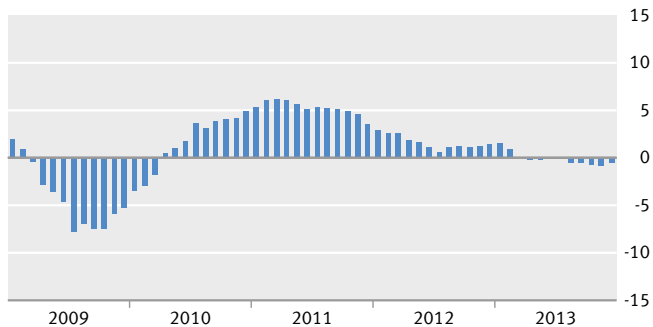
Index der Ausführpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



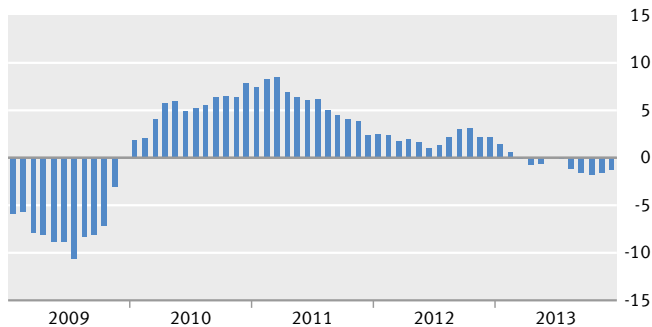
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



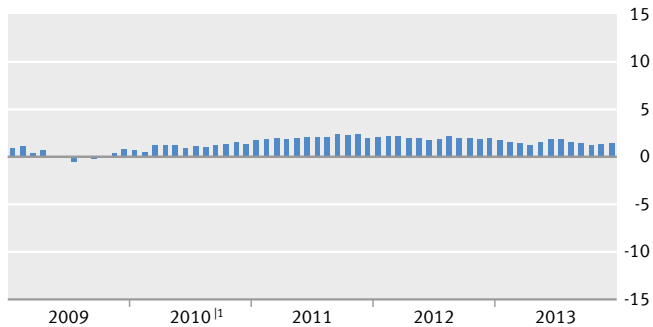
Index der Großhandelsverkaufspreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



Index der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



1 Grundsätzliche Änderungen der Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigen.

15.1 Energiepreise

	Anteil an Energie ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Energie	100	128,3	137,6	128,0	7,2	- 7,0
Primärenergieträger						
Erdöl	43,3	132,8	145,0	136,0	9,2	- 6,2
Erdgas, verflüssigt oder gasförmig	25,9	124,7	132,1	122,3	5,9	- 7,4
Kohle	4,0	117,8	109,9	93,3	- 6,7	- 15,1
Sekundärenergieträger						
Mineralölzeugnisse	23,5	128,2	141,3	131,6	10,2	- 6,9
Elektrischer Strom	2,2	105,5	89,6	83,5	- 15,1	- 6,8
Kokereierzeugnisse	1,3	120,0	103,8	86,4	- 13,5	- 16,8
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Energie	100	109,7	113,0	112,0	3,0	- 0,9
Primärenergieträger						
Erdöl und Erdgas	118,2	142,2	143,4	20,3	0,8
Kohle	109,9	113,0	114,1	2,8	1,0
Sekundärenergieträger						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	45,1	105,1	100,5	99,5	- 4,4	- 1,0
Erdgas (Verteilung)	27,8	114,5	126,2	127,1	10,2	0,7
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	116,0	123,3	117,1	6,3	- 5,0
Fernwärme	4,1	107,0	116,2	119,7	8,6	3,0
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	4,0	101,1	103,1	104,9	2,0	1,7
Verbraucherpreisindex für Energie	100	110,1	116,4	118,0	5,7	1,4
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	64,0	109,4	115,8	120,6	5,9	4,1
Strom	24,6	107,2	110,3	123,4	2,9	11,9
Zentralheizung, Fernwärme u. a.	14,4	106,7	116,3	119,5	9,0	2,8
Gas	13,6	104,8	110,4	111,8	5,3	1,3
Flüssige Brennstoffe	10,4	124,6	135,7	127,5	8,9	- 6,0
Feste Brennstoffe	1,0	106,7	108,5	113,3	1,7	4,4
Kraftstoffe	36,0	111,3	117,5	113,5	5,6	- 3,4

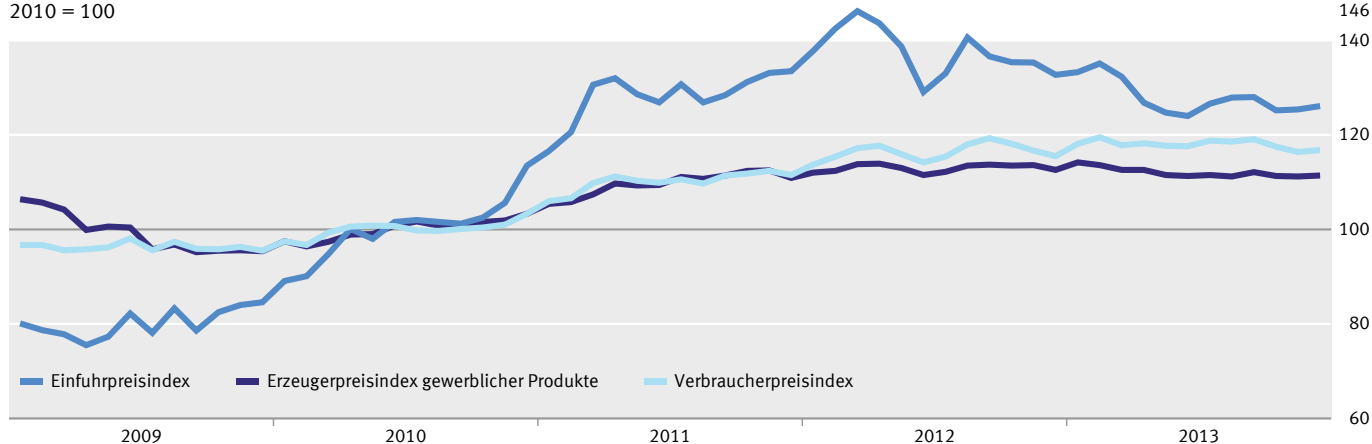
Der **Einfuhrpreisindex** enthält vor allem Primärenergieträger wie Erdöl oder Erdgas. Weiterverarbeitete Energieträger wie Mineralölzeugnisse werden nur in geringem Umfang eingeführt.

Die in Deutschland genutzte Sekundärenergie stammt größtenteils aus inländischer Produktion: Strom wird zu 93 % im Inland erzeugt. Dieselmotoren stammen zu 78 % und Benzin zu 74 % aus deutschen Raffinerien. Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** enthält daher überwiegend Sekundärenergieträger. Zu einem geringen Anteil wird auch Primärenergie in Deutschland gewonnen – insbesondere durch die Braunkohleförderung.

Der **Verbraucherpreisindex** enthält vor allem Sekundärenergieträger wie Kraftstoffe, Strom und Gas. Primärenergieträger sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher von geringer Bedeutung.

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Preisindizes für Energie
2010 = 100



2014 - 01 - 0301

15.2 Nahrungsmittelpreise

	Anteil an Nahrungsmitteln	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
		2010 = 100			%	
	%				%	
Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel ¹	100	107,5	109,9	110,5	2,2	0,5
darunter:						
Gemüse und Früchte	32,1	103,4	108,2	112,0	4,6	3,5
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	14,6	114,8	103,7	92,6	-9,7	-10,7
Fleisch und Zubereitungen von Fleisch	14,1	107,6	112,0	111,3	4,1	-0,6
Milch und Milcherzeugnisse, Eier	12,7	106,7	108,8	113,3	2,0	4,1
Getreide und Getreideerzeugnisse	9,0	114,7	120,9	119,2	5,4	-1,4
Fische, Krebs- und Weichtiere und Zubereitungen daraus	8,1	106,3	113,2	119,0	6,5	5,1
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	113,0	119,0	121,1	5,3	1,8
darunter:						
Tiere	32,7	110,3	121,5	120,8	10,2	-0,6
Milch	25,5	115,5	106,3	125,4	-8,0	18,0
Getreide (einschl. Saatgut)	15,1	131,2	148,0	124,9	12,8	-15,6
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,2	99,5	107,1	105,0	7,6	-2,0
Handelsgewächse (z. B. Raps, Zuckerrüben)	7,3	114,1	125,3	105,0	9,8	-16,2
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel	100	105,9	109,8	112,9	3,7	2,8
darunter:						
Fleisch und Fleischerzeugnisse	29,4	104,5	110,9	113,9	6,1	2,7
Milch und Milcherzeugnisse	17,8	106,2	103,5	111,7	-2,5	7,9
Back- und Teigwaren	16,9	104,5	107,4	110,3	2,8	2,7
Obst- und Gemüseezeugnisse	6,7	111,5	116,9	119,7	4,8	2,4
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	3,4	115,8	122,0	115,1	5,4	-5,7
Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel	100	102,2	105,7	110,4	3,4	4,4
darunter:						
Fleisch und Fleischwaren	22,9	102,8	108,5	113,4	5,5	4,5
Brot und Getreideerzeugnisse	19,2	102,9	106,8	109,2	3,8	2,2
Molkereiprodukte und Eier	15,8	104,3	104,6	110,0	0,3	5,2
Gemüse	12,4	95,6	98,1	104,1	2,6	6,1
Obst	9,7	103,5	109,1	117,0	5,4	7,2

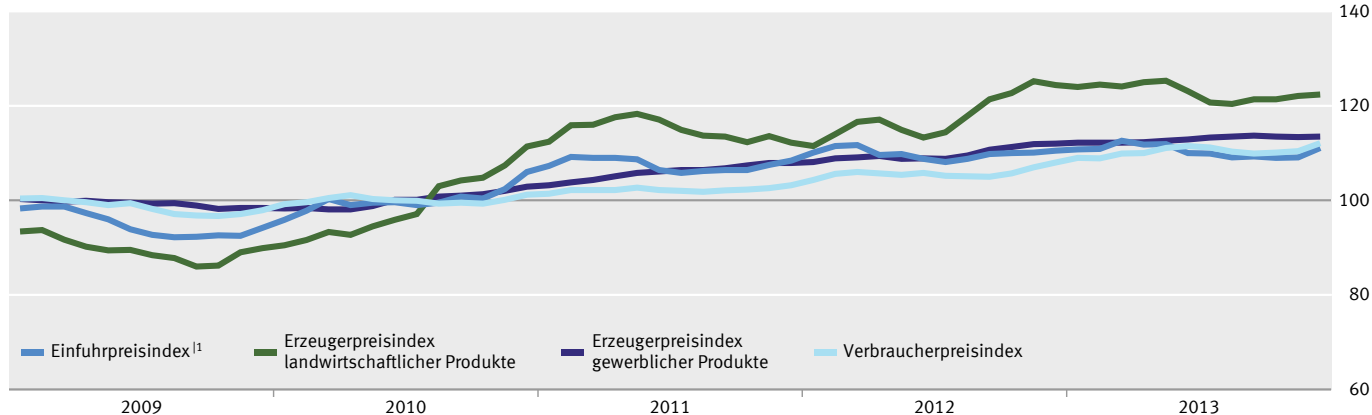
Der **Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel** umfasst sowohl unverarbeitete als auch weiterverarbeitete Nahrungsmittel. Er verläuft daher zwar stabiler als der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte, weist aber gleichzeitig mehr Schwankungen auf als der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte.

Der **Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte** misst die durchschnittliche Preisentwicklung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen spielen vor allem Angebotsschwankungen aufgrund klimatischer Faktoren eine große Rolle. Daraus resultierende Preisschwankungen wirken sich – bei einem globalisierten Markt – weltweit aus.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel** misst die durchschnittliche Preisentwicklung weiterverarbeiteter Nahrungsmittel. Hier spielen die Rohstoffkosten eine geringere Rolle als bei den landwirtschaftlichen Produkten, da der Verarbeitungsgrad höher ist. Stabileren Faktoren wie Lohn-, Betriebs- oder Verpackungskosten haben hier größeres Gewicht, sodass die Preise im Ernährungsgewerbe weniger stark schwanken.

1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

Preisindizes für Nahrungsmittel
2010 = 100



1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

2014 - 01 - 0302

15.3 Einfuhrpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Einfuhrpreisindex	100	106,4	108,7	105,9	2,2	-2,6
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	35,0	106,1	105,9	103,0	-0,2	-2,7
darunter:						
Metalle	6,8	111,0	107,1	99,1	-3,5	-7,5
Chemische Grundstoffe	5,5	113,8	114,8	112,6	0,9	-1,9
Elektronische Bauelemente und Leiterplatten	3,6	87,2	85,7	84,2	-1,7	-1,8
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	27,4	98,1	99,5	97,7	1,4	-1,8
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9,3	101,2	102,5	102,1	1,3	-0,4
Maschinen	8,6	101,9	104,1	103,8	2,2	-0,3
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	20,6	103,1	106,4	106,8	3,2	0,4
Gebrauchsgüter	4,9	99,7	101,8	101,0	2,1	-0,8
darunter:						
Geräte der Unterhaltungselektronik	1,5	96,6	95,9	93,8	-0,7	-2,2
Verbrauchsgüter	15,7	104,2	107,8	108,7	3,5	0,8
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	99,3	100,0	99,6	0,7	-0,4
Energie	13,4	128,3	137,6	128,0	7,2	-7,0
Erdöl und Erdgas	9,2	129,8	140,1	130,8	7,9	-6,6
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	3,3	127,7	139,3	129,3	9,1	-7,2
Kohle	0,5	117,8	109,9	93,3	-6,7	-15,1
Elektrischer Strom	0,3	105,5	89,6	83,5	-15,1	-6,8
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	3,6	109,3	111,7	109,6	2,2	-1,9

Vorleistungsgüter sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden.

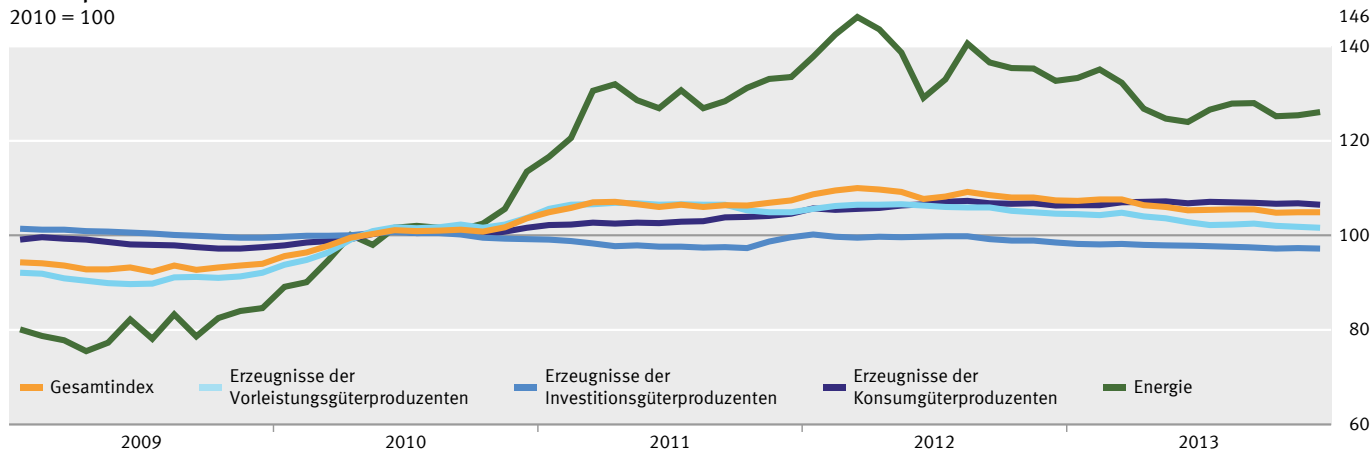
Investitionsgüter werden vor allem für Unternehmen hergestellt und können dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden.

Konsumgüter sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden.

Zur **Energie** zählen alle Energieprodukte, unabhängig davon, ob sie für Unternehmen oder Privathaushalte bestimmt sind.

Einfuhrpreisindizes

2010 = 100



2014 - 01 - 0303

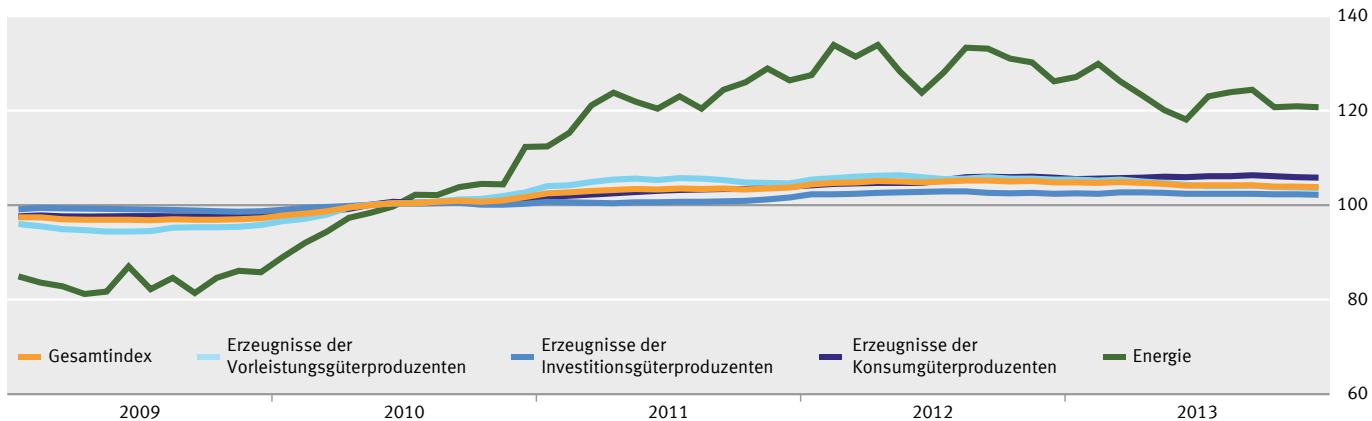
15.4 Ausfuhrpreise

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Ausfuhrpreisindex	100	103,3	104,9	104,3	1,5	-0,6
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	35,6	105,0	105,8	104,4	0,8	-1,3
darunter:						
Chemische Grundstoffe	6,2	109,4	112,3	111,0	2,7	-1,2
Metalle	5,1	110,4	107,8	101,2	-2,4	-6,1
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	44,8	100,8	102,6	102,4	1,8	-0,2
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	17,7	101,6	104,0	102,8	2,4	-1,2
Maschinen	16,4	101,6	103,6	104,8	2,0	1,2
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	16,4	102,9	105,2	105,9	2,2	0,7
Gebrauchsgüter	3,4	101,0	101,9	101,9	0,9	0,0
darunter:						
Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	0,8	100,6	102,8	103,4	2,2	0,6
Verbrauchsgüter	13,0	103,4	106,1	106,9	2,6	0,8
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,6	99,0	101,1	100,8	2,1	-0,3
Energie	2,3	122,0	130,1	123,2	6,6	-5,3
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	1,4	127,5	137,6	128,8	7,9	-6,4
Erdöl und Erdgas	0,5	115,4	133,5	131,8	15,7	-1,3
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,0	115,7	117,2	115,8	1,3	-1,2

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Ausfuhrpreisindizes

2010 = 100



2014 - 01 - 0304

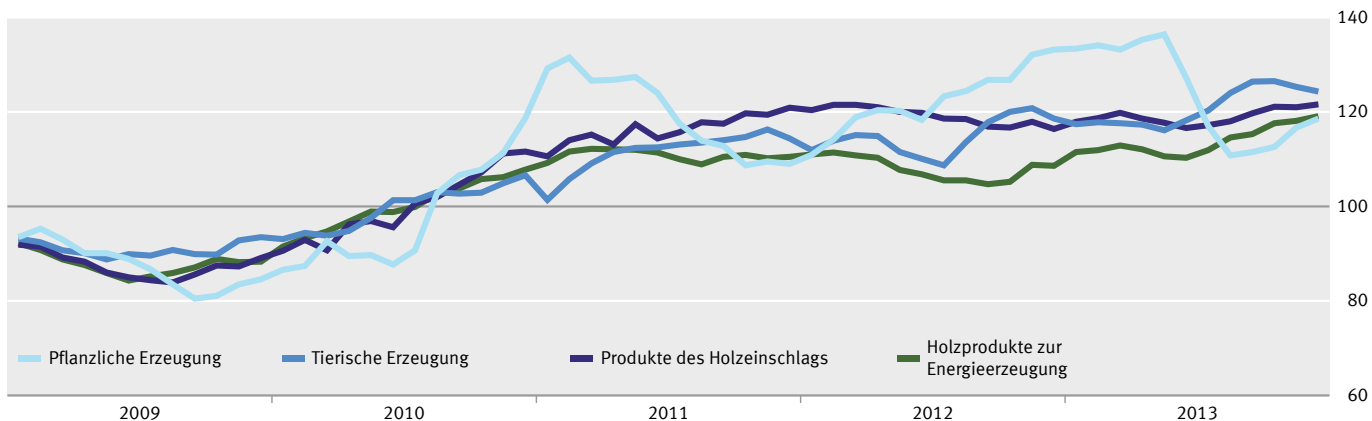
15.5 Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100	113,0	119,0	120,4	5,3	1,2
Pflanzliche Erzeugung	39,4	114,9	125,3	119,3	9,1	- 4,8
Getreide (einschl. Saatgut)	15,1	131,2	148,0	124,9	12,8	- 15,6
Getreide	14,9	131,5	148,4	125,0	12,9	- 15,8
Getreidesaatgut	0,3	117,7	125,6	121,2	6,7	- 3,5
Handelsgewächse	7,3	114,1	125,3	105,0	9,8	- 16,2
Raps	5,7	116,8	127,9	101,6	9,5	- 20,6
Zuckerrüben	1,7	104,9	116,6	116,6	11,2	0,0
Kartoffeln (einschl. Pflanzkartoffeln)	3,6	104,0	97,2	170,6	- 6,5	75,5
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	12,2	99,5	107,1	105,0	7,6	- 2,0
Gemüse	5,1	97,7	110,9	105,4	13,5	- 5,0
Pflanzen und Blumen	7,1	100,7	104,3	104,7	3,6	0,4
Obst	1,1	101,9	109,4	128,3	7,4	17,3
Tierische Erzeugung	60,6	111,8	114,9	121,1	2,8	5,4
Tiere	32,7	110,3	121,5	120,8	10,2	- 0,6
Rinder	8,8	114,0	126,9	123,6	11,3	- 2,6
Schweine	18,6	108,1	120,9	120,2	11,8	- 0,6
Schafe und Ziegen	0,4	110,8	120,1	119,9	8,4	- 0,2
Geflügel	4,8	111,6	113,8	118,2	2,0	3,9
Milch	25,5	115,5	106,3	122,4	- 8,0	15,1
Eier	2,4	94,0	117,4	110,2	24,9	- 6,1
Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags	100	116,3	119,1	119,0	2,4	- 0,1
Stammholz und -abschnitte zusammen	74,3	117,2	119,8	120,1	2,2	0,3
Industrieholz	21,3	116,6	111,1	107,9	- 4,7	- 2,9
Brennholz	4,4	99,2	146,7	154,5	47,9	5,3
nachrichtlich:						
Holzprodukte zur Energieerzeugung	100	110,8	108,0	113,8	- 2,5	5,4
Holz in Form von Plättchen oder Schnitzeln	36,8	106,3	104,0	111,3	- 2,2	7,0
Pellets, Briketts, Scheiten o. ä. Formen aus Sägespänen u. a. Sägenebenprodukten	23,6	108,0	109,1	127,5	1,0	16,9
Industrieholz	39,6	116,6	111,1	107,9	- 4,7	- 2,9

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Erzeugerpreisindizes landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

2010 = 100

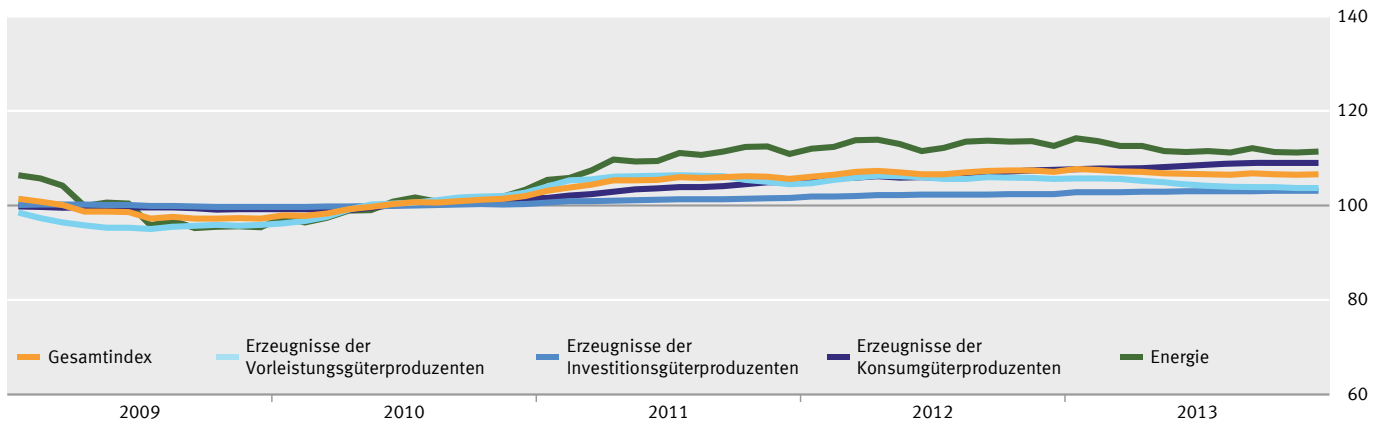


2014 - 01 - 0305

15.6 Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte	100	105,3	107,0	106,9	1,6	-0,1
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	31,1	105,6	105,8	104,6	0,2	-1,1
darunter:						
Metalle	5,5	109,7	106,8	101,6	-2,6	-4,9
Gummi- und Kunststoffwaren	3,8	104,2	106,6	107,3	2,3	0,7
Chemische Grundstoffe	3,1	109,5	113,7	111,7	3,8	-1,8
Papier, Pappe und Waren daraus	2,2	106,7	105,3	104,6	-1,3	-0,7
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	23,9	101,2	102,2	103,0	1,0	0,8
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	9,8	100,9	101,5	101,8	0,6	0,3
Maschinen	6,8	101,9	103,9	105,4	2,0	1,4
Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (einschl. Wartung)	2,6	101,6	103,3	105,2	1,7	1,8
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	1,4	104,2	105,4	105,1	1,2	-0,3
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	18,1	103,5	106,3	108,4	2,7	2,0
Erzeugnisse der Verbrauchsgüterproduzenten	15,8	103,8	106,8	109,0	2,9	2,1
darunter:						
Nahrungsmittel	9,3	105,9	109,8	112,9	3,7	2,8
Getränke	1,7	101,8	104,8	106,7	2,9	1,8
Erzeugnisse der Gebrauchsgüterproduzenten	2,3	101,7	103,3	104,3	1,6	1,0
darunter:						
Möbel	1,2	102,3	104,6	106,2	2,2	1,5
Energie	26,9	109,7	113,0	112,0	3,0	-0,9
darunter:						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	12,2	105,1	100,5	99,5	-4,4	-1,0
Erdgas (Verteilung)	7,5	114,5	126,2	127,1	10,2	0,7
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	.	116,0	123,3	117,1	6,3	-5,0
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	1,1	101,1	103,1	104,9	2,0	1,7
Erdöl und Erdgas	.	118,2	142,2	143,4	20,3	0,8

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte
2010 = 100



2014 - 01 - 0306

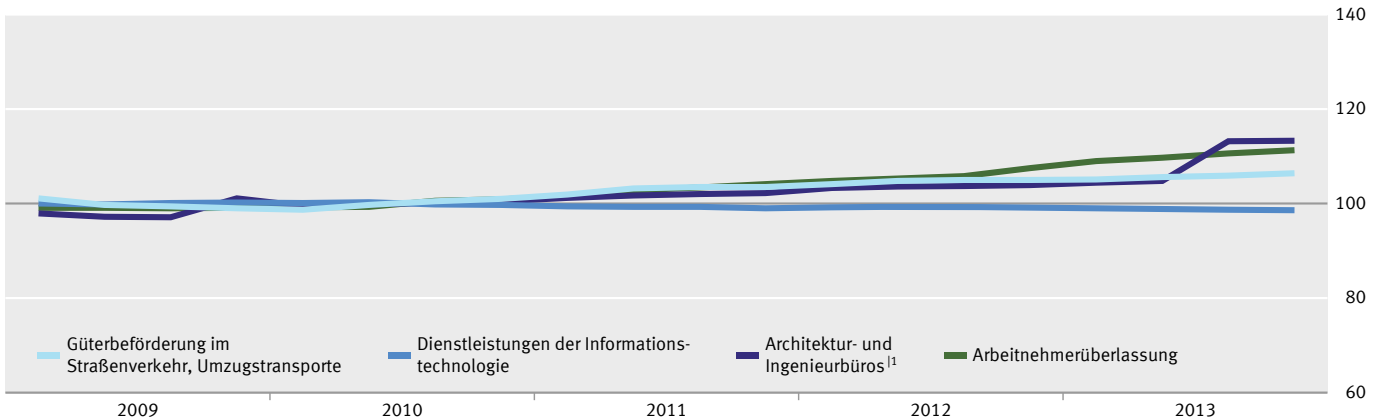
15.7 Erzeugerpreise für Dienstleistungen

	Umsatz ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2010	2011	2012	2013	2012	2013
	Mrd. EUR	2010 = 100			%	
Verkehr und Lagerei						
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	34,5	103,0	104,7	105,8	1,7	1,1
Post-, Kurier- und Expressdienste	27,5	100,4	101,4	103,0	1,0	1,6
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	26,0	105,5	128,8	129,5	22,1	0,5
Lagerei	7,5	102,1	102,5	103,6	0,4	1,1
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6,0	101,2	105,3	108,3	4,1	2,8
Luftfracht	4,2	122,7	144,8	146,3	18,0	1,0
Frachtschlag	2,8	100,8	101,2	103,2	0,4	2,0
Information und Kommunikation						
Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	80,8	99,3	99,2	98,8	-0,1	-0,4
Telekommunikationsdienstleistungen (Fernmeldedienste)	72,7	96,4	94,8	93,6	-1,7	-1,3
Datenverarbeitung, Hosting u. Ä.; Webportale	5,5	96,2	94,5	92,5	-1,8	-2,1
Korrespondenz- und Nachrichtenbüros; Recherchedienste	3,1	101,3	102,3	103,4	1,0	1,1
Verlegen von Software (ohne Computerspiele)	0,7	100,0	100,1	100,1	0,1	0,0
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen						
Architektur- und Ingenieurbüros	45,1	101,8	103,6	108,9	1,8	5,1
Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Buchführung	23,5	101,9	103,9	109,9	2,0	5,8
Public Relations- und Unternehmensberatung	20,9	100,9	102,0	102,9	1,1	0,9
Werbung	20,2	99,7	99,9	101,3	0,2	1,4
Rechtsberatung	18,3	100,9	101,9	107,8	1,0	5,8
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8,8	102,1	103,5	105,3	1,4	1,7
Markt- und Meinungsforschung	2,2	100,3	100,7	101,4	0,4	0,7
Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen						
Arbeitnehmerüberlassung	27,6	103,0	105,9	110,2	2,8	4,1
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	15,2	100,8	102,5	104,1	1,7	1,6
Wach- und Sicherheitsdienste	4,2	102,0	104,5	107,7	2,5	3,1
Personalvermittlung	1,7	104,9	108,8	112,5	3,7	3,4

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

¹ Quelle: Dienstleistungsstatistik, Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
2010 = 100



¹ Viertes Quartal 2009 und drittes Quartal 2013: Anhebung der Gebührensätze als Folge der Einführung der neuen Honorarordnung für Architektinnen und Architekten und Ingenieurinnen und Ingenieure.

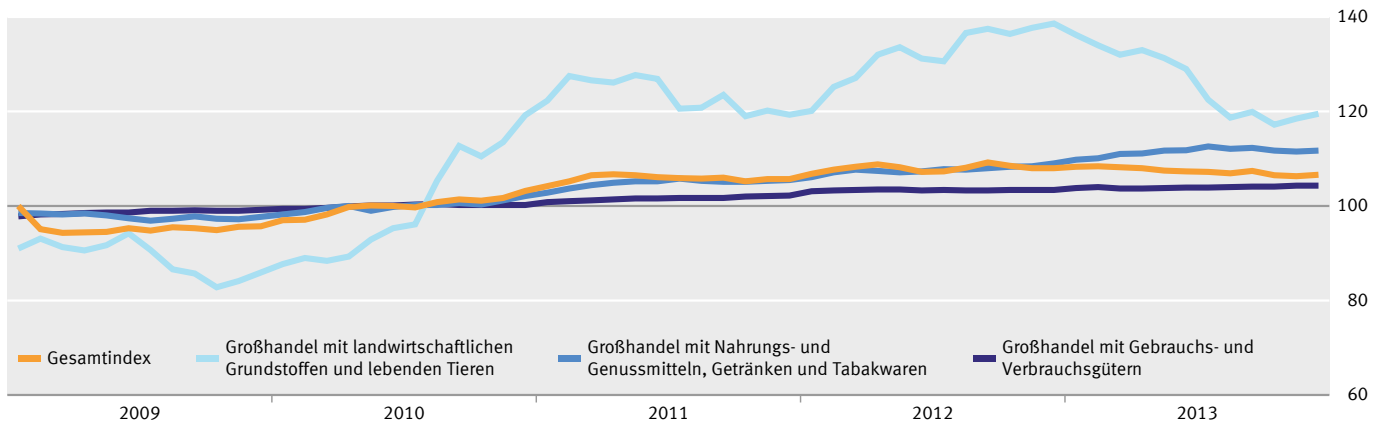
15.8 Großhandelsverkaufspreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Index der Großhandelsverkaufspreise	100	105,8	108,0	107,4	2,1	- 0,6
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	4,5	123,4	132,2	126,0	7,1	- 4,7
darunter:						
Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	2,9	132,3	140,4	129,8	6,1	- 7,5
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	16,0	104,9	107,7	111,5	2,7	3,5
darunter:						
Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,4	103,7	102,5	112,7	- 1,2	10,0
Großhandel mit Getränken	2,1	102,0	104,3	106,9	2,3	2,5
Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	1,4	103,6	110,6	112,6	6,8	1,8
Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	1,1	109,8	110,0	116,3	0,2	5,7
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ¹	21,8	101,6	103,4	104,0	1,8	0,6
darunter:						
Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik	4,3	99,2	99,2	99,1	0,0	- 0,1
Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	8,2	91,5	90,0	87,6	- 1,6	- 2,7
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	8,9	103,1	105,7	107,4	2,5	1,6
Sonstiger Großhandel	35,1	110,5	112,5	109,5	1,8	- 2,7
darunter:						
Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineral-ölerzeugnissen	12,4	114,2	121,3	115,8	6,2	- 4,5
Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	7,4	111,5	107,9	102,5	- 3,2	- 5,0
Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	4,5	103,2	105,2	106,5	1,9	1,2
Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5,5	106,4	109,2	110,1	2,6	0,8

1 Der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren zählt hier nicht zum Großhandel mit Verbrauchsgütern.

Indizes der Großhandelsverkaufspreise

2010 = 100



2014 - 01 - 0308

15.9 Bau- und Immobilienpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Baukostenindizes						
Baukosten für den Neubau von Wohngebäuden ...	100	103,6	105,6	106,5	1,9	0,9
darunter:						
Materialkosten	58,8	104,5	106,2	107,4	1,6	1,1
Arbeitskosten	36,9	102,0	104,7	104,9	2,6	0,2
Baupreisindizes						
Konventioneller Neubau von Wohngebäuden	100	102,8	105,4	107,5	2,5	2,0
Rohbauarbeiten	45,5	102,8	105,3	107,1	2,4	1,7
darunter:						
Mauerarbeiten	11,0	101,5	103,5	104,8	2,0	1,3
Betonarbeiten	15,7	102,9	104,8	106,0	1,8	1,1
Zimmer- und Holzbauarbeiten	4,6	104,6	108,3	110,8	3,5	2,3
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten ..	4,8	102,9	106,5	109,5	3,5	2,8
Ausbauarbeiten	54,5	102,7	105,5	107,9	2,7	2,3
darunter:						
Putz- und Stuckarbeiten	4,1	102,0	104,6	106,8	2,5	2,1
Tischlerarbeiten	9,6	102,7	105,0	107,4	2,2	2,3
Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungsanlagen	7,0	103,4	107,0	110,3	3,5	3,1
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen innerhalb von Gebäuden	4,6	104,1	107,7	111,1	3,5	3,2
Konventioneller Neubau von Bürogebäuden	100	103,0	105,5	107,6	2,4	2,0
Konventioneller Neubau von gewerblichen Betriebsgebäuden	100	103,2	105,8	107,8	2,5	1,9
Straßenbau	100	102,5	106,3	108,9	3,7	2,4
Brücken im Straßenbau	100	103,0	105,2	106,5	2,1	1,2
Ortskanäle	100	101,9	104,5	106,4	2,6	1,8
Instandhaltung von Wohngebäuden	100	103,0	106,1	109,0	3,0	2,7
Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart	100	103,1	105,8	109,8	2,6	3,8
Preisindex für Bauland ¹	100	102,8	103,4	109,2	0,6	5,6
Häuserpreisindex	100	103,5	107,1	...	3,5	...
Neu erstellte Wohnimmobilien	12,9	105,1	108,1	...	2,9	...
Bestehende Wohnimmobilien	87,1	103,3	106,9	...	3,5	...

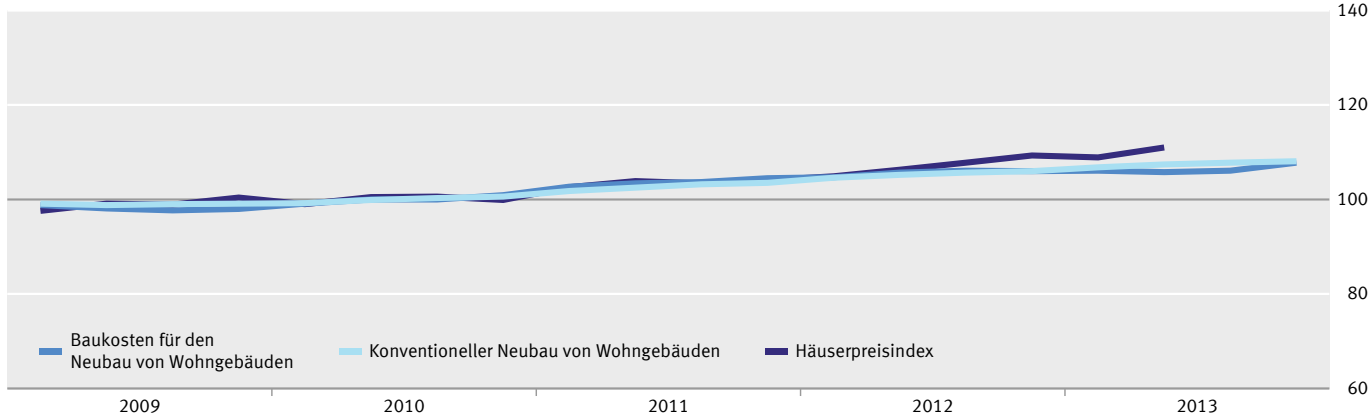
Baukostenindizes messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen von den Bauunternehmen eingesetzten Produktionsfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren.

Baupreisindizes hingegen messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise, die vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden. Sie umfassen somit nicht nur die Faktorkosten und alle Veränderungen der Produktivität, sondern auch die Veränderung der Gewinnmargen des Bauunternehmens sowie die Umsatzsteuer. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind weder Bestandteil eines Baukostenindex noch eines Baupreisindex.

Der **Häuserpreisindex** misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden.

1 Angaben für die Jahre 2012 und 2013 sind vorläufig.

Bau- und Immobilienpreisindizes
2010 = 100

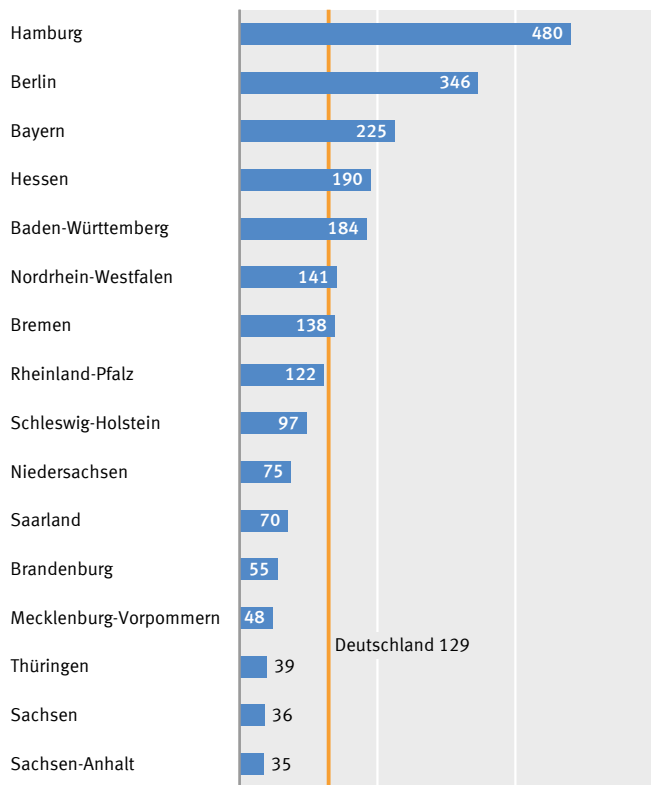


15.10 Kaufwerte für baureifes Land 2012

	Kauffälle	Veräußerte Fläche	Durchschnittlicher Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	EUR je m ²
Deutschland	79 248	77 638	129
Baden-Württemberg	6 671	4 860	184
Bayern	16 771	14 785	225
Berlin	1 414	1 695	346
Brandenburg	5 988	6 195	55
Bremen	258	269	138
Hamburg	953	1 092	480
Hessen	7 397	6 517	190
Mecklenburg-Vorpommern	1 599	2 156	48
Niedersachsen	13 787	14 161	75
Nordrhein-Westfalen	5 602	4 152	141
Rheinland-Pfalz	5 954	4 069	122
Saarland	1 086	1 232	70
Sachsen	4 808	10 145	36
Sachsen-Anhalt	2 066	2 186	35
Schleswig-Holstein	2 202	1 852	97
Thüringen	2 692	2 271	39

Die Kaufwerte für baureifes Land beziehen sich auf Flächen, die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften baulich nutzbar und von den Gemeinden für die Bebauung vorgesehen sind. Es handelt sich nicht um einen Index, sondern um absolute Werte. Die Ergebnisse sind nicht über die Zeit vergleichbar.

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2012 in EUR je m²



2014 - 01 - 0310

15.11 Verbraucherpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2011	2012	2013	2012	2013
	%	2010 = 100			%	
Verbraucherpreisindex	100	102,1	104,1	105,7	2,0	1,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,3	102,8	106,3	110,4	3,4	3,9
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	3,8	101,8	104,8	107,0	2,9	2,1
Bekleidung und Schuhe	4,5	101,2	103,3	104,4	2,1	1,1
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	31,7	103,1	105,4	107,5	2,2	2,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	5,0	100,4	101,1	102,1	0,7	1,0
Gesundheitspflege	4,4	100,7	103,2	99,4	2,5	-3,7
Verkehr	13,5	104,5	107,7	107,5	3,1	-0,2
Nachrichtenübermittlung	3,0	96,5	94,8	93,4	-1,8	-1,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,5	99,7	100,6	103,1	0,9	2,5
Bildungswesen	0,9	99,6	94,0	95,1	-5,6	1,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	4,5	101,5	103,6	106,0	2,1	2,3
Andere Waren und Dienstleistungen	7,0	101,6	102,6	104,3	1,0	1,7
Verbrauchsgüter	30,8	104,9	109,0	111,5	3,9	2,3
darunter:						
Nahrungsmittel	9,1	102,2	105,7	110,4	3,4	4,4
Haushaltsenergie (Strom, Gas u. a. Brennstoffe)	6,8	109,4	115,8	120,6	5,9	4,1
Kraftstoffe	3,8	111,3	117,5	113,5	5,6	-3,4
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	9,1	100,9	102,7	104,1	1,8	1,4
darunter:						
Bekleidungsartikel	3,3	101,1	103,3	104,2	2,2	0,9
Schuhe und Schuhzubehör	0,8	101,4	103,1	104,6	1,7	1,5
Heimtextilien	0,4	100,9	103,7	104,7	2,8	1,0
Langlebige Gebrauchsgüter	8,1	98,8	98,0	97,4	-0,8	-0,6
darunter:						
Kauf von Fahrzeugen	3,3	100,9	101,0	100,8	0,1	-0,2
Möbel und Leuchten	1,7	100,7	101,4	102,4	0,7	1,0
Informationsverarbeitungsgeräte	0,6	88,3	80,6	74,3	-8,7	-7,8
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	31,0	101,0	102,4	103,8	1,4	1,4
darunter:						
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	3,3	100,8	101,7	107,2	0,9	5,4
Telekommunikationsdienstleistungen	2,6	96,8	95,1	93,6	-1,8	-1,6
Versicherungsdienstleistungen	2,3	101,7	102,0	104,1	0,3	2,1
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	1,1	101,9	104,0	108,3	2,1	4,1
Nettokaltmiete	21,0	101,3	102,5	103,8	1,2	1,3

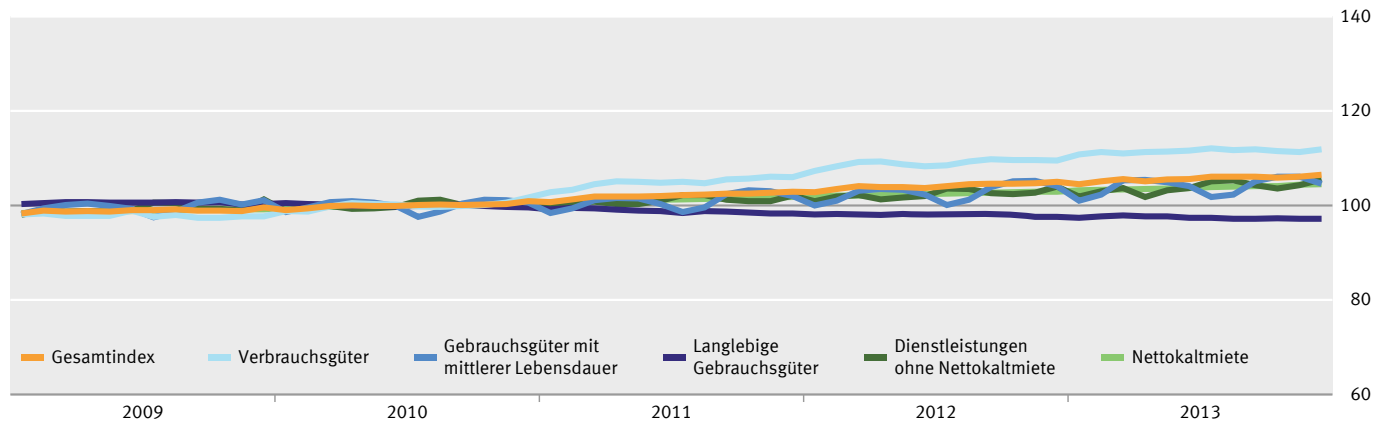
Verbrauchsgüter, z. B. Nahrungsmittel, werden relativ oft gekauft oder fast täglich konsumiert.

Gebrauchsgüter werden in der Regel seltener gekauft. Beim Verbraucherpreisindex sind Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer beispielsweise Bekleidungsartikel und Schuhe, langlebige Gebrauchsgüter sind u. a. Fahrzeuge, Möbel und Computer.

Bei den **Dienstleistungen** spielen die Wohnungsmieten eine wichtige Rolle. Aber auch andere Dienstleistungen, z. B. Versicherungsdienstleistungen, gehören hier dazu.

Verbraucherpreisindizes

2010 = 100



2014 - 01 - 0311

Methodik

■ Preisstatistik

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen Erzeugung, Außenhandel, Großhandel sowie privater Konsum. Absolute Durchschnittspreise in Euro werden nur in wenigen Bereichen berechnet, als Kaufwerte für Bauland bzw. landwirtschaftliche Grundstücke sowie für ausgewählte Energieträger.

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Der nationale Verbraucherpreisindex und der europaweit harmonisierte Verbraucherpreisindex werden z. B. zur Messung von Inflation aus Sicht der privaten Endverbraucherinnen und Endverbraucher verwendet. Auch sind Preisindizes häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen, die in privaten und gewerblichen Verträgen vorkommen. Solche Vereinbarungen sollen sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht. Schließlich werden Preisindizes verwendet, um nominale wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Preisänderungen zu bereinigen und somit reale Wachstumsraten zu berechnen.

■ Berechnung von Preisindizes

Die meisten Preisindizes der amtlichen Statistik geben Auskunft über die Preisentwicklung im Zeitablauf. Sie zeigen an, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Zusätzlich werden Veränderungsraten berechnet, welche die prozentuale Preisentwicklung zum Vorjahresmonat und zum Vormonat angeben. Die Berechnung von Preisindizes für den zeitlichen Preisvergleich kann in fünf Schritten dargestellt werden:

1. Schritt: Zunächst wird der Geltungsbereich der Preisstatistik festgelegt (z. B. sämtliche Konsumausgaben der privaten Haushalte oder sämtliche Verkäufe von Produktionsbetrieben bestimmter Wirtschaftsbereiche in Deutschland). Dann erfolgt eine Untergliederung aller im Geltungsbereich umgesetzten Waren und Dienstleistungen in einzelne Güterbereiche. Dabei werden in der Regel international abgestimmte Güterklassifikationen verwendet, z. B. in der Erzeugerpreisstatistik das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
2. Schritt: Anschließend werden für jeden Güterbereich konkrete Waren und Dienstleistungen für die Preismessung ausgewählt. Häufig werden in einem repräsentativen Stichprobenverfahren zunächst Berichtsstellen ermittelt (z. B. Geschäfte, Produktionsbetriebe etc.). Aus deren Angebot werden dann die wichtigsten Produkte für die Preiserhebung bestimmt. Die Gesamtheit der ausgewählten Waren und Dienstleistungen bezeichnet man auch als „Warenkorb“.
3. Schritt: Für die Produkte des Warenkorbes erfolgt eine monatliche oder vierteljährliche Preisbeobachtung, z. B. durch schriftliche Preismeldung, Online-meldung der ausgewählten Betriebe, Internetrecherche oder durch Preiserhebung in den Einzelhandelsgeschäften vor Ort. Letztere führen Erhebungsbeauftragte der amtlichen Statistik durch. Im Zuge der Preisbeobachtung wird der Warenkorb regelmäßig aktualisiert. Konkrete Produktrepräsentanten, z. B. Produkte einer bestimmten Marke, werden ausgetauscht, wenn sie nicht mehr oder nur noch wenig verkauft werden.
4. Schritt: Aus den erhobenen Preisdaten werden fortlaufende Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen erstellt. Beim Austausch von konkreten Produktrepräsentanten oder bei Veränderungen der Produkteigenschaften wird die Vergleichbarkeit der Preise durch Mengen- oder Qualitätsbereinigung rechnerisch hergestellt. Verringert z. B. ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, wird dies in der Preisstatistik wie eine Preiserhöhung behandelt. Weiterhin werden Qualitätsänderungen berücksichtigt – z. B. bei Gütern mit technischem Fortschritt. Qualitätsbereinigungen sind bei der Berechnung von Preisindizes zwingend notwendig. Würden sie unterlassen, käme dies entweder der

Annahme gleich, dass Produktänderungen aus Käufersicht irrelevant seien oder dass bei Produktwechsellern die Preisunterschiede voll den Qualitätsunterschieden zuzuschlagen wären. Da beide Annahmen in der Regel nicht pauschal zutreffen, ist es notwendig, qualitative Veränderungen der Produkte bei der Preismessung zu quantifizieren und aus der Preisberechnung herauszurechnen. Die fortlaufenden Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen werden anschließend zu Teilindizes zusammengefasst.

5. Schritt: Schließlich wird der gesamte Preisindex als gewichteter Mittelwert der Teilindizes der einzelnen Güterbereiche berechnet. Die Gewichtungsinformationen sind im sogenannten Wägungsschema enthalten und spiegeln die Bedeutung der einzelnen Güterbereiche für die Grundgesamtheit aller Waren und Dienstleistungen wider. Güterbereiche mit hohen Umsätzen gehen mit einem entsprechend hohen Gewicht in den Gesamtindex ein. Im Gegensatz zum Warenkorb wird das Wägungsschema in der Regel nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung darstellen zu können, unbeeinflusst von Änderungen in der Zusammensetzung der Grundgesamtheit.

■ Außenhandelspreisindizes

Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Die Außenhandelspreise werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Import- und Exportunternehmen erhoben. In einigen Fällen werden auch internationale Börsennotierungen herangezogen. Zu den mit dem Ausland gehandelten Waren zählen u. a. Getreide, Rohkaffee, Erdöl, Erdgas, Erze, Fahrzeug- und Maschinenbauerzeugnisse. Beobachtet werden tatsächlich gezahlte Preise „frei deutsche Grenze“. Nicht enthalten in den Preisen sind öffentliche Abgaben wie Zölle und Einfuhrumsatzsteuer bei der Einfuhr und Umsatzsteuer und Exporthilfen bei der Ausfuhr. In Fremdwährung gemeldete Preise werden mit den jeweils geltenden Devisenkursen in Euro umgerechnet. Die Indizes der Außenhandelspreise werden für die Gesamtheit der Ein- bzw. Ausfuhrwaren sowie für eine große Zahl von Warengruppen verschiedener Aggregationsstufen berechnet und veröffentlicht. Die Waren werden gegliedert nach ausgewählten Positionen des systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009), nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW 2002) sowie nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4). Räumlich erfolgt eine Gliederung nach dem Handel mit Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern.

■ Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte misst die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps und Rinder. Obwohl es sich um einen Erzeugerpreisindex handelt, werden die Preise nicht bei den Erzeugerinnen und Erzeugern erhoben, da diese ihre Produkte aufgrund saisonaler Schwankungen nur sehr unregelmäßig verkaufen. Die Preise werden monatlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland erfragt, die pflanzliche und tierische Erzeugnisse regelmäßig von den landwirtschaftlichen Betrieben kaufen, vermarkten oder hierüber Statistiken führen. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich bezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 35 landwirtschaftliche Erzeugnisse dargestellt, gegliedert nach pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.

■ Erzeugerpreise der Produkte des Holzeinschlags

Der Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Dazu zählen Stammholz, Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz. Da die Landesforstverwaltungen als Preisführer im Rohholzmarkt gelten, kann der Index

als repräsentativ für die Entwicklung der Rohholzpreise in Deutschland gelten. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich bezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 20 Holzprodukte dargestellt, gegliedert nach Stammholz, Industrieholz und Brennholz. Seit Januar 2010 wird zudem aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags der Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung berechnet. Dieser misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können.

■ Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe, Nahrungsmittel und Kraftwagen. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Erzeuger gewerblicher Produkte dem Statistischen Bundesamt monatlich die mit ihren Abnehmern vertraglich vereinbarten Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), aber einschließlich Verbrauchsteuern und anderer gesetzlicher Abgaben, z. B. Umlagen nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Die Ergebnisse des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für 1 260 Güterarten des Güterverzeichnis der Produktionsstatistiken (GP 2009) dargestellt.

■ Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Die Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Berichtsfirmen dem Statistischen Bundesamt quartalsweise die Nettopreise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern (z. B. Mineralölsteuer einschließlich Ökosteuer, Tabaksteuer) und anderen gesetzlichen Abgaben (z. B. Luftverkehrsabgabe). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 25 Dienstleistungsbereiche der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) dargestellt. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

■ Großhandelsverkaufspreisindex

Der Großhandelsverkaufspreisindex misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind. Zu den abgesetzten Waren zählen z. B. Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut. Die Waren können sowohl im Inland produziert als auch nach Deutschland importiert worden sein. Direkte Verkäufe an den Endabnehmer bzw. ins Ausland werden dabei nicht berücksichtigt. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Großhandelsunternehmen dem Statistischen Bundesamt monatlich die tatsächlich erzielten Preise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern wie der Tabaksteuer und anderer gesetzlicher Abgaben. Die Ergebnisse des Großhandelsverkaufspreisindex werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 64 Wirtschaftszweige der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) veröffentlicht.

■ Baukostenindizes

Baukostenindizes messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren. Dieser Index

wird daher häufig auch als Faktor- oder Inputpreisindex bezeichnet. Die Berechnung des Baukostenindex erfolgt auf der Grundlage bereits vorhandener, vorwiegend amtlicher Datenquellen und Informationen. Zur Abdeckung der Preisentwicklung für Baumaterialien sowie für die darüber hinaus berücksichtigten Kostenfaktoren Ausrüstung, Energie, Betriebsstoffe und Bauhilfsstoffe werden die Ergebnisse der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte herangezogen. Die Zeitreihen der Erzeugerpreisstatistik gelten dabei als Einkaufspreisindizes für die Bauunternehmen. In die Berechnung der Baukostenindizes fließen die Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ein. Für die Abdeckung der Arbeitskosten wird auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Arbeitskostenindex zurückgegriffen – speziell auf die Zeitreihen für den gesondert berechneten Wirtschaftsabschnitt des Baugewerbes. Der Arbeitskostenindex enthält sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die Lohnnebenkosten. Neben dem Baukostenindex insgesamt werden auch die Indizes für die Materialkosten und die Arbeitskosten veröffentlicht.

■ Baupreisindizes

Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken erbracht und vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden. Sie umfassen somit neben den Faktorkosten und allen Veränderungen der Produktivität auch die Veränderung der Gewinnmargen des Bauunternehmens sowie die Umsatzsteuer. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind weder Bestandteil eines Baupreisindex noch eines Baukostenindex. Erhoben werden die Preise vierteljährlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die als Auftragnehmer regelmäßig Bauleistungen erbringen – für den Neubau von Wohn-, Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden, von Straßen, Brücken und Ortskanälen sowie für die Instandhaltung von Wohngebäuden. In der Regel sind dies Unternehmen des Baugewerbes. Es können jedoch auch Unternehmen anderer Wirtschaftszweige sein. Die Berichtsfirmen melden vierteljährlich Marktpreise bei Auftragsvergabe (keine Angebotspreise). Baupreisindizes werden aus einer repräsentativen Auswahl von derzeit 177 ausgewählten Bauleistungen berechnet.

■ Häuserpreisindex

Der Häuserpreisindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien. Zur Berechnung des Häuserpreisindex werden vierteljährlich von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte die in den Kaufverträgen angegebenen Preise (Transaktionspreise, keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer erhoben. Neben dem Häuserpreisindex insgesamt werden auch Preisindizes für neu erstellte sowie für bestehende Wohnimmobilien veröffentlicht.

■ Kaufwerte für Bauland

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe bzw. Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland vorgesehen sind (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland). Der Großteil der Verkäufe und Käufe bezieht sich hierbei auf baureifes Land. Ergebnisse werden nicht in Form von Preisindizes ausgewiesen, sondern als absolute Werte (in Euro pro m² Boden). Die ausgewiesenen Kaufwerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die den Durchschnittswerten jeweils zugrundeliegenden Grundstücke in ihrer Struktur ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein können.

Die Kaufwerte für Bauland werden vierteljährlich ermittelt, vor allem aus Meldungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, in wenigen Bundesländern aber auch aus Meldungen der Finanzämter. Veröffentlicht werden die Anzahl der

Käufe bzw. Verkäufe, die Summe der Fläche sowie die Durchschnittspreise je m² („Kaufwert“) für die Baulandarten, für Gemeindegrößenklassen und Baugebiete.

■ Verbraucherpreisindizes

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Darunter fallen zum Beispiel Nahrungsmittel, Bekleidung und Kraftfahrzeuge ebenso wie Mieten, Reinigungsdienstleistungen oder Reparaturen. Nach dem Inlandskonzept werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, d.h. neben den Ausgaben von beispielsweise Single-Haushalten, Ehepaaren, Familien oder Rentnerhepaaren auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat bzw. zum Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet. Für die Messung der Preisentwicklung der einzelnen Güter des Warenkorb notieren Preiserheberinnen und Preiserheber in ganz Deutschland monatlich die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet oder in Versandhauskatalogen. Für die Preismessung werden die Anschaffungspreise einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchsteuern beobachtet. Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für rund 600 Positionen auf der Grundlage der „Systematik der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“ in der für den Verbraucherpreisindex geltenden Fassung (SEA-VPI) sowie für unterschiedliche Zusammenfassungen dargestellt.

■ Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) berechnet das Statistische Bundesamt für europäische Zwecke den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Dieser misst die Preisentwicklung in Deutschland nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren. Der HVPI wird aus der gleichen Datenbasis abgeleitet wie der VPI. Die Erfassungsbereiche des VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich derzeit im Wesentlichen darin, dass der deutsche VPI zusätzlich Wohneigentum einbezieht, das die Eigentümerin bzw. der Eigentümer selbst nutzt. Außerdem berücksichtigt der deutsche HVPI im Gegensatz zum VPI keine Glücksspiele. Seit Januar 2012 werden die Gewichte des HVPI unter Verwendung von vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Vorvorjahr (t-2) jährlich neu berechnet, wobei eine Korrektur von Vergangenheitswerten nicht vorgesehen ist.

■ Berechnung von räumlichen Preisindizes

Für einen Preisvergleich müssen die Preise von gleichen oder vergleichbaren Gütern gegenüber gestellt werden. Beim zeitlichen Preisvergleich ist dies dadurch gewährleistet, dass immer die gleichen Güter in denselben Berichtsstellen beobachtet werden. Beim räumlichen Preisvergleich werden hingegen die Preisunterschiede gemessen, die zu einem Zeitpunkt in unterschiedlichen Berichtsstellen bestehen. Um hier einen reinen Preisvergleich zu ermöglichen, der nicht durch Unterschiede in der Güterauswahl und der Güterqualität beeinflusst ist, müssen die Güter sehr eng definiert werden. In allen Berichtsstellen müssen Güter ausgewählt werden, die der Definition entsprechen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die ausgewählten Güter in möglichst allen betrachteten Regionen repräsentativ für die jeweilige Verbrauchskategorie sind, d.h. in allen betrachteten Regionen eine hohe Verbrauchsbedeutung haben.

Beim räumlichen Preisvergleich können sich die Berichtsstellen in unterschiedlichen Ländern befinden (internationaler Preisvergleich) oder in verschiedenen Regionen eines Landes (regionaler Preisvergleich). Für den internationalen Preisvergleich werden jährlich Preismessungen in Berlin und Bonn durchgeführt, die in die Berechnung von internationalen Kaufkraftparitäten und Preisniveauindizes durch das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) eingehen.

Weitere Informationen zu den Preisniveauindizes finden Sie im Kapitel „Internationales“. Wegen der hohen Kosten werden regionale Preisvergleiche in Deutschland nur in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführt. Die letzten Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1993, aktuelle Ergebnisse sind derzeit nicht verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den Qualitätsberichten dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Baukostenindizes | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren, z. B. Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren.

Baupreisindizes | Diese messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken erbracht und vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden.

Deflationierung | Bereinigung von nominalen wirtschaftlichen Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) um Preisänderungen zur Berechnung realer Wachstumsraten.

Ein- und Ausführpreisindizes | Die Ein- und Ausführpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Im Einfuhrpreisindex sind dies z. B. Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Rohstoffe und Getreide, im Ausführpreisindex z. B. Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse.

Erzeugerpreisindizes | Sie messen die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags | Dieser misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die von den Forstverwaltungen der Länder verkauft werden. Dazu zählen Stammholz, Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kundinnen und Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen.

Erzeugerpreisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung | Dieser Index misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können. Er wird aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags berechnet und im Rahmen des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags als Sondergliederung veröffentlicht.

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau.

Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte | Dieser Index misst die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, beispielsweise Getreide, Raps und Rinder.

Gebrauchsgüter | Dies sind Waren, die eine gewisse Zeit genutzt werden können, ohne dass sie dabei verbraucht werden, z. B. Geräte der Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte und Möbel. Im Verbraucherpreisindex unterscheidet man zusätzlich Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer, wie Bekleidungsartikel und Schuhe, und langlebige Gebrauchsgüter, wie Schränke und Fernsehgeräte.

Großhandelsverkaufspreisindex | Er misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind, z. B. für Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut.

Häuserpreisindex | Dieser misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien.

Inflation | In einer Marktwirtschaft können sich die Preise für Waren und Dienstleistungen jederzeit ändern – einige Preise steigen, während andere fallen. Erhöhen sich die Güterpreise auf breiter Front und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so spricht man von „Inflation“. Ist dies der Fall, kann man für einen Euro weniger kaufen oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist dann weniger wert als zuvor. Gemessen am Verbraucherpreisindex bedeutet „Inflationsrate“ dessen prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum – also Vorjahresmonat oder Vorjahr.

Investitionsgüter | So bezeichnet man Erzeugnisse, die vor allem für Unternehmen hergestellt werden und dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden können, z. B. Produktionsmaschinen, Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse, Schienen- und Kraftfahrzeuge.

Kaufwerte für Bauland | Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe beziehungsweise Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland) vorgesehen sind.

Konsumgüter | Das sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel und von Dienstleistern) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden. Zum Beispiel Haushaltsgeräte, Möbel sowie Unterhaltungselektronik, aber auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und pharmazeutische Erzeugnisse. Zu den Konsumgütern gehören auch Dienstleistungen, die private Haushalte erwerben, z. B. Handwerkerleistungen, Versicherungen und Gesundheitsleistungen.

Preisindizes | Die Preisstatistik veröffentlicht Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Indizes messen relative Unterschiede. Sie normieren Zahlen, indem ein Bezugswert auf 100 gesetzt wird. Zeitliche Preisindizes zeigen, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Liegt beispielsweise der Verbraucherpreisindex in einem Monat bei 120, sind die Preise in diesem Monat 20% höher als im Durchschnitt des Basisjahres. Räumliche Preisindizes geben die Relation des Preisniveaus einer Region zu einer Vergleichsregion an.

Primärenergieträger | Das sind weitgehend unverarbeitete Energieträger, wie Erdöl oder Erdgas.

Sekundärenergieträger | Das sind weiterverarbeitete Energieträger, wie Strom oder Kraftstoffe.

Verbraucherpreisindex | Er misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Zum Beispiel die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen und beim Friseur. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Verbrauchsgüter | Dazu zählen Waren, die im Zuge ihrer Nutzung verbraucht werden, z. B. Nahrungsmittel oder Putzmittel.

Vorleistungsgüter | Das sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel Metalle, Holz, chemische Grundstoffe, Gummi- und Kunststoffwaren, Papier und Karton sowie elektronische Bauelemente.

Wertsicherungsklauseln/Preisleitklauseln | Von diesen Klauseln spricht man, wenn Zahlungen in privaten oder gewerblichen Verträgen mittels Preisindizes an die Preisentwicklung angepasst werden. Dies soll sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Preise* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 61

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Energiepreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 1 | Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
- Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)
- Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland
- Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr
- Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

Fachbericht

- | Daten zur Energiepreisentwicklung (monatlich)

STATmagazin

- | Gaspreise im Oktober (2008)

■ Nahrungsmittelpreise

STATmagazin

- | Milchpreise im Sommer 2007 (2007)
- | Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln im EU-Vergleich (2008)
- | Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Einfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr

Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2010

■ Ausfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

- Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2010

■ Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

Fachserie 17 Preise

- Reihe 1 | Preisindizes für Land- und Forstwirtschaft

Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/10 | Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung

Mehr zum Thema

■ **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Fachserie 17 Preise

Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/14 | Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2010

■ **Erzeugerpreise für Dienstleistungen**

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/05 | Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
 Heft 11/07 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik
 Heft 8/08 | Neue Erzeugerpreisindizes für Nachrichtenübermittlung
 Heft 3/09 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung
 Heft 3/09 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für IT-Dienstleistungen
 Heft 7/10 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Architektur- und Ingenieurbüros und für die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
 Heft 9/12 | Der Markt für technische, physikalische und chemische Untersuchungen im Spiegel der Preis- und Dienstleistungsstatistiken
 Heft 4/13 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für IT-Dienstleistungen

■ **Großhandelsverkaufspreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 6 | Index der Großhandelsverkaufspreise

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/14 | Die Indizes der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 2010

■ **Bau- und Immobilienpreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 4 | Preisindizes für die Bauwirtschaft
 Reihe 5 | Kaufwerte für Bauland

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 | Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2010
 Heft 11/11 | Preisindizes für Wohnimmobilien
 Heft 11/13 | Neuberechnung der Baupreisindizes auf Basis 2010

■ **Verbraucherpreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland

Fachberichte

Fast zehn Jahre Euro – Preisentwicklung vor und nach der Bargeldeinführung (2011)
 Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex (2013)
 Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (monatlich)

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/08 | Die Auswirkungen der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 auf die Verbraucherpreise: Einsichten aus Einzeldaten
 Heft 8/08 | Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland
 Heft 8/08 | Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007
 Heft 2/09 | Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik
 Heft 10/09 | Inflationsmessung nach Einkommensgruppen – Wer ist wie stark betroffen?
 Heft 11/10 | Behandlung saisonaler Erzeugnisse in der deutschen Verbraucherpreisstatistik
 Heft 3/12 | Geschäftstypengewichtung im Verbraucherpreisindex
 Heft 8/12 | Jährliche Neugewichtung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex
 Heft 12/12 | Berechnung eines regelbedarfsrelevanten Verbraucherpreisindex für die Fortschreibung der Regelbedarfsstufen nach SGB XII
 Heft 5/13 | Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2010

Mehr zum Thema

■ Verbraucherpreise

STATmagazin

Milchpreise im Sommer 2007 (2007)
 Gaspreise im Oktober 2008 (2008)
 Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln im EU-Vergleich (2008)
 Aktuell niedrige Inflationsraten – Gefahr einer Deflation? (2009)
 Auto, Bus, Bahn – Mobilität hat ihren Preis (2010)
 Inflation: Für alle gleich? (2011)
 Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Themenübergreifend

Fachserie 17 Preise

Reihe 9.2 | Preise und Preisindizes für Verkehr

Broschüren

| Preise auf einen Blick (2011)

Statmagazin

| Bauen, kaufen, mieten: Zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt (2014)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 47 77 (Verbraucherpreise),
 +49 (0)6 11 / 75 24 44 (Erzeugerpreise gewerblicher Produkte),
 +49 (0)6 11 / 75 24 40 (Bau- und Immobilienpreise),
 +49 (0)6 11 / 75 23 02 (Ein- und Ausfuhr-, Großhandelspreise),
 +49 (0)6 11 / 75 20 78 (Preise für Land- und Forstwirtschaft),
 +49 (0)6 11 / 75 45 91 (Erzeugerpreise für Dienstleistungen),
 +49 (0)6 11 / 75 45 91 (Allgemeiner Auskunftsdienst der Preisstatistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





16 Außenhandel

Deutsche Wirtschaft in hohem Maße **exportorientiert** | Ausfuhren erreichten 1 094 Milliarden Euro im Jahr 2013 | **Wichtigste Empfängerländer** deutscher Waren sind **Frankreich**, die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich | **Wichtigste Exportgüter** sind **Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile**, gefolgt von Maschinen | **Importe** betragen 896 Milliarden Euro | **Außenbilanzsaldo** erreichte **Rekordüberschuss** von 198 Milliarden Euro

Seite

411 **Auf einen Blick**

Tabellen

412 **Gesamtentwicklung**
Aus- und Einfuhr | Aus- und Einfuhr je Einwohner/-in

413 **Handelspartner**
Aus- und Einfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern | Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel

416 **Handelswaren**
Aus- und Einfuhr nach Güterabteilungen, industriellen Hauptgruppen und Warengruppen

419 **Aus- und Einfuhr nach Bundesländern**
Ausfuhr | Einfuhr

420 **Handelskennzahlen**
Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote | Außenhandelsbilanz | Deutscher Export-Performance-Index | Terms of Trade

421 **Unternehmensstruktur**
Außenhandel nach Unternehmensgrößen | Unternehmen nach Beschäftigten | Anteil der Wirtschaftszweige an der Aus- und Einfuhr

423 **Methodik**

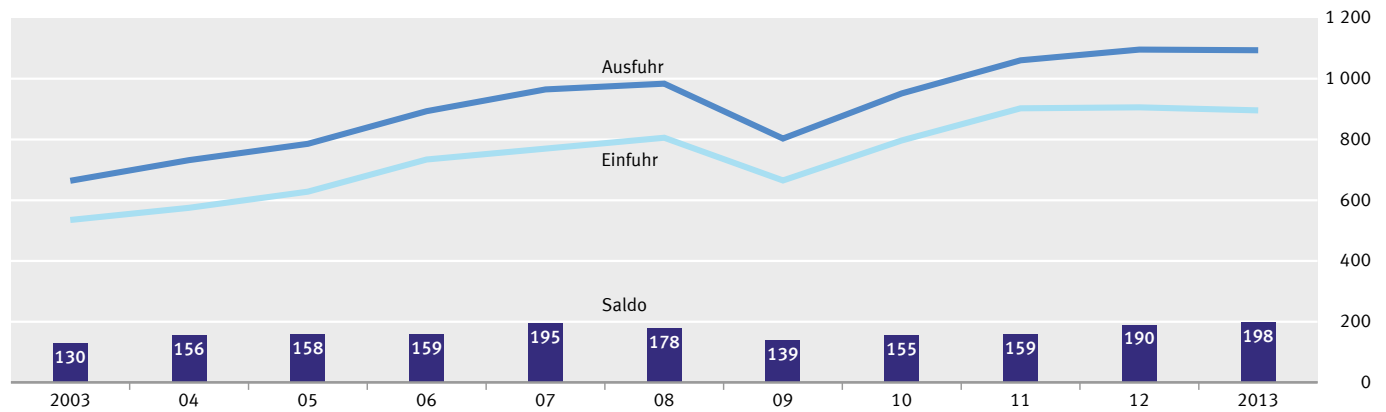
424 **Glossar**

425 **Mehr zum Thema**

16.0 Auf einen Blick

Entwicklung des Außenhandels

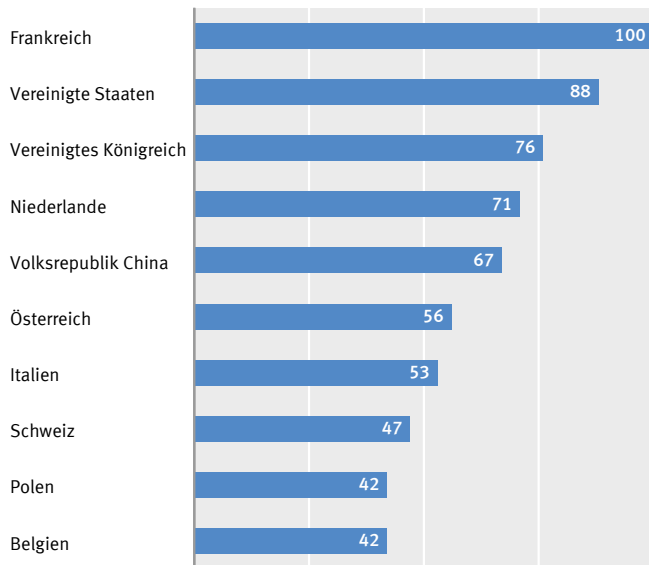
in Mrd. EUR



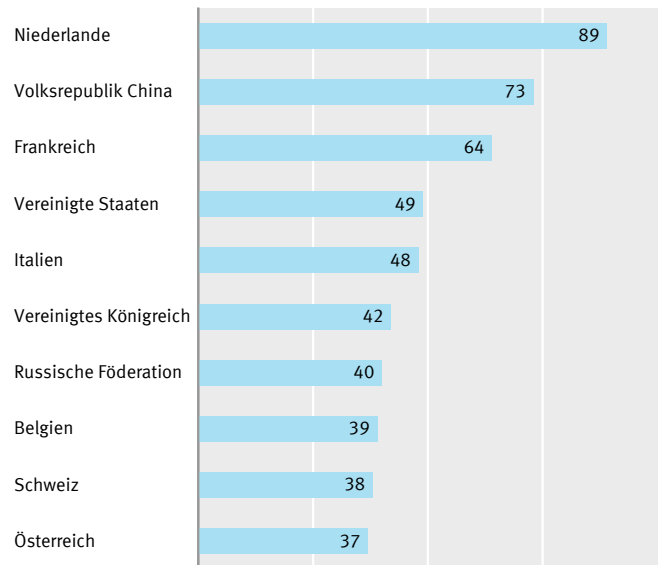
Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands 2013

in Mrd. EUR

Ausfuhr



Einfuhr



2014 - 01 - 0316

16 Außenhandel

16.1 Gesamtentwicklung

16.1.1 Ausfuhr und Einfuhr

	Tatsächliche Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Ausfuhr	Einfuhr	Außenhandelsbilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Außenhandelsbilanz
	Mill. EUR			%		
2000	597 440	538 311	59 129	17,1	21,0	- 9,3
2001	638 268	542 774	95 494	6,8	0,8	61,5
2002	651 320	518 532	132 788	2,0	- 4,5	39,1
2003	664 455	534 534	129 921	2,0	3,1	- 2,2
2004	731 544	575 448	156 096	10,1	7,7	20,1
2005	786 266	628 087	158 179	7,5	9,1	1,3
2006	893 042	733 994	159 048	13,6	16,9	0,5
2007	965 236	769 887	195 348	8,1	4,9	22,8
2008	984 140	805 842	178 297	2,0	4,7	- 8,7
2009	803 312	664 615	138 697	- 18,4	- 17,5	- 22,2
2010	951 959	797 097	154 863	18,5	19,9	11,7
2011	1 061 225	902 523	158 702	11,5	13,2	2,5
2012	1 095 766	905 925	189 841	3,3	0,4	19,6
2013	1 093 812	896 155	197 656	- 0,2	- 1,1	4,1

Die Außenhandelsbilanz ist die Differenz zwischen Ausfuhr und Einfuhr.

16.1.2 Ausfuhr und Einfuhr je Einwohner/-in

	Je Einwohner/-in		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	EUR		%	
2000	7 263	6 600	17,0	20,2
2001	7 742	6 628	6,6	0,4
2002	7 891	6 327	1,9	- 4,5
2003	8 051	6 517	2,0	3,0
2004	8 867	7 027	10,1	7,8
2005	9 538	7 660	7,6	9,0
2006	10 849	8 960	13,7	17,0
2007	11 740	9 407	8,2	5,0
2008	12 001	9 880	2,2	5,0
2009	9 820	8 159	- 18,2	- 17,4
2010	11 645	9 803	18,6	20,2
2011	13 211	11 304	13,5	15,3
2012	13 608	11 318	3,0	0,1
2013	13 551	11 167	- 0,4	- 1,3

16.2 Handelspartner

16.2.1 Ausfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	803 312	951 959	1 061 225	1 095 766	1 093 812	- 18,4	18,5	11,5	3,3	- 0,2
Europa	585 800	675 008	752 279	751 056	748 818	- 20,1	15,2	11,4	- 0,2	- 0,3
EU-Länder	502 924	572 919	629 953	622 674	623 112	- 19,6	13,9	10,0	- 1,2	0,1
davon:										
Eurozone	343 701	388 103	420 522	406 232	402 298	- 18,4	12,9	8,4	- 3,4	- 1,0
Belgien	41 840	45 039	46 976	43 822	42 279	- 16,2	7,6	4,3	- 6,7	- 3,5
Estland	846	1 189	1 552	1 582	1 676	- 44,4	40,5	30,5	1,9	6,0
Finnland	7 085	7 644	8 449	8 034	8 149	- 26,5	7,9	10,5	- 4,9	1,4
Frankreich	81 304	89 582	101 444	102 911	100 337	- 13,2	10,2	13,2	1,4	- 2,5
Griechenland	6 607	5 846	5 073	4 738	4 728	- 17,3	- 11,5	- 13,2	- 6,6	- 0,2
Irland	3 656	4 155	4 472	4 658	5 361	- 34,0	13,6	7,6	4,2	15,1
Italien	50 620	58 589	62 044	55 529	53 302	- 18,4	15,7	5,9	- 10,5	- 4,0
Luxemburg	4 422	5 506	6 185	5 602	5 571	- 16,5	24,5	12,3	- 9,4	- 0,5
Malta	296	417	323	323	354	- 16,0	41,1	- 22,5	0,0	9,5
Niederlande	53 195	62 978	69 423	70 381	71 079	- 19,2	18,4	10,2	1,4	1,0
Österreich	46 093	52 156	57 671	56 591	56 152	- 15,7	13,2	10,6	- 1,9	- 0,8
Portugal	6 195	7 769	7 026	6 154	6 335	- 23,8	25,4	- 9,6	- 12,4	2,9
Slowakei	6 578	8 715	10 377	10 340	10 652	- 24,7	32,5	19,1	- 0,4	3,0
Slowenien	3 049	3 590	3 954	3 851	4 107	- 29,3	17,8	10,1	- 2,6	6,6
Spanien	31 281	34 222	34 811	31 047	31 349	- 26,7	9,4	1,7	- 10,8	1,0
Zypern	635	708	742	669	868	- 16,5	11,5	4,8	- 9,8	29,7
Nicht-Eurozone	159 223	184 816	209 430	216 442	220 814	- 22,1	16,1	13,3	3,3	2,0
Bulgarien	1 908	2 175	2 370	2 688	2 642	- 30,9	14,0	9,0	13,4	- 1,7
Dänemark	12 809	14 054	14 769	14 894	15 603	- 20,0	9,7	5,1	0,8	4,8
Kroatien	2 270	2 040	2 255	2 200	2 006	- 22,4	- 10,1	10,5	- 2,4	- 8,8
Lettland	809	960	1 322	1 433	1 414	- 42,7	18,7	37,8	8,4	- 1,4
Litauen	1 411	1 745	2 207	2 374	2 460	- 40,7	23,6	26,5	7,5	3,7
Polen	31 122	37 666	43 503	41 823	42 289	- 23,6	21,0	15,5	- 3,9	1,1
Rumänien	6 400	7 292	8 801	9 160	9 596	- 28,7	13,9	20,7	4,1	4,8
Schweden	15 546	19 377	22 034	21 092	20 686	- 22,6	24,6	13,7	- 4,3	- 1,9
Tschech. Republik	22 032	26 708	30 824	31 289	31 022	- 20,2	21,2	15,4	1,5	- 0,9
Ungarn	11 675	14 133	15 775	16 207	17 402	- 32,7	21,1	11,6	2,7	7,4
Vereinigtes Königreich	53 240	58 666	65 570	73 283	75 692	- 17,0	10,2	11,8	11,8	3,3
Europa ohne EU	82 876	102 089	122 326	128 382	125 706	- 22,9	23,2	19,8	5,0	- 2,1
dar.: Norwegen	6 227	7 366	7 857	8 516	8 274	- 18,5	18,3	6,7	8,4	- 2,8
Russische Föderation	20 621	26 354	34 459	38 103	36 107	- 36,2	27,8	30,8	10,6	- 5,2
Schweiz	35 510	41 659	47 875	48 933	47 323	- 9,0	17,3	14,9	2,2	- 3,3
Türkei	11 625	16 253	20 118	20 100	21 521	- 23,2	39,8	23,8	- 0,1	7,1
Afrika	17 438	19 984	20 733	21 936	22 061	- 11,3	14,6	3,7	5,8	0,6
dar. Südafrika	5 740	7 656	8 665	8 813	8 543	- 21,3	33,4	13,2	1,7	- 3,1
Amerika	78 727	99 464	110 424	128 703	130 924	- 22,7	26,3	11,0	16,6	1,7
dar. NAFTA-Länder	64 707	78 901	88 714	104 751	106 176	- 23,4	21,9	12,4	18,1	1,4
dar. Vereinigte Staaten	54 356	65 574	73 776	86 971	88 375	- 23,9	20,6	12,5	17,9	1,6
Brasilien	7 263	10 386	11 163	11 727	11 415	- 16,1	43,0	7,5	5,1	- 2,7
Asien	113 179	148 231	167 574	179 630	179 539	- 5,8	31,0	13,0	7,2	- 0,1
dar.: ASEAN-Länder	13 856	17 840	19 577	22 746	22 074	- 11,0	28,8	9,7	16,2	- 3,0
China	37 273	53 791	64 863	66 746	67 025	9,4	44,3	20,6	2,9	0,4
Japan	10 875	13 149	15 115	17 138	17 125	- 14,6	20,9	15,0	13,4	- 0,1
Indien	8 094	9 282	10 856	10 421	9 189	- 1,2	14,7	17,0	- 4,0	- 11,8
Australien und Ozeanien	7 147	8 972	9 479	10 727	9 982	- 5,9	25,5	5,6	13,2	- 6,9
dar. Australien	6 328	7 849	8 348	9 362	8 626	- 4,3	24,0	6,4	12,2	- 7,9

16.2 Handelspartner

16.2.2 Einfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2009	2010	2011	2012	2013	2009	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	664 615	797 097	902 523	905 925	896 155	- 17,5	19,9	13,2	0,4	- 1,1
Europa	463 720	541 719	622 869	629 304	633 860	- 18,2	16,8	15,0	1,0	0,7
EU-Länder	380 983	445 090	506 211	504 494	514 877	- 17,5	16,8	13,7	- 0,3	2,1
davon:										
Eurozone	258 729	300 135	338 330	338 393	343 680	- 18,0	16,0	12,7	0,0	1,6
Belgien	28 041	33 304	38 328	37 763	38 912	- 23,4	18,8	15,1	- 1,5	3,0
Estland	345	420	534	491	490	- 3,7	21,8	27,0	- 8,0	- 0,1
Finnland	5 303	6 031	6 578	6 175	6 144	- 31,6	13,7	9,1	- 6,1	- 0,5
Frankreich	53 338	60 673	65 948	64 035	64 228	- 15,8	13,8	8,7	- 2,9	0,3
Griechenland	1 726	1 912	1 942	1 814	1 763	- 14,7	10,8	1,6	- 6,6	- 2,8
Irland	13 815	13 556	12 334	10 093	9 106	- 14,4	- 1,9	- 9,0	- 18,2	- 9,8
Italien	37 197	41 977	47 844	47 957	47 517	- 20,6	12,9	14,0	0,2	- 0,9
Luxemburg	2 653	2 722	2 974	2 765	3 016	- 20,5	2,6	9,3	- 7,0	9,1
Malta	319	262	418	331	486	- 49,3	- 17,7	59,4	- 20,8	46,8
Niederlande	55 583	67 205	81 804	85 738	89 247	- 18,2	20,9	21,7	4,8	4,1
Österreich	27 565	33 013	37 028	36 419	36 825	- 16,9	19,8	12,2	- 1,6	1,1
Portugal	3 463	4 022	4 707	4 875	5 115	- 14,8	16,1	17,0	3,6	4,9
Slowakei	7 322	9 174	10 726	12 015	12 274	- 13,8	25,3	16,9	12,0	2,2
Slowenien	2 936	3 659	4 438	4 582	4 652	- 21,4	24,6	21,3	3,3	1,5
Spanien	18 959	21 955	22 491	23 206	23 785	- 8,4	15,8	2,4	3,2	2,5
Zypern	164	251	236	132	119	- 16,7	52,3	- 5,8	- 44,0	- 9,6
Nicht-Eurozone	122 253	144 955	167 881	166 100	171 197	- 16,4	18,6	15,8	- 1,1	3,1
Bulgarien	1 304	1 646	2 087	2 227	2 683	- 7,9	26,2	26,8	6,7	20,5
Dänemark	10 587	10 630	12 178	11 346	11 495	- 11,1	0,4	14,6	- 6,8	1,3
Kroatien	659	716	848	876	854	- 18,6	8,6	18,4	3,4	- 2,6
Lettland	389	581	658	679	636	- 18,2	49,3	13,2	3,3	- 6,4
Litauen	1 097	1 451	1 694	1 772	1 725	- 11,5	32,2	16,8	4,6	- 2,7
Polen	22 161	27 637	32 305	33 027	35 783	- 14,4	24,7	16,9	2,2	8,3
Rumänien	5 665	6 464	8 362	8 619	9 163	16,0	14,1	29,4	3,1	6,3
Schweden	10 166	12 820	14 115	13 774	13 986	- 25,6	26,1	10,1	- 2,4	1,5
Tschech. Republik	24 006	28 702	32 684	32 493	33 089	- 12,9	19,6	13,9	- 0,6	1,8
Ungarn	13 766	16 388	18 208	18 467	19 526	- 18,1	19,0	11,1	1,4	5,7
Vereinigtes Königreich	32 452	37 923	44 741	42 820	42 258	- 22,1	16,9	18,0	- 4,3	- 1,3
Europa ohne EU	82 737	96 629	116 659	124 811	118 983	- 21,5	16,8	20,7	7,0	- 4,7
dar.: Norwegen	17 161	17 167	20 634	26 273	21 912	- 23,1	0,0	20,2	27,3	- 16,6
Russische Föderation	25 188	31 840	40 886	42 765	40 418	- 32,1	26,4	28,4	4,6	- 5,5
Schweiz	28 096	32 507	36 996	37 775	38 199	- 10,2	15,7	13,8	2,1	1,1
Türkei	8 338	10 017	11 790	12 071	12 235	- 14,3	20,1	17,7	2,4	1,4
Afrika	14 236	17 040	21 945	24 145	22 857	- 31,1	19,7	28,8	10,0	- 5,3
dar. Südafrika	3 940	5 362	6 215	5 106	4 739	- 26,1	36,1	15,9	- 17,9	- 7,2
Amerika	60 498	71 680	80 568	80 549	75 019	- 18,1	18,5	12,4	0,0	- 6,9
dar. NAFTA-Länder	45 846	53 127	58 187	59 851	56 924	- 16,3	15,9	9,5	2,9	- 4,9
dar. Vereinigte Staaten	39 283	45 241	48 531	51 070	48 526	- 15,5	15,2	7,3	5,2	- 5,0
Brasilien	7 178	9 445	11 260	10 615	8 927	- 24,4	31,6	19,2	- 5,7	- 15,9
Asien	122 823	163 523	173 115	167 873	161 060	- 12,6	33,1	5,9	- 3,0	- 4,1
dar.: ASEAN-Länder	17 279	23 600	26 036	26 789	27 162	- 10,7	36,6	10,3	2,9	1,4
China	56 706	77 270	79 528	78 529	73 377	- 6,8	36,3	2,9	- 1,3	- 6,6
Japan	18 946	22 475	23 595	21 910	19 497	- 18,1	18,6	5,0	- 7,1	- 11,0
Indien	5 099	6 241	7 536	7 022	6 892	- 3,5	22,4	20,8	- 6,8	- 1,9
Australien und Ozeanien	2 747	3 134	4 026	4 054	3 359	- 5,9	14,1	28,4	0,7	- 17,1
dar. Australien	1 956	2 253	2 968	3 025	2 520	5,1	15,2	31,7	1,9	- 16,7

16 Außenhandel

16.2 Handelspartner

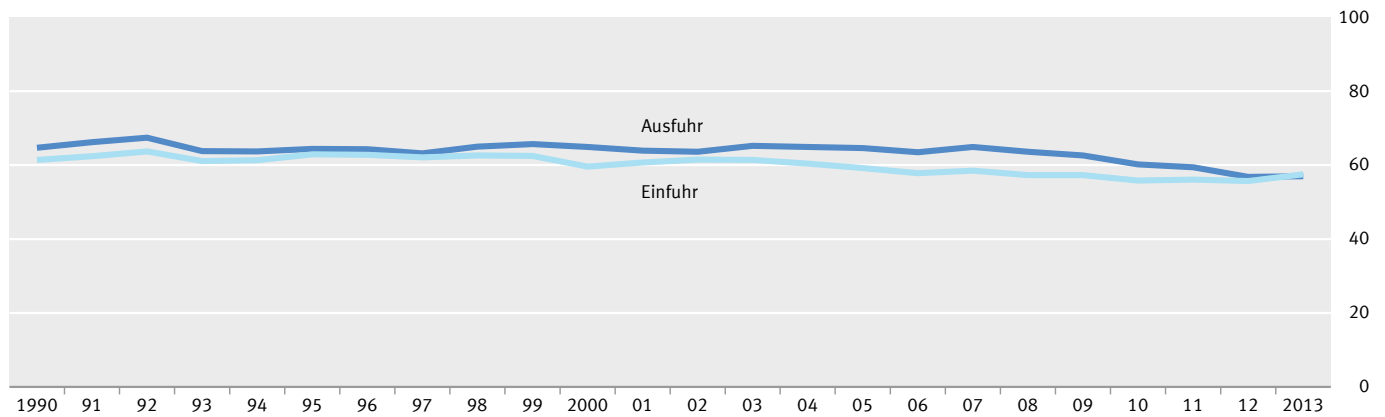
16.2.3 Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel

	Ausfuhr			Einfuhr		
	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone
	%					
2009	62,6	42,8	19,8	57,3	38,9	18,4
2010	60,2	40,8	19,4	55,8	37,7	18,2
2011	59,4	39,6	19,7	56,1	37,5	18,6
2012	56,8	37,1	19,8	55,7	37,4	18,3
2013	57,0	36,8	20,2	57,5	38,4	19,1

Als „Eurozone“ wird die Gruppe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bezeichnet, die den Euro als offizielle Währung eingeführt hat. Die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als Währung eingeführt haben, bilden die Ländergruppe „Nicht-Eurozone“.

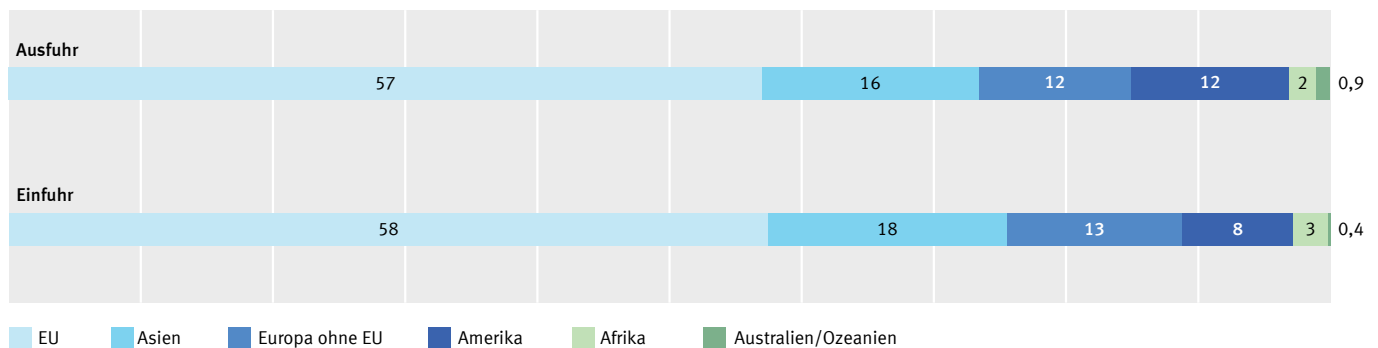
Anteil des EU-Handels am deutschen Außenhandel

in %



Außenhandel nach Ländergruppen 2013

in %



2014 - 01 - 0317

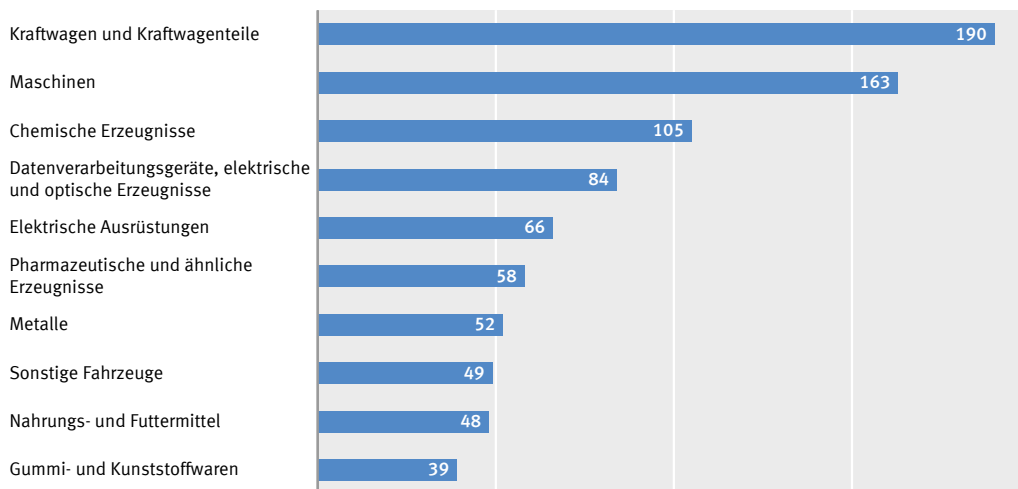
16.3 Handelswaren

16.3.1 Ausfuhr nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Ausfuhr			
		2013		2012	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 093 812	100	1 095 766	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	9 483	0,9	8 976	0,8
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	324	0,0	347	0,0
03	Fische und Fischereierzeugnisse	262	0,0	238	0,0
05	Kohle	122	0,0	135	0,0
06	Erdöl und Erdgas	10 644	1,0	8 886	0,8
07	Erze	128	0,0	164	0,0
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 264	0,1	1 360	0,1
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	47 565	4,3	46 349	4,2
11	Getränke	4 883	0,4	4 858	0,4
12	Tabakerzeugnisse	3 316	0,3	3 787	0,3
13	Textilien	10 306	0,9	10 448	1,0
14	Bekleidung	13 724	1,3	13 539	1,2
15	Leder und Lederwaren	5 442	0,5	5 109	0,5
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	5 913	0,5	5 950	0,5
17	Papier, Pappe und Waren daraus	18 489	1,7	19 065	1,7
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	15 171	1,4	15 825	1,4
20	Chemische Erzeugnisse	105 324	9,6	105 135	9,6
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	57 619	5,3	56 944	5,2
22	Gummi- und Kunststoffwaren	38 651	3,5	38 474	3,5
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	12 909	1,2	12 998	1,2
24	Metalle	52 270	4,8	58 515	5,3
25	Metallerzeugnisse	37 760	3,5	37 572	3,4
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	84 317	7,7	86 933	7,9
27	Elektrische Ausrüstungen	66 493	6,1	66 086	6,0
28	Maschinen	162 605	14,9	165 633	15,1
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	189 907	17,4	191 092	17,4
30	Sonstige Fahrzeuge	49 161	4,5	50 918	4,6
31	Möbel	8 357	0,8	8 606	0,8
35	Energieversorgung	3 757	0,3	3 671	0,3
89	Sonstige Waren	77 648	7,1	68 153	6,2

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren der Ausfuhr 2013 in Mrd. EUR



2014 - 01 - 0318

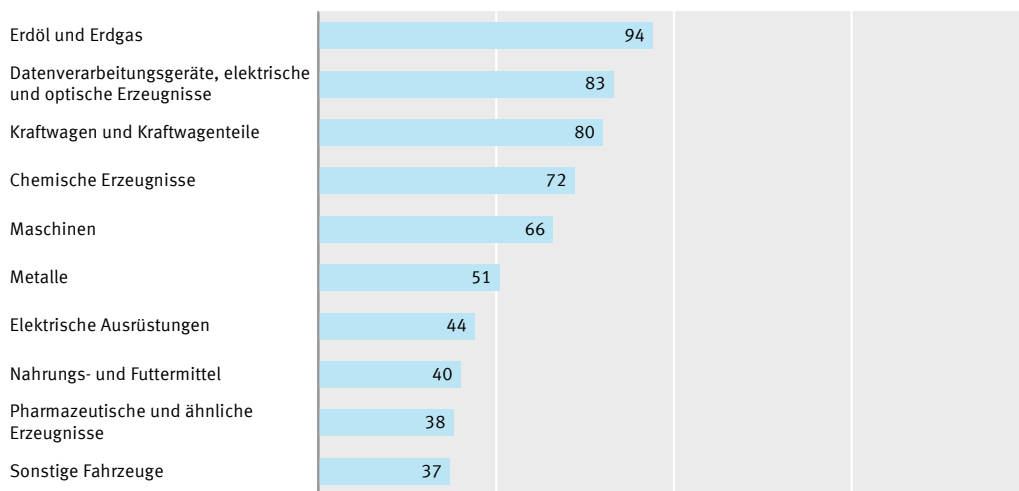
16.3 Handelswaren

16.3.2 Einfuhr nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Einfuhr			
		2013		2012	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	896 155	100	905 925	100
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	27 295	3,0	27 873	3,1
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	731	0,1	653	0,1
03	Fische und Fischereierzeugnisse	537	0,1	480	0,1
05	Kohle	4 139	0,5	4 609	0,5
06	Erdöl und Erdgas	93 650	10,5	97 678	10,8
07	Erze	7 255	0,8	8 300	0,9
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 476	0,2	1 553	0,2
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	39 590	4,4	39 632	4,4
11	Getränke	5 380	0,6	5 261	0,6
12	Tabakerzeugnisse	1 028	0,1	1 070	0,1
13	Textilien	9 715	1,1	9 821	1,1
14	Bekleidung	26 522	3,0	25 943	2,9
15	Leder und Lederwaren	10 063	1,1	9 639	1,1
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	5 228	0,6	5 414	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	13 935	1,6	14 362	1,6
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	30 554	3,4	29 869	3,3
20	Chemische Erzeugnisse	71 501	8,0	72 657	8,0
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	37 551	4,2	38 713	4,3
22	Gummi- und Kunststoffwaren	25 420	2,8	25 555	2,8
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	8 545	1,0	8 758	1,0
24	Metalle	51 311	5,7	55 805	6,2
25	Metallerzeugnisse	23 324	2,6	24 103	2,7
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	82 744	9,2	89 584	9,9
27	Elektrische Ausrüstungen	44 162	4,9	43 792	4,8
28	Maschinen	66 352	7,4	68 822	7,6
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	80 296	9,0	82 454	9,1
30	Sonstige Fahrzeuge	36 666	4,1	36 238	4,0
31	Möbel	9 595	1,1	9 766	1,1
35	Energieversorgung	1 814	0,2	2 302	0,3
89	Sonstige Waren	79 774	8,9	65 216	7,2

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren der Einfuhr 2013
in Mrd. EUR



2014 - 01 - 0319

16.3 Handelswaren

16.3.3 Aus- und Einfuhr nach industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
		2013		2012		2013		2012	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 093 812	100	1 095 766	100	896 155	100	905 925	100
11	Landwirtschaftsgüter	10 069	0,9	9 561	0,9	28 563	3,2	29 007	3,2
21	Vorleistungsgüter	335 003	30,6	342 160	31,2	256 507	28,6	266 920	29,5
22	Investitionsgüter	481 779	44,0	487 899	44,5	250 439	27,9	256 767	28,3
23	Gebrauchsgüter	30 436	2,8	27 752	2,5	35 742	4,0	31 858	3,5
24	Verbrauchsgüter	151 902	13,9	149 887	13,7	135 766	15,1	135 897	15,0
25	Energie	29 695	2,7	28 518	2,6	130 157	14,5	134 458	14,8
31	Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	54 929	5,0	49 990	4,6	58 981	6,6	51 018	5,6

1 Gliederung nach den Main Industrial Groupings (MIGS).

16.3.4 Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
		2013		2012		2013		2012	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 093 812	100	1 095 766	100	896 155	100	905 925	100
1 – 4	Ernährungswirtschaft	64 907	5,9	63 462	5,8	72 825	8,1	73 048	8,1
5 – 8	Gewerbliche Wirtschaft	999 594	91,4	1 015 814	92,7	778 608	86,9	804 150	88,8
7 + 8	Fertigwaren	919 394	84,1	929 513	84,8	585 689	65,4	601 699	66,4
1	Lebende Tiere	1 299	0,1	1 359	0,1	1 710	0,2	1 696	0,2
2	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	22 169	2,0	21 412	2,0	18 388	2,1	18 461	2,0
3	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	31 533	2,9	29 980	2,7	42 435	4,7	41 763	4,6
4	Genussmittel	9 908	0,9	10 710	1,0	10 292	1,1	11 129	1,2
5	Rohstoffe	17 338	1,6	16 153	1,5	112 271	12,5	118 317	13,1
6	Halbwaren	62 861	5,7	70 147	6,4	80 648	9,0	84 134	9,3
7	Vorzeugnisse	122 178	11,2	126 229	11,5	90 691	10,1	95 176	10,5
8	Enderzeugnisse	797 217	72,9	803 284	73,3	494 998	55,2	506 523	55,9
9	Andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	29 311	2,7	16 490	1,5	44 723	5,0	28 727	3,2

1 Gliederung nach Warengruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2002 (EGW 2002).

16.4 Aus- und Einfuhr nach Bundesländern

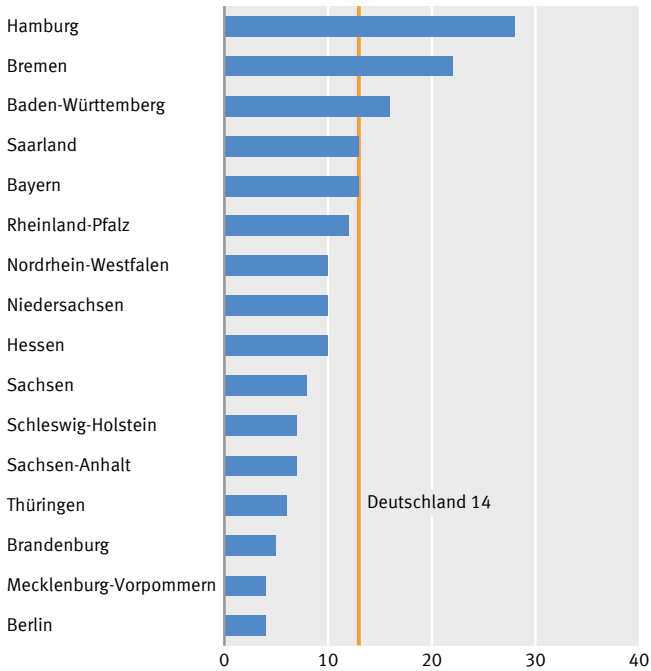
16.4.1 Ausfuhr

	2012		2013	
	Insgesamt		Anteil am insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR			
Deutschland	1 095 766	1 093 812	100	-0,2
Baden-Württemberg	175 104	173 382	15,9	-1,0
Bayern	164 588	167 821	15,3	2,0
Berlin	13 631	12 800	1,2	-6,1
Brandenburg	13 316	13 096	1,2	-1,6
Bremen	17 858	14 707	1,3	-17,6
Hamburg	50 813	49 260	4,5	-3,1
Hessen	55 059	57 734	5,3	4,9
Mecklenburg-Vorpommern	6 156	7 059	0,6	14,7
Niedersachsen	78 891	77 654	7,1	-1,6
Nordrhein-Westfalen	180 815	179 427	16,4	-0,8
Rheinland-Pfalz	46 297	46 640	4,3	0,7
Saarland	14 778	13 313	1,2	-9,9
Sachsen	31 828	31 442	2,9	-1,2
Sachsen-Anhalt	14 806	14 977	1,4	1,2
Schleswig-Holstein	18 825	19 048	1,7	1,2
Thüringen	12 613	12 097	1,1	-4,1
Waren ausländischen Ursprungs	196 831	201 434	18,4	2,3
Nicht ermittelte Bundesländer	3 559	1 922	0,2	-46,0

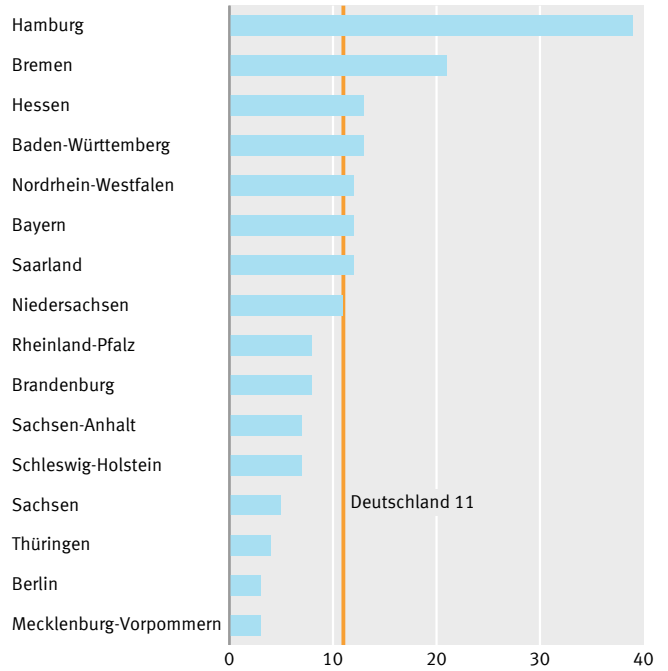
16.4.2 Einfuhr

	2012		2013	
	Insgesamt		Anteil am insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR			
Deutschland	911 384	901 345	100	-1,1
Baden-Württemberg	141 342	139 503	15,5	-1,3
Bayern	147 591	146 069	16,2	-1,0
Berlin	9 885	9 816	1,1	-0,7
Brandenburg	19 046	18 632	2,1	-2,2
Bremen	13 862	13 612	1,5	-1,8
Hamburg	69 247	68 789	7,6	-0,7
Hessen	77 849	80 295	8,9	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	4 459	4 408	0,5	-1,1
Niedersachsen	89 396	82 096	9,1	-8,2
Nordrhein-Westfalen	202 288	205 156	22,8	1,4
Rheinland-Pfalz	31 390	31 419	3,5	0,1
Saarland	12 556	11 465	1,3	-8,7
Sachsen	19 478	18 830	2,1	-3,3
Sachsen-Anhalt	15 670	16 237	1,8	3,6
Schleswig-Holstein	20 176	19 109	2,1	-5,3
Thüringen	8 053	8 186	0,9	1,7
Für das Ausland bestimmte Waren	28 985	27 639	3,1	-4,6
Nicht ermittelte Bundesländer	111	82	0,0	-25,5

Ausfuhr der Bundesländer 2013 pro Kopf, in 1 000 EUR



Einfuhr der Bundesländer 2013 pro Kopf, in 1 000 EUR



16.5 Handelskennzahlen

16.5.1 Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote

	Exportquote	Importquote	Importabhängigkeitsquote
	%		
2009	33,8	28,0	29,7
2010	38,2	31,9	34,1
2011	40,7	34,6	36,8
2012	41,1	34,0	36,6
2013	40,0	32,7	35,3

Export- und Importquote stellen das Verhältnis zwischen den Ausfuhren/Einfuhren und dem Bruttoinlandsprodukt dar (Exportquote = Ausfuhr/BIP; Importquote = Einfuhr/BIP). Die **Importabhängigkeitsquote** bezieht die Einfuhren auf die gesamte Inlandsnachfrage, d. h. auf das um den Außenhandelsaldo bereinigte Bruttoinlandsprodukt (Einfuhr/(BIP – Ausfuhr – Einfuhr)).

16.5.2 Außenhandelsbilanz

	Außenhandelsbilanz	Normierte Außenhandelsbilanz	Außenbeitragsquote
	Mill. EUR	%	
2009	138 697	9,4	5,8
2010	154 863	8,9	6,2
2011	158 702	8,1	6,1
2012	189 841	9,5	7,1
2013	197 656	9,9	7,2

Die **normierte Außenhandelsbilanz** bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren). Die **Außenbeitragsquote** stellt das Verhältnis der Außenhandelsbilanz an der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) dar.

16.5.3 Deutscher Export-Performance-Index

	2009	2010	2011	2012	2013
	2010 = 100				
Export-Performance-Index	109	100	99	93	95
Export-Performance-Index ohne Energieprodukte	108	100	102	96	97
Index der deutschen Exporte	89	100	117	112	114

Quelle: UN Comtrade und Berechnungen des Statistischen Bundesamts

Der **Export-Performance-Index** ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland, bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr. Die berechneten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser Länder. Zur Methode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 4/2012, S. 338f.

16.5.4 Index des Volumens und der Durchschnittswerte, Terms of Trade

	Ausfuhr		Einfuhr		Terms of Trade
	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	
	2010 = 100				
2009	87,4	102,0	88,3	98,3	103,8
2010	100	100	100	100	100
2011	108,4	102,9	108,9	104,3	98,7
2012	109,3	106,6	106,2	109,6	97,3
2013	109,2	106,3	106,0	108,6	97,9

Der **Index des Volumens** (nach Laspeyres) stellt das Handelsvolumen in Preisen eines Basisjahres dar. Er gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Entwicklung des Außenhandels wieder.

Der **Index der Durchschnittswerte** (nach Paasche) gibt Auskunft über die Entwicklung der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr. Sie werden mit Mengen des aktuellen Berichtszeitraums gewichtet.

Die **Terms of Trade** geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat. Sie errechnen sich aus dem Durchschnittswertindex für Ausfuhren, bezogen auf den Durchschnittswertindex für Einfuhren.

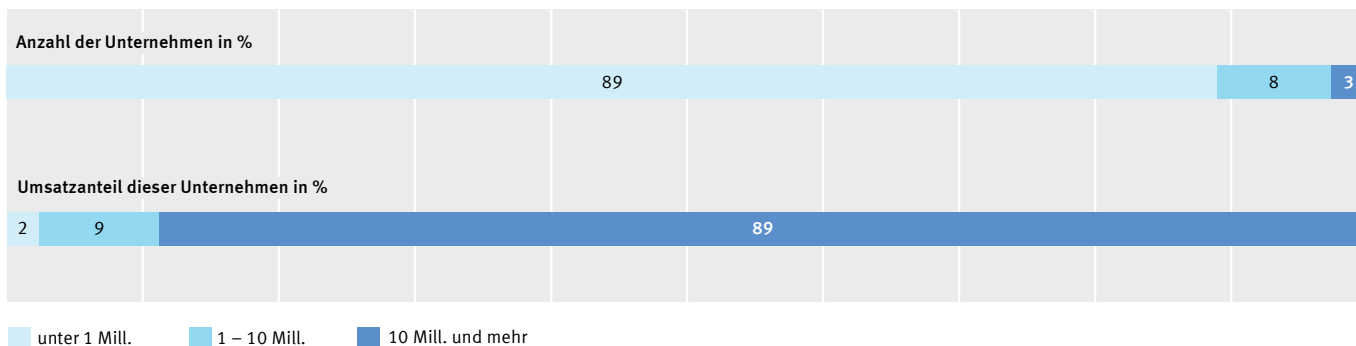
16.6 Unternehmensstruktur

16.6.1 Außenhandel nach Unternehmensgrößen 2013

Unternehmen mit ... bis unter ... EUR Umsatz	Ausfuhr				Einfuhr			
	Unternehmen		Umsatz		Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	%	Mrd. EUR	%	Anzahl	%	Mrd. EUR	%
Insgesamt	338 786	100	1 094	100	683 669	100	896	100
unter 100 000	240 045	70,9	4	0,4	561 612	82,1	8	0,8
100 000 – 500 000	47 491	14,0	11	1,0	66 878	9,8	16	1,8
500 000 – 1 Mill.	13 841	4,1	10	1,0	16 982	2,5	13	1,4
1 Mill. – 10 Mill.	28 154	8,3	96	8,8	29 972	4,4	98	10,9
10 Mill. – 50 Mill.	6 813	2,0	154	14,1	6 241	0,9	139	15,5
50 Mill. – 100 Mill.	1 216	0,4	90	8,2	957	0,1	70	7,8
100 Mill. – 1 Mrd.	1 131	0,3	305	27,9	938	0,1	254	28,3
1 Mrd. und mehr	95	0,0	422	38,6	89	0,0	300	33,5

Unternehmen nach Größenklassen 2013

Ausfuhr in EUR



2014 - 01 - 0321

16.6.2 Unternehmen im Außenhandel nach Beschäftigten 2012

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Ausfuhr			Einfuhr		
	Unternehmen		Umsatz	Unternehmen		Umsatz
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	300 628	100	100	617 495	100	100
0 – 9	120 302	40,0	7,7	277 963	45,0	9,3
10 – 49	51 108	17,0	9,4	84 638	13,7	14,6
50 – 249	18 187	6,0	15,3	24 057	3,9	17,6
250 und mehr	4 367	1,5	50,6	5 969	1,0	36,5
Unbekannt	106 664	35,5	17,0	224 868	36,4	22,1

16.6 Unternehmensstruktur

16.6.3 Anteil der Wirtschaftszweige im Außenhandel an der Aus- und Einfuhr 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Ausfuhr	Einfuhr
		Wertmäßiger Anteil in %	
	Insgesamt	100	100
	darunter:		
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,1	0,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	49,9	31,3
10	H. v. Nahrungs- und Futtermittel	2,2	1,7
11	H. v. Getränken	0,2	0,2
13	H. v. Textilien	0,4	0,3
14	H. v. Bekleidung	0,3	0,5
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	0,1	0,1
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	0,3	0,2
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	0,8	0,4
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,2	0,1
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,6	2,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3,5	2,2
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	1,5	1,3
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1,7	1,1
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	0,8	0,4
24	Metallerzeugung und Metallbearbeitung	2,7	2,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	2,1	1,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	2,6	1,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	3,8	2,1
28	Maschinenbau	7,6	3,8
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	13,7	5,9
30	Sonstiger Fahrzeugbau	3,4	2,1
31	H. v. Möbeln	0,4	0,2
32	H. v. sonstigen Waren	0,9	0,6
33	Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	0,3	0,3
D	Energieversorgung	0,6	1,3
E	Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,2	0,2
F	Baugewerbe	0,2	0,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15,8	27,5
H	Verkehr und Lagerei	1,2	2,5
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen² ..	15,1	15,2
	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen³	16,9	21,6

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ enthält auch Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften (WZ 70.10.1).

3 Diese Position umfasst die Abschnitte J „Information und Kommunikation“; K „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; L „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie N „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“.

Methodik

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen und helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Sie sind auch eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

Gegenstand der Außenhandelsstatistik ist der **grenzüberschreitende Warenverkehr** Deutschlands mit dem Ausland. Dies bedeutet, alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom werden erfasst und nachgewiesen. Das betrifft auch den Handel mit Waren, die unentgeltlich oder auf ausländische Rechnung ein- bzw. ausgeführt werden. Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik. Eine Ausnahme stellen die Veredelungsgeschäfte dar: Diese werden in der Außenhandelsstatistik erfasst und nachgewiesen.

Die wichtigsten **Erhebungsmerkmale** der Außenhandelsstatistik sind die Lieferichtung (Ein- oder Ausfuhr), die Warenart, der Wert, die Menge, das Partnerland sowie das inländische Herkunfts- bzw. Zielbundesland.

Das **Erhebungsgebiet** umfasst das Gebiet Deutschlands nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebiets.

Die Außenhandelsstatistik ist eine vom Gesetzgeber angeordnete monatliche Erhebung, die der Auskunftspflicht unterliegt. Die Rechtsgrundlagen für die Außenhandelsstatistik bilden Verordnungen des Europäischen Parlamentes und des Rates der EU. Dabei existieren Grund- und Durchführungsverordnungen sowohl für den Teilbereich Intrahandelsstatistik als auch für die Extrahandelsstatistik. Neben den EU-Rechtsgrundlagen stützt sich die Außenhandelsstatistik auf nationales Recht (Außenhandelsstatistikgesetz bzw. -durchführungsverordnung sowie das Bundesstatistikgesetz).

In der Außenhandelsstatistik wird erhebungstechnisch zwischen Extra- und Intrahandel unterschieden.

Die **Extrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittländern (Länder außerhalb der EU).

Die **Erhebung der Extrahandelsdaten** erfolgt über die Zollverwaltung im Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- oder Ausfuhrförmlichkeiten. Die Statistikdaten werden überwiegend elektronisch im Rahmen des IT-Zollverfahrens „ATLAS“ an das Statistische Bundesamt übermittelt. Das Erhebungssystem im Extrahandel garantiert eine nahezu vollständige Erfassung aller grenzüberschreitenden Warenbewegungen.

Die **Intrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU, d. h. die Warentransaktionen innerhalb der Gemeinschaft. Hierbei handelt es sich um ein Erhebungssystem in Form einer Direktanmeldung durch die am Intrahandel beteiligten Unternehmen.

Das **Intrastat-System** ist durch eine enge Verknüpfung mit dem Umsatzsteuersystem gekennzeichnet, das eine (indirekte) Kontrolle der statistischen Meldungen über die monatlich von den Unternehmen bei den Finanzämtern abzugebenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen ermöglicht.

Ausgenommen von der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik sind u. a. Warenbewegungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut). Seit Januar 2007 sind auch Warenverkehre zur oder nach Reparatur von der Anmeldung befreit. Die Befreiungstatbestände sind in den jeweiligen Befreiungslisten für die beiden Erhebungssysteme aufgeführt.

Bei direkter Firmenbefragung (Intrastat-System) sind diejenigen Unternehmen von der Meldung befreit, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von derzeit 500 000 Euro nicht übersteigen (bis Ende 2011 betrug die Anmeldeschwelle 400 000 Euro).

In den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik sind Zuschätzungen für befreite Warenverkehre sowie für Antwortausfälle im Intrahandel enthalten. In den endgültigen Ergebnissen werden die Zuschätzungen für Antwortausfälle so weit wie möglich durch die nachträglich eingegangenen Meldungen ersetzt. Die Zuschätzungen im Intrahandel werden nach Partnerländern, Bundesländern und Kapiteln des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik aufgeteilt.

Erste monatliche Gesamtergebnisse werden in Form einer Pressemitteilung knapp 40 Tage nach Ende des jeweiligen Berichtsmonats veröffentlicht. Rund zwei Wochen danach liegen vorläufige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung vor. Die Ergebnisse werden monatlich revidiert. Endgültige Ergebnisse liegen etwa zehn Monate nach Ablauf eines Berichtsjahres vor.

Aufgrund unterschiedlicher Revisionsstände kann es zu Abweichungen zwischen den im Statistischen Jahrbuch und den in GENESIS-Online veröffentlichten Außenhandelsergebnissen kommen.

Außenhandelsergebnisse der EU-Mitgliedstaaten werden auch von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, veröffentlicht. Dabei gibt es aber methodische Unterschiede gegenüber den nationalen Veröffentlichungen. In den EU-Veröffentlichungen gilt im Intrahandel das **Versendungsland** bei den Einfuhren als Partnerland. Das ist das Land, aus dem die Waren versandt werden, ohne dass sie in anderen Ländern anderen als beförderungsbedingten Aufenthalten oder Rechtsgeschäften unterworfen werden. Im Extrahandel ist dagegen – wie in den nationalen deutschen Außenhandelsergebnissen generell – das **Ursprungsland** maßgeblich.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Außenbeitragsquote | Sie stellt das Verhältnis des Außenhandelsaldos – d. h. der Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – zur gesamten Wirtschaftsleistung dar. In der Regel bezieht der Begriff „Außenbeitrag“ neben Waren auch Dienstleistungen ein. Die hier abgebildete Außenbeitragsquote umfasst jedoch ausschließlich Waren.

Außenhandelsbilanz | Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren.

Außenhandelsbilanz, normierte | Die normierte Außenhandelsbilanz bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren).

Bestimmungsland | Dies ist das Land, in dem die Waren aus Deutschland ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden sollen. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt als Bestimmungsland das letzte zum Zeitpunkt der Ausfuhr bekannte Land, in das die Waren körperlich verbracht werden sollen.

Eurozone/Nicht-Eurozone | Die Eurozone umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, in denen der Euro gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Nicht-Eurozone beinhaltet alle übrigen Mitgliedstaaten der EU.

Exportquote | Sie stellt das Verhältnis der Ausfuhren zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Export-Performance-Index, deutscher | Der deutsche Export-Performance-Index ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland durch den Vergleich zwischen den Marktanteilen in einer bestimmten Periode gegenüber den Marktanteilen in einem Basisjahr. Die betrachteten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser 25 Länder. Der Index der deutschen Exporte gibt wieder, wie stark sich die tatsächlichen Werte für die 25 größten Partnerländer der deutschen Exporte bezogen auf ein Basisjahr verändert haben.

Importabhängigkeitsquote | Sie stellt das Verhältnis der Einfuhren zu dem um den Außenhandelsaldo – die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – bereinigten Bruttoinlandsprodukt dar.

Importquote | Sie stellt das Verhältnis der Importe zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Index der Durchschnittswerte (nach „Paasche“) | Er gibt Auskunft über die Bewegung der Einfuhr- und Ausfuhrdurchschnittswerte auf der Grundlage der statistischen Werte. Der Durchschnittswertindex ist kein echter Preisindex, weil Durchschnittswerte und nicht Einzelpreise seine Berechnungsgrundlage bilden. Die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt laufend berechneten echten Preisindizes (Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise) finden Sie im Kapitel 15 „Preise“.

Index des Volumens (nach „Laspeyres“) | Dieser gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder.

Länder | Die Bezeichnung der Länder richtet sich nach dem Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Partnerland | Als Partnerland wird in der Außenhandelsstatistik grundsätzlich das Ursprungsland (bei der Einfuhr) bzw. das Bestimmungsland (bei der Ausfuhr) nachgewiesen.

Terms of Trade | Sie geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat.

Ursprungsland | Dies gilt als das Land, in dem eine Ware vollständig gewonnen oder hergestellt wurde. Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so gilt als Ursprungsland das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat. Werden Waren deutschen Ursprungs wiedereingeführt, tritt anstelle des Ursprungslandes grundsätzlich das Land, aus dem diese Waren körperlich nach Deutschland gelangen. Gleiches gilt für die Wiedereinfuhr von Waren nach Veredelung.

Warengliederung | Die Gliederung der Waren erfolgt nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW), nach Güterabteilungen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) sowie nach den Industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS).

Wert (tatsächlicher Wert) | Den internationalen Standards entsprechend wird als Warenwert der Grenzübergangswert („Statistischer Wert“) zugrunde gelegt.

Der Wert ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutsche Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben, die anlässlich der Einfuhr bzw. Ausfuhr erhoben wurden, sind nicht im „Statistischen Wert“ enthalten.

Bei Waren, die unentgeltlich oder im Rahmen eines Miet- oder Leasinggeschäftes geliefert werden, ist als statistischer Wert der Preis der Ware anzusetzen, der im Falle eines Kaufgeschäfts unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs vermutlich berechnet worden wäre. Entsprechend wird bei (unentgeltlichen) Warenverkehren zur Veredelung verfahren.

Bei der Versendung/beim Eingang nach Veredelung entspricht der Wert dem Gesamtbetrag, der beim Verkauf der veredelten Waren berechnet worden wäre.

Wirtschaftszweig | Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen erfolgt nach den Abschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). Sie dient dazu, die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen, Betrieben und anderen statistischen Einheiten in allen amtlichen Statistiken einheitlich zu erfassen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zum *Außenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 51000

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Außenhandel

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1 | Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel

Fachberichte

| Export, Import, Globalisierung – Deutscher Außenhandel 2011
 Außenhandel und Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland 2010 – 2013

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/12 | Weiterentwicklung der internationalen Handelsstatistik
 Heft 9/12 | Außenhandel nach Wirtschaftszweigen 2010
 Heft 5/14 | Der deutsche Außenhandel im Jahr 2013

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 24 81

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





17 Zahlungsbilanz

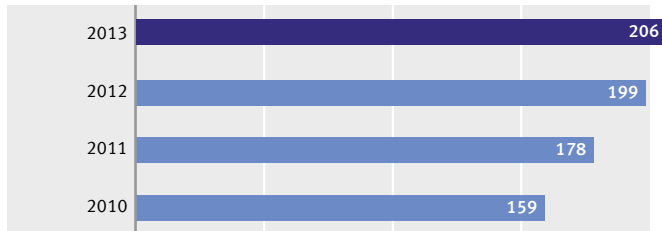
Die Zahlungsbilanz bildet alle wirtschaftlichen **Transaktionen zwischen Deutschland und der übrigen Welt** ab | In den letzten Jahren **Überschuss der Warenexporte über die -importe** | 2013 betrug er **184 Milliarden Euro** | Traditionell mehr Dienstleistungsimporte als -exporte | 2013 **Dienstleistungsdefizit von 13 Milliarden Euro** – **Hauptgrund:** Deutsche tragen Geld durchs **Reisen** ins Ausland

<i>Seite</i>	
429	Auf einen Blick
	Tabellen
430	Zahlungsbilanz Entwicklung Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren
432	Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen Deutsche Netto-ODA-Leistungen Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern
433	Direktinvestitionen Ausländische Direktinvestitionen im Inland (Kapitalgeberländer) Deutsche Direktinvestitionen im Ausland
435	Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland
436	Methodik
437	Glossar
438	Mehr zum Thema

17.0 Auf einen Blick

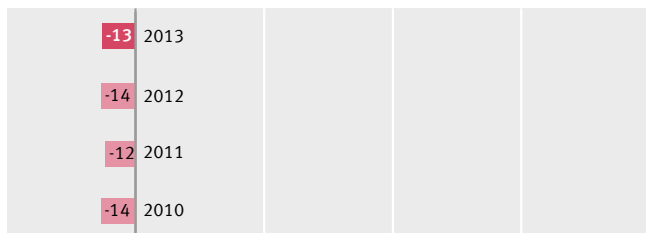
Leistungsbilanz

Saldo in Mrd. EUR



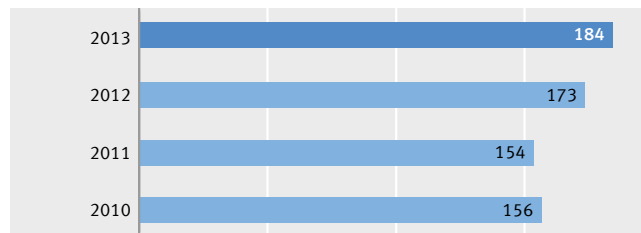
Dienstleistungsverkehr

Saldo in Mrd. EUR



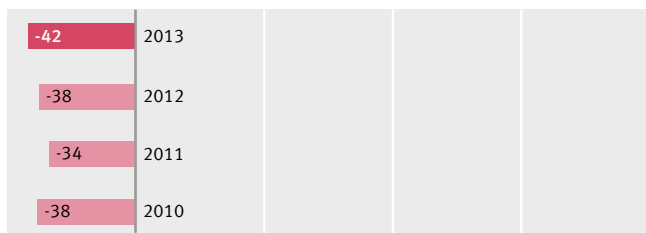
Warenverkehr (fob-Werte) ¹

Saldo in Mrd. EUR



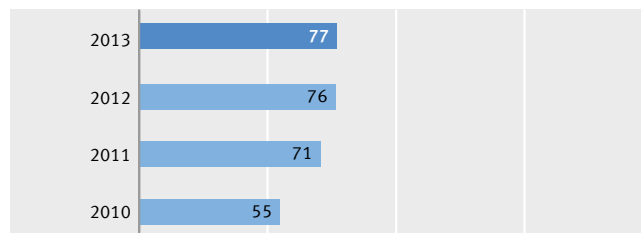
Laufende Übertragungen

Saldo in Mrd. EUR



Erwerbs- und Vermögenseinkommen ²

Saldo in Mrd. EUR



1 Außenhandel frei an Bord (fob) einschl. Ergänzungen.
 2 Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen.
 Quelle: Deutsche Bundesbank

17.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Bilanz der Vermögensübertragungen** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der **Deutschen Bundesbank** unter www.bundesbank.de

	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR							
Leistungsbilanz/Vermögensübertragungen								
	Ausfuhr bzw. Einnahmen				Einfuhr bzw. Ausgaben			
Warenverkehr (fob-Werte)	1 007 702	1 133 637	1 173 036	1 170 839	851 257	980 120	999 558	986 644
Dienstleistungsverkehr	191 189	206 236	217 117	226 736	204 842	217 994	230 652	239 863
Reiseverkehr	26 159	27 930	29 683	31 030	58 934	61 686	63 249	64 676
Frachten	26 601	27 686	28 128	28 127	21 563	22 282	23 493	24 129
Personenbeförderung	11 017	10 435	10 567	10 518	10 263	10 047	10 353	10 510
Hafendienste und sonstige Transportleistungen	6 272	6 506	6 808	7 676	17 627	18 014	19 008	18 553
Transithandelserträge ¹	14 399	19 716	20 809	19 299	–	–	–	–
Versicherungen	4 427	4 428	4 444	4 252	2 991	3 280	2 800	2 588
Finanzdienstleistungen ²	9 709	10 945	11 184	11 588	5 404	6 864	6 051	6 813
Werbe- und Messekosten	4 505	4 031	4 404	5 544	5 092	5 022	5 046	5 786
Lizenzen und Patente	14 974	15 772	16 903	21 817	11 800	12 227	12 783	14 744
Arbeitsentgelte ³	47 076	52 167	57 020	61 205	43 877	50 078	57 718	61 550
Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen	8 941	9 348	8 768	7 879	5 675	5 794	6 334	6 648
Regierung ⁴	3 753	3 786	3 948	3 870	890	847	831	807
Andere Dienstleistungen	13 356	13 486	14 451	13 933	20 725	21 852	22 984	23 060
Erwerbs- und Vermögenseinkommen⁵	192 468	209 296	205 918	197 107	137 632	138 766	129 541	120 186
Laufende Übertragungen	17 477	19 998	19 128	21 330	55 776	53 860	56 876	63 366
Private Übertragungen								
Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer	–	–	–	–	3 035	2 977	3 080	3 229
Andere private Übertragungen	4 431	4 066	4 817	4 955	16 341	14 753	15 628	15 737
Staatliche Übertragungen								
Europäische Union	6 227	6 302	6 015	6 372	25 700	25 410	27 109	31 945
Steuern (Saldo)	4 156	6 715	5 270	6 935	–	–	–	–
Andere staatliche Übertragungen	2 662	2 915	3 026	3 067	10 700	10 722	11 059	12 455
Insgesamt	1 408 836	1 569 167	1 615 199	1 616 011	1 249 507	1 390 741	1 416 628	1 410 059
Saldo der Leistungsbilanz	159 329	178 427	198 571	205 952	–	–	–	–
Vermögensübertragungen	3 222	4 403	4 119	4 218	3 797	3 769	4 103	2 408
Private Übertragungen	3 222	4 403	4 119	4 218	1 758	1 444	1 442	971
Staatliche Übertragungen	–	–	–	–	2 039	2 326	2 661	1 437
Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/ Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	– 575	634	16	1 810	–	–	–	–
Saldo insgesamt	158 754	179 060	198 587	207 763	–	–	–	–
Kapitalbilanz								
	Veränderung der Verbindlichkeiten				Veränderung der Forderungen			
Kapitalverkehr								
Direktinvestitionen	49 546	42 670	10 276	20 125	95 370	58 247	61 958	43 344
Wertpapiere	57 599	49 581	45 076	– 24 002	188 022	49 377	126 082	157 064
Übriger Kapitalverkehr	178 347	– 21 295	77 082	– 230 958	125 437	135 226	165 802	– 185 481
Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank zu Transaktionswerten	–	–	–	–	1 613	2 836	1 297	838
Kapitalverkehr insgesamt	285 491	70 956	132 434	– 234 834	410 443	245 685	355 139	15 765
Saldo der Kapitalbilanz	–	–	–	–	124 952	174 729	222 705	250 599
Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	–	–	–	–	33 802	4 331	– 24 118	– 42 836

1 Saldo, – Geschätzt nach der regionalen Struktur der Transithandelsverkäufe (Käuferland).

2 Im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für Bankprovisionen.

3 Entgelte für selbstständige Arbeiten (Forschung und Entwicklung, Ingenieur-, sonstige technische-, kaufmännische Dienstleistungen u. a.).

4 Einschl. der gesamten Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5 Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.2 Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren

	Monetäre Finanzinstitute ¹		Unternehmen und Privatpersonen		Öffentliche Stellen ²	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Mill. EUR						
Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland						
Insgesamt	- 32 341	- 59 580	206 283	184 743	- 158 176	229 977
Direktinvestitionen	- 781	3 605	44 124	58 353	-	-
Wertpapieranlagen ³	25 181	- 1 003	152 416	140 682	- 20 532	- 13 596
Übriger Kapitalverkehr ⁴	- 56 741	- 62 182	9 743	- 14 292	- 138 482	242 276
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten	-	-	-	-	838	1 297
Ausländische Nettokapitalanlagen in Deutschland						
Insgesamt	- 189 091	13 023	- 540	2 298	- 45 203	117 113
Direktinvestitionen	- 342	1 279	20 467	8 997	-	-
Wertpapieranlagen ⁵	- 30 295	- 39 765	- 1 492	- 3 111	7 786	87 951
Übriger Kapitalverkehr ⁴	- 158 453	51 508	- 19 516	- 3 588	- 52 989	29 161

Direktinvestitionen umfassen die Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, an denen der Investor 10% oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar hält; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch alle Anlagen im Grundbesitz. Erfasst werden Anteile am Kapital einschl. Rücklagen, Gewinn- und Verlustvorträge und Kredite (kurz- und langfristig einschl. Handelskredite). Die Aufnahme von Krediten der Direktinvestoren bei ihren Töchtern wird als Mittelrückführung verbucht.

1 Ohne Deutsche Bundesbank.

2 Einschl. Wertpapieranlagen und übriger Kapitalverkehr der Bundesbank.

3 Einschl. Finanzderivate.

4 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben und sonstige Anlagen.

5 „Öffentliche Stellen“: Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost, der früheren Treuhandanstalt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.3 Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst Leistungen an Entwicklungsländer (nach DAC-Definition) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer, die von öffentlichen Stellen vergeben werden und bei denen jede Transaktion mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder eingesetzt wird. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert. **Bilateral** = deutsche bilaterale ODA-Leistungen, **multilateral** = deutscher Anteil an den ODA-Leistungen multilateraler Geber. Zur bilateralen ODA zählen auch Schuldenerlasse und Leistungen in Deutschland, insbesondere Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern.

17.3.1 Deutsche Netto-ODA-Leistungen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Mill. EUR							
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	8 112	8 313	8 978	9 693	8 674	9 804	10 136	10 067
Bilateral	5 592	5 604	5 807	6 284	5 096	6 082	6 256	6 678
Multilateral	2 120	2 709	3 171	3 410	3 578	3 722	3 880	3 389

17.3.2 Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern 2012

	Mill. EUR		Mill. EUR		Mill. EUR
Insgesamt	6678,4	Mauritius	- 0,1	St. Lucia	-
Europa	329,3	Mosambik	46,9	Trinidad und Tobago	-
darunter:		Namibia	33,5	Uruguay	0,4
Albanien	20,1	Niger	30,6	Venezuela	5,7
Bosnien und Herzegowina	33,4	Nigeria	29,8	Asien	2 186,2
Kosovo	22,1	Ruanda	25,0	darunter:	
Moldau Rep.	16,7	Sambia	26,5	Afghanistan	401,1
Montenegro	4,7	Senegal	26,4	Armenien	34,9
Mazedonien	26,3	Seychellen	0,0	Aserbaidtschan	4,9
Serbien	40,9	Sierra Leone	10,9	Bangladesch	63,5
Türkei	22,5	Simbabwe	44,1	Bhutan	0,3
Ukraine	64,1	Somalia	10,6	China	335,3
Weißrussland	12,2	Sudan	20,6	Georgien	92,9
Afrika	2 165,6	Südafrika	42,3	Indien	133,2
darunter:		Südsudan	26,8	Indonesien	25,9
Ägypten	80,5	Swasiland	- 0,4	Irak	21,7
Algerien	6,0	Tansania	85,4	Iran, Islam. Rep.	45,6
Angola	3,8	Togo	6,5	Jemen	55,6
Äthiopien	90,9	Tschad	11,5	Jordanien	54,9
Benin	37,1	Tunesien	33,2	Kambodscha	36,1
Botsuana	0,3	Uganda	36,9	Kasachstan	10,9
Burkina Faso	40,0	Zentralafrikanische Republik	2,2	Kirgisistan	17,8
Burundi	18,7	Amerika	657,4	Korea, Demokr. Volksrep.	2,4
Côte d'Ivoire	11,2	darunter:		Laos	24,5
Dschibuti	2,1	Argentinien	16,7	Libanon	29,6
Eritrea	1,3	Bolivien	24,1	Malaysia	7,1
Gabun	- 1,0	Brasilien	91,6	Malediven	0,6
Gambia	0,2	Chile	37,2	Mongolei	33,6
Ghana	61,2	Costa Rica	8,6	Myanmar	9,7
Guinea	6,1	Dominikanische Republik	0,4	Nepal	50,4
Guinea-Bissau	0,7	Ecuador	28,3	Oman	-
Kamerun	69,1	El Salvador	11,9	Pakistan	79,3
Kap Verde	0,9	Guatemala	13,8	Palästinensische Gebiete	106,4
Kenia	122,2	Guyana	0,5	Philippinen	17,6
Kongo	7,4	Haiti	19,8	Sri Lanka	- 0,2
Kongo, Demokr. Rep.	462,2	Honduras	17,6	Syrien, Arab. Rep.	83,1
Lesotho	5,0	Jamaika	- 3,0	Tadschikistan	33,6
Liberia	12,2	Kolumbien	38,1	Thailand	- 13,1
Libyen	5,8	Kuba	1,7	Timor-Leste	6,4
Madagaskar	11,6	Mexiko	61,8	Turkmenistan	1,4
Malawi	36,3	Nicaragua	17,2	Usbekistan	30,7
Mali	40,7	Panama	4,5	Vietnam	76,7
Marokko	9,0	Paraguay	7,9	Ozeanien	9,2
Mauretanien	18,8	Peru	73,0	Entwicklungsländer, nicht aufteilbar	1 330,8

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

17.4 Direktinvestitionen

Der Stand der Direktinvestitionen in den Tabellen 17.4.1 und 17.4.2 setzt sich zusammen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, und den Krediten und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben. Ausführliche methodische Erläuterungen enthalten der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 31. Jg. 4/1979, S. 26 ff., sowie die Statistische Sonderveröffentlichung „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014“, S. 69 ff.

17.4.1 Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Wirtschaftszweig der Investitionsobjekte	Stand am Jahresende								
	2011	2012	nach ausgewählten Kapitalgeberländern						
			Frankreich	Vereinigtes Königreich	Niederlande	Belgien	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
Mill. EUR									
Insgesamt	569 654	597 315	45 718	49 209	140 180	9 644	39 240	53 773	16 480
Verarbeitendes Gewerbe	182 615	186 641	16 649	15 609	53 004	4 164	15 437	16 424	4 911
darunter:									
Ernährungsgewerbe	7 298	8 064	530	266	1 616	175	1 561	482	84
Textilgewerbe	491	514	. ¹	. ¹	47	. ¹	19	. ¹	–
Papiergewerbe	6 550	6 152	137	180	688	. ¹	63	741	. ¹
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	16 235	16 580	. ¹	. ¹	8 273	–	. ¹	. ¹	–
Chemische Industrie	21 762	22 804	1 369	3 047	6 485	1 670	1 297	3 294	634
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	7 271	7 910	304	214	1 638	209	918	328	97
Metallerzeugung und -bearbeitung	6 454	6 552	775	33	2 488	. ¹	642	37	. ¹
Herstellung von Metallerzeugnissen	6 779	6 913	475	627	1 165	47	784	613	22
Maschinenbau	22 920	23 241	1 046	706	4 763	469	3 934	3 652	534
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	692	924	. ¹	–	826	. ¹	22	9	–
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	8 457	8 907	1 192	570	1 087	32	1 483	1 010	374
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik ..	11 619	11 460	1 248	838	2 466	255	717	3 146	459
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	7 162	7 714	714	332	1 734	. ¹	177	16	593
Baugewerbe	2 559	2 741	163	–7	321	116	321	. ¹	. ¹
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	69 971	74 266	6 751	6 956	16 301	1 583	7 380	4 401	8 427
Information und Kommunikation	44 522	46 695	1 186	7 872	16 192	48	272	1 151	204
Banken	48 056	52 744	5 887	2 332	5 086	521	1 373	694	1 179
Versicherungsgewerbe	15 733	16 539	1 577	370	3 161	. ¹	1 424	3 677	. ¹
Grundstücks- und Wohnungswesen	26 667	28 415	811	3 224	6 019	702	2 155	884	83
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	12 973	14 208	1 175	3 166	3 006	53	820	2 255	73
Beteiligungsgesellschaften	81 533	85 315	2 196	3 391	17 344	413	6 235	18 891	780
Sonstige Wirtschaftsbereiche ^{1,2}	85 025	89 751	9 323	6 296	19 746	2 044	3 823	5 756	823

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energie- und Wasserversorgung; Verkehr und Lagerei; Gastgewerbe; Erziehung, Gesundheit und Sozialwesen und sonstige Dienstleistungsbereiche.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17 Zahlungsbilanz
 17.4 Direktinvestitionen
 17.4.2 Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts

Anlageland	Stand am Jahresende 2012								
	Alle Wirtschaftszweige	darunter:							
		Chemische Industrie	Maschinenbau	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	Banken	Sonstige Finanzierungsinstitutionen	Beteiligungsgesellschaften
Mill. EUR									
Insgesamt	1 196 810	77 047	34 416	21 840	86 169	162 067	74 889	232 054	59 363
Europa	724 497	34 765	17 026	13 243	43 327	101 633	51 344	137 794	50 911
EU-Länder (EU-27)	633 316	32 176	12 714	11 633	39 171	78 348	48 224	128 736	46 363
darunter:									
Belgien	61 733	14 570	368	89	1 284	4 860	525	28 570	200
Dänemark	6 916	95	533	. ¹	79	1 490	. ¹	506	865
Frankreich	47 012	2 874	2 060	2 345	1 877	10 912	839	1 653	1 094
Irland	13 729	72	. ¹	116	. ¹	995	2 831	1 843	107
Italien	37 411	1 773	1 247	675	872	8 553	3 496	1 578	56
Luxemburg	56 907	. ¹	121	. ¹	-	543	14 370	15 077	12 731
Niederlande	73 950	1 798	873	493	588	4 851	581	26 576	18 250
Österreich	32 057	827	1 234	3 343	2 016	8 344	1 225	2 292	1 505
Portugal	4 755	122	184	. ¹	622	1 520	170	22	147
Schweden	30 594	749	982	12	10 769	2 298	242	839	69
Spanien ¹³	26 949	1 620	1 036	1 688	2 078	4 759	1 207	489	1 832
Tschechische Republik	26 314	408	651	747	5 766	3 146	431	86	176
Ungarn	15 690	341	434	389	4 826	2 057	577	37	611
Vereinigtes Königreich	120 972	2 337	1 210	555	2 525	12 486	18 765	31 900	8 102
Andere europäische Länder¹³	91 182	2 589	4 312	1 611	4 156	23 284	3 121	9 058	4 548
darunter:									
Norwegen	6 975	266	84	. ¹	. ¹	1 300	. ¹	1 292	33
Russische Föderation	23 204	622	628	179	1 643	6 798	1 067	728	6
Schweiz	39 848	788	2 841	976	390	12 288	1 020	4 832	4 284
Türkei	8 949	595	708	334	1 675	1 296	. ¹	550	124
Afrika	9 707	726	175	229	2 738	929	. ¹	110	302
dar. Südafrika	6 087	502	168	125	2 596	747	. ¹	57	161
Amerika	326 766	25 600	9 776	3 544	21 081	28 498	16 706	86 823	7 166
darunter:									
Argentinien	2 545	356	27	98	441	600	. ¹	. ¹	. ¹
Brasilien	23 871	3 687	1 397	1 212	7 231	1 962	1 485	182	54
Kanada	14 500	1 247	601	384	316	1 617	. ¹	936	197
Mexiko	9 207	1 019	114	390	3 464	1 217	. ¹	359	165
Vereinigte Staaten	266 073	17 887	7 559	1 412	9 580	21 130	16 147	82 799	6 012
Asien	115 521	14 436	7 219	4 348	18 859	25 138	6 048	4 971	650
darunter:									
China ¹⁴	44 824	5 467	4 777	2 018	11 836	8 929	1 023	1 399	72
Hongkong	4 673	152	206	86	. ¹	3 113	- 832	264	302
Japan	15 301	1 215	329	. ¹	4 525	3 861	155	1 072	-
Korea, Republik	7 516	1 410	682	293	685	1 371	. ¹	735	-
Malaysia	5 346	655	96	172	46	452	. ¹	. ¹	-
Singapur	13 163	1 483	70	. ¹	. ¹	3 956	3 083	448	101
Ozeanien und Polarregionen	20 318	1 520	220	477	164	5 870	. ¹	2 356	334
nachrichtlich: Industrieländer	998 665	55 209	24 934	14 869	55 048	122 928	66 677	224 074	57 412

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Einschl. der Kanarischen Inseln.

Quelle: Deutsche Bundesbank

3 Einschl. Guernsey, Insel Man und Jersey. – Ohne Bulgarien und Rumänien.

4 Ohne Hongkong.

17.5 Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland

	Aktiva			Passiva			Saldo		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012
	Mill. EUR								
Insgesamt	6 326 886	6 603 861	7 035 692	5 443 309	5 724 802	5 928 480	883 578	879 059	1 107 211
Unternehmen und Privatpersonen	2 748 415	2 788 213	3 073 890	1 717 805	1 728 139	1 840 483	1 030 610	1 060 074	1 233 407
Kurzfristig									
Kredite aus Finanzbeziehungen	264 181	284 539	287 305	145 762	182 292	193 727	118 419	102 247	93 579
Handelskredite	112 721	116 466	113 919	101 738	114 403	115 229	10 983	2 062	- 1 310
Langfristig									
Kredite aus Finanzbeziehungen	214 466	193 970	201 641	225 391	223 189	216 650	- 10 925	- 29 219	- 15 010
Wertpapieranlagen ¹⁾	1 165 460	1 132 851	1 347 296	557 067	499 228	585 828	608 393	633 623	761 468
Direktinvestitionen ²⁾	940 875	1 006 229	1 067 444	683 798	704 772	724 697	257 077	301 456	342 747
Sonstige Anlagen	50 712	54 159	56 285	4 049	4 254	4 353	46 663	49 905	51 932
Öffentliche Haushalte	226 921	238 430	294 619	1 089 885	1 271 207	1 349 184	- 862 965	- 1 032 776	- 1 054 565
Kredite ³⁾	91 660	104 997	140 249	117 984	136 737	106 163	- 26 324	- 31 740	34 086
Wertpapieranlagen	132 417	130 517	141 059	969 012	1 130 520	1 239 346	- 836 595	- 1 000 003	- 1 098 287
Sonstige Anlagen	2 844	2 916	13 311	2 889	3 950	3 675	- 45	- 1 034	9 636
Monetäre Finanzinstitute (ohne Bundesbank)	2 826 856	2 862 555	2 746 180	2 620 998	2 678 899	2 632 316	205 858	183 656	113 863
Kurzfristig ⁴⁾	720 906	668 757	651 187	772 213	693 730	753 260	- 51 307	- 24 973	- 102 073
Langfristig									
Kredite ⁴⁾	633 830	658 526	605 139	200 691	191 320	179 702	433 139	467 206	425 437
Wertpapieranlagen	590 101	522 238	539 912	819 461	825 673	815 895	- 229 360	- 303 435	- 275 983
Direktinvestitionen ²⁾	94 612	93 726	99 691	37 204	33 824	36 337	57 409	59 902	63 354
Sonstige Anlagen	787 407	919 308	850 251	791 429	934 352	847 122	- 4 023	- 15 043	3 128
Deutsche Bundesbank	524 695	714 662	921 002	14 620	46 557	106 496	510 075	668 105	814 506
Sonstige Auslandspassiva ..	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Maßgebend für die Wertansätze sind Marktpreise; bei den Positionen in Fremdwährung werden die Devisenkurse und bei den Wertpapierpositionen zusätzlich die Börsenkurse berücksichtigt. Die Werte für das Beteiligungskapital und für die Kredite im Rahmen der Direktinvestitionen beruhen im wesentlichen auf den Bilanzen der Investitionsobjekte.

Als „kurzfristig“ sind Aktiva und Passiva mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, als „langfristig“ mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr oder ohne Laufzeitbegrenzung bezeichnet.

Stichtag, soweit nicht anders angegeben, Jahresende.

1 Passiva: Einschl. Anleihen der Deutschen Bundespost.

2 Anteile am Kapital ausländischer bzw. inländischer Unternehmen von 10 % oder mehr. Bei Unternehmen und Privatpersonen: Einschl. der Direktinvestitionskredite unter Berücksichtigung der Kredite ausländischer Töchter an ihre deutschen Mütter bzw. Kredite deutscher Töchter an ausländische Mütter.

3 Passiva: Schuldscheindarlehen.

4 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. Ä.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Methodik

■ Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Bilanz der Vermögensübertragungen** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter www.bundesbank.de

Die Zahlungsbilanz ist, wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem, formal stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{array}{rcl}
 & \text{Saldo der Leistungsbilanz} & + \text{ Saldo der Vermögensübertragungen} \\
 = & \text{Saldo der Kapitalbilanz (einschl.} & + \text{ Saldo der statistisch nicht aufglieder-} \\
 & \text{Veränderung der Währungsreserven} & \text{baren Transaktionen} \\
 & \text{der Deutschen Bundesbank} & \\
 & \text{zu Transaktionswerten)} &
 \end{array}$$

■ Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Angaben über die **Leistungen öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen** werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erfasst und zusammengestellt. Dies geschieht nach den Richtlinien des Entwicklungsausschusses der OECD (Development Assistance Committee, DAC). Die Angaben sind mit den Angaben in der Zahlungsbilanz nicht voll vergleichbar, da sie teilweise auf anderen Unterlagen beruhen. Einerseits sind in der Zahlungsbilanz Leistungen enthalten, die nach den OECD/DAC-Richtlinien nicht berücksichtigt werden. Andererseits sind bestimmte in der DAC-Statistik zu erfassende Leistungen nach den Konzepten der Zahlungsbilanzstatistik nicht aufzunehmen. Weitere Informationen bietet die Homepage des BMZ unter www.bmz.de

■ Direktinvestitionen

Angaben über den Stand **deutscher Direktinvestitionen im Ausland und ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland** ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank seit Ende 1976 jährlich. Sie geben Auskunft über den Stand der Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland auf der Grundlage internationaler Unternehmensbeteiligungen. Ausführliche methodische Erläuterungen zu Direktinvestitionen enthalten der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 31. Jg. 4/1979, S. 26 ff., sowie die Statistische Sonderveröffentlichung „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014“, S. 69 ff.

Glossar

Direktinvestitionen | Sie setzen sich zum einen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens zusammen, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist. Dazu kommen die Kredite und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben (siehe hierzu Tabellen 17.4.1 und 17.4.2).

Forderungen | Das sind wirtschaftliche Rechte gegen das Vermögen ausländischer Volkswirtschaften. In der Tabelle 17.2 über den Kapitalverkehr mit dem Ausland werden sie als Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland bezeichnet. Zu den Forderungen zählen insbesondere Bankguthaben, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Gliederung des Kapitalverkehrs nach Sektoren | Diese folgt der Systematik des Internationalen Währungsfonds. Sie ist der Sektorengliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angenähert und erleichtert die Analyse der Kapitalbewegungen, da für den Kapitalmarkt der einzelnen Sektoren jeweils ganz spezifische Gesichtspunkte entscheidend sind. Es werden folgende Sektoren unterschieden: Monetäre Finanzinstitute, Unternehmen und private Haushalte, Staat, Deutsche Bundesbank. Eine Trennung der privaten Haushalte von den Unternehmen ist bisher aus technischen Gründen nicht möglich. Zu den Unternehmen rechnen auch die Unternehmen in öffentlichem Besitz, wie etwa die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Post AG. Der Sektor „Staat“ umfasst den Bund einschließlich des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens, die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung.

Kapitalbilanz | Sie enthält alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen ändern (z. B. Guthaben, Wertpapiere oder Beteiligungen sowie die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank).

Leistungsbilanz | Diese umfasst alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen und die laufenden Übertragungen, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) | Es handelt sich hierbei um Leistungen an Entwicklungsländer (nach DAC-Definition) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer. Öffentliche Stellen vergeben diese Leistungen. Jede Transaktion hat zum Hauptziel die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert.

Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen | In dieser Position schlagen sich alle Erfassungslücken sowie Ungenauigkeiten bei der periodengerechten Zuordnung nieder. Der Saldo wird gesondert ausgewiesen.

Übertragungen | Sie umfassen die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen, die unentgeltlich erfolgt sind.

Verbindlichkeiten | Das sind alle Anrechte auf Teile des deutschen Volksvermögens, die sich in der Hand von Ausländern befinden (Tabelle 17.2: Ausländische Nettokapitalanlagen in Deutschland). Zu den Verbindlichkeiten zählen insbesondere Bankguthaben, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Vermögensübertragungen | Diese sind ausgegliedert und werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Im Gegensatz zu den laufenden Übertragungen umfassen sie diejenigen unentgeltlichen Leistungen, die nicht direkt das Einkommen oder den Verbrauch der beteiligten Länder verändern (z. B. Schuldenerlass).

Warenverkehr (fob-Werte) | Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Außenhandel (Lagerverkehr auf inländische Rechnung u. a.). Die Einfuhr wurde umgerechnet von den cif-Werten (cost, insurance, freight = Kosten, Versicherungen, Fracht inbegriffen) der Außenhandelsstatistik auf fob-Werte (free on board = frei an Bord).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, deren Daten in diesem Kapitel überwiegend verwendet wurden. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Zahlungsbilanz* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben von der Deutschen Bundesbank (www.bundesbank.de) stammen.

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Zahlungsbilanz

| Statistisches Beiheft Zahlungsbilanzstatistik, Deutsche Bundesbank

■ Direktinvestitionen

| Bestandserhebung über Direktinvestitionen (Statistische Sonderveröffentlichung, Deutsche Bundesbank, April 2014)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 29 92

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



18 Umwelt

Über **9 %** der **Unternehmensinvestitionen** im Produzierenden Gewerbe flossen 2011 in **Umweltschutzmaßnahmen** | Einnahmen an **Umweltsteuern** betragen 2013 rund **57,5 Mrd. EUR** | Mehr als **zwei Drittel** des Abfallaufkommens **recycelt** | Gut **1 Million Tonnen** Klärschlamm **thermisch entsorgt** | Bei **2 292 Unfällen** wurden **14 456 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe** freigesetzt | **23 %** der **Wälder** waren 2013 **geschädigt** | **Energieverbrauch** der privaten Haushalte von **erneuerbaren Energien** seit 2005 um fast **57 %** gestiegen

Seite

441 **Auf einen Blick****Tabellen**442 **Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich**
Investitionen | Laufende Aufwendungen | Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz445 **Wasser und Abwasser**
Wassergewinnung nach Ländern, nach Wirtschaftsbereichen | Öffentliche Wasserabgabe | Öffentliche und nicht-öffentliche Abwasserentsorgung | Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation | Entgelt für die Trinkwasserversorgung | Entgelt für die Entsorgung von Abwasser | Klärschlamm Entsorgung | Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallkriterien, nach Wassergefährdungsklassen451 **Abfallbilanz**
Abfallaufkommen | Verwertungsquote | Recyclingquote452 **Klimawirksame Stoffe**
Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe | Nach Stoffarten | Nach Wirtschaftszweigen454 **Straftaten gegen die Umwelt**
Straftaten | Verurteilte455 **Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen**
Material- und Energieflüsse | Primärenergieverbrauch | Verwendung von Energieträgern im Inland | Treibhausgasemissionen | Luftschadstoffe459 **Umweltzustand – Waldschäden**
Nach Ländern | Nach Baumarten und Altersstufen460 **Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit**
Ausgaben für den Umweltschutz | Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren | Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie462 **Methodik**465 **Glossar**467 **Mehr zum Thema**

18.0 Auf einen Blick

Entnahmen und Abgaben von Material (ohne Wasser) 2011

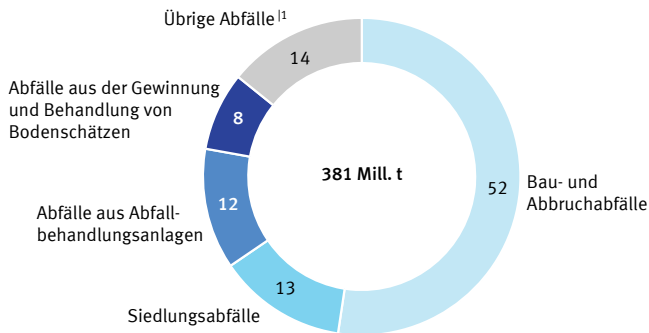
in Mill. t



1 Einschl. dissipativen Verlusten, ohne Emissionen im Wasser, Wirtschaftsdünger als Trockenmasse.
2 Insbesondere für bzw. aus Verbrennungsprozessen (O₂, N₂ bzw. H₂O).

Abfallaufkommen 2012

in %

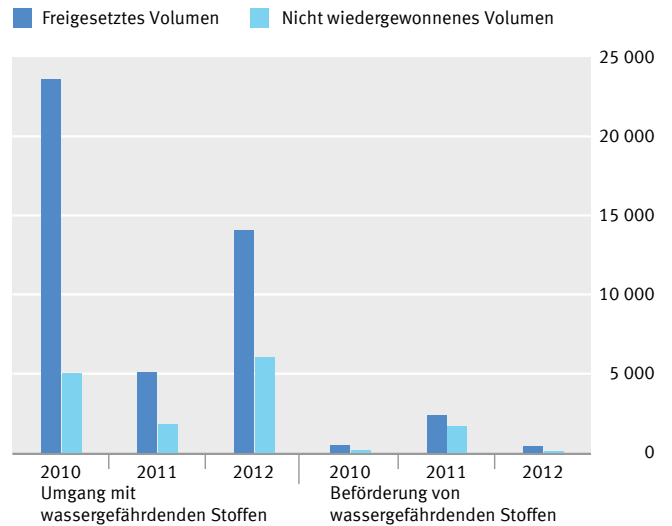


Vorläufiges Ergebnis.

1 Insbesondere aus Produktion und Gewerbe.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

in m³



2014 - 01 - 0326

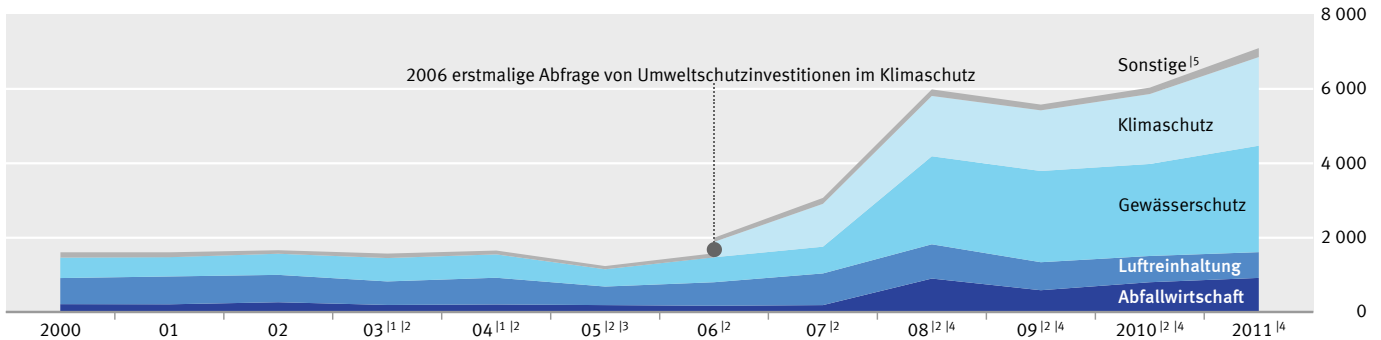
18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
18.1.1 Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2011

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Investitionen								
		insgesamt ²	davon für den Umweltschutz							
			zusammen	Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Naturschutz und Landschaftspflege	Bodensanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR									
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	42 952	73 468 237	7 100 551	917 957	2 860 547	118 279	694 826	72 046	53 555	2 383 341
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	380	1 046 767	92 960	12 574	46 922	11 373	10 636	.	.	7 938
darunter:										
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	357	371 314	13 130
Verarbeitendes Gewerbe	35 897	54 161 785	2 020 331	147 656	390 677	79 211	583 477	12 012	27 731	779 566
darunter:										
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	4 678	3 617 794	154 658	5 206	22 087	6 593	10 859	438	730	108 744
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	781	1 342 497	147 311	30 915	27 496	10 201	20 617	1 455	1 484	55 143
Kokerei und Mineralölverarbeitung	45	569 870	138 050	.	61 701	659	55 236	.	8 259	12 050
H. v. chemischen Erzeugnissen	1 165	4 880 877	346 187	15 907	115 027	7 055	115 184	1 877	4 652	86 486
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2 674	2 645 749	77 744	9 846	6 578	1 739	9 582	218	332	49 449
H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 476	1 708 135	129 932	25 164	8 367	4 322	43 521	2 664	1 041	44 853
Metallerzeugung und -bearbeitung	906	2 752 616	280 892	16 675	38 225	13 004	153 572	231	562	58 624
H. v. Metallerzeugnissen	6 528	3 945 850	114 891	6 675	11 990	8 931	18 500	1 419	1 947	65 428
Maschinenbau	5 126	5 706 289	100 190	7 256	15 103	2 798	16 766	428	3 424	54 415
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 018	12 459 639	203 648	10 667	42 259	13 646	70 540	1 746	3 389	61 401
Energieversorgung	1 777	12 068 456	1 794 563	30 207	115 547	27 008	88 974	49 930	14 908	1 467 989
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	4 898	6 191 229	3 192 697	727 519	2 307 401	687	11 739	.	.	127 847
darunter:										
Wasserversorgung	1 672	2 106 257	474 627	9 164	5 129	47 753
Abwasserentsorgung	1 370	2 655 566	1 936 411	32 186	1 859 281	250	3 524	4 599	.	.
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1 797	1 416 482	773 386	683 563	33 731	340	8 164	971	5 141	41 476

Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr; in der Energieversorgung alle Unternehmen; in der Wasserversorgung werden Unternehmen mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr, in der Abfallbeseitigung ab 1 Mill. Euro Umsatz einbezogen.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
- 2 Aktive Bruttozugänge an erworbenen und selbsterstellten Sachanlagen.

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe in Mill. EUR



Ohne Baugewerbe.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Additive und integrierte Investitionen.
- 3 Ohne Energie- und Wasserversorgung.
- 4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 5 Lärmbekämpfung, Bodensanierung sowie Naturschutz und Landschaftspflege.

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

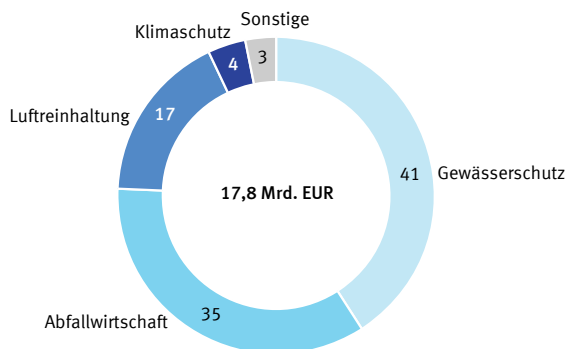
18.1.2 Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2010

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen ²	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz							
		insgesamt	davon						
			Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbe-kämpfung	Luftrein-haltung	Naturschutz und Land-schaftspflege	Boden-sanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR								
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	21 351	17 782 676	6 188 803	7 271 764	(220 631)	3 079 499	148 851	186 943	686 184
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	134	200 423	X	68 396	4 694	35 298	20 248	25 759	X
Verarbeitendes Gewerbe	19 889	8 183 406	(2 612 484)	2 880 116	(178 037)	2 113 568	46 300	94 835	258 066
darunter:									
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	2 561	594 760	X	305 287	X	29 809	(1 567)	(1 360)	24 172
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	558	466 294	181 790	208 388	4 278	40 654	X	X	29 096
Kokerei und Mineralölverarbeitung	34	853 590	42 491	(226 443)	(6 509)	555 114	1 559	9 960	11 515
H. v. chemischen Erzeugnissen	811	1 797 394	528 629	847 437	21 643	334 845	4 419	26 474	33 948
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	190	196 930	69 998	97 674	662	19 457	2 932	2 183	X
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1 610	193 003	107 929	33 607	1 864	38 160	(867)	(536)	X
H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	806	306 264	96 594	58 425	6 262	120 270	7 713	1 636	X
Metallerzeugung und -bearbeitung	654	1 415 128	312 091	422 203	X	591 867	X	(4 101)	(3 962)
H. v. Metallerzeugnissen	3 036	X	X	77 752	X	26 439	2 474	(3 414)	X
Maschinenbau	3 134	317 636	124 392	91 330	6 407	72 959	2 779	5 720	14 051
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	707	808 419	263 874	250 570	20 685	193 636	11 835	27 080	40 739
Energieversorgung	593	2 565 950	601 237	611 120	24 428	822 046	73 175	44 751	389 193
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	735	6 832 896	2 934 534	3 712 132	X	X	(9 128)	X	X
darunter:									
Wasserversorgung	160	(438 880)	23 285	(412 078)	-	X	X	X	X
Abwasserentsorgung	100	3 344 179	200 948	3 108 618	-	(5 416)	X	X	X
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	463	3 041 215	2 705 548	X	X	X	(1 580)	X	X

Vorläufige Ergebnisse.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
- 2 Unternehmen mit 50 Beschäftigten und mehr; ohne Baugewerbe.

Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz nach Umweltbereichen 2010, in %



2014 - 01 - 0328

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

18.1.3 Umsatz mit Umweltschutzgütern und -leistungen 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz für den Umweltschutz						
		insgesamt	davon erzielt mit Umweltschutzgütern und -leistungen für					
			Abfallwirtschaft	Abwasserwirtschaft	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Klimaschutz	sonstige ²
		1 000 EUR						
		nach ausgewählten Wirtschaftszweigen						
	Insgesamt	66 901 406	3 164 909	6 093 621	2 785 682	6 682 202	45 549 946	2 625 047
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	29 154	.	.	.	23 237	.	.
C	Verarbeitendes Gewerbe	50 978 850	2 445 251	2 949 156	2 492 113	6 312 868	35 461 919	1 317 543
	darunter:							
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 127 013	.	68 848	161 907	946 281	1 704 603	.
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 393 907	321 658	823 826	145 363	18 274	1 910 449	174 337
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 253 021	23 449	310 838	113 792	351 722	1 318 339	134 883
25	H. v. Metallserzeugnissen	3 346 417	340 860	39 746	117 705	678 505	2 019 751	149 850
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	6 342 694	30 451	271 647	21 974	477 607	5 495 809	45 207
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	4 711 665	196 944	23 397	-	131 408	4 344 152	15 764
28	Maschinenbau	16 566 073	1 086 539	1 157 795	125 217	2 050 943	11 623 651	521 928
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 785 815	312 072	35 410	1 714 982	1 466 677	228 615	28 058
D – E	Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	351 375	.	.	.	1 490	.	.
F	Baugewerbe	6 824 447	314 279	2 441 590	202 015	51 899	3 343 917	470 747
	darunter:							
42	Tiefbau	2 324 266	165 483	1 678 094	118 023	182	178 757	183 727
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	3 566 799	104 561	433 742	39 014	50 435	2 737 253	201 794
B – F	Produzierendes Gewerbe	58 183 825	2 839 800	5 453 394	2 694 939	6 389 494	38 923 141	1 883 056
G – U	Sonstige Wirtschaftszweige	8 717 581	325 109	640 226	90 742	292 708	6 626 805	741 991
	darunter:							
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	4 108 228	250 040	507 171	75 595	216 532	2 513 239	545 651
	darunter:							
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	3 731 275	209 940	478 995	64 608	166 011	2 435 558	376 163

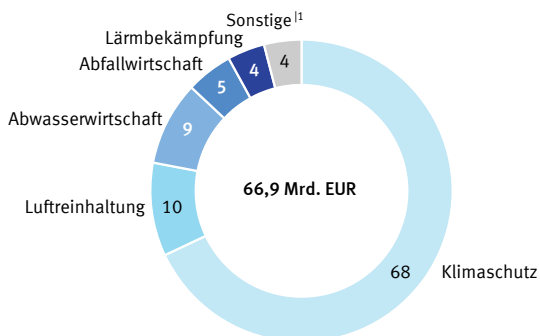
Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Arten- und Landschaftsschutz, Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser sowie umweltbereichsübergreifende Waren, Bau- und Dienstleistungen.

Umsatz mit Umweltschutzgütern und -leistungen 2011

nach Umweltbereichen, in %



1 Arten- und Landschaftsschutz, Schutz und Sanierung von Boden, Grund- und Oberflächenwasser sowie umweltbereichsübergreifende Waren, Bau- und Dienstleistungen.

2014 - 01 - 0329

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.1 Wassergewinnung nach Ländern 2010

	Insgesamt	Davon				
		Grundwasser	Quellwasser	Uferfiltrat	angereichertes Grundwasser	Fluss-, See- und Talsperrenwasser
Mill. m ³						
Insgesamt						
Deutschland	33 036	5 351	490	829	558	25 808
Baden-Württemberg	4 645	473	145	31	6	3 990
Bayern	4 527	863	171	114	17	3 362
Berlin	528	66	–	113	32	317
Brandenburg	677	418	0	8	14	237
Bremen	1 198	16	–	0	–	1 182
Hamburg	527	122	0	2	0	402
Hessen	4 658	302	49	2	39	4 265
Mecklenburg-Vorpommern	132	96	0	2	1	33
Niedersachsen	4 105	664	15	5	3	3 418
Nordrhein-Westfalen	5 924	1 383	34	424	413	3 670
Rheinland-Pfalz	2 195	242	39	51	1	1 861
Saarland	182	86	3	0	–	94
Sachsen	562	241	13	64	16	228
Sachsen-Anhalt	367	115	2	7	15	228
Schleswig-Holstein	2 622	204	1	6	0	2 411
Thüringen	188	59	18	0	0	111
darunter: Öffentliche Wassergewinnung						
Deutschland	5 081	3 104	431	395	468	682
Baden-Württemberg	652	341	132	2	2	175
Bayern	843	601	156	60	3	23
Berlin	207	62	–	113	32	–
Brandenburg	126	120	0	3	3	–
Bremen	13	13	–	–	–	–
Hamburg	111	111	–	–	–	–
Hessen	342	258	45	0	38	–
Mecklenburg-Vorpommern	94	80	0	2	–	12
Niedersachsen	538	462	10	0	2	63
Nordrhein-Westfalen	1 185	476	20	121	368	200
Rheinland-Pfalz	247	177	33	27	–	10
Saarland	64	62	2	–	–	–
Sachsen	272	60	13	63	7	128
Sachsen-Anhalt	74	53	2	4	12	3
Schleswig-Holstein	179	179	–	–	–	0
Thüringen	135	49	18	–	–	68

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.2 Wassergewinnung nach Wirtschaftsbereichen

	Wassergewinnung insgesamt		Nichtöffentliche Wasserversorgung					Öffentliche Wasserversorgung	
			zusammen		darunter				
			Energieversorgung		Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	
2007	32 302	27 174	6 773	19 684	176	7 191	4 806	5 128	4 833
2010	33 036	27 955	7 126	20 656	187	6 783	4 534	5 081	4 663
davon: 2010 nach Ländern									
Baden-Württemberg	4 645	3 993	1 483	3 539	29	418	718	652	878
Bayern	4 527	3 684	1 120	2 917	23	754	1 044	843	1 826
Berlin	528	321	52	317	10	2	31	207	1
Brandenburg	677	551	261	151	9	384	110	126	91
Bremen	1 198	1 185	42	1 108	7	75	17	13	2
Hamburg	526	415	116	161	1	211	46	111	1
Hessen	4 658	4 316	314	3 969	10	189	201	342	385
Mecklenburg-Vorpommern	132	38	238	8	8	16	72	94	52
Niedersachsen	4 105	3 567	718	3 046	13	412	396	538	228
Nordrhein-Westfalen	5 924	4 739	1 193	2 528	34	2 190	931	1 185	408
Rheinland-Pfalz	2 195	1 948	393	309	6	1 569	217	247	190
Saarland	183	119	81	77	7	41	44	64	37
Sachsen	562	290	374	61	7	226	293	272	87
Sachsen-Anhalt	368	294	231	87	6	183	143	74	40
Schleswig-Holstein	2 622	2 443	320	2 370	9	68	140	179	360
Thüringen	188	53	190	7	8	44	131	135	77

18.2.3 Öffentliche Wasserabgabe

	Wasserabgabe zum Letztgebrauch			Wasserwerks-eigengebrauch	Wasserverlust/ Messdifferenz	Nachrichtlich: Wasserabgabe über Weiterver- teilung
	insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe ¹	durchschnitt- licher täglicher Pro-Kopf- Verbrauch ²			
	Mill. m ³	%	l			
2007	4 544	79,7	122	150	462	1 999
2010	4 500	79,5	121	145	474	2 002
davon: 2010 nach Ländern						
Baden-Württemberg	564	80,3	115	12	73	460
Bayern	722	80,6	129	23	98	168
Berlin	193	73,3	113	3	8	4
Brandenburg	112	84,5	105	4	12	9
Bremen	37	80,3	122	0	2	1
Hamburg	103	93,1	134	3	5	6
Hessen	301	88,0	121	9	35	217
Mecklenburg-Vorpommern	85	75,0	106	2	8	3
Niedersachsen	461	78,8	126	18	30	161
Nordrhein-Westfalen	1 101	78,7	135	27	89	518
Rheinland-Pfalz	219	80,4	119	8	24	54
Saarland	53	78,8	112	2	7	28
Sachsen	187	67,9	84	9	29	227
Sachsen-Anhalt	106	73,1	91	2	18	46
Schleswig-Holstein	164	78,2	133	6	10	30
Thüringen	93	77,7	89	17	26	70

1 Anteil bezogen auf die Wasserabgabe zum Letztgebrauch insgesamt.

2 Bezogen auf die angeschlossene Bevölkerung.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.4 Öffentliche und nichtöffentliche Abwasserentsorgung

	Eingeleitete Abwassermenge			Davon nach Art des Abwassers			
	insgesamt	davon		häusliches und betriebliches Schmutz- wasser	Fremdwasser	Nieder- schlags- wasser	nichtöffent- liches Abwasser
		behandelt	unbehandelt				
Mill. m ³	%						
2007	34 621	31,8	68,2	15,1	6,1	8,0	70,8
2010	35 237	31,0	69,0	14,3	6,5	7,6	71,6
davon: 2010 nach Ländern							
Baden-Württemberg	5 461	31,8	68,2	10,2	8,4	11,5	69,9
Bayern	5 189	36,0	64,0	18,4	6,3	9,3	66,0
Berlin	391	21,2	78,8	18,3	–	2,8	78,9
Brandenburg	310	87,0	13,0	69,2	3,6	6,3	20,9
Bremen	1 242	6,3	93,7	4,2	0,5	0,4	94,9
Hamburg	562	29,7	70,3	17,8	6,5	4,0	71,7
Hessen	5 135	18,2	81,8	5,8	5,3	6,3	82,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	109	87,0	13,0	63,8	9,1	10,1	17,0
Niedersachsen	3 980	18,8	81,2	11,4	3,0	0,9	84,6
Nordrhein-Westfalen	6 538	45,0	55,0	21,5	10,2	10,0	58,3
Rheinland-Pfalz	2 413	28,5	71,5	9,4	4,6	7,7	78,2
Saarland	252	71,2	28,8	24,5	18,5	26,3	30,6
Sachsen	478	94,1	5,9	35,1	26,6	27,6	10,7
Sachsen-Anhalt	309	75,1	24,9	38,7	11,6	11,7	38,0
Schleswig-Holstein	2 616	8,0	92,0	6,2	0,7	0,6	92,5
Thüringen	252	91,7	8,3	47,7	19,6	18,8	13,9

18.2.5 Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation

	Bevölkerung insgesamt		Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation				Bevölkerung ohne Anschluss an die öffentliche Kanalisation				
	1 000	% ¹	zusammen		mit Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage		ohne Anschluss an Abwasserbehandlungsanlage		darunter mit Anschluss an		
			1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	% ¹	1 000	abflusslose Gruben	
										Kleinkläranlagen	
2007	82 261	79 052	96,1	78 158	95,0	894	1,1	3 209	3,9	2 435	731
2010	81 751	78 950	96,6	78 239	95,7	711	0,9	2 801	3,4	2 205	575
davon: 2010 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 750	10 675	99,3	10 671	99,3	3	0,0	75	0,7	45	29
Bayern	12 519	12 107	96,7	12 073	96,4	34	0,3	412	3,3	360	51
Berlin	3 444	3 429	99,6	3 429	99,6	–	–	15	0,4	1	14
Brandenburg	2 508	2 175	86,7	2 174	86,7	0	0,0	333	13,3	78	254
Bremen	660	658	99,7	658	99,7	–	–	2	0,3	0	1
Hamburg	1 779	1 764	99,2	1 764	99,2	–	–	15	0,8	4	11
Hessen	6 064	6 034	99,5	6 031	99,5	3	0,0	30	0,5	13	16
Mecklenburg-Vorpommern	1 647	1 443	87,6	1 441	87,6	2	0,1	204	12,4	181	23
Niedersachsen	7 932	7 487	94,4	7 487	94,4	1	0,0	445	5,6	438	7
Nordrhein-Westfalen	17 851	17 469	97,9	17 469	97,9	0	0,0	381	2,1	327	37
Rheinland-Pfalz	4 007	3 978	99,3	3 976	99,2	2	0,1	29	0,7	13	16
Saarland	1 020	1 014	99,4	992	97,3	22	2,1	6	0,6	4	1
Sachsen	4 154	3 762	90,6	3 615	87,0	148	3,6	391	9,4	316	76
Sachsen-Anhalt	2 345	2 203	94,0	2 161	92,2	42	1,8	142	6,0	112	29
Schleswig-Holstein	2 831	2 682	94,7	2 679	94,6	3	0,1	149	5,3	144	6
Thüringen	2 241	2 069	92,3	1 618	72,2	451	20,1	172	7,7	168	3

Stand: jeweils 30.6. – Einwohner/-innen am Ort ihrer alleinigen bzw. Hauptwohnung.

1 Anteil bezogen auf Bevölkerung insgesamt.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.6 Entgelt für die Trinkwasserversorgung
 privater Haushalte

	Trinkwasserentgelt ¹			Grundgebühr ¹		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013
	EUR je m ³			EUR je Jahr		
Deutschland	1,66	1,67	1,68	69,02	70,47	72,58
Baden-Württemberg	1,94	1,97	2,01	30,55	31,31	33,04
Bayern	1,41	1,43	1,45	42,62	43,76	45,19
Berlin	2,17	2,17	2,17	17,58	17,58	17,58
Brandenburg	1,53	1,52	1,52	78,72	79,35	79,62
Bremen	1,98	1,98	1,98	28,62	28,62	28,62
Hamburg	1,64	1,67	1,72	59,71	60,99	62,92
Hessen	2,00	1,96	1,98	33,42	32,89	33,86
Mecklenburg-Vorpommern ..	1,62	1,62	1,61	85,82	87,70	87,57
Niedersachsen	1,22	1,23	1,23	57,31	59,35	61,74
Nordrhein-Westfalen	1,63	1,62	1,62	111,17	114,61	118,67
Rheinland-Pfalz	1,62	1,65	1,70	69,42	73,06	77,42
Saarland	1,85	1,87	1,87	82,99	84,68	96,99
Sachsen	1,91	1,91	1,92	118,60	113,63	114,21
Sachsen-Anhalt	1,61	1,61	1,64	105,84	105,96	101,84
Schleswig-Holstein	1,37	1,40	1,42	39,94	43,09	47,17
Thüringen	1,98	1,99	2,00	118,74	125,21	126,07

Daten jeweils zum Stichtag 1.1.

1 Nach Einwohnern gewichtet, Brutto-Angabe.

18.2.7 Entgelt für die Entsorgung von Abwasser aus
 privaten Haushalten nach Tariftypen

	Gemeinden ¹		Bevölkerung ²		Abwasser-entgelt ^{3 4}	Niederschlags- wasserentgelt ³ je versiegelter oder sonstiger Fläche	Grund- gebühr ³
	Anzahl	%	1 000	%			
Deutschland							
2011 ..	10 617	100	80 010	100	2,33	0,75	63,44
2012 ..	10 618	100	80 008	100	2,34	0,75	64,18
2013 ..	10 621	100	80 010	100	2,34	0,75	65,15
Gemeinden mit ...							
Abwasserentgelt							
2011 ..	2 252	21,2	14 187	17,7	2,48	-	-
2012 ..	2 083	19,6	12 932	16,2	2,49	-	-
2013 ..	1 930	18,2	10 109	12,6	2,41	-	-
Abwasserentgelt und Grundgebühr							
2011 ..	2 692	25,4	7 682	9,6	2,56	-	73,12
2012 ..	2 687	25,3	7 650	9,6	2,57	-	74,18
2013 ..	2 662	25,1	7 537	9,4	2,58	-	75,85
Abwasser- und Niederschlagswasserentgelt							
2011 ..	3 015	28,4	43 124	54,0	2,20	0,70	-
2012 ..	3 107	29,3	44 291	55,4	2,22	0,70	-
2013 ..	3 175	29,9	46 799	58,5	2,24	0,71	-
Abwasser- und Niederschlagswasserentgelt sowie Grundgebühr							
2011 ..	1 619	15,3	12 011	15,0	2,44	0,95	56,83
2012 ..	1 670	15,7	12 287	15,4	2,44	0,94	57,55
2013 ..	1 739	16,4	12 665	15,8	2,45	0,91	58,24
Niederschlagswasserentgelt und Grundgebühr							
2011 ..	13	0,1	19	0,0	-	0,59	125,85
2012 ..	13	0,1	19	0,0	-	0,59	125,85
2013 ..	13	0,1	19	0,0	-	0,59	125,85
Grundgebühr							
2011 ..	54	0,5	50	0,1	-	-	181,62
2012 ..	53	0,5	49	0,1	-	-	181,67
2013 ..	51	0,5	48	0,1	-	-	183,26
sonstigen Entgelten							
2011 ..	970	9,1	2 924	3,7	2,44	0,57	6,19
2012 ..	1 004	9,5	2 778	3,5	2,55	0,58	6,61
2013 ..	1 047	9,9	2 829	3,5	2,55	0,59	8,09

Daten jeweils zum Stichtag 1.1.

1 Gemeinden mit Entgelt für Abwasser.

2 Bevölkerung der Gemeinden mit Entgelt für Abwasser, Stand: 31.12.2011 (Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011).

3 Nach Einwohnern gewichtet.

4 Bezogen auf den Frischwasserbezug.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.8 Klärschlammensorgung aus der öffentlichen, biologischen Abwasserbehandlung

	Direkte Klärschlammensorgung insgesamt		Davon						thermische Entsorgung	
			stoffliche Verwertung							
	zusammen	in der Landwirtschaft ¹	bei landschaftsbaulichen Maßnahmen	sonstige stoffliche Verwertung	t Trockenmasse	% ¹²	t Trockenmasse	% ¹²	t Trockenmasse	% ¹²
2011	1 950 126	882 695	567 187	29,1	254 402	13,0	61 106	3,1	1 067 431	54,7
2012	1 846 441	837 611	544 065	29,5	235 439	12,8	58 107	3,1	1 008 830	54,6
davon: 2012 nach Ländern										
Baden-Württemberg	238 112	21 659	5 264	2,2	13 274	5,6	3 121	1,3	216 453	90,9
Bayern ¹³	266 761	114 366	48 030	18,0	66 336	24,9	-	-	152 395	57,1
Berlin	47 043	-	-	-	-	-	-	-	47 043	100
Brandenburg	83 369	34 082	16 472	19,8	15 350	18,4	2 260	2,7	49 287	59,1
Bremen	20 075	11 614	11 168	55,6	446	2,2	-	-	8 461	42,1
Hamburg	48 712	-	-	-	-	-	-	-	48 712	100
Hessen	150 061	74 552	53 219	35,5	18 027	12,0	3 306	2,2	75 509	50,3
Mecklenburg-Vorpommern	36 589	35 205	32 052	87,6	1 762	4,8	1 391	3,8	1 384	3,8
Niedersachsen	186 940	163 351	123 783	66,2	15 757	8,4	23 811	12,7	23 589	12,6
Nordrhein-Westfalen	414 924	107 663	79 769	19,2	14 032	3,4	13 862	3,3	307 261	74,1
Rheinland-Pfalz	84 282	63 204	57 399	68,1	2 696	3,2	3 109	3,7	21 078	25,0
Saarland	20 103	13 399	8 863	44,1	4 536	22,6	-	-	6 704	33,3
Sachsen	80 378	65 604	16 019	19,9	46 932	58,4	2 653	3,3	14 774	18,4
Sachsen-Anhalt	56 054	41 799	20 610	36,8	18 465	32,9	2 724	4,9	14 255	25,4
Schleswig-Holstein	73 408	54 221	53 027	72,2	303	0,4	891	1,2	19 187	26,1
Thüringen	39 630	36 892	18 390	46,4	17 523	44,2	979	2,5	2 738	6,9

Einschl. der von anderen Abwasserbehandlungsanlagen bezogenen Klärschlämme, ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen.

1 Nach Klärschlammverordnung (AbfKlärV).

2 Anteil bezogen auf die „Direkte Klärschlammensorgung insgesamt“.

3 Landschaftsbauliche Maßnahmen inklusive sonstige stoffliche Verwertung.

18.2.9 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und Flussgebietseinheiten 2012

Flussgebietseinheit	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
Deutschland	2 292	14 456,7	6 188,5	42,8
Unfälle beim Umgang				
Donau	101	1 431,3	209,6	14,6
Rhein	308	3 592,5	2 240,1	62,4
Ems	44	1 370,2	201,6	14,7
Weser	109	2 400,9	1 325,1	55,2
Elbe/Labe	201	4 652,1	2 006,9	43,1
Oder	2	0,4	0,1	23,1
Maas	12	79,1	61,7	78,0
Eider	14	507,5	10,1	2,0
Schlei/Trave	23	23,1	6,8	29,5
Warnow/Peene	4	4,2	0,0	0,1
Unfälle bei der Beförderung				
Donau	135	44,8	4,3	9,5
Rhein	698	163,6	47,1	28,8
Ems	71	23,7	9,0	37,9
Weser	244	60,3	25,8	42,8
Elbe/Labe	287	84,3	25,3	30,0
Oder	2	0,6	0,2	33,3
Maas	12	13,7	13,1	95,3
Eider	4	0,4	0,1	14,0
Schlei/Trave	19	2,9	1,0	34,4
Warnow/Peene	2	1,3	0,7	53,1

18.2.10 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und betroffenen Gebieten 2012

Betroffenes Gebiet	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen
	Anzahl	m ³	
Unfälle insgesamt	2 292	14 456,7	6 188,5
Unfälle beim Umgang			
Unfälle zusammen	818	14 061,2	6 062,1
davon im:			
Wasserschutzgebiet	67	201,7	160,7
Heilquellenschutzgebiet	9	83,4	26,2
Überschwemmungsgebiet	13	49,3	45,9
Risikogebiet (Hochwasser)	4	101,4	100,6
sonstigen schutzwürdigen Gebiet	15	109,3	82,9
anderen Gebiet ¹	710	13 516,2	5 645,9
Unfälle bei der Beförderung			
Unfälle zusammen	1 474	395,5	126,4
davon im:			
Wasserschutzgebiet	189	74,0	17,8
Heilquellenschutzgebiet	11	0,6	0,1
Überschwemmungsgebiet	14	7,6	2,9
Risikogebiet (Hochwasser)	5	1,3	0,3
sonstigen schutzwürdigen Gebiet	23	4,2	1,0
anderen Gebiet ¹	1 232	307,8	104,3

1 Einschl. ohne Angabe.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.11 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Wassergefährdungsklassen
 und Unfallbereichen

	Unfälle insgesamt	Dabei		
		freigesetztes Volumen	nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
2011	2 253	7 450,6	3 499,6	47,0
und zwar:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 013	185,2	45,0	24,3
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	121	3 788,9	1 200,8	31,7
2012	2 292	14 456,7	6 188,5	42,8
und zwar:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 043	185,6	60,1	32,4
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	157	10 465,0	4 037,4	38,6
2012 nach Wassergefährdungsklassen (WGK) und Arten der freigesetzten Stoffe				
WGK 1	175	1 477,9	278,5	18,8
WGK 2	1 469	1 664,4	1 108,2	66,6
WGK 3	390	51,8	17,1	32,9
WGK unbekannt ¹	258	11 262,7	4 784,8	42,5
Mineralölprodukte zusammen	1 948	1 706,2	1 144,3	67,1
WGK 1	86	44,7	6,9	15,3
WGK 2	1 433	1 564,3	1 078,5	68,9
WGK 3	367	42,3	12,1	28,7
WGK unbekannt	62	54,8	46,9	85,5
Sonstige Stoffe zusammen	344	12 750,6	5 044,1	39,6
WGK 1	89	1 433,1	271,6	19,0
WGK 2	36	100,1	29,7	29,7
WGK 3	23	9,5	4,9	51,9
WGK unbekannt ¹	196	11 207,9	4 737,9	42,3
2012 nach Unfallbereichen und Wassergefährdungsklassen (WGK) der freigesetzten Stoffe				
Unfälle beim Umgang zusammen	818	14 061,2	6 062,1	43,1
WGK 1	105	1 417,6	262,6	18,5
WGK 2	459	1 441,9	1 042,9	72,3
WGK 3	63	24,4	4,7	19,1
WGK unbekannt ¹	191	11 177,3	4 751,9	42,5
Lageranlagen ¹	491	6 325,6	2 604,7	41,2
Abfüll- und Umschlaganlagen ¹	101	267,3	160,2	59,9
Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungsanlagen ¹	126	5 405,2	1 862,0	34,4
Sonstige Anlagen ¹	100	2 063,2	1 435,2	69,6
Unfälle bei der Beförderung zusammen	1 474	395,5	126,4	32,0
WGK 1	70	60,3	15,9	26,3
WGK 2	1 010	222,5	65,2	29,3
WGK 3	327	27,3	12,4	45,3
WGK unbekannt ¹	67	85,4	32,9	38,5
Straßenfahrzeuge ¹	1 378	343,7	104,6	30,4
Eisenbahnwagen	30	3,4	1,5	42,9
Schiffe	56	40,9	20,2	49,3
Rohrfernleitungen	-	-	-	-
Sonstige Beförderungsmittel	10	7,5	0,2	2,1

¹ Enthält auch Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärsubstrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe.

18.3 Abfallbilanz 2012

	Abfallaufkommen insgesamt	Davon Verbleib in Abfallentsorgungsanlagen mit							Verwertungsquote ¹	Recyclingquote ²
		Beseitigungsverfahren				Verwertungsverfahren				
		zusammen	Ablagerung	thermische Beseitigung	Behandlung zur Beseitigung	zusammen	energetische Verwertung	stoffliche Verwertung		
1 000 t									%	
Abfallaufkommen insgesamt	380 576	80 411	63 762	12 366	4 283	300 166	34 803	265 363	79	70
Gefährliche Abfälle ³	23 686	8 017	4 459	1 341	2 217	15 668	2 960	12 709	66	54
Nicht gefährliche Abfälle ³	356 891	72 394	59 303	11 025	2 066	284 497	31 843	252 654	80	71
Siedlungsabfälle⁴ insgesamt	49 759	8 436	107	7 341	988	41 323	8 863	32 460	83	65
davon:										
Haushaltstypische Siedlungsabfälle	44 188	7 333	1	6 441	891	36 855	7 528	29 327	83	66
davon:										
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle gemeinsam über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt	13 989	6 592	–	5 815	777	7 397	5 234	2 162	53	15
Sperrmüll	2 398	423	–	341	82	1 975	598	1 377	82	57
Abfälle aus der Biotonne	3 944	–	–	–	–	3 944	11	3 933	100	100
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	5 305	6	0	1	5	5 299	282	5 017	100	95
Andere getrennt gesammelte Fraktionen	18 553	312	1	284	27	18 241	1 404	16 837	98	91
Glas	2 392	1	1	0	–	2 391	1	2 390	100	100
Papier, Pappe, Kartonagen	8 098	18	–	3	16	8 080	37	8 043	100	99
gemischte Verpackungen/Wertstoffe	5 462	267	0	258	9	5 195	795	4 400	95	81
Elektroaltgeräte	623	0	–	–	0	622	1	621	100	100
Sonstiges (Verbunde, Metalle, Textilien usw.)	1 978	26	0	24	2	1 952	570	1 383	99	70
Sonstige Siedlungsabfälle	5 571	1 103	105	901	97	4 468	1 334	3 134	80	56
davon:										
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, getrennt vom Hausmüll angeliefert oder eingesammelt	3 836	876	2	828	47	2 960	1 214	1 745	77	46
Straßenkehrriecht/Garten- und Parkabfälle (Boden und Steine)	789	176	100	49	27	614	37	577	78	73
Biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	688	7	–	4	3	681	60	621	99	90
Marktabfälle	70	11	–	9	1	60	2	58	85	82
Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	14	0	0	–	0	14	1	14	99	96
Andere getrennt gesammelte Fraktionen ..	173	33	4	11	18	140	21	119	81	69
Abfälle aus Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen	30 318	29 992	29 958	0	34	326	2	323	1	1
Bau- und Abbruchabfälle	199 303	20 306	19 082	157	1 067	178 998	1 358	177 639	90	89
darunter:										
Boden (einschl. Aushub von verunreinigten Standorten), Steine und Baggergut	112 559	14 909	14 051	7	851	97 651	19	97 631	87	87
Übrige Abfälle (insbesondere aus Produktion und Gewerbe)	54 218	14 403	10 077	2 901	1 425	39 815	10 257	29 558	73	55
Sekundärabfälle⁵	46 978	7 273	4 539	1 966	769	39 705	14 322	25 382	85	54

Vorläufiges Ergebnis.

- 1 Anteil des Inputs aller mit einem Verwertungsverfahren eingestuftten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 2 Anteil des Inputs aller mit dem Verfahren „Stoffliche Verwertung“ eingestuftten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 3 Die Abfallarten sind durch die Abfallverzeichnisverordnung bestimmt. Gefährliche Abfälle im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind dort mit einem Sternchen (*) versehenen. Alle anderen gelten als nicht gefährliche Abfälle.

4 Siedlungsabfälle: Haushaltsabfälle und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushalten ähnlich sind, z. B. hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Marktabfälle, Straßenkehrriecht.

5 Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen ohne Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen (EAV 1908), Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser (EAV 1909), Abfälle aus der Sanierung von Böden und Grundwasser (EAV 1913) und Sekundärabfälle, die als Rohstoffe/Produkte aus dem Entsorgungsprozess herausgehen.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.1 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Verwendung		Davon eingesetzt als						
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen	
t									
Insgesamt	9 847	- 219	7 562	5 373	269	1 921	597	1 555	132
nach Stoffarten									
FKW	90	5	.	-	-	.	.	-	89
darunter:									
R 14	54	5	.	-	-	.	.	-	53
R 116	33	0	-	-	-	-	-	-	33
R 318	2	0	-	-	-	-	-	-	2
H-FKW	7 425	- 154	5 230	4 248	49	932	597	1 555	43
darunter:									
R 23	14	- 13	8	5	.	.	-	-	5
R 134	14	3	14	6	1	7	-	-	-
R 134a	6 875	- 63	5 192	4 227	48	917	592	1 087	3
R 143a	3	1	3	0	0	2	-	-	-
R 152a	203	- 43	-	-	-	-	.	.	-
R 227ea	40	- 50	.	2	.	1	-	5	.
R 245fa	61	- 35	7	.	-	.	-	55	-
R 365	20	- 13	-	-	-	-	-	20	-
R 365mfc	107	- 25	.	.	-	-	.	106	-
R 1234yf	0	0	0	.	.	0	-	-	-
FKW und H-FKW zusammen	7 515	- 149	5 230	4 248	49	932	597	1 555	132
Blends	2 332	- 70	2 332	1 124	219	989	-	-	-
darunter:									
R 404 A	1 105	- 16	1 105	535	72	498	-	-	-
R 407 A	16	2	16	2	4	9	-	-	-
R 407 C	569	- 31	569	306	27	235	-	-	-
R 410 A	302	34	302	203	8	92	-	-	-
R 413 A	2	- 2	2	1	0	1	-	-	-
R 417 A	28	1	28	10	4	13	-	-	-
R 422 A	8	- 5	8	1	3	4	-	-	-
R 422 D	151	- 13	151	3	74	73	-	-	-
R 437 A	8	- 1	8	0	1	7	-	-	-
R 507	140	- 41	140	61	24	55	-	-	-
nach Wirtschaftszweigen¹²									
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	1 377	- 332	46	16	12	18	87	1 244	-
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	448	19	3	.	.	3	.	-	-
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	154	9	153	139	0	14	-	-	.
28 Maschinenbau	1 556	- 62	1 519	1 041	76	402	.	.	33
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 352	- 49	3 351	3 330	1	20	.	-	.
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	585	5	585	252	51	282	.	-	.
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ¹³	891	9	891	371	91	430	-	-	-
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	550	76	528	-	-	528	.	-	.
Übrige Wirtschaftszweige	934	106	486	224	36	225	65	308	76

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.2 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen CO₂-Äquivalent 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Verwendung		Davon eingesetzt als							
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel	
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen		
	1 000 t CO ₂ -Äquivalent									
Insgesamt	16 078	- 661	12 812	8 379	629	3 804	772	1 669	826	
	nach Stoffarten									
FKW	667	35	.	-	-	.	.	-	666	
darunter:										
R 14	348	34	.	-	-	.	.	-	347	
R 116	299	2	-	-	-	-	-	-	299	
R 318	18	- 2	-	-	-	-	-	-	18	
H-FKW	9 491	- 484	6 891	5 576	65	1 250	771	1 669	160	
darunter:										
R 23	159	- 151	95	57	.	.	-	-	64	
R 134	14	3	14	6	1	7	-	-	-	
R 134a	8 937	- 82	6 750	5 495	63	1 192	770	1 414	4	
R 143a	10	2	10	2	0	8	-	-	-	
R 152a	28	- 6	-	-	-	-	.	.	-	
R 227ea	115	- 146	.	6	.	2	-	15	.	
R 245fa	58	- 33	6	.	-	.	-	52	-	
R 365	66	- 43	-	-	-	-	-	66	-	
R 365mfc	96	- 22	.	.	-	-	.	94	-	
R 1234yf	0	0	0	.	.	0	-	-	-	
FKW und H-FKW zusammen	10 158	- 449	6 891	5 576	65	1 250	772	1 669	826	
Blends	5 920	- 212	5 920	2 804	563	2 553	-	-	-	
darunter:										
R 404 A	3 602	- 52	3 602	1 743	234	1 624	-	-	-	
R 407 A	28	4	28	4	7	17	-	-	-	
R 407 C	868	- 47	868	467	42	359	-	-	-	
R 410 A	522	58	522	350	13	158	-	-	-	
R 413 A	4	- 4	4	1	1	3	-	-	-	
R 417 A	54	3	54	20	8	26	-	-	-	
R 422 A	20	- 12	20	2	8	9	-	-	-	
R 422 D	336	- 28	336	7	166	163	-	-	-	
R 437 A	12	- 2	12	1	1	10	-	-	-	
R 507	464	- 135	464	203	80	181	-	-	-	
	nach Wirtschaftszweigen¹²									
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 814	- 655	138	54	34	49	113	1 563	-
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	584	25	6	.	.	6	.	-	-
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	222	8	221	196	1	24	-	-	.
28	Maschinenbau	3 141	- 168	3 037	1 927	165	945	.	.	94
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4 365	- 62	4 364	4 332	2	31	.	-	.
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	1 278	- 39	1 277	555	122	600	.	-	.
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ¹³	2 018	22	2 018	851	216	951	-	-	-
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	864	97	720	-	-	720	.	-	.
	Übrige Wirtschaftszweige	1 793	110	1 031	465	88	478	79	97	586

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas-, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.5 Straftaten gegen die Umwelt

	Insgesamt	Art der Straftat (§§ des Strafgesetzbuches)									
		Gewässer- unreinigung	Bodenver- unreinigung	Luftver- unreinigung	Verursachen von Lärm, Erschütterun- gen und nicht ionisierenden Strahlen	umweltge- fährdende Abfallbe- seitigung	unerlaubtes Betreiben von Anlagen	unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen u. a. gefährlichen Stoffen und Gütern	Gefährdung schutzbedürf- tiger Gebiete	besonders schwerer Fall einer Umwelt- straftat	schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften
		(324)	(324a)	(325)	(325a)	(326)	(327)	(328)	(329)	(330)	(330a)
Straftaten ¹											
1995	35 643	7 075	1 602	377	66	24 619	1 526	124	62	108	84
2000	34 415	5 912	2 294	311	42	24 349	1 144	168	47	.	148
2005	18 376	3 759	1 748	176	45	11 909	559	115	15	.	50
2006	17 305	3 791	1 511	195	64	10 786	551	140	24	.	243
2007	16 528	3 439	1 639	198	68	10 357	517	117	28	.	165
2008	14 999	3 291	1 253	188	65	9 426	531	128	31	.	86
2009	14 474	3 119	1 135	211	18	9 227	534	145	29	.	56
2010	13 716	3 001	1 072	204	25	8 726	495	108	22	.	63
2011	13 342	2 912	999	256	24	8 486	469	113	36	.	47
2012	12 749	2 587	1 038	165	23	8 189	494	108	30	.	115
Verurteilte ²											
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin											
1995	3 306	537	44	9	–	2 456	239	7	2	9	3
2000	3 417	284	123	10	1	2 873	112	9	2	1	2
2005	2 209	207	87	7	–	1 822	74	5	–	6	1
2006	1 873	214	66	5	–	1 525	56	4	–	3	–
Deutschland											
2007	1 807	182	108	2	–	1 417	91	5	–	2	–
2008	1 505	168	87	4	–	1 140	90	6	1	7	2
2009	1 334	167	71	7	2	1 014	66	3	–	3	1
2010	1 301	154	76	7	–	986	70	3	1	4	–
2011	1 163	164	63	3	–	870	49	5	1	7	1
2012	1 078	129	60	3	–	797	79	2	1	7	–

1 Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik).

2 Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik.

18 Umwelt

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Energie“

18.6.1 Material- und Energieflüsse – Entnahmen

	2005	2006	2010	2011
	Mill. t			
Verwertete inländische Entnahme ¹	1 075	1 095	1 015	1 110
Abiotische verwertete Rohstoffe	828	861	766	827
Energieträger	221	216	196	202
dar. Braunkohle	178	176	169	177
Mineralische Rohstoffe	607	645	570	625
Erze	0	0	0	0
Sonstige mineralische Rohstoffe	606	645	569	624
Baumineralien	544	581	505	560
dar. Feldsteine, Kiese, gebrochene Natursteine	343	369	322	358
Industriemineralien	63	64	64	64
Biotische verwertete Rohstoffe	247	234	249	283
Pflanzliche Biomasse aus der Landwirtschaft	221	204	223	254
Biomasse aus der Forstwirtschaft (Laub- und Nadelholz)	27	30	26	29
Biomasse von Tieren	0	0	0	0
Entnahme von Gasen	1 140	1 152	1 097	1 051
dar. Sauerstoffentnahme für Verbrennungsprozesse	1 060	1 073	1 018	974
Einfuhr ²	564	601	593	616
Rohstoffe	326	337	323	334
Halbwaren	114	122	127	131
Fertigwaren	122	140	140	148
Nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme	2 181	2 112	2 111	2 105
dar. Abraum der Braunkohle	1 727	1 663	1 707	1 690

1 Summenbildung ohne Gase.

2 Einschl. importierter Abfall zur letzten Verwendung.

18.6.2 Material- und Energieflüsse – Abgaben

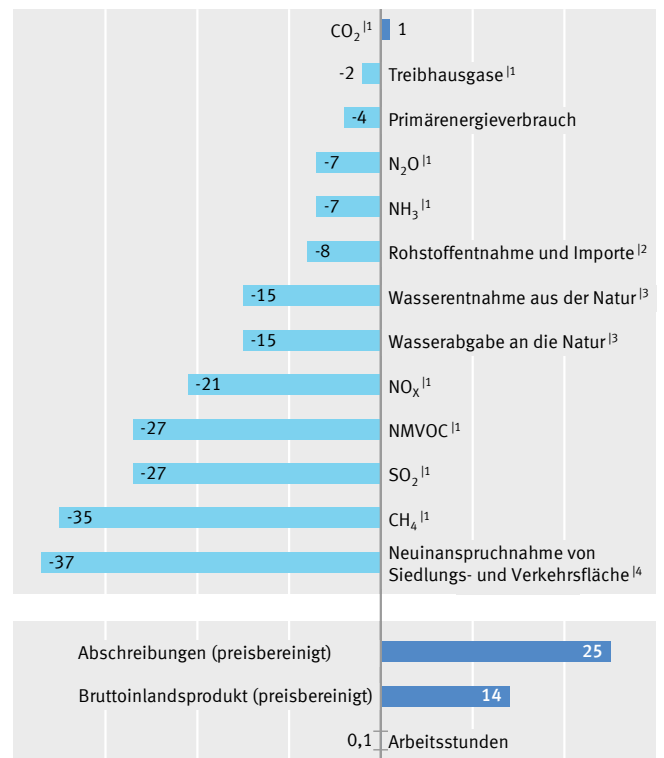
	2005	2006	2010	2011
	Mill. t			
Verwertete inländische Abgabe	1 578	1 592	1 519	1 460
Luftemissionen ¹	876	881	836	807
dar. Kohlendioxid	865	871	826	798
Dissipativer Gebrauch von Produkten	35	34	36	34
dar. organischer Dünger	26	25	24	24
Dissipative Verluste (Brems- und Reifenverluste)	0	0	0	0
Abgabe von sonstigen Gasen	667	677	646	619
dar. Wasser aus Verbrennungs- prozessen	530	541	511	484
Ausfuhr	357	380	365	378
Rohstoffe	78	82	80	87
Halbwaren	130	135	120	122
Fertigwaren	149	163	164	170
Nichtverwertete inländische Abgabe ²	2 181	2 112	2 111	2 105
Saldo	843	876	821	939
dar. Abfall an Deponie	46	39	34	37

1 Ohne FCKW und Halone.

2 Wert entspricht der nichtverwerteten inländischen Entnahme.

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Die Tabelle zeigt eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie vermittelt einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden an die europäischen Vorgaben angepasst.

Eingesetzte Umweltressourcen Veränderungsrate 2012 gegenüber 2000, in %



1 2011.

2 Abiotisch.

3 2010.

4 2011. – Gleitendes Vierjahresmittel.

2014 - 01 - 0330

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.3 Primärenergieverbrauch

	2005	2010	2011	2012 ¹
PJ				
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	172	214	218	224
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	91	80	100	101
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	4 022	3 927	3 965	3 904
Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren	225	229	225	227
Papier, Pappe und Waren daraus	304	246	236	233
Chemische Erzeugnisse	1 406	1 457	1 469	1 440
Glas-, -waren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	255	280	293	283
Metalle	684	653	690	653
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	3 533	3 480	3 224	3 234
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	93	94	94	89
Bauarbeiten	234	234	244	232
Handelsleistungen, Instandhaltung- und Reparaturarbeiten an Kfz	461	429	405	416
Verkehrs- und Lagereleistungen	924	976	918	916
Beherbergungs- und Gastronomie-dienstleistungen	115	109	105	109
Informations- und Kommunikations-dienstleistungen	101	90	83	86
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	49	47	39	42
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	37	43	40	41
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	148	163	155	156
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	26	27	28	26
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	145	159	141	146
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	134	124	105	112
Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens	187	193	168	176
Sonstige Dienstleistungen	174	145	132	133
Alle Produktionsbereiche	10 646	10 534	10 164	10 143
Private Haushalte	3 924	3 966	3 649	3 730
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)²	14 570	14 499	13 812	13 873
Bunkerungssaldo ³	- 287	- 319	- 283	- 261
Fackel- und Leitungsverluste/ Statistische Differenz ⁴	275	37	69	79
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inlandskonzept)⁵	14 558	14 217	13 599	13 692

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Kraftwerksverluste und Eigenverbrauch beim Energieerzeuger.

3 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

4 Differenz zwischen aufkommens- und verwendungsseitiger Berechnung.

5 Konzept der nationalen Energiebilanz.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

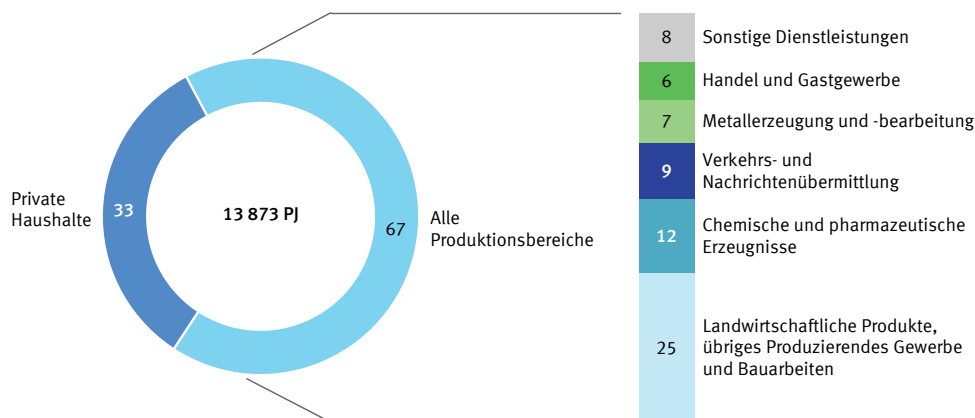
18.6.4 Verwendung von Energieträgern im Inland

	2005	2010	2011	2012 ¹
	PJ			
Steinkohle	2 108	2 004	2 007	1 978
Braunkohle	1 708	1 652	1 719	1 797
Erdöl (roh)	4 920	4 053	3 979	4 054
Ottokraftstoffe	1 245	986	995	946
Flugturbinenkraftstoff	426	419	371	396
Dieselmotorkraftstoff	1 287	1 400	1 437	1 439
Heizöl	1 533	1 295	1 127	1 164
Flüssiggas	149	157	153	161
Andere Mineralölprodukte	1 411	1 302	1 287	1 250
Erdgas, Erdölgas	3 111	3 245	2 960	2 999
Andere Gase	227	231	232	230
Erneuerbare Energien	1 061	1 783	1 840	1 957
Wasserkraft	70	75	64	78
Wind-, Photovoltaikanlagen	103	178	246	277
Holz, Stroh und andere feste Stoffe	338	532	511	545
Biodiesel und andere flüssige Stoffe	192	318	292	299
Klärgas einschl. Biogas	42	291	320	349
Siedlungsabfälle einschl. Deponiegas	88	106	110	116
Geo-/Solarthermie, Wärmepumpen	17	39	43	47
Nicht erneuerbare Abfälle, Abwärme und Andere	211	244	255	245
Strom	2 098	2 111	2 080	2 072
Kernenergie	1 779	1 533	1 178	1 085
Fernwärme	469	495	450	466
Energieträger insgesamt	23 530	22 667	21 814	21 994
– Ausstoß der Umwandlungsbereiche	8 959	8 167	8 002	8 121
+ Fackel- und Leitungsverluste ² / Statistische Differenz ³	275	37	69	79
– Bunkerungssaldo ⁴	287	319	283	261
Primärenergieverbrauch insgesamt⁵	14 558	14 217	13 599	13 692

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Fackel- und Leitungsverluste werden nicht dem Verbraucher/der Verbraucherin zugeordnet.
- 3 Differenz zwischen aufkommenseitiger und verwendungseitiger Berechnung.
- 4 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.
- 5 Konzept der nationalen Energiebilanz (Inlandskonzept).

Primärenergieverbrauch 2012

in %



Vorläufiges Ergebnis. – Umwandlungen werden den (End-)Abnehmern zugerechnet.

2014 - 01 - 0331

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.5 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Treibhausgasemissionen (einschließlich CO₂-Emissionen aus Biomasse)

	2005	2010	2011
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente		
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	79 814	78 445	80 407
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	13 569	8 948	9 009
Hergestellte Waren	196 126	188 050	190 858
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	389 307	392 198	390 483
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	47 684	49 077	49 354
Bauarbeiten	9 764	9 437	8 982
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz	21 804	18 529	18 745
Verkehrs- und Lagereleistungen	54 323	59 196	59 552
Dienstleistungen	46 808	45 095	44 923
Alle Produktionsbereiche	859 199	848 977	852 314
Private Haushalte	235 034	237 815	205 410
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 094 233	1 086 791	1 057 723
Übergangssaldo¹⁾	- 40 769	- 44 959	- 44 904
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Brutto)	1 053 464	1 041 833	1 012 819
Emissionen/Absorptionen aus LULUCF ²⁾	7 372	8 721	9 335
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Netto)	1 060 836	1 050 553	1 022 154

Die Treibhausgasemissionen umfassen die Emissionen an CO₂, N₂O, CH₄, SF₆ sowie die voll- und teilfluorierten Kohlenwasserstoffe (PFCs und HFCs). Die Luftemissionen wurden gegliedert nach Produktionsbereichen einerseits und Energieträgern bzw. Prozessen andererseits. Die Daten basieren auf emissionsrelevanten Energieeinsätzen und sonstigen emissionserzeugenden Anlagen in den jeweiligen Produktionsbereichen. Bei der Berechnung, die auf Daten des Umweltbundesamtes beruhen, wurden spezifische Emissionsfaktoren der eingesetzten Energieträger berücksichtigt.

- 1 Der Übergangssaldo bewirkt den Übergang vom Inländer- (VGR) zum Inlandskonzept, welches für das Reporting gemäß Kyoto-Protokoll verwendet wird.
2 Die Berücksichtigung des Saldos von Emission und Absorption von CO₂ durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) führt vom Brutto- zum Nettowert.

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2005	2010	2011
	t		
Schwefeldioxid (SO₂)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	2 772	4 028	4 248
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	5 345	4 497	4 825
Hergestellte Waren	183 153	160 451	163 313
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	214 058	205 127	208 966
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 507	2 138	2 207
Bauarbeiten	1 421	1 202	856
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	50 863	86 462	85 416
Alle Produktionsbereiche	461 119	463 904	469 830
Private Haushalte	47 492	49 871	44 467
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	508 610	513 775	514 298
Stickstoffoxide (NO_x)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	165 232	155 006	161 079
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	10 356	7 562	7 224
Hergestellte Waren	224 779	201 317	206 301
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	278 386	315 612	313 040
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	68 312	53 231	50 636
Bauarbeiten	58 641	41 924	37 960
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	589 385	508 566	498 848
Alle Produktionsbereiche	1 395 090	1 283 217	1 275 087
Private Haushalte	383 392	300 462	264 734
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 778 482	1 583 679	1 539 821
Ammoniak (NH₃)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	537 567	517 299	529 303
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	36	31	31
Hergestellte Waren	14 437	13 717	13 949
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	2 119	2 154	2 140
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	224	265	280
Bauarbeiten	245	272	266
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	2 579	3 091	3 125
Alle Produktionsbereiche	557 206	536 829	549 094
Private Haushalte	25 702	18 611	17 664
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	582 908	555 441	566 758

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen
 18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2005	2010	2011
	t		
Flüchtige Kohlenwasserstoffe ohne Methan (NMVOC)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	14 238	12 118	11 628
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	563	325	326
Hergestellte Waren	710 531	642 641	610 598
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 173	15 166	15 709
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 219	1 752	1 559
Bauarbeiten	7 799	4 910	4 598
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	59 738	48 136	47 851
Alle Produktionsbereiche	807 261	725 048	692 269
Private Haushalte	362 225	352 862	336 682
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 169 486	1 077 911	1 028 952
Feinstaubemissionen (PM₁₀)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	46 794	46 343	46 380
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	17 275	15 263	16 475
Hergestellte Waren	39 606	29 381	29 408
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 281	11 062	11 283
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	2 705	2 298	2 256
Bauarbeiten	7 677	6 476	6 394
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	83 940	114 259	116 333
Alle Produktionsbereiche	209 278	225 081	228 528
Private Haushalte	49 941	59 017	52 705
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	259 220	284 098	281 234

18.7 Umweltzustand – Waldschäden
 18.7.1 Waldschäden nach Ländern

Die Erfassung der Schäden erfolgt nach den Schadstufen 0 bis 4. In der Schadstufe 0 (ohne Schädmerkmale) werden Bäume erfasst, deren Nadel- bzw. Blattverlust unter 10% liegt. Der Schadstufe 1 (Warnstufe; schwach geschädigt) werden Bäume mit einer Kronenverlichtung von 11% bis 25% zugeordnet. Erst ab der Schadstufe 2 (Nadel- bzw. Blattverlust über 25%) sind eindeutige Schäden festzustellen. Daher repräsentieren die zusammengefassten Schadstufen 2 bis 4 die geschädigte Waldfläche. Die Ergebnisse basieren auf den jährlichen Waldschadenserhebungen der Landesforstverwaltungen.

	Waldschäden der Probestämme der Schadstufe 2 – 4			
	2005	2010	2012	2013
	%			
Deutschland	29	23	25	23
Baden-Württemberg	43	35	36	35
Bayern	32	27	21	20
Berlin	41	24	26	21
Brandenburg	14	7	8	11
Bremen	7	11	8	9
Hamburg ¹
Hessen	33	25	33	26
Mecklenburg-Vorpommern	12	17	17	14
Niedersachsen	13	17	20	19
Nordrhein-Westfalen	25	23	25	29
Rheinland-Pfalz	31	26	28	23
Saarland	34	27	34	29
Sachsen	15	14	16	17
Sachsen-Anhalt	20	15	16	16
Schleswig-Holstein	33	26	21	19
Thüringen	34	32	32	30

1 Ab 2002 liegen keine Angaben mehr vor.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

18.7.2 Waldschäden nach Baumarten und Altersstufen

	Anteil der Schadstufen ¹ an den Probestämmen				
	Schadstufe 0	Schadstufe 1	Schadstufe 2 – 4		
	Bäume insgesamt		Bäume bis 60 Jahre	Bäume über 60 Jahre	
	%				
	2013				
Fichte	38	38	24	5	37
Kiefer	47	42	11	9	13
Sonstige Nadelbäume ²	46	32	22	9	35
Buche	23	42	35	14	41
Eiche	19	39	42	20	50
Sonstige Laubbäume ³	50	35	15	10	23
	2005				
Fichte	27	42	31	8	45
Kiefer	34	47	19	10	26
Sonstige Nadelbäume ²	35	40	25	13	40
Buche	16	40	44	14	53
Eiche	15	34	51	17	62
Sonstige Laubbäume ³	44	40	16	14	20

1 Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

2 Vor allem Tanne, Lärche, Douglasie.

3 Hauptsächlich Esche, Ahorn, Birke, Erle, Hainbuche, Linde und Pappel.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.1 Ausgaben für den Umweltschutz

	2000	2005	2009	2010
	Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)			
Ausgaben für Umweltschutz insgesamt	33 070	34 180	35 360	35 770
davon:				
Produzierendes Gewerbe ¹ ² ³	7 330	6 500	8 080	8 760
Staat ³	9 660	8 140	8 110	8 270
Privatisierte öffentliche Unternehmen	16 080	19 550	19 170	18 740
Investitionen für Umweltschutz	9 490	8 300	9 190	8 860
davon:				
Produzierendes Gewerbe ¹ ² ³	1 580	1 410	3 070	3 320
dar. integrierte Investitionen	–	450	2 120	2 330
Staat ³	3 120	2 140	2 040	1 880
Privatisierte öffentliche Unternehmen	4 790	4 760	4 080	3 660
Laufende Ausgaben für Umweltschutz	23 580	25 880	26 170	26 910
davon:				
Produzierendes Gewerbe ¹ ² ³	5 750	5 090	5 010	5 440
Staat ³	6 540	6 000	6 070	6 390
Privatisierte öffentliche Unternehmen	11 300	14 790	15 090	15 080
	%			
Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,5	1,5	1,4
Anteil an den Gesamtinvestitionen	2,2	2,2	2,2	2,0

Laufende Ausgaben und Investitionen für Umweltschutz beim Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen.

- 1 Ohne die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung.
- 2 Ohne Gebühren und Entgelte für Entsorgungsdienstleistungen durch Dritte.
- 3 Gegenüber Vorjahresausgabe teilweise revidiert. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

18.8.2 Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren

	2000	2005	2010	2011	2012	2013
	Mill. EUR					
Umweltbezogene Steuern und Gebühren insgesamt	58 453	63 900	63 070	66 455
darunter:						
Umweltbezogene Steuern	48 197	55 236	54 887	58 183	57 776	57 457
Energiesteuer ¹	37 826	40 101	39 838	40 036	39 305	39 364
Kraftfahrzeugsteuer	7 015	8 673	8 488	8 422	8 443	8 490
Stromsteuer	3 356	6 462	6 171	7 247	6 973	7 009
Kernbrennstoffsteuer	–	–	–	922	1 577	1 285
Luftverkehrsteuer	–	–	–	905	948	978
Emissionsberechtigungen	–	–	390	650	530	330
Abwassergebühren	5 384	4 683	4 436	4 542
Abfallgebühren ²	4 871	3 981	3 747	3 730

- 1 Bis einschl. 2006 unter der Bezeichnung „Mineralölsteuer“ nachgewiesen.
- 2 Einschl. Straßenreinigung.

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.3 Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

	Einheit	2005	2010	2011 ¹	2012 ¹	2013 ¹
Energieproduktivität (1a)	1990 = 100	124,5	136,1	147,1	148,4	145,4
Primärenergieverbrauch (1b)	2008 = 100	97,7	95,4	91,2	91,0	93,3
Rohstoffproduktivität (1c)	1994 = 100	132,9	147,9	143,5	149,2	...
Treibhausgasemissionen (2)	Basiswert ² = 100	80,8	76,9	75,4	76,3	...
Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch (3a)	%	6,9	10,4	11,5	12,3	12,3
Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch (3b) . .	%	10,2	17,0	20,4	23,6	25,4
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (4) ³	ha pro Tag	114,0	87,0	81,0	74,0	...
Artenvielfalt und Landschaftsqualität (5)	2015 = 100	72,0	68,0	63,0
Staatsdefizit (6a)	%	3,3	4,2	0,8	- 0,1	0,0
Strukturelles Defizit (6b)	%	2,1	2,2	1,0	- 0,2	- 0,7
Schuldenstand (6c)	%	68,6	82,5	80,0	81,0	78,4
Verhältnis der Bruttoanlage- investitionen zum BIP (7)	%	17,3	17,4	18,1	17,6	17,2
BIP je Einwohner (10)	1 000 EUR	27,0	29,1	30,0	30,2	30,3
Gütertransportintensität (11a)	1999 = 100	109,9	111,4	110,5	108,0	...
Personentransportintensität (11b)	1999 = 100	97,0	93,3	91,3	91,0	...
Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung (11c)	%	17,2	17,8	18,5	18,2	...
Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung (11d)	%	11,6	10,4	9,0	9,7	...
Stickstoffüberschuss (12a) ⁴	kg/ha	103,0	96,0	101,0
Ökologischer Landbau (12b)	%	4,6	5,6	-	5,8	...
Schadstoffbelastung der Luft (13)	1990 = 100	45,4	41,6	41,3	40,4	...

Seit 2002 gibt es eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für Deutschland. Sie umfasst übergreifend die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Zur Messung der Wirksamkeit der Strategie dienen Nachhaltigkeitsindikatoren, die meist mit politischen Zielvorgaben versehen sind. Die Bundesregierung legt Indikatoren und Ziele fest. Das Statistische Bundesamt übernimmt die regelmäßige Berichterstattung in Indikatorenberichten zur nachhaltigen Entwicklung. Die Tabelle zeigt Zeitreihen derjenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden.

Die Nummer in Klammern entspricht der Nummer des jeweiligen Indikators in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nähere Informationen hierzu siehe www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de

1 Vorläufige Ergebnisse (teilweise geschätzt). Stand: Mai 2014.

2 Basisjahr ist 1990 für CO₂, CH₄, N₂O und 1995 für HFCs, PFCs und SF₆ (Kyoto-Protokoll).

3 Gleitender Vierjahresdurchschnitt, Bezug auf das betreffende Jahr und die drei Vorjahre.

4 Gleitender Dreijahresdurchschnitt, Bezug auf das mittlere Jahr.

Methodik

Umweltdaten spielen in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle, sei es zu Fragen der Treibhausgase, der Energiegewinnung und -verwendung oder der Waldschäden.

Die Tabellen dieses Kapitels sind gegliedert in die Bereiche **Umweltstatistiken** und **Umweltökonomische Gesamtrechnungen**. Bei den „Umweltstatistiken“ werden Ergebnisse der Erhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz (UStatG) veröffentlicht. Demgegenüber stellen die „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ ein methodisch abgestimmtes Gesamtbild von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt dar, in das sowohl die umweltstatistischen Ergebnisse als auch andere Quellen als Grundlage einfließen.

■ Umweltstatistiken

Es werden insbesondere die Ergebnisse der Statistiken über die Investitionen für den Umweltschutz dargestellt, die laufenden Aufwendungen sowie die Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, die Abfallwirtschaft sowie die Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe. Diese Statistiken liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen. Die rechtliche Grundlage für diese Erhebungen bildet das Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16.8.2005 (BGBl. I S. 2446), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 24.2.2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist, in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25.7.2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.

■ Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

Die dezentrale Erhebung der **Investitionen für den Umweltschutz** erfasst bei Unternehmen und dazugehörigen Betrieben des Produzierenden Gewerbes Bestandszugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen. Die Angaben werden seit 1975 jährlich erhoben. Bei den Investitionen für den Umweltschutz wird unterschieden zwischen den Umweltbereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz (seit 2006). Seit dem Berichtsjahr 2003 werden neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen erhoben.

Die dreijährliche zentrale Erhebung über **laufende Aufwendungen für den Umweltschutz** liefert seit 1996 Informationen über den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Hierbei werden alle laufenden Aufwendungen für Maßnahmen, die ausschließlich dem Schutz der Umwelt dienen, nach Arten erhoben. Das sind zum einen Aufwendungen für den Betrieb von Anlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen (u. a. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und Energie) und zum anderen Aufwendungen für nicht anlagenbezogene Maßnahmen (Gebühren und Beiträge, insbesondere für die kommunale Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung).

Die jährliche dezentrale Erhebung der **Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz** wird bei repräsentativ ausgewählten Betrieben des Produzierenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs durchgeführt. Sie liefert Informationen über den Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz dienen, gegliedert nach Art der Waren und Leistungen und nach Absatzgebieten. Des Weiteren gibt sie die Anzahl der Beschäftigten an, die in den Betrieben für den Umweltschutz tätig sind. Aus dem Dienstleistungsgewerbe sind in die Erhebung Institute und Einrichtungen einbezogen, die technische, physikalische und chemische Untersuchungen, Beratungen, Gutachten, Projektbetreuungen und ähnliche Dienstleistungen durchführen. Entsorgungsleistungen sind nicht Gegenstand der Erhebung.

■ Wasser und Abwasser

Die Statistik der **öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserentsorgung** erfasst u. a. Gewinnung, Bezug und Abgabe von Wasser, die Zahl der versorgten Einwohnerinnen und Einwohner sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung betreiben. Zusätzlich werden jährlich seit 2006 bei den Betreibern von öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen die Mengendaten über die Verwertung und den Verbleib des Klärschlammes aus der öffentlichen Abwasserbehandlung erhoben.

Die Statistik der **nichtöffentlichen Wasserversorgung und nichtöffentlichen Abwasserentsorgung** enthält u. a. Daten über Gewinnung, Bezug und Nutzung von Wasser sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind alle Betriebe des nichtöffentlichen Bereichs, die Wasser gewinnen oder Wasser/Abwasser in ein Gewässer einleiten und nichtöffentliche Betriebe, die aus Fremdbezug jährlich mindestens 10 000 m³ Wasser beziehen.

Die Erhebung der **Wasser- und Abwasserentgelte** liefert Informationen zu haushaltsüblichen wiederkehrenden Wasser- und Abwasserentgelten. Erhoben werden die Daten alle drei Jahre für das jeweilige Berichtsjahr und die beiden vorhergehenden Jahre. Auskunftspflichtig sind Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung betreiben, bzw. die zuständigen Gemeinden.

Die Erhebung der **Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** führen die nach Landesrecht zuständigen Behörden alle fünf Jahre durch. Erfasst werden ausschließlich Anlagen, die nach der jeweiligen Landesgesetzgebung wiederkehrend prüfpflichtig sind. Die Erhebung ermöglicht einen umfassenden Überblick über das bestehende Gefährdungspotenzial der erfassten Anlagen im Rahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes.

Die Erhebungen der **Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe** finden jährlich statt. Auskunftspflichtig sind die Dienststellen, die nach Landesrecht für die Entgegennahme der Anzeigen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen zuständig sind. Dies sind in der Regel die Unteren Wasserbehörden oder Polizeidienststellen.

■ Abfallbilanz

Die Angaben aus den abfallstatistischen Erhebungen werden mit Hilfe eines Rechenmodells zur **Abfallbilanz** (Tabelle 18.3) für Deutschland zusammengeführt. Die Aufbereitung der Erhebungen in Form einer Bilanz wird durch § 6 Abs. 1 UStatG angeordnet. Sie zeigt das inländische Abfallaufkommen nach Abfallkategorien und Verwertungs- bzw. Beseitigungspfaden und weist Verwertungs- und Recyclingquoten auf Bundesebene aus. Damit macht sie die Zielerreichung der Vorgaben aus der EU-Abfallrahmenrichtlinie für Recyclingquoten messbar und vergleichbar. Die Berechnung der Abfallbilanz erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem Bruttomengenprinzip. Ausgehend vom Input aller registrierten Abfallentsorgungsanlagen werden je im Inland erzeugte Abfallart die behandelten und beseitigten Abfallmengen zusammengefasst. Errechnet wird dies über den Input der Anlagen abzüglich des Imports und zuzüglich der Exporte. Mehrfach behandelte Abfallströme erhöhen in gewissem Umfang das Abfallaufkommen. Deshalb werden die erneut behandelten Abfälle, die bereits aus einer Behandlung entstanden sind, separat ausgewiesen.

■ Klimawirksame Stoffe

In dieser dezentralen Erhebung werden bundesweit ca. 14 000 Unternehmen befragt. Die jährliche Erhebung richtet sich an Unternehmen, die bestimmte **klimawirksame Stoffe** herstellen, ein- oder ausführen oder in Mengen von mehr

als 20 Kilogramm pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung, Wartung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die Erhebung liefert Ergebnisse über die verwendeten Stoffe sowohl in metrischen als auch in GWP/CO₂-Äquivalent (Global Warming Potential) gewichteten Tonnen (Tabelle 18.4.1 und 18.4.2), wobei Letzteres die aussagekräftigere Zahl für die Interpretation des Emissionspotenzials liefert, da sie die klimaschädigende Wirkung der Stoffe darstellt.

■ Straftaten gegen die Umwelt

Straftaten gegen die Umwelt gefährden nicht nur die Gesundheit von Menschen. Sie schädigen oft nachhaltig die Pflanzen- und Tierwelt. Zu den „klassischen“ Umweltdelikten zählen Verunreinigungen von Gewässern, Boden und Luft, ferner illegale Behandlung, Lagerung und Transport von Abfällen in größerem Ausmaß. Bei der Bewertung der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zahl der registrierten Fälle abhängig ist vom sogenannten Kontroll- und Anzeigeverhalten. Die „Dunkelziffer“ kann hoch sein. Die Angaben zu den „registrierten Fällen“ basieren auf der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes, die Angaben zu „gerichtlich Verurteilten“ auf der Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamtes.

■ Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen verfolgen das Ziel, Zusammenhänge zwischen der Inanspruchnahme von Natur und Umwelt und den verursachenden sozioökonomischen Aktivitäten darzustellen.

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen gliedern sich in die vier Themenbereiche:

- Material- und Energieflussrechnungen
- Nutzung von Fläche und Raum
- Umweltzustand
- Umweltschutzmaßnahmen

Die Gliederung der Ergebnisse folgt im Wesentlichen – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten – diesen Themenbereichen.

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen Umwelt und Ökonomie. Die Tabellen 18.6.1 und 18.6.2 geben einen Überblick über die betrachteten Materialströme und die wichtigsten Parameter. Sie zeigen, stark zusammengefasst, die Entnahmen und Abgaben an Materialien, bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands.

Die **Entnahmen** sind gegliedert in:

- Verwertete inländische Entnahme (einschließlich Gewinnung biotischer Rohstoffe)
- Entnahme von Gasen
- Einfuhr an Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Rohstoffentnahme (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserentnahme

Die **Abgaben** sind gegliedert in:

- Luftemissionen
- Dissipativer Gebrauch von Produkten (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Saatgut und Streusalz)
- Ausfuhr von Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Abgabe (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserabgabe

Die aktivitätsbezogenen Material- und Energieflussrechnungen (Tabellen 18.6.3 ff.) stellen die Material- und Energieflüsse als Aufkommen und Verwendung der jeweils verursachenden Produktionsbereiche nach der Systematik der Input-Output-Gliederung dar. Die Untergliederung der Tabellen folgt der durch EG-Verordnungen verbindlich eingeführten statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Die Tabellen zeigen die jeweils durch spezifische ökonomische Aktivitäten verursachten mengenmäßigen Belastungen, z. B. Luftemissionen. Um zu solchen gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen zu gelangen, sind neben der Nutzung von Daten aus Primärerhebungen der amtlichen Statistik, in der Regel weitere Berechnungen erforderlich (z. B. Umschlüsselungen, Ergänzungen fehlender Daten etc.). Die Ergebnisse der Material- und Energieflussrechnungen weisen deshalb in vielen Fällen Abweichungen von den ursprünglichen Daten der verwendeten Basisstatistiken auf.

Die Daten über **Emissionen** von Treibhausgasen und sonstigen Luftschadstoffen werden auf der Grundlage des „zentralen Emissionsinventars“ (ZES) des Umweltbundesamtes in Abstimmung mit Energiebilanz, Energiestatistik, Verkehrsstatistik und den internationalen Emissionsreports Deutschlands (Kyoto-Report) erstellt.

■ Umweltzustand – Waldschäden

Waldschäden (Tabellen 18.7.1 und 18.7.2) werden seit 1984 einheitlich nach den Vereinbarungen ermittelt, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und die Forstverwaltungen der Länder getroffen haben. Alle Länder wenden dabei ein Stichprobenverfahren (Probepflanzungen) an, das flächenbezogene Aussagen über den Waldzustand liefert. Als wichtigster Vitalitätsweiser wird dabei die Verlichtung der Baumkronen erfasst (= Nadel-/Blattverlust).

Für die Waldschadenserhebungen werden die Erhebungspunkte durch die Knotenpunkte eines Gitternetzes festgelegt, dessen Linienabstand bei einer Vollerhebung höchstens 4 km und bei einer Teilstichprobe höchstens 16 km beträgt.

Die Informationen, die zur Beschreibung des Waldzustandes auf Bundesebene notwendig sind, wurden 1998 erstmals unmittelbar aus den von den Ländern bereitgestellten Einzelbaumdaten des 16 x 16 km-Stichprobennetzes ermittelt (EU-weit vorgegebene Netzdichte).

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Die Angaben über die gesamtwirtschaftlichen **Ausgaben für den Umweltschutz** im Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ermittelt. Sie umfassen Ausgaben für folgende Umweltbereiche: Abfallentsorgung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz. Frühere Ausgaben dieser Veröffentlichung enthielten lediglich die Ausgaben für die ersten vier der vorgenannten Umweltbereiche. Insofern sind die Angaben nur bedingt vergleichbar. Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Umweltschutz werden jeweils drei Jahre nach dem Berichtsjahr der zugrunde liegenden Basisstatistiken veröffentlicht.

Die Definition von **Umweltsteuern** basiert auf einem auf internationaler Ebene erarbeiteten Konzept einer Statistik über umweltbezogene Steuern. Sie orientiert sich an der Besteuerungsgrundlage – unabhängig von der Motivation zur Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Maßgeblich ist danach, dass die Steuer sich auf eine physische Einheit (oder einen Ersatz dafür) bezieht, die nachweislich spezifische negative Auswirkungen auf die Umwelt hat. Konkret sind darunter Emissionen im weitesten Sinne (Luftemissionen, Abwasser, Abfall, Lärm), Energieerzeugnisse, der Verkehr oder Dünge- und Pflanzenschutzmittel zu verstehen. Für Deutschland quantitativ am bedeutsamsten sind somit bei den Steuern die Energiesteuer (früher Mineralölsteuer) und die Stromsteuer (Besteuerungsgrundlage Energieerzeugnis) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (emissionsbezogene bzw. bis 1.7.1997 verkehrsbezogene Besteuerungsgrundlage).

Methodik

Die hier präsentierten Ergebnisse (Tabelle 18.8.2) beziehen sich ausschließlich auf diese Steuern. Die Mehrwertsteuer auf Kraftfahrzeuge, Mineralöl oder Strom ist nicht einbezogen.

Die Ergebnisse zu den Umweltsteuern werden ein halbes Jahr nach Ablauf des Berichtsjahres veröffentlicht.

Die Zunahme der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** ist in Deutschland ein bedeutsames strukturelles Umweltproblem. In den Jahren 2009 bis 2012 hat sie um durchschnittlich 74 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität.

Weitere Angaben zur Siedlungs- und Verkehrsfläche finden Sie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2) sowie im Kapitel 1 „Geografie und Klima“ (Tabelle 1.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

Die **Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie** (Tabelle 18.8.3) sind Teil des Indikatoren-satzes der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Ausgewählt wurden diejenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden. Die Ausgangsdaten zu den Indikatoren stammen teils vom Statistischen Bundesamt und teils aus anderen Quellen, desgleichen auch die Methodik der Berechnung. Den Textbeschreibungen zu den Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie (siehe „Indikatorenberichte zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland“) werden so weit wie möglich Zusatzinformationen aus den Rechenergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen beigelegt, aus denen sich Informationen über die Beteiligung von Haushalten und Produktionsbereichen an den jeweiligen Umweltbelastungen ergeben. Der Indikator zur Rohstoffproduktivität wird insgesamt bei den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes errechnet.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abfallbeseitigung | Jedes Entsorgungsverfahren, das keine Verwertung ist, z. B. Ablagerung, Abfallverbrennung oder Behandlungsverfahren, mit denen Abfälle für ein solches Verfahren vorbereitet werden.

Abfallentsorgung | Hierzu zählen Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Zuordnung der Abfallmenge in der Bilanz erfolgt nach dem jeweiligen anlagenpezifischen Entsorgungsschwerpunkt.

Abfallverwertung | Jedes Verfahren, durch das Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie unmittelbar oder mittelbar andere Materialien ersetzen. Man unterscheidet zwischen der energetischen und der stofflichen Verwertung. Unter stofflicher Verwertung (Recycling) versteht man die Aufbereitung von Abfällen zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen. Die Aufbereitung von Abfällen zu Materialien für die Verwendung als Brennstoff zählt zur energetischen Verwertung.

Abfüllanlagen | Abfüllen bezieht sich hier auf das Befüllen von Behältern oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe von einem Transportbehälter in einen anderen gefüllt werden.

Ablagerung | Ablagerung von Abfällen in oder auf dem Boden (z. B. Deponien oder Lagerung in Behältern in einem Bergwerk), Verpressung in Hohlräumen.

Abwasserentgelte | Dieser übergeordnete Begriff steht für die regional unterschiedlichen Bezeichnungen wie Preise, Gebühren, Beiträge oder Tarife, die im Rahmen der öffentlichen Abwasserentsorgung anfallen. Erfasst werden ausschließlich wiederkehrende Entgelte für Abwasser, das über die Kanalisation einer zentralen Abwasserbehandlungsanlage zugeführt wird. Entgelte für die Leerung von abflusslosen Gruben bleiben genauso unberücksichtigt wie Entgelte für Abwasser, das über die Kanalisation (ohne weitere Behandlung in einer zentralen Abwasserbehandlungsanlage) direkt eingeleitet wird. Einmalige Zahlungen, wie z. B. Anschlussgebühren, werden nicht berücksichtigt. Die Erhebung beschränkt sich auf haushaltsübliche Entgelte.

Additive (oder End-of-Pipe) Maßnahmen | Dies sind im Umweltschutz in der Regel separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen, die z. B. der Entsorgung von Abfällen (Beispiel Verbrennungsanlage), dem Schutz von Gewässern (Beispiel Kläranlage), der Lärmbekämpfung (Beispiel Lärmschutzwand) oder der Luftreinhalung (Beispiel Luftfilter) dienen. Sie sind vorhandenen Anlagen vor- oder nachgeschaltet, damit die durch den Produktionsprozess entstandenen Emissionen verringert werden und Umweltstandards genügen.

Angereichertes Grundwasser | Es besteht überwiegend aus planmäßig versickertem Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und gegebenenfalls Uferfiltrat.

Anlagen | Das sind selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten mit allen dazugehörigen Komponenten (Behälter, Sicherheitseinrichtungen, Auffangwannen und Rohrleitungen). Betrieblich verbundene Funktionseinheiten, die auch nur eine dieser Einrichtungen gemeinsam haben, bilden eine Anlage.

Aufwendungen für Umweltschutz | Sie beinhalten die laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzanlagen, die Entsorgungskosten von Emissionen. Hinzu kommen die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für getätigte Umweltschutzinvestitionen.

Ausgaben für Umweltschutz | Neben den laufenden Ausgaben (Personalausgaben, Ausgaben für Energie, Ersatzteile u. a.) umfassen sie die Investitionen für Umweltschutzzwecke.

Beförderung wassergefährdender Stoffe | Dies bezeichnet den Vorgang der Ortsveränderung einschließlich zeitweiliger Aufenthalte (Zwischenlagerung). Nicht zur Beförderung (sondern zum Umgang) zählen Übernahme und Ablieferung, Ver- und Auspacken sowie Be- und Entladen.

Behandlung zur Beseitigung | Physikalische, thermische, chemische oder biologische Verfahren, die die Beschaffenheit der Abfälle verändern, um ihr Volumen oder ihre gefährlichen Eigenschaften zu verringern oder ihre Handhabung zu erleichtern. Die entstehenden Abfälle können mit einem Beseitigungsverfahren entsorgt werden.

Blends | Das sind Gemische bzw. Zubereitungen aus zwei und mehr Stoffen, die mindestens einen klimawirksamen Stoff enthalten. Sie werden zunehmend als Ersatzstoffe für die verbotenen FCKW eingesetzt – vorwiegend als Kältemittel. Die GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der Blends werden mittels der GWP-Werte/CO₂-Äquivalente der in ihnen enthaltenen Stoffe ermittelt und fallen daher unterschiedlich aus.

Energieverbrauch (Primärenergieverbrauch) | Darunter fällt der gesamte energetische Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte zuzüglich des nichtenergetischen Verbrauchs von Energieträgern. Bei den Umwandlungsbereichen ergibt sich der Energieverbrauch aus der Differenz zwischen der Menge der eingesetzten Energieträger (überwiegend Primärenergieträger) und der erzeugten Energieträger (Sekundärenergieträger). Mit Ausnahme der nicht-energetischen Verwendung von Energie wird die eingesetzte Energiemenge bei ihrer Nutzung vollständig verbraucht (z. B. zum Antrieb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen oder zur Raumheizung) und letztlich als Wärme an die Umwelt abgegeben.

Fremdwasser | Hierunter ist das in Abwasseranlagen abfließende Wasser zu verstehen, welches weder durch häuslichen oder gewerblich-industriellen oder sonstigen Gebrauch verunreinigt wurde (Schmutzwasser) noch aus Niederschlägen stammt. Es ist der unerwünschte Abfluss in einem Entwässerungssystem. Im Einzelnen sind dies insbesondere Drainage- und Sickerwasser, in die Kanalnetze eindringendes Grundwasser, über einen Schmutzwasserkanal (z. B. über Schachtabdeckungen) zufließendes Oberflächenwasser oder unerlaubt eingeleitetes Wasser und Wasser von Baustellen.

Grundwasser | Das ist die Bezeichnung für unterirdisch anstehendes Wasser, das die Hohlräume der Erdkrinde zusammenhängend ausfüllt (ohne Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser).

GWP-Wert/CO₂-Äquivalente (Global Warming Potential) | Dieser Wert zeigt die klimaschädigende Wirkung eines Stoffes. Er gibt das Treibhauspotenzial eines Stoffes an, also seinen potenziellen Beitrag zur Erwärmung der bodennahen Luftschichten relativ zum Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO₂), dessen Wert mit 1,0 definiert wird. Das bedeutet, dass sich die Treibhauspotenziale anderer Stoffe relativ zum CO₂ bemessen.

Haushalte und Kleingewerbe | Diese Abnehmergruppe umfasst die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und sonstige Kleinabnehmer, bei denen die Wassermenge für gewerbliche und private Nutzung nicht durch getrennte Wasserzähler erfasst, sondern über einen Hauszähler zusammen abgerechnet wird, wie zum Beispiel Bäckereien, Metzgereien, Arztpraxen oder Rechtsanwaltskanzleien.

Herstellen von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen wassergefährdender Stoffe.

Integrierte Maßnahmen im Umweltschutz | Sie sind definitionsgemäß immer ein integrierter, d. h. in der Regel nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Ihr Kennzeichen ist außerdem, dass sie Emissionen erst gar nicht oder in viel geringerem Umfang entstehen lassen. Als Beispiele seien hier die Kreislaufführung von Stoffen oder die Nutzung von Reaktionswärme (Wärmetauscher, Kopplung mit anderen Prozessen) genannt.

Klärschlamm | Das ist die Bezeichnung für den bei der Abwasserbehandlung angefallenen und beseitigten Stoff, einschließlich der zugegebenen Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel.

Klimawirksam | Fluoridiverte der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sechs Kohlenstoffatomen sind im Sinne der Erhebung klimawirksam. Diese Stoffe werden in vollhalogenierte (FKW) und teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe (H-FKW) und deren Blends unterschieden. Die FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome vollständig durch Fluoratome ersetzt sind, während bei den H-FKW die Wasserstoffatome teilweise durch Fluoratome ersetzt werden.

Lageranlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem Lagern von wassergefährdenden Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen.

Lagern | Das ist die Bezeichnung für das Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung.

Niederschlagswasserentgelt | Das flächenbezogene Niederschlagswasserentgelt je Quadratmeter versiegelter oder sonstiger Fläche fällt an für die Niederschlagsmenge, die nicht im Boden versickert, sondern der Kanalisation zugeführt wird. Entsprechend dient in der Regel die potentielle Abflussfläche als Bezugsgröße bei der Abrechnung.

Privatisierte öffentliche Unternehmen | Als solche werden außerhalb der öffentlichen Haushalte geführte Unternehmen erfasst, die zu mehr als 50 % im Besitz der öffentlichen Hand sind (z. B. Eigenbetriebe der Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes). Sie werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Teil der Unternehmen und nicht als Teil des Staatssektors betrachtet.

Quellwasser | Das ist ein örtlich begrenzter und natürlicher Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, ohne Überlaufwasser.

R-Bezeichnung | Die sogenannte Kältemittel-Kurzbezeichnung wurde als Kurzzeichen-System anstelle der chemischen Benennung oder Formel zur Bezeichnung der Kältemittel eingeführt (DIN 8962). Durch Kleinbuchstaben (z. B. R 134a) werden Reinstoffe gekennzeichnet, Großbuchstaben stehen für Blends (z. B. R 410A).

Rohrleitungsanlagen | Dazu zählen außer den Rohren insbesondere die Formstücke, Armaturen, Flansche und Pumpen.

Rohrleitungen | Feste oder flexible Leitungen zum Befördern wassergefährdender Stoffe.

Schmutzwasser | Durch Gebrauch verändertes Wasser.

Siedlungs- und Verkehrsfläche | Sie umfasst Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe Siedlungsfläche und versiegelte Fläche dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Thermische Abfallbeseitigung | Teilweise oder vollständige Beseitigung von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen oder Gegenständen durch Verbrennen in Abfallverbrennungsanlagen, Anlagen zur thermischen Zersetzung brennbarer fester oder flüssiger Stoffe unter Sauerstoffmangel (Pyrolyseanlagen) sowie in Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen (z. B. Anlagen zur Veraschung von Leiterplatten). Hauptzweck ist die Beseitigung des Schadstoffpotenzials des Abfalls.

Trinkwasserentgelte | Die Trinkwasserentgelte stehen als übergeordneter Begriff für die regional unterschiedlichen Bezeichnungen wie Preise, Gebühren, Beiträge oder Tarife, die im Rahmen der öffentlichen Trinkwasserversorgung anfallen. Erfasst werden ausschließlich wiederkehrende (verbrauchsabhängige und verbrauchsunabhängige) Entgelte. Einmalige Zahlungen, wie z. B. Anschlussgebühren, werden nicht berücksichtigt. Die Erhebung beschränkt sich auf haushaltsübliche Entgelte.

Trockenmasse | Das ist die Masse des Klärschlammes ohne Wasseranteil.

Uferfiltrat | Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen | Der Umgang mit diesen Stoffen findet statt in Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen) oder zum Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen). Zum Umgang zählt auch das innerbetriebliche Befördern wassergefährdender Stoffe.

Umschlaganlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.

Umschlagen | Darunter fällt das Laden und Löschen (Entladen) von Schiffen sowie das Umladen von wassergefährdenden Stoffen in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes.

Umweltschutzinvestitionen | Bestandszugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädlichen Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Investitionen). Als Sachanlagen für den Umweltschutz gelten alle Sachanlagen, deren Zweck der Schutz vor schädlichen Einflüssen auf die Umwelt ist. Es sind nur produktionsbezogene Sachanlagen zu melden. Diese begrenzen oder vermeiden Emissionen, die (potenziell) bei der Produktionstätigkeit entstehen. Die Umweltschutzinvestitionen umfassen den Wert der Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbst erstellten Sachanlagen für Zwecke des Umweltschutzes (einschließlich der noch im Bau befindlichen Sachanlagen). Nicht enthalten sind Kosten der Finanzierung, des Erwerbs von Beteiligungen, Wertpapieren usw., des Erwerbs von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw. sowie des Erwerbs von ganzen Unternehmen.

Unfall | Als Unfall gilt das Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen beziehungsweise das Austreten bei deren Beförderung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Verwenden | Dazu zählt das Anwenden, Gebrauchen und Verbrauchen von wassergefährdenden Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften.

Wassergefährdende Stoffe | Das sind überwiegend feste und flüssige Stoffe (einschließlich Zubereitungen), die geeignet sind, dauernd oder in einem nicht nur unerheblichen Ausmaß nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit herbeizuführen.

Wassergefährdungsklassen (WGK) | Wassergefährdende Stoffe werden gemäß ihren physikalischen, chemischen oder biologischen Stoffeigenschaften in folgende Kategorien eingestuft:

- 1 = schwach wassergefährdend
- 2 = wassergefährdend
- 3 = stark wassergefährdend

Die Stoffart JGS (Jauche, Gülle, Silagesickersaft, Gärssubstrat sowie vergleichbare in der Landwirtschaft anfallende Stoffe) ist in keine Wassergefährdungsklasse eingestuft. Bei entsprechend großen freigesetzten Mengen oder besonderen örtlichen Verhältnissen kann JGS jedoch zu einer Gefahr für Gewässer und Boden werden. Unfälle mit JGS werden daher seit 1998 sowohl beim Umgang als auch bei der Beförderung mit erfasst.

Wasserverlust/Messdifferenz | Hierbei handelt es sich um die Menge des in das Verteilungsnetz eingespeisten Wassers, dessen Verbleib im Einzelnen nicht erfasst werden kann. Sie setzt sich zusammen aus tatsächlichen Verlusten, z. B. durch Rohrbrüche, undichte Rohrverbindungen oder Armaturen sowie aus scheinbaren Verlusten, z. B. Fehlanzeigen der Messgeräte oder unkontrollierte Entnahmen.

Wasserwerkseigenverbrauch | Das ist der betriebsinterne Wasserverbrauch innerhalb der Versorgungsanlage, z. B. für Filterspülung, Rohrnetzspülung oder den Sozialbereich.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Umwelt* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 32, Daten zu den *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* unter Code 85 und zu den *Nachhaltigkeitsindikatoren* unter Code 911

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Investitionen für den Umweltschutz

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 3 | Investitionen, sowie Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz

■ Wasser und Abwasser

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 2 | Wasserwirtschaft

Fachberichte

| Erhebung der öffentlichen Abwasserbehandlung – Klärschlamm

■ Abfall(bilanz)

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 1 | Abfallentsorgung

■ Klimawirksame Stoffe (Luftverunreinigungen)

Fachberichte

| Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2012

■ Straftaten gegen die Umwelt

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3 | Strafverfolgungsstatistik

Bundeskriminalamt – Statistik (www.bka.de)

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/09 | Weiterentwicklung des Indikators „Rohstoffproduktivität“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
 Heft 2/12 | Berücksichtigung von sekundären Rohstoffen bei der Berechnung von indirekten Importen
 Heft 6/12 | Umweltökonomische Analyse des Güterverkehrs 1995 bis 2010
 Heft 8/12 | Luftemissionen

STATmagazin

| Trend zum spritsparenden Auto bremst Kraftstoffverbrauch (2010)
 | Weniger Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte (2011)
 | T-Shirts, Jeans, Blusen: So viel Wasser steckt in unserer Kleidung (2013)

Mehr zum Thema

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/13

Test des OECD-Indikatorensets Green Growth in Deutschland

Heft 7/13

Nachhaltigkeitsindikatoren: ein Beispiel für den Dialog zwischen Politik und Statistik

■ Themenübergreifend

Fachberichte

Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen – 2013

Broschüren

Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht (2014)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 89 50 (Umweltstatistik), +49 (0)6 11 / 75 45 85 (Umweltökonomische Gesamtrechnungen).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



19 Land- und Forstwirtschaft

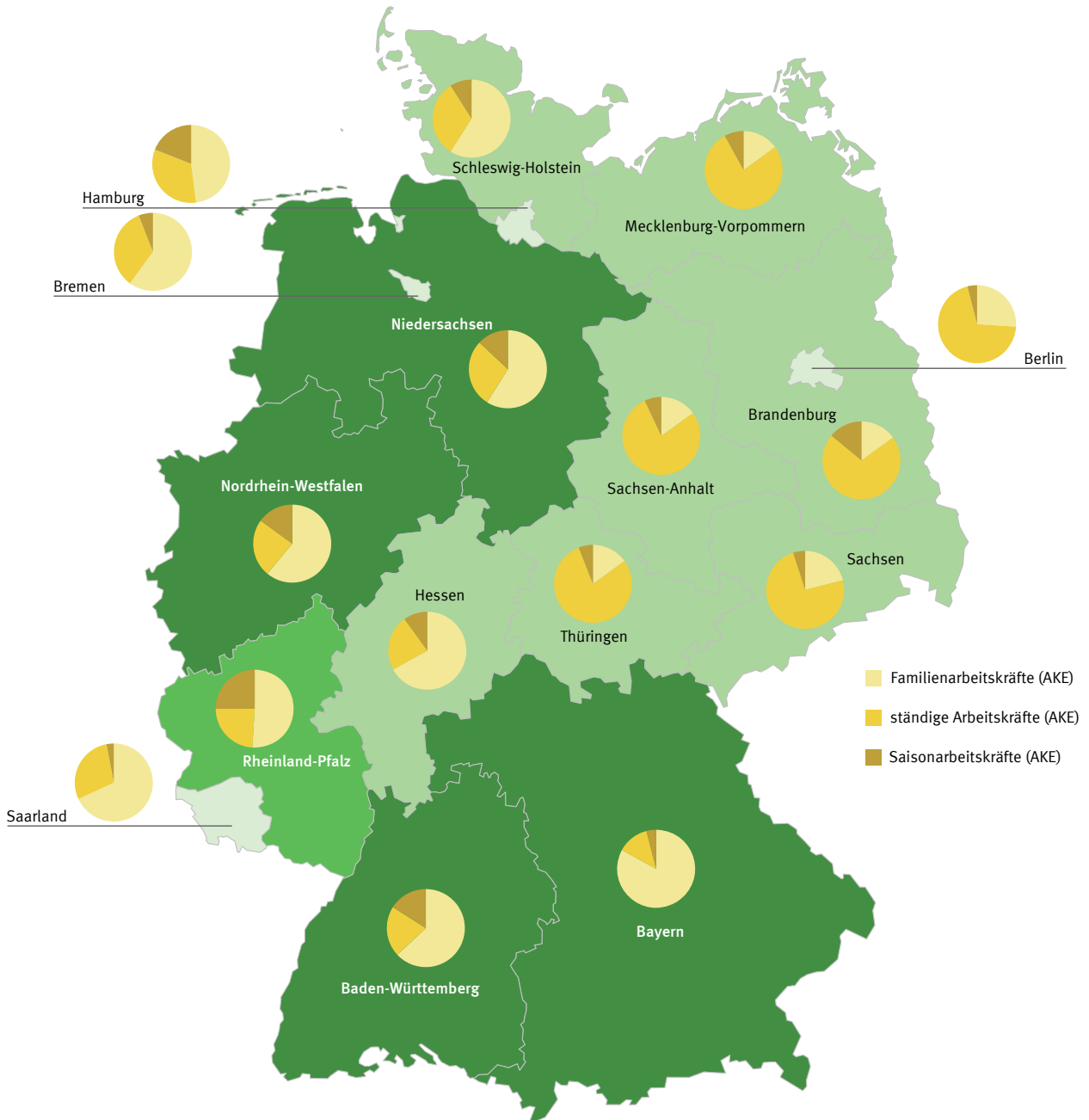
14 % der Bodenfläche sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche** | Über die **Hälfte** der Bodenfläche ist **Landwirtschaftsfläche** | **285 000 Betriebe** bewirtschaften landwirtschaftlich **genutzte Fläche** von **16,7 Millionen Hektar** | Auf über **einem Viertel** des Ackerlandes **Weizen** angebaut | **5 %** der rund **12,4 Millionen Rinder** 2013 **ökologisch** gehalten | **6 600 Betriebe** bewirtschaften eine Anbaufläche von **112 000 Hektar** Freilandgemüse | **1,5 Millionen Tonnen Geflügelfleisch** aus gewerblichen Schlachtungen | **294,3 Eier** hat jede Legehenne im Durchschnitt gelegt

Seite	
471	Auf einen Blick
	Tabellen
472	Flächennutzung Boden-, Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten
473	Landwirtschaftliche Betriebe Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten Betriebssysteme Viehhaltung Einkommenskombinationen Rechtliche und sozialökonomische Gliederung Arbeitskräfte
478	Pachtentgelte und Kaufwerte Pachtflächen und Pachtentgelte Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken
479	Ökologischer Landbau Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche Viehbestand
480	Düngemittel Inlandsabsatz nach Nährstoffen und Düngerarten
481	Forstbetriebe und Forstwirtschaft Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen Holzeinschlag
482	Anbau und Ernte Feldfrüchte Gemüse Strauchbeeren Baumobst und Erdbeeren Speisepilze
487	Weinanbau und Weinerzeugung Bestockte Rebflächen Weinmosternte Weinerzeugung
489	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung Viehbestand (Rinder, Schweine, Schafe) Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung Geflügel Haltung von Legehennen Schlachttier- und Fleischuntersuchung
493	Aquakultur Erzeugung aus Aquakultur
494	Methodik
496	Glossar
498	Mehr zum Thema

19.0 Auf einen Blick

Arbeitskräteeinheiten (AKE) in landwirtschaftlichen Betrieben 2013
in 1 000

■ unter 15
 ■ 15 bis unter 30
 ■ 30 bis unter 45
 ■ 45 und mehr



19.1 Flächennutzung

Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf Basis der amtlichen Liegenschaftskataster. – Die Bezeichnungen wurden dem „Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen“ (Stand: 1991) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis) entnommen.

19.1.1 Bodenfläche nach Nutzungsarten 2012

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Landwirtschaftsfläche		Waldfläche		Wasserfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	357 169	48 225	13,5	186 465	52,2	107 970	30,2	8 634	2,4	
Baden-Württemberg	35 751	5 101	14,3	16 295	45,6	13 700	38,3	390	1,1	
Bayern	70 550	8 123	11,5	34 703	49,2	24 732	35,1	1 446	2,0	
Berlin	892	625	70,1	40	4,4	163	18,3	60	6,7	
Brandenburg	29 486	2 741	9,3	14 533	49,3	10 483	35,6	1 014	3,4	
Bremen	419	235	56,1	119	28,3	8	1,9	52	12,3	
Hamburg	755	452	59,8	186	24,6	48	6,3	61	8,1	
Hessen	21 115	3 294	15,6	8 879	42,0	8 472	40,1	292	1,4	
Mecklenburg-Vorpommern	23 210	1 868	8,0	14 503	62,5	5 062	21,8	1 403	6,0	
Niedersachsen	47 614	6 554	13,8	28 586	60,0	10 421	21,9	1 109	2,3	
Nordrhein-Westfalen	34 110	7 727	22,7	16 657	48,8	8 780	25,7	671	2,0	
Rheinland-Pfalz	19 854	2 832	14,3	8 300	41,8	8 339	42,0	273	1,4	
Saarland	2 570	535	20,8	1 104	42,9	873	34,0	26	1,0	
Sachsen	18 420	2 346	12,7	10 103	54,8	5 010	27,2	371	2,0	
Sachsen-Anhalt	20 451	2 239	10,9	12 604	61,6	5 028	24,6	468	2,3	
Schleswig-Holstein	15 800	2 011	12,7	11 057	70,0	1 661	10,5	801	5,1	
Thüringen	16 172	1 539	9,5	8 797	54,4	5 190	32,1	199	1,2	

19.1.2 Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten 2012

	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ¹		Erholungsfläche, Friedhof		Verkehrsfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	48 225	25 680	53,3	4 512	9,4	18 032	37,4	
Baden-Württemberg	5 101	2 791	54,7	344	6,8	1 966	38,5	
Bayern	8 123	4 300	52,9	423	5,2	3 400	41,9	
Berlin	625	375	60,0	117	18,8	133	21,2	
Brandenburg	2 741	1 417	51,7	248	9,1	1 076	39,2	
Bremen	235	149	63,3	38	16,0	49	20,7	
Hamburg	452	290	64,3	67	14,8	95	20,9	
Hessen	3 294	1 631	49,5	236	7,2	1 427	43,3	
Mecklenburg-Vorpommern	1 868	858	45,9	322	17,2	688	36,8	
Niedersachsen	6 554	3 604	55,0	500	7,6	2 451	37,4	
Nordrhein-Westfalen	7 727	4 563	59,0	743	9,6	2 421	31,3	
Rheinland-Pfalz	2 832	1 236	43,6	362	12,8	1 234	43,6	
Saarland	535	341	63,9	33	6,1	161	30,0	
Sachsen	2 346	1 317	56,1	258	11,0	771	32,9	
Sachsen-Anhalt	2 239	915	40,8	543	24,2	782	34,9	
Schleswig-Holstein	2 011	1 129	56,1	186	9,2	697	34,6	
Thüringen	1 539	764	49,6	93	6,1	682	44,3	

1 Ohne Abbauland.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2013

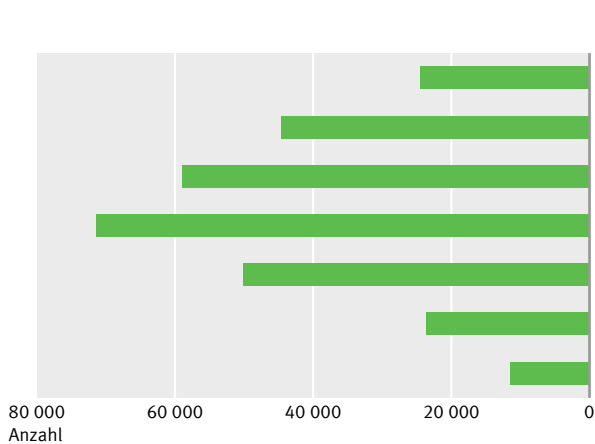
	Insgesamt ¹	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5 ¹	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Zahl der Betriebe in 1 000								
Deutschland	285,0	24,6	44,6	59,0	71,5	50,2	23,7	11,5
darunter:								
Baden-Württemberg	42,4	6,9	7,7	8,8	9,7	6,3	2,6	0,4
Bayern	93,3	3,6	16,3	25,7	29,1	14,2	3,7	0,6
Brandenburg	5,4	0,4	0,7	0,7	0,9	0,6	0,6	1,5
Hessen	17,0	0,8	3,0	3,7	4,5	3,0	1,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	4,7	0,3	0,5	0,6	0,7	0,4	0,5	1,7
Niedersachsen	39,5	2,3	4,6	5,4	8,5	10,7	6,1	1,8
Nordrhein-Westfalen	34,3	3,0	4,6	6,2	9,8	7,6	2,7	0,4
Rheinland-Pfalz	19,1	4,6	3,1	3,5	3,3	2,5	1,7	0,4
Saarland	1,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,3	0,7	1,2	1,2	1,0	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5	1,6
Schleswig-Holstein	13,3	0,8	1,8	1,7	2,4	3,4	2,5	0,8
Thüringen	3,4	0,3	0,5	0,7	0,5	0,3	0,3	0,8
Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1 000 ha								
Deutschland	16 699,6	44,7	325,8	886,2	2 378,6	3 550,0	3 207,7	6 306,6
darunter:								
Baden-Württemberg	1 422,5	11,8	55,8	130,3	321,2	442,5	348,5	112,4
Bayern	3 136,2	7,5	120,0	392,6	962,3	977,7	491,1	185,2
Brandenburg	1 313,8	0,6	5,0	10,4	28,2	40,5	81,9	1 147,2
Hessen	771,9	1,8	22,2	55,7	148,4	210,2	220,3	113,3
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 341,0	0,5	3,3	8,3	22,1	28,3	78,2	1 200,3
Niedersachsen	2 590,9	3,8	33,3	82,6	290,4	771,4	835,1	574,3
Nordrhein-Westfalen	1 463,0	4,2	34,3	91,6	335,1	533,0	346,9	117,9
Rheinland-Pfalz	707,0	9,9	22,4	51,0	108,4	178,1	229,0	108,2
Saarland	77,9	0,2	1,2	3,1	7,9	16,1	33,0	16,5
Sachsen	906,6	1,2	8,7	17,1	32,8	42,6	83,8	720,5
Sachsen-Anhalt	1 172,8	0,5	2,8	6,7	19,4	31,3	72,1	1 039,9
Schleswig-Holstein	990,5	1,9	12,3	25,5	82,3	251,4	333,6	283,5
Thüringen	780,7	0,5	3,8	9,6	15,3	20,7	47,3	683,5

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

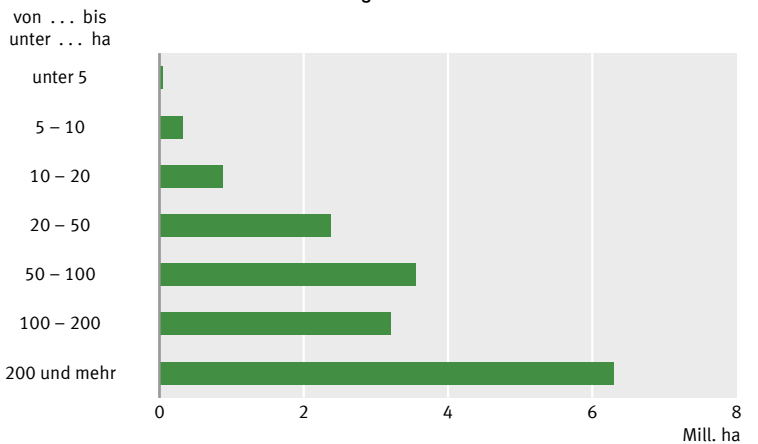
1 Einschl. Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche.

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2013

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größe der Fläche



Fläche dieser Betriebe insgesamt



2014 - 01 - 0333

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.2 Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten

	Insgesamt	Darunter										
		Ackerland								Dauerkulturen zusammen	Dauergrünland	
		zusammen	darunter						zusammen		darunter	
			Getreide zur Körner- gewinnung ¹		Handelsgewächse		Pflanzen zur Grünernnte				Wiesen	Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)
	zusammen	dar. Weizen	zusammen	dar. Winter- raps ¹	zusammen	dar. Silomais/ Grünmais						
	1 000 ha											
2012	16 667,3	11 834,0	6 527,3	3 056,7	1 382,0	1 299,5	2 815,3	2 038,0	199,8	4 630,8	1 832,9	2 599,1
2013	16 699,6	11 875,9	6 533,7	3 128,2	1 535,5	1 460,0	2 760,3	2 003,2	199,8	4 621,0	1 826,8	2 584,6
	darunter: 2013 nach Ländern											
Baden-Württemberg	1 422,5	834,2	532,7	238,2	67,8	60,2	179,8	118,4	49,7	538,1	366,1	137,5
Bayern	3 136,2	2 065,6	1 188,6	532,4	153,9	129,6	543,4	389,2	13,5	1 057,0	715,2	299,5
Brandenburg	1 313,8	1 025,2	533,5	140,4	147,9	131,4	267,1	163,7	4,6	284,0	60,9	211,3
Hessen	771,9	477,7	306,8	169,0	65,5	63,9	67,2	41,1	6,2	287,9	116,7	154,2
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 341,0	1 077,0	547,9	305,2	267,8	266,2	194,5	136,4	3,1	260,8	60,4	195,7
Niedersachsen	2 590,9	1 880,0	898,5	401,7	142,0	138,5	585,0	506,6	19,1	691,6	79,9	591,9
Nordrhein-Westfalen	1 463,0	1 065,4	633,0	280,9	71,7	69,2	233,1	180,5	13,0	384,2	175,4	175,6
Rheinland-Pfalz	707,0	410,5	245,6	120,5	47,6	45,6	63,4	33,4	70,4	225,8	72,5	145,0
Saarland	77,9	37,4	22,6	9,6	4,3	4,1	8,6	3,9	0,4	40,2	20,1	18,5
Sachsen	906,6	716,0	399,1	191,8	138,8	135,0	135,1	80,4	5,6	185,0	59,4	118,1
Sachsen-Anhalt	1 172,8	1 000,1	574,4	338,4	184,8	178,7	147,5	111,7	2,9	169,7	37,6	122,1
Schleswig-Holstein	990,5	666,5	279,7	172,5	113,9	112,6	240,6	181,1	6,6	316,4	30,5	281,8
Thüringen	780,7	611,7	367,5	226,2	128,4	124,0	92,5	55,4	2,8	166,2	29,9	121,9

2012: Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung.

2013: Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung.

1 Einschl. Saatguterzeugung.

19.2.3 Landwirtschaftliche Betriebe nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013

	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Standardoutput		Arbeitsleistung	Viehbestand
	1 000	1 000 ha	Mill. EUR	1 000 EUR/Betrieb	1 000 AK-E	1 000 GV
Insgesamt¹	285,0	16 699,6	46 205,3	162,1	522,7	13 088,8
Ackerbaubetriebe ¹	80,6	5 761,0	9 362,8	116,2	110,3	253,9
Gartenbaubetriebe	7,1	57,7	2 917,8	410,7	44,3	/
Dauerkulturbetriebe	21,1	207,9	2 031,4	96,2	40,7	6,8
dar. Weinbau (Rebanlagen)	14,2	114,3	1 096,4	77,2	25,1	(1,3)
Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	117,8	5 943,4	14 587,8	123,8	201,6	7 701,2
dar. Milchvieh	59,0	3 967,1	11 486,4	194,8	132,8	5 599,9
Veredlungsbetriebe	17,6	907,0	8 501,9	482,4	33,1	2 705,9
Pflanzenbauverbundbetriebe	3,5	174,4	728,1	207,5	12,4	19,3
Viehhaltungsverbundbetriebe	7,7	554,9	1 947,3	253,4	16,5	768,6
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe ...	29,6	3 093,3	6 128,3	206,9	63,9	1 628,3

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. nicht klassifizierbare Betriebe.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.4 Viehhaltung nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 2013

	Betriebe mit Viehhaltung insgesamt		Darunter Betriebe mit							
			Rindern				Schweinen		Geflügel	
	(GV = Großvieheinheit)		zusammen		darunter mit Milchkühen					
	Betriebe	GV	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
1 000										
Insgesamt	199,2	13 088,8	130,4	12 370,7	78,8	4 251,4	49,1	28 697,4	58,7	177 333,1
Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha										
unter 5	8,0	710,9	2,2	90,3	0,4	10,9	2,2	3 852,0	2,8	69 393,6
5 – 10	27,1	223,8	11,9	147,5	2,9	21,7	4,7	193,7	11,6	4 537,3
10 – 20	40,5	696,1	25,4	670,1	12,3	181,9	8,3	851,9	15,6	5 042,2
20 – 50	55,8	2 434,6	40,7	2 444,7	26,7	798,2	14,6	4 995,5	16,0	16 283,1
50 – 100	41,6	3 947,8	30,9	3 853,6	23,0	1 363,7	12,1	9 330,5	8,6	37 684,6
100 – 200	18,8	2 674,5	13,8	2 649,7	10,0	957,1	5,4	5 616,0	3,2	26 293,4
200 – 500	4,9	1 016,7	3,5	939,3	2,0	327,6	1,3	2 250,4	0,8	10 763,2
500 – 1 000	1,3	489,5	1,1	539,2	0,6	194,4	0,3	649,0	0,1	2 285,8
1 000 und mehr	1,1	894,9	1,0	1 036,3	0,8	396,0	0,3	958,3	0,1	5 049,9
Größenklassen der Großvieheinheiten von ... bis unter ... GV										
unter 50	125,2	2 099,2	73,4	2 054,7	32,3	513,5	26,3	2 553,9	45,2	8 937,8
50 – 100	35,0	2 508,6	27,8	2 596,0	22,2	906,0	9,4	4 685,7	7,6	12 372,2
100 – 200	27,3	3 795,8	20,7	3 684,7	17,4	1 346,6	9,2	9 419,1	4,2	30 669,1
200 und mehr	11,7	4 685,2	8,6	4 035,3	6,8	1 485,3	4,2	12 038,7	1,7	125 353,9

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

19.2.5 Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Bestandsgrößenklassen 2013

Betriebe mit ...	Betriebe	Jeweilige Viehkategorie		Viehbestand insgesamt in GV	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha	Arbeitskräfte in AK-Einheiten
		Tiere	Großvieheinheit (GV)			
	1 000					
Rindern in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 9	14,5	80,2	59,8	164,3	345,8	14,7
10 – 19	17,2	245,5	180,5	240,2	388,4	18,0
20 – 49	31,8	1 058,6	774,8	911,3	1 071,0	45,6
50 – 99	28,5	2 035,7	1 475,0	1 644,2	1 557,2	52,4
100 – 199	24,1	3 397,4	2 462,3	2 655,1	2 119,6	54,2
200 – 499	12,2	3 475,7	2 442,7	2 579,8	2 039,4	38,4
500 und mehr	2,2	2 077,6	1 452,3	1 536,1	1 899,7	37,7
Zusammen	130,4	12 370,7	8 847,3	9 731,1	9 421,0	261,1
Milchkühen in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 9	9,8	50,7	50,7	198,3	260,9	12,6
10 – 19	12,7	186,5	186,5	388,4	364,0	20,4
20 – 49	28,4	921,4	921,4	1 688,2	1 364,9	55,1
50 – 99	18,9	1 314,7	1 314,7	2 328,4	1 652,5	44,6
100 – 199	7,0	909,7	909,7	1 544,8	1 115,2	22,9
200 – 499	1,7	493,5	493,5	824,9	1 115,5	20,7
500 und mehr	0,5	374,8	374,8	595,3	673,1	16,3
Zusammen	78,8	4 251,4	4 251,4	7 568,2	6 546,1	192,5
Schweinen in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 49	19,8	217,1	25,3	539,3	753,4	29,4
50 – 99	3,1	219,8	24,4	113,7	144,2	4,8
100 – 399	7,8	1 729,1	195,2	395,8	406,7	12,4
400 – 999	9,0	6 054,5	654,9	902,2	693,9	17,8
1 000 – 1 999	6,8	9 393,2	962,5	1 098,5	674,5	15,3
2 000 – 4 999	2,2	6 387,9	609,9	713,5	454,1	9,6
5 000 und mehr	0,5	4 695,9	452,6	486,9	181,8	6,4
Zusammen	49,1	28 697,4	2 924,9	4 250,0	3 308,7	95,8
Schafen						
	20,0	1 893,3	158,6	758,8	1 083,7	29,6
Ziegen						
	10,8	130,2	10,4	457,6	584,0	18,8
Legehennen¹⁾						
	54,1	47 986,7	191,9	1 808,9	1 903,2	78,7
Schlacht- und Masthähnen und -hühnern						
	4,5	97 145,6	388,6	560,0	245,1	8,0
Truthühnern						
	1,9	13 255,7	53,0	121,8	122,5	4,2

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Ohne Junghennen und Junghennenküken.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.6 Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen 2013

	Insgesamt	Und zwar mit Einkommen aus ¹							
		Verarbeitung und Direktvermarktung landw. Erzeugnisse	Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten	Pensions- und Reitsportpferdehaltung	Erzeugung erneuerbarer Energien	Arbeiten für andere landw. Betriebe	Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft ²	Forstwirtschaft	übrige Einkommenskombinationen ³
	1 000								
Deutschland	94,1	14,2	8,8	12,5	46,5	17,0	6,3	21,0	11,2
Baden-Württemberg	16,9	3,9	1,6	2,0	9,6	2,3	1,3	3,0	1,4
Bayern	33,7	2,8	3,4	2,2	15,6	6,8	2,5	13,3	6,1
Berlin	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Brandenburg	1,4	0,3	0,2	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,1
Bremen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Hamburg	0,2	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Hessen	4,4	0,9	0,3	1,3	1,9	0,6	0,2	0,4	0,5
Mecklenburg-Vorpommern	1,0	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,1
Niedersachsen	12,6	1,5	0,6	1,6	7,3	2,7	0,8	1,8	1,4
Nordrhein-Westfalen	9,9	1,8	0,3	2,5	4,5	1,5	0,5	1,4	0,8
Rheinland-Pfalz	5,8	1,1	1,1	0,6	3,4	0,7	0,3	0,2	0,3
Saarland	0,6	0,2	0,0	0,2	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Sachsen	1,5	0,5	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2
Sachsen-Anhalt	0,8	0,2	/	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1
Schleswig-Holstein	4,2	0,6	0,8	1,0	2,0	0,8	0,2	0,2	0,2
Thüringen	0,9	0,3	0,1	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1

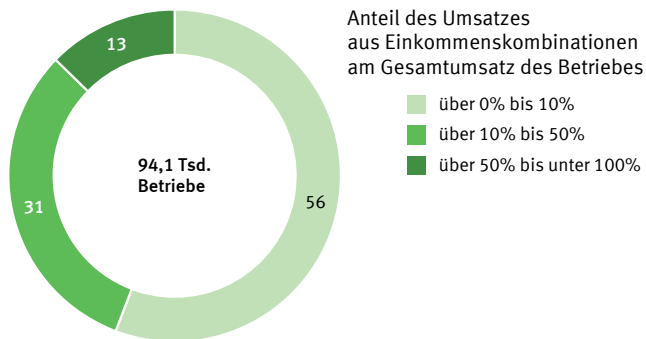
1 Mehrfachnennungen möglich.

2 Z. B. Landschaftspflege, Straßenbau oder Winterdienst für Kommunen.

3 Z. B. Fischzucht, Be- und Verarbeitung von Holz, Herstellung handwerklicher Erzeugnisse.

Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombination 2013

in %



2014 - 01 - 0334

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.7 Landwirtschaftliche Betriebe in rechtlicher und sozialökonomischer Gliederung 2013

	Insgesamt		Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha					
			unter 20		20 – 50		50 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha
Insgesamt	285,0	16 699,6	128,2	1 256,6	71,5	2 378,6	85,4	13 064,3
Einzelunternehmen	256,0	10 897,1	120,7	1 213,6	67,4	2 239,0	67,9	7 444,6
Haupterwerbsbetriebe	124,0	8 129,1	28,7	301,0	37,8	1 315,1	57,5	6 512,9
Nebenerwerbsbetriebe	132,1	2 768,1	92,1	912,6	29,6	923,8	10,4	931,7
Personengemeinschaften ¹ ..	23,7	2 881,4	6,0	35,4	3,6	124,2	14,1	2 721,8
Juristische Personen	5,3	2 921,1	1,5	7,7	0,5	15,4	3,3	2 897,9

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. Personengesellschaften.

19.2.8 Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

	Arbeitskräfte			Davon								
	insgesamt	und zwar		Familienarbeitskräfte ¹				ständige Arbeitskräfte ¹			Saisonarbeitskräfte ¹	
		voll- beschäftigt	männlich	zusammen	und zwar		zusammen	und zwar		zusammen	dar. männlich	
					voll- beschäftigt	männlich		voll- beschäftigt	männlich			
1 000												
Insgesamt	1 020,5	303,9	634,5	505,6	180,5	331,2	200,7	123,4	136,9	314,3	166,4	
	Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha											
unter 5	103,1	20,5	55,7	38,3	9,0	24,0	27,2	11,5	13,9	37,6	17,8	
5 – 10	103,1	13,6	66,3	72,9	9,5	49,5	10,6	4,1	6,1	19,6	10,7	
10 – 20	148,5	28,0	96,0	107,3	22,6	71,6	12,3	5,5	7,6	28,9	16,7	
20 – 50	210,1	65,8	132,1	136,2	55,8	89,1	20,6	10,0	13,6	53,3	29,3	
50 – 100	173,8	67,1	108,0	97,0	51,8	62,0	28,2	15,2	19,8	48,6	26,2	
100 – 200	123,3	41,3	73,8	42,3	24,7	27,2	27,2	16,6	20,5	53,7	26,2	
200 und mehr	158,6	67,6	102,6	11,5	7,1	7,7	74,5	60,5	55,3	72,7	39,6	
	Rechtsformen											
Einzelunternehmen	777,2	208,9	483,2	505,6	180,5	331,2	59,3	28,4	39,1	212,4	112,9	
Haupterwerbsbetriebe	477,4	178,1	286,2	257,5	153,6	163,3	49,5	24,5	32,7	170,4	90,2	
Nebenerwerbsbetriebe	299,9	30,8	197,0	248,0	26,9	167,9	9,8	3,9	6,4	42,0	22,7	
Personengemeinschaften ² ..	164,2	48,2	98,9	X	X	X	79,5	48,2	54,8	84,7	44,1	
Juristische Personen	79,1	46,8	52,4	X	X	X	61,9	46,8	43,0	17,2	9,4	
	darunter: nach Ländern											
Baden-Württemberg	181,6	31,1	106,3	81,1	22,0	52,0	21,4	9,2	13,7	79,1	40,6	
Bayern	241,6	79,5	152,4	184,0	67,3	118,1	24,5	12,2	15,7	33,2	18,6	
Brandenburg	39,4	16,5	25,3	5,7	2,1	3,9	17,9	14,4	12,1	15,9	9,2	
Hessen	52,7	11,5	32,2	30,7	7,9	20,8	7,2	3,5	4,9	14,8	6,5	
Mecklenburg-Vorpommern ...	25,0	13,4	17,0	4,4	1,6	3,0	14,5	11,8	10,9	6,2	3,1	
Niedersachsen	140,2	42,2	88,5	65,2	27,9	43,9	26,5	14,2	18,6	48,5	25,9	
Nordrhein-Westfalen	116,4	31,3	72,0	58,8	22,7	39,3	19,0	8,5	13,4	38,7	19,2	
Rheinland-Pfalz	90,5	18,0	53,9	32,6	11,3	21,0	11,5	6,7	7,7	46,4	25,2	
Saarland	3,5	1,0	2,2	2,3	0,6	1,5	0,7	0,3	0,4	0,5	0,3	
Sachsen	34,8	17,5	21,9	8,5	2,9	5,8	18,7	14,5	12,1	7,6	4,0	
Sachsen-Anhalt	23,8	12,7	16,1	4,2	1,7	3,0	13,9	11,1	10,0	5,8	3,1	
Schleswig-Holstein	44,6	15,5	29,7	22,3	10,2	14,9	10,4	5,3	7,6	12,0	7,2	
Thüringen	22,3	12,5	14,4	4,2	1,4	2,9	13,7	11,1	9,1	4,5	2,4	

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Im Betrieb beschäftigt.

2 Einschl. Personengesellschaften.

19.3 Pachtentgelte und Kaufwerte

19.3.1 Pachtflächen und Pachtentgelte in landwirtschaftlichen Betrieben 2013

	Landwirtschaftliche Betriebe mit Angabe des Jahrespachtentgeltes											
	insgesamt				und zwar mit							
					Ackerland				Dauergrünland			
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt
1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	
Deutschland	195,0	14 439,1	8 852,7	243	137,1	12 126,5	5 786,3	277	124,7	9 639,6	2 217,2	153
darunter:												
Baden-Württemberg	29,7	1 270,4	779,5	216	20,4	1 098,1	471,5	246	19,1	976,8	272,0	129
Bayern	61,3	2 579,4	1 338,9	290	45,3	2 169,9	872,1	338	43,8	1 927,5	430,3	191
Brandenburg	3,8	1 263,0	910,2	121	2,8	1 112,1	642,9	131	2,5	880,1	183,5	90
Hessen	13,4	707,6	447,7	153	8,8	531,7	229,0	192	8,6	460,0	138,0	87
Mecklenburg-Vorpommern ..	2,8	1 080,6	701,0	202	1,8	836,9	437,2	232	1,7	664,8	111,8	111
Niedersachsen	28,7	2 193,7	1 141,5	376	22,1	1 930,8	770,8	435	17,1	1 280,0	300,1	226
Nordrhein-Westfalen	20,5	1 015,3	553,2	385	15,5	848,8	358,8	460	11,4	566,9	151,1	200
Rheinland-Pfalz	14,2	656,9	418,3	214	7,1	528,8	254,7	209	6,3	414,1	129,2	96
Saarland	0,9	72,7	46,9	89	0,5	45,6	.	100	0,6	48,2	.	80
Sachsen	3,8	855,2	639,1	146	2,4	767,1	476,0	162	2,8	696,5	115,3	85
Sachsen-Anhalt	3,1	1 111,4	835,4	231	2,1	874,2	573,8	259	1,5	578,5	90,6	109
Schleswig-Holstein	10,0	897,9	445,8	363	6,9	783,3	280,0	423	7,6	645,0	157,8	255
Thüringen	2,3	714,0	581,9	144	1,3	588,0	399,1	162	1,5	486,4	112,8	72

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.2 Jahrespachtentgelt der landwirtschaftlichen Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken

	1999	2003	2007	2010	2013
	EUR je ha Pachtfläche				
Deutschland	158	174	183	203	243
darunter:					
Baden-Württemberg	172	183	189	197	216
Bayern	227	232	235	251	290
Brandenburg	63	74	80	98	121
Hessen	133	137	140	148	153
Mecklenburg-Vorpommern ..	93	113	125	152	202
Niedersachsen	255	268	279	307	376
Nordrhein-Westfalen	281	310	312	337	385
Rheinland-Pfalz	178	185	192	199	214
Saarland	79	87	85	86	89
Sachsen	96	108	116	128	146
Sachsen-Anhalt	140	160	172	198	231
Schleswig-Holstein	254	265	261	294	363
Thüringen	100	114	120	130	144

1999 und 2010 Ergebnisse der Landwirtschaftszählung, 2003, 2007 und 2013 der Agrarstrukturerhebung. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.3 Veräußerungen landwirtschaftlicher Grundstücke 2012

	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche ¹	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar ²
	Anzahl	ha	EUR
Deutschland	45 341	106 400	14 424
davon:			
Baden-Württemberg	5 941	4 200	20 136
Bayern	4 495	5 768	31 841
Brandenburg	3 778	17 648	7 262
Hessen	4 542	4 031	12 530
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 919	18 615	12 675
Niedersachsen	5 832	13 281	21 146
Nordrhein-Westfalen	3 176	4 909	32 427
Rheinland-Pfalz	4 736	3 592	11 141
Saarland	746	418	9 129
Sachsen	1 986	8 438	8 163
Sachsen-Anhalt	3 167	13 049	10 965
Schleswig-Holstein	961	4 356	23 063
Thüringen	4 062	8 096	6 870

Ergebnisse der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke. – Ohne Stadtstaaten.

- 1 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.
- 2 Summe der Kaufpreise bezogen auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

19.4 Ökologischer Landbau

19.4.1 Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2013

	Insgesamt			Und zwar mit					
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche		Ackerland			Wiesen und Weiden ¹		
		insgesamt ²	dar. ökologisch bewirtschaftet	Betriebe	Fläche		Betriebe	Fläche	
					zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet		zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet
1 000	1 000 ha	%	1 000	1 000 ha	%	1 000	1 000 ha	%	
Deutschland	18,0	1 047,0	96,4	11,2	469,2	94,0	15,6	525,0	98,4
darunter:									
Baden-Württemberg	3,3	124,0	89,6	2,1	46,8	84,0	2,9	70,5	93,8
Bayern	6,3	217,6	98,3	3,9	97,0	97,0	5,7	115,0	99,3
Brandenburg	0,7	137,7	98,5	0,6	88,9	98,1	0,5	45,7	99,6
Hessen	1,7	81,6	99,5	1,1	27,7	98,9	1,6	48,4	99,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	0,7	120,4	99,9	0,5	46,4	100	0,7	72,2	99,9
Niedersachsen	1,2	79,5	93,0	0,8	34,1	87,4	1,0	36,4	96,7
Nordrhein-Westfalen	1,4	62,9	97,5	0,7	18,1	95,6	1,3	36,4	98,1
Rheinland-Pfalz	1,0	47,3	95,8	0,4	13,5	86,7	0,6	27,9	99,6
Saarland	0,1	9,3	95,7	0,1	2,6	88,5	0,1	6,2	98,4
Sachsen	0,4	35,3	97,5	0,3	21,2	95,8	0,4	12,7	100
Sachsen-Anhalt	0,3	53,4	99,6	0,3	32,2	99,7	0,3	19,4	100
Schleswig-Holstein	0,4	35,8	94,1	0,3	20,1	90,0	0,4	15,0	99,3
Thüringen	0,2	39,8	85,4	0,2	20,1	72,1	0,2	17,6	98,9

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. Mähweiden und Almen.

2 Einschl. Flächen, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.4.2 Viehbestand 2013

	Betriebe	Tiere	Dar. Betriebe mit ökologischem Landbau			
			zusammen	Tiere		
	insgesamt	zusammen ¹		dar. in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogene Tiere		
				zusammen ¹		%
1 000						%
Rinder	130,4	12 370,7	10,3	649,8	621,8	95,7
Schweine	49,1	28 697,4	1,9	247,0	193,9	78,5
Schafe	20,0	1 893,3	2,3	230,8	226,3	98,1
Ziegen	10,8	130,2	1,8	43,5	42,2	97,0
Gänse, Enten, Truthühner	9,0	16 559,6	1,0	(315,5)	/	/
Einhüfer (z. B. Pferde)	46,3	461,3	4,4	35,0	31,9	91,1

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

1 Einschl. Viehbestände, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.5 Düngemittel

19.5.1 Inlandsabsatz nach Nährstoffarten

Wirtschaftsjahr	Insgesamt				Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ¹			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)
	1 000 t Nährstoff				kg Nährstoff			
2005/06	1 785	274	426	1 897	105,3	16,2	25,1	106,0
2009/10	1 569	235	363	2 075	92,9	13,9	21,5	117,8
2010/11	1 786	286	434	2 276	106,9	17,1	26,0	130,7
2011/12	1 640	247	386	2 398	98,1	14,8	23,1	138,1
2012/13	1 649	284	421	2 539	98,9	17,1	25,3	146,3

1 Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, einschl. Brache.

19.5.2 Inlandsabsatz nach Düngerarten

Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)						Phosphat (P ₂ O ₅)			
	zusammen	Kalkammonsalpeter	Ammonitrat-Harnstoff-Lösung	Harnstoff	andere Einnährstoffdünger ¹	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Superphosphat ²	andere Phosphatdünger ³	Mehrnährstoffdünger
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	1 785	805	230	301	276	173	274	23	8	243
2009/10	1 569	713	188	280	276	113	235	22	6	207
2010/11	1 786	728	200	377	325	156	286	20	9	258
2011/12	1 640	682	173	311	332	142	247	12	7	228
2012/13	1 649	631	171	357	337	153	284	16	5	263

Wirtschaftsjahr	Kali (K ₂ O)					Kalk (CaO)				
	zusammen	Kalirohsalz ⁴	Kaliumchlorid ⁵	Kaliumsulfat ⁶	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Kohlensaurer Kalk ⁷	Branntkalk ⁸	Konverterkalk ⁹	andere Kalkdünger ¹⁰
	1 000 t Nährstoff									
2005/06	426	8	215	25	178	1 897	1 352	76	148	321
2009/10	363	10	233	18	101	2 075	1 483	67	185	339
2010/11	434	12	253	27	142	2 276	1 656	59	219	343
2011/12	386	7	255	22	101	2 398	1 720	67	227	383
2012/13	421	7	276	21	117	2 539	1 824	78	271	366

1 Z. B. Stickstoff-Magnesia, Ammoniumnitrat, Ammonsulfat, Ammonsulfatsalpeter und andere Salpetersorten, Kalkstickstoff.

2 Auch Triple-Superphosphat.

3 Weicherdiges Rohphosphat, teilaufgeschlossenes Rohphosphat, Dicalciumphosphat, Rohphosphat mit wasserlöslichem Anteil, Thomasphosphat, Rohphosphat mit kohlensaurem Kalk.

4 Einschl. Rückstandkali.

5 Einschl. Kaliumchlorid mit Magnesium.

6 Einschl. Kaliumsulfat mit Magnesium.

7 Einschl. kohlensaurer Magnesiumkalk.

8 Einschl. Magnesium-Branntkalk.

9 Einschl. Hüttenkalk.

10 Einschl. Misch-, Carbo- und Rückstandkalk.

19.6 Forstbetriebe und Forstwirtschaft

19.6.1 Landwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen 2013

	Insgesamt		Wald		Kurzumtriebsplantagen	
	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha	Betriebe in 1 000	Fläche in 1 000 ha
Deutschland	153,1	1 303,2	152,8	1 299,6	1,2	3,6
Baden-Württemberg	23,6	135,4	23,5	135,2	/	(0,2)
Bayern	76,2	550,0	76,2	549,5	/	/
Brandenburg	2,5	(73,6)	2,5	(72,4)	0,1	1,2
Hessen	5,1	24,6	5,1	24,5	/	/
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	48,0	1,5	47,8	(0,0)	0,2
Niedersachsen	14,7	166,4	14,6	165,9	/	/
Nordrhein-Westfalen	13,2	(154,8)	13,1	(154,5)	/	/
Rheinland-Pfalz	6,3	20,0	6,3	19,9	/	/
Saarland	0,3	1,8	0,3	1,8	0,0	0,0
Sachsen	3,0	(42,4)	3,0	(42,1)	/	/
Sachsen-Anhalt	1,2	30,6	1,2	30,5	0,0	0,1
Schleswig-Holstein	4,3	43,6	4,3	43,4	/	/
Thüringen	1,0	10,8	1,0	10,7	0,0	(0,1)
Berlin, Bremen, Hamburg	0,0	1,2	0,0	1,2	0,0	0,0

Kurzumtriebsplantagen sind bewirtschaftete Forstflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit bis zu etwa 20 Jahren beträgt (z. B. Pappeln, Weiden). Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts. Landwirtschaftliche Betriebe können sowohl Wald als auch Kurzumtriebsplantagen besitzen. Deshalb addieren sich zwar die Flächen auf insgesamt, nicht aber die Anzahl der Betriebe.

Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013.

19.6.2 Holzeinschlag

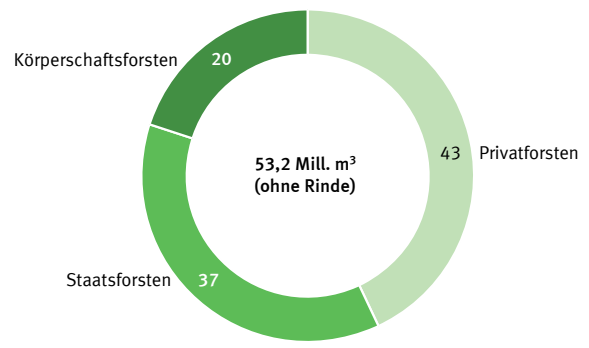
Der jährliche **Holzeinschlag** wird stark von den jeweiligen Witterungsbedingungen und unvorhersehbaren Ereignissen bzw. Wetterphänomenen (z. B. Orkane) beeinflusst. Die Einordnung der jährlichen Holzeinschlagszahlen ist daher nur anhand mehrjähriger Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Insgesamt	Laubholz				Nadelholz					
		zusammen	Eiche		Buche und sonstiges Laubholz		zusammen	Kiefer und Lärche		Fichte, Tanne, Douglasie und sonstiges Nadelholz	
			Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹		Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹		
1 000 m³ ohne Rinde											
2002/06 D	53 461	10 910	870	1 197	2 729	6 114	42 550	5 479	5 111	22 920	9 041
2007/11 D	58 146	12 633	664	1 316	2 649	8 003	45 513	5 567	6 458	23 576	9 911
2012	52 338	13 873	625	1 425	2 550	9 273	38 465	6 264	6 990	17 193	8 018
2013	53 207	14 315	669	1 576	2 389	9 682	38 892	6 484	7 049	17 300	8 059

1 Einschl. nicht verwertetes Holz.

Holzeinschlag nach Waldeigentumsarten 2013

in %



Staatsforsten bezeichnen Wald im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes, **Körperschaftsforsten** umfassen Gemeindeforsten (einschließlich Kreisforsten sowie Forsten von Gemeinde- und Kreisverbänden) und Forsten sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist, gilt als **Privatwald**.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

Anbau und Ernte von Feldfrüchten ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Ackerland									
	insgesamt	Getreide zur Körnergewinnung (einschl. Saatguterzeugung) ¹								
		zusammen	Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	Sommer- weizen ²	Roggen und Wintermeng- getreide	Wintergerste	Sommer- gerste	Hafer	Triticale ³	Körnermais/ Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)
Anbaufläche in 1 000 ha										
2007/12 D	11 884,9	6 685,8	3 099,4	72,9	689,4	1 309,4	469,5	158,4	408,7	478,1
2012	11 834,0	6 517,9	2 892,7	164,0	708,5	1 090,1	587,7	145,4	403,4	526,2
2013	11 875,9	6 526,0	3 066,2	62,0	784,6	1 211,0	359,4	131,5	414,3	497,0
darunter: 2013 nach Ländern										
Baden-Württemberg	834,2	531,3	232,9	5,3	12,8	92,5	63,3	21,2	26,8	76,5
Bayern	2 065,6	1 188,4	526,4	5,9	53,8	246,9	101,3	28,3	85,9	139,9
Brandenburg	1 025,2	531,7	137,2	3,2	236,9	73,8	6,2	11,2	38,3	25,0
Hessen	477,7	306,6	164,6	4,4	19,7	63,5	18,4	9,8	19,5	6,8
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 077,0	546,8	303,5	1,8	92,2	120,0	6,5	6,5	10,5	5,9
Niedersachsen	1 880,0	898,0	394,8	6,9	151,4	128,8	42,1	11,5	76,3	86,3
Nordrhein-Westfalen	1 065,4	631,9	277,0	(3,9)	21,8	136,9	10,7	8,3	69,6	103,9
Rheinland-Pfalz	410,5	245,3	116,6	3,9	15,3	32,3	39,2	5,9	21,6	10,5
Saarland	37,4	22,6	9,2	0,3	3,6	3,0	1,3	2,0	2,8	0,3
Sachsen	716,0	398,7	190,3	1,5	44,1	91,8	24,5	8,5	22,3	15,6
Sachsen-Anhalt	1 000,1	573,9	332,6	5,8	90,5	95,6	7,1	4,3	18,5	19,6
Schleswig-Holstein	666,5	279,6	158,4	14,0	26,5	53,4	8,7	10,0	7,2	(1,3)
Thüringen	611,7	367,4	221,1	5,1	14,9	72,0	30,2	3,7	15,1	5,3
Ertrag in dt je ha										
2007/12 D	X	67,8	74,5	56,4	48,8	63,8	49,6	45,6	56,8	99,7
2012	X	69,7	74,0	61,7	54,7	64,9	56,4	52,0	60,6	105,5
2013	X	73,2	80,3	62,1	59,8	69,3	54,2	47,7	64,9	89,1
darunter: 2013 nach Ländern										
Baden-Württemberg	X	71,8	74,1	58,3	58,8	68,3	55,4	45,2	67,5	95,6
Bayern	X	68,7	75,4	60,1	49,8	60,6	52,5	43,9	62,8	85,5
Brandenburg	X	58,7	72,7	37,1	50,2	63,0	35,8	40,9	53,3	74,2
Hessen	X	74,9	83,5	62,5	60,9	68,4	53,4	52,4	69,0	85,5
Mecklenburg-Vorpommern ..	X	78,8	84,5	44,9	66,5	79,1	49,2	48,8	60,4	80,0
Niedersachsen	X	79,1	87,2	55,9	72,3	73,8	58,9	51,8	70,2	85,1
Nordrhein-Westfalen	X	86,2	91,5	71,5	71,3	77,1	60,7	60,6	72,6	101,7
Rheinland-Pfalz	X	70,5	77,6	57,2	67,1	68,0	57,6	49,8	61,6	87,1
Saarland	X	62,4	70,7	53,6	58,4	59,3	46,8	45,0	62,1	84,4
Sachsen	X	63,6	70,2	49,7	54,8	58,0	49,1	48,1	57,4	82,0
Sachsen-Anhalt	X	71,9	78,4	64,4	54,8	71,2	50,4	42,1	57,9	74,1
Schleswig-Holstein	X	84,0	89,6	74,4	76,6	85,3	55,9	54,3	71,9	.
Thüringen	X	71,6	76,0	61,9	68,3	70,4	53,7	42,2	59,6	78,1

1 Ab 2010 ohne anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat).

2 Einschl. Hartweizen (Durum).

3 Einschl. Sommergetreide.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

	Ackerland										Dauerwiesen und Mäh- weiden ¹³
	Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹¹		Hackfrüchte		Raps und Rübsen ¹¹	Pflanzen zur Grünernete				alle anderen Ackerflächen	
	Erbsen (ohne Frisch- erbsen)	Acker- bohnen	Kartoffeln ¹¹	Zuckerrüben		Legumino- sen zur Ganz- pflanzen- ernete ^{12,13}	Feldgras/ Grasanbau auf dem Ackerland ¹³	Silomais/ Grünmais einschl. Lieschkol- benschrot ¹⁴	Getreide zur Ganz- pflanzen- ernete ¹⁵		
Anbaufläche in 1 000 ha											
2007/12 D	53,6	14,1	258,3	386,7	1 414,3	254,6	382,1	1 763,3	.	.	4 544,4
2012	44,8	15,8	238,3	402,1	1 306,2	273,7	386,5	2 038,0	59,4	551,3	4 432,0
2013	37,9	16,5	242,8	357,4	1 465,6	273,9	360,3	2 003,2	67,4	524,9	4 411,4
darunter: 2013 nach Ländern											
Baden-Württemberg	2,8	1,3	5,3	15,1	60,6	32,9	11,8	118,4	12,1	42,6	503,6
Bayern	8,4	3,6	43,5	56,8	129,7	103,5	26,7	389,2	18,3	97,5	1 014,7
Brandenburg	4,9	0,3	8,9	8,6	131,6	30,4	50,2	163,7	3,9	91,0	272,2
Hessen	0,9	1,7	4,3	13,7	64,1	11,1	13,3	41,1	/	20,0	270,9
Mecklenburg-Vorpommern ..	1,7	0,7	12,0	24,5	266,8	15,5	35,1	136,4	3,1	34,3	256,1
Niedersachsen	(1,0)	(1,8)	102,5	97,4	139,6	6,4	62,3	506,6	/	59,4	671,8
Nordrhein-Westfalen	/	1,7	31,3	51,7	69,8	4,2	40,9	180,5	(6,6)	45,5	350,9
Rheinland-Pfalz	1,0	0,3	7,9	17,5	45,9	9,7	18,0	33,4	/	30,6	217,5
Saarland	0,1	0,0	0,1	-	4,2	1,0	2,7	3,9	0,9	1,9	38,6
Sachsen	4,4	1,4	6,5	12,0	135,2	19,5	27,5	80,4	3,1	27,4	177,5
Sachsen-Anhalt	5,8	0,8	12,8	44,1	179,2	11,2	15,0	111,7	3,0	42,8	159,7
Schleswig-Holstein	(0,2)	0,8	5,6	8,4	113,6	12,0	43,0	181,1	4,5	17,9	312,4
Thüringen	5,7	2,1	2,0	7,7	124,2	16,1	13,0	55,4	5,3	12,7	151,8
Ertrag in dt je ha											
2007/12 D	29,5	35,6	434,5	667,1	36,7	72,9	68,6	450,2	.	X	.
2012	31,0	38,9	447,5	688,5	36,9	75,8	72,0	464,3	228,7	X	68,2
2013	34,1	36,3	398,3	638,8	39,5	69,1	68,7	389,7	239,7	X	64,6
darunter: 2013 nach Ländern											
Baden-Württemberg	38,3	36,1	364,9	753,9	36,8	64,8	61,8	426,6	229,2	X	58,5
Bayern	31,9	31,4	324,3	689,9	37,5	73,3	69,8	398,8	225,4	X	66,1
Brandenburg	24,3	31,8	348,5	604,2	39,5	58,5	49,3	306,8	184,1	X	51,3
Hessen	31,6	35,0	376,3	702,3	39,4	54,3	71,2	470,5	303,1	X	66,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	31,6	35,7	369,6	635,1	41,4	53,2	55,2	353,4	302,8	X	47,7
Niedersachsen	39,8	47,1	429,7	649,4	40,6	80,5	85,3	415,5	332,0	X	83,1
Nordrhein-Westfalen	41,9	41,1	477,5	739,7	41,3	62,3	72,2	446,1	273,6	X	59,1
Rheinland-Pfalz	45,8	40,5	360,9	703,5	40,9	72,4	58,7	372,6	264,9	X	61,3
Saarland	34,6	32,0	314,4	-	34,1	60,2	56,9	403,0	288,5	X	53,9
Sachsen	33,5	39,0	281,1	588,1	36,8	79,7	77,0	319,2	196,0	X	59,3
Sachsen-Anhalt	39,9	44,5	411,3	588,1	39,9	49,0	40,4	340,9	200,7	X	43,4
Schleswig-Holstein	341,4	684,3	.	77,2	80,0	387,5	.	X	78,7
Thüringen	35,0	27,9	295,4	579,3	36,9	86,9	86,8	317,5	215,1	X	60,4

1 Einschl. Saat- bzw. Pflanzguterzeugung.

2 Z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80% Leguminosen.

3 Ertrag in Trockenmasse berechnet (Raufutterernte einschl. Grünfütter- und Weidenutzung).

4 Ertrag in Grünmasse (35% Trockenmasse).

5 Einschl. Teigreife.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.2 Gemüse 2013

Anbau und Ernte von Gemüse ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Gemüse im Freiland											Gemüse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen insgesamt ³⁾⁴⁾
	insgesamt	darunter										
		Kohlgemüse		Blattgemüse		Stängelgemüse		Wurzel- und Knollengemüse		Fruchtgemüse zusammen ¹⁾	Hülsenfrüchte zusammen ²⁾	
	zusammen	dar. Blumenkohl	zusammen	dar. Eisalat	zusammen	dar. Spargel (im Ertrag)	zusammen	dar. Möhren und Karotten				
	Zahl der Betriebe in 1 000											
Deutschland	6,6	2,9	1,4	.	1,0	.	2,1	3,2	1,8	2,4	1,7	1,9
	Anbaufläche in ha											
Deutschland	112 229	19 410	4 241	16 344	3 431	27 783	19 634	28 762	10 189	8 216	9 820	1 291
darunter:												
Baden-Württemberg	10 692	1 416	119	.	433	.	2 051	1 802	843	1 811	164	445
Bayern	13 797	2 385	330	1 340	326	3 028	2 307	3 858	1 028	2 429	505	258
Brandenburg	5 387	181	38	123	31	3 520	2 863	447	235	996	16	41
Hessen	6 681	981	96	.	62	.	1 814	1 510	180	498	645	38
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 794	519	6	.	.	.	242	254	235	36	2	14
Niedersachsen	17 510	2 732	747	2 909	1 601	5 781	4 303	4 522	1 727	332	834	85
Nordrhein-Westfalen	21 408	4 084	907	3 577	699	4 955	3 242	3 788	2 485	653	4 157	193
Rheinland-Pfalz	19 800	2 769	1 399	3 845	(224)	2 768	1 133	8 320	1 732	1 153	536	49
Saarland	146	25	2	.	.	.	28	12	4	5	1	4
Sachsen	3 868	256	103	299	8	319	214	529	57	20	2 439	38
Sachsen-Anhalt	4 129	132	(46)	196	1	899	705	2 475	711	85	310	4
Schleswig-Holstein	5 528	3 514	277	31	3	459	353	1 079	947	82	204	38
Thüringen	1 052	360	157	.	0	.	379	144	4	88	5	36
	Erntemenge in t⁵⁾											
Deutschland	3 213 852	857 598	123 779	391 374	128 917	244 045	103 107	1 297 887	583 587	292 213	79 998	142 359
darunter:												
Baden-Württemberg	258 999	68 135	2 701	55 944	/	16 082	8 935	75 700	40 687	37 548	(1 783)	28 227
Bayern	475 342	127 325	10 538	41 705	14 054	23 875	14 306	152 438	48 346	119 275	4 004	27 260
Brandenburg	95 296	6 766	872	1 589	420	17 369	15 659	19 513	11 255	48 215	71	10 630
Hessen	169 923	55 377	2 934	.	1 918	.	9 536	66 307	7 728	11 691	5 641	3 324
Mecklenburg-Vorpommern ..	39 171	9 541	95	.	.	.	894	19 029	18 602	708	11	1 685
Niedersachsen	451 519	68 034	19 519	80 889	63 267	38 588	23 501	233 641	111 045	9 156	10 548	20 880
Nordrhein-Westfalen	578 978	167 064	29 363	89 660	24 618	53 224	15 423	206 580	147 359	22 422	36 274	21 048
Rheinland-Pfalz	629 956	89 451	41 801	84 481	(7 497)	65 198	6 490	336 825	93 628	33 692	4 664	3 059
Saarland	3 349	1 163	64	.	.	.	170	549	207	.	16	131
Sachsen	48 317	7 736	2 405	.	.	.	758	19 142	3 184	412	13 054	3 573
Sachsen-Anhalt	116 822	3 461	(1 283)	1 406	5	3 715	3 116	103 215	46 902	(1 578)	(2 862)	166
Schleswig-Holstein	301 486	232 188	7 645	782	104	2 221	1 458	58 540	54 543	1 849	1 023	7 888
Thüringen	33 395	19 594	4 247	169	1	2 893	2 862	5 856	82	.	31	12 044

1 Einlegegurken, Salatgurken, Speisekürbisse, Zucchini, Zuckermais.

2 Buschbohnen, Stangenbohnen, Dicke Bohnen, Frischerbsen.

3 Feldsalat, Kopfsalat, sonstige Salate, Paprika, Radies, Salatgurken, Tomaten.

4 Einschl. Gewächshäusern.

5 Ohne Spargel (nicht im Ertrag) und Chicorée.

19.7 Anbau und Ernte

19.7.3 Strauchbeeren 2013

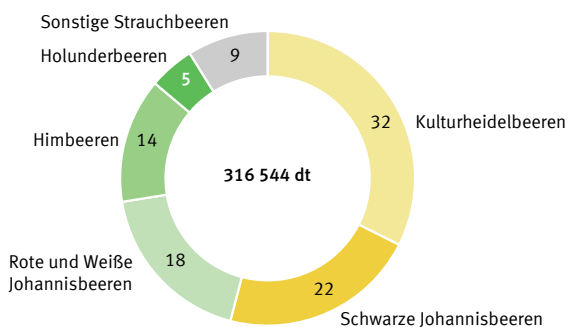
	Betriebe	Anbaufläche	Ertrag je ha	Erntemenge ¹
	Anzahl	ha	dt	
Deutschland	1 276	7 303	X	326 104
darunter:				
Baden-Württemberg	447	1 584	X	79 836
Bayern	143	976	X	40 835
Niedersachsen	240	1 808	X	99 510
und zwar:				
im Freiland				
Rote und Weiße Johannisbeeren	533	681	85	58 199
Schwarze Johannisbeeren	421	1 706	40	68 379
Himbeeren	562	992	44	43 381
Kulturheidelbeeren	389	2 031	51	102 769
Schwarzer Holunder	116	580	X	X
Holunderbeeren	97	X	X	15 764
Holunderblüten	41	X	X	249
Sanddorn (abgeerntet)	26	194	19	3 616
Sanddorn (nicht abgeerntet)	29	417	X	X
Stachelbeeren	299	225	61	13 819
Brombeeren	257	123	51	6 292
Sonstige Strauchbeeren	78	252	X	4 324
Zusammen	1 255	7 201	X	316 544
unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschl. Gewächshäusern				
Himbeeren	86	79	95	7 477
Sonstige Strauchbeeren	33	23	X	2 083
Zusammen	101	102	X	9 560
dar. in Betrieben mit ökologischer Erzeugung				
mit vollständig ökologischer Erzeugung	203	1 666	X	30 819
mit teilweise ökologischer Erzeugung ²	9	19	X	1 265
Zusammen	212	1 685	X	32 084

Anbauflächen und Erntemengen nach Strauchbeerenarten werden jährlich erfasst. Die Anbaufläche umfasst auch die Flächen, auf denen noch nicht ertragsfähige Junganlagen stehen.

1 Bei den Angaben zur Erntemenge sind die Holunderblüten nicht enthalten.
 2 Hier wird nur die Anzahl der Betriebe mit teilweise ökologischer Erzeugung nachgewiesen; Angaben zu Fläche und Erntemenge beziehen sich auf die gesamte Strauchbeerenfläche (konventionell und ökologisch).

Strauchbeerenernte im Freiland 2013

in %



2014 - 01 - 0336

19.7 Anbau und Ernte

19.7.4 Ernte von Baumobst und Erdbeeren 2013

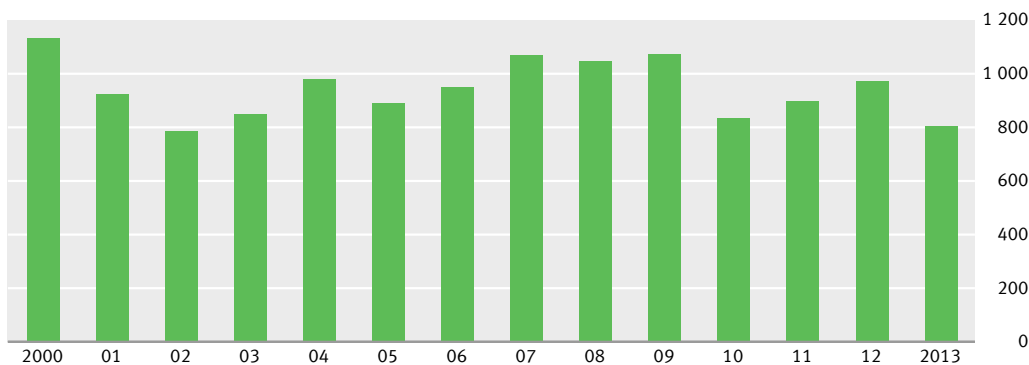
Anbau und Ernte von Obst ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte (D) sinnvoll.

	Baumobst						Erdbeeren			
	insgesamt	davon					insgesamt	davon		darunter
		Äpfel	Birnen	Süßkirschen	Sauerkirschen	Pflaumen aller Art ¹		im Freiland	unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen ²	
t										
Deutschland	936 007	803 784	39 520	24 462	13 060	55 180	149 680	142 780	6 900	6 720
darunter:										
Baden-Württemberg	336 652	292 847	12 865	11 150	1 122	18 670	27 897	25 715	(2 181)	/
Bayern	43 287	31 408	5 407	1 915	397	4 160	11 288	10 968	/	/
Brandenburg	24 764	21 858	364	946	493	1 103	2 189	2 117	72	20
Hessen	12 133	810	755	369	.	7 568	7 204	365	115
Mecklenburg-Vorpommern ..	.	26 515	117	49	147	.	.	6 745	.	5
Niedersachsen	180 643	166 747	6 941	3 010	116	3 828	42 742	41 933	809	.
Nordrhein-Westfalen	63 399	54 456	4 262	769	581	3 331	30 195	27 697	2 497	4 248
Rheinland-Pfalz	64 999	36 129	4 156	2 818	4 850	17 047	4 721	4 498	(224)	.
Saarland
Sachsen	80 762	74 898	2 884	153	1 691	1 137	3 062	3 016	46	1
Sachsen-Anhalt	24 786	283	1 118	586	.	500	454	47	.
Schleswig-Holstein	3 731	215	151	314	.	10 710	10 578	132	121
Thüringen	33 475	27 406	141	1 221	2 306	2 401	.	1 609	.	.

1 Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden.

2 Einschl. Gewächshäusern.

Erntemengen von Äpfeln im Zeitvergleich
in 1 000 t



2014 - 01 - 0337

19.7 Anbau und Ernte

19.7.5 Speisepilze

Ernteflächen und Erntemengen nach den bedeutendsten Speisepilzarten in Betrieben ab 0,1 ha Produktionsfläche werden seit dem Jahr 2012 jährlich ausgewiesen.

	2013		2012	
	Speisepilze insgesamt	darunter Champignons	Speisepilze insgesamt	darunter Champignons
Zahl der Betriebe				
Deutschland	35	31	37	31
Erntefläche in 1 000 m²				
Deutschland	2 640	2 615	2 462	2 424
darunter:				
Niedersachsen	1 326	.	1 389	.
Nordrhein-Westfalen	481	.	392	.
Erntemenge in dt				
Deutschland	598 844	591 933	529 068	522 462
darunter:				
Niedersachsen	291 352	.	261 831	.
Nordrhein-Westfalen	129 298	.	106 010	.

19.7.6 Ökologische Produktion von Gemüse im Freiland und Speisepilzen 2013

Ökologische Produktion von Gemüse und Speisepilzen in Betrieben, die gem. Kontrollverfahren zum ökologischen Landbau, Verordnung (EG) Nr. 834/2007 vollständig auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt haben.

Gemüsegruppe	Betriebe	Anbaufläche	Erntemenge ¹
	1 000	ha	t
Gemüse im Freiland insgesamt	1,1	10 785	230 960
davon:			
Kohlgemüse	0,7	1 475	43 639
Blatt- und Stängelgemüse	0,8	2 922	34 709
dar. Spargel (im Ertrag)	0,1	1 208	5 890
Wurzel- und Knollengemüse	0,8	3 111	113 805
Fruchtgemüse	0,8	1 312	25 103
Hülsenfrüchte	0,6	1 627	7 669
Sonstige Gemüsearten	0,5	339	6 035
Speisepilze insgesamt²	0,0	50	11 661

1 Erntemengen ohne Chicorée und Spargel (nicht im Ertrag).

2 Die dargestellten Flächen sind Ernteflächen.

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

19.8.1 Bestockte Rebflächen nach Rebsorten

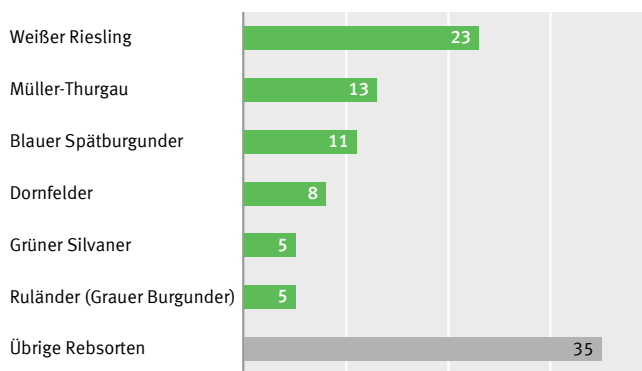
	1999 ¹	2009 ²	2013
	ha		
Bestockte Rebfläche (Keltertrauben)	104 260	102 276	102 425
Weißer Sorten	79 106	65 437	66 112
Bacchus	3 283	1 977	1 795
Burgunder, Weißer	2 402	3 944	4 639
Chardonnay	531	1 228	1 608
Elbling, Weißer	1 043	572	527
Faberrebe	1 586	551	410
Gutedel, Weißer	1 199	1 132	1 146
Huxelrebe	1 289	613	521
Kerner	6 829	3 585	2 978
Morio-Muskat	1 166	488	411
Müller-Thurgau	20 672	13 632	12 871
Ortega	1 054	622	534
Riesling, Weißer	22 355	22 637	23 293
Ruländer	2 638	4 577	5 316
Scheurebe	3 126	1 656	1 455
Silvaner, Grüner	6 859	5 213	5 074
Traminer, Roter (Gewürztraminer)	849	848	902
Sonstige weiße Sorten	2 226	2 162	302
Rote Sorten	25 154	36 839	36 313
Dornfelder	3 766	8 001	8 129
Limberger, Blauer	1 118	1 749	1 802
Müllerrebe (Schwarzriesling)	2 289	2 307	2 122
Portugieser, Blauer	4 880	4 203	3 653
Spätburgunder, Blauer	8 647	11 744	11 775
Trollinger, Blauer	2 530	2 431	2 317
Sonstige rote Sorten	1 924	6 404	173

1 Angaben der in der Landwirtschaftszählung durchgeführten Weinbauerhebung.

2 Grunderhebung der Rebflächen.

Wichtigste Rebsorten in Deutschland 2013

in %



2014 - 01 - 0338

19.8 Weinanbau und Weinerzeugung

19.8.2 Weinmosternte nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Weinmost insgesamt				Weißmost		Rotmost	
	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	durchschnittliches Mostgewicht	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge
	ha	hl	1 000 hl	°Oechsle ¹	ha	1 000 hl	ha	1 000 hl
2012	99 584	91,2	9 081	83	63 723	5 550	35 861	3 531
2013	99 488	84,8	8 432	79	63 695	5 171	35 793	3 261
	darunter: 2013 nach Ländern und Anbaugebieten							
Baden-Württemberg	26 588	75,1	1 997	82	12 116	859	14 472	1 138
Baden	15 408	70,0	1 078	82	8 823	644	6 586	434
Württemberg	11 180	82,2	919	81	3 293	215	7 887	704
Bayern	6 100	71,0	433	83	4 927	355	1 172	78
Franken	6 051	71,1	430	83	4 894	353	1 157	77
Hessen	3 534	58,9	208	83	2 980	175	554	33
Hessische Bergstraße	436	50,4	22	82	342	17	93	5
Rheingau	3 098	60,1	186	83	2 638	159	461	27
Rheinland-Pfalz	61 909	92,5	5 725	77	42 617	3 731	19 292	1 994
Ahr	550	63,4	35	78	85	5	465	29
Mittelrhein	434	52,5	23	82	369	19	65	4
Mosel	8 427	73,4	618	74	7 615	551	812	68
Nahe	4 073	79,6	324	79	3 030	228	1 042	96
Pfalz	22 725	96,6	2 195	76	13 990	1 264	8 734	931
Rheinhesen	25 701	98,5	2 530	78	17 528	1 665	8 174	865
Saarland	102	85,9	9	74	92	8	11	1
Sachsen	462	31,0	14	84	374	11	88	3
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	754	58,0	44	77	560	30	194	13

1 °Oechsle (Grad Oechsle) ist eine Maßeinheit für das Mostgewicht des Traubenmostes.

19.8.3 Weinerzeugung nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Wein und Most		Weißwein und -most zusammen	Rotwein und -most zusammen
	insgesamt	dar. Anteil an Wein mit g. U. ¹		
	1 000 hl	%	1 000 hl	
2012	9 012	94,2	5 482	3 530
2013	8 409	96,2	5 141	3 268
	darunter: 2013 nach Ländern und Anbaugebieten			
Baden-Württemberg	1 994	99,7	858	1 136
Baden	1 077	99,6	644	434
Württemberg	917	99,8	215	702
Bayern	415	99,5	331	84
Franken	412	99,6	329	83
Hessen	207	99,4	175	33
Hessische Bergstraße	22	99,5	17	5
Rheingau	185	99,4	158	27
Rheinland-Pfalz	5 728	94,5	3 730	1 998
Ahr	40	91,8	9	31
Mittelrhein	24	95,7	19	4
Mosel	1 265	95,7	974	291
Nahe	224	99,5	150	74
Pfalz	1 617	96,0	913	704
Rheinhesen	2 559	92,7	1 665	894
Saarland	5	99,5	5	1
Sachsen	14	97,8	11	3
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	42	99,9	29	13

1 g. U. = geschützte Ursprungsbezeichnung.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.1 Rinder

	Rinderbestand						Durchschnittlicher Bestand je Haltung	
	insgesamt	davon					Rinder insgesamt	Milchkühe
		Kälber und Jung- rinder bis einschl. 1 Jahr	männliche Rinder über 1 Jahr	Färsen	Milchkühe	sonstige Kühe		
Anzahl								
3. Mai 2012	12 477 389	3 849 797	1 067 412	2 695 494	4 191 369	673 317	77	49
3. November 2012	12 506 772	3 868 373	1 057 673	2 717 975	4 190 485	672 266	77	51
3. Mai 2013	12 587 019	3 848 701	1 117 975	2 724 702	4 223 042	672 599	80	52
3. November 2013	12 685 993	3 878 249	1 113 226	2 753 799	4 267 611	673 108	80	54
am 3. November 2013 nach Ländern								
Baden-Württemberg	1 007 095	292 202	77 886	228 187	342 635	66 185	54	37
Bayern	3 242 833	960 793	227 593	764 291	1 218 112	72 044	62	33
Berlin	721	172	101	145	124	179	29	18
Brandenburg	561 503	160 974	31 435	114 444	162 607	92 043	127	219
Bremen	10 241	2 669	521	2 719	3 837	495	102	70
Hamburg	6 316	1 781	676	1 593	1 086	1 180	51	52
Hessen	459 882	128 019	36 603	107 049	146 081	42 130	50	42
Mecklenburg-Vorpommern ..	556 875	161 702	33 570	114 253	179 860	67 490	177	208
Niedersachsen	2 635 544	889 057	315 948	521 456	838 490	70 593	117	74
Nordrhein-Westfalen	1 453 579	503 260	202 255	265 440	417 665	64 959	78	57
Rheinland-Pfalz	363 462	96 957	23 678	83 524	119 444	39 859	65	53
Saarland	50 525	13 870	4 028	11 353	14 930	6 344	67	64
Sachsen	503 248	139 124	19 990	114 812	188 118	41 204	69	134
Sachsen-Anhalt	347 025	97 265	13 880	81 461	125 014	29 405	111	186
Schleswig-Holstein	1 144 934	329 877	106 097	269 048	399 599	40 313	139	86
Thüringen	342 210	100 527	18 965	74 024	110 009	38 685	82	166

19.9.2 Schweine

	Schweinebestand						Durchschnittlicher Bestand je Betrieb		
	insgesamt	davon					Schweine insgesamt	Mastschweine	Zuchtschweine
		Ferkel	Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	Mastschweine mit 50 kg Lebendgewicht und mehr	Zuchtschweine mit 50 kg Lebend- gewicht und mehr				
1 000				Zuchtsauen	Eber zur Zucht	Anzahl			
3. Mai 2012	28 131,7	8 268,4	5 591,5	12 072,6	2 199,2	26,9	929	473	167
3. November 2012	28 331,4	8 116,6	5 611,8	12 458,6	2 117,8	26,6	949	492	172
3. Mai 2013	27 690,1	8 167,0	5 286,5	12 154,6	2 054,9	27,1	984	510	185
3. November 2013	28 133,3	8 219,1	5 449,1	12 382,5	2 057,7	25,0	1 007	525	191
am 3. November 2013 nach Ländern ¹⁾									
Baden-Württemberg	1 902,7	695,8	316,9	705,5	181,4	3,1	679	302	135
Bayern	3 366,9	951,7	648,0	1 500,5	262,2	/	557	291	91
Brandenburg	777,4	306,1	166,5	214,9	88,5	1,4	3 667	1 302	749
Hessen	607,9	178,3	120,6	263,5	44,3	/	492	233	88
Mecklenburg-Vorpommern ..	895,7	330,5	185,2	279,2	100,5	0,3	4 456	1 713	998
Niedersachsen	8 760,6	2 318,2	1 605,1	4 316,2	517,4	3,7	1 220	688	215
Nordrhein-Westfalen	7 374,4	1 876,1	1 482,6	3 566,1	441,9	/	896	538	178
Rheinland-Pfalz	204,7	62,3	41,8	85,6	14,8	/	615	294	95
Saarland	6,3	1,2	1,5	3,1	0,4	0,0	314	165	51
Sachsen	641,7	222,4	136,7	213,6	68,7	0,4	3 360	1 335	683
Sachsen-Anhalt	1 260,7	529,7	264,8	321,3	143,9	0,9	5 104	1 682	1 042
Schleswig-Holstein	1 503,8	410,7	287,3	708,4	96,1	/	1 415	778	244
Thüringen	830,4	336,0	192,1	204,5	97,5	0,4	4 441	1 346	898

1 Seit Mai 2010 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schweinebestände mehr erhoben.

19 Land- und Forstwirtschaft

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.3 Schafe

	Schafbestand			Durchschnittlicher Schafbestand je Betrieb
	insgesamt	darunter		
		weibliche Schafe zur Zucht	Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr	
1 000				Anzahl
3. November 2012	1 641,0	1 170,3	426,4	155
3. November 2013	1 570,0	1 117,5	409,5	156
am 3. November 2013 nach Ländern ¹				
Baden-Württemberg	216,1	156,4	55,3	162
Bayern	274,6	186,7	78,4	120
Brandenburg	72,8	54,7	16,3	283
Hessen	108,8	78,0	27,8	132
Mecklenburg-Vorpommern ..	67,4	45,3	19,9	236
Niedersachsen	154,9	105,6	44,4	152
Nordrhein-Westfalen	130,2	94,2	31,0	111
Rheinland-Pfalz	64,4	47,0	15,7	114
Saarland	6,9	4,8	1,9	102
Sachsen	75,5	54,3	19,4	183
Sachsen-Anhalt	74,0	53,5	19,3	271
Schleswig-Holstein	186,5	128,8	52,8	161
Thüringen	137,8	108,1	27,2	325

1 Seit 2011 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schafbestände mehr erhoben.

19.9.4 Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung

	Geschlachtete Tiere					Schlachtmenge					
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	zusammen ¹	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde
	1 000					1 000 t					
2011	3 676	329	59 550	1 055	12	6 781	1 158	45	5 599	22	3
2012	3 617	340	58 213	1 022	12	6 619	1 135	47	5 460	20	3
2013	3 487	315	58 622	1 002	11	6 624	1 106	44	5 494	20	3
2013 nach Ländern											
Baden-Württemberg	543	13	4 583	159	2	570	179	2	387	3	1
Bayern	879	18	5 194	104	1	800	302	2	496	2	0
Brandenburg	34	1	1 144	75	0	118	10	0	106	2	0
Bremen	56	0	727	1	0	87	19	0	68	0	0
Hamburg	1	0	1	1	-	0	0	0	0	0	-
Hessen	36	1	502	264	1	65	12	0	48	5	0
Mecklenburg-Vorpommern ..	134	5	470	13	0	84	40	1	44	0	0
Niedersachsen	574	127	18 919	67	2	1 942	169	18	1 771	1	0
Nordrhein-Westfalen	731	134	19 465	122	2	2 086	222	19	1 861	2	1
Rheinland-Pfalz	74	1	1 143	21	1	129	22	0	106	0	0
Saarland	2	0	9	3	0	2	1	0	1	0	0
Sachsen	14	3	130	12	0	16	4	0	12	0	0
Sachsen-Anhalt	4	0	4 422	5	1	413	1	0	412	0	0
Schleswig-Holstein	320	9	627	152	1	164	101	1	59	3	0
Thüringen	87	1	1 287	4	0	148	26	0	122	0	0

1 Einschl. Ziegen.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung
19.9.5 Eingelegte Bruteier und geschlüpfte Küken

	Eingelegte Bruteier zur Erzeugung von Hühnerküken		Geschlüpfte Küken ¹				
	Legerassen	Mastrassen	Legerassen	Mastrassen	Entenküken	Gänseküken	Truthuhnküken
					Gebrauchsschlachtküken		
1 000							
2011	130 568	851 334	50 140	665 427	21 914	1 017	47 188
2012	137 986	854 315	51 866	668 789	22 827	975	47 682
2013	19 208	1 043	47 866

Erhebungseinheiten sind Betriebe mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von mindestens 1 000 Eiern.

1 Ausschließlich aussortierter Hahnenküken.

19.9.6 Geflügelfleischerzeugung nach Geflügelarten

	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr
	2013	2012		2013	2012	
	1 000		%	Schlachtmenge (t)		%
Insgesamt ¹	701 905	691 627	1,5	1 456 793	1 427 744	2,0
darunter:						
Jungmasthühner	613 405	596 051	2,9	910 298	863 509	5,4
Suppenhühner	31 433	31 890	- 1,4	40 641	39 781	2,2
Enten	19 791	25 456	- 22,3	44 877	57 562	- 22,0
Gänse	581	530	9,7	2 788	2 623	6,3
Truthühner	36 689	37 692	- 2,7	458 075	464 155	- 1,3

1 Einschl. Perlhühner, Strauße, Fasane, Wachteln und Tauben.

19.9.7 Betriebe mit Haltung von Legehennen am 1.12.

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze insgesamt	Davon für Legehennen in							
			Käfighaltung ²		Bodenhaltung		Freilandhaltung		ökologischer Erzeugung	
	Anzahl	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
2009	1 111	37 344	14 069	37,7	16 629	44,5	4 297	11,5	2 348	6,3
2010	1 139	36 717	6 682	18,2	23 033	62,8	4 729	12,9	2 260	6,2
2011	1 224	40 027	5 567	13,9	25 720	64,3	5 788	14,5	2 952	7,4
2012	1 277	41 907	5 511	13,2	26 827	64,0	6 133	14,6	3 435	8,2
2013	1 355	44 506	5 113	11,5	28 692	64,5	6 972	15,7	3 729	8,4

1 In Betrieben von Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen.

2 Ab 2010 zulässig unter Käfighaltung: Kleingruppenhaltung sowie Haltung in ausgestalteten Käfigen.

19.9.8 Legehennen und Eiererzeugung

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze ²	Legehennen ² im Durchschnitt	Erzeugte Eier	Legeleistung		Auslastung der Haltungskapazität
					Eier je Henne	Eier je Henne und Tag	
	Anzahl	1 000	Anzahl	%			
2009	1 253	38 819 221	29 187 036	8 554 051	293,1	0,80	75,9
2010	1 194	35 936 284	27 197 377	8 007 263	294,4	0,81	74,9
2011	1 281	38 436 035	32 547 421	9 683 286	297,5	0,82	84,0
2012	1 307	40 758 549	35 513 678	10 589 169	298,2	0,82	86,8
2013	1 413	43 416 203	37 341 763	10 989 243	294,3	0,81	85,6

Die **Legeleistung** ist ein Indikator für die Wirtschaftlichkeit der Legehennenhaltung.

1 Zahl der im Jahr mindestens einmal aktiven Betriebe. – In Betrieben von Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; die Unternehmen geben ihre Meldungen untergliedert nach Betrieben ab.

2 Durchschnitt der Werte aus den Monaten.

19.9 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.9.9 Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung 2013

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht-tieruntersuchungen	3 516 963	58 758 285	1 002 613	21 297
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	1 586	7 140	86	–
Zur Schlachtung angenommen	3 515 377	58 751 145	1 002 527	21 297
Als genussuntauglich beurteilte geschlachtete Tiere insgesamt	27 782	133 870	803	18
darunter:				
Mikrobiologische Kriterien				
Fleisch entspricht nicht den mikrobiologischen Kriterien	856	250	103	–
Parasitenbefall				
Cysticerkose	115	1	11	–
Trichinellose	–	–	–	–
Parasitenbefall (sonstige)	219	656	20	1
Substantielle und hygienische Mängel				
Unzureichende Ausblutung	432	2 283	13	–
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	4 018	11 875	30	–
Fleisch von abgemagerten Tieren	1 637	5 284	151	7
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	166	10 407	4	–

Erfasst werden die Ergebnisse der amtlichen Überwachung der **Schlacht-tier- und Fleischuntersuchungen**. Diese vermitteln einen Überblick über Art und Umfang der Untersuchungen, die Zahl der Beanstandungen und die Beanstandungsgründe und liefern Informationen, inwieweit das für den menschlichen Verzehr vorgesehene Fleisch den Anforderungen an Genuss-tauglichkeit entspricht. Die Kenntnisse hierüber sind eine Grundlage für den vorbeugenden Verbraucherschutz.

19.9.10 Schlacht-geflügel- und Geflügel-fleischuntersuchung 2013

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Hühner ¹	Enten	Gänse	Puten
	Anzahl			
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht-tieruntersuchungen	650 394 057	19 674 643	590 349	37 217 927
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	155 982	8	4	2 596
Gesamtzahl der zur Schlachtung angenommenen bzw. notgeschlachteten Tiere	650 238 075	19 674 635	590 345	37 215 331
	kg			
Durchgeführte konventionelle Geflügel-fleischuntersuchungen	1 076 806 681	33 680 815	2 398 530	518 365 217
davon:				
Als genussuntauglich beurteiltes Geflügel-fleisch	14 420 231	951 090	11 220	6 566 593
darunter:				
Substantielle und hygienische Mängel				
darunter:				
Unzureichende Ausblutung	479 569	29 472	176	91 705
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	1 550 745	974	502	23 847
Fleisch von abgemagerten Tieren	770 669	76 775	2 818	759 293
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	575 885	30 828	251	1397
Fleisch mit pathologischen Veränderungen				
darunter:				
Fleisch von Tieren, die an einer Allgemeinerkrankung leiden (wie generalisierte Septikämie, Pyämie, Toxämie oder Viträmie)	1 177 440	13 165	46	1 080 361
Generalisierte Tumore oder Abszesse (wenn sie in verschiedenen inneren Organen oder der Muskulatur vorkommen) ..	107 868	4 863	1 380	35 260
Entzündungen der Gelenke	680 104	73 229	323	1 225 318
Hämatome, Verletzungen, Vernarbungen	709 523	86 049	118	872 203
Tiefe Dermatitis, infizierte Brustbeulen	2 356 115	190 536	50	886 781

1 Einschl. Suppenhühner.

19.10 Aquakultur

	Erzeugung aus Aquakultur insgesamt	Und zwar					Muscheln
		Fische	und zwar				
			karpfenartige Fische	dar. Gemeiner Karpfen	forellenartige Fische	dar. Regenbogenforelle ¹	
Zahl der Betriebe							
2011 ^{1,2}	4 762	4 739	3 037	3 008	2 248	2 038	11
2012 ^{1,2}	5 376	5 349	3 402	3 355	2 634	2 353	10
darunter: 2012 nach Ländern							
Baden-Württemberg	201	201	32	31	190	175	–
Bayern	3 971	3 961	2 847	2 811	1 683	1 484	–
Brandenburg	43	43	33	33	13	13	–
Hessen	73	73	18	17	66	62	–
Mecklenburg-Vorpommern	22	21	.	8	.	7	–
Niedersachsen	187	181	45	41	145	127	4
Nordrhein-Westfalen	294	293	20	17	287	261	–
Rheinland-Pfalz	34	34	.	4	.	31	–
Saarland	2	2	–	–	2	2	–
Sachsen	311	311	251	250	97	89	–
Sachsen-Anhalt	15	15	9	9	10	10	–
Schleswig-Holstein	44	36	28	28	11	9	6
Thüringen	179	178	107	106	86	83	–
Erzeugte Menge in t							
2011 ^{1,2}	39 202	18 269	5 444	5 082	10 956	8 102	20 830
2012 ^{1,2}	26 591	19 595	5 956	5 521	11 781	8 116	6 933
darunter: 2012 nach Ländern							
Baden-Württemberg	3 187	3 187	51	40	3 133	2 550	–
Bayern	6 014	6 012	2 405	2 187	3 493	1 828	–
Brandenburg	1 146	1 145	734	703	368	274	–
Hessen	716	709	21	18	609	508	–
Mecklenburg-Vorpommern	730	727	.	191	.	75	–
Niedersachsen	4 403	2 248	145	118	1 250	554	2 114
Nordrhein-Westfalen	1 347	1 347	22	20	1 299	1 072	–
Rheinland-Pfalz	307	307	.	6	.	203	–
Saarland	4	4	–	–	4	3	–
Sachsen	2 419	2 419	1 975	1 873	.	156	–
Sachsen-Anhalt	421	421	66	41	349	340	–
Schleswig-Holstein	5 002	178	73	70	78	60	4 820
Thüringen	894	890	259	253	.	494	–

Aquakultur ist die kontrollierte Aufzucht von Wasserlebewesen wie Fischen, Krebstieren, Weichtieren und Algen. Traditionell ist die Aquakultur in Deutschland geprägt durch klassische Karpfenteichwirtschaften und Forellenzuchten. Dabei sind die bedeutendsten Fischarten die „Regenbogenforelle“ und der „Gemeine Karpfen“.

Ergebnisse ohne Aquarien- und Zierarten, ohne Brut- und Aufzuchtanlagen.

1 Ohne Lachsforelle.

2 Einschl. Stadtstaaten.

Methodik

Die Land- und Forstwirtschaft prägt insbesondere die ländlichen Regionen in Deutschland. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: Über 80 % des Nahrungsbedarfs können aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dabei dient die Landwirtschaft nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Vielmehr erhalten landwirtschaftliche Betriebe Arbeitsplätze im ländlichen Raum und prägen die Kulturlandschaft. Ihnen kommt damit eine bedeutende und unverzichtbare Rolle innerhalb der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft zu.

Statistiken über die Landwirtschaft und ihre Produkte sind eine wesentliche Grundlage, um Aufkommen und Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion (Nahrungs- und Futtermittel) darzustellen. Zudem zeigen sie den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft auf. Für wirtschaftliche und politische Entscheidungen stellen diese Informationen eine wichtige Datenbasis dar – sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

■ Flächennutzung

Die allgemeine **Flächenstatistik** liefert Grundlageninformationen zur Bodennutzung der gesamten Fläche Deutschlands, insbesondere für raumordnung- und umweltrelevante Entscheidungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Die Flächennutzung durch die Landwirtschaft wird damit in einen größeren Flächennutzungsrahmen gestellt. Die allgemeine Flächenstatistik basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster, während sich die Erhebung der landwirtschaftlichen Bodennutzung auf die Befragung landwirtschaftlicher Betriebe stützt.

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Die Ergebnisse zur Land- und Forstwirtschaft beruhen auf Erhebungen über Strukturen landwirtschaftlicher Betriebe, Bodennutzung und Ernte, Viehbestand und tierische Erzeugung und der Lebensmittelsicherheit, Weinanbau und Weinerzeugung sowie der Forstwirtschaft. Sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – im Agrarstatistikgesetz angeordnet. Erhebungseinheiten sind in der Regel landwirtschaftliche Betriebe. Dies sind nach Agrarstatistikgesetz technisch-wirtschaftliche Einheiten mit einer einheitlichen Betriebsführung, die landwirtschaftliche Tätigkeiten als Haupt- oder Nebentätigkeit durchführen. Sofern keine speziellen Erfassungsgrenzen gelten, gehören landwirtschaftliche Betriebe zur Grundgesamtheit, wenn sie eine der folgenden Erfassungsgrenzen erreichen oder überschreiten: a) 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), b) 10 Rinder, c) 50 Schweine oder 10 Zuchtsauen, d) 20 Schafe, e) 20 Ziegen, f) 1 000 Stück Geflügel, g) 0,5 ha Hopfenfläche, h) 0,5 ha Tabakfläche, i) 1 ha Dauerkulturfläche im Freiland, j) jeweils 0,5 ha Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstanbaufläche, k) 0,5 ha Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland, l) 0,3 ha Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland, m) 0,1 ha Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, n) 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze.

Die **Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben** umfassen die im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchzuführenden Landwirtschaftszählungen (LZ – 1949, 1960, 1971, 1979, 1991, 1999, 2010) und die sie ergänzenden Agrarstrukturerhebungen. Diese sind zurzeit alle drei Jahre durchzuführen.

Die **Agrarstrukturerhebung** findet seit dem Jahr 2010 alle drei Jahre statt. Im Jahr 2013 wurde sie als Stichprobenerhebung durchgeführt. Hierbei wurden 80 000 landwirtschaftliche Betriebe zu Merkmalen der Bodennutzung, über Viehbestände, über Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale, wie die Bewässerung im Freiland befragt.

■ Kaufwerte

Die **Statistik der Kaufwerte** für landwirtschaftliche Grundstücke liefert Angaben über veräußerte Grundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden. Erfasst werden

Verkäufe, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 1 000 m² groß ist. Die Daten werden bei Finanzämtern und Gutachterausschüssen für Grundstückspreise erhoben. Aus den Summen der erzielten Kaufpreise werden jährlich durchschnittliche Kaufwerte, bezogen auf die Summe der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung berechnet. Da sich die durchschnittlichen Kaufwerte jeweils auf andere Grundstücke beziehen, bringt ein Zeitvergleich der Kaufwerte nicht die reinen Preisveränderungen zum Ausdruck. Auch der allmähliche Übergang des Berichtswegs von den Finanzämtern zu den Gutachterausschüssen schränkt die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ein.

■ Forstwirtschaft

In der **Holzschlagstatistik** werden die Mengen des eingeschlagenen Holzes ohne Rinde nachgewiesen, differenziert nach vier Holzartengruppen sowie nach Holzsorten.

■ Anbau und Ernte, Weinanbau und Weinerzeugung

Zu den landwirtschaftlichen **Erzeugungsstatistiken** zählen diejenigen Erhebungen, mit deren Hilfe die Erzeugung an pflanzlichen und tierischen Produkten festgestellt bzw. unmittelbar oder mittelbar berechnet wird. Dazu zählen u. a. die Bodennutzungshaupterhebung, Viehbestands-erhebung, Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik, Eier- und Geflügelstatistiken, Gemüse- und Speisepilz-erhebung, Strauchbeenerhebung, Zierpflanzen-erhebung, Baumschulerhebung und Baumobstanbauerhebung.

In der jährlichen **Bodennutzungshaupterhebung** wird die Nutzung der Flächen erhoben. Die Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie detaillierte Angaben zum Anbau auf dem Ackerland werden darin erfasst. Zusätzlich werden spezielle Erhebungen in verschiedenen Bereichen durchgeführt: Der **Anbau und die Ernte von Gemüse, Erdbeeren und Strauchbeeren** wird jährlich erhoben, die **Baumschulflächen** und der **Anbau von Zierpflanzen** alle vier Jahre sowie **Flächen und Bestände der Baumobstanlagen** alle fünf Jahre. Im **Weinbau** werden jährlich die bepflanzten Flächen aus der Weinbaukartei ermittelt. Alle zehn Jahre, zuletzt 2009, findet zudem eine sogenannte **Grunderhebung der Rebflächen** statt, in der weitere strukturelle Informationen über die Bewirtschaftung gewonnen werden.

Um die pflanzliche Produktion errechnen zu können, werden die Ernteerträge von landwirtschaftlichen Feldfrüchten, Grünland, Baumobst und Wein durch Bericht-erstatte geschätzt oder von landwirtschaftlichen Betrieben gemeldet („**Ernte- und Betriebsberichterstattung**“). Für einige Arten werden außerdem objektive Ertragsmessungen auf repräsentativer Basis durchgeführt, und zwar für Getreide, Kartoffeln und Raps unter der Bezeichnung „**Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung**“. Aus den geschätzten bzw. ermittelten Ernteerträgen werden die Erntemengen unter Zuhilfenahme der aus den oben dargestellten Erhebungen ermittelten Flächen berechnet. Für die Feststellung der endgültigen Weinmosternte werden wiederum Daten aus der Weinbaukartei genutzt. Die Weinbaukartei ist auch die Datenquelle für die Ermittlung der Bestände an Wein und Traubenmost in den Wein anbauenden Ländern sowie für die Weinerzeugung.

■ Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

Die **Erhebungen über die Viehbestände** finden jährlich im Mai und November statt. Dabei werden die Rinderbestände durch Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) erfasst. Die Schweinebestände werden in einer Stichprobenerhebung bei höchstens 20 000 Betrieben mit mindestens 10 Zuchtsauen oder 50 oder mehr Schweinen bestimmt. Seit 2011 werden die Schafbestände auf Basis einer Stichprobenerhebung bei 5 000 Betrieben mit 20 oder mehr Schafen errechnet.

Methodik

Die **Fleischerzeugung** wird monatlich ermittelt. Die Merkmale sind die Zahl und das Schlachtgewicht der geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde. In der halbjährlich durchgeführten **Fleischuntersuchungsstatistik** werden die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen sowie der Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchungen dargestellt. Dabei werden die Gründe für die Beanstandungen der Tiere bzw. des Fleisches detailliert nachgewiesen.

Hinzu kommen monatliche **Geflügelstatistiken** über die Erzeugung von Geflügel mit Erhebungen in Brütereien (Bruteieranlagen, Kükenschlupf), Geflügelschlachtereien (geschlachtetes Geflügel) und Unternehmen mit Hennenhaltung (Hennenhaltungsplätze, Zahl der legenden Hennen und Zahl der im Vormonat produzierten Eier). Die Erhebung in Brütereien findet dabei in allen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes statt. Zur Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung werden alle Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen herangezogen. Auskunftspflichtig zur Erhebung in Geflügelschlachtereien sind alle zugelassenen Geflügelschlachtereien.

■ Aquakultur

Die **Erhebung über die Erzeugung in Aquakulturbetrieben** wird jährlich für das jeweils abgeschlossene Kalenderjahr durchgeführt. Dabei werden Daten zur erzeugten Menge insgesamt, zur Erzeugung in Brut- und Aufzuchtanlagen sowie zur aus Wildfängen in die Aquakultur zugeführten Menge erhoben. Zusätzlich werden alle drei Jahre Daten zur Struktur der Aquakulturbetriebe sowie zur Vermarktung von Aquakulturprodukten erhoben.

■ Stichprobenergebnisse

Stichprobenergebnisse erfordern für die Beurteilung der Datenqualität eine statistische Bewertung durch eine Fehlerrechnung, da eine Stichprobe immer mit Fehlern behaftet ist. Die Präzision repräsentativer Ergebnisse wird daher mit folgenden Zeichen dargestellt:

() = Einfacher relativer Standardfehler zwischen 10 % und unter 15 %. Der Aussagewert des angegebenen Zahlenwertes ist eingeschränkt, da er relativ unsicher ist.

/ = Einfacher relativer Standardfehler von 15 % und mehr. Die Angabe des Zahlenwertes ist wegen des hohen Fehlerwertes nicht sicher genug.

Der „einfache relative Standardfehler“ ist das Intervall, in dem der „wahre“ Wert mit großer Wahrscheinlichkeit liegt. Beispiel: Im November 2013 wurden 28,1 Millionen Schweine in Deutschland gehalten (vgl. Tabelle 19.9.2). Bei einem relativen Standardfehler von 1 % läge der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 % zwischen 27,819 Millionen und 28,381 Millionen Schweinen.

Ausführlichere methodische Erläuterungen und ein detaillierter Ergebnisauszug sind den speziellen Veröffentlichungen innerhalb der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ zu entnehmen (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ackerland | Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstiger Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erberbsgartenbau, auch unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen. Ferner Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen der Stilllegung.

Anbauflächen | *Bodennutzungshaupterhebung* | Bestandsflächen zum Zeitpunkt der Erhebung mit ihrer Hauptnutzung.

Gemüseerhebung | Flächen – einschließlich Mehrfachanbau auf gleicher Fläche.
Strauchbeerenerhebung | Flächen einschließlich Jungpflanzen.

Aquakulturbetriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten mit Erzeugung in Aquakultur im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 762/2008, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen.

Arbeitskräfte | Im Berichtszeitraum (März des Vorjahres bis Februar des Berichtsjahres) im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) | Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb (landwirtschaftliche Arbeiten sowie Arbeiten in Einkommenskombinationen) vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person (Arbeitskraft).

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA) | Die BWA eines Betriebes beschreibt die Spezialisierungsrichtung des Betriebes. Sie untergliedert sich in Allgemeine, Haupt- und Einzel-BWA. Grundlage für die Zuordnung der Betriebe ist ab 2010 der Anteil des Standardoutputs (SO) der einzelnen Betriebszweige am Gesamtstandardoutput des Betriebes.

Dauergrünland | Grünlandflächen (Wiesen oder Weiden), die fünf Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung (einschließlich Abweiden) sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energien – ohne Unterbrechung durch andere Kulturen – bestimmt sind; auch Grünlandflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung und Gras- oder Heugewinnung als Hauptnutzung sowie ertragsarme (Hutungen oder Heiden) und vorübergehend aus der Erzeugung genommene Dauergrünlandflächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch.

Einkommenskombinationen | Tätigkeiten die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt und mit denen Umsätze erzielt werden. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten.

Ernteerträge | Für *landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland* | Eingebraachte Ernte, für Getreide auf 14 % Feuchtigkeit, für Hülsen- und Ölfrüchte auf 9 % Feuchtigkeit umgerechnet. Für Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland, Leguminosen zur Ganzpflanzenernte, Wiesen und Weiden werden die Ernteschätzungen in Trockenmasse angegeben.

Für *Gemüse und Obst* | Marktfähige Ernteware (Feldabfuhr), unabhängig davon, ob sie auf den Markt gelangt oder nicht (einschließlich Eigenverbrauch und Verluste, die nach der Ernte auftreten).

Für *Wein* | Eingebraachte Ernte (Weinmosternte: Erntemenge der geernteten Trauben bzw. des Traubenmostes, angegeben in Hektoliter Wein).

Familienarbeitskräfte | Betriebsinhaberin bzw. -inhaber, deren/dessen Ehegatte oder Ehegattin (bzw. eine gleichgestellte Person) sowie weitere Familienangehörige und Verwandte, die auf dem landwirtschaftlichen Betrieb leben und arbeiten.

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdN) | Im Gegensatz zur „landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)“ umfasst die FdN im Wesentlichen nur diejenigen Flächen des Acker- und Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen. Nicht einbezogen werden Flächen, die einer Sonderbewertung unterliegen (z. B. garten- und weinbaulich genutzte Flächen) und alle Flächenverkäufe zu Sonderkonditionen.

Forstwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und keine der für landwirtschaftliche Betriebe geltenden Erfassungsgrenzen erreichen, aber über mindestens 10 ha Waldfläche oder Fläche mit schnell wachsenden Baumarten verfügen.

Großvieheinheit (GV) | Die Großvieheinheit ist eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden mit Hilfe entsprechender Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztvieharten bestimmt.

Inlandsabsatz von Düngemitteln | Lieferungen der Düngemittelproduzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Endverbraucherinnen und Endverbraucher. Der Nährstoffaufwand je ha bezieht sich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Erntejahres.

Kaufwert | Durchschnittlicher Preis eines Grundstücks in Euro je m². Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden ermittelt, indem die für die Grundstücke gezahlten Preise auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bezogen werden. Die gezahlten Preise enthalten keine Grunderwerbsnebenkosten (Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten u. a.). Durch die unterschiedliche Zusammensetzung der verkauften Grundstücke von Jahr zu Jahr sind die jeweiligen Kaufwerte nicht voll vergleichbar. Deshalb wird in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke auf die Berechnung von Veränderungsraten (insbesondere von Kaufwerten) verzichtet.

Landwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die über eine vorgegebene Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche oder über Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügen, für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 genannten Tätigkeiten nach NACE Rev. 2 (pflanzliche Erzeugung, Tierhaltung, landwirtschaftliche Dienstleistungen) als Haupt- oder Nebentätigkeit ausüben.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) | Ackerland, Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Baum-, Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren), Nussanlagen, Baumschulflächen, Rebflächen, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes und Dauerkulturen unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen. Die Datenerhebung basiert auf der Befragung landwirtschaftlicher Betriebe.

Landwirtschaftsfläche | Ackerland, Grünland, Gartenland, Weingarten, Moor, Heide, Obstanbaufläche, landwirtschaftliche Betriebsfläche und Brachland. Die Datenerhebung basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster.

Ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftlich genutzte Fläche | *Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)*, die vollständig oder teilweise auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt ist. Dies beinhaltet:

Umgestellte LF | Landwirtschaftlich genutzte Fläche, auf der die Umstellung auf den ökologischen Landbau nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 abgeschlossen ist. Die auf dieser Fläche produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen bereits als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

In Umstellung befindliche LF | Landwirtschaftlich genutzte Fläche, die sich nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 gegenwärtig in Umstellung befindet. In dieser Zeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Ökologischer Landbau | Der landwirtschaftliche Betrieb produziert pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Rebfläche | Mit Reben bestockte Flächen, unabhängig davon, ob sie im Ertrag stehen oder nicht, sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden.

Saisonarbeitskräfte | Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte mit einem auf weniger als sechs Monate abgeschlossenem Arbeitsverhältnis zum Betrieb. Hierzu zählen keine Arbeitskräfte, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb tätig sind.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauand), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil un bebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sozialökonomische Gliederung der Betriebe | Haupterwerbsbetriebe sind Einzelunternehmen, bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes mehr als 50 % beträgt. Alle Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, werden den Nebenerwerbsbetrieben zugeordnet.

Ständige Arbeitskräfte | In einem unbefristeten oder für mindestens sechs Monate abgeschlossenem Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehende Personen. Hierzu rechnen auch Verwandte der Betriebsinhaberin oder des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben.

Standardoutput | Standardisierte Rechengröße, die den durchschnittlichen Geldwert (in Euro) der Bruttoagrarerzeugung eines landwirtschaftlichen Betriebes beschreibt. Er wird in der amtlichen Statistik für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung genutzt. Der Standardoutput wird je Flächeneinheit einer Fruchtart bzw. je Tiereinheit einer Vieh- art aus erzeugter Menge mal zugehörigem „Ab-Hof-Preis“ als geldliche Bruttoleistung ermittelt. Dabei werden durchschnittliche Erträge und Preise angesetzt, die für einen Bezugszeitraum von fünf Wirtschaftsjahren berechnet werden. Die Summe der Standardoutputs im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe.

Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken | Erfasst werden Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) mindestens 0,1 ha groß ist. Der Nachweis erfolgt in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zur *Land- und Forstwirtschaft* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 41, Daten zur *Flächennutzung* unter Code 33, Daten zur *Kaufwertestatistik* unter Code 615

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Flächennutzung

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 5.1 | Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung

Heft 5 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden 2010
Bodenbearbeitung, Bewässerung, Landschaftselemente

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.4 | Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput

Reihe 2.1.5 | Sozialökonomische Verhältnisse

Reihe 2.1.7 | Einkommenskombinationen

Reihe 2.1.8 | Arbeitskräfte

Heft 1 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Heft 2 | Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter/Geschäftsführer

Heft 4 | Arbeitskräfte

Heft 4 | Hofnachfolge

STATmagazin

| Idylle ade! Vom Bauern zum Unternehmer (2011)

■ Pachtentgelte und Kaufwerte

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.6 | Eigentums- und Pachtverhältnisse

Reihe 2.4 | Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke

Heft 3 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Heft 3 | Eigentums- und Pachtverhältnisse

■ Ökologischer Landbau

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2.1 | Ökologischer Landbau

■ Düngemittel

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 8.2 | Düngemittelversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 | Testerhebung zum Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft

Mehr zum Thema

■ **Forstbetriebe und Forstwirtschaft**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.1 | Betriebe mit Waldflächen
 Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

■ **Anbau und Ernte**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung)
 Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung
 Reihe 3.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen)
 Reihe 3.1.3 | Gemüseanbau und -ernte
 Reihe 3.1.4 | Baumobstflächen
 Reihe 3.1.6 | Anbau von Zierpflanzen
 Reihe 3.1.7 | Baumschulerhebung
 Reihe 3.1.8 | Bodennutzung der Betriebe (Anbau von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten)
 Reihe 3.1.9 | Strauchbeerenanbau und -ernte
 Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte

■ **Weinanbau und Weinerzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2.3 | Betriebe mit Weinbau
 Reihe 3.1.5 | Rebflächen
 Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte – Weinmost
 Reihe 3.2.2 | Weinerzeugung
 Reihe 3.2.3 | Weinbestände

■ **Viehwirtschaft und tierische Erzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.3 | Viehhaltung der Betriebe
 Reihe 4 | Viehbestand und tierische Erzeugung
 Reihe 4.1 | Viehbestand
 Reihe 4.2.1 | Schlachtungen und Fleischerzeugung
 Reihe 4.2.3 | Geflügel
 Reihe 4.3 | Schlacht tier- und Fleischuntersuchung

Fachberichte

| Vom Erzeuger zum Verbraucher – Fleischversorgung in Deutschland (2008)

■ **Aquakultur**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 4.6 | Erzeugung in Aquakulturbetrieben

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/12 | Aquakultur – Ergebnisse und Methodik

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 1 | Ausgewählte Zahlen der Landwirtschaftszählung/Agrarstrukturerhebung
 Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
 Heft 6 | Wirtschaftsdünger, Stallhaltung, Weidehaltung

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachberichte

Wer produziert unsere Nahrungsmittel? – Aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/09 Betriebsregister Landwirtschaft
Heft 3/10 Die Landwirtschaftszählung 2010
Heft 12/11 Schätzung regionaler Daten mithilfe von Small Area-Schätzmethoden
Heft 12/11 Nacherhebung Bewässerung zur Landwirtschaftszählung 2010
Heft 12/12 Erhebung zum Nachwuchsmangel in der Nutztiermedizin

Broschüre

Landwirtschaft auf einen Blick (2011)

Gemeinschaftsveröffentlichung

Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt – Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 86 60 (Land- und Forstwirtschaft), +49 (0)6 11 / 75 24 40 (Kaufwerte), +49 (0)6 11 / 75 29 41 (Düngemittelstatistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



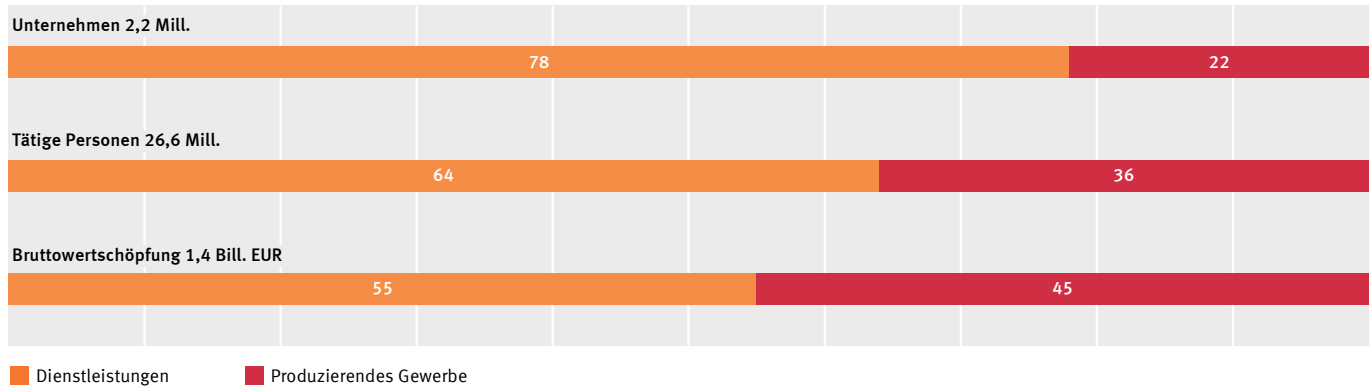
20 Produzierendes Gewerbe und Dienst- leistungen im Überblick

Zwei von drei tätigen Personen waren 2012 im Dienstleistungsbereich beschäftigt | **Weniger als 1 %** der **Unternehmen erwirtschafteten** 2011 **gut 66 % aller Umsätze** | Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** 2013 um gut **8 %** gegenüber Vorjahr **zurückgegangen** | **37 %** der Unternehmen nutzen **Social Media** | 2011 rund **580 000 Handwerksunternehmen** | Fast **3,8 Millionen Betriebe** mit **weniger als 50** sozialversicherungspflichtig **Beschäftigten**

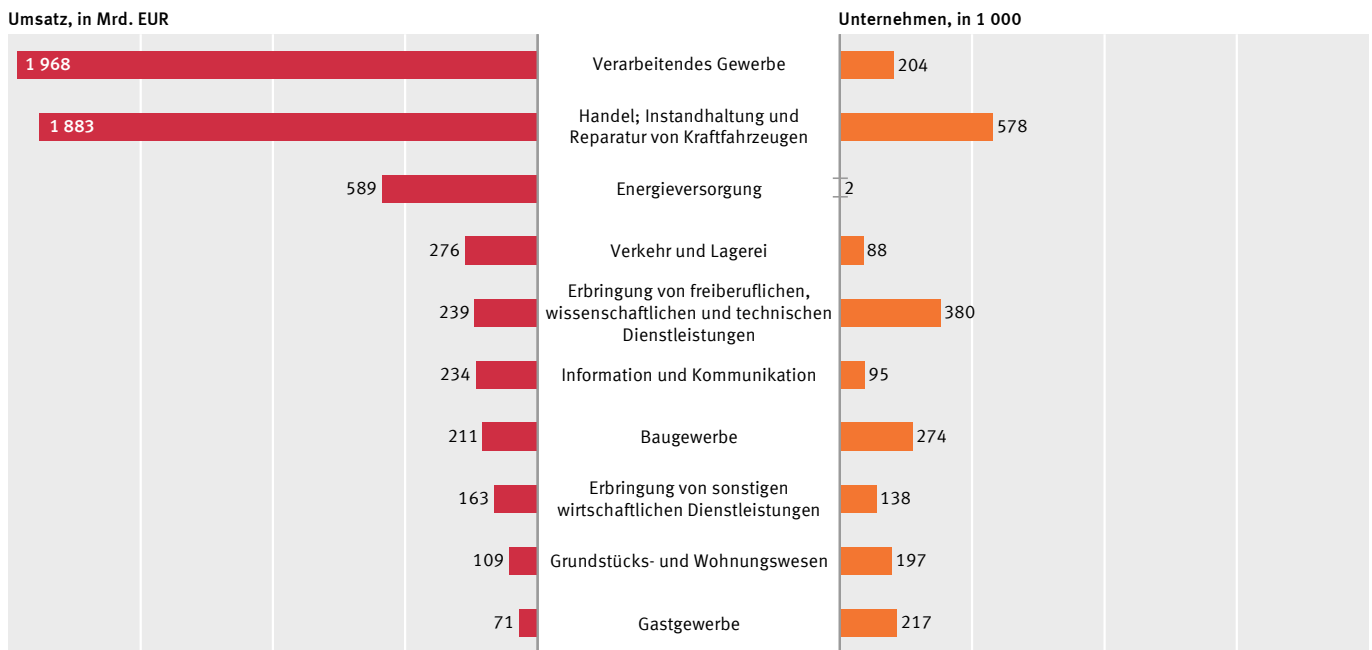
<i>Seite</i>	
503	Auf einen Blick
	Tabellen
504	Unternehmen im Überblick Anzahl Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Bruttoinvestitionen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen Kleine und mittlere Unternehmen
510	Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland Anteil Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Herkunft der Muttergesellschaft
511	Gewerbeanzeigen Nach Ländern Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Rechtsformen
514	Insolvenzen Zusammensetzung Unternehmensinsolvenzen nach Ländern, ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen Insolvenzhäufigkeit
517	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen Internetzugang Internetzugangart Datenübertragungsrate Website Social Media E-Commerce IKT-Branche
521	Handwerksunternehmen Anzahl Tätige Personen Umsatz Nach Gewerbegruppen Nach Ländern Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezweigen
523	Betriebe im Überblick Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
524	Methodik
526	Glossar
528	Mehr zum Thema

20.0 Auf einen Blick

Unternehmen, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in Unternehmen 2012
in %



Strukturdaten der Unternehmen 2012
nach Wirtschaftsabschnitten



2014 - 01 - 0339

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
	Insgesamt ²⁾	2 190 600	26 556 829	6 053 165	1 406 184	184 586
B – F	Produzierendes Gewerbe	486 494	9 625 459	2 832 226	635 489	83 709
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 902	66 139	13 219	6 157	1 172
05	Kohlenbergbau	5	27 044	2 896	2 091	246
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	3 842	3 229	1 407	377
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 760	31 668	6 514	2 388	480
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	133	3 586	580	272	69
C	Verarbeitendes Gewerbe	203 664	7 169 663	1 967 653	481 847	59 155
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	29 106	814 811	166 788	29 637	4 192
11	Getränkeherstellung	2 002	70 398	20 387	4 899	1 050
12	Tabakverarbeitung	29	10 512	17 699	1 599	191
13	H. v. Textilien	3 809	79 057	12 336	3 663	384
14	H. v. Bekleidung	2 614	44 401	8 977	2 289	143
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 073	17 680	2 900	731	104
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	12 075	133 126	24 152	5 744	702
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1 782	143 614	40 903	9 639	1 399
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	11 695	160 228	21 265	7 700	808
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	99	19 106	147 204	3 341	778
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 170	333 440	161 444	34 727	4 855
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	561	121 585	44 592	15 959	1 458
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	7 255	406 855	79 267	22 902	2 937
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	9 967	239 085	46 693	14 260	1 931
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	2 838	265 468	110 219	19 125	3 038
25	H. v. Metallerzeugnissen	41 992	858 556	125 540	46 203	4 756
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 686	317 092	68 883	22 893	3 455
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	6 127	506 576	113 349	36 886	3 432
28	Maschinenbau	16 216	1 075 071	244 150	78 589	6 567
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 680	812 514	385 095	76 649	13 643
30	Sonstiger Fahrzeugbau	914	119 175	34 934	10 264	911
31	H. v. Möbeln	9 316	142 373	21 265	6 962	630
32	H. v. sonstigen Waren	18 225	250 260	32 501	13 757	1 211
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	12 433	228 679	37 109	13 431	577
D	Energieversorgung	1 899	222 351	588 645	47 547	11 217
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 027	204 446	51 376	20 851	6 147
36	Wasserversorgung	1 631	36 171	9 973	4 370	1 902
37	Abwasserentsorgung	1 404	41 964	11 077	7 005	2 874
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung ..	1 928	123 389	29 908	9 319	1 358
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	64	2 922	417	157	14
F	Baugewerbe	274 002	1 962 860	211 333	79 087	6 018
41	Hochbau	25 559	284 587	49 273	15 356	1 093
42	Tiefbau	7 444	198 070	28 143	10 247	1 056
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	240 999	1 480 203	133 917	53 483	3 868

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
G – J, K 65, L – N, S 95²⁾	Dienstleistungen	1 704 106	16 931 370	3 220 939	770 695	100 877
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	577 926	6 175 084	1 882 670	249 456	20 913
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	102 459	815 805	206 543	33 002	3 522
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	150 222	1 905 028	1 177 750	132 387	9 887
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	325 245	3 454 251	498 378	84 067	7 504
H	Verkehr und Lagerei	87 819	2 012 376	275 565	91 603	20 395
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	59 389	812 893	83 353	35 153	7 031
50	Schifffahrt	3 096	27 443	31 081	6 615	1 390
51	Luftfahrt	491	62 032	21 968	1 880	1 710
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 595	599 903	111 621	36 543	9 653
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	9 248	510 104	27 542	11 411	611
I	Gastgewerbe	217 164	1 989 478	70 573	33 298	3 668
55	Beherbergung	45 764	531 921	25 105	12 259	2 078
56	Gastronomie	171 400	1 457 556	45 469	21 039	1 591
J	Information und Kommunikation	94 541	1 066 733	234 169	102 035	14 691
58	Verlagswesen	7 288	218 344	33 022	13 360	743
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 179	61 213	10 237	4 655	481
60	Rundfunkveranstalter	391	40 959	16 054	6 842	957
61	Telekommunikation	2 498	104 879	64 297	24 790	7 152
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	65 708	557 561	98 955	46 818	4 567
63	Informationsdienstleistungen	10 477	83 778	11 604	5 570	792
K³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	863	155 434	244 652	20 683	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	197 145	477 245	108 506	66 346	21 475
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	380 257	2 119 026	239 203	121 714	8 352
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	102 540	614 864	44 948	32 990	929
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	73 946	376 131	76 113	28 071	2 998
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	108 333	566 789	63 161	34 144	1 659
72	Forschung und Entwicklung	5 224	136 288	11 384	7 951	1 683
73	Werbung und Marktforschung	27 124	250 611	26 069	9 903	458
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	53 930	132 830	14 887	7 102	533
75	Veterinärwesen	9 160	41 512	2 640	1 554	92
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	138 327	2 900 090	162 878	84 282	11 326
77	Vermietung von beweglichen Sachen	17 222	104 702	27 065	13 878	7 938
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 637	933 268	34 698	23 659	551
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	9 784	89 723	27 258	6 186	279
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 044	186 418	5 600	4 225	79
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	64 613	1 129 250	29 527	19 438	1 044
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	35 026	456 729	38 729	16 895	1 435
S³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	10 064	35 904	2 723	1 278	57

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
	Insgesamt²⁾	6 053 165	66,3	73,8	22,9	14,7	8,5
B – F	Produzierendes Gewerbe	2 832 226	92,2	75,7	22,4	15,5	6,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	13 219	94,2	60,8	46,6	27,1	19,5
05	Kohlenbergbau	2 896	97,7	72,0	72,2	56,2	16,0
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	3 229	92,8	49,2	43,6	14,2	29,4
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	6 514	93,2	62,2	36,7	19,8	16,9
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	580	96,4	52,6	46,8	35,4	11,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 967 653	89,2	73,1	24,5	17,9	6,6
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	166 788	91,1	82,4	17,8	12,7	5,1
11	Getränkeherstellung	20 387	96,3	66,7	24,0	16,0	8,0
12	Tabakverarbeitung	17 699	79,0	35,5	9,0	4,3	4,7
13	H. v. Textilien	12 336	94,2	69,4	29,7	22,8	6,9
14	H. v. Bekleidung	8 977	87,8	73,0	25,5	16,9	8,6
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	2 900	83,2	73,7	25,2	19,4	5,8
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	24 152	93,7	75,7	23,8	17,5	6,3
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	40 903	92,2	75,6	23,6	16,4	7,1
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	21 265	98,8	63,2	36,2	26,8	9,4
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	147 204	78,8	73,3	2,3	1,2	1,1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	161 444	80,6	78,6	21,5	13,8	7,7
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	44 592	89,2	63,2	35,8	18,7	17,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	79 267	90,4	71,3	28,9	21,7	7,2
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	46 693	91,1	69,1	30,5	21,7	8,8
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	110 219	95,9	82,2	17,4	13,0	4,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	125 540	96,3	62,5	36,8	27,2	9,6
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	68 883	92,8	66,7	33,2	25,5	7,7
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	113 349	90,3	68,8	32,5	25,6	6,9
28	Maschinenbau	244 150	93,0	68,3	32,2	24,8	7,3
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	385 095	84,4	79,9	19,9	14,7	5,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	34 934	101,4	74,3	29,4	23,7	5,6
31	H. v. Möbeln	21 265	96,5	67,1	32,7	24,1	8,6
32	H. v. sonstigen Waren	32 501	90,2	57,9	42,3	27,5	14,8
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	37 109	96,7	63,8	36,2	28,9	7,3
D	Energieversorgung	588 645	.	91,1	8,1	2,7	5,4
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	51 376	.	58,8	40,6	17,4	23,2
36	Wasserversorgung	9 973	.	53,7	43,8	17,4	26,5
37	Abwasserentsorgung	11 077	.	36,4	63,2	19,4	43,8
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	29 908	.	68,8	31,2	16,4	14,7
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	417	.	60,7	37,6	29,0	8,5
F	Baugewerbe	211 333	101,1	62,2	37,4	27,7	9,8
41	Hochbau	49 273	103,6	71,8	31,2	21,2	10,0
42	Tiefbau	28 143	101,3	64,5	36,4	29,9	6,5
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	133 917	100,2	58,1	39,9	29,6	10,4

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
G – J, K 65, L – N, S 95²⁾	Dienstleistungen	3 220 939	43,5	72,2	23,3	14,0	9,8
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 882 670	23,7	88,3	13,3	8,7	4,3
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	206 543	26,6	85,2	16,0	10,7	5,1
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 177 750	19,4	90,1	11,2	6,6	4,4
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	498 378	32,6	85,3	16,9	12,9	3,7
H	Verkehr und Lagerei	275 565	72,5	67,0	33,2	21,2	12,1
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	83 353	80,8	58,8	42,2	25,0	17,2
50	Schifffahrt	31 081	74,1	78,8	21,3	3,7	17,5
51	Luftfahrt	21 968	92,2	91,1	8,6	20,2	- 11,6
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	111 621	59,8	67,3	32,7	19,6	13,1
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	27 542	80,9	58,2	41,4	36,6	4,8
I	Gastgewerbe	70 573	101,7	55,0	47,2	29,6	16,7
55	Beherbergung	25 105	101,9	53,6	48,8	30,2	17,4
56	Gastronomie	45 469	101,5	55,7	46,3	29,3	16,3
J	Information und Kommunikation	234 169	76,6	56,1	43,6	22,9	20,7
58	Verlagswesen	33 022	82,6	58,7	40,5	23,6	16,9
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	10 237	75,3	53,8	45,5	16,2	29,3
60	Rundfunkveranstalter	16 054	82,2	56,8	42,6	17,9	24,7
61	Telekommunikation	64 297	71,2	61,5	38,6	10,3	28,3
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	98 955	76,9	52,5	47,3	31,5	15,8
63	Informationsdienstleistungen	11 604	80,7	50,8	48,0	29,9	18,1
K³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	244 652	36,7	28,3	8,5	4,6	3,8
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	108 506	87,9	38,3	61,1	7,8	53,3
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	239 203	79,3	49,6	50,9	30,9	19,9
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	44 948	96,1	26,2	73,4	37,6	35,8
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	76 113	69,6	61,4	36,9	27,2	9,7
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	63 161	82,0	47,0	54,1	33,1	21,0
72	Forschung und Entwicklung	11 384	94,5	50,6	69,8	56,1	13,7
73	Werbung und Marktforschung	26 069	64,2	61,4	38,0	20,9	17,1
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	14 887	79,6	51,7	47,7	21,2	26,6
75	Veterinärwesen	2 640	85,8	41,0	58,9	21,3	37,6
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	162 878	77,3	47,3	51,7	36,3	15,5
77	Vermietung von beweglichen Sachen	27 065	80,2	46,3	51,3	9,8	41,5
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	34 698	92,3	31,0	68,2	72,7	- 4,5
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	27 258	41,2	77,1	22,7	9,2	13,5
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 600	91,0	24,2	75,4	65,2	10,3
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	29 527	90,0	33,4	65,8	46,9	18,9
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	38 729	75,4	55,7	43,6	28,8	14,8
S³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	2 723	82,0	52,5	46,9	25,7	21,3

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2011

Als **KMU** definiert werden alle Unternehmen, in denen weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind und deren Jahresumsatz einen Schwellenwert von 50 Mill. Euro nicht überschreitet. Als **Kleinstunternehmen** gelten dabei alle Unternehmen, in denen weniger als 10 Beschäftigte tätig sind und deren Jahresumsatz unter 2 Mill. Euro liegt. Kleine Unternehmen sind all jene, die weniger als 50 tätige Personen umfassen und deren Jahresumsatz weniger als 10 Mill. Euro beträgt. Diese Definition basiert auf einer Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
B – N ohne K, S95	Insgesamt					
	KMU	99,3	60,2	33,5	47,5	42,8
	Kleinstunternehmen	80,3	18,0	6,2	11,3	12,1
	Kleine Unternehmen	15,9	22,4	11,6	17,1	14,0
	Mittlere Unternehmen	3,1	19,7	15,7	19,1	16,7
	Großunternehmen	0,7	39,8	66,5	52,5	57,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	KMU	98,0	38,9	35,7	31,7	35,5
	Kleinstunternehmen	46,9	4,6	2,9	2,8	3,4
	Kleine Unternehmen	42,7	18,9	16,5	15,4	18,6
	Mittlere Unternehmen	8,4	15,4	16,3	13,5	13,5
	Großunternehmen	2,0	61,1	64,3	68,3	64,5
	Zusammen	100	100	100	100	100
C	Verarbeitendes Gewerbe					
	KMU	97,4	44,8	21,2	30,4	25,1
	Kleinstunternehmen	60,3	6,8	1,8	3,1	2,3
	Kleine Unternehmen	29,0	15,6	6,3	9,9	7,7
	Mittlere Unternehmen	8,1	22,4	13,2	17,4	15,1
	Großunternehmen	2,6	55,2	78,8	69,6	74,9
	Zusammen	100	100	100	100	100
D	Energieversorgung					
	KMU	71,4	12,8	3,4	10,0	18,1
	Kleinstunternehmen	15,6	0,2	0,0	0,1	4,9
	Kleine Unternehmen	23,5	1,8	0,5	1,4	2,1
	Mittlere Unternehmen	32,2	10,7	2,9	8,4	11,1
	Großunternehmen	28,6	87,2	96,6	90,0	81,9
	Zusammen	100	100	100	100	100
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen					
	KMU	95,9	56,5	51,2	55,2	65,1
	Kleinstunternehmen	30,9	2,5	2,7	3,4	5,8
	Kleine Unternehmen	46,3	19,3	16,8	20,3	26,7
	Mittlere Unternehmen	18,7	34,6	31,6	31,4	32,7
	Großunternehmen	4,1	43,5	48,8	44,8	34,9
	Zusammen	100	100	100	100	100
F	Baugewerbe					
	KMU	99,9	91,7	82,4	86,7	84,8
	Kleinstunternehmen	80,9	35,2	22,4	24,0	25,5
	Kleine Unternehmen	17,5	41,1	39,0	42,8	39,6
	Mittlere Unternehmen	1,4	15,5	21,1	19,8	19,7
	Großunternehmen	0,1	8,3	17,6	13,3	15,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	KMU	99,2	63,6	39,2	54,3	57,0
	Kleinstunternehmen	78,4	20,1	6,5	11,5	12,7
	Kleine Unternehmen	17,0	24,5	13,6	20,1	21,1
	Mittlere Unternehmen	3,8	19,0	19,1	22,8	23,2
	Großunternehmen	0,8	36,4	60,8	45,7	43,0
	Zusammen	100	100	100	100	100
H	Verkehr und Lagerei					
	KMU	98,9	50,3	38,8	45,4	29,5
	Kleinstunternehmen	69,1	9,6	5,1	7,4	6,6
	Kleine Unternehmen	24,6	21,0	15,2	19,5	11,8
	Mittlere Unternehmen	5,1	19,7	18,5	18,5	11,1
	Großunternehmen	1,1	49,7	61,2	54,6	70,5
	Zusammen	100	100	100	100	100

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2011

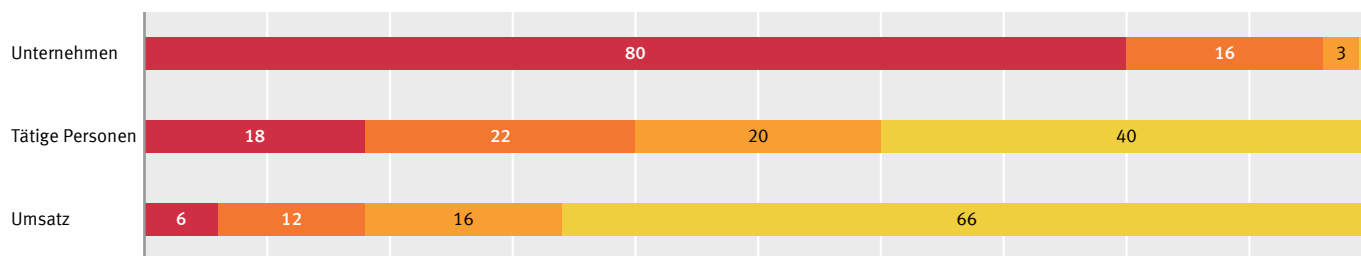
Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
I	Gastgewerbe					
	KMU	99,8	88,9	83,8	84,1	86,0
	Kleinstunternehmen	76,7	30,1	26,2	24,4	21,0
	Kleine Unternehmen	21,4	42,6	38,1	39,3	44,7
	Mittlere Unternehmen	1,8	16,2	19,5	20,3	20,2
	Großunternehmen	0,2	11,1	16,2	15,9	14,0
	Zusammen	100	100	100	100	100
J	Information und Kommunikation					
	KMU	99,3	55,1	31,7	36,4	17,8
	Kleinstunternehmen	85,6	16,1	6,2	8,2	4,2
	Kleine Unternehmen	11,0	18,1	10,3	11,6	5,6
	Mittlere Unternehmen	2,7	20,9	15,2	16,6	8,1
	Großunternehmen	0,7	44,9	68,3	63,6	82,2
	Zusammen	100	100	100	100	100
L	Grundstücks- und Wohnungswesen					
	KMU	99,9	89,1	73,7	79,8	82,3
	Kleinstunternehmen	95,8	63,9	31,2	37,1	40,5
	Kleine Unternehmen	3,4	13,6	20,1	20,7	19,8
	Mittlere Unternehmen	0,7	11,6	22,4	21,9	22,1
	Großunternehmen	0,1	10,9	26,3	20,2	17,7
	Zusammen	100	100	100	100	100
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen					
	KMU	99,8	77,0	63,9	72,3	62,5
	Kleinstunternehmen	90,2	36,7	23,2	29,2	28,3
	Kleine Unternehmen	8,7	26,3	22,7	25,9	17,0
	Mittlere Unternehmen	1,0	14,1	18,0	17,1	17,2
	Großunternehmen	0,2	23,0	36,1	27,7	37,5
	Zusammen	100	100	100	100	100
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen					
	KMU	98,6	46,9	46,7	50,0	45,2
	Kleinstunternehmen	79,6	9,6	10,7	11,9	13,3
	Kleine Unternehmen	13,6	12,5	15,0	14,9	15,6
	Mittlere Unternehmen	5,3	24,8	21,1	23,2	16,3
	Großunternehmen	1,4	53,1	53,3	50,0	54,8
	Zusammen	100	100	100	100	100
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern					
	KMU	99,9	88,5	80,6	82,9	97,8
	Kleinstunternehmen	95,3	55,5	41,4	46,2	71,4
	Kleine Unternehmen	4,0	20,3	21,3	20,7	20,0
	Mittlere Unternehmen	0,6	12,7	17,8	15,9	6,4
	Großunternehmen	0,1	11,5	19,4	17,1	2,2
	Zusammen	100	100	100	100	100

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Unternehmen, Umsatz und tätige Personen nach Unternehmensgrößenklassen 2011

in %



■ Kleinstunternehmen ■ Kleine Unternehmen ■ Mittlere Unternehmen ■ Großunternehmen

2014 - 01 - 0340

20.2 Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2011

Auslandskontrollierte Unternehmen sind im Inland ansässig und werden von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland kontrolliert, das die Unternehmenspolitik bestimmt. Durch die Beobachtung auslandskontrollierter Unternehmen kann die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der globalisierten Welt abgebildet werden.

20.2.1 Nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen ^{1,2}	Umsatz ^{1,2}	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ^{1,2}
		%			
B – N ohne K, S95	Insgesamt	100	100	100	100
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,3	0,4	0,5	0,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	19,4	44,9	47,0	43,1
D	Energieversorgung	2,0	0,7	4,7	1,9
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,6	0,5	0,4	0,5
F	Baugewerbe	2,5	2,7	1,5	2,4
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	31,6	19,0	33,2	22,7
H	Verkehr und Lagerei	4,4	4,1	2,3	3,3
I	Gastgewerbe	1,9	3,1	0,5	0,9
J	Information und Kommunikation	7,4	5,2	4,3	8,9
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	11,2	1,0	0,8	3,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	13,5	6,4	3,0	6,8
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	5,2	11,8	1,9	5,2
S95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	0,2	0,1	0,0	0,0

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Werte zum Teil geschätzt.

20.2.2 Nach Herkunft der Muttergesellschaft

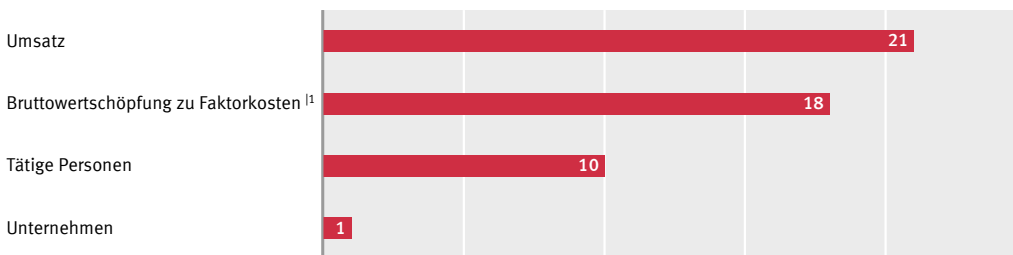
	Unternehmen	Tätige Personen ¹	Umsatz ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹
	%			
Welt (ohne Deutschland)	100	100	100	100
darunter:				
Europa (ohne Deutschland) ^{1,2}	74,7	69,9	68,6	70,0
Afrika	0,6	0,7	0,7	0,6
Nord- und Mittelamerika ^{1,2}	15,6	23,1	21,3	22,1
Südamerika	0,5	0,3	0,3	0,2
Asien	8,2	5,6	8,7	6,5
Australien und Ozeanien	0,5	0,5	0,4	0,6

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Werte zum Teil geschätzt.
- 2 Einschl. abhängiger Gebiete einzelner Länder.

Auslandskontrollierte Unternehmen 2011

Anteil an allen Unternehmen, in %



Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N (ohne K), S95.

- 1 Werte zum Teil geschätzt.

2014 - 01 - 0341

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.1 Gewerbeanzeigen nach Ländern 2013

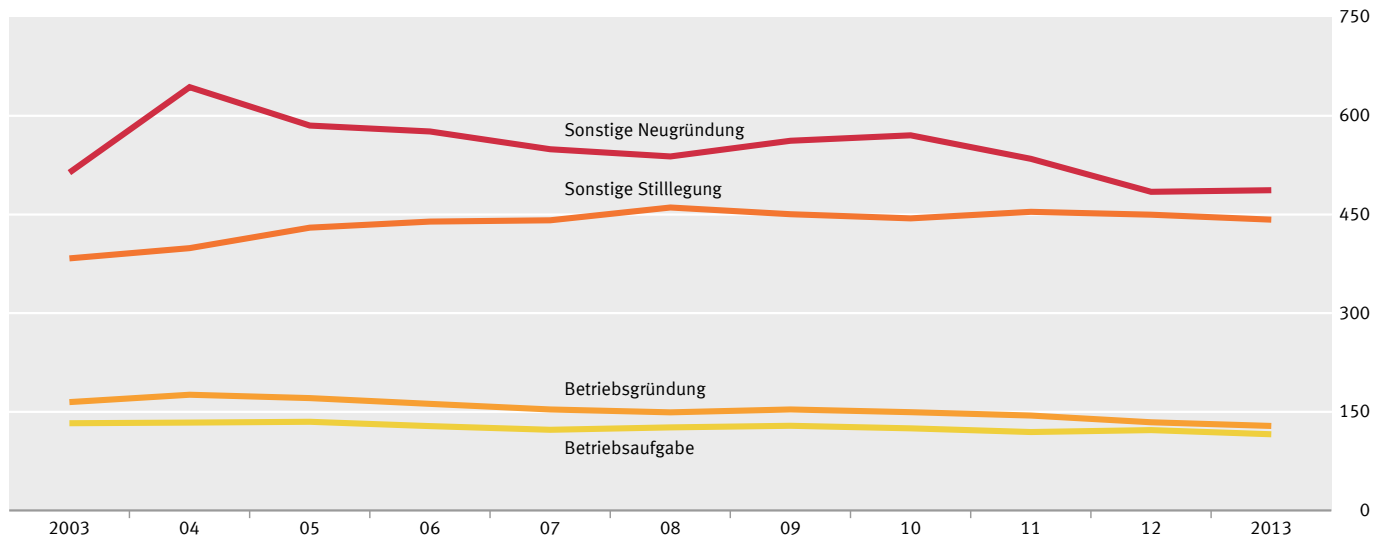
	Anmeldung			Abmeldung		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		Betriebsgründung	sonstige Neugründung		Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung
Deutschland	755 048	128 675	486 921	696 335	115 957	442 051
Baden-Württemberg	96 905	15 357	59 544	90 941	12 323	56 598
Bayern	129 998	22 179	80 412	111 336	18 359	65 440
Berlin	46 212	8 260	34 194	34 776	6 543	24 544
Brandenburg	18 330	4 130	10 000	18 019	3 830	10 597
Bremen	6 208	1 095	4 405	4 768	937	3 178
Hamburg	22 743	3 591	16 317	17 968	2 602	12 603
Hessen	71 629	10 759	47 408	68 377	10 034	45 006
Mecklenburg-Vorpommern ..	11 570	2 596	6 791	12 530	2 723	7 757
Niedersachsen	63 526	11 945	39 006	58 331	10 549	35 557
Nordrhein-Westfalen	158 994	24 877	107 693	150 610	23 922	99 854
Rheinland-Pfalz	36 206	5 702	24 056	35 825	5 427	24 325
Saarland	7 267	1 360	4 650	7 308	1 405	4 667
Sachsen	30 995	6 473	19 016	31 059	6 511	18 747
Sachsen-Anhalt	12 688	3 190	7 370	14 037	3 642	8 275
Schleswig-Holstein	27 739	4 068	17 807	25 071	3 825	15 957
Thüringen	14 038	3 093	8 252	15 379	3 325	8 946

Eine **Gewerbeanmeldung** ist abzugeben bei Neugründungen, Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen von Betrieben. Die Neugründungen umfassen Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen (Neugründungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Eine **Gewerbeabmeldung** ist abzugeben bei vollständigen Aufgaben, Umwandlungen, Fortzügen und Übernahmen von Betrieben. Die vollständigen Aufgaben beinhalten Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen (Stilllegungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Neugründungen und vollständige Aufgaben
in 1 000



2014 - 01 - 0342

20.3 Gewerbeanzeigen

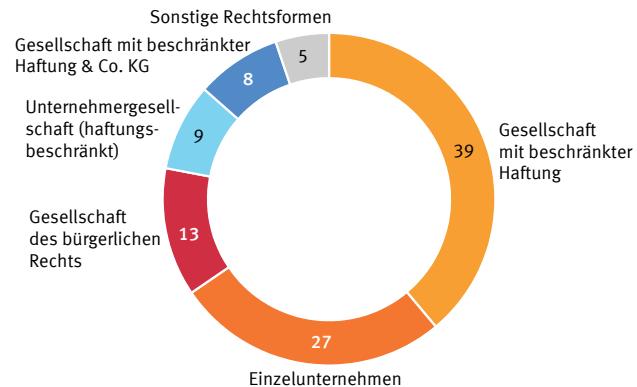
20.3.2 Gewerbebeanmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2013

Nr. der Klassifikation ¹		Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Neuerichtungen				Zuzug	Übernahmen ²	
			Betriebsgründung		sonstige Neugründung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenwerb			
A – S	Insgesamt	755 048	128 675	88 294	486 921	248 882	4 020	81 066	54 366
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 217	551	467	3 784	2 386	11	524	347
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	30 589	6 565	4 573	17 159	11 729	360	3 845	2 660
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11 542	2 832	2 168	7 153	5 821	153	686	718
F	Baugewerbe	116 026	16 321	14 856	80 614	12 355	139	12 712	6 240
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	166 627	34 698	17 138	100 045	62 625	1 885	15 768	14 231
H	Verkehr und Lagerei	23 824	4 506	2 991	15 164	4 280	127	2 686	1 341
I	Gastgewerbe	55 362	12 804	8 980	23 409	7 356	142	851	18 156
J	Information und Kommunikation	28 822	5 172	4 023	17 532	12 408	128	5 189	801
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	23 441	4 272	3 071	12 861	5 159	176	5 602	530
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	18 094	6 014	5 075	8 022	3 943	88	3 164	806
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	73 932	13 380	10 927	48 424	34 692	278	10 439	1 411
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	93 171	10 358	7 083	70 244	35 802	329	9 934	2 306
P	Erziehung und Unterricht	13 038	1 811	856	9 372	6 533	30	1 349	476
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	9 363	1 362	954	6 645	3 759	87	976	293
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	15 380	1 981	1 249	10 911	7 910	17	1 555	916
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	70 620	6 048	3 883	55 582	32 124	70	5 786	3 134
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	599 073	34 185	22 162	471 154	233 115	245	60 544	32 945
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	58 754	28 896	23 534	11 038	11 038	609	4 744	13 467
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	16 661	10 708	7 037	344	344	527	2 011	3 071
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	38 156	16 105	15 133	10 513	10 513	38	2 369	9 131
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	90 444	61 008	41 197	4 336	4 336	2 835	14 989	7 276
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	15 852	10 900	9 995	2 115	2 115	16	1 692	1 129
	Aktiengesellschaft	1 896	1 204	303	–	–	166	302	224
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 224	894	102	62	62	3	233	32
	Genossenschaft	427	300	192	–	–	72	25	30
	Eingetragener Verein	973	556	456	254	254	5	19	139
	Sonstige Rechtsformen	2 257	1 632	348	77	77	85	210	253

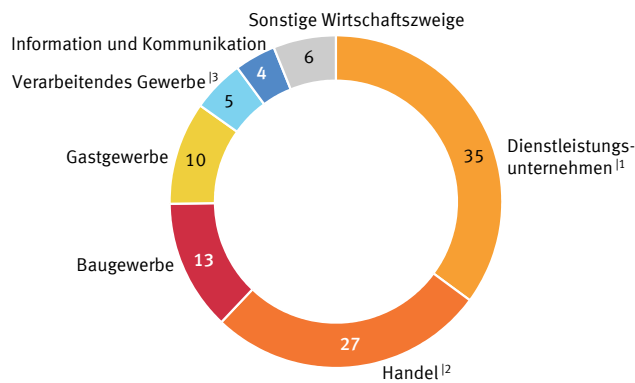
Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Rechtsformwechsel, Gesellschaftereintritt, Erbfolge, Kauf, Pacht.

Betriebsgründungen nach Rechtsformen 2013
in %



Betriebsgründungen nach Wirtschaftsabschnitten 2013
in %



- 1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.
- 2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.
- 3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2014 - 01 - 0343

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.3 Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2013

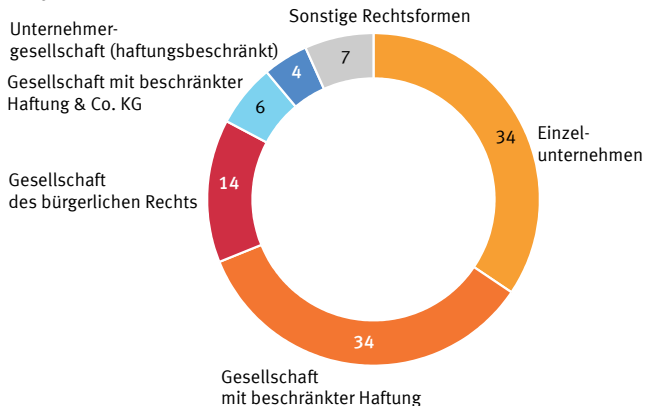
Nr. der Klassifikation ¹¹		Gewerbeabmeldungen insgesamt	Aufgaben				Fortzug	Übergaben ¹²	
			Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	696 335	115 957	78 021	442 051	165 930	5 147	80 397	52 783
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 284	408	363	2 872	1 199	11	469	524
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	27 874	6 843	5 015	13 851	5 715	479	3 853	2 848
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	5 300	1 038	786	2 606	1 591	164	655	837
F	Baugewerbe	99 423	13 464	11 790	66 706	8 613	216	11 053	7 984
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	173 152	37 771	19 890	102 449	46 375	2 106	16 626	14 200
H	Verkehr und Lagerei	25 907	4 720	3 418	16 833	3 866	182	2 659	1 513
I	Gastgewerbe	57 881	14 052	10 694	30 062	6 690	155	978	12 634
J	Information und Kommunikation	25 464	3 492	2 562	15 500	8 233	211	5 108	1 153
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	29 430	3 616	2 165	19 089	5 599	209	5 842	674
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	14 272	3 809	3 138	6 301	2 046	250	3 050	862
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	60 989	8 363	6 626	39 947	21 678	480	10 449	1 750
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	82 902	9 016	6 071	60 849	24 046	436	9 773	2 828
P	Erziehung und Unterricht	9 016	1 461	682	5 650	2 923	29	1 292	584
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	7 760	826	629	5 602	2 519	79	917	336
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	12 232	1 789	1 044	7 805	4 114	34	1 637	967
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	60 449	5 289	3 148	45 929	20 723	106	6 036	3 089
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	562 468	39 910	27 183	432 702	156 581	368	60 001	29 487
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	56 735	25 593	20 977	7 228	7 228	1 297	4 580	18 037
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	12 215	7 080	4 133	131	131	1 146	1 913	1 945
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	40 046	16 172	15 196	6 981	6 981	61	2 305	14 527
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	69 576	45 044	28 589	1 799	1 799	3 255	14 998	4 480
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	8 195	5 156	4 658	756	756	62	1 716	505
	Aktiengesellschaft	2 425	1 761	331	–	–	108	324	232
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 937	1 488	171	125	125	8	228	88
	Genossenschaft	339	261	77	–	–	41	30	7
	Eingetragener Verein	607	371	301	120	120	3	11	102
	Sonstige Rechtsformen	2 248	1 529	392	77	77	67	225	350

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

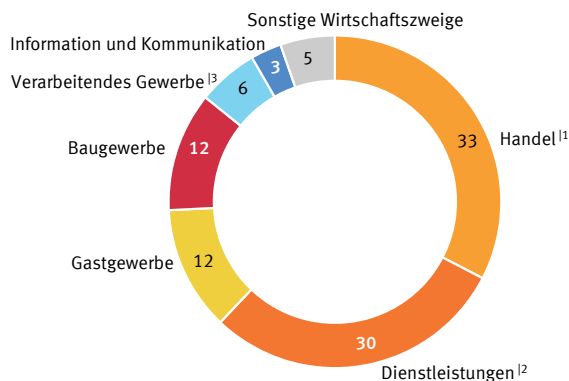
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt, Erbfolge, Verkauf, Verpachtung.

Betriebsaufgaben nach Rechtsformen 2013
in %



Betriebsaufgaben nach Wirtschaftsabschnitten 2013
in %



1 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2014 - 01 - 0344

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.4 Insolvenzen

20.4.1 Zusammensetzung der Insolvenzen

Weitere Informationen zu Verbraucherinsolvenzen siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	2000	2005	2010	2013	2000	2005	2010	2013
	Anzahl				%			
Insgesamt	42 259	136 554	168 458	141 332	100	100	100	100
Unternehmen	28 235	36 843	31 998	25 995	66,8	27,0	19,0	18,4
Übrige Schuldner/-innen	14 024	99 711	136 460	115 337	33,2	73,0	81,0	81,6
davon:								
Natürliche Personen als Gesell-								
schafter u. Ä.	1 129	3 446	1 814	1 087	2,7	2,5	1,1	0,8
Verbraucher/-innen	10 479	68 898	108 798	91 200	24,8	50,5	64,6	64,5
Ehemals selbstständig Tätige mit Regel-								
insolvenzverfahren	19 919	17 620	14 461	.	14,6	10,5	10,2
Ehemals selbstständig Tätige mit verein-								
fachtem Verfahren	4 818	5 445	5 676	.	3,5	3,2	4,0
Nachlässe und Gesamtgut	2 416	2 630	2 783	2 913	5,7	1,9	1,6	2,1

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

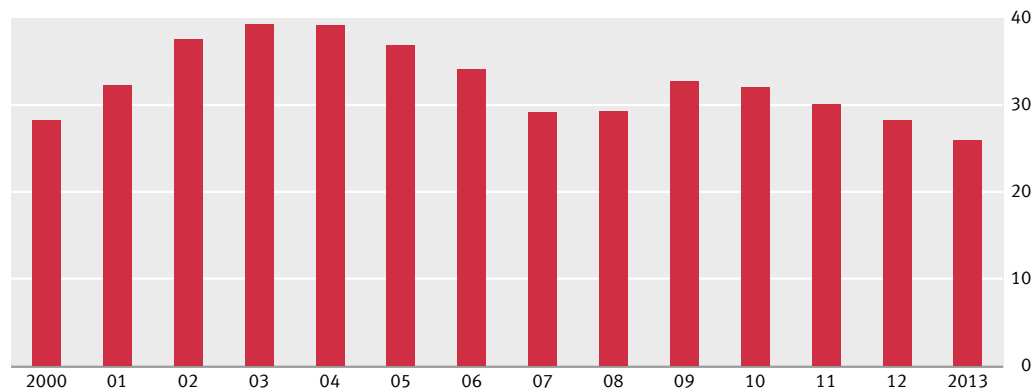
20.4.2 Unternehmensinsolvenzen nach Ländern 2013

	Insgesamt	Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Arbeitnehmer/ -innen	Voraussichtliche Forderungen
	Anzahl				1 000 EUR
Deutschland	25 995	19 488	6 507	173 541	28 061 244
Baden-Württemberg	2 017	1 430	587	24 547	2 277 938
Bayern	3 018	2 239	779	23 387	3 437 820
Berlin	1 278	811	467	4 389	1 106 814
Brandenburg	584	444	140	2 455	288 710
Bremen	231	166	65	1 577	644 525
Hamburg	1 009	839	170	19 865	4 832 947
Hessen	1 660	1 148	512	7 568	2 447 941
Mecklenburg-Vorpommern	311	251	60	1 948	166 371
Niedersachsen	2 227	1 602	625	13 476	1 696 873
Nordrhein-Westfalen	8 799	6 871	1 928	50 539	8 057 470
Rheinland-Pfalz	1 085	804	281	5 205	596 298
Saarland	345	254	91	2 571	373 357
Sachsen	1 255	967	288	5 876	741 895
Sachsen-Anhalt	708	525	183	2 377	282 942
Schleswig-Holstein	1 026	798	228	4 679	864 067
Thüringen	442	339	103	3 082	245 276

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Unternehmensinsolvenzen im Zeitvergleich

in 1 000



2014 - 01 - 0347

20.4 Insolvenzen

20.4.3 Unternehmensinsolvenzen nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen 2013

Nr. der Klassifikation ¹⁾		Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Arbeitnehmer/-innen	Voraussichtliche Forderungen
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EUR
A – N, P – S	Insgesamt	19 488	6 507	25 995	– 8,1	173 541	28 061 244
	nach Wirtschaftsabschnitten						
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	105	30	135	– 4,3	282	53 246
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 950	329	2 279	1,2	50 641	4 545 855
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	165	50	215	11,4	1 811	654 109
F	Baugewerbe	3 154	977	4 131	– 8,4	18 359	1 846 257
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 543	1 261	4 804	– 8,0	34 028	4 362 332
H	Verkehr und Lagerei	1 566	422	1 988	– 5,3	12 938	1 799 106
I	Gastgewerbe	1 973	565	2 538	– 15,7	7 843	404 616
J	Information und Kommunikation	500	239	739	– 14,7	3 054	375 519
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	554	277	831	– 3,6	2 773	4 082 426
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	549	300	849	– 13,4	938	2 545 228
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 924	968	2 892	– 7,5	7 930	5 669 700
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 640	585	2 225	– 7,1	21 847	872 305
P	Erziehung und Unterricht	232	48	280	– 15,2	1 533	128 066
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	494	80	574	– 12,5	5 784	381 941
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	421	141	562	– 3,3	1 894	199 313
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	718	235	953	– 10,8	1 886	141 247
	nach dem Alter der Unternehmen						
	unter 8 Jahren	9 164	3 948	13 112	– 10,7	68 393	12 120 905
	dar. bis 3 Jahre	4 081	2 061	6 142	– 12,3	32 382	2 327 764
	8 Jahre und mehr	8 350	2 115	10 465	– 6,6	100 565	14 662 292
	Unbekannt	1 974	444	2 418	0,8	4 583	1 278 051
	nach Rechtsformen						
	Einzelunternehmen	9 375	1 445	10 820	– 17,5	20 476	2 354 663
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1 583	520	2 103	2,2	27 724	4 740 900
	darunter:						
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	1 219	333	1 552	3,5	23 004	4 306 714
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	200	122	322	– 3,6	1 373	127 501
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	8 051	4 170	12 221	2,4	116 567	17 849 748
	darunter:						
	Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	740	1 045	1 785	X	3 664	152 462
	Aktiengesellschaft, KGaA	182	46	228	– 6,2	6 744	2 712 433
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	135	178	313	– 14,5	481	102 571
	Sonstige Rechtsformen	162	148	310	– 45,8	1 549	300 933

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.4 Insolvenzen

20.4.4 Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmensinsolvenzen		Unternehmen ²	Insolvenzhäufigkeiten ³	
		2013	2012		2013	2012
		Anzahl				
A – N, P – S	Insgesamt	25 995	28 297	3 250 319	80	87
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	135	141	92 160	X	X
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	2 279	2 251	242 637	94	93
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	215	193	81 926	26	24
F	Baugewerbe	4 131	4 512	361 630	114	125
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 804	5 224	634 803	76	82
H	Verkehr und Lagerei	1 988	2 099	109 328	182	192
I	Gastgewerbe	2 538	3 011	224 309	113	134
J	Information und Kommunikation	739	866	124 510	59	70
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	831	862	25 527	X	X
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	849	980	291 935	29	34
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 892	3 127	473 549	61	66
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 225	2 396	176 064	126	136
P	Erziehung und Unterricht	280	330	44 515	63	74
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	574	656	48 603	118	135
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	562	581	100 160	56	58
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	953	1 068	218 663	44	49

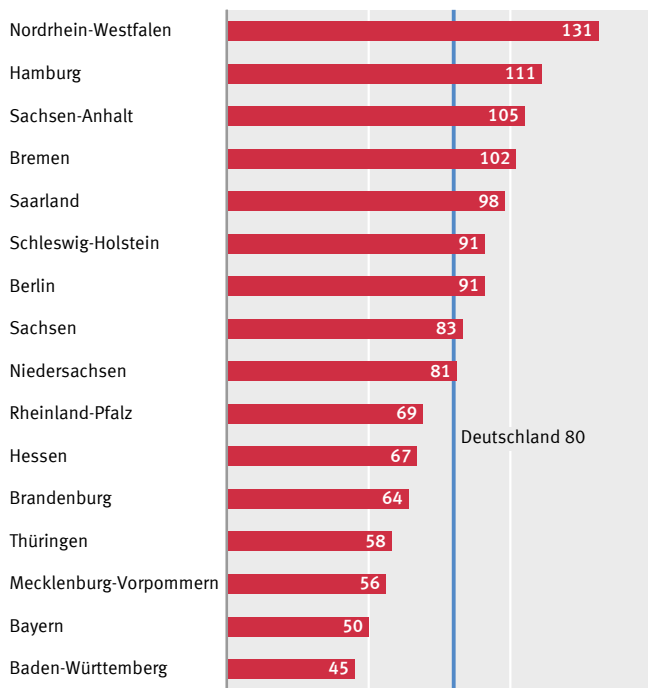
Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Umsatzsteuerstatistik 2012.

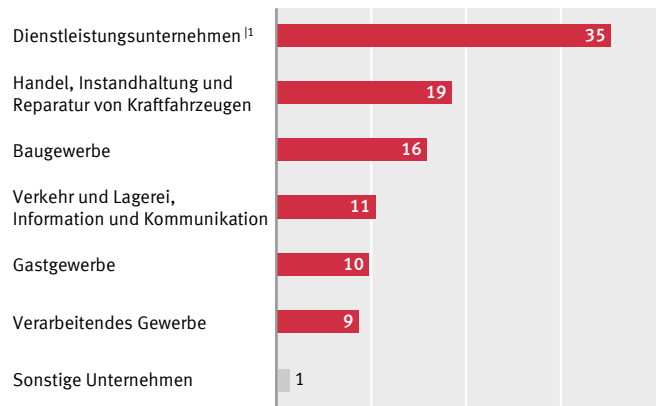
3 Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik 2012.

Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Ländern 2013



Insolvenzen von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten 2013

in %



Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben der Insolvenzstatistik 2013 und der Umsatzsteuerstatistik 2012.

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.1 Kernindikatoren 2010 bis 2013

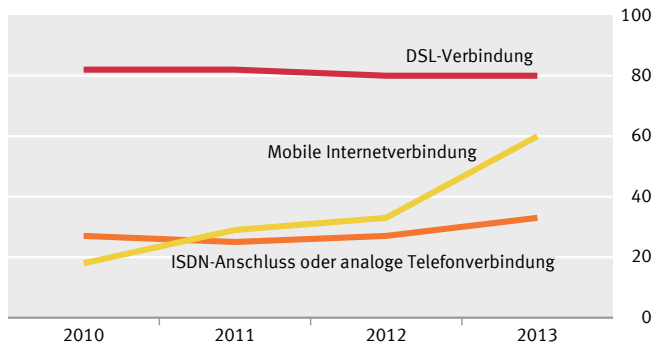
Indikatoren	2010	2011	2012	2013
	%			
Unternehmen mit				
Einsatz von Computern	85	85	86	88
Internetzugang	82	82	85	87
Verkäufen über eine Website oder über EDI ^{1 2}	X	13	17	19
Einkäufen über eine Website oder über EDI ^{1 2}	44	44	41	42
Unternehmen mit Internetzugang				
über ISDN-Anschluss oder analoge Telefonverbindung	27	25	27	33
über DSL	82	82	80	80
über mobile Internetverbindung	18	29	33	60
und einer Website	62	60	57	66
und tragbaren Geräten mit mobiler Internetverbindung	-	-	33	42
zur Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung ¹	53	73	78	77
Tätige Personen in Unternehmen, die während der Arbeitszeit mindestens				
einmal pro Woche einen Computer nutzten	63	63	63	64
einmal pro Woche einen Computer mit Internetzugang nutzten	52	54	55	55

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Die Ergebnisse für dieses Merkmal beziehen sich auf das vorausgegangene Kalenderjahr.

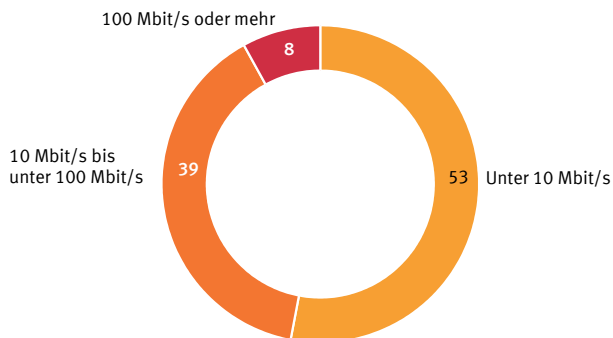
2 2010 bezog sich die Fragestellung auf das Internet oder andere computergestützte Netzwerke (z. B. EDI); der Gesamtwert beinhaltet alle Unternehmen ohne den Wirtschaftszweig „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“.

Internetzugangsarten von Unternehmen
in % der Unternehmen mit Internetnutzung

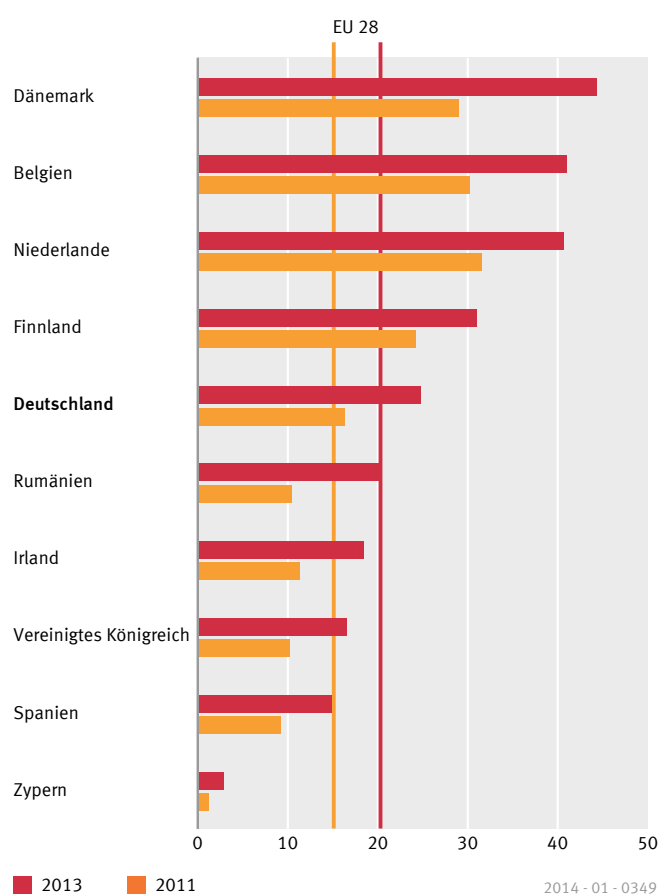


Mehrfachnennung möglich.

Maximale Datenübertragungsrate der
schnellsten Internetverbindung 2013
in % der Unternehmen mit Internetzugang



Schnelles Internet von 30 Mbit/s oder mehr
in Unternehmen ab 10 Beschäftigten, in %



2014 - 01 - 0349

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.2 Unternehmen mit Nutzung von Social Media 2013

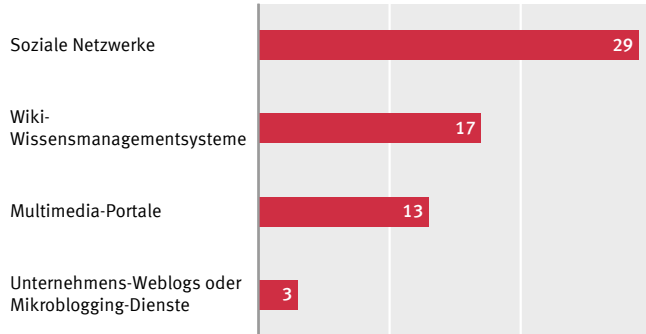
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftszweig	Unternehmen mit Nutzung von Social Media				
		insgesamt	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten			
			1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		% der Unternehmen mit Internetzugang				
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	37	37	31	39	56
C	Verarbeitendes Gewerbe	34	35	27	31	51
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	/	/	/	23	36
F	Baugewerbe	/	/	/	/	40
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	37	37	35	47	69
H	Verkehr, Lagerei, Post-, Kurier- und Expressdienste	/	/	/	31	45
I	Gastgewerbe	50	49	57	71	69
J	Information und Kommunikation	65	64	74	82	84
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	/	/	33	37	60
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	/	/	/	37	78
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	46	47	/	49	77
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38	/	/	40	46
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	64	65	47	/	/

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

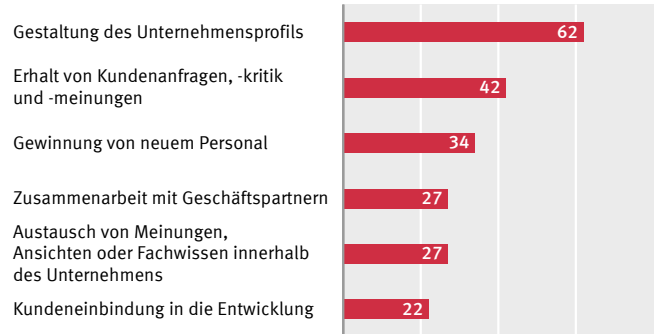
Unternehmen mit Nutzung folgender Social Media-Plattformen 2013

in %



Unternehmen mit Nutzung von Social Media-Plattformen für folgende Zwecke 2013

in %



Unternehmen ab 10 Beschäftigte.

2014 - 01 - 0350

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

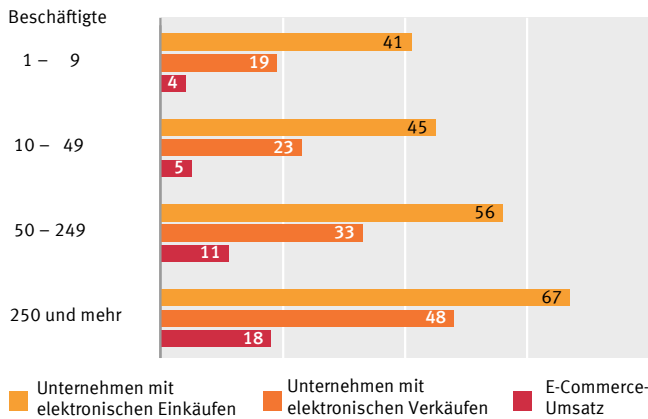
20.5.3 Unternehmen mit E-Commerce 2012

E-Commerce-Indikator Wirtschaftszweig-Auswahl ¹	Unternehmen mit E-Commerce ²				
	insgesamt	mit ... bis ... Beschäftigten			
		1 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
Unternehmen mit elektronischen³ Einkäufen in % an allen Unternehmen					
Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	42	41	45	56	67
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	43	40	48	53	69
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	48	48	47	65	78
Unternehmen mit elektronischen³ Verkäufen in % an allen Unternehmen					
Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	19	19	23	33	48
darunter:					
Verarbeitendes Gewerbe	22	20	23	33	58
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	35	34	34	48	69
Umsatz aus elektronischen³ Verkäufen in % am Gesamtumsatz aller Unternehmen					
Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	12	4	5	11	18

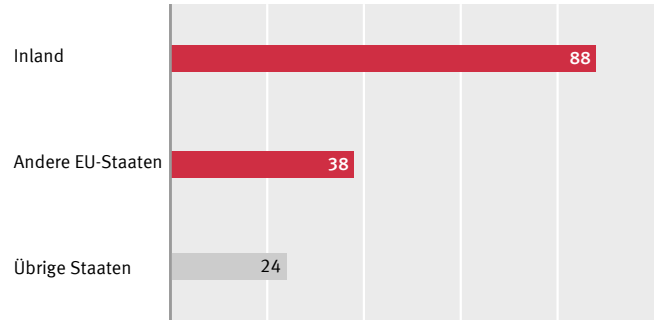
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Ohne Wirtschaftszweig „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“.
- 3 Elektronisch bedeutet in diesem Fall: „Über eine Website oder andere computergestützte Netzwerke (z. B. EDI)“.

E-Commerce in Unternehmen 2012
in % nach Beschäftigtengrößenklassen



Unternehmen mit elektronischen Verkäufen an Kunden nach Regionen 2012
in %



Unternehmen ab 10 Beschäftigte.

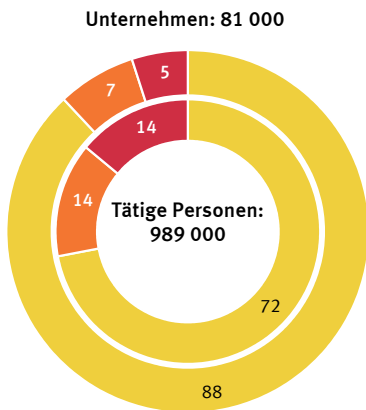
2014 - 01 - 0352

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
 20.5.4 Unternehmen, tätige Personen, Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2011

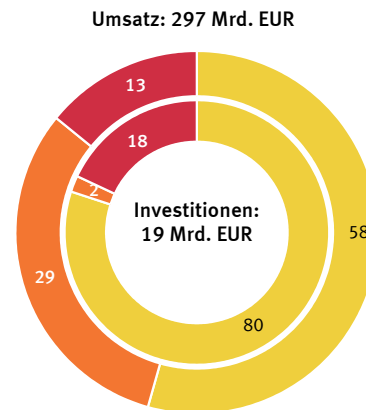
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsbereich	Unternehmen	Tätige Personen ²	Umsatz	Investitionen
		Anzahl		Mill. EUR	
IKT im Verarbeitenden Gewerbe³					
Herstellung von					
26.1	elektronischen Bauelementen und Leiterplatten	1 963	78 079	24 271	3 015
26.2	Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 065	20 814	5 672	72
26.3	Geräten und Einrichtungen der Telekommunikationstechnik	825	23 435	5 203	123
26.4	Geräten der Unterhaltungselektronik	267	13 940	3 677	65
26.8	magnetischen und optischen Datenträgern	70	775	119	3
	Insgesamt	4 189¹⁶	137 043	38 942	3 278
Handel mit IKT-relevanten Waren⁴					
Großhandel mit					
46.51	Datenverarbeitungsgeräten, peripheren Geräten und Software ..	3 452	87 112	53 395	312
46.52	elektronischen Bauteilen und Telekommunikationsgeräten	2 059	50 026	31 690	138
	Insgesamt	5 510¹⁶	137 139¹⁶	85 085	450
IKT-Dienstleistungen⁵					
58.2	Verlegen von Software	592	12 281	4 185	256
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	425	63 985	34 518	4 097
61.2	Drahtlose Telekommunikation	321	28 630	25 871	5 225
61.3	Satellitentelekommunikation	42	777	357	15
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 522	25 366	9 284	479
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie ..	63 190	526 521	90 020	4 247
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 685	47 820	7 883	608
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikations- geräten	1 290	9 189	1 093	13
	Insgesamt	71 067	714 569	173 211	14 940
	IKT-Branche insgesamt	80 766	988 751	297 238	18 668
Nachrichtlich:					
	Verarbeitendes Gewerbe insgesamt ¹³	207 847	7 135 934	1 956 112	57 398
	Großhandel insgesamt ¹⁴	149 285	1 966 106	1 133 516	9 018
	Dienstleistungen insgesamt ¹⁵	894 681	8 517 145	1 001 768	82 938

1 Unterteilungen entsprechen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
 2 Tätige Personen zum Stichtag 30. September des Berichtsjahres.
 3 Ergebnisse des Jahresberichts und der Investitionserhebung für Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (ohne Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden).
 4 Daten aus der Handelsstatistik.
 5 Daten aus der Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich; Unternehmen oder Einrichtungen mit einem Umsatz von mehr als 17 500 Euro. Insgesamt erhoben wurden die NACE-Abschnitte H, J, L, M, N und S95.
 6 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Unternehmen und tätige Personen in der IKT-Branche 2011
 in % nach Wirtschaftsbereichen



Umsatz und Investitionen in der IKT-Branche 2011
 in % nach Wirtschaftsbereichen



■ IKT-Dienstleistungen ■ IKT-Handel ■ IKT-Warenproduktion

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.1 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen 2011

Gewerbegruppe	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz	
		insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR
Handwerk insgesamt	580 417	5 050 179	9	512,7	102
I Bauhauptgewerbe	77 434	681 413	9	84,0	123
II Ausbaugewerbe	233 973	1 381 309	6	139,7	101
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	78 184	1 279 834	16	102,1	80
IV Kraftfahrzeuggewerbe	53 757	560 807	10	117,9	210
V Lebensmittelgewerbe	29 049	568 698	20	39,5	70
VI Gesundheitsgewerbe	21 714	186 515	9	13,1	70
VII Handwerke für den privaten Bedarf	86 306	391 603	5	16,3	42

Die Ergebnisse weisen **Handwerksunternehmen** nach dem Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A (zulassungspflichtig) und Anlage B Abschnitt 1 (zulassungsfrei) der Handwerksordnung mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2011 aus. Tätige Personen umfassen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie (geschätzte) tätige Unternehmerinnen und Unternehmer. Es sind auch diejenigen erfasst, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal). Die Umsatzergebnisse sind ohne Umsatzsteuer.

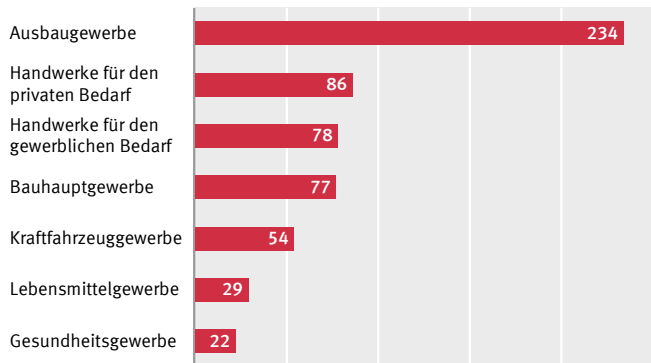
Ergebnisse der Handwerkszählung.

20.6.2 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Ländern 2011

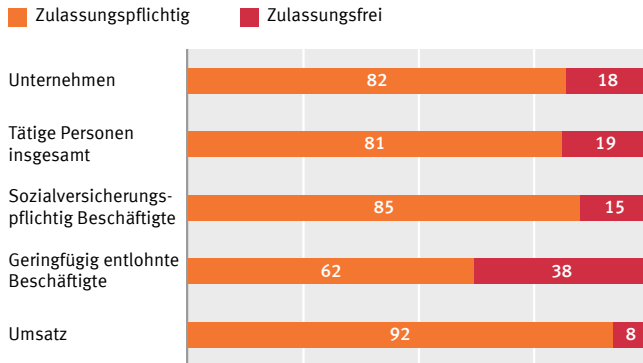
	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz		Tätige Personen	Umsatz
		insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person		
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR	%	
Deutschland	580 417	5 050 179	9	512,7	102	100	100
Baden-Württemberg	76 298	710 257	9	82,9	117	14,1	16,2
Bayern	103 221	885 637	9	99,7	113	17,5	19,4
Berlin	16 595	165 067	10	12,7	77	3,3	2,5
Brandenburg	23 217	153 229	7	13,0	85	3,0	2,5
Bremen	3 100	31 926	10	2,8	86	0,6	0,5
Hamburg	8 768	90 076	10	9,4	104	1,8	1,8
Hessen	40 679	318 609	8	30,9	97	6,3	6,0
Mecklenburg-Vorpommern	12 919	94 365	7	8,2	87	1,9	1,6
Niedersachsen	48 817	489 182	10	48,2	99	9,7	9,4
Nordrhein-Westfalen	113 592	1 075 350	9	108,8	101	21,3	21,2
Rheinland-Pfalz	30 279	247 427	8	25,5	103	4,9	5,0
Saarland	6 703	61 911	9	5,3	86	1,2	1,0
Sachsen	38 777	281 871	7	23,9	85	5,6	4,7
Sachsen-Anhalt	18 114	143 893	8	12,5	87	2,8	2,4
Schleswig-Holstein	19 304	166 116	9	16,5	100	3,3	3,2
Thüringen	20 034	135 263	7	12,4	92	2,7	2,4

Ergebnisse der Handwerkszählung.

Handwerksunternehmen nach Gewerbegruppen 2011 in 1 000



Handwerk nach Zulassungspflicht 2011 in %



2014 - 01 - 0354

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.3 Beschäftigte und Umsatz in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezügen

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Gewerbegruppe/Gewerbebezweig	Beschäftigte			Umsatz		
		2011 ²⁾	2012 ²⁾	2013 ²⁾³⁾	2011	2012	2013 ³⁾
		30.9.2009 = 100			2009 = 100		
	Insgesamt	98,6	98,7	98,1	108,4	105,1	104,3
	davon:						
	I Bauhauptgewerbe	97,8	97,3	96,4	111,9	107,8	107,2
	darunter:						
01, 05	Maurer und Betonbauer; Straßenbauer	96,9	95,9	95,1	109,7	105,6	104,8
03	Zimmerer	101,5	103,5	104,6	120,1	116,6	118,4
04	Dachdecker	100,2	99,9	97,8	117,2	109,9	107,9
	II Ausbaugewerbe	99,3	100	100	109,6	106,3	104,7
	darunter:						
09	Stuckateure	95,8	95,7	95,0	110,0	106,1	106,9
10	Malerei und Lackierer	95,3	94,8	92,9	108,0	104,6	105,1
23, 24	Klempner; Installateur und Heizungsbauer	100	101,0	102,0	107,1	105,3	106,9
25	Elektrotechniker	100,9	101,8	102,1	112,3	106,7	101,0
27	Tischler	99,4	100,3	100,3	109,4	108,5	108,4
39	Glaser	99,8	100	99,8	107,3	102,1	100,9
	III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	100	101,6	101,5	120,3	117,0	115,8
	darunter:						
13	Metallbauer	98,8	99,6	98,7	113,3	109,4	107,9
16	Feinwerkmechaniker	101,7	104,3	104,7	131,9	127,0	126,2
19	Informationstechniker	95,9	95,2	93,2	100,8	95,4	89,0
21	Landmaschinenmechaniker	101,2	103,7	105,0	123,6	125,1	126,0
	IV Kraftfahrzeuggewerbe	98,2	99,1	98,3	101,2	96,6	95,4
	darunter:						
20	Kraftfahrzeugtechniker	98,0	98,7	97,9	100,2	95,5	94,4
	V Lebensmittelgewerbe	97,9	97,0	94,9	102,7	102,3	102,4
	davon:						
30	Bäcker	98,8	98,0	95,6	104,0	102,3	102,5
31	Konditoren	97,3	97,4	95,9	104,8	106,8	106,8
32	Fleischer	96,4	94,9	93,2	101,9	102,0	102,0
	VI Gesundheitsgewerbe	100,4	100,6	100,8	103,7	103,1	105,3
	darunter:						
33	Augenoptiker	98,8	98,6	98,9	101,8	102,0	104,1
35	Orthopädietechniker	103,3	105,4	108,8	104,1	105,5	111,4
37	Zahntechniker	99,9	99,8	98,4	104,3	100	98,9
	VII Handwerke für den privaten Bedarf	93,9	91,8	90,3	101,4	101,4	103,0
	darunter:						
08	Steinmetzen und Steinbildhauer	94,2	94,1	92,2	105,6	102,7	103,0
38	Friseur	93,5	90,9	89,2	99,1	98,9	100,4

Ergebnisse über das Handwerk werden vollständig aus Verwaltungsdaten gewonnen. Dies führt zu Abweichungen bei den Merkmalsdefinitionen.

Die **Beschäftigtenangaben** werden aus Daten der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Sie beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen und Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte werden bei der Aufbereitung nicht berücksichtigt.

Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zusätzlich zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Die **Umsatzergebnisse** werden aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewonnen. Die Daten über die Umsatzsteuer-Voranmeldung werden von den Finanzverwaltungen der Länder an die amtliche Statistik gemeldet. Bei der Interpretation sind einige Besonderheiten zu beachten.

Die Umsätze einiger Unternehmen sind nicht in den Daten der Finanzverwaltungen enthalten. So fehlen die Umsätze von Unternehmen mit Umsätzen bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr sowie von jenen Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht. Letzteres gilt nur, sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten.

Ergebnisse der Handwerksberichterstattung. – Für das Ausüben eines zulassungspflichtigen Gewerbes ist der Meisterbrief nötig.

1 Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A der Handwerksordnung.

2 Durchschnitt errechnet aus 5 Vierteljahren.

3 Vorläufiges Ergebnis.

20.7 Betriebe im Überblick

20.7.1 Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Betriebe insgesamt	Mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	3 870 991	3 464 043	320 095	74 275	12 578
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 717	1 983	583	117	34
C	Verarbeitendes Gewerbe	264 633	195 933	47 133	17 170	4 397
D	Energieversorgung	50 028	47 942	1 208	661	217
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	14 031	9 949	3 038	946	98
F	Baugewerbe	393 492	356 374	33 715	3 228	175
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	774 879	686 585	74 620	12 491	1 183
H	Verkehr und Lagerei	135 572	110 880	19 563	4 465	664
I	Gastgewerbe	262 989	244 303	16 713	1 865	108
J	Information und Kommunikation	137 663	124 512	10 073	2 658	420
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	88 944	79 479	6 323	2 417	725
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	323 214	319 283	3 375	507	49
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	518 028	487 999	25 681	3 797	551
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	210 196	183 575	17 511	7 961	1 149
P	Erziehung und Unterricht	89 545	69 740	16 575	2 821	409
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	247 325	204 402	30 312	10 599	2 012
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	107 591	103 629	3 244	602	116
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	250 144	237 475	10 428	1 970	271

Die **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** umfassen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) beitragspflichtig sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem SGB III zu zahlen sind. Geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten.

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.5.2013. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2011 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2011.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.7.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte insgesamt	In Betrieben mit ... bis ... sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	26 815 329	4 621 126	6 411 624	7 401 962	8 380 617
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	68 001	4 712	11 805	10 473	41 011
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 524 989	386 870	1 013 039	1 835 327	3 289 753
D	Energieversorgung	242 845	9 456	27 811	70 156	135 422
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	240 351	20 137	66 876	90 285	63 053
F	Baugewerbe	1 542 177	562 157	615 141	290 226	74 653
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 293 791	1 063 899	1 462 466	1 192 541	574 885
H	Verkehr und Lagerei	1 482 944	181 702	403 761	433 100	464 381
I	Gastgewerbe	853 257	319 828	327 939	160 761	44 729
J	Information und Kommunikation	855 034	110 584	209 431	260 531	274 488
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 007 515	120 127	131 183	259 187	497 018
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	228 724	96 761	64 956	48 256	18 751
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 630 609	458 167	481 387	373 865	317 190
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 983 504	204 073	390 232	825 486	563 713
P	Erziehung und Unterricht	1 102 712	125 917	322 904	269 882	384 009
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 699 463	605 242	623 502	1 029 509	1 441 210
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	245 771	72 047	60 340	59 660	53 724
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	813 642	279 447	198 851	192 717	142 627

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 31.5.2013. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2011 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2011.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Methodik

■ Unternehmen im Überblick

In den Wirtschaftsabschnitten B – J, L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) werden Strukturhebungen bei den Unternehmen und Betrieben durchgeführt. Die Europäische Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung, ABl EU L 97 S. 13) stellt hierfür den rechtlichen Rahmen.

In diesem Kapitel werden zusammenfassend die wichtigsten Angaben zur Struktur der Unternehmen aller abgedeckten Wirtschaftsabteilungen dargestellt. Detaillierte Ergebnisse und Informationen zur Methodik der einzelnen Wirtschaftsbereiche finden Sie in den Kapiteln 21 bis 27 dieses Jahrbuchs.

Kleine und mittlere Unternehmen

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine große Rolle. Statistische Ergebnisse zu diesem Thema erfreuen sich einer großen Nachfrage. Das Statistische Bundesamt hat daher im Rahmen einer wirtschaftsbereichsübergreifenden Analyse ausgewählte Informationen über KMU zusammengestellt. Sie basiert auf Daten mehrerer Bereichsstatistiken, die das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Gastgewerbe sowie ausgewählte Bereiche aus den sonstigen Dienstleistungen und damit rund 80 % aller Unternehmen abdecken. Bei diesen Bereichsstatistiken werden jährlich Angaben in der Regel mittels Stichprobenerhebungen direkt bei den Unternehmen erhoben.

■ Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland

Struktur und Tätigkeit auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland bildet die sogenannte „**Inward Foreign Affiliates Statistics (Inward-FATS)**“ ab. Die Statistik basiert auf einer Verordnung der Europäischen Union. Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten, jährlich und in einheitlicher Form qualitativ hochwertige Daten an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Ziel der Statistik ist, Informationen über Unternehmen unter ausländischer Kontrolle zu gewinnen sowie über deren Bedeutung für die Volkswirtschaft der Europäischen Union insgesamt. Ferner ermöglicht Inward-FATS, den Weltmarkteinfluss auf die global verflochtenen Unternehmen im Inland zu beobachten. Die Datenaufbereitung für Inward-FATS nimmt in Deutschland zentral das Statistische Bundesamt vor. Als Datenquellen dienen dabei das Unternehmensregister sowie bereits vorhandene Daten aus den jährlichen strukturellen Unternehmensstatistiken. Die Ergebnisse aus Inward-FATS umfassen lediglich den Bereich der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehören neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe, der Handel und das Gastgewerbe sowie der Dienstleistungsbereich, jedoch ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

■ Gewerbeanzeigen

Als Gewerbeanzeigen gelten alle Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen. Eine **Gewerbemeldung** ist erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird, eine Übernahme erfolgt (sei es durch Kauf oder Erbfolge), eine Gesellschafterin bzw. ein Gesellschafter eintritt, eine neue Rechtsform gewählt wird oder der Betrieb in einen anderen Meldebezirk verlegt wird. Dementsprechend wird eine **Gewerbeabmeldung** bei Aufgabe eines Betriebes erforderlich sowie bei dessen Übergabe (Verkauf, Verpachtung, Eintritt der Erbfolge), bei Austritt einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform sowie bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Die **Gewerbeummeldung** die bei einer Änderung oder Erweiterung der wirtschaftlichen Tätigkeit, einer Verlegung innerhalb des Meldebezirks oder bei sonstigen Veränderungen erforderlich ist, wird statistisch nicht ausgewertet. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe ebenso wie für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

■ Insolvenzen

Seit Einführung der Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 wird zwischen **Regelinsolvenzverfahren** und **vereinfachten Insolvenzverfahren** für Verbraucherinnen und Verbraucher unterschieden. Das Regelinsolvenzverfahren kommt insbesondere für Unternehmen und ehemals selbstständig Tätige in Betracht. Als Insolvenzen gelten alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie die Fälle, in denen ein Schuldenbereinigungsplan angenommen wurde. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Seit dem Jahr 2002 kommt ein vereinfachtes Insolvenzverfahren auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Diese Gesetzesänderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse. Die Statistik beruht auf Meldungen der Gerichte.

■ Informations- und Kommunikationstechnologien

Die **Statistiken zu Informations- und Kommunikationstechnologien** geben detaillierte Auskünfte über die Ausstattung der Unternehmen mit modernen Informationstechnologien wie Computer, Netzwerke und Internet. Im Mittelpunkt der Erhebung stehen darüber hinaus insbesondere die verschiedenen Nutzungsaspekte des Internets, wie etwa E-Government und E-Commerce. Ein sich jährlich in Teilen ändernder Merkmalskatalog gewährleistet die Anpassung der Fragen an die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologien. Er trägt so dem dynamischen Wandel der Informationsgesellschaft Rechnung.

Die IKT-Erhebung wird auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe als schriftliche Befragung bei maximal 20 000 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit durchgeführt. Die Teilnahme an der Erhebung ist freiwillig.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung EG Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft.

■ Handwerksunternehmen

Die hier nachgewiesenen Ergebnisse stammen aus der Handwerkszählung und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung.

Die Tabellen 20.6.1 und 20.6.2 zeigen Ergebnisse zu tätigen Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen und Bundesländern für das Berichtsjahr 2011. Diese sind der **Handwerkszählung** entnommen. Tabelle 20.6.3 stellt Messzahlen zur Entwicklung der Jahre 2011, 2012 und 2013 für Gewerbegruppen und ausgewählte Gewerbezeige dar. Sie stammen aus der vierteljährlichen **Handwerksberichterstattung**.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die Handwerkszählung das statistische Unternehmensregister aus. Dadurch werden Handwerksunternehmen von statistischen Berichtspflichten entlastet. Bei der Handwerkszählung 1995 wurden noch Angaben bei ca. 563 000 Unternehmen erhoben.

Ebenfalls seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung Verwaltungsdaten aus. Die zuvor durchgeführte Stichprobenerhebung bei rund 41 000 Handwerksunternehmen ist entfallen.

Methodik

■ Betriebe im Überblick

Durch Auswertungen aus dem statistischen **Unternehmensregister** zu Betrieben sowie zu deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten können wirtschaftliche Strukturen in Deutschland dargestellt werden. Die Auswertungen umfassen nahezu alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und der öffentlichen Verwaltungen.

Das statistische Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank der Unternehmen und Betriebe mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Quellen zur Pflege des Registers sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, z. B. aus den statistischen Rückläufen des Produzierenden Gewerbes, des Handels oder des Dienstleistungsbereichs. Die Statistischen Ämter der Länder führen das Unternehmensregister. Es dient der rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Die Zeitdifferenz zwischen dem Berichtszeitpunkt und dem Zeitpunkt, zu dem Daten aus dem Unternehmensregister planmäßig für die Nutzerinnen und Nutzer verfügbar werden, beträgt zurzeit knapp eineinhalb Jahre. Im Unternehmensregister lagen etwa Mitte 2013 qualitativ gesicherte Angaben aus administrativen Quellen zum Berichtsjahr 2011 bzw. zum Berichtsstichtag 31.12.2011 vor. Diese liegen den dargestellten Tabellen zu Grunde.

Die Auswertung des Unternehmensregisters für das Statistische Jahrbuch bezieht alle Betriebe ein, die zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres (hier 2011) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) verfügten, unabhängig davon, ob sie zu einem bestimmten späteren Stand des Unternehmensregisters noch wirtschaftlich aktiv waren oder nicht.

Vor allem die Datenlage in den Verwaltungen bestimmt die Qualität der Angaben des Unternehmensregisters. Mit der Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Quellen und der kombinierten Plausibilisierung verbessert sich die Qualität der Angaben im Unternehmensregister insgesamt.

Glossar

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Betriebsaufgabe | Vollständige Aufgabe eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbstständige Zweigstelle), der von einer natürlichen Person oder einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) geführt wurde. Bei einer natürlichen Person ist Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Betriebsgründung | Gründung eines Betriebes durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\text{Bruttobetriebsüberschuss} = \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} - \text{Personalaufwendungen}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie kann folgendermaßen errechnet werden:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Hier wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten als Produktionswert minus Waren- und Dienstleistungskäufen insgesamt ermittelt.

Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger oder es bestehen gegen sie Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger und es bestehen gegen sie keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Eröffnetes Insolvenzverfahren | Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen, oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Gewerbegruppe | Die Gewerbebezüge des zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerks werden zu Gewerbegruppen zusammengefasst. Ergebnisse für die Gewerbegruppen zeigen die Tabellen 20.6.1 und 20.6.3. Eine detaillierte Aufstellung

der Gewerbegruppen und ihrer jeweiligen Gewerbebezüge finden Sie jeweils im Anhang der Fachserien der Handwerksstatistiken (Fachserie 4, Reihe 7.1 und 7.2).

Gewerbebezüge | Das sind die Handwerksberufe, die nach dem Verzeichnis der Gewerbe (Anlage A und B1 der Handwerksordnung in der gültigen Fassung) als zulassungspflichtiges oder zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können.

Handwerksunternehmen | Das sind Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind oder in das Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke betrieben werden können. Das Handwerk wird über bestimmte berufliche Tätigkeiten abgegrenzt. Es gibt Tätigkeiten, für deren berufliche Ausübung bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Handwerksordnung regelt, welche Tätigkeiten dies sind und welche Voraussetzungen für deren Ausübung jeweils erfüllt sein müssen. In der Handwerksordnung werden zulassungspflichtige, zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe unterschieden, für deren Ausübung als stehendes Gewerbe bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen. Die Ausübung zulassungspflichtiger Gewerbe ist nur den in der Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften gestattet. Wer demgegenüber den selbstständigen Betrieb eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes beginnt, hat dies der Handwerkskammer anzuzeigen, in deren Bezirk seine gewerbliche Niederlassung liegt.

Insolvenzverfahren | Ziel eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubigerinnen und Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder – in einer abweichenden Regelung – die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. der Sanierung des Unternehmens. Den redlichen Schuldnerinnen und Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von ihren Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Es wird zwischen Regelinsolvenzverfahren und vereinfachten Insolvenzverfahren unterschieden.

Insolvenzantrag, mangels Masse abgewiesen | Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt seit 1.12.2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) | Der Begriff KMU umfasst Kleinstunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen. Das Statistische Bundesamt definiert KMU in Anlehnung an die Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen der Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003 wie folgt:

Größenklasse	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	bis 9 <i>und</i>	bis 2 Mill. Euro
Kleine Unternehmen	bis 49 <i>und</i>	bis 10 Mill. Euro <i>und</i> kein Kleinstunternehmen
Mittlere Unternehmen	bis 249 <i>und</i>	bis 50 Mill. Euro <i>und</i> kein kleines Unternehmen
Großunternehmen	über 249 <i>oder</i>	über 50 Mill. Euro

Nachlassinsolvenzverfahren | Eine besondere Art des Insolvenzverfahrens und ein wichtiges Mittel zur Beschränkung der Haftung von Erbinnen und Erben für die Nachlassverbindlichkeiten.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Glossar

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
 +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
 – Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen, Pensionskassen und -fonds gehören Erträge aus Kapitalanlagen zum Produktionswert explizit dazu.

Regelinsolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei solchen natürlichen Personen, die selbstständig wirtschaftlich tätig sind. Dazu gehört u. a. auch die persönlich haftende Gesellschafterin bzw. der Gesellschafter einer OHG oder die Mehrheitsgesellschafterin bzw. der Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft. Das Regelinsolvenzverfahren findet auch Anwendung bei Personen, die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. die mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Sonstige Neugründung | Gründung der Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau). Dieses ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wird, gilt ebenfalls als sonstige Neugründung.

Sonstige Stillelegung | Vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau), das nicht im Handelsregister eingetragen war und keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigte. Die Aufgabe eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wurde, gilt ebenfalls als sonstige Stillelegung.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mit-helfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Wirtschaftsabschnitt K | Hier werden Umsatzäquivalente verwendet, für Versicherungen sind dies die gebuchten Bruttobeiträge und für Pensionskassen und -fonds die Pensionsbeiträge.

Unternehmen | In der amtlichen Statistik wird ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Vereinfachte Insolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt sowohl für Verbraucherinnen und Verbraucher als auch für ehemals selbstständig Tätige, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse), zur Anwendung.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen wird hier der Wert der erhaltenen Rückversicherungsdienstleistungen plus Provisionen und sonstige externe Aufwendungen verstanden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zum *Produzierenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 42, Daten zu *kleinen und mittleren Unternehmen* unter Code 48121, Daten zu *auslandskontrollierten Unternehmen* unter Code 48131, Daten zu *Gewerbeanzeigen* unter Code 523, Daten zu *Insolvenzen* unter Code 524, Daten zu *IKT* unter Code 52911, Daten zum *Handwerk* unter Code 53

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmen im Überblick

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2	Indizes für das Produzierende Gewerbe
Reihe 3	Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 4	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 5	Baugewerbe
Reihe 6	Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/10	150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/12	Unternehmen unter ausländischer Kontrolle
Heft 1/14	Die wirtschaftliche Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland

STATmagazin

Finanzierung gesucht: Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln (2011)

■ Gewerbeanzeigen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen
---------	-----------------

■ Insolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1	Insolvenzverfahren
-----------	--------------------

■ Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/09	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
Heft 12/10	Statistische Analyse des Einflusses von IKT auf die Produktivität von Unternehmen

Fachberichte

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen 2013
E-Commerce in Unternehmen 2012
IKT-Branche in Deutschland 2010

Mehr zum Thema

■ **Handwerksunternehmen**

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 7.1 | Beschäftigte und Umsatz im Handwerk – Messzahlen und Veränderungsraten
Reihe 7.2 | Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk – Jahresergebnisse

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/08 | Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk
Heft 1/12 | Handwerkszählung 2008

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 43 84 (Kleine und mittlere Unternehmen),
+49 (0)6 11 / 75 28 71 (Auslandskontrollierte Unternehmen),
+49 (0)6 11 / 75 45 92 (Gewerbeanzeigen, Insolvenzen),
+49 (0)6 11 / 75 85 88 (Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen),
+49 (0)6 11 / 75 21 65 (Handwerk),
+49 (0)6 11 / 75 31 06 (Unternehmensregister).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





21 Verarbeitendes Gewerbe

6,0 Millionen Personen waren 2013 in **45 000 Betrieben** tätig |

Erzeugnisse im Wert von rund **1 750 Milliarden Euro** umgesetzt |

Fast **46 %** des Umsatzes **exportiert** | **Größte Bereiche** sind

Maschinenbau mit 1 Million Beschäftigten und **Herstellung von**

Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 773 000 Beschäftigten |

2013 Kunststoffe im Wert von **25,0 Milliarden Euro** hergestellt

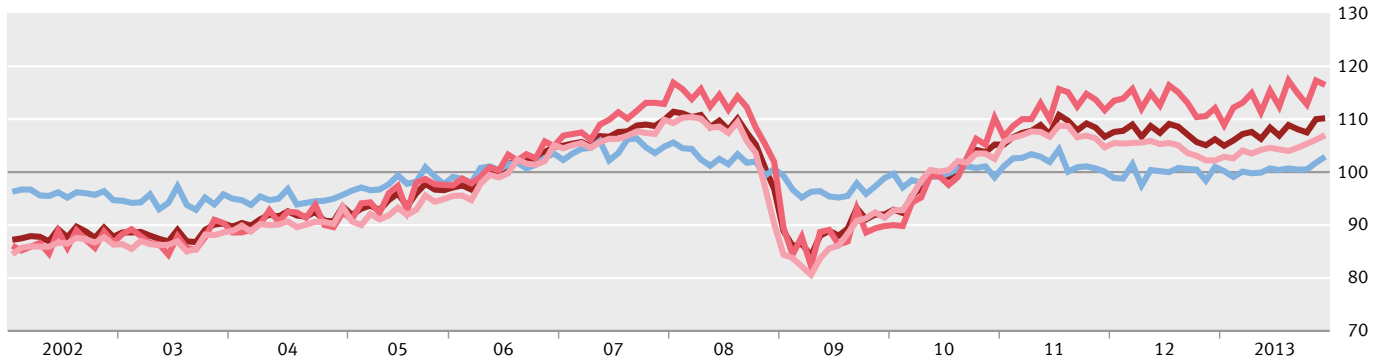
<i>Seite</i>	
533	Auf einen Blick
	Tabellen
534	Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Nach Ländern Nach Wirtschaftszweigen Nach Beschäftigtengrößenklassen
537	Indizes Auftragseingang Produktion Umsatz
540	Produktion ausgewählter Erzeugnisse
545	Methodik
546	Glossar
547	Mehr zum Thema

21.0 Auf einen Blick

■ Verarbeitendes Gewerbe
 ■ Vorleistungsgüter
 ■ Investitionsgüter
 ■ Konsumgüter

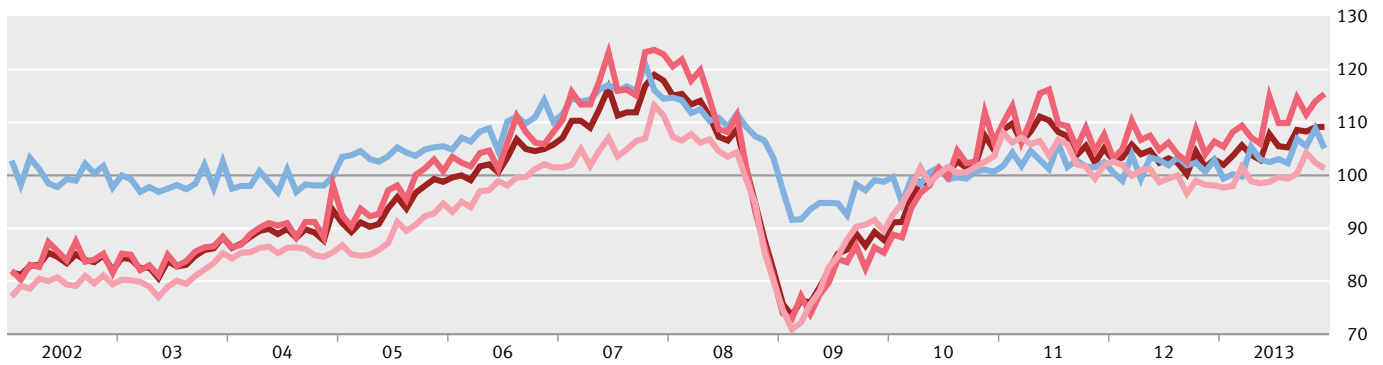
Produktionsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



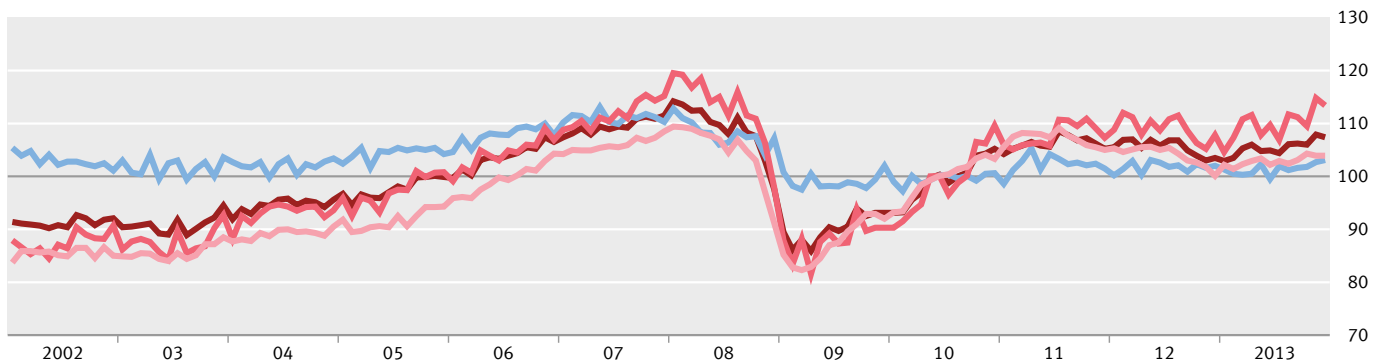
Auftragsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



Umsatzindex

Preis- und saisonbereinigt, 2010 = 100



2014 - 01 - 0356

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.1 Nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ¹	Entgelte	Umsatz ²	Exportquote ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR		%
2010	44 687	5 716	231 212	1 575 593	44,4
2011	44 865	5 901	247 693	1 749 786	44,3
2012	45 274	5 985	259 224	1 755 473	44,9
2013	45 424	6 008	267 804	1 750 121	45,8
davon (2013):					
Baden-Württemberg	8 255	1 220	58 548	313 640	52,6
Bayern	7 010	1 199	56 030	339 204	52,2
Berlin	734	92	4 322	23 240	53,2
Brandenburg	1 225	99	3 307	25 532	28,3
Bremen	288	52	2 666	23 341	55,1
Hamburg	445	85	4 875	83 060	23,8
Hessen	2 828	401	18 678	110 340	50,9
Mecklenburg-Vorpommern	695	56	1 556	13 344	28,9
Niedersachsen	3 662	522	23 428	191 375	44,4
Nordrhein-Westfalen	9 951	1 216	54 560	339 998	42,6
Rheinland-Pfalz	2 240	287	13 080	91 785	52,5
Saarland	501	92	4 013	25 188	46,4
Sachsen	3 052	264	8 492	58 589	35,4
Sachsen-Anhalt	1 467	131	4 089	42 830	27,0
Schleswig-Holstein	1 227	123	5 141	36 865	40,1
Thüringen	1 844	168	5 018	31 791	30,1

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

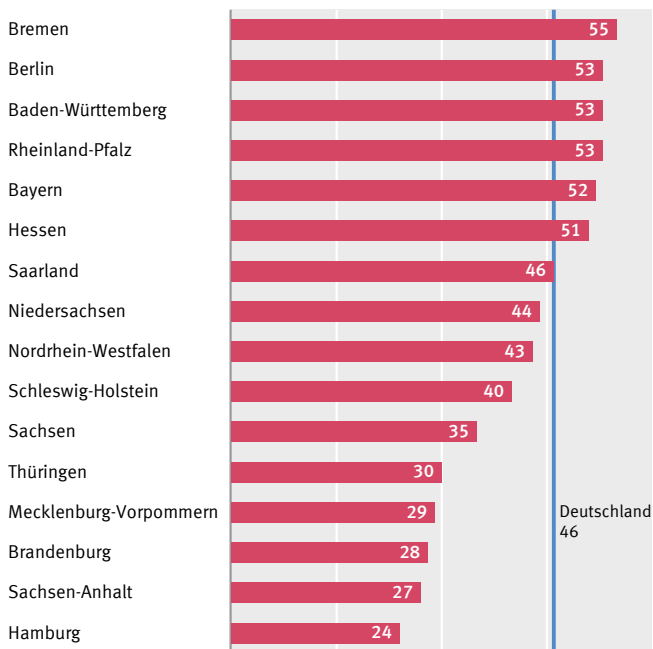
1 Stand: Ende September.

2 Ohne Umsatzsteuer.

3 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

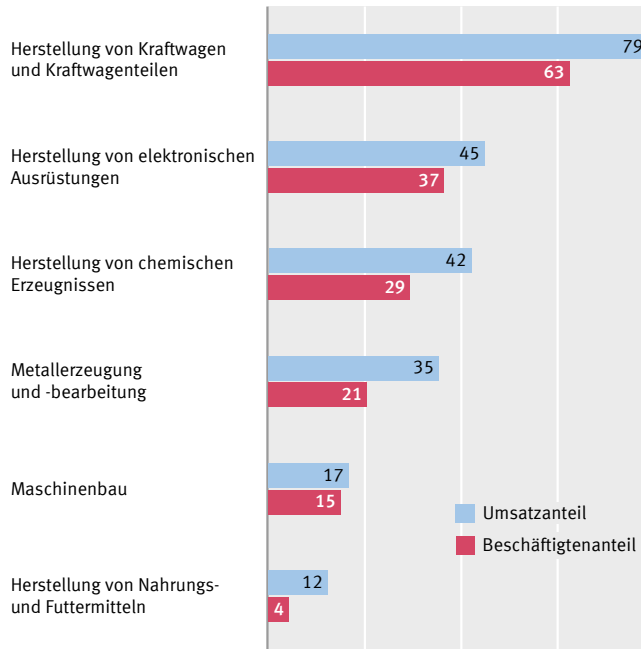
Exportquote 2013

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, in %



Unternehmenskonzentration 2012

Anteil der zehn größten Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am Branchenumsatz und deren Beschäftigtenanteil, in %



2014 - 01 - 0357

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.2 Nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Betriebe ²	Tätige Personen ²	Entgelte	Umsatz ³	Exportquote ⁴	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		2013					2012
		Anzahl	1 000	Mill. EUR		%	Mill. EUR
	Insgesamt	45 424	6 008	267 804	1 750 121	45,8	56 355
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 092	59	2 702	12 555	15,5	1 236
05	Kohlenbergbau	26	28	1 402	2 670	.	527
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	30	3	241	4 769	.	314
07	Erzbergbau	-	-	-	-	-	-
08	Gew. von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 019	25	915	4 721	13,7	372
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	17	3	143	395	37,8	23
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 332	5 949	265 102	1 737 566	46,0	55 119
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 316	494	13 598	154 849	21,1	3 484
11	Getränkeherstellung	559	60	2 422	20 377	10,9	936
12	Tabakverarbeitung	27	10	563	12 797	11,4	189
13	H. v. Textilien	713	64	2 049	11 328	44,5	342
14	H. v. Bekleidung	284	32	1 011	7 464	37,8	114
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	135	17	541	3 189	32,0	99
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	1 192	81	2 538	18 785	22,7	527
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	930	131	5 206	37 354	40,0	1 333
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	1 402	103	3 482	15 539	13,6	609
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	67	18	1 192	94 175	10,6	704
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 601	328	18 144	147 211	58,0	4 942
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	330	110	6 119	43 353	66,6	1 310
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 205	378	13 765	74 275	36,8	2 784
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 171	186	6 950	37 870	24,8	1 645
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 065	252	11 508	98 553	39,2	2 981
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 545	643	23 971	105 575	29,9	4 052
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 873	281	13 961	66 582	58,1	3 221
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 220	405	18 647	84 623	47,5	3 013
28	Maschinenbau	6 138	1 004	48 782	222 821	60,6	6 075
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 319	773	44 947	364 439	64,5	13 518
30	Sonstiger Fahrzeugbau	314	121	6 974	35 142	65,9	986
31	H. v. Möbeln	1 039	103	3 489	17 768	28,1	523
32	H. v. sonstigen Waren	1 608	148	5 525	25 249	51,9	1 018
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2 279	207	9 719	38 246	28,1	711

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

4 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.3 Betriebe, tätige Personen und Umsatz nach Beschäftigtengrößeklassen 2013

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Anzahl	%					
Betriebe¹²								
	Insgesamt	45 424	50,2	22,3	17,5	6,1	2,5	1,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ..	1 092	87,5	6,4	3,0	1,3	1,0	0,8
C	Verarbeitendes Gewerbe	44 332	49,2	22,7	17,9	6,2	2,6	1,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 316	55,9	20,0	16,8	5,1	1,8	0,5
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 601	36,2	25,1	22,5	8,9	4,3	3,0
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 205	40,9	27,7	21,9	6,2	2,3	1,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 065	28,7	24,5	23,9	12,8	5,9	4,1
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 545	55,3	24,4	14,6	3,8	1,5	0,4
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 873	42,7	23,5	20,8	7,7	2,9	2,3
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 220	39,4	24,4	20,7	8,4	4,3	2,8
28	Maschinenbau	6 138	39,9	24,4	21,1	9,1	3,5	2,0
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 319	29,1	19,9	22,8	12,5	8,3	7,4

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		1 000	%					
Tätige Personen in Betrieben¹²								
	Insgesamt	6 008	11,0	11,9	20,4	15,9	13,0	27,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ..	59	25,2	8,0	8,6	8,8	14,5	34,8
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 949	10,9	12,0	20,5	16,0	13,0	27,7
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	494	17,3	15,2	27,5	19,1	13,1	7,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	328	5,5	8,9	16,7	14,8	14,1	39,9
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	378	11,4	16,7	28,1	18,3	13,1	12,4
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	252	3,9	7,4	16,3	18,6	16,8	37,0
25	H. v. Metallerzeugnissen	643	20,9	20,0	25,9	15,3	11,5	6,5
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	281	9,4	11,2	21,1	17,4	13,0	27,9
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	405	7,0	9,5	17,8	16,5	16,1	33,0
28	Maschinenbau	1 004	7,5	10,5	20,1	19,2	15,0	27,6
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	773	1,6	2,4	6,2	7,5	9,9	72,4

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit ... bis ... tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Mill. EUR	%					
Umsatz in Betrieben¹³								
	Insgesamt	1 750 121	6,5	7,8	16,6	15,3	13,8	40,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ..	12 555	44,1	11,7	9,7	10,0	10,3	14,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 737 566	6,2	7,8	16,6	15,4	13,9	40,2
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	154 849	11,1	13,5	32,0	21,8	15,2	6,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	147 211	5,5	8,3	17,1	15,0	12,5	41,5
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	74 275	8,5	14,6	26,7	19,2	15,1	15,9
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	98 553	2,4	5,5	11,5	15,3	17,8	47,5
25	H. v. Metallerzeugnissen	105 575	15,4	18,1	26,0	18,0	14,2	8,3
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	66 582	5,4	7,6	18,6	17,5	13,4	37,5
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	84 623	4,9	7,0	16,1	17,2	15,8	39,1
28	Maschinenbau	222 821	5,0	7,4	17,4	19,4	17,7	33,1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	364 439	0,8	1,5	3,3	4,1	6,4	83,9

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.1 Auftragseingang (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Auftragseingänge** aus dem Inland und aus dem Ausland bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		2010 = 100					
C	Verarbeitendes Gewerbe²⁾	105,2	82,3	100	107,6	103,1	105,7
	Inland	105,7	86,1	100	107,2	100,8	101,4
	Ausland	104,7	79,2	100	107,8	105,0	109,1
	Vorleistungsgüter	101,0	82,4	100	104,9	99,6	99,7
	Inland	98,7	81,6	100	105,2	98,9	98,9
	Ausland	103,8	83,2	100	104,7	100,5	100,6
	Investitionsgüter	107,4	80,5	100	110,0	105,7	110,2
	Inland	110,5	88,4	100	110,1	103,2	104,5
	Ausland	105,4	75,5	100	110,0	107,2	113,8
	Konsumgüter	110,6	95,5	100	103,1	101,8	103,1
	Inland	118,7	98,9	100	102,5	97,0	97,4
	Ausland	103,3	92,5	100	103,6	105,9	107,9
	Gebrauchsgüter	102,8	87,2	100	105,3	98,6	100,0
	Inland	114,7	94,9	100	110,4	101,1	101,2
	Ausland	92,4	80,4	100	100,9	96,4	99,0
	Verbrauchsgüter	113,5	98,7	100	102,3	102,9	104,1
	Inland	120,1	100,3	100	99,8	95,5	96,1
	Ausland	107,4	97,1	100	104,5	109,2	111,0
13	H. v. Textilien	110,7	89,7	100	97,0	90,2	91,6
	Inland	111,2	90,0	100	96,2	87,9	87,0
	Ausland	110,0	89,2	100	97,9	93,0	97,0
14	H. v. Bekleidung	136,6	100,7	100	103,5	98,8	94,1
	Inland	128,8	99,9	100	103,3	97,3	93,0
	Ausland	148,5	102,0	100	103,6	101,2	95,8
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	99,3	90,9	100	98,6	96,7	96,2
	Inland	98,0	91,9	100	100,0	96,7	95,0
	Ausland	101,1	89,5	100	96,5	96,8	97,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	101,3	84,1	100	100,9	98,0	96,6
	Inland	98,5	84,1	100	101,9	97,9	96,9
	Ausland	103,5	84,2	100	100,1	98,0	96,4
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	110,4	99,7	100	102,9	105,6	108,7
	Inland	125,4	102,2	100	97,1	92,3	94,4
	Ausland	100,0	97,9	100	106,4	113,7	117,5
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	101,5	77,1	100	102,4	97,7	96,3
	Inland	98,6	74,7	100	101,4	96,0	95,5
	Ausland	106,5	81,1	100	104,1	100,2	97,5
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	111,3	83,6	100	111,0	107,4	108,8
	Inland	109,2	84,7	100	112,1	107,5	108,2
	Ausland	115,3	81,1	100	108,8	107,1	110,0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	96,5	85,8	100	103,7	100,2	101,8
	Inland	98,9	89,5	100	106,2	102,5	102,5
	Ausland	94,5	82,6	100	101,9	98,5	101,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	115,0	83,3	100	111,3	102,3	103,8
	Inland	114,1	83,0	100	109,4	97,8	98,8
	Ausland	116,0	83,7	100	113,5	107,2	109,3
28	Maschinenbau	119,6	75,6	100	113,7	106,6	106,8
	Inland	131,5	79,4	100	115,3	106,4	106,9
	Ausland	112,6	73,4	100	112,9	106,7	106,8
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	98,2	82,1	100	106,1	105,9	109,4
	Inland	94,3	89,4	100	105,1	101,4	102,7
	Ausland	100,4	77,9	100	106,6	108,4	113,2
30	Sonstiger Fahrzeugbau	95,1	77,7	100	130,4	100,4	141,6
	Inland	86,0	117,3	100	132,2	95,1	108,0
	Ausland	99,1	60,7	100	129,6	103,1	158,2

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Ausgewählte Wirtschaftszweige lt. EU-Verordnung (EG) Nr. 1893/2006.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.2 Produktion

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Produktionsleistung**, bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		2010 = 100					
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	108,1	89,5	100	108,3	107,1	106,9
	Vorleistungsgüter	106,4	86,9	100	107,3	104,5	104,0
	Investitionsgüter	112,2	88,3	100	112,4	113,2	113,4
	Konsumgüter	102,7	96,9	100	102,2	99,8	100,2
	Gebrauchsgüter	108,6	91,3	100	104,6	100,5	99,6
	Verbrauchsgüter	101,6	97,9	100	101,7	99,6	100,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	129,0	108,7	100	100,2	94,3	83,4
C	Verarbeitendes Gewerbe	107,9	89,3	100	108,5	107,3	107,2
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	98,7	98,2	100	100,6	100,6	100,4
11	Getränkeherstellung	102,7	98,6	100	103,6	103,2	103,7
12	Tabakverarbeitung	120,8	117,0	100	96,1	81,6	76,7
13	H. v. Textilien	111,1	89,3	100	101,5	94,0	93,4
14	H. v. Bekleidung	116,5	100,3	100	98,8	89,5	86,8
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	90,6	92,6	100	106,2	96,7	96,3
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	107,2	94,1	100	116,2	115,6	113,7
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	100,1	92,5	100	100,6	98,5	97,0
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	106,5	99,0	100	101,2	98,1	93,8
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	111,1	101,5	100	99,9	101,6	98,8
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	99,2	85,1	100	101,0	98,1	98,6
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	101,6	99,4	100	104,8	102,4	107,8
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	100,5	88,4	100	105,8	103,7	105,2
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	105,5	93,1	100	108,1	103,3	102,8
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	113,4	82,6	100	104,7	100,8	100,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	111,6	87,3	100	111,7	110,0	111,1
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen ..	110,4	86,1	100	114,1	112,0	111,5
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	108,4	85,0	100	108,6	105,0	101,7
28	Maschinenbau	122,1	90,3	100	113,7	115,1	113,2
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	101,9	79,8	100	113,2	112,7	114,1
30	Sonstiger Fahrzeugbau	107,8	105,7	100	113,4	119,7	124,4
31	H. v. Möbeln	114,9	98,2	100	103,3	101,6	96,8
32	H. v. sonstigen Waren	100,5	92,8	100	104,6	108,4	111,3
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	113,5	97,0	100	108,1	107,9	109,4

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.3 Umsatz (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten Umsätze, bezogen auf das Basisjahr 2010.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2008	2009	2010	2011	2012	2013
		2010 = 100					
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	109,4	90,3	100	106,6	105,2	104,8
	Vorleistungsgüter	105,3	87,7	100	107,4	104,0	102,5
	Investitionsgüter	113,3	88,4	100	108,3	108,8	109,4
	Konsumgüter	108,4	99,2	100	102,6	101,7	101,0
	Gebrauchsgüter	113,6	92,8	100	104,9	100,9	99,6
	Verbrauchsgüter	107,5	100,3	100	102,3	101,8	101,2
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	131,2	96,2	100	98,3	83,2	73,8
C	Verarbeitendes Gewerbe	109,3	90,3	100	106,7	105,4	105,0
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	101,8	99,9	100	102,4	102,8	102,7
11	Getränkeherstellung	106,3	102,7	100	102,8	103,7	102,5
12	Tabakverarbeitung	113,5	108,2	100	88,7	76,0	68,4
13	H. v. Textilien	117,5	90,8	100	99,3	92,2	93,4
14	H. v. Bekleidung	143,3	99,4	100	102,7	99,6	93,9
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	123,3	85,0	100	108,3	101,6	99,5
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	110,0	95,2	100	103,7	102,8	101,4
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	102,0	93,2	100	101,0	98,4	97,3
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	112,0	100,5	100	100,3	97,2	93,6
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	111,0	97,1	100	98,4	95,6	96,2
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	98,5	84,4	100	101,9	98,9	97,8
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	110,6	100,9	100	103,6	106,7	110,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	102,8	89,2	100	106,2	104,5	105,8
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	109,6	94,6	100	105,7	101,3	101,1
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	113,2	87,1	100	108,9	105,6	102,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	116,3	90,3	100	112,2	111,5	112,5
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen ..	103,4	89,6	100	110,9	106,4	107,4
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	115,2	86,2	100	112,6	107,3	102,6
28	Maschinenbau	127,6	93,1	100	116,0	117,3	114,7
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	105,7	82,6	100	107,5	106,8	108,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	88,5	93,6	100	92,6	98,1	102,0
31	H. v. Möbeln	119,2	99,5	100	103,2	101,4	96,8
32	H. v. sonstigen Waren	112,7	92,0	100	104,3	107,6	109,9
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	110,7	96,5	100	97,6	95,2	95,9

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2013

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Erdöl und Erdgas					
Rohöl	1 000 t	1 990	0,6	.	.
Erdgas	1 000 MWh	89 818	- 8,4	952	- 13,5
Steine und Erden					
Kalkstein (ohne gebrochene Kalksteine für den Tiefbau und ohne Naturwerksteine)	1 000 t	15 358	- 4,8	208	- 6,1
Bausand u. a. natürliche Sande	1 000 t	66 039	- 2,7	355	- 0,2
Feldsteine, Kies, gebrochene Natursteine	1 000 t	187 416	0,8	1 223	2,9
Nahrungsmittel					
Würste und ähnliche Erzeugnisse	1 000 t	1 459	- 1,1	7 029	2,4
Fischfilets, gefroren	1 000 t	46	9,8	136	13,9
Lachs, Heringe und andere geräucherte Fische	1 000 t	22	6,8	230	15,6
Frucht- und Gemüsesäfte (nicht gefroren)	Mill. l	2 333	.	2 033	0,2
Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und -pasten	1 000 t	232	- 1,2	548	- 0,2
Margarine (ohne flüssige Margarine)	1 000 t	387	- 1,9	431	- 7,5
Butter	1 000 t
Buttermilch, Sauermilch, Sauerrahm, Joghurt u. a. fermentierte Erzeugnisse, flüssig	1 000 t	2 559	- 4,3	3 193	- 0,5
Speiseeis, auch kakaohaltig	1 000 l	579 130	- 0,3	734	12,2
Mehl von Getreide	1 000 t	5 724	3,5	1 927	6,9
Frisches Brot, Brötchen u. ä. ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten	1 000 t	4 784	- 3,3	9 509	2,4
Feine Backwaren, gesüßt, auch gefroren	4 527	3,0
Leb- und Honigkuchen u. ä. Kekse u. ä. Kleingebäck, gesüßt; Waffeln	1 000 t	644	1,7	2 140	1,4
Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt	1 000 t	274	- 0,2	.	.
Weißzucker	1 000 t	3 422	- 18,2	2 349	- 21,7
Schokolade u. a. kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln	1 000 t	1 377	6,2	6 152	7,1
Kaffee, geröstet	1 000 t	555	1,8	1 490	- 13,3
Fertiggerichte	1 000 t	1 140	0,3	3 019	- 2,4
Getränke					
Spirituosen	1 000 hl	3 666	.	1 066	4,7
Bier aus Malz (ohne alkoholfreies Bier)	1 000 hl	83 838	- 2,6	5 580	- 3,8
Mineral-, Tafel- und Heilwasser (ohne Quellwasser)	1 000 l	12 716 583	3,7	2 335	4,8
Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke	1 000 l	9 021 433	- 1,2	4 666	9,9
Nektare	1 000 l	753 714	- 3,6	444	- 0,8
Andere nicht alkoholhaltige Getränke (ohne Milchfettgehalt)	1 000 l	2 225 039	6,0	1 350	6,7
Tabakerzeugnisse					
Zigarren, Stumpfen und Zigarillos, Tabak enthaltend	Mill. St	2 561	0,5	263	0,6
Zigaretten, Tabak enthaltend	Mill. St	181 791	- 11,8	1 525	- 5,1
Textilien					
Garne	1 000 t	87	- 3,9	466	- 11,6
Gewebe	1 000 m ²	879 563	- 0,9	1 361	- 3,3
Teppiche	1 000 m ²	77 657	- 4,7	670	- 1,7
Bekleidung					
Strumpfhosen	1 000 St	.	.	24	- 5,9
Herrn-, Damen-, Kinderstrümpfe u. a. Strumpfwaren	1 000 Paar	70 951	- 1,9	428	6,1
Pullover, Strickjacken, Westen u. ä. Waren	1 000 St	3 701	1,2	61	- 2,0
Oberbekleidung für Männer oder Knaben (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	5 516	0,3	257	2,2
Oberbekleidung für Frauen oder Mädchen (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	6 099	- 10,4	199	- 8,8
Sport-, Bade- und Strandbekleidung	1 000 St	1 098	6,6	39	2,3
Lederbekleidung	1 000 St	.	.	32	- 2,3
Unterwäsche für Männer oder Knaben	1 000 St	5 768	1,8	47	- 5,0
Unterwäsche für Frauen oder Mädchen	1 000 St	13 071	2,4	77	- 14,2
T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken	1 000 St	13 503	2,4	145	3,7
Leder und Lederwaren					
Rind- und Kalbleder, enthaart	t	14 068	- 2,4	335	2,0
Reisekoffer, Handkoffer, Kosmetikkoffer und Dokumentenkoffer, Aktentaschen, Schulranzen u. ä. Behältnisse	1 000 St	239	- 12,9	9	- 16,5
Schuhe mit Oberteil aus Leder (ohne Sportschuhe)	1 000 Paar	15 823	12,4	364	- 4,2
Schuhe mit einem Metallschutz in der Vorderkappe	1 000 Paar	4 771	6,8	230	7,8
Holz und Holzwaren					
Schnittholz (ohne Stäbe u. Friese für Parkett aus Eichenholz)	1 000 m ³	.	.	3 654	.

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2013

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Laminatböden	1 000 m ²	199 667	- 1,3	967	- 0,3
Parkettböden	1 000 m ²	10 059	0,0	240	3,5
Fenster, Fenstertüren, Rahmen und Verkleidungen dafür	1 000 St	2 238	- 2,6	866	- 0,8
Türen und Rahmen, Türverkleidungen (auch Türschwellen)	1 000 St	11 132	0,2	1 108	2,6
Papier					
Zeitungsdruckpapier	1 000 t	2 138	- 3,3	976	- 9,6
Wellpapier u. -pappe	1 000 t	2 374	0,7	1 444	1,0
Verpackungsmittel aus Papier, Pappe, Zellstoffwatte oder Vliesen	1 000 t	6 507	- 0,4	.	.
Etiketten aus Papier und Pappe	1 000 t	160	- 2,9	1 307	0,0
Druckerzeugnisse					
Geschäftsdrucksachen und andere Drucke	1 874	- 2,7
Kataloge, Plakate, Werbedrucke, Kalender aller Art	5 547	- 4,1
Zeitungen und Zeitschriften	2 618	- 5,6
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse					
Koks u. Schmelzkoks aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf	1 000 t-Trocken	8 490	5,0	899	- 11,1
Motorenbenzin (einschl. Flugbenzin)	1 000 t	19 851	- 3,5	5 372	- 20,0
Leichtöl, leichtes Rohbenzin	1 000 t	5 089	5,8	2 380	- 1,1
Flugturbinenkraftstoff aus Leuchtöl (Kerosin)	1 000 t	4 780	- 8,2	2 186	- 14,4
Dieselmkraftstoff	1 000 t	29 755	- 2,9	9 303	- 14,3
Heizöl, leicht	1 000 t	14 203	1,0	5 291	- 11,4
Schmieröle	1 000 t	2 383	- 3,8	3 500	- 8,0
Flüssiggas	1 000 t	2 714	2,0	541	- 16,7
Chemische Erzeugnisse					
Chlor	1 000 t	2 270	- 3,8	427	- 1,3
Ruß	1 000 t	.	.	575	- 2,3
Wasserstoff	Mill. m ³	1 779	- 2,5	252	- 1,5
Sauerstoff	Mill. m ³	.	.	330	8,2
Stickstoff	Mill. m ³	.	.	251	3,5
Schwefelsäure einschl. Oleum, ber. auf SO ₂	1 000 t	1 899	- 8,3	128	- 15,3
Ammoniak, ber. auf N	1 000 t	919	- 3,0	369	- 5,8
Natriumhydroxid, ber. auf NaOH	1 000 t
Aluminiumhydroxid, ber. auf Al ₂ O ₃	1 000 t	.	.	375	- 0,4
Ethylen	1 000 t	2 605	- 7,6	1 135	- 6,5
Propylen	1 000 t	2 745	1,1	1 316	5,7
Natriumcarbonat, ber. auf Na ₂ CO ₃	1 000 t	.	.	266	- 0,8
Stickstoffhaltige Düngemittel	1 000 t	1 353	1,7	1 100	- 4,3
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (Wirkstoffgewicht)	1 000 t	181	- 5,6	2 790	- 6,6
Kunststoffe	1 000 t	16 940	1,5	24 984	3,4
Synthetischer Kautschuk und Faktis	1 000 t	1 149	11,1	1 262	- 11,4
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	350	5,1	820	4,6
Texturierte Garne u. a. Garne, ungezwirnt	1 000 t	37	- 0,8	172	- 3,9
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Acryl oder Vinylpolymeren	1 000 t	976	- 6,2	1 638	0,3
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Alkydharzen	1 000 t	73	- 4,5	286	1,3
Organische Löse- und Verdünnungsmittel	1 000 t	232	6,0	356	- 1,9
Druckfarben	1 000 t	535	- 0,8	1 539	- 2,1
Arzneiwaren	20 661	5,9
Organische grenzflächenaktive Stoffe (ohne Seifen)	1 000 t
Seifen	1 000 t	.	.	211	7,9
Universalwaschmittel	1 000 t	511	13,5	879	10,1
Geschirrspülmittel	1 000 t	358	4,6	455	3,3
Photochemische Erzeugnisse	701	- 4,7
Duftstoffe und Körperpflegemittel	4 910	3,5
dar. Körperpflegemittel	4 443	4,5
Klebstoffe	1 000 t	877	1,0	1 612	0,0
Gummi- und Kunststoffwaren					
Gummiwaren					
Bereifungen, neu	1 000 St	71 233	- 1,1	3 448	3,5
dar. Luftreifen für Pkw, neu	1 000 St	59 289	- 1,1	2 545	2,1

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2013

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Gummi- und Kunststoffwaren					
Kunststoffwaren					
Rohre und Schläuche, nicht biegsam	1 000 t	498	- 4,4	1 329	- 0,4
Monofile	1 000 t	838	- 2,0	2 380	- 2,6
Verpackungsmittel, Lager- und Transportbehälter	.	.	.	3 630	3,4
Badewannen, Duschen und Waschbecken	1 000 St	1 173	1,3	170	- 1,7
Fenster, Fensterbänke	1 000 St	11 454	- 2,6	2 923	- 0,1
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden					
Mehrschichten-Isolierverglasung	1 000 m ²	22 826	- 5,5	1 049	- 3,9
Flaschen bis 2,5 l	Mill. St	8 636	- 2,2	950	2,6
Geschirr, aus Porzellan	1 000 t	42	3,6	435	7,4
Geformte feuerfeste keramische Bauteile	1 000 t	781	- 4,4	764	- 0,2
Fliesen, Boden- und Wandplatten	1 000 m ²	55 878	- 4,1	525	- 2,8
Mauerziegel, Ziegel für Boden- u. Straßenbeläge	1 000 m ³	7 120	0,5	548	7,4
Dachziegel	1 000 St	647 381	- 7,6	661	- 7,7
Zement	1 000 t	30 927	- 3,1	2 041	- 1,4
Kalk	1 000 t	7 181	0,4	562	4,2
Gips	1 000 t	2 795	- 5,8	273	- 2,4
Baublöcke und Mauersteine aus Kalksandstein	1 000 m ³	3 504	2,9	283	- 0,2
Dachsteine aus Beton	Mill. St	190	- 5,3	212	- 2,6
Gipskartonplatten, gem. DIN 18 180	1 000 m ²	214 292	- 5,7	282	- 4,1
Transportbeton	1 000 m ³	34 538	1,4	2 299	3,9
Schleifkörper	1 000 t	61	- 1,8	543	1,1
Eisen- und Stahlerzeugnisse					
Blöcke, Strangguss, Flüssigstahl, aus unlegiertem Stahl	1 000 t	7 117	- 0,2	2 975	- 1,7
Gewalztes Halbzeug	1 000 t	4 066	1,5	823	- 4,5
Warmbreitband mit einer Breite von 600 mm oder mehr	1 000 t	8 773	- 5,4	4 170	- 11,4
Breitflachstahl, Quattroblech	1 000 t	2 728	- 14,0	.	.
Walzdraht, warmgewalzt	1 000 t	5 198	- 2,2	2 356	- 8,2
Betonstahl in Stäben, warmgewalzt	1 000 t	2 474	2,3	798	- 5,3
Kaltgewalzte Bleche in Rollen oder Tafeln	1 000 t	3 508	3,9	2 808	- 9,6
Schmelztauchveredelte Bleche	1 000 t
Rohre und Hohlprofile, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	61	56,1	229	6,7
Präzisionsstahlrohre, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	306	4,4	453	1,3
Kaltgewalzter Bandstahl (ohne Elektroband)	1 000 t	1 078	3,4	966	- 0,6
NE-Metalle und -erzeugnisse					
Silber, in Rohform oder als Pulver	t	1 380	- 21,3	868	- 37,8
Gold, in Rohform oder als Pulver	t	50	- 7,2	1 708	- 20,8
Aluminiumlegierungen, Primäraluminium	1 000 t	271	- 3,7	419	- 0,8
Aluminiumlegierungen, Sekundäraluminium	1 000 t	809	- 1,6	906	- 8,8
Kupferlegierungen, in Rohformen	1 000 t	48	19,9	263	15,6
Gießereierzeugnisse					
Teile aus					
Gusseisen mit Kugelgraphit	1 000 t	1 348	- 3,5	2 490	- 5,9
Stahlguss	1 000 t	105	- 12,1	1 210	- 4,1
Leichtmetallguss	1 000 t	660	0,5	4 547	2,3
Buntmetallguss	1 000 t
Metallerzeugnisse					
Brücken und -elemente	1 000 t	66	18,5	190	8,3
Türme und Gittermaste	1 000 t	392	12,8	817	26,1
Andere Konstruktionen und Teile	1 000 t
darunter:					
Skelettkonstruktionen	1 000 t	387	- 0,9	911	3,5
Stütz- und Trägerkonstruktionen	1 000 t	609	- 17,7	1 533	- 15,2
Tore, Türen, Fenster, deren Rahmen und Verkleidungen aus Stahl	1 000 St	942	4,0	896	5,2
Zentralheizungskessel (ohne Dampfkessel)	1 000 St	1 091	- 3,0	865	4,0
Blechformteile aus Stahl und NE-Metall	1 000 t	4 387	0,4	12 617	0,6
Drehteile aus Metall für Armaturen, Maschinenbau, Fahrzeuge	.	.	.	3 927	4,2
Drehteile aus Metall für elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse	.	.	.	2 526	5,2
Werkzeuge für die Holzbearbeitung	t	1 727	- 6,6	19	- 0,2

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2013

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Haushaltswerkzeuge	t	2 540	16,2	41	13,3
Beschläge für Kraftfahrzeuge	1 000 t	227	- 1,3	1 680	0,1
Baubeschläge für Türen und Fenster	1 000 t	176	- 3,7	1 420	- 1,6
Abwasch- und Waschbecken aus Stahl (nicht rostend)	1 000 St	2 641	- 3,4	157	- 9,8
Koch-, Brat- und Backgeschirr aus Stahl (nicht rostend)	t	5 670	1,3	.	.
Briefkästen und Kastenanlagen	t	5 075	- 1,3	92	- 1,0
Maschinen					
Verbrennungsmotoren und Turbinen	1 000 St	288	7,3	7 279	- 2,9
Flüssigkeitspumpen	1 000 St	66 940	1,5	4 606	3,0
Luft- oder Gaskompressoren	1 000 St	13 042	3,0	4 893	7,8
Armaturen	1 000 t	456	0,6	7 651	0,4
dar. Sanitärarmaturen	1 000 t
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebsselemente	1 000 t	900	- 3,0	11 667	- 3,2
Krane	1 000 St	51	.	.	.
Elektrokraftkarren u. a. mit Hebevorrichtung ausgerüstete Karren	1 000 St	155	9,8	2 534	- 1,4
Büromaschinen	1 000 St	.	.	80	.
Klimageräte	1 000 St	11 217	1,3	.	.
Verpackungsmaschinen	1 000 St	54	- 0,4	4 324	5,6
Haushalts-, Personenwaagen; Waagen für Stetigförderer, Absack-, Abfüll-, Dosier- u. a. Waagen	1 000 St	307	- 23,3	690	6,6
Einachsschlepper, Acker- und Forstschlepper, andere Zugmaschinen	1 000 St	64	6,0	2 850	6,5
Erntemaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	72	2,3	2 587	6,6
Werkzeugmaschinen zur Span abhebenden Bearbeitung	1 000 St	70	- 3,9	8 017	- 0,4
dar. Drehmaschinen	1 000 St	7	7,5	1 542	- 4,4
Werkzeugmaschinen zur spanlosen Bearbeitung	1 000 St	48	.	3 225	.
Holzbearbeitungsmaschinen	1 000 St	84	- 5,7	2 074	.
Handgeführte Maschinen und Druckluftwerkzeuge	1 000 St	7 980	- 2,1	1 324	- 1,7
Löt- und Schweißmaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St
Maschinen für die Metallherzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen	St	1 412	29,5	1 678	- 5,6
Bau- und Baustoffmaschinen	1 000 St	212	- 9,1	5 567	- 8,4
Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung	1 000 St	354	2,4	3 410	5,6
Spinnmaschinen	1 000 St	18	2,9	1 397	3,9
Maschinen für das Papiergewerbe	1 000 St	32	- 39,9	947	- 5,9
Maschinen für das Druckgewerbe	1 000 St	33	- 7,5	2 526	- 6,7
Kunststoffmaschinen	1 000 St	39	.	4 835	0,5
Elektrische Haushaltsgeräte					
Kühl-, Gefrierschränke; Tiefkühltruhen	1 000 St	2 650	- 0,4	1 234	6,7
Haushaltsgeschirrspülmaschinen	1 000 St
Küchenherde, Kochplatten, Grill- und Bratgeräte, andere elektrische Öfen	1 000 St	4 905	- 8,3	1 440	- 0,5
Elektrische Durchlauferhitzer	1 000 St	941	- 4,7	181	7,9
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St	14 247	- 18,8	3 397	- 18,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.					
Elektromotoren und -generatoren	1 000 St
Transformatoren	1 000 St	53 537	- 2,2	1 706	.
Steckvorrichtungen u. a. Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektr. Stromkreisen	Mill. St	.	.	4 299	5,1
Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung	1 000 St	128 080	3,9	7 120	- 1,6
Zusammengesetzte elektronische Schaltungen (Baugruppen)	.	.	.	5 629	- 0,8
Solarzellen	1 000 St	148 084	- 28,2	533	- 55,8
Starterbatterien	1 000 St	13 924	18,3	742	24,3
Glasfaserkabel	t	18 798	7,2	244	2,8
Bestückte Leiterplatten	1 000 St	1 691	- 9,7	1 028	0,0
Akkumulatorenladegeräte	1 000 St	667	16,1	139	- 5,5
Einbruchs- oder Diebstahllarmgeräte, Feuermelder u. ä. Geräte (Hör- und Sichtsignalgeräte) für Gebäude	1 000 St	5 714	24,9	511	8,5
Nachrichtentechnik, Videotuner, Satelliten-Receiver u. Fernsehgeräte					
Mobiltelefone (Handys)	1 000 St	403	- 49,1	.	.
Videotuner, Satelliten-Receiver	1 000 St	608	- 49,1	20	- 59,9
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St	180	- 42,3	164	- 46,6

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2013

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren					
Röntgenapparate und -geräte für medizinische Zwecke	1 000 St	13	- 17,1	950	- 6,1
Elektrodiagnoseapparate und -geräte für medizinische Zwecke	.	.	.	801	6,1
Prüfstände für Kraftfahrzeuge	t	19 130	- 2,3	506	1,6
Ferngläser	1 000 St	77	9,1	41	2,9
Laser (ohne Diodenlaser)	1 000 St	102	16,7	639	6,1
Armbanduhr, Taschen- u. ä. Uhren	1 000 St	259	- 17,0	287	17,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile					
Personenkraftwagen	1 000 St	6 324	2,0	169 845	3,7
Lastkraftwagen	1 000 St	345	4,8	10 357	1,9
Karosserien und Aufbauten für Kraftwagen	1 000 St	.	.	2 332	- 3,7
Wohnanhänger ab 750 kg	1 000 St
Anhänger zum Befördern von Gütern	1 000 St	228	0,4	3 255	4,8
Sonstige Fahrzeuge					
Boote und Jachten	1 000 St	12	- 11,9	1 393	12,4
Zweiräder u. a. Fahrräder mit Kugellager	1 000 St	987	- 17,5	334	- 26,8
Rollstühle	1 000 St	110	- 10,5	131	- 2,6
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse					
Sitzmöbel	1 000 St	11 309	- 4,4	2 086	- 7,1
Holzmöbel					
für Büros	1 000 St	4 782	- 1,9	927	- 4,8
für Läden	1 000 St	863	- 4,6	1 163	- 1,9
für Küchen	1 000 St	30 219	- 2,4	3 812	0,9
für Badezimmer	1 000 St	3 292	- 0,5	389	- 1,9
für Schlaf-, Ess- und Wohnzimmer	1 000 St	464	- 6,3	191	9,4
Auflegematratzen	1 000 St	5 451	- 13,6	511	- 10,3
Schmuckwaren und Teile dafür aus Silber, Gold oder Platin	.	.	.	362	- 6,3
Klaviere und Flügel	1 000 St	7	2,6	102	10,3
Sportgeräte für Gymnastik	.	.	.	139	14,8
Puppen, nur Nachbildungen von Menschen darstellend	1 000 St	66	.	3	- 7,8
Spielfahrzeuge, zum Besteigen und Fortbewegen durch Kinder geeignet	1 000 St	3 361	- 32,7	93	- 4,7
Spielzeug, Tiere oder nichtmenschliche Wesen darstellend, Füllmaterial enthaltend, aus Holz und aus Kunststoff	1 000 St	16 443	- 12,2	67	- 7,2
Elektrische Eisenbahnen (einschl. Zubehör)	.	.	.	156	- 1,9
Schreiber und Markierstifte mit Filzspitze	1 000 St	586 066	0,0	177	2,6
Kinderwagen	1 000 St	133	4,5	39	0,9

Methodik

Das Verarbeitende Gewerbe umfasst die Herstellung von Waren sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Dies schließt sowohl die Tätigkeiten von Industrie- als auch von Handwerksbetrieben und -unternehmen ein. Das vorliegende Kapitel enthält ebenfalls Ergebnisse für die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Im oben beschriebenen Erhebungsbereich erstreckt sich der Berichtskreis der **Strukturerhebungen** in der Regel auf Unternehmen/Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr, der Berichtskreis der **Konjunkturerhebungen** auf Betriebe mit 50 Beschäftigten und mehr. Bei der **Vierteljährlichen Produktionserhebung** werden auch die kleinen Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr befragt.

Der kurzfristigen Berichterstattung dienen die Monatsberichte und die Produktionserhebungen; diese liefern aktuelle Daten für die Konjunkturanalyse und das Ausgangsmaterial zur Berechnung von Indizes. Wichtigste Indikatoren für die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe sind der Index des Auftragseingangs (nur für ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes), der Produktionsindex sowie absolute Zahlen über Beschäftigte, Entgelte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze.

Rechtsgrundlagen für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.3.2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5.12.2012 (BGBl. I S. 2466).

Glossar

Auslandsumsatz | Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Betrieb | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Exportquote | Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von den Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Stunden.

Index des Auftragseingangs | Der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2010 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Als Auftragseingänge gelten die im Berichtsmonat vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang wird bei ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes erfasst. Die Gewichtung erfolgt mit Auftragseingangsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Umsatzes | Der Umsatzindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2010 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Die Gewichtung erfolgt mit Umsatzanteilen des Basiszeitraums.

Index der Produktion | Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe wird auf Basis 2010 = 100 unter Ausschaltung der Preisveränderungen monatlich berechnet. Grundlage für die Fortschreibung der Entwicklung der Wirtschaftszweige sind die Ergebnisse der „Monatlichen Produktionserhebung“. Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu den Aggregaten erfolgt mit der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Basisjahres.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse | Die Ergebnisse erstrecken sich auf Güter bzw. Güterarten, die nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009“ gruppiert und zum Absatz bestimmt sind. In manchen Fällen (vor allem bei den Grundstoffen) wird die Gesamtproduktion ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die Summe der zum Absatz und der zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion. Als zur Weiterverarbeitung bestimmt gelten die selbst hergestellten Erzeugnisse, die im berichtenden Betrieb, in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder im Lohnauftrag in einem anderen Unternehmen zu einem anderen Erzeugnis verarbeitet oder in ein anderes Erzeugnis eingebaut werden. Der Bewertung der für den Absatz bestimmten Erzeugung liegen die erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreise ab Werk, einschließlich Verpackung zugrunde. Nicht einbezogen sind die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern, gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten sowie die den Kunden gewährten Rabatte.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zum *Verarbeitenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 42

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Struktur- und Konjunkturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.1.1 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes – Monats- und Jahresergebnisse
- Reihe 4.1.2 | Betriebe, Tätige Personen und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes nach Größenklassen
- Reihe 4.1.4 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Bundesländern
- Reihe 4.2.1 | Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 4.2.3 | Konzentrationsstatistische Daten für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie für das Baugewerbe
- Reihe 4.3 | Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes

■ Indizes

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 2.1 | Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe
- Reihe 2.2 | Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes

■ Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 3.1 | Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 3.2 | Struktur der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

■ Themenübergreifend

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.2.4 | Material- und Wareneingang

Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/10 | 150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 21 92

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





22 Energie

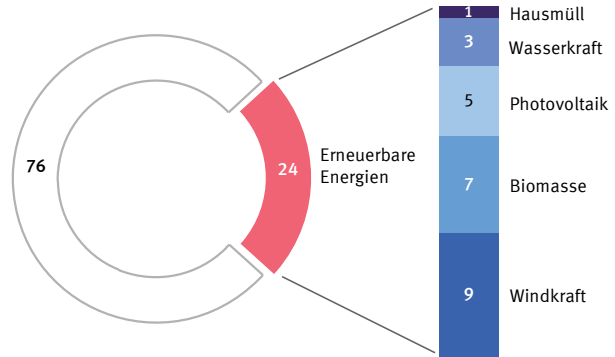
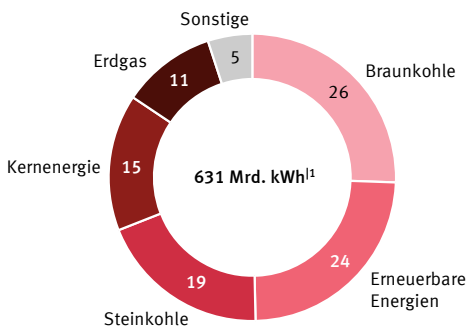
631 Milliarden Kilowattstunden Strom 2013 brutto erzeugt | Rund **24 %** davon stammen aus **erneuerbaren Energien** | **Vor 20 Jahren** lag dieser Anteil noch bei knapp **4 %** | 2013 rund **9 %** des Stroms allein aus **Windkraft** erzeugt | **15 %** der Stromproduktion entfallen auf **Kernenergie** | **Wichtigste Energieträger** zur Elektrizitätserzeugung sind nach wie vor **Braun- und Steinkohlen** mit über **45 %** | Aus **Erdgas** rund **11 %** des Stroms hergestellt

<i>Seite</i>	
551	Auf einen Blick
	Tabellen
552	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie Nach Engpassleistung Nach Elektrizitätserzeugung Nach Brennstoffeinsatz für Strom- und Wärmeerzeugung
553	Wärme Erzeugung Bezug Verwendung Abgabe
554	Leitungsgebundenes Gas Aufkommen Verwendung Abgabe
554	Klärgas Aufkommen Verwendung
554	Flüssiggas Abgabe
555	Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe
556	Methodik
557	Glossar
558	Mehr zum Thema

22.0 Auf einen Blick

Bruttostromerzeugung 2013

in %

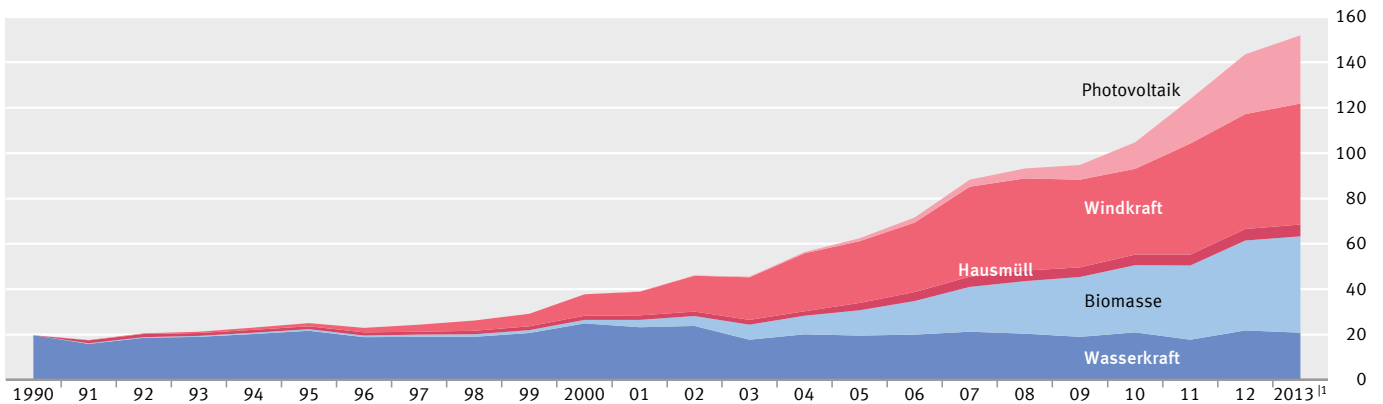


1 Vorläufig.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

Entwicklung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien

in TWh



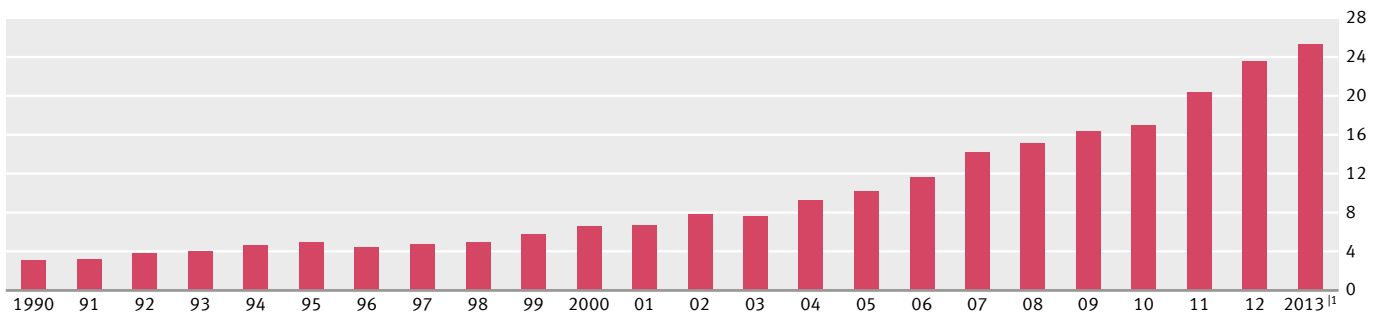
Geothermische Bruttostromerzeugung aufgrund geringer Strommengen nicht dargestellt.

1 Vorläufig.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch

in %



1 Vorläufig.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2014 - 01 - 0358

22 Energie

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Umwelt“

22.1.1 Engpassleistung

Die **Engpassleistung** einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Energieträger ¹	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹²				Industrie			
	2013		2012		2013		2012		2013		2012	
	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%
Insgesamt	114 295	100	107 189	100	104 862	100	9 432	100
Wasser	10 356	9,1	10 284	9,6	10 296	9,8	60	0,6
Steinkohle ^{13 14}	29 809	26,1	28 838	26,9	29 489	28,1	320	3,4
Braunkohle ¹⁴	24 229	21,2	22 358	20,9	23 420	22,3	809	8,6
Heizöl ¹⁵	4 189	3,7	2 610	2,4	3 888	3,7	300	3,2
Erdgas	26 375	23,1	21 950	20,5	21 888	20,9	4 488	47,6
Sonstige Wärmekraft ¹⁶	6 605	5,8	8 423	7,9	3 179	3,0	3 425	36,3
Kernenergie	12 696	11,1	12 696	11,8	12 696	12,1	–	–
Sonstiges ¹⁷	36	0,0	30	0,0	6	0,0	30	0,3

1 Zuordnung nach dem Hauptenergieträger.

2 Ohne Einspeisung Dritter.

3 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

4 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

5 Einschl. Dieselkraftstoff.

6 Einschl. Biomasse.

7 Geothermie und sonstige Energie.

22.1.2 Elektrizitätserzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹¹				Industrie			
	2013		2012		2013		2012		2013		2012	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Insgesamt	511 330	100	462 543	100	467 228	100	44 098	100
Wasser	24 735	4,8	23 314	5,0	24 385	5,2	350	0,8
Steinkohle ^{12 13}	116 389	22,8	120 701	26,1	115 348	24,7	1 041	2,4
Braunkohle ¹³	158 639	31,0	157 152	34,0	154 456	33,1	4 182	9,5
Heizöl ¹⁴	2 353	0,5	1 078	0,2	983	0,2	1 370	3,1
Erdgas	72 095	14,1	40 925	8,8	51 449	11,0	20 642	46,8
Sonstige Wärmekraft ¹⁵	36 841	7,2	21 968	4,7	20 892	4,5	15 949	36,2
Kernenergie	99 460	19,5	97 290	21,0	99 460	21,3	–	–
Sonstiges ¹⁶	818	0,2	115	0,0	255	0,1	563	1,3

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

22.1.3 Brennstoffeinsatz für Strom- und Wärmeerzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2013		2012		2013		2012		2013		2012	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
Insgesamt	5 328	100	4 622	100	4 624	100	705	100
Wasser	95	1,8	112	2,4	95	2,1	1	0,0
Steinkohle ² ³	1 154	21,7	1 188	25,7	1 129	24,4	25	3,6
Braunkohle ³	1 550	29,1	1 478	32,0	1 473	31,9	77	10,9
Heizöl ⁴	42	0,8	.	.	13	0,3	29	4,1
Erdgas	793	14,9	414	9,0	488	10,6	305	43,3
Sonstige Wärmekraft ⁵	594	11,1	355	7,7	336	7,3	257	36,5
Kernenergie	1 085	20,4	1 061	23,0	1 085	23,5	-	-
Sonstiges ⁶	15	0,3	.	.	5	0,1	11	1,6

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Einschl. Biomasse.

6 Geothermie und sonstige Energie.

22.2 Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme

	2010		2011		2012	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Nettowärmeerzeugung	142 118 914	79,6	129 302 227	80,4	133 831 650	83,2
Bezug Inland	39 385 711	22,1	34 228 838	21,3	34 509 365	21,5
davon von:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	30 981 590	17,3	26 122 873	16,2	27 325 943	17,0
Verarbeitendem Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 172 291	1,8	3 072 767	1,9	3 351 031	2,1
sonstigen Lieferanten	5 231 830	2,9	5 033 199	3,1	3 832 391	2,4
Bezug Ausland	-	-	-	-	-	-
Wärmebetriebsverbrauch	2 903 446	1,6	2 754 888	1,7	3 033 933	1,9
Zur Abgabe verfügbar	178 601 179	100	160 776 178	100	165 307 082	100
Abgabe Inland	167 577 640	93,8	150 895 181	93,9	154 009 036	95,8
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	31 789 607	17,8	28 480 746	15,2	27 701 230	17,2
Letztverbraucher	135 788 033	76,0	122 414 435	76,1	126 307 806	78,6
davon an:						
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	55 629 360	31,1	52 854 984	32,9	55 261 061	34,4
Verkehr	115 172	0,1	102 405	0,1	1 204 267	0,7
Private Haushalte sowie Wohngebäude	52 615 582	29,5	45 651 848	28,4	47 432 128	29,5
Sonstige Letztverbraucher	27 427 920	15,4	23 805 198	14,8	22 410 350	13,9
Abgabe Ausland	73 840	0,0	66 004	0,0	-	-
Abgabe insgesamt (ohne Netzverluste)	167 651 480	93,9	150 961 185	93,9	154 009 036	95,8
Netzverluste	10 949 699	6,1	9 814 993	6,1	11 298 046	7,0

22.3 Aufkommen, Verwendung und Abgabe von leitungsgebundenem Gas

	2010		2011		2012	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Inlandsgewinnung	149 509	12,5	143 341	13,1	124 707	11,3
Einfuhr	1 018 301	85,2	970 856	88,8	957 385	86,9
Speichersaldo ¹⁾	27 618	2,3	- 21 632	- 2,0	5 482	0,5
Aufkommen	1 195 428	100	1 093 201	100	1 101 298	100
Eigen- und Betriebsverbrauch	18 603	1,6	15 195	1,4	11 306	1,0
Zur Abgabe an Letztverbraucher verfügbar	1 176 825	98,4	1 078 006	98,6	1 089 992	99,0
Abgabe an inländische Abnehmer	955 114	79,9	887 357	81,2	905 695	82,2
davon:						
Produzierendes Gewerbe	520 353	43,5	516 466	47,2	504 291	45,8
dar. Elektrizitätsversorgungsunternehmen	141 233	11,8	140 111	12,8	132 524	12,0
Haushalte	313 043	26,2	260 216	23,8	285 289	25,9
Sonstige Abnehmer	121 719	10,2	110 676	10,1	116 115	10,5
Ausfuhr	221 711	18,5	190 649	17,4	184 297	16,7

1 Einschl. Messdifferenzen und nicht erfasster Mengen.

22.4 Aufkommen und Verwendung von Klärgas

	2010		2011		2012	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gewinnung	5 316 254	100	5 621 381	100	5 683 760	100
Eigenverbrauch	4 846 643	91,2	5 089 345	90,5	5 107 540	90,9
davon:						
Zur Stromerzeugung	4 123 965	77,6	4 389 093	78,1	4 494 303	80,0
Zu reinen Heiz- und/oder Antriebszwecken	722 678	13,6	700 253	12,5	613 238	10,9
Verluste	282 608	5,3	285 315	5,1	290 230	5,2
Zur Abgabe verfügbar	187 003	3,5	246 721	4,4	285 990	5,1
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	177 121	3,3	232 989	4,1	223 480	4,0
Sonstige Endabnehmer	9 882	0,2	13 732	0,2	-	-
nachrichtlich:						
Eigenstromerzeugung aus Klärgas	1 101 029	100	1 209 453	100	1 249 971	100
Verbrauch an selbsterzeugtem Strom im Betrieb	1 009 139	91,7	1 108 024	91,6	1 171 717	96,9
Abgabe von selbsterzeugtem Strom insgesamt	91 890	8,3	101 429	8,4	78 254	6,5

22.5 Abgabe von Flüssiggas

	2010		2011		2012	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gesamte Abgabe	59 064 081	100	57 870 350	100	56 714 320	100
Abgabe an Wiederverkäufer	31 826 426	53,9	32 834 958	56,7	30 501 620	53,8
davon an:						
Verkaufsgesellschaften	31 783 985	53,8	32 749 728	56,6	30 421 862	53,6
Gasversorgungsunternehmen	42 441	0,1	85 230	0,1	79 758	0,1
Abgabe an Letztverbraucher	27 237 655	46,1	25 035 392	43,3	26 212 700	46,2
davon:						
Produzierendes Gewerbe	12 971 725	22,0	11 473 036	19,8	12 698 347	22,4
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	6 076	0,0	4 279	0,0	7 806	0,0
Private Haushalte	7 448 885	12,6	6 218 139	10,7	5 740 395	10,1
Sonstige Endabnehmer	6 810 969	11,5	7 339 937	12,7	7 766 152	13,7

22.6 Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt ²		Davon Energieträger ³					
		TJ	%	Kohle	Heizöl	Erdgas	erneuerbare Energien ⁴	Strom	sonstige ⁵
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	4 128 797	15,7	3,9	25,8	3,3	20,9	30,5	
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	77 550	27,8	1,3	19,3	0,1	39,6	11,9	
05	Kohlebergbau	50 168	38,5	0,3	0,0	0,0	43,7	17,5	
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	12 003	0,0	0,1	80,8	-	18,9	0,2	
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	14 695	15,2	5,9	32,5	0,3	43,4	2,8	
09	Erbringung von Dienstleistungen im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	683	0,0	0,3	75,7	-	23,3	0,7	
C	Verarbeitendes Gewerbe	4 051 247	15,4	3,9	25,9	3,3	20,6	30,8	
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	200 663	5,9	5,0	55,4	1,3	27,8	4,6	
11	Getränkeherstellung	24 652	2,4	7,1	52,7	1,6	32,1	4,0	
12	Tabakverarbeitung	2 457	4,7	6,6	46,9	-	39,6	2,3	
13	H. v. Textilien	21 668	1,4	4,6	43,0	0,3	34,6	16,1	
14	H. v. Bekleidung	1 447	0,0	16,6	39,2	0,6	40,6	3,0	
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 202	-	13,4	38,0	2,4	40,5	5,7	
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	103 469	0,0	1,3	5,8	73,2	15,1	4,6	
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	270 812	7,2	0,8	37,4	15,4	27,1	12,1	
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	21 040	0,0	1,6	38,3	0,1	57,0	3,0	
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	417 693	9,3	15,3	10,5	0,0	6,0	58,8	
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 279 166	2,7	3,2	29,0	0,0	14,1	51,0	
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	25 262	-	2,4	32,7	4,7	29,8	30,4	
22	H. v. Gummi- und Kuststoffwaren	82 465	0,3	4,4	26,4	0,9	61,0	7,0	
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	277 971	22,4	3,5	37,3	2,1	15,9	18,8	
24	Metallerzeugung und -verarbeitung	919 703	49,5	0,5	13,6	0,0	15,5	20,9	
25	H. v. Metallerzeugnissen	95 808	0,3	5,0	37,2	0,9	52,0	4,7	
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	28 567	0,0	3,0	21,2	0,4	63,4	11,9	
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	36 967	0,9	4,3	26,1	0,2	60,3	8,2	
28	Maschinenbau	81 430	0,1	10,4	30,7	0,5	50,3	8,0	
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	116 479	0,4	1,5	29,1	0,4	51,0	17,5	
30	Sonstiger Fahrzeugbau	12 072	-	2,9	44,9	0,5	42,6	9,2	
31	H. v. Möbeln	10 698	-	7,8	12,8	35,7	41,3	2,5	
32	H. v. sonstigen Waren	10 713	-	5,9	41,1	1,6	47,7	3,8	
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	8 843	0,1	7,3	30,6	0,3	39,7	22,0	

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Soweit Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt werden, enthält der Gesamtenergieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stromes erfassen.

3 Einschl. nichtenergetischem Verbrauch (ausgenommen Strom und Fernwärme).

4 Beinhaltet feste und flüssige biogene Stoffe, Bio-, Klär- und Deponiegas und sonstige erneuerbare Energien.

5 Fernwärme, sonstige Mineralölerzeugnisse, hergestellte Gase, Abfälle und Dampf.

Methodik

Der Wirtschaftssektor Energie umfasst die Bereiche „Elektrizität“, „Gas“ und „Wärme“. Die hier dargestellten Daten stammen, soweit nicht anders angegeben, aus Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diese Daten liefern ein Grundgerüst für die Erstellung der nationalen Energiebilanzen und sind Bestandteil der internationalen Berichterstattung, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union und der Internationalen Energieagentur (IEA) verpflichtet hat.

Daten für die Bereiche „Elektrizität“ und „Erdgas“ auf der Erzeugungs- bzw. Gewinnungsstufe werden monatlich erfasst. Für die Wärmeerzeugung und das Aufkommen von anderen Gasarten, wie Flüssiggas oder Klärgas, liegen hingegen nur Jahresdaten vor. Aufgrund der derzeitigen Rechtsgrundlage (Energiestatistikgesetz) können bei der Elektrizitätserzeugung nur Anlagen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie befragt werden, deren Leistung größer 1 Megawatt (MW) ist.

Neben der Erzeugungsseite liegen auch jährliche Angaben zur Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden vor.

■ Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Die in den Tabellen 22.1.1 bis 22.1.3 nachgewiesenen Zahlen über Engpassleistung, Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch beziehen sich auf Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und auf Stromerzeugungsanlagen der Industrie. Berichtspflichtig sind Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

Die Angaben zur Engpassleistung beziehen sich auf die Werte am Jahresende. Der Brennstoffverbrauch für die Erzeugung aus Wasserkraft und Kernenergie wurde nach der Wirkungsgradmethode bewertet.

■ Wärme

Die Tabelle 22.2 enthält Angaben zu Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme (Wärmebilanz). Berichtspflichtig sind hier Heizwerke mit größer oder gleich 2 MW thermischer Engpassleistung und Heizkraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

■ Leitungsgebundenes Gas

Die inländische Erdgas- und Erdölgasgewinnung der Erdgasproduzenten stellt Tabelle 22.3 dar. Sie zeigt auch den Bezug und die Abgabe nach Abnehmergruppen.

■ Klärgas

Die Tabelle 22.4 enthält Daten zum Aufkommen und zur Verwendung von Klärgas. Berichtspflichtig sind hier Kläranlagen, die Klärgas gewinnen.

■ Flüssiggas

Die Abgabe von Flüssiggas (ausschließlich Propan und Butan) zeigt die Tabelle 22.5. Berichtspflichtig sind Unternehmen, die Flüssiggas an Letztverbraucher und Wiederverkäufer abgeben.

■ Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe

Die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stellt die Tabelle 22.6 dar. Neben dem Energieverbrauch (in Terajoule) insgesamt zeigt sie die Anteile der einzelnen Energieträger.

Glossar

Brennstoffverbrauch | Einsatz von Energieträgern zur Elektrizitäts- und/oder Wärmeerzeugung.

Engpassleistung | Die Engpassleistung einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Elektrizitätserzeugung einer Erzeugungseinheit | *Brutto-Elektrizitätserzeugung* | Das ist die erzeugte elektrische Arbeit, gemessen an den Generatorklemmen.

Netto-Elektrizitätserzeugung | Das ist die um ihren Betriebs-Eigenverbrauch verminderte Brutto-Elektrizitätserzeugung.

Flüssiggas | Das sind Propan und Butan gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

Klärgas | Es entsteht aus Klärschlamm, der bei der Reinigung von Abwasser in Kläranlagen gewonnen wurde.

Nettowärmeerzeugung | Das ist die gemessene nutzbare Wärme, die in einer Berichtszeit von einer Wärmeerzeugungsanlage (Heizwerks- oder Kraftwerksprozess) an Wärmeverbraucher außerhalb dieser Anlage mit Hilfe eines Trägermediums (z. B. Wasser oder Dampf) abgegeben wurde.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Energie* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 43

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Energie

Fachserie 4 | Produzierendes Gewerbe

Reihe 6 | Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/10

| Kraft-Wärme-Kopplung 2003 bis 2008

Heft 8/11

| Sich ständig wandelnde Energiemärkte – eine Herausforderung für die amtliche Energiestatistik

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 23 07

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

23 Bauen



Rund **756 000 Personen** in gut **75 000 Betrieben** des Bauhauptgewerbes tätig | 2013 baugewerblicher **Umsatz** von **95 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Davon **35 %** im **Wohnungsbau** erzielt | **Wohnfläche pro Kopf** lag 2012 bei **47 m²** | Im Schnitt **4 Räume** je Wohnung | 2013 gut **242 000 Neubauwohnungen genehmigt** | 2012 mehr als **180 000 Neubauwohnungen** mit einer Gesamtwohnfläche von 20 Millionen m² **fertig gestellt**

Seite

561 **Auf einen Blick**

Tabellen

562 **Strukturdaten der Betriebe**

Bauhauptgewerbe | Ausbaugewerbe | Nach Ländern | Umsatz | Nach Beschäftigtengrößenklassen

565 **Indizes**

Auftragseingang | Auftragsbestand | Produktion

565 **Bautätigkeit**

Wohnungsbestand | Baugenehmigungen | Baufertigstellungen

568 **Methodik**

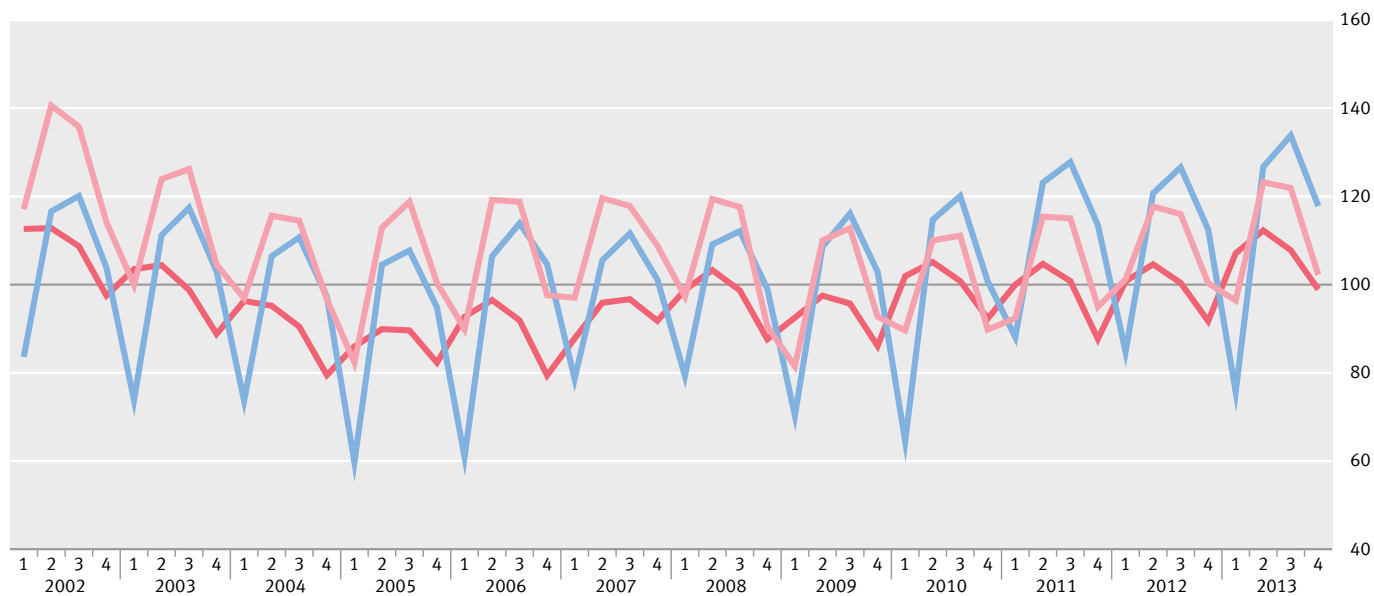
569 **Glossar**

570 **Mehr zum Thema**

23.0 Auf einen Blick

Entwicklung im Bauhauptgewerbe
preisbereinigt, 2010 = 100

— Produktion — Auftragseingang — Auftragsbestand



2014 - 01 - 0361

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.1 Im Bauhauptgewerbe nach Ländern

	Betriebe	Tätige Personen ¹	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ²
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2010	73 292	716	18 815	819	81 933
2011	74 424	734	20 114	912	92 192
2012	75 181	745	20 692	885	92 625
2013	75 332	756	21 421	892	95 478
2013 nach Ländern					
Baden-Württemberg	7 172	90	2 750	107	12 256
Bayern	14 105	139	4 059	160	19 333
Berlin	2 576	21	559	23	2 885
Brandenburg	4 676	33	778	41	3 713
Bremen	160	3	115	4	550
Hamburg	984	9	327	9	1 779
Hessen	5 897	51	1 484	58	6 645
Mecklenburg-Vorpommern	1 345	16	391	20	1 598
Niedersachsen	6 201	81	2 392	96	10 697
Nordrhein-Westfalen	12 516	129	3 873	156	15 311
Rheinland-Pfalz	3 904	38	1 091	45	4 781
Saarland	638	9	272	10	1 069
Sachsen	6 822	57	1 318	67	6 112
Sachsen-Anhalt	2 881	30	723	36	3 111
Schleswig-Holstein	2 448	23	639	27	2 711
Thüringen	3 007	27	651	33	2 926

Alle Betriebe.

1 Durchschnitt aus zwölf Monatswerten.

2 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.2 Im Ausbaugewerbe nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ^{1 2}	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2010	7 303	290	8 270	366	32 844
2011	7 491	300	8 752	382	35 789
2012	7 792	312	9 290	394	36 520
2013	8 165	327	9 929	411	38 018
2013 nach Ländern					
Baden-Württemberg	1 054	44	1 500	49	5 715
Bayern	1 367	59	1 786	73	7 453
Berlin	293	14	394	17	1 522
Brandenburg	256	9	217	11	915
Bremen	68	3	88	3	316
Hamburg	166	7	252	9	934
Hessen	543	22	726	27	2 776
Mecklenburg-Vorpommern	166	6	145	8	628
Niedersachsen	862	35	1 015	44	3 664
Nordrhein-Westfalen	1 636	63	1 975	83	6 951
Rheinland-Pfalz	415	16	474	20	1 649
Saarland	99	4	103	4	359
Sachsen	500	19	502	25	2 142
Sachsen-Anhalt	252	10	266	14	1 138
Schleswig-Holstein	222	8	239	10	900
Thüringen	269	10	246	13	956

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Durchschnitt aus vier Vierteljahreswerten.

2 Einschl. gewerblich Auszubildender.

3 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.3 Umsatz im Bauhauptgewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz						
		zusammen	Gewerblicher Bau		Wohnungs- bau	Öffentlicher Bau und Straßenbau		
			Hochbau	Tiefbau		Hochbau	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
Mill. EUR	Anteil am baugewerblichen Umsatz in %							
2010	83 062	81 933	22,0	14,0	32,1	8,0	13,4	10,4
2011	93 429	92 192	22,3	14,2	33,6	6,9	13,2	9,8
2012	93 823	92 625	22,8	14,0	35,0	6,0	12,8	9,3
2013	96 603	95 478	22,7	13,4	35,3	6,2	12,6	9,7

Alle Betriebe.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.4 Umsatz im Ausbaugewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz		
		insgesamt	Bauinstallation	sonstiger Ausbau
Mill. EUR				
2010	34 356	32 844	78,3	21,7
2011	37 347	35 789	78,3	21,7
2012	37 466	36 520	78,5	21,5
2013	38 968	38 018	78,4	21,6

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.5 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe im Juni 2013

	Insgesamt	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)	Errichtung von Fertigteilbauten	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	Brücken- und Tunnelbau; Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	Sonstiger Tiefbau	Abbrucharbeiten, vorbereitende Baustellenarbeiten, Test- und Suchbohrungen	Dachdeckerei und Zimmerei	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten, a. n. g.
Betriebe insgesamt	75 332	20 189	563	3 294	2 677	1 795	5 085	24 865	16 864
	mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	89,7	86,2	87,4	68,2	63,4	75,9	94,3	95,6	93,9
20 – 49	7,3	10,2	6,6	16,8	22,8	15,8	4,4	4,0	4,4
50 – 99	1,9	2,4	3,0	8,3	9,6	5,5	0,9	0,3	1,2
100 – 199	0,8	0,9	2,1	4,6	3,2	2,1	0,4	0,1	0,4
200 – 499	0,2	0,3	0,7	1,8	0,9	0,7	0,0	0,0	0,1
500 und mehr	0,0	0,0	0,2	0,3	0,1	0,1	0,0	-	0,0
Tätige Personen insgesamt	768 812	249 691	9 339	97 522	70 625	34 510	32 921	161 630	112 574
	in Betrieben mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	45,6	42,3	25,7	16,8	17,9	25,7	57,4	78,3	52,4
20 – 49	21,2	24,4	12,5	17,5	27,2	25,0	19,7	16,9	19,7
50 – 99	12,8	13,0	13,4	19,6	24,7	19,7	8,5	3,3	11,9
100 – 199	10,1	10,3	16,8	21,4	16,4	13,9	8,6	.	.
200 und mehr	10,3	10,0	31,6	24,7	13,9	15,7	5,9	.	.
	Art der tätigen Personen (in %)								
Tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen und unbezahlt mithelfende Familienangehörige	7,1	5,0	4,1	1,7	1,7	2,9	12,8	12,2	12,5
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer/-innen, Kaufmännische/technische Auszubildende	19,5	20,3	28,6	20,5	20,4	21,2	19,4	16,3	19,5
Facharbeiter/-innen einschl. Polieren/Polierinnen und Meistern/Meisterinnen	52,7	59,2	53,5	49,0	48,6	47,9	37,8	56,4	44,2
Fachwerker/-innen und Werker/-innen	16,1	10,8	11,4	25,4	26,1	24,6	28,7	6,9	21,2
Gewerblich Auszubildende und Umschüler/-innen ...	4,6	4,6	2,5	3,4	3,2	3,5	1,3	8,2	2,6

Alle Betriebe.

23.1.6 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe Ende Juni 2013

	Einheit	Insgesamt	Elektroinstallation	Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimainstallation	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	Sonstige Bauinstallation, a. n. g.	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	Bautischlerei und -schlosserei	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	Malerei und Glaserei	Sonstiger Ausbau, a. n. g.
Betriebe insgesamt ¹	Anzahl	19 974	4 809	6 690	741	580	736	1 670	1 379	3 196	173
dar. mit 20 tätigen Personen und mehr	%	40,3	45,6	41,7	43,3	55,3	36,8	32,3	27,9	36,6	32,4
Tätige Personen insgesamt ¹	Anzahl	494 797	136 518	166 428	20 662	21 921	16 090	33 224	25 812	70 019	4 123
dar. in Betrieben mit 20 tätigen Personen und mehr	%	66,8	73,7	67,4	72,1	83,7	59,6	53,3	48,5	59,8	60,6

1 Betriebe von Unternehmen mit 10 tätigen Personen und mehr.

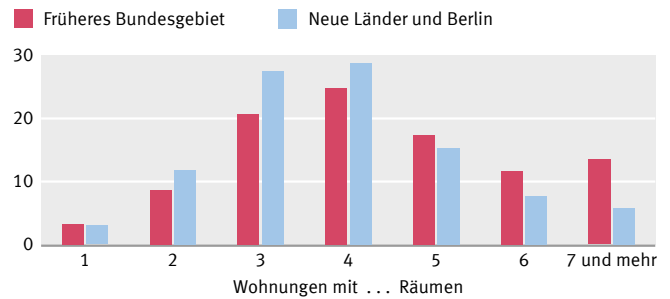
23.2 Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestands und der Produktion im Bauhauptgewerbe

	Gewichtung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Auftragseingang, 2010 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	106,2	99,2	100	104,4	108,8	110,9
Hochbau	49,97	109,3	95,1	100	109,3	115,4	117,9
Tiefbau	50,03	103,1	103,3	100	99,6	102,3	104,0
Auftragsbestand, 2010 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100	97,1	93,0	100	98,3	99,4	106,5
Hochbau	47,23	105,3	92,8	100	103,2	108,6	116,3
Tiefbau	52,77	89,8	93,1	100	94,0	91,2	97,9
Produktion, 2010 = 100²							
Bauhauptgewerbe ..	100	99,9	99,5	100	113,1	111,2	113,5
Hochbau	62,10	98,8	98,2	100	113,5	113,1	115,5
Tiefbau	37,90	101,7	101,6	100	112,5	108,0	110,2

Preisbereinigt.

- 1 Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.
- 2 Berechnungsmethode 2010 = 100 in „Wirtschaft und Statistik“, 3/2013, S. 185ff.

Struktur des Wohnungsbestandes 2012 in %



Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011 (Stand: 31.5.2013), einschl. Wohnheime.

2014 - 01 - 0362

23.3 Bautätigkeit

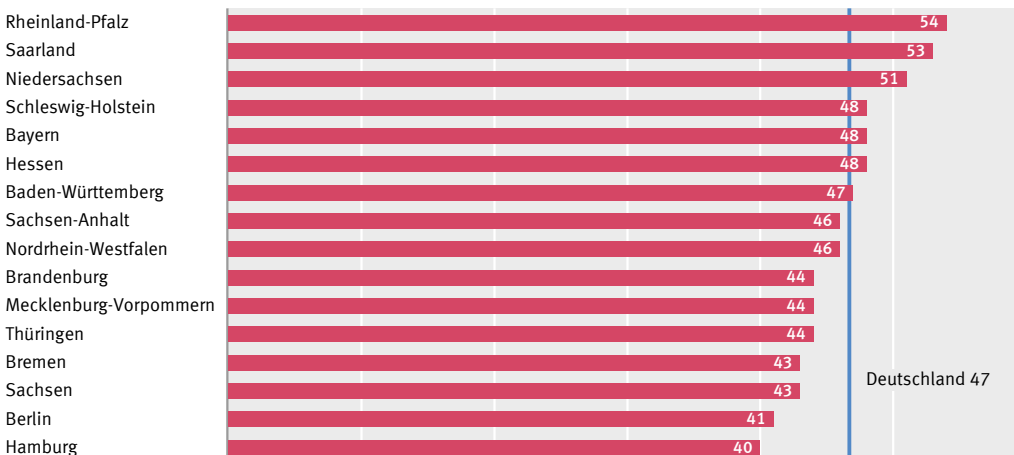
23.3.1 Strukturdaten zum Wohnungsbestand

	Einheit	2000	2007	2008	2009	2010 ¹	2011 ¹	2012 ¹
Wohnungen								
Insgesamt	Anzahl	38 383 645	39 918 192	40 057 282	40 183 563	41 223 250	41 373 770	41 550 267
Je 1 000 Einwohner/-innen ..	Anzahl	467	486	488	491	504	515	516
Wohnfläche								
Insgesamt	1 000 m ²	3 245 487	3 443 790	3 462 334	3 479 042	3 723 050	3 741 851	3 763 379
Je Wohnung	m ²	84,6	86,3	86,4	86,6	90,3	90,4	90,6
Je Einwohner/-in	m ²	39,5	41,9	42,2	42,5	45,5	46,6	46,7
Räume								
Insgesamt	Anzahl	167 636 286	176 113 985	176 859 737	177 523 489	179 856 021	180 603 393	181 455 883
Je Wohnung	Anzahl	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Je Einwohner/-in	Anzahl	2,0	2,1	2,2	2,2	2,2	2,2	2,3

Fortschreibungsergebnisse bis 2009 auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 (Früheres Bundesgebiet) und 1995 (Neue Länder und Berlin-Ost). Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels. – Ohne Wohnheime und Wohnungen in Wohnheimen. – Stand: jeweils Jahresende.

1 Ab 2010 Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011 (Stand: 31.5.2013), einschl. Wohnheime.

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin bzw. Einwohner 2012 in m²



Wohnfläche in Wohn- und Nichtwohngebäuden.

Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011 (Stand: 31.5.2013), einschl. Wohnheime.

2014 - 01 - 0362

23.3 Bautätigkeit

23.3.2 Baugenehmigungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
Wohn- und Nichtwohngebäude						
2010	125 661	294 472	167 759	32 761	19 165	46 685
2011	144 797	338 033	204 724	36 061	23 324	55 751
2012	139 492	339 051	216 594	36 166	23 953	58 279
2013	141 902	339 388	242 149	35 424	25 967	63 357
davon (2013):						
Wohngebäude insgesamt	113 291	137 885	237 274	6 600	25 599	37 824
nach Gebäudeart (in %)						
Wohngebäude mit 1 Wohnung	79,3	52,6	37,9	52,8	52,3	52,3
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	9,0	8,7	8,6	9,0	8,7	8,7
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	11,5	37,7	50,1	37,0	37,9	37,8
Wohnheime	0,2	1,1	3,4	1,2	1,0	1,2
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	6,8	22,5	28,2	22,3	22,9	22,7
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	0,7	1,7	2,9	1,8	1,7	2,0
Wohnungsunternehmen	16,9	29,4	37,1	27,6	30,1	29,2
Immobilienfonds	0,2	0,8	1,0	0,6	0,8	0,7
Sonstige Unternehmen	3,3	5,5	7,0	5,2	5,4	5,4
Private Haushalte	79,0	62,6	52,0	64,7	62,0	62,7
Nichtwohngebäude insgesamt	28 611	201 503	4 875	28 824	368	25 533
nach Gebäudeart (in %)						
Anstaltsgebäude	1,6	3,2	32,7	4,1	16,7	9,7
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,7	7,8	13,9	10,0	17,1	18,8
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	25,3	18,4	3,0	19,5	4,3	6,9
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,1	19,1	7,0	16,6	10,8	15,2
Handels- einschl. Lagergebäude	26,9	38,1	27,3	31,6	33,9	22,9
Hotels und Gaststätten	1,9	1,5	3,8	2,2	4,2	3,8
Sonstige Nichtwohngebäude	24,5	11,8	12,2	16,0	13,0	22,7
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	13,3	11,3	42,6	13,3	26,9	28,3
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	11,3	9,3	14,3	10,6	9,5	24,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	25,4	18,5	3,0	19,7	4,3	7,0
Produzierendes Gewerbe	17,2	27,5	5,4	23,5	8,2	20,7
Dienstleistungen ³	26,4	39,1	58,7	39,7	55,6	42,3
Private Haushalte	19,7	5,5	18,6	6,6	22,4	5,3

1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

23.3 Bautätigkeit

23.3.3 Baufertigstellungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
	Wohn- und Nichtwohngebäude					
2009	109 053	282 519	140 166	32 018	16 087	41 134
2010	111 330	260 194	142 891	29 636	16 415	40 267
2011	125 022	276 057	164 178	30 728	18 898	45 095
2012	128 458	295 905	180 611	31 615	20 475	47 673
davon (2012):						
Wohngebäude insgesamt	100 816	108 419	176 617	4 998	20 183	27 577
	nach Gebäudeart (in %)					
Wohngebäude mit 1 Wohnung	83,6	61,9	47,7	63,2	61,4	61,9
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	7,9	8,6	9,0	8,9	8,7	8,6
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	8,3	28,6	40,2	27,0	29,1	28,5
Wohnheime	0,1	0,9	3,0	0,9	0,9	1,0
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	5,4	17,3	22,8	17,7	17,8	17,2
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	0,5	1,3	2,5	1,2	1,2	1,5
Wohnungsunternehmen	17,2	26,7	34,7	23,5	27,9	26,4
Immobilienfonds	0,2	0,4	0,6	0,4	0,4	0,3
Sonstige Unternehmen	3,2	4,0	4,7	4,2	4,0	3,9
Private Haushalte	78,8	67,6	57,5	70,8	66,5	68,0
Nichtwohngebäude insgesamt	27 642	187 486	3 994	26 616	292	20 096
	nach Gebäudeart (in %)					
Anstaltsgebäude	1,7	3,1	30,9	4,2	14,1	9,2
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,1	5,8	9,7	7,6	13,9	14,3
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	28,2	18,0	3,1	19,4	4,5	7,4
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,1	19,5	6,4	17,3	11,1	17,7
Handels- einschl. Lagergebäude	27,3	40,6	34,2	34,1	39,7	25,3
Hotels und Gaststätten	1,5	1,1	1,1	1,6	1,4	3,1
Sonstige Nichtwohngebäude	22,1	12,0	14,6	15,7	15,2	23,1
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	13,4	11,9	42,0	14,2	25,3	28,6
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	10,8	8,5	19,0	10,3	11,7	23,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	28,6	18,2	2,9	19,7	4,0	7,6
Produzierendes Gewerbe	17,5	27,4	5,9	24,4	9,3	22,2
Dienstleistungen ³	25,2	41,2	56,3	39,9	53,3	41,9
Private Haushalte	17,9	4,7	15,9	5,7	21,8	4,9

Aktuellere Angaben lagen zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

- 1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.
 2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

- 3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Methodik

Die Baustatistiken (Bauberichterstattung und Bautätigkeitsstatistik) stellen das Baugeschehen von der Planung der Bauvorhaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauwerk aus verschiedenen Blickwinkeln dar.

■ Bauberichterstattung

Die Bauberichterstattung, die in das System der Statistik im Produzierenden Gewerbe integriert ist (siehe hierzu Kapitel 20), liefert wichtige Konjunkturindikatoren über die Bauwirtschaft (Auftragseingang, Umsatz, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden). Diese Indikatoren werden bei den Betrieben von Unternehmen des Baugewerbes erhoben.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung.

■ Bautätigkeit

Die Angaben der **Bautätigkeitsstatistik** (Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, Bauabgänge und Bauüberhang) werden auf Gebäude bezogen und beim Bauherrn bzw. bei der Bauaufsichtsbehörde erfasst. Sie ergänzen die Konjunkturindikatoren durch Informationen über die Struktur des Baugeschehens. Die Bautätigkeitsstatistik erstreckt sich auf alle genehmigungspflichtigen bzw. ihnen gleichgestellten Baumaßnahmen im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Erfasst werden Baugenehmigungen und Baufertigstellungen nach ausgewählten Merkmalen, wie Nutz- und Wohnflächen sowie Kosten. Die Erhebung des Bauüberhangs stellt die am Jahresende genehmigten, aber noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben fest.

Die **Wohnungsbestandsdaten** beschreiben den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes wurde auf Grundlage der Daten durchgeführt, die in der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25.5.1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. vom 30.9.1995 (neue Länder und Berlin-Ost) erhoben wurden. Ab dem Berichtsjahr 2010 basieren die Daten auf der Gebäude- und Wohnungszählung vom 9.5.2011 (Stand: 31.5.2013), die im Rahmen des Zensus 2011 durchgeführt wurde.

Rechtsgrundlage für die Durchführung dieser Statistiken ist das Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) vom 5.5.1998 (BGBl. I S. 869) in der jeweils gültigen Fassung.

Baufertigstellungen | Zeitpunkt der Bezugsfertigstellung, zu dem die Arbeiten am Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen sind und zu dem das Gebäude bzw. die Wohnung bezogen oder – bei leer stehenden Gebäuden – bezugsfertig wird.

Baugenehmigungen | Erteilung von bauamtlichen Genehmigungen zur Bauausführung – gleichgültig ob vorläufig, endgültig oder mit Einschränkungen.

Baujahr | Jahr der Bezugsfertigstellung des Gebäudes.

Bauüberhang | Die Statistik des Bauüberhangs stellt das Bindeglied zwischen den Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsmeldungen dar. Sie erfasst am Jahresende genehmigte, aber noch nicht begonnene bzw. bereits im Bau befindliche Gebäude.

Betrieb | Als Einheit gilt der Baubetrieb und nicht die Baustelle oder das Bauunternehmen. Filialbetriebe eines Bauunternehmens werden wie selbstständige Betriebe behandelt.

Eigentumswohnungen | Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes zur Reform des Kontopfändungs-schutzes vom 7.7.2009 (BGBl. I S. 1707).

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Gebäude | Selbstständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Teil als selbstständiges Gebäude, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer getrennt ist. Nicht zu den Gebäuden zählen Unterkünfte.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Inhaberinnen und Inhabern, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Auszubildenden auf Baustellen im Bundesgebiet tatsächlich geleisteten Stunden (nicht die bezahlten).

Gewerblicher Bau | Überwiegend gewerblichen Zwecken dienende Bauten, auch der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, Pipelines, Kinos, Hotels, Bürogebäuden, Lager- und Kühlhäusern, Markthallen, Ställen, Scheunen usw.

Hochbauten | Gebäude, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen (z. B. Wohn- oder Geschäftshäuser, Industriegebäude). Zu den Hochbauten zählen auch Bauwerke, die zwar unter dem Erdboden liegen, jedoch dem Menschen zugänglich und zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind (z. B. Zivilschutzanlagen, Tiefgaragen).

Index des Auftragsbestands | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser auf der Basis 2010 = 100 vierteljährlich preisbereinigt (Volumenindex). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsbestandsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Auftragsingangs | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser Index auf der Basis 2010 = 100 monatlich preisbereinigt (Volumenindex). Als Auftragsingänge gelten die im Berichtsmonat eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge entsprechend der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsingangsanteilen des Basiszeitraums.

Nichtwohngebäude | Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind (gemessen an der Gesamtnutzfläche). Zu den Nichtwohngebäuden zählen z. B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, wie Fabrikgebäude, Hotels und dergleichen.

Öffentlicher Bau und Straßenbau | Bauten, die überwiegend für die Ausübung staatlicher und kommunaler Funktionen benötigt werden (z. B. Gerichte, Finanzämter, Kasernen, Kanalisation, Sportanlagen, Schulen) sowie Straßenbauten (z. B. Straßen, Autobahnen und Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze), unabhängig vom Auftraggeber.

Räume | Wohn- und Schlafräume (einschließlich zweckentfremdeter Räume) mit 6 m² und mehr sowie alle abgeschlossenen Küchen (ohne Rücksicht auf die Größe).

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie aus Nebengeschäften. Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen sind nicht einbezogen. Es handelt sich hierbei um den steuerlichen Umsatz. Das sind die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren Beträge im Bundesgebiet. Die Umsätze werden in der Regel nach den vereinbarten Entgelten besteuert und ohne Umsatzsteuer erfasst. Seit dem 1.1.1980 werden auch Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen versteuert und damit in die Meldungen einbezogen.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Die Anteile der Unternehmen an Arbeitsgemeinschaften werden im Baugewerbe in die Unternehmensdaten einbezogen.

Veranschlagte Kosten des Bauwerkes | Kosten der Baukonstruktion (einschließlich Erdarbeiten), die Kosten aller fest verbundenen Einbauten und die Kosten für besondere Bauausführungen. Die veranschlagten Kosten werden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung ermittelt. Sie schließen die Umsatzsteuer ein.

Wohnungsbau | Bauten, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sowie der Umbau oder die Erweiterung bisher anderweitig genutzter Gebäude und Räume zu Wohnungen, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Wohnhäusern oder Wohnungen.

Wohnfläche | Fläche aller Wohn- und Schlafräume sowie aller Küchen und Nebenräume. Unberücksichtigt bleiben dabei die nicht zum Wohnen bestimmten Boden-, Keller- und Wirtschaftsräume.

Wohngebäude | Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen (gemessen an der Gesamtnutzfläche).

Wohnheime | Wohngebäude (mit einer Heimleitung), die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen (z. B. Studentenwohnheim, Seniorenwohnheim). Wohnheime besitzen Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Gemeinschaftsräume). Die in Wohnheimen lebenden Personen führen einen eigenen Haushalt.

Wohnung | Gesamtheit der Räume, die die Führung eines Haushalts ermöglichen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Bauen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 44 sowie 31

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Strukturdaten der Betriebe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 5 | Baugewerbe

■ Bautätigkeit

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1 | Bautätigkeit

Reihe 3 | Bestand an Wohnungen

STATmagazin

| Bauen, kaufen, mieten: Zur Situation auf dem deutschen Wohnungsmarkt (2014)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 29 67 (Strukturdaten der Betriebe), +49 (0)6 11 / 75 28 84 (Bautätigkeit).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



24 Binnenhandel

6,2 Millionen Personen in **578 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der **tätigen Personen** im **Einzelhandel**, knapp **ein Drittel** im **Großhandel** | **2012 Umsatz** von **1,9 Billionen Euro** erwirtschaftet | Davon setzte **Großhandel** mit 1,2 Billionen Euro deutlich **mehr als Hälfte** um | **Einzelhandel** tätigte mit 498 Milliarden Euro **weniger als ein Drittel** | **Kfz-Handel** erzielte Umsatz von **207 Milliarden Euro** | **Weihnachtsgeschäft** bringt im **Spielwarenhandel** fast **28 %** des Jahresumsatzes ein

Seite

573 **Auf einen Blick**

Tabellen

574 **Strukturdaten der Unternehmen im Handel**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

575 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung |
Personalaufwendungen | Bruttobetriebsüberschuss

577 **Aufwendungen im Handel**

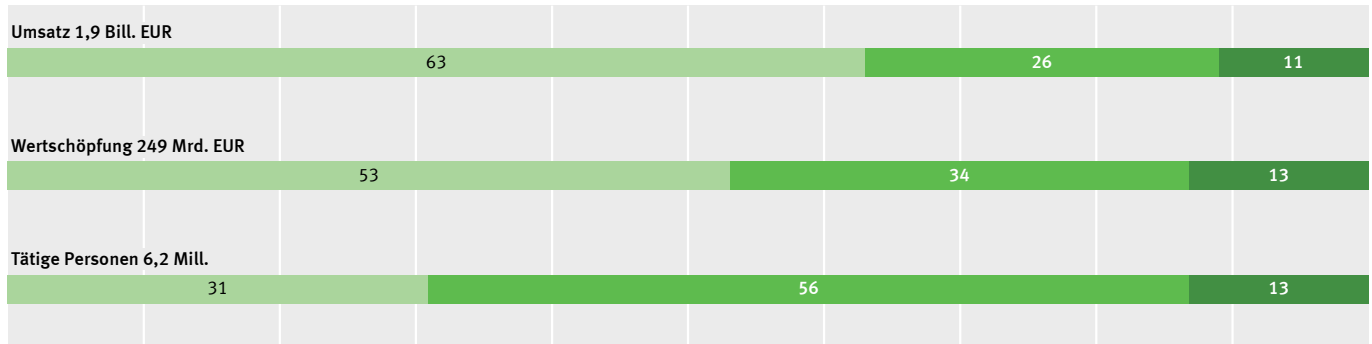
578 **Methodik**

579 **Glossar**

580 **Mehr zum Thema**

24.0 Auf einen Blick

Umsatz, Bruttowertschöpfung und tätige Personen im Handel 2012
in %



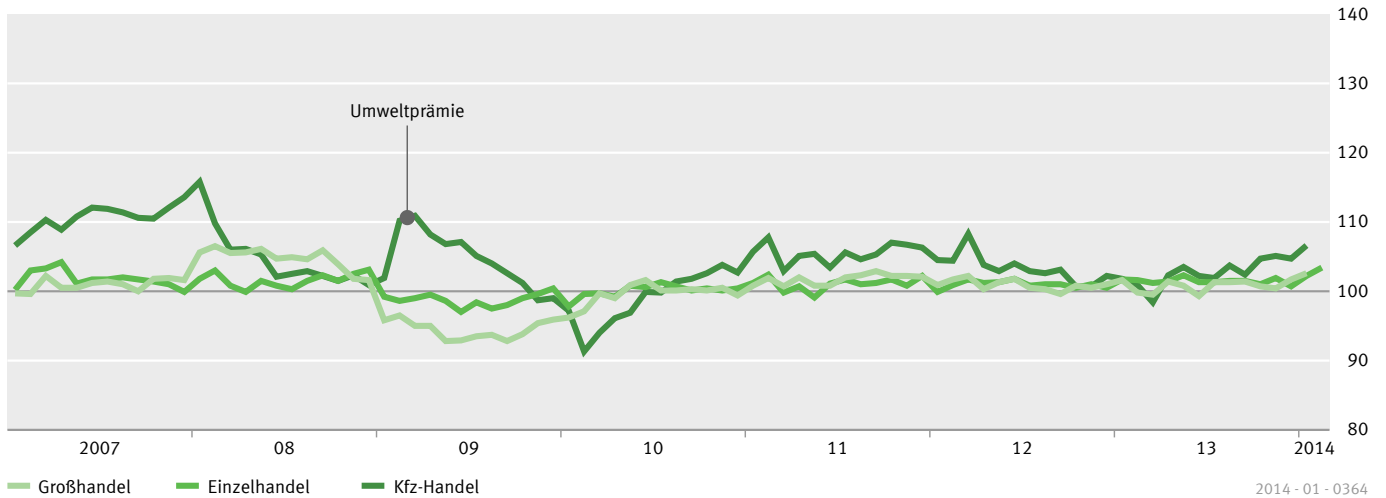
■ Großhandel¹
■ Einzelhandel¹
■ Kfz-Handel²

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Reale konjunkturelle Entwicklung im Handel

Kalender- und saisonbereinigte Werte, 2010 = 100



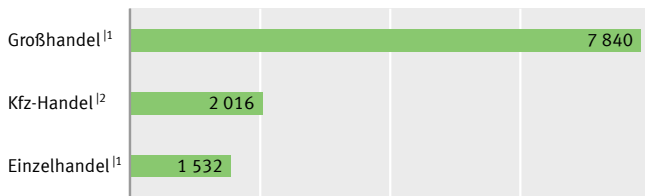
24.1 Strukturdaten der Unternehmen im Handel 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl			Mill. EUR		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	577 926	759 648	6 175 084	1 882 670	249 456	20 913
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	102 459	115 573	815 805	206 543	33 002	3 522
45.1	Handel mit Kraftwagen	36 540	41 617	388 630	140 236	17 649	2 131
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	45 646	49 562	276 858	26 445	8 970	948
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	15 359	19 273	131 786	36 570	5 755	404
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	4 914	5 121	18 531	3 291	629	39
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	150 222	182 766	1 905 028	1 177 750	132 387	9 887
46.1	Handelsvermittlung	41 916	43 184	101 128	9 323	6 197	256
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	6 403	8 390	63 309	67 579	3 252	427
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	13 854	17 573	270 454	187 925	17 260	1 707
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	28 432	35 280	486 136	234 335	35 057	2 213
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	4 751	6 075	119 282	85 835	12 602	349
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	20 991	25 228	267 623	102 663	19 842	1 533
46.7	Sonstiger Großhandel	28 863	38 444	490 802	418 264	32 274	2 979
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5 013	8 591	106 293	71 825	5 902	422
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	325 245	461 310	3 454 251	498 378	84 067	7 504
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	35 394	72 157	1 155 317	206 979	26 457	2 845
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	36 365	51 089	250 072	19 818	4 118	348
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	7 653	9 638	90 613	16 016	1 806	107
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	18 841	23 595	123 552	24 427	4 051	453
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	48 961	59 565	420 620	59 665	12 926	987
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	26 018	32 123	154 211	15 476	3 486	244
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	116 949	174 761	1 064 217	114 709	25 182	2 023
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	6 013	6 647	22 237	1 126	271	33
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	29 050	31 735	173 413	40 162	5 770	463

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Umsatz je Unternehmen 2012

in 1 000 EUR

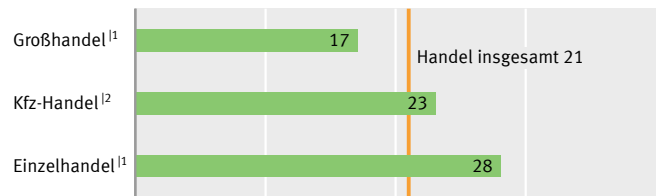


1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Rohrertragsquote 2012

Anteil des Rohertrags am Umsatz, in %



2014 - 01 - 0365

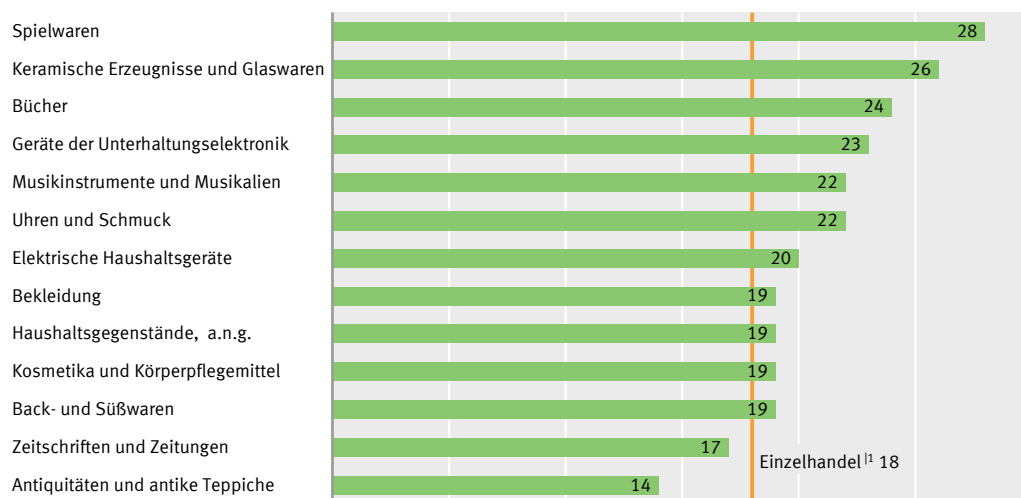
24.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Rohertragsquote	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %					
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 882 670	20,6	23,7	88,3	13,3	8,7	4,3
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	206 543	23,1	26,6	85,2	16,0	10,7	5,1
45.1	Handel mit Kraftwagen	140 236	18,4	21,1	88,7	12,6	8,5	4,0
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	26 445	46,0	54,9	66,4	33,9	22,9	10,7
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	36 570	24,1	26,6	85,6	15,7	10,6	4,8
45.4	Handel mit Kraftträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Kraftträdern	3 291	27,6	29,8	81,8	19,1	9,9	9,1
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 177 750	17,0	19,4	90,1	11,2	6,6	4,4
46.1	Handelsvermittlung	9 323	86,1	91,6	35,0	66,5	25,1	41,0
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	67 579	7,4	8,8	95,8	4,8	2,7	2,1
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	187 925	14,8	17,5	92,2	9,2	4,8	4,1
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	234 335	24,5	28,3	87,5	15,0	9,1	5,5
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	85 835	18,8	21,9	87,6	14,7	8,4	6,1
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	102 663	26,5	29,7	82,2	19,3	11,6	7,5
46.7	Sonstiger Großhandel	418 264	11,7	13,3	92,8	7,7	4,9	2,7
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	71 825	12,8	14,4	92,8	8,2	5,4	2,7
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	498 378	28,3	32,6	85,3	16,9	12,9	3,7
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	206 979	20,5	25,8	90,6	12,8	11,2	1,3
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	19 818	32,5	36,7	80,1	20,8	14,4	6,2
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	16 016	16,9	18,8	88,9	11,3	6,2	5,0
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	24 427	27,1	31,2	84,9	16,6	12,6	3,9
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	59 665	38,1	41,8	80,5	21,7	16,0	4,8
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	15 476	35,7	38,8	78,4	22,5	15,2	7,2
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	114 709	36,4	39,6	78,4	22,0	15,7	6,1
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	1 126	39,0	42,3	75,2	24,1	11,5	12,5
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	40 162	30,5	35,6	89,2	14,4	10,0	4,0

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Weihnachtsgeschäft in ausgewählten Branchen 2013

Anteil am Gesamtumsatz, in %



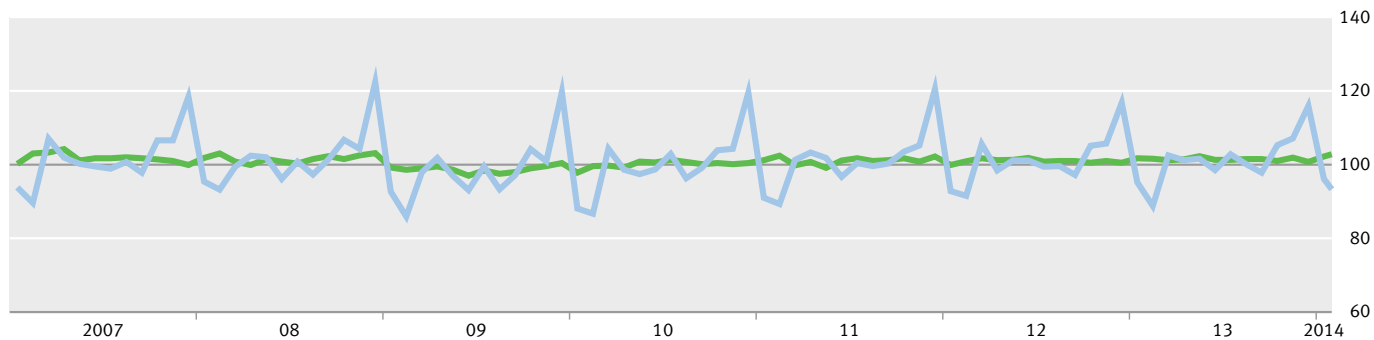
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Reale konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel

2010 = 100

— Saisonbereinigt

— Unbereinigt

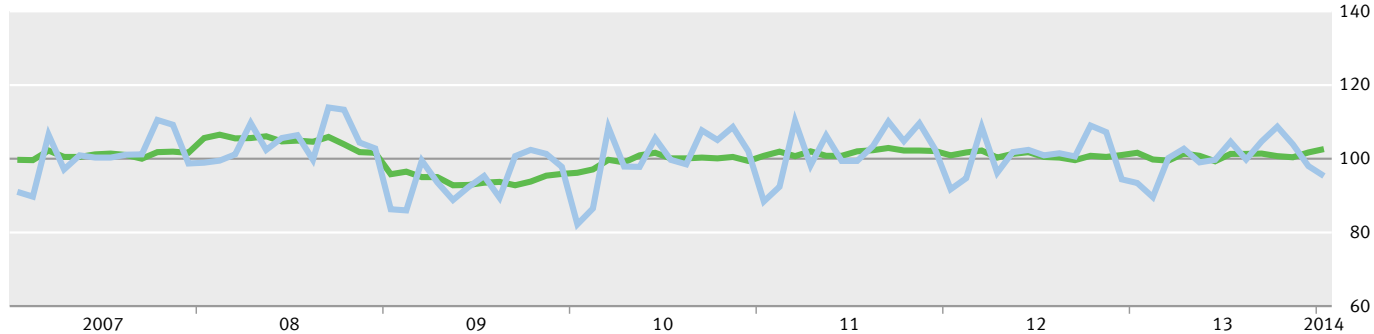


Reale konjunkturelle Entwicklung im Großhandel

2010 = 100

— Saisonbereinigt

— Unbereinigt

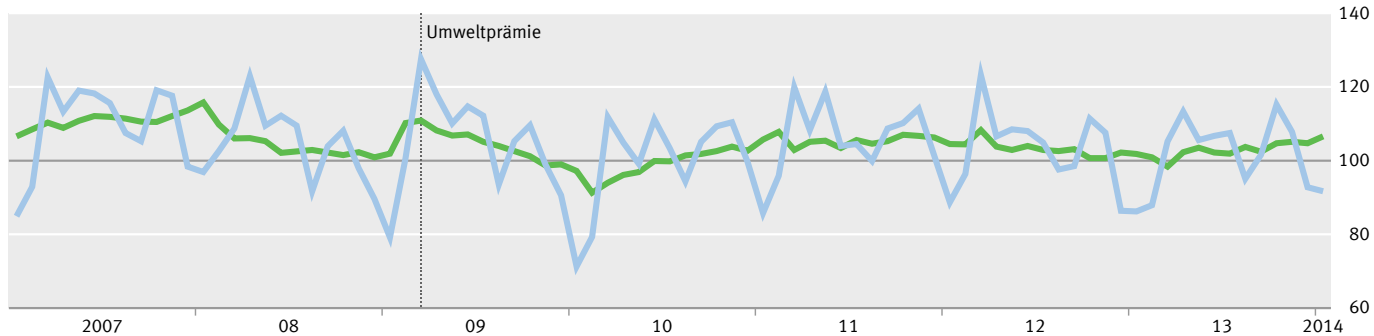


Reale konjunkturelle Entwicklung im Kfz-Handel

2010 = 100

— Saisonbereinigt

— Unbereinigt



2014 - 01 - 0367

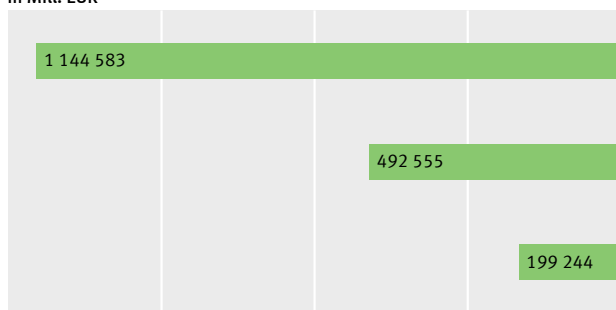
24.3 Aufwendungen im Handel 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Aufwendungen				
		insgesamt	davon			
			Bezüge von Handelswaren	Entgelte und Sozialabgaben	Leistungen	Sonstige
Mill. EUR						
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen . . .	1 836 382	1 471 638	164 268	128 199	72 278
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	199 244	154 940	22 195	13 090	9 018
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 144 583	967 789	77 938	71 741	27 116
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	492 555	348 908	64 135	43 368	36 143

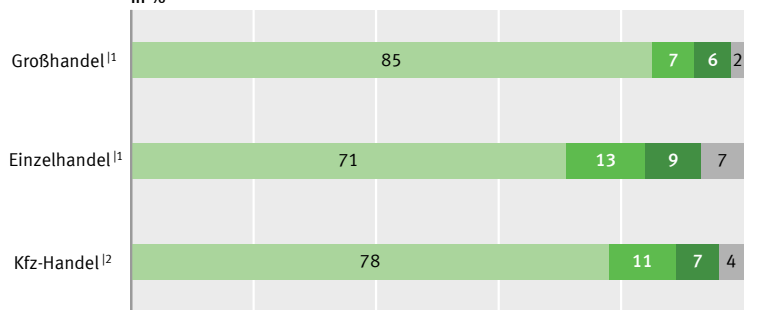
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Aufwendungen 2012

in Mill. EUR



in %



■ Bezüge von Handelswaren ■ Entgelte und Sozialabgaben ■ Leistungen ■ Sonstige

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2014 - 01 - 0368

Methodik

■ Binnenhandel

Die **Handelsstatistik** umfasst monatliche Vollerhebungen im Kraftfahrzeug- und Großhandel, eine monatliche Stichprobenerhebung im Einzelhandel und jährliche Stichprobenerhebungen über den gesamten Binnenhandel. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) bestimmt den Erhebungsbereich der Handelsstatistik: Der Abschnitt G dieser Klassifikation umfasst alle Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. Zum Abschnitt G gehören die Abteilungen 45 „Kfz-Handel“, 46 „Großhandel (und Handelsvermittlung)“ und 47 „Einzelhandel“. Die jährliche Stichprobe wählt aus dem Handel höchstens 8,5 % der Unternehmen mit Sitz in Deutschland aus. In der monatlichen Vollerhebung im Kfz-Handel sind alle Unternehmen auskunftspflichtig, die mindestens 10 Millionen Euro Jahresumsatz erwirtschaften oder mindestens 100 Beschäftigte haben. Für die monatliche Großhandelsstatistik besteht Auskunftspflicht bei mindestens 20 Millionen Euro Jahresumsatz oder mindestens 100 Beschäftigten. Informationen unterhalb dieser Grenzen gewinnen die Statistiken aus Verwaltungsdaten. Die monatliche Einzelhandelsstatistik ist dagegen eine dreifach geschichtete Stichprobenerhebung. Auskunftspflichtig sind Stichprobenunternehmen mit einem jährlichen Umsatz von mindestens 250 000 Euro.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Handelsstatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

■ Konjunktur- und Strukturdaten sowie betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

Zum Erhebungsprogramm der Monaterhebungen im Handel gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Handelsstatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monaterhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung im Handel** stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Handelsstatistiken dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Handel vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Erfasst werden weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben. Schließlich erfolgt eine Aufgliederung des Gesamtumsatzes nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten. Neben dem jährlichen Erhebungsprogramm gibt es in mehrjährlichem Abstand wiederkehrende zusätzliche Merkmale (z. B. „Verkaufsfläche“ im Einzelhandel).

Nach §11a BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitliche Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird für die Bereiche Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen. Für den Großhandel (einschl. Handelsvermittlung) erhebt zentral das Statistische Bundesamt die Daten.

In der monatlichen Einzelhandelsstatistik stellt die Aktualität ein herausragendes Qualitätskennzeichen dar. So veröffentlicht das Statistische Bundesamt auf seiner Homepage unter Konjunkturindikatoren erste vorläufige Ergebnisse für ausgewählte

Wirtschaftszweige gut 30 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Wirtschaftlich tief gegliederte Ergebnisse stehen rund 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats in der Datenbank GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse für die monatlichen Kraftfahrzeughandels- und Großhandelsstatistiken stehen nach 60 Tagen in GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da die Unternehmen die meisten Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Handelsstatistik – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt wegen ihres großen Stichprobenumfangs und der geringfügigen Antwortausfälle. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfbereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Handelsstatistik nicht zuletzt wegen der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsraten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das in der Jahreserhebung angewandte Stichtagsprinzip. Im Einzelhandel werden ferner in der monatlichen Statistik nur Unternehmen einbezogen, die mehr als 250 000 Euro Jahresumsatz haben, wogegen in der Jahreserhebung auch Angaben von Unternehmen mit weniger als 250 000 Euro Jahresumsatz berücksichtigt werden.

Die in der Jahreserhebung erhobenen **Merkmale** überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen anderer Erhebungen. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Handelsstatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Handelsstatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Einzelhandel | Wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt, betreibt Einzelhandel. Als Tätigkeiten des Einzelhandels zählen auch die der Apotheken und der Augenoptik- und Hörgeräteakustikgeschäfte.

Großhandel | Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmerinnen und Abnehmer als private Haushalte absetzt (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändlerinnen und Einzelhändler). Zum Großhandel zählen in der Regel der Absatz an Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungsträger und wirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand sowie der Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebendem Vieh, landwirtschaftlichen Geräten, Baumaschinen, Bürobedarf, Dental- und Laborbedarf usw.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Rohertrag | Bruttoumsatz minus Umsatzsteuer minus Wareneinsatz ergibt den Rohertrag.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zum *Binnenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Binnenhandel

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 4 | Verkaufsflächen im Einzelhandel, Warensortiment im Handel

Fachberichte

| Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneingang, Wareneinsatz, Rohertrag im Handel 1994 bis 2009

Wirtschaft und Statistik

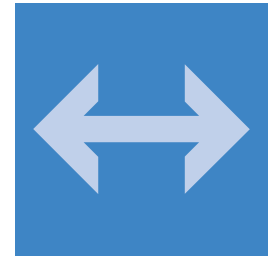
Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 50

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



25 Transport und Verkehr

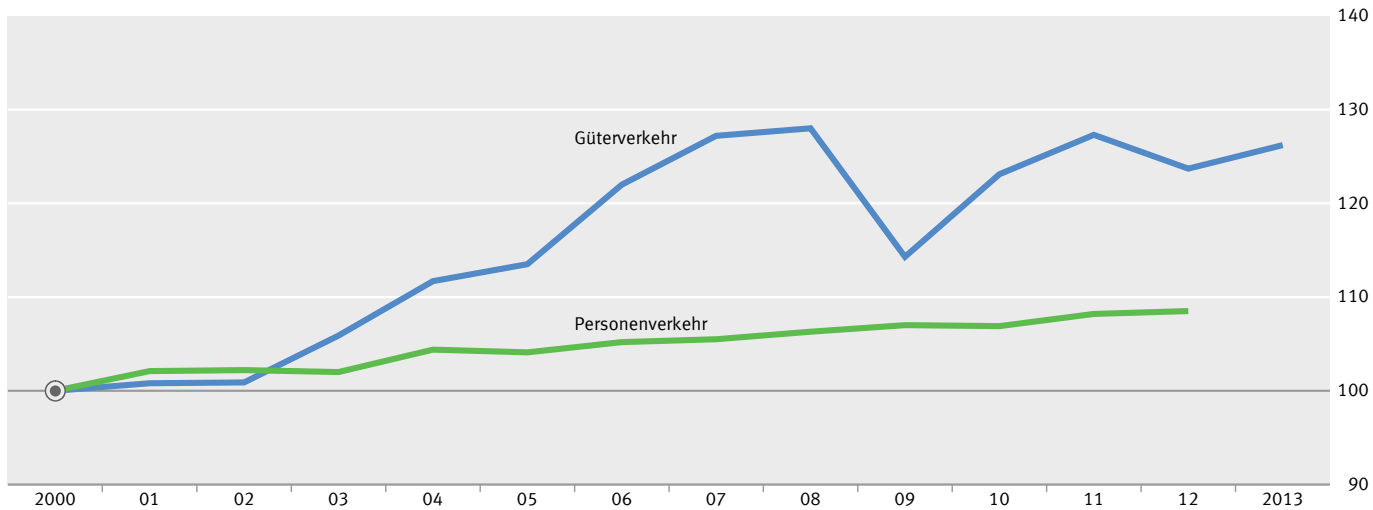
2,0 Millionen Personen in **88 000 Unternehmen** tätig | 2012
Umsatz von **276 Milliarden Euro** erwirtschaftet | **77 % der Güter**
auf **Straßen** befördert | Länge der **Autobahnen** beträgt **12 900 km** |
Knapp **44 Millionen Pkw** sind zugelassen | **3 339 Menschen starben**
2013 im **Straßenverkehr** | **58 Millionen** Passagiere starteten oder
landeten am **größten** deutschen **Flughafen Frankfurt/Main** | **Duisburg**
ist bedeutendster **Binnenhafen**, **Hamburg** bedeutendster **Seehafen**

<i>Seite</i>	
583	Auf einen Blick
	Tabellen
584	Unternehmensdaten im Verkehr Strukturdaten Betriebswirtschaftliche Kennzahlen
585	Personenverkehr Straßenverkehr Eisenbahnverkehr Seeverkehr Luftverkehr
587	Güterverkehr Eisenbahnverkehr Straßenverkehr Binnenschiffsverkehr Seeverkehr Luftverkehr Rohrleitungen
593	Infrastruktur und Fahrzeugbestände Straßen Schienenstrecken Bundeswasserstraßen Rohölleitungen Kraftfahrzeuge Bestand an Schiffen Bestand an Luftfahrzeugen
595	Straßenverkehrsunfälle Nach Art der Verkehrsbeteiligung Nach Altersgruppen Nach Schwere der Verletzung
597	Methodik
599	Glossar
600	Mehr zum Thema

25.0 Auf einen Blick

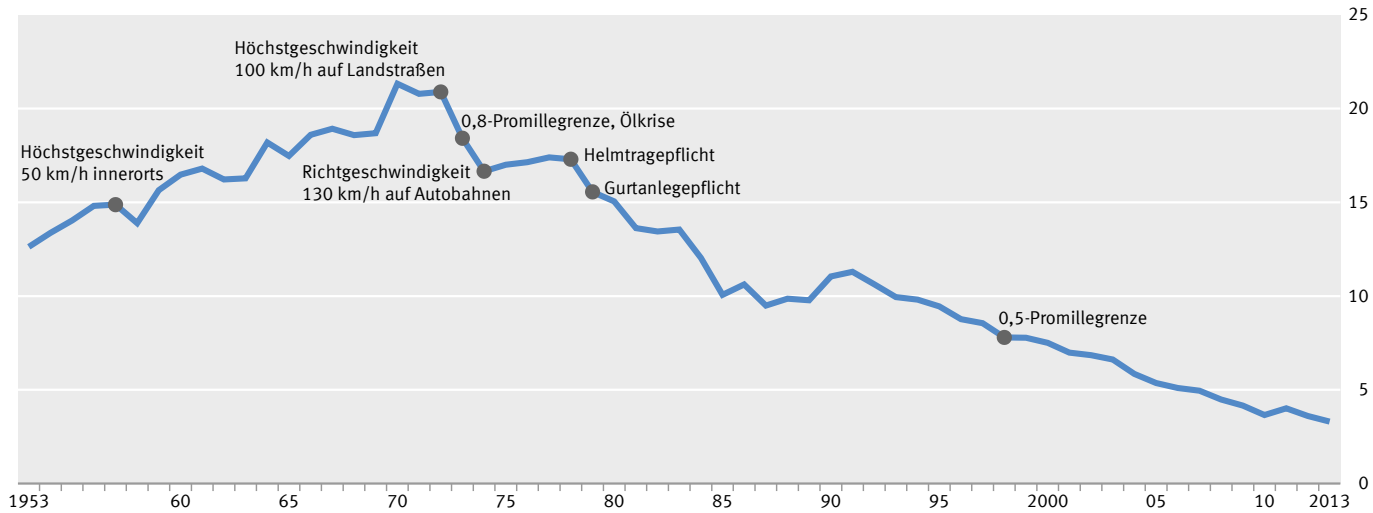
Güter- und Personenverkehr

tkm bzw. Pkm, 2000 = 100



Getötete im Straßenverkehr

in 1 000



2014-01-0373

25.1 Unternehmen in Verkehr und Lagerei

25.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
H	Verkehr und Lagerei	87 819	2 012 376	275 565	91 603	20 395
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	59 389	812 893	83 353	35 153	7 031
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	19	19 201	4 948	1 924	185
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	125	27 819	6 709	2 139	261
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	23 546	366 138	29 342	13 214	3 424
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	35 662	396 402	38 809	16 161	2 500
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	38	3 334	3 544	1 716	661
50	Schifffahrt	3 096	27 443	31 081	6 615	1 390
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	67	2 391	1 147	392	51
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	2 045	16 742	27 701	5 679	1 257
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	316	4 042	356	151	44
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	668	4 269	1 877	393	37
51	Luftfahrt	491	62 032	21 968	1 880	1 710
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	430	55 662	17 197	1 015	1 525
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	61	6 371	4 770	866	185
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 595	599 903	111 621	36 543	9 653
52.1	Lagerei	1 187	58 807	8 284	3 239	732
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	14 408	541 097	103 337	33 305	8 921
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	9 248	510 104	27 542	11 411	611
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	9 248	510 104	27 542	11 411	611

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2012.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

25.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
H	Verkehr und Lagerei	275 565	72,5	67,0	33,2	21,2	12,1
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	83 353	80,8	58,8	42,2	25,0	17,2
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	4 948	96,6	61,2	38,9	15,7	23,2
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6 709	57,6	68,2	31,9	20,5	11,4
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	29 342	79,8	58,7	45,0	31,0	14,1
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	38 809	82,5	57,6	41,6	23,9	17,7
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	3 544	91,0	52,5	48,4	8,1	40,3
50	Schifffahrt	31 081	74,1	78,8	21,3	3,7	17,5
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	1 147	76,4	69,0	34,2	10,5	23,7
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	27 701	74,8	79,5	20,5	2,9	17,6
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	356	85,4	56,5	42,5	26,3	16,2
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	1 877	60,4	78,2	20,9	7,4	13,5
51	Luftfahrt	21 968	92,2	91,1	8,6	20,2	- 11,6
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	17 197	91,5	93,7	5,9	22,9	- 17,0
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	4 770	94,7	81,9	18,1	10,3	7,9
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	111 621	59,8	67,3	32,7	19,6	13,1
52.1	Lagerei	8 284	68,1	61,8	39,1	22,5	16,6
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	103 337	59,2	67,7	32,2	19,4	12,8
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	27 542	80,9	58,2	41,4	36,6	4,8
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	27 542	80,9	58,2	41,4	36,6	4,8

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2012.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

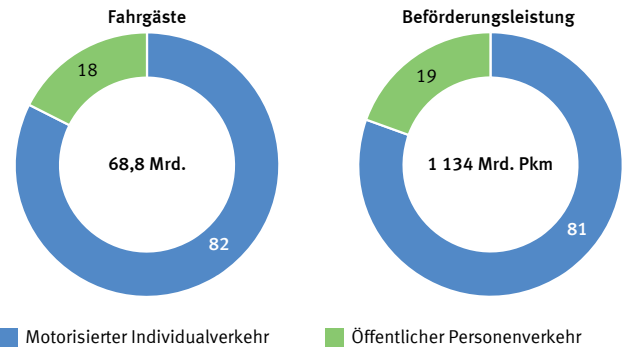
25.2 Personenverkehr

25.2.1 Personenverkehr im Überblick

	Insgesamt	Öffentlicher Personenverkehr			Motorisierter Individualverkehr (Pkw und Zweiräder) ¹	
		Straßenpersonenverkehr (Busse und Straßenbahnen)		Eisenbahnverkehr		Luftverkehr
		Linienverkehr	Gelegenheitsverkehr			
Beförderte Personen in Mill.						
2005 ..	67 698	9 010	90	2 159	146	56 293
2010 ..	68 381	9 201	79	2 431	167	56 503
2011 ..	68 743	9 277	77	2 483	176	56 730
2012 ..	68 838	9 253	74	2 550	179	56 782
Beförderungsleistung in Mrd. Pkm						
2005 ..	1 088	56	27	77	53	876
2010 ..	1 117	56	22	84	53	902
2011 ..	1 131	57	21	85	55	912
2012 ..	1 134	56	20	89	56	913

1 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Personenverkehr 2012 in %



2014 - 01 - 0374

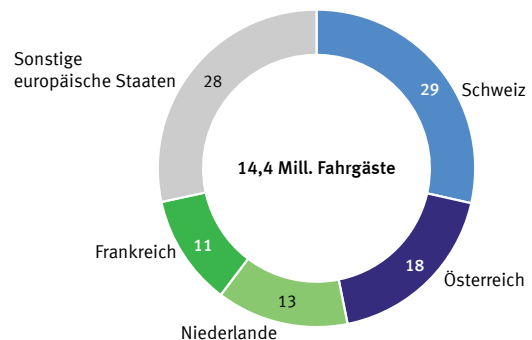
25.2.2 Linien- und Gelegenheitsverkehr von Bussen und Bahnen 2012

	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung
	Mill.	Mill. Pkm	Mill. Fahrzeug-km	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Insgesamt	11 195	164 814	4 271	0,4	0,9	- 1,6
Linienverkehr	11 121	145 026	3 617	0,4	1,9	- 0,8
Liniennahverkehr	10 983	106 454	3 426	0,4	0,8	- 0,8
Eisenbahnen	2 419	51 448	636	2,6	3,1	0,2
Straßenbahnen	3 768	16 570	300	0,1	- 0,1	- 0,1
Omnibusse	5 483	38 435	2 490	- 0,5	- 1,8	- 1,2
Linienfernverkehr	134	38 573	190	4,9	5,0	- 0,6
Eisenbahnen	131	37 347	143	4,9	5,1	- 0,1
Omnibusse	3	1 226	47	6,7	2,0	- 1,9
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen ..	74	19 788	655	- 3,1	- 6,0	- 5,9
Gelegenheitsnahverkehr	24	742	35	- 4,5	- 3,3	- 1,7
Gelegenheitsfernverkehr	51	19 046	620	- 2,5	- 6,1	- 6,1
Nahverkehr zusammen	11 007	107 196	3 461	0,4	0,8	- 0,8
Fernverkehr mit Omnibussen zusammen	54	20 272	667	- 2,0	- 5,6	- 5,8

25.2.3 Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr nach und von Deutschland

Staat des Ein- bzw. Ausstiegs	2012		2011		Veränderung 2012 gegenüber Vorjahr	
	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende
	Fahrgäste in 1 000				Fahrgäste in %	
Insgesamt	6 702	7 674	5 704	6 330	17,5	21,2
Schweiz	1 909	2 193	1 565	1 770	22,0	23,9
Österreich	1 302	1 332	1 051	1 072	23,9	24,3
Niederlande	898	1 036	877	931	2,4	11,3
Frankreich	660	963	656	758	0,5	27,0
Sonstiges Europa	1 932	2 151	1 555	1 800	24,3	19,4

Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr 2012 nach und von Deutschland (ein- und aussteigende Fahrgäste), in %



2014 - 01 - 0375

25 Transport und Verkehr
 25.2 Personenverkehr
 25.2.4 Ein- und aussteigende Fahrgäste im Seeverkehr
 nach Fahrtgebieten

	2013	2012	Veränderung 2013 gegenüber Vorjahr
	1 000		%
Insgesamt	29 848	29 481	1,2
Verkehr innerhalb Deutschlands ..	17 689	17 442	1,4
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	12 159	12 039	1,0
dar.: Europa	12 143	12 026	1,0
davon:			
Europäische Union	10 775	10 541	2,2
darunter:			
Dänemark	7 970	7 975	-0,1
Schweden	1 817	1 734	4,7
Finnland	126	164	-23,2
Polen	145	133	8,7
Litauen	108	106	1,9
Sonstiges Europa	1 369	1 485	-7,9

25.2.5 Luftverkehr auf Flugplätzen 2013

	Starts		Fluggäste			Fracht (einschl. Post)		
	insgesamt	dar. im gewerblichen Verkehr	einsteigende	aussteigende	Durchgang	Einladung	Ausladung	Durchgang
	1 000					1 000 t		
Insgesamt	1 160	1 014	101 445	101 889	689	2 305	2 024	103
Berlin-Schönefeld	32	29	3 349	3 365	14	3	3	1
Berlin-Tegel	87	84	9 770	9 806	10	18	15	0
Bremen	22	18	1 299	1 307	7	0	0	-
Dortmund	15	11	948	969	3	0	0	-
Dresden	14	11	870	873	10	0	0	0
Düsseldorf	106	103	10 565	10 632	20	52	38	0
Erfurt	6	4	103	103	8	1	1	1
Frankfurt am Main	233	233	28 839	29 039	140	1 131	963	33
Friedrichshafen	11	5	249	248	-	0	0	-
Hahn	12	11	1 283	1 302	83	73	60	18
Hamburg	72	65	6 720	6 763	18	15	13	0
Hannover	48	34	2 596	2 614	19	7	7	0
Karlsruhe/Baden-Baden ..	19	10	527	528	4	1	0	-
Köln/Bonn	60	53	4 526	4 525	20	370	352	22
Leipzig	31	29	1 064	1 065	105	446	431	9
Lübeck	11	4	174	176	1	-	-	-
Memmingen	7	4	418	419	0	-	-	-
München	189	184	19 240	19 278	117	165	122	15
Münster/Osnabrück	14	6	421	421	4	0	0	0
Niederrhein	12	9	1 229	1 246	1	-	-	-
Nürnberg	31	23	1 650	1 644	14	5	3	3
Paderborn-Lippstadt	10	4	392	392	6	0	0	-
Rostock-Laage	33	9	62	61	4	0	0	-
Saarbrücken	8	6	178	176	50	0	0	-
Stuttgart	66	59	4 789	4 757	27	16	14	0
Sylt-Westerland	7	3	79	76	-	-	-	-
Zweibrücken	5	2	105	104	3	0	0	0

25.2 Personenverkehr

25.2.6 Grenzüberschreitender Luftverkehr nach Staaten

	Starts		Einsteigende Fluggäste		Fracht (einschl. Post)			
					Einladung		Ausladung	
	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr	2013	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000 t	%	1 000 t	%
Insgesamt	710	-2,1	78 867	2,0	2 196	0,2	1 918	0,8
Europa	610	-2,0	60 924	2,3	631	-2,0	582	4,1
Frankreich	46	-7,8	3 542	-3,1	86	-5,6	69	3,1
Italien	60	-4,9	5 619	2,1	62	10,1	65	1,1
Spanien	77	4,0	11 429	4,5	59	-2,2	36	0,8
Türkei	45	-0,5	6 821	0,6	49	1,7	53	13,5
Vereinigtes Königreich	66	-1,9	6 128	2,8	100	-2,5	90	12,5
Afrika	19	-6,1	2 807	-6,2	64	-16,0	42	-12,9
Ägypten	7	-20,4	969	-22,5	14	-9,7	10	0,1
Marokko	3	29,2	369	28,7	0	-49,9	0	-42,8
Nigeria	1	6,5	104	4,4	4	-5,3	2	76,1
Südafrika	1	0,8	374	0,4	32	-15,7	11	-10,0
Tunesien	4	1,1	516	4,2	0	-15,1	0	19,7
Amerika	35	-0,9	7 557	4,2	533	-0,2	379	-2,0
Brasilien	2	-4,7	413	-4,4	50	-3,6	27	6,2
Dominikanische Republik	1	8,2	265	11,8	1	-11,4	5	43,1
Kanada	4	-3,9	921	1,9	38	-1,3	21	-0,4
Mexiko	1	11,7	216	16,7	24	3,1	10	-3,3
Vereinigte Staaten	26	-1,4	5 204	4,2	397	-0,1	293	-4,2
Asien	46	-1,5	7 565	1,6	968	3,4	915	0,7
China ¹⁾	7	4,1	1 244	2,0	326	17,4	262	-3,1
Indien	4	1,1	652	6,7	73	1,3	120	6,4
Japan	3	1,2	665	-1,2	65	-3,1	62	0,5
Thailand	2	-12,2	413	-10,0	42	-1,3	24	-2,4
Vereinigte Arabische Emirate	8	-1,5	1 664	10,9	153	0,0	162	5,0
Australien und Ozeanien	0	0,0	13	-71,8	1	-72,4	0	-70,5
Australien	0	-66,7	13	-71,8	1	-72,7	0	-70,5

1 Einschl. Hongkong.

25.3 Güterverkehr

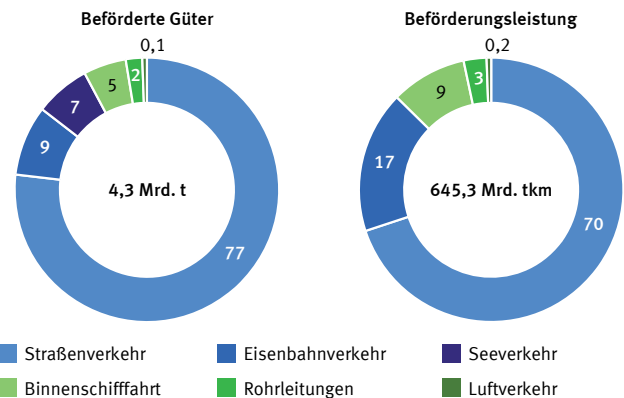
25.3.1 Güterverkehr im Überblick

	Insgesamt	Eisenbahnverkehr	Straßenverkehr ¹⁾	Binnenschifffahrt	Seeverkehr	Rohrleitungen	Luftverkehr
Beförderte Güter in Mill. t							
1991 ..	3 795	416	2 919	230	150	79	1,5
2000 ..	4 126	309	3 244	242	238	89	2,4
2005 ..	3 996	317	3 062	237	281	95	3,0
2010 ..	4 077	356	3 126	230	273	89	4,2
2012 ..	4 283	366	3 307	223	295	88	4,3
2013 ..	4 323	374	3 337	227	294	87	4,3
Beförderungsleistung in Mrd. tkm							
1991 ..	398	82	246	56	X	14	0,4
2000 ..	511	83	346	66	X	15	0,8
2005 ..	580	95	403	64	X	17	1,0
2010 ..	629	107	442	62	X	16	1,6
2012 ..	632	110	446	58	X	16	1,4
2013 ..	645	113	453	60	X	18	1,4

1 Deutsche und ausländische Lkw; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Güterverkehr 2013

in %



2014 - 01 - 0376

25.3 Güterverkehr

25.3.2 Eisenbahn-Güterverkehr 2013

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
1 000 t					
Insgesamt	373 738	247 472	45 530	62 919	17 817
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3 831	2 617	828	218	167
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	43 568	31 258	203	12 101	6
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	51 659	38 973	4 315	8 208	162
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	11 818	5 494	2 211	3 287	826
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	46 818	37 959	3 992	4 404	462
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	41 778	32 085	4 685	4 071	937
Metalle und Metallerzeugnisse	61 023	47 418	4 863	6 340	2 403
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	14 078	7 942	2 013	3 395	729
Sekundärrohstoffe, Abfälle	15 068	12 003	1 911	1 073	82
Sonstige Produkte	84 096	31 723	20 507	19 823	12 044

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik NST-2007.

25.3.3 Kombiniertes Verkehr der Eisenbahn 2013

	Insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
Beförderte Einheiten in 1 000 ¹					
Container und Wechselbehälter	4 345	2 155	809	802	579
Kraftfahrzeuge	503	52	198	207	46
Sattelzuganhänger	479	52	187	194	46
Lkw/Sattelzug	24	1	11	12	0
Beförderte Menge in 1 000 t					
Container und Wechselbehälter	71 094	31 752	14 793	13 785	10 764
Kraftfahrzeuge	13 857	1 367	5 571	5 614	1 305
Sattelzuganhänger	13 041	1 353	5 203	5 186	1 299
Lkw/Sattelzug	816	14	367	428	6

Tonnagedaten sind Bestandteil der Werte von Tabelle 25.3.2.

1 Beladene und unbeladene Einheiten.

Kombiniertes Verkehr: Der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) wird mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

25.3 Güterverkehr

25.3.4 Güterverkehr deutscher Lastkraftwagen 2013

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Darunter			Durchgangsverkehr
		Verkehr innerhalb Deutschlands	grenzüberschreitender Verkehr		
			Versand = Empfang	Versand	
1 000 t					
Insgesamt	2 938 189	2 809 265	63 608	47 564	1 181
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	151 722	142 762	3 479	4 258	/
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	7 321	6 764	(436)	/	/
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	915 158	903 449	6 254	3 612	/
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	432 341	403 600	14 515	10 622	429
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	88 065	85 699	1 096	1 119	/
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	473 884	445 607	15 520	9 707	(194)
Metalle und Metallerzeugnisse	137 063	125 368	5 504	4 268	/
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	140 266	128 457	6 074	4 193	/
Sekundärrohstoffe, Abfälle	251 288	244 235	2 815	3 001	/
Sonstige Produkte	341 080	323 323	7 915	6 733	(152)

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.3.5 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt 2013

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
		1 000 t			
Insgesamt	226 864	54 698	47 844	104 547	19 775
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17 202	4 849	2 702	6 002	3 648
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	37 553	4 988	182	29 706	2 676
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	54 884	13 059	10 631	30 014	1 180
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	12 576	3 219	3 473	4 781	1 104
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	38 658	13 224	6 998	14 301	4 135
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	25 871	6 701	8 995	8 974	1 202
Metalle und Metallerzeugnisse	11 180	1 669	4 095	4 312	1 104
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	2 014	501	1 161	332	20
Sekundärrohstoffe, Abfälle	12 078	5 300	3 399	1 570	1 808
Sonstige Produkte	14 847	1 188	6 207	4 555	2 897

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr
 25.3 Güterverkehr
 25.3.6 Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2013
 – die 20 umschlagstärksten Binnenhäfen

	Umschlag insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr	
			Versand	Empfang
1 000 t				
1 Duisburg	49 445	4 920	6 239	38 286
2 Köln	11 683	4 979	3 608	3 096
3 Hamburg	10 646	10 306	107	233
4 Mannheim	8 753	2 042	2 109	4 602
5 Ludwigshafen am Rhein	7 594	2 910	1 738	2 945
6 Neuss	7 590	1 810	1 854	3 925
7 Karlsruhe	6 439	2 469	1 320	2 651
8 Frankfurt am Main ..	4 186	1 794	554	1 838
9 Berlin	3 988	3 225	1	762
10 Gelsenkirchen	3 979	1 956	1 356	666
11 Heilbronn	3 968	1 818	225	1 925
12 Kehl	3 674	1 890	541	1 243
13 Marl	3 656	797	870	1 990
14 Rheinberg	3 626	357	686	2 583
15 Bremen	3 543	3 198	69	276
16 Saarlouis	3 528	302	673	2 553
17 Wesseling	3 513	1 981	1 261	271
18 Krefeld	3 429	1 469	528	1 432
19 Dormagen	3 023	1 411	752	860
20 Mainz	2 983	918	772	1 292

25.3.7 Containerumschlag in der Binnenschifffahrt
 – die 20 umschlagstärksten Binnenhäfen

	2013		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹	%	
1 Duisburg	409		3,2
2 Mannheim	138		15,1
3 Wörth am Rhein	125		11,0
4 Germersheim	125		23,4
5 Mainz	111		7,1
6 Emmerich am Rhein	107		-3,5
7 Köln	102		7,2
8 Neuss	100		-4,7
9 Hamburg	94		3,6
10 Ludwigshafen am Rhein	84		-5,2
11 Bremerhaven	67		-26,8
12 Frankfurt am Main	66		16,5
13 Düsseldorf	62		-11,6
14 Bremen	57		-29,0
15 Bonn	57		2,4
16 Voerde (Niederrhein)	49		0,5
17 Braunschweig	45		14,6
18 Andernach	42		2,6
19 Gernsheim	35		-4,0
20 Koblenz	33		-14,6

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

25.3.8 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	2013			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	297 582	122 774	174 808	-0,4	2,6	-2,4
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	24 205	11 007	13 198	23,4	37,5	13,7
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	37 564	208	37 355	-13,4	-28,7	-13,3
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	28 239	2 339	25 901	-4,8	8,2	-5,8
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	46 009	22 403	23 607	6,0	17,6	-3,2
Kokerei- und Mineralölherzeugnisse	16 567	4 590	11 976	18,3	-1,7	28,4
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	34 722	21 824	12 897	3,5	4,0	2,7
Metalle und Metallerzeugnisse	14 403	8 871	5 532	-2,4	-5,9	3,7
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	34 452	19 812	14 640	0,6	1,8	-1,0
Sekundärrohstoffe, Abfälle	5 747	2 939	2 808	-4,4	-0,5	-8,1
Sonstige Produkte	55 675	28 783	26 894	-7,4	-11,8	-2,2

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr

25.3 Güterverkehr

25.3.9 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr nach Fahrtgebieten

	2013			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	297 582	122 774	174 808	- 0,4	2,6	- 2,4
Verkehr innerhalb Deutschlands	6 973	3 583	3 390	- 3,9	- 2,9	- 5,0
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands ..	290 610	119 191	171 419	- 0,3	2,8	- 2,4
darunter:						
Afrika	14 460	6 317	8 143	- 1,2	24,5	- 14,8
Amerika	44 452	17 857	26 595	- 2,0	0,9	- 3,8
darunter:						
Vereinigte Staaten	18 246	8 424	9 822	2,1	4,8	- 0,1
Brasilien	9 511	3 084	6 427	- 12,0	- 3,1	- 15,8
Asien	63 526	35 474	28 052	2,6	6,2	- 1,5
darunter:						
China	23 341	9 388	13 954	2,0	7,2	- 1,2
Indien	3 216	1 807	1 409	- 18,4	- 20,1	- 16,3
Europa	165 799	58 775	107 024	- 0,9	- 0,3	- 1,2
Europäische Union	112 823	46 497	66 327	- 2,3	0,7	- 4,3
darunter:						
Schweden	24 916	11 190	13 726	2,3	- 2,5	6,6
Vereinigtes Königreich	17 008	6 287	10 722	- 13,7	10,0	- 23,4
Finnland	15 616	5 503	10 113	1,1	- 3,0	3,4
Dänemark	11 875	5 512	6 363	7,2	- 1,4	16,0
Niederlande	9 049	3 259	5 790	10,2	16,2	7,1
Sonstiges Europa	52 976	12 278	40 698	2,3	- 4,1	4,4
darunter:						
Russische Föderation	28 159	7 176	20 983	8,0	- 5,6	13,5
Ozeanien und Polargebiete	1 722	611	1 110	- 15,7	- 9,7	- 18,6
Unbekannt	651	157	493	82,4	- 7,9	165,4

25 Transport und Verkehr
 25.3 Güterverkehr
 25.3.10 Güterumschlag im Seeverkehr
 – die 20 umschlagstärksten Häfen

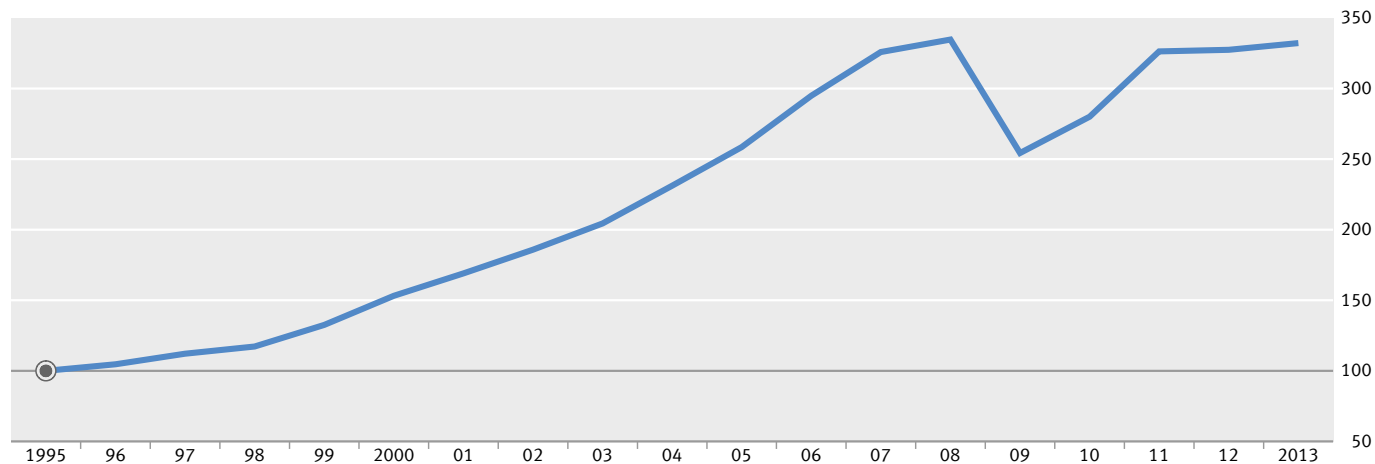
	2013	
	1 000 t	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1 Hamburg	120 568	6,2
2 Bremerhaven	54 506	- 6,4
3 Wilhelmshaven	24 102	- 8,2
4 Rostock	17 785	5,4
5 Lübeck	17 002	- 1,0
6 Bremen	12 553	- 7,5
7 Brunsbüttel	8 398	- 4,4
8 Brake	5 621	- 8,2
9 Bützflath	5 276	- 6,6
10 Puttgarden/Fehmarn	4 784	3,1
11 Emden	4 384	- 1,5
12 Wismar	3 838	1,7
13 Kiel	3 714	- 12,0
14 Cuxhaven	2 553	- 7,6
15 Nordenham	2 453	- 19,6
16 Sassnitz	1 607	- 14,7
17 Duisburg	1 093	20,4
18 Stralsund	836	- 24,7
19 Vierow	736	14,6
20 JadeWeserPort	592	X

25.3.11 Containerumschlag im Seeverkehr
 – die 5 umschlagstärksten Häfen

	2013	
	1 000 TEU ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1 Hamburg	9 302	4,6
2 Bremerhaven	5 822	- 4,7
3 Lübeck	130	- 7,1
4 Cuxhaven	54	- 8,5
5 Kiel	29	- 12,1

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

Containerumschlag im Seeverkehr
 in TEU, 1995 = 100



Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

2014 - 01 - 0377

25 Transport und Verkehr

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.1 Länge der innerdeutschen Verkehrswege

	1991	2000	2010	2012	2013
	1 000 km				
Straßen des überörtlichen Verkehrs	226,5	230,7	231,0	230,7	230,5
dar. Autobahnen	10,9	11,5	12,8	12,8	12,9
Schienenstrecken					
Eisenbahnstrecken	44,1	41,7	37,9	37,9	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,4	2,4	...
Bundeswasserstraßen	7,3	7,5	7,7	7,7	7,7
Rohrleitungen	2,7	2,4	2,4	2,4	2,4

25.4.2 Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1.1.2013

	Straßen des überörtlichen Verkehrs	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Land(es)-, Staatsstraßen	Kreisstraßen
	km				
Deutschland	230 517	12 879	39 604	86 224	91 810
Baden-Württemberg	27 396	1 054	4 374	9 905	12 063
Bayern	41 869	2 514	6 544	14 000	18 811
Berlin	246	77	169	–	–
Brandenburg	12 314	794	2 802	5 756	2 962
Bremen	116	75	41	–	–
Hamburg	204	81	123	–	–
Hessen	16 114	975	3 027	7 161	4 951
Mecklenburg-Vorpommern . .	10 001	554	1 986	3 307	4 154
Niedersachsen	28 218	1 434	4 781	8 290	13 713
Nordrhein-Westfalen	29 570	2 216	4 741	12 844	9 769
Rheinland-Pfalz	18 400	877	2 943	7 206	7 374
Saarland	2 046	240	336	864	606
Sachsen	13 453	543	2 413	4 753	5 744
Sachsen-Anhalt	10 982	411	2 156	4 088	4 327
Schleswig-Holstein	9 887	536	1 556	3 670	4 125
Thüringen	9 701	498	1 612	4 380	3 211
	%				
Anteil an Straßen des überörtlichen Verkehrs	100	5,6	17,2	37,4	39,8

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

25.4.3 Schienen-Infrastruktur 2010

	Insgesamt	Eisenbahnen	Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	Industrieanschlussstrecken
	km			
Insgesamt	41 303	37 877	2 407	1 019
Schmalspur	874	358	501	15
Normalspur	40 430	37 520	1 907	1 003
dar. für Hochgeschwindigkeitsverkehr	2 369	2 369	–	–

Bei der **Normalspur** beträgt die Spurweite des Gleiskörpers 1,435 m. Kleinere Spurweiten werden als **Schmalspur** bezeichnet.

Eigentum sowie gepachtete oder regelmäßig betriebene fremde Strecke.

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.4 Eisenbahn-Infrastruktur nach Ländern in km

	Streckenlänge			
	2005	2010	2011	2012
Insgesamt	38 206	37 877	37 846	37 941
Baden-Württemberg	4 110	4 098	4 095	4 105
Bayern	6 154	6 235	6 307	6 310
Berlin	607	601	584	583
Brandenburg	2 774	2 730	2 686	2 739
Bremen	168	164	165	165
Hamburg	282	356	357	352
Hessen	2 625	2 573	2 573	2 573
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 543	1 670	1 670	1 690
Niedersachsen	4 194	4 102	4 101	4 114
Nordrhein-Westfalen	5 910	5 423	5 397	5 400
Rheinland-Pfalz	2 062	2 052	2 045	2 057
Saarland	365	365	367	370
Sachsen	2 339	2 416	2 409	2 409
Sachsen-Anhalt	2 192	2 214	2 214	2 199
Schleswig-Holstein	1 283	1 278	1 278	1 278
Thüringen	1 598	1 601	1 598	1 597

25.4.5 Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

	Bestand am 1.1.			Neuzulassungen		
	2014	2013	Veränderung 2014 gegen- über Vorjahr	2013	2012	Veränderung 2013 gegen- über Vorjahr
	1 000		%	1 000		%
Krafträder	4 055,0	3 983,0	1,8	138,6	140,9	- 1,6
Pkw	43 851,2	43 431,1	1,0	2 952,4	3 082,5	- 4,2
Kraftomnibusse einschl. Obussen ...	76,8	76,0	1,0	5,8	5,1	13,3
Lkw	2 629,2	2 578,6	2,0	254,3	260,3	- 2,3
Zugmaschinen	2 081,8	2 052,7	1,4	77,6	77,9	- 0,3
Übrige Kraftfahrzeuge	272,9	269,6	1,2	15,1	14,8	2,2
Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zusammen	52 966,8	52 391,0	1,1	3 443,9	3 581,5	- 3,8
Kraftfahrzeuge mit Versicherungs- kennzeichen	2 088,6	X	.	.	X
Kraftfahrzeuganhänger	6 500,4	6 358,6	2,2	247,9	253,0	- 2,0

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.4.6 Bestand an Schiffen am 31.12.

	Binnenschiffe		Seeschiffe (Handelsschiffe)	
	Güterschiffe	Fahrgastschiffe	Güterschiffe	Fahrgastschiffe
2000	2 448	924	689	131
2005	2 457	1 000	603	112
2010	2 357	980	571	92
2012	2 274	993	448	86
2013	395	89

Quellen: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest, Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie

25.4.7 Bestand an Luftfahrzeugen am 31.12.

	Insgesamt	Flugzeuge mit einem Startgewicht			Hubschrauber
		bis 2 t ¹⁾	über 2t bis 20t	über 20t	
2000	12 272	9 950	907	595	820
2005	12 249	9 961	804	680	804
2010	13 445	10 696	949	799	1 001
2012	13 492	10 865	907	810	910
2013	13 506	10 944	879	794	889

1 Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt

25.5 Straßenverkehrsunfälle

25.5.1 Verunglückte 2013

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Darunter Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von						Fußgänger/ -innen	Sonstige
		Mofas, Mopeds	Motor- rädern	Pkw	Bussen	Güterkraft- fahrzeugen	Fahrrädern		
Getötete									
Anzahl									
Insgesamt	3 339	73	568	1 588	11	148	354	557	40
unter 15	58	–	–	25	1	1	8	22	1
15 – 18	89	9	24	32	–	–	7	17	–
18 – 25	493	8	103	342	–	4	9	25	2
25 – 35	455	9	119	249	1	25	15	35	2
35 – 45	352	5	78	169	2	25	27	43	3
45 – 55	517	10	136	211	–	45	44	63	8
55 – 65	374	9	72	161	1	31	47	49	4
65 und mehr	999	23	36	398	6	17	197	302	20
Ohne Angabe	2	–	–	1	–	–	–	1	–
%									
Anteil an Getöteten insgesamt	100	2,2	17,0	47,6	0,3	4,4	10,6	16,7	1,2
Verletzte									
Anzahl									
Insgesamt	374 142	15 158	26 768	210 993	5 810	9 804	71 066	30 807	3 736
unter 15	28 085	165	149	10 203	1 155	86	9 211	6 848	268
15 – 18	18 159	3 778	3 193	4 797	348	65	4 241	1 585	152
18 – 25	66 504	2 700	4 610	47 003	401	1 210	6 869	3 238	473
25 – 35	63 629	1 881	4 179	41 613	545	2 091	9 571	3 234	515
35 – 45	51 730	1 739	3 560	32 152	544	2 198	8 387	2 652	498
45 – 55	62 754	2 389	6 391	34 428	776	2 495	11 957	3 618	700
55 – 65	39 032	1 355	3 296	20 182	726	1 345	8 659	3 046	423
65 und mehr	43 369	1 131	1 362	20 203	1 291	303	11 941	6 481	657
Ohne Angabe	880	20	28	412	24	11	230	105	50
%									
Anteil an Verletzten insgesamt	100	4,1	7,2	56,4	1,6	2,6	19,0	8,2	1,0

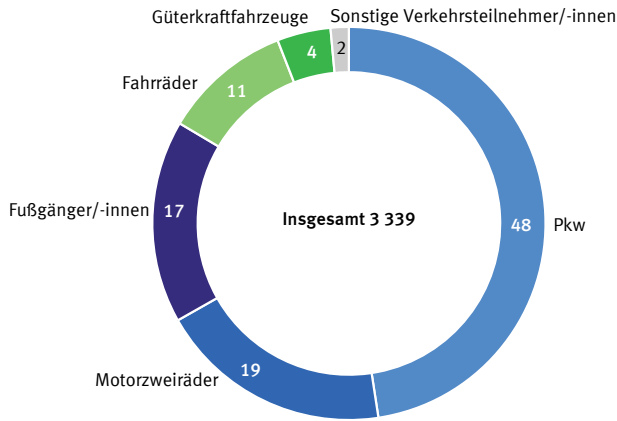
25.5.2 Unfälle und Verunglückte im Zeitvergleich

	1970	1990	2000	2010	2012	2013	Veränderung gegen- über Vorjahr in %
Polizeilich erfasste Unfälle	1 392 007	2 010 575	2 350 227	2 411 271	2 401 843	2 414 011	0,5
davon:							
Unfälle mit Personenschaden	377 610	340 043	382 949	288 297	299 637	291 105	– 2,8
davon:							
Innerorts	254 198	218 177	245 470	195 833	206 696	199 650	– 3,4
Außerorts ohne Autobahnen	107 762	97 559	111 901	73 635	75 094	73 003	– 2,8
Auf Autobahnen	15 650	24 307	25 578	18 829	17 847	18 452	3,4
Unfälle mit Sachschaden	1 014 397	1 670 532	1 967 278	2 122 974	2 102 206	2 122 906	1,0
davon:							
Schwerwiegende Unfälle mit Sach- schaden im engeren Sinne ¹⁾	X	X	107 582	92 107	82 147	80 824	– 1,6
Sonstige Sachschadensunfälle	X	X	1 859 696	2 030 867	2 020 059	2 042 082	1,1
Verunglückte insgesamt	550 988	456 064	511 577	374 818	387 978	377 481	– 2,7
davon:							
Getötete	19 193	7 906	7 503	3 648	3 600	3 339	– 7,3
Schwerverletzte	164 437	103 403	102 416	62 620	66 279	64 057	– 3,4
Leichtverletzte	367 358	344 755	401 658	308 550	318 099	310 085	– 2,5

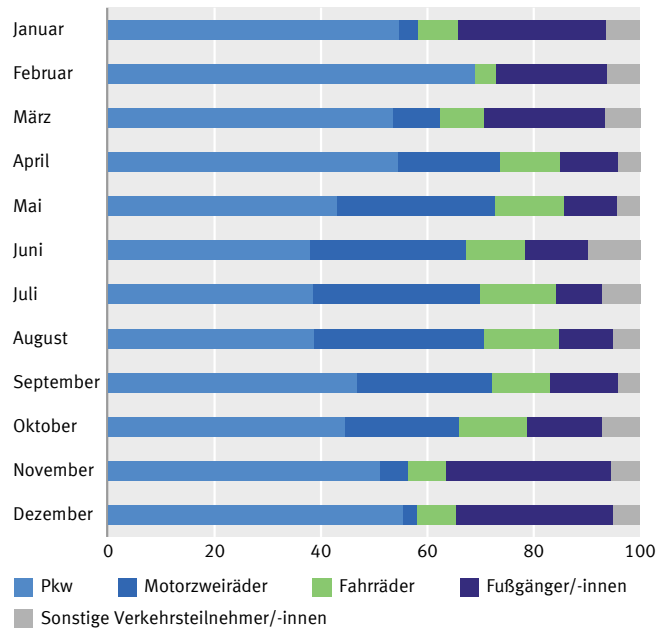
Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

1 Bis 1994 Abgrenzung der Unfälle nach Schadenshöhe, ab 1995 Unfälle in Verbindung mit einem Straftatbestand oder einer Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. – Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sind in „sonstige Sachschadensunfälle“ enthalten.

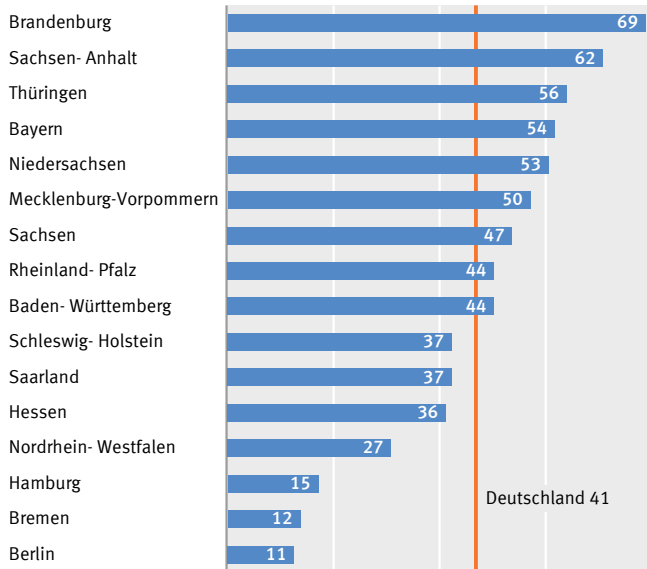
Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Verkehrsbeteiligung 2013
in %



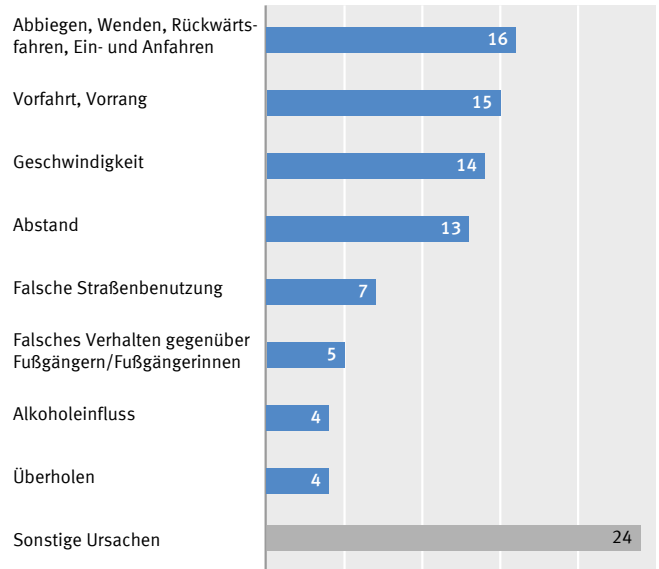
Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Monaten 2013
in %



Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Ländern 2013
je 1 Mill. Einwohner/-innen



Fehlverhalten der Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer bei Unfällen mit Personenschaden 2013
in %



2014 - 01 - 0378

Methodik

Der Verkehrssektor spielt in der modernen Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Erst die Mobilität von Gütern (Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten) und Menschen (z. B. Berufstätigen, Reisenden, Verbraucherinnen und Verbrauchern) gewährleistet arbeitsteiliges Wirtschaften und Wertschöpfung in allen Wirtschaftssektoren. Statistische Informationen über Verkehrsunternehmen und das Verkehrsgeschehen sind eine wichtige Grundlage von verkehrspolitischen und unternehmerischen Entscheidungen.

Der Verkehrssektor kann institutionell und funktional abgegrenzt werden. In der **institutionellen** Darstellung liegen Informationen zu Unternehmen vor, die mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Verkehrsbereichen tätig sind. Das sind diejenigen Unternehmen, die als Haupttätigkeit Güter- oder Personenbeförderung ausüben oder die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr (z. B. Betrieb von Häfen, Flughäfen, Lagerei). Dabei werden Angaben für das gesamte Unternehmen ausgewiesen. Die Angaben umfassen also auch z. B. die Umsätze und tätigen Personen in Nebentätigkeiten außerhalb der Verkehrstätigkeiten, ohne dass der Verkehrsanteil erkennbar wäre. Unternehmen, die Verkehrstätigkeiten als Nebentätigkeit betreiben, sind anderen Wirtschaftszweigen zugeordnet. Sie sind daher nicht in den Ergebnissen enthalten. Den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 liegt eine institutionelle Abgrenzung zugrunde.

Die weiteren Tabellen dieses Kapitels orientieren sich an der Tätigkeit „Transport“ (**funktionale** Darstellung) und den dafür erforderlichen unmittelbaren Voraussetzungen bzw. den Auswirkungen, die sich durch den Verkehr ergeben. Sie umfassen dabei alle wichtigen Angaben, insbesondere zu Verkehrsleistungen (beförderte Personen und Güter), zur Verkehrsinfrastruktur und den Verkehrsmittelbeständen sowie zum Unfallgeschehen. In die funktionale Darstellung der Verkehrsleistungsstatistiken werden diejenigen Unternehmen einbezogen, die eine bestimmte Transporttätigkeit ausüben – unabhängig davon, ob diese Transporttätigkeit die Haupttätigkeit, eine Nebentätigkeit oder eine Hilfstätigkeit (z. B. Werkverkehr von Unternehmen des Handels) der Unternehmen darstellt. In der funktionalen Darstellung geht es auch bei der Verkehrsinfrastruktur, den Verkehrsmittelbeständen und den Unfällen immer um eine Gesamtabbildung dieser Tatbestände in Deutschland, unabhängig von eventuellen institutionellen Zuordnungen.

■ Institutionelle Verkehrsstatistik

Unternehmensdaten im Verkehr

Die Angaben zu den Unternehmen in den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 dieses Kapitels stammen aus der **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 27 „Weitere Dienstleistungen“.

■ Funktionale Verkehrsstatistik

Die verkehrszweigspezifisch konzipierten amtlichen funktionalen Statistiken des Verkehrs – von Eisenbahnen, auf Straßen, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Luftverkehr und in Rohrleitungen – bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Verkehrspolitik. Dies umfasst z. B. die Planung infrastruktureller Maßnahmen (Bundesverkehrswegeplanung), die Verkehrssicherheitspolitik sowie die Vorbereitung und Durchführung internationaler Verhandlungen. Außerdem erfüllen die amtlichen Verkehrsstatistiken internationale Verpflichtungen zur Datenlieferung. Sie sind ebenfalls Bestandteil der politischen Arbeit von verkehrswirtschaftlichen Verbänden, von Tarifparteien, von wissenschaftlichen Instituten sowie von anderen Forschungsinstitutionen.

Die **Verkehrsleistungsstatistiken** bilden den Schwerpunkt der amtlichen funktionalen Verkehrsstatistik. Sie werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt sowie für den Straßengüterverkehr vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die Verkehrsleistungsstatistiken weisen die Beförderungsmenge bzw. das Beförderungsaufkommen im Güter- und Personenverkehr (Tonnen/Personen) nach sowie die Beförderungsleistungen (Tonnenkilometer/Personenkilometer). Dies

geschieht in regionaler Gliederung sowie im Güterverkehr in güterspezifischer Gliederung. Die Leistungsstatistiken des Personenverkehrs erfassen grundsätzlich beförderte Personen als Beförderungsfälle. Dies bedeutet, dass eine Person mehrfach gezählt wird, wenn sie im Berichtszeitraum mehrere Fahrten unternommen hat. Die beförderten Güter werden mit ihrem Gewicht nachgewiesen. Die Beförderungsleistungen berücksichtigen zusätzlich die zurückgelegten Entfernungen der durchgeführten Beförderungen. Eine wichtige Untergliederung der veröffentlichten Ergebnisse der Verkehrsleistungsstatistiken bilden die Hauptverkehrsverbindungen.

Die Angaben der amtlichen Statistik zum Personen- und Güterverkehr entstammen einem in sich abgestimmten System von Erhebungen, auch wenn die verkehrstatistischen Daten für die einzelnen Verkehrszweige getrennt erfasst, aufbereitet und dargestellt werden. Insbesondere die gleiche Rechtsgrundlage, die Erhebung vergleichbarer Merkmale sowie die Anwendung einheitlicher Güter- und Regionalsystematiken (z. B. des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik) stellen die Einheitlichkeit der Darstellung in Bezug auf verkehrszweigübergreifende Fragestellungen und die zeitliche Vergleichbarkeit sicher. Die Ergebnisse der monatlichen oder vierteljährlichen Verkehrsleistungsstatistiken stehen mit hoher Genauigkeit ca. 30 bis 60 Tage nach Ende des Berichtszeitraums zur Verfügung. Rechtsgrundlage für die Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrsstatistikgesetz – VerkStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Angaben zum motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern ermittelt nicht die amtliche Statistik, sondern das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Unter der Zielsetzung der funktionalen Verkehrsstatistik sind auch die **Registerstatistiken** einzuordnen, vor allem die Statistiken zu den Kraftfahrzeugen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) durchführt. Auch in anderen Bereichen ergänzen Auswertungen von Verwaltungsregistern die Erhebungen, insbesondere zur Infrastruktur und zum Verkehrsmittelbestand. Zu erwähnen sind hier die Angaben zum Bestand an Binnenschiffen, Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie zu den Straßen des überörtlichen Verkehrs.

■ Personenverkehr

Das Berichtssystem über den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen besteht aus vierteljährlichen, jährlichen und fünfjährigen Erhebungen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr einerseits und Erhebungen im Schienenfernverkehr andererseits. Methodisch sind die Statistiken in den beiden genannten Bereichen aufeinander abgestimmt und damit vergleichbar. Im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr werden Unternehmen befragt, die Personennahverkehr mit Eisenbahnen (einschließlich S-Bahnen) oder mit Straßenbahnen (einschließlich Hoch-, U-, Stadt-, Schwebebahnen und ähnlicher Bahnen, aber ohne Berg- und Seilbahnen) betreiben bzw. Personennah- oder Personenfernverkehr mit Omnibussen (Kraftomnibussen und Obussen). Die Erhebungen umfassen nicht nur die Unternehmen, die eine Konzession für die Personenbeförderung haben. Sie enthalten auch die Subunternehmen, die im Auftrag eines anderen Unternehmens, das über eine Konzession verfügt, Personen befördern. Erhebungsbereich und Fragenprogramme sind – abhängig von der Größe der Unternehmen – unterschiedlich abgegrenzt, um kleine und mittlere Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten. So umfasst die jährliche Erhebung alle Unternehmen mit mehr als 250 000 Fahrgästen und eine Stichprobe der kleineren Unternehmen. Im Schienenfernverkehr werden alle Unternehmen erfasst, die Schienen-Personenfernverkehr im Inland betreiben.

Die hier dargestellte Verkehrsleistungsstatistik der **Luftfahrt** erfasst die Starts und Landungen von in- und ausländischen Luftfahrzeugen auf inländischen Flugplätzen, die mindestens 150 000 Passagiere pro Jahr aufweisen (Inlandskonzept). Für diese derzeit 27 Hauptverkehrsflughäfen werden außerdem für Luftfahrzeuge, Personen

und Güter (Fracht und Post) die Herkunfts- und Zielflugplätze ermittelt. Die Darstellung des Personen- und Güterverkehrs ist auf den gewerblichen Luftverkehr beschränkt. Überflüge über das Inland werden nicht erhoben.

Im Seeverkehr wird der Personenverkehr seit dem Jahr 2000 erhoben und ausgewertet. Weitere Informationen zum Erhebungssystem finden Sie unter *Güterverkehr*.

Die Angaben zum **motorisierten Individualverkehr** mit Pkw und Zweirädern (MIV) berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jährlich in einem Personenverkehrsmodell. Für die Ermittlung der beförderten Personen und der Beförderungsleistungen wird dabei eine Vielzahl von Datenquellen ausgewertet.

■ Güterverkehr

Die Angaben zum **Eisenbahngüterverkehr** entstehen aus einem in sich abgestimmten System von Erhebungen. Erhoben werden monatlich und jährlich Angaben vor allem zur Beförderungsmenge und Beförderungsleistung. Kleinere Unternehmen werden dabei nur jährlich mit einem verkürzten Erhebungsprogramm einbezogen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen, die auf dem inländischen Schienennetz des öffentlichen Verkehrs eine jährliche Verkehrsleistung von mindestens 10 Millionen Tonnenkilometern oder von einer Million Tonnenkilometern im „Kombinierten Verkehr“ aufweisen.

Für den **Straßengüterverkehr** erfasst eine Stichprobenerhebung die Verkehrsleistungen deutscher Lastkraftfahrzeuge laufend. Die Ergebnisse werden monatlich und jährlich veröffentlicht. In die Erhebung einbezogen sind sowohl der gewerbliche Straßengüterverkehr als auch der Werkverkehr. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) führt die Erhebung durch. Von der Erhebung des KBA grundsätzlich ausgenommen sind die Güterbeförderungen ausländischer Kraftfahrzeuge, selbst wenn der Be- oder Entladeort auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt. Tabelle 25.3.4 dieses Kapitels zeigt daher die Transporte deutscher Lkw im In- und Ausland (Inländerkonzept). Auch die übrigen Staaten der Europäischen Union sind verpflichtet, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) entsprechende Ergebnisse für ihre nationalen Lkw zu liefern. Unter Heranziehung dieser Daten sowie weiterer Quellen für Nicht-EU-Staaten (z. B. aus der Mautstatistik) ermittelt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auch Angaben zum Verkehr in- und ausländischer Lkw in Deutschland (Inlandskonzept). Diese stellt Tabelle 25.3.1 dar.

Die Statistik des **Güterverkehrs der Binnenschifffahrt** umfasst Umschlag und Transporte in- und ausländischer Schiffe auf Binnengewässern des Inlandes (Inlandskonzept). Auskunftspflichtig sind die Fracht- bzw. Schiffsführerinnen und -führer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen bei allen Be- und Entladevorgängen in deutschen Binnenhäfen. Nicht einbezogen ist der Verkehr der Binnenfischerei, der Nassbaggerei, Fähr- und Hafenverkehr sowie Transporte für den Schiffsbetrieb (Treibstoff, Proviant u. Ä.). Der Durchgangsverkehr wird den Meldungen der Wasserstraßenverwaltung des Bundes entnommen.

Die **Seeverkehrsstatistik** umfasst sämtliche Ankünfte und Abgänge von deutschen und ausländischen (See-) Schiffen in Häfen, wenn die Fahrt ganz oder teilweise auf See stattfindet (Inlandskonzept). Somit enthält sie auch den Seeverkehr der Binnenhäfen. Die See wird dann befahren, wenn die Fahrt nicht ausschließlich auf Binnenwasserstraßen (Flüsse und Kanäle) im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes stattfindet. Auskunftspflichtig zur Statistik des Schiffs-, Güter- und Personenverkehrs über See sind die Verfrachterinnen und Verfrachter, die Schiffsführerinnen und Schiffsführer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen. Das Jahrbuch weist für den Seeverkehr generell die Bruttogewichte der Güter nach, also die Nettogewichte einschließlich der Verpackung der Güter, jedoch ohne die Gewichte der Ladungsträger (z. B. Container), in denen die Güter befördert werden.

Die Statistik der **Transporte in Rohrleitungen** weist den Eingang von Rohöl in Raffinerien nach. Diesen übermittelt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

dem Statistischen Bundesamt in monatlicher und jährlicher Periodizität. Der Transit und andere Beförderungsmengen, die nicht zu Raffinerien befördert werden, bleiben unberücksichtigt.

■ Infrastruktur und Fahrzeugbestände

Die Statistik der **Straßen des überörtlichen Verkehrs** erstellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Straßen des überörtlichen Verkehrs sind Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Nicht enthalten sind Gemeindestraßen. Deren Länge wurde zuletzt 1993 ermittelt und betrug damals 413 000 Kilometer.

Die **Schieneinfrastrukturstatistik** führt das Statistische Bundesamt bei Unternehmen durch, die Schienenstrecken des öffentlichen Verkehrs im Inland betreiben (Infrastrukturunternehmen). Streckenneubauten und -stilllegungen werden jährlich erfragt, weitere Infrastrukturangaben (Streckenlängen, Bahnübergänge, Bahnhöfe etc.) fünfjährlich.

Bestand und Neuzulassungen von **Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern** werden aus dem Zentralen Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt ermittelt. Das Zentrale Fahrzeugregister basiert seinerseits auf den Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen. Erfasst werden zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland.

Der **Binnenschiffsbestand** entstammt der Binnenschiffsbestandsdatei deutscher Schiffe, die die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest führt. Die Datei enthält keine Schiffe, die von deutschen Unternehmen eingesetzt werden, aber im Ausland registriert sind. Zum **Seeschiffsbestand** gehören nur die Schiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Die im Ausland registrierten Schiffe deutscher Schiffsgeberinnen und -geber sind somit nicht darin enthalten. Die Zahlen ermittelt das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

Den **Luftfahrzeugbestand** ermittelt das Luftfahrt-Bundesamt aus der bei ihm geführten Luftfahrzeugrolle. In dieser Luftfahrzeugrolle sind Luftfahrzeuge inländischer Eigentümerinnen und Eigentümer (Unternehmen und Privatpersonen) eingetragen. Der Bestand umfasst auch in das Ausland vermietete Luftfahrzeuge.

■ Straßenverkehrsunfälle

Als **Straßenverkehrsunfälle** werden alle Unfälle erfasst, die von der Polizei registriert wurden und bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen oder Plätzen entweder Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschaden entstanden ist. Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamtinnen und Beamte den Unfall aufgenommen haben. Unfälle, zu denen die Polizei nicht hinzugezogen wurde, werden folglich nicht nachgewiesen. Die Polizeidienststellen melden die Daten an die amtliche Statistik. Nachgewiesen werden die Straßenverkehrsunfälle nach dem Inlandskonzept. Dies bedeutet, es werden – unabhängig von der Nationalität der Unfallbeteiligten – nur die Unfälle registriert, die sich auf deutschen Straßen ereigneten, bzw. nur die Verunglückten erfasst, die hier zu Schaden kamen.

Dieses Kapitel weist nur das Unfallgeschehen für die Straßenverkehrsunfälle nach. Angaben zu Schienenverkehrsunfällen (Erhebung des Statistischen Bundesamtes) sowie zu Unfällen im Luftverkehr (Angaben der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung) liegen ebenfalls vor. Sie finden diese in der Fachserie „Verkehrsunfälle“ (siehe auch „Mehr zum Thema“) sowie unter www.destatis.de > Transport und Verkehr > Verkehrsunfälle.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Beförderte Personen | Die Zahl der beförderten Personen (Fahr- oder Fluggäste) spiegelt in der Verkehrsstatistik im Regelfall die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen“ entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt.

Beförderungsleistung im Güterverkehr | Dies ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Beförderungsleistung im Personenverkehr | Diese wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahr- bzw. Reiseweiten). Fahren z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Beförderungsmenge im Güterverkehr | Als Beförderungsmenge wird das Gewicht der beförderten Güter bezeichnet. Das Beförderungsgewicht wird einheitlich in allen amtlichen Güterverkehrsstatistiken einschließlich Verpackungsgewicht erhoben. Mit Ausnahme der Seeschifffahrt wird zudem das Gewicht von Ladungsträgern (z. B. Containern) in die Gesamttonnage einbezogen.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Gütergliederung | Die Gütergliederung sämtlicher amtlicher funktionaler Verkehrsstatistiken basiert ab Berichtsjahr 2008 auf dem „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007)“. Es umfasst 20 Güterabteilungen und 81 Gütergruppen. Für Querschnittspublikationen wie das Statistische Jahrbuch gibt es daneben Zusammenfassungenpositionen der NST-2007-Abteilungen. In dieser Publikation werden die Ergebnisse nach 10 zusammengefassten Güterabteilungen nachgewiesen.

Güterumschlag | Das ist die Summe aus Einladungen und Ausladungen der Güter. Im Unterschied zur Güterbeförderung werden beim Güterumschlag Transporte, z. B. zwischen deutschen Häfen, in beiden beteiligten Häfen gezählt, also zweifach.

Hauptverkehrsverbindungen | Innerdeutscher Verkehr (Verkehr innerhalb Deutschlands), grenzüberschreitender Verkehr (Empfang oder Versand) und Durchgangsverkehr (Transit) bilden die sogenannten Hauptverkehrsverbindungen, auch Hauptverkehrsbeziehungen oder Hauptverkehrsrelationen genannt. Generell werden beim innerdeutschen Verkehr die Transportvorgänge innerhalb Deutschlands nachgewiesen. Grenzüberschreitender Verkehr ist der Verkehr Deutschlands mit dem Ausland, Durchgangsverkehr der Verkehr zwischen Gebieten außerhalb Deutschlands durch Deutschland.

Kfz-Bestand | Zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland zählen zum Kfz-Bestand. Nicht einbezogen sind Fahrzeuge der Bundeswehr, Fahrzeuge mit rotem bzw. Kurzzeitkennzeichen sowie Ausfuhrkennzeichen und – ab Berichtsjahr 2000 – vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge.

Kfz-Neuzulassungen | Hierunter ist die erstmalige Registrierung eines fabrikneuen Fahrzeugs zu verstehen, das in Deutschland ein amtliches Kennzeichen erhalten hat und somit berechtigt ist, am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen.

Kombinierter Verkehr | Dabei wird der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Verunglückte, Getötete, Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik | Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Transport und Verkehr* finden Sie hauptsächlich unter dem Menüpunkt › Themen, Code 46, Daten zu *Unternehmen* daneben unter Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmensdaten im Verkehr

Fachserie 9 Dienstleistungen

Reihe 4.1 | Strukturhebung im Dienstleistungsbereich – Verkehr und Lagerei

■ Personenverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 3.1 | Personenverkehr mit Bussen und Bahnen

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/14 | Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2012

■ Güterverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.3 | Kombiniertes Verkehr

Reihe 1.4 | Gefahrguttransporte

Reihe 2 | Eisenbahn

Reihe 4 | Binnenschifffahrt

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/12 | Gefahrguttransporte 2010

Heft 9/13 | Güterverkehr in Deutschland 2012

Heft 3/14 | Kombiniertes Verkehr 2012

Heft 7/14 | Binnenschifffahrt 2013

■ Straßenverkehrsunfälle

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 7 | Verkehrsunfälle

Fachberichte

Unfälle unter dem Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln im Straßenverkehr

Kinderunfälle im Straßenverkehr

Unfälle von 15- bis 17-Jährigen im Straßenverkehr

Unfälle von 18- bis 24-Jährigen im Straßenverkehr

Unfälle von Frauen und Männern im Straßenverkehr

Unfälle von Güterkraftfahrzeugen im Straßenverkehr

Unfälle von Kraftomnibussen im Straßenverkehr

Unfälle von Senioren im Straßenverkehr

Unfallentwicklung auf deutschen Straßen

Verkehrsunfälle – Zeitreihen

Zweiradunfälle im Straßenverkehr

Mehr zum Thema

■ Straßenverkehrsunfälle

Wirtschaft und Statistik

- Heft 12/10 | Unfallstatistik – Verkehrsmittel im Risikovergleich
- Heft 8/13 | Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2012

■ Themenübergreifend

Broschüre

- | Verkehr auf einen Blick (2013)

Fachserie 8 Verkehr

- Reihe 1.1 | Verkehr aktuell
- Reihe 1.2 | Verkehr im Überblick
- Reihe 2.1 | Betriebsdaten des Schienenverkehrs
- Reihe 5 | Seeschifffahrt
- Reihe 6 | Luftverkehr
- Reihe 6.1 | Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen
- Reihe 6.2 | Luftverkehr auf allen Flugplätzen

Wirtschaft und Statistik

- Heft 4/14 | Gewerblicher Luftverkehr 2013
- Heft 5/14 | Eisenbahnverkehr 2013
- Heft 8/14 | Seeverkehr 2013

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 52

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





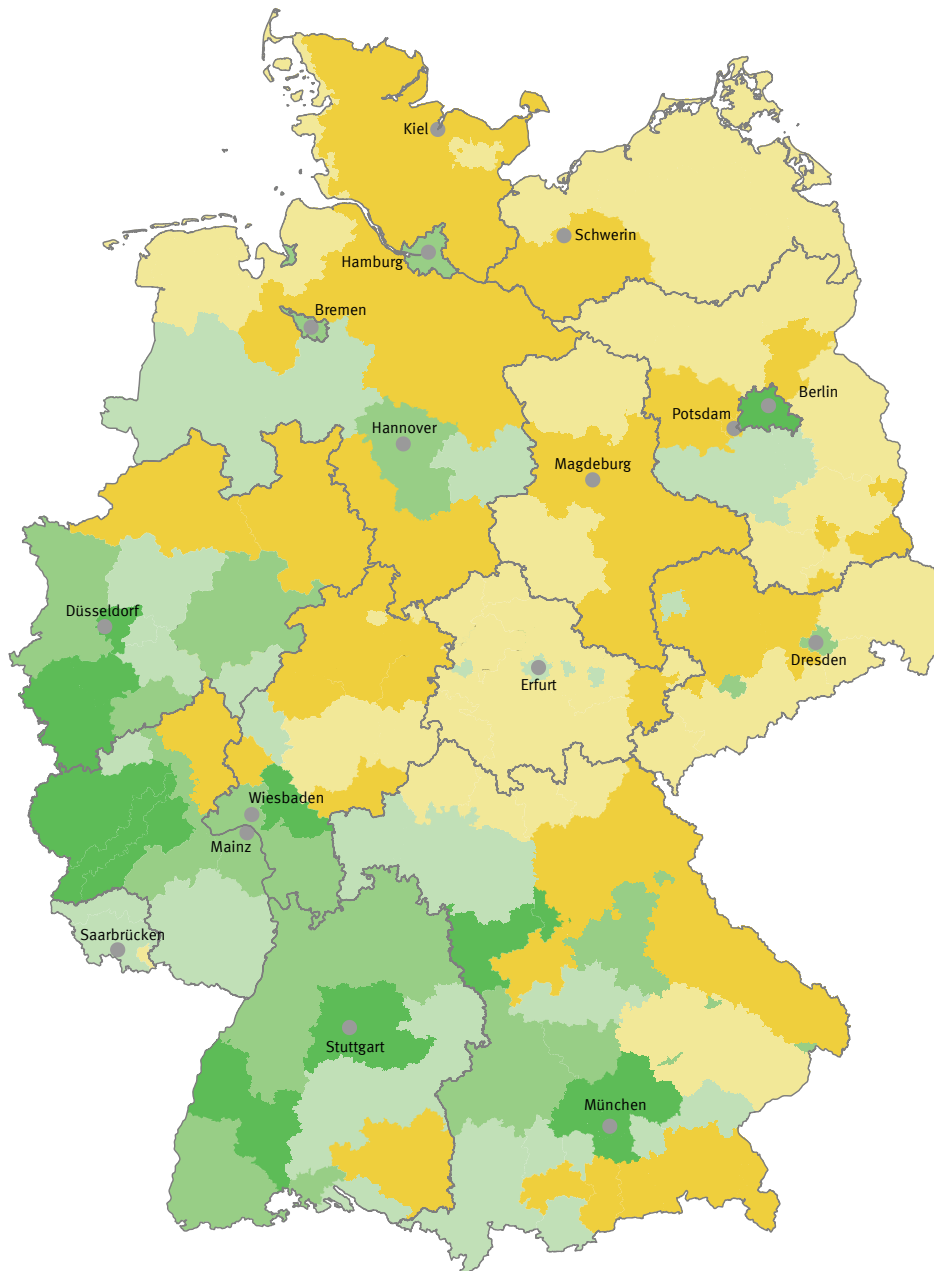
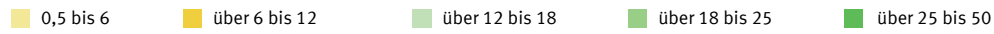
26 Gastgewerbe und Tourismus

2,0 Millionen Personen in **217 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der Personen in **Teilzeit** | 2012 **Umsatz** von **71 Milliarden Euro** erzielt, davon **zwei Drittel** in der **Gastronomie**, ein **Drittel** im **Beherbergungsgewerbe** | 2013 übernachteten **155 Millionen Gäste** in Beherbergungsbetrieben | Im Durchschnitt blieben sie für **2,7 Nächte** | Jeder **fünfte Gast** stammte aus dem **Ausland**, jeder **achte ausländische Gast** aus den **Niederlanden**

<i>Seite</i>	
605	Auf einen Blick
	Tabellen
606	Gastgewerbe Strukturdaten der Unternehmen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen
607	Tourismus Beherbergungsbetriebe Ankünfte und Übernachtungen Die Top 50 im Städtetourismus Herkunftsländer der Gäste
610	Methodik
612	Glossar
614	Mehr zum Thema

Übernachtungen ausländischer Gäste in den Reisegebieten 2013

Anteil an allen Übernachtungen, in %



26.1 Gastgewerbe

26.1.1 Strukturdaten der Unternehmen im Gastgewerbe 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
I	Gastgewerbe	217 164	1 989 478	70 573	33 298	3 668
55	Beherbergung	45 764	531 921	25 105	12 259	2 078
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	35 393	474 465	22 800	11 064	1 855
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	7 664	41 433	1 602	814	136
55.3	Campingplätze	1 384	9 529	437	230	43
56	Gastronomie	171 400	1 457 556	45 469	21 039	1 591
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	122 787	1 020 163	31 675	14 426	1 225
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	13 130	221 038	8 362	4 263	178
56.3	Ausschank von Getränken	35 483	216 356	5 431	2 349	188

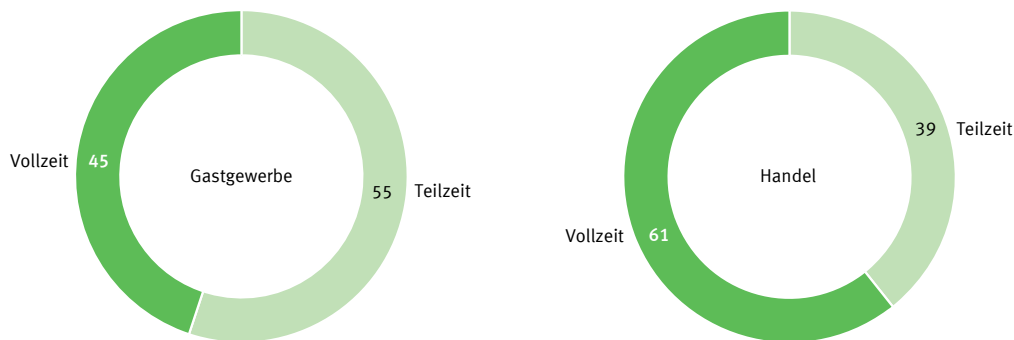
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

26.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Gastgewerbe 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
I	Gastgewerbe	70 573	101,7	55,0	47,2	29,6	16,7
55	Beherbergung	25 105	101,9	53,6	48,8	30,2	17,4
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	22 800	101,8	53,7	48,5	30,4	16,8
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	1 602	103,0	53,2	50,8	27,8	22,5
55.3	Campingplätze	437	99,6	48,1	52,6	22,9	28,9
56	Gastronomie	45 469	101,8	55,7	46,3	29,3	16,3
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	31 675	101,6	56,3	45,5	28,3	16,9
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	8 362	99,9	53,3	51,0	38,8	10,1
56.3	Ausschank von Getränken	5 431	101,7	56,2	43,3	20,8	22,2

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten 2012 in %



2014 - 01 - 0381

26.2 Tourismus

26.2.1 Beherbergungsbetriebe, Schlafgelegenheiten und Kapazitätsauslastungen 2013

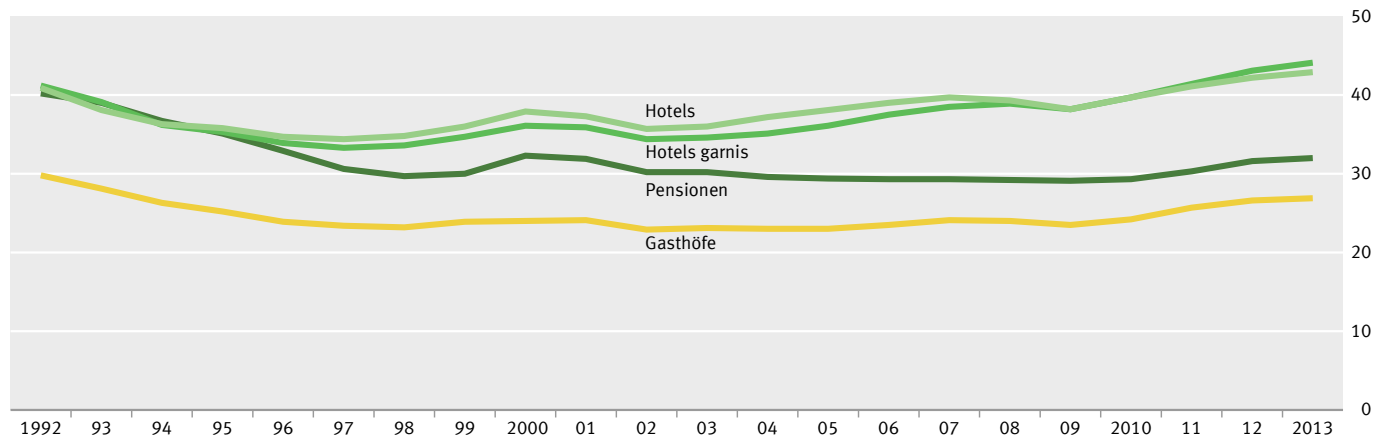
	Geöffnete Beherbergungsbetriebe ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Angebote Schlafgelegenheiten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten
	Anzahl	%	Anzahl	%	% ²
Insgesamt	52 473	- 1,3	3 563 788	0,1	34,8
nach Ländern					
Baden-Württemberg	6 892	- 0,5	396 590	0,2	36,2
Bayern	12 492	- 2,0	698 793	- 0,7	34,9
Berlin	799	0,6	136 154	5,0	55,0
Brandenburg	1 659	0,2	126 326	1,2	29,7
Bremen	118	2,6	13 350	4,6	42,4
Hamburg	339	2,7	54 524	1,9	58,8
Hessen	3 534	- 0,4	250 010	0,3	35,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 016	- 0,8	290 239	0,0	30,7
Niedersachsen	5 535	- 4,6	386 383	- 0,5	31,2
Nordrhein-Westfalen	5 331	- 0,2	365 711	- 0,1	35,4
Rheinland-Pfalz	3 666	- 0,5	238 713	- 0,6	27,1
Saarland	279	0,7	23 322	10,6	32,9
Sachsen	2 134	- 2,2	148 207	- 0,3	37,0
Sachsen-Anhalt	1 093	- 2,0	72 075	- 2,1	29,5
Schleswig-Holstein	4 226	- 1,1	256 778	0,2	32,7
Thüringen	1 360	0,2	106 613	1,2	34,3
nach Betriebsarten					
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	34 003	- 1,5	1 758 230	0,5	40,6
Hotels (ohne Hotels garnis)	13 307	- 0,5	1 086 346	0,7	42,9
Hotels garnis	7 581	- 1,2	353 262	2,3	44,1
Gasthöfe	7 864	- 3,4	191 512	- 2,8	26,9
Pensionen	5 251	- 1,9	127 110	- 1,7	32,0
Ferienunterkünfte und ähnliche					
Beherbergungsstätten	13 883	- 1,4	685 809	- 0,2	31,9
Erholungs- und Ferienheime	1 781	- 0,4	131 775	- 1,3	32,4
Ferienzentren	113	- 4,2	68 830	2,2	41,5
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	10 067	- 1,8	320 915	- 1,0	28,3
Jugendherbergen und Hütten	1 922	0,2	164 289	1,4	34,7
Campingplätze	2 818	- 0,5	882 996	- 0,6	10,9
Sonstige tourismusrelevante					
Unterkünfte	1 769	1,5	236 753	1,3	67,1
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	901	0,8	156 937	0,4	81,7
Schulungsheime	868	2,4	79 816	3,0	37,5

1 Stand: Juli.

2 Rechnerischer Wert (Übernachtungen/Bettentage) x 100.

Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten in der Hotellerie

in %



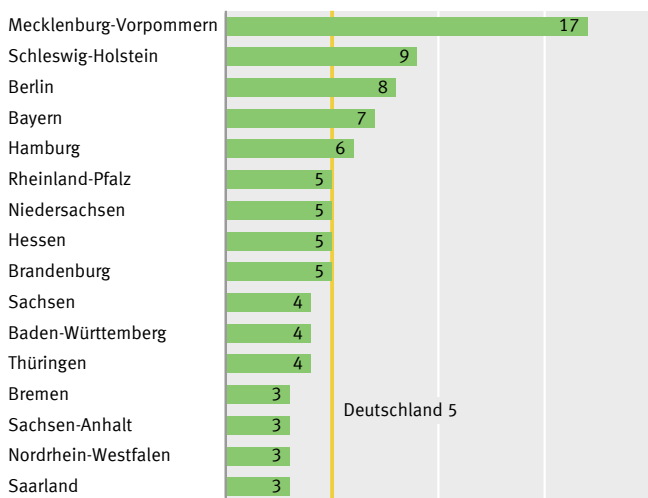
26.2 Tourismus

26.2.2 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2013

	Ankünfte		Darunter von Auslandsgästen		Übernachtungen		Darunter von Auslandsgästen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	155 191	1,6	31 545	3,7	411 779	1,1	71 919	4,5
	nach Ländern							
Baden-Württemberg	18 694	0,5	4 239	3,5	47 756	0,2	9 898	5,0
Bayern	31 614	1,5	7 576	3,8	84 159	0,2	15 918	4,1
Berlin	11 325	4,4	4 295	5,1	26 942	8,2	11 560	9,2
Brandenburg	4 207	0,8	351	1,1	11 520	0,3	831	3,6
Bremen	1 135	6,0	221	8,4	2 061	7,6	442	10,2
Hamburg	5 880	4,9	1 229	4,6	11 603	9,1	2 662	11,3
Hessen	13 244	1,7	3 306	2,1	30 321	1,2	6 376	2,4
Mecklenburg-Vorpommern	7 081	1,3	340	1,5	28 157	0,8	945	3,0
Niedersachsen	12 802	0,6	1 399	1,6	39 812	-0,5	3 557	1,4
Nordrhein-Westfalen	20 372	2,0	4 542	5,7	46 141	1,6	9 512	3,3
Rheinland-Pfalz	8 063	0,4	1 856	-1,6	20 976	-0,5	5 223	-1,7
Saarland	881	12,8	132	22,7	2 572	12,6	342	32,8
Sachsen	7 087	0,5	805	3,3	18 285	-0,4	1 866	2,7
Sachsen-Anhalt	2 885	-2,3	223	0,8	7 131	-3,0	504	-5,1
Schleswig-Holstein	6 328	3,0	797	10,1	24 806	1,3	1 719	11,6
Thüringen	3 592	0,4	235	-3,2	9 535	-1,6	563	-5,1
	nach Betriebsarten							
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	122 222	1,9	27 603	4,0	254 821	1,9	58 323	5,0
Hotels (ohne Hotels garnis)	83 161	1,7	19 747	3,4	167 406	2,0	40 361	4,9
Hotels garnis	25 769	4,1	5 996	6,3	55 278	3,9	13 641	6,2
Gasthöfe	8 495	-1,4	1 179	2,8	18 116	-2,3	2 472	2,3
Pensionen	4 797	0,2	681	4,2	14 022	-0,9	1 848	3,4
Ferienunterkünfte und ähnliche								
Beherbergungsstätten	19 645	0,7	2 372	3,8	74 050	-0,3	8 755	2,6
Erholungs- und Ferienheime	4 148	-2,3	106	-1,8	14 147	-2,1	439	-4,6
Ferienzentren	2 375	1,6	519	-1,9	9 777	-0,7	2 481	-3,3
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	5 446	0,3	524	3,6	30 881	-0,6	2 747	5,8
Jugendherbergen und Hütten	7 676	2,3	1 223	7,1	19 245	1,9	3 088	6,1
Campingplätze	7 528	0,3	1 432	-2,4	26 000	0,0	4 115	0,4
Sonstige tourismusrelevante								
Unterkünfte	5 796	1,0	138	23,8	56 908	0,0	727	9,2
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 210	0,3	30	0,4	46 449	-0,1	282	8,4
Schulungsheime	3 585	1,5	107	32,5	10 459	0,4	446	9,7

Tourismusintensität 2013

Übernachtungen je 1 Mill. Einwohner/-innen



Bevölkerung Stand 31.12. zum jeweiligen Vorjahr (nicht zensusbasiert).

2014 - 01 - 0383

26 Gastgewerbe und Tourismus

26.2 Tourismus

26.2.3 Die Top 50 im Städtetourismus 2013 – Ankünfte und Übernachtungen ab 100 000 Einwohnern

	Ankünfte ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%
1 Berlin	11 325	4,4	26 942	8,2
2 München	6 303	2,8	12 895	4,3
3 Hamburg	5 880	4,9	11 603	9,1
4 Frankfurt am Main	4 488	4,7	7 499	6,0
5 Köln	2 964	1,4	5 077	-0,4
6 Düsseldorf	2 552	5,6	4 245	4,7
7 Dresden	1 961	2,2	4 128	2,3
8 Stuttgart	1 708	1,0	3 200	2,7
9 Leipzig	1 453	7,8	2 698	8,7
10 Nürnberg	1 508	2,6	2 667	0,8
11 Hannover	1 216	-0,3	2 082	-0,2
12 Rostock	706	10,8	1 818	6,8
13 Bremen	957	7,5	1 709	9,8
14 Lübeck	654	4,5	1 488	3,1
15 Bonn	733	3,5	1 400	6,2
16 Freiburg	717	2,1	1 388	-1,2
17 Essen	669	3,1	1 386	0,7
18 Münster	638	0,8	1 366	1,1
19 Heidelberg	623	6,9	1 197	8,4
20 Mannheim	523	-0,9	1 150	-0,9
21 Wiesbaden	558	6,6	1 128	3,2
22 Dortmund	664	6,3	1 029	3,0
23 Karlsruhe	571	4,3	1 024	1,8
24 Potsdam	424	-3,2	1 003	-3,0
25 Regensburg	519	-2,4	922	1,1
26 Aachen	448	3,9	909	4,4
27 Mainz	570	3,7	886	3,4
28 Würzburg	525	9,8	839	8,7
29 Kassel	461	-7,8	836	-11,8
30 XXX ¹²
31 Trier	394	-4,3	746	-3,2
32 Augsburg	408	5,1	718	5,1
33 Koblenz	360	2,8	694	3,3
34 Bochum	373	6,3	636	9,6
35 Kiel	315	0,4	626	4,9
36 Darmstadt	317	2,1	594	-0,1
37 Bielefeld	305	4,3	566	5,5
38 Chemnitz	250	5,4	540	13,2
39 Magdeburg	312	-1,4	536	-3,2
40 Braunschweig	293	4,3	536	6,3
41 Wuppertal	219	3,3	534	2,5
42 Ulm	310	3,2	516	5,6
43 Saarbrücken	303	17,6	511	13,3
44 Erlangen	254	-0,3	500	-3,0
45 Wolfsburg	228	-4,1	490	-3,8
46 Ingolstadt	256	0,6	458	-1,4
47 Oberhausen	204	0,8	456	2,0
48 Duisburg	203	3,2	430	11,4
49 Neuss	269	3,5	420	3,5
50 Göttingen	233	-0,4	420	0,5

1 In Beherbergungsbetrieben.

2 In dieser Stadt sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. Daher unterliegt sie der statistischen Geheimhaltung.

26.2.4 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben nach dem Herkunftsland der Gäste 2013

Herkunftsland (Ständiger Wohnsitz)	Ankünfte	Veränderung gegenüber Vorjahr	Übernachtungen		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	% ¹	%
Insgesamt	155 191	1,6	411 779	100	1,1
Deutschland	123 646	1,1	339 860	82,5	0,4
Ausland	31 545	3,7	71 919	17,5	4,5
Europa	23 645	3,3	54 068	75,2	3,8
dar.: Belgien	1 273	2,8	2 897	4,0	0,9
Bulgarien	79	10,3	227	0,3	15,8
Dänemark	1 401	3,3	2 962	4,1	3,8
Estland	48	5,0	94	0,1	5,0
Finnland	290	-0,4	628	0,9	2,5
Frankreich	1 573	2,4	3 142	4,4	2,5
Griechenland	126	-0,5	337	0,5	2,1
Irland	136	0,4	315	0,4	4,2
Island	32	-5,9	84	0,1	1,9
Italien	1 581	0,0	3 485	4,8	0,5
Kroatien	54	X	149	0,2	X
Lettland	58	5,1	121	0,2	3,7
Litauen	84	1,4	168	0,2	1,8
Luxemburg	242	4,1	559	0,8	3,5
Malta	15	6,3	39	0,1	12,0
Niederlande	4 124	-1,1	10 825	15,1	-1,0
Norwegen	423	1,5	864	1,2	2,4
Österreich	1 631	4,1	3 369	4,7	4,6
Polen	814	10,5	2 201	3,1	9,3
Portugal	118	0,3	297	0,4	2,4
Rumänien	211	11,7	638	0,9	14,6
Russische Föderation	1 039	13,1	2 595	3,6	15,5
Schweden	920	2,6	1 713	2,4	3,2
Schweiz	2 594	4,2	5 484	7,6	5,2
Slowakei	104	8,9	318	0,4	5,7
Slowenien	80	-1,2	208	0,3	-5,7
Spanien	874	-1,7	2 017	2,8	-0,5
Tschechische Republik	414	5,7	906	1,3	5,5
Türkei	260	6,4	614	0,9	6,6
Ukraine	129	15,0	299	0,4	14,7
Ungarn	244	3,5	712	1,0	0,0
Vereinigtes Königreich	2 294	6,1	4 904	6,8	8,1
Zypern	18	-0,1	45	0,1	-1,0
Sonstige europäische Länder zusammen	360	X	852	1,2	X
Afrika	246	8,3	706	1,0	13,6
dar.: Südafrika	71	-4,2	179	0,2	2,2
Asien	3 410	7,8	7 915	11,0	9,3
dar.: Arabische Golfstaaten	517	15,1	1 544	2,1	20,2
China (einschl. Hongkong)	871	15,0	1 735	2,4	11,0
Indien	190	10,4	616	0,9	5,4
Israel	255	7,2	763	1,1	15,4
Japan	712	-3,1	1 308	1,8	-1,3
Korea, Republik	224	6,1	449	0,6	6,1
Amerika	3 192	1,2	7 014	9,8	2,5
dar.: Kanada	293	-0,9	635	0,9	1,7
Vereinigte Staaten	2 310	-0,2	4 917	6,8	1,3
Mittelamerika/Karibik	107	13,5	257	0,4	10,6
Brasilien	292	4,7	733	1,0	5,5
Australien, Ozeanien	356	-1,2	829	1,2	2,6
dar.: Australien	306	-2,3	715	1,0	1,9
Ohne Angaben	696	12,2	1 388	1,9	13,0

1 Deutschland und Ausland: Anteil am „Insgesamt“; andere Länder bzw. Ländergruppen: Anteil am „Ausland“.

Methodik

Eine wirtschaftliche Tätigkeit kann grundsätzlich aus institutioneller oder aus funktionaler Sicht betrachtet werden. Institutionell bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, deren Haupttätigkeit die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit ist. Dabei fließen in die Ergebnisse alle Angaben dieser Einheiten ein, also auch die Angaben aus anderen Tätigkeiten. Funktional bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, die diese Tätigkeit überhaupt ausüben, und zwar auch dann, wenn es sich nicht um die Haupttätigkeit der Einheit handelt. Dabei fließen in die Ergebnisse nur die Angaben ein, die aus der zu untersuchenden Tätigkeit stammen.

In diesem Kapitel enthalten die Tabellen zum Gastgewerbe eine institutionelle Sicht, die Tabellen zum Tourismus dagegen eine funktionale.

■ Gastgewerbe

Die **Gastgewerbestatistik** umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweikklassifikation (NACE) definiert den Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik (Abschnitt I). Er untergliedert sich in die Abteilungen 55 „Beherbergungsstatistik“ und 56 „Gastronomie“. Die Statistik erfasst alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten (einschließlich Kantinen und Catering). Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit anbieten (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben. Die Unternehmen müssen dabei stets für das Gesamtunternehmen melden, also unter Einschluss auch solcher Arbeitsstätten, in denen andere als Gastgewerbetätigkeiten überwiegen (z. B. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, „Café-Konditorei“). Die Erhebung wird als Stichprobe bei höchstens 5 % der Unternehmen des Gastgewerbes durchgeführt. In der monatlichen Stichprobenerhebung sind rund 8 000 Unternehmen mit einem jährlichen Mindestumsatz von 150 000 Euro repräsentiert.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Gastgewerbestatistik ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Zum Erhebungsprogramm der **Monatserhebung** im Gastgewerbe gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Gastgewerbe ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Gastgewerbestatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monatserhebung wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung** im Gastgewerbe stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Gastgewerbe vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Warenbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Die Erhebung erfasst weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben.

Nach § 11a BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitliche Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Die Verpflichtung, die geforderten Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik in der Regel 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da erfahrungsgemäß die Unternehmen die meisten der Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Monatserhebung im Gastgewerbe – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt aufgrund des großen Stichprobenumfangs. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfebereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Gastgewerbestatistik aufgrund der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsdaten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das Stichtagsprinzip, das in der Jahreserhebung angewendet wird. Zudem sind in der Monatserhebung nur Unternehmen einbezogen, die die vorgenannten Mindestumsätze übertreffen. Dagegen basieren die Ergebnisse der Jahreserhebung auf allen Stichprobenunternehmen. Der Berichtsfirmenkreis ist somit unterschiedlich groß.

Die in der Jahreserhebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen **anderer Erhebungen**. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Gastgewerbestatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Gastgewerbestatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

■ Tourismus

Die **Monatserhebung im Tourismus** ist die zentrale statistische Informationsquelle zum Inlandstourismus in Deutschland. Es handelt sich hierbei um eine Totalerhebung mit einer sogenannten Abschneidegrenze. Es werden also nur Betriebe betrachtet, die eine bestimmte Mindestgröße aufweisen.

Zweck der monatlichen Erhebung im Tourismus ist zum einen die kurzfristige Information über die konjunkturelle Entwicklung im Beherbergungsgewerbe. Darüber hinaus liefert sie aber auch Informationen über Strukturen des Inlandstourismus. Ihre Ergebnisse dienen als Grundlage für tourismuspolitische Entscheidungen, für infrastrukturelle Planungen sowie für Maßnahmen der Tourismuswerbung und der Marktforschung. Mit den Ergebnissen, die aus der Monatserhebung im Tourismus gewonnen werden, werden auch Datenlieferungsverpflichtungen gegenüber der EU erfüllt.

Rechtsgrundlage der Monatserhebung im Tourismus ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Berichtspflichtig sind demnach alle Beherbergungsstätten und Campingplätze sowie die entsprechenden fachlichen Betriebsteile, die zehn und mehr Schlafgelegenheiten bzw. bei Campingplätzen zehn und mehr Stellplätze aufweisen. Zurzeit sind dies etwa 53 500 Beherbergungsstätten und Campingplätze.

Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab dem Berichtsjahr 1992 verfügbar und bis einschließlich dem Berichtsjahr 2010 vergleichbar. Ab dem Berichtsjahr 2011 weist die Zeitreihe einen Bruch auf. Grund ist eine Vorgabe der EU-Verordnung über die europäische Tourismusstatistik, nach der ab dem Berichtsjahr 2012 die Abschneidegrenze für die Auskunftspflicht von neun auf zehn Betten bzw. drei auf zehn Stellplätzen erhöht werden musste.

Methodik

Die Erhebung erstreckt sich auf die Gruppen 55.1 „Hotels, Gasthöfe und Pensionen“, 55.2 „Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten“ und 55.3 „Campingplätze“ sowie auf Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (Wirtschaftsunterklasse 86.10.3) und auf Schulungsheime (Wirtschaftsklassen 85.53 und 85.59) der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008). Erhoben wird die Zahl der Gästeankünfte sowie der Übernachtungen, bei Gästen aus dem Ausland auch deren Herkunftsland. Außerdem erfasst die Erhebung als Kapazitätsangaben die Zahl der Schlafgelegenheiten, die Zahl der Stellplätze auf Campingplätzen sowie bei Betrieben der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) jährlich auch die Zahl der Gästezimmer zum Stand 31.7. Bei der Hotellerie mit 25 und mehr Gästezimmern wird zudem monatlich die Nettoauslastung der Gästezimmer ermittelt. Im Bereich des Campings wird nur das Urlaubscamping erhoben, nicht jedoch das Dauercamping.

Die Aktualität ist ein wesentliches Qualitätskriterium für die Monatserhebung im Tourismus. Ein erstes Bundesergebnis wird in der Regel innerhalb von 40 Tagen nach Ablauf des Berichtsmonats als Pressemitteilung auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Etwa zwei Wochen später erscheint die monatliche Fachserie mit ausführlichen und tief gegliederten Ergebnissen. Diese Veröffentlichung ist im Internet kostenfrei als Download verfügbar. Das Jahrbuch weist einen Teil der Jahresergebnisse der Monatserhebung im Tourismus in den vorliegenden Tabellen nach.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Angebotene Schlafgelegenheiten | Anzahl der Schlafgelegenheiten, die am letzten Öffnungstag eines Beherbergungsbetriebes im Berichtsmonat tatsächlich angeboten werden.

Ankünfte | Die Zahl der Anmeldungen von Gästen in einem Beherbergungsbetrieb innerhalb des Berichtszeitraums, die zum vorübergehenden Aufenthalt eine Schlafgelegenheit belegten.

Beherbergungsbetriebe | Sogenannte örtliche Einheiten, die dazu dienen, Gästen im privaten oder geschäftlichen Reiseverkehr eine Übernachtungsmöglichkeit bereitzustellen. Man unterscheidet dabei zwischen Beherbergungsstätten mit einem Angebot an Schlafgelegenheiten (z. B. Hotels und Pensionen) und Campingplätzen mit einem Stellplatzangebot. Zu den Beherbergungsbetrieben zählen auch Unterkünfte, die die Gästebeherbergung nur als Nebenerwerb betreiben.

Beherbergung im Reiseverkehr | Unterbringung von Personen, die sich nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. Der vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeitaktivitäten veranlasst sein, aber auch aufgrund geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder aus sonstigen Gründen.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Campingplätze | Abgegrenzte Gelände, die zum vorübergehenden Aufstellen von Wohnwagen, Wohnmobilen und Zelten allgemein zugänglich sind. In der Monaterhebung im Tourismus werden nur Campingplätze berücksichtigt, die Urlaubscamping anbieten, nicht aber sogenannte Dauercampingplätze. Die Unterscheidung zwischen Urlaubs- oder Dauercampingplätzen bezieht sich auf die vertraglich vereinbarte Dauer der Campingplatzbenutzung. Im Urlaubscamping wird der Stellplatz in der Regel für die Dauer von Tagen oder Wochen gemietet, im Dauercamping dagegen zumeist auf Monats- oder Jahresbasis.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer | Verhältnis der Übernachtungen zur Anzahl der Ankünfte (Übernachtungen/Ankünfte). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer kann zum Beispiel in Orten mit Vorsorge- und Rehabilitationskliniken rechnerisch höher sein, als die Zahl der Kalendertage des Berichtszeitraums, da sich in solchen Beherbergungsstätten manche Gäste und Patienten mehr als einen Kalendermonat aufhalten.

Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten | Rechnerischer Wert, der die Inanspruchnahme der Schlafgelegenheiten in einem Berichtsmonat ausdrückt. Die prozentuale Angabe wird ermittelt, indem die Zahl der Übernachtungen durch die sogenannten „Bettentage“ geteilt wird. Letztere sind das Produkt aus angebotenen Schlafgelegenheiten und der Zahl der Tage, an denen ein Betrieb im Berichtszeitraum tatsächlich geöffnet hatte. Berechnung: Übernachtungen/angebotene Bettentage x 100.

Erholungs- und Ferienheime | Beherbergungsstätten, die nur bestimmten Personenkreisen, zum Beispiel Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Kindern, Müttern, Betreuten sozialer Einrichtungen, zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nur an Hausgäste abgegeben.

Ferienhäuser, -wohnungen | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nicht abgegeben, aber eine Kochgelegenheit ist vorhanden.

Ferienzentren | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und die dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein von Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten auch mit Kochgelegenheit, einer Gaststätte, von Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs. Ferner müssen Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen vorhanden sein, zum Beispiel Massageeinrichtungen, Solarium, Sauna, Friseur, und zur aktiven Freizeitgestaltung, wie beispielsweise Schwimmbad, Tennis-, Tischtennis-, Minigolf- oder Trimm-Dich-Anlagen.

Gastgewerbe | Dazu zählen Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten. Zum Gastgewerbe gehören auch Kantinen und Catering-Unternehmen. Unternehmen mit Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen bieten entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit an (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder sie geben Speisen und Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle ab. Nicht zum Gastgewerbe zählen Trink- und Imbisshallen, die Zeitungen, Süßwaren, Tabakwaren, Andenken und dergleichen verkaufen. Sie zählen zum Einzelhandel.

Gasthöfe | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen, außer einem auch für Passanten zugänglichen Gastraum, in der Regel keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen.

Herkunftsländer | Erhebungs- und Gliederungsmerkmal für die Ergebnisse der Monaterhebung im Tourismus. Maßgebend für die Zuordnung zum Herkunftsland ist grundsätzlich der ständige Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort des Gastes, nicht aber dessen Staatsangehörigkeit bzw. Nationalität.

Hotels | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen auch für Passantinnen und Passanten ein Restaurant vorhanden ist. In der Regel stehen weitere Einrichtungen oder Räume für unterschiedliche Zwecke (Konferenzen, Seminare, Sport, Freizeit, Erholung) zur Verfügung.

Hotels garnis | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen als Mahlzeit höchstens ein Frühstück angeboten wird.

Jugendherbergen und Hütten | Beherbergungsstätten, die in der Regel eine einfache Ausstattung aufweisen und vorzugsweise Jugendlichen und Familien oder Angehörigen der sie tragenden Organisation (z. B. Wanderverein) zur Verfügung stehen. Speisen und Getränke werden im Allgemeinen nur an Hausgäste abgegeben.

Pensionen | Beherbergungsstätten, die allgemein zugänglich sind und in denen Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgegeben werden.

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Reisegebiete | Regionen, die auf Bundeslandebene abgegrenzt werden und sich im Wesentlichen an den Zuständigkeitsbereichen der regionalen Tourismusverbände und an naturräumlichen Gegebenheiten orientieren. In Bayern heißen die entsprechenden Regionen Tourismusregionen. Für die Stadtstaaten sind keine Reisegebiete definiert.

Schlafgelegenheiten | Gästebetten in einer Beherbergungsstätte. Doppelbetten zählen dabei als zwei Schlafgelegenheiten. Klappbetten (Schlafcouch), die regulär als Schlafgelegenheit angeboten werden, gehören auch dazu. Behelfsmäßige Schlafgelegenheiten (z. B. Zustellbetten, Kinderbetten) werden nicht berücksichtigt.

Im Campingbereich wird gemäß einer Vorgabe der Europäischen Kommission ein Stellplatz mit vier Schlafgelegenheiten gleichgesetzt. Auf diese Weise ist es möglich, für alle Beherbergungsbetriebe eine Aussage zur Anzahl der Schlafgelegenheiten oder ihrer Auslastung treffen zu können.

Schulungsheime | Beherbergungsstätten, die dazu dienen, Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems anzubieten. Sie dienen überwiegend der Erwachsenenbildung.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Übernachtungen | Die Zahl der Übernachtungen von Gästen, die im Berichtszeitraum in einem Beherbergungsbetrieb ankamen oder aus dem vorherigen Berichtszeitraum noch anwesend waren.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Vorsorge- und Rehabilitationskliniken | Beherbergungsstätten, die ausschließlich oder überwiegend Kurgästen zur Verfügung stehen. Das Ziel des Aufenthalts ist die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder der Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sowie die Inanspruchnahme der allgemein angebotenen Kureinrichtungen außerhalb des Beherbergungsbetriebs. Zu den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zählen auch Kinderheilstätten, Sanatorien, Kur- und ähnliche Krankenhäuser. Im Rahmen der Monatserhebung im Tourismus werden nur Übernachtungen von dort untergebrachten Personen erfasst, die in der Lage sind das Tourismusangebot der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Gastgewerbe*, *Tourismus* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gastgewerbe

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

■ Tourismus

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 7.1 | Tourismus

Fachberichte

| Tourismus in Zahlen

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/13 | Inlandstourismus 2012

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 50 (Gastgewerbe), +49 (0)6 11 / 75 48 51 (Tourismus).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



27 Weitere Dienstleistungen

6,8 Millionen Personen in **821 200 Unternehmen** beschäftigt | 2012
Umsatz von **747 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Knapp **ein Drittel** davon
durch **Informations- und Kommunikationsunternehmen** erzielt | Job-
motor **Freie Berufe: 482 000 Personen** arbeiteten in **Architektur- und**
Ingenieurbüros, 363 000 in **Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung**
sowie Buchführung und **252 000** in **Rechtsberatung**

Seite

617 **Auf einen Blick**

Tabellen

618 **Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

620 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung | Personalaufwendungen |
Bruttobetriebsüberschuss

623 **Arztpraxen nach Facharztbezeichnung (ohne MVZ)**

624 **Methodik**

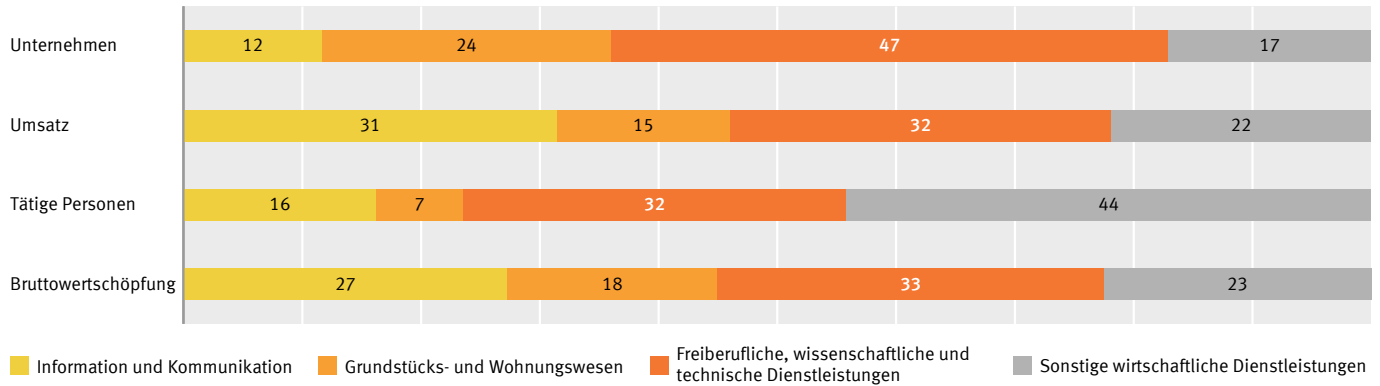
625 **Glossar**

626 **Mehr zum Thema**

27.0 Auf einen Blick

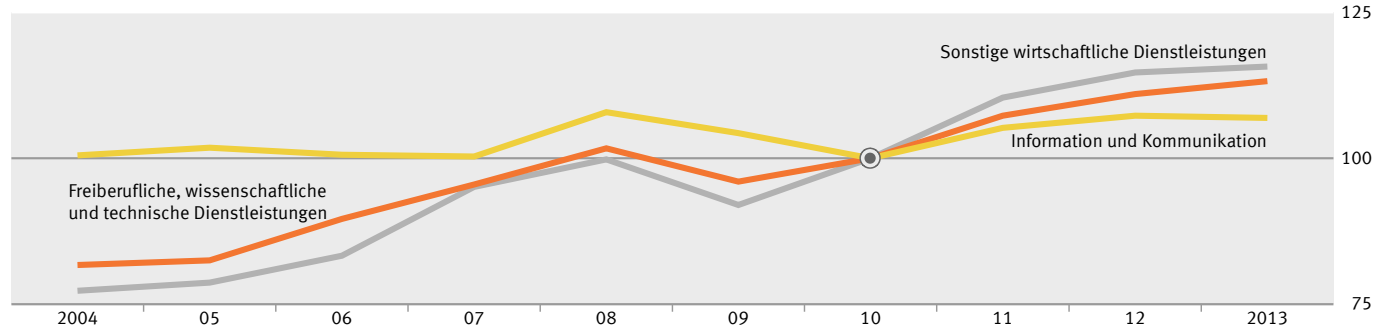
Unternehmen, Umsatz, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in weiteren Dienstleistungsbereichen 2012

in %



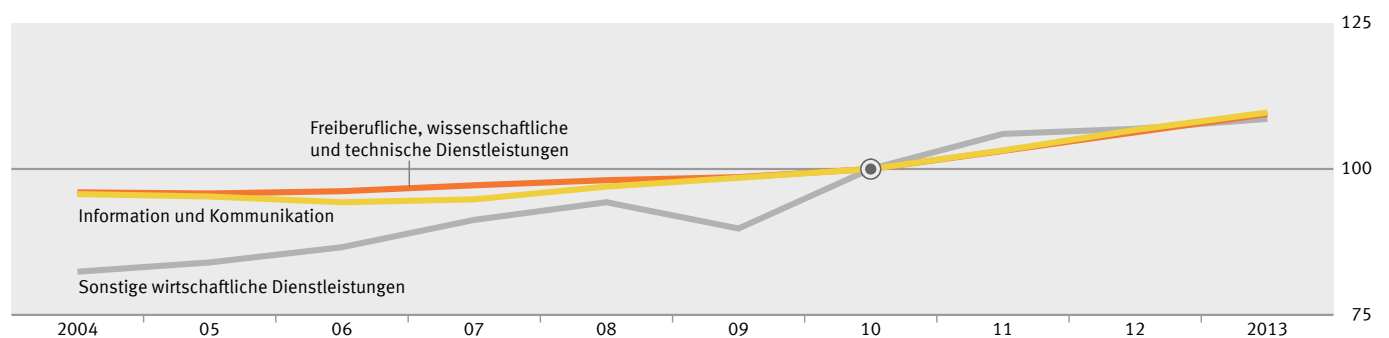
Umsätze in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

2010 = 100



Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen

2010 = 100



2014 - 01 - 0384

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
J	Information und Kommunikation	94 541	1 066 733	234 169	102 035	14 691
58	Verlagswesen	7 288	218 344	33 022	13 360	743
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	6 653	204 246	28 415	11 421	460
58.2	Verlegen von Software	635	14 098	4 607	1 939	283
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 179	61 213	10 237	4 655	481
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	6 515	54 388	7 929	3 204	441
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	1 664	6 824	2 309	1 451	40
60	Rundfunkveranstalter	391	40 959	16 054	6 842	957
60.1	Hörfunkveranstalter	251	11 930	2 673	1 612	86
60.2	Fernsehveranstalter	140	29 029	13 381	5 230	871
61	Telekommunikation	2 498	104 879	64 297	24 790	7 152
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	467	56 768	32 975	13 831	4 888
61.2	Drahtlose Telekommunikation	363	21 854	21 453	8 025	1 808
61.3	Satellitenkommunikation	47	772	415	102	17
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 621	25 484	9 455	2 831	438
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	65 708	557 561	98 955	46 818	4 567
63	Informationsdienstleistungen	10 477	83 778	11 604	5 570	792
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 592	49 556	8 080	3 808	645
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	6 885	34 222	3 524	1 762	147
K¹²⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	863	155 434	244 652	20 683	.
65.1	Versicherungen	637	142 099	186 453	11 407	.
65.2	Rückversicherungen	32	11 661	51 053	8 004	.
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	194	1 673	7 145	1 272	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	197 145	477 245	108 506	66 346	21 475
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	197 145	477 245	108 506	66 346	21 475
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	4 606	14 929	7 112	2 508	1 037
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasteten Immobilien	154 624	309 982	84 289	54 675	19 102
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	37 915	152 334	17 105	9 163	1 336
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	380 257	2 119 026	239 203	121 714	8 352
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	102 540	614 864	44 948	32 990	929
69.1	Rechtsberatung	52 075	251 576	19 496	14 448	294
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	50 465	363 288	25 452	18 541	635
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	73 946	376 131	76 113	28 071	2 998
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	17 732	188 743	52 401	13 842	2 414
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	56 214	187 389	23 712	14 229	585
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	108 333	566 789	63 161	34 144	1 659
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	102 981	482 045	54 042	28 615	1 295
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 351	84 744	9 119	5 529	365
72	Forschung und Entwicklung	5 224	136 288	11 384	7 951	1 683
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	4 626	129 652	11 024	7 635	1 660
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	597	6 635	360	316	23
73	Werbung und Marktforschung	27 124	250 611	26 069	9 903	458
73.1	Werbung	25 636	229 697	23 631	8 794	405
73.2	Markt- und Meinungsforschung	1 488	20 914	2 438	1 109	53
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	53 930	132 830	14 887	7 102	533
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	20 464	37 151	2 948	1 646	71
74.2	Fotografie und Fotolabors	7 706	21 146	1 665	864	129
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	6 610	11 649	890	475	14

Fußnoten siehe nächste Seite.

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	19 150	62 883	9 384	4 117	318
75	Veterinärwesen	9 160	41 512	2 640	1 554	92
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	138 327	2 900 090	162 878	84 282	11 326
77	Vermietung von beweglichen Sachen	17 222	104 702	27 065	13 878	7 938
77.1	Vermietung von Kraftwagen	3 420	25 881	9 058	4 138	3 712
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	3 253	30 825	3 295	1 481	390
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10 152	45 472	12 672	7 389	3 761
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	397	2 523	2 039	870	75
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 637	933 268	34 698	23 659	551
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	2 185	22 932	1 544	920	14
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	4 527	773 976	27 201	18 209	496
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	925	136 360	5 953	4 530	41
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	9 784	89 723	27 258	6 186	279
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	9 039	80 718	25 899	5 820	248
79.9	Erbringung von sonstigen Reservierungsdienstleistungen	745	9 005	1 359	367	31
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 044	186 418	5 600	4 225	79
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	2 875	172 842	5 021	3 849	66
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	425	11 283	490	325	11
80.3	Detekteien	744	2 293	90	51	2
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	64 613	1 129 250	29 527	19 438	1 044
81.1	Hausmeisterdienste	14 293	87 299	4 429	2 290	140
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	26 808	903 392	16 939	12 618	417
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	23 512	138 560	8 159	4 530	487
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	35 026	456 729	38 729	16 895	1 435
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	7 184	20 108	1 187	606	26
82.2	Call Center	1 124	119 196	5 561	3 087	96
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	5 457	39 986	6 319	2 005	241
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	21 262	277 440	25 663	11 198	1 072
P ²	Erziehung und Unterricht					
85.53 ¹³	Fahr- und Flugschulen	9 561	33 358	1 366	-	-
Q ²	Gesundheits- und Sozialwesen					
86.21 ^{14 15}	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	29 304	196 766	10 029	-	-
86.22 ^{14 15}	Facharztpraxen	45 601	402 222	26 181	-	-
86.23 ¹⁴	Zahnarztpraxen	42 383	360 233	22 488	-	-
86.90 ^{13 16}	Gesundheitswesen a. n. g.	29 175	226 427	8 148	-	-
86.90.1 ¹⁴	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	12 494	21 978	1 217	-	-
R ²	Kunst, Unterhaltung und Erholung					
93.13.0 ¹³	Fitnesszentren	2 328	27 853	821	-	-
S ²	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	10 064	35 904	2 723	1 278	57
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 316	9 348	1 061	460	18
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	8 748	26 556	1 661	818	38
96.01 ¹³	Wäscherei und chemische Reinigung	3 797	68 715	2 941	-	-
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	41 639	221 781	4 943	-	-
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	9 648	19 825	562	-	-
96.03.1 ¹³	Bestattungsinstitute	3 717	23 918	1 247	-	-
96.04 ¹³	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	1 981	19 568	535	-	-

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

3 Berichtsjahr 2010.

4 Berichtsjahr 2011.

5 Ohne MVZ.

6 Ohne WZ 86.90.1.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
J	Information und Kommunikation	234 169	76,6	56,1	43,6	22,9	20,7
58	Verlagswesen	33 022	82,6	58,7	40,5	23,6	16,9
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	28 415	86,8	58,9	40,2	23,5	16,7
58.2	Verlegen von Software	4 607	56,5	57,2	42,1	24,1	18,0
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	10 237	75,3	53,8	45,5	16,2	29,3
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	7 929	72,0	58,8	40,4	18,1	22,4
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	2 309	86,4	36,4	62,9	9,9	53,0
60	Rundfunkveranstalter	16 054	82,2	56,8	42,6	17,9	24,7
60.1	Hörfunkveranstalter	2 673	93,8	38,9	60,3	26,5	33,8
60.2	Fernsehveranstalter	13 381	79,9	60,4	39,1	16,2	22,9
61	Telekommunikation	64 297	71,2	61,5	38,6	10,3	28,3
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	32 975	77,5	58,1	41,9	10,8	31,1
61.2	Drahtlose Telekommunikation	21 453	66,5	62,8	37,4	7,2	30,2
61.3	Satellitenkommunikation	415	46,5	73,5	24,6	13,9	10,7
61.9	Sonstige Telekommunikation	9 455	61,4	70,2	29,9	15,4	14,6
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	98 955	76,9	52,5	47,3	31,5	15,8
63	Informationsdienstleistungen	11 604	80,7	50,8	48,0	29,9	18,1
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	8 080	81,7	51,5	47,1	29,3	17,8
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	3 524	78,4	49,0	50,0	31,2	18,8
K²⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	244 652	36,7	28,3	8,5	4,6	3,8
65.1	Versicherungen	186 453	31,6	25,5	6,1	5,0	1,1
65.2	Rückversicherungen	51 053	56,7	41,0	15,7	3,7	12,0
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	7 145	26,7	8,9	17,8	1,5	16,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	108 506	87,9	38,3	61,1	7,8	53,3
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	108 506	87,9	38,3	61,1	7,8	53,3
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	7 112	69,3	58,9	35,3	6,5	28,7
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleasten Immobilien	84 289	90,2	35,3	64,9	4,9	60,0
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	17 105	84,3	44,8	53,6	22,9	30,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	239 203	79,3	49,6	50,9	30,9	19,9
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	44 948	96,1	26,2	73,4	37,6	35,8
69.1	Rechtsberatung	19 496	96,1	25,5	74,1	25,6	48,5
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	25 452	96,1	26,7	72,8	46,8	26,1
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	76 113	69,6	61,4	36,9	27,2	9,7
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	52 401	63,1	71,5	26,4	24,2	2,2
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	23 712	84,0	39,0	60,0	33,7	26,3
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	63 161	82,0	47,0	54,1	33,1	21,0
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	54 042	81,1	48,4	52,9	31,1	21,8
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	9 119	87,9	38,8	60,6	44,7	15,9
72	Forschung und Entwicklung	11 384	94,5	50,6	69,8	56,1	13,7
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	11 024	94,5	50,8	69,3	55,8	13,5
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	360	94,4	42,9	87,8	66,8	21,0

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2012

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs-käufe	Brutto-wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal-aufwendungen	Brutto-betriebs-überschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
73	Werbung und Marktforschung	26 069	64,2	61,4	38,0	20,9	17,1
73.1	Werbung	23 631	63,0	62,1	37,2	19,7	17,6
73.2	Markt- und Meinungsforschung	2 438	75,7	54,8	45,5	32,9	12,5
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	14 887	79,6	51,7	47,7	21,2	26,6
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	2 948	85,6	43,3	55,8	16,4	39,5
74.2	Fotografie und Fotolabors	1 665	91,2	47,3	51,9	19,7	32,2
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	890	74,0	45,9	53,3	17,2	36,1
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a. n. g.	9 384	76,2	55,7	43,9	23,3	20,6
75	Veterinärwesen	2 640	85,8	41,0	58,9	21,3	37,6
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	162 878	77,3	47,3	51,7	36,3	15,5
77	Vermietung von beweglichen Sachen	27 065	80,2	46,3	51,3	9,8	41,5
77.1	Vermietung von Kraftwagen	9 058	78,4	49,7	45,7	7,3	38,4
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	3 295	77,6	51,8	45,0	19,9	25,1
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	12 672	84,7	40,8	58,3	9,5	48,8
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	2 039	64,3	56,2	42,7	6,0	36,7
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	34 698	92,3	31,0	68,2	72,7	- 4,5
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	1 544	80,4	39,8	59,6	40,7	18,9
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	27 201	91,7	32,2	66,9	74,4	- 7,5
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	5 953	98,1	23,5	76,1	73,2	2,9
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	27 258	41,2	77,1	22,7	9,2	13,5
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	25 899	40,2	77,4	22,5	8,7	13,8
79.9	Erbringung von sonstigen Reservierungsdienstleistungen	1 359	61,2	72,1	27,0	19,1	7,8
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	5 600	91,0	24,2	75,4	65,2	10,3
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	5 021	91,5	23,0	76,7	67,2	9,5
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	490	87,5	33,0	66,2	51,8	14,4
80.3	Detekteien	90	81,5	40,6	57,5	25,3	32,2
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	29 527	90,0	33,4	65,8	46,9	18,9
81.1	Hausmeisterdienste	4 429	80,2	46,9	51,7	32,7	19,0
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	16 939	93,8	24,7	74,5	58,3	16,2
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	8 159	87,3	44,3	55,5	30,9	24,7
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	38 729	75,4	55,7	43,6	28,8	14,8
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	1 187	94,0	47,9	51,1	23,0	28,1
82.2	Call Center	5 561	86,4	44,3	55,5	52,7	2,8
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	6 319	62,1	67,7	31,7	18,5	13,3
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	25 663	75,5	55,5	43,6	26,5	17,1
P ¹²⁾	Erziehung und Unterricht						
85.53 ¹³⁾	Fahr- und Flugschulen	1 366	-	-	-	26,1	-
Q ¹²⁾	Gesundheits- und Sozialwesen						
86.21 ^{14) 15)}	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	10 029	-	-	-	25,8	-
86.22 ^{14) 15)}	Facharztpraxen	26 181	-	-	-	24,9	-
86.23 ¹⁴⁾	Zahnarztpraxen	22 488	-	-	-	23,4	-
86.90 ^{13) 16)}	Gesundheitswesen a. n. g.	8 148	-	-	-	40,5	-
86.90.1 ¹⁴⁾	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	1 217	-	-	-	.	-
R ¹²⁾	Kunst, Unterhaltung und Erholung						
93.13.0 ¹³⁾	Fitnesszentren	821	-	-	-	27,9	-
S ¹²⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	2 723	82,0	52,5	46,9	25,7	21,3
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 061	80,7	56,4	43,4	28,8	14,5

Fußnoten siehe am Ende der Tabelle.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2012

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	1 661	82,8	50,0	49,2	23,7	25,5
96.01 ¹³	Wäscherei und chemische Reinigung	2 941	-	-	-	39,7	-
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	4 943	-	-	-	41,3	-
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	562	-	-	-	16,8	-
96.03.1 ¹³	Bestattungsinstitute	1 247	-	-	-	26,1	-
96.04 ¹³	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	535	-	-	-	27,8	-

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

3 Berichtsjahr 2010.

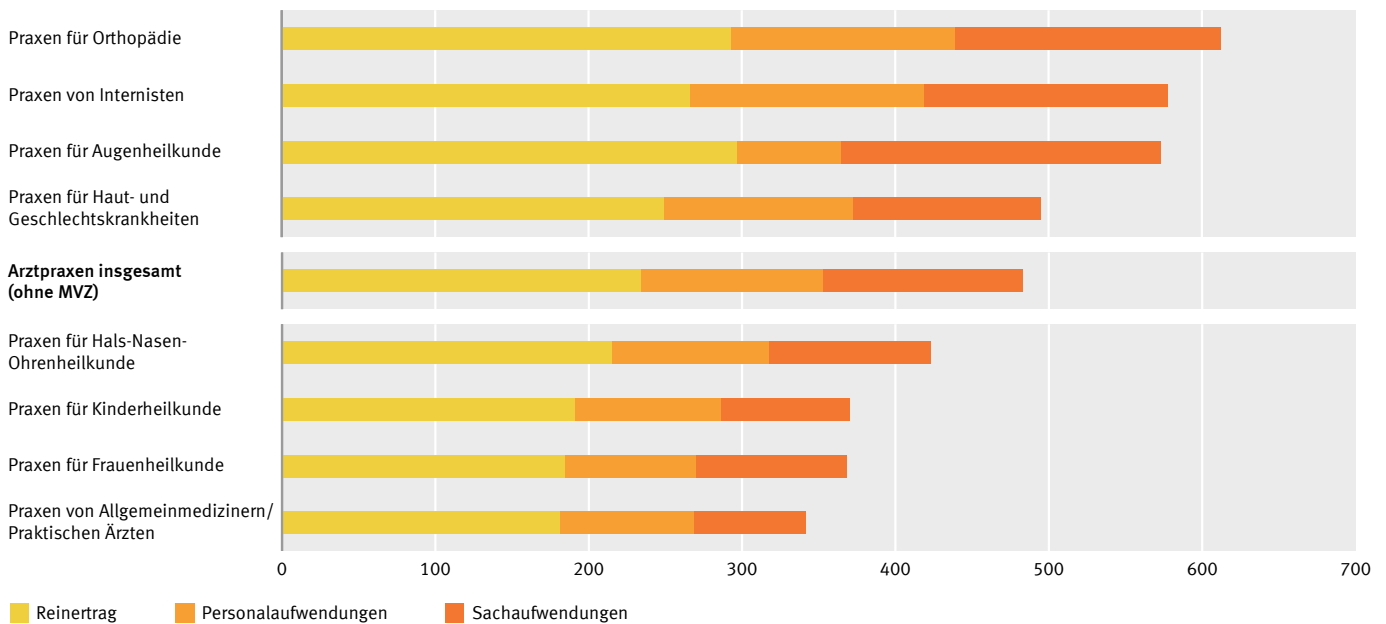
4 Berichtsjahr 2011.

5 Ohne MVZ.

6 Ohne WZ 86.90.1.

Kostenstruktur bei Arztpraxen 2011

Reinertrag und Aufwendungen nach Aufwandsarten bei ausgewählten Facharztbezeichnungen ¹ je Praxis, in 1 000 Euro



Ohne Medizinische Versorgungszentren (MVZ).

1 Für folgende Facharztpraxen erfolgt keine Darstellung, da die Zahlenwerte nicht sicher genug sind: Chirurgie, Radiologie und Nuklearmedizin, Neurologie, Psychiatrie, Kinderpsychiatrie, Psychotherapie, Urologie.

2014 - 01 - 0385

27.3 Arztpraxen nach Facharztbezeichnung 2011

Praxen für /von ...	Praxen	Praxisinhaber/ -innen	Einnahmen aus selbstständiger ärztlicher Tätigkeit je Praxis		Aufwendungen insgesamt je Praxis		Reinertrag je Praxis	
			Arithmetisches Mittel	Median	Arithmetisches Mittel	Median	Arithmetisches Mittel	Median
	Anzahl	1 000 EUR						
Allgemeinmedizinern/ Praktischen Ärzten	29 304	38 428	342	291	162	136	181	145
darunter: Einzelpraxen	21 797	21 797	284	257	137	120	146	124
Gemeinschaftspraxen	7 026	15 616	522	464	235	205	287	247
Internisten	11 299	16 319	578	350	313	178	266	189
darunter: Einzelpraxen	7 789	7 789	345	294	168	139	177	148
Gemeinschaftspraxen	2 962	7 339	(1 200)	(820)	700	330	(500)	(392)
Frauenheilkunde	7 178	9 211	368	275	183	142	185	133
darunter: Einzelpraxen	5 699	5 699	278	252	144	127	134	113
Gemeinschaftspraxen	1 425	3 372	(717)	(541)	330	252	(388)	(358)
Kinderheilkunde	4 363	5 944	370	315	180	154	191	164
darunter: Einzelpraxen	3 015	3 015	298	272	149	129	149	138
Gemeinschaftspraxen	1 285	2 784	522	428	244	221	278	247
Augenheilkunde	3 466	4 502	573	292	(276)	(222)	(297)	(156)
darunter: Einzelpraxen	2 738	2 738	/	/	179	107	/	/
Gemeinschaftspraxen	642	1 577	(1 324)	(802)	675	342	(649)	(429)
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	2 785	4 043	423	368	208	169	215	166
darunter: Einzelpraxen	1 862	1 862	323	303	176	137	146	140
Gemeinschaftspraxen	858	2 037	618	494	264	224	354	321
Orthopädie	3 519	5 352	612	445	319	235	293	146
darunter: Einzelpraxen	2 305	2 305	399	343	(223)	(197)	(176)	(133)
Gemeinschaftspraxen	1 132	2 848	(1 006)	(770)	496	376	(510)	(411)
Chirurgie	3 230	5 226	/	/	(533)	(246)	/	/
darunter: Einzelpraxen	2 031	2 031	/	/	261	190	/	/
Gemeinschaftspraxen	1 063	2 902	/	/	/	/	/	/
Haut- und Geschlechtskrankheiten ..	2 818	3 796	495	356	245	180	249	189
darunter: Einzelpraxen	2 116	2 116	377	311	195	158	181	144
Gemeinschaftspraxen	687	1 644	(843)	(694)	390	287	(453)	(407)
Radiologie und Nuklearmedizin	977	3 315	/	/	1 942	1 168	/	/
darunter: Einzelpraxen	321	321	/	/	724	542	/	/
Gemeinschaftspraxen	622	2 876	/	/	2 565	1 614	/	/
Neurologie, Psychiatrie, Kinderpsychiatrie, Psychotherapie	4 101	6 885	/	/	209	137	/	/
darunter: Einzelpraxen	2 737	2 737	279	262	130	98	149	137
Gemeinschaftspraxen	1 165	3 740	/	/	405	278	/	/
Urologie	1 865	2 887	/	/	262	203	/	/
darunter: Einzelpraxen	1 290	1 290	340	273	(190)	(160)	(150)	(121)
Gemeinschaftspraxen	535	1 509	942	884	428	361	514	479

Ohne medizinische Versorgungszentren (MVZ).

Methodik

■ Weitere Dienstleistungsbereiche

Strukturdaten der „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ werden durch unterschiedliche Erhebungsmethoden ermittelt. Unter die „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ fallen die Wirtschaftsabschnitte H (Verkehr und Lagerei), J (Information und Kommunikation), K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen), P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen).

Repräsentative Bundesergebnisse liegen 18 Monate nach Ende des Berichtszeitraumes vor. Damit stehen ökonomische Kerndaten für diese Dienstleistungsbereiche nach Wirtschaftsklassen und Unternehmensgrößenklassen zur Verfügung.

Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, S95

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N und S95 werden jährlich durch die Stichprobenerhebung **Strukturhebung im Dienstleistungsbereich** ermittelt. Erhebungs- und Darstellungseinheiten dieser Erhebung sind Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit aus den oben genannten Wirtschaftsabschnitten. Bundesweit sind höchstens 15 % dieser Unternehmen und Einrichtungen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe. Die Auswahlgesamtheit bilden alle Unternehmen und Einrichtungen des Unternehmensregisters, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt wird. Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit ein und werden auch in den Ergebnissen nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Strukturhebung im Dienstleistungsbereich ist das Dienstleistungsstatistikgesetz (DIStatG) vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1765) in der jeweils gültigen Fassung.

Ergebnisse für einzelne Bundesländer liegen bei den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder vor.

Wirtschaftsabschnitt K

Der Wirtschaftsabschnitt K umfasst Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Bereich der Versicherungswirtschaft bildet die **Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds** wichtige Strukturmerkmale ab. Zur Ermittlung dieser Merkmale wird im Wesentlichen auf Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegriffen. Diese Daten werden dort im Rahmen der Versicherungsaufsicht erhoben. Da fast alle im Versicherungsbereich tätigen Unternehmen berücksichtigt werden, handelt es sich nahezu um eine Vollerhebung. Erhebungsmerkmale sind Aufwands- und Ertragsmerkmale sowie Angaben zu den Beschäftigten.

Rechtsgrundlage für die Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds ist die Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (ABl. EU Nr. L 97 S. 13) in der jeweils gültigen Fassung.

Weitere Informationen zu „Finanzdienstleistungen“ erhalten Sie über die Deutsche Bundesbank (www.bundesbank.de). Detaillierte Informationen zu „Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds“ sind abrufbar über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter www.bafin.de

Wirtschaftsabschnitte P, Q, R, S96

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte P, Q, R und S96 werden vierjährlich durch die Stichprobenerhebungen **Kostenstrukturhebung in sonstigen Dienstleistungsbereichen** sowie **Kostenstrukturhebung im medizinischen Bereich** ermittelt. Bundesweit sind höchstens 5 % der im Unternehmensregister geführten Unternehmen und Praxen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt – wie in der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich – ebenfalls durch eine geschichtete Zufalls-

stichprobe. Unternehmen und Praxen mit einem Jahresumsatz bzw. mit Jahreseinnahmen von 17 500 Euro bzw. 12 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit der Kostenstrukturhebungen ein und werden auch in den Ergebnissen nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Kostenstrukturhebungen bildet das Kostenstrukturstatistikgesetz (KoStrukStatG) vom 12.5.1959 (BGBl. I S. 245) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Ergebnisse der Erhebungen vermitteln ein Bild über den Zusammenhang zwischen dem erwirtschafteten Umsatz bzw. den Einnahmen und dem dafür erforderlichen Aufwand in den Unternehmen und Praxen.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in den „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Arithmetisches Mittel | Das arithmetische Mittel ist ein Mittelwert, der sich als Quotient aus der Summe einer Reihe von Zahlen und der Anzahl der Zahlen ergibt.

Bruttobetriebsüberschuss | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Median | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte der Einnahmen, Aufwendungen und des Reinertrages je Praxis).

Personalaufwendungen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Produktionswert | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Tätige Personen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Umsatz | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Unternehmen | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Zur Definition siehe „Glossar“ zum Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 200 amtlichen Statistiken. Daten zu *Weiteren Dienstleistungen (Finanz- und anderen Dienstleistungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

	Kostenstrukturerhebungen
Reihe 1.6.1	Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeuten
Reihe 1.6.3	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä. Fitnesszentren
Reihe 1.6.4	Frisör- und Kosmetiksalons
Reihe 1.6.5	Fahr- und Flugschulen
Reihe 1.6.6	Einrichtungen des Gesundheitswesens
Reihe 1.6.7	Bestattungsinstitute
Reihe 1.6.8	Wäschereien und chemische Reinigungen

Fachserie 9 Dienstleistungen

	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich
Reihe 4.2	Information und Kommunikation
Reihe 4.3	Grundstücks- und Wohnungswesen
Reihe 4.4	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
Reihe 4.5	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
Reihe 4.6	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Fachberichte

Der Dienstleistungssektor. Wirtschaftsmotor in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse von 2003 bis 2008

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich

- Architektur- und Ingenieurbüros
- Grundstücks- und Wohnungswesen
- Information und Kommunikation
- Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
- Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
- Verkehr und Lagerei
- Verlagswesen
- Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
- Werbung und Marktforschung

Mehr zum Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/09	Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis
Heft 3/10	Umstellung der Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen auf die Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 2
Heft 4/10	Kostenstrukturen bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten 2007
Heft 5/10	Kostenstrukturen in sonstigen Dienstleistungsbereichen 2006

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 85 88

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





A Internationales

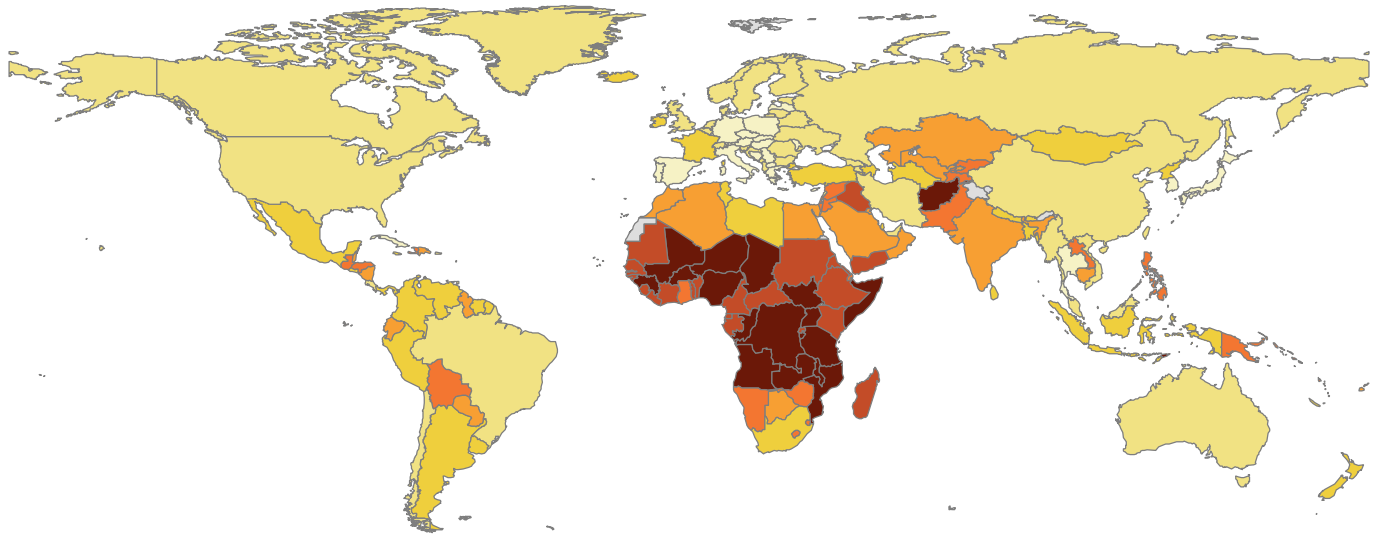
2013 niedrige **Inflation** in der Eurozone: **1,3 %** | **Wohnungsbau** in Portugal, Griechenland und Spanien nach Finanzkrise eingebrochen | Mongolische Wirtschaft wuchs 2013 asienweit am stärksten: **+12 %** | Deutschland: EU-weit niedrigste **Jugenderwerbslosenquote** | Rund **ein Drittel** des Energieverbrauchs in Brasilien **regenerativ** gedeckt | 52 % der Bevölkerung **Äthiopiens** haben Zugang zu sauberem **Trinkwasser** | Malta, Schweden, Irland und Finnland haben nach **Europawahl 2014** mehr weibliche als männliche EU-Abgeordnete | In Indien haben **12 %**, in China **44 %** der Haushalte einen eigenen **Computer**

<i>Seite</i>	
631	Auf einen Blick
	Tabellen
634	Gesellschaft und Staat Geografie und Klima Bevölkerung, Familien, Lebensformen Bildung Gesundheit Wohnen Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen Kultur, Medien, Freizeit Soziales Finanzen und Steuern Wahlen Justiz
652	Gesamtwirtschaft und Umwelt Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Arbeitsmarkt Verdienste und Arbeitskosten Preise Außenhandel Zahlungsbilanz Umwelt
668	Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick Verarbeitendes Gewerbe Energie Baugewerbe Binnenhandel Transport und Verkehr Gastgewerbe, Tourismus Weitere Dienstleistungen
680	Methodik
682	Mehr zum Thema

Geburtenziffer 2012

Kinderzahl je Frau

unter 1,5 1,5 bis unter 2,0 2,0 bis unter 2,5 2,5 bis unter 3,0 3,0 bis unter 4,0 4,0 bis unter 5,0 5,0 und mehr keine Werte

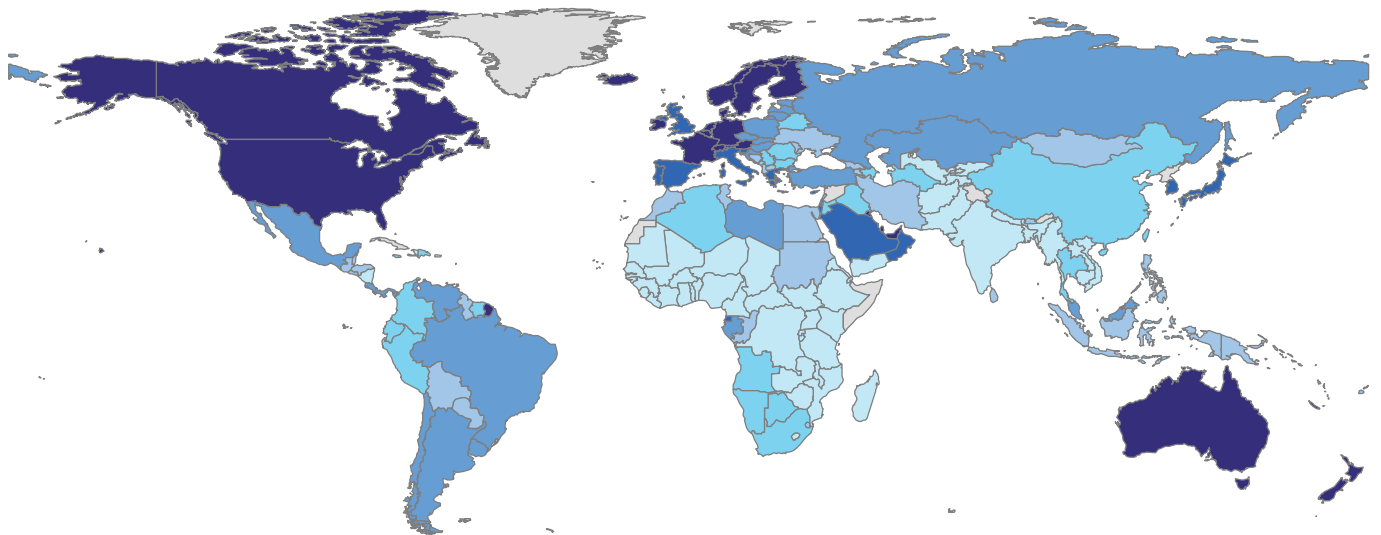


Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: World Development Indicators, Weltbank

Bruttoinlandsprodukt 2013

je Einwohner/-in, US\$, jeweilige Preise

unter 2 000 2 000 bis unter 5 000 5 000 bis unter 10 000 10 000 bis unter 20 000 20 000 bis unter 40 000 40 000 und mehr keine Werte



Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: World Economic Outlook, IMF

2014 - 01 - 0394

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²	
	2013				2013			
	1 000	%	US\$	%	1 000	%	US\$	%
Welt	7 124 544	7,9	10 384 ³	+ 3,0				
Europa								
Europäische Union (EU-28) . .	506 739	18,3	34 281 ³	+ 0,2				
Albanien	2 774	10,7	4 610	+ 0,7				
Andorra	79	.	.	.				
Belarus	9 466	13,8	7 577	+ 0,9				
Belgien	11 195	18,0	45 384	+ 0,2				
Bosnien und Herzegowina . .	3 829	15,6	4 598	+ 1,2				
Bulgarien	7 265	19,3	7 328	+ 0,9				
Dänemark	5 614	17,9	59 191	+ 0,4				
Deutschland	80 622	21,1	44 999	+ 0,5				
Estland	1 325	18,0	19 032	+ 0,8				
Finnland	5 439	19,0	47 129	- 1,4				
Frankreich	66 028	17,9	43 000	+ 0,3				
Griechenland	11 032	19,7	21 857	- 3,9				
Irland	4 595	12,1	45 621	- 0,3				
Island	323	12,8	45 536	+ 2,9				
Italien	59 831	21,1	34 715	- 1,9				
Kroatien	4 253	18,3	13 562	- 1,0				
Lettland	2 013	18,6	15 205	+ 4,1				
Liechtenstein	37	.	.	.				
Litauen	2 956	15,7	16 003	+ 3,3				
Luxemburg	543	14,2	110 424	+ 2,0				
Malta	423	16,3	22 872	+ 2,4				
Mazedonien, eh. jug. Rep. . .	2 107	12,3	4 944	+ 3,1				
Moldau, Republik	3 559	11,4	2 229	+ 8,9				
Monaco	38	.	.	.				
Montenegro	621	13,1	7 026	+ 3,4				
Niederlande	16 804	17,0	47 634	- 0,8				
Norwegen	5 084	15,8	100 318	+ 0,8				
Österreich	8 474	18,4	48 957	+ 0,4				
Polen	38 531	14,4	13 394	+ 1,6				
Portugal	10 460	18,8	20 728	- 1,4				
Rumänien	19 964	15,1	8 910	+ 3,5				
Russische Föderation	143 500	13,0	14 819	+ 1,3				
San Marino	31	.	.	- 3,2				
Schweden	9 593	19,3	57 909	+ 1,5				
Schweiz	8 081	17,7	81 324	+ 2,0				
Serbien ¹⁴	7 164	14,3	5 907	+ 2,5				
Slowakei	5 414	13,0	17 706	+ 0,9				
Slowenien	2 060	17,2	22 756	- 1,1				
Spanien	46 647	17,8	29 150	- 1,2				
Tschechische Republik	10 521	16,7	18 858	- 0,9				
Türkei	74 933	7,4	10 815	+ 4,3				
Ukraine	45 490	15,1	3 919	+ 0,1				
Ungarn	9 897	17,2	13 405	+ 1,1				
Vereinigtes Königreich	64 097	17,5	39 567	+ 1,8				
Zypern	1 141 ¹⁵	12,3 ¹⁵	24 761	- 6,0				
Afrika								
Ägypten	82 056	5,8	3 226	+ 2,1				
Algerien	39 208	4,6	5 438	+ 2,7				
Angola	21 472	2,4	5 846	+ 4,1				
Äquatorialguinea	757	2,8	20 572	- 4,9				
Äthiopien	94 101	3,4	542	+ 9,7				
Benin	10 323	2,9	805	+ 5,6				
Botsuana	2 021	3,6	7 136	+ 3,9				
Burkina Faso	16 935	2,4	729	+ 6,8				
Burundi	10 163	2,4	303	+ 4,5				
Cabo Verde	499	5,3	3 837	+ 0,5				
Côte d'Ivoire	20 316	3,2	1 175	+ 8,1				
Dschibuti	873	4,0	1 595	+ 5,0				
Eritrea	6 333	2,3	544	+ 1,3				
Gabun	1 672	5,2	12 302	+ 5,9				
Gambia	1 849	2,4	453	+ 6,3				
Ghana	25 905	3,5	1 730	+ 5,5				
Guinea	11 745	3,1	565	+ 2,5				
Guinea-Bissau	1 704	2,9	524	+ 0,3				
Kamerun	22 254	3,2	1 271	+ 4,6				
Kenia	44 354	2,7	1 016	+ 5,6				
Komoren	735	2,8	920	+ 3,5				
Kongo	4 448	3,4	3 295	+ 4,5				
Kongo, Dem. Republik	67 514	2,9	398	+ 8,5				
Lesotho	2 074	4,2	1 194	+ 5,8				
Liberia	4 294	3,0	474	+ 8,0				
Libyen	6 202	4,8	11 046	- 9,4				
Madagaskar	22 925	2,8	488	+ 2,4				
Malawi	16 363	3,2	223	+ 5,0				
Mali	15 302	2,8	657	+ 1,7				
Marokko	33 008	5,0	3 199	+ 4,5				
Mauretanien	3 890	3,2	1 127	+ 6,7				
Mauritius	1 296	8,7	9 160	+ 3,1				
Mosambik	25 834	3,3	593	+ 7,1				
Namibia	2 303	3,5	5 667	+ 4,3				
Niger	17 831	2,6	443	+ 3,6				
Nigeria	173 615	2,7	1 692	+ 6,3				
Ruanda	11 777	2,4	698	+ 5,0				
Sambia	14 539	2,6	1 542	+ 6,0				
São Tomé und Príncipe	193	3,4	.	.				
Senegal	14 133	3,0	1 073	+ 4,0				
Seychellen	89	7,7	15 046	+ 3,6				
Sierra Leone	6 092	2,7	784	+ 16,3				
Simbabwe	14 150	3,9	987	+ 3,0				
Somalia	10 496	2,8	.	.				
Südafrika	52 982	5,5	6 621	+ 1,9				
Sudan	37 964	3,2	2 040	+ 3,4				
Südsudan	11 296	3,5	1 262	+ 24,4				
Swasiland	1 250	3,5	3 313	+ 2,8				
Tansania, Ver. Republik	49 253	3,2	703	+ 7,0				
Togo	6 817	2,8	640	+ 5,6				
Tschad	12 825	2,4	1 218	+ 3,6				
Tunesien	10 887	7,2	4 345	+ 2,7				
Uganda	37 579	2,4	626	+ 6,0				
Zentralafrik. Republik	4 616	3,8	334	- 36,0				

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ¹²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹²	
	2013							
	1 000	%	US\$			%		
Amerika								
Antigua und Barbuda	90	7,1	13 838			+ 0,5		
Argentinien	41 446	10,9	11 766			+ 4,3		
Bahamas	377	7,7	23 489			+ 1,9		
Barbados	285	10,9	15 373			- 0,7		
Belize	332	4,0	4 602			+ 1,6		
Bolivien, Plurinatl. Staat	10 671	4,9	2 700			+ 6,8		
Brasilien	200 362	7,5	11 311			+ 2,3		
Chile	17 620	10,0	15 776			+ 4,2		
Costa Rica	4 872	7,0	10 433			+ 3,5		
Dominica	72	.	7 034			+ 0,8		
Dominikanische Republik	10 404	6,3	5 834			+ 4,1		
Ecuador	15 738	6,5	5 968			+ 4,2		
El Salvador	6 340	7,1	3 875			+ 1,6		
Grenada	106	7,1	7 697			+ 1,5		
Guatemala	15 468	4,6	3 513			+ 3,5		
Guyana	800	3,4	3 729			+ 4,8		
Haiti	10 317	4,5	820			+ 4,3		
Honduras	8 098	4,4	2 323			+ 2,6		
Jamaika	2 715	7,9	5 134			+ 0,5		
Kanada	35 158	15,2	51 990			+ 2,0		
Kolumbien	48 321	6,2	8 098			+ 4,3		
Kuba	11 266	13,3	.			.		
Mexiko	122 332	6,4	10 630			+ 1,1		
Nicaragua	6 080	4,6	1 840			+ 4,2		
Panama	3 864	7,2	10 839			+ 8,0		
Paraguay	6 802	5,5	4 170			+ 13,0		
Peru	30 376	6,4	6 674			+ 5,0		
St. Kitts und Nevis	54	.	13 115			+ 1,7		
St. Lucia	182	8,8	7 801			- 1,5		
St. Vincent u. d. Grenadinen	109	7,0	6 563			+ 2,1		
Suriname	539	6,7	9 240			+ 4,7		
Trinidad und Tobago	1 341	9,0	20 611			+ 1,6		
Uruguay	3 407	14,1	16 609			+ 4,2		
Venezuela, Bol. Republik	30 405	6,2	12 472			+ 1,0		
Vereinigte Staaten	316 129	14,0	53 101			+ 1,9		
Asien								
Afghanistan	30 552	2,3	679			+ 3,6		
Armenien	2 977	10,3	3 208			+ 3,2		
Aserbaidschan	9 417	5,6	7 900			+ 5,8		
Bahrain	1 332	2,2	27 435			+ 4,9		
Bangladesch	156 595	4,8	904			+ 5,8		
Bhutan	754	4,8	2 665			+ 5,0		
Brunei Darussalam	418	4,3	39 943			- 1,2		
China ¹⁶	1 357 380	8,9	6 747			+ 7,7		
Georgien	4 477	14,4	3 605			+ 3,2		
Indien	1 252 140	5,3	1 505			+ 4,4		
Indonesien	249 866	5,2	3 510			+ 5,8		
Irak	33 417	3,2	6 594			+ 4,2		

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.
 2 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Zum Teil IMF-Schätzungen.
 3 Eigene Berechnungen nach Angaben von IMF und Weltbank.
 4 Ohne Kosovo.

	Bevölkerung insgesamt ¹¹		Bevölkerungsanteil ab 65 Jahre ¹¹		Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ¹²		Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹²	
	2013							
	1 000	%	US\$			%		
Iran, Islamische Republik	77 447	5,3	4 751			- 1,7		
Israel ¹⁷	8 059	10,7	37 035			+ 3,3		
Japan	127 339	25,1	38 491			+ 1,5		
Jemen	24 407	2,9	1 469			+ 4,4		
Jordanien	6 459	3,5	5 174			+ 3,3		
Kambodscha	15 135	5,4	1 016			+ 7,0		
Kasachstan	17 038	6,7	12 843			+ 6,0		
Katar	2 169	1,0	100 260			+ 6,1		
Kirgisistan	5 720	4,2	1 280			+ 10,5		
Korea, Dem. Volksrepublik	24 895	9,5	.			.		
Korea, Republik	50 220	12,2	24 329			+ 2,8		
Kuwait	3 369	2,3	47 639			+ 0,8		
Laos, Dem. Volksrepublik	6 770	3,8	1 477			+ 8,2		
Libanon	4 467	8,7	9 920			+ 1,0		
Malaysia	29 717	5,4	10 548			+ 4,7		
Malediven	345	4,9	6 765			+ 3,7		
Mongolei	2 839	3,8	3 972			+ 11,7		
Myanmar	53 259	5,2	869			+ 7,5		
Nepal	27 797	5,1	693			+ 3,6		
Oman	3 632	2,8	25 289			+ 5,1		
Pakistan	182 143	4,4	1 308			+ 3,6		
Philippinen	98 394	3,9	2 790			+ 7,2		
Saudi-Arabien	28 829	2,9	24 847			+ 3,8		
Singapur	5 399	10,2	54 776			+ 4,1		
Sri Lanka	20 483	8,5	3 162			+ 7,3		
Syrien, Arabische Republik	22 846	4,1	.			.		
Tadschikistan	8 208	3,2	1 045			+ 7,4		
Thailand	67 011	9,7	5 674			+ 2,9		
Timor-Leste	1 178	3,3	5 177			+ 8,4		
Turkmenistan	5 240	4,1	7 112			+ 10,2		
Usbekistan	30 241	4,3	1 868			+ 8,0		
Ver. Arabische Emirate	9 346	0,4	43 876			+ 4,8		
Vietnam	89 709	6,6	1 902			+ 5,4		
Australien und Ozeanien								
Australien	23 131	14,3	64 863			+ 2,4		
Fidschi	881	5,4	4 606			+ 3,0		
Kiribati	102	4,1	1 571			+ 2,9		
Marshallinseln	53	.	3 234			+ 0,8		
Mikronesien, F. Staaten von	104	4,1	3 215			+ 0,6		
Nauru		
Neuseeland	4 471	14,0	40 481			+ 2,4		
Palau	21	.	14 022			- 0,2		
Papua-Neuguinea	7 321	2,9	2 283			+ 4,6		
Salomonen	561	3,4	1 950			+ 2,9		
Samoa	190	5,1	3 832			- 0,3		
Tonga	105	5,9	4 605			+ 1,0		
Tuvalu	10	.	3 405			+ 1,1		
Vanuatu	253	3,9	3 082			+ 2,8		

5 Einschl. Nordzypem.
 6 Ohne Taiwan, Macau, Hongkong.
 7 Ohne Palästinensische Gebiete. Einschl. Ost-Jerusalem.

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹⁾	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ¹²⁾			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ¹²⁾			Mittlerer Niederschlag ¹²⁾		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durchschnitt- licher Jahres- gesamtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
			Referenzperiode 1996 bis 2010								
2011	km ²		°C			Stunden			l/m ²		
Europa											
Belgien	30 280	Brüssel	10,8	3,3 Jan	18,4 Jul	4,3	1,4 Dez	7,1 Jun	863	100 Aug	49 Apr
Bulgarien	108 560	Sofia	10,5	-0,6 Jan	21,5 Jul	6,1	1,9 Dez	10,1 Jul	629	73 Jun	35 Feb
Dänemark	42 430	Kopenhagen	9,2	1,4 Jan	18,1 Aug	.	.	.	539	78 Aug	26 Apr
Deutschland	348 570	Berlin	9,7	0,4 Jan	19,2 Jul	4,8	1,5 Dez	7,8 Jun	594	75 Aug	27 Apr
Estland	42 390	Tallinn	6,2	-4,2 Feb	17,8 Jul	5,2	0,7 Dez	9,8 Jul	672	99 Jul	31 Apr
Finnland	303 890	Helsinki	5,7	-5,7 Feb	18,3 Jul	5,0	0,8 Dez	9,2 Jul	666	87 Okt	30 Mrz
Frankreich	547 660	Paris	11,7	4,1 Jan	19,8 Jul	5,1	1,6 Nov	8,0 Jun	612	66 Aug	40 Sep
Griechenland	128 900	Athen	18,7	9,9 Jan	29,2 Jul	7,9	3,7 Dez	12,4 Jul	435	81 Dez	5 Jun
Irland	68 890	Dublin	9,6	5,1 Dez	15,2 Jul	4,1	1,8 Dez	6,6 Mai	780	85 Okt	45 Mrz
Island	100 250	Reykjavík	5,2	0,0 Feb	11,7 Jul	3,8	0,4 Dez	7,0 Mai	837	94 Dez	38 Jun
Italien	294 140	Rom	16,2	8,8 Jan	24,7 Aug	7,1	3,8 Dez	11,3 Jul	614	97 Dez	10 Jun
Kroatien	55 960	Zagreb	12,5	1,8 Jan	22,5 Jul	5,4	1,6 Dez	8,9 Jul	883	100 Sep	39 Feb
Lettland	62 200	Riga (Libau)	7,7	-2,3 Feb	18,3 Jul	5,4	0,7 Dez	10,1 Jun	1 984	304 Jun	23 Dez
Litauen	62 674	Wilna	6,9	-4,2 Jan	18,6 Jul	4,9	0,9 Dez	8,9 Jun	690	101 Jul	38 Mrz
Luxemburg	2 590	Luxemburg	9,6	0,8 Jan	18,2 Jul	5,0	1,4 Dez	8,4 Jun	864	84 Aug	53 Apr
Malta	320	Valletta	19,4	12,5 Feb	27,2 Aug	8,2	5,2 Dez	11,9 Jul	566	98 Nov	< 1 Jul
Niederlande	33 730	Amsterdam (De Bilt)	10,4	3,1 Jan	18,0 Jul	4,6	1,9 Dez	7,2 Jun	863	91 Aug	43 Apr
Norwegen	304 250	Oslo	5,2	-4,5 Jan	16,4 Jul	.	.	.	866	100 Okt	46 Feb
Österreich	82 409	Wien	10,7	0,1 Jan	20,8 Jul	5,6	1,7 Dez	8,7 Jun	698	84 Jul	40 Okt
Polen	304 150	Warschau	8,6	-2,3 Jan	19,5 Jul	6,3	1,1 Dez	11,5 Jul	558	91 Jul	29 Jan
Portugal	91 470	Lissabon	17,1	11,5 Jan	23,1 Aug	7,9	4,7 Dez	11,2 Jul	832	130 Dez	3 Jul
Rumänien	230 160	Bukarest	10,8	-1,7 Jan	23,0 Jul	6,0	1,8 Dez	10,0 Jul	632	79 Sep	33 Feb
Russische Föderation ...	16 376 870	Moskau	6,1	-6,9 Feb	20,2 Jul	.	.	.	701	85 Jul	34 Apr
Schweden	410 340	Stockholm	7,7	-1,4 Feb	18,7 Jul	1,4	0,8 Mrz	2,2 Jul	523	67 Jul	25 Apr
Schweiz	40 000	Bern (Zürich)	9,6	0,5 Jan	18,5 Jul	4,5	1,4 Dez	7,1 Jun, Jul	1 133	132 Aug	52 Jan
Slowakei	48 088	Pressburg
Slowenien	20 140	Laibach	11,2	0,3 Jan	21,4 Jul	5,3	1,7 Dez	9,2 Jul	1 382	159 Sep	69 Feb
Spanien	498 800	Madrid	14,6	5,7 Jan	25,2 Jul	7,8	4,3 Dez	12,0 Jul	397	61 Okt	7 Jul
Tschechische Republik ...	77 240	Prag	8,6	-1,6 Jan	18,2 Jul	4,9	1,5 Dez	7,9 Jun	495	84 Jul	19 Feb
Türkei	769 630	Ankara	12,7	1,0 Jan	24,7 Jul	6,7	2,5 Dez	11,1 Jul	411	53 Apr	11 Aug
Ukraine	579 320	Kiew	8,8	-3,8 Jan	21,4 Jul	.	.	.	626	81 Jun	36 Jan
Ungarn	90 530	Budapest	11,2	-0,4 Jan	22,1 Jul	5,8	1,9 Dez	9,5 Jul	580	73 Jun	27 Feb
Vereinigtes Königreich ...	241 930	London	11,8	5,7 Dez	18,7 Jul, Aug	4,4	1,8 Dez	6,9 Jun	639	72 Nov	41 Mrz
Zypern	9 240	Nikosia	20,1	12,2 Jan	28,4 Aug	9,3	5,8 Dez	12,9 Jun	324	84 Jan	< 1 Jul, Aug

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Haupt- stadt (in Klammern: Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ^{1,2}			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ^{1,2}			Mittlerer Niederschlag ^{1,2}		
			Jahresdurch- schnittswert	des kältesten Monats	des wärmsten Monats	Jahresdurch- schnittswert	des Monats mit der niedrigsten Sonnen- scheindauer	des Monats mit der höchsten Sonnen- scheindauer	durch- schnittlicher Jahresge- samtwert	des nassesten Monats	des trockensten Monats
			Referenzperiode 1996 bis 2010								
2011	km ²		°C			Stunden			l/m ²		
Afrika											
Ägypten	995 450	Kairo	22,3	13,9 Jan	29,1 Jul, Aug	9,5	7,1 Jan	11,6 Jul	23	6 Dez	0 Jun–Sep
Äthiopien	1 000 000	Addis Abeba	17,0	15,5 Dez	18,9 Mai	7,3	3,8 Jul	10,0 Dez	1 225	294 Aug	12 Dez
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	Kinshasa	25,3	23,5 Jul	26,5 Mrz	.	.	.	1 365	220 Apr	< 1 Aug
Nigeria	910 770	Abuja (Lagos)	27,3	25,6 Aug	29,4 Mrz	.	.	.	1 574	314 Jun	5 Jan
Südafrika	1 213 090	Pretoria	18,9	11,9 Jul	22,9 Dez–Feb	8,6	7,8 Jan	9,4 Aug	684	134 Jan	1 Jul
Tansania, Ver. Republik	885 800	Dodoma	22,9	20,1 Jul	24,8 Nov	9,1	7,7 Feb	10,2 Okt	587	154 Dez	0 Jul, Aug
Amerika											
Argentinien	2 736 690	Buenos Aires	17,9	11,5 Jul	24,2 Jan	7,0	4,4 Jun	9,6 Jan	1 053	151 Jan	42 Jun
Brasilien	8 459 420	Brasília	21,4	19,3 Jun	23,0 Okt	6,7	4,4 Dez	9,0 Aug	1 482	246 Dez	2 Jul
Chile	743 532	Santiago de Chile	14,8	8,5 Jul	21,4 Jan	7,0	3,5 Jun	10,6 Jan	342	97 Jun	< 1 Dez
Kanada	9 093 510	Ottawa (Montreal)	7,3	– 9,0 Jan	21,4 Jul	5,9	2,4 Dez	8,7 Jul	1 020	99 Okt	62 Feb
Kolumbien	1 109 500	Bogotá	13,3	12,9 Jan	13,7 Apr, Mai	4,2	3,3 Apr, Mai	5,6 Jan	901	119 Mai	33 Jan
Mexiko	1 943 950	Mexiko-Stadt	17,1	14,4 Dez	19,6 Mai	7,0	4,7 Sep	8,6 Apr	803	190 Aug	3 Feb
Vereinigte Staaten	9 147 420	Washington, D.C.	14,6	2,6 Jan	26,2 Jul	.	.	.	1 046	118 Jun	63 Feb
Asien											
Bangladesch	130 170	Dhaka	26,0	18,6 Jan	29,2 Mai	.	.	.	2 101	417 Jul	4 Dez
China	9 327 490	Peking	13,1	– 3,0 Jan	27,2 Jul	6,7	5,5 Dez	8,5 Mai	470	128 Jul	2 Dez
Indien	2 973 190	Neu-Delhi	25,3	13,8 Jan	32,8 Jun	5,8	3,8 Dez	7,9 Apr	785	212 Aug	5 Nov
Indonesien	1 811 570	Jakarta	27,5	26,8 Feb	27,9 Mai	.	.	.	1 743	374 Feb	30 Dez
Iran, Islamische Republik	1 628 550	Teheran	18,5	4,6 Jan	31,1 Jul	8,2	5,1 Dez	11,1 Jun	239	40 Mrz	1 Aug
Israel	21 640	Jerusalem (Tel Aviv)	20,9	13,5 Jan	27,9 Aug	.	.	.	498	145 Jan	0 Jul, Aug
Japan	364 500	Tokio	16,6	6,4 Jan	27,5 Aug	5,2	4,2 Jun	6,2 Jan	1 582	221 Okt	52 Feb
Korea, Republik	97 100	Seoul	12,9	– 1,9 Jan	25,8 Aug	5,3	3,3 Jul	6,4 Mai	1 550	424 Jul	18 Dez
Myanmar	653 290	Naypyidaw (Rangoon)	27,1	24,6 Jan	30,4 Apr
Pakistan	770 880	Islamabad	22,3	10,6 Jan	31,4 Jun	.	.	.	1 179	283 Aug	14 Nov
Philippinen	298 170	Manila	27,5	25,7 Jan	29,3 Mai	.	.	.	2 631	505 Sep	19 Feb
Saudi-Arabien	2 149 690	Riad	26,3	13,8 Jan	36,3 Aug	8,7	7,1 Jan	10,5 Jul	125	28 Apr	0 Jun, Jul
Thailand	510 890	Bangkok	29,0	27,4 Dez	30,8 Apr	6,5	4,6 Sep	8,3 Feb	1 706	326 Sep	9 Dez
Vietnam	310 070	Hanoi	24,5	17,4 Jan	29,8 Jun, Jul	3,6	1,4 Mrz	5,4 Jun	1 639	317 Jul	19 Jan
Australien und Ozeanien											
Australien	7 682 300	Canberra	13,4	5,8 Jul	20,9 Jan	8,0	5,6 Jun	9,8 Dez	582	68 Nov	27 Apr
Neuseeland	263 310	Wellington (N. Plymouth)	13,8	9,9 Jul	18,3 Feb	5,8	4,5 Mai, Jun	7,5 Jan	1 368	147 Jun	71 Mrz

1 Quelle: FAO, Vereinte Nationen.
2 Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD).

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

	Bevölkerung insgesamt ¹		Altenquotient ¹	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Zusammengefasste Geburtenziffer ¹	Lebendgeborene ¹	Sterbeziffer: Gestorbene ¹
	2013	2050		Frauen	Männer			
	1 000			Verhältniswert	Jahre	Kinder je Frau	je 1 000 Einwohner/-innen	
Europa								
Belgien	11 195	12 055	28	83,1	77,8	1,79	11,4	9,8
Bulgarien	7 265	5 077	29	77,9	70,9	1,50	9,5	15,0
Dänemark	5 614	6 361	28	82,1	78,1	1,73	10,4	9,4
Deutschland	80 622	72 566	32	83,3	78,6	1,38	8,4	10,8
Estland	1 325	1 121	27	81,6	71,5	1,55	10,6	11,6
Finnland	5 439	5 693	30	83,7	77,7	1,80	11,0	9,6
Frankreich	66 028	73 212	28	86,1	79,2	2,01	12,6	8,7
Griechenland	11 032	10 668	30	83,4	78,0	1,34	9,0	10,5
Irland	4 595	5 994	18	83,2	78,7	2,01	15,7	6,3
Island	323	415	19	84,3	81,6	2,04	14,1	6,1
Italien	59 831	60 015	33	85,6	80,4	1,40	9,0	10,3
Kroatien	4 253	3 606	27	80,1	73,9	1,51	9,8	12,1
Lettland	2 013	1 674	28	78,9	68,9	1,44	9,8	14,3
Litauen	2 956	2 557	23	79,6	68,4	1,60	10,2	13,7
Luxemburg	543	706	21	83,8	79,1	1,57	11,3	7,3
Malta	423	417	24	83,0	78,6	1,43	9,8	8,1
Niederlande	16 804	16 919	26	83,0	79,3	1,72	10,5	8,4
Norwegen	5 084	6 556	24	83,5	79,5	1,85	12,0	8,4
Österreich	8 474	9 354	27	83,6	78,4	1,44	9,4	9,4
Polen	38 531	34 079	20	81,1	72,7	1,30	10,0	10,0
Portugal	10 460	9 843	28	83,6	77,3	1,28	8,5	10,2
Rumänien	19 964	17 809	22	78,2	71,1	1,53	10,0	12,7
Russische Föderation	143 500	120 896	18	76,3	64,9	1,59	13,3	13,3
Schweden	9 593	11 934	30	83,6	79,9	1,91	11,9	9,7
Schweiz	8 081	10 977	26	84,9	80,6	1,52	10,3	9,0
Slowakei	5 414	4 990	18	79,9	72,5	1,34	10,3	9,7
Slowenien	2 060	2 023	25	83,3	77,1	1,58	10,7	9,4
Spanien	46 647	48 224	27	85,4	79,5	1,32	9,7	8,6
Tschechische Republik	10 521	11 218	24	81,2	75,1	1,45	10,3	10,3
Türkei	74 933	94 606	11	78,4	71,5	2,06	17,1	5,7
Ukraine	45 490	33 658	21	76,0	66,1	1,53	11,4	14,5
Ungarn	9 897	8 954	25	78,7	71,6	1,34	9,1	13,0
Vereinigtes Königreich	64 097	73 131	27	83,6	79,5	1,90	12,8	8,9
Zypern	1 141	1 356	17	81,7	77,7	1,47	11,5	6,9

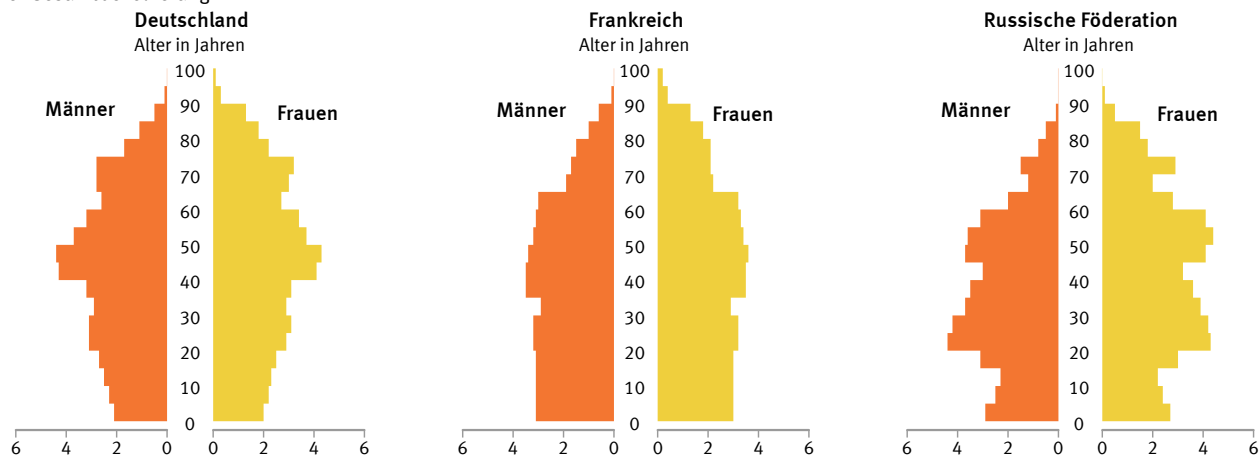
Bevölkerungsvorausberechnungen liefern Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl entwickeln würde, wenn bestimmte Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Migration einträfen. Die Vereinten Nationen (UN) berechnen hierzu verschiedene Varianten. Die vorliegenden Daten entsprechen der mittleren Variante der UN-Bevölkerungsvorausberechnung. Weitere Informationen unter esa.un.org/unpd/wpp

Der **Altenquotient** ist ein Verhältniswert, der die Zahl der älteren Personen einer Gesellschaft in Beziehung setzt zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Angegeben wird das Verhältnis der Anzahl der Personen im Alter von 65 Jahren und mehr zu 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** eines Kalenderjahres ist ein Maß dafür, wie viele Kinder durchschnittlich je Frau zur Welt kamen. Sie charakterisiert das Geburtenverhalten der Frauen im jeweiligen Kalenderjahr. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird auch als durchschnittliche Kinderzahl beschrieben, die eine Frau im Laufe ihres Lebens gebären würde, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern, die im betrachteten Kalenderjahr nachgewiesen wurden, von ihrem 16. bis zu ihrem 50. Lebensjahr (Alter 15 bis 49) gelten würden. Die altersspezifische Geburtenziffer zeigt für jedes einzelne Altersjahr zwischen 15 und 49 Jahren die Relation zwischen der Zahl der von Müttern eines bestimmten Alters geborenen Kinder und der Gesamtzahl der Frauen dieses Alters. Durch die Addition der altersspezifischen Geburtenziffern ergibt sich die zusammengefasste Geburtenziffer.

Die **Sterbeziffer** entspricht der Zahl der Gestorbenen eines Landes je 1 000 Einwohner/-innen.

Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 2010
in % der Gesamtbevölkerung



Quelle: World Population Prospects - The 2012 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA)

2014 - 01 - 0395

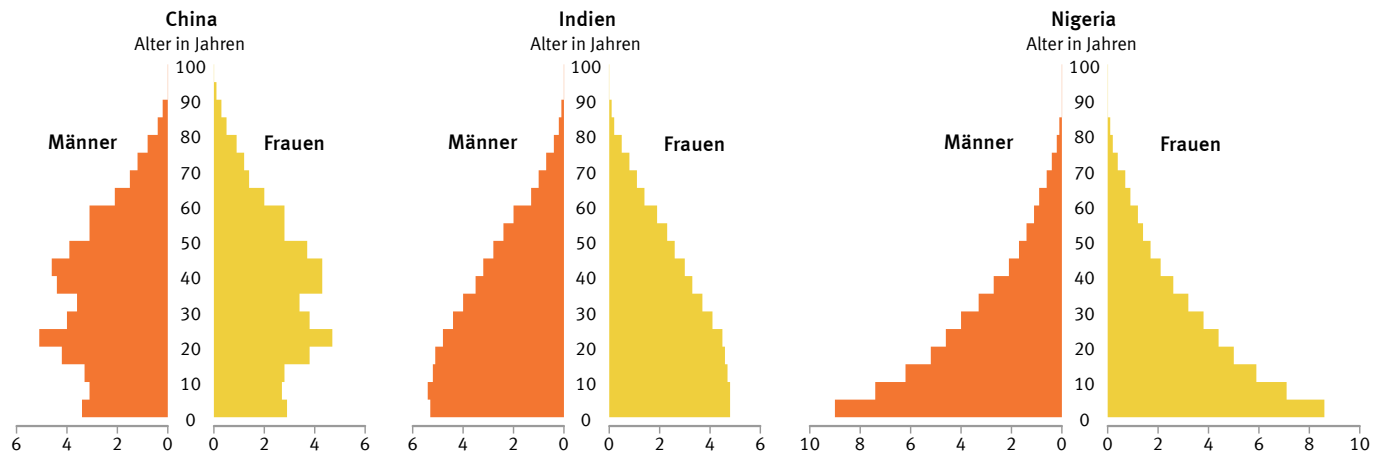
A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

	Bevölkerung insgesamt ¹		Altenquotient ¹	Lebenserwartung bei Geburt ¹		Zusammengefasste Geburtenziffer ¹	Lebendgeborene ¹	Sterbeziffer: Gestorbene ¹
	2013	2050		Frauen	Männer			
	1 000		Verhältniswert	Jahre		Kinder je Frau	je 1 000 Einwohner/-innen	
Afrika								
Ägypten	82 056	121 798	9	73,3	68,6	2,81	23,5	6,5
Äthiopien	94 101	187 573	6	64,6	61,4	4,64	33,5	7,8
Kongo, Dem. Republik	67 514	155 291	5	51,4	47,9	6,04	43,2	15,7
Nigeria	173 615	440 355	5	52,4	51,8	6,00	41,5	13,5
Südafrika	52 982	63 405	9	58,1	54,2	2,41	21,1	13,2
Tansania, Ver. Republik	49 253	129 417	6	62,2	59,6	5,29	39,7	8,8
Amerika								
Argentinien	41 446	51 024	17	79,8	72,4	2,19	16,9	7,7
Brasilien	200 362	231 120	11	77,3	70,1	1,81	15,1	6,4
Chile	17 620	20 839	14	82,5	76,8	1,83	14,1	5,5
Kanada	35 158	45 228	22	83,4	79,1	1,61	11,0	7,2
Kolumbien	48 321	62 942	9	77,5	70,2	2,32	19,1	5,6
Mexiko	122 332	156 102	10	79,6	74,8	2,22	18,8	4,5
Vereinigte Staaten	316 129	400 853	21	81,2	76,4	1,88	12,6	8,1
Asien								
Bangladesch	156 595	201 948	7	71,1	69,5	2,21	20,3	5,7
China	1 357 380	1 384 977	12	76,5	73,9	1,66	12,1	7,2
Indien	1 252 140	1 620 051	8	68,0	64,5	2,51	20,7	7,9
Indonesien	249 866	321 377	8	72,7	68,6	2,37	19,2	6,3
Iran, Islamische Republik	77 447	100 598	7	75,7	71,9	1,92	19,0	5,2
Israel	8 059	11 843	17	83,6	79,9	3,04	21,6	5,3
Japan	127 339	108 329	41	86,4	79,9	1,41	8,2	10,0
Korea, Republik	50 220	51 034	17	84,8	78,1	1,30	9,6	5,3
Myanmar	53 259	58 645	7	67,1	62,9	1,96	17,4	8,5
Pakistan	182 143	271 082	7	67,3	65,6	3,26	25,7	7,0
Philippinen	98 394	157 118	6	72,1	65,2	3,08	24,6	6,0
Saudi-Arabien	28 829	40 388	4	77,4	73,7	2,70	19,9	3,3
Thailand	67 011	61 740	13	77,6	70,9	1,41	10,5	7,6
Vietnam	89 709	103 697	9	80,4	71,1	1,77	15,9	5,7
Australien und Ozeanien								
Australien	23 131	33 735	22	84,4	79,9	1,93	13,6	6,5
Neuseeland	4 471	5 778	21	83,0	79,4	2,05	13,8	6,8

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: World Population Prospects – The 2012 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA). Mittlere Variante.

Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht 2010
in % der Gesamtbevölkerung



Quelle: World Population Prospects - The 2012 Revision, Vereinte Nationen (Population Division, UN DESA)

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung ab 15 Jahren	Studierende an Hochschulen	Frauenanteil an den Hochschulstudierenden	Ausländische Studierende	Hochschulabschlussquote	Öffentliche Bildungsausgaben	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung
	Primarstufe	Sekundarstufe							
	2012								
Anzahl		%	je 100 000 Einwohner/-innen	%	1 000	%	% des BIP		
Europa									
Belgien	11	.	.	4 484	55,5	43	18,8	6,5	2,0
Bulgarien	17	12	98,4 ¹	4 021	54,6	11	35,1	4,1 ²	0,6
Dänemark	.	.	.	5 080	57,4	22	47,5	8,7 ³	3,1
Deutschland	12	13	.	3 675	50,1	207	35,9	5,1²	2,8
Estland	12	8	99,9 ¹	5 399	59,2	2	25,2	5,2	2,4
Finnland	14	9	.	5 917	53,7	18	51,5	6,8	3,8
Frankreich	18	13	.	3 744	54,8	271	39,2	5,7	2,3
Griechenland	.	.	97,4	6 137 ¹	49,3 ¹	33 ¹	27,9 ¹	.	.
Irland	16	.	.	4 339	50,9	11	50,4 ²	6,2	1,8
Island	10 ¹	.	.	6 042 ¹	62,2 ¹	1 ¹	61,7 ²	7,6 ²	2,7 ⁴
Italien	.	.	99,0	3 294	57,5	78	34,8 ¹	4,3	1,3
Kroatien	14	8	99,1 ¹	3 754	56,7	1	47,8 ¹	4,3 ²	0,8
Lettland	11	8	99,9 ¹	4 851	59,6	3	41,3	4,9	0,7
Litauen	12	8	99,8 ¹	5 945	58,4	3	44,1	5,2	0,9
Luxemburg	9 ²	8 ²	.	1 088 ²	51,9 ²	2 ²	5,7 ⁴	.	1,4
Malta	11	9	.	2 915	56,1	1	31,4	6,9 ²	0,7
Niederlande	12	14	.	4 894	51,4	58	49,7	5,9	2,0
Norwegen	.	.	.	4 953	60,1	18	46,4	6,9 ²	1,7
Österreich	11	10	.	4 607	53,4	58	37,0	5,8	2,8
Polen	10	9	99,7	5 396	59,9	24	58,1	5,2 ²	0,8
Portugal	12	8	94,5 ¹	3 796	53,5	19	45,0	5,6 ²	1,5
Rumänien	18	13	98,6 ¹	4 090 ¹	56,0 ¹	17	46,8 ¹	3,1	0,5
Russische Föderation	20	9	99,7 ²	5 709	55,0	174	61,6	4,1 ⁴	1,1
Schweden	10	10	.	4 961	59,7	29	37,2 ¹	7,0 ²	3,4
Schweiz	11	9	.	3 492	49,3	44	29,0 ¹	5,3	2,9 ⁴
Slowakei	15	11	.	4 160	59,6	9	43,9	4,1	0,7
Slowenien	17	9 ¹	99,7	5 183	57,7	2	52,4	5,7	2,5
Spanien	13	11	97,9	4 362	53,6	56	44,8	5,0 ²	1,3
Tschechische Republik	19	11	.	4 247	57,2	39	41,6	4,5	1,8
Türkei	20	18	94,9	6 012	45,4	39	27,1	.	0,8 ²
Ukraine	16	.	99,7	5 393	52,3	44	.	6,2	0,7
Ungarn	10	10	99,4	3 928	55,5	18	30,0	4,7	1,2
Vereinigtes Königreich	18	14 ⁴	.	4 127	56,3	428	44,7 ¹	6,2 ²	1,8
Zypern	14	10	98,7 ¹	3 748	53,1	7	20,0	7,3 ²	0,5

Der **Alphabetisierungsgrad** ist gemäß UNESCO definiert als der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der in der Lage ist, eine einfache Aussage über den eigenen Alltag zu lesen und zu schreiben. Neben den Fertigkeiten Lesen und Schreiben umfasst die Definition auch grundlegende Rechenkenntnisse.

Beim **Frauenanteil an den Hochschulstudierenden** werden alle Stufen des tertiären Sektors berücksichtigt (ISCED 5-6).

Die **Hochschulabschlussquote** entspricht dem Anteil der Hochschulabsolventinnen und -absolventen an der Bevölkerung im typischen Abschlussalter des jeweiligen Landes. Dargestellt ist hier der Anteil der Bevölkerung mit mindestens einem Abschluss auf der Stufe ISCED 5A. ISCED ist die internationale Standardklassifizierung von Bildungsstufen, wobei 5A der unteren Stufe der tertiären Bildung entspricht.

Die **Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung** umfassen alle zur Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) im Inland verwendeten Mittel, ungeachtet der Finanzierungsquellen. Eingeschlossen sind auch die Mittel des Auslands und internationaler Organisationen für im Inland durchgeführte Forschungsarbeiten.

A Internationales

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung ab 15 Jahren	Studierende an Hochschulen	Frauenanteil an den Hochschulstudierenden	Ausländische Studierende	Hochschulabschlussquote	Öffentliche Bildungsausgaben	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung
	Primarstufe	Sekundarstufe							
	2012								
Anzahl	%	je 100 000 Einwohner/-innen	%	1 000	%	% des BIP			
Afrika									
Ägypten	28 ¹²	12 ¹³	73,9	2 929	48,2	49 ¹²	26,5	3,8 ¹⁴	0,4
Äthiopien	54	40	.	.	31,5	.	.	4,7 ¹²	0,2 ¹²
Kongo, Dem. Republik	35	15	.	810	35,4	2 ¹¹	.	2,5 ¹²	0,1 ¹³
Nigeria	38 ¹²	33 ¹²	51,1 ¹⁴
Südafrika	30	25 ¹³	93,7	.	.	70 ¹¹	.	6,2	0,9 ¹³
Tansania, Ver. Republik	46	26	67,8 ¹²	361	35,4	.	.	6,2 ¹²	.
Amerika									
Argentinien	16 ¹⁴	11 ¹⁴	97,9	6 729 ¹¹	60,3 ¹¹	.	12,1 ¹²	6,3	0,6 ¹²
Brasilien	21	16	91,3	.	57,1	14 ¹¹	.	5,8 ¹²	1,2 ¹²
Chile	21	20	98,6 ¹³	6 566	52,0	3	19,0	4,1	0,4 ¹²
Kanada	121 ¹¹	.	5,4	1,7
Kolumbien	25	25	93,6 ¹¹	4 206	52,2	.	14,0	4,4	0,2
Mexiko	28	18	94,2	2 682	49,6	.	19,2 ¹¹	5,2	0,5
Vereinigte Staaten	14	15	.	6 828	57,0	740	40,1	5,4 ¹²	2,8
Asien									
Bangladesch	40 ¹¹	32	58,8	1 344 ¹¹	40,5 ¹¹	2 ¹³	6,9 ¹¹	2,2 ¹³	.
China	18	15	95,1 ¹²	2 413	50,4	89	.	.	1,8
Indien	35 ¹¹	26 ¹¹	.	2 360	41,8 ¹¹	31	.	3,4	.
Indonesien	19	17	92,8 ¹¹	2 582	50,8	7	15,6	2,8	0,1 ¹³
Iran, Islamische Republik	20 ¹³	.	84,3	5 897	49,8	5	18,0	4,1	0,8 ¹⁴
Israel	13 ¹¹	10 ¹³	97,8 ¹¹	5 020 ¹¹	56,0 ¹¹	4 ¹¹	34,0 ¹¹	5,6	4,4
Japan	17	12	.	3 187	46,2	151	44,1	3,8	3,3 ¹²
Korea, Republik	18	16	.	6 986	39,8	59	50,0	5,2	3,7 ¹²
Myanmar	28 ¹²	34 ¹²	92,6	1 285 ¹¹	57,5 ¹¹	0 ¹¹	12,4 ¹¹	0,8	.
Pakistan	41	21	54,7 ¹¹	1 043	47,6	.	.	2,2	0,3
Philippinen	31 ¹³	35 ¹³	95,4 ¹⁴	2 931 ¹³	54,3 ¹³	3 ¹⁴	.	2,7 ¹³	.
Saudi-Arabien	11	11 ¹³	.	4 361	49,3	47	18,1	5,1 ¹⁴	0,1 ¹³
Thailand	16	20 ¹¹	96,4 ¹²	3 705	56,4	20	30,8 ¹⁴	5,8	0,3 ¹³
Vietnam	19	.	93,5 ¹³	2 553	49,4 ¹¹	4	14,1	6,3 ¹²	.
Australien und Ozeanien									
Australien	6 120	56,7	250	64,8 ¹¹	5,1	2,4 ¹²
Neuseeland	15	14	.	6 011	58,2	41	57,7	7,1	1,3 ¹³

1 2011.

2 2010.

3 2009.

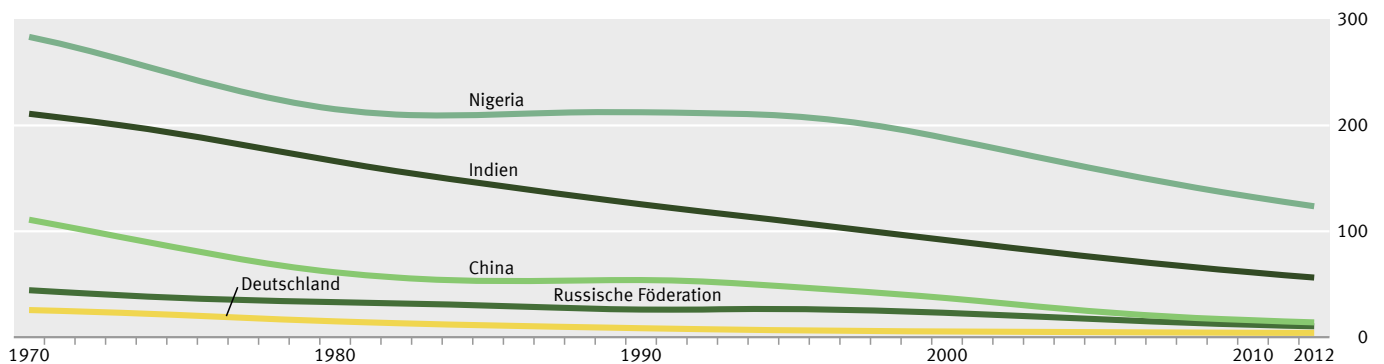
4 2008.

Quelle: UNESCO. Teilweise Schätzungen bzw. vorläufige Daten

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Darunter öffentliche Gesamtausgaben für Gesundheit	Praktizierende Ärztinnen/Ärzte	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
	% des BIP	US\$ je Einwohner/-in				Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	HIV-Infektionsrate der 15- bis 49-Jährigen	Zugang zu sauberem Trinkwasser
			2009 – 2012 ¹		2012					
				je 10 000 Einwohner/-innen		je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%	% der Gesamtbevölkerung
Europa										
Belgien	10,8	4 711	3 576	30	65	10	4	6	0,3 ¹²	100
Bulgarien	7,4	516	290	38	65	32	12	5	0,1 ¹²	99
Dänemark	11,2	6 304	5 392	34	35	7	4	5	0,2	100
Deutschland	11,3	4 683	3 572	38	82	6	4	7	0,2¹³	100
Estland	5,9	1 010	807	33	54	23	4	11	1,3	99
Finnland	9,2	4 232	3 192	29	62	6	3	4	0,1 ¹²	100
Frankreich	11,8	4 690	3 609	32	69	8	4	9	0,4 ¹²	100
Griechenland	9,3	2 044	1 380	.	48	5	5	5	0,2 ¹²	100
Irland	8,1	3 709	2 390	27	49 ¹⁴	9	4	9	0,3 ¹²	100
Island	9,1	3 872	3 123	35	58 ¹⁵	4	2	4	0,3 ¹²	100
Italien	9,2	3 032	2 371	41	36	7	4	4	0,3	100
Kroatien	6,8	908	748	28	54	14	5	13	.	99
Lettland	6,0	793	450	29	64	53	9	13	0,7	98
Litauen	6,7	859	608	41	68	66	5	11	.	96
Luxemburg	6,9	7 452	6 294	28	56	7	2	11	0,3 ¹²	100
Malta	9,1	1 835	1 204	35	45	11	7	9	0,1 ¹²	100
Niederlande	12,4	5 737	4 579	.	47	6	4	6	0,2 ¹²	100
Norwegen	9,0	9 055	7 704	37	33	8	3	4	0,2 ¹²	100
Österreich	11,5	5 407	4 085	48	77	8	4	4	0,4 ¹²	100
Polen	6,7	854	598	22	67	21	5	3	0,1 ¹²	.
Portugal	9,5	1 905	1 193	.	33	26	4	8	0,7 ¹²	100
Rumänien	5,1	420	326	24	66	94	12	33	0,1	.
Russische Föderation ..	6,3	887	541	43 ¹⁶	97 ¹⁶	91	10	24	.	97
Schweden	9,6	5 319	4 346	33 ¹⁵	28	7	3	4	0,2 ¹²	100
Schweiz	11,3	8 980	5 538	39	52 ¹⁴	6	4	6	0,3	100
Slowakei	7,8	1 326	935	30 ¹⁵	65	7	8	7	.	100
Slowenien	8,8	1 942	1 423	25	46	8	3	7	.	100
Spanien	9,6	2 808	2 065	37	32	14	5	4	0,4	100
Tschechische Republik ..	7,7	1 432	1 214	36	71	5	4	5	0,1	100
Türkei	6,3	665	491	17	25	22	14	20	.	100
Ukraine	7,6	293	161	35	87	93	11	23	0,8	98
Ungarn	7,8	987	628	30	71	18	6	14	.	100
Vereinigtes Königreich ..	9,4	3 647	3 009	28	33	15	5	8	0,3	100
Zypern	7,3	1 949	841	23	38 ¹⁴	5	3	10	0,1	100

Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren
je 1 000 Lebendgeborene



Quelle: Global Health Observatory, WHO, Vereinte Nationen

2014 - 01 - 0396

A Internationales

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Darunter öffentliche Gesamtausgaben für Gesundheit	Praktizierende Ärztinnen/Ärzte	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
						Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	HIV-Infektionsrate der 15- bis 49-Jährigen	Zugang zu sauberem Trinkwasser
	2012	2012	2012	2009 – 2012 ¹	2012	2013	2012	2013	2012	
	% des BIP	US\$ je Einwohner/-in		je 10 000 Einwohner/-innen	je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%	% der Gesamtbevölkerung	
Afrika										
Ägypten	5,0	152	59	28	17	17	21	45	0,0	99
Äthiopien	3,8	18	9	0	63	247	68	420	1,2	52
Kongo, Dem. Republik	5,6	15	8	.	8 ¹⁶	327	146	730	1,1	46
Nigeria	6,1	94	29	4	.	108	124	560	3,2	64
Südafrika	8,8	645	309	8	.	1 003	45	140	19,0	95
Tansania, Ver. Republik	7,0	41	16	0 ¹⁶	7	165	54	410	4,9	53
Amerika										
Argentinien	8,5	995	689	.	45	25	14	69	.	99
Brasilien	9,3	1 056	490	19	24	46	14	69	0,6	98
Chile	7,2	1 103	536	10	21	16	9	22	0,3	99
Kanada	10,9	5 741	4 022	21	32	5	5	11	0,3 ¹²	100
Kolumbien	6,8	530	402	15 ¹⁵	10 ¹⁵	33	18	83	0,4	91
Mexiko	6,2	618	320	21	16	23	16	49	0,2	95
Vereinigte Staaten	17,9	8 895	4 126	25	30	4	7	28	0,7 ¹²	99
Asien										
Bangladesch	3,6	26	9	4	.	225	41	170	0,0	85
China	5,4	322	180	15	42	73	14	32	.	92
Indien	4,1	61	20	7	.	176	56	190	0,3	93
Indonesien	3,0	108	43	2	6	185	31	190	0,5	85
Iran, Islamische Republik	6,7	483 ¹²	208 ¹²	.	17	21	18	23	0,1	96
Israel	7,5	2 289	1 412	33	35	8	4	2	0,2 ¹²	100
Japan	10,1	4 752	3 920	23	137	19	3	6	.	100
Korea, Republik	7,5	1 703	927	21	103	108	4	27	.	98
Myanmar	1,8	20	5	6	6 ¹⁶	377	52	200	0,6	86
Pakistan	3,2	39	12	8	6	231	86	170	0,1	91
Philippinen	4,6	119	45	.	5	265	30	120	.	92
Saudi-Arabien	3,2	795	523	8	22	15	9	16	.	97
Thailand	3,9	215	164	4	21	119	13	26	1,1	96
Vietnam	6,6	103	44	12	31	147	23	49	0,4	95
Australien und Ozeanien										
Australien	9,1	6 140	4 108	33	38	7	5	6	0,2	100
Neuseeland	10,3	3 292	2 723	27	23	8	6	8	0,1 ¹²	100

1 Aktuellster verfügbarer Wert innerhalb des Berichtszeitraums 2009 bis 2012.

2 2011.

3 2012.

4 2008.

5 2007.

6 2006.

Quelle: Global Health Observatory, WHO, Vereinte Nationen (HIV-Daten: UNAIDS)

A.5 Wohnen

	Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt	In Mieterhaushalten lebend	In Eigentümerhaushalten lebend	In überbelegten Wohneinheiten lebend	Durch Wohnkosten überbelastet
	2012				
	Anzahl	% der Wohnbevölkerung insgesamt			
Europa					
Belgien	2,3	28	72	2	11
Bulgarien	2,8	13	87	45	15
Dänemark	1,9	36	64	7	18
Deutschland	2,0	47	53	7	17
Estland	2,2	18	82	14	8
Finnland	2,1	26	74	6	5
Frankreich	2,2	36	64	8	5
Griechenland	2,6	24	76	27	33
Irland ¹	2,7	30	70	3	6
Island	2,4	23	77	8	9
Italien	2,4	26	74	26	8
Kroatien	2,8	11	90	44	7
Lettland	2,4	19	82	37	11
Litauen	2,3	8	92	19	9
Luxemburg	2,4	29	71	7	5
Malta	2,7	18	82	4	3
Niederlande	2,2	33	68	3	14
Norwegen	2,1	15	85	6	10
Österreich	2,3	43	58	14	7
Polen	2,8	18	82	46	11
Portugal	2,6	26	75	10	8
Rumänien	2,9	3	97	52	17
Russische Föderation
Schweden	2,1	30	70	11	8
Schweiz	2,3	56	44	6	12
Slowakei	2,8	10	90	38	8
Slowenien	2,5	24	76	17	5
Spanien	2,6	21	79	6	14
Tschechische Republik ..	2,4	20	80	21	10
Türkei
Ukraine
Ungarn	2,6	10	91	47	14
Vereinigtes Königreich ..	2,3	33	67	7	7
Zypern	2,8	27	73	3	3

Eine **Wohneinheit** gilt als **überbelegt**, wenn sie nicht mindestens folgende Kriterien erfüllt: ein Gemeinschaftszimmer, ein Zimmer je Paar im Haushalt, ein Zimmer für jede alleinstehende Person im Alter von 18 Jahren oder älter, ein Zimmer für bis zu zwei alleinstehende Personen desselben Geschlechts im Alter von 12 bis 17 Jahren, ein Zimmer je alleinstehende Person im Alter von 12 bis 17 Jahren (sofern nicht in der vorherigen Kategorie erfasst) sowie ein Zimmer für bis zu zwei Kinder unter 12 Jahren.

Personen gelten als **durch Wohnkosten überbelastet**, wenn sie in Haushalten leben, die mehr als 40% ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aufwenden.

1 2011.

Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat

A.6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

	Median- äquivalenz- einkommen ¹	Armuts- gefährdungs- grenze ¹	Armutsgefährdungsquote (nach Sozialtransfers) ¹			Konsum- ausgaben für Nahrungs- mittel und alkoholfreie Getränke ²	Konsum- ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und Gas ²
			insgesamt	Personen unter 18 Jahren	Personen ab 65 Jahren		
	2012	EUR	%				% der Konsumausgaben insgesamt
Europa							
Belgien	20 058	12 035	15,0	16,7	17,8	13,6	24,3
Bulgarien	2 860	1 716	21,2	28,2	28,2	19,7 ¹³	16,6 ¹³
Dänemark	26 580	15 948	13,1	10,2	14,1	11,3	29,3
Deutschland	19 595	11 757	16,1	15,2	15,0	11,7	24,2
Estland	5 987	3 592	17,5	17,0	17,2	19,0	19,7
Finnland	22 699	13 619	13,2	11,1	18,4	12,5	27,1
Frankreich	20 603	12 362	14,1	19,0	9,4	13,7	25,6
Griechenland	9 513	5 708	23,1	26,9	17,2	16,2 ¹³	23,8 ¹³
Irland	19 726 ¹³	11 836 ¹³	15,2 ¹³	17,1 ¹³	11,0 ¹³	10,2	23,2
Island	19 361	11 617	7,9	10,0	4,5	14,8	21,7
Italien	16 029	9 617	19,4	26,0	16,3	14,4	23,3
Kroatien	5 404	3 243	20,5	22,3	26,5	.	.
Lettland	4 428	2 657	19,2	24,4	13,9	19,2	23,3
Litauen	4 337	2 602	18,6	20,8	18,7	.	.
Luxemburg	32 779	19 668	15,1	22,6	6,1	8,3	24,5
Malta	11 449	6 869	15,1	23,1	17,3	14,8	11,9
Niederlande	20 562	12 337	10,1	13,2	5,5	12,0	24,5
Norwegen	40 050	24 023	10,1	8,3	9,3	13,3	21,0
Österreich	21 807	13 084	14,4	17,5	15,1	10,0	21,6
Polen	5 060	3 036	17,1	21,5	14,0	18,5	23,1
Portugal	8 323	4 994	17,9	21,7	17,4	18,2	16,5
Rumänien	2 116	1 270	22,6	34,6	15,4	27,5 ¹⁴	22,3 ¹⁴
Russische Föderation
Schweden	24 727	14 832	14,1	14,6	17,7	12,1	27,0
Schweiz	39 407	23 644	15,9	17,8	29,9	.	.
Slowakei	6 927	4 156	13,2	21,9	7,8	17,5	25,6
Slowenien	12 122	7 273	13,5	13,5	19,6	14,9	19,5
Spanien	11 970	7 182	22,2	29,9	14,8	14,2	21,2
Tschechische Republik	7 791	4 675	9,6	13,9	6,0	15,5	26,3
Türkei
Ukraine
Ungarn	4 753	2 852	14,0	22,6	6,0	17,6	21,6
Vereinigtes Königreich	19 007	11 404	16,2	18,5	16,1	9,3	25,5
Zypern	16 927	10 156	14,7	13,9	29,3	13,4	19,3

Das **Äquivalenzeinkommen** ist eine Rechengröße, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

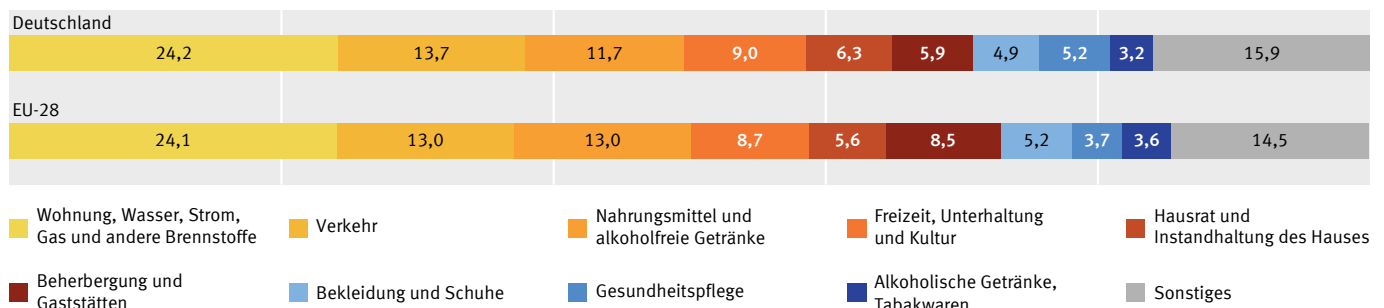
Das **Medianäquivalenzeinkommen** wird wie folgt ermittelt: Um das mittlere Einkommen zu bestimmen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr Einkommen zur Verfügung, die andere weniger.

Die **Armutsgefährdungsgrenze** liegt bei 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Personen werden als (relativ) einkommensarm bezeichnet, wenn deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“ des Kapitels 6.

Die **Armutsgefährdungsquote** ist definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Bei den hier aufgeführten Quoten wurden bei der Ermittlung des Einkommens auch Sozialtransfers (z. B. Wohngeld, Kindergeld, Rente, Pension, Pflegegeld) berücksichtigt.

1 Quelle: LEBEN IN EUROPA (EU-SILC), Eurostat.
 2 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat.
 3 2011.
 4 2010.

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2012
nach Verwendungszweck, in %

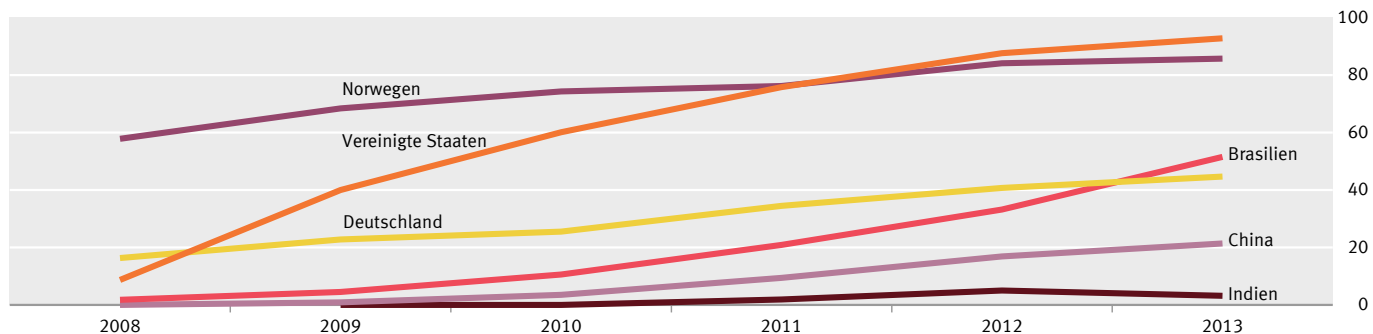


Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Kultur		Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Kinobesuche ¹¹	Bildende und darstellende Künstler ¹²	Anteil der Haushalte mit eigenem Computer	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Anteil der Bevölkerung mit Zugang zum Internet	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der an Bewegungsmangel leidet
	2013		2013			2013			2008
	je Einwohner/-in	1 000	%			je 100 Einwohner/-innen		%	
Europa									
Belgien	1,9	20,4	82	80	82	111	34	46	43
Bulgarien	0,7	11,8	55	54	53	145	19	58	27
Dänemark	2,4	9,1	93	93	95	128	40	107	35
Deutschland	1,6	193,6	89	88	84	119	35	45	28
Estland	1,9	1,6	80	80	80	160	27	77	17
Finnland	1,4	15,7	89	89	92	172	31	124	38
Frankreich	2,9	136,3	82	82	82	99	39	57	33
Griechenland	0,8	12,7	60	56	60	117	26	36	16
Irland	3,2	8,8	84	82	78	103	24	67	53
Island	4,3	1,4	97	96	97	108	35	74	.
Italien	1,7	70,5	71	69	59	159	22	65	55
Kroatien	0,9	4,6	66	65	67	115	22	65	24
Lettland	1,2	3,9	72	72	75	137	25	61	32
Litauen	1,1	7,3	66	65	69	151	22	50	23
Luxemburg	2,2	0,8	94	95	94	149	34	81	48
Malta	1,6	0,5	80	79	69	130	33	41	72
Niederlande	1,8	57,3	95	95	94	114	40	62	18
Norwegen	2,3	15,3	93	94	95	117	36	86	44
Österreich	1,8	20,3	81	81	81	156	26	63	35
Polen	0,9	34,5	75	72	63	150	16	59 ¹⁵	28
Portugal	1,2	16,9	67	62	62	113	24	37	51
Rumänien	0,5	10,6	61	58	50	106	17	38	39
Russische Föderation	1,1 ¹⁵	.	70	67	61	153	17	60	21
Schweden	1,7	29,3	92	93	95	124	33	105 ¹⁵	44
Schweiz	1,8	17,7	87	92	87	134	43	44	.
Slowakei	0,7	4,8	80	78	78	114	16	54	22
Slowenien	1,1	4,3	76	76	73	110	25	42	30
Spanien	1,7	53,6	73	70	72	107	26	67	50
Tschechische Republik	1,1	20,3	74	73	74	131	17	45	25
Türkei	0,7	46,9	53	49	46	93	11	32	56
Ukraine	.	.	41	44	42	138	9	5 ¹⁵	18
Ungarn	1,0	13,6	73	72	73	116	24	26	26
Vereinigtes Königreich	2,6	199,7	88	88	90	124	36	87	63
Zypern	0,8	0,9	70	65	66	95	20	32	55

Internet: Mobile Breitbandabonnenten
in ausgewählten Staaten, je 100 Einwohner/-innen



Quelle: International Telecommunication Union (ITU)

2014 - 01 - 0398

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Medien: Telekommunikation und Internet ¹³						Freizeit ¹⁴
	Anteil der Haushalte mit eigenem Computer	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Anteil der Bevölkerung mit Zugang zum Internet	Mobilfunkverträge	Festinstallierte Breitbandanschlüsse im Abonnement	Aktive mobile Breitbandanschlüsse im Abonnement	Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der an Bewegungsmangel leidet
	2013			2008			2008
	%			je 100 Einwohner/-innen			%
Afrika							
Ägypten	43	35	50	122	3	31	.
Äthiopien	2	2	2	27	0	5	19
Kongo, Dem. Republik	2	2	2	44	0	3	45
Nigeria	8	8	38	73	0	10	.
Südafrika	26	39	49	148	3	25 ¹⁵	52
Tansania, Ver. Republik	3	4	4	56	0	3	.
Amerika							
Argentinien	59	54	60	159	14	16 ¹⁵	68
Brasilien	49	42	52	135	10	52	49
Chile	57	50	67	134	12	36	.
Kanada	84	83	86	78	33	41 ¹⁵	34
Kolumbien	42	36	52	104	9	8	44
Mexiko	36	31	44	86	11	.	38
Vereinigte Staaten	80	77	84	96	29	93	41
Asien							
Bangladesch	6	5	7	67	1	0	5
China	44	44	46	89	14	21	31
Indien	12	13	15	71	1	3	16
Indonesien	16	6	16	122	1	32 ¹⁵	30
Iran, Islamische Republik	45	36	31	84	6	1	37
Israel	85	71	71	123	26	53 ¹⁵	.
Japan	76	86	86	115	29	121	60
Korea, Republik	81	98	85	111	38	105	.
Myanmar	3	2	1	13	0	1	13
Pakistan	14	8	11	70	1	1	40
Philippinen	19	23	37	105	3	20	24
Saudi-Arabien	73	73	61	177	7	50	69
Thailand	29	23	29	138	7	52	19
Vietnam	19	17	44	131	6	19 ¹⁵	15
Australien und Ozeanien							
Australien	84	83	83	107	25	111	38
Neuseeland	77	77	83	106	29	81	48

Zur Berufsgruppe „Bildende und darstellende Künstler“ der internationalen Klassifikation der Berufszweige (ISCO-08) zählen bildende Künstler, Musiker, Sänger, Komponisten, Tänzer, Regisseure und Produzenten im Film- und Bühnereich, Schauspieler, Sprecher in Rundfunk und Fernsehen sowie sonstige darstellende Künstler.

1 Quellen: MEDIA Salles, Eurostat.
 2 Quelle: Arbeitskräfteerhebung, Eurostat.
 3 Quelle: International Telecommunication Union (ITU).
 4 Quelle: Global Health Observatory, WHO, Vereinte Nationen.
 5 2012.

A.8 Soziales

	Ausgaben für Sozialschutzleistungen									Zahl der Rentenbezieher/-innen	Lohnersatzquote der Rentenbezieher/-innen ¹³
	Gesamte Sozialschutzleistungen (ohne Verwaltungsausgaben)			Leistungen nach Funktion							
	Mill. EUR	% des BIP	EUR je Einwohner/-in	Alter	Gesundheitsversorgung	Invaldität, Gebrechen	Familie, Kinder	Arbeitslosigkeit	Sonstige ¹¹	je 100 Einwohner/-innen ¹²	%
2011											2012
Europa											
Belgien	107 090	29,0	9 693	32,7	28,8	7,5	7,8	12,8	10,5	.	47
Bulgarien	6 608	17,2	899	45,2	26,0	7,9	11,0	3,5	6,6	30	42
Dänemark	78 854	32,8	14 155	43,4	21,0	12,4	12,5	5,5	5,3	24	42
Deutschland	737 404	28,3	9 015	33,2	33,3	7,9	11,1	4,7	9,9	29	47
Estland	2 577	15,9	1 930	43,4	28,0	11,5	12,4	3,0	1,8	31	50
Finnland	55 189	29,3	10 243	36,9	25,5	11,9	11,2	7,0	7,5	27	49
Frankreich	638 837	31,9	9 804	39,5	28,5	6,2	8,2	6,6	11,0	28	65
Griechenland	60 165	28,9	5 409	44,0	25,9	4,9	6,2	7,4	11,7	24	52
Irland	46 037	28,3	10 059	19,7	45,0	4,4	12,0	11,5	7,4	18	43 ¹⁴
Island	2 497	24,7	7 826	23,2	34,0	14,3	11,4	6,3	10,9	18	50
Italien	449 101	28,4	7 396	52,1	24,9	5,8	4,8	2,9	9,6	28	58
Kroatien	8 961	20,2	2 092	27,9	33,9	17,2	8,0	2,4	10,6	28	36
Lettland	2 994	14,8	1 454	53,2	21,3	8,7	7,6	4,8	4,5	30	49
Litauen	5 063	16,4	1 672	41,1	27,8	9,6	10,4	3,4	7,8	32	45
Luxemburg	9 247	22,2	17 839	28,5	25,4	11,7	16,5	5,3	12,6	29	79
Malta	1 241	18,7	2 980	45,3	29,3	4,1	6,4	2,8	12,1	20	46
Niederlande	182 423	30,5	10 928	35,4	35,7	7,8	4,0	4,8	12,4	20	47
Norwegen	86 974	24,6	17 560	32,0	30,7	17,3	12,5	2,7	4,8	23	53
Österreich	85 936	28,7	10 223	44,0	25,2	7,6	9,9	5,3	8,1	28	58
Polen	69 440	18,7	1 802	47,9	23,1	8,9	7,2	1,5	11,3	25	58
Portugal	42 709	25,0	4 045	47,8	25,1	8,3	4,9	5,5	8,6	28	58
Rumänien	21 181	16,1	1 051	49,1	25,1	9,0	8,9	1,6	6,3	28	67
Russische Föderation
Schweden	111 969	29,0	11 850	41,2	25,7	13,0	10,7	4,0	5,5	27	56
Schweiz	114 945	24,2	14 527	44,7	28,1	10,9	5,3	3,1	7,9	35	41
Slowakei	12 216	17,7	2 263	38,3	30,5	8,9	9,9	4,8	7,6	25	56
Slowenien	8 884	24,6	4 327	40,1	31,6	6,9	8,9	3,3	9,3	31	47
Spanien	268 138	25,6	5 736	34,9	27,4	7,1	5,4	14,6	10,7	19	58
Tschechische Republik	30 762	19,8	2 931	45,1	31,9	7,6	5,9	3,6	5,9	28	55
Türkei
Ukraine
Ungarn	22 520	22,8	2 258	40,7	27,8	7,5	12,5	3,7	7,9	27	58
Vereinigtes Königreich	465 002	26,3	7 351	43,1	31,7	9,1	6,4	2,6	7,1	22	50
Zypern	3 999	22,2	4 700	42,4	22,7	3,4	9,0	5,4	17,2	14	39

1 Darunter Leistungen für Hinterbliebene, Unterstützung bei den Ausgaben für Wohnen sowie Leistungen zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung.

2 Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat.

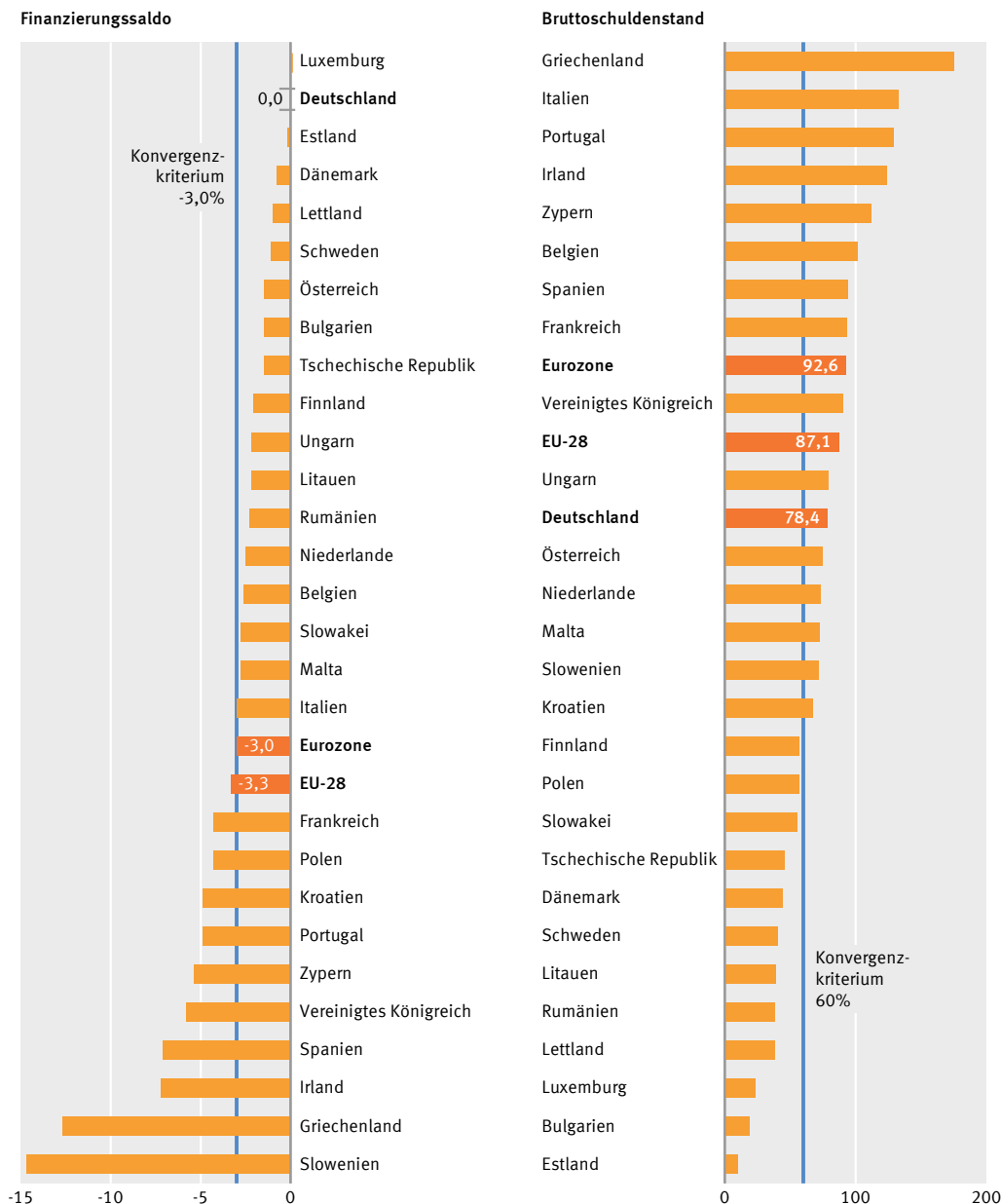
3 Die Lohnersatzquote ist definiert als das Verhältnis vom Median-Renteneinkommen der Altersklasse 65 bis 74 Jahre zum Median-Bruttoeinkommen der Altersklasse 50 bis 59 Jahre ohne Berücksichtigung von Sozialleistungen.

4 2011.

Quelle: Eurostat, zum Teil vorläufige Werte

A.9 Finanzen und Steuern

Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand des Staates 2013
im Rahmen des EU-Defizitverfahrens, EU-Staaten, in % des BIP



Der **Finanzierungssaldo des Staates** errechnet sich durch Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, spricht man von einem Finanzierungsdefizit. Ein positiver Saldo wird als Finanzierungsüberschuss bezeichnet.

Der **Bruttoschuldenstand des Staates** ist im Vertrag von Maastricht definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand des gesamten Staatssektors zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung. Der Staatssektor umfasst Zentralstaat, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Konsolidierung ist ein Verfahren, bei dem statistische Daten für eine Gruppe von Einheiten wie institutionelle Sektoren so dargestellt werden, als wäre diese Gruppe eine einzige Einheit. Die Zahlen für den Staatssektor sind zwischen den Teilssektoren auf Ebene des Gesamtstaates konsolidiert.

Das **Defizitverfahren** wird von der Europäischen Kommission eingeleitet, wenn ein EU-Mitgliedstaat mit seinem Haushalt die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze überschreitet. Entsprechend dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, im Anhang zum Vertrag von Maastricht über die Wirtschafts- und Währungsunion, sollen die Mitgliedstaaten der Eurozone folgende Kriterien einhalten: Das **jährliche Haushaltsdefizit** des Staates soll 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und der **konsolidierte Bruttoschuldenstand** nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Quelle: Finanzstatistik des Sektors Staat (Government Finance Statistics), Eurostat

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs- saldo des Staates ¹	Finanzierungs- saldo des Staates ^{1,3}	Bruttoschul- denstand des Staates (kon- solidiert) ^{1,3}	Finanzierungs- saldo des Staates ^{1,3}	Bruttoschul- denstand des Staates (kon- solidiert) ^{1,3}
	insgesamt ¹	darunter ²		insgesamt ¹	darunter Sozial- ausgaben ²					
		Steuern	Sozialbeiträge							
2012							2013			
	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP				
Europa										
Belgien	246,1	59,2	33,5	265,8	47,1	-19,6	-4,1	101,1	-2,6	101,5
Bulgarien	17,4	58,0	20,5	17,7	39,8	-0,2	-0,8	18,4	-1,5	18,9
Dänemark	174,3	85,2	3,4	186,7	31,9	-12,4	-3,8	45,4	-0,8	44,5
Deutschland	1 533,7	52,1	37,6	1 530,8	53,7	2,9	0,1	81,0	0,0	78,4
Estland	8,8	52,8	29,7	8,8	35,4	-0,0	-0,2	9,8	-0,2	10,0
Finnland	134,6	56,4	24,3	140,0	38,2	-5,4	-1,8	53,6	-2,1	57,0
Frankreich	1 352,9	54,0	36,8	1 479,0	46,0	-126,1	-4,9	90,6	-4,3	93,5
Griechenland	109,8	51,4	30,8	125,5	41,8	-15,7	-8,9	157,2	-12,7	175,1
Irland	72,6	69,7	17,0	90,0	41,9	-17,4	-8,2	117,4	-7,2	123,7
Island	5,9	75,6	8,8	6,4	16,7	-0,5	-3,8	96,4	.	.
Italien	958,7	63,3	28,9	1 016,9	44,7	-58,2	-3,0	127,0	-3,0	132,6
Kroatien	21,6	.	.	23,7	.	-2,2	-5,0	55,9	-4,9	67,1
Lettland	10,5	54,9	24,6	10,5	30,3	0,0	-1,3	40,8	-1,0	38,1
Litauen	13,7	49,5	34,1	15,1	40,0	-1,4	-3,2	40,5	-2,2	39,4
Luxemburg	24,1	63,1	28,6	24,4	49,7	-0,3	0,0	21,7	0,1	23,1
Malta	3,5	68,2	18,4	3,8	31,7	-0,3	-3,3	70,8	-2,8	73,0
Niederlande	355,3	48,7	35,8	386,4	48,0	-31,1	-4,1	71,3	-2,5	73,5
Norwegen	284,7	.	.	215,1	.	69,6	13,9	29,1	11,1	29,5
Österreich	193,9	57,2	33,5	203,7	48,1	-9,9	-2,6	74,4	-1,5	74,5
Polen	188,2	52,5	32,0	207,5	41,5	-19,3	-3,9	55,6	-4,3	57,0
Portugal	86,8	56,3	28,3	100,5	46,6	-13,7	-6,4	124,1	-4,9	129,0
Rumänien	55,8	57,3	26,6	60,0	36,7	-4,3	-3,0	38,0	-2,3	38,4
Russische Föderation ..	762,2	54,6	14,4	753,8	34,3	8,5
Schweden	269,5	71,6	15,1	273,2	35,8	-3,7	-0,6	38,3	-1,1	40,6
Schweiz	209,3	.	.	209,5	.	-0,2
Slowakei	30,3	45,9	37,7	34,5	48,2	-4,2	-4,5	52,7	-2,8	55,4
Slowenien	19,3	49,8	35,0	20,7	41,9	-1,5	-4,0	54,4	-14,7	71,7
Spanien	490,8	56,8	35,0	631,6	39,7	-140,8	-10,6	86,0	-7,1	93,9
Tschechische Republik ..	78,8	48,0	38,7	87,4	43,8	-8,6	-4,2	46,2	-1,5	46,0
Türkei	271,7	84,1 ¹⁴	1,0 ¹⁴	285,9	16,8 ¹⁴	-14,3
Ukraine	78,5	.	.	86,4	.	-7,9
Ungarn	58,5	55,2	28,6	61,0	36,6	-2,5	-2,1	79,8	-2,2	79,2
Vereinigtes Königreich ..	914,4	68,1	20,0	1 112,2	32,9	-197,8	-6,1	89,1	-5,8	90,6
Zypern	9,1	65,9	21,7	10,6	33,4	-1,5	-6,4	86,6	-5,4	111,7

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungssaldo des Staates ¹		Bruttoschuldenstand des Staates (konsolidiert) ¹	Finanzierungs-saldo des Staates ¹	Bruttoschuldenstand des Staates (konsolidiert) ¹
	insgesamt ¹	darunter ²		insgesamt ¹	darunter Sozialausgaben ²	Mrd. US\$	% des BIP			
		Steuern	Sozialbeiträge							
2012	Mrd. US\$	%		Mrd. US\$	%	Mrd. US\$	% des BIP	2013		
Afrika										
Ägypten	57,6	.	.	85,0	.	- 27,4	- 10,5	78,9	- 14,1	89,2
Äthiopien	6,5	.	.	7,0	.	- 0,5	- 1,2	21,2	- 3,4	22,2
Kongo, Dem. Republik	5,5	.	.	5,4	.	0,1	0,5	21,0	- 1,7	21,6
Nigeria	66,3	.	.	66,4	.	- 0,1	- 0,0	18,4	- 4,9	19,4
Südafrika	108,4	78,4	1,9	124,8	12,5	- 16,3	- 4,3	42,1	- 4,3	45,2
Tansania, Ver. Republik	6,0	.	.	7,4	.	- 1,4	- 5,1	40,4	- 5,6	41,0
Amerika										
Argentinien	192,3	.	.	211,5	.	- 19,2	- 4,0	47,7	- 3,5	46,9
Brasilien	847,5	62,0 ⁴	25,7 ⁴	909,6	35,1 ⁴	- 62,1	- 2,8	68,2	- 3,3	66,3
Chile	65,0	.	.	63,2	.	1,8	0,7	12,0	- 0,7	12,2
Kanada	755,5	68,9	12,3	816,9	19,5	- 61,4	- 3,4	88,1	- 3,0	89,1
Kolumbien	105,0	.	.	104,5	.	0,4	0,1	32,4	- 1,0	31,8
Mexiko	277,9	.	.	321,7	.	- 43,8	- 3,7	43,3	- 3,9	46,5
Vereinigte Staaten	4 718,3	64,9	20,2	6 289,5	38,3	- 1 571,2	- 9,7	102,4	- 7,3	104,5
Asien										
Bangladesch	14,5	.	.	18,3	.	- 3,8	- 3,4	41,8	- 4,0	39,7
China	1 863,6	.	.	2 043,9	.	- 180,3	- 2,2	26,1	- 1,9	22,4
Indien	369,3	.	.	509,3	.	- 140,0	- 7,4	66,6	- 7,3	66,7
Indonesien	158,4	.	.	173,0	.	- 14,6	- 1,7	24,0	- 2,1	26,1
Iran, Islamische Republik ..	83,5	.	.	85,4	.	- 1,9	- 0,3	11,8	- 0,9	10,6
Israel	93,8	.	.	103,8	.	- 10,1	- 3,9	68,2	- 3,2	66,7
Japan	1 853,2	36,3	26,9	2 370,4	40,6	- 517,2	- 8,7	237,3	- 8,4	243,2
Korea, Republik	273,1	.	.	252,9	.	20,1	1,8	35,0	1,0	36,7
Myanmar	515,1	.	.	600,1	.	- 85,0	- 3,8	47,3	- 4,9	42,7
Pakistan	28,3	.	.	46,4	.	- 18,0	- 8,4	63,8	- 7,8	63,1
Philippinen	45,7	.	.	47,3	.	- 1,7	- 0,7	40,6	- 0,1	38,3
Saudi-Arabien	368,8	.	.	261,7	.	107,1	14,6	3,6	8,3	2,7
Thailand	80,7	.	.	87,0	.	- 6,3	- 1,8	45,4	- 0,2	45,3
Vietnam	35,6	.	.	43,1	.	- 7,5	- 4,8	50,0	- 5,7	55,0
Australien und Ozeanien										
Australien	514,7	.	.	572,4	.	- 57,6	- 3,7	27,2	- 3,7	28,8
Neuseeland	59,3	.	.	62,0	.	- 2,7	- 1,6	37,5	- 0,6	35,9

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF, eigene Berechnungen. Zum Teil vorläufige Werte.

2 Quelle: International Financial Statistics, IMF.

3 Quelle: Finanzstatistik des Sektors Staat (Government Finance Statistics), Eurostat.

4 Wert bezieht sich nur auf den Zentralstaat.

A.10 Wahlen zum Europaparlament

	Wahlbeteiligung		Mandate	Davon								Frauenanteil an den Mandaten
	2009	2014		EVP	S&D	EKR	ALDE	GUE/NGL	Grüne/EFA	EFDD	Fraktionslose	
	%		Anzahl									%
Belgien	90,4	89,6	21	4	4	4	6	-	2	-	1	29
Bulgarien	39,0	35,8	17	7	4	2	4	-	-	-	-	29
Dänemark	59,5	56,3	13	1	3	4	3	1	1	-	-	38
Deutschland	43,3	48,1	96	34	27	8	4	8	13	-	2	36
Estland	43,9	36,5	6	1	1	-	3	-	1	-	-	50
Finnland	38,6	41,0	13	3	2	2	4	1	1	-	-	54
Frankreich	40,6	42,4	74	20	13	-	7	4	6	1	23	42
Griechenland	52,6	60,0	21	5	4	1	-	6	-	-	5	24
Irland	58,6	52,4	11	4	1	1	1	4	-	-	-	55
Italien	65,1	57,2	73	17	31	-	-	3	-	17	5	40
Kroatien	-	25,2	11	5	2	1	2	-	1	-	-	45
Lettland	53,7	30,2	8	4	1	1	-	-	1	1	-	37
Litauen	21,0	47,4	11	2	2	1	3	-	1	2	-	9
Luxemburg	90,8	85,6	6	3	1	-	1	-	1	-	-	33
Malta	78,8	74,8	6	3	3	-	-	-	-	-	-	67
Niederlande	36,8	37,3	26	5	3	2	7	3	2	-	4	42
Österreich	46,0	45,4	18	5	5	-	1	-	3	-	4	44
Polen	24,5	23,8	51	23	5	19	-	-	-	-	4	24
Portugal	36,8	33,7	21	7	8	-	2	4	-	-	-	38
Rumänien	27,7	32,4	32	15	16	-	1	-	-	-	-	31
Schweden	45,5	51,1	20	4	6	-	3	1	4	2	-	55
Slowakei	19,6	13,1	13	6	4	2	1	-	-	-	-	31
Slowenien	28,4	24,6	8	5	1	-	1	-	1	-	-	37
Spanien	44,9	43,8	54	17	14	-	8	11	4	-	-	41
Tschechische Republik	28,2	18,2	21	7	4	2	4	3	-	1	-	24
Ungarn	36,3	29,0	21	12	4	-	-	-	2	-	3	19
Vereinigtes Königreich	34,7	35,4	73	-	20	20	1	1	6	24	1	41
Zypern	59,4	44,0	6	2	2	-	-	2	-	-	-	17
Europäische Union	43,0	42,5	751	221	191	70	67	52	50	48	52	37

EVP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), **S&D:** Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, **EKR:** Europäische Konservative und Reformisten, **ALDE:** Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, **GUE/NGL:** Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke, **Grüne/EFA:** Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz, **EFDD:** Europa der Freiheit und der direkten Demokratie.

Zuordnung der deutschen Parteien zu den europäischen Fraktionen: CDU/CSU (EVP-Fraktion), SPD (S&D), AfD und FAMILIEN-Partei Deutschlands (EKR), FDP und FREIE WÄHLER (ALDE), DIE LINKE und Tierschutzpartei (GUE/NGL), GRÜNE, PIRATEN, ÖDP (Grüne/EFA), Die PARTEI und NPD (fraktionslos).

Weitere Informationen zu den Europawahlen siehe Kapitel 10.

Quelle: Europäisches Parlament

A.11 Justiz

	Polizeilich registrierte Straftaten		Darunter					Polizisten/ Polizistinnen	Straf- gefangene
			Tötungs- delikte	Gewalt- delikte	Wohnungs- einbrüche	Diebstahl von Kraft- wagen	Drogen- handels- delikte		
2012									
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen							
Europa									
Belgien	1 073 773	9 678	1,6	1 085	727	154	98	422	101
Bulgarien	120 558	1 645	1,9	100	229	5	40	384	135
Dänemark	440 772	7 898	1,0	453	779	241	66	193	71
Deutschland	5 997 040	7 327	0,7	238	176	86	58	298	80
Estland	40 816	3 080	5,5	507	205	47	65	334	248
Finnland	425 421	7 876	1,6	851	116	163	163	149	59
Frankreich	0,7	425	207	188	7	312	113
Griechenland	194 144	1 745	1,5	78	790	280	87	491	112
Irland	1,3	224	607	183	89	293	83
Island	11 746	3 676	0,3	.	430	.	29	205	48
Italien	2 818 834	4 746	0,9	248	406	331	57	466	111
Kroatien	72 171	1 688	1,3	202	101	32	171	499	111
Lettland	49 905	2 441	5,6	66	.	.	134	317	299
Litauen	75 349	2 509	6,6	92	117	57	58	317	329
Luxemburg	37 639	7 171	0,6	851	382	63	492	331	121
Malta	15 623	3 742	2,2	74	194	73	49	456	140
Niederlande	1 139 720	6 812	0,9	738	670	119	106	238	81
Norwegen	273 541	5 486	0,5	510	120	160	433	159	75 ¹
Österreich	548 027	6 518	1,0	566	184	53	24	330	104
Polen	1 119 803	2 906	1,0	118	106	42	11	250	218
Portugal	403 200	3 825	1,2	209	239	150	44	437	129
Rumänien	308 468	1 535	1,9	31	76	8	14	264	158
Russische Föderation
Schweden	1 402 588	14 791	0,7	1 194	225	305	147	210	68
Schweiz	750 371	9 433	0,6	181	432	101	245	222	83
Slowakei	90 351	1 672	1,4	134	32	47	14	448	205
Slowenien	91 430	4 448	0,7	123	132	26	86	359	67
Spanien	2 268 867	4 846	0,8	250	270	118	31	534	147
Tschechische Republik	304 528	2 899	0,9	181	93	106	36	364	220
Türkei	1 904 456	2 549	3,3	332	152	17	113	552	172 ¹
Ukraine
Ungarn	472 236	4 755	1,1	376	227	91	6	368	173
Vereinigtes Königreich	4 104 780	6 465	1,0	1 213	392	138	56	235 ²	153 ²
Zypern	7 973	925	2,2	.	343	210	119	611	81

Zu den **Gewaltdelikten** zählen Gewalt gegen Personen (z. B. Körperverletzung), Raub (Diebstahl mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt) und Sexualstraftaten (einschl. Vergewaltigung und sexueller Nötigung).

1 2011.
2 Nur England und Wales.
Quelle: Eurostat

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹			Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²			
	nominal	je Einwohner/ -in	reale Veränderung gegenüber Vorjahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungs- bereich	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013
	Mill. US\$	US\$	%	% des BIP						
Europa										
Belgien	506 560	45 384	0,2	0,8	21,3	77,9	25,2	53,0	20,0	1,7
Bulgarien	53 046	7 328	0,9	6,4 ¹³	30,4 ¹³	63,2 ¹³	16,9	63,1	20,9	-0,9
Dänemark	330 958	59 191	0,4	1,5	21,4	77,1	28,2	48,7	17,4	5,7
Deutschland	3 635 959	44 999	0,5	0,8	30,2	69,0	19,4	57,5	17,0	6,1
Estland	24 484	19 032	0,8	3,9	29,0	67,2	19,5	52,8	26,9	0,8
Finnland	256 922	47 129	-1,4	2,8	25,6	71,6	25,7	55,6	18,8	-0,1
Frankreich	2 737 361	43 000	0,3	1,8	18,8	79,4	24,9	57,5	19,6	-2,0
Griechenland	241 796	21 857	-3,9	3,7	16,5	79,8	17,2	72,4	13,0	-2,6
Irland	217 884	45 621	-0,3	1,6 ¹³	27,6 ¹³	70,8 ¹³	18,0 ¹³	46,9 ¹³	10,9 ¹³	24,2 ¹³
Island	14 656	45 536	2,9	.	.	.	25,5	53,6	13,5	7,4
Italien	2 071 955	34 715	-1,9	2,1	23,9	74,0	19,9	60,4	17,2	2,5
Kroatien	58 058	13 562	-1,0	4,8	26,3	69,0	19,8	61,0	18,6	0,6
Lettland	30 953	15 205	4,1	4,1 ¹⁴	21,8 ¹⁴	74,1 ¹⁴	15,5 ¹⁵	62,4 ¹⁵	25,9 ¹⁵	-3,8 ¹⁵
Litauen	47 560	16 003	3,3	3,5 ¹⁴	28,2 ¹⁴	68,3 ¹⁴	18,8 ¹⁵	63,9 ¹⁵	18,8 ¹⁵	-1,5 ¹⁵
Luxemburg	59 838	110 424	2,0	0,3	12,1	87,5	17,5	31,3	18,5	32,7
Malta	9 545	22 872	2,4	1,9 ¹⁴	32,7 ¹⁴	65,4 ¹⁴	20,5 ¹⁵	62,5 ¹⁵	12,2 ¹⁵	4,8 ¹⁵
Niederlande	800 007	47 634	-0,8	1,6	24,4	74,0	28,3	45,4	16,2	10,2
Norwegen	511 252	100 318	0,8	1,5	40,8	57,7	21,9	41,0	26,4	10,7
Österreich	415 366	48 957	0,4	1,5	28,7	69,8	18,8	55,0	21,5	4,6
Polen	516 128	13 394	1,6	3,5 ¹⁴	31,6 ¹⁴	64,8 ¹⁴	18,0	60,8	18,7	2,4
Portugal	219 972	20 728	-1,4	2,4	23,2	74,4	19,0	64,6	15,3	1,1
Rumänien	189 659	8 910	3,5	6,4	43,2	50,4	6,2	71,5	22,8	-0,6
Russische Föderation ...	2 118 006	14 819	1,3	3,9	36,2	59,9	19,5	52,0	22,6	5,9
Schweden	557 938	57 909	1,5	1,5	24,2	74,3	27,5	48,5	18,4	5,6
Schweiz	650 814	81 324	2,0	0,7 ¹³	26,8 ¹³	72,5 ¹³	11,2 ¹³	57,4 ¹³	21,0 ¹³	10,4 ¹³
Slowakei	95 805	17 706	0,9	3,9 ¹⁴	34,9 ¹⁴	61,2 ¹⁴	18,2 ¹⁵	57,4 ¹⁵	21,9 ¹⁵	2,6 ¹⁵
Slowenien	46 851	22 756	-1,1	2,5 ¹⁴	31,6 ¹⁴	65,9 ¹⁴	20,3 ¹⁵	57,4 ¹⁵	21,3 ¹⁵	1,0 ¹⁵
Spanien	1 358 687	29 150	-1,2	2,6	25,3	72,1	20,1	59,2	18,2	2,4
Tschechische Republik ..	198 312	18 858	-0,9	2,4	37,8	59,8	20,7	50,7	22,3	6,4
Türkei	827 209	10 815	4,3	8,5	27,1	64,4	15,1	70,9	20,6	-6,6
Ukraine	177 834	3 919	0,1	10,4	26,9	62,6	19,4	73,4	15,7	-8,5
Ungarn	132 426	13 405	1,1	3,5 ¹⁴	31,0 ¹⁴	65,4 ¹⁴	10,2 ¹⁵	62,8 ¹⁵	19,4 ¹⁵	7,5 ¹⁵
Vereinigtes Königreich ..	2 535 761	39 567	1,8	0,6	20,3	79,0	21,3	65,7	14,6	-1,6
Zypern	21 827	24 761	-6,0	.	.	.	19,7 ¹⁴	68,3 ¹⁴	18,4 ¹⁴	-6,4 ¹⁴

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen zusammen. Als Bruttoanlageinvestitionen gelten Käufe neuer Anlagen sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land. Die Vorratsveränderungen ergeben sich aus der Differenz zwischen dem Anfangs- und Endbestand von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet werden.

Der **Außenbeitrag** entspricht dem Saldo zwischen der Ausfuhr und der Einfuhr von Waren und Dienstleistungen. Staaten, die einen Exportüberschuss erzielen, weisen demnach einen positiven Außenbeitrag aus.

Weitere Erläuterungen zu diesen und anderen Begriffen aus dem Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen siehe „Glossar“/ „Methodik“ des Kapitels 12.

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹			Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²			
	nominal	je Einwohner/ -in	reale Veränderung gegenüber Vorjahr	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013
	Mill. US\$	US\$	%	% des BIP						
Afrika										
Ägypten	271 427	3 226	2,1	14,5	39,2	46,3	11,7	81,2	14,2	- 7,0
Äthiopien	48 145	542	9,7	48,6 ¹³	10,4 ¹³	41,0 ¹³	7,2 ¹³	77,8 ¹³	33,1 ¹³	-18,1 ¹³
Kongo, Dem. Republik	30 639	398	8,5
Nigeria	286 470	1 692	6,3	22,0	25,6	52,4	9,1	61,3	12,7	16,9
Südafrika	350 779	6 621	1,9	2,4	27,6	70,0	22,2	61,2	19,4	- 2,8
Tansania, Ver. Republik	32 536	703	7,0	27,0	25,2	47,8	16,6	60,9	38,1	- 15,5
Amerika										
Argentinien	488 213	11 766	4,3	6,7	28,6	64,7	15,6	66,7	18,2	- 0,5
Brasilien	2 242 854	11 311	2,3	5,7	25,0	69,3	22,0	62,6	17,9	- 2,5
Chile	276 975	15 776	4,2	3,4	35,3	61,3	12,4	64,0	23,9	- 0,3
Kanada	1 825 096	51 990	2,0	.	.	.	21,7	55,6	24,4	- 1,7
Kolumbien	381 822	8 098	4,3	6,1	37,2	56,8	16,7	61,0	24,2	- 1,9
Mexiko	1 258 544	10 630	1,1	3,5	34,8	61,7	11,9	67,2	21,6	- 0,7
Vereinigte Staaten	16 799 700	53 101	1,9	1,2 ¹⁵	20,2 ¹⁵	78,6 ¹⁵	15,7 ¹³	68,6 ¹³	19,0 ¹³	- 3,4 ¹³
Asien										
Bangladesch	141 275	904	5,8	17,2	28,9	53,9	5,5	75,8	26,8	- 8,1
China	9 181 377	6 747	7,7	10,0	43,9	46,1	14,1	34,1	49,3	2,6
Indien	1 870 651	1 505	4,4	18,2	24,8	57,0	11,8	61,8	30,0	- 3,6
Indonesien	870 275	3 510	5,8	14,4	45,7	39,9	9,1	59,2	33,6	- 2,0
Iran, Islamische Republik	366 259	4 751	- 1,7
Israel	291 500	37 035	3,3	.	.	.	22,9 ¹³	56,2 ¹³	20,7 ¹³	0,2 ¹³
Japan	4 901 532	38 491	1,5	1,2 ¹³	25,6 ¹³	73,1 ¹³	20,5 ¹³	60,7 ¹³	20,8 ¹³	- 2,0 ¹³
Korea, Republik	1 221 801	24 329	2,8	2,3	38,6	59,1	13,9	52,0	29,0	5,1
Myanmar	56 408	869	7,5
Pakistan	238 737	1 308	3,6	25,3	21,6	53,1	10,8	81,0	14,2	- 6,1
Philippinen	272 018	2 790	7,2	11,8 ¹³	31,1 ¹³	57,1 ¹³	11,1	73,3	19,7	- 4,1
Saudi-Arabien	745 273	24 847	3,8	2,2 ¹³	60,6 ¹³	37,2 ¹³	22,2	29,4	27,1	21,2
Thailand	387 156	5 674	2,9	12,0	42,5	45,5	13,8	53,7	29,2	3,3
Vietnam	170 565	1 902	5,4	18,4	38,3	43,3	6,2	63,2	26,6	.
Australien und Ozeanien										
Australien	1 505 277	64 863	2,4	2,4	27,1	70,5	17,9	54,9	28,6	- 1,3
Neuseeland	181 330	40 481	2,4	7,2 ¹⁴	23,8 ¹⁴	69,1 ¹⁴	19,5 ¹³	59,6 ¹³	20,1 ¹³	0,8 ¹³

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Zum Teil vorläufige Werte.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 2012.

4 2010.

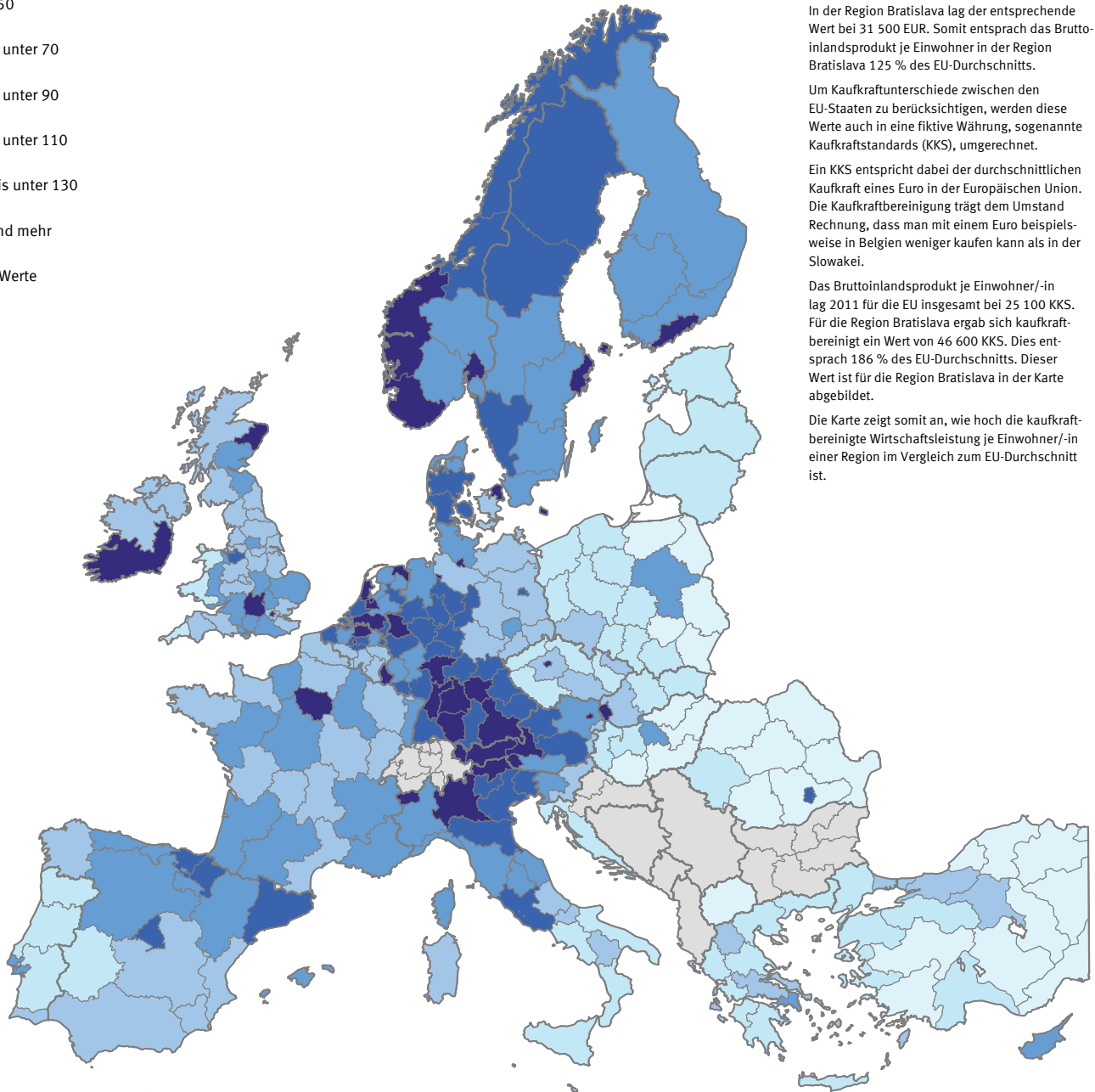
5 2011.

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in nach Regionen 2011

Kaufkraftbereinigt, in % des EU-Durchschnitts (EU = 100)

- unter 50
- 50 bis unter 70
- 70 bis unter 90
- 90 bis unter 110
- 110 bis unter 130
- 130 und mehr
- Keine Werte



Beispiel zur Interpretation der Karte:
 Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in** lag 2011 für die EU insgesamt bei 25 100 EUR. In der Region Bratislava lag der entsprechende Wert bei 31 500 EUR. Somit entsprach das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Region Bratislava 125 % des EU-Durchschnitts.

Um Kaufkraftunterschiede zwischen den EU-Staaten zu berücksichtigen, werden diese Werte auch in eine fiktive Währung, sogenannte Kaufkraftstandards (KKS), umgerechnet.

Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Kaufkraftbereinigung trägt dem Umstand Rechnung, dass man mit einem Euro beispielsweise in Belgien weniger kaufen kann als in der Slowakei.

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner/-in lag 2011 für die EU insgesamt bei 25 100 KKS. Für die Region Bratislava ergab sich kaufkraftbereinigt ein Wert von 46 600 KKS. Dies entsprach 186 % des EU-Durchschnitts. Dieser Wert ist für die Region Bratislava in der Karte abgebildet.

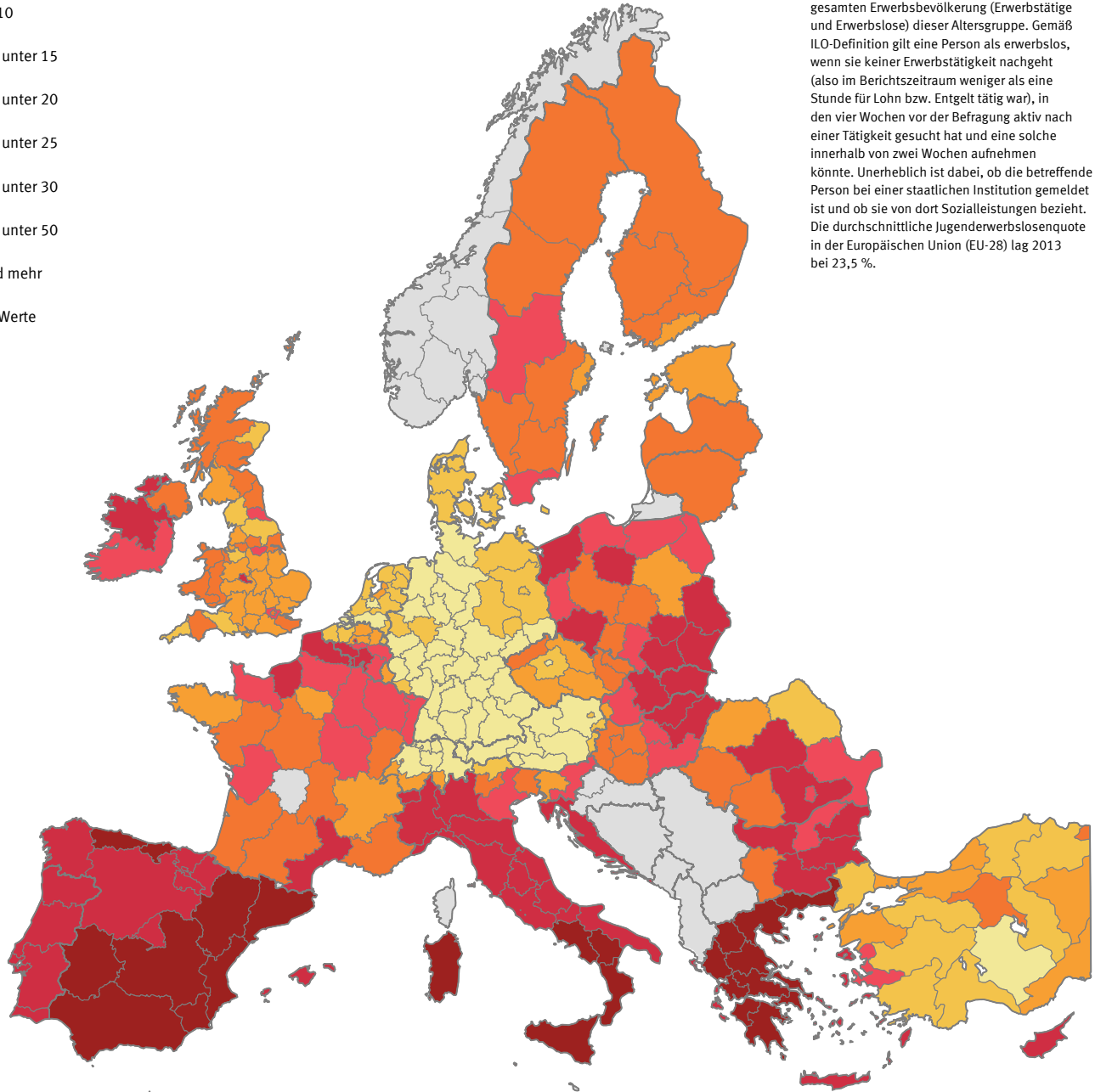
Die Karte zeigt somit an, wie hoch die kaufkraftbereinigte Wirtschaftsleistung je Einwohner/-in einer Region im Vergleich zum EU-Durchschnitt ist.

Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Eurostat

A.13 Arbeitsmarkt

Jugenderwerbslosenquote nach Regionen 2013
in % der Erwerbsbevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren

- unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 bis unter 25
- 25 bis unter 30
- 30 bis unter 50
- 50 und mehr
- Keine Werte



Die **Jugenderwerbslosenquote** entspricht dem prozentualen Anteil der Erwerbslosen in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren an der gesamten Erwerbsbevölkerung (Erwerbstätige und Erwerbslose) dieser Altersgruppe. Gemäß ILO-Definition gilt eine Person als erwerbslos, wenn sie keiner Erwerbstätigkeit nachgeht (also im Berichtszeitraum weniger als eine Stunde für Lohn bzw. Entgelt tätig war), in den vier Wochen vor der Befragung aktiv in einer Tätigkeit gesucht hat und eine solche innerhalb von zwei Wochen aufnehmen könnte. Unerheblich ist dabei, ob die betreffende Person bei einer staatlichen Institution gemeldet ist und ob sie von dort Sozialleistungen bezieht. Die durchschnittliche Jugenderwerbslosenquote in der Europäischen Union (EU-28) lag 2013 bei 23,5 %.

Kartengrundlage: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: Arbeitskräfteerhebung, Eurostat

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbspersonen ¹	Erwerbstätigenquote ²		Teilzeitquote ³		Selbstständige ⁴	Erwerbstätige ¹			Erwerbslosenquote	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	15 – 64 Jahre ²	15 – 24 Jahre ¹¹
	15 – 64 Jahre										
2012	1 000	%	% der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre		% der Erwerbstätigen	% ¹⁵			% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe		
Europa											
Belgien	4 847	66,9	56,8	6,5	31,9	14,3	1,1	21,8	77,1	7,6	19,8
Bulgarien	3 304	61,3	56,3	.	.	11,6	6,3	31,5	62,2	12,4	28,1
Dänemark	2 840	75,2	70,0	13,3	24,2	9,1	2,4	19,8	77,6	7,7	14,1
Deutschland	41 565	77,6	68,0	7,4	37,1	11,6	1,4	28,4	70,1	5,6	8,1
Estland	659	69,7	64,7	3,9	10,1	8,6	4,4	31,7	63,8	10,2	20,9
Finnland	2 637	70,5	68,2	8,6	15,8	13,6	3,8	22,9	72,8	7,8	19,0
Frankreich	28 319	67,9	59,9	5,6	22,1	11,5	2,8	21,8	74,9	9,9	23,9
Griechenland	4 906	60,6	41,9	5,9	15,0	36,8	12,6	16,8	70,6	24,5	55,3
Irland	2 105	62,7	55,1	12,5	37,0	16,4	3,9	18,5	77,5	15,0	30,4
Island	171	81,5	77,8	11,4	23,7	12,1	5,5	18,3	75,7	6,1	13,5
Italien	25 217	66,5	47,1	7,0	32,2	24,8	3,5	28,0	68,5	10,8	35,3
Kroatien	1 667	55,1	46,2	3,5	5,7	21,2	11,4	28,2	60,2	16,3	43,0
Lettland	1 006	64,4	61,7	5,5	10,2	11,4	8,1	23,6	68,1	15,3	28,5
Litauen	1 441	62,2	61,8	5,9	10,9	11,1	8,8	25,3	65,6	13,6	26,7
Luxemburg	247	72,5	59,0	4,9	27,9	8,9	1,2	12,4	84,2	5,2	18,8
Malta	179	73,8	44,0	4,8	21,2	13,3	1,0	22,4	76,3	6,4	14,1
Niederlande	8 714	79,7	70,4	16,5	60,4	15,3	.	.	.	5,3	9,5
Norwegen	2 589	77,6	73,8	10,5	28,3	6,9	2,1	20,3	77,4	3,2	8,5
Österreich	4 298	77,8	67,3	5,9	32,7	13,3	4,4	26,5	69,2	4,4	8,7
Polen	17 086	66,3	53,1	4,0	11,6	22,4	12,2	30,7	57,1	10,2	26,5
Portugal	5 205	64,9	58,7	6,5	12,6	21,7	6,7	27,0	66,3	16,4	37,7
Rumänien	9 587	66,5	52,6	2,3	4,2	32,7	26,1	29,8	44,1	7,3	22,7
Russische Föderation	74 919	73,6	64,7	2,7	5,1	7,3 ¹⁶	9,7 ¹⁷	27,9 ¹⁷	62,3 ¹⁷	5,5	14,9
Schweden	4 909	75,6	71,8	8,4	17,3	10,4	1,8	19,8	77,9	8,1	23,6
Schweiz	4 457	85,2	73,6	9,6	45,6	15,3	.	.	.	4,3	8,4
Slowakei	2 695	66,7	52,7	2,6	4,9	15,4	3,2	37,6	59,1	14,0	34,0
Slowenien	996	67,4	60,5	5,5	9,7	16,2	7,0	31,3	61,1	9,0	20,6
Spanien	23 281	60,3	51,2	5,9	22,3	17,5	4,2	20,7	75,1	24,9	52,9
Tschechische Republik	5 175	74,6	58,2	1,7	6,1	18,4	3,0	38,4	58,6	7,0	19,5
Türkei	26 368	69,2	28,7	6,1	23,6	37,1	22,2	26,6	51,2	8,3	15,7
Ukraine	21 707	18,8	17,2	20,7	62,1	.	17,3
Ungarn	4 318	62,5	52,1	2,9	6,3	11,7	5,2	29,9	64,9	11,0	28,1
Vereinigtes Königreich	30 984	75,2	65,1	10,7	38,4	14,6	1,0	19,0	78,9	8,0	21,0
Zypern	426	70,4	59,4	5,0	11,3	16,6	2,3	20,3	77,5	12,1	27,7

Zu den **Erwerbspersonen** zählen alle Personen einer bestimmten Altersgruppe, die Arbeit haben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose).

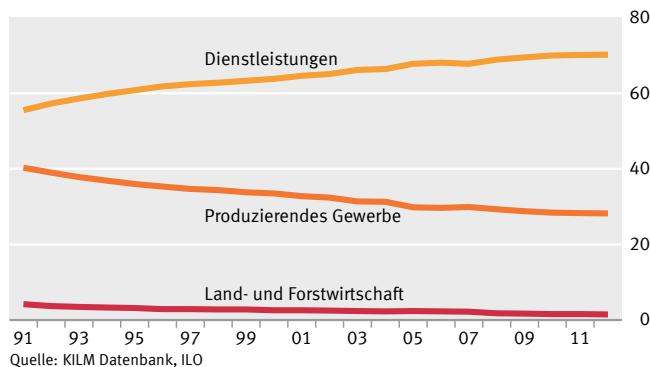
Die **Erwerbstätigenquote** beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe.

Die **Teilzeitquote** der OECD entspricht dem Anteil der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen, deren reguläre Wochenarbeitszeit weniger als 30 Stunden beträgt.

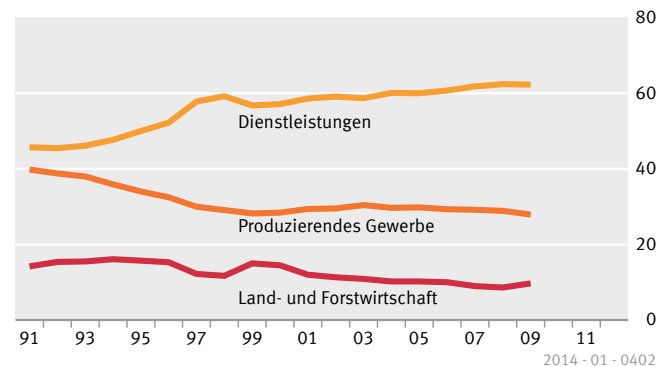
Alle hier aufgeführten Indikatoren entsprechen dem **Erwerbskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)**. Nähere Informationen hierzu sowie weitere Begriffserläuterungen zum Thema Arbeitsmarkt siehe „Glossar“/ „Methodik“ des Kapitels 13.

Erwerbstätigkeit nach Sektoren
in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt

Deutschland



Russische Föderation



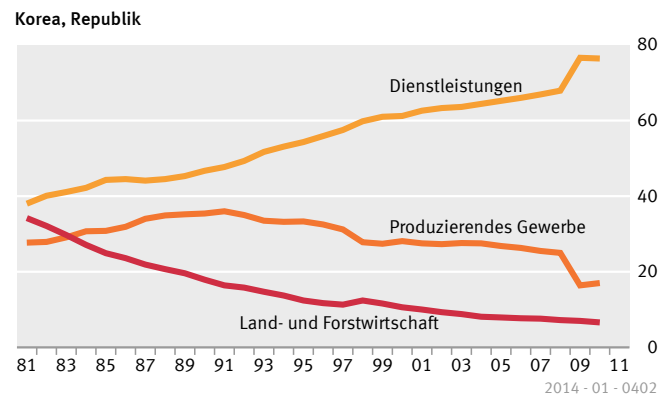
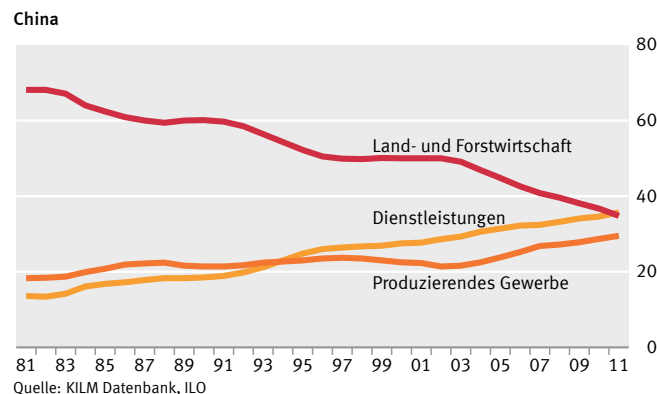
A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbspersonen ¹		Erwerbstätigenquote ²		Teilzeitquote ³		Selbstständige ⁴	Erwerbstätige ¹			Erwerbslosenquote	
	15 – 64 Jahre		Männer	Frauen	Männer	Frauen		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich	15 – 64 Jahre ²	15 – 24 Jahre ¹
	1 000	%	% der erwerbstätigen Männer bzw. Frauen im Alter 15 – 64 Jahre		% der Erwerbstätigen	% ⁵			% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe			
2012												
Afrika												
Ägypten	26 712	37,8 ¹⁸	29,2 ¹⁹	23,5 ¹⁹	47,1 ¹⁹	.	35,7
Äthiopien	41 858	7,7
Kongo, Dem. Republik	24 761	12,8
Nigeria	50 185	13,7
Südafrika	18 965	47,5	34,9	4,6	11,6	.	14,7 ¹⁹	4,6 ¹⁹	24,3 ¹⁹	62,7 ¹⁹	25,1	52,0
Tansania, Ver. Republik	22 492	6,5
Amerika												
Argentinien	18 139	23,0	0,6	23,4	75,3	.	17,5
Brasilien	101 422	79,3	55,7	9,2	23,6	.	29,4 ¹⁷	15,3 ¹⁹	21,9 ¹⁹	62,7 ¹⁹	6,3	15,5
Chile	8 076	73,6	50,2	10,0	23,7	.	26,6 ¹⁹	10,3 ¹⁹	23,4 ¹⁹	66,4 ¹⁹	6,7	16,3
Kanada	18 678	75,2	69,2	10,9	25,8	.	9,0 ¹⁹	2,4 ¹⁶	21,5 ¹⁶	76,5 ¹⁶	7,3	14,3
Kolumbien	22 225	53,5	16,9	20,9	62,2	.	19,5
Mexiko	50 731	78,9	45,3	12,9	28,1	.	33,7 ¹⁹	13,4 ¹⁹	24,1 ¹⁹	61,9 ¹⁹	5,0	9,4
Vereinigte Staaten	152 475	72,3	62,2	8,0	17,5	.	6,8 ¹⁹	1,6 ¹⁸	16,7 ¹⁸	81,2 ¹⁸	8,2	16,5
Asien												
Bangladesch	73 583	8,9
China	777 852	82,0 ¹⁸	68,0 ¹⁸	34,8 ¹⁹	29,5 ¹⁹	35,7 ¹⁹	2,9 ¹⁸	9,7
Indien	467 800	78,5	27,3	.	.	.	81,9 ¹⁸	47,2	24,7	28,1	3,7	9,7
Indonesien	113 339	60,6 ¹⁹	35,9 ¹⁹	20,6 ¹⁹	43,5 ¹⁹	.	21,6
Iran, Islamische Republik	25 448	46,8 ¹⁶	21,2 ¹⁶	32,2 ¹⁶	46,5 ¹⁶	.	28,9
Israel	3 393	70,7	62,4	8,0	21,1	.	12,6 ¹⁹	1,7 ¹⁷	20,4 ¹⁷	77,1 ¹⁷	7,0	12,2
Japan	58 903	80,3	60,7	7,6	32,9	.	11,9 ¹⁹	3,7 ¹⁸	25,3 ¹⁸	69,7 ¹⁸	4,6	7,9
Korea, Republik	23 478	74,9	53,5	5,4	13,0	.	28,2 ¹⁹	6,6 ¹⁸	17,0 ¹⁸	76,4 ¹⁸	3,3	8,9
Myanmar	30 102	11,5
Pakistan	61 765	64,0 ¹⁶	44,7 ¹⁶	20,1 ¹⁶	35,2 ¹⁶	.	8,2
Philippinen	39 948	43,4	32,2	15,4	52,5	.	14,9
Saudi-Arabien	10 276	4,7	24,7	70,7	.	27,8
Thailand	37 656	56,3	39,6	20,9	39,4	.	2,8
Vietnam	52 466	65,3	47,4	21,1	31,5	.	4,4
Australien und Ozeanien												
Australien	11 812	78,1	66,6	12,0	37,6	.	11,2 ¹⁹	3,3 ¹⁷	21,1 ¹⁷	75,5 ¹⁷	5,4	11,7
Neuseeland	2 292	77,5	67,0	9,7	33,8	.	16,5 ¹⁹	6,6 ¹⁷	20,9 ¹⁷	72,5 ¹⁷	7,2	17,7

1 Quellen: Europäische Staaten (außer Russische Föderation und Ukraine): Eurostat, sonstige Staaten: KILM Datenbank, ILO.
 2 Quellen: Europäische Staaten (außer Russische Föderation und Ukraine): Eurostat, sonstige Staaten: OECD.
 3 Quelle: OECD.
 4 Quelle: KILM Datenbank, ILO.

5 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Wirtschaftsbereich ergibt die Summe der Erwerbstätigenanteile nicht in allen Fällen 100 %.
 6 2008.
 7 2009.
 8 2010.
 9 2011.

Erwerbstätigkeit nach Sektoren
in % der Erwerbsbevölkerung insgesamt



A.14 Verdienste und Arbeitskosten

	Bruttomonatsverdienst		Lohnnebenkosten je 100 Euro Bruttoverdienst	Arbeitskosten			Gesetzlicher, branchenübergreifender monatlicher Mindestlohn	Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern
	Vollbeschäftigte in Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr			Privatwirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe		
	Privatwirtschaft		je geleistete Stunde	Veränderung zum Vorjahr	je geleistete Stunde			
	2010		2013				2014	2012
	EUR	KKS ¹	EUR	EUR	%	EUR	EUR/Monat	%
Europa								
Belgien	2 965	2 639	47	41,20	1,9	42,60	1 502	10
Bulgarien	343	768	19	3,70	3,4	3,00	174	15
Dänemark	4 264	3 105	15	39,80	1,4	38,60	-	15
Deutschland	2 882	2 737	27	31,70	2,1	36,20	-	22
Estland	819	1 203	37	9,30	7,9	8,70	355	30
Finnland	2 989	2 507	28	31,70	1,9	34,30	-	19
Frankreich	2 567	2 264	47	35,00	0,2	36,70	1 445	15
Griechenland	1 799	1 960	30	14,10 ²	-9,4 ²	13,60 ²	.	.
Irland	3 466	3 097	18	27,60	0,5	30,00	1 462	14
Island	2 022	2 045	-	19
Italien	2 286	2 187	41	28,00	2,2	27,50	-	7
Kroatien	1 034	1 479	405	18
Lettland	628	980	26	6,50	4,7	5,90	320	14
Litauen	569	953	42	6,20	7,4	5,80	290	13
Luxemburg	3 709	3 092	15	35,60	3,0	30,90	1 921	9
Malta	1 481	2 024	10	12,60	2,8	12,70	718	6
Niederlande	2 886	2 644	32	32,50	2,8	35,40	1 486	17
Norwegen	4 491	3 144	-	15
Österreich	2 549	2 301	37	31,30	3,1	33,20	-	23
Polen	804	1 350	20	7,40	3,4	6,80	387	6
Portugal	1 278	1 539	27	11,50	-1,8	9,70	566	16
Rumänien	457	882	30	4,70	3,7	4,00	191	10
Russische Föderation
Schweden	2 877	2 502	51	43,00	1,6	44,80	-	16
Schweiz	4 552	3 411	-	.
Slowakei	777	1 150	38	8,80	2,7	9,00	352	22
Slowenien	1 477	1 771	16	14,30	-1,1	14,20	789	3
Spanien	1 923	2 062	37	20,90	0,3	22,80	753	18
Tschechische Republik	907	1 284	37	10,40	1,0	10,00	328	22
Türkei	838	1 398	425	.
Ukraine
Ungarn	760	1 238	32	7,80	1,7	7,70	344	20
Vereinigtes Königreich	2 800	2 881	17	21,10	1,0	22,00	1 217	19
Zypern	2 002	2 248	21	15,90	-3,7	12,70	-	16

Der **Bruttomonatsverdienst** enthält alle Zahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich aller Zuschläge und Prämien. Enthalten sind Arbeitnehmeranteile, jedoch nicht Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

Hauptbestandteil der **Lohnnebenkosten** sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Vollbeschäftigte sind Vollzeitbeschäftigte und Teilzeitbeschäftigte, wobei der Verdienst der Teilzeitbeschäftigten so hochgerechnet wird, als würden sie Vollzeit arbeiten.

Die Einteilung der **Wirtschaftsbereiche** entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren, Abschnitte B bis S ohne O: Privatwirtschaft.

Der hier aufgeführte **Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern** entspricht dem unbereinigten Gender Pay Gap. Während der unbereinigte Wert die vorhandenen Einkommensunterschiede von Frauen und Männern misst ohne mögliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, werden beim bereinigten Gender Pay Gap Verzerrungseffekte (z. B. geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich Qualifikation, Berufswahl oder Häufigkeit von Teilzeitarbeit) herausgerechnet. Der Verdienstunterschied wird angegeben in Prozent des durchschnittlichen männlichen Verdienstes. Ein Wert von 5 % bedeutet, dass Frauen durchschnittlich 5 % weniger verdienen als Männer.

KKS oder **Kaufkraftstandard** ist eine künstliche Währung, mit deren Hilfe Unterschiede im Preisniveau zwischen den EU-Staaten ausgeglichen werden. Ein KKS entspricht dabei der durchschnittlichen Kaufkraft eines Euro in der Europäischen Union. Die Angaben in Kaufkraftstandards ermöglichen einen kaufkraftbereinigten Vergleich der Verdienste in Europa.

1 Weitere Informationen zur Einheit KKS (Kaufkraftstandards) siehe Erläuterungstext neben der Tabelle.

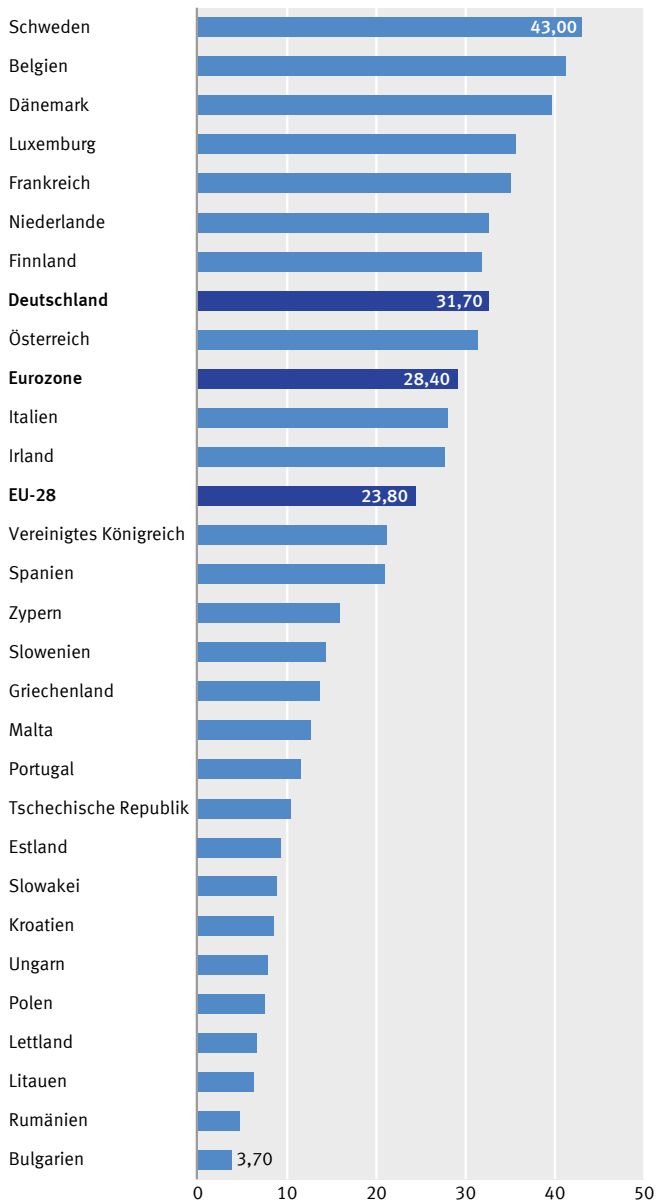
2 Werte wurden auf Basis der ersten zwei Quartale 2013 geschätzt.

Quelle: Eurostat

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

Arbeitskosten je geleistete Stunde 2013

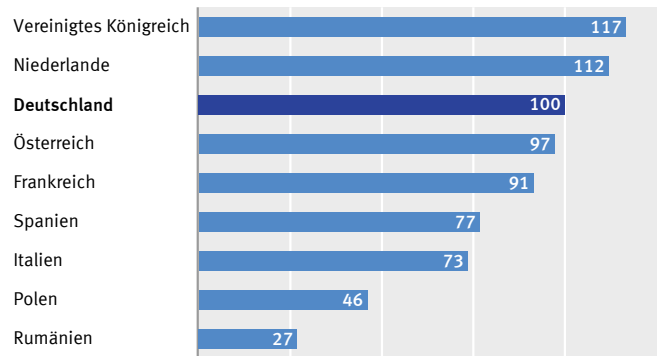
Privatwirtschaft, EU-Staaten, in EUR



Quelle: Arbeitskostenerhebung, Eurostat

Nettoverdienst eines Alleinstehenden ohne Kinder 2012

Im Vergleich zu Deutschland (Index = 100), unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede



Quelle: Eurostat

2014 - 01 - 0403

A.15 Preise

	Verbraucherpreise			Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹		Preisniveauvergleich ²
	insgesamt ¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³	insgesamt		Index
	2013	2012		2013	2012	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					Deutschland = 100
Europa						
Belgien	1,1	2,8	3,0	0,7	3,7	112
Bulgarien	0,9	3,0	3,0	-1,6	4,2	43
Dänemark	0,8	2,4	4,3	1,6	2,3	142
Deutschland	1,5	2,0	3,2	-0,1	1,6	100
Estland	2,8	3,9	3,8	4,1	2,3	73
Finnland	1,5	2,8	5,2	0,2	3,1	123
Frankreich	0,9	2,0	3,0	-0,1	2,3	109
Griechenland	-0,9	1,5	1,5	-0,7	4,9	85
Irland	0,5	1,7	0,6	.	.	119
Island	3,9	5,2	6,1	.	.	112
Italien	1,2	3,0	2,5	-1,1	3,6	101
Kroatien	2,2	3,4	3,7	0,4	7,0	64
Lettland	0,0	2,3	2,3	1,5	3,7	65
Litauen	1,1	3,1	3,0	-3,0	4,1	58
Luxemburg	1,7	2,7	2,6	.	.	136
Malta	1,4	2,4	4,7	.	.	76
Niederlande	2,5	2,5	2,0	0,7	3,0	112
Norwegen	2,1	0,7	1,2	0,6	2,8	162
Österreich	2,0	2,5	3,2	-1,1	2,4	110
Polen	1,2	3,7	3,9	-1,3	3,2	52
Portugal	0,3	2,8	3,2	.	3,8	83
Rumänien	4,0	3,3	1,9	2,1	5,4	50
Russische Föderation	6,8	5,1	.	3,3	6,8	.
Schweden	0,0	0,9	1,5	-2,6	-0,3	136
Schweiz	-0,2	-0,7	-1,0	0,3	-0,5	159
Slowakei	1,4	3,6	4,2	-0,9	2,0	65
Slowenien	1,8	2,6	4,1	0,3	1,0	81
Spanien	1,4	2,4	2,3	0,6	3,8	92
Tschechische Republik	1,4	3,3	6,6	0,8	2,1	65
Türkei	7,5	8,9	8,4	4,5	6,1	57
Ukraine	-0,3	0,6	.	-0,1	3,7	.
Ungarn	1,7	5,7	.	0,7	4,1	54
Vereinigtes Königreich	2,6	2,8	3,3	1,3	2,1	112
Zypern	-0,4	2,4	0,8	.	2,0	86

Der **Verbraucherpreisindex** misst die Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (z. B. die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen oder beim Friseur). Die hier angezeigte Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr wird auch als **Inflationsrate** bezeichnet.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** misst die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise für Produkte einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Die Daten zu den **Verbraucher- und Erzeugerpreisen** stammen vom Internationalen Währungsfonds (IMF) bzw. im Falle der Nahrungsmittelpreise von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Zu den von Eurostat veröffentlichten harmonisierten Indizes ergeben sich in vielen Fällen kleinere Abweichungen.

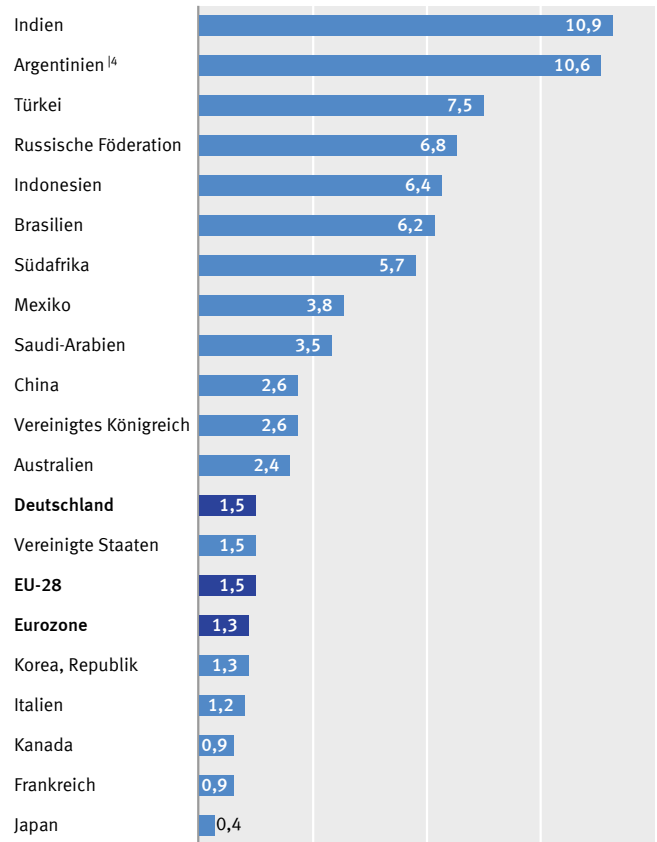
Preisniveauindizes liefern eine Messgröße für die Preisniveauunterschiede zwischen Staaten. Liegt beispielsweise der Index in Österreich im Vergleich zu Deutschland (Bezugsgröße = 100) bei 110, so sind die Lebenshaltungskosten in Österreich 10 % höher als in Deutschland.

A.15 Preise

	Verbraucherpreise		Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹		
	insgesamt ¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³	insgesamt	
	2013	2012		2013	2012
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %				
Afrika					
Ägypten	9,5	7,1	9,2	3,4	2,5
Äthiopien	8,1	22,8	28,1	.	.
Kongo, Dem. Republik	1,6	9,7	.	.	.
Nigeria	8,5	12,2	11,3	.	.
Südafrika	5,7	5,4	7,1	6,0	7,2
Tansania, Ver. Republik	7,9	16,0	20,6	.	.
Amerika					
Argentinien ⁴	10,6	10,0	10,3	16,3	12,2
Brasilien	6,2	5,4	.	5,9	5,9
Chile	1,8	3,0	7,6	-3,9	.
Kanada	0,9	1,5	2,4	0,4	1,1
Kolumbien	2,0	3,2	4,1	-1,4	0,4
Mexiko	3,8	4,1	7,6	1,0	4,7
Vereinigte Staaten	1,5	2,1	2,6	0,6	0,6
Asien					
Bangladesch	7,5	6,2	7,4	.	.
China	2,6	2,7	4,8	.	-1,7
Indien	10,9	9,3	6,6 ⁵	6,3	8,1
Indonesien	6,4	4,3	5,9	.	5,1
Iran, Islamische Republik	39,3	27,4	36,2	.	.
Israel	1,5	1,7	0,7	0,4	4,3
Japan	0,4	0,0	0,1	1,3	-0,9
Korea, Republik	1,3	2,2	4,0	-1,6	0,7
Myanmar	5,5	1,5	-1,5	.	.
Pakistan	7,7	9,7	8,8	7,8	7,1
Philippinen	3,0	3,2	2,3	-7,6	-0,5
Saudi-Arabien	3,5	2,9	4,4	.	2,5
Thailand	2,2	3,0	4,9	0,3	1,0
Vietnam	6,6	9,1	.	.	.
Australien und Ozeanien					
Australien	2,4	1,8	-1,6	1,1	0,2
Neuseeland	0,9	0,9	-0,5	.	0,4

1 Quelle: International Financial Statistics, IMF.
 2 Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf Eurostat Daten.
 3 Quelle: ILOSTAT, Internationale Arbeitsorganisation (ILO).
 4 Der IMF hat Bedenken hinsichtlich der Qualität und Verlässlichkeit argentinischer Preisstatistiken geäußert. Die von der ILO veröffentlichten Daten zu Nahrungsmittelpreisen beziehen sich im Falle Argentiniens nur auf Buenos Aires.
 5 Daten beziehen sich nur auf Arbeiterinnen und Arbeiter im Verarbeitenden Gewerbe.

Inflationsrate 2013
 G20-Staaten, Veränderung des jährlichen Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr, in %



Quellen: International Financial Statistics, IMF
 Daten zur EU-28: World Economic Outlook, IMF

A.16 Außenhandel

	Einfuhr von Gütern ¹	Ausfuhr von Gütern ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Volumenindex der Gütereinfuhr ²	Volumenindex der Güterausfuhr ²	Güterausfuhr je Einwohner/-in ³	Anteil der Gütereinfuhr aus Deutschland ⁴	Anteil der Güterausfuhr nach Deutschland ⁴
2012								
	Mill. US\$			2000 = 100		US\$	%	
Europa								
Belgien	437 883	446 854	8 972	128	132	40 155	14,1	17,4
Bulgarien	32 743	26 699	- 6 044	241	247	3 654	9,7	10,2
Dänemark	92 297	106 126	13 829	119	119	18 980	20,7	14,1
Deutschland	1 173 288	1 416 184	242 897	127	145	17 609	X	X
Estland	19 750	18 157	- 1 593	176	226	13 704	8,5	4,0
Finnland	76 089	72 974	- 3 115	112	92	13 479	12,0	8,8
Frankreich	663 269	556 576	- 106 693	97	96	8 474	17,3	16,4
Griechenland	62 341	35 180	- 27 162	83	154	3 171	9,2	6,4
Irland	63 846	117 770	53 924	75	99	25 675	8,2	8,1
Island	4 772	5 063	292	106	175	15 788	9,2	12,9
Italien	489 104	501 529	12 425	97	104	8 423	14,5	12,5
Kroatien	20 834	12 369	- 8 465	147	159	2 898	12,7	10,2
Lettland	16 082	12 686	- 3 397	269	370	6 236	11,5	7,9
Litauen	32 238	29 653	- 2 585	265	387	9 925	9,8	7,8
Luxemburg	24 223	13 748	- 10 476	139	174	25 893	22,5	27,3
Malta	7 896	5 646	- 2 250	123	87	13 461	5,3	8,1
Niederlande	501 134	554 678	53 544	142	158	33 105	16,0	24,3
Norwegen	87 321	160 999	73 679	150	97	32 081	12,4	12,0
Österreich	169 663	158 821	- 10 842	127	146	18 840	36,8	30,0
Polen	191 430	179 604	- 11 827	204	304	4 661	20,9	24,9
Portugal	72 293	58 379	- 13 914	96	139	5 552	10,7	12,3
Rumänien	70 260	57 904	- 12 355	279	263	2 884	17,4	18,6
Russische Föderation	316 193	524 766	208 574	471	140	3 665	12,1	4,6
Schweden	164 114	172 756	8 643	121	117	18 148	17,3	9,6
Schweiz	197 787	225 949	28 162	137	200	28 255	29,6	19,8
Slowakei	76 859	79 867	3 008	322	392	14 769	17,1	21,4
Slowenien	28 383	27 080	- 1 303	164	203	13 164	16,2	21,2
Spanien	325 835	285 936	- 39 899	101	136	6 115	10,7	10,5
Tschechische Republik	139 727	156 423	16 696	225	272	14 882	25,5	31,4
Türkei	236 544	152 537	- 84 008	223	324	2 061	9,0	8,6
Ukraine	84 657	68 694	- 15 962	284	187	1 507	8,0	2,4
Ungarn	94 266	103 006	8 740	186	251	10 383	24,7	25,0
Vereinigtes Königreich	689 137	481 226	- 207 911	101	85	7 555	12,1	10,8
Zypern	7 377	1 826	- 5 551	99	102	1 617	7,0	2,3

Der **Volumenindex** der Gütereinfuhr bzw. -ausfuhr setzt die Menge der Gütereinfuhr bzw. -ausfuhr im Jahr 2012 ins Verhältnis zum entsprechenden Wert im Basisjahr 2000. Beträgt der Index der Gütereinfuhr beispielsweise 220 repräsentiert dies einen Mengenanstieg der gehandelten Güter von 120 % im Zeitraum 2000 bis 2012. Diese Indexwerte orientieren sich ausschließlich an der Menge der gehandelten Güter und nicht am Wert.

A.16 Außenhandel

	Einfuhr von Gütern ¹	Ausfuhr von Gütern ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Volumenindex der Gütereinfuhr ²	Volumenindex der Güterausfuhr ²	Güterausfuhr je Einwohner/-in ³	Anteil der Gütereinfuhr aus Deutschland ⁴	Anteil der Güterausfuhr nach Deutschland ⁴
2012								
	Mill. US\$		2000 = 100		US\$	%		
Afrika								
Ägypten	69 866	29 417	- 40 449	246	183	364	6,7	2,2
Äthiopien	11 913	2 891	- 9 022	516	257	32	1,7	10,8
Kongo, Dem. Republik	6 100 ¹²	6 300 ¹²	200 ¹²	499	305	.	.	.
Nigeria	35 873	143 151	107 279	338	141	848	2,7	1,5
Südafrika	101 611	86 712	- 14 899	217	105	1 659	10,1	4,8
Tansania, Ver. Republik	11 716	5 547	- 6 168	368	261	116	1,6	5,3
Amerika								
Argentinien	68 507	80 927	12 420	201	175	1 970	5,4	2,4
Brasilien	223 149	242 580	19 431	220	189	1 221	6,4	3,0
Chile	79 462	78 277	- 1 185	309	162	4 482	3,6	1,2
Kanada	462 369	453 381	- 8 988	133	95	13 045	3,1	0,8
Kolumbien	58 088	60 274	2 186	337	204	1 263	3,9	0,7
Mexiko	370 751	370 643	- 109	149	144	3 067	3,6	1,2
Vereinigte Staaten	2 333 805	1 545 565	- 788 240	132	148	4 924	4,7	3,1
Asien								
Bangladesch	41 222 ¹⁵	24 314 ¹⁵	- 16 908 ¹⁵	174	301	159 ¹⁵	1,8 ¹⁵	15,6 ¹⁵
China	1 818 199	2 048 782	230 583	481	682	1 517	5,1	3,4
Indien	488 976	289 565	- 199 412	542	310	234	3,0	2,5
Indonesien	191 691	190 032	- 1 659	216	110	770	2,2	1,6
Iran, Islamische Republik	68 319 ¹⁵	130 544 ¹⁵	62 225 ¹⁵	217	91	1 731 ¹⁵	5,7 ¹⁵	0,3 ¹⁵
Israel	73 112	63 141	- 9 971	125	128	7 982	6,3	2,6
Japan	885 843	798 568	- 87 276	128	152	6 260	2,8	2,6
Korea, Republik	519 576	547 854	28 279	202	321	10 956	3,4	1,4
Myanmar	9 181 ¹²	8 877 ¹²	- 304 ¹²	222	246	.	.	.
Pakistan	43 813	24 614	- 19 200	113	140	137	2,6	4,0
Philippinen	65 350	51 995	- 13 355	118	140	538	2,3	3,8
Saudi-Arabien	155 593	388 401	232 808	288	139	13 730	7,0	0,0
Thailand	247 576	229 545	- 18 031	232	207	3 437	2,4	1,6
Vietnam	113 780	114 529	749	378	410	1 290	2,1	3,6
Australien und Ozeanien								
Australien	250 465	256 243	5 778	219	131	11 276	4,6	0,7
Neuseeland	38 243	37 305	- 938	154	119	8 415	4,4	1,6

1 Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen.

2 Quelle: UNCTAD, Vereinte Nationen.

3 Eigene Berechnungen basierend auf Daten von UN Comtrade und Weltbank.

4 Eigene Berechnungen basierend auf UN Comtrade Daten.

5 2011.

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz					Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz und Auslandsvermögensstatus	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt	Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen					
	2013									
	% des BIP ¹⁾	Mill. US\$ ²⁾								
Europa										
Belgien	- 1,7	- 7 925	- 8 014	9 335	1 795	- 11 041	- 179	- 7 948	- 474	- 319
Bulgarien	2,1	963	- 3 122	2 781	- 1 837	3 141	620	1 952	- 845	- 477
Dänemark	6,6	24 147	8 607	10 725	11 477	- 6 661	110	24 328	- 701	- 631
Deutschland	7,5	273 971	257 787	- 30 498	102 424	- 55 742	2 423	332 070	1 157	56 833
Estland	- 1,0	- 271	- 1 302	1 751	- 931	211	689	570	12	164
Finnland	- 0,8	- 2 466	4 799	- 3 769	- 692	- 2 804	282	51	1 051	3 286
Frankreich	- 1,6	- 36 735	- 64 518	29 977	49 441	- 51 635	2 525	- 20 056	- 1 978	12 176
Griechenland	0,7	1 767	- 22 904	22 467	- 3 728	5 933	4 032	11 197	- 6 455	- 1 058
Irland	6,6	14 438	49 990	701	- 34 404	- 1 849	20	17 726	- 4 422	- 1 154
Island	0,4	573	564	516	- 409	- 98	1	4 157	- 2 461	1 122
Italien	0,8	21 272	48 092	5 357	- 12 944	- 19 232	- 101	30 646	1 999	11 473
Kroatien	1,2	716	- 8 352	9 069	- 1 459	1 458	44	- 2 888	2 475	- 1 173
Lettland	- 0,8	- 250	- 2 921	2 348	- 438	762	759	- 270	525	- 254
Litauen	0,8	675	- 1 620	2 132	- 1 773	1 936	1 029	2 294	- 576	14
Luxemburg	6,7	3 161	- 8 358	31 685	- 19 689	- 476	- 306	2 920	80	145
Malta	0,9	130	- 1 463	2 064	- 589	119	191	- 49	- 56	- 427
Niederlande	10,4	83 070	66 659	18 622	17 098	- 19 309	- 315	75 442	- 128	- 7 441
Norwegen	10,6	54 916	64 791	- 11 582	8 137	- 6 430	- 243	46 076	3 337	- 5 260
Österreich	3,0	11 246	- 114	15 520	- 995	- 3 165	- 575	6 764	536	- 3 372
Polen	- 1,8	- 6 636	3 282	6 732	- 21 713	5 063	11 971	- 2 793	945	- 7 183
Portugal	0,5	1 160	- 9 646	13 413	- 7 864	5 257	4 526	9 902	- 3 986	230
Rumänien	- 1,1	- 2 059	- 7 286	6 379	- 6 131	4 979	4 304	- 5 215	8 956	1 496
Russische Föderation	1,6	32 761	180 314	- 58 622	- 79 761	- 9 171	- 415	42 514	- 22 078	- 11 910
Schweden	5,9	34 541	21 712	6 916	15 322	- 9 409	- 945	6 496	14 910	- 12 190
Schweiz	9,6	97 574	57 375	16 302	36 174	- 12 276	- 2 068	114 999	13 990	33 484
Slowakei	2,4	2 026	5 680	179	- 2 406	- 1 427	1 372	- 1 895	96	- 5 196
Slowenien	6,5	2 947	1 513	1 976	- 578	36	- 47	3 893	5	998
Spanien	0,7	10 668	- 15 055	53 768	- 20 290	- 7 755	10 423	32 941	617	12 468
Tschechische Republik	- 1,0	- 2 853	9 010	3 301	- 14 873	- 291	3 825	- 9 554	9 805	- 722
Türkei	- 7,9	- 65 061	- 79 816	22 924	- 9 349	1 180	- 92	- 73 674	10 774	2 253
Ukraine	- 9,2	- 16 402	- 21 757	6 226	- 3 020	2 149	- 60	- 18 773	2 005	- 306
Ungarn	3,1	3 904	3 806	6 568	- 7 883	1 412	4 505	1 106	8 342	1 040
Vereinigtes Königreich	- 3,3	- 111 082	- 168 581	118 250	- 18 323	- 42 428	8 345	- 112 447	6 936	- 2 774
Zypern	- 1,5	- 423	- 3 337	3 745	- 604	- 227	325	- 302	- 377	- 580

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz					Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz und Auslandsvermögensstatus	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo insgesamt	Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen					
	2013									
	% des BIP ¹	Mill. US\$ ²								
Afrika										
Ägypten ¹³	-3,9	-6 972	-25 516	5 316	-6 564	19 791	-119	-3 458	-5 792	-2 160
Äthiopien ¹³	-6,5	-2 985	-7 289	-847	-97	5 248	-	-667	330	2 649
Kongo, Dem. Republik ¹³	-8,0	-1 696	178	-2 001	-1 040	1 166	94	-2 359	615	-142
Nigeria ¹³	7,7	20 353	42 318	-21 633	-22 238	21 906	-	1 284	11 147	-7 923
Südafrika	-5,8	-20 507	-7 670	-2 271	-7 370	-3 195	25	-8 348	499	12 633
Tansania, Ver. Republik ¹³	-15,9	-4 195	-4 413	273	-291	236	779	-3 678	-259	-521
Amerika										
Argentinien	-0,9	-4 330	12 076	-5 023	-10 709	-673	32	7 394	-13 325	-1 633
Brasilien	-3,6	-81 075	2 553	-47 216	-39 778	3 366	1 193	-72 954	-5 924	1 003
Chile	-3,4	-9 486	2 117	-2 908	-11 103	2 408	11	-11 280	312	-1 493
Kanada	-3,2	-58 975	-7 061	-23 910	-25 174	-2 830	-52	-61 201	4 751	2 577
Kolumbien	-3,3	-12 722	2 691	-5 329	-14 656	4 572	-	-19 159	6 941	503
Mexiko	-1,8	-22 333	-736	-12 232	-31 180	21 814	-	-58 782	17 778	-18 672
Vereinigte Staaten	-2,3	-379 276	-703 256	228 434	228 765	-133 219	-413	-348 132	-3 087	28 470
Asien										
Bangladesch ¹³	0,8	2 576	-7 266	-2 891	-1 815	14 548	500	-1 109	3 543	-641
China	2,1	182 807	351 766	-116 387	-43 839	-8 733	3 052	-323 151	431 382	-77 628
Indien ¹³	-4,7	-91 471	-151 929	15 865	-20 843	65 435	-597	-85 646	-4 023	2 400
Indonesien ¹³	-2,8	-24 074	8 676	-10 832	-25 947	4 029	37	-24 906	215	-655
Iran, Islamische Republik	8,1
Israel	2,5	7 191	-9 426	12 870	-5 496	9 243	846	7 070	4 672	3 705
Japan	0,7	34 068	-89 648	-35 480	169 315	-10 119	-7 681	-55 324	38 776	-42 935
Korea, Republik	5,8	79 884	80 569	-7 927	11 425	-4 182	-28	62 403	14 456	-2 997
Myanmar	-4,9
Pakistan	-1,0	-4 170	-15 815	-3 004	-3 953	18 602	331	-1 874	-2 568	-603
Philippinen	3,5	9 423	-18 525	6 821	-254	21 381	115	635	5 085	-3 818
Saudi-Arabien	17,4	134 330	224 335	-64 902	10 766	-35 869	-335	61 000	69 127	-3 868
Thailand	-0,7	-2 678	6 436	3 678	-23 284	10 492	285	-239	-5 130	-2 976
Vietnam	6,6	9 471	8 730	-1 400	-7 336	9 477	.	151	557	-8 763
Australien und Ozeanien										
Australien	-2,9	-43 822	4 278	-10 977	-35 102	-2 021	-457	-49 932	5 507	-147
Neuseeland	-4,2	-6 090	1 158	924	-7 746	-426	-71	2 103	-843	7 421

Weitere methodische Hinweise zu den Positionen der Zahlungsbilanz sind dem Methodenhandbuch „Balance of Payments and International Investment Position Manual (BPM 6)“ des Internationalen Währungsfonds zu entnehmen: www.imf.org/external/pubs/ft/bop/2007/bopman6.htm

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Zum Teil geschätzte Werte.

2 Quelle: International Financial Statistics, IMF.

3 2012.

A.18 Umwelt

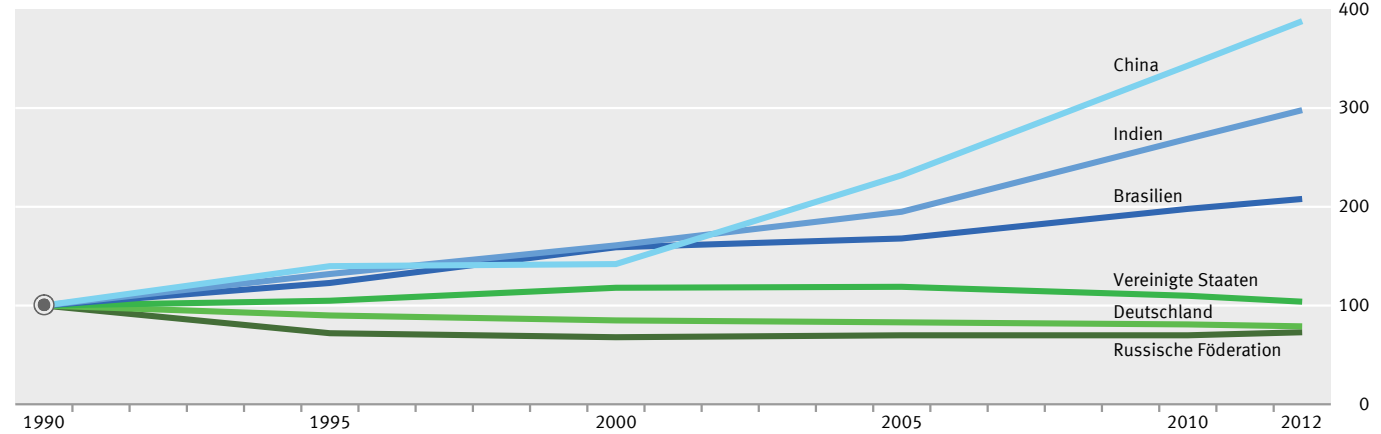
	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹¹			Treibhausgasemissionen ¹¹	Erneuerbare Wasserressourcen ¹²	Kommunale Abfallmenge ¹³	Schutzgebiete ¹⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in	Anteil an der Landfläche			
	2012			2010	2012		
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	kg	%
Europa							
Belgien	105,9	- 8,0	9,6	12,9	1 655	456	23
Bulgarien	51,7	- 37,6	7,1	9,1	2 927	460	37
Dänemark	39,0	- 26,5	7,0	12,0	1 072	668	18
Deutschland	807,3	- 20,9	9,8	11,9	1 860	611	48
Estland	20,3	- 44,3	15,8	23,9	9 923	279	21
Finnland	53,4	- 6,3	9,9	25,2	20 340	506	15
Frankreich	374,0	- 4,1	5,9	8,6	3 300	534	25
Griechenland	86,7	10,6	7,8	9,5	6 674	503	35
Irland	38,8	19,1	8,5	16,5	11 364	570	14
Island	4,6	95,3	14,1	71,6	521 472	338	20
Italien	384,7	- 10,5	6,3	8,1	3 142	529	22
Kroatien	23,7	- 4,8	5,5	7,1	24 495	391	14
Lettland	8,9	- 55,3	4,3	8,3	17 209	301	19
Litauen	15,9	- 54,6	5,3	9,9	8 223	469	17
Luxemburg	11,4	- 2,8	21,8	25,7	5 916	662	40
Malta	1,6	- 32,5	.	5,0	118	589	22
Niederlande	164,1	2,6	9,8	13,1	5 445	551	20
Norwegen	44,3	16,7	8,9	13,8	76 492	477	16
Österreich	70,9	13,0	8,4	11,3	9 180	552	24
Polen	321,7	3,8	8,4	11,8	1 612	314	34
Portugal	49,0	13,2	4,6	6,3	6 479	453	22
Rumänien	85,0	- 54,0	3,9	5,5	9 740	389	19
Russische Föderation	1 774,2	- 27,3	12,4	17,6	31 487	.	11
Schweden	46,0	- 20,0	4,8	9,2	18 295	462	15
Schweiz	46,3	3,5	5,8	7,5	6 690	694	26
Slowakei	40,4	- 32,9	7,4	9,2	9 199	324	36
Slowenien	17,5	18,8	8,5	10,9	15 411	362	55
Spanien	286,3	24,5	6,1	7,7	2 385	464	29
Tschechische Republik	115,3	- 31,2	10,8	14,0	1 234	308	22
Türkei	314,0	110,6	.	5,8	2 860	390	2
Ukraine	322,7	- 58,1	7,1	8,7	3 066	.	4
Ungarn	49,2	- 34,6	4,9	6,7	10 425	402	23
Vereinigtes Königreich	485,5	- 17,7	7,7	10,0	2 332	472	28
Zypern	7,8	76,0	.	8,1	691	663	41

Kohlendioxid ist das bekannteste **Treibhausgas**. Es gibt jedoch auch andere, wie zum Beispiel Methan und Lachgas. Um die Klimawirksamkeit der unterschiedlichen Treibhausgase hinsichtlich ihres Potentials zur Erwärmung der Atmosphäre miteinander vergleichbar zu machen, werden diese in Kohlendioxidäquivalente (CO₂-Äquivalente) umgerechnet. Methan ist etwa 21-mal so schädlich wie Kohlendioxid; eine Tonne (t) Methan entspricht somit 21 t CO₂-Äquivalente.

Zu den **erneuerbaren Wasserressourcen** zählen insbesondere Oberflächengewässer (Flüsse, Seen) sowie das Grundwasser.

In dem von den Vereinten Nationen (UN) initiierten Übereinkommen über die biologische Vielfalt ist ein **Schutzgebiet** definiert als ein geografisch festgelegtes Gebiet, das im Hinblick auf die Verwirklichung bestimmter Erhaltungsziele ausgewiesen ist oder geregelt und verwaltet wird. Hierzu zählen Naturreservate, Nationalparks, Naturmonumente, Biotope, geschützte Landschaften bzw. marine Gebiete sowie Ressourcenschutzgebiete.

Entwicklung der Kohlendioxidemissionen
Indexwert Basisjahr 1990 = 100



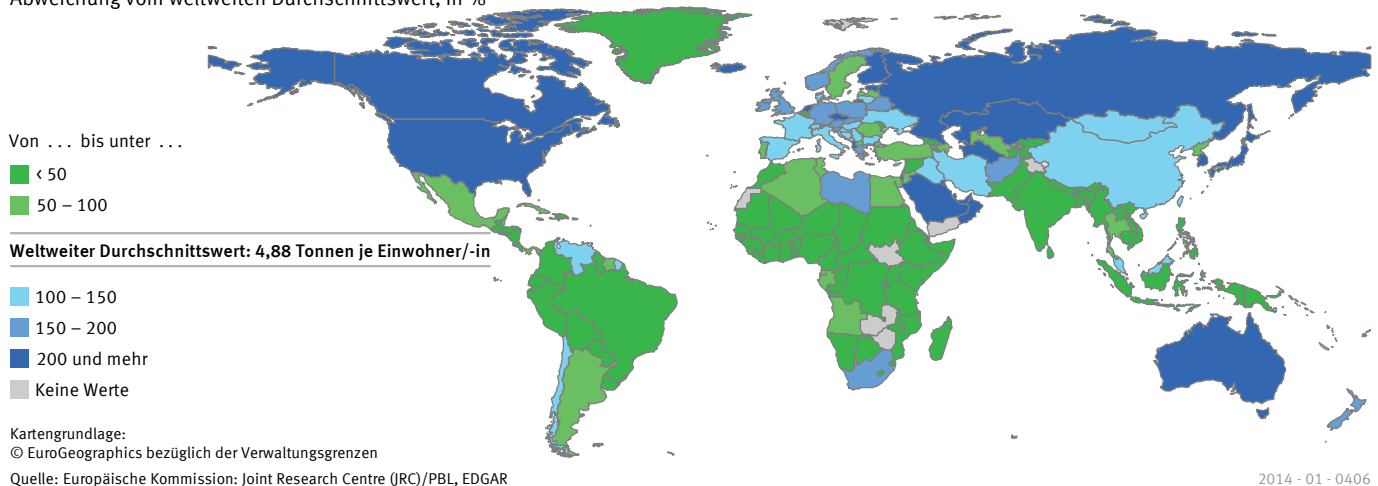
Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL, EDGAR 2014 - 01 - 0405

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) durch fossile Brennstoffe und Zementproduktion ¹			Treibhausgasemissionen ¹	Erneuerbare Wasserressourcen ¹²	Schutzgebiete ¹⁴
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in			Anteil an der Landfläche
	2012			2010	2012	
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	%
Afrika						
Ägypten	206,0	126,5	.	3,4	722	11
Äthiopien	7,1	320,3	.	1,3	1 330	18
Kongo, Dem. Republik	3,5	3,8	.	16,9	19 527	12
Nigeria	76,6	10,7	.	1,4	1 695	14
Südafrika	331,1	22,6	6,3	8,4	981	6
Tansania, Ver. Republik	5,6	167,6	.	1,6	2 015	32
Amerika						
Argentinien	183,5	71,7	.	7,8	21 325	7
Brasilien	458,7	108,5	2,3	8,3	43 528	26
Chile	100,7	175,6	.	6,3	52 854	19
Kanada	558,9	24,2	16,0	21,4	83 300	9
Kolumbien	76,3	46,6	.	4,0	49 472	21
Mexiko	487,7	57,3	4,0	5,8	3 822	13
Vereinigte Staaten	5 194,5	4,1	16,4	21,6	9 666	14
Asien						
Bangladesch	56,7	329,9	.	1,2	7 932	5
China	9 863,9	287,6	7,1	8,3	2 017	17
Indien	1 967,4	198,1	1,6	2,2	1 545	5
Indonesien	494,4	209,0	2,0	8,1	8 179	15
Iran, Islamische Republik	407,5	94,0	5,3	7,1	1 793	7
Israel	77,0	120,7	.	10,6	233	17
Japan	1 323,9	14,1	10,4	10,9	3 379	17
Korea, Republik	635,4	154,2	13,0	13,4	1 422	6
Myanmar	14,2	226,8	.	7,5	22 122	7
Pakistan	153,7	147,1	.	2,0	1 378	11
Philippinen	95,1	135,8	.	1,7	4 953	11
Saudi-Arabien	457,5	169,1	16,2	18,1	85	31
Thailand	261,7	190,7	3,9	6,0	6 567	19
Vietnam	165,6	680,3	.	3,5	9 737	6
Australien und Ozeanien						
Australien	432,7	60,2	18,8	28,2	21 345	13
Neuseeland	35,8	56,4	8,0	18,3	73 318	27

- 1 Quelle: Europäische Kommission: Joint Research Centre (JRC)/PBL, EDGAR. Bei diesen Werten werden Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen (z. B. Wiederaufforstung) nicht berücksichtigt.
- 2 Quelle: Aquastat, FAO, Vereinte Nationen.
- 3 Quelle: Abfallstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen.
- 4 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

Kohlendioxidemissionen je Einwohner/-in 2012
Abweichung vom weltweiten Durchschnittswert, in %



A.19 Land- und Forstwirtschaft

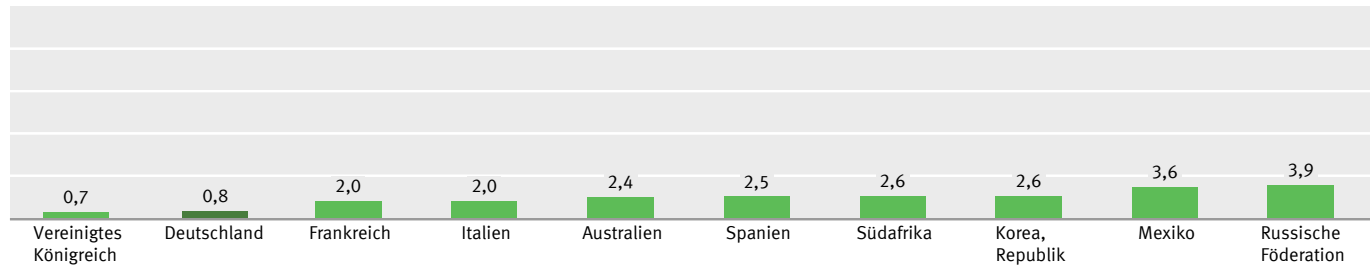
	Landfläche ¹					Anteil der landw. genutzten Fläche (LF), der ökologisch bewirtschaftet wird ¹²	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
	insgesamt	darunter					Rind- und Büffel-fleisch	Schweine-fleisch	Kartoffeln	Getreide
		Wald-fläche	landwirt-schaftlich genutzte Fläche (LF)	davon						
				Ackerland und Dauerkul-turfläche	Dauer-grünland					
2011	2012				2011	2012	2011	2012		
	km ²	% der Landfläche				%	1 000 t			
Europa										
Belgien	30 280	22	44	28	16	4,4	262	1 150	2 930	2 862
Bulgarien	108 560	37	47	31	16	1,3	21	73	194	6 987
Dänemark	42 430	13	63	59	4	7,4	127	1 669	1 664	9 410
Deutschland	348 570	32	48	35	13	6,2	1 146	5 474	10 666	44 942
Estland	42 390	52	22	15	7	15,3	12	49	139	992
Finnland	303 890	73	8	7	0	8,7	81	193	490	3 661
Frankreich	547 660	29	53	35	18	3,8	1 492	2 180	6 341	70 982
Griechenland	128 900	31	63	28	35	5,6	75	101	579	4 277
Irland	68 890	11	66	15	51	1,3	495	241	232	1 917
Island	100 250	0	16	1	15	0,4	4	6	10	.
Italien	294 140	31	47	32	16	9,1	982	1 651	1 598	19 046
Kroatien	55 960	34	24	18	6	2,4	28	104	151	2 688
Lettland	62 200	54	29	19	11	10,8	17	36	539	2 113
Litauen	62 674	35	45	35	9	5,4	41	79	572	4 622
Luxemburg	2 590	34	51	25	26	3,0	9	11	21	154
Malta	320	1	32	32	.	0,3	1	6	13	18
Niederlande	33 730	11	56	32	24	2,5	374	1 332	6 766	1 731
Norwegen	365 268	28	3	2	1	5,1	78	132	333	1 066
Österreich	82 409	47	35	17	18	19,7	222	530	665	4 877
Polen	304 150	31	49	38	11	4,3	384	1 836	9 092	28 256
Portugal	91 470	38	40	20	20	6,0	93	362	390	1 190
Rumänien	230 160	29	61	41	20	2,1	114	443	2 465	12 824
Russische Föderation	16 376 870	49	13	8	6	0,1	1 642	2 559	29 533	68 767
Schweden	410 340	69	8	6	1	15,6	121	233	805	5 056
Schweiz	39 516	32	39	11	28	12,0	144	243	452	924
Slowakei	48 088	40	40	29	11	8,8	11	67	166	3 139
Slowenien	20 140	62	23	10	13	7,6	33	36	79	580
Spanien	498 800	37	55	35	21	6,4	591	3 466	2 169	16 956
Tschechische Republik	77 240	34	55	42	13	11,5	66	250	662	6 600
Türkei	769 630	15	50	31	19	2,2	801	0	4 822	33 372
Ukraine	579 320	17	71	58	14	0,7	389	701	23 250	45 740
Ungarn	90 530	23	59	51	8	3,1	25	394	511	10 083
Vereinigtes Königreich	241 930	12	71	25	46	3,4	885	825	4 553	19 515
Zypern	9 240	19	13	13	0	2,7	5	52	113	60

Die Daten zur **ökologischen Anbaufläche** stammen vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL). Das FiBL erhebt in Kooperation mit der Internationalen Vereinigung Ökologischer Landbaubewegungen (IFOAM) jährlich Daten zum Biolandbau weltweit. Basis für diese Zahlen sind überwiegend die Daten der international anerkannten Zertifizierer des ökologischen Landbaus. In vielen Entwicklungsländern gibt es noch keine offiziellen Datenerfassungssysteme. Hier werden die Zahlen in aller Regel direkt bei den Biozertifizierern erhoben.

Nähere Informationen und weitere Daten finden Sie unter www.organic-world.net

Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors 2012

Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft in ausgewählten Staaten, in % des BIP



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2014 - 01 - 0407

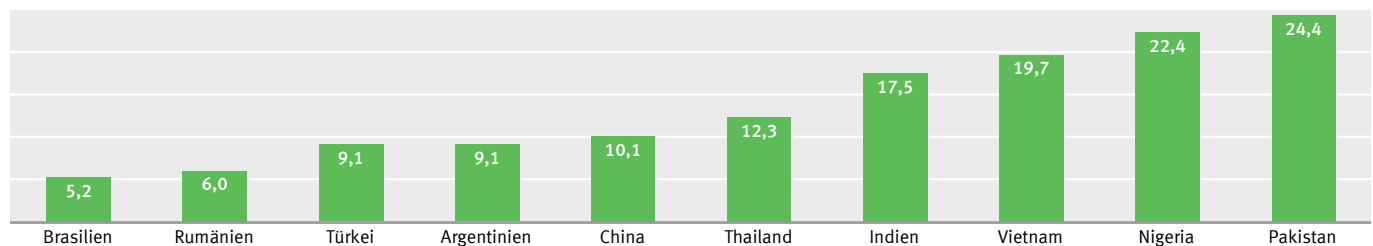
A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Landfläche ¹					Anteil der landw. genutzten Fläche (LF), der ökologisch bewirtschaftet wird ²	Produktion tierischer Erzeugnisse ¹		Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ¹	
	insgesamt	darunter					Rind- und Büffel-fleisch	Schweine-fleisch	Kartoffeln	Getreide
		Wald-fläche	landwirt-schaftlich genutzte Fläche (LF)	davon						
				Ackerland und Dauerkul-turfläche	Dauer-grünland					
2011	2012				2011	2012	2011	2012		
km ²	% der Landfläche				%	1 000 t				
Afrika										
Ägypten	995 450	0	4	4	.	2,2	865	0	4 500	23 756
Äthiopien	1 000 000	12	36	16	20	0,5	338	2	863	19 386
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	68	11	3	8	0,2	12	25	100	1 615
Nigeria	910 770	10	84	43	41	0,0	390	249	1 150	26 333
Südafrika	1 213 090	8	79	10	69	0,0	844	211	2 251	14 266
Tansania, Ver. Republik	885 800	37	42	15	27	0,5	290	14	1 235	8 107
Amerika										
Argentinien	2 736 690	11	54	14	40	2,6	2 500	305	2 200	40 964
Brasilien	8 459 420	61	33	9	23	0,3	9 307	3 465	3 732	89 908
Chile	743 532	22	21	2	19	0,1	195	540	1 093	3 465
Kanada	9 093 510	34	7	5	2	1,2	1 205	1 998	4 590	50 067
Kolumbien	1 109 500	54	40	4	36	0,1	854	239	1 847	3 827
Mexiko	1 943 950	33	53	15	39	2,3	1 821	1 239	1 802	33 611
Vereinigte Staaten	9 147 420	33	45	18	27	0,6	11 849	10 555	19 166	356 962
Asien										
Bangladesch	130 170	11	70	66	5	0,1	201	.	8 205	36 195
China	9 327 490	23	56	14	42	0,4	6 576	50 004	85 920	542 643
Indien	2 973 190	23	61	57	3	0,3	2 626	329	45 000	286 500
Indonesien	1 811 570	52	30	24	6	0,2	541	729	1 069	88 422
Iran, Islamische Republik	1 628 550	7	30	12	18	0,1	251	0	5 400	20 833
Israel	21 640	7	24	18	6	1,2	117	19	566	323
Japan	364 500	69	13	13	.	0,3	519	1 297	2 500	11 729
Korea, Republik	97 100	64	18	18	1	1,4	300	982	608	6 621
Myanmar	653 290	48	19	19	1	0,0	262	620	600	35 100
Pakistan	770 880	2	34	28	7	0,1	1 587	.	4 104	38 032
Philippinen	298 170	26	41	36	5	0,7	297	1 678	120	25 440
Saudi-Arabien	2 149 690	1	81	2	79	0,0	51	.	450	1 470
Thailand	510 890	37	41	40	2	0,2	203	886	150	43 007
Vietnam	310 070	45	35	33	2	0,4	393	3 160	440	48 467
Australien und Ozeanien										
Australien	7 682 300	19	53	6	47	2,9	2 125	350	1 288	43 372
Neuseeland	263 310	31	43	2	41	0,9	603	50	550	1 168

1 Quelle: FAO, Vereinte Nationen. Teilweise Schätzungen.
2 Quelle: Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).

Wirtschaftliche Bedeutung des Agrarsektors 2012

Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft in ausgewählten Staaten, in % des BIP



Quelle: World Development Indicators, Weltbank

A.20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

Die **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und umfasst die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Nähere Angaben zur Berechnung siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 20.

Der **Produktionsindex** ist ein Maß für die Leistung eines bestimmten Wirtschaftsbereichs. Er misst Veränderungen in der Leistung (Outputvolumen, Aktivität) des jeweiligen Wirtschaftssektors. Er ist aufgrund seiner Periodizität und seiner schnellen Verfügbarkeit ein zentraler und aktueller Indikator für die konjunkturelle Entwicklung.

Der **Auftragseingangindex** wird berechnet auf Basis der im Berichtszeitraum von Betrieben des jeweiligen Wirtschaftsbereichs fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse und gilt als Frühindikator für die Beobachtung und Analyse der konjunkturellen Entwicklung.

Der **Umsatzindex** berücksichtigt den Wert aller im Berichtszeitraum von Betrieben des jeweiligen Wirtschaftsbereichs über die an Dritte gelieferten eigenen Erzeugnisse und industriellen/handwerklichen Dienstleistungen (Summe der Rechnungsbeträge ohne Umsatzsteuer). Auch dieser Indexwert zählt zu den wichtigsten Indikatoren für die Beobachtung und Analyse der Konjunkturentwicklung.

	Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹					Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹				
	Produzierendes Gewerbe ²	Baugewerbe	Handel ³	Gastgewerbe	Verkehr und Lagerei	Produzierendes Gewerbe ²	Baugewerbe	Handel ³	Gastgewerbe	Verkehr und Lagerei
	Anzahl					Mill. EUR				
2011										
Europa										
Belgien	39 695	95 117	142 954	49 227	17 143	56 815	15 992	40 643	4 447	15 307
Bulgarien	32 644	19 543	138 010	26 071	19 062	7 256	1 327	3 430	525	1 562
Dänemark	20 312	31 575	44 681	13 670	12 064	39 209	8 583	23 359	2 556	10 906
Deutschland	216 289	243 115	581 788	222 221	89 704	559 314	75 258	259 996	32 326	90 412
Estland	6 171	7 888	13 151	2 148	4 232	3 058	711	1 568	187	1 048
Finnland	25 298	42 785	46 667	11 692	22 888	31 307	8 710	15 378	2 065	7 552
Frankreich	237 225	464 125	682 805	245 917	93 230	233 407	87 650	174 837	36 341	77 619
Griechenland	74 636	112 952 ⁴	286 101 ⁵	95 089 ⁵	67 618 ⁵	16 777	4 085 ⁴	19 842 ⁵	4 086 ⁵	5 564 ⁵
Irland	5 133	28 080	37 739	15 208	9 396	36 957	3 363	15 157	3 026	5 406
Island
Italien	443 434	590 555	1 172 143	303 895	134 184	249 324	58 410	127 066	27 023	55 903
Kroatien	23 556	21 987	41 834	18 324	9 815	7 606	1 707	4 003	1 042	1 697
Lettland	8 617	6 579	23 011	2 916	5 427	2 425	575	1 793	176	1 329
Litauen	14 465	16 995	51 503	4 218	7 331	3 772	823	2 875	183	1 622
Luxemburg	993	3 300	7 473	2 867	964	2 906	1 963	4 719	599	1 541
Malta	4 034 ⁵	9 677 ⁵	1 969 ⁵	1 769 ⁵	.	265 ⁵	576 ⁵	240 ⁵	314 ⁵
Niederlande	53 245	128 189	196 019	44 598	30 235	81 920	27 267	70 313	8 462	26 190
Norwegen	20 625	50 566	50 966	10 605	21 614	106 636	15 122	24 059	3 312	15 341
Österreich	29 463	31 573	74 765	43 989	14 089	57 015	14 285	30 999	7 303	13 488
Polen	189 960	239 232	525 757	47 875	145 939	78 817	16 981	33 509	2 244	12 919
Portugal	75 510	99 179	247 970	85 183	23 800	22 795	7 247	15 333	3 804	6 255
Rumänien	49 715	43 503	165 100	22 210	31 713	20 816	4 607	8 900	775	4 279
Russische Föderation
Schweden	58 959	91 540	129 253	29 332	29 943	67 439	18 362	37 089	4 958	14 266
Schweiz	21 583	19 905	35 472	18 060	4 320	96 893	25 420	73 628	9 424	21 023
Slowakei	71 595	90 886	126 825	17 431	16 783	13 458	2 317	7 426	450	2 754
Slowenien	18 386	18 940	24 786	8 419	8 510	7 519	1 309	3 652	574	1 615
Spanien	205 656	342 257	737 792	282 477	205 825	135 094	49 404	97 007	25 110	41 672
Tschechische Republik ..	185 442	176 251	246 280	60 465	41 153	40 694	6 493	13 816	1 536	6 092
Türkei	326 429 ⁴	106 878 ⁴	1 052 078 ⁴	201 767 ⁴	408 190 ⁴	48 644 ⁴	8 753 ⁴	25 829 ⁴	3 559 ⁴	9 566 ⁴
Ukraine
Ungarn	54 654	65 322	141 467	32 561	30 254	22 251	2 367	7 710	765	4 014
Vereinigtes Königreich ..	131 491	265 339	360 171	130 366	66 515	251 054	80 207	176 122	37 734	70 659
Zypern	5 633	6 582	16 684	5 147	3 072	1 567	1 264	1 937	992	827

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

3 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

4 2009.

5 2010.

A.21 Verarbeitendes Gewerbe

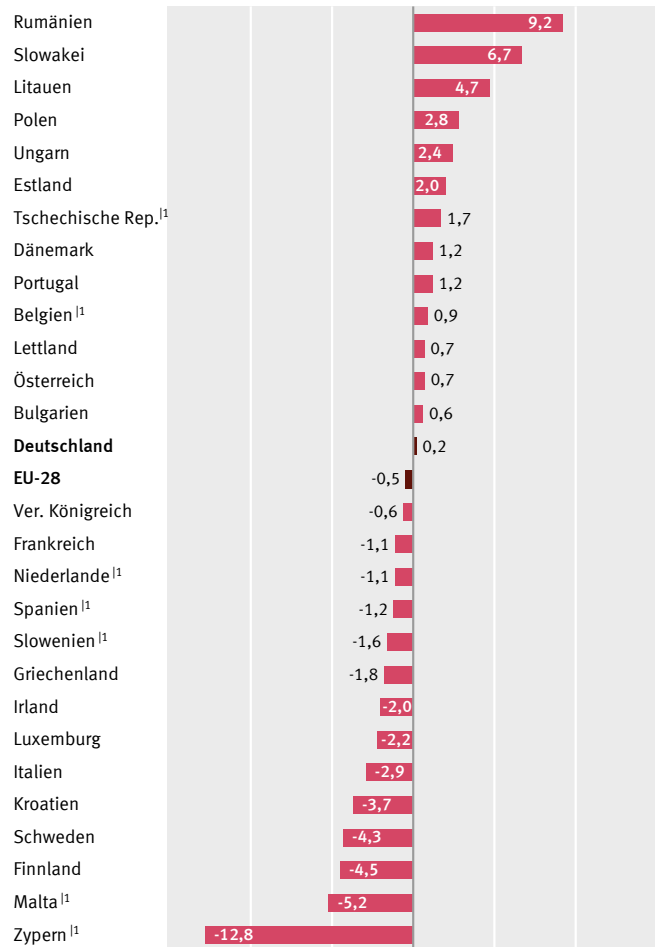
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktor-kosten	Produktions-index ¹	Umsatz-index ²
	2011			2013	
	Anzahl		Mill. EUR	2010 = 100	
Europa					
Belgien	37 473	537 586	46 817	105 ¹³	109 ¹³
Bulgarien	30 135	536 869	4 642	106	124
Dänemark	15 715	367 978	27 203	110	114
Deutschland	207 847	7 135 934	490 207	108	111
Estland	5 563	100 127	2 297	127	138
Finnland	22 231	370 037	25 798	98	103
Frankreich	206 998	3 059 770	195 285	99	109
Griechenland	74 066	338 735	13 629	86	104
Irland	4 516	167 680	32 845	99	100
Island
Italien	425 481	3 932 845	208 094	92	97 ¹³
Kroatien	22 216	273 002	4 787	93	99
Lettland	7 737	112 241	1 627	122	131
Litauen	13 729	186 103	2 906	121	139
Luxemburg	851	36 806	2 487	96	102
Malta	99 ¹³	104 ¹³
Niederlande	51 065	694 955	60 600	101	113 ¹³
Norwegen	17 432	228 585	23 150	108	110
Österreich	25 139	606 964	48 392	107	112
Polen	179 138	2 389 818	54 114	112	123
Portugal	72 286	681 474	17 005	98	105
Rumänien	45 052	1 166 429	13 327	122	126 ¹³
Russische Föderation
Schweden	54 891	671 683	53 970	94	94
Schweiz	20 413 ¹⁴	677 465 ¹⁴	87 418	.	.
Slowakei	70 294	463 041	10 076	127	125
Slowenien	17 012	193 666	6 327	97	100
Spanien	182 162	1 927 095	103 870	90 ¹³	100 ¹³
Tschechische Republik	173 519	1 223 432	31 611	108	112 ¹³
Türkei	320 815 ¹⁵	2 584 773 ¹⁵	39 173 ¹⁵	118	154
Ukraine
Ungarn	51 521	670 699	18 817	107	107
Vereinigtes Königreich	122 650	2 510 840	173 712	99	102
Zypern	5 342	34 067	1 057	72	75

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

- 1 Arbeitstäglich bereinigte Daten.
- 2 Arbeitstäglich bereinigte Daten. Zum Teil Eurostat-Schätzungen.
- 3 Vorläufige Werte.
- 4 Abweichende Definition.
- 5 2009.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes 2013
Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber Vorjahr, in %



1 Vorläufige Werte.

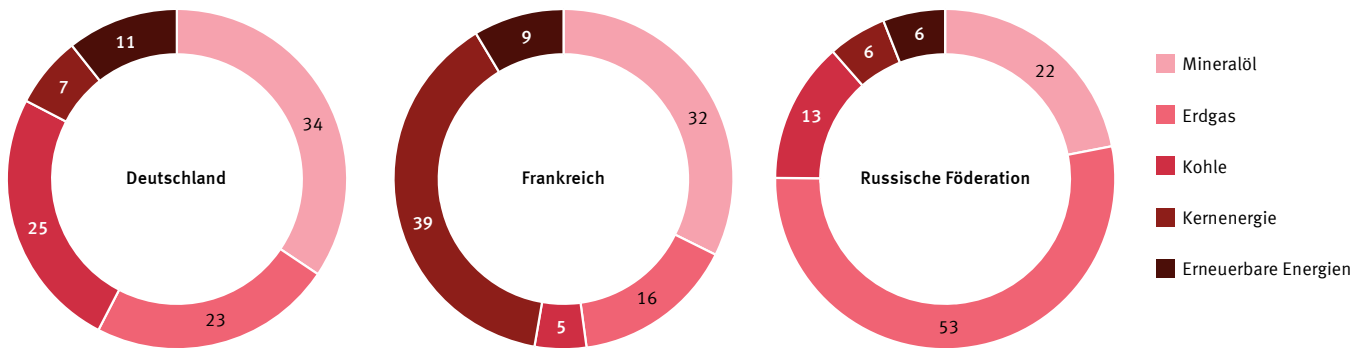
Quelle: Konjunkturstatistik, Eurostat

2014 - 01 - 0408

A.22 Energie

	Unternehmen ¹	Tätige Personen ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹	Primärenergieverbrauch ¹²		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ¹²					Bruttostromerzeugung ¹³		Bruttostromverbrauch ¹³	
				insgesamt	je Einwohner/-in	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	insgesamt	je Einwohner/-in		
				2011		2013					2011			
Anzahl		Mill. EUR	Mill. t RÖE	t RÖE	%	TWh		kWh						
Europa														
Belgien	429	18 415	7 131	61,7	5,5	50,3	24,5	4,8	15,6	4,7	90	8 021		
Bulgarien	1 395	33 052	1 464	17,1	2,4	23,8	13,9	34,5	18,8	9,1	51	4 864		
Dänemark	1 817	11 124	3 212	18,1	3,2	43,4	18,6	17,7	-	20,3	35	6 122		
Deutschland	1 777	223 915	42 221	325,0	4,0	34,5	23,2	25,0	6,8	10,6	609	7 081		
Estland	220	5 671	475	13	6 314		
Finnland	764	13 472	3 313	26,1	4,8	33,9	9,8	14,2	20,7	21,4	73	15 738		
Frankreich	16 776	172 292	24 704	248,4	3,8	32,3	15,5	4,9	38,6	8,6	562	7 292		
Griechenland	10	21 803	2 167	27,2	2,5	51,5	11,8	26,1	-	10,5	59	5 380		
Irland	191	9 411	3 163	13,3	2,9	50,6	30,0	9,9	-	9,4	28	5 701		
Island	17	52 374		
Italien	6 547	85 291	24 606	158,8	2,7	38,9	36,4	9,2	-	15,5	303	5 515		
Kroatien	331	16 521	786	11	3 901		
Lettland	383	10 667	606	6	3 264		
Litauen	294	13 305	567	5,7	1,9	47,9	42,9	3,4	-	5,8	5	5 530		
Luxemburg	68	1 265	276	4	15 530		
Malta	2	4 689		
Niederlande	702	24 026	7 654	86,8	5,2	47,7	38,4	9,6	0,7	3,5	113	7 036		
Norwegen	1 053	15 176	5 188	45,0	8,8	23,6	8,8	1,5	-	66,1	128	23 174		
Österreich	1 961	28 763	5 603	34,0	4,0	36,8	22,5	10,5	-	30,2	66	8 374		
Polen	2 503	156 750	11 818	99,9	2,6	24,1	15,0	56,2	-	4,8	164	3 832		
Portugal	801	9 236	3 903	23,8	2,3	45,4	15,4	11,3	-	28,0	52	4 848		
Rumänien	924	79 628	3 062	33,0	1,7	27,3	34,0	16,9	8,0	13,8	62	2 639		
Russische Föderation	.	.	.	699,0	4,9	21,9	53,2	13,4	5,6	5,9	1 055	6 486		
Schweden	2 013	31 169	8 858	51,0	5,3	28,0	1,9	3,3	29,7	37,0	150	14 030		
Schweiz	339	27 936	7 058	30,2	3,7	39,1	10,9	0,4	19,6	30,0	65	7 928		
Slowakei	257	18 791	2 567	16,6	3,1	21,4	29,3	18,9	21,5	8,9	29	5 348		
Slowenien	882	8 435	759	16	6 806		
Spanien	15 024	52 749	21 848	133,7	2,9	44,4	19,5	7,7	9,6	18,8	291	5 530		
Tschechische Republik	5 192	32 111	5 826	41,9	4,0	20,4	18,1	39,4	16,6	5,6	87	6 289		
Türkei	279 ¹⁴	62 139 ¹⁴	5 248 ¹⁴	122,8	1,6	27,0	33,5	26,9	-	12,7	229	2 709		
Ukraine	.	.	.	117,5	2,6	10,3	34,5	36,3	16,0	2,9	195	3 662		
Ungarn	662	25 658	2 303	20,4	2,1	29,4	37,7	13,0	17,0	2,9	36	3 895		
Vereinigtes Königreich	1 220	123 482	25 869	200,0	3,1	34,9	32,9	18,3	8,0	6,0	368	5 472		
Zypern	8	1 496	310	5	4 271		

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 2013
in %



Quelle: Statistical Review of World Energy 2014, BP

A.22 Energie

	Primärenergieverbrauch ^{1,2}		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ^{1,2}					Bruttostromerzeugung ^{1,3}	Bruttostromverbrauch ^{1,3}
	insgesamt	je Einwohner/-in	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	insgesamt	je Einwohner/-in
	2013							2011	
	Mill. t RÖE	t RÖE	%					TWh	kWh
Afrika									
Ägypten	86,8	1,1	41,1	53,4	1,7	-	3,8	157	1 743
Äthiopien	5	52
Kongo, Dem. Republik	8	105
Nigeria	27	149
Südafrika	122,4	2,3	22,2	2,9	72,1	2,6	0,3	263	4 604
Tansania, Ver. Republik	5	92
Amerika									
Argentinien	84,5	2,0	34,8	51,1	0,8	1,6	11,7	130	2 967
Brasilien	284,0	1,4	46,7	11,9	4,8	1,2	35,4	532	2 438
Chile	34,6	2,0	50,7	11,3	21,3	-	16,8	66	3 568
Kanada	332,9	9,5	31,1	28,0	6,1	6,9	27,9	637	16 473
Kolumbien	38,0	0,8	36,5	25,4	11,3	-	26,8	62	1 123
Mexiko	188,0	1,5	47,7	39,6	6,6	1,4	4,6	296	2 092
Vereinigte Staaten	2 265,8	7,2	36,7	29,6	20,1	8,3	5,3	4 350	13 246
Asien									
Bangladesch	26,7	0,2	21,5	73,8	3,8	-	0,9	44	259
China	2 852,4	2,1	17,8	5,1	67,5	0,9	8,7	4 716	3 298
Indien	595,0	0,5	29,5	7,8	54,5	1,3	7,0	1 052	684
Indonesien	168,7	0,7	43,8	20,5	32,3	-	3,5	182	680
Iran, Islamische Republik	243,9	3,1	38,1	59,8	0,3	0,4	1,4	240	2 649
Israel	24,2	3,0	43,6	25,5	30,3	-	0,6	60	6 926
Japan	474,0	3,7	44,1	22,2	27,1	0,7	5,9	1 051	7 848
Korea, Republik	271,3	5,4	40,0	17,4	30,2	11,6	0,9	523	10 162
Myanmar	7	110
Pakistan	69,6	0,4	31,6	49,9	6,3	1,5	10,7	95	449
Philippinen	31,8	0,3	43,0	9,6	33,1	-	14,3	69	647
Saudi-Arabien	227,7	7,9	59,3	40,7	-	-	-	250	8 161
Thailand	115,6	1,7	43,6	40,7	13,8	-	1,9	156	2 316
Vietnam	54,4	0,6	32,1	16,1	29,2	-	22,5	100	1 073
Australien und Ozeanien									
Australien	116,0	5,0	40,5	13,9	38,8	-	6,9	253	10 712
Neuseeland	19,8	4,4	35,7	20,1	7,6	-	36,6	44	9 399

Erläuterungen zur **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** finden Sie in Tabelle A.20.

Primärenergieträger sind Energieträger, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind.

Der **Primärenergieverbrauch** bezeichnet den Verbrauch von Primärenergie vor der Umwandlung in andere, für den Endverbrauch geeignete Brennstoffe. Dies entspricht der inländischen Produktion von Primärenergieträgern zuzüglich der Einfuhren und Bestandsveränderungen, abzüglich der Ausfuhren und der Brennstoffe für den internationalen Luft- und Schiffsverkehr.

Die **Rohöleinheit (RÖE)** ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 **Tonne Rohöleinheit (t RÖE)** entspricht 11 630 **Kilowattstunden (kWh)**.

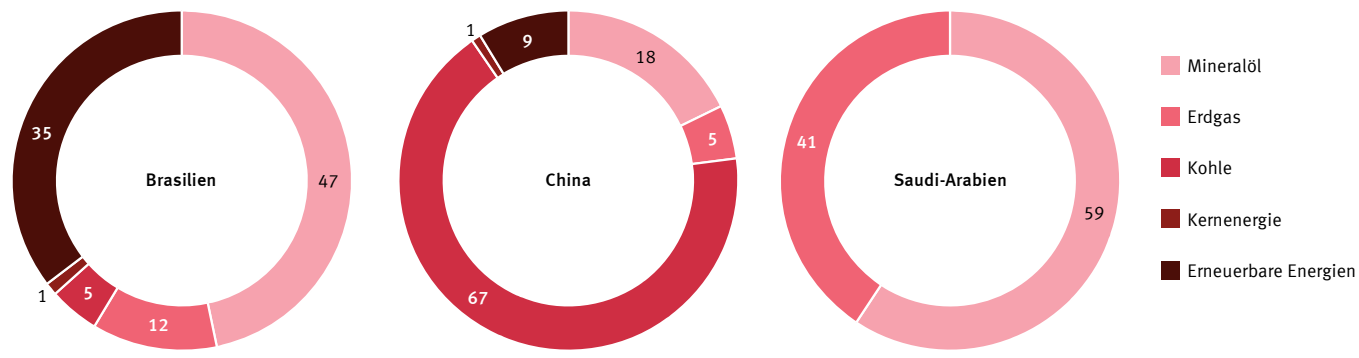
Zu den **erneuerbaren Energien** zählen Wasser- und Windkraft, geothermische Energie, Solar-energie sowie Biomasse.

Die **Bruttostromerzeugung** ist die in einer bestimmten Zeiteinheit erzeugte elektrische Arbeit. 1 **Terawattstunde (TWh)** entspricht 85 985 Tonnen Rohöleinheiten.

Der **Bruttostromverbrauch** ist die inländische Bruttostromerzeugung (einschl. Eigenerzeugung) zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.
 2 Quelle: Statistical Review of World Energy 2014, BP.
 3 Quelle: Internationale Energieagentur (IEA).
 4 2009.

Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 2013
in %



Quelle: Statistical Review of World Energy 2014, BP

A.23 Baugewerbe

Als **Baugenehmigung** gilt die Erteilung einer bauamtlichen Genehmigung zur Bauausführung. Der Baugenehmigungsindex zählt zu den wichtigsten Indikatoren zur Einschätzung der konjunkturellen Lage und gibt Aufschluss über die zu erwartende Auftragslage im Baugewerbe. Die Bestimmungen und Verfahren für die Erteilung einer Genehmigung sind in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich.

	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Produktionsindex	Baugenehmigungen von Wohngebäuden
	2011			2013	
	Anzahl		Mill. EUR	2010 = 100	
Europa					
Belgien	95 117	312 702	15 992	101	99
Bulgarien	19 543	161 500	1 327	82	96
Dänemark	31 575	165 028	8 583	100	68
Deutschland	243 115	1 801 319	75 258	106	141
Estland	7 888	41 937	711	150	118
Finnland	42 785	180 529	8 710	106	80
Frankreich	464 125	1 760 098	87 650	96	95
Griechenland	112 952 ¹	285 110 ¹	4 085 ¹	51	17
Irland	28 080	63 054	3 363	91	39
Island
Italien	590 555	1 658 632	58 410	74	71 ²
Kroatien	21 987	120 587	1 707	78	57
Lettland	6 579	52 537	575	139	151
Litauen	16 995	89 313	823	128	143
Luxemburg	3 300	40 629	1 963	94	100
Malta	4 034 ³	10 323 ³	265 ³	93	61
Niederlande	128 189	486 172	27 267	93	43
Norwegen	50 566	199 737	15 122	118	138
Österreich	31 573	278 788	14 285	106	122
Polen	239 232	924 870	16 981	99	80
Portugal	99 179	405 928	7 247	61	31
Rumänien	43 503	425 756	4 607	104	90
Russische Föderation
Schweden	91 540	350 831	18 362	110	110
Schweiz	19 905	306 065	25 420	102	131 ²
Slowakei	90 886	167 719	2 317	82	91
Slowenien	18 940	68 966	1 309	61	66
Spanien	342 257	1 323 371	49 404	77	34
Tschechische Republik	176 251	399 286	6 493	83	78
Türkei	106 878 ¹	681 797 ¹	8 753 ¹	121	90
Ukraine
Ungarn	65 322	206 798	2 367	94	42
Vereinigtes Königreich	265 339	1 388 921	80 207	96	113
Zypern	6 582	33 833	1 264	50	29

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

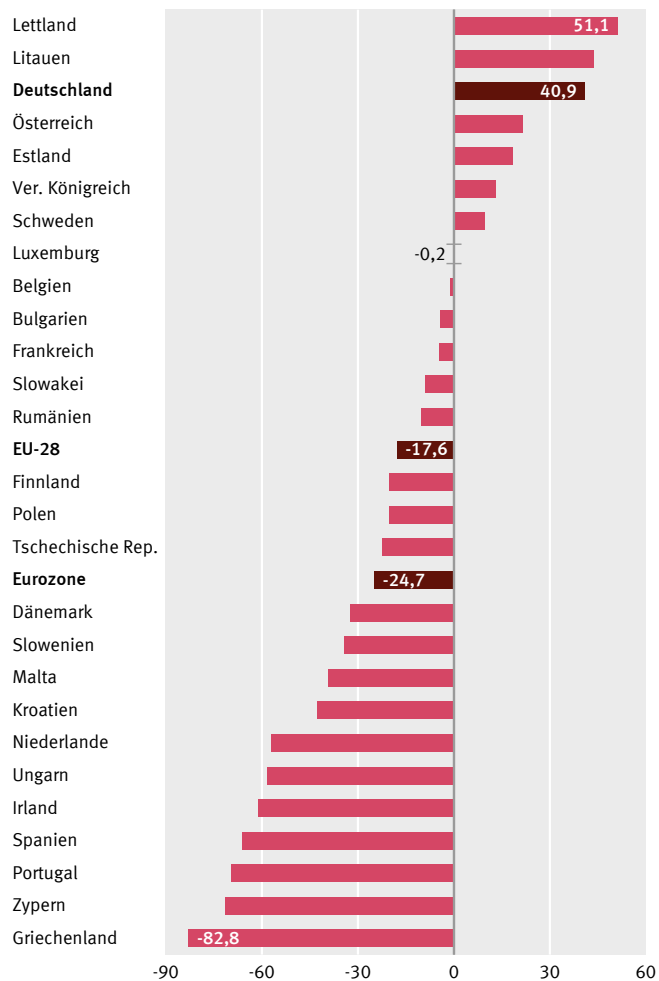
1 2009.

2 2012.

3 2010.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik und Konjunkturstatistik, Eurostat

Baugenehmigungen von Wohngebäuden 2013
Prozentuale Veränderung im Vergleich zum Jahr 2010



Keine Angaben für Italien.

Quelle: Konjunkturstatistik, Eurostat

2014 - 01 - 0410

A.24 Binnenhandel

	Unternehmen			Tätige Personen			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten		
	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen	Einzelhandel ¹	Großhandel ¹	Handel mit Kraftfahrzeugen
2011									
Anzahl							Mill. EUR		
Europa									
Belgien	77 777	45 375	19 802	320 171	239 158	80 593	13 233	22 087	5 323
Bulgarien	99 546	26 470	11 994	305 576	164 485	45 943	978	2 147	305
Dänemark	21 022	15 744	7 915	180 312	187 700	53 438	7 100	13 322	2 937
Deutschland	331 297	149 285	101 206	3 512 532	1 966 106	836 589	88 977	133 208	37 812
Estland	4 861	6 001	2 289	44 133	27 498	9 973	546	818	204
Finnland	21 903	15 341	9 423	165 838	91 746	41 586	6 200	7 045	2 133
Frankreich	443 291	155 353	84 161	1 898 525	1 095 204	424 103	73 570	79 962	21 305
Griechenland ²	185 976	72 271	27 854	496 322	328 099	93 047	7 806	10 539	1 497
Irland	21 353	10 144	6 242	208 884	88 091	28 701	6 222	7 930	1 006
Island
Italien	646 623	406 450	119 070	1 875 325	1 174 002	391 081	51 794	61 952	13 320
Kroatien	18 604	17 897	5 333	135 799	82 863	21 272	1 760	1 894	350
Lettland	12 601	7 030	3 379	86 868	39 923	15 472	695	927	172
Litauen	36 033	8 146	7 324	131 233	67 583	32 444	957	1 589	329
Luxemburg	3 166	3 587	720	24 138	16 362	6 959	1 274	3 040	406
Malta ²	6 205	2 085	1 387	15 743	9 976	2 859	252	281	43
Niederlande	95 415	73 261	27 343	818 781	501 298	145 994	20 451	42 561	7 301
Norwegen	25 674	17 175	8 117	213 455	105 465	45 657	9 214	11 238	3 607
Österreich	40 427	24 624	9 714	350 454	199 357	79 111	11 617	15 353	4 029
Polen	325 897	115 540	84 320	1 275 849	708 442	250 137	11 996	18 272	3 241
Portugal	152 687	64 984	30 299	449 844	249 759	101 124	6 270	7 368	1 695
Rumänien	100 321	49 489	15 290	474 603	321 986	96 050	2 996	4 907	997 ^{1,2}
Russische Föderation
Schweden	61 142	47 431	20 680	323 435	248 787	81 011	12 108	20 276	4 706
Schweiz	18 146 ³	10 339 ³	6 987 ³	326 864 ³	198 563 ³	76 289 ³	20 564	47 576	5 488
Slowakei	62 651	55 127	9 047	196 833	144 268	30 752	2 877	3 942	607
Slowenien	7 370	13 262	4 154	55 057	45 812	14 930	1 483	1 681	488
Spanien	465 387	204 507	67 898	1 672 113	1 055 321	301 717	42 006	45 482	9 519
Tschechische Republik	136 364	76 862	33 054	362 558	255 932	84 949	4 996	7 253	1 567
Türkei ⁴	745 507	188 458	118 113	1 674 029	844 289	283 647	10 026	13 751	2 052
Ukraine
Ungarn	87 323	34 505	19 639	318 151	168 814	67 190	2 562	4 338	811
Vereinigtes Königreich	189 196	103 661	67 314	3 053 625	1 148 801	535 518	74 413	75 727	25 982
Zypern	10 262	3 619	2 803	38 243	20 260	7 500	885	865	188

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 2010.

3 Abweichende Definition.

4 2009.

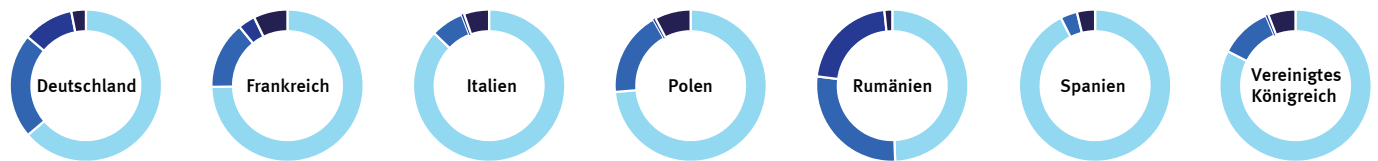
Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

A.25 Transport und Verkehr

	Verkehr und Lagerei ¹			Straßenverkehr ²			Eisenbahnverkehr ²	
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personenkraftwagen	Beförderungsleistung			
					Personenverkehr	Güterverkehr	Personenverkehr	Güterverkehr
2011								
	Anzahl	Mill. EUR	je 1 000 Einwohner/-innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm	
Europa								
Belgien	17 143	218 917	15 307	491	134 005	43 658	10 848	5 439
Bulgarien	19 062	156 086	1 562	367	10 843	17 943	2 068	3 291
Dänemark	12 064	148 349	10 906	395	68 406	12 025	10 102	.
Deutschland	89 704	1 982 523	90 412	531	994 312	468 900	79 228	111 980
Estland	4 232	37 123	1 048	428	2 258	7 365	243	6 034
Finnland	22 888	145 971	7 552	475	73 900	23 770	3 882	9 395
Frankreich	93 230	1 357 361	77 619	482	864 100	293 000	88 064	23 242
Griechenland	67 618 ¹³	199 809 ¹³	5 564 ¹³	460	119 500	20 597	1 413	538
Irland	9 396	78 517	5 406	418	52 900	9 941	1 638	105
Island	.	.	.	646	5 400	810	.	.
Italien	134 184	1 091 119	55 903	605	665 818	118 565	40 554	11 545
Kroatien	9 815	77 838	1 697	345	3 145	8 926	1 486	2 438
Lettland	5 427	69 463	1 329	298	13 331	12 131	79	17 164
Litauen	7 331	98 944	1 622	565	32 309	21 512	389	15 088
Luxemburg	964	23 385	1 541	667	7 600	8 837	349	189
Malta	1 769 ¹³	9 103 ¹³	314 ¹³	595	2 700	250	.	.
Niederlande	30 235	411 376	26 190	471	166 700	75 747	16 808	.
Norwegen	21 614	152 579	15 341	480	62 777	16 965	2 663	.
Österreich	14 089	208 793	13 488	536	85 600	16 997	10 421	16 899
Polen	145 939	732 947	12 919	470	241 540	218 888	15 724	37 189
Portugal	23 800	162 071	6 255	446	93 800	37 472	3 750	2 064
Rumänien	31 713	324 268	4 279	203	28 340	26 347	4 814	13 539
Russische Föderation	.	.	.	233 ¹⁴	138 588	247 936	139 842	2 127 212
Schweden	29 943	277 401	14 266	466	109 200	33 400	6 431	11 500 ¹⁵
Schweiz	4 320	204 969	21 023	526	94 066	17 510	18 021	8 747
Slowakei	16 783	124 503	2 754	324	31 568	29 045	2 413	7 290
Slowenien	8 510	44 551	1 615	520	702	15 931	773	3 584
Spanien	205 825	888 005	41 672	482	391 711	264 806	22 681	8 019
Tschechische Republik	41 153	278 231	6 092	437	80 304	54 830	6 635	13 872
Türkei	408 190 ¹⁴	923 375 ¹⁴	9 566 ¹⁴	110	242 265	203 072	5 882	10 735
Ukraine	.	.	.	151	50 881	38 596	50 569	243 866
Ungarn	30 254	220 720	4 014	298	71 685	34 528	5 760	733
Vereinigtes Königreich	66 515	1 224 169	70 659	454	708 000	152 990	62 729	19 230
Zypern	3 072	20 190	827	421	7 200	924	.	.

Güterbeförderung nach Verkehrsträgern 2011
in %

■ Straße ■ Bahn ■ Schiff ■ Pipeline



Quelle: ITF / OECD

2014 - 01 - 0411

A.25 Transport und Verkehr

	Straßenverkehr ¹²		Eisenbahnverkehr ¹²		
	Personenkraftwagen	Beförderungsleistung		Personenverkehr	Güterverkehr
		Personenverkehr	Güterverkehr		
2011	je 1 000 Einwohner/-innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm
Afrika					
Ägypten	34 ¹⁴	12 793 ¹⁵	.	40 837	1 592
Äthiopien	3 ¹⁶
Kongo, Dem. Republik	5 ¹⁶	.	.	25	158
Nigeria	31 ¹⁶	.	.	174 ¹⁶	77 ¹⁶
Südafrika	110 ¹⁴	.	.	18 865 ¹³	113 342
Tansania, Ver. Republik	7 ¹⁶	8 ¹⁵	7 ¹⁵	475 ¹⁶	.
Amerika					
Argentinien	35 925	.	8 588	12 111
Brasilien	179 ¹⁴	.	.	.	267 700
Chile	137	.	.	840	4 032
Kanada	420 ¹⁴	493 000 ¹⁴	136 393	2 886	254 069
Kolumbien	53 ¹⁴	.	65 688 ¹⁴	.	12 ¹⁴
Mexiko	195	465 600	226 900	449	69 185
Vereinigte Staaten	403	6 798 346	1 929 201 ¹⁴	9 518	2 524 585
Asien					
Bangladesch	2 ¹³	.	.	7 305	710
China	54	1 676 025	5 137 474	815 699	2 562 635
Indien	11 ¹⁴	.	1 106 500 ¹³	978 508	625 723
Indonesien	39	.	.	20 283	7 166
Iran, Islamische Republik	113 ¹⁵	.	.	17 877	21 008
Israel	282	.	.	1 927	1 099
Japan	455	898 720 ¹⁴	254 078 ¹³	244 591	20 255
Korea, Republik	284	112 910	12 546 ¹⁴	21 603	9 996
Myanmar	5	56 ¹³	4	.	.
Pakistan	16	322 765	177 954	20 619	1 757
Philippinen	9 ¹³
Saudi-Arabien	297	1 852
Thailand	74	.	.	7 504	2 455
Vietnam	13 ¹⁶	69 197 ¹³	36 179 ¹³	4 571	4 101
Australien und Ozeanien					
Australien	559	323 660	194 906	1 500 ¹³	59 649
Neuseeland	597	.	18 110	.	.

Die **Beförderungsleistung im Güterverkehr** ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der zurückgelegten Transportstrecke. Die so ermittelte Beförderungsleistung wird in der Maßeinheit **Tonnenkilometer (tkm)** gemessen. Werden in einem Lkw beispielsweise 15 Tonnen (t) Güter über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Die **Beförderungsleistung im Personenverkehr (Pkm)** gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern. Fahren beispielsweise 30 Personen in einem Bus eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat. Weitere Erläuterungen zu diesen Indikatoren siehe Tabelle A.20.
 2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.
 3 2010.
 4 2009.
 5 2008.
 6 2007.

A.26 Gastgewerbe, Tourismus

	Gastgewerbe: Beherbergung und Gastronomie ¹			Hotels, Gasthöfe und Pensionen ²			Anteil der Personen ab 15 Jahren, die mind. 1 Urlaubsreise mit 4 oder mehr Übernachtungen unternahmen ²
	Unternehmen	Tätige Personen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Unternehmen	Betten	Übernachtungen	
	2011			2012			
	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	1 000			%
Europa							
Belgien	49 227	171 937	4 447	1 771	129	17 838	42,7
Bulgarien	26 071	142 524	525	1 936	261	18 682	11,2
Dänemark	13 670	64 763	2 556	515	87	12 400	72,9
Deutschland	222 221	1 978 959	32 326	35 511	1 833	250 091	64,0
Estland	2 148	19 004	187	390	32	4 649	36,8
Finnland	11 692	65 309	2 065	839	135	16 667	66,4
Frankreich	245 917	990 300	36 341	17 189	1 249	201 901	62,9
Griechenland	95 089 ³	276 047 ³	4 086 ³	9 665	771	62 887	26,1
Irland	15 208	145 845	3 026	2 945	161	23 860	52,7
Island	332	22	2 465	.
Italien	303 895	1 281 061	27 023	33 728	2 251	255 610	39,9
Kroatien	18 324	91 164	1 042	878	157	21 138	33,3
Lettland	2 916	25 220	176	247	22	2 842	22,3
Litauen	4 218	35 270	183	397	27	3 170	24,4
Luxemburg	2 867	17 118	599	249	15	1 497	70,2
Malta	1 969 ³	15 467 ³	240 ³	150	39	7 676	34,0
Niederlande	44 598	390 007	8 462	3 155	226	34 976	74,1
Norwegen	10 605	87 232	3 312	1 102	187	19 804	76,1 ⁴
Österreich	43 989	269 967	7 303	13 203	595	85 122	59,2
Polen	47 875	232 187	2 244	3 414	264	30 891	33,2
Portugal	85 183	286 825	3 804	2 028	296	39 681	21,4
Rumänien	22 210	148 822	775	2 216	213	16 503	10,0
Russische Föderation
Schweden	29 332	164 474	4 958	2 003	228	28 566	80,1
Schweiz	18 060	211 877	9 424	5 257	271	34 766	72,6
Slowakei	17 431	54 373	450	1 473	93	7 254	44,5
Slowenien	8 419	33 261	574	642	45	6 196	52,0
Spanien	282 477	1 233 092	25 110	19 532	1 859	280 660	37,5
Tschechische Republik	60 465	167 040	1 536	4 672	271	29 359	57,0
Türkei	201 767 ⁵	608 773 ⁵	3 559 ⁵
Ukraine
Ungarn	32 561	129 750	765	2 094	171	17 998	23,7
Vereinigtes Königreich	130 366	1 868 676	37 734	38 996	1 571	169 143	56,7
Zypern	5 147	39 710	992	799	84	14 547	44,0

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.

2 Quelle: Tourismusstatistik, Eurostat. Teilweise Schätzungen.

3 2010.

4 2011.

5 2009.

A.27 Weitere Dienstleistungen

	Unternehmen nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹			Tätige Personen nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹			Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Dienstleistungsbereichen ¹		
	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen	Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen	Freiberufliche, wissenschaftliche u. technische Dienstleistungen
2011									
	Anzahl						Mill. EUR		
Europa									
Belgien	25 692	37 674	106 667	122 869	63 131	246 683	13 648	5 443	17 447
Bulgarien	8 663	18 545	35 686	70 017	35 573	89 892	1 723	407	933
Dänemark	14 586	27 219	31 768	118 871	35 577	146 945	10 041	8 683	9 974
Deutschland	92 869	196 831	372 561	1 045 563	476 317	2 081 512	100 078	63 535	119 285
Estland	3 066	4 771	9 310	17 798	10 504	24 186	613	561	453
Finnland	9 077	17 801	34 316	90 002	17 801	109 764	7 395	3 923 ^{1,2}	5 989
Frankreich	108 546	153 755	414 601	776 231	299 145	1 318 411	77 972	38 967	96 271
Griechenland ^{1,2}	12 765	5 900	119 154	88 795	10 848	229 948	5 096	242	5 249
Irland	7 703	8 313	25 947	67 254	22 292	103 846	12 594	1 003	6 123
Island
Italien	97 414	229 805	699 012	546 436	282 320	1 184 181	50 892	18 676	53 452
Kroatien	5 835	4 783	19 576	38 354	9 699	80 962	1 689	405	1 688
Lettland	3 555	11 466	12 802	21 064	28 941	32 000	563	531	406
Litauen	2 413	7 538	16 207	23 779	19 043	47 978	655	442	671
Luxemburg	1 844	2 816	7 090	15 839	3 485	27 447	2 593	816	2 431
Malta ^{1,3}	916	1 672	3 578	.	1 512	9 253	255	62	.
Niederlande	57 015	30 583	216 346	264 693	81 797	609 366	25 273	13 306	36 061
Norwegen	14 415	44 070	40 894 ^{1,4}	87 767	26 871	121 505 ^{1,4}	11 432	9 084	12 391 ^{1,4}
Österreich	17 207	17 862	60 801	98 552	46 236	215 089	8 264	8 207	12 180
Polen	59 939	40 293	200 367	265 773	174 679	510 933	11 988	4 647	9 964
Portugal	14 520	28 540	114 123	80 439	48 919	221 232	5 250	1 449	4 977
Rumänien	16 317	12 302	49 556	139 004	44 553	193 981	3 480	1 179	2 540
Russische Föderation
Schweden	54 458	55 443	163 884	199 713	79 927	280 456	17 376	15 737	17 769
Schweiz	5 402 ^{1,4}	2 119 ^{1,4}	20 346 ^{1,4}	117 529 ^{1,4}	23 726 ^{1,4}	242 948 ^{1,4}	18 723	3 500	28 900
Slowakei	14 512	5 460	52 485	53 136	25 056	103 810	2 527	778	2 199
Slowenien	6 337	2 189	23 794	22 611	4 848	50 696	1 131	218	1 376
Spanien	49 517	112 244	359 254	424 480	188 898	963 328	35 195	12 521	37 031
Tschechische Republik ..	35 522	47 873	170 562	113 958	57 628	243 120	6 078	2 868	5 886
Türkei ^{1,3}	26 881	20 043	130 882	160 108	41 021	354 740	6 857	387	7 257
Ukraine
Ungarn	34 826	32 247	112 843	106 286	67 085	205 770	3 938	1 840	3 161
Vereinigtes Königreich ..	156 268	75 849	350 664	1 079 186	470 143	1 893 407	102 816	33 136	128 145
Zypern	922	677	5 060	9 208	1 947	21 899	621	64	947

Weitere Erläuterungen zu den Indikatoren siehe Tabelle A.20.

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 2010.

3 2009.

4 Abweichende Definition.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Methodik

■ Datenquellen

Die im Kapitel „Internationales“ aufgeführten Statistiken stammen aus zahlreichen amtlichen internationalen Statistikquellen.

Um das Datenspektrum zu erweitern, wurden im Einzelfall auch nicht amtlich Quellen genutzt. Hierzu zählen BP, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) sowie MEDIA Salles.

In vielen Fällen finden sich methodische Hinweise zu den Daten in den Erläuterungstexten direkt neben der jeweiligen Tabelle. Weitere methodische Hinweise zu den jeweiligen Indikatoren sind den folgenden Originalquellen zu entnehmen.

BP p.l.c.

> www.bp.com/statisticalreview

DWD – Deutscher Wetterdienst

> www.dwd.de

EuroGeographics

> www.eurogeographics.org

Europäisches Parlament – Ergebnisse der Wahlen 2014

> www.ergebnisse-wahlen2014.eu

Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union

> epp.eurostat.ec.europa.eu

FAO – Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen

> faostat.fao.org

FiBL – Forschungsinstitut für biologischen Landbau

> www.organic-world.net

IEA – Internationale Energieagentur

> www.iea.org/statistics

ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

> www.ilo.org/kilm

> www.ilo.org/ilostat

IMF – Internationaler Währungsfonds

> www.imf.org/external/data.htm

> elibrary-data.imf.org

ITF / OECD – International Transport Forum

> www.internationaltransportforum.org

ITU – Internationale Fernmeldeunion, Vereinte Nationen

> www.itu.int/ITU-D/ict/statistics

JRC – Europäische Kommission: Joint Research Centre – EDGAR Datenbank

> edgar.jrc.ec.europa.eu

MEDIA Salles

> www.mediasalles.it

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

> stats.oecd.org

UN Comtrade – Außenhandelsdatenbank der Vereinten Nationen

> comtrade.un.org

UNCTAD – Konferenz für Handel und Entwicklung, Vereinte Nationen

> unctadstat.unctad.org

UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur

> stats.uis.unesco.org

UN DESA – Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA):

Abteilung Bevölkerung, Vereinte Nationen

> www.un.org/esa/population

Weltbank – World Development Indicators

> data.worldbank.org

WHO – Weltgesundheitsorganisation, Global Health Observatory

> www.who.int/gho/en

■ Hinweise zur Auswahl der Staaten und zur territorialen Abgrenzung im Kapitel „Internationales“

Einseitige Tabellen | Diese enthalten ausschließlich Daten zu europäischen Staaten. Aufgelistet sind alle EU- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie einige weitere, bevölkerungsreiche europäische Staaten.

Zweiseitige Tabellen | Diese umfassen sämtliche EU-, G20- und OECD-Staaten, die sogenannten BRICS- und Next Eleven Staaten, alle NAFTA- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie die weltweit 30 bevölkerungsreichsten und 30 wirtschaftlich stärksten Staaten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt).

Daten zu allen 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen finden Sie in der Übersichtstabelle „Auf einen Blick“ (A.0). In dieser Tabelle nicht berücksichtigt sind die zwei Staaten mit UN-Beobachterstatus – der Vatikan und die Palästinensischen Gebiete.

Hinsichtlich der territorialen Abgrenzung der Staaten gilt in der Regel: China ohne Hongkong, Macau und Taiwan. Dänemark ohne Färöer und Grönland. Frankreich einschl. Überseegebiete. Israel ohne Palästinensische Gebiete. Niederlande ohne Überseegebiete. Portugal einschl. Azoren und Madeira. Spanien einschl. Balearen und Kanarische Inseln sowie einschl. Ceuta und Melilla. Zypern nur Republik Zypern (griechischer Teil der Insel). Detaillierte Erläuterungen zur jeweiligen territorialen Abgrenzung sind den entsprechenden Quellen zu entnehmen.

■ Mitgliedstaaten internationaler Organisationen

Europäische Union | Die Europäische Union umfasst derzeit 28 Mitgliedstaaten (EU-28). Zuletzt traten im Jahr 2007 Bulgarien und Rumänien und im Jahr 2013 Kroatien der EU bei. In Klammern angegeben ist das Beitrittsjahr zur Europäischen Union bzw. zu einer der Vorgängerorganisationen. Sechs Staaten haben derzeit offiziell den Status eines EU-Beitrittskandidaten: Albanien, Island, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei. Im Falle von Albanien und Mazedonien haben Beitrittsverhandlungen jedoch noch nicht begonnen.

Belgien (1952)
 Bulgarien (2007)
 Dänemark (1973)
 Deutschland (1952)
 Estland (2004)
 Finnland (1995)
 Frankreich (1952)
 Griechenland (1981)
 Irland (1973)
 Italien (1952)
 Kroatien (2013)
 Lettland (2004)
 Litauen (2004)
 Luxemburg (1952)
 Malta (2004)
 Niederlande (1952)
 Österreich (1995)
 Polen (2004)
 Portugal (1986)
 Rumänien (2007)
 Schweden (1995)
 Slowakei (2004)
 Slowenien (2004)
 Spanien (1986)
 Tschechische Republik (2004)
 Ungarn (2004)
 Vereinigtes Königreich (1973)
 Zypern (2004)

Methodik

Eurozone | Die Eurozone (auch Euroraum genannt) umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, die den Euro als Landeswährung eingeführt haben. Derzeit besteht die Eurozone aus 18 Mitgliedstaaten. Jüngstes Beitrittsland ist Lettland, das am 1.1.2014 den Euro einführt. Zum 1.1.2015 tritt als nächster EU-Staat Litauen der Eurozone bei. Die in dieser Jahrbuchausgabe angegebenen Werte für die Eurozone beziehen sich auf die 18 Staaten, die zum 1.1.2014 der Eurozone angehörten. Diese sind im Folgenden aufgelistet. In Klammern angegeben ist jeweils das Jahr der Einführung des Euro-Buchgelds. Die Bargeldeinführung erfolgte bei den Gründungsstaaten erst mit Zeitverzug. Bei den späteren Erweiterungen erfolgte die Buch- und Bargeldeinführung stets zeitgleich.

- Belgien (1999)
- Deutschland (1999)
- Estland (2011)
- Finnland (1999)
- Frankreich (1999)
- Griechenland (2001)
- Irland (1999)
- Italien (1999)
- Lettland (2014)
- Luxemburg (1999)
- Malta (2008)
- Niederlande (1999)
- Österreich (1999)
- Portugal (1999)
- Slowakei (2009)
- Slowenien (2007)
- Spanien (1999)
- Zypern (2008)

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) | Die Europäische Freihandelsassoziation wurde 1960 gegründet. Zielsetzung war die Förderung von Wachstum und Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten sowie die Vertiefung des Handels mit anderen westeuropäischen Staaten. Viele ehemalige EFTA-Staaten sind später der Europäischen Union beigetreten. Derzeit umfasst die EFTA noch vier Staaten. In Klammern angegeben ist das Beitrittsjahr.

- Island (1970)
- Liechtenstein (1991)
- Norwegen (1960)
- Schweiz (1960)

Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen | Derzeit umfassen die Vereinten Nationen insgesamt 193 Staaten. Eine Auflistung dieser Staaten finden Sie nach Kontinenten gegliedert in der Tabelle A.0.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) | Die OECD ist ein Zusammenschluss von Industrienationen, der die Förderung von Wohlstand und wirtschaftlichem Wachstum zum Ziel hat. Die Organisation entstand 1961 aus der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die 34 Mitgliedsstaaten sind den Prinzipien der Demokratie und der Marktwirtschaft verpflichtet. Mit der Russischen Föderation, Lettland und Kolumbien werden derzeit Beitrittsgespräche geführt. Aufgelistet sind die derzeitigen Mitgliedstaaten unter Angabe des jeweiligen Beitrittsjahres.

- Australien (1971)
- Belgien (1961)
- Chile (2010)
- Dänemark (1961)
- Deutschland (1961)
- Estland (2010)
- Finnland (1969)
- Frankreich (1961)
- Griechenland (1961)
- Island (1961)
- Irland (1961)

- Israel (2010)
- Italien (1962)
- Japan (1964)
- Kanada (1961)
- Korea, Republik (1996)
- Luxemburg (1961)
- Mexiko (1994)
- Neuseeland (1973)
- Niederlande (1961)
- Norwegen (1961)
- Österreich (1961)
- Polen (1996)
- Portugal (1961)
- Schweden (1961)
- Schweiz (1961)
- Slowakei (2000)
- Slowenien (2010)
- Spanien (1961)
- Tschechische Republik (1995)
- Türkei (1961)
- Ungarn (1996)
- Vereinigtes Königreich (1961)
- Vereinigte Staaten (1961)

G20-Staaten | Die G20 ist ein seit 1999 bestehender Zusammenschluss von 19 Staaten und der Europäischen Union. Bei den jährlichen Gipfeltreffen wird über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Finanzmarktregulierung und wirtschaftliche Reformen diskutiert.

- Argentinien
- Australien
- Brasilien
- China
- Deutschland
- Europäische Union
- Frankreich
- Indien
- Indonesien
- Italien
- Japan
- Kanada
- Korea, Republik
- Mexiko
- Russische Föderation
- Saudi-Arabien
- Südafrika
- Türkei
- Vereinigtes Königreich
- Vereinigte Staaten

BRICS, Next Eleven | Zu den BRICS-Staaten, einer Vereinigung von fünf aufstrebenden Volkswirtschaften, zählen Brasilien, die Russische Föderation, Indien, China und Südafrika. Der Begriff BRICS stammt vom amerikanischen Volkswirt Jim O'Neill. 2005 identifizierte O'Neill eine weitere Gruppe aufstrebender Staaten und bezeichnete diese als Next Eleven (N-11). Die N-11 Staaten umfassen Ägypten, Bangladesch, Indonesien, Iran, Mexiko, Nigeria, Pakistan, Philippinen, Korea (Republik), Türkei und Vietnam.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen weitere Veröffentlichungen unseres Hauses zum Thema „Internationales“. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Veröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen downloaden.

Unter www.destatis.de/international gelangen Sie direkt zum Angebot der internationalen Statistik.

Unter www.destatis.de/europa finden Sie statistische Informationen zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online eine Auswahl an internationalen Schlüsselindikatoren in Form von Zeitreihen an. Diese Indikatoren stammen aus unterschiedlichen Quellen der internationalen amtlichen Statistik (z. B. Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Weltgesundheitsorganisation). Daten zur *Internationalen Statistik* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 9 (Nationale und internationale Indikatorensysteme) und dort unter dem Code 999.

Weitere Veröffentlichungen

Auf einen Blick

Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa (2012)
Europa 2020, die Zukunftsstrategie der EU (2013)

Länderprofile

Statistische Länderprofile zu allen G20-Staaten

Kompakt

Balance halten: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (2014)
Deutschland im EU-Vergleich (2014)
Deutschland im internationalen Vergleich (2014)

STATmagazin

Frauenverdienste – Männerverdienste: Wie groß ist der Abstand wirklich? (2013)
Global Player Brasilien vor Herausforderungen (2014)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 94 27 (Europäische Statistik), +49 (0)6 11 / 75 94 94 (Internationale Statistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur die Seiten angegeben, auf denen innerhalb eines Abschnitts das Stichwort zum ersten Mal erscheint. Es empfiehlt sich daher, auch die nachfolgenden Seiten auf weitere Angaben zu diesem Stichwort durchzusehen. Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf den Anhang „Internationales“.

- A**
- Abfälle, Abfallwirtschaft**
Abfallbilanz 451
Abfallgebühren 460
Abfallmenge 451, 666
Investitionen 442
laufende Aufwendungen 443
Recyclingquote 451
Umsatz 444
Verwertungsquote 451
- Abgeordnete (Sitze)**
Deutscher Bundestag 287
Europäisches Parlament 287
Länderparlamente 293
- Abgeurteilte 309**
- Abschreibungen 266, 319, 455**
- Abtreibungen** *siehe Schwangerschaftsabbrüche*
- Abwasser**
Abwassergebühren 460
Entsorgung 447
Klärschlamm Entsorgung 449
- Adoptionen 43, 62**
- AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) 98**
- Alkohol 174**
Alkoholrausch (akute Intoxikation) 119
Steuern 268
Straßenverkehrsunfälle 596
- Alleinerziehende 52**
- Alleinstehende 52**
- Alphabetisierungsgrad 638**
- Anlagevermögen 266, 328**
- Aquakultur 493**
- Äquivalenzeinkommen 176, 643**
- Arbeitnehmer/-innen** *siehe Beschäftigte*
- Arbeitskosten 381, 658**
- Arbeitslose**
Arbeitslosenquote 362
Personengruppen 361
- Arbeitslosengeld 345**
Einnahmen der privaten Haushalte 168
nach SGB II 232
nach SGB III 227
- Arbeitslosenversicherung 224**
Arbeitslosengeld nach SGB III 227
Ausgaben 227, 646
Kurzarbeit 227
- Arbeitsproduktivität 323**
- Arbeitsstunden 322, 455**
bezahlte Wochenarbeitszeit 374
geleistete 350, 562
- Archive, staatliche 195**
- Armutsgefährdung**
Äquivalenzeinkommen 176, 643
Armutsgefährdungsgrenze 177, 643
Armutsgefährdungsquote 176, 643
- Ärzte/Ärztinnen 640**
- Asyl 42, 232**
- Atypisch Beschäftigte 345, 352**
- Auftragsbestandsindex (Baugewerbe) 561**
- AuftragseingangsindeX**
Baugewerbe 561
Verarbeitendes Gewerbe 533
- Aufwendungen**
Forschung und Entwicklung 104
Handel 577
Umweltschutz 443
- Ausbildung**
Ausbildungsberichterstattung 82
Auszubildende 77, 89
Berufe 90
Berufsausbildung 82
schulische Ausbildung 78
- Ausfuhrpreise 389**
- Ausgaben**
an übrige Welt 333
Asylbewerberleistungen 232
Bildung 100, 259, 638
der privaten Haushalte 168, 201
des Staates 331
Forschung und Wissenschaft 100
Gesundheitswesen 137, 640, 646
Hochschulen 101
Kinder- und Jugendhilfe 238
Kultur 191, 200
öffentliche Ausgaben 254, 259, 647
Sozialhilfe 230
Sozialleistungen 224, 646
Sozialversicherungen 224
Umweltschutz 460
- Ausländische Bevölkerung 26, 40**
allgemeinbildende Schulen 84
Arbeitslose 361
Asyl 42, 232
Bevölkerungsstand 26
Eheschließungen 53
Geborene 35
Gestorbene 39
Herkunftsländer 40
Kindergeld 61
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 358
Studierende 92
Tourismus 605
Verurteilte 309
vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 237
Wanderungen 44

Außenbeitrag 319, 652

Außenhandel 411

Ausfuhr, Einfuhr 411, 430, 662
 Ausfuhr-, Einfuhrpreise 389
 Außenhandelsbilanz 412, 662
 Einfuhrländer 414
 Einnahmen und Ausgaben an, aus übrige(r) Welt 333
 EU-Handel 415
 Handelspartner 411
 Handelswaren 415

Ausstattung der privaten Haushalte 167, 172, 202

Auszubildende 77, 89

B

BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 98

Baugenehmigungen, -fertigstellungen 566, 674

Bau- und Immobilienpreise 398

Beamte/Beamtinnen 356

Besoldung 380
 Bruttostundenverdienste 373

Beförderungen (Verkehr)

Güter 588, 676
 Personen 585, 676

Beherbergung, Gaststätten *siehe auch Tourismus*

Ausgaben der privaten Haushalte 168, 643
 Verbraucherpreise 400

Behinderte Menschen

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 236
 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 231
 Paralympische Spiele 213
 schwerbehinderte Menschen 122, 361
 Schwerbehindertenquote 123

Bekleidung und Schuhe

Ausgaben der privaten Haushalte 168, 643
 Produktion 540
 Verbraucherpreise 400

Berge 14

Berufe

Ausbildungsberufe 89
 freie 270
 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 358

Beschäftigte 346

atypisch Beschäftigte 345, 352
 ausländische 358
 Baugewerbe 562, 674
 befristet Beschäftigte 352
 Computer- und Internetnutzung 520
 Energie 672
 Gastgewerbe und Tourismus 606, 678
 geringfügig Beschäftigte 352, 358, 376
 Handel 573
 Handwerksunternehmen 521
 Landwirtschaft 477
 Mindestlöhne 380
 Normalarbeitnehmer/-innen 345, 352

Beschäftigte 346

öffentlicher Dienst 356
 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503
 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 358, 523
 Tarifverdienste 381
 Teilzeitbeschäftigte 352, 356, 359, 376, 606
 Transport und Verkehr 584, 676
 Unternehmensinsolvenzen 515
 Verarbeitendes Gewerbe 534, 671
 Verdienste 373
 Vollzeitbeschäftigte 356, 359, 376, 606
 weitere Dienstleistungen 617
 Zeitarbeit 352

Betriebe

Baugewerbe 562
 Betriebsaufgaben, -gründungen 511
 Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 555
 Forstwirtschaft 481
 Gastgewerbe und Tourismus 607
 Verarbeitendes Gewerbe 534

Bevölkerung 14, 25

Alphabetisierungsgrad 638
 Alter, Altersgruppen 25, 32
 ausländische 26, 40
 Bevölkerungsdichte 26
 Bevölkerungsentwicklung 26, 631, 636
 Bevölkerungsstand 26, 636
 Bildungsstand 78
 Erwerbsbeteiligung 322, 345
 Familienstand 33
 gesundheitliche Lage 118
 Kinder 58
 Migration 40
 Privathaushalte 49
 Religionszugehörigkeit 64
 überwiegender Lebensunterhalt 345
 Vorausberechnung 49, 636

Bewässerung (landwirtschaftliche Flächen) 471

Bibliotheken 194

Bildung, Bildungswesen

Alphabetisierungsgrad 638
 Ausbildung 82
 Ausgaben der privaten Haushalte 168
 Auszubildende 77, 89
 Benchmarks, nationale 77
 Bildungsbeteiligung 77, 82
 Budget 100
 Hochschulen 91
 öffentliche Ausgaben 259, 638
 Schulen 83
 Studienberechtigten-, Studienanfänger-, Absolventenquote 77, 638
 Studium 82
 Verbraucherpreise 400
 Weiterbildung, berufliche 96

Bildungsabschlüsse

allgemeiner Schulabschluss 78
 beruflicher Bildungsabschluss 77

Bodensanierung

Investitionen 442
 laufende Aufwendungen 443

Bruttobetriebsüberschuss

- Gastgewerbe und Tourismus 606
- Handel 575
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 506
- Transport und Verkehr 584

Bruttoinlandsprodukt 319, 325, 336, 461, 631, 652

Bruttonationaleinkommen 320

Bruttowertschöpfung 319, 670

- Baugewerbe 674
- Energie 672
- Gastgewerbe und Tourismus 606, 678
- Handel 573, 675
- Landwirtschaft 652
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503, 652
- Transport und Verkehr 584, 676
- Verarbeitendes Gewerbe 671
- weitere Dienstleistungen 617

Buchproduktion 194

Bundesfreiwilligendienst 208

Bundeskanzler/-in 287

Bundespatentgerichte 305

Bundesrat 294

Bundesregierung 294

Bundestag, Deutscher 287

- Bundestagswahlen 288

Bundesverfassungsgericht 304

Bus- und Bahnverkehr 585

C

Chöre 197

Computer

- Ausstattung der privaten Haushalte 167, 172, 202

D

Defizitquote 323

Demografie

- Bevölkerungsvorausberechnung 49, 636
- Geborene und Gestorbene 33
- Lebenserwartung 38, 636
- Migration 40
- Wanderungen 44

Deprivationsindikatoren 175

Direktinvestitionen 430

Düngemittel 480

E

E-Commerce 519

Ehe

- Ehelösungen, -scheidungen 54
- Eheschließungen 53

Ehe

- Familienstand, bisheriger 53
- Heiratsalter, durchschnittliches 53
- Heiratsziffern Lediger 53

Eigentümerhaushalte 642

Eigentümerwohnungen 150

- Eigentümerquote 149

Einbürgerungen 43

Einfuhrpreise 389

Einkommen

- Bruttonationaleinkommen 320
- der privaten Haushalte 167
- Primäreinkommen 330
- verfügbares 322, 332
- Zurechtkommen mit dem Einkommen 175
- zu versteuerndes 269

Einkommensteuer 253, 268

- Ausgaben der privaten Haushalte 168
- Besteuerungsgrundlagen 269
- Einkommensteuerpflichtige 270

Einnahmen

- aus übriger Welt 333
- der privaten Haushalte 168
- des Staates 331
- Kinder- und Jugendhilfe 238
- öffentliche Einnahmen 254, 648
- Sozialversicherungen 226
- Steuern 253, 268, 460, 648
- umweltbezogener Steuern und Gebühren 460

Eisenbahnverkehr 676

- Eisenbahn-Infrastruktur 594
- Güterverkehr 588
- kombinierter Verkehr 588
- Personenfernverkehr 585

Elektrizitätserzeugung 552

Elterngeld 62, 224

Emissionen 455, 666

Energie 455

- Bruttostromerzeugung 551
- Elektrizitätserzeugung 552
- Energiepreise 390
- Energiesteuer 253, 268, 460
- Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 555
- erneuerbare Energien 551
- Erzeugerpreise 395
- öffentliche Ausgaben 259
- Primärenergieverbrauch 456, 461, 672
- Strom- und Wärmeerzeugung 553
- Verwendung von Energieträgern 457

Engagement, bürgerschaftliches 207

Engpassleistung (Energie) 552

Entwicklungsländer, -zusammenarbeit 432

Erbschaftsteuer 268, 274

Erneuerbare Energien 551

Ersparnis 332

- Sparquote 323

Erwerbsbeteiligung 322, 345
Erwerbstätigenquote 323, 656
überwiegender Lebensunterhalt 348

Erwerbsformen 345
atypische 352

Erwerbslose 345
Erwerbslosenquote 323, 454, 656
Langzeiterwerbslose 361

Erwerbspersonen 345, 656

Erwerbstätige 345
Arbeitsproduktivität 323
Erwerbstätigenquote 353
Kapitalintensität, -produktivität 327
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 656
Wirtschaftsbereiche 348

Erzeugerpreise 389, 660
Dienstleistungen 396
forstwirtschaftlicher Produkte 394
gewerblicher Produkte 395

Erzeugnisse
tierische 668
pflanzliche 668

Europäisches Parlament 287
Europawahlen 292

Exporte 333, 411, 430, 662
Ausfuhrpreise 389
Export-Performance-Index 420
Exportquote 420, 534, 662

F

Fachgerichte 307

Fahrgäste 585

Fahrverbote 310

Familien 52
Ausgaben (Sozialleistungen) 646
Familienformen 58
Migrationshintergrund 58

Familiengerichte 304

Familienstand
Bevölkerung 33
Gestorbene 39
Privathaushalte 51
vor Eheschließung 54

Fernsehen
ARD und Landesrundfunkanstalten 205
Durchschnittliche Sehdauer 205
Marktanteile der Sender 205
ZDF 205

Fernseher 172

Fertilität siehe Geburtenziffern

Filmwirtschaft 204

Finanzierungssaldo 253, 331, 648

Flächen 14, 26
Arten 472
Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen 471
Bodenfläche 14, 26, 472, 634, 668
Naturschutzfläche 18
Siedlungs- und Verkehrsfläche 14, 461, 472
Waldfläche 481, 668
Wohnfläche 150, 565

Fluggäste 586

Flugplätze 16, 586

Flugzeuge 594

Flüsse, schiffbare 15

Flüssiggas 554

Forschung und Wissenschaft
Aufwendungen 104
Ausgaben 100, 259, 638
öffentliche Ausgaben 259
Personal 103

Fortbildung (Handel, Handwerk) 97

Freiberufler/-innen 270

Früchte (Anbau) 482

G

Gase 554

Gebietskörperschaften
Ausgaben, Einnahmen 256
Finanzierungssaldo 253
Schulden 262

Geborene
Alter der Mutter 35
häufigste Vornamen 36
Krankenhausentbindungen 132
Lebend-, Totgeborene 33
Staatsangehörigkeit der Eltern 37

Gebrauchsgüter der privaten Haushalte 172
Erzeugerpreise 395
Produktion 543
Verbraucherpreise 400

Geburtenziffern 35, 636

Gefährdungseinschätzung 236

Gefangene 651
Art der Strafe 312

Gefängnisse siehe Justizvollzugsanstalten

Geflügel 475, 491

Gehalt siehe Verdienste 320

Gemeinden 29

Gemüse (Anbau) 484

Gerichte 304

Gestorbene 33
Altersgruppen 39
Familienstand 39
Säuglinge 34, 126
Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 640
Sterbeziffern 39, 640
Todesursachen 117, 126

Gesundheitliche Lage der Bevölkerung 118

Gesundheitsversorgung
Krankenhäuser 130
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 131

Gesundheitswesen
Ausgaben 137, 640
Einrichtungen 130, 137
Leistungsarten 137
Patienten/Patientinnen 118
Personal 117
Sozialversicherungen 137, 224

Gewässer 15

Gewässerschutz
Investitionen 442
laufende Aufwendungen 443
Umsatz 444

Gewerbeanzeigen 511

Gewerbesteuer 253, 268

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 52
eingetragene Lebenspartnerschaften 57

Goethe-Institut 200

Grenzlängen 14

Großhandel 573
Großhandelsverkaufspreise 389, 397

Grunderwerbsteuer 268

Grundsicherung für Arbeitsuchende 224
Leistungsberechtigte, Zahlungsansprüche 232

Grundsteuer A, B 268

Güterbeförderung, -umschlag (Binnenschifffahrt) 589

Güterbilanz 334
Informations- und Kommunikationstechnologien 335

Güterverkehr 583

H

Häfen 590

Handelspartner 411

Handelswaren 415

Handwerk
Fortbildungs- und Meisterprüfungen 97
Unternehmen 521

Hauptstädte 634

Haushalte, öffentliche siehe öffentlicher Gesamthaushalt

Haushalte, private siehe Privathaushalte

Heirat siehe Ehe

Hochqualifizierte
erwerbstätige Promovierte 106
Fächergruppen 106
Forscher/Forscherinnen 106

Hochschulen
Absolventen/Absolventinnen 93, 638
Arten 91
Ausgaben 101
Betreuungsrelation 93
monetäre Kennzahlen 102
Personal 93
Promovierende 93
Prüfungen 93
Studierende 77, 91, 638

Holzeinschlag 481

Hörfunk 206

I

Importe 333, 411, 430, 662
Einfuhrpreise 389
Importabhängigkeitsquote 420
Importquote 420

Inflationsrate 400, 661

Informations- und Kommunikationstechnologien
Ausstattung der privaten Haushalte 172, 202
E-Commerce 519
Unternehmen 517

Infrastruktur 16, 593

Inseln 17

Insolvenzen
Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen 516
Unternehmensinsolvenzen 514
Verbraucherinsolvenzen 178, 514

Internet
mobile Nutzung 202
private Einkäufe und Bestellungen 204
private Nutzung 202, 644

Investitionen
Bruttoanlageinvestitionen 319, 326
Bruttoinvestitionen 319, 326, 504, 535, 574, 584, 606, 618, 652
Direktinvestitionen 430
öffentliche Investitionen 261
Umweltschutz 442

J

Jahresabschlüsse 265

Jugendliche
Adoptionen 62
Kinder- und Jugendhilfe 234
Verurteilte 309

Jugendstrafrecht 310

Justizvollzug
Arten des Vollzugs 312
Justizvollzugsanstalten 312
Strafgefangene 312, 651

K

Kanäle 15

Kapitalbilanz 430, 664

Kapitalgesellschaften 271, 330

Kfz-Handel 573

Kinder

Adoptionen 62

Ausgaben (Sozialleistungen) 646

Elterngeld 62

Erwerbsbeteiligung der Eltern 59

Familienform 58

Kindergeld 61, 168, 224

Kinder- und Jugendhilfe 234

Sterbeziffern 39, 640

Tagesbetreuung 59

überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 59

Kindergeld 61, 224

Einnahmen der privaten Haushalte 168

Kindertagesbetreuung

Betreuungsquote, -umfang 60

Einrichtungsarten 59

Personal 59

Kinder- und Jugendhilfe 224

Ausgaben und Einnahmen der Träger 238

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 236

Gefährdungseinschätzung 236

Hilfen zur Erziehung 234

sozialpädagogische Familienhilfe 235

vorläufige Schutzmaßnahmen 236

Kino 204, 644

Kirchen 64

Kirchensteuer 64

Seelsorge 209

Kirchensteuer 64

Ausgaben der privaten Haushalte 168

Klärgas 554

Klima 18, 634

Investitionen für Klimaschutz 442

klimawirksame Stoffe 452

laufende Aufwendungen für Klimaschutz 443

Umsatz für Klimaschutz 444

KMU 508

Konsumausgaben

der privaten Haushalte 170, 326, 643, 652

des Staates 319, 330, 652

Körperschaftsteuer 253, 268

Kraftfahrzeugsteuer 268, 460

Krankenhäuser 130

Behandlungen 131

Betten 130, 640

Fachabteilungen 131

Kostenstruktur 139

Patienten/Patientinnen 118

Personal 133

Verweildauer der Patienten/Patientinnen 130

Krankenhausfälle *siehe Patienten/Patientinnen*

Krankenversicherungen 219

Krankenversicherung, gesetzliche

Arten 226

Ausgaben, Einnahmen 226

Versicherte 226

Krankheiten 118, 640

Kreise 29

Kriegsopferfürsorge 233

Kriminalität *siehe Straftaten*

Kultur

Ausgaben der privaten Haushalte 168, 201, 643

öffentliche Ausgaben 191, 200, 259

Verbraucherpreise 400

Künstlersozialkasse 197

Kurzarbeit 227

L

Länderfinanzausgleich 255

Länderregierungen 294

Landessportbünde 209

Landtage 294

Landtagswahlen 293

Langzeiterwerbslose 361

Lärmbekämpfung 443

Investitionen 442

laufende Aufwendungen 443

Umsatz 444

Lebenserwartung 38, 636

Lebensformen 52

Lebensgemeinschaften 52

Lebensunterhalt, überwiegender

Bevölkerung 345

der Eltern minderjähriger Kinder 59

Lehrkräfte

allgemeinbildende Schulen 83

berufliche Schulen 87

Musikschulen 196

Leistungsbilanz 429, 664

Lohn *siehe Verdienste*

Lohnsteuer 253, 268

Luftreinhaltung 443

Investitionen 442

laufende Aufwendungen 443

Umsatz 444

Luftverkehr 585

M

Material- und Energieflüsse 441, 455

Medien

Fernsehen 205

Hörfunk 206

Internet 172, 202, 517, 644

Mieterhaushalte 642

Mietwohnungen 150
Bruttokaltmiete 149

Migration
Bevölkerung 40
Bildungsstand 78
erzieherische Hilfen 235
Familien 58

Mindestlöhne 380

Mindestsicherungsquote 223, 230

Mobiltelefone 172, 644
Produktion 543

Museen 192

Musikschulen
Lehrkräfte 196
Schüler/-innen 195

N

Nachhaltigkeit 461

Nahrungsmittelpreise 391, 660

Nahrungs- und Genussmittel
Ausgaben der privaten Haushalte 170, 643
Erzeugerpreise 395
Handelswaren 418
Nahrungsmittelpreise 391
pflanzliche und tierische Erzeugnisse 174
Produktion 540
Tiefkühlkost 174
Verbrauch 174
Verbraucherpreise 400, 660

Naturparke 18

Naturschutz
Flächen, Gebiete 18
Investitionen 442
laufende Aufwendungen 443
Waldschäden 459

Nettokapitalanlagen 431

Nichterwerbspersonen 345

Normalarbeitnehmer/-innen 345

O

Obst (Ernte) 486

Öffentliche Finanzen *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Öffentlicher Dienst 223
Beschäftigte, Personal 356, 380
unmittelbarer und mittelbarer 229
Verdienste, Besoldung 356, 381
Versorgungssystem 229

Öffentlicher Gesamthaushalt
Ausgaben, Einnahmen 254
Finanzierungssalden der Körperschaften 253
Investitionsausgaben 261
Kassenergebnis 257
Nettoausgaben 260

Öffentlicher Gesamthaushalt

Personalausgaben 260
rechnungsmäßiges Ergebnis 258
Schulden 253, 261, 648
Steuereinnahmen 254, 257, 460, 648

Ökologischer Landbau 479, 668

Ökologische Viehhaltung 479, 668

Operationen 121

P

Pachtflächen, -entgelte 478

Parlamente
Deutscher Bundestag 287
Europäisches Parlament 287
Frauenanteile an den Mandaten 650
Länderparlamente 293

Parteien 287, 293

Patente
Bundespatentgerichte 305

Patienten/Patientinnen
Krankenhäuser 118
Verweildauer in Krankenhäusern 130
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 120, 131

Pensionen 224
Einnahmen der privaten Haushalte 168

Personal
Forschung und Wissenschaft 103, 638
Gesundheitswesen 117
Hochschulen 93
Kindertagesbetreuung 59
öffentlicher Dienst 356, 381
Pflegedienste, -heime 134

Personalaufwendungen
Gastgewerbe und Tourismus 606
Handel 575
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 506
Transport und Verkehr 584

Personenverkehr 583, 676

Pflanzen 474, 483

Pflegebedürftige 124
Hilfe zur Pflege 231
Pflegequote 124
Vorausberechnung 124

Pflegedienste, -heime 134

Pflegeversicherung, soziale 124, 224
Ausgaben, Einnahmen 227
Versicherte 227

Pkw
Ausstattung der privaten Haushalte 172
Bestand 594, 676
Personenverkehr 585, 676
Produktion 544
Straßenverkehrsunfälle 596

Polizisten/Polizistinnen 651

Preisniveauvergleich 660

Primäreinkommen 330

Primärenergieverbrauch 456, 461, 672

Privathaushalte

- Altersgruppen, Familienstand 51
- Ausgaben, Einnahmen 168
- Ausstattung mit Gebrauchsgütern 167, 172
- Baugenehmigungen, -fertigstellungen 566
- Computer 202, 644
- Deprivationsindikatoren 175
- Einkommen 167
- Emissionen 458
- finanzielle Kapazitäten 175
- Haushaltsgröße 50, 642
- Internet 202, 644
- Konsumausgaben 170, 201, 326, 643, 652
- Primärenergieverbrauch 456
- verfügbares Einkommen, Ersparnis 332
- Vorausberechnung 49
- Wohngeld 149, 152, 168
- Wohnsituation 155

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 540

Produktion

- pflanzliche Erzeugnisse 668
- tierische Erzeugnisse 668

Produktionsindex

- Baugewerbe 561, 565, 674
- Verarbeitendes Gewerbe 533, 538, 671

Produktionswerte

- Gastgewerbe und Tourismus 606
- Handel 575
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 506
- Transport und Verkehr 584
- Vorleistungen 330

Professoren/Professorinnen 95

Promovierende 93

Prüfungen

- Fortbildungs- und Meisterprüfungen 97
- Hochschulen 93

R

Rauchen 174

- Tabaksteuer 253, 268

Reallohnindex 374

Recyclingquote 451

Regierungen, Bundes- und Länder- 294

Regierungsbezirke 29

Rehabilitationseinrichtungen *siehe Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen*

Reisegebiete 605

Religionszugehörigkeit

- Jüdische Gemeinden 64
- Kirchen, evangelische und katholische 64

Renten 225, 345

- der gesetzlichen Unfallversicherung 228
- Einnahmen der privaten Haushalte 168
- Rentenzahlbeträge, monatliche 225

Rentenversicherung, gesetzliche 223

- allgemeine und knappschaftliche 225
- Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 226
- monatliche Rentenzahlbeträge 225

Richter/-innen 356

Rinder 475, 489

Rohertragsquote (Handel) 574

Rohstoffe 445

S

Säuglinge 33

- gestorbene 34, 126

Schadstoffe 452

Schafe 490

Scheidungen 54

- Ehedauer 55
- Scheidungsnummer 56

Schiene-Infrastruktur 16, 593

Schiffe 594

Schifffahrt

- Binnenschifffahrt 587
- Häfen 590
- schiffbare Flüsse 15
- Schifffahrtskanäle 15

Schlachtungen 490

Schulden

- Arten der öffentlichen Schulden 262
- Bruttoschuldenstände 647
- öffentliche Schulden 253, 261, 648
- Überschuldung privater Haushalte 178

Schulen

- Abschlüsse 78
- allgemeinbildende Schulen 83
- Arten 83, 87
- Ausgaben 99
- berufliche Schulen 87
- Besuch nach Abschluss der Eltern 81
- Förderschulen 86
- Lehrkräfte 83, 87
- Musikschulen 196
- Schüler/-innen 84
- Volkshochschulen 97

Schüler/ -innen 77

- allgemeinbildende Schulen 84
- Ausgaben je Schüler/-in 99
- berufliche Schulen 88
- Förderschwerpunkte 86
- je Lehrkraft 638
- Musikschulen 195
- sonderpädagogischer Förderbedarf 86

Schwangerschaften

- Abbrüche 125
- Krankenhausentbindungen 132

Schweine 475, 489

Schwerbehinderte Menschen 122

- Arbeitslose 361
- Schwerbehindertenquote 123

Seelsorge 209

Seen, natürliche und Stauseen 16

Seeverkehr 586

- Containerseeverkehr 592
- Häfen 592

Selbstständige 345

- Selbstständigenquote 656

Social Media 518

Sozialbudget 223

Sozialgeld 232

- Einnahmen der privaten Haushalte 168

Sozialhilfe 224

- Ausgaben 230

Sozialleistungen 224

- Asylbewerberleistungen 232
- Ausgaben 224, 646
- Grundsicherung für Arbeitsuchende 232
- Kinder- und Jugendhilfe 234
- Kriegsopferfürsorge 233
- öffentliche Ausgaben 259
- Sozialhilfe 230
- Sozialleistungsquote 223
- Sozialversicherungen 137, 224, 254, 356
- Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 229

Sozialversicherungen 137, 224, 254, 356

Sparquote 323

Sport

- Abzeichen 211
- Arten 211
- Mitgliedschaften 210
- Olympische Spiele 212
- Paralympische Spiele 212
- Spitzenverbände 210

Staatsangehörigkeit

- Adoptionen 43, 63
- ausländische Bevölkerung 43
- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 43

Staatsanwaltschaften 305

Städte 29

- Hauptstädte 634
- Städtetourismus 609

Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 640

Sterbeziffern 39, 640

Steuern

- Arten 64, 253, 268, 460
- Einnahmen 254, 268, 460, 648
- Steueraufkommen 253, 268

Stiftungen 208

Stipendiaten 98

Strafen- Strafverfolgung

- Abgeurteilte, Verurteilte 309
- Strafrecht 310
- Straftaten im Straßenverkehr 311

Strafgerichte 306

Straftaten 305, 651

- Aufklärungsquote 308
- Straßenverkehr 311
- Umwelt 454

Strafverfahren 309

Straßen 16

Straßenverkehr 676

- Fahrverbote 310
- Getötete 583, 596
- öffentliche Ausgaben 259
- Straftaten, Verurteilte 311
- Straßen des überörtlichen Verkehrs 593
- Verunglückte, Unfälle 595

Strom

- Bruttostromerzeugung, -verbrauch 551, 672
- Stromsteuer 460
- Strom- und Wärmeerzeugung 553

Studierende 77, 91, 638

- ausländische Studierende, deutsche Studierende im Ausland 92
- Studienbereiche 92

T

Tabaksteuer 253, 268

Tarifverdienste 378

Tätige Personen *siehe Beschäftigte*

Tatverdächtige 308

Teilzeitbeschäftigte 352, 359

- Bruttoverdienste 376
- Gastgewerbe, Handel 606
- öffentlicher Dienst 356

Theater 192

Tiere

- Arten 475, 489
- Ausgaben der privaten Haushalte 170
- Nahrungsmittelpreise 391
- Schlachtungen 490, 668
- Viehbestand (ökologischer Landbau) 479
- Viehhaltung 475

Todesursachen 128

- häufigste 117
- Säuglinge 126

Tourismus

- Ankünfte, Übernachtungen 608
- Betriebe, Schlafgelegenheiten, Kapazitätsauslastungen 607
- Städtetourismus 609
- Tourismusintensität 608
- Übernachtungen ausländischer Gäste 605

Treibhausgasemissionen 458, 666

U

Überschuldung privater Personen 178

Umsatz 562

- Gastgewerbe und Tourismus 606
- Handel 573
- Handwerksunternehmen 521
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503
- Transport und Verkehr 584
- Umsatzsteuer 253, 275
- Unternehmen im EU-Handel 421
- Verarbeitendes Gewerbe 534
- Weihnachtsgeschäft 575
- weitere Dienstleistungen 617

Umsatzindex (Verarbeitendes Gewerbe) 533, 539

Umsatzsteuer 253, 268

- Lieferungen und Leistungen 276
- Umsatzsteuerpflichtige 276
- Veranlagungen 275
- Voranmeldungen 276

Umwelt, Umweltschutz

- Ausgaben 460
- eingesetzte Umweltressourcen 455
- Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren 460
- erneuerbare Energien 551
- Investitionen 442
- laufende Aufwendungen 443
- Material- und Energieflüsse 441, 455
- Nachhaltigkeit 461
- Naturschutzflächen, -gebiete 18, 666
- Straftaten gegen die Umwelt 454
- Umsatz für den Umweltschutz 444

UNESCO-Welterbe 198

Unfälle

- Fehlverhalten der Fahrzeugführer/-innen 596
- mit wassergefährdenden Stoffen 441
- Straßenverkehr 595

Unfallversicherung, gesetzliche 224, 228

- Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 228
- Rentenbestand 228
- Versicherte 228

Universitäten siehe Hochschulen 91

Unternehmen *siehe auch Betriebe*

- auslandskontrollierte 510
- Außenhandel 421
- Baugewerbe 674
- Bruttowertschöpfung 504, 670
- Computer- und Internetnutzung 517
- Energie 552, 672
- Gastgewerbe und Tourismus 606, 678
- Gewinne 330

Unternehmen

- Handel 574, 675
- Handwerk 521
- Informations- und Kommunikationstechnologien 517
- Internetnutzung 517
- kleine und mittlere (KMU) 508
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503, 670
- Transport und Verkehr 584, 676

Unternehmen

- Umweltschutz 442
- Unternehmensinsolvenzen 514
- Verarbeitendes Gewerbe 671
- weitere Dienstleistungen 617

Unternehmenskonzentration (Verarbeitendes Gewerbe) 534

V

Verbrauch

- Nahrungs- und Genussmittel 174

Verbraucherpreise 389, 400, 660

Verbrauchssteuer 277

Verbrechen *siehe Straftaten*

Verdienste

- Arbeitnehmerentgelt 320
- Bruttomonatsverdienste 658
- Bruttolöhne und -gehälter 320
- Bruttostundenverdienste 373
- Bruttoverdienste 374
- Lohnquote 323
- Lohnstückkosten 323
- Mindestlöhne 380
- öffentlicher Dienst 380
- Tarifverdienste 378

Verkehr

- Arten 583
- Ausgaben der privaten Haushalte 168, 643
- Beförderungen 585, 588, 676
- Verbraucherpreise 400
- Verkehrswege 593

Verkehr *siehe auch Straßenverkehr* 583

Verletzungen 118

- Straßenverkehr 595

Vermögensstatus 435

Vermögenssteuer 268

Vermögensübertragungen 256, 430, 664

Versicherungen *siehe Sozialversicherungen*

Versorgungsempfänger/-innen 229

Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 229

Verurteilte 303

- ausländische Bevölkerung 309
- Deliktgruppen 311
- Jugendliche 309
- Strafen, Strafrecht 310

Vieh *siehe Tiere*

Volkseinkommen 319

Volkshochschulen 97

Vollzeitbeschäftigte 359

- Bruttoverdienste 376
- Gastgewerbe, Handel 606
- öffentlicher Dienst 356

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 131

- Patienten/Patientinnen 120
- Personal 133

W

Wahlen

- Deutscher Bundestag 287
- Europäisches Parlament 287
- Landtage 293
- Europawahlen 650

Währungsreserven 664

Waldfläche 481

Waldschäden 459

Wanderungen

- Herkunftsländer der Ausländer/-innen 48
- innerhalb Deutschlands 44
- Zielländer der Deutschen 48
- zwischen Deutschland und dem Ausland 44

Wärme

- Erzeugung, Bezug, Verwendung, Abgabe 553
- Strom- und Wärmeerzeugung 553

Wasser

- Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen 471
- Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 441
- Wassergewinnung 445
- Wasserversorgung 446

Weinanbau, -erzeugung 487

Weiterbildung, berufliche 96

Welterbe (UNESCO) 198

Wirtschaftsbereiche 348

Wirtschaftswachstum 321, 632

Wissenschaftler/-innen 103

Wissenschaft *siehe Forschung und Wissenschaft*

Wohngeld 149, 224

- Einnahmen der privaten Haushalte 168
- Haushalte mit Wohngeld 152
- Wohngeldausgaben 153

Wohnsituation

- private Haushalte 153
- Probleme im Wohnumfeld 155
- überbelegte Wohnungseinheiten 642
- Wohnkosten 155, 642

Wohnungen, Wohnungswesen

- Ausgaben der privaten Haushalte 168, 643
- Baujahr 150
- Bau- und Immobilienpreise 398
- Eigentümerwohnungen 149
- Leerstand, leer stehende 151
- Mängel 155
- Mieter-, Eigentümerhaushalte 642

Wohnungen, Wohnungswesen

- Mietwohnungen 149
- öffentliche Ausgaben 259
- Verbraucherpreise 400
- Wohnfläche 150, 565
- Wohnungsbestand 565

Z

Zivilgerichte 304

Zu- und Fortzüge *siehe Wanderungen*